

**Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.)**

Extremismus & Demokratie



Nomos

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse/ Tom Thieme (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

30. Jahrgang 2018



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (0351) 46332802; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127710; Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720; Prof. Dr. Tom Thieme, Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), D-02929 Rothenburg/O.L., Tel. (035891) 462822.

Redaktionsassistent: Patrick Keller, B.A.; Michelle Tredup
Kontakt: jahrbuch-ed@phil.tu-chemnitz.de

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. em. Dr. Drs. h.c. Karl Dietrich Bracher †, Universität Bonn; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. em. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg.

Internet: <https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/jahrbuch.php>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5542-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-9665-4 (ePDF)

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt	Band 30 (2018)
Editorial	7
Analysen	
Tom Thieme, Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus	13
Tom Mannewitz, Das normative Extremismuskonzept	31
Stefan Brieger, Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland	55
Sebastian Gräfe, Logik der Gewalt – RAF und NSU im Vergleich	79
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2017	103
Uwe Backes, Organisationen 2017	125
Alexander Gallus, Dokumentation 2017	143
Isabelle-Christine Panreck, Linksextremistische Splitterparteien	149
Clemens Pleul, Die Identitären	165
Michail Logvinov, Zum Ausmaß der Gefährdung durch Rückkehrer	179
Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Björn Höcke	191
Florian Hartleb, Länderporträt: Österreich	209
Eckhard Jesse, Zeitschriftenporträt: Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz	229
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Gerhard Wettig, Russische Revolution im Rückblick	249
<i>Sammelrezension:</i>	
Eckhard Jesse, 40 Jahre nach dem „deutschen Herbst“	274
<i>»Kontrovers besprochen«:</i>	
Thomas Wagner, Die Angstmacher (Clemens Albrecht, Gerd Koenen, Jürgen P. Lang, Barbara Zehnpfennig)	287
<i>Rezensionssessay:</i>	
Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa (Alfons Söllner)	300
<i>»Wieder gelesen«:</i>	
Otto Kirchheimer, Weimar ... und was dann? (Hubertus Buchstein)	306
<i>Literatur aus der „Szene“:</i>	
Martin Sellner, Identitär! (Wilfried von Bredow)	313

Inhalt

Hauptbesprechungen:

Ralf Altenhof/Sarah Bunk/Melanie Piepenschnieder (Hrsg.), Politischer Extremismus im Vergleich (Isabelle-Christine Panreck)	319
Joachim Behnke u. a. (Hrsg.), Reform des Bundestagswahlsystems (Eric Linhart)	323
Rüdiger Bergien, Im „Generalstab der Partei“ (Mario Niemann)	327
Karl Heinz Bohrer, Jetzt (Stefan Gerber)	331
Peter Brandt, „Freiheit und Einheit“ (Jost Dülffer)	335
Russell J. Dalton, The Participation Gap (Florian Grotz)	339
Josef Foschepoth, Verfassungswidrig! (Oliver W. Lembcke)	342
Manfred Güllner, Der vergessene Wähler (Frank Decker)	347
Sebastian Kalden, Über Kreuz in der Raketenfrage (Matthias Kluge)	350
Philipp Kufferath, Peter von Oertzen 1924-2008 (Thomas Noetzel)	353
Matthias Lemke, Demokratie im Ausnahmezustand (Sebastian Liebold)	357
Christian Lindner, Schattenjahre (Helge F. Jani)	361
Horst Meier/Claus Leggewie/Johannes Lichdi, Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD (Eckhard Jesse)	365
Franziska Meifort, Ralf Dahrendorf (Jens Hacke)	369
Wolf J. Schünemann, In Vielfalt verneint (Johannes Schaefer und Susanne Thelen)	373
Martina Steber, Hüter der Begriffe (Claudia Kemper)	376
David Van Reybrouck, Für einen anderen Populismus (Thomas Schubert)	380
Yanis Varoufakis, Die ganze Geschichte (Matthias Lemke)	384
Verfassungsschutzbericht 2016 (Marschel Schöne und Martin Herrnkind)	387
Volker Weiß, Die autoritäre Revolte (Oliver Decker)	392
Heinrich August Winkler, Zerbricht der Westen? (Philipp Gassert)	395
<i>Kurzbesprechungen</i>	399
<i>Kommentierte Bibliographie</i>	464
<i>Zeitschriftenauslese</i>	497
<i>Verzeichnis der besprochenen Bücher</i>	500
Mitteilungen und Hinweise	509
Personenverzeichnis	512
Autorenverzeichnis	530

Editorial

Das Jahrbuch Extremismus & Demokratie erscheint 2018 zum 30. Mal. Obschon die wissenschaftliche Befassung mit vielfältigen extremistischen Gefährdungen in den vergangenen drei Jahrzehnten ungebrochene Relevanz besaß, lässt sich feststellen: Seit der Jahrhundertzäsur 1989/90, der deutschen Einheit und dem „End of History“ stand der demokratische Verfassungsstaat hierzulande und anderswo nicht vor derart tiefgreifenden Herausforderungen wie gegenwärtig. Zwar ist nicht jede Gefahr für die Demokratie eine extremistische, doch begünstigen die aktuellen politischen Entwicklungen antidemokratische Phänomene – sei es in Form einer zunehmenden Zahl von Anhängern gewaltbereiter Szenen und der ungebrochenen Unterstützung für terroristische Gruppierungen, sei es in Form von Parteien und Bewegungen, die Fundamentalopposition betreiben, sich aber nicht offen gegen das demokratische System wenden, dadurch Zuspbruch in Teilen der Mehrheitsgesellschaft finden und zugleich der grassierenden Politikverdrossenheit und einer bedrohlichen gesellschaftlichen Polarisierung Vorschub leisten. Ungeachtet der Zunahme an vielgestaltigen Gefahren für die demokratische Ordnung hat sich an der Intention des Jahrbuchs als interdisziplinäres Forum zur Analyse der politischen Extremismen nichts geändert. Zugleich sind Kontinuität und Wandel untrennbar miteinander verbunden: So gehört ab Band 30 der an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) in Rothenburg/O.L. lehrende Politikwissenschaftler Tom Thieme zum Herausgeberkreis.

Wie in den beiden Vorjahren stand 2017 das Thema Migration/Flüchtlinge auf Platz eins der politischen Agenda (und der Besorgnisse vieler Bürger), obwohl die Zahl der Zuflucht und Asyl Suchenden weiter zurückging und ein islamistisch motivierter Anschlag von der Schwere des Attentats auf dem Berliner Breitscheidplatz (Dezember 2016) in Deutschland anders als in einigen europäischen Nachbarländern wie Frankreich und Schweden ausblieb. Eine grundlegende Einordnung mit historischer und vergleichender Tiefenschärfe bietet der *Rezensionsessay* des emeritierten Chemnitzer Ideenhistorikers Alfons Söllner, indem er Philipp Thers Buch „Die Außenseiter“ ausführlich würdigt. Von der in öffentlichen Debatten nicht selten anzutreffenden Vermengung der Integrationsproblematik mit islamistisch motivierter Gewalt profitierte vor allem die rechtspopulistische Protestpartei Alternative für Deutschland (AfD), die nach ihrer Erfolgsserie auf Landesebene – mit einem stattlichen Ergebnis von 12,6 Prozent – in den Deutschen Bundestag einzog und dort die drittstärkste Fraktion bildete. Dagegen ist die durch und durch antidemokratische NPD, die das Bundesverfassungsgericht wegen ihre Schwäche im Januar 2017 nicht verboten hatte, eine 0,4-Prozent-Partei. Mit diesem Ergebnis gelangte sie nicht einmal in den Genuss der staatlichen Teilfinanzierung. Neben dem erfolgreichen Agenda-Setting basierte der Erfolg der AfD vor allem auf ihrem „weicheren“ ideologisch-programmatischen Profil, das nach dem Vorbild anderer rechtspopulistischer Partei-

en in Europa Distanz zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit hielt, Antisemitismus weitgehend durch Islamophobie ersetzt und zum „Parteienkartell“, nicht aber zum politischen System als Ganzes auf offenen Konfrontationskurs ging. Die AfD hat sich nach der Parteiabspaltung vom Sommer 2015 in Richtung der mittlerweile wieder regierenden Freiheitlichen Partei Österreichs entwickelt, deren Geschichte und derzeitige Bedeutung das „Länderporträt“ des in Tallinn/Estland tätigen Politikwissenschaftlers Florian Hartleb erhellt.

Zur Debatte um die extremistischen Tendenzen der AfD und der Partei Die Linke können zwei *Analysen* des Jahrbuches beitragen, die das Extremismuskonzept operationalisieren und analytische Kategorien für die Ausleuchtung von Grauzonen zwischen Extremismus und Demokratie anbieten. Für den Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz ist die Geschichte der normativen Extremismusforschung eine Geschichte ihrer fortlaufenden Kritik. Zu den differenzierteren Einwänden zählen jene an der dichotomischen Unterscheidung zwischen Demokratie und Extremismus sowie an der Interpretationsoffenheit der Unterscheidungskriterien. Sein Beitrag unterbreitet auf der Basis eines methodischen und substantiellen Kriterienkatalogs einen quantifizierenden Re-Typologisierungsvorschlag, der sich an den Begriffen der Autokratieforschung orientiert und dem Ziel differenzierter Gefahreneinschätzung dienen soll. Auf seiner Grundlage werden Extremismen danach unterschieden, welche Teilregime konstitutioneller Demokratie sie attackieren. Tom Thie me knüpft an das Konzept der „defekten Demokratie“ an, um gleichsam spiegelbildlich Spannungszonen von Parteien zu erfassen, die selektiv auf die Beseitigung von Basiselementen demokratischer Verfassungsstaaten zielen. Entsprechend differenziert er Subtypen als „exklusive“, „delegative“, „illiberale“ und „antiindividualistische“ Formen des Extremismus und kritisiert zugleich die Verwendung der Kategorien „populistisch“ bzw. „radikal“, die der grundlegenden Frage nach der Verfassungsmäßigkeit einer Organisation aus dem Weg gehen.

Wer diese Kategorien auf die Weimarer Republik der frühen 1930er wie auf die Bundesrepublik Deutschland der späten 2010er Jahre anwendet, wird rasch erkennen, dass Weimar-Vergleichen oft eine alarmistische Tendenz innewohnt. Dies wird bei der Lektüre des von Alexander Gallus kommentierten „Manifests 1918 – 2018“ deutlich („Dokumentation 2017“). Es eröffnet freilich die Möglichkeit zu einer differenzierten Konstellationsanalyse zwischen dem Epochenjahr 1918 und unserer Gegenwart. Der geschärfte Blick auf das erste Drittel des 20. Jahrhunderts kann dabei auch helfen, extremistische Gefahren in jeweils gewandelten zeithistorischen Kontexten zu situieren. Der Greifswalder Politikwissenschaftler Hubertus Buchstein analysiert in der Rubrik „Wieder gelesen“ das verfassungshistorische Pionierwerk Otto Kirchheimers „Weimar ... und was dann?“ aus dem Jahr 1930. Ungeachtet jeweils neuer Zeitläufe erscheint es legitim, geistige Verbindungslinien zu rekonstruieren, die etwa von den intellektuellen Zirkeln der „Konservativen Revolutionäre“ der 1920er Jahre zu „Neuen Rechten“ und „Identitären“ von heute führen. Man lese dazu etwa das *Dossier* des Dresdner Politikwissenschaftlers Clemens Pleul über die „Identitären“, die Kritik des emeritierten Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried

von Bredows an Martin Sellners Programmschrift „Identitär!“ in der Kategorie „Literatur aus der ‚Szene‘“ oder in der Rubrik „Kontrovers besprochen“ die Rezensionen von Clemens Albrecht, Gerd Koenen, Jürgen P. Lang und Barbara Zehnppfennig über das auf großes Interesse stoßende Buch „Die Angstmacher“ des Publizisten Thomas Wagner. Dass sich Teile der AfD in diesem Dunstkreis bewegen, steht für diejenigen außer Frage, der sich – wie der Münchner Publizist und Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang in seinem „Biographischen Porträt“ – mit der Person sowie dem politischen Profil des thüringischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke beschäftigt. Sein Name steht wie eine Chiffre für Tendenzen in der AfD, die kaum Berührungängste zu einem „harten“ Rechtsextremismus aufweisen und einem kranken Geschichtsverständnis frönen.

Die AfD forderte nicht nur ihre gemäßigteren Konkurrenten heraus, sondern sorgte auch bei der Partei Die Linke für innerparteiliche Konflikte, deren Strategen sahen, wie die Partei im Wettbewerb um Protestwähler den Kürzeren zog. Welche Auswirkungen dies auf die innerparteilichen Strömungen und Wahlkämpfe hatte, erörtern Uwe Backes und Eckhard Jesse in ihren *Dossiers* „Organisationen 2017“ und „Wahlen 2017“. Die Faszination breiterer linker Bündnisse nach französischem und englischem Vorbild zeugt von strategischer Flexibilität, nicht notwendigerweise aber von einer Loslösung aus sozialrevolutionärer Traditionsbindung. Wer die Tagungsreferate der sorgsam dokumentierten Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenzen zur Kenntnis nimmt, wie sie das „Zeitschriftenporträt“ Eckhard Jesses ausbreitet, wird die These von der Sozialdemokratisierung der Partei Die Linke zumindest mit einem dicken Fragezeichen versehen, wiewohl in diesen Konferenzen Referenten aus ihren Reihen nicht dominieren.

Die Differenzen gegenüber den besonders dogmatischen (und bei Wahlen deshalb erfolglosen) Formationen am linken Flügel des politischen Spektrums sind unübersehbar. Dies belegt die an der Universität Münster lehrende Politikwissenschaftlerin Isabelle Panreck in ihrem *Dossier*. Sie behandelt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), deren Führung den „realen Sozialismus“ teil-rehabilitiert, die maoistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und die trotzkistische Sozialistische Gleichheitspartei (SGP). Das Urteil dieser Gruppierungen über Rolle und Verlauf der Russischen Revolution 1917 geht naturgemäß auseinander. Der Historiker Gerhard Wettig, langjähriger Leiter des Forschungsbereiches Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, zeichnet in seinem *Literaturbericht* anlässlich der 100. Jahrestage der Umwälzungen vom Februar bis November 1917 den Verlauf der Ereignisse im Lichte neuer Quellen und Erkenntnisse nach, lässt jedoch die wuchernde politische Ideologiekonstruktion weithin unberücksichtigt. Gegenstand von Legendenbildungen ist seit jeher auch der deutsche Linksterrorismus der 1970er und 1980er Jahre. Wie Eckhard Jesse in seiner *Sammelrezension* zum „deutschen Herbst“ 1977 verdeutlicht, ist der Kenntnisstand inzwischen in vielen Fragen so fundiert, dass zähleibige Mythen (etwa um die Selbstmorde in Stammheim) jedenfalls in den Augen derer entlarvt werden, die

wenig von „alternativen Fakten“ halten. Die 40. Wiederkehr nutzten bekannte Autoren, um ihre Thesen der Öffentlichkeit erneut zu präsentieren.

Was die Charakteristik des RAF-Terrorismus angeht, so sind vergleichende Betrachtungen aufschlussreich, wie sie der Dresdner Politikwissenschaftler Sebastian Gräfe in seiner *Analyse* unternommen hat. In der Gegenüberstellung von RAF und NSU treten ideologische und strategische Differenzen ebenso zutage wie die Gemeinsamkeiten, die ein auf systematische Gewaltanwendung ausgerichtetes Leben im Untergrund offenbart. Allerdings wäre die Rede von einer „Braunen Armee Fraktion“ unangebracht. Der islamistische Terrorismus ist Gegenstand eines *Dossiers* vom Berliner Gewaltforscher und Politikwissenschaftler Michail Logvinov, der den Realitätsgehalt von Gefährdungseinschätzungen der Sicherheitsbehörden angesichts von Rückkehrern aus Kriegsgebieten auf den Prüfstand stellt. Fragen des angemessenen Umgangs mit Extremismen behandelt der Dresdner Politikwissenschaftler Stefan Brieger in seiner *Analyse* zur Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland ebenso. In einer Verbindung quantitativer (statistische Auswertung) und qualitativer Methoden (Experteninterviews mit ehemaligen Innenministern) arbeitet er die politische Bedingtheit und Konstellationsgebundenheit von Vereinsverboten heraus.

Die Rubriken *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* präsentieren mit Rezensionen und Annotationen eine thematisch breit gefächerte Übersicht zu mehr als 300 deutschen wie internationalen Publikationen aus dem Berichtsjahr. Neben einer kleinen *Zeitschriftenauslese* beschließen das Jahrbuch unter der Rubrik „Mitteilungen und Hinweise“ diesmal Selbstdarstellungen zum neuen Onlineportal „kommunismusgeschichte.de“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Berliner „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ des gemeinnützigen Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“.

U.B./A.G./E.J./T.T.

Analysen

Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus – Zur Problematik extremistischer Grauzonen

Von Tom Thieme

1. Einleitung

Vor fast 30 Jahren definierten die Gründungsherausgeber dieses Jahrbuches in der Erstausgabe des Standardwerkes zum politischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland den Begriff als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“.¹ Obwohl nach wie vor weithin gültig, hat dieses unmittelbar vor der Zeitenwende 1989/90 formulierte Verständnis seither viel von seiner Unzweideutigkeit eingebüßt. Zwar wiesen Backes/Jesse schon damals auf die nicht immer klare Grenzziehung zwischen beiden Polen hin², doch ist die Problematik heute nahezu allgegenwärtig – begegnet doch die Frage, ob es sich (noch) um demokratische oder (schon) um extremistische Phänomene und Positionen handelt, nicht nur Extremismusforschern allerorten: sei es im Hinblick auf die im täglichen Sprachgebrauch zumeist als populistisch bezeichneten Parteien (AfD, *Die Linke*), sei es in Hinsicht auf soziale Bewegungen unter Einschluss extremistischer Flügel (Pegida, Occupy), sei es in Hinsicht auf Phänomene des intellektuellen Extremismus, die vielsagend unscharf als „Neue Rechte“ oder „Neue Linke“ apostrophiert werden. In der Theorie ist Eckhard Jesse zuzustimmen, in der Praxis indes verhalten sich Extremismus und Demokratie eben nicht wie „Feuer und Wasser“, die einander unversöhnlich begegneten.³ Vielmehr handelt es sich – aus unterschiedlichen Gründen – bei zahlreichen Bestrebungen um zwei Seiten derselben Medaille, können diese doch weder eindeutig dem demokratischen noch dem extremistischen Spektrum zugeordnet werden. Parallelen zur Staatenwelt, wo anstelle der klaren Unterscheidung von Demokratien und Diktaturen die Zahl sogenannter „defekter Demokratien“, „semiautoritärer“ oder „hybrider“ Regimes beständig zunimmt, liegen auf der Hand.

1 Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989, S. 40.

2 Vgl. ebd., S. 42–45.

3 So Eckhard Jesse, *Formen des politischen Extremismus*, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme*, Berlin 2014, S. 7–24, hier: S. 21.

Was sich von selbst versteht, jedoch vor dem Hintergrund der teilweise undifferenzierten Kritik am normativen Extremismuskonzept⁴ betont werden soll: Überlegungen nach der Abgrenzung demokratisch oder extremistisch sind deutlich mehr als akademische Selbstbefassung. Denn die Frage, wie es jemand mit Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit hält, stellt sich mannigfaltig. Die Antwort darauf determiniert in vielen Bereichen die Reaktion und das Verhalten einer demokratischen Gesellschaft: Handelt es sich um Demokraten, muss ungeachtet mancher unliebsamen Positionen – zum Beispiel von rechts zur Zuwanderung oder von links zum Wirtschaftssystem – das Sprechen, Verhandeln und unter Umständen Koalieren miteinander möglich sein. Mit Extremisten verbietet sich all dies. In den Medien gehört ein breiter Pluralismus zu den Funktionsvoraussetzungen der Demokratie – solange er sich innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens bewegt. Gerade die politische Bildung ist innerhalb des demokratischen Spektrums zu politischer Neutralität verpflichtet – gegenüber extremistischen Auffassungen gilt es dagegen, klar Stellung zu beziehen.⁵ Und nicht zuletzt auf dem Feld der Prävention dürfen „weichgespülte“ Extremisten nicht durch Beteiligung aufgewertet und umgekehrt „unbequeme“ Demokraten diffamiert und in die „Extremismus-Ecke“ gestellt werden. Wegen der verbreiteten Schieflage von rechts(-extrem) und links(-extrem) besteht diese Gefahr. Gegenüber der einen Seite wird teilweise überreagiert – Kritik an der Zuwanderungspolitik gilt bereits als Ausweis rechter Gesinnung, während die andere Seite Nachsicht erfährt – wenn die linke Ablehnung marktwirtschaftlicher Eigentumsverhältnisse als demokratisch-emanzipatorisch betrachtet wird. Ausgehend von dieser in mehrerlei Hinsicht praktischen Relevanz des Themas sind die Analyse der Ursachen (2.), der vorhandenen Konzeptionen zur Erfassung extremistischer Grauzonen (3.) und der Herausforderungen bei der Untersuchung politischer Bestrebungen „zwischen“ Demokratie und Extremismus (4.) Gegenstände dieses Beitrages.

2. Ursachen der Abgrenzungsproblematik

Die Gründe der Grauzonenproblematik sind vielfältig. Sie resultieren einerseits aus dem Wesen solcher „Grenzphänomene“, andererseits aus dem Instrumentarium ihrer wissenschaftlichen Erfassung. Zentrale Ursache für die verblässende Trennschärfe seit dem annus mirabilis 1989 ist zunächst der Einflussverlust ideologiegeleiteter

4 Vgl. Tom Mannewitz/Hermann Ruch/Tom Thieme/Thorsten Winkelmann, Was ist politischer Extremismus? Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze, Frankfurt a. M. 2018, S. 5 f.

5 Siehe zum Kontroversitätsgebot als Grundprinzip der politischen Bildung Siegfried Frech/Dagmar Richter (Hrsg.), Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen, Schwalbach/Ts. 2017.

Extremismen. So existieren nur noch wenige Autokratien⁶, die sich an den „reinen Lehren“ von Nationalsozialismus/Faschismus und Kommunismus orientieren – zu schmerzvoll waren die Verheerungen der Unterdrückungsapparate und zu wenig attraktiv sind die Ideologien heute vor dem Hintergrund der unerfüllt gebliebenen Utopien von einem goldenen Zeitalter. Gerade in Europa als dem „dunklen Kontinent“⁷ des 20. Jahrhunderts bemühen sich jene extremistischen Kräfte, die zur Durchsetzung ihrer Ziele auf den Rückhalt in den Gesellschaften setzen, um eine Abgrenzung von derlei weithin diskreditierten Vorstellungen: „Für Extremismus als ein Phänomen, das man als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat verstand, waren die Jahrzehnte bis 1989 zweifellos am übersichtlichsten. Mit dem einigermaßen eklektischen Rechtsextremismus [...] und dem philosophisch-systematisch anspruchsvollen und in sich logisch geschlossenen Marxismus-Leninismus gab es zwei [...] Gegenpole zum Konzept einer pluralistischen und gewaltenteiligen Demokratie. Ihre Konsistenz ging beim Zerfall der linken Großideologie verloren.“⁸

Damit hängt die gewachsene interne Heterogenität extremistischer Organisationen zusammen. Nicht immer müssen alle Anhänger antidemokratischer Organisationen Extremisten sein; umgekehrt kann es extremistische Einsprengsel in grundsätzlich demokratischen Formationen geben. Zudem existieren regionale Differenzen, wie in Deutschland zwischen Ost und West. Neigen bei linken Bestrebungen die eher groß- und universitätsstädtisch geprägten Untergruppen zu mehr Radikalität, reüssieren die Hardliner am rechten Rand eher im ländlichen Raum.

Insbesondere bei erfolgreichen Parteien handelt es sich eben nicht um ideologisch geschlossene und streng hierarchisch geführte Kaderparteien, sondern um breite Zusammenschlüsse mit verschiedenen Lagern. Für die linke Seite des politischen Spektrums ist dann von (demokratischen) „Reformern“ und (extremistischen) „Traditionalisten“ bzw. „Orthodoxen“ die Rede⁹; auf der rechten Seite wird zwischen konservativen, (deutsch-)nationalen und völkisch-neurechten Flügeln unterschieden.¹⁰ Ob insgesamt die Einordnung einer Organisation als demokratisch oder extremistisch zu

6 Ideologiegeleitete Autokratien – sogenannte Ideokratien – existieren in faschistischer/nationalsozialistischer Form nirgendwo, in ihrer jeweils national recht unterschiedlich ausgeprägten kommunistischen Variante in Nordkorea und mit einigen ideologischen Auflösungserscheinungen versehen in China, Kuba, Laos und Vietnam sowie in einer spezifisch theokratischen Spielart in Iran. Vgl. Uwe Backes/Steffen Kailitz, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression, Göttingen 2014, S. 7-16, hier: S. 10.

7 So der Titel des Buches von Mark Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

8 Vgl. Rudolf van Hüllen, Extremismus als „Schalenmodell“. Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16, Bd. 10, Brühl 2016, S. 9-30, hier: S. 9 f.

9 Für die Partei Die Linke statt vieler Viola Neu, Die Linke, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 7. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 176-182, hier: S. 177.

10 Für die AfD statt vieler David Bebnowski, Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden 2015, S. 19-29. Dagegen bezweifelt Justus Bender die Existenz sich grundlegend gegenüberstehender Flügel, bestehe doch in der Partei über zentrale Positionen weitgehend Einigkeit. Ders., Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017, S. 111-126.

rechtfertigen ist, hängt von mehreren Faktoren ab: Wie wird mit antidemokratischen Strömungen umgegangen (Akzeptanz oder Ausgrenzung)? Sind sie in ihrem Einfluss marginal oder ein entscheidender Faktor? Werden Bündnisse mit extremistischen Akteuren außerhalb der eigenen Strukturen angestrebt oder solche Schulter-schlüsse abgelehnt?

Weiterhin erschwert folgender Umstand eindeutige Zuordnungen: Popularität und Radikalität stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander – wer die Demokratie mit größtmöglicher Härte bekämpft, wird dafür wenig Unterstützung über den Kern der eigenen Anhängerschaft hinaus finden.¹¹ Auch deshalb wenden viele extremistische Kräfte eine Legalitätsstrategie an; sie „fressen Kreide“ und üben sich in „Mimikry“, um ihre antidemokratischen Absichten zu verbergen. Einerseits zielen sie so auf den Gewinn größerer Anhängerschaften (sich bürgerlich und seriös geben) und auf eine stärkere Verankerung in Medien, Wirtschaft und Kultur. Andererseits gehen sie auf diese Weise der Gefahr vor staatlichen Restriktionen aus dem Weg. Der Umgang mit und die wissenschaftliche Analyse von Kräften, die ihre Ziele verschleiern und die Demokratie für ihre Zwecke instrumentalisieren, stellen eine wesentliche Herausforderung für Sicherheitsbehörden und Gesellschaft dar. Zugleich rechtfertigt die Notwendigkeit des Schutzes vor der Legalitätstaktik von Extremisten die Praxis der streitbaren Demokratie. Trotz der berechtigten Kritik am Verfassungsschutz im Allgemeinen (Kompetenzüberschneidungen und Doppelzuständigkeiten mit der Polizei) und der umstrittenen V-Mann-Praxis im Besonderen (im Kern keine Verhinderung, sondern Finanzierung extremistischer Bestrebungen)¹², gelangt der Staat durch die nachrichtendienstliche Überwachung an Informationen über die Absichten solcher nicht offen extremistischen Kräfte – und kann daraus Konsequenzen ziehen.

Ferner ist dem Faktor Wandelbarkeit Rechnung zu tragen. Extremistische Phänomene (wie auch demokratische) passen sich ihrem gesellschaftspolitischen Umfeld an und können sich je nach Meinungsklima mäßigen oder radikalisieren. Auch Führungs-, Personal- und Generationenwechsel bewirken Veränderungen, je nachdem, ob sich die Hard- oder Softliner durchsetzen. Die AfD nach der Ausbootung Bernd Luckes ist ein Beispiel für die erstgenannte Variante¹³, die strikte Zügelung der im

11 Vgl. dazu Tom Thieme, Extremistisches Gefahrenpotenzial – Untersuchungsgegenstand, Messung und Fallbeispiele, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus (Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft), Baden-Baden 2015, S. 37-59.

12 Vgl. dazu Claus Leggewie/Horst Meier, Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik, Berlin 2012; Horst Meier, Wozu eigentlich noch Verfassungsschutz?, in: Merkur 68 (2014), S. 97-109.

13 Zum Rechtsruck der AfD seit 2015 siehe Torsten Oppelland auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung, unter: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/211108/afd> (1. März 2018). Unterschiedliche Einschätzungen der AfD referiert Marcel Lewandowsky, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 (2015), S. 119-134. Zur Diskussion um die politische Einordnung der Partei siehe Forum: Die „Alternative für Deutschland“ (AfD), in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 113-135.

neonationalsozialistischen Milieu entstandenen *Schwedendemokraten* unter ihrem Vorsitzenden Jimmie Åkesson eines für den letztgenannten Fall.¹⁴

Linksaußen haben viele der nach 1989/90 reformierten einstigen kommunistischen Parteien mittlerweile große Teile ihrer klassischen Anhängerschaft auf natürlichem Weg verloren, wobei die Transformation in Richtung linksalternatives Milieu weder automatisch zu einer Zu- noch zu einer Abnahme der extremistischen Intensität führen muss. Und auch mehrmalige Richtungswechsel sind nicht ausgeschlossen, wie die Geschichte der nach 1990 zunächst umfassend reformierten SED-PDS, später durch den Zusammenschluss mit der *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG) wieder radikalisierten Partei *Die Linke* sowie deren neuerliche Mäßigung in den vergangenen Jahren zeigt.¹⁵

Zudem muss jedem Individuum das Recht zur Reue und jeder Gruppierung die Möglichkeit tatsächlicher Läuterung von antidemokratischem Denken zugestanden werden. Hierin tun sich (linksliberale genauso wie konservative) Beobachter mitunter dann besonders schwer, wenn die Abkehr am jeweils anderen Ende des politischen Spektrums vollzogen wird („Einmal ‚Nazi‘, immer ‚Nazi‘!“). Unabhängig davon fällt die Analyse, ob die Neuorientierung aus Überzeugung oder bloßem Opportunismus geschieht sowie die entsprechende Bewertung als extremistisch oder nicht, in der Praxis alles andere als leicht.

Einordnungs- und Abgrenzungsprobleme ergeben sich indes nicht nur aus dem Wesen der Phänomene, sondern auch aus den angelegten (wissenschaftlichen) Analysemitteln. Was überhaupt unter Demokratie zu verstehen ist, lässt sich vielfältig beantworten. Einem engen Verständnis, das allein auf freie Wahlen zielt, stehen umfassende Definitionen unter Berücksichtigung von Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und einer demokratischen politischen Kultur gegenüber. Entsprechend variieren die Einordnungen als extremistisch oder nicht: Wahlen (mit bestimmten Einschränkungen) gibt es in den meisten Autokratien und werden von den meisten extremistischen Parteien akzeptiert – entsprechend lassen sich, gemessen an diesem Kriterium, nur wenige Extremisten finden. Wer hingegen einen umfassenden Maßstab anlegt, wird mehr Feinde der Demokratie ausmachen.¹⁶

Doch selbst bei einem übereinstimmenden Verständnis von Demokratie und Extremismus, wie es durch die Definition der drei Kernkriterien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vom Bundesverfassungsgericht im zweiten NPD-Verbotsverfahren (2013 bis 2017) formuliert wurde, kann es zu unterschiedlichen Auslegungen kommen. Die Einschätzung – ob demokratisch oder extremistisch – hängt erstens vom Zeitpunkt der Bewertung ab, z. B. der Unterschied der AfD im Jahr 2014 im Ver-

14 Vgl. Jan Freitag/Tom Thieme, Extremismus in Schweden, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 329-343, hier: S. 335.

15 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 115 f.

16 Vgl. Gereon Flümann, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus, Bonn 2017, S. 9-14, hier: S. 10 f.

gleich zu 2018 (oder für ihre gesamte Existenz). Wird zweitens die gesamte Vielfalt an Positionen einer Organisation in den Blick genommen, entsteht ein anderes Bild als bei einer Konzentration auf den Mainstream oder die Führungsriege. Wer drittens jede Aussage und Verlautbarung für bare Münze nimmt (sei es zur Schau gestellte Radikalität, sei es ein verharmlosendes Lippenbekenntnis), kommt zwangsläufig zu einem abweichenden Urteil gegenüber stärker einordnenden Interpretationen. Und viertens wird die Objektivität des Beobachters nicht zuletzt von dessen Werthaltungen und den Prägungen der politischen Kultur abhängen. Einfach ausgedrückt: Es kann wohlwollend, ausgewogen und scharf argumentiert werden.

Vor allem der letztgenannte Aspekt determiniert unterschiedliche Verständnisse und Bewertungen von Demokratie (und Extremismus) insbesondere bei internationalen Vergleichen. Die jeweiligen historischen Erfahrungen mit Demokratie und Diktatur prägen maßgeblich, wie unterschiedlich (verfassungstheoretisch) geregelt und (politisch kulturell) wahrgenommen wird, was in einer Gesellschaft überhaupt als extremistisch gilt und was nicht. Stark vereinfacht lässt sich eine größere Sensibilität und Abwehrhaltung gegenüber Demokratiefeinden dort feststellen, wo die Verheerungen durch die totalitären Großbrände des 20. Jahrhunderts besonders stark ausfallen (Deutschland, teilweise Osteuropa). Wo die Demokratien die Angriffe durch ihre Gegner weitgehend unbeschadet überstanden, nimmt dagegen die Meinungsfreiheit einen höheren Stellenwert ein (USA, teilweise Westeuropa).¹⁷ So gilt mancherorts längst als extremistisch, was anderswo noch als verfassungskonform eingeordnet wird. Das trifft speziell auf die Erfahrungen mit den jeweiligen Diktaturformen und die entsprechend unterschiedlichen Wahrnehmungen von Rechts- und Linksextremismus zu. Sind die westeuropäischen Staaten eher antirechtsextremistisch ausgerichtet, während der Linksextremismus vielfach gar nicht mit Demokratiefeindschaft in Verbindung gebracht wird, verhält es sich im antikommunistisch geprägten östlichen Europa eher umgekehrt.¹⁸

3. Konzeptionen und Modelle zur Analyse extremistischer Grauzonen

3.1. *Populismus*

Zur Bezeichnung von Bestrebungen, die sich nicht klar dem demokratischen oder extremistischen Lager zuordnen lassen, hat sich in den vergangenen Jahren der Begriff des „Populismus“ in Politik, Wissenschaft, politischer Bildung und Medien eta-

17 Siehe zum Beispiel USA Horst Meier, „Mehr Diskussion, nicht erzwungenes Schweigen“. Über die Redefreiheit in den USA, in: Merkur 58 (2008), S. 447–451.

18 Vgl. Tom Thieme, Extremismus in west- und osteuropäischen Demokratien, in: Eckhard Jesse/Tom Mannewitz (Hrsg.), Handbuch Extremismusforschung, Baden-Baden 2018, S. 405–442, hier: S. 410 f.

bliert.¹⁹ Doch ist die häufig missverständliche Verwendung des Terminus als „Extremismus-light“-Variante hochproblematisch. Da die Gretchenfrage der Verfassungsmäßigkeit ausgeklammert bleibt, allerdings Verfassungsfeindlichkeit suggeriert wird, schafft sie mehr analytische Unschärfe als Klarheit. Zudem existieren verschiedene Verständnisse. Populismus gilt gemeinhin als politischer Stil, der sich „in der Gier nach Zustimmung von Seiten des Volkes demagogischer Parolen bedient, dem Volke nach dem Mund redet, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert“.²⁰ Als Definitionsmerkmale werden weiterhin die Trennung zwischen Volk und Elite, die Kultivierung einer Krise des Politischen, Tabubrüche als Zeichen von Abgrenzung und Anderssein, die Nutzung massenmedialer Öffentlichkeit und die Personifizierung durch eine starke Führungspersönlichkeit angeführt.²¹

Populismus wird jedoch nicht nur als politisches Stilmittel verstanden, sondern auch als eigenständige inhaltliche Kategorie.²² Als Kern gilt die Unterscheidung von Volk und Eliten, „wobei sich die Populisten auf der Seite ‚des Volkes‘ sehen und vorgeben, das, was sie für den Volkswillen halten, durchzusetzen helfen“.²³ Diese sogenannte „dünne Ideologie“²⁴ wird zudem mit anderen Ideologien verknüpft, woraus unterschiedliche Populismen resultieren: Rechtspopulismus aus der Kombination von Populismus und Nationalismus; Linkspopulismus aus der Verbindung von Populismus und Sozialismus. In der Regel ist mit Populismus jedoch ausschließlich der Rechtspopulismus gemeint.

Abgesehen von der fehlenden Trennschärfe der beiden Populismusverständnisse (der Antagonismus von Volk und Elite hat in beiden Fällen einen zentralen Stellenwert) ist die Kategorisierung „populistisch“ in mehrfacher Hinsicht problematisch. Mag die Definition als Stil analytisch fruchtbar sein (mit Blick auf die Sozialpsychologie der Wähler, auf die Rolle der Medien oder die Methoden im Wahlkampf) und dem Bedeutungsgewinn von „einfachen Lösungen auf komplexe Fragen“ sowie von

19 Siehe dazu jeweils Reinhard C. Heinisch u. a. (Hrsg.), *Political Populism. A Handbook*, Baden-Baden 2017; Klaus-Peter Hufer, *Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus*, 7. Aufl., Schwalbach/Ts. 2016; Barbara Kuchler, *Populismus, was ist das eigentlich?*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 2017, S. 11.

20 Dieter Nohlen, *Populismus*, in: Ders./Florian Grotz (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik*, 6. Aufl., München 2015, S. 513-525.

21 Vgl. als Überblick Eckhard Jesse/Isabelle-Christine Panreck, *Populismus und Extremismus*, in: *Zeitschrift für Politik* 64 (2017), S. 59-76.

22 So etwa Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas*, Cambridge 2012; Karin Priester, *Wesensmerkmale des Populismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 5-6/2012, S. 3-9; Florian Hartleb, *Rechts- und Linksextremismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden 2004.

23 So Tim Spier, *Was versteht man unter „Populismus“?*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Dossier Rechtspopulismus*, unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/192118> (1. März 2018); ausführlich ders., *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden 2010, S. 18-27.

24 Michael Freeden, *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford 1996; Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541-563.

Emotionen und Identität in der Politik Rechnung tragen,²⁵ verschärft die Vorstellung vom Populismus als „gemäßigtem Extremismus“ die zentrale Abgrenzungsfrage.

Erstens liegen Populismus und Extremismus nicht auf derselben Analyseebene. Populismus kann in demokratischer und extremistischer Ausprägung auftreten; zugleich gibt es demokratische und extremistische Phänomene, die ohne Populismus auskommen. Zweitens verwischt die Abgrenzung zwischen Demokratie und Extremismus, da die Populismusforschung dieser entscheidenden Frage aus dem Weg geht. Offensichtlich ist es einfacher, schwer zuordenbare Kräfte unter der Sammelbezeichnung „Populismus“ zu fassen als anhand komplexer Kriterienkataloge, um deren extremistischen/demokratischen Charakter aufzuzeigen. Drittens ist deswegen die Kategorie des Populismus viel zu weit gefasst, versammelt sie doch so hochgradig verschiedene Erscheinungen wie den demokratischen Populismus des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder ebenso wie extremistische Varianten z. B. in Form des französischen *Front National*. Dies öffnet viertens politischer Instrumentalisierung Tür und Tor: Wer unliebsame Positionen vertritt, wird als populistisch diffamiert; eine Gefahr, die zwar auch beim Extremismus besteht, jedoch wegen des „harten“ Kriteriums der Verfassungsfeindlichkeit weniger der Willkür unterliegt. Fünftens ist noch nicht einmal die häufig pejorative Verwendung des Populismusbegriffs unumstritten, gilt er doch (wiewohl eher selten) als eine Politik, „die die Probleme der ‚kleinen Leute‘ ernst nimmt, sie artikuliert, und die sich in direkter Kommunikation mit dem Volk vollzieht“.²⁶ Dass ausgerechnet Heribert Prantl, Leiter des Meinungsressorts der *Süddeutschen Zeitung* und wahrlich kein Anhänger der Extremismustheorie, sich gegen ein negatives Populismusverständnis wendet, um stattdessen mit den Mitteln eines demokratischen Populismus dem Extremismus (womit freilich Rechtsextremismus gemeint ist) das Wasser abzugraben, zeigt einmal mehr die Beliebigkeit und Vielfalt populistischer Interpretationen und entsprechender Einordnungen.²⁷

3.2. Radikalismus

Ähnliche Abgrenzungsprobleme wie beim Populismus ergeben sich aus der Verwendung des Radikalismusbegriffs als Alternative zum Extremismuskonzept. Da der Begriff „radikal“ im Sinne der bürgerlichen Aufklärung positiv besetzt ist und jene Radikalität die Beseitigung von Missständen der Herrschaftsverhältnisse meint, vermeiden Sicherheitsbehörden und Wissenschaft den Begriff für Extremismuserklä-

25 Siehe dazu als Überblick Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*, Baden-Baden 2015.

26 Nohlen (FN 20), S. 514; dazu schon vor mehr als zehn Jahren Frank Decker (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv*, Wiesbaden 2006.

27 Siehe Heribert Prantl, *Gebrauchsanweisung für Populisten. Wie man dem Extremismus das Wasser abgräbt*, Salzburg 2017.

rungen seit den 1970er Jahren weitgehend.²⁸ Bis dahin bezeichnete z. B. der Verfassungsschutz antidemokratische (extremistische) Phänomene offiziell als „radikal“. Jedoch ist er im allgemeinen Sprachgebrauch, in der Tagespolitik und in den Medien nach wie vor präsent, häufig in der politisch intendierten Differenzierung eines antidemokratischen Rechtsextremismus und eines eben nicht extremistischen Linksradikalismus.

Zudem konkurrieren neben der synonymen Verwendung von „Radikalismus“ und „Extremismus“ zwei Verständnisse: zum einen, wie z. B. vom Verfassungsschutz definiert, als „eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits ‚von der Wurzel (lat. radix) her‘ anpacken will. Im Unterschied zum ‚Extremismus‘ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. [...] Wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt.“²⁹ Zum anderen (und häufiger) gilt Radikalismus als Sammelbegriff für demokratische und extremistische Flügelgruppierungen, die dann in ihren jeweiligen Ausprägungen unter „Radikale Rechte“³⁰ und seltener, zum Teil als Selbstbezeichnung, unter „Radikale Linke“³¹ zusammengefasst werden.

Beide Vorstellungen von Radikalismus verschieben, aber lösen nicht die Problematik des unklaren Übergangs von Demokratie zu Extremismus – im Gegenteil. Wer wie die Verfassungsschutzbehörden den „Radikalismus“ für politische Randphänomene verwendet, die sich (noch) innerhalb des demokratischen Spektrums bewegen, klärt damit längst noch nicht die Frage, wo Radikalismus aufhört und wo Extremismus anfängt. Wenn im Zweifelsfall Phänomene, bei denen die Zuordnung schwerfällt, zu dem so verstandenen demokratischen Radikalismus zählen, kann dies zur Verwässerung des extremistischen Charakters führen.

Auch wer umgekehrt Radikalismus als Sammelbegriff auffasst, vermeidet ähnlich wie beim Populismus-Begriff eine klare Antwort auf die Frage nach demokratischem oder extremistischem Radikalismus, verschiebt allerdings die verfassungsmäßige Haltelinie in Richtung Extremismus – dann sitzen „radikale“ demokratische Kräfte plötzlich mit Extremisten in einem Boot. Eine Betrachtung von Flügelgruppierungen unabhängig von ihrer Position zur Demokratie mag für die Analyse des Beziehungsgeflechtes an den Rändern des politischen Spektrums aufschlussreich sein. So ist es ja nicht zuletzt aus extremismustheoretischer Sicht von Interesse zu

28 Vgl. Uwe Backes, Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 55-69.

29 Bundesamt für Verfassungsschutz, Glossar Extremismus/Radikalismus, unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus> (1. März 2018).

30 Vgl. u. a. Michael Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998; Andreas Speit/Martin Langebach, Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten, Zürich 2013.

31 So Ulrich Peters, Unbeugsam & widerständig: Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90, Münster 2014.

erfahren, wie es beispielsweise die AfD mit Pegida hält, Pegida wiederum mit der NPD usw. Doch wie beim Populismus ist bei der Bezeichnung „Radikale Rechte bzw. Linke“ die Gefahr groß, dass alles willkürlich in einen Topf geworfen wird, um bestimmte Randpositionen zu diskreditieren. Zugleich stellt sich die Frage, was mit einem Vergleich so unterschiedlicher Phänomene gewonnen ist. Und: Auch beim Radikalismus muss klar aufgezeigt werden, wo radikal rechte und linke Positionen anfangen bzw. aufhören, was in der Praxis häufig unterbleibt. Wird man sich am Beispiel darauf einigen können, die NPD hier zu verorten, ist die Einordnung der AfD weniger klar. Sie gerät zur Beliebigkeit, wenn selbst konservative Teile der Volksparteien CDU/CSU hierunter fallen.³²

3.3. Semi-Extremismus als eigenständige Zwischenkategorie

Auch wenn die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit beim Radikalismus wie Populismus keine Rolle spielt, rücken beide Konzepte ähnlich wie beim Extremismus den Antagonismus zur Demokratie in den Mittelpunkt. Das ist bei der Vorstellung von einem Semi-Extremismus anders – hier handelt es sich um eine eigenständige Kategorie „zwischen“ Extremismus und Demokratie. Das Modell entstammt der Autokratieforschung³³ und unterscheidet neben Demokratien und Diktaturen zudem „hybride“³⁴ bzw. „halbfreie“³⁵ Regime, die Merkmale beider Systemtypen aufweisen. Hinsichtlich von Staaten breit rezipiert, findet der Ansatz bezogen auf extremistische Bestrebungen bislang eher selten Anwendung.³⁶ Richard Stöss nimmt bei seiner Typologie rechtsextremer Parteien in Europa eine solche Dreiteilung vor. Er unterscheidet wenig trennscharf systemkonforme (gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, z. B. die *Schweizer Volkspartei* und die *Freiheitliche Partei Österreichs*), systemfeindliche (neofaschistisch und -rassistisch, wie die NPD und die ungarische

32 So Daniel Bax u. a., Die Hetze rechter Parteien in Deutschland. CSU, AfD und NPD machen Stimmung, in: Die Tageszeitung vom 29. September 2015.

33 Vgl. als Überblick zur Grenzziehung zwischen Demokratie und Autokratie Steffen Kailitz/Patrick Köllner, Zur Autokratieforschung der Gegenwart: Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen, in: Dies. (Hrsg.), Autokratien im Vergleich, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift Nr. 47, Baden-Baden 2013, S. 9-34, hier: S. 10 f.

34 So u. a. Friedbert W. Rüb, Hybride Regime: Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitiologie, in: Petra Bendel/Aurel Croissant/ders. (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen 2002, S. 99-118.

35 So Freedom House (Hrsg.), Freedom in the World 2017, unter: <https://freedomhouse.org/report-types/freedom-world> (1. März 2018). Beim Freedom-House-Index handelt es sich allerdings nicht um eine genuine Messung von Demokratie, sondern von politischen Rechten und bürgerlichen Rechten, wiewohl die Überschneidungen zwischen beiden Gegenstandsbereichen groß sind.

36 Dazu vor allem Steffen Kailitz, Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 27-29. Eine solche „semi-extremistische“ bzw. „semi-demokratische“ Flügelpartei waren nach Einschätzung von Kailitz die Republikaner in den 1990er Jahren. Ders., Die Republikaner, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 366-374, hier: S. 372.

Jobbik) sowie in der *Zwischenkategorie* systemkritische Parteien (nationalistisch neo-rassistisch, z. B. den französischen *Front National* und die italienische *Lega Nord*).³⁷

Unabhängig von der Frage der Plausibilität des Kategoriensystems im Allgemeinen und den Zuordnungen der Parteien im Besonderen hat eine solche Mittelebene ihre Reize. Zum einen betrifft dies die Anerkennung der politischen Realität. Wie es Staaten gibt, die Elemente von Demokratie und Autokratie gleichermaßen aufweisen – die Wahlen weitgehend frei und fair verlaufen, jedoch die Gewaltenteilung nicht einwandfrei gegeben ist –, existieren Phänomene an den Flügeln des politischen Spektrums, die nur bestimmte Teile bzw. Rechte der Demokratie ablehnen. Ein Beispiel für eine semiextremistische Haltung am rechten Rand wäre die grundsätzliche Anerkennung des demokratischen Verfassungsstaates, jedoch unter Gewährung oder Einschränkung bestimmter Rechte und (Sozial-)Leistungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, am linken Rand die entschädigungslose Enteignung von Besitz und Vermögen ab einer bestimmten Größenordnung.

Zum anderen stellt die *Zwischenkategorie* „semi“ eine Verfeinerung der streng bipolaren Logik des Extremismusansatzes dar. Während im klassisch dichotomen Verständnis die Einordnung unter Demokratie oder Extremismus eine von *entweder/oder* ist, zielt die Differenzierung demokratisch-semiextremistisch-extremistisch auf ein *mehr* oder *weniger* (Extremismus). Steffen Kailitz ist der Ansicht, „dass es keinen klaren Fixpunkt gibt, der hundert Prozent demokratische von hundert Prozent extremistischen Bewegungen scheidet. Es gibt vielmehr einen Grenzbereich, in dem sich das Ideengut [...] als semidemokratisch oder semiextremistisch klassifizieren lässt.“³⁸ Die Binnenunterteilung unterschiedlich starker extremistischer Intensitäten spiegelt die Heterogenität des antidemokratischen Spektrums besser wider als die bloße Summierung unter der einzigen Kategorie des Extremismus. Schließlich macht es einen zentralen Unterschied, ob beispielsweise ein autokratisches Regime nach den Vorbildern des Nationalsozialismus oder des Kommunismus angestrebt wird oder eine Form des „Dritten Weges“ jeweils mit Elementen beider Systemtypen. Zugleich ist die Frage nach der Wucht des Extremismus eine andere als die des Gefährdungsgrades, befinden sich doch Intensität und Attraktivität in einem Spannungsverhältnis zueinander: Wer die Demokratie mit größtmöglicher Härte beseitigen will, wird dafür nicht das Maß an Unterstützung finden wie die Anhänger einer weniger radikalen Alternative.

Zugleich stehen den Vorteilen des Semi-Extremismus-Ansatzes gewichtige Nachteile gegenüber. Wenn eindeutige Zuordnungen schwerfallen bzw. die Realtypen nicht den Merkmalen der theoretischen Klassifikation einwandfrei entsprechen, kommt es im Zweifelsfall zu einer Konzentration in der *Zwischenkategorie* „semi“. Doch wenn sich die aus unterschiedlichen Gründen nicht eindeutig bestimmbaren

37 Vgl. Richard Stöss, Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, in: Oskar Niedermayer/ders./Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden 2006, S. 521-563, hier: S. 527 f.

38 Kailitz (FN 36), S. 27.

„Grauzonenphänomene“ allesamt in einem solchen Mittelbereich ballen, ist mit der Abstufung nichts gewonnen und zielt ein höherer Differenzierungsgrad folglich ins Leere. Vor allem aber löst der Einbezug der Mischkategorie „semi“ anstelle der dichotomen Auffassung nicht das Problem der Trennlinien – im Gegenteil. Muss bei letztgenannter „nur“ der Schwellenwert zwischen demokratisch und extremistisch bestimmt werden, bedarf die Dreiteilung nun einer doppelten Grenzziehung: nämlich einmal zwischen demokratisch und semiextremistisch sowie zwischen semiextremistisch und extremistisch. Operationalisierungsprobleme bei konkreten Extremismusmessungen sind programmiert.

3.4. „Harter“ und „weicher“ Extremismus

Auch die Differenzierung „harter“ und „weicher“³⁹ Varianten des Extremismus zielt auf das Maß unterschiedlicher antidemokratischer Intensität. Danach lässt sich die Vehemenz anhand der Kriterien Ideologie (Grad der Verankerung, angestrebtes Gesellschaftsmodell), Strategie (Bündnisoptionen) und Organisation (Mehrheits- und Größenverhältnisse der internen Lager) bestimmen, jedenfalls für Parteien. Aus „hart-“ und „weich-“ sowie ergänzt um den Typus „nicht-extremistisch“ ergibt sich für Richard Stöss in Divergenz zur klassisch binären Logik der Extremismustheorie ein „differenzierter Extremismusbegriff“⁴⁰ in Form einer dreistufigen Ordinalskalierung. Anders als Stöss es auffasst, steht jedoch eine solche quantitative Analyse des Extremismus (mehr oder weniger) nicht im Widerspruch zum qualitativen bzw. dichotomen Verständnis (entweder/oder). Zunächst ist zu klären, ob es sich um Extremismus handelt oder nicht (qualitativ). Falls ja, wird erst in einem zweiten Schritt die (quantitative) Messung extremistischer Intensität (hart/weich) vorgenommen.

Die Analyse des „Härtegrades“ extremistischer Formationen schließt schlüssig an die Erkenntnisse der älteren und neueren Autokratieforschung an. Für lange Zeit prägend war die in den 1930er Jahren entstandene Dreiteilung von Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus, wobei auch der Autoritarismus (ähnlich der Kategorie „weich“-extremistisch) keinen eigenständigen Systemtypus „dazwischen“ darstellt, sondern gemeinsam mit dem Totalitarismus Unterformen der Diktatur bildet. Während die klassische Unterteilung durch den realen Bedeutungsverlust totalitärer Regime an Bedeutung verloren hat, lässt sich seit Jahrzehnten ein anhaltender Boom der empirischen Demokratieforschung feststellen, wie die Legion an neueren Kon-

39 So Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 13-31; ders./Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: Dies. (FN 14), S. 11-32, hier: S. 17-20.

40 Richard Stöss, Zum „differenzierten Extremismusbegriff“ von Eckhard Jesse, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 169-183.

zepten und Indizes belegt.⁴¹ Den teilweise beträchtlichen theoretischen (wird Demokratie oder Autokratie gemessen) und methodischen (Datenbasis, Messniveau, Skalierung) Unterschieden zum Trotz, eint alle Modelle die Differenzierung der Systeme entlang des Maßes an (anti-)demokratischer Intensität. Nichts Anderes versucht die Extremismusforschung, wenn sie für reale existierende extremistische Phänomene zentrale Unterschiede zwischen harten und weichen Formationen (z. B. zwischen NPD, DKP auf der einen Seite und AfD, *Die Linke* auf der anderen) in den Blick nimmt.

Zugleich ist auch die Auffächerung extremistischer Intensität nicht frei von Schwächen. Das betrifft zunächst die Nichtsteigerbarkeit des Extremismusbegriffs. Diese steht zwangsläufig in einem gewissen Gegensatz zur Unterscheidung hart versus weich, bezeichnet der Begriff „extrem“ ja bereits das Äußerste, das stärkste Maß. Ein *mehr* oder *weniger* kann es in diesem Sinne nicht geben. Dem lässt sich entgegenhalten: Egal ob es sich um weiche oder harte Extremismusformen handelt, bleiben es im Kern antidemokratische Kräfte – eine Binnendifferenzierung trägt indes zur besseren Unterscheidung extremistischer Positionen bei.

Doch bleibt es bei der Grundunterscheidung von Extremismus und Demokratie, löst sich auch das Problem der unscharfen Trennlinie nicht auf. Denn zunächst geht es nicht um die Frage nach hart oder weich, sondern um die nach extremistisch oder demokratisch: Sind AfD, FPÖ, FN usw. nun antidemokratisch oder nicht (um nur bei Parteien am rechten Ende des politischen Spektrums zu bleiben)? Das heißt im Umkehrschluss, auch die Bemessung extremistischer Intensität kommt nicht daran vorbei, zwei Grenzbestimmungen vorzunehmen: nämlich die zwischen Demokratie und Extremismus und die zwischen „hart“ und „weich“ extremistisch. Zugleich darf es nicht das Ergebnis der Differenzierung extremistischer Intensität sein – analog zur Gefahr beim „Semi-Extremismus“ –, am Ende das Gros der Grauzonenphänomene aus Mangel an Eindeutigkeit in die mittlere Kategorie („weich“) einzuordnen.

4. Konzeption zur Grenzbestimmung

Welchen Erfordernissen muss – abgeleitet aus den Potenzialen und Schwachpunkten der Abgrenzungsmodelle – ein tragfähiges Konzept zur Erhellung des Graubereichs von Demokratie und Extremismus genügen? Da Populismus und Radikalismus die Frage der Verfassungsmäßigkeit ausklammern und der Semi-Extremismus die Schwellenwertfrage nicht auflöst, sondern verdoppelt, führt kein Weg am Festhalten der Grundunterscheidung demokratisch oder extremistisch vorbei. Unterschiedliche Demokratieverständnisse determinieren die Einordnungen – eine enge, auf Wahlen fokussierte Variante wird weniger Extremisten ausmachen als eine breitere Interpretation, die einen umfassenden Grund- und Menschenrechtskatalog anlegt, der auch

41 Vgl. als kompakten Überblick Susanne Pickel/Gert Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.

innerhalb des demokratischen Spektrums als solcher umstritten ist.⁴² Um zwischen minimalistischen und maximalistischen Auslegungen zu vermitteln, wird Demokratie anhand jener drei stichhaltigen Kriterien definiert, die das Bundesverfassungsgericht im Urteil des NPD-Verbotsprozesses als zentrale Maßstäbe der freiheitlich demokratischen Grundordnung beschrieben hat – Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Demnach umfasst die Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit. Das Demokratieprinzip regelt die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme aller Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Das Rechtsstaatsprinzip formuliert die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG), deren Kontrolle durch unabhängige Gerichte und die verfassungsrechtliche Garantie der Freiheit des Einzelnen durch das Gewaltmonopol staatlicher Organe.⁴³ Alle drei Grundsätze hängen miteinander zusammen – keiner kann ohne die beiden anderen existieren. Wird folglich mindestens bzw. „nur“ eines der Kriterien abgelehnt, handelt es sich um politischen Extremismus.

Zugleich muss die Abgrenzungskonzeption dem Umstand unterschiedlich starker extremistischer Intensitäten Rechnung tragen. Sie baut daher auf der Unterscheidung „hart“ und „weich“ auf, indes mit anderen Akzentuierungen. Ziel ist die Verbindung der Binärlogik der Extremismustheorie (entweder/oder) mit der Rangskalierung extremistischer Robustheit (mehr/weniger).

Daraus resultiert ein mehrstufiges Differenzierungspotenzial. Zunächst erfolgt die Grundunterscheidung Extremismus oder kein Extremismus. Handelt es sich um Extremismus, lässt sich das Ausmaß antidemokratischer Intensität wiederum in zweierlei Richtung aufzeigen: Einerseits geht es in quantitativer Hinsicht darum, wie viele der drei Demokratieprinzipien verletzt werden. So oder so handelt es sich um Extremismus. Zugleich macht es einen Unterschied, ob „nur“ bestimmte Elemente der Demokratie bedroht sind (z. B. Rechtsgleichheit, Religions-, Meinungs- und/oder Pressefreiheit, Gewaltenteilung) oder das Gesamtsystem. Andererseits soll sich in einem qualitativen Sinne bemessen lassen, wie stark die einzelnen Dimensionen betroffen sind: Geht es beispielsweise mit Blick auf die demokratische Willensbildung um die grundsätzliche Abschaffung freier und fairer Wahlen oder „nur“ um die Einschränkung bzw. Beeinflussung des Wahlprozesses – durch ein bestimmtes Institutionenarrangement (Wahlssystem, Wahlkreiseinteilung) oder ungleich verteilte Ressourcen.

Aus der Stoßrichtung der Demokratiefeindschaft lassen sich verschiedene Extremismusvarianten unabhängig von ihren ideologischen Verortungen ableiten. Orien-

42 So gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob neben den Freiheits- bzw. Abwehrrechten auch Sozial- bzw. Versorgungsrechte sowie staatlich-kollektive zu den Menschenrechten zu zählen sind. Vgl. zu den Kontroversen Tom Thieme, Menschenrechte, in: Flümann (FN 16), S. 191-212.

43 Vgl. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13), unter http://www.bverfg.de/bs20170117_2bvb000113.html (1. März 2018).

tiert an der Typenbildung defekter Demokratien⁴⁴ ließe sich beispielsweise mit Blick auf die Negierung von Menschenwürde und Demokratieprinzipien von einem *exklusiven* Extremismus sprechen. Wird die Rechtsstaatlichkeit berührt, handelt es sich hingegen um Formen eines *illiberalen* Extremismus, die wiederum in eine *delegative* (Beschädigung der Gewaltenteilung) und in eine *antiindividualistische* (Beschädigung der Bürgerrechte) Spielart differenzierbar ist. Und nicht anders als mit Blick auf politische Systeme handelt es sich in der Realität überwiegend um Mischformen – für die Zuordnungen zu einem bestimmten Typ „ist in der Regel ausschlaggebend, welches Syndrom das demokratische Spiel am nachhaltigsten beeinträchtigt und sie so in die Nähe eines der reinen Typen rückt“.⁴⁵ In einem zweiten Schritt lassen sich die einzelnen Extremismustypen weiterhin mit den unterschiedlichen Intensitätsmaßen „hart“ (Ablehnung/Beseitigung) und „weich“ (Einschränkung/Umwandlung) kombinieren.

Einwände in terminologischer Hinsicht sind berechtigt, liegen Tautologien und Redundanzen bei der Rede von „exklusiven“ und „illiberalen“ Extremismen auf der Hand: Antidemokratische Phänomene sind per se immer zugleich exkludierend und antiliberal. Indes zielt die Typenbildung auf die beeinträchtigte Demokratiedimension. Ferner existieren Überschneidungen zu den unterschiedlichen Stoßrichtungen von Rechtsextremismus (antidemokratisch) und Linksextremismus (antikonstitutionell), die jedoch mit den Kategorien *exklusiv* und *illiberal* nicht identisch sind. Wie bei jeder Typenbildung gilt es die Gratwanderung aus Vereinfachung und Verkomplizierung zu meistern: Zu Recht streben Medien, Öffentlichkeit und politische Bildung nach Verständlichkeit und Reduktion von Komplexität. Jedoch besteht dann die Gefahr wie beim Allerweltsbegriff „Populismus“, dass unter einem plakativen Label Phänomene summiert werden, deren Unterschiedlichkeit – gerade mit Blick auf den (anti-)demokratischen Charakter – einer gemeinsamen Unterordnung widersprechen. Umgekehrt kann zwar eine anspruchsvolle Typenbildung die empirische Realität besser einfangen. Aber ein solches komplexes Kategoriensystem läuft dann Gefahr, in Politik und Gesellschaft keine Anerkennung und Anwendung zu finden.

Zudem: Auch die Verbindung von Binärlogik der Extremismustheorie und der Skalierung extremistischer Intensität löst nicht das Problem der Janusköpfigkeit extremistischer Bestrebungen. Schwierigkeiten, die aus der Legalitätsstrategie und der internen Heterogenität antidemokratischer Kräfte resultieren, bleiben und setzen sorgfältige Einzelfalluntersuchungen voraus. Erstgenannte, indem nicht alles für bare Münze genommen wird (weder Provokation noch Reue) und ganzheitliche Analysen auch Interna berücksichtigen, statt Einordnungen an „offiziellen“ Dokumenten festzumachen; letztgenannte an der konsequenten Beobachtung der Größen- und Machtverhältnisse von Demokratie und Extremismus. Es mag banal klingen, und ist

44 Vgl. Wolfgang Merkel u. a., Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen 2003, Band 2: Regionalanalysen, Wiesbaden 2006.

45 So Peter Thiery, Demokratie und defekte Demokratien. Zur notwendigen Revision des Demokratiekonzepts in der Transformationsforschung, in: Bendel/Croissant/Rüb (FN 34), S. 75-91, hier: S. 86.

dennoch gerade bei qualitativen Einordnungen keine Selbstverständlichkeit: Die Auswahl von Indikatoren zur Analyse extremistischer Verfasstheit und Massivität muss – so gut es geht – die Gütekriterien sozialwissenschaftlichen Messens (Objektivität, Reliabilität und Validität)⁴⁶ berücksichtigen; und diese transparent darlegen.

5. Fazit

Nur so lässt sich der Instrumentalisierung der Begriffe und damit der Diffamierung (sowie der Aufwertung) politischer Akteure an der Schnittstelle von Demokratie und Extremismus entgegenwirken, um zu verhindern, dass Anhänger unliebsamer Positionen, die jedoch im Kern demokratisch sind, mundtot gemacht und umgekehrt Gegner der Demokratie aus strategischem Kalkül als Populisten firmieren. Der Vergleich der Konzeptionen zu deren Analyse (Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus sowie „harter“ und „weicher“ Extremismus) zeigt Gemeinsamkeiten wie Differenzen. Ungeachtet verschiedener Akzentuierungen im Einzelnen handelt es sich um normative Begriffe für abweichende, nicht dem sozialen und politischen Konsens entsprechende Randphänomene. Da jedoch im nationalen wie internationalen Kontext unterschiedliche Verständnisse von „normgerechtem“ Verhalten existieren, besteht in allen Fällen die Gefahr der Diskreditierung und Instrumentalisierung. Nur der Extremismusbegriff stellt auf das Verhältnis zur Demokratie ab. Er verfügt damit über ein eindeutiges und vor allem über *das* wichtigste Unterscheidungsmerkmal. Zudem besitzt lediglich er ein ausschließlich pejoratives Begriffsverständnis, während Radikalismus und Populismus zugleich als Selbstbezeichnungen Verwendung finden (Populismus als bürgernahe Politik; Radikalität im Sinne einer tiefgreifenden Problemlösung) Darum ist dem Terminus Extremismus gegenüber den Vorstellungen als „Extremismus-light-Varianten“ der Vorzug zu geben.

Zugleich bietet der Extremismusbegriff Analysepotenziale über die streng binäre Ratio des Ansatzes (entweder/oder) hinaus. Liegt die Schwäche der Vorstellung von einem Semi-Extremismus als eigenständiger Zwischenkategorie in der Verdoppelung, nicht in der Auflösung der Abgrenzungsproblematik, kann die Verbindung der Polaritätslogik der Extremismustheorie mit der Skalierung extremistischer Massivität in dreifacher Hinsicht gewinnbringend sein: 1) mit Blick auf die Verfassungsmäßigkeit allgemein (ja/nein), 2) mit Blick auf das Ausmaß extremistischer Intensität (mehr/weniger) und 3) mit Blick auf den Typus der Systemablehnung (exklusiv/illiberal). Das mag für die Analyse manch doppelgesichtiger Phänomene keine einfache Aufgabe sein, doch ist die Befassung mit politischem Extremismus nach dem (vorläufigen?) Ende der *Zeit der Ideologien*⁴⁷ nicht nur komplizierter, sondern genau aus

46 Vgl. dazu Joachim Behnke/Nina Baur/Nathalie Behnke, Empirische Methoden der Politikwissenschaft, Paderborn 2006, S. 115-128.

47 So Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982.

diesem Grund auch bedeutsamer geworden. Die Auseinandersetzung mit Bestrebungen im Spannungsfeld zur klaren Demokratie-Extremismus-Dichotomie gehört dazu.

Das normative Extremismuskonzept – Ein Vorschlag zur Rekonzeptualisierung und Messung

Von Tom Mannewitz

1. Differenzierte Kritik am Extremismusbegriff

Die Geschichte der normativen Extremismusforschung ist eine Geschichte ihrer fortlaufenden Kritik. Diese fällt mal eher politisch, mal eher analytisch motiviert aus: „Lösung des ‚Kalten Krieges‘“, „Kampfbegriff“, „Extremismus-Ideologie“, „Gleichsetzung des Ungleichen“, „Außenseiterkonzeption“ lauten die Schlagworte.¹ Zu den differenzierteren (wenngleich polemisch vorgetragenen) Einwänden zählt jener, der Extremismusbegriff sei ebenso „simpel wie oberflächlich“, entspreche dem „Wunsch nach einer möglichst eindeutigen kategorialen Differenz“.² Wenn – ungeachtet aller Graubereiche – der Unterschied zwischen Demokraten und Extremisten auf eine Dichotomie hinausläuft, geht diese Kritik zumindest nicht völlig ins Leere.

Ein weiterer Einwand lautet: „Wenn Extremismus als ein besonders charakteristisches Merkmal einer Gruppe von Parteien angesehen wird, würde man sich gerade davon handfeste Kriterien für die Unterscheidung von demokratischen und semi-, un- oder antidemokratischen Parteien erwarten. Tatsächlich ist das typenbildende Merkmal aber so weich, dass die Tür für subjektive Werturteile weit offen steht.“³ Die Beanstandung zielt auf den Umstand, bereits „die Negation zumindest einer Dimension, ohne die der demokratische Verfassungsstaat seinen Namen nicht verdiente“⁴, bilde das Kriterium für Extremismus. Gemeint ist die Ablehnung der abstrakten, mehrdeutigen Begriffe „Pluralismus“, „Gewaltenteilung“ und „Menschenrechte“⁵, wiewohl von der normativen Extremismusforschung immer wieder auch

1 Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Armin Pfahl-Traughber, Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 61-86; ders., Die blinden Flecken in der Kritik an der Extremismustheorie. Eine Antwort auf Jonathan Riedl und Matthias Micus, in: Demokratie-Dialog 2/2018, S. 24-28.

2 Wolfgang Kraushaar, Der Begriff „Extremismus“ wird als Etikett missbraucht, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. August 2017.

3 Richard Stöss, „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 47/2008, S. 3-6.

4 Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006, S. 243.

5 Vgl. Uwe Backes, Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik, in: ders./Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 22, Baden-Baden 2010, S. 13-31, hier: S. 22; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1993, S. 30-36.

leicht abweichende Kataloge vorgebracht wurden: etwa Menschenwürde, Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit⁶ oder „das Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit, Menschen- und Bürgerrechte, der Konstitutionalismus mit dem Prinzip der Gewaltenteilung und dem Schutz der persönlichen Freiheitssphäre des einzelnen, rechtsstaatliche Vorgaben, das Mehrheitsprinzip verbunden mit einem Minderheitenschutz, ein Verständnis von Demokratie im Sinne der Konkurrenztheorie, ein politischer und gesellschaftlicher Pluralismus sowie das Repräsentativitätsprinzip“.⁷ Während der Rechtsextremismus mit allen Dimensionen kollidiere, sei der Linksextremismus vor allem mit dem Schutz der individuellen Freiheitsrechte über die Gewaltenkontrolle nicht vereinbar. Gleichwohl wird zur Definition der beiden Extremismusformen selten diese Unvereinbarkeit mit Kernbestandteilen konstitutioneller Demokratie, sondern das Verhältnis zur Gleichheit herangezogen: Rechtsextremismus negiere die Gleichheit aller Menschen, Linksextremismus verabsolutiere sie.⁸

Was den „Dritten im Bunde“, den Fundamentalismus, angeht, so entzieht er sich dieser eindimensionalen Links-Rechts-Dichotomie.⁹ Er spannt eine weitere Achse im extremistischen Spektrum auf. An ihren Enden stehen sich Ideologien gegenüber, die einerseits mit einer radikalen Diesseitigkeit die Religionsfeindschaft (Beispiel Stalinismus), andererseits mit einer religiösen Jenseitigkeit die Theokratie (Beispiel IS) repräsentieren.¹⁰

Nicht zuletzt besteht eine gewisse Spannung in dem Umstand, dass die normative Extremismusforschung sich dem aus einem generellen Anti-Extremismus erwachsenden Äquidistanzgebot (also der Ablehnung aller Extremismen ungeachtet ihrer ideologischen Motivation) verpflichtet fühlt, die politische Stoßrichtung dann aber über die Richtungsbegriffe gleichsam durch die Hintertür in die Subtypenbildung einfließt: Wenn die weltanschaulichen Hintergründe bei der Einordnung einzelner Extremismusformen keine Rolle spielen, warum dienen sie dann implizit als Unterscheidungsmerkmal?

Die drei genannten Einwände – Dichotomisierung, Abstraktion, Ideologiefixierung – laufen auf eine gewisse Missbrauchsanfälligkeit des Extremismusbegriffs hinaus. Dabei muss man nicht der Argumentation folgen, es handle sich um ein politisches Werkzeug aus der Zeit des Kalten Krieges, um von dem normativ aufgeladenen Gegensatzpaar „Extremismus“ und „Demokratie“ auf eine gewisse Vulnerabili-

6 Vgl. Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000, S. 146-200.

7 Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 67-86, hier: S. 70.

8 Siehe Norberto Bobbio, Rechts und links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

9 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 13-26, hier: S. 20-26; Tom Thieme, Jenseits politischer Richtungsbegriffe? – Extremismus zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 53-72, hier: S. 57.

10 Vgl. Backes (FN 4), S. 245 f.

tät für Freund-Feind-Dynamiken zu gelangen.¹¹ Ziel des Beitrages ist es, die genannten Monita am Extremismusbegriff aufzugreifen, die Unterschiede zwischen Demokratie und Extremismus analytisch aufzubrechen, das „typenbildende Merkmal“ durch die Hinzunahme von Indikatoren zu konkretisieren und den Extremismusbegriff zu quantifizieren. „Die quantitative Analyse schließt [...] das Erkenntnisinteresse der qualitativen Analyse mit ein, gelangt aber zu differenzierteren Befunden, indem sie auch Auskunft darüber gibt, inwieweit ein Untersuchungsobjekt über extremistische Eigenschaften verfügt. Daher ist die quantitative der qualitativen Analyse vorzuziehen“.¹²

Der Vorschlag orientiert sich nicht an der Trias „Pluralismus – Gewaltenkontrolle – Menschenrechte“, sondern sucht den Brückenschlag zu den analytischen Kategorien der Autokratie-/Regime-/Transitionsforschung. Zugleich bezieht er sich auf die Negativdefinition von politischem Extremismus (Frontstellung gegen den demokratischen Verfassungsstaat). Zunächst sollen methodische Anforderungen formuliert und mit substantiellen Ansprüchen an eine Extremismustypologie kombiniert werden. Die beiden wichtigsten sind 1) die terminologische Anschlussfähigkeit zu den genannten Forschungszweigen und 2) die Gefahreneinschätzung. Es geht dabei weniger um eine Risikobewertung¹³ als um eine Identifikation der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates, die sich politischen Angriffen durch Extremisten ausgesetzt sehen. Dem schließt sich die Re-Typologisierung an. Sie sucht einen früheren Vorschlag des Autors zu präzisieren.¹⁴ Die dortige Kritik der „Standardtypologie“ im Lichte der auch hier aufgeführten Kriterien bleibt an dieser Stelle aus.

2. Methodische Anforderungen an eine Extremismustypologie

Eine Typologie ist „ein Gefüge von geordnet aufeinander bezogenen Typen und ein Typus seinerseits ein ‚Oberbegriff‘, dessen Intension durch eine Kombination bestimmter Werte verschiedener Variablen angegeben wird“.¹⁵ Sie dient, weil sie eine

11 Vgl. Eckhard Jesse, Fundamentalkritik an der Konzeption der streitbaren Demokratie und am Extremismusbegriff – Auseinandersetzung mit differenzierter und plumper Kritik, in: Gerhard Hirscher/ders. (Hrsg.), *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich*, Baden-Baden 2013, S. 505-526, hier: S. 515.

12 Richard Stöss, Zum „differenzierten Extremismusbegriff“ von Eckhard Jesse, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), *Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse*, Baden-Baden 2013, S. 169-183, hier: S. 183.

13 Siehe hierzu Tom Thieme, Extremistisches Gefahrenpotenzial – Untersuchungsgegenstand, Messung und Fallbeispiele, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus*, ZPol Sonderband 2015 I, Baden-Baden 2015, S. 37-59.

14 Siehe Tom Mannewitz, Jenseits von „Islamismus“, „Links-“ und „Rechtsextremismus“ – eine gefahrenorientierte Extremismustypologie, in: Jesse (FN 13), S. 61-88.

15 Werner J. Patzelt, *Sozialwissenschaftliche Forschungslogik. Einführung*, München 1986, S. 155.

Entscheidung über relevante (und darum einzubeziehende) und nebensächliche (und darum auszuspärende) Merkmale einschließt, der Komplexitätsreduktion und:

- kann auf einem oder mehreren Typologisierungsmerkmalen beruhen¹⁶,
- lässt Überschneidungen bei den Zuordnungen zu¹⁷,
- erlaubt – anders als Klassifikationen¹⁸ – die Bildung von Misch- bzw. Hybridtypen, die Charakteristika dieser und jener Grundtypen aufweisen¹⁹,
- folgt dem Prinzip interner Homogenität und externer Heterogenität (die Fälle eines Typs sollten einander ähnlich, solche verschiedenen Typs sollten einander unähnlich mit Blick auf die berücksichtigten Merkmale sein)²⁰,
- fußt auf dem systematischen Gebrauch derselben Vergleichskriterien, weil die Typologie sonst ihren ordnenden Zweck verspielt²¹,
- sollte eine gewisse empirische Relevanz entfalten,²² sodass kein Fall „unsortiert“ bleibt.

3. Substantielle Anforderungen an eine Extremismustypologie

Wenn das normative Extremismuskonzept der Kritik der Vereinfachung, der Interpretationsoffenheit und der Ideologiefixierung aus dem Weg gehen und sogleich Möglichkeiten der Gefahreinschätzung aufzeigen soll, bietet die Autokratie-/Transitions-/Regimeforschung hierfür passende Topoi. Alle drei haben in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um Regime jenseits der (konstitutionellen) Demokratie zu klassifizieren. Da Autokratien der Zielpunkt extremistischer Bewegungen sind, ergeben sich natürliche Schnittmengen. Geeignete, der Regimeforschung entlehnte Kriterien für eine Extremismustypologie könnten sein: Herrschaftslegitimation, -zugang, -monopol, -struktur, -träger, -anspruch, -ausübung, -reichweite, -intensität und -weise.²³ Die größte Hürde besteht darin, dass sich Forscher – anders als bei einer Regimeeinordnung – bei einem Urteil über extremisti-

16 Vgl. David Collier/Jody Laporte/Jason Seawright, *Typologies: Forming Concepts and Creating Categorical Variables*, in: Janet M. Box-Steffensmeier/Henry Brady/David Collier (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Methodology*, Oxford 2008, S. 152-173, hier: S. 153.

17 Vgl. Patzelt (FN 15), S. 156.

18 Vgl. Giovanni Sartori, *Concept Misformation in Comparative Politics*, in: *American Political Science Review* 64 (1970), S. 1033-1053, hier: S. 1039.

19 Vgl. Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Susanne Pickel, *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden 2009, S. 55.

20 Vgl. Sartori (FN 18); ders., *Comparing and Miscomparing*, in: *Journal of Theoretical Politics* 3 (1991), S. 243-257.

21 Vgl. Hans-Joachim Lauth, *Typologien in der vergleichenden Politikwissenschaft. Überlegungen zum Korrespondenzproblem*, in: Susanne Pickel/Gert Pickel/ders./Detlef Jahn (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Wiesbaden 2009, S. 153-172, hier: S. 157.

22 Vgl. Lauth/Pickel/Pickel (FN 19), S. 46.

23 Vgl. Uwe Backes, *Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 6 (2009), S. 271-292, hier: S. 274 f.; Wolf-

sche Phänomene nicht auf eine deskriptive Analyse beschränken können, sondern antizipieren müssen, was vermutlich passieren wird, wenn eine bestimmte Vereinigung die politische Macht erlangt.²⁴

Von der Forderung nach Kompatibilität mit der Autokratieforschung nicht zu trennen ist das folgende Kriterium: Die Extremismustypologie soll nicht allein die Gefahr eines vollständigen Systemwandels (von konstitutioneller Demokratie zu Autokratie) erfassen, sondern auch die Gefahr jener systemischen Realtypen, die mit den jüngeren Transformationen im Osten Europas, in Asien und Lateinamerika an Relevanz gewannen. Das soll die Identifikation solcher Formationen ermöglichen, die „nur“ mit einzelnen demokratisch-konstitutionellen Elementen brechen, folglich den von der Forschung als „Grauzone“ bezeichneten Raum zwischen den (eher) freien und (eher) unfreien Systemen besetzen.²⁵ Dieses Kriterium greift Hand in Hand mit der methodischen Forderung nach der vollständigen Erfassung extremistischer Gefahren, stellt doch schon ein einzelner Defekt²⁶ (bzw. die Hybridisierung²⁷) eine signifikante Veränderung im Systemtyp dar, nicht erst ein vollständig abgeschlossener Systemwandel. Technisch umsetzen lassen sich derartige Unterteilungen mithilfe von Subtypen.

gang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 22.

- 24 Vgl. Richard J. Heuer Jr./Randolph H. Pherson, *Structured Analytic Techniques for Intelligence Analysis*, Los Angeles u. a. 2015, S. 4.
- 25 Ausgezeichnete Überblicke über die Vielzahl an Typologisierungsversuchen finden sich bei Holger Albrecht/Rolf Frankenberger (Hrsg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010; Petra Bendel/Aurel Croissant/Friedbert W. Rüb (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen 2002; Steffen Kailitz, *Stand und Perspektiven der Autokratieforschung*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19 (2009), S. 437-488; ders./Patrick Köllner (Hrsg.), *Autokratien im Vergleich (PVS-Sonderheft 47)*, Baden-Baden 2013.
- 26 Gemeint sind damit verminderte Subtypen der Demokratie, die nicht jedes Merkmal des Grundtypus aufweisen. Vgl. David Collier/Steven Levitsky, *Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research*, in: *World Politics* 49 (1997), H. 3, S. 430-451; Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Claudia Eicher/Peter Thiery, *Defekte Demokratie*, Bd. 1: Theorie, Opladen 2003; Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant/Peter Thiery, *Defekte Demokratie*, Bd. 2: Regionalanalysen, Wiesbaden 2006; Guillermo O'Donnell, *Delegative Democracy*, in: *Journal of Democracy* 5 (1994), S. 55-69; Fareed Zakaria, *The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad*, New York 2003.
- 27 Anders als verminderte Subtypen setzen hybride Regime ein typologisches Gegenüber zur Demokratie voraus: die Autokratie. Hybride Regime seien auf dem Kontinuum zwischen beiden Polen angesiedelt, da sie Merkmale beider Grundtypen teilen. Vgl. Matthijs Bogaards, *How to Classify Hybrid Regimes? Defective Democracy and Electoral Authoritarianism*, in: *Democratization* 16 (2009), S. 399-423; Larry Diamond, *Thinking About Hybrid Regimes*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), S. 21-35; Terry Lynn Karl, *The Hybrid Regimes of Central America*, in: *Journal of Democracy* 6 (1995), S. 72-86; Steven Levitsky/Lucan A. Way, *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War*, Cambridge 2010. Lauth (FN 21), S. 165-168, reformuliert den Gedanken verminderter Subtypen. Als solche gelten demnach Fälle, die zwar alle Definitionsmerkmale aufweisen, einzelne aber nur zu einem gewissen Grad, als hybride Typen wiederum gelten Fälle, die Definitionsmerkmale verschiedener Grundtypen verbinden.

Gleichwohl muss die Typologie dem kategorischen Unterschied zwischen Befürwortung und Ablehnung konstitutioneller Demokratie Rechnung tragen. Die Annahme eines Kontinuums bzw. einer „Grauzone“ zwischen konstitutioneller Demokratie und Extremismus²⁸, die einer graduellen Messung vorausgeht, führt in die Irre: Mit einer graduellen Realitätsannahme²⁹ stellt sich nicht allein das Problem der Schwellenwerte für das Gesamtkonzept.³⁰ Vielmehr lassen sich Regimeunterschiede aufgrund der Mehrdimensionalität des zugrunde liegenden Konzepts nicht auf ein „Mehr“ oder „Weniger“ bringen. Das würde eine befriedigende Antwort auf die Frage „Mehr oder weniger *wovon?*“ bedingen. Dann und nur dann, wenn *jede* der Dimensionen, die den Regimebegriff konstituieren, ebenfalls komparativer oder metrischer Natur wäre *und* sich zugleich alle Dimensionen proportional zueinander verhielten, ließe sich von einem Kontinuum politischer Regime sprechen. Schon wenn zwei Merkmale einander zuwiderlaufen, bricht die Vorstellung eines Regimekontinuums in sich zusammen.³¹

Konstitutionelle Demokratie und Extremismus sind *auf systemischer Ebene* keine polaren Extremtypen³², sondern bündige Labels für bestimmte (angestrebte) Konfigurationen politischer Institutionen, selbst wenn die von ihnen verfochtenen Werte die Vorstellung eines Gegensatzes stützen (etwa: individuelle Freiheit versus Unfreiheit). Das schließt unterschiedliche Intensitäten, mit denen bestimmte metrische oder ordinale Unterdimensionen präsent sind, keineswegs aus – nur sind sie nicht ohne Weiteres auf die Konzeptebene übertragbar.

Zur Unterscheidung zwischen konstitutionell-demokratischen und extremistischen Erscheinungen sowie zur Unterscheidung extremistischer Subtypen kommen Kriterien auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau infrage. Die aus der Regimeforschung bekanntesten sind Werte (etwa Sicherheit, Freiheit und Gleichheit), Prinzipien (etwa Partizipation und Wettbewerb), Institutionen (z. B. freie und faire Wahlen) und Rechte (etwa Meinungsfreiheit und das Eigentumsrecht).³³ Werte – Konzeptionen des Wünschenswerten³⁴ – eignen sich nicht so recht zur Analyse, da sie konträre Interpretationen zulassen. „Freiheit und Gleichheit“ etwa könnte die Maxime einer „Vorzeigedemokratie“ und einer totalitären Diktatur sein. Gleiches gilt für Prinzipien (im Sinne normativer Gesetzmäßigkeiten): Aufgrund ihres Abstraktionsgrades lassen sie sich unterschiedlich auslegen. Für das Gegenteil stehen rechtlich verbief-

28 Vgl. etwa Merkel (FN 23), S. 25; Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel/Susanne Pickel, Vergleich politischer Systeme, Paderborn 2014, S. 159.

29 Vgl. Lauth (FN 21), S. 156.

30 Vgl. B. Guy Peters, Comparative Politics. Theory and Methods, New York 1998, S. 96; Sartori (FN 20), S. 248 f.

31 Für eine alternative Argumentation gegen die Vorstellung eines Regimekontinuums vgl. Kevin Köhler/Jana Warkotsch, Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums, in: Albrecht/Frankenberger (FN 25), S. 61–78.

32 Vgl. Lauth/Pickel/Pickel (FN 19), S. 48 f.

33 Siehe Robert A. Dahl, Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven/London 1971.

34 Vgl. Clyde Kluckhohn, Values and Value Orientations in the Theory of Action, in: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.), Toward a General Theory of Action, New York 1951, S. 388–433, hier: S. 395.

te Freiheiten. Sie sind einerseits häufig kontextbezogen und insofern für den internationalen Vergleich nur bedingt geeignet, andererseits bleiben informelle Rechte, vor allem informelle Rechtsverletzungen und Rechtsbeugung außer Acht. Einen Mittelweg schlagen Institutionen ein – „sanktionsbewährte Regeln“³⁵: Sie lassen sich nicht beliebig interpretieren und erfassen formelle Normensysteme (etwa Verfassungen, Gesetze) ebenso wie informelle, nicht kodifizierte Regeln (etwa Gewohnheitsrecht, Patronage und Klientelismus). Die Typologisierungskriterien sollten darum institutioneller Art sein.

4. Typen des politischen (Semi-)Extremismus

Die konstitutionelle Demokratie und die Autokratie sind nicht die beiden einzigen denkbaren Formen politischer Regime. Die Anzahl theoretisch möglicher Regimetypen hängt vielmehr von der Anzahl der von einer Typologie berücksichtigten Herrschaftsmerkmale und potentiellen Ausprägungen ab. Einige Kriterien hat die empirische Forschung häufiger aufgegriffen³⁶, andere seltener; einige Merkmalskombinationen sind logisch möglich, aber empirisch nie aufgetreten; andere wiederum schließen einander funktionslogisch aus. Dass das Gros der Subtypenbildung auf die Autokratieforschung entfällt, hängt mit der Heterogenität des zugrunde liegenden Systemtyps zusammen.³⁷

Autokratien sind durch die Konzentration der politischen Gewalten in einem Herrschaftszentrum – einer Partei, einer Einzelperson, einer Militärjunta, einer Dynastie – charakterisiert. Ihr Definitionskriterium ist eine bestimmte *Herrschaftsstruktur*, die Art und Weise, in der das zentrale politische Entscheidungssystem organisiert ist.³⁸ Es gibt demnach etwa auch oligarchische und monarchische Verfassungsstaaten.

Kennzeichnend für den demokratischen Verfassungsstaat wiederum sind eine effektiv gewaltenkontrollierende *Herrschaftsstruktur* einerseits, ein offener *Herrschaftszugang* andererseits. Trägt dieser über institutionalisierte Wahlen dem Prinzip

35 Hans-Joachim Lauth, Analytische Konzeption für den Vergleich politischer Systeme, in: Ders. (Hrsg.), Politische Systeme im Vergleich. Formale und informelle Institutionen im politischen Prozess, München 2014, S. 3-50, hier: S. 15.

36 Dazu gehören etwa Typologien entsprechend der Herrschaftsträger, dem -zugang und der -legitimation. Vgl. Barbara Geddes, What Do We Know about Democratization after Twenty Years?, in: Annual Review of Political Science 2 (1999), S. 115-144; Axel Hadenius/Jan Teorell, Pathways from Authoritarianism, in: Journal of Democracy 18 (2007), S. 143-156; Amos Perlmutter, Modern Authoritarianism: A Comparative Institutional Analysis, New Haven 1981; Armin Pfahl-Traughber, Staatsformen im 20. Jahrhundert. I: Diktatorische Systeme, in: Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Staatsformen. Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 223-280.

37 Vgl. Kailitz (FN 25), S. 446.

38 Vgl. Uwe Backes, Vier Grundtypen der Autokratie und ihre Legitimierungsstrategien, in: Kailitz/Köllner (FN 25), S. 158 f.; Karl Loewenstein, Verfassungslehre, Tübingen 2000.

der konkurrierenden Willensbildung in modernen Flächenstaaten Rechnung³⁹, soll jene den Schutz individueller Freiheitsrechte gegenüber dem Staat gewährleisten.⁴⁰ Wer folglich Autokratie und konstitutionelle Demokratie einander gegenüberstellt, bedient sich eines schiefen Vergleichs, da hier zwei Definitionskriterien zum Tragen kommen, dort nur eines.

Die unzureichende terminologische Trennung beider Dimensionen mag einen Hinweis darauf geben, warum die Debatte um ein Kontinuum zwischen (konstitutioneller) Demokratie und Autokratie, um deren Gegensätzlichkeit und um graduelle Unterschiede so unbefriedigend verläuft: Während die Autokratie tatsächlich das ausschließende Gegenüber (*tertium non datur*) des Verfassungsstaates ist und beide gemeinsam alle möglichen Herrschaftsstrukturen (mit Chancen auf Subtypenbildung⁴¹) vollständig erfassen, hat die Demokratie nicht nur eine, sondern mehrere Alternativen. Was diese eint, ist ihr geschlossener Herrschaftszugang, der es den Regierten nicht ohne Weiteres erlaubt, die Regierenden selbst zu bestimmen oder einer der ihren zu werden – etwa weil diese ihre Macht vererben, über Gewalteininsatz und -androhung aufrechterhalten oder neue Herrschaftsträger selbst bestimmen (Selbstergänzung).⁴² All diese Modi versperren der allgemeinen Öffentlichkeit den Zugang zur Herrschaft – anders als demokratische Wahlen. In der Grauzone zwischen Regimen mit offenem und geschlossenem Herrschaftszugang ruhen solche, bei denen Freiheit und/oder Gleichheit der Wahlen eingeschränkt ist – wie etwa in der Republik Venedig, das mit seinem gleichen aktiven, aber ungleichen passiven Wahlrecht (Ämterzugang hatten nur die städtischen Patrizier) ein hohes Maß an Kompetitivität und damit einen eher offenen Herrschaftszugang aufwies.

Gleichwohl sind Wahlen auch in Systemen mit geschlossenem Herrschaftszugang möglich. Nur erfüllen sie dort, da sie dem Anspruch der Kompetitivität selten genügen, meist andere Funktionen (Legitimation der Regierenden, Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten, Konfliktlösung innerhalb der politischen Elite).⁴³ Bei einer Einordnung ist entscheidend, wer dank der (geltenden oder eben nicht geltenden) Wahlprinzipien über die Führungsauslese bestimmt: die Herrschenden oder die Allgemeinheit?

39 Vgl. Manfred G. Hättich, *Demokratie als Herrschaftsordnung*, Wiesbaden 1967, S. 105-107.

40 Vgl. Birgit Enzmann, *Der Demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen*, Wiesbaden 2012, S. 56-71; Hans-Joachim Lauth, *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*, Wiesbaden 2004, S. 77 f.; Winfried Steffani, *Gewaltenteilung und Parteien im Wandel*, Opladen/Wiesbaden 1997.

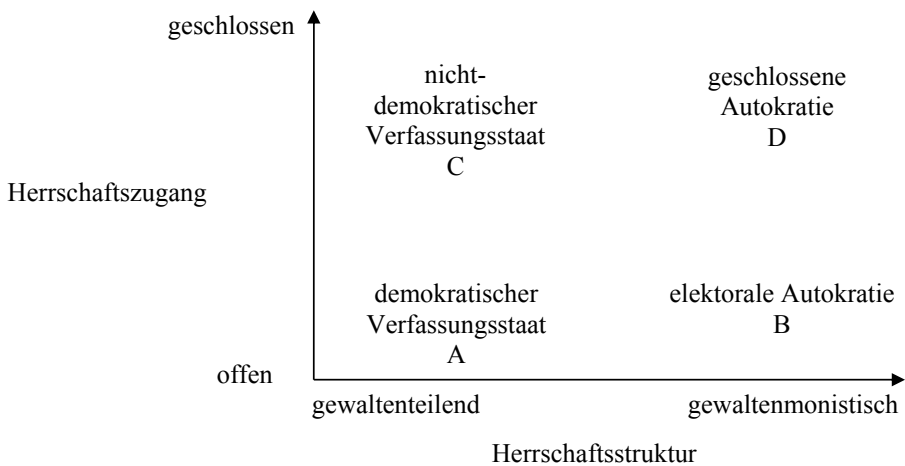
41 So ließe sich danach fragen, welche der drei Gewalten keiner/geringer Kontrolle unterliegt oder gänzlich bedeutungslos ist.

42 Vgl. Hadenius/Teorell (FN 36), dies., *Authoritarian Regimes: Stability, Change, and Pathways to Democracy*, Kellogg Institute Publications, Notre Dame 2006.

43 Vgl. Andreas Schedler, *The Logic of Electoral Authoritarianism*, in: ders. (Hrsg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006, S. 1-23; Steven Levitsky/Lucan A. Way, *The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), S. 51-65.

Wie lässt sich der Bogen von dieser Herrschaftstypologie zum politischen Extremismus schlagen? Extremismus soll als Sammelbegriff für politische Strömungen dienen, deren politische Ziele sich ohne einen gewaltenmonistischen Herrschaftszugang (B und D in Abb. 1) oder einen geschlossenen Herrschaftszugang (C und D in Abb. 1) nicht verwirklichen lassen. Da beide Merkmale einander ersetzen können, ohne dass dies an der extremismustheoretischen Einschätzung etwas ändern würde, lässt sich Extremismus bereits auf dieser Ebene typologisch unterscheiden: in einen antidemokratischen, einen antikonstitutionellen und einen antidemokratisch-antikonstitutionellen Extremismus (family resemblance concept) – soweit nichts Neues.

Abbildung 1: Regimetypologie nach Herrschaftszugang und -struktur



Quelle: eigene Darstellung.

Ergebnis des Machtantritts von Extremisten muss nicht eine Autokratie, sondern kann auch eine „Nicht-Demokratie“⁴⁴ sein. Extremist ist, wer entweder den Zugang zur Macht durch Erbfolge, physische Gewalt, Selbstergänzung oder Wahlmanipulationen steuern oder die wechselseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten aufweichen will – etwa durch die Schaffung materieller und politischer Abhängigkeitsverhältnisse oder durch die Konzentration politischer Gewalten in einem Akt der Usurpation.

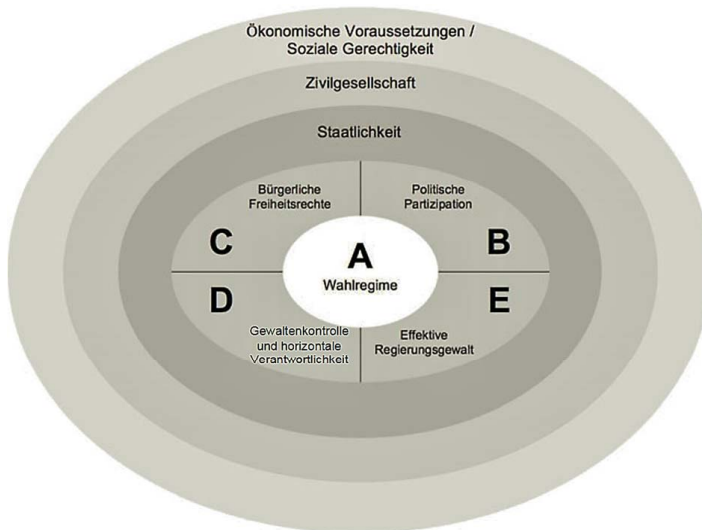
Was sodann extremistische Subtypen angeht, so lässt sich auf die Autokratie-/Transformations-/Regimeforschung zurückgreifen: Wolfgang Merkel hat vor geraumer Zeit ein mittleres Demokratiemodell vorgestellt.⁴⁵ Aufgrund der Einbettung der von ihm als zentral erachteten Wahlen in interne Teilregime, die deren „normativen

⁴⁴ Kailitz (FN 25), S. 457.

⁴⁵ Siehe Wolfgang Merkel, *Embedded and Defective Democracies*, in: *Democratization* 11 (2004), H. 5, S. 33-58; ders. (FN 23); Merkel/Puhle/Croissant/Eicher/Thieri (FN 26).

und funktionalen Bestand sichern⁴⁶, und in externe Teilregime, die Bestandsvoraussetzungen und somit eine gewisse Stabilitätsreserve in Krisenmomenten bereitstellen, ist das von ihm favorisierte Modell unter dem Namen „embedded democracy“ vielfach in die empirische Forschung eingegangen. Demokratie ist demnach in vier interne (bürgerliche Freiheitsrechte, politische Partizipationsrechte, Gewaltenkontrolle und horizontale Verantwortlichkeit, effektive Regierungsgewalt) und in drei externe Teilregime (Staatlichkeit, Zivilgesellschaft, ökonomische Voraussetzungen/soziale Gerechtigkeit) eingebettet (Abb. 2).

Abbildung 2: Das Embedded-Democracy-Modell nach Merkel



Quelle: Wolfgang Merkel, Die Herausforderungen der Demokratie, in: Ders. (Hrsg.), Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden 2015, S. 7-44, hier: S. 15.

Damit das Modell politische Extremismen typologisch erfassen kann, sind einige Anpassungen erforderlich. Zunächst sind im Sinne des Sparsamkeitsprinzips die externen Teilregime vom Konzept der „embedded democracy“ zu lösen: Wer politische Bestrebungen mit dem Label „Extremismus“ versieht, die der Intention nach oder in ihrer Wirkung die ökonomischen Rahmenbedingungen von Demokratie oder die soziale Gerechtigkeit beeinträchtigen, öffnet politischer Instrumentalisierung Tür und Tor. Dasselbe gilt für eine vitale Zivilgesellschaft – sie mag die in einer Demokratie institutionalisierten Schutzmechanismen des Individuums unterstützen, demokratieförderliches Sozialkapital generieren und ein Akteur politischer Kontrolle sein. Damit ist sie jedoch konzeptionell von Demokratie verschieden, bietet ihr „lediglich“

46 Merkel (FN 23), S. 30.

förderliche Umweltbedingungen. Dasselbe gilt für Staatlichkeit, die zwar eine Voraussetzung für Demokratie ist, aber keine konzeptionelle Einheit mit ihr bildet: „Without the existence of a state, there cannot be a consolidated modern democratic regime“.⁴⁷

Im Mittelpunkt der „eingebetteten Demokratie“ stehen nach Merkel demokratische Wahlen. Die anderen vier internen Teilregime haben die Aufgabe, diese funktional und normativ zu stützen. Dazu zählen auch Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit. Nun stehen beim Konzept des demokratischen Verfassungsstaates jedoch beide Elemente gleichberechtigt nebeneinander: konkurrierende Willensbildung durch demokratische Wahlen einerseits, Schutz individueller Freiheitsrechte durch „horizontal accountability“ andererseits. Die konzeptionelle Ebenbürtigkeit beruht auf der Idee, dass Gewaltenteilung nicht nur einen instrumentellen Zweck für demokratische Wahlen besitzt, sondern auch in eigenständiger Weise der Freiheit des Einzelnen dient. Historische Verfassungsstaaten ohne demokratische Wahlen (etwa die Römische Republik, Großbritannien im 18. Jahrhundert) veranschaulichen dies. Darum sollte Gewaltenteilung – gleichberechtigt neben demokratischen Wahlen – als eigenes Kernregime im demokratischen Verfassungsstaat begriffen werden. Bemerkenswerterweise ist Merkel hier nicht ganz konsequent, wenn er Dahls Polyarchiemodell entgegenhält, „dass es die für die Demokratie lebenswichtigen Garantiedimensionen der horizontalen Gewaltenkontrolle und des Rechtsstaates konzeptionell ausklammert“⁴⁸, er selbst aber dem einen nur eine instrumentelle Funktion für die Demokratie zubilligt, das andere unter eines der anderen Teilregime subsumiert – nämlich unter die bürgerlichen Rechte. Die dort genannten individuellen Schutzrechte gegen staatliche und private Akteure, die Gleichbehandlung vor dem Gesetz sowie der freie und gleiche Zugang zu den Gerichten sind bedeutsame Aspekte formaler und materieller Rechtsstaatlichkeit. Diese erschöpft sich allerdings nicht darin. Aufgrund der Komplexität scheint es sinnvoll, beides zu trennen und auszudifferenzieren: materielle Rechtsstaatlichkeit bzw. bürgerliche Freiheitsrechte einerseits, formale Rechtsstaatlichkeit andererseits. Damit verbunden ist die Verallgemeinerung der Kategorie der Bürger- in die Kategorie der Grundrechte. Voll entwickelte konstitutionelle Demokratien zeichnen sich nicht nur durch die Gewährung bürgerlicher Abwehrrechte gegenüber dem Staat, sondern auch durch die Garantie zentraler Grundrechte aus, die jedem unabhängig von seiner Staatsbürgerschaft zustehen – etwa die Gleichheit vor dem Gesetz.

Das fünfte von Merkel benannte Teilregime kreist um die effektive Regierungsgewalt. Damit soll sichergestellt werden, dass es im politischen System keine nicht-gewählten (und insofern der demokratischen Verantwortlichkeit entzogenen) Akteure gibt, die nennenswerte politische Verfügungsgewalt auf dem Staatsgebiet besitzen – Militärs, Mafiaklans, Milizen oder Guerillas etwa. Derartigen Vetomächten dürfen

47 Juan J. Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*, Baltimore 1996, S. 7.

48 Merkel (FN 23), S. 30.

also keine politischen Domänen vorbehalten sein (Enklavendemokratie). Im Kern geht es darum, dass diejenigen, die gewählt werden, auch diejenigen sind, die politische Macht ausüben – und umgekehrt. Kurzum: Wahlen müssen „democratically meaningful“⁴⁹ sein. Wie soll jedoch ein politisches System aussehen, in dem „auf der konstitutionellen Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien demokratisch regiert wird“⁵⁰, ohne dass die Gewählten auch die Machthaber sind? Vor diesem Hintergrund dient es der Sparsamkeit, das fünfte Teilregime in das Wahlregime zu integrieren.

Zugleich übersieht das Modell eine zentrale institutionelle Vorkehrung zum Freiheitsschutz (und damit ein relevantes Teilregime): die Verfassungsgerichtsbarkeit.⁵¹ Sie soll die Verfassung – nicht ein bestimmtes Verfassungsdokument – vor übergriffigen legislativen Akten schützen. Sie bindet nicht nur die Gesetzgebung an die Verfassung, legt nicht nur ein Gesetz höheren Ranges aus und leitet daraus Entscheidungen für konkrete Streitfälle ab. Vielmehr ist sie aufgrund des allgemeinen Charakters von teils jahrhundertealten Verfassungen auch gezwungen, deren Inhalt zu präzisieren und zu modernisieren. „Verfassungsauslegung ist [...] ein Prozess der fortlaufenden Konkretisierung konkretisierungsbedürftiger Normen“.⁵² Dies eröffnet der Verfassungsgerichtsbarkeit einen Interpretationsspielraum, der es erlaubt, sie als eine vierte, eine verfassungsgebende Gewalt zu begreifen. Sie gibt den anderen drei Gewalten ihren Bewegungsradius vor. Darum verdient sie ein eigenes Teilregime in der konstitutionellen Demokratie.

Das modifizierte Embedded-Democracy-Modell (Abb. 3) eignet sich für die Subtypenbildung bei politischem Extremismus: Nach der „Gretchenfrage“ (Wird ein geschlossener Herrschaftszugang oder eine monistische Herrschaftsstruktur angestrebt?) ist zu ermitteln, ob weitere Teilregime, die der individuellen Freiheit wie der konkurrierenden Willensbildung dienen, abgelehnt werden. Damit ergeben sich je vier Subtypen für den antidemokratischen, den antikonstitutionellen und den antidemokratisch-antikonstitutionellen Extremismus.

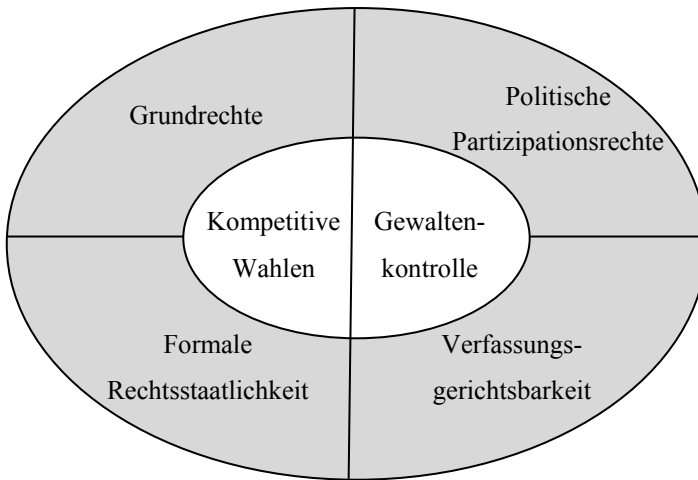
49 David Beetham, Key Principles and Indices for a Democratic Audit, in: ders. (Hrsg.), Defining and Measuring Democracy, London u. a. 1994, S. 25-43, hier: S. 30.

50 Merkel (FN 23), S. 31.

51 Siehe Enzmann (FN 40); Peter Graf Kielmansegg, Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden 2013.

52 Kielmansegg (FN 51), S. 154.

Abbildung 3: Das modifizierte Embedded-Democracy-Modell



Quelle: eigene Darstellung.

Wie sind jene Bewegungen oder Parteien zu beurteilen, die zwar mit einem (oder mehreren) der vier „flankierenden“ Teilregime hadern, nicht aber mit kompetitiven Wahlen bzw. „checks und balances“? Aus einer gefahrenorientierten Perspektive dürften gerade sie interessant sein. Die anvisierten Systemtypen bezeichnet die Wissenschaft seit geraumer Zeit als „Demokratien mit Adjektiven“⁵³, genauer: als „defekte Demokratien“⁵⁴. Entsprechende Einstellungsmuster lassen auf „[Constitutional] Democrats with Adjectives“⁵⁵ schließen. Aufgrund der fehlenden Antihaltung gegenüber kompetitiven Wahlen und effektiver Gewaltenteilung ist der Extremismusbegriff hier unpassend. Wegen des Angriffs auf die anderen vier Teilregime ist das Label „konstitutionelle Demokraten“ allerdings gleichfalls irreführend. Vielleicht wäre das Label „Demokraten mit Adjektiven“ oder „Semi-Extremismus“ geeignet?

Ein Hexagramm bietet die Möglichkeit, extremistische und semi-extremistische Phänomene nach den von ihnen negierten Teilregimen grafisch zu unterscheiden (Abb. 4) und von demokratisch-konstitutionellen Erscheinungen zu trennen. Die zentrale Differenzierung zwischen extremistischen und demokratisch-konstitutionel-

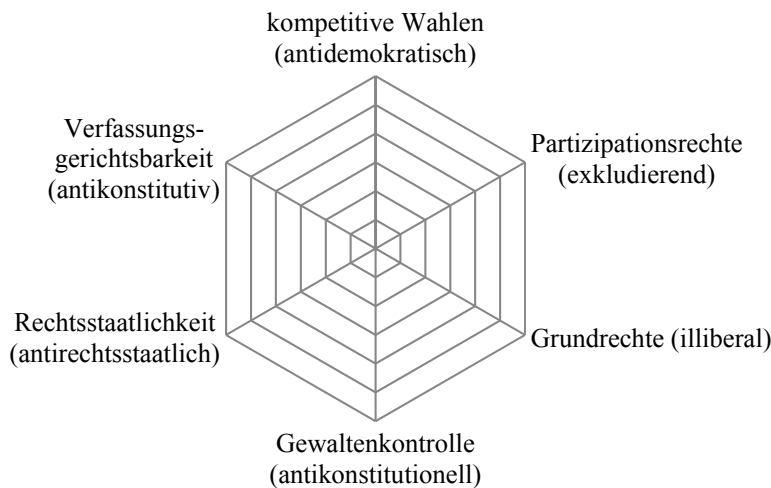
53 Collier/Levitsky (FN 26).

54 Merkel/Puhle/Croissant/Eicher/Thiery (FN 26); Merkel/Puhle/Croissant/Thiery (FN 26).

55 Andreas Schedler/Rodolfo Sarsfield, Democrats with Adjectives. Linking Direct and Indirect Measures of Democratic Support, in: European Journal of Political Research 46 (2002), S. 637-659. Vgl. auch Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015, S. 186.

len Positionen tragen die beiden vertikalen Achsen ab. Phänomene, die mit allen Teilregimen übereinstimmen, erscheinen als zentraler Punkt; solche, die sich mit jedem überwerfen, bilden eine Fläche, die das ganze Netz abdeckt. Zum Zwecke der Differenzierung werden die sechs Teilregime nachfolgend in ihre Elemente aufgespalten und Codierregeln festgelegt, die eine Quantifizierung ermöglichen sollen. Bei der Messung ist sodann eine Standardisierung auf den Wert 6 (0 – vollständig demokratisch-konstitutionell; 6 – vollständig extremistisch) für jede der sechs Dimensionen vorgesehen, ähnlich wie beim Bertelsmann Transformation Index (BTI), der jedoch pro Dimension zehn Stufen kennt.

Abbildung 4: Netzdiagramm Extremismus



Quelle: eigene Darstellung.

Da viele extremistische Bewegungen und Parteien – aus unterschiedlichen Motiven heraus – ihre Ablehnung demokratisch-konstitutioneller Institutionen nicht offen propagieren (etwa in Wahlprogrammen), kommt der Analyse von Handlungs- und Verhaltensweisen im politischen Alltag eine zentrale Funktion bei der Beurteilung zu. Politische Kommunikation durch Führungspersonen, die Bedeutung interner Demokratie, strategische Entscheidungen, Führungsstil und Verbindungen zu anderen (extremistischen) Gruppierungen liefern hierfür Indizien. Damit teilt die Typologie das Ansinnen von Steven Levitsky und Daniel Ziblatt⁵⁶, die in Anlehnung an Juan

56 Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018, S. 31-34.

Linz⁵⁷ vier Kriterien der demokratischen Systemloyalität entwickelten, um so die Gefahr von Demokratiezusammenbrüchen frühzeitig zu erkennen:

1. Ablehnung demokratischer Spielregeln,
2. Leugnung der Legitimität politischer Gegner,
3. Tolerierung von oder Ermutigung zu Gewalt,
4. Bereitschaft, die bürgerlichen Freiheiten von Opponenten, einschließlich der Medien, zu beschneiden.

Der im Folgenden entwickelte Kriterienkatalog teilt mit dem von Levitsky und Ziblatt die Integration von Argumentations- und Verhaltensmustern, unterscheidet sich von ihm jedoch durch seinen Umfang und seine stärkere Institutionenorientierung. Er trägt damit der gewachsenen Heterogenität potentieller Demokratiegefährdungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der reduzierten Relevanz gewaltsamer Umbrüche und der Bedeutungszunahme sublimen Beeinträchtigungen der Demokratiequalität Rechnung. Er ist nicht zuletzt vollständiger als der Levitsky-Ziblatt-Katalog, der beispielsweise die Gewaltenkontrolle außer Acht lässt, aber integriert werden kann.

4.1. Antidemokratischer Extremismus

In einer voll entwickelten konstitutionellen Demokratie gibt es „periodische, freie, allgemeine, gleiche und faire Wahlen“.⁵⁸ Nicht zu vergessen ist die Bedeutsamkeit (meaningfulness) in Beethams Sinne: Wer gewählt ist, muss reale Gestaltungsmacht ausüben; wer die Macht hat, muss gewählt sein. Das Wahlgeheimnis als zentraler Baustein⁵⁹ fällt, da es die Autonomie der Wahlentscheidung beeinträchtigt, unter das Kriterium der Wahlfreiheit. „Periodisch“ heißt, Wahlen finden in gleichen, regelmäßigen und nicht zu großen Abständen statt; „frei“ heißt, die Wahlberechtigten sind bei der Stimmabgabe keinem Druck ausgesetzt, sondern müssen zwanglos wählen können und selbst kandidieren dürfen; „allgemein“ heißt, alle Bürgerinnen und Bürger dürfen ungeachtet von Konfession, Bildung, Geschlecht, Sprache, Einkommen, Beruf oder politischer Überzeugung wählen, wenn sie ein gewisses Mindestalter erreichen; „gleich“ heißt, jedermanns Stimme zählt gleichviel („one man – one vote“); „fair“ bedeutet, einzelne antretende Kandidaten und Parteien werden im Vorfeld der Wahl und währenddessen durch den Staat oder andere politische Machtträger weder bevorzugt noch benachteiligt; „bedeutsam“ heißt, die politisch Machthabenden werden über Wahlen legitimiert – es gibt keine nicht-elektoral legitimierten Vetoplayer mit eigenen Machtdomänen. Schon wer sich gegen eine dieser Regeln wendet, gilt als antidemokratischer Extremist (grau hinterlegter Bereich). Ein prinzipielles „Nein“ zu demokratischen Wahlen vertritt heutzutage kaum noch jemand. Vielmehr

57 Vgl. Juan J. Linz, *Crisis, Breakdown and Reequilibration*, in: ders./Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regime*, Baltimore 1978, S. 3-124, hier: S. 30.

58 Merkel (FN 23), S. 32.

59 Vgl. Enzmann (FN 40), S. 136.

deuten die Darstellung antidemokratischer Maßnahmen (etwa: Absage von Wahlen) als notwendig, das Goutieren oder Fordern eines verfassungswidrigen Regierungsturzes oder die ausbleibende Anerkennung glaubwürdiger Wahlergebnisse auf Antidemokratismus. Der erste (Ablehnung demokratischer Spielregeln), der dritte (Tolerierung von/Ermutigung zu Gewalt) und der vierte (Bereitschaft, die bürgerlichen Freiheitsrechte von Opponenten zu beschneiden) Hauptindikator „autoritären Verhaltens“ nach Levitsky und Ziblatt werden hiervon abgedeckt.

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung a) periodischer, b) freier, c) allgemeiner, d) gleicher, e) fairer und f) bedeutsamer Wahlen?</i>	
Periodische, freie, allgemeine, gleiche, faire und bedeutsame Wahlen werden vollständig abgelehnt/bekämpft.	6
Fünf der sechs Wahlprinzipien werden abgelehnt/bekämpft.	5
Vier der sechs Wahlprinzipien werden abgelehnt/bekämpft.	4
Drei der sechs Wahlprinzipien werden abgelehnt/bekämpft.	3
Zwei der sechs Wahlprinzipien werden abgelehnt/bekämpft.	2
Eines der sechs Wahlprinzipien wird abgelehnt/bekämpft.	1
Periodische, freie, allgemeine, gleiche, faire und bedeutsame Wahlen werden vollständig akzeptiert.	0

4.2. Antikonstitutioneller Extremismus

Eine voll entwickelte konstitutionelle Demokratie zeichnet sich dadurch aus, „dass gewählte Amtsträger über ein Netzwerk relativ autonomer Institutionen kontrolliert und auf ihre konstitutionell definierte Sphäre rechtmäßigen Handelns festgelegt werden. [...] Dies setzt vor allem eine unabhängige und funktionsfähige Judikative voraus, die eine rechtliche Kontrolle (judicial review) exekutiver und/oder legislativer Akte erlaubt“.⁶⁰ Die zentralen Dimensionen sind mithin die Informations-/Transparenzpflicht des Regierungshandelns gegenüber der Öffentlichkeit, die Rechtfertigungspflicht der Regierung(smehrheit) gegenüber dem Parlament/der Opposition (= answerability/politische Kontrolle), die Unabhängigkeit der Judikative, die Unterwerfung von Exekutive wie Legislative unter die Rechtskontrolle der Judikative sowie die Sanktionierungsfähigkeit der Judikative (= enforcement/rechtliche Kontrolle).⁶¹ Bestrebungen gegen das gewaltenteilende Element konstitutioneller Demokratie sprechen für einen antikonstitutionellen Extremismus. Schon wer sich gegen ei-

⁶⁰ Merkel (FN 23), S. 33.

⁶¹ Vgl. Hans-Joachim Lauth, Gewaltenteilung und Accountability: Konzeptionelle Grundlagen zur Kontrollfunktion der Gewaltenteilung in Mehrebenensystemen, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 26 (2016), H. 1, Supplement, Gewaltenteilung und Demokratie im Mehrebenensystem der EU: neu, anders – oder weniger legitim? (Hrsg.: Miriam Hartlapp und Claudia Wiesner), S. 17-35.

nes dieser Prinzipien wendet, gilt als antikonstitutioneller Extremist (grau hinterlegter Bereich).

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung von „horizontal accountability“? Dazu zählen a) die Informations-/Transparenzpflicht des Regierungshandelns, b) die Rechtfertigungspflicht der Regierung(smehrheit) gegenüber dem Parlament/der Opposition, c) die Unabhängigkeit der Judikative, d) die Unterwerfung von Exekutive wie e) Legislative unter die Rechtskontrolle der Judikative, f) die Sanktionierungsfähigkeit der Judikative.</i>	
Die horizontale Gewaltenkontrolle wird vollständig abgelehnt/bekämpft.	6
Fünf der sechs Dimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	5
Vier der sechs Dimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	4
Drei der sechs Dimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	3
Zwei der sechs Dimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	2
Eine der sechs Dimensionen wird abgelehnt/bekämpft.	1
Alle Facetten der horizontalen Gewaltenkontrolle werden akzeptiert.	0

4.3. Illiberaler (Semi-)Extremismus

Ein Angriff auf die – nicht allein „bürgerlichen“ – Abwehrrechte gegenüber dem Staat wie das für diese Rechte geltende Egalitätsprinzip spricht für einen illiberalen (Semi-)Extremismus: Grundrechte sollen vor allem die Freiheiten des Bürgers gegenüber unbefugten Eingriffen des Staates, der Mehrheit und Dritter (Drittwirkung) schützen. Dabei besteht kein Gegensatz zum Natur- oder Menschenrecht. Vielmehr bedarf dieses der „Konkretisierung durch eine ‚Verwirklichungsgemeinschaft‘ [...], die darüber entscheidet, in welcher Form und welchem Ausmaß ein natürliches Recht in ihrem Gemeinwesen gelten kann. Für den Verfassungsstaat ist diese Übersetzung in positives Recht ohnehin unumgänglich. Aufgrund der Unschärfe und Interpretierbarkeit des Naturrechts kann es nicht als unmittelbar geltend angenommen werden, weil es die Rechtssicherheit unterlaufen und die positive Rechtsordnung destabilisieren würde.“⁶² Die 30 in der UN-Erklärung der Menschenrechte dargelegten Grundrechte (Art. 1-30) lassen sich unter das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 3, 5), Freiheit (Art. 1, 2, 4, 6-16, 22-29) und Eigentum (Art. 17) subsumieren, sofern sie nicht bereits durch die Partizipationsrechte (Art. 18-21) abgedeckt sind. Exemplarisch spalten sich die drei Rechte weiter auf in den Schutz vor ungerechtfertigter Verhaftung, vor Folter, vor Sklaverei, vor Todesstrafe und vor illegitimen Eingriffen in die Privatsphäre, in die Gleichheit vor dem Gesetz, die Religionsfreiheit, in das Recht auf Asyl, auf Freizügigkeit, auf angemessene Prozessrechte etc. Der dritte (Gewaltpropagierung) und vierte (Einschränkung der Bürgerrechte) Hauptindikator „autoritären Verhaltens“ nach Levitsky und Ziblatt lassen sich ebenfalls hierunter fassen. Verbindungen zu gewaltbereiten Organisationen,

62 Enzmann (FN 40), S. 86.

Aufrufe zu Angriffen auf politische Gegner, die stillschweigende Billigung von Gewalt durch eigene Anhänger und durch ausländische Regime deuten auf Illiberalität. Zugleich ist nicht der politisch gewollte Eingriff in einzelne Grundrechte per se als extremistisch zu bewerten – denn dann würden etwa die Pönalisierung der Holocaustleugnung in Deutschland oder das Netzwerkdurchsetzungsgesetz als Ausdruck eines illiberalen Extremismus gewertet. Vielmehr kommt die Kategorie erst dann zum Tragen, wenn der Wesensgehalt von Grundrechten beeinträchtigt wird, wenn also keine Abwägungen vorgenommen und einzelne Rechte (für einzelne Gruppen) prinzipiell als politische Verfügungsmasse betrachtet werden.

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung der Universalität und/oder der gleichen Anwendung des Rechts auf a) Leben und körperliche Unversehrtheit, b) Freiheit und c) Eigentum?</i>	
Die Universalität und/oder die gleiche Anwendung von allen drei Grundrechten wird abgelehnt/bekämpft.	6
Die Universalität und/oder die gleiche Anwendung von zwei der drei Grundrechte wird abgelehnt/bekämpft.	4
Die Universalität und/oder die gleiche Anwendung eines der drei Grundrechte wird abgelehnt/bekämpft.	2
Die Universalität und die gleiche Anwendung aller drei Grundrechte werden akzeptiert.	0

4.4. Exkludierender (Semi-)Extremismus

Die politischen Partizipationsrechte in einer konstitutionellen Demokratie bilden den Rückgrat und entfalten eine organisatorische und eine kommunikative Dimension. Sie umfassen die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit sowie das Vereinigungs-, Demonstrations- und Petitionsrecht für alle Teilgruppen des demos.⁶³ Sie sollten nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch Geltung besitzen – erkennbar etwa an einer bunten Medienlandschaft, die neben öffentlich-rechtlichen auch private Anbieter kennt.

Bestrebungen, die für eine Beschränkung politischer Teilhabe (etwa: Demonstrationsverbot, Einfluss auf die Berichterstattung) oder den Ausschluss einzelner Gruppen von der Partizipation (etwa: politische „Feinde“) – aus gleich welchen Gründen – plädieren, streben ein hohes Maß an Exklusivität an (exkludierender [Semi-]Extremismus). Dabei geht es weniger um die Schließung des Herrschaftszugangs als vielmehr um eine Transformation der Wahlen vorausgehenden gesellschaftlichen Kommunikation vom „forum type“ zum „palace type“⁶⁴ – was wiederum die freie Meinungsbildung behindert. Wie bei den Grundrechten ist die Eingriffsintensität ent-

⁶³ Merkel (FN 23), S. 32.

⁶⁴ Samuel E. Finer, *The History of Government. From the Earliest Times*, Bd. III: Empires, Monarchies, and the Modern State, Oxford 1990, S. 1567 f.

scheidend: Steht das Wesen der Partizipationsrechte unter Beschuss? Oder liegt eine Güterabwägung vor?

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung der grundlegenden politischen Teilhaberechte für alle gesellschaftlichen Gruppen? Dazu zählen a) die Meinungs-, b) die Rede- und c) die Pressefreiheit sowie d) das Vereinigungs-, e) das Demonstrations- und f) das Petitionsrecht.</i>	
Alle grundlegenden Partizipationsrechte werden für Teile des demos oder komplett abgelehnt/bekämpft.	6
Fünf der sechs Partizipationsrechte werden abgelehnt/bekämpft.	5
Vier der sechs Partizipationsrechte werden abgelehnt/bekämpft.	4
Drei der sechs Partizipationsrechte werden abgelehnt/bekämpft.	3
Zwei der sechs Partizipationsrechte werden abgelehnt/bekämpft.	2
Eines der sechs Partizipationsrechte wird abgelehnt/bekämpft.	1
Alle grundlegenden politischen Partizipationsrechte werden für alle gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert.	0

4.5. Antirechtsstaatlicher (Semi-)Extremismus

„Rechtsstaat“ ist ein ähnlich vielgestaltiger Begriff wie „Staat“ und „Demokratie“. Es kursieren dünne und gesättigtere Konzepte. Für die typologische Erfassung verschiedener (Semi-)Extremismen scheint ein mittleres Verständnis der „rule of law“ in Anlehnung an Möller und Skaaning sinnvoll.⁶⁵ Sie identifizieren sechs Konzepte, wobei jedes weitere Element einer gesättigteren Konzeption gleichkommt: Demnach umfasse der Rechtsstaat mindestens (1) die gesetzeskonforme Herrschaft („rule by law“), sodann (2) die formale Rechtsstaatlichkeit, (3) horizontale Gewaltenkontrolle, (4), die Garantie von Grundrechten, (5) die demokratische Genese des Rechtsstaates sowie (6) die Zusicherung politischer und sozialer Rechte.

Das mittlere Rechtsstaatsverständnis macht bei der formalen Rechtsstaatlichkeit Halt – die horizontale Gewaltenkontrolle ist bereits durch das Gewaltenkontrolle-Teilregime, der Grundrechtekatalog durch das Grundrechte-Teilregime, die demokratische Genese des Rechtsstaates durch das Demokratie-Teilregime abgesichert. Die Zusicherung politischer Rechte geschieht durch das Partizipationsrechte-Teilregime, die sozialen Rechte sind teilweise von den Grundrechten inbegriffen.

Zum formalen Rechtsstaat gehört folglich die Herrschaft auf der Grundlage allgemeiner (Gesetzesformulierung in Unkenntnis der konkreten Anwendungsfälle), bekannter (Öffentlichkeitsprinzip), prospektiver (Rückwirkungsverbot), verständlicher (Klarheit und Widerspruchsfreiheit der Gesetze), relativ stabiler (Gewährleistung der Rechtssicherheit) und gleich angewendeter (Unparteilichkeit des Gesetzes) Geset-

⁶⁵ Vgl. Jørgen Möller/Svend-Erik Skaaning, Systematizing thin and thick conceptions of the rule of law, in: Justice System Journal 33 (2012), S. 136-153.

ze.⁶⁶ Sehen sich die Prinzipien der „rule of law“ politischer Gegnerschaft ausgesetzt, liegt ein antirechtsstaatlicher (Semi-)Extremismus vor.

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung der Herrschaft auf Basis a) allgemeiner, b) bekannter, c) prospektiver, d) verständlicher, e) relativ stabiler und f) gleich angewendeter Gesetze (= formale Rechtsstaatlichkeit)?</i>	
Alle sechs Rechtsstaatsdimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	6
Fünf der sechs Rechtsstaatsdimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	5
Vier der sechs Rechtsstaatsdimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	4
Drei der sechs Rechtsstaatsdimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	3
Zwei der sechs Rechtsstaatsdimensionen werden abgelehnt/bekämpft.	2
Eine der sechs Rechtsstaatsdimensionen wird abgelehnt/bekämpft.	1
Alle grundlegenden Rechtsstaatsdimensionen werden akzeptiert.	0

4.6. Antikonstitutiver (Semi-)Extremismus

Die Verfassungsgerichtsbarkeit wirkt neben den anderen Teilregimen, weil es sich um das einzige Teilregime mit konkreter Institution handelt, wie „the odd one out“. Doch das ist ein Irrtum: Die Verfassungsgerichtsbarkeit gibt den anderen drei Gewalten durch die fortlaufende Konkretisierung konkretisierungsbedürftiger Normen deren Bewegungsradius vor, ist gewissermaßen eine „vierte“, eine „verfassungsgebende Gewalt“⁶⁷. Dergestalt bindet sie die Legislative an die Verfassung. Zu den rechtlichen Mindestanforderungen zählen die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit, die eigens dazu ermächtigt ist, verfassungswidrige Gesetze aufzuheben – und zwar über gerichtsförmige Verfahren, am Maßstab der Verfassung selbst, mit angemessener richterlicher Begründung und in reaktiver Weise.⁶⁸

Angriffe gegen die Institution der Verfassungsgerichtsbarkeit, die den drei Gewalten den Handlungsrahmen durch eine fortwährende Interpretation der Verfassung setzt und dadurch selbst zum Verfassungsgeber, zu einer in gewisser Weise eigenständigen vierten Gewalt wird, lassen von einem antikonstitutiven (Semi-)Extremismus sprechen⁶⁹.

⁶⁶ Vgl. Lauth (FN 40), S. 149.

⁶⁷ Kielmansegg (FN 51), S. 163.

⁶⁸ Vgl. Enzmann (FN 40), S. 115.

⁶⁹ „Konstitutiv“ meint in diesem Zusammenhang „rechtsbegründend“ und bezieht sich auf den Charakter von Urteilen durch die Verfassungsgerichtsbarkeit.

<i>Gibt es in der politischen Argumentation oder im Handeln Anhaltspunkte für eine Ablehnung der fortlaufenden Konkretisierung der Verfassung durch a) eine unabhängige und unparteiliche, b) eigens dazu ermächtigte Verfassungsgerichtsbarkeit über c) gerichtsformige Verfahren, d) am Maßstab der Verfassung, e) mit angemessener richterlicher Begründung und in f) in reaktiver Weise?</i>	
Die Verfassungsauslegung durch eine unabhängige und unparteiliche, eigens dazu ermächtigte Verfassungsgerichtsbarkeit über gerichtsformige Verfahren, am Maßstab der Verfassung, mit angemessener richterlicher Begründung und in reaktiver Weise wird vollständig abgelehnt/bekämpft.	6
Fünf der sechs rechtlichen Mindestanforderungen für eine Verfassungsgerichtsbarkeit werden abgelehnt.	5
Vier der sechs rechtlichen Mindestanforderungen für eine Verfassungsgerichtsbarkeit werden abgelehnt.	4
Drei der sechs rechtlichen Mindestanforderungen für eine Verfassungsgerichtsbarkeit werden abgelehnt.	3
Zwei der sechs rechtlichen Mindestanforderungen für eine Verfassungsgerichtsbarkeit werden abgelehnt.	2
Eine der sechs rechtlichen Mindestanforderungen für eine Verfassungsgerichtsbarkeit wird abgelehnt.	1
Die Verfassungsauslegung durch eine unabhängige und unparteiliche, eigens dazu ermächtigte Verfassungsgerichtsbarkeit über gerichtsformige Verfahren, am Maßstab der Verfassung, mit angemessener richterlicher Begründung und in reaktiver Weise wird vollständig akzeptiert.	0

5. Limitierungen

Der Re-Typologisierungsvorschlag zielt darauf, politische Gefahren für den demokratischen Verfassungsstaat anhand einschlägiger Kategorien der Autokratieforschung zu präzisieren und für einen Vergleich analytisch nutzbar zu machen, mithin die Links-Rechts-Unterscheidung innerhalb der Extremismusforschung wie auch den Extremismusbegriff selbst zu ergänzen. Die mit Mimikry und Legalitätstaktik einhergehenden Herausforderungen bleiben davon unberührt. Hierfür offeriert die vor allem im US-amerikanischen Raum stark vertretene Intelligence Analysis eine Reihe von Methoden – etwa die unterschiedlichen Verfahren der Szenarienanalyse, Quadrant Crunching und Cross-Impact-Matrizen.⁷⁰ Allerdings eröffnet das Extremismus-Hexagon hierfür Anknüpfungsmöglichkeiten: Geht es um Prävention, sollte eine Bewegung auf allen sechs Skalen die höchsten Werte der in ihr vereinigten Strömungen (Maximalprinzip)⁷¹ repräsentieren. Geht es um eine realistische Charakterisierung, darum, sich ein Bild von einer Organisation zu machen, sind die Kräfteverhältnisse abzuwägen. Leitend sollte die Frage sein: Wie sehr vermag eine

⁷⁰ Siehe Heuer/Pherson (FN 24).

⁷¹ Vgl. Gary Goertz, *Social Science Concepts. A User's Guide*, Princeton/Oxford 2006, S. 53.

bestimmte Strömung den programmatischen Kurs innerhalb der gesamten Bewegung zu beeinflussen? Hier wäre arithmetisch zu mitteln.⁷²

Zugleich: Jede Quantifizierung lädt zu technizistischer Anwendung ein. Die Typologie kann eine hermeneutische, tiefgehende Auseinandersetzung mit Programmen, Ideologien, Ideologemen und Argumentationsmustern nicht ersetzen, sondern setzt diese voraus. Zugleich ist die Gefahr von Fehleinschätzungen aufgrund von Milde oder Härte in der Beurteilung (leniency-severity error) besonders groß. Eine Eindämmung dieses Problems erfordert keine grammatische, sondern eine systematisch-teleologische Auslegung der Kriterien konstitutioneller Demokratie, die Freiheit (Liberalismus) mit Selbstbestimmung (Volkssouveränität) verbindet.⁷³ Im Grunde liefert die Typologie mit der konzeptionellen Aufschlüsselung nur transparente Kriterien für die Auseinandersetzung mit Bestrebungen, die im Ruch stehen, die konstitutionelle Demokratie abzulehnen. Der Quantifizierung bedarf es hierfür nicht; diese kann sich aber als hilfreich bei Vergleichsstudien – vor allem im Large-N-Bereich – herausstellen. Überhaupt könnte eine breite Anwendung der Typologie die vergleichende Phänomenanalyse befruchten. Indem der Blick von der ideologischen Stoßrichtung einer Organisation weggelenkt wird, rücken die Herausforderungen in den Vordergrund, denen sich eine konstitutionelle Demokratie ausgesetzt sieht.

6. Fazit

Die Geschichte der normativen Extremismusforschung ist eine Geschichte ihrer fortlaufenden Kritik. Drei der differenzierteren Einwände betreffen die simplifizierende Dichotomisierung zwischen Demokratie und Extremismus, die aus einem hohen Abstraktionsgrad der Konzeptmerkmale erwachsende Interpretationsoffenheit des Extremismusbegriffs und die Konzentration des Forschungszweigs auf verschiedene ideologische Varianten (links, rechts, fundamentalistisch) bei der Subtypenbildung.

Der Beitrag unterbreitet – diese Monita aufnehmend – auf Basis eines methodischen und substantiellen Kriterienkatalogs einen quantifizierenden Rekonzeptualisierungs- und Messvorschlag, der sich an den Begriffen der Autokratieforschung orientiert und dem Ziel der Gefahreinschätzung verpflichtet fühlt. Im Zentrum steht in Anlehnung an das Embedded-Democracy-Konzept die terminologische Aufschlüsselung konstitutioneller Demokratie in zwei Kern- und vier Teilregime. Am normativen Extremismusbegriff wird dabei festgehalten: Als extremistisch gilt, wer sich gegen eines der beiden (oder beide) Kernregime konstitutioneller Demokratie, d. h. gegen einen offenen Herrschaftszugang und/oder eine gewaltenteilende Herrschaftsstruktur wendet. Bereits auf dieser Ebene lässt sich unterscheiden in einen antidemokratischen, einen antikonstitutionellen und einen antidemokratisch-antikonsti-

⁷² Vgl. ebd.

⁷³ Siehe jüngst Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018.

tutionellen Extremismus. Auf einer zweiten Ebene schließt sich die Frage an, welche weiteren, aus dem Embedded-Democracy-Konzept derivierten Teilregime konstitutioneller Demokratie abgelehnt werden: Grundrechte (illiberaler Extremismus), politische Partizipationsrechte (exkludierender Extremismus), Rechtsstaatlichkeit (anti-rechtsstaatlicher Extremismus) oder die Verfassungsgerichtsbarkeit (antikonstitutiver Extremismus). Zugleich: Nicht jeder, der eines der flankierenden Teilregime ablehnt, muss auch mit freien und fairen Wahlen oder der Gewaltenteilung hadern. Er strebt an, was die Autokratieforschung als „defekte Demokratie“ bezeichnet, und sollte weder als Extremist noch als konstitutioneller Demokrat bezeichnet werden.

Das Konzept soll damit der festgefahrenen, weil normativ aufgeladenen Debatte um politische Richtungsbegriffe und Freund-Feind-Dynamiken in der vergleichenden Extremismusforschung einen Ausweg aufzeigen, ohne den normativen Extremismusbegriff aufzugeben. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die Links-Rechts-Unterscheidung damit nicht an Relevanz einbüßt, aber sie könnte zumindest begleitet werden von einer Unterscheidung, die mit ihren Indikatorfragen nach den konkreten Kollisionspunkten einer Partei, eines Vereins oder einer subkulturellen Gruppierung mit den Institutionen konstitutioneller Demokratie sucht und damit einige der Vorwürfe an Vertreter der normativen Extremismusforschung entschärft.

Die Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland und der Einfluss machtpolitischer Kalküle

Von Stefan Brieger

1. Einleitung

Jeder demokratisch verfasste Staat steht vor der Frage, wie mit jenen Bürgern umzugehen ist, welche die ihn konstituierende Ordnung überwinden wollen. Die besondere Schwierigkeit dieser Aufgabe: Es muss nicht nur die Auseinandersetzung mit erklärten Feinden geführt werden, die außerhalb der strafrechtlichen Grenzen handeln, sondern auch mit Kräften, die unter Ausnutzung demokratischer Prinzipien und Regeln deren Abschaffung oder Veränderung auf legalem Weg anstreben. Dabei offenbart sich ein „demokratisches Dilemma“¹: Entweder hält der Staat Verteidigungsmechanismen vor, um zur Wahrung der Demokratie ihren Gegnern jene Freiheitsrechte entziehen zu können, deren Schutz eigentlich seine oberste Aufgabe sein sollte; oder er toleriert demokratiefeindliche Bestrebungen konsequent, sofern sie keine Strafgesetze verletzen – und läuft Gefahr, dass dadurch seine Existenz gefährdet wird. Im Falle Deutschlands wurde nach den Erfahrungen des Scheiterns der Weimarer Republik die erste Option gewählt. Die Bundesrepublik besitzt im internationalen Vergleich eine der weitreichendsten Demokratieschutzkonzeptionen.²

Den Schwerpunkt der politikwissenschaftlichen Diskussion über die harten Mittel der streitbaren Demokratie³ bildet der Umgang mit dem Parteienverbot. Dies erscheint naheliegend, ist die Parteienfreiheit doch konstitutives Merkmal der politischen Ordnung Deutschlands. Allerdings geraten durch die Konzentration auf das „schärfste Schwert“ des deutschen Demokratieschutzes andere Ausprägungen des Streitbarkeitsprinzips oftmals aus dem Fokus. Besonders auffällig wird die Engführung des Diskurses beim Blick auf das Vereinsverbot: Es ist für die politische Praxis aufgrund der Häufigkeit seiner Anwendung nicht nur wesentlich relevanter als das Parteiverbot⁴; gegenüber diesem impliziert es demokratietheoretische Probleme, die

1 Der Begriff geht zurück auf Karl Loewenstein. Vgl. ders., *Militant Democracy and Fundamental Right I*, in: *American Political Science Review* 31 (1937), S. 417–432, hier: S. 424.

2 Siehe hierzu umfassend Martin Klamt, *Die Europäische Union als Streitbare Demokratie. Rechtsvergleichende und europarechtliche Dimensionen einer Idee*, München 2012.

3 In der Folge wird, dem Großteil der Literatur entsprechend, der Begriff „wehrhafte Demokratie“ synonym verwendet. Ebenso werden die Bezeichnungen Vereinsverbot und Vereinigungsverbot synonym verwendet.

4 Zwei Parteiverboten und keiner Grundrechtsverwirkung (dem dritten sogenannten harten Mittel der streitbaren Demokratie) in der Geschichte der Bundesrepublik stehen hunderte Vereinsverbote gegenüber. Bis Ende 2015 wurde im vereinten Deutschland 112 Vereinigungen auf Bundes- und Landesebene ihre Tätigkeit untersagt.

eine intensive Auseinandersetzung mit der Verbotspraxis in Wissenschaft und Öffentlichkeit eigentlich herausfordern.

Dies gilt vor allem für den Umstand, dass die Verantwortung für die Aussprache nicht auf judikativer Ebene liegt: Vereinsverbote werden exklusiv von den Innenministern auf Bundes- und Länderebene erlassen.⁵ Die Grenzen des zulässigen politischen Handelns einer Vereinigung werden somit von Akteuren gezogen, die selbst im politischen Wettbewerb stehen. Damit ist prinzipiell denkbar, dass nicht nur am Streitbarkeitsprinzip ausgerichtete Motivationslagen in Entscheidungen für oder gegen Verbote einfließen, sondern auch egoistische Interessen. Das von Julia Gerlach entwickelte Modell der Verbotsgenese, an das diese Untersuchung anknüpft, beschreibt dieses Spannungsfeld: Die Anwendung eines harten Mittels streitbarer Demokratie schafft für die verantwortlichen Akteure Gelegenheitsstrukturen zur Demonstration von (vermeintlicher) Handlungskompetenz und zur Vermittlung eigener Programmatik. Dass die Verbotoption ausschließlich der Befugnis der Innenminister unterliegt, eröffnet die Möglichkeit, das Vereinigungsverbot als Mittel zur Erlangung von Vorteilen im politischen Wettbewerb zu nutzen.

Daraus kann die Hypothese abgeleitet werden: Vereinsverbote sind nicht nur Instrumente zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern auch Teil des politischen Kräftespiels. Dieser Beitrag soll entsprechend klären, ob die Vereinsverbotspraxis von machtpolitischen Kalkülen beeinflusst ist.

Die Beantwortung der Fragestellung folgt vier Subhypothesen:

1. Der Einfluss machtpolitischer Erwägungen schmälert die Gebote der Verbotspraxis: Ultima Ratio, Anti-Alarmismus, Äquidistanz.
2. Aufgrund machtpolitischer Handlungsmotive wirken der Parteienhintergrund der verbotsberechtigten Akteure und die jeweilige Regierungskonstellation auf die Verbotspraxis ein.
3. In der Nähe von Wahlen häufen sich Verbote.
4. Regelbasierte Mechanismen und die juristische Prüfung ausgesprochener Verbote reichen nicht aus, um machtpolitischen Einfluss auf die Verbotspraxis zu minimieren.

Zur Prüfung der Hypothesen werden quantitative und qualitative Methoden kombiniert: Einerseits erfolgt eine umfangreiche statistische Untersuchung der Vereinsverbotspraxis und ihrer Varianzen, andererseits wird eine Reihe von Experteninterviews mit früheren Innenministern ausgewertet. Beides sind in der Politikwissenschaft bisher nicht genutzte Methoden zur Erschließung des Forschungsfeldes.⁶

5 Im Gegensatz zu Parteiverbot und Grundrechtsverwirkung ist im Grundgesetz ausdrücklich nicht festgelegt, dass dieses Mittel des Demokratieschutzes durch die höchste verfassungsrechtliche Institution zu verantworten ist. Vgl. Christoph Kannengießer, Vereinigungsfreiheit, in: Bruno Schmidt-Bleibtreu/Hans Hofmann/Axel Hopfauf (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 11. Aufl., München/Köln 2008, S. 329. Zwar steht auch jede Vereinsverbotsaussprache unter dem Vorbehalt juristischer Prüfung. Zwingend notwendig ist sie aber nicht.

6 Für die Kontextualisierung des Forschungsgegenstandes sei auszugsweise auf folgende Literatur verwiesen: Zur Genese sowie Diskussion der Konzeption streitbarer Demokratie in der Bundes-

2. Verbotsgenese nach Gerlach

Von Julia Gerlach stammt die bisher einzige politikwissenschaftliche Monographie, welche ausschließlich und in angemessenem Umfang dem Vereinsverbot gewidmet ist.⁷ Die Entscheidung für oder gegen die Aussprache von Vereinsverboten, so der Ausgangspunkt ihrer Theorie, unterliegt dem Opportunitätsgebot: Grund- und Vereinsgesetz definieren lediglich eine Schwelle, bei deren Überschreiten staatliche Maßnahmen zur Eindämmung extremistischen Handelns ergriffen werden können. Gerlach hat untersucht, welche Faktoren die Entscheidungsfindung innerhalb dieses Ermessensspielraumes beeinflussen. Zwei wesentliche Variablen erarbeitet sie: Zum einen geht jeder Verbotsentscheidung eine sachorientierte Risikoperzeption voraus. Zum anderen wirkt als machtdimensionaler Faktor das sogenannte Spiel in der politischen Arena. Beide Dimensionen befinden sich potenziell im Widerspruch zueinander. Ist der Aushandlungsprozess hinsichtlich eigennutzorientierter Erwägungen der Entscheidungsträger verzerrt, stehen die drei Gebote der Vereinsverbotspraxis – Ultima Ratio, Anti-Alarmismus, Äquidistanz – zur Disposition.⁸

republik vgl. grundlegend Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1993; Paul Gregor Boventer, *Grenzen politischer Freiheit im demokratischen Staat*, Berlin 1985, S. 82; Gereon Flümann, *Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten*, Wiesbaden 2015, S. 92 ff.; Hans-Gerd Jaschke, *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit*, Opladen 1991; Eckhard Jesse, *Streitbare Demokratie*, 2. Aufl., Berlin 1981; Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 210 ff.; Claus Leggewie/Horst Meier, *Republiksschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie*, Reinbek 1995, S. 178 ff.; Armin Scherb, *Präventiver Demokratieschutz als Problem der Verfassungsgebung nach 1945*, Frankfurt a. M. 1987; Markus Thiel (Hrsg.), *Wehrhafte Demokratie*, Tübingen 2003. Zur Verbotspraxis vor 1990 siehe die angegebenen Arbeiten von Kailitz, S. 217; Backes/Jesse, S. 420 f.; Julia Gerlach, *Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie*, Baden-Baden 2012, S. 91 (mit teils unterschiedlichen Häufigkeitsangaben zu Vereinigungsverboten vor 1990).

- 7 Siehe Gerlach (FN 6). Eine weitere Monographie jüngerer Datums, welche allerdings den Analyserahmen über das Mittel des Vereinsverbots hinaus erweitert, hat Robert Philippsberg verfasst: Ders., *Demokratieschutz im Praxistest*, Baden-Baden 2015. Andere Autoren haben die Verbotspraxis ausschließlich anhand des Rechtsextremismus untersucht: Michael Minkenberg, *Repressionsstrategien gegen Rechtsextremismus und Gewalt*, in: *Forschungsjournal NSB* 16 (2003), H. 4, S. 31-42; Armin Pfahl-Traughber, *Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173. Zur rechtswissenschaftlichen Diskussion des Themenfeldes (welche im Vergleich zur politikwissenschaftlichen weitaus umfangreicher ausfällt) siehe nur: Christian Baudewin, *Das Vereinsverbot*, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* 32 (2013), S. 1049-1054; Michael Deres, *Die Praxis des Vereinsverbots – Eine Darstellung der materiellen Voraussetzungen*, in: *Verwaltungsrundschau* 38 (1992), S. 421-432; Cornelia Grundmann, *Das fast vergessene öffentliche Vereinsrecht*, Baden-Baden 1999; Natalie Rudroff, *Das Vereinigungsverbot nach Art. 21 Abs 2 GG und dessen verwaltungsrechtliche Auswirkungen*, Köln 1995.
- 8 Siehe zu den Verbotsgeboten Gerlach (FN 6), S. 102. In Politik und Politikwissenschaft ist die Gültigkeit des Äquidistanzgebotes umstritten. Dazu grundlegend Eckhard Jesse, *Grenzen des Demokratieschutzes in der offenen Gesellschaft – Das Gebot der Äquidistanz gegenüber politischen Extremen*, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit*, Göttingen 2006, S. 493-520. Die Kritik steht in engem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Debatte über die

(Nicht-)Vereinsverbote sind das Resultat einer komplexen Evaluationsleistung, welche die verantwortlichen Akteure innerhalb eines vielschichtigen Interessengeflechts vorzunehmen haben. Auf sachdimensionaler Ebene (Risikoperzeption) ist zunächst die Frage zu beantworten, welche Gefahren mit der Existenz beziehungsweise dem Fortbestehen einer bestimmten Vereinigung verknüpft sind. Im Folgeschritt ist zu prüfen, ob sich die ermittelte Gefahr durch ein Verbot tatsächlich mindern lässt. Aus der Verbotswürdigkeit einer Organisation folgt nicht automatisch die Sinnhaftigkeit ihrer Auflösung. Die Risikoperzeption umfasst damit auch die Evaluation des Schadens, den eine Verbotsentscheidung hervorrufen kann.

Die Wahrscheinlichkeit einer Verbotsaussprache wird daneben vom „Spiel in der politischen Arena“ beeinflusst.⁹ So fasst Gerlach die machtdimensionalen Aspekte der Entscheidungsfindung zusammen. Dabei folgt sie der Annahme, dass formelle und informelle Spielregeln und Regelsets soziales Verhalten beeinflussen und in gewissem Umfang erwartbar werden lassen. Die „Spieler“ sind bezüglich der Verbotsaussprache die Innenminister auf Bundes- und Länderebene. In wettbewerbsdemokratischer Perspektive agieren sie in einer Konkurrenzsituation mit anderen Spielern: Ziel ist jeweils, durch politisches Handeln ein Angebot herzustellen, das auf möglichst große Zustimmung der Wählerschaft stößt. Hierzu werden „Arenakämpfe“ in Form von „Diskursen zur Auseinandersetzung mit politischem Extremismus“ ausgetragen.¹⁰ Wie Gerlach nachgewiesen hat, richten sich verantwortliche Akteure im Falle von Verbotsentscheidungen nach dem Grad des sich im Kontext dieser Diskurse bildenden (Anti-)Verbotstenors. Dies ist zunächst ein logisches Verhalten, da politisches Handeln entgegen einer allgemeinen Erwartungshaltung die Position des Akteurs infrage stellen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit des politischen Systems schwächen kann. Gleichwohl darf die Berücksichtigung eines Verbotstenors nicht in bloßen Populismus münden. Ist dies der Fall, sind zwei Szenarien denkbar, welche dem Streitbarkeitsprinzip entgegenstehen:

- a) Eine Vereinigung wird aufgrund des Handlungsdrucks in der politischen Arena verboten, obwohl eine solche Maßnahme gemäß der Risikoperzeption kontraindiziert wäre.¹¹
- b) Die Verbotswürdigkeit einer Vereinigung ist gegeben. Dennoch wird auf ein Verbot verzichtet, da der verantwortliche Akteur einen relevanten öffentlichen und politischen Widerstand gegen eine solche Maßnahme antizipiert.

Darüber hinaus ist denkbar, dass Vereinigungsverbote nicht nur zur Reaktion auf externen (Nicht-)Handlungsdruck, sondern auch proaktiv instrumentalisiert werden. Wesentlich ist das mit ihnen verbundene kommunikative Potenzial: Verbote sind

Extremismustheorie, welche aufgrund ihrer Vielschichtigkeit an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden kann.

⁹ Vgl. Gerlach (FN 6), S. 367.

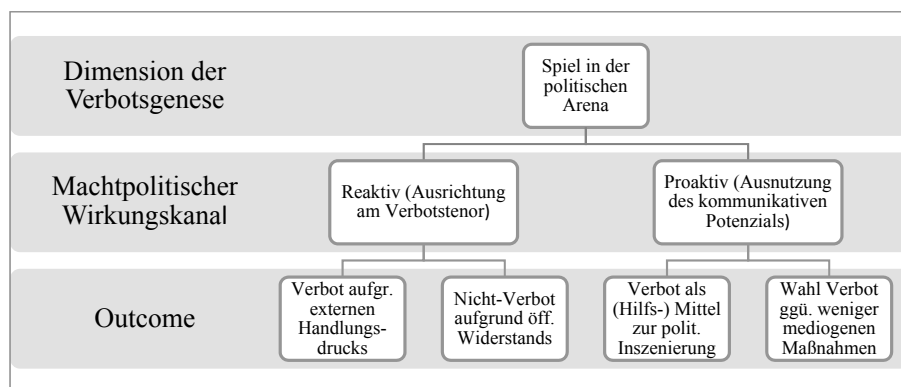
¹⁰ Vgl. ebd., S. 473. Die Arenen sind in Gerlachs Modell die Parlamente sowie das Kommunikationsfeld Medien/Öffentlichkeit.

¹¹ Vgl. Gerlach (FN 6), S. 513 f.

stets begleitet von medialer Berichterstattung. Razzien und Festnahmen besitzen im Gegensatz zu „weichen“ Maßnahmen der Extremismusbekämpfung Unterhaltungswert und bieten so Anreiz zur machtpolitisch beeinflussten Anwendung. Wie Gerlach darlegt, ist es für politische Akteure grundsätzlich zwar durchaus sinnvoll, Anforderungen der Öffentlichkeitsarbeit zu beachten: Werden Selektions- und Präsentationslogiken medialer Berichterstattung berücksichtigt, können politische Inhalte effektiver kommuniziert werden¹²; zugleich ist nicht automatisch gesagt, dass im Falle eines Vereinsverbotes ein solches Handeln ausschließlich dem Eigennutzen der verbotsverantwortlichen Akteure dient – gerade das Zur-Debatte-Stellen einer Grundrechtseinschränkung unterscheidet demokratisches von autoritärem politischen Agieren. Die Gefahr einer Überlagerung durch eigenwohlorientierte Motive ist allerdings gegeben. Eine Analyse der Vereinsverbotspraxis kann somit nicht umhin, diese Möglichkeit zu berücksichtigen.¹³

Kombiniert man die reaktiven und proaktiven Wirkungskanäle, lassen sich insgesamt vier wesentliche Wege aufzeigen, anhand derer machtpolitisches Kalkül das Ergebnis einer Verbotsentscheidung beeinflussen kann (Abbildung 1). In der vorliegenden Studie wird – unter Bezugnahme auf die vorgestellten Sub-Hypothesen – anhand von vier Analysekatégorien geprüft, inwieweit diese Effekte in der Realität die Vereinsverbotspraxis prägen.

Abbildung 1: Mögliche Wege machtpolitischer Beeinflussung der Vereinsverbotspraxis



12 Vgl. ebd., S. 383.

13 Vgl. ebd., S. 97, 508.

3. Methodik

Die Untersuchung der Vereinsverbotspraxis seit der Wiedervereinigung erfolgt mittels einer Kombination quantitativer und qualitativer Methoden.¹⁴ Die quantitative Analyse verfolgt mehrere Ziele. Zunächst soll die Betrachtung von Häufigkeiten und Verteilungsmustern statistische Auffälligkeiten der Verbotspraxis zu identifizieren helfen: Abweichungen von Erwartungs- und Erfahrungswerten können darauf hindeuten, dass Verbotsentscheidungen nicht nur möglichst an objektiven Maßstäben ausgerichteten – und damit potenziell hinsichtlich einer abschätzbaren Verteilung wirkenden – Handlungsmotivationen folgen, sondern auch auf subjektive Interessen der an diesen Entscheidungen beteiligten politischen Akteure zurückzuführen sind. Dabei ist zu betonen: Eventuelle Auffälligkeiten stellen lediglich Indizien dar. Der durch das Opportunitätsgebot geschaffene Handlungsspielraum erzeugt eine Wahlsituation, in welcher unterschiedliche Akteure auch aus rein objektiven beziehungsweise nicht-machtpolitischen Erwägungen heraus Entscheidungen für Verbote oder Nicht-Verbote unterschiedlich treffen können. Statistische Abweichungen bedürfen daher einer Einordnung, welche innerhalb der vier Analysekatgorien unter Bezugnahme auf die Forschungsliteratur und Experteninterviews vorgenommen wird.

Die Grundlage für die quantitative Analyse bildet eine Auflistung aller 112 Vereinsverbote im Zeitraum von 1990 bis 2015. Diese vermeintlich triviale Anforderung verweist auf die skizzierte Forschungslücke: Bisher verfügbare Verbotslisten beschränken sich entweder auf ein bestimmtes Verbotsspektrum, sind nachweisbar in Teilen fehlerhaft oder umfassen nur einen Teilbereich des Berichtszeitraumes. Zudem zeigt ein Abgleich der vorhandenen Verbotslisten zahlreiche Inkonsistenzen auf, die vorrangig auf die Frage zurückzuführen sind, welche konkreten Daten für die einzelnen Verbotsfälle anzuwenden sind. Es lässt sich feststellen, dass nicht immer eindeutig zwischen dem Erlass eines Verbotes und dessen Umsetzung beziehungsweise medialer Kommunikation differenziert wird. Vor dem Hintergrund einer quantitativen Auswertung der Verbotspraxis musste diese fallweise Abweichung zugunsten einer einheitlichen Definition aufgelöst werden. Deshalb wurde für jedes Verbot der Zeitpunkt seines Erlasses als Datum festgelegt.¹⁵

Eine weitere Entscheidung im Forschungsdesign musste getroffen werden bezüglich punktuell auftretender zeitgleicher Erlasse mehrerer Verbote (Sammelverbote). Dies kann sowohl als Parallelität mehrerer womöglich inhaltlich verknüpfter, aber individueller Verbote interpretiert, aber auch als singuläre Verbotsentscheidung verstanden werden – singulär dann, wenn dem Sammelverbot *eine* Verbotsintention vorausgeht, die sich gegen ein mehrgliedriges Organisationsgefüge oder ein bestimmtes extremistisches oder strafrechtlich relevantes Spektrum richtet und dabei

14 Für die kompletten Verbotslisten sowie weiterführende methodische Hinweise zum Forschungsdesign vorliegender Studie siehe: www.hait.tu-dresden.de/dok/bac/Brieger_Vereinsverbot_JBED_Anhang.pdf (Stand: 22. September 2018).

15 Dies nicht zuletzt, da die recherchierten Angaben der Innenministerien – und damit die wesentlichen Primärquellen der Auflistung – ebenso die Erlass-Daten nennen.

zeitgleich mehrere Vereine als Teil einer koordinierten Maßnahme verboten werden. Für die Betrachtung der Vereinsverbotspraxis hätte eine solche Perspektive allerdings zur Folge, dass jene Verbote, die zu einem übergeordneten Verbotsentscheid zusammengefasst werden, nicht in Summe, sondern eben nur als Einzelfall in die quantitative Untersuchung einfließen. Sie würden damit weniger gewichtet als Verbote, die zeitlich isoliert ausgesprochen wurden. Dies ließe sich nur schwer rechtfertigen, da argumentiert werden kann, dass ein Akteur gerade durch die Synchronisierung mehrerer Verbote auf eine besonders starke kommunikative Wirkung zielt. Demgegenüber lässt sich anführen: Eine zeitlich verteilte Aussprache der einzelnen Verbote generiert womöglich noch größere Effekte, da dann bei jedem einzelnen Verbot eine neuerliche Möglichkeit zur öffentlichen und medialen Präsentation entstünde. Je nach angenommener Kausalfolge müssten zeitgleiche Verbote dementsprechend unterschiedlich im Kontext der Vereinsverbotspraxis bewertet werden. Aus diesem Grund wurde entschieden, die für die statistische Untersuchung genutzte Vereinsverbotsaufstellung zweiteilig zu gestalten: Eine erste Liste führt alle tatsächlich verbotenen Vereine (VV), in einer zweiten Liste hingegen wurden Sammelverbote, verstanden als singuläre Verbotsentscheidungen (VE), jeweils unter einem kollektiven Eintrag in der Aufstellung erfasst.¹⁶

Zur qualitativen Erschließung der Vereinsverbotspraxis wurden Interviews mit ehemaligen Innenministern auf Bundes- und Länderebene geführt. Durch die Erhebung von persönlichen Meinungen und Perspektiven sollte einerseits die Selbstwahrnehmung der Innenminister innerhalb ihrer dualen Rolle als Spieler in der politischen Arena und zugleich als exekutiv befähigte Akteure der streitbaren Demokratie betrachtet, andererseits eine Analyse der Konstituierung von Verboten und Nicht-Verboten im Kontext subjektiver Handlungs-Motivationen sowie der aufgrund des Opportunitätsgebotes individuell geprägten Entscheidungsspielräume ermöglicht werden.

Die Auswahl der Interviewten aus der Grundgesamtheit aller deutschen Innenminister auf Bundes- und Länderebene erfolgte anhand mehrerer Selektionskriterien. Ausgeschlossen wurden zunächst alle Personen, die zum Zeitpunkt der Durchführung des Forschungsvorhabens noch Regierungsverantwortung besaßen. Daneben wurde die Liste durch zwei weitere, sich nicht ausschließende Kriterien reduziert: Die ehemaligen Innenminister sollten mindestens ein Vereinsverbot ausgesprochen haben oder mindestens eine Legislaturperiode im Amt gewesen sein.¹⁷ Von den insgesamt 110 Innenministern blieben nach Ausschluss der bereits verstorbenen Personen und der Anwendung der Selektionskriterien 37 Interview-Kandidaten übrig, wovon sich neun für ein Interview gewinnen ließen.¹⁸

16 Die bisher in der Literatur verfügbaren Vereinsverbotsaufstellungen entsprechen dem ersten Muster.

17 Hierfür wurde als Entsprechung der Mindestdauer einer Legislaturperiode in Bund und Ländern (vier Jahre) eine Amtszeit von > 1.460 Tagen definiert.

18 Christoph Ahlhaus (CDU, Hamburg, 2008-2010, 1 Vereinsverbot), Günther Beckstein (CSU, Bayern, 1993-2007, 7 VV), Fritz Behrens (SPD, Nordrhein-Westfalen, 1998-2005, 1 VV),

4. Allgemeine Ausprägung der Verbotspraxis im Berichtszeitraum

Die Anzahl der innerhalb einer bestimmten Zeitspanne ausgesprochenen Vereinsverbote gibt Aufschluss über die Intensität der Nutzung dieses harten Mittels der streitbaren Demokratie. Ob damit auch Aussagen über das tatsächlich vorhandene Bedrohungspotenzial getroffen werden können, ist diskussionswürdig. Die Studie von Julia Gerlach liefert Argumente für eine skeptische Beurteilung: Nach Überwindung der deutschen Teilung setzte eine verstärkte Anwendung des Verbotsmittels ein, welche in deutlichem Kontrast zum vorhergehenden Rückgang infolge des Erlasses des Vereinsgesetzes von 1964 steht. Diese neuerliche Häufung – rund ein Verbot alle vier Monate – müsse mit Fragezeichen versehen werden, „zumal Deutschland als stabiler Staat gelten kann und die Einschränkung von Freiheitsrechten stets eine Gratwanderung ist.“¹⁹ Die Vereinsverbotspraxis nach der Wiedervereinigung sei „überzogen“.²⁰ Ähnliche Skepsis äußern weitere Autoren.²¹

Diese Untersuchung erweitert den Berichtszeitraum im Vergleich zu Gerlachs Studie von der Wiedervereinigung aus bis zum Ende des Jahres 2015. Es zeigt sich, dass in diesen zusätzlichen fünf Jahren deutlich mehr Vereine verboten wurden als jemals zuvor seit 1990 in einem vergleichbaren Intervall. Zwischen Anfang 2011 und Ende 2015 ergingen durchschnittlich alle 48 Tage entsprechende Verfügungen. Gegenüber dem vorhergehenden Fünf-Jahres-Abschnitt hat sich die Anzahl der Verbote mehr als verdoppelt, die der singulären Verbotsentscheidungen sogar fast dreifacht. Abbildung 2 zeigt, dass die Verbotsintensität im letzten Fünftel des Beobachtungszeitraums eine Quantität angenommen hat, die selbst jene der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch deutlich übertrifft.

Dieser Anstieg ist angesichts einer kaum veränderten Gefährdungslage schwer zu rechtfertigen.²² Auch ein Vergleich der Entwicklung politisch motivierter Kriminalität mit extremistischem Hintergrund (PMKE) und der Entwicklung der Verbotshäufigkeit zeigt keinen Zusammenhang. Dies vergrößert die ohnehin schon in der Literatur artikulierte Skepsis hinsichtlich einer regelmäßigen Anwendung des Verbotsmittels und deutet darauf hin, dass es immer weniger im Sinne einer Ultima Ratio eingesetzt wird.

Klaus Buß (SPD, Schleswig-Holstein, 2000-2005, 1 VV), Albrecht Buttolo (CDU, Sachsen, 2005-2009, 1 VV), Reinhold Gall (SPD, Baden-Württemberg, ab 2011 – zum Ende des Berichtszeitraums am 31.12.2015 noch amtierend –, 4 VV), Klaus Hardrath (CDU, Sachsen 1995-2002, 1 VV), Ehrhart Körting (SPD, Berlin, 2001-2011, 3 VV), Klaus Schlie (CDU, Schleswig-Holstein, 2009-2012, 3 VV). Die Gesprächspartner vereinen 32 Vereinsverbote bei 21 singulären Verbotsentscheidungen des Berichtszeitraums sowie rund 39 Prozent der Amtszeit der Stichprobe auf sich.

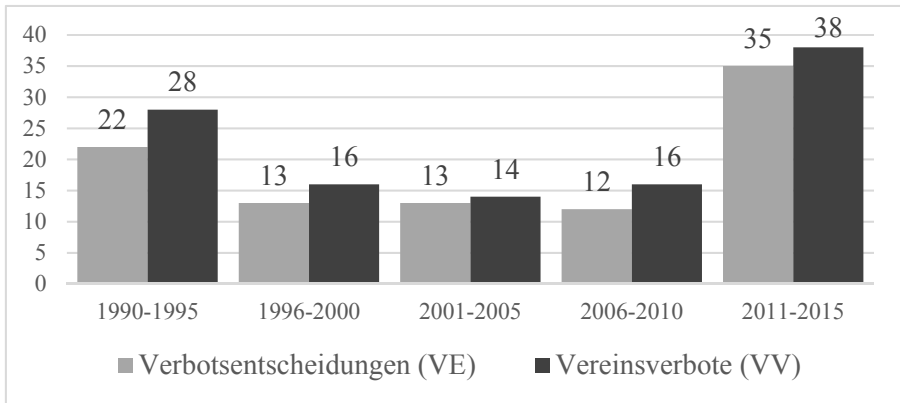
¹⁹ Gerlach (FN 6), S. 501.

²⁰ Ebd., S. 514.

²¹ Vgl. Backes/Jesse (FN 6), S. 422; Kailitz (FN 6), S. 220 f.

²² Zum gleichen Urteil kommt jüngst auch Flümann (FN 6), S. 223.

Abbildung 2: Anzahl Vereinsverbote 1990-2015



Mitverantwortlich für die Zunahme der Verbotshäufigkeit ist die Ausweitung des Anwendungsbereiches auf nicht-extremistische Vereine. Dies stellt eine wesentliche Charakteristik der Verbotspraxis ab 2009 und ein zuvor nicht in dieser Ausprägung existentes Phänomen dar. Im Zeitraum 2009 bis 2015 wurde gegen kein Spektrum häufiger mit harten Mitteln des Demokratieschutzes vorgegangen als gegen das Rockermilieu. Formal steht die Erweiterung der Verbotspraxis über den Kernbereich des Demokratieschutzes hinaus im Einklang mit dem Grundgesetz.²³ Aus theoretischer Perspektive erscheint dies allerdings paradox: Die Wehrbereitschaft streitbarer Demokratie richtet sich gegen Gruppierungen, deren Handlungen nicht auf die Überwindung der Verfassung oder Beseitigung der demokratischen Grundordnung zielen. Vereinsverbote gegen Motorcycle-Clubs werden ausschließlich mit der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit begründet.²⁴

Unter den befragten Innenministern gehen die Meinungen über eine derartige Anwendung des Verbotsmittels auseinander. Befürworter argumentieren, Verbote seien herkömmlichen Methoden der Strafverfolgung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überlegen, da jener Deckmantel gelüftet werden könne, unter welchen sich speziell die Rockerbanden zur Ausübung ihrer kriminellen Aktivitäten zurückzögen.²⁵ Dem gegenüber steht grundsätzliche Kritik an der Legitimität der Anwendung von Demo-

23 Das GG nennt in Art. 9 Abs. 2 als möglichen Verbotsgrund auch das Zuwiderlaufen gegenüber Strafgesetzen.

24 Vgl. das Urteil des OVG Schleswig im Falle der „Hells Angels Flensburg“: Der dem Verbots-erlass beigefügte Grund des Richtens des Vereinszweckes gegen die verfassungsmäßige Ordnung wurde ausdrücklich aufgehoben. Siehe OVG Schleswig-Holstein, Urteil vom 19. Juni 2012, 4 KS 1/12.

25 „Wenn kriminelle Vereinigungen unter den Schutz des Vereinsrechts kriechen, muss der Staat diesen Schutz wegnehmen können“, erklärt Erhart Körting. Klaus Schlie spricht von einer „Absurdität, dass man es bei Vereinsverboten mit sehr hohen Hürden zu tun hat, obwohl es sich um kriminelle Organisationen handelt.“

kratieschutzmitteln für strafrechtliche Belange.²⁶ Die ausnahmslose Bestätigung der seit 2009 erfolgten Verbote gegen Motorcycle-Clubs in den nachfolgenden Gerichtsverfahren deutet aber darauf hin, dass Verbote gegen nicht-extremistische Vereinigungen auf Dauer eine realistische Handlungsoption bleiben werden.

Die Ausweitung auf das nicht-extremistische Spektrum trägt auch zu einer Verstärkung des Phänomens der sogenannten Verbotswellen bei. Diese sind als konzentrierte Aktionen zu verstehen, mittels derer sich der Staat besonders massiv einer antidemokratischen oder strafrechtlich relevanten Herausforderung stellt. Das Verbotsmittel wird gewissermaßen als Breitschwert gegen eine bestimmte Zielgruppe eingesetzt, verbunden mit der Erwartung einer nachhaltigen Schwächung und Abschreckung der Adressaten.²⁷

Dabei steht die Frage im Raum, ob die jeweiligen Verbotshäufungen im Sinne des Demokratieschutzes notwendig sind oder vorrangig eine Reaktion auf die öffentliche/politische Wahrnehmung extremistischen oder strafrechtlich relevanten Handelns darstellen. Die Ausbildung eines die Entscheidungsfindung potenziell beeinflussenden Verbotstenors ist in Fällen medial breit rezipierter politischer Gewalttaten wahrscheinlich. Zumindest ein Teil der befragten ehemaligen Minister vertritt diesbezüglich die Position, verstärkte Verbotsmaßnahmen seien auch in solchen Situationen durchaus zweckmäßig.²⁸ Je stärker Akteurshandeln allerdings an der öffentlichen Meinung ausgerichtet ist, umso größer wird – aufgrund des Spannungsverhältnisses von Risikoperzeption und Spiel in der politischen Arena – die Gefahr, dass bei der Entscheidung für oder gegen eine Verbotsaussprache sachdimensionale Erwägungen ausgeblendet werden. Vor diesem Hintergrund verdienen Verbotswellen als besonders massive Anwendung staatlicher Repressionsinstrumente größtmögliche Aufmerksamkeit.

Die quantitative Untersuchung der Vereinsverbotspraxis bis zum Jahr 2015 identifiziert drei Verbotswellen, die in der Literatur bisher nicht explizit beschrieben wurden.²⁹ Zunächst, wie dargestellt, eine Welle gegen das Spektrum der Motorcycle-Clubs (2009-2017, 17 VV).³⁰ Ein konkreter Auslöser ist in diesem Fall nicht festzu-

26 Albrecht Buttolo: „Das halte ich für sehr bedenklich, eine derartige Praxis. [...] solange man nicht den Nachweis führen kann, dass sie [die Vereinigungen] tatsächlich das Grundgesetz missachten und verlassen, sollte man auch nicht mit Vereinsverboten etwas verhindern, was man eigentlich strafrechtlich vornehmen sollte.“ Ähnlich Klaus Hardrath: „Einen Rockerclub zu verbieten, ich hätte da Probleme. [...] Das gefährdet nicht die Demokratie. Da muss man sich wappnen, aber nicht durch ein Vereinsverbot.“

27 Vgl. Gerlach (FN 6), S. 132.

28 Beispielhaft Günther Beckstein: „Die Bevölkerung [kann] nach einem Anschlag wie dem 11. September [...] zu Recht erwarten, dass der Staat agiert und Handlungsfähigkeit zeigt. Und Vereinsverbote sind etwas ganz Wichtiges, weil sie wirklich auch ein wuchtiges Handeln des Staates sind.“

29 Gerlach (FN 6) beschreibt bis 2009 drei Verbotswellen: In den 1990er Jahren je eine gegen Rechtsextremismus und kurdischen Linksextremismus, nach dem 11. September 2001 gegen den Islamismus.

30 Angegeben sind jeweils die einzelnen Vereinsverbote (VV). Bei einer Berechnung anhand des Modells der gegebenenfalls zu Sammelverboten zusammengefassten Verbotsentscheidungen (VE) hätten alle drei neuen Verbotswellen ebenfalls Bestand.

stellen. Treffend erscheint deshalb die Einschätzung, dass der Respekt der verbotsverantwortenden Akteure vor der Aufhebung einer möglichen Entscheidung zunächst über viele Jahre Verbote verhinderte: In der gesamten Geschichte der Bundesrepublik ergingen zuvor nur vier Verfügungen gegen Motorcycle-Clubs, von denen zwei der juristischen Prüfung nicht standhielten. Als neuerliche Versuche ab 2009 dann allerdings auf justizieller Ebene durchgängig Bestätigung fanden, traten selbstverstärkende Effekte ein und erhöhten die Verbotsintensität.

Das im Mai 2012 auf Bundesebene erlassene Verbot gegen die salafistische Organisation „Millatu Ibrahim“ markierte unterdessen den Start einer neuen Verbotswelle, diesmal gegen das islamistische Spektrum. Bis zum Ende des Berichtszeitraums ergingen zehn Verbote. Entwicklungen im In- und Ausland, nicht zuletzt die Aktivitäten des sogenannten Islamischen Staates, veranlassten diese Maßnahmen. Die Verbotswelle gegen rechtsextremistische Vereinigungen (2011-2015, 13 VV) schließlich kann als Reaktion auf die Enttarnung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 zurückgeführt werden. Zuvor war im Jahr 2010 erst zum fünften Mal seit der Wiedervereinigung kein Verbot gegen eine rechtsextremistische Vereinigung ausgesprochen worden. 2012 war für den Rechtsextremismus dann mit sechs Erlassen das verbotsintensivste Jahr seit 1990.

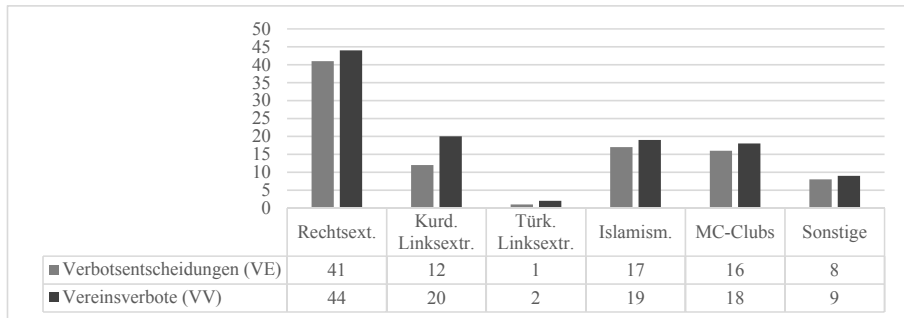
Die Parallelität der konzentrierten Maßnahmen gegen Rockerkriminalität, Islamismus und Rechtsextremismus resultiert auch aus der festgestellten deutlichen Intensivierung der Verbotspraxis im Allgemeinen seit 2010. Die Kritik an dieser Verbotshäufung ist damit keinesfalls entkräftet. Das Auftreten dreier zeitgleicher Wellen nährt vielmehr den Verdacht einer übermäßigen Nutzung des Verbotsmittels. Jede Welle für sich mag – mit Ausnahme der Motorcycle-Verbote – durch zeitgeschichtliche Auslösefaktoren geprägt sein. Doch die Aufdeckung des NSU und die Auseinandersetzung mit dem Islamismus haben keine exekutiven Zwangssituationen ausgelöst, welche eine massive Anwendung harter Maßnahmen der streitbaren Demokratie unabwendbar hätten werden lassen. Statt sorgfältiger Abwägung scheinen vielmehr von Symbolpolitik geprägte Reaktionsmuster zu dominieren. Das Gebot des Anti-Alarmismus wird offenkundig ausgeblendet.³¹

Diskutabel ist zudem für den gesamten Berichtszeitraum die ambivalente Anwendung von Verbotsmaßnahmen gegenüber Rechtsextremismus und (inländischem)

31 Dies wird wiederum veranschaulicht durch einen Abgleich mit der PMK-Statistik. Die Verbotshäufung gegen das rechtsextreme Spektrum korreliert deutlich mit dem zeitgeschichtlichen Ereignis, nicht mit der tatsächlichen Entwicklung der rechtsextremistischen Gefährdungslage. Dazu passt Gerlachs Einschätzung der ersten Verbotswelle gegen den Rechtsextremismus bis Mitte der 1990er Jahre: „Politischer Alarmismus führt in einer reflexhaften Reaktion zu der Verbotswelle. Die Anwendung des Instruments des Vereinsverbots ist [...] aus der Sachdimension heraus mehr als fraglich. [...] Aus der politischen Machtdimension heraus ist die Verbotswelle indes erklärbar: Die Verbote dienen als Symbol der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, auch wenn sie tatsächlich kaum mehr als einen Placebo-Effekt gegen die politische Gewalt erzielen.“ Gerlach (FN 6), S. 481 f. Im Falle der Verbotswelle gegen islamistische Gruppierungen ab 2012 ist die fehlende Kausalität einer Verknüpfung mit der realen Bedrohungssituation sogar noch frappierender: Hier geht die Verbotswelle dem Anstieg politisch motivierter Ausländerkriminalität voraus.

Linksextremismus. Motivationslagen und Handlungsmuster beider Milieus mögen äußerst verschieden sein – das Streitbarkeitsprinzip gebietet Indifferenz gegenüber den konkreten Ausformungen extremistischer Strukturen.³² Die Vereinsverbotspraxis seit der Wiedervereinigung spiegelt diese Maßgabe nicht. Kein einziges Verbot erging im Untersuchungszeitraum³³ gegen linksextremistische Gruppierungen, während der Rechtsextremismus Hauptadressat der Verbotspraxis blieb. Das Gebot der Äquidistanz steht damit zur Disposition.³⁴

Abbildung 3: Vereinsverbote/-verbotsentscheidungen nach Zielgruppen



Die diskursive Auseinandersetzung mit Links- und Rechtsextremismus fällt in Medien, Öffentlichkeit und Parlamenten verschieden aus.³⁵ Die Ablehnung des Rechtsextremismus ist Teil der politischen Identität der Bundesrepublik und wird von einer großen Mehrheit der Medien und Parteien getragen. Durch diese positionelle Übereinstimmung wird situativ, etwa nach Auftreten rechtsextremistischer Gewalttaten, die Wahrscheinlichkeit der Ausbildung eines Verbotstenors erhöht. Hinsichtlich des Linksextremismus ist demgegenüber für den Fall eines Verbots mit deutlich stärkerem medialem und politischem Widerstand zu rechnen.³⁶ Dass dieses Ungleichgewicht auf die Verbotsakteure einwirkt, bestätigen die Experteninterviews. Nahezu alle befragten Innenminister teilen die Ansicht, dass der Umgang demokratischer Akteure mit linksextremistischen Strukturen auf einer weniger konsensualen Grundlage

32 Vgl. Backes/Jesse (FN 6), S. 429.

33 Über den Untersuchungszeitraum hinaus wurde erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert in Deutschland wieder ein Vereinsverbot gegen den Linksextremismus ausgesprochen. Adressat war „linksunten.indymedia“, eine über das Internet erreichbare Kommunikationsplattform. Der zeitliche Zusammenhang zu den medial stark reflektierten Geschehnissen beim G20-Gipfel in Hamburg ist offenkundig. Der weitere Verlauf der diskursiven und juristischen Auseinandersetzung mit dem „indymedia“-Verbot wird Indikator dafür sein, ob künftig weitere Verbotverfahren gegen den Linksextremismus zu erwarten sind.

34 Vgl. Gerlach (FN 6), S. 489.

35 Vgl. Philippsberg (FN 7), S. 340 f.; Gerlach (FN 6), S. 448, 477; Backes/Jesse (FN 6), S. 430.

36 Im Zusammenhang mit dem Verbotsverfahren gegen den kurdischen Linksextremismus in den 1990er Jahren beispielsweise attestiert Gerlach das Entstehen eines „Nicht-Verbotsdruckes“. Gerlach (FN 6), S. 477.

basiert als gegenüber dem Rechtsextremismus.³⁷ Dies kann dazu beitragen, entsprechende Verbotsmaßnahmen trotz demokratietheoretischer Berechtigung nicht zu ergreifen. Fast unisono verweisen die Gesprächspartner zudem auf einen weiteren Faktor zur Erklärung des Verbotsungleichgewichts gegenüber Links- und Rechtsextremismus: Die Organisationsstrukturen beider Spektren seien nicht in gleichem Maße für Vereinsverbote geeignet.³⁸ Inwieweit dieses Argument tatsächlich für die fehlende Äquidistanz im Umgang mit beiden Spektren erklärend herangezogen werden kann, ist allerdings fraglich. So gibt es, trotz vorhandener Strukturunterschiede, auch innerhalb der linksextremistischen Szene mehr oder weniger formelle Gruppierungen, über deren Verbotswürdigkeit diskutiert werden könnte.³⁹ Umgekehrt zeigt gerade die Verbotsanwendung gegenüber „Freien Kräften“ und „Kameradschaften“, dass bezüglich des Rechtsextremismus ein geringer Organisationsgrad die Anwendung harter Mittel der streitbaren Demokratie nicht verhindert.

Wurde seitens der Politikwissenschaft die Verbotsintensität nach der Wiedervereinigung zuvor schon skeptisch beurteilt, muss sie angesichts einer nochmaligen deutlichen Verstärkung gegen Ende des Berichtszeitraumes zunehmend infrage gestellt werden. Die theoretisch exponierte Stellung des Verbotsmittels im Katalog der Werkzeuge demokratischer Selbstverteidigung scheint in der politischen Praxis zugunsten der Nutzung als exekutive Allzweckwaffe teilweise aufgelöst. Vor diesem Hintergrund steht auch die massive Ausweitung der Verbotspraxis auf nicht-extremistische Vereine zur Diskussion. Die fortwährende mehrheitliche Exkludierung des Linksextremismus aus der Verbotspraxis hat zudem die Kritik der Unausgewogenheit der Verbotsanwendung bestätigt. In der Summe erscheint äußerst zweifelhaft, ob die Gebote der Ultima Ratio, des Anti-Alarmismus und der Äquidistanz (noch) als maßgeblich handlungsleitend für die Vereinsverbotspraxis angesehen werden können. Die Befragung der ehemaligen Innenminister hat in diesem Zusammenhang belegt, dass es in der Tat nicht zuletzt das machtdimensionale Spiel in der politischen Arena ist, welches anhand der Variablen Verbotstenor und Antizipation der öffentlichen Wahrnehmung zu dieser geminderten Geltungskraft beiträgt. Gerlachs Theorie der Verbotsgenese findet damit ihre praktische Bestätigung.

37 Beispielhaft Klaus Schlie: „Linksextremismus scheint doch immer noch ein bisschen schick zu sein, während Rechtsextremismus immer irgendetwas ist, was auch gesellschaftlich geächtet werden muss.“ Dies beeinflusse auch staatliches Handeln gegenüber den extremistischen Spektren: „Ich glaube schon, es gibt so eine mediale Phase, dass Rechtsextremismus stärker verfolgt werden müsse als Linksextremismus.“ So auch Christoph Ahlhaus: „Ich glaube, dass das notwendige kritische Hinterfragen einer solchen Entscheidung möglicherweise nicht so stark erfolgt, wenn es sich um eine rechtsextremistische Vereinigung [...] handelt, als bei einer links-extremistischen.“

38 Die linksextremistische Szene sei „professioneller aufgestellt“ (Ahlhaus), „viel intelligenter“ (Hardrath) und setze nicht so sehr auf „plumpe Gewalt“ (Beckstein), während bei Rechtsextremisten die „intellektuellen Leistungen derjenigen, die sich dort organisieren [...]“, ein „Öffnen des Tores für behördliche Maßnahmen“ begünstigen würden (Schlie).

39 Als markantes Beispiel kann der Verein „Rote Hilfe“ genannt werden. Zur Nicht-Verbotsdiskussion und fehlenden Abgrenzung demokratischer Akteure siehe u. a. Gerlach (FN 6), S. 494 ff.

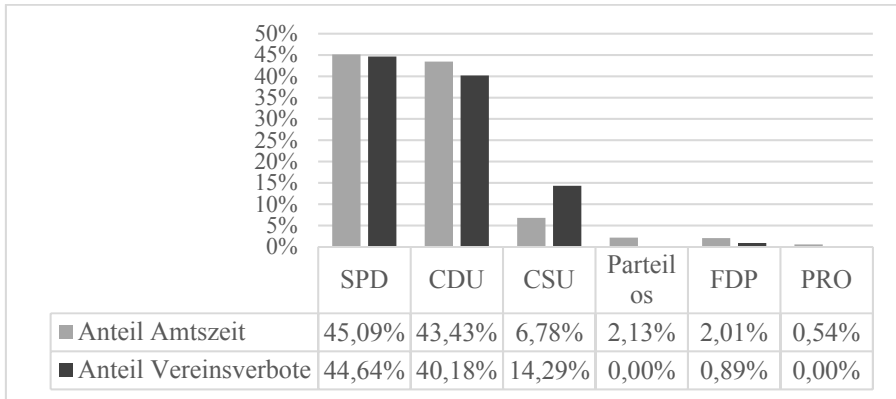
5. Parteienhintergrund und Regierungskonstellation

Wenn Vereinsverbote von politischen Akteuren mit dem Motiv verknüpft werden, sich im wettbewerbsdemokratischen Kontext zu bewähren, ist zu vermuten, dass der Parteienhintergrund dieser Akteure nicht ohne Relevanz bleibt. Eine parteipolitische Agenda etwa, die sich auf Themen der Inneren Sicherheit fokussiert, könnte dazu beitragen, dass in der politischen Praxis das Mittel des Verbotes gegenüber weniger gut öffentlich kommunizierbaren Methoden der Extremismusbekämpfung und des Umgangs mit strafrechtlich relevanten Vereinen bevorzugt wird, um diesen inhaltlichen Schwerpunkt zu akzentuieren und Handlungskompetenz zu demonstrieren. Umgekehrt könnten Parteien, deren öffentliche Wahrnehmung gerade durch einen Mangel an entsprechender Kompetenz gekennzeichnet ist, durch eine intensivierte Verbotspraxis versuchen, dieses Bild zu korrigieren. Treffen diese Annahmen zu, gelten vorgenannte Kritikpunkte: Zwar lässt das Opportunitätsgebot prinzipiell die Möglichkeit zu, dass beispielsweise ein SPD-Innenminister ein Verbot ausspricht, während sich ein CDU-Kollege bei gleicher Sachlage dagegen entscheiden würde. Hat die Parteibindung aber einen generellen Einfluss, wäre wiederum das Gebot der Äquidistanz verletzt.⁴⁰

Zur statistischen Untersuchung dieser Fragestellung wurden die Verbotshäufigkeiten je Partei mit der summierten Amtszeit der jeweiligen Minister dieser Parteien ins Verhältnis gesetzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass der vermutete Zusammenhang keine Entsprechung in den Daten findet: Bei den großen Parteien liegen die Anteile von Amtszeiten und Verbotsaussprachen nahe beieinander (Abbildung 4) – die Parteizugehörigkeit der Innenminister scheint, bezogen auf die für die Verbotspraxis maßgeblichen Volksparteien, keinen relevanten Einfluss zu haben. Die zweite Berechnung anhand der singulären Verbotsentscheidungen bestätigt diesen Befund.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 489.

Abbildung 4: Vergleich Innenminister-Amtszeiten und Vereinsverbote nach Parteizugehörigkeit



Angesichts dieser Daten erscheint die erste Teilannahme von Subhypothese II – der Parteienhintergrund der Innenminister beeinflusst die Verbotspraxis – widerlegt. Schwieriger fällt die Interpretation allerdings bezüglich der CSU aus. Hier weichen in beiden berechneten Modellen die relativen Verbotshäufigkeiten von den Erwartungswerten um mehr als 100 Prozent ab. Beantwortet werden kann dieser Widerspruch anhand der dualen Rolle der Partei als Partner der CDU auf Bundesebene sowie als eigenständige und zugleich führende politische Kraft Bayerns. Beide Ebenen sind durch verbotsfördernde Rahmenbedingungen geprägt: Das Bundesinnenministerium ist in seiner oft eingenommenen Rolle als Impulsgeber der Vereinsverbotspraxis jene Instanz, welche besonders häufig mit entsprechenden Entscheidungen konfrontiert ist. Und: In Bayern ist es spätestens seit den frühen 1990er-Jahren üblich, die Vereinsverbotspraxis eher niedrigschwellig anzulegen.

Diese Argumentation verweist aber zugleich darauf, dass Verbotsentscheidungen nicht grundsätzlich von parteipolitischen Einflüssen freizusprechen sind. So folgte die Etablierung der verbotsförderlichen Praxis unter der CSU in Bayern, wie Innenminister a. D. Günther Beckstein im Interview erklärte, ausdrücklich einer politischen Leitlinie.⁴¹ Dabei habe man das Opportunitätsgebot im Sinne einer fast schon legalistischen Perspektive interpretiert.⁴² Beckstein bestätigt nicht nur die allgemeine Relevanz der öffentlichen Wirkung von Verbotsentscheidungen, sondern betont auch, es sei „immer [s]ein Bestreben“ gewesen, „Marktführer im Bereich Innere Sicherheit“ zu sein. Man könne Vereinsverbote „durchaus auch aktiv verwenden, um bestimmte Themen deutlicher ins Bewusstsein der Öffentlichkeit oder des Parla-

41 „[Es hat] eine politische Grundentscheidung gegeben, die mit meiner Amtszeit gleich zu Beginn gefällt worden ist, dass wir auf niedriger Schwelle Vereinsverbote aussprechen. [...] Wir haben das als ganz wichtiges Mittel der inneren Sicherheit angesehen [...]“

42 „Wenn die Tatsachen für ein Verbot ausreichen, wird das Verbot in der Regel ausgesprochen.“

ments zu bringen“. Eine solche Handhabung des Vereinsverbotes entspricht nun wiederum der ersten Teilannahme von Subhypothese II.

Zu klären ist, ob eine solche Anwendung der Verbotspraxis nur aufgrund der exponierten Stellung der CSU im politischen System Bayerns möglich war. Angesichts der Tatsache, dass die Partei im Freistaat fast durchgängig über absolute Mehrheiten verfügte, konnte die Implementierung einer verbotsförderlichen Agenda vergleichsweise einfach gelingen. Entsprechend der zweiten Annahme von Subhypothese II erhebt sich damit die Frage: Hängt die Verbotspraxis auch davon ab, ob der verbotsverantwortende Innenminister innerhalb einer Ein-Parteien- oder einer Koalitionsregierung agiert?

Diese Annahme beschreibt eine Variation von Gerlachs Theoriemodell: Es erscheint naheliegend, dass sich Arena-Situationen nicht nur im öffentlich-medialen und parlamentarischen Diskurs, sondern auch innerhalb einer Regierung ausbilden. Das Spiel in dieser Arena ist bei absoluten Mehrheiten weniger auf Wettkampf und stärker auf Kooperation ausgelegt als in einer Mehr-Parteien-Konstellation, in der die beteiligten Akteure zwar temporär ein gemeinsames Machtinteresse hegen, aber dennoch unterschiedliche parteipolitische und individuelle Agenden verfolgen. Es erscheint damit folgerichtig: Alleinregierungen schaffen verbotsförderlichere Rahmenbedingungen, da sich hier Verbotsentscheidungen aufgrund parteipolitischer Kongruenz effizienter realisieren lassen. Das Fallbeispiel Bayerns mit der jahrzehntelang dominierenden CSU liefert Argumente für eine derartige Vermutung.

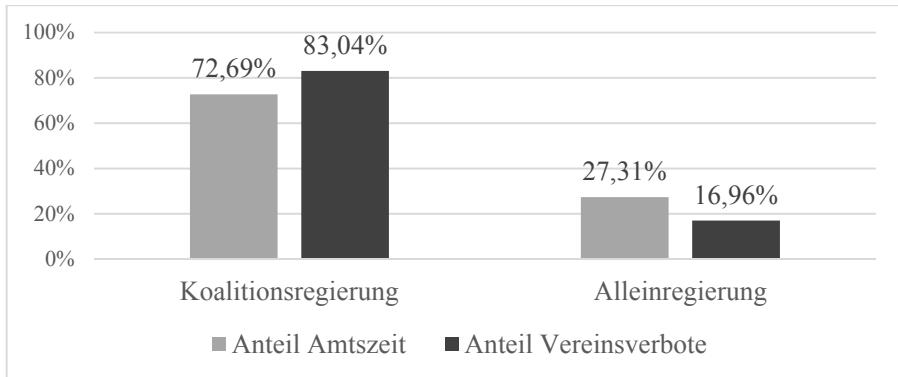
Die statistische Prüfung der Vereinsverbotspraxis bezüglich des Regierungstyps stützt diese Vermutung nicht: Minister, die als Teil von Koalitionsregierungen amtieren, erlassen mehr Verbote, als es die summierten Amtszeiten dieses Regierungstyps erwarten lassen (Abbildung 5). Die Abweichungen von den Erwartungswerten sind statistisch signifikant ($p \leq 0,05$).⁴³ Ein Zusammenhang zwischen Regierungstyp und Vereinsverbotspraxis kann damit als wahrscheinlich angesehen werden. Das Fallbeispiel der CSU in Bayern ist als Ausnahme von der Regel einzuordnen: In der Mehrzahl aller Fälle sind es Koalitionsregierungen, in deren Amtszeit ein Anstieg der Verbotshäufigkeit zu beobachten ist.⁴⁴ Das Nicht-Vorhandensein einer Mehr-Parteien-Konstellation innerhalb einer Regierung kann damit, so lässt sich umgekehrt schlussfolgern, in der Mehrzahl der Fälle als Indikator einer vergleichsweise zurückhaltenden Vereinsverbotspraxis gelten. Ein Blick auf die beiden weiteren Parteien, die im Berichtszeitraum Alleinregierungen stellten, bestätigt diesen Befund: Die SPD amtierte während 11,8 Prozent der Amtszeiten als einzige Regierungspartei, verantwortete aber nur rund acht Prozent der Vereinsverbote; eine extreme Diskre-

43 P-Wert für die Berechnung anhand sämtlicher Vereinsverbote (VV)= 0,014; p-Wert für die Berechnung anhand singulärer Verbotsentscheidungen (VE)=0,021.

44 Dabei ist zusätzlich zu beachten, dass das Fallbeispiel Bayern auch einen verzerrenden Einfluss auf die Daten ausübt: Die verbotsfreundliche Agenda der CSU beeinflusst die Gegenüberstellung von Koalitions- und Alleinregierungen hinsichtlich vermehrter Verbotsaktivität bei zweiter Fallgruppe. Wird dies berücksichtigt, steigt die Wahrscheinlichkeit für nicht-zufällige Abweichungen von den Erwartungswerten sogar auf ein sehr signifikantes Niveau ($p(VV)=0,001$, $p(VE)=0,003$).

panz zeigt sich bei der CDU: 10,8 Prozent Amtszeit-Anteil stehen 0,9 Prozent aller Verbote gegenüber.

Abbildung 5: Vereinsverbote – Koalitionsregierungen im Vergleich mit Alleinregierungen



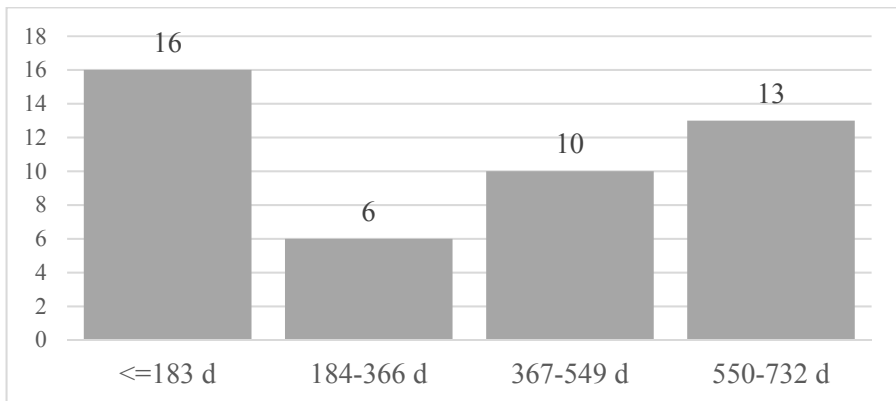
Die Ergebnisse der Untersuchung der Subhypothese II lassen sich nicht eindeutig beurteilen. So hat die Prüfung einer Korrelation zwischen Parteizugehörigkeit der Innenminister und Vereinsverbotsentscheidungen die erste Teilannahme widerlegt: Ein allgemeiner Zusammenhang zwischen beiden Variablen konnte nicht nachgewiesen werden. Dass eine fallspezifische Verknüpfung zwischen Verbotshäufigkeit und Parteienhintergrund nicht zugleich ausgeschlossen ist, beschreibt das Beispiel der CSU in Bayern. Allerdings sind in den meisten Fällen Koalitionsregierungen mit erhöhter Verbotshäufigkeit verbunden: Die verstärkte Wettbewerbssituation in Mehr-Parteien- gegenüber Alleinregierungen erhöht vermutlich den Anreiz für eine durch subjektive Handlungsmotivationen angereicherte Verbotspraxis.⁴⁵ Dies bestätigt die zweite Teilannahme von Subhypothese II und stellt ein weiteres Indiz für den Einfluss machtpolitischer Kalküls dar. Eine über den Rahmen dieser Studie hinausweisende vergleichende Betrachtung der einzelnen Koalitionstypen, aufgeschlüsselt nach den beteiligten Parteien, erscheint zur weiteren Erörterung der dargestellten Phänomene angebracht.

45 Die Parteiverbotsforschung kommt zu einer ähnlichen Schlussfolgerung, aber mit umgekehrtem Argument: Je ausgeprägter der Konsens zwischen den Volksparteien (konkretisiert etwa in Form einer großen Koalition), desto höher die Wahrscheinlichkeit eines Verbotsverfahrens. Vgl. Angela Bourne, *Democratic Dilemmas: Why Democracies Ban Political Parties?*, ECPR General Conference, Montreal 2015, S. 12 ff.

6. Wahlnähe

Der Wettbewerb, in dem sich die politischen Akteure befinden, intensiviert sich mit geringer werdendem zeitlichen Abstand zum nächsten Wahltermin. Vermutlich steigt parallel der Anreiz, Mittel zu ergreifen, deren Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Bestätigung oder Verbesserung der eigenen Position als besonders positiv angenommen wird. Dies gilt umso mehr, wenn es sich dabei um Mittel handelt, welche der Konkurrenz vorenthalten sind – wie Vereinsverbote. Gemäß Subhypothese III lässt sich damit eine gehäufte Verbotsaussprache im Vorfeld von Wahlen vermuten. Zur quantitativen Überprüfung eines derartigen Zusammenhangs wurde zu jedem Vereinsverbot der nächstliegende Wahltermin ermittelt. Ausgangspunkt der Analyse war anschließend eine Betrachtung der Häufigkeitsverteilung innerhalb der Legislaturperioden.⁴⁶ Nimmt man den wahlnahen Teilbereich des Datenmaterials, aufgeschlüsselt in Sechs-Monats-Intervallen, in den Blick, zeigt sich ein auffälliges Muster: Die Verbotshäufigkeit nimmt von Halbjahr zu Halbjahr ab, um dann während der letzten Monate vor einer Wahl auf ein Maximum anzusteigen. So erhöht sich die Anzahl der Vereinsverbote im letzten Halbjahr vor einer Wahl gegenüber dem vorangegangenen Vergleichszeitraum um mehr als 60 Prozent. Noch deutlicher ist die Differenz, wenn die singulären Verbotsentscheidungen betrachtet werden (Abbildung 6): Die Abweichung zwischen vorletztem und letztem Halbjahr beträgt nun 167 Prozent und ist statistisch signifikant.⁴⁷

Abbildung 6: Verbotsentscheidungen (VE) in den vier Halbjahren vor einer Wahl



46 Die quantitative Auswertung basiert auf der Unterstützung und den äußerst hilfreichen Hinweisen von Dr. Jan Rudl, Referent des Sprechers der Fachrichtung Mathematik der TU Dresden und Lehrbeauftragter Statistik für den Studiengang Politik und Verfassung.

47 Test auf Binomialverteilung: 1-seitige Signifikanz = 0,026.

Zwar legt der geringe Stichprobenumfang eine vorsichtige Interpretation nahe, doch deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die beobachtete Verteilung kaum zufälliger Natur ist. Die Annahme, Wahlnähe und Aussprache von Vereinsverboten korrelierten miteinander, wird gestützt. Allerdings ist damit keine Aussage über die konkreten Wirkungszusammenhänge getroffen: Der Anstieg der Verbotsintensität belegt nicht automatisch die Hypothese einer von machtpolitischen Kalkülen geprägten Verbotspraxis. Mehrere Gründe müssen entsprechend diskutiert werden, um den festgestellten Zusammenhang zwischen Wahlen und Verbotsentscheidungen zu erklären:

- a) Vereinsverbote werden teilweise von verbotsberechtigten Akteuren aktiv als Wahlkampfmittel genutzt, um selbst von den antizipierten öffentlichkeitswirksamen Effekten zu profitieren und/oder die Wahlchancen der eigenen Partei zu verbessern. Dabei werden Verbote als exklusiv und kurzfristig verfügbare sowie unmittelbar wirkende Maßnahmen zur Vorteilserlangung im politischen Wettbewerb verstanden.
- b) Vereinsverbote werden nicht nur als in Wahlkampfzeiten nützliche, sondern generell verfügbare Handlungsoptionen angesehen und auch eingesetzt. Allerdings werden in den Zeiträumen vor Beginn einer wahlnahen Periode mögliche Verbotsentscheidungen sukzessive zurückgehalten, um diese gegebenenfalls im Wahlkampf effektiv voll platzieren zu können.⁴⁸ Dies würde das treppenartige Muster und den finalen Anstieg der Verbotshäufigkeit in Abbildung 6 erklären.
- c) Das beobachtete Verteilungsmuster ist nicht Ausdruck der Wahlnähe von Verbotsentscheidungen. Hierzu Innenminister a. D. Christoph Ahlhaus: „Grundsätzlich gilt für alle politischen Entscheidungen, dass gegen Ende einer Legislaturperiode [...] natürlich einfache Dinge, die einen gewissen Vorlauf haben, herangereift sind und auch beschleunigt noch zur Abwicklung [...] vorgelegt werden“. Wahlnahe Verbotsaussprachen werden so nicht als Kumulation machtdimensionaler Erwägungen verstanden, sondern als Resultat mehr oder weniger gewöhnlicher behördlicher Arbeitsabläufe, welche eine Bündelung exekutiver Maßnahmen gegen Ende einer Amtsperiode bewirken.

Die Evaluierung der Szenarien fällt unterschiedlich aus. So verfügt letztgenanntes Erklärungsmuster zwar vermeintlich über eine gewisse Plausibilität, da Verbotsentscheidungen zeitlichen Vorlauf benötigen, wodurch ein „Verbotsstau“ verursacht werden könnte. Allerdings findet sich für die These einer möglichen Anhäufung von Verbotsgründen und deren Abarbeitung gegen Ende einer Legislaturperiode keine Entsprechung in den Daten. So müsste die Verbotshäufigkeit mit zeitlicher Nähe zur nächsten Wahl generell ansteigen – und nicht nur im letzten Halbjahr. Die erstgenannte Vermutung zum Zusammenhang zwischen Wahlen und Vereinsverboten wird zwar durch die vorhandenen Daten durchaus gedeckt, vernachlässigt allerdings den Umstand, dass eine zeitnahe Realisierung von Verbotsentscheidungen in der politi-

48 Diese Interpretation entstammt der Analyse von Dr. Jan Rudl.

schen Praxis meist unmöglich ist. Ohne Vorlauf und entsprechenden Ermittlungsaufwand ist eine gerichtsfeste Begründung der Verbote nur schwer herzustellen.

Vor diesem Hintergrund wirkt Szenario b) als praxisnächste Erklärung. Es beschreibt am besten das beobachtete Verteilungsmuster. Zudem wird der notwendige Vorlauf einer Verbotsentscheidung berücksichtigt, da in dieser Perspektive im Wahlkampf ausgesprochene Verbote nicht Ausdruck spontanen Agierens, sondern die Umsetzung bereits abgeschlossen vorbereiteter Maßnahmen sind. Diese liegen „in der Schublade“, bis eine Realisierung aus politischer Sicht der Akteure opportun erscheint. Auch wenn eine Bestätigung von Subhypothese III anhand der vorgenommenen Untersuchungen nicht abschließend möglich ist, deuten die präsentierten Ergebnisse auf einen entsprechenden Kausalzusammenhang hin. Erneut liefert die Auswertung Ansatzpunkte für weiterführende Analysen, welche angesichts der demokratietheoretischen Implikationen einer Korrelation von Wahlterminen und der Anwendung harter Instrumente streitbarer Demokratie erforderlich erscheinen.

7. Regulative Wirkmechanismen

Eine Diskussion der streitbaren Demokratie und ihrer harten Maßnahmen kann nicht umhinkommen, jene Vorkehrungen zu betrachten, die dem Demokratieschutz zur Verhinderung seiner machtpolitischen Instrumentalisierung beigelegt sind. Der Entzug der Entscheidungshoheit über Parteiverbot und Grundrechtsverwirkung aus dem politischen Wettstreit und deren Verlagerung in die Sphäre der dritten Gewalt ist eine wesentliche prozessuale Hürde, die dem Missbrauch dieser Mittel entgegenwirkt. Bei Vereinsverboten greift dieser Mechanismus nur in geringerem Maße: Lediglich die Befürchtung, die Rechtsgrundlage der Verbotsverfügung werde in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren erfolgreich angefochten, wirkt als Regulativ, da die Autorität der Verbotsbehörden darunter unweigerlich leiden würde.

Die Erfolgswahrscheinlichkeit eines solchen Widerspruchs ist Teil des Abwägungsprozesses der verbotsverantwortenden Akteure: Die Aufhebung eines Vereinsverbots würde das Bestreben konterkarieren, gegen ein bestimmtes Spektrum effektiv vorzugehen (Risikoperzeption); andererseits würde die politische Position der verantwortlichen Akteure geschwächt (Spiel in der politischen Arena). Die (vorbehaltliche) juristische Revision ist damit auch in Sachen Vereinsverbote ein theoretisch wirksamer Schutz. Allerdings ist ungeklärt, ob dieser Kontrollmechanismus in der politischen Praxis seinen Anspruch erfüllt. Subhypothese IV stellt dies infrage: Wenn, wie gezeigt, die Verbotsintensität ohne adäquate Notwendigkeit zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung deutlich ansteigt, ist zu bezweifeln, ob eine den Verbotsentscheidungen nachgeordnete optionale Prüfung der Anwendung dieses Demokratieschutzmittels geeignet ist, um dessen Angemessenheit vor dem Hintergrund des Streitbarkeitsprinzips zu garantieren.

Die Befragung ehemaliger Innenminister liefert auf den ersten Blick gegenteilige Befunde. Ausnahmslos jeder Gesprächspartner bestätigt, dass keine Verbotsentschei-

dung erfolge, ohne die Möglichkeit einer juristischen Anfechtung zu berücksichtigen. Welches Ausmaß eine derartige Antizipation von Gerichtsentscheidungen annehmen kann, belegt ein Fallbeispiel aus Bayern. Dort gingen dem Verbot des „Freien Netz Süd“ jahrelange politische Auseinandersetzungen voraus. Dabei wurde ausgerechnet die regierende CSU, welche zuvor über zwei Dekaden das Prinzip einer niedrigschwelligen Verbotspraxis verfolgte, wegen ihres vermeintlich zu sanften Umgangs mit der Vereinigung attackiert.⁴⁹ Trotz eines von allen Fraktionen des bayerischen Landtages unterstützten Dringlichkeitsantrages im April 2012⁵⁰ dauerten die Ermittlungen mehr als zwei Jahre, bis Innenminister Joachim Herrmann davon überzeugt war, eine Verbotsentscheidung könne vor Gericht Bestand haben.

Dieser Verzicht auf eine frühere Verbotsaussprache trotz allgemeinen Verbotsterrors belegt, dass politische Akteure durchaus auf potenzielle Wettbewerbsvorteile verzichten, wenn diese langfristig ins Gegenteil umzuschlagen drohten. Ein unterlassenes Verbot, so lässt sich formulieren, ist im Zweifelsfall weniger nachteilig als ein aufgehobenes Verbot. Die große Regulationswirkung des juristischen Prüf-Vorbehaltes auf die Vereinsverbotspraxis erscheint damit offensichtlich.

Wie aber ist dies mit der Tatsache in Einklang zu bringen, dass die Verbotsintensität in der jüngeren Vergangenheit massiv angestiegen ist? Einen Hinweis liefert wiederum die Ausweitung der Verbotspraxis auf nicht-extremistische Vereinigungen: Die Ausbildung der Verbotswelle bestätigt, dass – mit den Worten Klaus Schlies, verantwortlich für die mit-impulsgebenden Verfahren in Schleswig-Holstein – nach Bestätigung der ersten Verbote immer mehr Minister „auf den Zug aufgesprungen“ sind. Als durch diese Präzedenzfälle Rechtssicherheit geschaffen war, avancierte das Vereinigungsverbot immer mehr zum beliebten Instrument im Umgang mit Rocker-Kriminalität. Die Gerichtsentscheidungen bewirkten somit eine Erhöhung der Verbotsintensität.

Für die Verbotsanhäufung ab 2010 muss diese katalysatorische Wirkung als wesentlich eingestuft werden. Sämtliche Verbotsmaßnahmen, gleich gegen welches Spektrum, fanden vor Gericht ihre Bestätigung oder wurden nicht wieder aufgehoben. Auch neue und durchaus diskutable Ausprägungen der Verbotspraxis – neben der Inkludierung nicht-extremistischer Vereinigungen sei etwa die Verbotsanwendung gegen rechtsextremistische Kleinstgruppierungen genannt – erhielten das juristische Prädikat der Legalität. Die kontinuierliche gerichtliche Bestätigung sorgt damit für eine sukzessive Erweiterung der Grenze der Anwendbarkeit dieses harten Mittels der streitbaren Demokratie.

Kann diese Entwicklung auch als legitim angesehen werden? Angesichts der Steigerung der Verbotsintensität, der aus alarmistischer Stimmung erwachsenen Verbotswellen oder der fehlenden Äquidistanz im Umgang mit Links- und Rechtsextremismus erscheint der juristische Prüfvorbehalt nicht hinreichend, um die Verbotspraxis

49 Siehe Frank Müller/Mike Szymanski, Neonazi-Organisation verboten, in: Bayrischer Rundfunk Online vom 23. Juli 2014.

50 Siehe N.N., „Freies Netz Süd“ soll verboten werden, in: Nürnberger Nachrichten Online vom 26. April 2012.

auch im Blick auf ihre demokratietheoretische Angemessenheit hin – und nicht nur bezüglich ihrer Rechtsstaatlichkeit – wirksam zu regulieren. Zumindest ein Teil der befragten Innenminister teilt diese Skepsis. So verweist Fritz Behrens auf die womöglich nicht adäquate Verteilung der Prüfkompetenz innerhalb der Judikative. „Die Verbote halten stand vor den Verwaltungsgerichten. Es wäre durchaus mal interessant zu erfahren, wie sich das Bundesverfassungsgericht dazu stellt.“⁵¹ Auch die Einrichtung einer Enquete-Kommission sei denkbar, um Legitimität und Effektivität der Verbotsmaßnahmen zu prüfen. „Ich fände es richtig, mal eine Zwischenbilanz zu ziehen. Ich glaube, dass man nicht einfach so wie der Hamster im Rad immer weitermachen darf und ein Freiheitselement nach dem anderen aufgibt.“⁵²

Die Antizipation juristischer Folgen einer Verbotsentscheidung wirkt in der Zusammenschau durchaus als mächtiges Regulativ und Gegengewicht zu einem möglichen Missbrauch. Zugleich ist es aber gerade die Rechtsprechung zum Thema Vereinsverbote seit 1990 selbst, die zu einem Wandel der Verbotspraxis beigetragen hat. Die juristische Affirmation bewirkte statt einer möglichen Einhegung eine Entgrenzung der Anwendung. Daraus folgt unmittelbar auch eine Vergrößerung des Handlungsspielraums der verbotsberechtigten Akteure – und in diesem Zusammenhang eine Verstärkung des Potenzials, innerhalb dieses Handlungsspielraums machtpolitische Interessen zu realisieren. Eine Veränderung der juristischen Kontrollmechanismen erscheint im Lichte dieser Diagnose angebracht. Die hohe Frequenz der Anwendung des Verbotsmittels lässt es aber zumindest gegenwärtig äußerst unrealistisch erscheinen, dass die politischen Akteure zugunsten einer Änderung des Vereinsgesetzes auf diese Handlungsoption zu verzichten bereit sind.

8. Schlussbetrachtung

Ist die Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland durch machtpolitisches Kalkül beeinflusst? Die Antwort muss anhand der vorgestellten Erkenntnisse differenziert ausfallen. Die Prüfung der aus Julia Gerlachs Modell der Verbotsgenese abgeleiteten Subhypothesen hat Argumente dafür und dagegen hervorgebracht. So wurde bekräftigt, dass machtpolitische Erwägungen mutmaßlich dazu beitragen, die Geltungskraft der Verbotskriterien Ultima Ratio, Anti-Alarmismus und Äquidistanz zu mindern (Subhypothese I). Zugleich korreliert die Regierungskonstellation, in welcher verbotsberechtigte Akteure eingebunden sind, mit der Verbotsintensität (Subhypothese II, Teil 2). Auch die Annahme, mit abnehmender Nähe zu Wahlen häuften sich Verbotsaussprachen, hat sich bestätigt. Obgleich ein kausaler Zusammenhang

51 Zwar widmete sich auch das Bundesverfassungsgericht einzelnen Verboten, etwa dem Kalifatsstaatsverbot nach Aufhebung des Religionsprivilegs. In der überwiegenden Zahl aller Fälle wird die letztinstanzliche Entscheidung aber durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit getroffen.

52 Gereon Flümann hat zur Sicherstellung der Legitimität der Verbotspraxis noch weitere, deutlich tiefgreifendere mögliche Veränderungen des Verbotsmechanismus skizziert. Siehe ders. (FN 6), S. 219.

mit machtpolitischen Handlungsmotivationen nicht endgültig bewiesen werden konnte, deuten die vorgestellten Ergebnisse auf einen derartigen Zusammenhang hin (Subhypothese III).

Dem gegenüber stehen jene Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Untersuchung, welche der Hypothese einer durch subjektive Erwägungen der Akteure verzerrten Entscheidungsfindung widersprechen. So wurde die Vermutung, der Parteinahintergrund der Verbotsakteure sei ein relevanter Faktor bei der Wahl zwischen Verbot und Nicht-Verbot, widerlegt (Subhypothese II, Teil 1). Das Fallbeispiel der CSU in Bayern während Günther Becksteins Amtszeit zeigt allerdings, dass eine derartige Prägung zugleich nicht komplett ausgeschlossen werden kann.

Regulative Mechanismen, die einer machtpolitischen Beeinflussung der Verbotspraxis entgegenwirken könnten, sind in der Theorie durch den Vorbehalt der juristischen Überprüfung gegeben. Die Tatsache, dass in der Praxis fast alle Verbote im Falle einer Anfechtung vor Gericht standhielten, belegt: Die Akteure beachten die formalrechtlichen Anforderungen des Einsatzes dieses harten Mittels der streitbaren Demokratie im Regelfall angemessen. Ob die Feststellung der Legalität der Verbotspraxis allerdings zugleich deren Legitimität garantiert, muss bezweifelt werden. Auch das Problem der mangelhaften Äquidistanz bei der Anwendung des Verbotsmittels gegenüber Links- und Rechtsextremismus wird durch den juristischen Prüf-Vorbehalt nicht gemindert. In der Summe ist festzuhalten: Dieser stellt zwar die Rechtsstaatlichkeit der Verbotspraxis weitestgehend sicher, garantiert aber weder deren Angemessenheit vor dem Hintergrund des Streitbarkeitsprinzips, noch verhindert er den potenziellen Einfluss egoistischer Handlungserwägungen (Subhypothese IV).

Zusammengefasst lässt sich die Forschungsfrage mit folgendem Fazit beantworten: Die Vereinsverbotspraxis ist durch machtpolitisches Kalkül nicht generell verzerrt, aber für dieses fraglos anfällig. Die Verbotsanwendung unterliegt Rahmenbedingungen, die eine egoistisch motivierte Entscheidungsfindung prinzipiell ermöglichen – oder, und dies wäre eine Zuspitzung, wohl aber keine Übertreibung: teilweise sogar begünstigen. Speziell die (signifikanten) Korrelationen zwischen Verbotsanwendung und Regierungstyp sowie Wahlnähe fallen auf und bedürfen weiterführender Untersuchungen.

Gleiches gilt für die Entwicklung der Vereinsverbotspraxis im Allgemeinen. Auch abseits der Frage einer machtpolitischen Prägung hat die Nutzung der Verbotoption ein kritikwürdiges Maß angenommen. Die Legitimität dieses Handelns steht angesichts einer Frequenz von einem Verbot alle 48 Tage deutlich infrage. Eine derart massive Demonstration der Abwehrbereitschaft korreliert nicht mit der realen Bedrohungslage, welcher sich der freiheitlich-demokratische Verfassungsstaat ausgesetzt sieht. Kritisch zu beurteilen ist auch die mit der Intensivierung der Verbotspraxis im Zusammenhang stehende Minderung der Geltungskraft der Verbotsgebote: Wenn jene Kriterien, welche den Handlungskorridor für Verbotsentscheidungen formen sollen, keine umfängliche Wirkung (mehr) entfalten, sind die mit diesen Entscheidungen verbundenen Grundrechtseingriffe – zumal in der beobachteten Regel-

mäßigkeit – vor dem Hintergrund des „demokratischen Dilemmas“ nicht zu rechtfertigen.

Die Politikwissenschaft hat sich der Intensivierung der Vereinsverbotspraxis in den vergangenen Jahren kaum gewidmet. Spätestens die hier vorgestellten Ergebnisse sollten Anlass sein, dieses Instrument des Demokratieschutzes intensiver zu untersuchen. Nicht zuletzt, und das ist die wesentliche Schlussfolgerung, welche aus den Untersuchungsergebnissen abzuleiten ist, bedarf die Vereinsverbotspraxis vor allem einer größeren öffentlich-medialen Aufmerksamkeit. Keines der angesprochenen Probleme wird sich lösen lassen, wenn die Anwendung des Verbotsmittels nicht deutlich intensiver als bisher gesellschaftlich zur Diskussion gestellt wird. 112 staatliche Eingriffe in freiheitliche Grundrechte seit der Wiedervereinigung sollten eigentlich Zündstoff für eine Debatte über den exekutiven Umgang mit den harten Mitteln streitbarer Demokratie sein. Solange dieser Diskurs ausbleibt und die Legitimität der regelmäßigen Nutzung der Verbotsoption nicht zur Disposition steht, ist verändertes Akteurshandeln kaum zu erwarten. Es scheint, als seien Öffentlichkeit und Medien daran gewöhnt, dass zur Adressierung extremistischer und strafrechtlich relevanter Vereinigungen jene Methoden, welche normalerweise als letzte in Erwägung gezogen werden sollten, mittlerweile zum politischen Alltag gehören. Für die streitbare Demokratie ist dies höchst problematisch: Sind Grundrechtseingriffe Routine, gibt der Staat jene Prinzipien auf, zu deren Schutz diese Eingriffsmöglichkeiten geschaffen wurden. Keine demokratisch verfasste Gesellschaft sollte einen Zustand akzeptieren, in dem Verbote, so anforderungsreich und vermittlungintensiv sie auch sein mögen, der argumentativen Auseinandersetzung mit ihren Feinden vorgezogen werden.

Logik der Gewalt

RAF und NSU im Vergleich

Von Sebastian Gräfe

1. Links- und Rechtsterrorismus: „Brüder im Geiste“?

Die Jahre 2017 und 2018 riefen in mehrfacher Weise ins Bewusstsein, welchen anti-demokratischen Herausforderungen der deutsche Rechtsstaat in der Vergangenheit und gegenwärtig ausgesetzt war und ist. 2017 jährte sich zum 40. Mal der Höhepunkt der linksterroristischen Gewalttaten („Deutscher Herbst“) der *Roten Armee Fraktion* (RAF). Ein Jahr später kam es nach einem über sechsjährigen Prozess zu Schuldsprüchen gegen eine Hauptangeklagte des rechtsterroristischen *Nationalsozialistischen Untergrundes* (NSU) und gegen vier weitere Personen wegen Beihilfehandlungen.¹ Auch jüngst erschütterte linksmotivierte Gewalt massiver Art vor und während des G-20-Gipfels in Hamburg und rechtsterroristische Gewalt während der „Flüchtlingskrise“ etwa von Seiten der *Gruppe Freital* die Bundesrepublik.² Mitunter weisen Links- wie Rechtsextremismus fließende Grenzen zum Terrorismus auf.

In einer Zeit, in der die öffentliche Wahrnehmung und der Fokus der Sicherheitsbehörden auf Anschläge durch islamistische Netzwerke und Einzeltäter gerichtet ist, darf nicht übersehen werden, dass die politisch links- und rechtsmotivierte Gewalt in Deutschland seit einigen Jahren kontinuierlich zunimmt. Nach einem stetigen Rückgang des rechtsextremen Personenpotenzials³ ist seit 2015 wieder eine Steigerung zu verzeichnen. Auf linksextremer Seite sank das Personenpotenzial im Jahr 2015 zwar leicht; die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten nahm jedoch zu. Linksextreme Gewalt richtet sich immer häufiger gegen Polizeibeamte oder – tatsächliche und vermeintliche – Angehörige der rechten Szene. Beide Milieus werden zunehmend mili-

1 Vgl. OLG München, Pressemitteilung Nr. 80 vom 11. Juli 2018, Urteil im Strafverfahren gegen Beate Z. u.a. wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung u.a. (NSU), unter: <https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/oberlandesgerichte/muenchen/presse/2018/80.php> (23. Juli 2018).

2 Zu den linksextremistischen Ausschreitungen während des G-20-Gipfels 2017 in Hamburg vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 101. Zu rechten Gewaltgruppen wie der „Gruppe Freital“ während der „Flüchtlingskrise“ vgl. Uwe Backes u. a., Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends, Radikalisierung, Prävention, 2018 (i. E.).

3 Neben gewaltbereiten Extremisten, bei denen entweder Erkenntnisse zu Gewaltstraftaten oder Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft vorliegen, umfasst die Kategorie „rechtsextremes Personenpotenzial“ zudem Kräfte, die zwar verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, dabei jedoch gewaltbejahenden Handlungsoptionen ablehnend gegenüberstehen.

tanter.⁴ Im Zuge der Anti-Asylproteste beendete die Polizei das Treiben zweier Terrorgruppen, die Anschläge auf Asylbewerber und deren Unterkünfte geplant hatten.⁵ Eskalationsprozesse linksextremer Gewalt in Ballungsgebieten wie Berlin, Hamburg oder Leipzig weisen Parallelen zu linksterroristischen Gewaltstrategien auf, die bis zu geplanten Tötungen reichen können.⁶ Die Fallzahlen politisch motivierter Gewalt von links und rechts lagen in den Jahren 2015 und 2016 weit über dem Niveau des vorangegangenen Jahrzehnts. Erst im Jahr 2017 und nach einem Rückgang der Flüchtlingszahlen entspannte sich die Lage etwas.⁷

Paradox wirkt Folgendes: Beide Seiten stehen sich zwar diametral gegenüber, wirken aber intensiv aufeinander ein. Zunehmende rechtsextreme Gewalt hat in der Regel den Anstieg linksextremer Gewalt zur Folge und umgekehrt. Trotz der konfrontativen Gegenüberstellung scheinen beide Seiten nicht ohne die jeweils andere auszukommen, zu stark steht das jeweilige Feindbild im Fokus der politischen Agitation. Der Anteil der Konfrontationsgewalt⁸ aus Intergruppen-Zusammenhängen am Gesamtaufkommen der politisch motivierten Gewalt steigt an, was für eine interaktive Verklammerung des Links- und Rechtsextremismus spricht.⁹ Zugleich übersteigt

-
- 4 Diese Untersuchung orientiert sich an der praxisnahen Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Das BfV versteht unter Terrorismus Folgendes: „Der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mithilfe von Anschlägen auf Leib und Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.“ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 358.
 - 5 Gemeint sind die Gruppen „Old School Society“ (OSS) und „Gruppe Freital“. Mitglieder der Gruppierung OSS wurden im März 2017 unter anderem auf Grundlage des § 129a (Mitgliedschaft, Unterstützung etc. einer terroristischen Vereinigung) verurteilt. Sie hatten Anschläge auf Asylbewerber und Muslime geplant. Im März 2018 verurteilte das OLG Dresden Mitglieder der Gruppe Freital unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchten Mordes. Diese Formation entstand im Jahr 2015 im Rahmen von Anti-Asyl-Protesten im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.
 - 6 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016, S. 103 f.
 - 7 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2018.
 - 8 Unter Konfrontationsgewalt wird jener Teil der politisch motivierten Gewalt verstanden, der in einem Interaktionszusammenhang verübt wird. Diese Gewaltform tritt meist im Rahmen von Demonstrationsgeschehen auf, bei denen Anhänger des politischen Gegners oder Polizeikräfte angegriffen werden. Zu dem Phänomen vgl. Uwe Backes, Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt, in: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention. 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010, Erfurt 2011, S. 49–66.
 - 9 Die Polizeiliche Kriminalstatistik und die Fallzahlen Politisch motivierter Kriminalität weisen allgemein einen Anstieg der politisch motivierten Straftaten (PMK) auf, der im Jahr 2016 für den höchsten Stand seit 2001 sorgte. Straftaten im Bereich PMK-rechts stiegen um 34,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 22.960 an. Im Bereich PMK-links stiegen sie um 18,3 Prozent auf 9.605. Die politisch motivierten Gewalttaten allgemein nahmen insbesondere durch links-(+34,9 Prozent) und rechtsmotivierte Gewalttaten (+44,3 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu. Der Anteil der konfrontativen Gewalt (gegen den politischen Gegner und gegen Polizei) ist ansteigend. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2015. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2016, S. 2–7.

das Ausmaß der Konfrontationsgewalt von links zumeist das von rechts. Solche Gewaltstraftaten – rechtsmotivierte Gewalt gegen „links“ und linksmotivierte Gewalt gegen „rechts“ – gehen häufig aus dem Demonstrationsgeschehen hervor. Dennoch: Links- und Rechtsextremisten eint die Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat und seinen Werten, Verfahrensregeln und Institutionen.¹⁰

In den 1970er Jahren hatte die Bundesrepublik Deutschland ihren ersten Härtestest im Kampf gegen ihre terroristischen Gegner zu bestehen. Die Tötung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback, die Geiselnahme und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer sowie die Flugzeugentführung der Landshut-Maschine ragten aus der Gewaltserie der RAF heraus. Als sich der NSU im Jahr 2011 selbst enttarnte, sprachen Beobachter von einer „Braunen Armee Fraktion“, analog zur RAF. Sie suggerierten damit strukturelle Parallelen sowie Gemeinsamkeiten in den Handlungsmustern der terroristischen Gruppen.¹¹ Der NSU hingegen stellt das bisher einmalige Exempel einer rechtsterroristischen Gruppe dar, die über zehn Jahre lang unentdeckt agierte und ohne Vorwarnung hauptsächlich Menschen mit Migrationshintergrund von „Angesicht zu Angesicht“ tötete.

Der Beitrag geht folgenden Fragen nach: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weisen Links- und Rechtsterroristen mit Blick auf den Einstieg in terroristische „Karrieren“, Gewaltstrategien, Kommunikationselemente und Organisationsstrukturen auf? Die (Zwischen-)Ergebnisse führen zu der Frage: Ist die häufig bemühte Wendung „Braune Armee Fraktion“ – analog zur „Roten Armee Fraktion“ auf linksterroristischer Seite – zur Bezeichnung des NSU angebracht? Die RAF und der NSU stehen nicht exemplarisch für den jeweiligen Phänomenbereich. Sie sind vielmehr die „Spitzen des Eisberges“ zweier terroristischer Lager, die aufgrund ihrer vielen Opfer, der hohen Gewaltintensität und ihrer medialen Aufmerksamkeit herausragen. Die Untersuchung zieht das von Armin Pfahl-Traughber entwickelte AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Kräfte heran.¹² Die Gruppen RAF und NSU werden im Rahmen folgender Kriterien untersucht und miteinander verglichen: Aktivisten, Gewaltintensität, Ideologie, Kommunikation, Organisation, Strategie, Umfeld und Wirkung. Der Ansatz der vergleichenden Extremismusforschung kann Gemeinsamkeiten und Unterschiede von links-, rechts- und religiös motivierten Antidemokraten aufzeigen und Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung und deren Werte gerichtet sind, systematisch beleuchten. Solche Erkenntnisse sind besonders für Handlungsoptionen im Rahmen der wehrhaften Demokratie von Belang.

10 Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 87-104.

11 Vgl. Maik Baumgärtner u. a., „Die Braune Armee Fraktion“. Die unheimlichen Bekenntnisse einer rechtsradikalen Terrorgruppe, in: Der Spiegel vom 14. November 2011, S. 66-75.

12 Pfahl-Traughber schlägt zudem verschiedene (Sub-)Indikatoren vor, um terroristische Kräfte systematisch zu untersuchen. Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Von den „Aktivisten“ über die Kommunikation bis zur „Wirkung“. Das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen, in: Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2013/14, Opladen 2014, S. 401-423.

2. Aktivisten

Die Analyse der „Karrierewege“ einzelner Terroristen kann Hinweise auf die Motivationsgrundlagen der terroristischen Taten geben. Die Aufschlüsselung der sozialen Zusammensetzung (Alter, Bildung, Berufstätigkeit etc.) darf nicht die Untersuchung milieuspezifischer Entstehungszusammenhänge und gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen ersetzen. Im Gegenteil: Alle drei Stränge ergänzen sich.¹³

Die meisten Angehörigen linksextremer Gruppen entstammen bildungsbürgerlichen Elternhäusern.¹⁴ Sie vertreten nicht selten antiautoritäre Erziehungskonzepte. Frauen spielen in den auf Emanzipation angelegten politischen Doktrinen des Linksextremismus eine bedeutendere Rolle als in Konzepten einer hierarchischen „natürlichen Ordnung“. Rechtsextremisten gehören weithin zu den „bildungsfernen“ Schichten, wobei starke Vaterfiguren oftmals zu einem autoritären Weltbild beitragen. Weibliche Mitglieder waren daher eher in linksterroristischen Gruppen wie der RAF aktiv, weniger in rechtsterroristischen Vereinigungen. Rechtsextreme Gruppierungen ähneln meist Männerbünden; Frauen sind lediglich für nachrangige Aufgaben verantwortlich. Die Rolle Beate Zschäpes im NSU stellt eine Ausnahme dar.¹⁵ Innerhalb terroristischer Vereinigungen ist die Anwesenheit beider Geschlechter für die Sexualdynamik von Vorteil.¹⁶ Aktivisten können auf diese Weise ihre erotische und sexuelle Phantasie autark ausleben. Die einseitige Geschlechterrepräsentanz innerhalb rechtsterroristischer Vereinigungen dürfte die Erfolgsaussichten dieser Untergrundgruppierungen in nicht unerheblichem Maße einschränken. Homosexuelle Neigungen sind aus diesem Grund eher innerhalb rechtsterroristischer Gruppen zu finden. Homosexualität steht für den Großteil der rechtsextremistischen Szenen im

13 Eine der wenigen qualitativen Studien zum „Karriereweg“ von Terroristen/Extremisten stammt von Saskia Lützing, *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*, Köln 2010; zudem Lazaros Miliopoulos, *Biografische Verläufe im Extremismus: Ein kritischer Blick auf ihre Bedeutung für die Radikalisierungsforschung und die Extremismusprävention*, in: Ralf Altenhof/Sarah Bunk/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), *Politischer Extremismus im Vergleich*, Münster 2017, S. 105-135. Milieuspezifische Untersuchungen liefern u. a. Stefan Malthaner/Peter Waldmann (Hrsg.), *Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen*, Frankfurt a. M. 2012. Untersuchungen mit gesamtgesellschaftlichem Augenmerk, insbesondere die Rolle von gruppenbezogenen Einstellungsmustern (auf rechtsextremer Seite), sind u. a. bei dem Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer zu finden. Vgl. ders., *Right-Wing Terrorism*, in: Tore Bjørgo (Hrsg.), *Root Causes of Terrorism. Myths, reality and ways forward*, London/New York 2005, S. 141-153.

14 Im Folgenden vgl. Bernhard Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 332-334.

15 Zu den Spuren einer beteiligten dritten Person bei den Überfällen und Tötungsdelikten, die unter Umständen das Fluchtfahrzeug geführt habe könnte, vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Drucksache 17/14600*, S. 722.

16 Im Folgenden vgl. Friedhelm Neidhardt, *Linker und Rechter Terrorismus. Erscheinungsformen und Handlungspotentiale im Gruppenvergleich*, in: Wanda von Baeyer-Katte u. a., *Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus 3*, Opladen 1982, S. 434-477, hier: S. 449 f.

Widerspruch zu den eigenen patriarchalischen und konservativen Familienwerten, bot immerhin aber Stoff für Kontroversen.¹⁷

Für die Analyse und Prävention extremistischer Gewalt ist es unabdingbar zu wissen, ob Gewaltbereitschaft schon vor einer terroristischen „Karriere“ vorliegt oder ob politische Einstellungsmuster zu Fanatismus und Gewaltbereitschaft führen. Der NSU bestand aus drei Aktivisten als Kerngruppe: Uwe Böhnhardt (geboren 1977) war gelernter Facharbeiter, jedoch meist arbeitslos.¹⁸ Uwe Mundlos (geboren 1973) entstammte einer Akademikerfamilie und gilt als der eigentliche Anführer der Gruppe. Er brach seine Schulausbildung vor dem Abitur ab. Beate Zschäpe (geboren 1975), gelernte Gärtnerin, unterhielt intime Beziehungen mit beiden. Böhnhardt fiel seit Anfang der 1990er Jahre durch seine Gewaltbereitschaft und rechtsextreme Einstellung auf, die er in der Öffentlichkeit durch martialisches Auftreten zeigte. Er war zu dieser Zeit ein Kleinkrimineller, ging aber Mitte der 1990er Jahre dazu über, Sprengsätze und Bombenattrappen an verschiedenen Stellen in und um Jena zu platzieren. Tatsächlich fanden Polizeibeamte am Tag der Flucht Sprengstoff in Zschäpes Garage, in der die Gruppe Bomben herstellte. Der Professorensohn Mundlos fiel hingegen zunächst nicht durch Gewalttätigkeiten auf, radikalisierte sich aber in den 1990er Jahren. Er kam beruflich nicht voran und verkehrte immer öfter in rechtsextremen Kreisen, in denen gewaltbereites Auftreten alltäglich war. Der naturwissenschaftlich begabte Mundlos begann in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, Sprengsätze zu konstruieren. Zschäpe kam aus zerrütteten Familienverhältnissen. Während der Zeit im Untergrund war sie wahrscheinlich für die Organisation des Gruppenlebens verantwortlich. Zur Zeit des Abtauchens des Trios im Januar 1998, in erster Linie wegen der drohenden Verhaftung Böhnhardts, waren die Aktivisten Anfang/Mitte 20 und fest in die rechtsextreme Szene in Thüringen eingebunden. Zwar kursierten in den 1990er Jahren in einschlägigen Netzwerken wie *Blood & Honour* Ansätze wie „leaderless resistance“, die den bewaffneten Kampf von Kleinstzellen im Untergrund forderten. Dennoch war das Abtauchen des Trios vermutlich eine spontane Reaktion auf eine drohende Verhaftung. Denkbar ist ein anschließender Radikalisierungsschub in der sozialen Isolation des Untergrundlebens.

Ulrike Meinhof, Horst Mahler, Gudrun Ensslin und Andreas Baader waren die Hauptaktivisten der ersten RAF-Generation.¹⁹ Die 1934 geborene Meinhof verlor in

17 Auslöser des Mitte der 1980er Jahre entfachten Streits war eine öffentliche Thematisierung der Homosexualität und deren Rolle in der politischen Arbeit von Rechtsextremisten. Der später an AIDS verstorbene Michael Kühnen verteidigte in dem öffentlichen Streit homosexuelle Aktivisten, da deren sexuelle Orientierung keinen negativen Einfluss auf ihre politische Arbeit hätte. Der „Fraktion“ um Kühnen stand eine Gruppe um Jürgen Mosler gegenüber, die starke Kritik an der Vereinbarkeit von Homosexualität und politischem Engagement in der rechten Szene äußerte.

18 Zum Folgenden vgl. Armin Pfahl-Traugber, Die Besonderheiten des „neuen“ Rechtsterrorismus – Der „Nationalsozialistische Untergrund“ in vergleichender Perspektive, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleiche, Baden-Baden 2013, S. 113-129, hier: S. 117 f.

19 Zur Biographie Ulrike Meinhofs vgl. u. a. Jürgen Seifert, Ulrike Meinhof, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 372-397.

jungen Jahren beide Elternteile und wuchs bei einer Freundin der Mutter auf. Erste politische Aktivitäten entwickelte sie im Protestmilieu der Anti-Atom-Bewegung, später engagierte sie sich als geheimes Mitglied der verbotenen KPD in der Studentenbewegung. Sie war in den Jahren 1958/59 Mitglied im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS). 1961 übernahm sie die Redaktionsleitung der Zeitschrift *konkret*, in der sie sich etwa kritisch gegenüber der Notstandsgesetzgebung und dem amerikanischen Militäreinsatz in Vietnam äußerte. Meinhof und Mahler nutzten 1970 ein fingiertes Interview mit dem inhaftierten Andreas Baader in einer Bibliothek des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen in Berlin, um ihn aus der Haft zu befreien. Dies war die Geburtsstunde der RAF. Im Fall von Meinhof und Mahler waren Radikalisierungsprozesse vorausgegangen, die durch die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration 1967 und das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke 1968 verstärkt wurden.²⁰

Horst Mahler, 1936 als Sohn eines Zahnarztes geboren, verlor ebenfalls früh seinen Vater.²¹ Er studierte Rechtswissenschaft und war Mitglied im SDS. Zusammen mit Hans-Christian Ströbele und Klaus Eschen gründete er 1969 das „Sozialistische Anwaltskollektiv“. Er vertrat zu der Zeit häufig Angeklagte, die in der studentischen Protestbewegung aktiv waren. Bei Mahler war schon zuvor ein linksextremes Weltbild ausgeprägt. Er war Hauptverantwortlicher der Baader-Befreiung 1970, für die er zwar angeklagt, jedoch mangels Beweisen freigesprochen wurde. Er musste wenig später aufgrund anderer Tatvorwürfe (u. a. Raub) eine mehrjährige Haftstrafe antreten.

Andreas Baader, 1943 als Sohn eines an der Ostfront kämpfenden Archivars geboren, wuchs in einem Frauenhaushalt auf.²² Erste Versuche beruflicher Orientierung – Baader wollte Journalist werden – scheiterten an seinem häufigen Alkoholkonsum und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Kollegen. Er entwickelte sich zu einem Kleinkriminellen und verkehrte in der Berliner Künstlerszene, in der er seine spätere Geliebte und RAF-Aktivistin Gudrun Ensslin kennenlernte. Bei beiden vermischten sich egozentrische Verhaltensmuster mit politisch unausgegorenen Denkfiguren. Baaders charismatische Erscheinung und seine Wirkung auf Frauen beeinflussten die Mitstreiter wahrscheinlich ebenso wie seine politischen Konzeptionen.

20 Vgl. die durch Alexander Gallus ausgewerteten Akten von Mahler und Meinhof der Studienstiftung des deutschen Volkes (Berichte, Korrespondenzen etc.), anhand derer unter anderem der Radikalisierungsprozess der späteren RAF-Mitglieder nachgezeichnet wird. Vgl. ders. (Hrsg.), Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes, Göttingen 2016.

21 Zur Rolle Horst Mahlers, der später die politische Seite wechselte und dem selbst die NPD zu gemäßigt war, vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Portrait: Horst Mahler, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-200 sowie Michael Fischer, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldabwehr, Karlsruhe 2015.

22 Zur Biografie Andreas Baaders vgl. Jörg Herrmann/Klaus Stern, Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes, 3. Aufl., München 2007.

Der Einstieg in die militante Szene ist bei Linksterroristen stärker mit ideologischen Begründungsversuchen und moralischem Rigorismus verbunden als bei Rechtsterroristen, bei denen häufig bereits vor ihren „politischen“ Karrieren Gewaltbereitschaft zu erkennen ist.²³ In vielen Fällen liegt bei Rechtsterroristen eine Verbindung von genereller Gewaltaffinität und antiintellektuellem Habitus vor, wobei sich beide Elemente gegenseitig verstärken. Anhand der Entwicklung von RAF-Terroristen ist zu erkennen, welchen entscheidenden Einfluss sozialrevolutionäre Argumentationsmuster in Verbindung mit den erstarkenden Befreiungsbewegungen in Teilen der Dritten Welt hatten. Das Streben nach einer „Universallösung“ stieß alsbald auf Grenzen, denen in den Augen der Terroristen nur mit Gewalt zu begegnen war.

Die rechtsterroristischen Gruppen in der Anfangszeit der Bundesrepublik zeichneten sich, anders als der NSU, durch eine heterogene Altersstruktur aus.²⁴ Ältere Kader indoktrinierten meist Jugendliche oder junge Erwachsene, was zu einem zweigipfligen Altersgefüge im autoritären Gruppenverband führte. Der Linksterrorismus in den 1970er und 1980er Jahren besaß ein einigermaßen homogenes Altersspektrum (25 bis 35 Jahre), aus dem sich eine jugendliche Ideengemeinschaft entwickeln konnte. Trotz der bisher nicht vollends aufgeklärten Rolle Zschäpes im NSU erfüllten Frauen in linksterroristischen Gruppen wichtigere Aufgaben als im Rechtsterrorismus.

Die terroristischen „Karrieren“ von drei Hauptaktivisten der RAF und des NSU-Trios deuten auf Folgendes hin: Rechtsterroristen haben in der Regel einen niedrigeren Bildungsstand als Linksterroristen. Die RAF kann als akademisierte terroristische Vereinigung bezeichnet werden, deren Mitglieder größtenteils wohlhabenden Elternhäusern entstammten. Die Rechtsterroristen des NSU kamen, bis auf Mundlos, aus kleinbürgerlichen Familien. Die Gewaltbereitschaft ist bei Rechtsterroristen generell höher, rechtsextremistische Ideologieversatzstücke führen meist zur Stabilisierung der Gewalteinstellung. Bönnhardt ist beispielhaft für diesen Trend, wobei Mundlos eine umgekehrte Entwicklung durchlief (die Ideologisierung ging der Gewaltneigung voraus).²⁵ Die Ideologie steht bei Linksterroristen stärker im Mittelpunkt der Aktivitäten – dies ist nicht zuletzt auf deren formal höheren Bildungsstand zurückzuführen. Im Linksterrorismus und im Linksextremismus allgemein liegt somit häufiger eine prägende Wirkung der Ideologie vor, die die Gewaltbereitschaft der Aktivisten begünstigt.

23 Für den Linksterrorismus vgl. u. a. Uwe Backes, Bundesrepublik Deutschland: „Wir wollten alles und gleichzeitig nichts“, in: Peter Waldmann (Hrsg.), *Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund*, München 1993, S. 143-179, hier: S. 160-165.

24 Vgl. Rabert (FN 14), S. 331.

25 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Nicht-Erkennung des NSU-Rechtsterrorismus und die vergleichende Extremismusforschung, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. 73-96, hier: S. 90.

3. Gewaltintensität

Die über mehrere Jahre hinweg hohe Gewaltintensität unterscheidet den NSU von anderen rechtsterroristischen Vereinigungen. Eine Tötungsserie von „Angesicht zu Angesicht“ gab es in dem Milieu bislang nicht. Eine derart hohe Gewaltintensität mit unvermittelten Mordanschlägen ist mit Blick auf den milieuübergreifenden Terrorismusbereich in Deutschland lediglich bei der dritten RAF-Generation (1984-1998) zu erkennen gewesen. Mitglieder der ersten (1970-1975) und zweiten (1975-1984) RAF-Generation töteten zwar ebenfalls, jedoch nicht unmittelbar. Vielmehr waren die Morde meist das Resultat missglückter Verhandlungsführungen.²⁶ Als mögliche „Kollateralschäden“ waren sie in jedem Fall mit eingerechnet. Alexander Straßner kommt bei der Untersuchung der dritten RAF-Generation zu dem Schluss: „Die RAF der achtziger und neunziger Jahre tauschte ihren vermeintlichen Befreiungskampf gegen die pure Bereitschaft zum Töten.“²⁷ Ähnlichkeiten zum NSU sind unverkennbar.

Die Entwicklung der Gewaltbereitschaft spielt bei der Bewertung terroristischer Gruppen eine wichtige Rolle. Viele der späteren RAF-Terroristen engagierten sich zunächst in alternativen oder linksextremistischen Gruppierungen, teils ohne direkten Gewaltbezug.²⁸ Erst nach einer gewissen Vorlaufzeit radikalisierten sie sich und akzeptierten bzw. praktizierten den „bewaffneten Kampf“. Extremistische Gruppen entwickeln sich meist erst nach einer gewissen Zeit im Untergrund hin zu aktiven Terroristen. Anders als bei „Teilzeitterroristen“²⁹ führen die Gruppen- und Sachzwänge des abgeschotteten Lebens im Untergrund sowie die damit verbundene eingeschränkte Wahrnehmung (Ziel-Mittel-Relation) durch die soziale Isolierung zu stärkeren Radikalisierungsprozessen und zu einer höheren Gewaltbereitschaft bzw. -intensität. Die Beispiele RAF und NSU (sowie die im Untergrund lebende, rechtsterroristische *Hepp/Kexel-Gruppe* in den 1980er Jahren)³⁰ unterstreichen dies, da die Gruppen erst nach einer Übergangsphase zu ihren schwersten Anschlägen übergingen.

Die Mehrzahl der RAF-Gewalttaten richtete sich gegen Personen und Einrichtungen aus dem Wirtschafts- und Finanzsektor, Staatsvertreter sowie gegen Angehörige

26 Die Einteilung folgt weitgehend der Darstellung von Kai Lemler, *Die Entwicklung der RAF im Kontext des internationalen Terrorismus*, Bonn 2008, S. 42 f.

27 Alexander Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ zwischen „Phantom“ und Surrogat, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 49-72, hier: S. 71.

28 Vgl. Friedhelm Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der „Baader-Meinhof-Gruppe“ (RAF), in: Baeyer-Katte u. a. (FN 16), S. 318-393, hier: S. 324-350.

29 Matthias Quent, Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus, unter: www.bpb.de.

30 Zur Hepp/Kexel-Gruppe vgl. Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991; Bernhard Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 288-297; Sebastian Gräfe, *Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen*, Baden-Baden 2017, S. 142-154.

und Liegenschaften der US-Armee. Ein ähnlich gelagertes Feindbild des amerikanischen Imperialismus führte zu Analogien zwischen den Anschlagzielen der RAF und den Anfang der 1980er Jahre aktiven Rechtsterroristen um Odfried Hepp und Walter Kexel. In Deutschland stationierte amerikanische Soldaten wurden zu dieser Zeit von beiden Lagern bekämpft. Rechtsterroristische Gewalt richtete sich von den 1990er Jahren an vornehmlich gegen Menschen mit Migrationshintergrund und politische Gegner.³¹ Der NSU beging seine Angriffe mit Schusswaffen gegen einen griechisch- und acht türkischstämmige Personen sowie in einem Fall gegen zwei deutsche Polizisten. Mindestens ein Sprengstoffanschlag mit einer ferngezündeten Nagelbombe auf der Kölner Keupstraße im Jahr 2004 wird dem Trio zugerechnet, bei dem ebenfalls Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund als Opfergruppe im Mittelpunkt standen. Opfer der RAF wurden – wie bereits erwähnt – mehrheitlich Politiker, bekannte Wirtschaftsvertreter oder Soldaten. Die zentralen Opfergruppen von Rechtsterroristen sind – wie auch der NSU verdeutlicht – Personen mit Migrationshintergrund. Doch kann extremistische Gewalt generell vielfältige Ziele treffen: politische Gegner, Politiker, Sicherheitskräfte, unbeteiligte Dritte oder Einrichtungen und Liegenschaften wie Botschaftsgebäude, Sitze von Unternehmen etc.

4. Ideologie

Politischer Extremismus richtet sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat.³² Linke Extremisten verabsolutieren das Egalitätsprinzip, Rechtsextremisten lehnen das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit ab. Dem liegen verschiedene Feindbilder zu Grunde. Der Rechtsextremismus bekämpft das sogenannte „Fremde“, der Linksextremismus zeichnet sich durch seine Feindschaft zum „kapitalistischen System“ aus. Die systematischen Gewaltanwendungen beider Gruppen sind unter anderem auf ihre extremistische Ideologie zurückzuführen: Fundamentale Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit setzten die RAF und der NSU außer Kraft. Einem „Fremden“ etwa stehen im rechtsextremistischen Denken schon aufgrund einer – vermeintlich – natürlichen Ordnung nicht die gleichen Rechte zu wie einem gebürtigen Deutschen. Aufgrund der vermeintlichen Zerstörung oder Unterwanderung der „Volksgemeinschaft“³³ sehen sich Rechtsextremisten – ihrem Denkmodell folgend – berechtigt oder sogar verpflichtet, Ausländer oder Personen

31 Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Köln 2010, S. 10-18.

32 Im Folgenden vgl. Backes (FN 10).

33 Der Begriff Volksgemeinschaft ist ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologie. Er steht für die Vorstellung eines ethnisch homogenen Staatsgebildes, von dem alle Nichtdeutschen ausgeschlossen sind. Rechtsextremisten verwenden den Begriff in Verbindung mit der Forderung nach einem „nationalen Sozialismus“ und der Agitation gegen den Kapitalismus, gegen die Globalisierung sowie gegen die USA. Das auch von der NPD verfolgte Ziel einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft läuft auf Vertreibung und Enteignung hinaus. Vgl. Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich

mit Migrationshintergrund zu bekämpfen. Solche nationalistischen und rassistischen Denkmuster sind beim NSU deutlich zu erkennen. Auch bei der RAF konnte jeder Opfer werden, der ihren Feindbildern entsprach: Vertreter der Rechtsprechung, Politiker, Banker, Militärangehörige, Sicherheitsbehörden oder Arbeitgebervertreter. Eine Dehumanisierung des politischen Gegners findet in beiden Fällen zu Lasten von grundlegenden Menschen- oder Minderheitenrechten statt.³⁴ Terroristen sehen sich berechtigt, über Leben und Tod des politischen Feindes oder der Angehörigen der Opfergruppe zu entscheiden. Indem terroristische Taten etwa auf systematische Grundrechtsverletzungen ihrer Opfer zielen, die staatliche Organe in letzter Instanz zu schützen haben, wenden sich Terroristen (indirekt) auch gegen die Institutionen und Werte des demokratischen Verfassungsstaates.³⁵

Die Anwendung von Freund-Feind-Schemata ist beiden Seiten inhärent. Rechts- wie Linksterroristen verfolgen eine Art Mission, die ihnen ein – vermeintlich – höherstehendes Recht verleiht und die bestehende legale Ordnung außer Kraft setzt. Während sich Linksterroristen wie die RAF dabei als „Avantgarde“, als eine Art Vorhut der kommunistischen Revolution, sehen, stilisieren sich Rechtsterroristen zu „politischen Soldaten“ für eine national oder ethnokulturell begründete „Volksgemeinschaft“. Das ideologisch überhöhte Telos verschiebt die Relation zwischen Zielen und Mitteln. Auf beiden Seiten heiligt der Zweck die Mittel.

Linksextremisten haben in der Regel ein größeres Interesse an der ideologischen Rechtfertigung ihrer Taten, so die RAF im Vergleich zum NSU.³⁶ Die häufiger aus bildungsbürgerlichen und akademischen Elternhäusern stammenden Linksterroristen strebten eine Art Universallösung an. Rechtsterroristen nehmen meist eine ideologiekritische Haltung ein. Auch bei der zweiten und vor allem dritten RAF-Generation trat das politische Element im Vergleich zur ersten Generation stärker in den Hintergrund. Die Ermordung von Ausländern, staatlichen Vertretern oder „kapitalistischen Entscheidungsträgern“ folgt der gleichen Devise: Die Tötung des politischen Gegners ist die radikalste Variante, politische Motivationen und Ideologien mit gewalttätigen Mitteln umzusetzen. Die bei Terroristen im Vorfeld vollzogene Dehumanisierung des politischen Gegners setzt (zumindest in der kollektiven Überzeugung) ein mögliches Unrechtsbewusstsein außer Kraft.

Ideologische Versatzstücke sind auf beiden Seiten in ein übergeordnetes Denkmuster eingebettet, das häufig konkrete Anliegen ersetzt: Die RAF bemühte „mantraartig“ den Imperialismusvorwurf, den sie den Regierungen der westlichen Welt

(Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, Baden-Baden 2007, S. 337-355.

34 Vgl. Uwe Backes, Ideologien und politisch motivierte Gewalt, in: Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik 3 (2015), H. 6, S. 4-14, hier: S. 11-13.

35 Zum NSU vgl. die Ausführungen von Armin Pfahl-Traugher, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), S. 58-101, hier: S. 63 f.

36 Zu den Rechtfertigungsschreibern der RAF vgl. u. a. Butz Peters, 1977. RAF gegen Bundesrepublik, München 2017, S. 69-81.

vorhielt. Der NSU erhob mit der – angeblich – jüdisch unterwanderten Weltregierung („Zionist Occupied Government“, ZOG) einen strukturell ähnlichen Vorwurf.³⁷ Solche argumentativen Konstruktionen kommen bei politischen Terroristen häufig zum Einsatz, um Gewalttaten zu rechtfertigen, deren Bedeutung von Außenstehenden nicht eindeutig in einen entsprechenden Sinnzusammenhang gebracht werden kann. Speziell die dritte RAF-Generation handelte mit ihrem stark entideologisierten und skrupellosen Vorgehen teils analog zum NSU.³⁸ Das Postulat „Primat der Praxis“ (erste RAF-Generation) weist Ähnlichkeiten mit dem Ansatz „Taten statt Worte“ (NSU) auf. Iring Fetscher bescheinigte der RAF bereits in den 1970er Jahren eine „Theorie des Theoriedefizits“.³⁹

Zwischen beiden politischen Lagern bestehen ebenso inhaltliche Analogien.⁴⁰ Die mittlerweile gut aufgearbeiteten Strukturen und Antriebskräfte der ersten RAF-Generation verdeutlichen: Sie bediente sich eines Konglomerats antim Amerikanischer, nationalistischer sowie antizionistischer und antisemitischer Argumentationsmuster, um ihre Gewalttaten zu rechtfertigen.⁴¹ Beide Gruppen lehnten zudem den demokratischen Verfassungsstaat ab: die RAF aufgrund des – angeblich – kapitalistisch-imperialistischen Charakters der Bundesrepublik, der NSU aufgrund der – behaupteten – Unterwanderung durch Juden und Ausländer, die zur Zerstörung des deutschen Volkes führe. RAF und NSU beriefen sich auf Ziele, denen ein (selbstdefiniertes) Gemeinwohl zu Grunde lag. Diese Schlussfolgerung, das Gemeinwohl als a priori zu definieren, geht auf ein identitäres Demokratieverständnis zurück.⁴² Die Realisierung des davon abgeleiteten Gemeinwohls – sei es nationalistisch, sei es sozialrevolutionär begründet – setzte systematisch die Geltung der Menschenrechte des politischen Gegners und anderer Opfer außer Kraft.

37 Die Geiselnahme und anschließende Ermordung von elf israelischen Sportlern auf dem Münchner Olympia-Gelände durch Terroristen der Gruppierung „Schwarzer September“ wurde in Kreisen der RAF als Akt des „antifaschistischen Kampfes“ gefeiert.

38 Vgl. Alexander Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2003.

39 Iring Fetscher/Herfried Münkler/Günther Rohrmoser (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus, Ideologien und Strategien, Bd. 1, Opladen 1981, S. 43.

40 Vgl. Backes (FN 10), S. 298-318.

41 Vgl. Dorothea Hauser, Deutschland, Italien und Japan: Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 1272-1298.

42 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 56-76, hier: S. 59-67; Iring Fetscher, Rousseaus politische Philosophie. Zur Geschichte des demokratischen Freiheitsbegriffs, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1975, S. 258-306.

5. Kommunikation

Eine Betrachtung der Kommunikationsformen geht über die Frage hinaus, ob terroristische Aktionen von Bekennerschreiben begleitet werden oder nicht. Die RAF gilt im deutschen Terrorismus als das klassische Beispiel für eine Gruppe, die ihre Aktionen und deren „Hintergründe“ durch Bekennerschreiben zu rechtfertigen versuchte. Der NSU verzichtete auf Bekennerschreiben, dennoch erzielten seine Taten innerhalb der Opfergruppe offensichtlich Wirkung. Ist in diesem Handeln der Gruppierungen eine (doppelte) Kommunikationsstrategie erkennbar?⁴³

Ungeachtet fehlender Rechtfertigungsschreiben sorgte der NSU nach der Jahrtausendwende, besonders in Teilen der türkischstämmigen Gemeinschaft in Deutschland, durch Mordanschläge für Angst und Schrecken. Am 11. Juni 2006 – ein Jahr vor dem letzten Mord des Trios – fand in der Dortmunder Innenstadt ein Schweigemarsch zum Gedenken an die Morde an ausländischen Geschäftsleuten statt, bei der die Teilnehmer unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „9 Opfer – wir wollen kein 10. Opfer – Stoppt die Mörder“ zeigten.⁴⁴ Damit war das durch die Tötung von Menschen einer eingrenzbaaren Opfergruppe verfolgte Kalkül der Täter aufgegangen.

Dass der NSU über einzelne Mittelsmänner hinaus mit der rechtsextremistischen Szene kommunizierte, kann indes nicht bewiesen werden. Wie bei Rechtsterroristen üblich, verzichtete der NSU auf Rechtfertigungsschreiben, was einerseits für den selbst auferlegten Anspruch „Taten statt Worte“ sprechen könnte. Andererseits ist Folgendes denkbar: Der NSU erwartete keine offensive Unterstützung aus der eigenen Szene, da diese trotz gemeinsamer politischer Überzeugungen den *modus operandi* ablehnte. Die genauen Motive für das nachträglich von Zschäpe versandte Selbstbeichtigungsvideo und die damit verbundenen Ziele sind unklar.⁴⁵ Die simple Formel „Gewalt gegen Ausländer“ schien dem NSU während seiner „aktiven“ Zeit wahrscheinlich selbsterklärend. Er verfolgte lediglich eine Kommunikationsstrategie nach außen – nicht nach innen an die Sympathisantenzene, von der sich die Gruppe durch erfolgreiche Banküberfälle unabhängig machte.

Für die über die Jahre begangenen Taten der RAF hingegen liegt eine Vielzahl von Rechtfertigungsschreiben vor, deren gesellschaftspolitische Zusammenhänge

43 Waldmann spricht von einer doppelten Kommunikationsstrategie des Terrorismus. Dahinter steckt eine Vorgehensweise, bei der durch systematische, geplante und gezielte Gewalttaten einerseits eine Kommunikation nach innen stattfindet (in den Sympathisantenkreis, um neue Mitglieder zu werben), andererseits eine Kommunikation nach außen verfolgt wird (in die Opfergruppe zur Erzeugung von Angst und Schrecken sowie gegen den Staat, der zu einer Reaktion gezwungen werden soll). Vgl. Peter Waldmann, *Provokation der Macht*, 3. Aufl., Hamburg 2011, S. 16 f.

44 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 15), S. 495.

45 Die Zeichentrick-Figur Paulchen Panther dient in dem etwa 15-minütigen Video als Sprachrohr für menschenverachtende Aussagen. Neben Original-Filmmaterial von den Opfern an den Tatorten sind auch Zusammenschnitte von verschiedenen Nachrichten-Sendungen zu sehen, die über die Tötungen berichteten. Das Video wird von rassistischen, demokratie- und medienfeindlichen Kommentaren durchzogen. Konkrete politische Ziele oder Forderungen fehlen.

hier nur angedeutet werden können.⁴⁶ Einen selbsterklärenden Charakter haben „anti-imperialistische“ Aktionen in der Regel nicht. Imperialismuskritik, in die Tat umgesetzt, konnte nahezu jeden Angestellten oder einfachen Soldaten treffen. Das war den RAF-Aktivisten offensichtlich klar. Bekennerschreiben der Gruppe waren in der Regel als ideologisch-dogmatische Traktate verfasst, die den Eklektizismus der RAF spiegelten. Außer richtungsweisenden Papieren, wie dem „Mai-Papier“ aus dem Jahr 1982, bedienten sich die Stellungnahmen und Bekennerschreiben ideologischer Versatzstücke, die von Marx/Engels über russische Anarchisten und dem Maoismus bis hin zu Befreiungstheorien beeinflusst waren.

In erster Linie sollten die Bekennerschreiben eine direkte Zuordnung der Taten zur RAF ermöglichen – allerdings nicht für die Sicherheitsbehörden, sondern für die linke Sympathisantenszene. Auf sie war die RAF in mehrfacher Hinsicht angewiesen. Es galt, besonders gewalttätige Aktionen oder gar Morde zu „rechtfertigen“, da sich im Zuge der „Gewaltfrage“ Sympathie schnell in Opposition wandeln konnte. Die RAF war mit ihrer Kommunikationsstrategie nach innen erfolgreich. Lange Zeit rückten immer wieder neue Aktivisten nach. Eine Kommunikationsstrategie nach außen ist der RAF allerdings nur schwer nachzuweisen. Aufgrund der zahlreichen Gewalttaten gegen amerikanische Soldaten, Vertreter des Staates, Banken und große Wirtschafts-/Rüstungsbetriebe war lediglich eine grobe Eingrenzung der Opfergruppe möglich. Einfache Polizisten und Soldaten konnten ebenso Opfer einer RAF-Gewalttat werden wie bekannte Politiker. Damit war es kaum möglich, ein Gefühl von Angst und Schrecken innerhalb einer bestimmten Personengruppe hervorzurufen. Zudem äußerte sich die RAF nicht zu einem konkreten Muster ihrer (kommenden) Anschlagsziele.

Insofern liegt bei der RAF im Vergleich zum NSU die umgekehrte Konstellation vor. Die Linksterroristen richteten ihre Bekennerschreiben nach innen an die Sympathisantenszene, um (personelle, finanzielle etc.) Unterstützung zu generieren. Eine Kommunikation nach außen an die potenziellen Opfer stand für die RAF offensichtlich nicht im Mittelpunkt des Interesses, da bereits die exakte Eingrenzung der Opfergruppe kaum möglich war. Vielmehr sollte der Staat als Reaktion auf die Gewalttaten seine „faschistische Fratze“ zeigen. Diese „Strategie“ zeugt weniger von einer glaubwürdigen Ziel-Mittel-Konstellation als vielmehr vom offensichtlich selbst empfundenen Legitimationsdefizit der Taten. Dies gilt insbesondere gegenüber dem

46 Es werden nur Texte oder Mitteilungen beachtet, die auf eine terroristische Gewaltaktion der RAF folgten. Die RAF nutzte die Medien ihrerseits auch dafür, die psychologische Wirkung von Bildern wie etwa vom toten RAF-Aktivisten Holger Meins zu verstärken: „Die Überblendungen der ikonographischen Photos des verhungerten Holger Meins mit den KZ-Opfern unterstrich ein auf die politische Kampfgruppe gerichtetes Märtyrertum, das auch durch einen Diskurs über die vermeintliche ‚Faschisierung‘ der Bundesrepublik vorbereitet wurde.“ Irene Bandhauer-Schöffmann/Dirk van Laak, Signatur der Gefährdung. Definitionen, Kontexte und mediale Inszenierung des Linksterrorismus während der 1970er Jahre, in: Dies. (Hrsg.), Der Linksterrorismus der 1970er Jahre und die Ordnung der Geschlechter, Trier 2013, S. 1-14, hier: S. 4.

Sympathisantenumfeld, in dem die Gruppe nach aktiven Unterstützern suchte.⁴⁷ Linksterroristen sind in der Regel stärker auf die „Vermittelbarkeit“ ihrer Taten bedacht als Rechtsterroristen.⁴⁸ Aktionen mit hoher Gewaltintensität, die bis hin zu Tötungen reichen können, stellen für die Kommunikationsstrategie von Linksterroristen zwar – nach ihrer Logik – ein notwendiges Instrument zur Vermittlung ihrer Botschaft an den Staat dar, jedoch ist damit eine nicht unerhebliche Gefahr verbunden: Der zur Unterstützung aufgerufenen linken Sympathisantenzone müssen die Taten als notwendiges Mittel „verkauft“ werden. Empfinden sie die Aktionen als illegitime, möglicherweise wahllose Gewalt, könnte sich mit der Abwendung der Sympathisanten schnell eine kontraproduktive Reaktion einstellen. Der NSU musste diesen Spagat nicht meistern: Die Vernichtungslogik des NSU nahm keine Rücksicht auf eine mögliche Abwendung des Sympathisantenfeldes. Die „autarke“ Lebensweise des Trios und die weitgehend gekappten Verbindungen ins rechtsextreme Lager versetzten die Rechtsterroristen in die Lage, mögliche negative Reaktionen auf ihre Taten aus der eigenen Szene zu übergehen. Adressat dieser Kommunikations- bzw. Gewaltstrategie war ausschließlich die Opfergruppe.

6. Organisation

Extremistische Kräfte können nach Organisationsgrad und Gewaltanwendung unterschieden werden. Es existieren demnach vier Ausformungen: 1) fest organisiert mit systematischer Gewaltanwendung (Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre), 2) organisiert, aber ohne Gewaltanwendung (parteilörmiger Extremismus), 3) schwach organisiert und gewaltorientiert (subkultureller Extremismus) sowie 4) weder gewaltbereit noch fest organisiert (intellektuelle Extremisten).⁴⁹ Der NSU zählt wie die RAF zur ersten Variante, obwohl sich das Trio als Zelle und nicht als großer, hierarchischer Verbund organisiert hatte. Dies ist ein zentraler Unterschied zwischen beiden Formationen.

Obgleich bereits in den 1980er Jahren mit der *Hepp/Kexel-Gruppe* eine rechtsterroristische Zelle existierte, die Anschläge auf amerikanische Liegenschaften und Soldaten verübte, blieben zellenförmige Strukturen im Rechtsterrorismus eine Ausnahme. Meist waren rechtsterroristische Gruppen hierarchisch und pyramidenförmig organisiert. Seit den 1990er Jahren sind rechtsterroristische Gruppen homogener als in der Anfangszeit des Rechtsterrorismus in den 1970er Jahren.⁵⁰ Das generell stark

47 Was die RAF „staatliche Überreaktion“ nannte, hätte sich auch in einem verstärkten Verfolgungsdruck durch Sicherheitsbehörden gegen die eigene Gruppe manifestiert. Die RAF wird das kaum angestrebt haben.

48 Vgl. Armin Pfahl-Traugbber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 178 f.

49 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Interaktionen im politischen Extremismus Deutschlands. Vergleich zwischen den organisierten nicht-gewalttätigen und den gewalttätigen nicht-organisierten Kräften, in: Dies., Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 345-362.

50 Vgl. Gräfe (FN 30).

abgeschottete Vorgehen ist Resultat des Legitimationsdefizits rechtsextremer Ideologiefüge innerhalb der Gesellschaft. Die hohe Zahl von rechtsextremen Einzeltätern, denen nicht ihre rechtsextreme Sozialisierung oder entsprechende Gruppenkontexte abgesprochen werden sollen, ist ein Resultat der stärkeren Abspaltung rechtsextremistischer Denkmuster von der Gesellschaft. Auf diesen Umstand verweist auch die breite Ablehnung rechtsterroristischer Handlungsstrategien selbst beim Großteil des rechtsextremen Milieus.⁵¹

Die RAF war eine bundesweit vernetzte Gruppierung mit Hunderten Unterstützern auch im Ausland. Die dritte RAF-Generation agierte isolierter als die erste und zweite Generation.⁵² Nach einzelnen Festnahmen bzw. (Selbst-)Tötungen von Mitgliedern der Kommandoebene der RAF in den 1970er und 1980er Jahren rückten stets andere Personen nach. Zu den aktiven Personen der drei RAF-Generationen zwischen den 1970er und 1990er Jahren zählten Sicherheitsbehörden bis zu 80 Personen.⁵³ NSU und Teile der RAF agierten jahrelang unentdeckt im Untergrund.

7. Strategie

Die wissenschaftliche Literatur zum Terrorismus ist sich über die Rolle und Funktion von terroristischen Aktionen nicht einig. Es herrscht folgender Minimalkonsens: Opfer und Ziel stimmen, entgegen dem Muster allgemeiner Kriminalität, meist nicht überein.⁵⁴ Terroristen wollen mit ihren Aktionen auf ein übergeordnetes Ziel hinweisen. Einzelne Opfer sind in der Regel nur Mittel zum Zweck und bis zu einem bestimmten Grad austauschbar. Der Blick auf die Ziele und Opfer terroristischer Gewalt war und ist häufig Ansatzpunkt für hitzige Diskussionen innerhalb terroristischer Milieus und deren Umfeld, da es um nicht weniger als die Legitimation gewalttätigen Handelns geht. Historisierung und Entmythologisierung können dazu beitragen, Spannungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit terroristischer Gruppen aufzuzeigen.

Den Gewalttaten von Terroristen liegt ein rationales Kalkül zugrunde. Die RAF wollte im Namen einer selbsternannten revolutionären „Avantgarde“ durch beispiel-

51 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 4. Aufl., München 2006, S. 77. Beispielhaft für die (in dem Fall strategisch begründete) Ablehnungshaltung der NSU-Taten im Rechtsextremismus ist ein anonym verfasster Beitrag im „Thiazi-Forum“ vom 3. Dezember 2011, der auf die unzureichende Vermittelbarkeit der Taten und den fehlenden Symbolgehalt der Mordopfer hinweist: „Ich sehe keinen militärischen geschweige denn politischen Zweck, wenn ein paar isolierte Spinner jahrelang in der Weltgeschichte herum turnen und die klägliche Existenz von kleinen Lichtern beenden. Wie willst du dies dem Volk vermitteln?“, zitiert nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2011*, Berlin 2012, S. 62.

52 Vgl. Straßner (FN 27), S. 71.

53 Vgl. Backes (FN 30), S. 78.

54 Vgl. u. a. Waldmann (FN 43), S. 23 f.; Bruce Hoffman, *Terrorismus – der unerklärte Krieg*, Frankfurt a. M. 2007, S. 349-352.

hafte Aktionen die Führungsrolle im Klassenkampf gegen Eliten der Politik und Wirtschaft übernehmen.⁵⁵ Die oftmals als radikaler Flügel der Studentenbewegung bezeichneten RAF-Aktivist*innen übernahmen eine zentrale Kritik der Protestierenden: die am Vorgehen des amerikanischen Militärs in Vietnam. Innenpolitisch stand häufig der Springerkonzern im Mittelpunkt von Anfeindungen, da er das politische und wirtschaftliche System direkt und indirekt unterstützt habe. Aktionen hätten sich ihrem Selbstverständnis nach in erster Linie gegen ähnlich ausgerichtete Medienhäuser, hochrangige Politiker oder amerikanische Militärangehörige richten müssen. Tatsächlich war nur ein Teil der gewalttätigen Aktionen auf diese Ziele gerichtet. Die meisten und zumal spektakulärsten Gewalttaten verfolgten hingegen das Ziel, Inhaftierte der eigenen Gruppe freizupressen (oder später: zusammenzulegen), so auch bei der Entführung von Hanns Martin Schleyer im Jahr 1977. Die wesentliche Forderung der Terroristen war in jenem Fall die Freilassung der RAF-Gefangenen um Baader und Ensslin aus der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim.

Damit ging eine Entwicklung der RAF einher, die sich wegbewegte vom anfänglichen Ziel der Solidarisierung mit der Arbeiterklasse, deren Unterstützung sich die RAF erhoffte. Die Anfang der 1970er Jahre wesentlich von Mahler und Meinhof verfassten Schriften „Das Konzept Stadtguerilla“ (1. RAF-Schrift), „Stadtguerilla und Klassenkampf“ (2. RAF-Schrift), „Die Aktion des Schwarzen September in München – Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes“ (3. RAF-Schrift) sowie die von Meinhof auf Tonband gesprochene Rechtfertigung der Baader-Befreiung⁵⁶ propagieren im Wesentlichen den Kampf für die Befreiung des „Proletariats“ und der hart arbeitenden und ausgebeuteten Jugendlichen und Familien in Deutschland und weltweit.

Aus der Bewertung wesentlicher „Angriffswellen“ der RAF in den Jahren 1975 (Stockholm-Attentat) und 1977 („Offensive 1977“: Buback, Ponto, Bundesanwaltschaft, Schleyer) wird die Divergenz zwischen theoretischen Zielen und tatsächlichen Anschlagzielen deutlich. Die RAF und ihre Taten kreisten oftmals nur noch um sich selbst. Mitunter wurden ermordete rangniedrige Soldaten der US-Armee von der RAF zu „Spezialisten für Flugabwehr“ gemacht, um die Taten legitim erscheinen zu lassen. Wie weit diese Einschätzung an der Realität ihrer Zielgruppe vorbeiging, zeigt der ehemalige SDS-Bundesvorsitzende Karl Dietrich Wolff. Er verwies auf die „armen Weißen und farbigen Ghetto-Bewohner“, denen oft kein anderer Ausweg bleibe, als sich „freiwillig“ bei der US-Armee anzumelden.⁵⁷ Ihre Zielgruppe, die arbeitende Bevölkerung, Studenten und andere große Teile der Bevölkerung, verlor die RAF rasch aus den Augen. Solidaritätsbekundungen im Zuge

55 Rote Armee Fraktion, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, in: ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 49-111, hier: S. 69.

56 Vgl. die RAF-Schriften sowie die mündliche Stellungnahme von Meinhof, in: Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 81-83, 128-138.

57 Karl Dietrich Wolff, Alles wäre besser, als so weiterzumachen, in: taz vom 13. September 1985.

der oben genannten Aktionen blieben aus – womöglich aufgrund der Todesopfer, die die RAF nicht rechtfertigen konnte.

Was wollte der NSU mit seinen Taten erreichen? Die nachträglich versandte Bekenner-DVD stellt zwar eine Selbstbezeichnung dar, aber die Motive für den Zeitpunkt des Versandes sowie die mit dem Video verfolgten Ziele liegen noch im Dunkeln. Die simple Formel „Gewalt gegen Ausländer“ erschien dem NSU wahrscheinlich selbsterklärend. Wie gezeigt, war die systematische Tötung von Menschen mit Migrationshintergrund zugleich ein indirekter Angriff auf den Staat, da dieser elementare Rechte wie das auf körperliche Unversehrtheit aller in Deutschland lebenden Personen zu schützen hat. Eine übergeordnete Zielvorstellung ging beim NSU nicht über szenetypisch vage Konzepte hinaus. Beide Spielarten des Terrorismus verzichteten auf die Formulierung alternative Ordnungsformen bzw. Staatsmodelle zu jenen, die sie mit ihren terroristischen Aktionen beseitigen wollen.⁵⁸ Kritik bleibt auf beiden Seiten meist destruktiv. RAF und NSU lebten in und handelten aus der Negation.⁵⁹

8. Umfeld

Beide Gruppen sind einem Protestmilieu entsprungen. Die RAF ging aus Ausläufern der Studentenproteste der 1960er Jahre hervor. Der NSU sozialisierte sich in der rechtsextremen Kameradschaftsszene der 1990er Jahre. Gründe für die weitere Radikalisierung und schließlich den Gang in den Untergrund waren jeweils drohende Strafverfolgung (NSU: Fund von Sprengstoff; RAF: Befreiung Baaders aus dem Gefängnis). Die Professionalisierung des Lebens im Untergrund lag in beiden Fällen vor. Besonders bei der RAF ist ein hohes Maß an terroristischer Professionalität zu erkennen: dutzende Tarnwohnungen im In- und Ausland⁶⁰, das Erstellen von „Fahrzeug-Dubletten“⁶¹ zur Erschwerung der Fahndung, das Anlegen von Erddepots als Versteck für Geld, Waffen, Munition und Kleidung.

Die aktive Unterstützerszene des NSU kann derzeit nicht exakt beziffert werden, da die Aufarbeitung der Geschehnisse um den NSU noch nicht abgeschlossen ist. Die Abschlussberichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex verweisen auf Verbindungen des Trios zu verschiedenen Gruppen und Netzwerken wie den *Hammerskins*, *Blood & Honour* (B&H), dem *Ku-Klux-Klan*

⁵⁸ Vgl. Rabert (FN 14), S. 331.

⁵⁹ Hans Josef Horchem verwies zudem auf die höhere Bereitschaft von Rechtsterroristen, bei Aktionen ihr eigenes Leben zu opfern. Vgl. ders., *Die verlorene Revolution. Terrorismus in Deutschland*, Herford 1988, S. 106.

⁶⁰ Sicherheitsbehörden gehen davon aus, nur etwa jede zweite Tarnwohnung der RAF entdeckt zu haben.

⁶¹ Dabei stahl die Gruppe Kennzeichen von einem Auto und entwendete gleichzeitig ein baugleiches Fahrzeug derselben Marke, an dem sie die KFZ-Kennzeichen anbrachte. Farbe und andere Äußerlichkeiten passte die Gruppe gegebenenfalls an. Hinweise, die möglicherweise zu Fahrzeugkontrollen geführt hätten, wollte die Gruppe so vermeiden.

und der *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige*, die bei der Beschaffung von Wohnungen, Pässen, Waffen und Munition behilflich waren.⁶² Zum jetzigen Zeitpunkt sind etwa Hilfsarbeiten von Mitgliedern des *Blood & Honour*-Netzwerkes an zahlreichen Tatorten nachweisbar.⁶³ Nach dem Untertauchen sammelte der Thüringer B&H-Sektionschef Marcel D. Spenden für das Trio. Das sächsische B&H-Mitglied Thomas S. besorgte dem NSU Sprengstoff und die erste Unterkunft nach dem Abtauchen.⁶⁴ Klar ist jedoch auch: Das Trio hatte deutlich weniger Helfer als die RAF.

9. Wirkung

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die Wirkung terroristischer Aktionen aufzuzeigen. Dabei kann zwischen intendierten und nicht-intendierten Folgen der Gewalttaten auf den verschiedenen Ebenen unterschieden werden (Bevölkerung, Sympathisantenumfeld, Opfergruppe, Staat/Sicherheitsbehörden). Es wurde gezeigt, dass der NSU mit der Mordserie ein Unsicherheitsgefühl bei einem eingrenzenden Personenkreis bewirkte, der zur potenziellen Opfergruppe des Trios gehörte. Neben dem gestiegenen Fahndungsdruck erzielte der NSU darüber hinaus keine (Über-)Reaktion des Staates, die mögliche Solidaritätsmechanismen von Sympathisanten ausgelöst hätte. Wie im Rechtsextremismus allgemein verfolgte der NSU – unausgesprochen – das Ziel einer homogenen „Volksgemeinschaft“. Mit ihren Taten konnte die Gruppe dies nicht umsetzen; konkrete politische Forderungen an führende Politiker lagen zudem nicht vor. Anders als die RAF stellte der NSU keine offiziellen Bedingungen, die möglicherweise zur Einstellung der Taten geführt hätten. Das Urteil „verfehlt“ oder „erfolgreich“ kann beim NSU nicht abgegeben werden, da das Trio seine Absichten nicht publik machte.

Die Bewertung der Wirkung der RAF fällt anders aus, da bei den spektakulärsten Aktionen offizielle Forderungen vorlagen. Eine konkrete Analyse müsste eine Vielzahl von Einzelfällen aus dem langjährigen Wirken der RAF berücksichtigen. Ambitionierte Ziele wie die (indirekte) Unterstützung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt rückten bald in den Hintergrund. Zahlreiche Forderungen der Gruppe betrafen lediglich sie selbst, wie beispielweise die Freipressung von Häftlingen oder die Zusammenlegung von RAF-Terroristen. Die Bundesregierung beugte sich den Forderungen der Gruppe fast ausschließlich in strategisch zweitrangigen Angelegenheiten (Haftbedingungen von RAF-Terroristen etc.).⁶⁵ Insgesamt erzeugte der Linksterrorismus der RAF deutlich größere Resonanz als der Rechtsterrorismus des NSU.

62 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 15), S. 149-189.

63 Vgl. Thüringer Landtag, Drucksache 5/8080, S. 1822.

64 Vgl. ebd. S. 1789-1818; Deutscher Bundestag (FN 15), S. 157-162.

65 Es kam zu Ausnahmen. So gab die Bundesregierung dem Druck von Linksterroristen bei der Verhandlung um die Freilassung des Mitgliedes des Berliner Abgeordnetenhauses Peter Lorenz nach. Mitglieder der Gruppe „Bewegung 2. Juni“ entführten Lorenz am 27. Februar 1975 und

Die intellektuelle Attraktivität der Gruppe um Meinhof, Baader und Ensslin eröffnete ihr vor allem in Universitätsstädten wie Berlin und Frankfurt ein umfangreiches Reservoir an Rückzugsmöglichkeiten. Ideologische Schnittmengen gab es mit Teilen der meist jüngeren Generation, auch wenn sie die strategischen Schlussfolgerungen der Terroristen nicht unterstützten.

Obwohl in Teilen der Bevölkerung rechtsextreme Einstellungsmuster vorliegen, sind dem Wirkungsfeld des Rechtsextremismus enge Grenzen gesetzt. Trotz zunehmender Proteste gegen Einwanderungspraktiken, Ausländer und Asylbewerber in der Bundesrepublik, sind die sozioökonomischen Bedingungen für eine dauerhafte Mobilisierung besonders im Rechtsterrorismus nicht gegeben. Die Singularität der Gewaltintensität des NSU ist ein Indikator, welcher die Skepsis der Gesellschaft und selbst weiter Teile des Rechtsextremismus gegenüber rechtsterroristischen Gewalttaten aufzeigt.

Die gesellschaftliche Gegenwehr zu beiden Formen des Extremismus nimmt unterschiedliche Formen an: Beim Kampf gegen Rechtsextremismus verschwimmen häufig die Grenzen von gewaltbereiten und gewaltlosen Protestierenden, was der gesellschaftlichen Akzeptanz linksextremistischer Einstellungen Vorschub leistet. Diese Entwicklung führt Armin Pfahl-Traugher auf die Unwissenheit und die geringe Aufmerksamkeit zurück, die dem Linksextremismus zuteil werden.⁶⁶ Mangelnde Abgrenzung der Politik gegenüber der linksextremen Szene dürfte ebenso eine Rolle spielen. Linksextremisten versuchen politisch und gesellschaftlich bedeutsame Themenfelder wie „Antiatom“ oder „Antiglobalisierung“ etc. zu besetzen. Die Auseinandersetzungen bei den jährlichen Gegenprotesten zum G20-Gipfel verdeutlichen, wie friedliche Demonstranten mit teils militanten Autonomen zusammen agieren. Ähnlich sieht es beim „antifaschistischen“ Kampf gegen Rechtsextremismus aus, bei dem sich Linksautonome an bürgerlichen Initiativen beteiligen (können). Beim Kampf gegen Linksextremismus besteht kein vergleichbar großer Konsens.⁶⁷

10. Zusammenfassung

Ein Bündel von Ursachen führt zu dem Schluss, dass es nicht angebracht ist, vom NSU als einer „Braunen Armee Fraktion“ zu sprechen. Die wesentlichen Unter-

forderten die Freilassung von sechs inhaftierten Terroristen. Dies war der einzig erfolgreiche Versuch von Linksterroristen, Strafgefangene gegen Geiseln auszutauschen. Das Nachgeben der Bundesregierung in diesem Fall trug wahrscheinlich mit dazu bei, dass die Terroristen diese Vorgehensweise weiter forcierten, da es in der Folge zu vermehrten Geiselnahmen kam. Spektakulärster Versuch nach dem „Fall-Lorenz“ war die deutsche Botschaftsbesetzung in Stockholm durch Linksterroristen im Jahr 1975. Als sich die Bundesregierung unnachgiebig zeigte, endete diese Art von Freipressungsversuchen. Vgl. Kai Lemler, Sicherheitskonzepte in asymmetrischen Konflikten, Baden-Baden 2017, S. 440.

66 Vgl. Pfahl-Traugher (FN 48), S. 232 f.

67 Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse, Extremismus in Deutschland, in: Dies. (FN 18), S. 9-26, hier: S. 10.

schiede zur RAF: die deutlich längere Existenz der linksterroristischen Vereinigung, die wesentlich stärkere Personaldecke, der höhere Organisationsgrad der RAF und deren hierarchische Steuerung sowie die hauptsächlich erst in der dritten Generation forcierte Taktik der nahezu kommunikationslosen Tötung der Opfer.

Vergleichende Betrachtungen zwischen Extremisten/Terroristen auf linker und rechter Seite machen strukturelle und inhaltliche Ähnlichkeiten deutlich. RAF und NSU hatten vage politische Visionen, die die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates gemein haben. Während Linksterroristen eine klassenlose Gesellschaft anstreben, insistieren Rechtsterroristen auf der „Befreiung“ der Nation von allen „fremden“ Einflüssen. Die selbsternannte „Avantgarde“ (Linksextremismus) wie die „politischen Soldaten“ (Rechtsextremismus) sehen sich auf einer Art Mission, die sie in größere Zusammenhänge wie den Kampf gegen den – vermeintlichen – Imperialismus oder gegen ZOG stellen. Damit ist der Versuch verbunden, ihr offensichtliches Legitimationsdefizit zu kaschieren.

Die Rechtsterroristen des NSU agierten isolierter als die Mitglieder der RAF. Dies deutet auf eine gesellschaftliche Randstellung des gewalttätigen Rechtsextremismus hin.⁶⁸ Lediglich die RAF erfuhr Unterstützung aus dem Ausland, wie beispielsweise von Terrororganisationen aus dem Nahen Osten oder von der Staatssicherheit der DDR.⁶⁹ Trotz Verbindungen zu Netzwerken und Gruppierungen wie B&H, den *Hammerskins* oder der *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige* gelang es dem NSU nicht, ein vergleichbar großes Sympathisantenumfeld zu organisieren. Einiges spricht dafür, dass der NSU bewusst Verbindungen in die rechtsextreme Szene abbrach, um die Gefahren eines durch Prahlerei gekennzeichneten Milieus zu minimieren. Bekennerschreiben von Rechtsterroristen wie dem NSU sind möglicherweise schon deswegen obsolet, da eher eine Kommunikation nach außen (in die Opfergruppen) beabsichtigt ist und sich entsprechende Anschläge auf Ausländer (oder den politischen Gegner) in den Augen der Angreifer gleichsam selbst erklären. Linksterroristen streben hingegen vor allem eine Kommunikation nach innen (in das Sympathisantenumfeld) an, um finanzielle und logistische Unterstützung zu erlangen. Die meist aus bildungsbürgerlichen Familien stammenden Linksterroristen verfolgen in der Regel häufiger die Absicht, ihre Taten in einem „größeren Zusammenhang“ zu rechtfertigen als die meist theorieaversen Rechtsterroristen.⁷⁰ Der Vergleich von RAF und NSU unterstreicht den in der Forschung weitgehenden Konsens: Der Rechtsterrorismus weist kein annähernd so hohes Kommunikations- und Reflexionsniveau auf wie der Linksterrorismus. Womöglich ist auch das auf das formal höhere Bildungsniveau der Anhänger von Linkster-

68 Vgl. Eckhard Jesse, *Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge*, Köln 2015, S. 231.

69 Zu Verbindungen zwischen der RAF und der Staatssicherheit der RAF vgl. u.a. Frank Wilhelm, *RAF im Osten. Terroristen unter dem Schutz der Stasi*, Neubrandenburg 2016.

70 Ausnahmen wie die rechtsterroristische Hepp/Kexel-Gruppe bestätigen die Regel.

roristen zurückzuführen.⁷¹ Eine doppelte Kommunikationsstrategie verfolgte indes weder die RAF noch der NSU.

Gewalt richtet sich im Linksterrorismus in erster Linie gegen Staatsvertreter oder Liegenschaften und Eigentum wirtschaftlicher Großbetriebe, die in einem Zusammenhang mit dem „kapitalistischen Staat“ oder dem Kapitalismus selbst stünden. Darüber hinaus nahm die Konfrontationsgewalt „gegen rechts“ in jüngster Vergangenheit zu. Vermehrte Demonstrationen asylkritischer Initiativen mobilisierten militante Linksautonome, die die Protestierenden wiederum für den Anstieg rechtsmotivierter Gewalt gegen Flüchtlinge verantwortlich machten.⁷² Rechtsmotivierte Gewalt verfolgt das Ziel der Einschüchterung oder Vertreibung der als Feind deklarierten Menschengruppen. Die (Hass-)Gewalt gegen Ausländer, Personen mit Migrationshintergrund und andere gesellschaftlich schwache Gruppen nahm mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen im Jahr 2013 beständig zu.⁷³

Der NSU stellt mit seinem über 13 Jahre andauernden Untergrundleben eine Ausnahme im rechtsterroristischen Milieu dar. Andere rechtsterroristische Gruppen wurden meist nach wenigen Monaten oder Jahren zerschlagen (*Deutsche Aktionsgruppen*, *Hepp/Kexel-Gruppe*, *Kommando Omega*). Auch die RAF mit ihrer über drei Generationen reichenden Lebensdauer steht nicht exemplarisch auf linksterroristischer Seite, dennoch waren linksterroristische Gruppen deutlich langlebiger als rechtsterroristische Vereinigungen (*Bewegung 2. Juni* über zehn Jahre, *Revolutionäre Zellen* über 20 Jahre).⁷⁴ Unabhängig von der Lebensdauer, der Gruppengröße und den (in-)konsistenten politischen Konzepten ist der Radikalisierungsgrad in Verbindung mit der Bereitschaft zur Anwendung von (systematischer) Gewalt wichtig für die Einschätzung des Gefährdungspotenzials. Hier gleichen sich Terroristen aller Couleur: Die Unkalkulierbarkeit von terroristischen Gewalttaten – der Versuch, ein Fanal zu setzen, lässt sich nur selten mit rationalen Kategorien fassen – muss als Aufforderung für weitreichendere analytische Auseinandersetzungen mit allen terroristischen Milieus begriffen werden, auch mit solchen islamistischer Couleur.

71 Vgl. Rabert (FN 14), S. 334; zuletzt für den Bereich des Extremismus Armin Pfahl-Traugher, Der Erkenntnisgewinn der vergleichenden Extremismusforschung: Besonderheiten, Entwicklung, Prognosen und Ursachen, in: Altenhof/Bunk/Pieperschneider (FN 13), S. 55 f.

72 Im Jahr 2015 kam es in Sachsen zu 207 Gewalttaten von Linksextremen gegen den politischen Gegner, was die konfliktthaltige Lage zwischen beiden Milieus zum Höhepunkt der Flüchtlingsthematik widerspiegelt. Im Vergleich: 2012: 36 (Gewalttaten gegen „rechts“), 2013: 104, 2014: 79, 2016: 62. Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2016, Dresden 2017, S. 282.

73 Für Sachsen vgl. Backes u. a. (FN 2).

74 Zur Verbindung zwischen RAF und RZ vgl. Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017, S. 250-298.

Daten, Dokumente, Dossiers

Wahlen 2017

Von Eckhard Jesse

1. Ausgangsposition

Die Ausgangsposition für das Bundestagswahljahr 2017 kündete Ende 2016 für die großen Parteien Unheil an.¹ CDU und SPD hatten bei den fünf Landtagswahlen 2016 deutlich verloren (mit der Ausnahme einer winzigen Zunahme von 0,5 Prozentpunkten für die SPD in Rheinland-Pfalz). Die Verluste fielen zum Teil sogar zweistellig aus (für die CDU in Baden-Württemberg mit 12,0 Punkten; für die SPD ebenfalls in Baden-Württemberg mit 10,4 und in Sachsen-Anhalt mit 10,9 Punkten).² Die beiden Volkparteien erreichten in Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zusammen keine 50 Prozent der Stimmen. Die Grünen verloren überall, nur nicht in Baden-Württemberg (mit einem Plus von 6,1 Punkten), wo sie erneut den Ministerpräsidenten stellen konnten. Die Liberalen hatten zwar bei jeder Wahl zugelegt, aber trotzdem schafften sie in den beiden ostdeutschen Ländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nicht den Einzug ins Landesparlament. Umgekehrt war es bei der Partei *Die Linke*. Sie scheiterte in den westdeutschen Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an der Fünfprozenthürde. Das Auffallendste an den Wahlen 2016 war der überwältigende Erfolg der *Alternative für Deutschland* (AfD) in allen Bundesländern – mehr in den neuen als in den alten.³ So erreichte sie in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 20,8 Prozent (jeweils als zweitstärkste Kraft). Die Ergebnisse in Baden-Württemberg (15,1 Prozent), in Berlin (14,2 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) fielen ebenfalls zweistellig aus. Der Hauptgrund: die zum Teil unkontrollierte Masseneinwanderung.

Der Ausgang der Wahlen bedingte neue Regierungskonstellationen. In Sachsen-Anhalt musste eine Koalition aus der CDU, der SPD und den Grünen gebildet werden. Wären die Grünen (5,2 Prozent) nicht ins Parlament eingezogen, hätten AfD und *Die Linke* eine Mehrheit von einem Mandat gehabt. In Berlin kam es zu einer rot-rot-grünen Koalition, diesmal unter Führung der SPD, anders als in Thüringen 2014. In Baden-Württemberg entstand eine grün-schwarze, in Rheinland-Pfalz eine

1 Vgl. statt vieler Frank Decker, Aktuelle Entwicklungen in der Parteienlandschaft, in: Bürger & Staat 67 (2017), S. 98-106; Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015.

2 Vgl. Eckhard Jesse, Wahlen 2016, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 29, Baden-Baden 2017, S. 99-118.

3 Vgl. Uwe Backes, Organisationen 2015, in: Ebd., S. 119-135.

rot-gelb-grüne und in Mecklenburg-Vorpommern eine rot-schwarze Koalition. Nicht immer stand am Wahlabend die Koalition fest.⁴

Für das Bundestagswahljahr 2017 stellten sich folgende Fragen: Wie war der Niedergang der Volksparteien zu stoppen? Würden FDP und Bündnis 90 von der Schwäche der Volksparteien profitieren? Könnte die AfD ihren Siegeszug auch im Bund fortsetzen? Schaffte es die NPD nach dem gescheiterten Parteiverbotsverfahren, die für die staatliche Finanzierung wichtige Hürde von 0,5 Prozent (Bund) bzw. von 1,0 Prozent (Länder) zu überwinden?

Für die DKP bzw. die MLPD auf der einen Seite und *Die Linke* auf der anderen Seite stand eine solche Frage gar nicht ernsthaft zur Diskussion – aus unterschiedlichen Gründen. Im ersten Fall gab es keine realistische Hoffnung, im zweiten keine begründete Gefahr. War im Hinblick auf eine Koalitionsbildung ein Bündnis der konservativ-liberalen Parteien mit der AfD politisch nahezu ausgeschlossen (nicht arithmetisch), so galt dies für *Die Linke* im Kern arithmetisch, jedenfalls im Bund, allerdings nicht politisch.

2. Bundestagswahl

Keiner stellte vor der Bundestagswahl am 24. September 2017 das siegreiche Abschneiden der Union in Frage. Zu weit lag die SPD in den Umfragen zurück.⁵ Beide Parteien verloren noch einmal deutlich, jeweils knapp über 20 Prozent.⁶ Die SPD hatte ihr schlechtestes Ergebnis erreicht, die Union ihr zweitschlechtestes. Der Niedergang der Volksparteien setzte sich also fort, bedingt freilich auch dadurch, dass sie eine Großen Koalition gebildet hatten. Zu ihr kam es wegen der Weigerung der FDP, ein „Ampel“-Bündnis einzugehen, nach langem Hin und Her erneut.⁷ Während *Die Linke* sich nur knapp verbessern konnte, wurde die AfD stärkste Oppositionskraft.

4 Vgl. Eckhard Jesse, Koalitionspolitik, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 127-147.

5 Vgl. ders., Bundestagswahlen. Wahlverhalten – Parteiensystem – Koalitionsszenarien, Wiesbaden 2018, S. 2 f.

6 Vgl. für Einzelheiten Richard Hilmer/Jérémie Gagné, Die Bundestagswahl 2017: GroKo IV – ohne Alternative für Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 372-406; Eckhard Jesse, Die Bundestagswahl 2017 und die Regierungsbildung. Zäsur im Wahlverhalten, im Parteiensystem und in der Koalitionsbildung, in: Zeitschrift für Politik 65 (2018), S. 168-194.

7 Vgl. Sven T. Steffen, Regierungsbildung „wider Willen“ – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 407-436.

Wahlen 2017

*Tabelle 1: Bundestagswahl (Stimmen in Prozent)**

CDU	26,8	(-7,4)
SPD	20,5	(-5,2)
AfD	12,6	(+7,9)
FDP	10,7	(+5,9)
Die Linke	9,2	(+0,6)
B 90/Die Grünen	8,9	(+0,5)
CSU	6,2	(-1,2)
Freie Wähler	1,0	(0,0)
DIE PARTEI	1,0	(+0,8)
Tierschutzpartei	0,8	(+0,5)
NPD	0,4	(-0,9)
PIRATEN	0,4	(-1,8)
ÖDP	0,3	(0,0)
BGE	0,2	(-0,2)
V-Partei	0,1	(+0,1)
DM	0,1	(+0,1)
DIB	0,1	(+0,1)
BP	0,1	(0,0)
AD-Demokraten	0,1	(+0,1)
Tierschutzallianz	0,1	(+0,1)
MLPD	0,1	(0,0)
Gesundheitsforschung	0,1	(+0,1)
DKP	0,0	(+0,1)
Menschliche Welt	0,0	(0,0)
Volksabstimmung	0,0	(0,0)
Die Grauen	0,0	(0,0)
BüSo	0,0	(0,0)
Die Humanisten	0,0	(0,0)
MG	0,0	(0,0)
Du	0,0	(0,0)
Rechte	0,0	(0,0)
SGP	0,0	(0,0)
Bergpartei	0,0	(0,0)
PDV	0,0	(-0,1)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Die 2013 ins Leben gerufene AfD war in jenem Jahr knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert. Als der euro(pa)kritische Bernd Lucke im Juli 2015 nach einem Machtkampf dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen musste, setzte die Partei stark auf die „Flüchtlingskrise“, die einen großen Teil der Bevölkerung bewegte. Die AfD aber war darauf nicht fixiert, auch wenn dieses Thema, das Emotionen beflügelt, im Vordergrund stand. Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 2017 waren Alexander Gauland und Alice Weidel, nachdem sich die Co-Sprecherin Frauke Petry zurückgezogen hatte.

Im 74-seitigen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 nahmen bei der AfD die eng miteinander zusammenhängenden Themen der inneren Sicherheit, der Zuwanderung und des Islam eine dominierende Rolle ein. Sie plädierte für eine wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität; Zuwanderung könne die Probleme der sozialen Sicherungssysteme nicht lösen. „Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.“⁸ Der Islam, der im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe, gehöre nicht zu Deutschland. Das Minarett wie den Muezzin-Ruf lehnt die Partei ab. „Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.“⁹

Besonderes Gewicht legte die Partei weiter auf Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild, eine Aufkündigung der „Transferunion“, den Erhalt des Bargeldes, die Ausrichtung der Außenpolitik an deutschen Interessen, die Abschaffung der „Gender-Ideologie“ und den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems. Die AfD plädierte für eine „deutsche Leitkultur“ und wandte sich gegen „Technologiefeindlichkeit“. Stärker als im Wahlprogramm wartete sie im Wahlkampf mit populistischen Parolen auf. Die Wahl solle zu einer Volksabstimmung über Migration gemacht werden. Die Partei, die im Osten radikaler auftrat als im Westen, stand in der Migrationsfrage nahezu allein auf weiter Flur, mit gewissen Schnittmengen zur FDP und zur CSU. Das brachte ihr einen Märtyrerstatus ein, zumal die Konkurrenz samt einer Vielzahl an Medien die Provokationen aufgriff (etwa: die Bevölkerung habe das Recht, stolz auf die Leistungen der deutschen Soldaten in beiden Weltkriegen zu sein) und die AfD in eine rechtsextremistische Ecke zu rücken suchte.

Im Laufe des Wahlkampfes geriet die Migrationsfrage immer mehr zum Thema Nr. 1. Für die Partei stimmte mit 12,6 Prozent mehr als jeder achte Wähler, womit sie ihren Anteil gegenüber der vorherigen Wahl fast um das Dreifache zu steigern vermochte. Im Osten erreichte die AfD 21,9 Prozent (Erhöhung fast um das Vierfache), im Westen „nur“ auf 10,7 (Erhöhung um mehr als das Doppelte). Was wohl keiner für möglich gehalten hatte: Im Freistaat Sachsen lag die Partei, die bundesweit klar auf dem dritten Platz landete, mit 27,0 Prozent sogar (knapp) vor der CDU

8 Alternative für Deutschland, Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, Berlin 2017, S. 28.

9 Ebd., S. 34 (im Original durch Kursivsatz hervorgehoben).

(26,9 Prozent). Frauke Petry sorgte für einen Paukenschlag, als sie direkt nach der Wahl nicht nur aus der Fraktion ausschied, sondern auch die Partei verließ, aus persönlichen wie politischen Gründen.

Der Ost-West-Unterschied ist mit Blick auf die AfD frappant. Gegen die Kanzlerin Angela Merkel gab es vor allem im Osten bei ihren Wahlkundgebungen heftige, zum Teil aggressive Proteste. Zum einen haderten viele Ostdeutsche mit der gepredigten „Willkommenskultur“. Zum anderen gewannen nicht wenige von ihnen den Eindruck, ihre Lebensleistung seit 1990 werde unzureichend gewürdigt. Das AfD-Wahlverhalten ist damit wesentlich Ausdruck von Protest, weniger ein Zeichen einer Identifikation mit der Partei.

Die Linke, aus der SED hervorgegangen, durchlief mehrere Häutungsprozesse. 2007 schloss sich die *Linkspartei/PDS*, so der Name von 2005 an, mit der vornehmlich westdeutschen *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative* (WASG)¹⁰ zusammen, bedingt wesentlich durch die Hartz IV-Reformen. Den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ist das Zusammenhalten der Partei nach dem Debakel auf dem Göttinger Parteitag 2012 einigermaßen gelungen. Gleichwohl stehen sich systemüberwindende (vor allem im Westen) und reformerische, stärker pragmatisch ausgerichtete Kräfte (vor allem im Osten) nach wie vor gegenüber. Durch die Flüchtlingskrise ist ein weiterer Konflikt ausgebrochen: Die Richtung um Sahra Wagenknecht, lange Repräsentantin der *Kommunistischen Plattform*, befürwortet ein stärkeres Eingehen auf die Ängste der Bevölkerung, auch der eigenen Wählerschaft, und sieht sich des Vorwurfs ausgesetzt, rechten Populismus zu begünstigen. Die Spitzenkandidaten der Parteien im Wahlkampf, die Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, repräsentierten unterschiedliche Flügel. Allerdings bildeten sie ein gewisses Gegengewicht zur Parteiführung.

Das 134-seitige Wahlprogramm der Partei *Die Linke* rückte Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in den Vordergrund.¹¹ Ihr vorrangiges Ziel: Überwindung des Kapitalismus. Sie forderte, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 30 Stunden zu senken. Eine Kernaussage: „Wir schaffen das Hartz-IV-System ab und ersetzen es durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten.“¹² Das Vermögen der Millionäre soll stärker besteuert, die „Zwei-Klassen-Medizin“ beendet, der Klimawandel gestoppt, der Verfassungsschutz abgeschafft, das Verbot aller „neofaschistischen“ Organisationen vollzogen, jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr eingestellt und die NATO aufgelöst werden. Ferner: „DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren.“¹³

10 Vgl. Andreas M. Vollmer, *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative* (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2103.

11 Vgl. Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Bundestagswahl 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag Hannover, 9. bis 11. Juni 2017.

12 Ebd., S. 10 f.

13 Ebd., S. 97.

Im Wahlkampf grenzte sich die Partei nicht nur scharf von der AfD ab, sondern auch, wiewohl nicht so hart, von den „bürgerlichen“ (Union, FDP) und den linken (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) Kräften. Sahra Wagenknecht, die dominierende Figur, erwähnte in ihren Reden immer wieder die Vielzahl der armen Leute, die sich genötigt sahen, Flaschen zu sammeln (wahrlich ein populistischer Gemeinplatz), hielt sich mit Kritik an Putins Russland auffällig zurück, nicht jedoch an Trumps Amerika. Heftig attackierte sie die linke, als „neoliberal“ geltende Konkurrenz. Die Partei hatte es in ökonomisch stabilen Zeiten mit ihrem Kampf gegen „den Kapitalismus“ schwerer als die AfD. Der gemäßigter auftretende Gregor Gysi spielte, anders als bei den Bundestagswahlen zuvor, keine tonangebende Rolle mehr, ebenso wenig wie Oskar Lafontaine, der Ehemann Wagenknechts.

Die Partei konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2013 knapp steigern: von 8,4 Prozent auf 8,9 Prozent. Damit votierte fast jeder elfte Wähler für sie. Trotzdem ist sie jetzt nur noch die fünftstärkste Kraft, nicht mehr die drittstärkste. Wer zwischen Ost und West vergleicht, bemerkt eine augenfällige Tatsache: Die Linke legte im Westen von 5,6 auf 7,4 Prozent zu, verlor im Osten aber 4,9 Punkte und sank von 22,7 auf 17,8 Prozent.

Das relativ gute Abschneiden der Partei im Westen resultiert maßgeblich aus ihrer zunehmenden Akzeptanz; und diese im Osten schon länger bestehende Akzeptanz erklärt paradoxerweise wesentlich ihre dortigen Verluste: Da *Die Linke* im Osten als durch und durch etabliert gilt (so stellt sie in Thüringen den Ministerpräsidenten, und in Brandenburg ist sie Seniorpartner der SPD seit 2011), ging ein Teil ihrer früheren (und unzufriedenen) Wähler zur AfD, stand diese doch für harschen Protest. Die Wählerwanderung zeigt das mit aller Klarheit.¹⁴ Längst nicht alle Wähler der Partei *Die Linke* verstanden sich als Anhänger der von ihrer Spitze propagierten „Willkommenskultur“.

Was das Elektorat angeht, gibt es zwischen der Partei *Die Linke* und der AfD Unterschiede wie Gemeinsamkeiten. Das Wählerpotential der AfD und der Partei *Die Linke* ist jeweils im Osten am stärksten, verursacht durch die Zeit vor und nach 1989/90. Die AfD zeigt in den neuen Ländern radikalere Züge als in den alten, anders als *Die Linke*. Im Osten erreichten AfD und *Die Linke* bei der Bundestagswahl 2017 39,7 Prozent der Stimmen, im Westen bloß 18,1 Prozent. Die AfD schnitt 2017 im Osten und im Westen jeweils besser als *Die Linke* ab. Im Gegensatz zu 2013 stieß ihr Populismus auf mehr Zustimmung als jener des Pendants. Es gibt nicht nur einen Ost-West-Gegensatz, sondern auch, wenngleich schwächer, einen Nord-Süd-Gegensatz. Vereinfacht ausgedrückt: „Der“ prosperierende Süden ist konservativer, „der“ ökonomisch weniger erfolgreiche Norden linker.

Das jeweilige Elektorat der Parteien, das zu einem beträchtlichen Teil paternalistisch Segnungen des Staates erwartet, ist männerdominiert, bei der AfD erkennbarer als bei der Partei *Die Linke*, wie die repräsentative Wahlstatistik belegt: 16,3 Prozent der Männer votierten für die AfD, aber nur 9,2 Prozent der Frauen, 9,7 Prozent der

14 Vgl. infratest dimap, Bundestagswahl 2017, 24. September, Berlin 2017, S. 23.

Männer für *Die Linke* und 8,8 Prozent der Frauen.¹⁵ Der Anstieg des männlichen Wähleranteils bei der AfD bzw. der Rückgang bei der Partei *Die Linke* legt nahe: Offenbar wird die AfD im Vergleich zu früher als radikaler wahrgenommen, *Die Linke* als weniger radikal. Hingegen sind die altersspezifischen Faktoren höchst uneinheitlich.¹⁶ Die AfD ist krass unterrepräsentiert in der jüngsten (18-24 Jahre: 8,0 Prozent) und der ältesten Altersgruppe (ab 70 Jahre: 8,3 Prozent), in der zweitjüngsten (25-34 Jahre: 12,8 Prozent) und der zweitältesten Altersgruppe (60-69 Jahre: 13,2 Prozent). Den klar höchsten Anteil erzielte die Partei bei den 35- bis 44-Jährigen (15,4 Prozent) und bei den 45- bis 59-Jährigen (15,1 Prozent). Eine Interpretationsmöglichkeit: Wer noch nicht oder nicht mehr im Beruf steht, ist offenkundig weniger mit Problemen konfrontiert und daher zufriedener. *Die Linke* wies bei den Wählern bis 69 Jahren keine signifikanten Unterschiede auf (18-24: 10,5 Prozent; 25-34: 10,9 Prozent; 35-44: 9,1 Prozent; 45-59: 9,3 Prozent; 60-69: 10,5 Prozent), brach jedoch bei den über 70-Jährigen mit 6,8 Prozent ein. Die AfD schnitt am besten bei den 35- bis 44-jährigen Männern ab (19,7 Prozent), am schlechtesten bei den über 70-jährigen Frauen (5,9 Prozent). Die Extremwerte für *Die Linke*: 11,5 Prozent (bei den 25- bis 34-jährigen Männern) und 6,1 Prozent (bei den ab 70-jährigen Frauen).

Der Vergleich zwischen Ost und West fördert aufschlussreiche Befunde zutage.¹⁷ Sie waren bei der Analyse direkt nach den Wahlen angesichts der seinerzeit fehlenden Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik so noch nicht erkennbar. Um vor allem den Blick auf die neuen Bundesländer zu richten, in denen die beiden Parteien stark sind: Die AfD, im Osten bei den Männern bis 69 Jahre in allen (!) Altersgruppen die stärkste Kraft, erreichte hier ihren Höchstwert bei den 45- bis 59-jährigen Männern (32,9 Prozent), ihren Tiefstwert bei den über 70-jährigen Frauen im Westen (4,8 Prozent). *Die Linke* erzielte bei den über 70-jährigen Männern mit 23,0 Prozent in den neuen Bundesländern ihr bestes Ergebnis, bei den über 70-jährigen Frauen ihr schlechtestes (2,9 Prozent). Das Wahlverhalten nach dem Alter zeigt für die Partei ein gegenläufiges Wahlverhalten im Osten und im Westen. Die Tendenz: Steigt mit zunehmendem Alter der Anteil für *Die Linke* im Osten, ist es im Westen gerade umgekehrt. Die Hauptgründe: Die Partei ist im Westen deutlich radikaler und zieht dadurch eher junge Leute an; im Osten hingegen fühlen sich die in der DDR länger Sozialisierten zur Partei *Die Linke* am ehesten hingezogen.

Es gibt einige auffallende Analogien in der Wählerschaft beider Parteien: Die Quote der unzufriedenen Wähler überlagerte bei beiden Parteien die der zufriedenen (AfD: 22:11 Prozent, *Die Linke*: 15:8 Prozent). Damit korreliert der Befund, dass die Wählerbindung als Motiv bei der AfD (fünf Prozent) und bei der Partei *Die Linke*

15 Vgl. Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, H. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Wiesbaden 2018, S. 14.

16 Vgl. ebd., S. 18.

17 Vgl. ebd., S. 108 f.

sehr gering ausfiel (sieben Prozent).¹⁸ Arbeiter und Arbeitslose waren unter den Wählern der Rechts- und Linkspopulisten jeweils klar überrepräsentiert.

Die Parteien des harten Extremismus schnitten katastrophal schlecht ab. Das gilt für das linke wie für das rechte Spektrum, also auch für die NPD. Dies erhellt nachdrücklich, wie wenig diese ideologiebehafteten Kräfte die Interessen der Bürger im Auge haben, obwohl sie das immer und immer wieder behaupten, sei es unter Berufung auf „die Massen“, sei es unter Berufung auf „das Volk“. Alle extremistischen Parteien beklagten ihre schlechten Ergebnisse, ohne aber die Schuld bei sich zu suchen.

Zum Linksaußenspektrum: Die *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD), die in allen 16 Bundesländern antrat, kam auf 0,1 Prozent, die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), die in neun Ländern zur Wahl stand, ebenso nur auf 0,0 Prozent wie die trotzkistische *Sozialistische Gleichheitspartei* (SGP), die sich lediglich in Berlin den Wählern stellte.¹⁹ Die MLPD trat großspurig als „internationalistisches Bündnis“ an, nachdem dieses bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Frühjahr 2017 angeblich die „Feuerprobe bestanden“ hatte. Dieses Bündnis, das die Arbeiterinteressen in den Vordergrund rückt und sich als antikapitalistische Alternative versteht, sollte „Überparteilichkeit“²⁰ verbürgen. „Wer eine konsequent linke Alternative sucht, ist bei der INTERNATIONALISTISCHEN LISTE/MLPD genau richtig – und nicht bei den leeren Versprechungen und aufgewärmten Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus von SPD, Grünen und Linkspartei!“²¹ Die DKP nannte in ihrem Wahlprogramm „3 gute Gründe für die Roten“: Frieden, Arbeit, Solidarität. Sie schloss es mit den folgenden Worten: „Die Kandidatur der DKP heißt eine Stimme im Wahlkampf für die Ausgebeuteten und Entrechteten – gegen die Reichen, ihre Politiker und ihre Arroganz.“²² Und die SGP behauptete in ihrem Wahlprogramm, als einzige politische Kraft mit einem sozialistischen Programm anzutreten. Wie die beiden anderen Parteien warnte sie vor einem drohenden Krieg. Jedes Mal galten dabei die USA als „Hauptkriegstreiber“. Die Partei votierte „für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Das ist die einzige Möglichkeit, einen Rückfall in Nationalismus und Krieg zu verhindern und den Kontinent im Interesse der großen Mehrheit seiner Bevölkerung zu vereinen.“²³ Aus ihren Vorbildern machte sie keinen Hehl: Lenin, Trotzki, Luxemburg und Liebknecht. Was für eine Ehre, die sie dem Berliner Osteuropahistoriker Jörg Baberowski angedeihen ließ. Im Wahlprogramm scheut sie nicht davor zurück, ihn als „rechtsextremistisch“ zu titulieren. Zuvor hatten Trotzkiisten Baberowski in seinen Lehrveranstaltungen gestört.

¹⁸ Vgl. infratest dimap (FN 14), S. 19, S. 34.

¹⁹ Vgl. zu den drei Parteien den Beitrag von Isabelle Christine Panreck in diesem Band.

²⁰ MLPD, Wahlprogramm Bundestagswahl 2017, o.O. o.J., S. 2.

²¹ Ebd., S. 8.

²² Deutsche Kommunistische Partei, Bundestagswahl 2017. 3 gute Gründe für die Roten, Essen 2017, S. 5.

²³ <http://www.gleichheit.de/resolutionen/bundestagswahl2017/> (20. Oktober 2018).

Zum Rechtsaußenspektrum: Die NPD, wählbar in 15 Bundesländern, erzielte lediglich 0,4 Prozent. So schlecht schnitt sie zuletzt 2002 ab. *Die Rechte*, nur in Baden-Württemberg kandidierend, kam, wie erwartet, mit 2.054 Stimmen auf 0,0 Prozent. „Die NPD ist keine Partei wie jede andere.“²⁴ Mit diesen Worten eröffnete sie ihr Programm unter dem Motto „Heimat verteidigen“. Der Kampf gegen die „Asylflut“ stand im Vordergrund. Ausländerkriminalität wurde angeprangert, Globalisierung ebenso. Die Partei sprach sich gegen die „EU-Diktatur und NATO-Kriegstreiberei“²⁵ aus. Sie schloss ihr Wahlprogramm mit zwei alternativ formulierten Fragen: „Soll Merkel unser Land weiter mit Heerscharen aus aller Welt fluten, soll eine rot-rot-grüne Bundesregierung die Abschaffung des deutschen Volkes fortsetzen, die bereits unter Schröder, Schily und Fischer zur Jahrtausendwende ihren Anfang nahm? Oder wollen wir Deutschen das Heft des Handelns noch einmal in die Hand nehmen und zeigen, dass wir nicht akzeptieren, dass die ‚da oben‘ unser Land und unsere Zukunft zerstören?“²⁶ In einem TV-Spot der Partei fand sich eine bemerkenswerte resignative Aussage, die auf eine Wählerbeschimpfung hinausläuft: „Wir registrieren: Der bundesdeutsche Wähler ist durch keine noch so überzeugenden Sachargumente zu beeindrucken. Er wählt lieber sehenden Auges seinen eigenen Untergang oder Alternativen, die gar keine sind.“²⁷ *Die Rechte* stellte ihr Wahlprogramm unter das Motto „Heimat, Familie, Identität“. Wie das Parteiprogramm wies es 25 Punkte auf – die Assoziation zum Jahr 1920 liegt nahe – und ist auch beabsichtigt. Ähnlich wie bei der NPD hieß es: „Die Partei DIE RECHTE ist dabei keine Partei wie die ganz anderen.“²⁸ Die 25 Punkte, die Bände sprechen, lauteten wie folgt: Überfremdung stoppen! – Asylflut eindämmen! – Sicherheit, Recht und Ordnung – Linksextremismus und Islamismus den Kampf ansagen – Meinungsfreiheit in der BRD – Bundeswehreininsatz im Inneren, nicht in aller Herren Länder – Deutsche Familien fördern – Homo-Ehe abschaffen – Gender Mainstreaming, raus aus den Schulen, raus aus den Köpfen – Bargeld ist Freiheit – Mindestlohn erhöhen – Alterspflege verstaatlichen – Zeitarbeit verbieten, Wirtschaftsmigranten ausweisen – Gerechte Renten für deutsche Rentner – Der Rundfunkbeitrag hat ausgesorgt – Investitionen in Schulen und Bildung – Keine PKW-Maut für deutsche Autofahrer – Schuldenberg abbauen, Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen – Identität bewahren, Volksgemeinschaft leben – Denkmalpflege und Erinnerungskultur – Politik aus dem Volk, für das Volk! – Verfassung für Deutschland – EU-Austritt jetzt – Föderalismus + Bürokratie minimieren – Umweltschutz ist Heimatschutz, Energiepolitik. Viele Forderungen sind mindestens so radikal antidemokratisch wie die der NPD.

24 NPD, Heimat verteidigen, Berlin 2017, S. 3.

25 Ebd., S. 25.

26 Ebd., S. 30.

27 TV-Spot der NPD zur Bundestagswahl, Wir können auch anders!, unter: <https://npd.de/bundestagswahl-2017/> (20. Oktober 2018).

28 DIE RECHTE, Heimat – Familie – Identität, Pfinztal 2017, S. 5.

3. Landtagswahl im Saarland

Die Landtagswahl am 26. März 2017 im Saarland wurde wegen der zwei Monate zuvor bekanntgegebenen Spitzenkandidatur von Martin Schulz für die SPD bei der Bundestagswahl mit großer Spannung erwartet. Die SPD, die schlechter als von der Demoskopie angenommen abschnitt, konnte im Land keinen Wechsel herbeiführen. Dies wäre für die Ausgangslage der Partei im Bund wichtig gewesen. Das Wahlergebnis ließ wieder nur die Bildung einer Großen Koalition unter der bisherigen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zu, deren CDU 5,5 Prozentpunkte zugelegt hatte.²⁹ *Die Linke* und die AfD bildeten die parlamentarische Opposition. Wäre allerdings die AfD an der Fünfprozentklausel gescheitert (wie die FDP und Bündnis 90/Grüne), hätte es knapp für eine angestrebte rot-rote Regierung gereicht.

Tabelle 2: Landtagswahl Saarland (Stimmen in Prozent)*

CDU	40,7	(+5,5)
SPD	29,6	(-1,0)
Die Linke	12,8	(-3,3)
AfD	6,2	(+6,2)
B 90/Die Grünen	4,0	(-1,0)
FDP	3,3	(+2,1)
Familie	0,8	(-0,9)
PIRATEN	0,7	(-6,7)
NPD	0,7	(-0,5)
Freie Wähler	0,4	(-0,5)
LKR	0,2	(+0,2)
Reformer	0,2	(+0,2)
DIE EINHEIT	0,2	(+0,2)
DBD	0,1	(+0,1)
BGE	0,0	(0,0)
FBU	0,0	(0,0)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2012 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Oskar Lafontaine war zum dritten Mal Spitzenkandidat der Partei *Die Linke*. Obwohl er die SPD verlassen hatte, gab es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien. *Die Linke* stellte – nicht überraschend – auf das Thema der sozialen Gerechtigkeit ab. Manche ihrer Forderungen gingen über die Landespolitik hinaus. So hieß es im Landtagswahlprogramm: „DIE LINKE ist kompromisslose Friedens-

29 Vgl. Jürgen R. Winkler, Die saarländische Landtagswahl vom 26. März 2017: Bestätigung der CDU-geführten Großen Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 40-56.

partei. Wir fordern den Rückzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen sowie ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. [...] Deutschland und die EU dürfen sich weder an Völkerrechtsbrüchen und Kriegen beteiligen noch diese direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege dieser Welt! DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Außenpolitik ab.“³⁰ Sie sprach sich für eine Millionärssteuer im Saarland aus (mit einem Steuersatz von fünf Prozent).³¹

Die Linke gewann zwar mehr als doppelt so viele Stimmen wie die AfD, doch musste sie Verluste in Höhe von 3,3 Punkte gegenüber 2012 hinnehmen. Damals hatte sie bereits 5,5 Punkte gegenüber der letzten Wahl verloren. Gleichwohl ist die Partei in keinem anderen alten Bundesland so stark wie im Saarland, dem jüngsten alten Bundesland: nicht zuletzt dank Oskar Lafontaine. Sollte dieser nicht mehr antreten, dürfte ein weiterer Rückgang zu verzeichnen sein.

Die saarländische AfD trug mit ihrer Bundespartei schwere Konflikte aus. Diese wollte 2016 den Landesverband wegen der Kontakte zwischen saarländischen AfD-Politikern und Repräsentanten der rechtsextremen Szene auflösen, so der Beschluss auf dem Stuttgarter Parteitag, doch stimmte das Bundesschiedsgericht der AfD einer solchen Entscheidung nicht zu. Der saarländische Landesverband erfuhr im Wahlkampf allerdings nur halbherzige Unterstützung durch die Bundespartei.

Die AfD unter ihrem wenig charismatischen Spitzenkandidaten Rudolf Müller rückte, wie erwartet, die Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in den Vordergrund, wenngleich in dem 30-Punkte-Programm der Partei dieser Schwerpunkt erst an 28. („Asylrecht schützen – Missbrauch bekämpfen“) und 29. Stelle („Zuwanderung eindämmen – Schengen aussetzen“) auftauchte. Die Partei begründete den Sachverhalt, dass im Landeswahlprogramm auch Punkte standen, die über die Landespolitik hinausgingen, mit dem Argument, sie wolle politische Verantwortung übernehmen. „Wie schon in der Eurokrise, werden nun auch in der Flüchtlingskrise massive Rechtsbrüche begangen, die mittel- und langfristig zu einer Erosion der kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands führen werden. Politische, religiöse und kulturelle Konflikte werden importiert. Die meisten etablierten Parteien und die mehrheitlich gleichgeschalteten Medien übertreffen sich im Verschweigen der Konflikte.“³² Die AfD plädierte u. a. dafür, das Landesparlament in ein Teilzeitparlament umzuwandeln. Und entschieden wandte sie sich gegen einen Ausbau der Windkraft.

Die Partei zog mit 6,2 Prozent in den Landtag ein. Angesichts der internen Querelen muss dies für sie als Erfolg gelten. Den Fraktionsvorsitz übernahm der Parteivor-sitzende Josef Dürr, der „starke Mann“ mit einer „bunten“ Karriere (erst CDU, dann Christlich Soziale Wähler Union, schließlich 28 Jahre aktives Mitglied der Grünen).

30 Programm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2017, unter: <http://www.dielinke-saar.de> (20. Oktober 2018).

31 Vgl. ebd., S.34.

32 AfD-Saarland, Landtagswahlprogramm 2017, o.O. o.J., S. 38.

An seiner Person hatte sich vor der Wahl inner- und außerhalb der eigenen Partei viel Kritik entzündet.

Die NPD kam in ihrem Landtagswahlprogramm gleich zur Sache (unter dem Punkt „Saarland zuerst! Natürlich deutsch!“): „Die verhängnisvolle Asylpolitik von Kanzlerin Angela Merkel hat auch das Saarland mit einer wahren Welle von Ausländern überzogen. Nicht wenige dieser Fremden sind Islamisten. Hierdurch werden wir Deutschen ständig wachsenden Gefahren ausgesetzt – sowohl was den Verlust unserer kulturellen Identität anbelangt als auch im Hinblick auf die innere Sicherheit. Deutsche Frauen sind in vielen Großstädten bereits zu Freiwill geworden, wie die Kölner Silvesternacht 2015/16 eindrucksvoll gezeigt hat. Hiermit muss endlich Schluss sein! Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben!“³³ Der Tenor der nachfolgenden Punkte („Sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber/Schluss mit der Massenzuwanderung – Ehrlich deutsch statt Multi-Kulti auf Pump! – Das Kreuz bleibt! – Konsequentes Burkaverbot!“ Erst danach ging das Programm auf landesspezifische Fragen ein. Die NPD konnte, im Gegensatz zur letzten Landtagswahl (1,2 Prozent), mit 0,7 Prozent der Stimmen nicht an der Wahlkampfkostenerstattung teilhaben.

4. Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 7. Mai 2017 wurde unter bundes- und landespolitischen Auspizien nicht minder mit Spannung erwartet. Das so von den meisten unerwartete Ergebnis: Abwahl der „Küstenkoalition“. SPD und SSW mussten in die Opposition, CDU und FDP gelangten in die Regierung – zusammen mit den Grünen, die in ihr verbleiben konnten.³⁴ Damit löste Daniel Günther, erst im November 2016 zum CDU-Landesvorsitzenden gewählt, Torsten Albig im Amt des Ministerpräsidenten ab. Das Fernsehduell zwischen Albig und Günther dürfte für die Aufholjagd der CDU, vorsichtig formuliert, nicht ohne Belang gewesen sein.³⁵

Die Linke, die in der gesamten Legislaturperiode als außerparlamentarische Oppositionskraft ein Schattendasein gefristet hatte, sprach sich unter ihrer Spitzenkandidatin Marianne Kolter u. a. für soziale Gerechtigkeit aus (das Thema Nr. 1 der Partei), für die Bekämpfung der Kinder- und Altersarmut sowie der Armut von Alleinerziehenden und der Menschen mit Migrationshintergrund. Das überfrachtete Wahlprogramm mit engbedruckten 70 Seiten umfasste folgende, weiter untergliederte Punkte: Eine neue Politik für alle Menschen – Zeit für Veränderung; Schleswig-Hol-

33 Landtagswahlprogramm der NPD Saar, o.O. o. J., S. 1.

34 Vgl. Wilhelm Knelangen, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 7. Mai 2017: Niederlage der „Küstenkoalition“ und erstmals „Jamaika“ im Norden, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), S. 575-593.

35 Vgl. Uwe Wagschal u.a., Das TV-Duell und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein: Das Debat-O-Meter als neues Instrument der politischen Kommunikationsforschung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), S. 594-613.

stein sozial gerecht gestalten; Gutes Wohnen muss für alle bezahlbar sein; Konsequenz für gute Bildung und bessere Ausbildungsbedingungen; Neue Wege für Gesundheit und Pflege; Gute Pflege ist ein Menschenrecht; Gute Arbeit, guter Lohn; Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft; Zukunft gestalten – sozial und ökologisch; Offen für alle; Solidarische Gesellschaft: Alle haben ein Wort mitzureden; Wir wollen ein friedliches Land. Für alle; Finanzpolitik sozial gerecht gestalten; Eine starke LINKE verändert das Land.

*Tabelle 3: Landtagswahl Schleswig-Holstein (Stimmen in Prozent)**

CDU	32,0	(+1,2)
SPD	27,3	(-3,1)
B 90/Die Grünen	12,9	(-0,3)
FDP	11,5	(+3,3)
AfD	5,9	(+5,9)
Die Linke	3,8	(+1,5)
SSW	3,3	(-1,3)
PIRATEN	1,2	(-7,0)
Familie	0,6	(-0,4)
Freie Wähler	0,6	(0,0)
DIE PARTEI	0,6	(+0,6)
Z.SH	0,3	(+0,3)
LKR	0,2	(+0,2)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2012 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Beim letzten Punkt hob die Partei dreierlei hervor: Für einen grundlegenden Politikwechsel benötige sie den Druck von sozialen Bewegungen; die Schuldenbremse müsse gelöst werden; gesellschaftliche Ungewissheit sei zu beseitigen. „Für uns ist klar: Ein ‚Weiter so‘ ist keine Option, der ungehemmte Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Die Wege, die wir im Hier und Jetzt gehen, die Änderungen, die wir durchsetzen, sind Schritte hin zu einer anderen, sozial gerechten, wirklich demokratischen und menschlicheren Gesellschaft, dem demokratischen Sozialismus.“³⁶

Die Aussichten für die AfD unter ihrem Spitzenkandidaten Jörg Nobis waren wegen heftiger innerparteilicher Querelen trübe. „Zudem erwies sich der polarisierte Wahlkampf zwischen CDU und SPD als ein wenig günstiges Umfeld für die AfD, zumal die Flüchtlingspolitik keine herausragende Rolle spielte.“³⁷ Jedenfalls war

36 Programm zur Landtagswahl 2017. Für ein solidarisches Schleswig-Holstein. Eine starke Linke verändert das Land. Kiel 2017, S. 67.

37 Knelangen (FN 34), S. 583.

von ihr wenig im Wahlkampf zu vernehmen. Das Wahlprogramm fiel insgesamt gemäßigt aus, wetterte aber gegen das politische Establishment: „Die Altparteien erkennen den gesellschaftlichen Sprengstoff nicht, der sich aus der Umverteilung des Wohlstandes innerhalb Europas und der ungezügelter Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum ergibt.“³⁸ Sätze wie die folgenden findet der Leser nicht in jedem AfD-Programm: „Die Alternative für Deutschland bekennt sich in Schleswig-Holstein zu unserer liberalen, selbstbewussten und werteorientierten Lebensart. [...] Als bürgerliche Partei der Mitte wollen wir nicht zurück in eine diffuse Sozialromantik.“³⁹

Die Partei forderte eine starke Bürgerbeteiligung, die Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum und eine konsequente Bekämpfung der Schwerstkriminalität. „Die AfD Schleswig-Holstein ist gegen jede Form von Extremismus. Die Bekämpfung von islamistisch motiviertem Extremismus, Links- und Rechtsextremismus allein der Polizei und dem Verfassungsschutz zu überlassen, ist nicht ausreichend, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet und frei von ideologischen Aspekten angegangen werden.“⁴⁰ Harte Worte zu der als verfehlt angesehenen Einwanderungs- und Integrationspolitik fehlten freilich nicht.⁴¹

Beide Parteien spielten im Wahlkampf keine größere Rolle. Die AfD schaffte mit 5,9 Prozent knapp den Einzug ins Landesparlament (54 Prozent selbst der AfD-Sympathisanten meinten, die Partei distanzieren sich zu wenig von rechtsextremen Positionen⁴²), *Die Linke* scheiterte mit 3,8 Prozent an der Fünfprozentklausel, obwohl sie 1,5 Punkte hinzugewann. Die Frage einer Koalition stellte sich im Wahlkampf weder für die eine noch die andere Partei. In keinem anderen Bundesland lag der Anteil der zur Wahl angetretenen rechts- und linkspopulistischen Kräfte unter zehn Prozent.

5. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017, eine Woche nach der in Schleswig-Holstein, brachte einen Regierungswechsel.⁴³ Dieser war – trotz des Einzugs der AfD ins Parlament – nur möglich, weil *Die Linke* haarscharf das Überwinden der Fünfprozenthürde verfehlt hatte. Neuer Ministerpräsident wurde Armin Laschet (CDU) als Nachfolger von Hannelore Kraft, die nach den Erfahrungen im Saarland ein Bündnis mit der Partei *Die Linke* ausgeschlossen hatte. Der vielbe-

38 Unser Land, unsere Heimat. Wahlprogramm der AfD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2017, Kiel 2017, S. 4.

39 Ebd., S. 6.

40 Ebd., S. 10 (Fettdruck im Original).

41 Vgl. ebd., S. 27-30.

42 Vgl. Knelangen (FN 34), S. 588.

43 Vgl. Stefan Bajohr, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2017: Schwarz-Gelb statt Rot-Grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2012), S. 614-633.

schworene „Schulz-Effekt“ mutierte zu einer Art „Schulz-Defekt“, wobei die Ministerpräsidentin allerdings eigens Wert auf landespolitische Themen gelegt hatte. Dieses Kraft-Votum war angesichts der Defizite in der Bildungs- und Sicherheitspolitik kraftlos.

Die Linke war seit 2012 nicht mehr im Landtag vertreten. Unter ihren Spitzenkandidaten Christian Leye und Özdem Demirel versuchte sie, dies zu ändern, fand im Wahlkampf jedoch wenig Aufmerksamkeit. Das extrem detaillierte Mammutwahlprogramm im Umfang von 130 Seiten umfasste folgende Kapitel: Armut und soziale Spaltung überwinden – Die Wirtschaft ist für die Menschen da – Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren – Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen – Die Zerstörung unserer Umwelt beenden – Rechtsruck aufhalten und Grundrechte stärken – Netzpolitik, Medien und Kultur – Internationale Solidarität.

Auch in Nordrhein-Westfalen legte die Partei besonderen Wert auf die Armutsproblematik. „Die grundsätzliche Richtung der Politik muss sich ändern. Richtschnur politischen Handelns darf nicht mehr das wirtschaftliche Privatinteresse einer ökonomisch mächtigen Minderheit sein. Nirgends ist das so offenkundig wie beim Thema Armut und Reichtum. [...] Diese schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der daraus ermöglichten Lebenschancen ist nicht naturgegeben. Sie ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, das heute wieder Kapitalismus genannt werden darf. Alle anderen Parteien haben sich dieser sozial ungerechten Politik verschrieben. Und die neueste Parteigründung, die ‚Alternative für Deutschland‘, ist in dieser Hinsicht sogar eine besonders schreckliche und brutale Variante.“⁴⁴ Ungeachtet dieser vehementen Kritik hielt sich *Die Linke*, die den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz (das Wort taucht im Programm nur in Anführungszeichen auf) abzuschaffen versprach, in puncto Koalitionsbildung eine Hintertür offen, lehnte jedenfalls nicht schlangweg ein Bündnis mit der verteuflten Konkurrenz ab.

Bei der AfD hatte in Nordrhein-Westfalen der gemäßigte AfD-Spitzenkandidat Marcus Pretzell vorwiegend politisch bedingte Auseinandersetzungen mit seinem Co-Sprecher Martin Renner zu überstehen. Der Wahlkampf litt unter der mangelnden Geschlossenheit der Partei. Das überreich gegliederte Wahlprogramm, dem ein Motto von Heinrich Heine vorangestellt war („Diejenigen fürchten das Pulver am meisten, die es nicht erfunden haben“) und u. a. Kapitel über Bildung und Forschung enthielt, über Familie, Demographie und Gleichberechtigung, über Recht, Demokratie und Freiheit, über Arbeit und Soziales, über Euro, EU und Banken, Inneres und Justiz, forderte u. a. die Abschaffung der Kammer-Zwangsgliedschaften für Klein- und Kleinstunternehmen. Gehört dies in ein Landtagswahlprogramm?

44 DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen, Unser Programm zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017, Essen 2016, S. 5.

*Tabelle 4: Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (Stimmen in Prozent) **

CDU	33,0	(+6,7)
SPD	31,2	(-7,9)
FDP	12,6	(+4,0)
AfD	7,4	(+7,4)
B 90/Die Grünen	6,4	(-4,9)
Die Linke	4,9	(+2,3)
PIRATEN	1,0	(-6,8)
Tierschutzliste	0,7	(0,0)
DIE PARTEI	0,6	(+0,3)
Freie Wähler	0,4	(+0,2)
NPD	0,3	(-0,2)
BIG	0,2	(+0,1)
ÖDP	0,2	(+0,1)
AD-Demokraten NRW	0,1	(+0,1)
V-Partei	0,1	(+0,1)
Aufbruch C	0,1	(0,0)
Volksabstimmung	0,1	(+0,1)
MLPD	0,1	(+0,1)
Die Violetten	0,1	(+0,1)
JED	0,1	(+0,1)
REP	0,1	(+0,1)
Gesundheitsforschung	0,1	(+0,1)
BGE	0,1	(+0,1)
Schöner Leben	0,1	(+0,1)
DBD	0,1	(+0,1)
Die Rechte	0,0	(0,0)
Zentrum	0,0	(0,0)
DKP	0,0	(0,0)
FBI/FWG	0,0	(-0,1)
Parteilose WG „BRD“	0,0	(0,0)
PAN	0,0	(0,0)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2012 (in Prozentpunkten).

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Im Vergleich zu anderen Landesverbänden vor allem des Ostens fielen die Aussagen zum Komplex „Zuwanderung, Integration und Asyl“ eher gemäßigt aus. „Migration und Integration müssen so gestaltet werden, dass die Interessen unseres Landes wie-

der im Vordergrund stehen, unser Wertesystem und die deutsche Leitkultur erhalten bleiben. Voraussetzung dafür ist die uneingeschränkte Akzeptanz der Wertfundamente unserer Gesellschaft, basierend auf Judentum, Christentum, Humanismus und Aufklärung und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nur ein Land, das selbstbewusst für seine Werte und Gesetze einsteht, wird in der Lage sein, seine nationale Identität zu bewahren und Zuwanderer effektiv zu integrieren.“⁴⁵

Wie *Die Linke* forderte die AfD eine Rückkehr zur neunjährigen Schulzeit. Beide politischen Kräfte nahmen für sich ein Alleinstellungsmerkmal in Anspruch: sich als einzige von anderen Parteien komplett zu unterscheiden. Dabei ignorierten sie den *lunatic fringe*.

Die drei extremistischen Splitterparteien NPD (0,3 Prozent), MLPD (0,1 Prozent) und *Die Rechte* (0,1 Prozent) blieben erwartungsgemäß erfolglos. Der Auftakt für die Bundestagswahl fiel also nicht positiv aus. Angesichts der primitiven Wahlwerbespots kann dies nicht verwundern. Gleichwohl schrieb die MLPD („Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“) unter der Überschrift „NRW: Gute Bilanz für die Internationalistische Liste/MLPD“: „Die 45.000 Plakate in allen größeren Städten hoben sich klar ab vom nichtssagenden Wahlkampf der bürgerlichen Parteien und ernteten tausendfach Beachtung und Zuspruch. Die Internationalistische Liste/MLPD verband ihren Wahlkampf eng mit den Kämpfen und Anliegen der Arbeiterklasse und der Massen. [...] Jede Stimme für das Bündnis gibt den Forderungen und Anliegen der Bewegung mehr Gewicht.“⁴⁶ Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben.

6. Landtagswahl in Niedersachsen

Die Landtagswahl in Niedersachsen sollte eigentlich am 14. Januar 2018 stattfinden. Doch hatte die rot-grüne Koalition durch den Fraktionsübertritt von Elke Twesten (bisher Bündnis 90/Die Grünen) zur CDU ihre Mehrheit verloren. Es bestand Konsens über eine Auflösung des Landtages und eine baldige Neuwahl. Diese führte am 15. Oktober zu Stimmengewinnen für die SPD und zu Verlusten für die CDU – noch wenige Wochen zuvor hatte das ganz anders ausgesehen.⁴⁷ Offenkundig spielte eine Vielzahl an landespolitischen Faktoren dafür eine Rolle – auch die unverblünte Absage der SPD an eine Große Koalition im Bund noch am Wahlabend (es kam später bekanntermaßen anders) nutzte ihr. Nach der Wahl wurde eine Große Koalition unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Stephan Weil gebildet, da die Grünen ein

45 Alternative für Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Wahlprogramm der AfD für die Bürger Nordrhein-Westfalens, o.O. o.J., S. 38.

46 NRW: Gute Bilanz für die Internationalistische Liste/MLPD, unter: <https://www.mlpd.de>.

47 Vgl. Harald Schoen/Alexander Wuttke/Agatha Kratz/Maria Preißinger, Ein Umschwung in den letzten Wochen: Befunde einer mehrwelligen Wiederholungsbefragung zur niedersächsischen Landtagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 22-39.

Bündnis mit der CDU und der FDP abgelehnt hatten, die Liberalen ihrerseits eines mit der SPD und den Grünen.⁴⁸

*Tabelle 5: Landtagswahl Niedersachsen (Stimmen in Prozent)**

SPD	36,9	(+4,3)
CDU	33,6	(-2,4)
B 90/Die Grünen	8,7	(-5,0)
FDP	7,5	(-2,4)
AfD	6,2	(+6,2)
Die Linke	4,6	(+1,5)
Tierschutzpartei	0,7	(+0,7)
DIE PARTEI	0,6	(+0,6)
Freie Wähler	0,4	(-0,7)
PIRATEN	0,2	(-1,9)
BGE	0,1	(+0,1)
DM	0,1	(+0,1)
V-Partei	0,1	(+0,1)
ÖDP	0,1	(+0,1)
LKR	0,0	(0,0)

*Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Veränderungen gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2013 (in Prozentpunkten).

Quellen: Zusammenstellung nach amtlichen Statistiken.

Die Linke unter ihrer Spitzenkandidatin Anja Stoeck stellte, wie nicht anders zu erwarten, soziale Themen in den Vordergrund⁴⁹: den Kampf gegen Kinder- und Altersarmut, einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde, eine solidarische Mindestrente von 1.500 Euro, die Förderung des Wohnungsbaus, die Einrichtung von Sozialtarifen im öffentlichen Personenverkehr, eine flächendeckende Krankenversorgung, die Beseitigung des Pflegenotstandes, eine allgemeine Lernmittelfreiheit und eine gute Finanzierung aller Hochschulen. Ferner votierte die Partei für mehr gesetzliche Feiertage in Niedersachsen, so den „Internationalen Frauentag“ (8. März) und den Tag der „Befreiung von Faschismus und Krieg“ (8. Mai), auch den „Christopher-Street-Day“.

Der Wahlkampf der AfD litt unter dem mehr persönlich als politisch bedingten Streit zwischen den Lagern des (damaligen) Landesvorsitzenden Armin Paul Hampel und der Spitzenkandidatin Dana Guth. In der Präambel des Landeswahlpro-

48 Vgl. Holger Meyer/Ferdinand Müller-Rommel, Die niedersächsische Landtagswahl vom 15. Oktober 2017: „Vernunfttheirat“ führt zu einer Großen Koalition nach 50 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2017), S. 3-22.

49 Vgl. DIE LINKE, Unser Wahlprogramm. Neustart für Niedersachsen: Sozial gerecht. Ökologisch konsequent. Unbestechlich, o.O. o.J.

gramms war von Denk- und Sprechverboten die Rede, denen sich die AfD nicht beuge. Ihren politischen Inhalten waren fünf Grundwerte vorangestellt: die Identität bewahren, die Diskussionskultur beleben, die Marktwirtschaft mit ihrer sozialen Verantwortung ernst nehmen, staatliche Aufgaben wieder erfüllen sowie die landmannschaftliche Verbundenheit der Niedersachsen erhalten. Zentral bei den 15 Punkten war der 13.: „Massenzuwanderung stoppen – Identität schützen“. Die Unterüberschriften lauteten: „Wir haben ein Recht auf unsere Identität“ – „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ – „Verfassungswidrige Auswanderung beenden“ – „Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen“ – „Die Masseneinwanderung erfolgt in die Sozialsysteme“ – „Die Belastung der Sozialsysteme verringern, Lohndumping verhindern“ – „Deutsche Leitkultur durchsetzen“ – „Unsere Freiheit steht über dem Islam“ – „Missbrauch des Demonstrationsrechtes beenden“ – „Polygamie und Kinderehen verhindern“.⁵⁰ In diesen Passagen wurde Klartext geredet – manche Aussage war starker Tobak. So hieß es: „Die Versammlungsfreiheit ist ein Bürgerrecht, kein allgemeingültiges Menschenrecht. Sinn dieses Rechts ist es nicht, dass Ausländer die Konflikte ihrer Heimatländer auf deutschem Boden austragen. Wir fordern daher die Einführung eines generellen Demonstrationsverbots für Ausländer.“⁵¹

Der Wahlausgang ähnelte, bezogen auf *Die Linke* und die AfD, dem der zwei Landtagswahlen zuvor. Die AfD überwand relativ knapp die Fünfprozenthürde (mit 6,2 Prozent). *Die Linke* konnte zwar zulegen, scheiterte aber an ihr (mit 4,6 Prozent). In Niedersachsen vermochten beide Parteien keine Akzente zu setzen – ihre Kampagnen verpufften geradezu. Die SPD hatte vor der Wahl kein Bündnis mit der Partei *Die Linke* propagiert, ein solches jedoch auch nicht eigens ausgeschlossen. Wäre es bei ihrem Überwinden der Fünfprozenthürde tatsächlich zur ersten Koalition in einem alten Bundesland unter Einbeziehung der Partei *Die Linke* gekommen?

7. Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der Wahlen 2017 erwiesen sich für die Union in der Summe als Erfolg, wiewohl auch nicht in jeder Hinsicht. Sie gewann die drei Landtagswahlen im Vorfeld der Bundestagswahl. Auch lag sie hier klar vor der SPD, wenngleich sie beträchtliche Einbußen hinnehmen musste. Die SPD, die in fast allen Ländern und ebenso im Bund einbrach, konnte nur in Niedersachsen das Amt des Ministerpräsidenten behaupten.

Zwar hatten AfD und *Die Linke* bei den drei Landtagswahlen vor der Bundestagswahl nicht „berauschend“ abgeschnitten (die AfD gelangte mit Ergebnissen zwischen 5,9 und 7,4 Prozent in alle Landtage, *Die Linke* nur in den saarländischen, mit

⁵⁰ Vgl. Alternative für Deutschland, Landeswahlprogramm. Der Heimat eine Zukunft geben, o.O. o.J., S. 47-50.

⁵¹ Ebd., S. 50.

deutlichen Verlusten), aber beide Parteien erhöhten bei der Bundestagswahl ihren Wähleranteil. Steigerte sich *Die Linke* nur knapp, vermochte die AfD mehr als jede achte Wählerstimme zu gewinnen.

Was die AfD angeht, lehnt die Partei gegenwärtig jedes Regierungsbündnis ab, nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern. Es gibt zuweilen vollmundige Äußerungen: Koalition ja, aber nur als stärkster Partner. Die gesamte Konkurrenz wendet sich entschieden gegen jegliche Kooperation mit der AfD. Als vereinzelt sächsische Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der CDU ein Bündnis in ferner Zukunft ins Spiel brachten, vernahmen sie schrille Proteste aus den eigenen Reihen. Komplizierter fällt das Urteil für *Die Linke* aus: Sie hatte ein Bündnis mit der SPD und den Grünen bei einem Entgegenkommen dieser Parteien, im innen- wie im außenpolitischen Bereich, nicht ausgeschlossen. Und die Konkurrenz blieb auch vage, weil sie wusste, eine Kooperation könne ihr schaden. Anders als früher hatte die SPD ein Bündnis mit der Partei *Die Linke* vor der Wahl nicht eigens verworfen, doch ließ das Wahlergebnis ein solches Szenario ohnehin nicht zu.

Die Ergebnisse für die Parteien des harten Rechts- und Linksextremismus sind nirgendwo der Rede wert. Auch der NPD blieb nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2017, sie nicht zu verbieten, weil sie angesichts ihrer Schwäche keine Bedrohung für die freiheitliche Ordnung darstelle, gänzlich erfolglos. So konnte sie mit einem Stimmenanteil von 0,4 Prozent nicht von der Wahlkampfkostenerstattung profitieren.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016 erzielten AfD (24,3 Prozent) und *Die Linke* (16,3 Prozent) 0,2 Punkte mehr als die beiden Volksparteien CDU (29,8 Prozent) und SPD (10,6 Prozent), wie eingangs erwähnt. Und bei der Bundestagswahl 2017 war dies in Sachsen der Fall. Die Stimmenanteile von AfD (27,0 Prozent) und der Partei *Die Linke* (16,1 Prozent) lagen zusammen deutlich über denen der CDU (26,9 Prozent) und SPD (10,5 Prozent). Zwar ist dies bei den Landtagswahlen 2018 in Bayern und Hessen ausgeschlossen, aber durch den Einzug der AfD in das Parlament könnte die Fortsetzung der bisherigen Konstellationen (in Bayern die Alleinregierung der CSU, in Hessen die schwarz-grüne Koalition) gefährdet sein.

Das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern fällt anders aus.⁵² Bei den drei Landtagswahlen 2019 in den ostdeutschen Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist ein Szenario wie das in Sachsen-Anhalt 2016 und in Sachsen bei der Bundestagswahl 2017 gut möglich.⁵³ Dann wären die beiden Volksparteien auf einen Koalitionspartner aus den Reihen der Grünen und der Liberalen angewiesen. Sollten diese beiden an der Fünfprozenthürde scheitern (die ostdeutschen Länder sind für sie ein schwieriges „Pflaster“) und damit eine negative Mehrheit für AfD und *Die Linke* nicht verhindern, dürfte das ein Menetekel für die Regierungsbildung bedeuten. Aber das steht nicht bevor – und unabhängig davon: Von „Weimarer Verhältnissen“

52 Vgl. u. a. Hendrik Träger, Die Bundestagswahl 2017 in Ostdeutschland: ein Alarmsignal für die Volksparteien, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik 67 (2018), S. 295-301.

53 Vgl. Eckhard Jesse, Sachsen, Thüringen und Brandenburg – ein Jahr vor den Landtagswahlen, in: Politik & Kommunikation, Heft 3/2018, S. 46-50.

Wahlen 2017

ist die insgesamt stabile Bundesrepublik Deutschland weit entfernt. Bei aller begründeten Kritik an den Positionen der AfD und der Partei *Die Linke*: Diese sind weit von denen der NSDAP und der KPD entfernt.

Organisationen 2017

Von Uwe Backes

1. Ausgangssituation und Rückblick

Der im deutschen Parteiensystem seit mehreren Jahren zu beobachtende Repolarisierungstrend setzte sich im Berichtsjahr fort. Während das politische Gewicht des linken Flügels unverändert blieb, erfuhr der rechte Flügel eine nachhaltige Stärkung. Allerdings galt die im Inneren heterogene Partei *Die Linke* bei Teilen der gemäßigten Linken zumindest auf Länderebene als koalitionsfähig, wohingegen die anhaltend erfolgreiche *Alternative für Deutschland* (AfD) politisch weitgehend isoliert blieb, so sehr sie auch Distanz zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) und ihrem Umfeld zu wahren suchte. Der euroskeptische Rechtspopulismus stieß bei den Parteien der demokratischen Mitte auf größere Vorbehalte als der euroskeptische Linkspopulismus, wie ihn Teile der *Linken* kultivierten.

Mit Blick auf das Jahr 2017 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde die vom Verbot bedrohte NPD weiter an Bedeutung verlieren und die Rechtsdrift der AfD anhalten? Könnte die AfD in eine ähnliche Rolle schlüpfen wie die erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Frankreich, den Niederlanden und Österreich? Würde der Einzug in den Deutschen Bundestag mit einem stattlichen Ergebnis gelingen – und damit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur politischen Etablierung? Könnte die *Linke* dadurch indirekt geschwächt und/oder vollends auf einen linkspopulistischen Kurs gebracht werden? Erhöhte sich das Potential der „rechten“, „linken“ und dschihadistischen Gewalt in seinen mannigfachen Wechselwirkungen weiter? Und schließlich: Würde die militärische Schwächung des IS in Syrien und im Irak für anhaltende Präsenz des internationalen Terrorismus auch in Deutschland sorgen?

2. Linksextremismus

Den linken Flügel des politischen Spektrums dominierte unverändert die in rechtlicher Kontinuität zur früheren DDR-Staatspartei SED stehende, jedoch in ihrem Inneren grundlegend transformierte und nur in einigen Substrukturen vom behördlichen Verfassungsschutz beobachtete Partei *Die Linke*. Die Erfolge der AfD, die Nichtwähler und Wechselwähler aus fast allen Lagern und überproportional in den unteren Einkommensgruppen anzuziehen vermochte¹, ließen die Frage nach der er-

1 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2017, in diesem Band.

folgreichen Mobilisierung der Unzufriedenen und Frustrierten in den Mittelpunkt der innerparteilichen Strategiediskussionen treten. Vor allem die Ko-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Sahra Wagenknecht (geb. 1969), äußerte heftige Kritik an der Flüchtlingspolitik Angela Merkels und musste sich den Vorwurf gefallen lassen, sie vertrete teilweise Positionen, die denen der AfD entsprächen.² Auf dem Parteitag der *Linken* in Hannover (9. bis 11. Juni), wo das Programm für die Bundestagswahl beschlossen wurde, warb sie für eine Politik, wie sie der Labour-Politiker Jeremy Corbyn und der Linkssozialist Jean-Luc Mélenchon mit der 2016 gegründeten, im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen überaus erfolgreichen, von professionellen Beobachtern als linkspopulistisch eingeordneten Sammlungsbewegung in Frankreich („La France insoumise“)³ mit Erfolg betrieben hätten.⁴

Die Mobilisierung gegen den erfolgreichen Rechtspopulismus/Rechtsextremismus half der *Linken* bei der Gewinnung neuer Anhänger. Die Mitgliederzahl der Partei stieg 2017 nach vielen Jahren des Rückgangs wieder an – von 58.900 Ende 2016 auf rund 62.300 Ende 2017 (siehe Tab. 1).⁵ Allerdings ging der Zuwachs in erster Linie auf das Konto der westlichen Landesverbände, die erfolgreich junge Mitglieder werben konnten – meist in den akademischen Milieus der Großstädte. Dagegen verzeichneten die immer noch verhältnismäßig starken, aber überalterten östlichen Landesverbände einen negativen Mitglieder-Saldo. Gleichwohl gab es auch dort Neuzugänge in der Altersgruppe der unter 35-Jährigen.⁶ Die Jugendorganisation *linksjugend* [‘solid] wies zum Jahresende 2017 den Rekordstand von rund 6.000 aktiven und etwa 4.000 passiven Mitgliedern auf.

Die Ämter für Verfassungsschutz beobachteten im Jahr 2017 wie in den Vorjahren lediglich innerparteiliche Vereinigungen der Partei. Neben der *Kommunistischen Plattform* (KPF) firmierten folgende Gruppierungen der *Linken* als „offen extremistische“ Zusammenschlüsse: die *Sozialistische Linke* (SL), die ein positives DDR-Bild verbreite; die *Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí*, die eng mit kubanischen Regimeorganisationen zusammenarbeite; die seit Ende 2012 als formeller innerparteilicher Zusammenschluss verfasste *Antikapitalistische Linke* (AKL), die sich positiv auf Marx und Lenin beziehe und ihre Mitgliederzahl auf über 800 deutlich steigern konnte; die „orthodox“ marxistischen Zusammenschlüsse *Marxistisches Forum* und *Geraer/Sozialistischer Dialog* sowie die trotzkistischen Vereinigungen *marx21* und

2 Vgl. Wagenknecht macht Merkel für Anschlagsoffer mitverantwortlich, in: Die Zeit Online vom 4. Januar 2017.

3 Vgl. Gilles Ivaldi/Andrej Zaslove/Agnes Akkerman, La France populiste?, Note de recherche ENEF/Sciences Po-CEVIPOF, Nr. 30, Paris 2017.

4 Vgl. Sahra Wagenknecht, Wir wollen soziale Gerechtigkeit, wir wollen Frieden, Rede auf dem Parteitag in Hannover am 11. Juni 2017, unter: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/hannoverscher-parteitag-2017/reden-und-grussworte/news/wir-wollen-soziale-gerechtigkeit-wir-wollen-frieden/> (12. Juli 2017).

5 Siehe auch Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 346-371.

6 Vgl. Fabian Lambeck/Aert van Riel, Die Linke wird jünger und westdeutscher, in: Neues Deutschland vom 7. Juni 2018.

(in Teilen) *Sozialistische Alternative Voran* (SAV).⁷ Die Mitgliederzahl dieser Zusammenschlüsse wurde insgesamt auf rund 5.500 veranschlagt. Nur die AKL konnte gegenüber dem Vorjahr einen leichten Zuwachs verbuchen. Die stärkste Gruppierung blieb die KPF mit unverändert rund 1200 Mitgliedern.

Tabelle 1: SED, SED-PDS, PDS, Linkspartei.PDS, DIE LINKE – Mitgliederentwicklung, 1989-2017

Aug. 1989	2.300.000	Dez. 2003	65.800
Jan. 1990	700.000	Dez. 2004	61.400
Dez. 1990	281.000	Dez. 2005	61.300
Dez. 1991	172.600	Dez. 2006	60.200
Dez. 1992	146.700	Dez. 2007	71.700
Dez. 1993	131.400	Dez. 2008	76.000
Dez. 1994	123.800	Dez. 2009	78.000
Dez. 1995	114.900	Dez. 2010	73.700
Dez. 1996	105.000	Dez. 2011	69.500
Dez. 1997	98.600	Dez. 2012	63.800
Dez. 1998	94.600	Dez. 2013	63.800
Dez. 1999	88.600	Dez. 2014	60.600
Dez. 2000	83.500	Dez. 2015	59.000
Dez. 2001	77.800	Dez. 2016	58.900
Dez. 2002	70.800	Dez. 2017	62.300

Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzbehörden.

Das Verhältnis zur *Linken* war Teil heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), die unter dem amtierenden Parteivorsitzenden Patrick Köbele (geb. 1962) den Marxismus-Leninismus und das Konzept der „Diktatur des Proletariats“ erneut ins Zentrum der Parteiprogrammatik und -strategie gerückt hatte und bündnispolitisch stärker als in früheren Jahren die Notwendigkeit eigenständigen Auftretens betonte. Dass dieser Kurs von einer starken Minderheit abgelehnt wurde, zeigte sich im Konflikt mit dem Bezirksverband Südbayern, dem die Parteileitung u. a. wegen seines Engagements für eine offene Bündnispolitik, der Einbindung in das „Netzwerk kommunistische Politik“ und der Tendenz zur Unterstützung der *Linken* bei Wahlen Fraktionsbildung zum Vorwurf machte. Auch weil der Bezirksverband an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Eigenkandidatur der DKP zur Bundestagswahl festhielt, erklärte der DKP-Parteivorstand ihn im Juni 2017 für aufgelöst.⁸ 37 Mitglieder verließen auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz

⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 141-147. Im Folgenden zitiert als VSB 2017.

⁸ Vgl. zu den Hintergründen Rudolf Stumberger, Kommunistische Zerreißprobe, in: Neues Deutschland vom 12. Juli 2017.

im November 2017 die DKP.⁹ Eine größere Austrittswelle folgte einstweilen nicht. Die Zahl der Mitglieder blieb mit rund 3.000 zum Jahresende in etwa konstant.

Die maoistische *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) sprach dennoch von einer „Spaltung der DKP“.¹⁰ Gleichzeitig unterbreitete sie dem Parteivorstand ein Kooperationsangebot unter der Bedingung, dass diese dem „Revisionismus“ konsequent abschwöre. Die Partei sah sich und die von ihr mitgegründete *International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations* (ICOR) weltweit im Aufschwung. Allerdings war diese Einschätzung nur schwer mit der stagnierenden Mitgliederzahl (unverändert rund 1.800¹¹) und den üblichen Wahlergebnissen im 0,1-Prozent-Bereich in Einklang zu bringen.

Die MLPD bot im Vergleich zur DKP das Bild einer sektenartig geschlossenen Kaderorganisation. Der Kontrast war noch stärker in Relation zur Vielfalt trotzkistischer Zirkel, die hochgradigen ideologischen Dogmatismus mit strategischer Geschmeidigkeit verbanden. Teils engagierten sie sich offen „entristisch“ in der *Linken* (*marx21*, SAV), teils eigenständig. Dies galt etwa für die *Sozialistische Gleichheitspartei* (SGP), die vor dem Februar 2017 als *Partei für soziale Gleichheit* (PSG) bekannt war, für ihren Namenswechsel aber nicht mit einer Erhöhung der Stimmenzahl bei der Bundestagswahl belohnt wurde.¹² Der deutschen Vertretung des *Internationalen Komitees der Vierten Internationale* (IKVI) gehörten nach eigenen Angaben 261 Mitglieder an.¹³

Tabelle 2: Mitglieder linksextremistischer Organisationen, 2015-2017

	2015	2016	2017
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kern- und Nebenorganisationen	20.300	21.800	22.600
hiervon DKP	3.000	3.000	3.000
MLPD	1.800	1.800	1.800
RH	7.000	8.000	8.300
Gewaltorientierte Linksextremisten	7.700	8.500	9.000

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2016 und 2017.

Während das Mitgliederpotential der linksextremistischen Parteien stagnierte, konnte die *Rote Hilfe* (RH) erneut Zulauf (Ende 2017: 8.300¹⁴) verzeichnen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ charakterisierte die Vereinigung im Oktober 2017 wie

⁹ Vgl. den Wortlaut der Austrittserklärung unter: http://www.kommnet.de/attachments/6647_151_1_Schlusswort_Austritt.pdf (12. Dezember 2017).

¹⁰ Vgl. Tiefe Krise und Spaltung der DKP, in: *Rote Fahne* vom 1. Dezember 2017.

¹¹ Vgl. VSB 2017, S. 146.

¹² Vgl. den Beitrag von Isabelle Panreck in diesem Band.

¹³ Vgl. VSB 2017, S. 148.

¹⁴ Vgl. VSB 2017, S. 149.

folgt: „Sie unterstützt Straftäter aus dem linksextremistischen Spektrum, solidarisiert sich mit ihnen und übernimmt zum Beispiel Anwalts- und Prozesskosten oder Geldstrafen. Voraussetzung: Die Angeklagten distanzieren sich nicht von ihren Straftaten und arbeiten auch sonst nicht in irgendeiner Art und Weise mit den Behörden zusammen. Die ‚Rote Hilfe‘ spricht von ‚politischen Gefangenen‘ und organisiert überall im Land Informationsveranstaltungen zur angeblichen politischen Repression in Deutschland.“¹⁵

Die Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 sah die *Rote Hilfe* in erster Linie als das Ergebnis von Polizeiwillkür. Als einen „Höhepunkt der Repression“ galt die „vorsätzliche Auflösung der ‚Welcome to Hell‘-Demo am Donnerstag, als diese, bevor sie auch nur einen Meter laufen konnte, unter fadenscheinigen Begründungen von der Polizei angegriffen und aufgelöst wurde. Die Situation in und um die Demo war zu Beginn des Angriffs der Polizei völlig friedlich. Hier wurde offenbar ganz bewusst eine friedliche Demonstration eskaliert, um den politischen Inhalten der Demo kein Podium zu bieten und die Teilnehmer*innen der Demo kriminalisieren zu können.“¹⁶ Anlass der Auflösung der vom „autonomen“ Jugendzentrum *Rote Flora* angemeldeten Demonstration war der Versuch, den schwarzen Block der Vermummten (bis zu 1000 Personen) vom Rest der Demonstranten zu trennen. Dies misslang und diente Gewalttätigen zur Legitimation schwerer Ausschreitungen, bei denen Einsatzbeamte attackiert, brennende Barrikaden errichtet, zahlreiche Privatfahrzeuge in Brand gesetzt und Läden im Schanzenviertel geplündert wurden. Zur Untersuchung der komplexen Mechanismen und Hintergründe der Gewalteskalation mit zahlreichen Verletzten bildete die Hamburger Bürgerschaft einen Sonderausschuss.

Zu den Protesten war Monate vor dem G20-Gipfel von teils linksextremen Vereinigungen in Deutschland wie auch im europäischen Ausland aufgerufen worden. Zum No-G20-Bündnis zählten zahlreiche autonome und postautonome Vereinigungen, allen voran die *Interventionistische Linke* (IL) in 32 Ortsgruppen mit rund 850 Mitgliedern.¹⁷ Eine Monate vor dem Protestereignis beginnende „militante Begleitkampagne“ mit zahlreichen Straftaten diente der Szene-Mobilisierung.¹⁸ Die Organisatoren enthielten sich in den letzten Wochen vor den Protesten gegenüber recherchierenden Journalisten einer klaren Aussage zur Frage möglicher Gewaltanwendung. „Uns im Vorfeld von Gewalt zu distanzieren, bedeutet für uns, in die ideologische Falle der Gegenseite zu laufen“¹⁹, gab ein langjähriger *Rote Flora*-Aktivist zu Protokoll. Nach den Ausschreitungen äußerte ein Anwalt der *Roten Flora* Sympathi-

15 Mona Jaeger, Zweifelhafte Verbindungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 2017, S. 4.

16 G20 in Hamburg. Ein Festival der Repression, unter: <https://www.rote-hilfe.de/149-kampagne/n/787-alles-rund-um-g20-in-hamburg> (8. Oktober 2017).

17 Vgl. VSB 2017, S. 138.

18 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 2017, Hamburg 2018, S. 90-93.

19 Zitiert nach: Sebastian Eder, Tanzen, blockieren, Steine werfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 2017.

en für gewaltsame Proteste, „aber bitte doch nicht im eigenen Viertel“. Es gebe großes Unverständnis, warum man im Schanzenviertel „die eigenen Geschäfte zerlegt. Warum denn nicht in Pöseldorf oder Blankenese?“²⁰ Später rückte er von seinen Äußerungen ab.

Die G20-Ausschreitungen ließen die Statistik linksextremer Gewalttaten in die Höhe schnellen. Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) wurden 2017 im Phänomenbereich „links“ 1648 (2016: 1201) Gewalttaten erfasst, die nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Intention („linksextremistisch“) erkennen ließen. Der Anstieg ging in erster Linie auf das Konto der Landfriedensbrüche und Widerstandshandlungen, wie sie in Hamburg in großer Zahl registriert worden waren. Auch die Zahl der Brandstiftungen stieg etwas an. Dagegen verminderte sich der Anteil der Körperverletzungen gegenüber dem Vorjahr deutlich. In zwei Fällen wurden Angriffe gegen Personen als versuchte Tötung gewertet. Die ohnehin geringe Zahl der Delikte, die Vorbereitungshandlungen erforderten und auf eine höhere Gewaltsystematik hindeuteten (wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle), nahm weiter ab. Die Kampagnen „gegen rechts“, vor allem gegen die bei Wahlen erfolgreiche AfD, verloren im Vorjahresvergleich etwas an Bedeutung (rund 16 Prozent der Gewalttaten), während Übergriffe auf die Polizei und deren Einrichtungen ein enormes Ausmaß erreichten (fast 70 Prozent).

Tabelle 3: Gesetzesverletzungen mit linksextremem Hintergrund, 2015-2017

	2015	2016	2017
Tötungsdelikte	8	6	3
Sprengstoffanschläge	4	7	5
Brandanschläge	69	134	145
Körperverletzungen	986	638	499
Raubüberfälle	21	23	12
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	472	341	919
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	46	50	63
Freiheitsberaubung	0	1	0
Erpressung	2	1	2
Gewalttaten insgesamt	1608	1201	1648

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2016 und 2017.

20 Zitat nach: Entsetzen über Krawalle in der Schanze, unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Entsetzen-ueber-Krawalle-in-der-Schanze,randale286.html> (8. August 2017).

Rechtfertigungen diverser, meist namenloser Gewalttäter konnte man bis zum August 2017 auf der Internetseite *linksunten.indymedia* nachlesen. Sie war Teil eines international agierenden, rabiat antikapitalistischen Non-Profit-Informationsnetzwerks. Mit dem Verbot wollte der Bundesinnenminister vor allem ein Zeichen setzen, dass er „konsequent gegen linksextremistische Hetze im Internet“ vorgehe. „Nicht nur im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg wurde auf ‚linksunten.indymedia‘ für gewaltsame Aktionen und Angriffe auf Infrastruktureinrichtungen mobilisiert. Die Ereignisse in Hamburg zeigen die gravierenden Folgen.“²¹ Bei Durchsuchungen von Wohnungen mehrerer Betreiber stellte die Polizei Waffen sicher.²² Die *Rote Hilfe* wertete das Verbot, wenig überraschend, als „Angriff auf die gesamte linke, antikapitalistische Gegenöffentlichkeit.“ Es handele sich um einen „Akt der Zensur und bedeutet eine eklatante Beschneidung der Meinungs- und Pressefreiheit.“ Offensichtlich wolle der Innenminister „das angekratzte Image“ angesichts der „ungezügelter[n] Polizeigewalt gegen Anti-G20-Demonstrant*innen“²³ aufpolieren. Die Informationsangebote der Plattform blieben ihren treuen Lesern nicht lange vorenthalten. Bereits kurze Zeit nach dem Verbot konnte man sie unter leicht verändertem Titel wieder abrufen.

Das Gros der registrierten Gewaltdelikte ordneten die Sicherheitsbehörden unverändert Tätern aus der Szene der *Autonomen* zu, deren Anhängerpotential 2017 erneut (auf rund 7.000 Personen) stieg.²⁴ Gewalt gegen politische Kontrahenten, staatliche Einrichtungen und Vertreter der Sicherheitsbehörden galt als legitimes Mittel des „Widerstandes“ gegen ein als repressiv wahrgenommenes politisches System. Aus der dezentral agierenden Szene entstanden mehrere „postautonome“ Zusammenschlüsse, die ihre Aktivitäten stärker zu koordinieren und zu bündeln versuchten und sich auch um eine konsistente ideologische Grundlage bemühten. Neben der IL galt dies für das seit 2006 bestehende Bündnis *ums Ganze* (uG) mit lokalen Mitgliedsgruppen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Berlin, Sachsen, Niedersachsen, dem Saarland und Österreich (Wien). Die Zahl der Aktiven wurde Ende 2017 auf etwa 250 geschätzt.²⁵ Im Oktober 2017 kam die *Antifaschistische Gruppe Bremen* (AGB) hinzu: „Die gesellschaftlichen Zustände in Deutschland, Europa und der Welt werden nicht besser. Vielmehr stolpert der Kapitalismus von Krise zu Krise, so dass die Lebensbedingungen für den Großteil der Menschen auf dem Globus immer beschissener werden. Immer öfter und in immer größerem Umfang wird versucht, diese Beschissenheit durch nationalistische und rassistische Ideologien zu beantworten bzw. die täglich erlebten Widersprüche durch dieses notwendige falsche Be-

21 Bundesinnenminister verbietet den Verein mit der linksextremistischen Internetplattform ‚linksunten.indymedia‘, unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemittelungen/DE/2017/08/vereinsverbot.html> (7. September 2017).

22 Vgl. Waffen bei Betreibern linksextremer Webseite gefunden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. August 2017.

23 Rote Hilfe, Verbot ist ein Angriff auf die gesamte Linke (28. August 2017), unter: <https://de.indymedia.org/node/13530> (8. September 2017).

24 Vgl. VSB 2007, S. 110.

25 Vgl. ebd., S. 111.

wusstsein zu überdecken. Das sind keine neuen Erkenntnisse für die radikale Linke. Genauso wenig wie die Erkenntnis, dass es für uns als radikale Linke darum gehen muss, diese Ideologien, dieses falsche Bewusstsein zu bekämpfen und Alternativen zu entwickeln und aufzuzeigen. [...] Darum haben wir uns als antifaschistische Gruppe Bremen dazu entschlossen, uns beim kommunistischen Bündnis ... ums Ganze! zu organisieren.“²⁶ Einen Themenschwerpunkt bildete die Kampagne *Nationalismus ist keine Alternative* (NIKA) mit „Nazi-Outings“ und diversen „Widerstandsaktionen“.

3. Rechtsextremismus

Hauptzielscheibe derartiger kämpferischer Aktivitäten war die AfD, die vor dem Hintergrund einer nicht abbreißenden Erfolgsserie bei Wahlen ihre Stellung als stärkste Kraft am rechten Flügel des Parteiensystems ausbauen konnte. Trotz stark rückläufiger Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen blieb das Thema auf Platz 1 der politischen Agenda, wovon keineswegs gemäßigte Konkurrenten, sondern das „Original“ AfD zu profitieren vermochte. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 25.000 Ende 2016 auf rund 27.600 Ende 2017.

Tabelle 4: AfD – Mitgliederentwicklung, 2013-2017

2013	17.700
2014	20.700
2015	16.400
2016	25.000
2017	27.600

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49 (2018), S. 346-371, hier: S. 351 (gerundete Zahlen).

Die AfD war im Berichtsjahr weiterhin kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden²⁷, auch wenn Äußerungen führender Parteirepräsentanten immer wieder öffentliche Diskussionen um die Vereinbarkeit mit grundlegenden Werten der Verfassungsordnung auslösten. Das galt etwa für die Rede des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke (geb. 1972), eines der Exponenten des rechten Parteiflügels, im Dresdener Ball- und Brauhaus Watzke am 17. Januar 2017 auf einer Veranstaltung der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA). Höcke zeichnete ein

26 AGB, Der nächste Schritt, unter: <https://umsganze.org/antifaschistische-naechste-schritt/> (12. November 2017).

27 Darauf verständigten sich die Vertreter der Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern erneut im März 2018: AfD weiterhin kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes, unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2018-002-afd-weiterhin-kein-beobachtungsobjekt-des-verfassungsschutzes> (12. April 2018).

desolates Bild von einem dekadenten, durch den „Import fremder Völkerschaften“ multikulturalisierten Deutschland, das von den „Altparteien-Politikern“, „erbärmlichen Apparatschiks“, systematisch zugrunde gerichtet werde. In dieser Hinsicht ähnele Angela Merkel Erich Honecker. Angesichts dieser Lage plädierte Höcke für eine „inhaltliche[n] Fundamentalopposition, um diesen Staat, den wir erhalten wollen, vor den verbrauchten politischen Alteliten zu schützen, die ihn nur missbrauchen, um ihn abzuschaffen.“ Für heftige Reaktionen sorgten besonders Höckes unterschiedlich interpretierbare Äußerungen zur deutschen Erinnerungspolitik. Er nannte das Berliner Holocaust-Mahnmal ein „Denkmal der Schande“.²⁸ Statt die deutsche Geschichte „mies und lächerlich“ zu machen, müsse man die „nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung“ bringen. Scharf rechnete er mit den „Luckisten“ in der eigenen Partei ab, die „keine innere Haltung“ besäßen und nur auf Koalitionen mit etablierten Parteien schielten. Stattdessen sei es geboten, dem Thüringer Vorbild einer „Bewegungspartei“ zu folgen, die in enger Tuchfühlung mit der Bevölkerung erfolgreich mobilisiere und jede Zusammenarbeit mit den „Altparteien“ kompromisslos ablehne.

Höckes Rede polarisierte auch innerhalb der AfD. Während sich Parteisprecher Jörg Meuthen (geb. 1961) zurückhaltend äußerte, kritisierte seine Kollegin im Amt, Frauke Petry (geb. 1975), die Rede scharf. Höckes „Weg einer 180-Grad-Wende in der Geschichtsbetrachtung sowie die Verächtlichmachung des Parlamentarismus und seiner Vertreter“²⁹ führe in die Irre. Mitte Februar 2017 leitete der Bundesvorstand ein erneutes Parteiausschlussverfahren gegen Höcke ein, das erfolglos blieb.³⁰ Dagegen unterstützte Alexander Gauland (geb. 1941) sogar eine Bundestagskandidatur Höckes, dessen innerparteiliche Vereinigung *Der Flügel* vor allem in den östlichen Landesverbänden, in der *Patriotischen Plattform* und der Jugendorganisation über beträchtlichen Rückhalt verfügte. Mitte 2017 wurde ihm ein knappes Drittel der Parteimitglieder zugerechnet.³¹

Der schwelende innerparteiliche Konflikt kam nach der Bundestagswahl erneut zum Ausbruch. Petry, die sich in ihrem sächsischen Landesverband als Direktkandidatin im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge gegen die Anhänger Höckes hatte durchsetzen können, kündigte an, sie wolle dem Deutschen Bundestag nicht als Mitglied der AfD-Fraktion, sondern als Einzelabgeordnete angehören. Zuvor hatte sie ihren innerparteilichen Kontrahenten Gauland kritisiert, dessen Äußerung am Wahlabend, man wolle „Frau Merkel oder wen auch immer jagen“³², von bürgerli-

28 Alle Zitate nach dem Transkript der Rede bei: Compact TV, <https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>, 57:02-1:45:40 (ca. 47 Minuten).

29 Zitat nach: Justus Bender, Umstrittene Rede. Petry kritisiert Höcke in Rundschreiben an AfD-Mitglieder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Januar 2017. Siehe auch das biographische Porträt Höckes von Jürgen P. Lang in diesem Band.

30 Vgl. Tilman Steffen, Björn Höcke darf in der AfD bleiben, in: Die Zeit vom 9. Mai 2017.

31 Vgl. Matthias Kamann, In der AfD wächst ein zartes Pflänzchen der Mäßigung, in: Die Welt vom 23. Juli 2017.

32 Zitiert nach: „Petry attackiert Gauland“, in: Spiegel Online vom 25. September 2017.

chen Wählern nicht als konstruktiv empfunden werde. Nach Rücktrittsforderungen aus der AfD-Spitze verließ Petry noch im September die AfD; sie widmete sich der von ihr und ihrem Ehemann, dem Europaabgeordneten Marcus Pretzell (geb. 1973), kurz vor der Bundestagswahl initiierten Neugründung *Die Blauen*.

Der Fortgang Petrys und ihres engeren Anhangs stärkte indirekt den rechten AfD-Flügel. Dies wurde auf dem Bundesparteitag in Hannover (2./3. Dezember 2017) deutlich, wo der gemäßigte Berliner Partei- und Fraktionsführer Georg Pazderski (geb. 1951) als zweiter Bundessprecher (neben dem unstrittigen Jörg Meuthen) verhindert wurde.³³ Stattdessen rückte der Ko-Fraktionsvorsitzende der neugebildeten Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, nun auch in die Parteispitze vor. Dieser hatte in den Jahren zuvor bei der Integration des rechten Flügels eine Schlüsselrolle gespielt und die entsprechende Klientel mit kalkulierten Provokationen bedient – wie mit der Aufforderung im Bundestagswahlkampf, die Integrationsministerin Aydan Özoguz „in Anatolien zu entsorgen“, wenn sie zuvor „im Eichsfeld“³⁴ gelernt habe, was „deutsche Kultur“ sei.

Die Erfolge der AfD transformierten die Kräfteverhältnisse am rechten Flügel des deutschen Parteiensystems. Die organisatorisch und finanziell ausgezehrte NPD verlor weiter an Bedeutung. Das Urteil im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (17. Januar 2017) besiegelte diesen Zustand, spielte aber für den weiteren Niedergang keine entscheidende Rolle: Die NPD sei verfassungsfeindlich und NS-affin, stelle jedoch keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar, weil ihr dazu das nötige politische Potential („Potentialität“) fehle.³⁵ Aus der Tatsache des Nicht-Verbotes konnte die Partei kein erkennbares Kapital schlagen. Auch ohne staatlich verfügte Nichtauszahlung von Mitteln der Parteienfinanzierung, wie sie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil angeordnet hatte (Bundesrat und Bundestag nahmen die Anregungen noch im Jahr 2017 auf, ohne dass dies unmittelbare Konsequenzen für die NPD hatte), verbesserte sich die Finanzlage der Partei nicht, da sie bei Wahlen das dafür nötige Quorum (1,0 Prozent auf Landes-, 0,5 Prozent auf Bundesebene) verfehlte.³⁶ Dennoch konnte sich der Bundesvorsitzende Frank Franz (geb. 1978) gegen Widersacher behaupten. Auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken (11./12. März 2017) erzielte er zwar mit rund 60 Prozent der Delegiertenstimmen ein schwaches Ergebnis, setzte sich aber gegen den thüringischen Landesvorsitzenden, Medienunternehmer und bekennenden

33 Vgl. Matthias Kamann/Anneliese Naumann, Unter Druck von rechts außen, in: Die Welt vom 4. Dezember 2017, S. 4.

34 Zitate nach: Justus Bender, Gauland: Özoguz in Anatolien entsorgen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 2017.

35 Vgl. BVerfGE 144, 20-367. Siehe dazu auch Uwe Backes, Parteiverbote im demokratischen Verfassungsstaat – Das Urteil im zweiten NPD-Verbotsverfahren in vergleichender Perspektive, in: Ders./Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 29, Baden-Baden 2017, S. 13-26; Robert Chr. van Ooyen, Rechtspolitik durch verfassungsgerichtliche Maßstabsverschiebung. Die „neue“ Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im NPD II-Urteil, in: Recht und Politik 53 (2017), S. 468-472.

36 Vgl. den Beitrag von Eckhard Jesse, Wahlen 2017, in diesem Band.

Neonationalsozialisten Thorsten Heise (geb. 1969) durch, der für ein offensiveres Werben um jene Wähler eintrat, die von einer zu gemäßigten AfD enttäuscht würden.³⁷ Die Zahl der NPD-Mitglieder fiel bis Jahresende auf rund 4.500, die der Demonstrationen, die Parteirepräsentanten meist mit „Anti-Asyl“-Stoßrichtung anmeldeten, ging nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden von 124 (2016) auf nur mehr 27 (2017) zurück.³⁸

Die mit der NPD vor allem in Berlin um Wählerstimmen konkurrierende muslimfeindliche Kleinpartei *Pro Deutschland* kündigte – anders als *Pro NRW* – im November 2017 die Auflösung an. Man wolle der erfolgreichen AfD nicht länger Konkurrenz machen. Die AfD ihrerseits wies angesichts möglicher „Überläufer“ auf geltende Unvereinbarkeitsbeschlüsse hin; *Pro Deutschland* stand unter Beobachtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen und Berlin.³⁹

Die nicht zuletzt als Auffangorganisationen für den Fall eines NPD-Verbots und wegen der Vorteile des Parteienprivilegs gegründeten neonationalsozialistischen Kleinparteien *Die Rechte* und *Der III. Weg* blieben einstweilen bestehen. Während *Die Rechte*, deren Parteigründer Christian Worch (geb. 1956) die Vereinigung im November 2017 im Streit verließ, nach Informationen der Verfassungsschutzämter etwas an Mitgliedern verlor (650 Ende 2017), konnte *Der III. Weg* in seinen Landesverbänden im südlichen und östlichen Deutschland Anhänger gewinnen (Ende 2017: 550). Die im November 2017 veröffentlichte Broschüre „National, revolutionär, sozialistisch“ wertete das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz als intellektuell versierten „Abriss der Grundlagen einer an die heutige Zeit angepassten nationalsozialistischen Weltanschauung“.⁴⁰

Die Verfassungsschutzämter registrierten für das Jahr 2017 „nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften“ insgesamt 24.000 organisierte Rechtsextremisten (2016: 23.100). Nach dem Organisationsgrad unterschieden sie ca. 6.050 Rechtsextremisten in Parteien, 6.300 Parteiungebundene/Parteionabhängige und ein 12.900 Aktive umfassendes „weitgehend unstrukturiertes Personenpotential“.⁴¹ Die über viele Jahre hinweg verwendete Unterscheidung zwischen „Subkulturell geprägten Rechtsextremisten“ und „Neonazis“ fand nun in eine gesonderte Zählung Eingang, deren (wenig einleuchtende) systematische Einordnung „nach ideologischer Prägung“⁴² erfolge. Offensichtlich bereitete es zunehmende Schwierigkeiten, die über längere Zeit beibehaltenen Kategorien auf ein sich wandelndes Spektrum von Vereinigungen und Milieus anzuwenden.

37 Vgl. Oliver Cruzcampo, NPD-Parteitag: Frank Franz bleibt Parteichef, in: EndstationRechts vom 12. März 2017.

38 Vgl. VSB 2017, S. 45, 50.

39 Vgl. Oliver Cruzcampo, Pro Deutschland nach Auflösung: „Wir gehen zur AfD“, in: EndstationRechts vom 13. November 2017.

40 Staatsministerium des Innern/Freistaat Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Sachsen 2017, Dresden 2018, S. 30.

41 Vgl. VSB 2017, S. 51.

42 Ebd., S. 50.

Tabelle 4: Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, 2015-2017

	2015	2016	2017
„Subkulturelle“	8.200	8.500	9.200
Neonationalsozialisten	5.800	5.800	6.000
Die Rechte	650	700	650
Der III. Weg	300	350	550
NPD	5.200	5.000	4.500
Pro NRW	500	500	400
Sonstige	3.200	3.500	4.000

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2016 und 2017.

In der Zählung nicht enthalten waren die „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, die 2016 infolge spektakulärer Gewalttaten ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit getreten waren. Die Zahl der von den Behörden Registrierten stieg (wohl auch aufgrund erhöhter Publizität) von 10.000 Ende 2016 auf 16.500 Ende 2017.⁴³ Nur bei einer kleinen Gruppe von rund 900 Personen ging der Verfassungsschutz von einer rechtsextremistischen Orientierung aus, wobei es eine erhebliche Zahl mit deutlichen Affinitäten zu rechtsextremistischen Ideologeelementen gebe. Die Tendenz vieler Szene-Anhänger, das staatliche Gewaltmonopol nicht anzuerkennen und sich zu bewaffnen, offenbarte sich in mehreren Durchsuchungsaktionen der Polizei in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg, wo jeweils in stattlichem Umfang teils illegale Waffen und Munition sichergestellt wurden. Der Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung um einen selbsternannten „Druiden“ („Burgos von Buchonia“), der zur Selbstverteidigung gegen Juden und Muslime aufgerufen hatte, bestätigte sich indes nicht. Die im Raum Nebra/Sachsen-Anhalt beschlagnahmten Waffen seien für den Fall „innere[r] Unruhen bis hin zum Ausbruch des Dritten Weltkrieges“⁴⁴ aufbewahrt worden.

Im Rahmen des polizeilichen Erfassungssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ registrierte die Polizei 2017 im Phänomenbereich „rechts“ 1.054 (2016: 1.600) Gewalttaten, die als verfassungsfeindlich („rechtsextremistisch“) galten. Damit ging das Ausmaß der Gewalt nach dem steilen Anstieg während der „Flüchtlingskrise“ annähernd wieder auf das Niveau des Jahres 2014 zurück. Der Anteil der „fremdenfeindlichen“ Gewalttaten blieb in etwa gleich hoch (ca. 73 Prozent), während der Prozentsatz der Konfrontationsdelikte „gegen Linke“ nochmals zurückging (knapp 10 Prozent).⁴⁵ Das Gros der Delikte (etwa 85 Prozent) entfiel auf Körperverletzungen – mit weitem Abstand gefolgt von ganz überwiegend im Demonstrationsgeschehen verübten Gesetzesverletzungen. Die Zahl der Brandanschläge verringerte sich

43 Vgl. ebd., S. 90 f.

44 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 71 vom 21. August 2017.

45 Vgl. VSB 2017, S. 24 f.

gegenüber dem Vorjahr deutlich. Gewalttaten, die auf ein höheres Organisations- und Planungsniveau schließen lassen (wie Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle), wurden noch seltener erfasst als im Jahr 2016.

Tabelle 5: Gesetzesverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund, 2015-2017

	2015	2016	2017
Tötungsdelikte	8	19	4
Sprengstoffanschläge	18	10	5
Brandanschläge	99	113	42
Körperverletzungen	1.116	1.313	904
Raubüberfälle	23	16	3
Landfriedensbrüche und Widerstandsdelikte	126	97	60
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr	10	13	13
Freiheitsberaubung	0	2	2
Erpressung	7	16	21
Sexualdelikte	1	1	0
Gewalttaten insgesamt	1.408	1.600	1.054

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2015 bis 2017.

Das Bundeskriminalamt erfasste bis Ende 2017 313 (2015: 921) „Attacken auf Asylunterkünfte“. Damit ging deren Zahl um etwa zwei Drittel zurück.⁴⁶ Wegen derartiger Delikte ergingen im Jahr 2017 Urteile mehrerer Gerichte. So verurteilte das Landgericht Potsdam im Februar 2017 einen NPD-Politiker u.a. wegen eines Brandanschlags auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft im havelländischen Nauen im August 2015.⁴⁷ Im März 2017 erging das Urteil des Oberlandesgerichts München gegen vier Mitglieder der 2015 gegründeten, rassistisch, antisemitisch und antiislamisch orientierten *Oldschool Society* (OSS). Ihnen wurde die Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen auf Migrantenunterkünfte zur Last gelegt.⁴⁸ Bereits zur Tat geschritten waren zwei Aktive der ebenfalls 2015 gegründeten neonationalsozialistischen *Freien Kameradschaft Dresden* (FKD), die das Dresdener Landgericht im August 2017 zu Freiheitsstrafen von jeweils drei Jahren und acht Monaten verurteilte.⁴⁹ Sie hatten u.a. Asylbewerber tätlich angegriffen, sich an fremdenfeindlichen Ausschreitungen (u.a. in Heidenau) beteiligt und ein alternatives Hausprojekt überfallen. Der im März 2017 begonnene Prozess gegen die als rechtsterroristisch eingestufte *Grup-*

46 Vgl. Neue Daten für 2017, in: Focus Online vom 28. Februar 2018.

47 Vgl. NPD-Politiker zu hoher Freiheitsstrafe verurteilt, in: Spiegel Online vom 9. Februar 2017.

48 Vgl. Sebastian Lipp, Nach außen Terror, nach innen banal, in: Die Zeit vom 15. März 2017.

49 Vgl. Urteil des Landgerichts Dresden vom 28. Oktober 2017, Az.: 3 KLs 373 Js 49/17.

pe Freital vor dem Oberlandesgericht Dresden war zum Jahresende noch nicht abgeschlossen.

Bundespolizei und GSG 9 kontrollierten im September 2017 zwölf deutsche Neonationalsozialisten bei ihrer Rückkehr aus der tschechischen Republik. Gegen die Angehörigen der verbotenen Vereinigung *Combat 18* wurden Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen das Waffengesetz eingeleitet.⁵⁰ Im Oktober durchsuchte die Polizei die Wohnungen zweier Mitglieder der überregional aktiven militanten *Kameradschaft Aryans*. Eine der Personen stand mit der OSS in Verbindung.⁵¹

4. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Politisch-religiöse Fundamentalismen am Rande der christlichen Mehrheitskultur waren im Berichtsjahr ebenso wenig von politischer Relevanz wie Gruppierungen jüdischer, buddhistischer oder hinduistischer Provenienz. Eine ernste Herausforderung für die innere Sicherheit ging demgegenüber von islamischen Extremisten aus. Unter den in Deutschland lebenden Muslimen fiel diese Gruppe quantitativ kaum ins Gewicht: Die Verfassungsschutzbehörden zählten Ende 2017 25.810 Personen zum „Islamismuspotential“.⁵² Dazu zählten diverse Gruppierungen und Organisationen, deren politische Bestrebungen auf eine monolithische Verbindung von Politik und Religion im Sinne eines Gottesstaates zielten.

Nach der Serie gravierender dschihadistischer Anschläge des Jahres 2016 (mit dem verheerenden Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche im Dezember) war 2017 nur ein Anschlag mit islamistischem Motiv zu verzeichnen: Ein 26-jähriger palästinensischer Asylbewerber erstach in einem Supermarkt in Hamburg-Barmbek einen Mann mit einem dort entwendeten Messer und verletzte fünf weitere Personen teils schwer. Vor Gericht äußerte er Sympathien für die Ziele des Islamischen Staates (IS). Er habe so viele Christen wie möglich töten wollen. Dass sich im Laufe des Jahres nicht mehr islamistische Terroranschläge ereigneten, führten die Behörden auch auf erfolgreiche Aufklärungsarbeit zurück. Dadurch hätten mehrere Attentate im Planungsstadium unterbunden werden können.⁵³

Der Hamburger Attentäter hatte sich zuvor nicht in den Gruppen der vom Verfassungsschutz beobachteten *Salafisten* bewegt. Dennoch folgten die Behörden weiterhin der Annahme, von diesem Personenkreis gehe eine besonders hohe Gefährdung aus. Die Zahl der Aktiven stieg erneut, und zwar auf rund 10.800 Ende 2017 (2016 rund 9.700).⁵⁴ Es handelte sich um eine heterogene Gruppe, die teils vorzugsweise durch die Verbreitung von Wort und Schrift für ihre Ziele warb, teils aber auch zum

50 Vgl. VSB 2017, S. 56.

51 Vgl. ebd., S. 58.

52 Vgl. ebd., S. 173.

53 Vgl. Matthias Herreiner, Lebenslange Haftstrafe für Messerstecher in Hamburger Supermarkt, in: Die Welt vom 1. März 2018.

54 Vgl. VSB 2017, S. 173.

Dschihadismus neigte und entsprechende Radikalisierungsprozesse begünstigte. Schwere Gewalttaten planten die Mitglieder einer salafistischen Terrorgruppe, die das Düsseldorfer Oberlandesgericht im April 2017 zu langjährigen Haftstrafen verurteilte. Ihnen wurden unter anderem – knapp gescheiterte – Sprengstoffanschläge in Bonn und Leverkusen und die Vorbereitung eines Schusswaffenattentats auf den Vorsitzenden der muslimfeindlichen Partei *Pro NRW* zur Last gelegt. Anlass für den Mordplan war eine Audiobotschaft der *Islamischen Bewegung Usbekistan* mit dem Titel „Tod der pro-NRW“.⁵⁵

Einer Untersuchung des Bundeskriminalamts, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus zufolge entstammten 96 Prozent der behördlich erfassten Personen, die vom Jahr 2012 an bis zum Juli 2016 nach Syrien und in den Irak ausgereist waren, dem „salafistischen Spektrum“.⁵⁶ Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Sicherheitsbehörden darüber hinaus den Rückkehrern aus den vom IS geräumten Gebieten (auch Frauen und Kindern), wobei sich deren Zahl einstweilen in engen Grenzen hielt.⁵⁷ Im Laufe des Jahres 2017 erfolgten zahlreiche Festnahmen mutmaßlicher Mitglieder dschihadistischer Gruppierungen, des IS, der *Jabhat al-Nusra* (JaN) und der afghanischen Taliban – meist wegen im Ausland begangener schwerer Straftaten und Kriegsverbrechen. Drei syrischen Staatsangehörigen, gegen die der Generalbundesanwalt im März Anklage erhob, wurde überdies vorgeworfen, im Jahr 2016 einen Anschlag in Düsseldorf geplant zu haben.⁵⁸

Insgesamt bildeten Anhänger des internationalen Dschihadismus und sonstiger gewaltorientierter Gruppierungen unter den behördlich erfassten islamischen Extremisten eine kleine, wenn auch wachsende, Minderheit. Die Einschätzung des Gesamtpotentials islamischer Extremisten veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig. Dies betraf vor allem die legal tätige Vereinigung *Millî Görüş* (IGMG), die zeitweilig nur in Teilen als extremistisch galt. Im Bericht für das Jahr 2017 schätzte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Zahl der „extremistischen Anhänger“ wie im Vorjahr auf etwa 10.000 Personen. Allerdings sei ein „schwächer werdender Extremismusbezug der IGMG“⁵⁹ festzustellen.

55 Vgl. Reiner Burger, Lebenslang für einen Bombenbauer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. April 2017, S. 3.

56 Bundeskriminalamt/Bundesamt für Verfassungsschutz/Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind (Fortschreibung 2016), o.O. 2016, S. 17.

57 Vgl. den Beitrag von Michail Logvinov in diesem Band.

58 Vgl. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Pressemitteilung Nr. 25 vom 8. März 2017.

59 Vgl. VSB 2017, S. 216.

Tabelle 6: Mitglieder islamistischer Organisationen, 2015-2017

	2015	2016	2017
IGMG	10.000	10.000	10.000
MB	1.040	1.040	1.040
Hizb Allah	950	950	950
Türkische Hizbullah	360	400	400
Hizb ut-Tahrir	320	320	350
HAMAS	300	320	320
Tablighi Jama'at	650	650	650
Nordkaukasische Separatistenbewegung	200	?	?
Salafisten	8.350	9.700	10.800

Quelle: Verfassungsschutzberichte 2016 und 2017.

Eindeutig war das Urteil im Blick auf legalistische islamistische Vereinigungen, deren Aktivitäten in Deutschland größtenteils auf die Unterstützung ihrer Mutterorganisationen im Ausland gerichtet waren. Dies galt etwa für die 1.040 Anhänger der *Muslimbruderschaft* (MB), die sich um die Vereinigungen *Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.* (IGD) und *Muslimische Jugend in Deutschland e.V.* (MJD) scharten. Auch die ca. 320 Personen umfassende Anhängerschaft der „Islamischen Widerstandsbewegung“ *HAMAS* in Deutschland konzentrierte sich auf Hilfen für ihre Mutterorganisation.⁶⁰ Die rund 950 Anhänger der schiitisch-islamistischen *Hizb Allah* unterstützten die am Iran orientierte schiitisch-fundamentalistische, aggressiv-antiisraelisch agierende Partei im Libanon, die im Syrienkonflikt auf Seiten des Assad-Regimes stand.⁶¹ Für die Anhänger der Islamischen Republik Iran in Deutschland (und Europa) stellte das *Islamische Zentrum Hamburg* (IZH) die wichtigste Anlaufstelle dar. Die herausragende Bedeutung dieser Einrichtung kam auch darin zum Ausdruck, dass sie von einem Mitglied des Expertenrates der Islamischen Republik geleitet wurde und unmittelbar dem Büro des Revolutionsführer Ali Khamenei unterstand.⁶² Anstoß erregte die Finanzierung eines Projekts der mit dem Zentrum eng verbundenen *Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland* (IGS) aus dem Fördertopf des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Die sibyllinische Antwort der Bundesregierung lautete: „Das IZH ist eine in seiner extremistischen Ausrichtung maßgeblich durch die iranische Revolutionsidee geprägte Einrichtung. Das in Rede stehende präventiv-pädagogisch angelegte Projekt der IGS dient hingegen der Extremismusprävention.“⁶³

60 Vgl. VSB 2017, S. 207.

61 Vgl. ebd., S. 206.

62 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (FN 18), S. 51-53.

63 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Finanzierung der „Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V.“

Die von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete *Türkische Hizbullah* zählt nicht zum schiitischen, sondern zum sunnitischen Islamismus. Es handelt sich um in Deutschland lebende Funktionäre einer in Nordkurdistan teilweise gewaltsam operierenden Organisation überwiegend sunnitischer Kurden, die für die Türkei einen islamischen Gottesstaat wünschten. Die Zahl ihrer Anhänger änderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht (Ende 2017 rund 400 Personen). Sie sammelten Spenden, verteilten Publikationen und veranstalteten Zusammenkünfte zur Unterstützung ihrer Gesinnungsgenossen in der Heimat.⁶⁴

Das gegen die panislamistische Vereinigung *Hizb ut-Tahrir* verhängte Betätigungsverbot in Deutschland bestand fort. Dennoch konnte sie die Zahl ihrer Anhänger leicht erhöhen. Diese agierten streng konspirativ und unterstützten ihre Gesinnungsgenossen in den syrischen Rebellengebieten.⁶⁵

Die Zahl der Aktiven der 1926 in Indien entstandenen, den Lehren der islamistischen Deoband-Schule verpflichteten Missionierungsbewegung *Tablighi Jama'at* (TJ) blieb konstant (Ende 2017 ca. 650). „Die Aktivitäten der TJ in Deutschland werden über informelle Kontakte in einem hierarchisch aufgebauten Netzwerk herausragender Akteure koordiniert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Werbung neuer Anhänger und der Durchführung von sogenannten Jama'aten (Bildungsreisen).“⁶⁶ Die Verfassungsschutzbehörden stellten eine Intensivierung der Einflussbemühungen bei Flüchtlingen fest.

5. Vergleich und Ausblick

Fremdenfeindlich motivierte Gewalt vor allem gegen Migrantenunterkünfte ging 2017 im Vergleich zum Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 deutlich zurück. Doch blieb das Thema Flüchtlinge/Migration im Zentrum medialer Aufmerksamkeit, obwohl die Zahl der Immigranten stark sank und der dschihadistische Terrorismus in Deutschland nicht das von manchen Beobachtern befürchtete Ausmaß erreichte. Wenn das Thema im Bundestagswahlkampf dennoch beherrschend blieb, profitierte davon in erster Linie die AfD, die von einem Wahlsieg zum nächsten eilte. Die Frage, wie ihr das Wasser abzugraben sei, beschäftigte die Strategen der gemäßigten wie der extremen Konkurrenten. Vor der Versuchung des Populismus blieben nur militante „Antifaschisten“ gefeit, die mit Gewalt gegen ihre Antipoden wie die Vertreter eines „repressiven Staates“ vorgehen, dem sie heimliche Komplizenschaft mit Rechtsextremisten unterstellten. So stieg die Zahl linksextremer Gewalttaten an, während die „von rechts“ zurückging.

durch den Bund im Rahmen der Extremismusprävention, Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 545 vom 26. Januar 2018, S. 8.

64 Vgl. VSB 2017, S. 208.

65 Vgl. ebd., S. 209.

66 Vgl. ebd., S. 212.

Mit Blick auf das Jahr 2018 stellten sich Fragen wie die folgenden: Würde das Thema Flüchtlinge/Migration weiter an der Spitze der politischen Agenda bleiben und für anhaltend hohe Zustimmungswerte der AfD sorgen? Welche Auswirkungen hätte dies auf die strategischen Überlegungen der Konkurrenten, insbesondere der *Linken*, die dem Verlust ihrer klassischen Wählergruppen nicht tatenlos zusehen wollte? Und würde die sich möglicherweise weiter verschärfende Repolarisierung im Parteiensystem die Attraktivität militanter Optionen verringern und zum Rückgang politisch motivierter Gewalt beitragen? Oder könnte der internationale Dschihadismus eine Eskalationsdynamik in Gang setzen, die über ein solches Szenario weit hinausginge?

Dokumentation 2017: Wiederholt sich die Geschichte doch? Ein Manifest über Konstellationen 1918 und 2018

Von Alexander Gallus

1. Präsentation

Häufiger als in früheren Jahrzehnten waren in jüngster Zeit wieder Stimmen zu vernehmen, die vor einem unheilvollen Rückgriff oder gar Rückfall in die Geschichte warnen. Neben einer Zeit neuer Kriege auf internationaler Ebene ist dann vor allem von der Gefahr absterbender Demokratien die Rede. Sie drohten durch autoritäre politische Systeme ersetzt zu werden und in eine neue faschistische Epoche zu münden.¹ Dies sind beispielsweise die Leitthesen zweier Bücher, die im Jahr 2018 für längere Zeit auf die Bestseller-Liste der *New York Times* gelangten.² Solch mahnende Retrospektive mit Aktualitätsbezug kennzeichnet mithin eine transnationale Zeitdiagnostik und ist nicht länger ein spezifisch deutsches Phänomen, wie es über Jahrzehnte hinweg in einem „Weimar-Komplex“ Ausdruck fand.³ Vor dem Hintergrund von Krisensymptomen innerhalb Europas wie der westlichen Demokratien allgemein und eines neuen kräftigen Populismus, der mittlerweile auch in der deutschen Parteienlandschaft angekommen ist, erörtern Historiker und Intellektuelle die Frage nach „Weimarer Verhältnissen“ als „historische Lektionen für unsere Demokratie“ indes wieder von Neuem.⁴

Angesichts von in Sozialen Medien geschmähten Politikern und Institutionen äußerte sich im Juni 2018 sogar Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besorgt: Dort werde eine Sprache verwendet, die ihn inzwischen wieder „an die Missachtung und Verächtlichmachung der demokratischen Institutionen in der Weimarer Demokratie“ erinnere. Zugleich beobachtete er eine Verschiebung innerhalb der Streitkultur: Argumentative Kontrahenten würden nicht mehr respektiert, sondern wie in früheren Tagen zu politischen Feinden gestempelt.⁵ Berthold Kohler, Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, pflichtete Steinmeier wenig später in einem Leit-

1 Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *How Democracies Die*, New York 2018; Madeleine Albright, *Fascism. A Warning*, New York 2018.

2 Siehe etwa die Bestseller-Listen in der *New York Times* vom 4. März 2018 und 3. Juni 2018, unter: www.nytimes.com (27. August 2018).

3 Maßgeblich dazu: Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945-1959*, Göttingen 2009.

4 Vgl. in differenzierter Form: Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hrsg.), *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Stuttgart 2018.

5 Schauen Sie sich die Beschimpfungen an? „Ja, leider!“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über seinen Umgang mit wütenden Bürgern, über sein Treffen mit den Nationalspielern

kommentar bei und kritisierte neuartige antipluralistische, auf Radikalisierung drängende Tendenzen des politischen Diskurses: „Die Erinnerung Steinmeiers daran, was am Anfang vom Ende der Weimarer Republik stand, ist keine Übertreibung. Eine Demokratie verdient nur dann ihren Namen, wenn in ihr Meinungsfreiheit herrscht, und zwar nicht nur formell. Daher muss die pluralistische Demokratie auch gegen jene vom rechten und linken Rand verteidigt werden, die sie unter Schwenken der Flagge der Meinungsfreiheit in einen Ort verwandeln wollen, an dem nur noch eine Meinung zählt: ihre.“⁶ Auch eine nüchtern mit empirischem Datenmaterial han- tierende Demoskopie wie Renate Köcher warf in demselben Zeitraum die beunruhi- gende Frage auf, „inwieweit eine Demokratie auf Dauer die zunehmende Komplexi- tät der Politik aushält, die mühsame Suche nach Kompromissen, auch die zahlrei- chen Misserfolge, ohne Gefahr zu laufen, bei Autokraten Zuflucht zu nehmen“.⁷

Es sind solche zeitkritischen Beobachtungen und Deutungen verbunden mit dem einhundertsten Jubiläum des Endes des Ersten Weltkrieges im Jahr 2018, die einige deutsche Historiker, Publizisten und Kunschtchaffende veranlasst haben, eine „Initia- tive 1918 – 2018“ ins Leben zu rufen und durch ein entsprechendes „Manifest“ für öffentliche Aufmerksamkeit zu sorgen. Unter der Federführung des letzten DDR- Außenministers Markus Meckel, aber auch des Neuzeithistorikers Etienne François publizierten sie es am 11. November 2017, genau 99 Jahre nach dem Waffenstill- stand von 1918, gleich in mehreren Sprachen: auf Deutsch, Englisch, Französisch, Ungarisch, Polnisch, Russisch und Tschechisch.⁸ Neben den Initiatoren fand es mehr als 120 Unterstützer aus 21 Ländern: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Schweden, der Slowakei, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn und den Vereinigten Staaten. Zu den Unterzeichnern zählen zahl- reiche prominente Historiker, aber auch Politikwissenschaftler, Publizisten, Künstler, Schriftsteller und Politiker – darunter: György Dalos, Mary Fulbrook, Timothy Gar- ton Ash, Robert Gerwarth, Jürgen Kocka, Adam Krzemiński, Gerd Krumeich, Jörn Leonhard, Adam Michnik, Norman Naimark, Bo Strath, Heinrich August Winkler oder Jay Winter.

Das Manifest greift zu Beginn die hoffnungsvolle Ausgangsstimmung am Ende des Ersten Weltkrieges auf, jenes Krieges also, der alle Kriege beenden und eine

Özil und Gündogan – und zur Frage, ob er gegenüber der SPD ein schlechtes Gewissen hat, in: Die Zeit vom 7. Juni 2018.

6 Berthold Kohler, Das Sagbare, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juli 2018.

7 Renate Köcher, Sehnsucht nach starker Führung. Jedem Zweiten bereitet die Flüchtlingssituati- on große Sorgen. Das führt zu Zweifeln am Staat und an den politischen Prozessen, in: Frank- furter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 2018.

8 Siehe zum Gesamten die Internetseite: <http://1918-2018.org> (27. August 2018). Dort finden sich neben dem in den verschiedenen Sprachen dokumentierten Text auch die Liste aller Unterzeich- ner und Verweise auf das Presseecho. Siehe auch: „Europa ein neues Gesicht geben“. Manifest 1918 – 2018. Etienne François im Gespräch mit Ute Welty, unter: https://www.deutschlandfunk kultur.de/manifest-1918-2018-europa-ein-neues-gesicht-geben.1008.de.html?dram:article_id=4 00410 (27. August 2018); sowie Alexander Gallus, 1918 bis 2018. Zwiespältiges Gedenken an Frieden, Nachkrieg und Revolution, in: INDES (2018), Heft 1, S. 56-63.

„neue Epoche der Geschichte“ einläuten sollte: mit der Chance auf Frieden, Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte, auf nationale Selbstbestimmung und internationale Verständigung. Sie wurde schon knapp zwei Jahrzehnte später wieder gespielt. Die Autoren verglichen die Probleme von damals ungeachtet gewandelter Kontexte mit der „multipolaren, instabilen Welt“ unserer Gegenwart. International erinnern sie an eine Staatenordnung im Nahen und Mittleren Osten, die nach dem Ersten Weltkrieg eine Lage schuf, welche sich noch heute als virulent erweise, oder an imperiale Ambitionen Russlands, die wieder die Unabhängigkeit von benachbarten Staaten – zuvorderst der Ukraine – herausfordern. Vor allem aber beklagen sie das Erstarken populistischer Bewegungen, die der parlamentarischen Demokratie wie der europäischen Integration ablehnend begegnen und eine „neue Welle des Nationalismus“ befeuern. Sie erkennen darüber hinaus eine fundamentale Krise von als sicher geglaubten „westlichen Werten“.⁹ „Die einhundertste Wiederkehr des Kriegsendes und des Bemühens nach 1918, eine umfassende Friedensordnung herzustellen“, mit diesem Appell endet das Manifest, „ist der geeignete Zeitpunkt, über Grenzen hinweg ein deutliches Zeichen zu setzen für Menschenrechte und Meinungsfreiheit, für Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung des Völkerrechts.“

Eine detaillierte Evaluation dieses Manifests aus geschichts- und politikwissenschaftlicher Sicht kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Eine solche Würdigung dürfte im Einzelnen manchen Einwand formulieren und die Tiefenschärfe der ein oder anderen Aussage justieren wollen. Ein derartiges Vorgehen würde allerdings dem Anliegen eines öffentlichen Weckrufs nicht gerecht, der dem Muster einer klassischen intellektuellen Intervention folgt: Nicht die Bestandsfestigkeit im Säurebad wissenschaftlicher Exegese jeder Einzelthese ist entscheidend, sondern die Gesamtbotschaft, die schon angesichts der vielfältig fundierten Reputation der Initiatoren und Unterzeichner Gewicht erhält. Die Sensibilisierung für historische Konstellationen im Vergleich mit unserer Gegenwart ist auch deshalb wichtig, weil damals – vor einhundert Jahren – gerade nicht in unabweisbarer Weise die Erwartung eines bald herannahenden „Höllensterzes“¹⁰ vorherrschte. Wie es zu mehr oder minder heranschleichenden autoritären Wenden, zu Kriegen und Zerstörungsdynamiken kam, dazu lieferte das 20. Jahrhundert reichlich Anschauungsmaterial. Es nicht aus den Augen zu verlieren, dazu forderte vor einigen Jahren eindringlich auch der britische Historiker Tony Judt auf, der das 20. Jahrhundert zu vergessen für einen gera-

9 In diese Richtung zielen auch die zeitdiagnostisch motivierten Schriften von Heinrich August Winkler, *Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München 2017, oder von Philipp Blom, *Was auf dem Spiel steht*, München 2017.

10 So Ian Kershaw, *Höllensterz. Europa 1914 bis 1949*, München 2016.

dezu fahrlässigen Modus hielt.¹¹ Er hätte die eindringliche Reminiszenz durch die „Initiative 1918 – 2018“ daher gewiss begrüßt.¹²

2. Dokumentation

1918 – 2018: Ein Manifest

Es sollte der Krieg sein, der alle Kriege beendet. Als vor fast einhundert Jahren, am 11. November 1918, der Erste Weltkrieg an der Westfront endete, schien eine neue Epoche der Geschichte anzubrechen, geprägt von Frieden, Demokratie und Menschenrechten, von nationaler Selbstbestimmung und internationaler Verständigung. Das Frauenwahlrecht begann seinen Siegeszug. Der Völkerbund sollte internationales Recht durchsetzen. Und bei vielen Menschen außerhalb Europas weckte das Versprechen von Selbstbestimmung auch Hoffnung auf das Ende des Kolonialismus. Doch alle Seiten, Sieger und Besiegte, neue und alte Nationalstaaten, verspielten diese Chance zu einer dauerhaften Friedensordnung – in Europa und der ganzen Welt. Zwei Jahrzehnte danach begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der nächste Großkonflikt mit noch schlimmeren Verheerungen, höheren Opferzahlen und unvorstellbaren Verbrechen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann Westeuropa im transatlantischen Bündnis Zeit für eine stabile und friedliche Entwicklung und schuf mit der Europäischen Einigung ein Projekt des Friedens und des Wohlstandes, das aus den Schrecken der jüngsten Vergangenheit Lehren zog. Doch heute, fast 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und der Vereinigung des Kontinents, sind Demokratie, europäische Integration und auch der Frieden wieder in Gefahr. Etliche der gegenwärtigen Spannungen und Krisen erinnern an jene Schwierigkeiten, die durch die nach 1918 geschlossenen Friedensverträge gelöst werden sollten. Was damals ungelöst geblieben ist, erfährt heute erschreckende Aktualität. Lag der schweizerische Historiker und Diplomat Paul Widmer doch richtig, als er 1993 formulierte, Europa habe zwar die Folgen des Zweiten Weltkriegs leidlich bewältigt, laboriere aber weiter an denen des Ersten?

Das Russland Putins tut sich schwer, die Unabhängigkeit der Ukraine, die vor einhundert Jahren zum ersten Mal ausgerufen wurde, zu akzeptieren, und erst recht ihren Weg nach Westen. Ähnliches gilt für Georgien und die baltischen Staaten, die ebenfalls nach dem Ersten Weltkrieg erstmals eigenständig wurden. Die Staatenordnung, die nach 1918 im Nahen und Mittleren Osten entstand, hat sich nicht als halt-

11 Tony Judt, Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen, München 2010; vgl. auch Alexander Gallus, Wenn Konsensverschiebungen und Geschichtsvergessenheit drohen: Zeitgeschichte als öffentliche Aufgabe und intellektuelle Intervention, in: Hendrikje Schauer/Marcel Lepper (Hrsg.), Distanzierung und Engagement: Wie politisch sind die Geisteswissenschaften?, Stuttgart/Weimar 2018, S. 27-37.

12 Die Veröffentlichung des Manifests der „Initiative 1918 – 2018“ findet sich unter: <http://1918-2018.org/ein-manifest/> (27. August 2018).

bar erwiesen. Die Türkei leidet heute mehr denn je unter dem Phantomschmerz, die Bedeutung des Osmanischen Reiches verloren zu haben. Heute lebt die Menschheit erneut in einer multipolaren, instabilen und krisenhaften Welt - ähnlich wie nach 1918.

Im kommenden Jahr werden all diese Fragen zusätzliche Aktualität bekommen. Viele Länder Europas werden das Centennium ihrer staatlichen Unabhängigkeit oder ihres Sieges feiern. Andere werden eher an Niederlagen und deren Folgen erinnern. In West und Ost haben populistische Bewegungen, die parlamentarischer Demokratie und europäischer Integration skeptisch gegenüberstehen, an Zulauf gewonnen. Es droht eine neue Welle des Nationalismus. Wird es gelingen, dem Gedenken an das Ende des Ersten Weltkrieges dennoch eine – erneuerte – europäische Perspektive zu geben?

Es geht um mehr, als allein an die Opfer eines schrecklichen Krieges und an seine Folgen zu erinnern. Zu würdigen sind die Bedeutung des Friedens für Europa und die Welt, die Ideen eines universalen Völkerrechts und der rechtsstaatlichen Demokratie. Der erste Anlauf, diesen Werten nach 1918 weltweit Gestalt zu geben, scheiterte. Mit der Gründung der Vereinten Nationen und der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde nach 1945 ein zweiter Versuch unternommen. In Europa kam dies aber zunächst nur der westlichen Hälfte zugute. Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen sich diese fundamentalen Werte endgültig durchzusetzen. Doch heute stehen sie unübersehbar und fast überall wieder unter Druck. Die einhundertste Wiederkehr des Kriegsendes und des Bemühens nach 1918, eine umfassende Friedensordnung herzustellen, ist der geeignete Zeitpunkt, über Grenzen hinweg ein deutliches Zeichen zu setzen für Menschenrechte und Meinungsfreiheit, für Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung des Völkerrechts.

Dazu wollen wir aufrufen!

Initiatoren: Markus Meckel, Politiker, Berlin; Etienne François, Historiker, Berlin; Bettina Greiner, Historikerin, Berlin; Oliver Janz, Historiker, Berlin; Sven-Felix Kellerhoff, Publizist, Berlin; Martin Lengemann, Fotograf, Berlin; Gorch Pieken, Historiker, Dresden; Stefan Troebst, Historiker, Leipzig

Linksextremistische Splitterparteien: DKP, MLPD und SGP

Von Isabelle-Christine Panreck

1. Einleitung

Das Spektrum des parteiförmigen Linksextremismus in Deutschland ist von ideologischen Gräben durchzogen: Nimmt sich die *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) den „wahren Sozialismus“ nach Mao Tse-tung zum Vorbild, steht die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) den Lehren Marx‘, Engels‘ und Lenins nahe. Die *Sozialistische Gleichheitspartei* (SGP) wurzelt indes im Trotzkismus. Ins Auge sticht der fehlende Erfolg von MLPD, DKP und SGP bei Wahlen: Alle drei gleichen Splitterparteien mit Stimmenanteilen im Promillebereich. In der wissenschaftlichen Kontroverse um parteiförmigen Linksextremismus stehen sie im Schatten der Debatte um die Partei *Die Linke*, die insbesondere in den neuen Bundesländern, aber nicht nur hier, Wahlerfolge auf Landesebene feiert. Der Beitrag gibt einen Überblick über linksextremistische Strömungen in der deutschen Parteienlandschaft, wobei die Splitterparteien MLPD, DKP und SGP im Vordergrund stehen. Die Debatte um Die Linke wird nicht in Gänze ausgeblendet, sondern dient weitgehend als Bezugspunkt in der Analyse der Splitterparteien. Erkenntnisleitend sind folgende Fragen: Welche ideologischen, organisatorischen und strategischen Merkmale besitzen die Parteien? Welchen Einfluss haben sie? Und welche Bedeutung kommt ihnen im deutschen Parteienspektrum zu?

Theoretisch knüpft der Beitrag an die normative Rahmentheorie nach Uwe Backes und Eckhard Jesse an¹, wonach eine Partei dann als extremistisch gilt, wenn sie sich gegen den freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat wendet. Das folgende Kapitel führt diesen Punkt näher aus und grenzt den Begriff des „Linksextremismus“ ab. Kapitel drei beleuchtet die historischen Eckdaten der Parteien und ihre Strategie bei Wahlen. Der Schwerpunkt des Beitrags liegt auf Kapitel vier, das Ideologie und Organisation der Splitterparteien – DKP, MLPD und SGP – erörtert. Kapitel fünf erhellte die Beziehungen zwischen der Partei Die Linke und den Splitterparteien, wobei es Überschneidungen mit Blick auf die Parteimitgliedschaften und Kooperationen bei Listenplätzen beleuchtet. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick zur zukünftigen Bedeutung linksextremistischer Parteien in der deutschen Parteienlandschaft.

1 Vgl. grundlegend Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

2. Begriffsklärung: Linksextremismus

Die normative Rahmentheorie markiert eine Position als extremistisch, wenn sie den demokratischen Verfassungsstaat mit seinen beiden Traditionen des Konstitutionalismus und der Volkssouveränität ablehnt. Wie die liberale Demokratie auf dem Zusammenspiel der drei Ebenen aus Institutionen, politischen Prozessen und politischer Öffentlichkeit fußt, negiert der Extremismus das demokratische Ideal der jeweiligen Ebenen.² Mit Blick auf das staatliche Institutionengefüge lehnt Extremismus den Verfassungsstaat ab, da er die Konzentration staatlicher Gewalt frei von Kontrollmechanismen anstrebt. Wozu braucht es Kontrolle, ist die eigene Vorstellung von Politik und Politischem doch die einzig richtige? Die Hybris der Unfehlbarkeit setzt sich auf politisch-prozeduraler Ebene fort. Nach Backes zielt Extremismus „auf ‚*Monismus*‘ und ‚*Monokratie*‘ im Sinne der Durchsetzung eines gebündelten Machtanspruchs, der Konkurrenz nach Möglichkeit ausschaltet, politische Vielfalt und Opposition nicht duldet, jedenfalls unschädlich zu machen sucht, politischen Wechsel unterbindet, autonomes Engagement von Gruppen und Einzelpersonen zumindest dann behindert und unterdrückt, wenn es den Ambitionen der Machthaber im Wege steht. Der Bürger wird zum Untertan.“³ Die politische Öffentlichkeit verliert ihre Funktion, als Forum für den Streit um Politikinhalt (Policies) zu dienen. Stattdessen kehren Extremisten den Prozess der politischen Willensbildung um, indem sie die öffentliche Meinung für die nachträgliche Legitimation ihrer politischen Entscheidungen instrumentalisieren.

Um alle extremistischen Schattierungen zu erfassen, ist zwischen den Abstufungen des „harten“ und „weichen“ Extremismus zu unterscheiden: Lehnen harte Extremismen den demokratischen Verfassungsstaat in Gänze ab, richten sich weiche auf einzelne Elemente der liberalen Demokratie. Kommuniziert der harte Extremismus seine Grundhaltung offen, versteckt der weiche seine Position hinter der formalen Zustimmung zum demokratischen Verfassungsstaat. Vertritt die Führungsspitze extremistische Positionen, ist von hartem Extremismus zu sprechen, sind die extremistischen Positionen indes in der Peripherie der Partei beheimatet, etwa in bestimmten Flügeln, fällt dies in den weichen Extremismus.⁴ Auch widerstreiten die beiden Hauptformen des politischen Extremismus – Rechts- und Linksextremismus – dem demokratischen und konstitutionellen Prinzip des liberalen Verfassungsstaates nicht in gleicher Weise. Zeigen beide Extremismen Parallelen in der Ablehnung des liberalen Konstitutionalismus, unterscheiden sie sich in ihrem Verhältnis zur demokratischen Tradition der Gleichheit. So überhöht der Linksextremismus das Axiom der menschlichen Gleichheit und provoziert daher den Bruch mit der individuellen Frei-

2 Vgl. im Folgenden ders., Politischer Extremismus – Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 17-40, hier: S. 32 ff.

3 Ebd., S. 33 (Hervorhebung im Original).

4 Vgl. Eckhard Jesse, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 115 f.

heit. Der Rechtsextremismus indes negiert die menschliche Fundamentalgleichheit und verteilt politische wie gesellschaftliche Partizipationsrechte meist anhand der Zuweisung des Einzelnen in eine „Ethnie“.⁵ In diesem Sinne ist nicht die Bereitschaft zur Gewalt einer Gruppe entscheidend, sondern ihre Stellung zum demokratischen Verfassungsstaat. Überdies verfolgen Extremisten u. a. Absolutheitsansprüche, Freund-Feind-Stereotypen, Verschwörungstheorien, deterministische Geschichtsbilder, identitäre Gesellschaftsbilder, dualistische Rigiditäten.⁶

3. Historische Eckdaten und Strategie bei Wahlen

Die beiden größten (aber nicht großen) linksextremistischen Parteien Deutschlands – die MLPD und die DKP – stehen in der Tradition der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD), die als erste und bislang einzige linksextremistische Partei in Deutschland 1956 verboten wurde. Ist die DKP auch die ältere und traditionsreichere der beiden Parteien, schnitt sie bei der Bundestagswahl 2017 schwächer ab als die MLPD. In absoluten Zahlen ausgedrückt lag die Zustimmung zur DKP 2017 bei 11.713 Stimmen und damit unter 0,1 Prozent. Demgegenüber kam die MLPD mit 29.928 auf fast dreimal so viele Stimmen. Im linksextremistischen Spektrum waren die beiden Parteien trotz der geringen Anteile führend, so erreichte die trotzkistische *Sozialistische Gleichheitspartei* (SGP, früher PSG) beispielsweise lediglich 1.346 Stimmen.⁷ Das im Vergleich mit den anderen Splitterparteien gute Abschneiden der MLPD geht auf die bundesweite Verbreitung der Partei zurück, die als einzige in allen 16 Ländern erfolgreich Listen einreichte. Die Landeslisten der DKP wurden in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zugelassen. Die SGP stellte sich mit Landeslisten lediglich in Nordrhein-Westfalen und Berlin zur Wahl.

Bis zur deutschen Einheit war die DKP die führende linksextremistische Partei in der Bundesrepublik. Von ihrer Gründung im Jahr 1968 bis 1990 stand sie unter dem Protektorat der ostdeutschen *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED), an der sie sich programmatisch orientierte und von der sie finanziell abhängig war. In dieser Zeit verzeichnete die DKP einen gewissen Einfluss in linken außerparlamentarischen Bewegungen, der aber nie in Wahlerfolge mündete.⁸ Nach der friedlichen Revolution 1989 brach die Unterstützung der SED weg, und die DKP musste unvor-

5 Vgl. ders., Formen des politischen Extremismus: Westliche Demokratien Europas im Vergleich, in: Ders. Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 127-168, hier: S. 134 f.

6 Vgl. hierzu Backes (FN 1), S. 298-311; Armin Pfahl-Traugher, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmal extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

7 Vgl. Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2017, unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html> (30. September 2017).

8 Vgl. Eckhard Jesse, Deutsche Kommunistische Partei, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl., Wiesbaden 2018, S. 283-285.

bereitet auf eigenen Beinen stehen. Da die Partei bereits während der Gorbatschow-Ära innere Konflikte zwischen ihren traditionellen und reformbereiten Flügeln erschütterten, geriet sie in eine Krise, die zahlreiche Austritte der reformbereiten Kräfte und eine enorme Schwächung der Gesamtpartei auslöste.⁹ Eine Konsolidierung blieb aus, so dass die Partei heute nahezu bedeutungslos ist. Erreichte die DKP vor der „Wende“ bei den Bundestagswahlen 1972 bis 1983 etwa 0,2 bis 0,3 Prozent der Stimmen, nahm sie von 1987 bis 2005 sowie 2013 nicht an Bundestagswahlen teil. 2009 und 2017 verzeichnete die DKP lediglich Stimmenanteile im Promillebereich.¹⁰ Auch die Zahl der Parteimitglieder bestätigt den Abstieg der DKP: Hatte sie von Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er noch ca. 40.000 Mitglieder, liegt die Zahl der Unterstützer mit Parteibuch heute bei ca. 3000.¹¹ Als Kommunikationsplattform nutzt die DKP die Wochenzeitung *uz – unsere Zeit*, die neben der Berichterstattung den Vertrieb von „Devotionalien“ – wie Aufnäher, Transparente, Tassen und Gläser – steuert. Grundsätzliche theoretische Ausführungen finden sich in der Zweimonatschrift *Marxistische Blätter*.

Die MLPD wurde im Jahr 1982 als Nachfolgeorganisation des *Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands* (KABD) gegründet, dessen Wurzeln teils in der linken außerparlamentarischen Opposition (APO), teils in maoistischen Ablegern der 1956 verbotenen KPD liegen.¹² An Wahlen nahm die MLPD äußerst unregelmäßig teil und stets ohne jeden Erfolg. Ging die Partei bei den Bundestagswahlen 2002 in den Boykott, erreichte sie von 2005 bis 2017 ca. 0,1 Prozent der Zweitstimmen.¹³ Neben dem Magazin *Rote Fahne* engagiert sich die Partei im Vergleich zu den anderen Splitterparteien stärker in den sozialen Medien. So verfügt die Partei seit 2009 über den YouTube-Kanal *mlpd.de*. Dessen Reichweite geht zwar über die Kanäle der SGP und DKP hinaus, ist aber mit 306.402 Aufrufen seit dem 28. Mai 2009 stark begrenzt.¹⁴ Bundesweit umfasst die Partei nach Schätzungen derzeit (maximal) 1800 Mitglieder, wobei die meisten wohl aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen stammen; in Gelsenkirchen liegt die Parteizentrale. Im Unterschied zur DKP ist die MLPD eine finanziell ungewöhnlich gut ausgestattete Partei, da sie von Erbschaften, Spenden und Immobilienbesitz in Millionenhöhe profitiert.¹⁵

9 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Linksextremismus in Deutschland, Eine kritische Bestandsaufnahme*, Wiesbaden 2014, S. 94.

10 Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2009, unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2009.html> (30. September 2017); Bundeswahlleiter (FN 7).

11 Vgl. Jesse (FN 8), S. 283.

12 Vgl. Rudolf van Hüllen, *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands*, in: Decker/Neu (FN 8), hier: S. 403.

13 Vgl. Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2002, unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2002.html>, (30. September 2017); Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2005, unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2005.html> (30. September 2017); Bundeswahlleiter (FN 10); Bundeswahlleiter (FN 7).

14 Stand 23. Januar 2018. Zum Vergleich: Der YouTube-Kanal der SPD sammelt in der ungleich kürzeren Zeitspanne vom 17. Oktober 2007 6.317.586 Aufrufe, der Kanal der CDU kommt seit dem 5. August 2008 auf 5.543.087 Klicks.

15 Vgl. van Hüllen (FN 12), S. 403 f.

Die SGP – bis Februar 2017 *Partei für Soziale Gleichheit* (PSG) – ging 1997 aus dem *Bund Sozialistischer Arbeiter*, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA) hervor, die in der von Leo Trotzki 1938 gegründeten weltweiten Bewegung wurzelt. Bis heute ist die Partei Teil der internationalen *Socialist Equality Party* (SEP), die Ableger in den USA, Kanada, Großbritannien, Australien, Deutschland, Frankreich und Sri Lanka unterhält. Der Anspruch der weltweiten Vernetzung offenbart sich auch in den Kommunikationskanälen des deutschen Flügels: Neben der Monatsschrift *Gleichheit* dient der SGP die Internetseite der Dachorganisation – *World Socialist Web Site* – als zentrales Kommunikationsmedium.¹⁶ In Deutschland ist die SGP im Vergleich zur DKP und MLPD noch unbedeutender: Bei den vergangenen Bundestagswahlen (1998; 2005 bis 2017) erreichte sie stets 0,0 Prozent.¹⁷ Überdies verzeichnet die Partei nach eigenen Angaben lediglich 250 Mitglieder. Die finanzielle Basis der SGP ist indes solide und geht vermutlich auf US-amerikanische Spenden zurück.¹⁸

4. Ideologie und innere Organisation

DKP, MLPD und SGP sehen sich als die Speerspitze der Arbeiterbewegung gegen einen ausbeutenden Kapitalismus. Sind sich die Parteien im übergeordneten Feindbild „Kapitalismus“ einig, spaltet sie ein ideologischer Graben. Vor der Auflösung des Ostblocks waren KPdSU und SED die Vorbilder der westdeutschen DKP. Nach der Friedlichen Revolution 1989/90 hielt der in der Partei verbleibende Kern der DKP weithin am orthodoxen Marxismus-Leninismus und mit gewissen Modifikationen an der DDR als Vorbild und der offenen Ablehnung der Bundesrepublik fest. Dies änderte sich auch nicht, als die Debatte über innerparteiliche Reaktionen auf die Friedliche Revolution 17 Jahre nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in ein neues Parteiprogramm mündete.¹⁹ War die DKP vor 1989 von dem Siegeszug des Sozialismus über den Kapitalismus überzeugt, erfuhr dieser Glaube mit der Friedlichen Revolution eine Erschütterung, die sich im neuen Parteiprogramm widerspiegelte. Nicht „Fisch“ nicht „Fleisch“, konnte sich die Partei weder durchringen, an der orthodoxen Linie des Marxismus-Leninismus festzuhalten – das Programm war „steril“²⁰ – noch wagte sie einen Neuaufbruch – waren die kritischen Töne doch rar gesät. Kurzum: Weder der orthodoxe noch der reformerische Flügel konnte vom neuen Programm gänzlich überzeugt sein.²¹

16 Vgl. Melanie Haas, Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG), in: Decker/Neu (FN 8), S. 441 f., hier: S. 442.

17 Vgl. Bundeswahlleiter (FN 7), Bundeswahlleiter (FN 10); Bundeswahlleiter (FN 13).

18 Vgl. Haas (FN 16), S. 441 f.

19 Vgl. Eckhard Jesse, Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 199–212.

20 Ebd., S. 211.

21 Vgl. ebd.

Auf diesem Nährboden keimte eine tiefgreifende Parteikrise, die während der Amtszeit der Vorsitzenden Bettina Jürgensen (2010-2013) beinahe zur Spaltung der Partei geführt hätte. Jürgensen stellte sich aufgrund der geringen öffentlichen Präsenz und des fehlenden Einflusses innerhalb des Parteienspektrums der politischen Linken die Aufgabe, die DKP auf einen eher pragmatischen, stärker reformorientierten Kurs zu lenken. Hierzu gab das Sekretariat des Parteivorstands bei seiner 9. Tagung am 23./24. Januar 2010 das gut 40 Seiten starke Dokument „Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit. Den Kapitalismus überwinden“ in die öffentliche Debatte. Ausgangspunkt des Dokuments ist die Frage, inwiefern die Schwäche bei Wahlen und in der öffentlichen Präsenz auf organisatorische Mängel innerhalb der Partei zurückzuführen sei und es einer weiteren Radikalisierung bedürfe, oder ob es sich um eine grundsätzliche Krise der Kommunistischen Bewegung und der politischen Linken handle, die objektive und subjektive Ursachen habe.²²

Um die Frage durch die Parteimitglieder debattieren zu lassen, formulierte die Parteispitze politische Thesen, die unterschiedliche Nähe zum Parteiprogramm aufweisen. Eng am Programm ist das Festhalten an der Revolution: „Wir sind der Überzeugung, dass der Sozialismus nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden kann.“²³ Auch klingen weiterhin historizistische Töne an: „Im Spektrum der fortschrittlichen und linken Kräfte ist die DKP diejenige Kraft, die in die Kämpfe von heute die Frage nach der kommunistischen Zukunft – der Assoziation freier Individuen, als Ergebnis eines längeren historischen Entwicklungsprozesses – einbringt.“²⁴ Ein Bruch mit der bisherigen Strategie ist indes die Ablösung der Arbeiterschaft als Speerspitze der Revolution. Die traditionelle Arbeiterbewegung sei durch den modernen Kapitalismus aufgelöst. In die Fußstapfen der Arbeiterbewegung treten soziale Bewegungen in Deutschland als „ein wichtiger Faktor für die Neuformierung einer Arbeiterbewegung und die Herausbildung eines gesellschaftlichen und politischen Blocks der Veränderung.“²⁵ Überdies gewinne „die Aktionseinheit mit Mitgliedern und Anhängern der SPD wieder größere Bedeutung.“²⁶

Insbesondere diese beiden Thesen stießen auf erheblichen Widerstand am orthodoxen Flügel der Partei. Nach nur drei Jahren scheiterte Bettina Jürgensen mit ihren Reformversuchen. In einer für die DKP ungewöhnlichen Kampfabstimmung löste der Traditionalist Patrik Köbele Jürgensen ab, was am Selbstverständnis der auf Einheit bedachten Partei kratzte, denn die Bildung von „Fraktionen“ lehnt die DKP offiziell ab. Nur so könne die „Kollektivität des Handelns“ und damit die Stärke der

22 Vgl. Deutsche Kommunistische Partei, Der Weg aus der Krise: Der Mensch geht vor Profit. Den Kapitalismus überwinden. Politische Thesen des Sekretariats des Parteivorstands der DKP. Diskussionsmaterial für die Parteigruppen, unter: <http://www.thesen.kommunisten.de/> (29. Januar 2018), S. 4.

23 Ebd., S. 39.

24 Ebd., S. 31.

25 Ebd., S. 29, ferner S. 31 f.

26 Ebd., S. 21.

Partei aufrechterhalten werden.²⁷ Dennoch schwelt der Konflikt bis heute, und er treibt einen Keil zwischen die Lager. Die Parteispitze hält unterdessen an ihrer orthodoxen Auslegung des Sozialismus fest. So knüpfte Köbele zwar an das Ziel Jürgensens an, gesellschaftliche Bedeutung zu gewinnen und den Status einer „abgekapselte[n] Kaderorganisation“²⁸ zu überkommen. Im aktuellen Leitantrag an den 22. Parteitag der DKP spiegelt sich dies in den einleitenden Worten, greifen diese doch populistische Stimmungen gegenüber „denen da oben“ auf.²⁹ Inhaltlich und strategisch vollzog die Partei einen radikalen Kurswechsel in der Rückbesinnung auf Lenin als zentralen Theoretiker und Stichwortgeber für die Agitation der Partei.³⁰ Es offenbart sich ein teleologisches Geschichtsverständnis, wenn die Partei von einem mehrstufigen Prozess mit dem Ziel des Kommunismus ausgeht.³¹ Grundlage des Prozesses sei die Dialektik von Arbeit und Kapital: „Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bleibt der grundlegende Klassenwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Seine Lösung erfordert die sozialistische Revolution.“³²

Als zentrale Größe in diesem Ablauf benennt die DKP die Arbeiterklasse: „Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne [...] die Errichtung einer sozialistischen Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die sich dafür neue politische Herrschaftsinstrumente schafft, den alten kapitalistischen Staatsapparat mit seinen Machtorganen radikal ersetzt, zum Teil umbaut und auflöst und die fähig ist, diese neue proletarisch-sozialistische Demokratie zu verteidigen.“³³ Statuierte Jürgensen noch die Auflösung der Arbeiterklasse, erscheint diese im Leitantrag als wachsende soziale Einheit: „Es kommt zu einem Übergang größerer Teile akademisch gebildeter Mittelschichten in die Arbeiterklasse – und zwar bis hinein in die industriellen Kerngruppen, die die entscheidende Rolle für die gewerkschaftliche und politische Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse insgesamt spielen.“³⁴ Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sei die höchste Aufgabe der Kommunisten.³⁵

Soziale Bewegungen sind nur noch ein Anhängsel der Arbeiterbewegung und tauchen nicht mehr als eigenständige Akteure auf.³⁶ Den Versuch Jürgensens, Brücken zu SPD-Parteimitgliedern zu schlagen, bricht Köbele gänzlich ab, wie die Pressemitteilung der DKP zum SPD-Parteitag im Januar 2018 erhellt: „Wer sich von der ‚No-

27 Deutsche Kommunistische Partei, Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Beschluss der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006, S. 15.

28 Antrag des Parteivorstandes an den 22. Parteitag der DKP 2.-4. März 2018, Frankfurt a. M., unter: http://news.dkp.suhail.uberspace.de/wp-content/uploads/2017/10/Leitantrag_22PT.pdf (25. Januar 2018), S. 17.

29 Vgl. ebd., S. 4.

30 Vgl. ebd., insbesondere S. 5; 15.

31 Ebd., S. 6-8, 15.

32 Vgl. ebd., S. 15.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 11.

35 Ebd., S. 19.

36 Vgl. ebd., S. 16.

GroKo'-Position gemeinsame Kämpfe für Frieden, Demokratie und soziale Rechte erhofft, erliegt Illusionen.“³⁷

Dienen DDR und UdSSR als historische Vorbilder der DKP, kritisiert die MLPD die UdSSR und DDR gleichermaßen: Beide hätten den Pfad des „wahren“ Marxismus-Leninismus verlassen und seien den Versuchungen des „bürgerlichen Revisionismus“ erlegen. Die MLPD hingegen vertrete den einzig richtigen Sozialismus im Anschluss an Mao Tse-tung.³⁸ Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 habe sich die Sowjetunion unter Chruschtschow vom wahren Sozialismus abgewandt: „Sie propagierte den modernen Revisionismus und restaurierte schrittweise den Kapitalismus. [...] [Die UdSSR] wurde neben den USA zu einer Brutstätte der weltweiten Reaktion, Ausbeutung, neokolonialer Unterdrückung, Umweltzerstörung und imperialistischer Kriegsvorbereitung.“³⁹ Auch die DDR könne nicht als Vorbild dienen, da die UdSSR ihr, wie den übrigen sozialistischen Ländern, ihr „revisionistisches“ System aufgezwungen habe.⁴⁰

Die MLPD macht die größten Fehler Stalins im Versäumnis aus, den ideologischen Kampf nicht resolut genug geführt zu haben: „Dabei wurde jedoch der notwendige ideologische Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise vernachlässigt und auf die Mobilisierung der Massen gegen die kleinbürgerlich entarteten Vertreter der Bürokratie weitgehend verzichtet. Das waren die beiden Hauptfehler Stalins.“⁴¹ In der Konsequenz kommt der Zentralen Kontrollkommission in der MLPD besondere Bedeutung zu.⁴² In ihr spiegelt sich der erzieherische Anspruch der Partei, den sie theoretisch aus dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ nach Lenin herleitet.⁴³

Zwar knüpfen auch DKP und SGP an dieses Prinzip an, doch nimmt es bei der MLPD eine Kernfunktion ein. Das Abweichen von der Parteilinie ahndet sie mit Disziplinarstrafen. Um diese zu vermeiden, folgt die MLPD dem Entwicklungsgesetz von Kritik und Selbstkritik. Der zentralen Kontrollkommission (ZKK) kommt die Aufgabe zu, die MLPD zu verteidigen, zu erhalten und ihre Weiterentwicklung wie ihre Festigung sicherzustellen: „Die Kontrolltätigkeit der Zentralen Kontrollkommission ist auf die Bündelung der revolutionären Wachsamkeit in Wechselwirkung mit den anderen Seiten des Systems der Selbstkontrolle der Partei ausgerichtet. Damit sollen Fehler vermieden, Fehlentwicklungen von Kadern verhindert und jeder

37 Patrik Köbele, zitiert nach Pressemitteilung der DKP zum SPD-Parteitag vom 22. Januar 2018, DKP: Keine Hinweise auf Sozialdemokratisierung der SPD, unter: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2018/01/dkp-keine-hinweise-auf-sozialdemokratisierung-der-spd/> (25. Januar 2018).

38 Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei, vom X. Parteitag der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands beschlossene Überarbeitung des Parteiprogramms, Gelsenkirchen 2016, S. 40 f., 77.

39 Ebd., S. 69.

40 Vgl. ebd., S. 70.

41 Ebd., S. 73.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. auch Ottmar Carls, Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/1971, S. 29-38.

Spaltungsgefahr vorgebeugt und entgegengetreten werden.“⁴⁴ Kurz: Die Zentrale Kontrollkommission überprüft, ob die Mitglieder die marxistisch-leninistische Idee in ihrem Sinne interpretieren oder ob sie den „kleinbürgerlich-bürokratischen“ Anreizen verfallen sind. Erkennt ein Mitglied seine Verfehlung nicht an, können ihm Strafen auferlegt werden, damit es wieder auf den rechten Pfad zurückfindet.

Die „wahre“ Auslegung des Marxismus-Leninismus im Sinne einer proletarischen Denkweise dient der Partei laut Helmut Müller-Engbergs dazu, ungeliebte Parteimitglieder als Abweichler zu brandmarken und auszuschließen. In diesem Lichte seien die Umwälzungen auf Kader-Ebene – die Parteispitze war nicht betroffen – in der Vergangenheit zu sehen. Zu nennen sind die Jahre 1996 und 2005, in denen weite Teile des Führungspersonals ausgetauscht wurden. Eine öffentliche Aufarbeitung der Fälle folgte nicht. Dabei ließ insbesondere die Krise im Jahr 2005 Fragen offen, weil sie zur Suspension von Mitgliedern der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) führte, eben der Gruppe, die im Herzen der Partei über die wahre Auslegung der proletarischen Denkweise entscheidet. Nicht wenige Anhänger blieben irritiert zurück.⁴⁵ Brachten Krisen wie diese die DKP an den Rand der Spaltung, ging das Zentralkomitee um Stefan Engel gestärkt aus den Umwälzungen hervor.⁴⁶ Der Schlosser stand der Partei von 1982 bis 2017 vor, wobei sich im Laufe seiner Amtszeit ein wahrer Personenkult um den mächtigsten Mann der Partei entwickelt hatte. Pointiert heißt es bei Müller-Engbergs: „In seinen Händen bündeln sich [...] die theoretische Definitionsmacht, die politische und organisatorische Steuerung und die finanzielle Verfügungsgewalt der MLPD.“⁴⁷ Selbst der Rücktritt Engels im April 2017 lief reibungslos ab. Engel übergab das Amt an seine Stieftochter Gabi Fechter, geb. Gärtner. Programmatische Änderungen waren mit dem „Generationenwechsel“ bisher nicht verbunden.

Wie die Partei danach strebt, ihre proletarische Denkweise zu optimieren, versteht sie die Programmfindung als stetigen Prozess. So wurzelt das aktuelle, auf dem Sonneberger Parteitag 2016 entwickelte Programm im Bochumer Programm ihrer Gründung im Jahr 1982.⁴⁸ Die Speerspitze im Kampf um die „gerechte Ordnung“ ist für die MLPD die Arbeiterklasse: „Die internationale Arbeiterklasse ist die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft in der kapitalistischen Gesellschaft.“⁴⁹ Die MLPD subsumiert unter den Begriff der „Arbeiterklasse“ jedoch nicht nur Industriearbeiter, sondern auch alle vom Kapitalismus abhängigen Akteure: „Für den Kampf um die

44 Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Richtlinien der MLPD für die Tätigkeit ihrer Kontrollkommissionen und zur Durchführung von Verfahren, unter: <https://www.mlpd.de/partei/grundsatz/richtlinien-der-mlpd-fur-die-tatigkeit-ihrer-kontrollkommissionen> (14. Oktober 2017).

45 Vgl. Helmut Müller-Engbergs, Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 167-184, hier: S. 172-175.

46 Vgl. ebd.

47 Ebd., S. 177.

48 Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (FN 38), S. 9 f. Im Jahr 1999 wurde das Bochumer Programm bereits einmal ausführlich ergänzt.

49 Ebd., S. 16 f.

Staatsmacht und beim Aufbau des Sozialismus braucht die Arbeiterklasse ein festes Bündnis mit allen Unterdrückten.“⁵⁰ Die Partei grenzt sich damit dezidiert vom orthodoxen Flügel der DKP ab, deren Parteiprogramm mit dem Slogan „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“⁵¹ endet: „Die MLPD vertritt neben der internationalistischen Klassenlösung ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ auch die erweiterte strategische Bündnislösung: ‚Proletarier aller Länder und Unterdrückte, vereinigt euch!‘“⁵² Den „doppelt ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterinnen“⁵³ weist die Partei eine Schlüsselfunktion zu: „Das sich entwickelnde Frauenbewusstsein ist ein maßgeblicher Gradmesser für die Entwicklung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse.“⁵⁴

Wie die MLPD grenzt sich die SGP von den „stalinistischen Bürokratien“ des Ostblocks ab. Sie verurteilt die Partei *Die Linke* als „nationalreformistisch“ und hält am „unverfälschten“ Trotzismus fest.⁵⁵ Ideengeschichtliche Stichwortgeber sind – neben Leo Trotzki – Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Stalin habe unterdessen Trozki Idee einer Weltrevolution verraten und damit den Untergang des realen Sozialismus bewirkt: „Das stalinistische Regime ersetzte den Internationalismus durch eine nationalistische Orientierung. Das war die politische Ursache seines Verrats, der schließlich 1991 zur Zerstörung der Sowjetunion führte.“⁵⁶ Der Internationalismus liegt im Herzen der ideologischen Ausrichtung der Partei: „Die sozialistische Revolution ist eine internationale Aufgabe. Revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse werden unweigerlich globale Dimensionen annehmen, unabhängig davon, wo sie beginnen.“⁵⁷

Internationalismus und globaler Anspruch mündeten im Februar 2017 in die Umbenennung der Partei von PSG (Partei für soziale Gleichheit) in SGP: Sozialistische Gleichheitspartei. Zu einer Ablösung des langjährigen Vorsitzenden Ulrich Rippert kam es wie bei den vergangenen Namensänderungen nicht. Als Gründe für die Umbenennung führt die Partei erstens die namentliche Anpassung an ihre internationalen Schwesterparteien an. Das Internationale Komitee der Vierten Internationale (IK VI) erkennt die SGP als politische Autorität an.⁵⁸ Zweitens stehe die Änderung von „sozial“ in „sozialistisch“ als Platzhalter für den angestrebten Systemwechsel.⁵⁹

50 Ebd., S. 91.

51 Deutsche Kommunistische Partei, Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Beschluss der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP am 8. April 2006, unter: <http://www.dkp-online.de/programm/DKP-Programm.pdf> (29. Januar 2018), S. 15.

52 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (FN 38), S. 91.

53 Ebd., S. 44.

54 Ebd.

55 Vgl. Haas (FN 16).

56 Sozialistische Gleichheitspartei, Grundsatzerklärung der SGP, beschlossen am 23. Mai 2010, unter: <http://www.gleichheit.de/resolutionen/grundsatzerklaerung/> (29. Januar 2018), hier: § 2.

57 Ebd., § 3.

58 Vgl. Ebd., § 1.

59 Vgl. dies., Partei für Soziale Gleichheit ändert Namen in Sozialistische Gleichheitspartei. Pressemitteilung, unter: <http://www.gleichheit.de/resolutionen/umbenennung/> (13. Oktober 2017).

Ihre Programmatik setzt die SGP bruchlos fort: Sie fordert den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Überdies schärft die SGP ihr Profil als antimilitaristische Partei. Bereits im Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2010 fordert sie einen Abzug aller deutschen Soldaten aus Auslandseinsätzen. Gemeinhin erkennt die Partei eine Militarisierung der Gesellschaft: „Die Offizierskaste, die in der deutschen Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, gewinnt wieder an Einfluss; Soldaten werden brutalisiert und (wie im Massaker von Kundus) ans Töten von Zivilisten gewöhnt; Kritik an Militäreinsätzen wird als Wehrkraftzersetzung kriminalisiert; die Grenzen zwischen Polizei und Armee lösen sich auf; die Armee wird auf Einsätze im Innern vorbereitet – um nur einige Beispiele zu nennen.“⁶⁰ In der Resolution „Sozialismus und der Kampf gegen den Krieg“, einer von der SGP unterstützten Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, verschmelzt die Partei Krieg und Kapitalismus zu einem Automatismus: „Die Kriegstreiberei ist eine Verschwörung der kapitalistischen Eliten. Sie wird auf den höchsten Ebenen von Regierung, Militär und Geheimdiensten, von der Konzern- und Finanzoligarchie und den reaktionären Medien betrieben, und das ohne auch nur den Anschein einer demokratischen Debatte. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung auf der ganzen Welt wünscht sich nichts sehnlicher als Frieden. Doch es gibt noch keine organisierte, internationale politische Bewegung, die sich der skrupellosen Politik der imperialistischen Brandstifter entgegenstellen würde.“⁶¹ Die SGP setzt sich zum Ziel, eben diese neue antimilitaristische Bewegung zu formen. Der erste Schritt zur sozialistischen Gesellschaft, und damit zum Frieden, markiert für die Partei die Auflösung der Nationalstaaten und die Errichtung der sozialistischen Weltföderation.⁶² Wie die MLPD und – in abgeschwächter Form die DKP – fordert die SGP von ihren Mitgliedern „strikteste Disziplin“ bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse.⁶³

5. Beziehungen zwischen den Splitterparteien und der Partei Die Linke

Ist die extremistische Ausrichtung von DKP, MLPD und SGP breit anerkannt, gibt die Partei Die Linke immer wieder zu diesbezüglichen Debatten Anlass. Im Jahr 2007 aus einer Fusion von PDS und WASG entstanden, liegen die Wurzeln der Partei in der ostdeutschen SED. Mit 58.910 Mitgliedern ist die Zahl der Unterstützer in den Jahren seit der deutschen Einheit stark gesunken. 1991 gehörten der PDS noch

60 Dies. (FN 56), § 16.

61 Dies., Sozialismus und der Kampf gegen den Krieg, Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale vom 27. Februar 2016, unter: <https://www.wsws.org/de/media/documents/2016/02/27/ikvi-f27.pdf> (29. Januar 2018), S. 2.

62 Vgl. ebd., S. 2 f.

63 Dies. (FN 56), § 42.

172.579 Personen an.⁶⁴ Im Zentrum des Streits steht die Frage, welchen Stellenwert der Punkt der Systemüberwindung im Sinne des Sozialismus heute noch einnimmt. Einen harten Extremismus wie die DKP, SGP oder MLPD verfolgt Die Linke als Partei im Gesamten nicht. Dennoch existieren innerhalb der Partei einflussreiche Gruppen, die den Systemwechsel fordern. 2011 ging diese Forderung in das Parteiprogramm ein.⁶⁵ Auch tauchen offen extremistische Strömungen innerhalb der Partei in den Verfassungsschutzberichten auf. Im Vergleich der Verfassungsschutzberichte der neuen und alten Bundesländer sticht ein gewisses Gefälle ins Auge: Die neuen Bundesländer sind unabhängig von den regierenden Koalitionen vorsichtiger in der Nennung der Partei. Einerseits wäre dies wohl ohne größere gesellschaftliche Proteste nicht möglich, da Die Linke hier um die 20 bis 25 Prozent erreicht. Andererseits ist sie im Osten pragmatischer als im Westen.⁶⁶

Im Zentrum der Verfassungsschutzberichte stehen die *Kommunistische Plattform* (KPF) der Partei *Die Linke*, die *Sozialistische Linke* (SL) und die *Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí* (AG Cuba Sí). Der KPF gehören 1.200, der SL 826, der AG Cuba Sí 536 Mitglieder an.⁶⁷ Richtet die Initiative Cuba Sí ihre Agitation auf die „politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“⁶⁸, steht die SL für den sozialistischen Weg im Kampf gegen den Kapitalismus, wobei sie für ein enges Bündnis mit den Gewerkschaften plädiert. Die DDR war für die SL „ein legitimer Versuch, auf deutschem Boden eine Alternative zum Kapitalismus aufzubauen.“⁶⁹ In diesem Punkt ist sich die SL einig mit der mitgliederstärksten extremistischen Gruppierung innerhalb der Partei Die Linke: So fordert die KPF die Überwindung des Kapitalismus und strebt den Sozialismus als Alternative zum bestehenden System an.⁷⁰ Die Loyalität zur DDR wirkt in der KPF bis heute fort, bewertet sie die Totalkritik an der DDR doch als Kampagne zur Festigung des Kapitalismus. Im Gegensatz zum gemäßigten Flügel innerhalb der Partei lehnt der Zusammenschluss die Übernahme von Regierungsverantwortung ab, da diese lediglich das kapitalistische System stärke.⁷¹ Entschieden sprach sich der Bundessprecherrat der KPF im September 2016 gegen ein rot-rot-grünes Bündnis im Bund aus, da die Friedenspolitiken

64 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2016, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), S. 370-396, hier: S. 375.

65 Vgl. Die Linke, Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011, S. 5.

66 Vgl. Eckhard Jesse, Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer. Deskription, Analyse, Vergleich, in: Uwe Backes/ders. (FN 19), S. 13-34, hier: S. 31.

67 Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin 2017, S. 144-146.

68 Cuba Sí, Satzung der bundesweiten AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE, unter: https://cuba-si.org/files/cuba/satzung_der_bundesweiten_ag_cuba_si.pdf (26. Februar 2018), S. 2.

69 Sozialistische Linke, Die Sozialistische Linke – die gewerkschaftlich orientierte Strömung (Gründungserklärung), unter: <http://www.sozialistische-linke.de/ueber-uns/gruendungserklaerung> (26. Februar 2018).

70 Vgl. Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE, Satzung der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, Präambel, Absatz (2), S. 1.

71 Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – ein empirische Studie, Frankfurt a. M. 2015, S. 132-134.

der Parteien unvereinbar seien: „Wie kann man in Erwägung ziehen, mit dieser SPD, die zudem zu den etablierten Kriegsparteien gehört, in eine gemeinsame Bundesregierung zu gehen. Und mit den kriegsbefürwortenden Grünen ist das ebenso wenig vorstellbar.“⁷² Der Einfluss der orthodoxen Marxisten innerhalb der Partei *Die Linke* nimmt jedoch seit Beginn der 2000er stark ab, was vor allem in der Mitgliederstruktur der KPF begründet ist. So gehörten ihr kurz nach ihrer Gründung 1989 überwiegend treue Anhänger der DDR im fortgeschrittenen Alter an, die inzwischen verstorben sind. Macht die Überalterung der Partei *Die Linke* schwer zu schaffen, ist die KPF überproportional stark betroffen.⁷³

Die Heterogenität der Positionen innerhalb der Partei *Die Linke* provoziert die Frage, wie nahe sie dem demokratischen Verfassungsstaat steht. Eckhard Jesse prägte mit Blick auf die Partei *Die Linke* den Begriff des „smarten Extremismus“: Sie unterstütze den freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat nicht vollständig.⁷⁴ Matthias Micus hingegen hält Die Linke für eine pragmatische Partei, die mehr an der Übernahme von Regierungsverantwortung interessiert sei als am Systemumsturz.⁷⁵ Die Schwierigkeiten der Partei *Die Linke*, sich gegenüber dem Extremismus in ihrem Umfeld abzugrenzen, sind offenkundig.⁷⁶

Wie die Analyse der Ideologien der linksextremistischen Splitterparteien erhellte, offenbart sich die größte Schnittmenge zwischen der Partei *Die Linke* und der DKP. Nach der Friedlichen Revolution 1989/90 erwies sich die Integrationsfähigkeit der Partei Die Linke – vormals PDS – gegenüber sozialistischen Akteuren in der alten Bundesrepublik als ein Erfolgsfaktor. Eine Abgrenzung zum ehemaligen „Zögling“ DKP fiel jedoch gerade den Älteren in der Partei schwer.⁷⁷ Noch heute wirkt die Loyalität zur DDR verbindend, was sich vor allem in der Zusammenarbeit der KPF mit der DKP offenbart.⁷⁸ Überdies suchten einige ehemalige DKP-Kader ihr politisches Glück in der Partei *Die Linke*, etwa Eva Bulling-Schröter (1974-1990), Wolfgang Gehrcke (1968-1990, von 1961 bis 1968 Mitglied der verbotenen KPD), Heidi Knake-Werner (1981-1989; von 2002 bis 2009 Senatorin in der Berliner Landesregierung).⁷⁹ Die Wahllisten der Partei *Die Linke* standen DKP-Mitgliedern lange offen. Der Skandal um DKP-Mitglied Christel Wegner, die sich 2008 mit verharmlosenden Aussagen über den Mauerbau an der innerdeutschen Grenze ins Abseits brachte, führte zu einem Umdenken weiter Teile der Partei. So beschloss der nieder-

72 Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform, Rot-rot-grünes Bündnis im Bund für uns nicht vorstellbar, unter: <https://kpf.die-linke.de/erklarungen/news/rot-rot-gruenes-buendnis-im-bund-fuer-uns-nicht-vorstellbar/> (26. Februar 2018).

73 Vgl. Matthias Micus, Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/ders. (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden 2007, S. 185-237, hier: S. 211-213.

74 Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – eine gescheiterte Partei?*, München 2012.

75 Vgl. Micus (FN 73), S. 235-239.

76 Vgl. Pfahl-Traugber (FN 9), S. 117 f.

77 Vgl. Uwe Backes, 60 Jahre Extremismus in Deutschland, in: Ders./Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 13-44, hier: S. 31.

78 Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder (FN 71), S. 134.

79 Vgl. Jesse (FN 19), S. 199.

sächsische Landesverband der Partei *Die Linke* in der Folge, seine Liste nur noch für Parteilose zu öffnen – ein Verfahren, das nach einer Änderung im Parteiengesetz heute nicht mehr möglich ist.⁸⁰

Waren DKP und die Vorgängerpartei der Partei *Die Linke* – die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* (SED) – institutionell verbunden, grenzten sich SGP und MLPD ideologisch von der SED ab. Auch nach der Friedlichen Revolution ließ sich die MLPD nicht von der Partei *Die Linke* vereinnahmen.⁸¹ Vor der Bundestagswahl 2005 bot Stefan Engel der PDS und der WASG dennoch Wahlunterstützung an – ein Vorschlag, der bei beiden Parteien auf taube Ohren stieß. Auch die DKP ging auf Vorschläge gemeinsamer Listen bei Wahlen nicht ein.⁸² Die SGP ist innerhalb des linksextremistischen Spektrums isoliert und unbedeutend. Die Zusammenarbeit mit der Partei *Die Linke* lehnt die SGP ab, da sie eine „Politik des Militarismus“⁸³ verfolge. Auch Kooperationsversuche mit der MLPD oder DKP blieben aus.

6. Fazit: Bedeutung linksextremistischer Strömungen im deutschen Parteiensystem

Das Ziel des sozialistischen Systemsturzes, der absolute Wahrheitsanspruch und die innere Organisation der DKP, MLPD und SGP sind mit den Grundzügen des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates nicht vereinbar. Indem die Parteien den Anspruch der Gleichheit überdehnen, ist ein demokratischer Streit im Sinne freiheitlicher Meinungsäußerung unterbunden. Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ einigt DKP, MLPD und SGP, nimmt aber bei der MLPD weitreichendere Züge an. Alle drei Splitterparteien verfolgen einen „harten“ Extremismus, dennoch trennen sie ideologische Gräben, die entlang der historischen Vorbilder, der Rolle der Arbeiterschaft im revolutionären Prozess und dem Umgang mit dem realen Sozialismus verlaufen: Die DKP ist innerlich gespalten, der dominante orthodoxe Flügel um Patrik Köbele orientiert sich an Lenin und setzt auf die Arbeiterschaft als Speerspitze der Revolution. Der Umgang mit dem realen Sozialismus in der UdSSR und der DDR fällt der Partei schwer. Hier schlägt die historische Verbundenheit mit der SED zu Buche. Die MLPD indes formierte sich gegen den realen Sozialismus in der UdSSR und der DDR, da dieser dem „bürokratischen Revisionismus“ zum Opfer gefallen sei. Als Ideengeber fungieren Marx, Lenin und Mao Tse-tung. Im Gegensatz zur DKP proklamiert die MLPD das Bündnis der Arbeiterschaft mit allen „Unterdrückten“ – den „doppelt ausgebeuteten“ Frauen kommt besondere Beachtung zu. Die SGP, die kleinste Kraft der drei Parteien, verurteilt die UdSSR und die DDR aufgrund ihrer „Nationalisierung der Revolution“. Die treibende Kraft des revolutionären Prozesses ist laut SGP die internationale Arbeiterschaft. Den globalen An-

80 Vgl. ders./Lang (FN 74), S. 198 f.

81 Vgl. Backes (FN 77), S. 31.

82 Vgl. Pfahl-Traugher (FN 9), S. 107 f.

83 Sozialistische Gleichheitspartei, Wahlerklärung: Gegen Militarismus und Krieg! Für Sozialismus, unter: <http://www.gleichheit.de/resolutionen/bundestagswahl2017/> (29. Januar 2018).

spruch leitet die antimilitaristische Partei aus den Schriften Trotzki ab, zum Teil auch aus denen Liebknechts und Luxemburgs.

DKP, MLPD und SGP sind im deutschen Parteiensystem kaum von Bedeutung, erzielen sie doch bei Wahlen auf Landes- wie Bundesebene marginale Ergebnisse. Sie sind im linksextremistischen Spektrum isoliert, wenngleich sich in der Vergangenheit personelle Überschneidungen zwischen DKP und der Partei *Die Linke* zeigten. Auch ist in naher Zukunft nicht mit einem Erstarren der in der Gesellschaft weithin unbekannten Parteien zu rechnen – trotz des leicht populistischen Anstrichs in der jüngsten Kampagne der DKP. Fusionen sind aufgrund des ideologischen Grabens und des jeweiligen absoluten Wahrheitsanspruchs unwahrscheinlich. *Die Linke* wird zunehmend ins demokratische Parteienspektrum integriert, wenngleich ihre Distanzierung zum Linksextremismus halbherzig ausfällt.

Die Identitären – Soziale Bewegung oder virtueller Scheinriesen?

Von Clemens Pleul

1. Einleitung

Die *Identitäre Bewegung Deutschland* (IBD) ist ein vergleichsweise junges Phänomen. Erstmals traten die *Identitären* 2012 wahrnehmbar bei Facebook in Erscheinung. Die IBD zählt etwa 500 Mitglieder (Stand: Ende 2017), besitzt in allen Bundesländern regionale Untergruppen und wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall¹ einer rechtsextremistischen Vereinigung beobachtet² und zum Umfeld der Neuen Rechten³ gezählt. Die *Identitären* verstehen sich in diesem rechtsintellektuellen Umfeld als Teil einer europaweiten patriotischen Jugendbewegung. Die Idee der *Identitären Bewegung* stammt aus Frankreich und wurde in etlichen Ländern aufgegriffen (u. a. Deutschland, Österreich, Schweiz, Großbritannien).⁴ Die IBD möchte die eigene Kultur (beziehungsweise das eigene Volk) vor Gefahren wie Multikulturalismus, Masseneinwanderung und Identitäts- bzw. Werteverlust bewahren.⁵ In ihrer metapolitischen Strategie zielt sie auf eine Umwertung bestehender Werte. Ihr geht es um tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Man empfindet sich als Avantgarde, will im vopolitischen Raum ein Bewusstsein schaffen, dadurch öffentliche Diskurse verändern. Ziel ist eine „Kulturrevolution von rechts“.

Extremismusforscher wie Uwe Backes, Eckhard Jesse und Armin Pfahl-Traugher sehen in einer revolutionären Orientierung ein Indiz für eine mögliche Gefähr-

1 Unter Verdachtsfällen erfasst das Bundesamt für Verfassungsschutz Organisationen, die nicht eindeutig extremistisch sind, bei denen aber hinreichend gewichtige „tatsächliche Anhaltspunkte“ für den Verdacht extremistischer Bestrebungen vorliegen. Siehe dazu: BVerfSchG, § 4 Abs. 1 Satz 3.

2 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 80.

3 In der Rechtsextremismusforschung wird der Terminus „Neue Rechte“ uneinheitlich verwendet. Mittlerweile wird er vornehmlich an die französische „Nouvelle Droite“ angelehnt, die sich vom biologistischen Rassismus abgewendet hat und einem kulturalistischen Ethnopluralismus das Wort redet. Siehe dazu: Fabian Virchow, „Rechtsextremismus“. Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen, in: Ders./Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 5-42, hier: S. 7.

4 Vgl. Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl, Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster 2016, S. 68-146.

5 Die ideologischen Grundlagen veröffentlichte die IBD in vier Teilen auf ihrem Blog. Siehe dazu: <https://identitaerebewegung.wordpress.com/positionierungen/>; letztmalig abgerufen am 17. August 2018. Zur Ideologie und Strategie der IBD findet sich ein ausführlicher Überblick bei: Bruns/Glösel/Strobl (FN 4), S. 198-249.

dung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.⁶ Um die Kulturrevolution zu erreichen, verfolgt die IBD eine „metapolitische Raumergreifungsstrategie“ auf der Straße und im Netz, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Ihre polarisierenden Protestaktionen zielen auf öffentlichkeitswirksame Multiplikatoren. Diese sollen dazu beitragen, dass die politischen Vorstellungen der IBD in Medien aufgegriffen werden und Verbreitung finden. Der Erfolg der *Identitären* beruht maßgeblich auf einer intensiven Nutzung Sozialer Medien.

Der Anspruch, eine Soziale Bewegung zu sein, und die Strategie der Doppelpräsenz auf der Straße und im Netz erschweren professionellen Beobachtern eine realistische Einschätzung des Gefahrenpotentials. Die Einordnung des Phänomens ist daher nicht leicht. Die Zuschreibungen oszillieren zwischen der Einschätzung, es handle sich eher um ein virtuelles Phänomen, und der Affirmation des Selbstverständnisses der *Identitären*, eine Soziale Bewegung zu sein.⁷ Die Frage, welche der beiden Einschätzungen zutrifft, steht im Zentrum der folgenden Betrachtung. Eng damit verbunden ist die Problematik einer möglichen Verfassungsgefährdung.

Die Untersuchung beginnt mit einem kurzen Abriss zur Entstehung und Entwicklung der IBD. Es folgt eine knappe Erläuterung der Merkmale einer Sozialen Bewegung. Im Anschluss wird anhand etablierter Bestimmungsmerkmale für Soziale Bewegungen, ergänzt um IBD-typische Aspekte der Nutzung Sozialer Medien, analysiert, ob die *Identitären* als Soziale Bewegung einzustufen sind. Dabei wird auch die offizielle – mittlerweile gelöschte⁸ – Facebook-Seite der IBD in den Blick genommen. Somit befindet sich diese Analyse im Schnittbereich von Extremismus- und Bewegungsforschung.

6 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1989, S. 136. Sowie: Armin Pfahl-Traugher, „Kulturrevolution von Rechts“. Definition, Einstellung und Gefahrenpotential der intellektuellen „Neuen Rechten“, in: Mut (1996), H. 11, S. 36-57.

7 Gudrun Hentges/Gürkan Kökgiran/Kristina Nottbohm, Die Identitäre Bewegung (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 26 (2014), H. 3, S. 1-26, hier: S. 1.

8 Am 31. Mai 2018 löschte der Facebook-Konzern alle Seiten der IBD auf Facebook und auf dem zum Unternehmen gehörenden Foto-Dienst Instagram. Zur Begründung nannte eine Sprecherin des Konzerns: „Organisationen oder Personen, die organisierten Hass verbreiten, sind weder auf Facebook noch auf Instagram erlaubt.“ Siehe dazu: Ohne Autor, Kein Raum „Hass zu verbreiten“: Facebook löscht Seiten der Identitären Bewegung, in: Merkur Online vom 31. Mai 2018, unter: <https://www.merkur.de/politik/kein-raum-hass-zu-verbreiten-facebook-loescht-seiten-identitaeren-bewegung-zr-9914253.html> (24. August 2018). Die Befunde zur Facebook-Seite der IBD stammen aus dem November 2017 und wurden mittels „Fanpage Karma“ ermittelt. Zu den Möglichkeiten und Methoden der Analyse von Facebook-Seiten siehe: Clemens Pleul/Stefan Scharf, PEGIDAS Entwicklung auf der Straße und im Netz, in: Werner J. Patzelt/Joachim Klose (Hrsg.), PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 295-368.

2. Entstehung und Entwicklung der IBD

Impulsgeber der Gründung der IBD war vermutlich die sogenannte „Déclaration de guerre“⁹ (dt.: Kriegserklärung), ein hochwertig produziertes Video, das auf dem Videoportal Youtube veröffentlicht wurde. In diesem Film, der in 25 Sprachen übersetzt wurde, verkünden in kurz geschnittenen Statements französische Jugendliche ihre Grundanliegen. Darin erklären sie der 68er-Generation den Krieg, fordern eine „ethnokulturelle Identität“ und agitieren gegen kulturelle Vielfalt, gesellschaftliche Gleichheit und „Multikulturalismus“. Der Erfolg des Videos führte zum Aufbau erster virtueller Strukturen in Deutschland und trug zur Vernetzung der Aktivisten bei.¹⁰

Die ersten Aktionen in der „Realwelt“ des deutschen Ablegers fanden im Spätsommer/Herbst 2012 in Frankfurt am Main statt. Aktivisten der IBD störten die Eröffnung der Interkulturellen Wochen in der Stadtbibliothek mit Hardbass-Musik, Masken und Transparenten mit der Aufschrift „Multikulti Wegbassen“. Eine ähnliche Aktion fand wenig später vor einer Frankfurter Moschee statt.¹¹ Ebenfalls in Frankfurt trafen sich IBD-Aktivisten im Dezember des Jahres zu einem Vernetzungstreffen mit Vertretern aus Österreich und Italien. Auch das Jahr 2013 stand größtenteils im Zeichen der Vernetzungsarbeit.¹² Am Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda fanden regelmäßig Sommeruniversitäten sowie Akademien statt, die dem Kader der *Identitären* vorbehalten waren. Demgegenüber stellten einzelne Aktionen, Videodreh und Stammtische für Sympathisanten außerhalb des festen Kerns Anschlussmöglichkeiten dar. Die Diskrepanz zwischen ihren polarisierenden Internetauftritten und ihrer faktischen Unsichtbarkeit in der Realwelt machte sie zu einem reinen Netzphänomen. Auch kleinere Aktionen blieben außerhalb des eigenen Milieus nahezu unbemerkt.¹³

Das änderte sich sukzessive ab dem Jahresende 2014. Der Organisation – seit 2014 eingetragener Verein – gelang eine zunehmend bessere Vernetzung. Zunächst bot die Entstehung von PEGIDA in Dresden ein regelmäßiges Betätigungsfeld. Zugleich dienten die Demonstrationen der Koordination mit anderen Gruppierungen.¹⁴ Rückblickend zählt Martin Sellner, Kopf der *Identitären* im deutschsprachigen Raum, die Verbündeten der IBD auf: „Ich bin noch heute froh und dankbar, dass diese Linien der IB und der Sezession sich kreuzten, bündelten und heute mit PEGIDA, ‚Ein Prozent‘ und anderen das Rückenmark des neuen Patriotismus bilden.“¹⁵

9 Vgl. die sogenannte Kriegserklärung der Génération Identitaire, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=hBM3Hk7wGP4> (10. August 2018).

10 Vgl. Bruns/Glösel/Strobl (FN 4), S. 83.

11 Vgl. ebd., S. 83.

12 Magarete Schlüter, „Konsolidierungsversuche der ‚Identitären Bewegung Deutschland‘“, in: *der rechte rand* (2013), H. 143, S. 14 f.

13 Vgl. Volker Weiß, *Merchandise und Aktionismus*, in: *der rechte rand* (2016), H. 163, S. 18 f.

14 Vgl. Bruns/Glösel/Strobl (FN 4), S. 92.

15 Martin Sellner, *Identitär! Geschichte eines Aufbruchs*, Schnellroda 2017, S. 28.

In den Jahren 2015 und 2016 verstärkten die *Identitären* ihre Aktionen im Bundesgebiet. Neben öffentlichkeitswirksamen Besetzungen von symbolträchtigen Gebäuden machten sie mit provokanten „Schock-Aktionen“ von sich reden. So kamen in verschiedenen deutschen Städten Kunstblut und Vollverschleierungen zum Einsatz – um auf die vermeintliche terroristische Gefahr von Menschen mit muslimischem Glauben aufmerksam zu machen.¹⁶ Der Ablauf der Protestaktionen folgt generell dem gleichen Muster: Die Aktivisten filmen sich während der Raumnahme selbst, skandieren ihre Botschaften und stellen das Bildmaterial professionell bearbeitet – häufig mit poppiger oder martialischer Musik hinterlegt – über ihre jeweiligen Kanäle im Netz zur Verfügung. Durch polarisierendes Auftreten sollen mediale Plattformen für eigene Botschaften erobert werden. Zugleich ist jede IBD-Aktion bereits für Soziale Medien gemacht. Die Videos dienen nicht nur der Dokumentation, sondern entsprechen einer subversiven Pressearbeit. Denn das Bildmaterial dient ebenso der niederschweligen Verbreitung eigener politischer Standpunkte. Dieses Prinzip der „doppelten Räumlichkeit im Netz und auf der Straße“ wurde bereits seit 2013 zur Strategie identitären Protests erklärt. Das an linken Protestmethoden geschulte Kalkül, durch provokantes Auftreten mediale Plattformen für eigene Botschaften zu erobern, fasste Fabrice Robert, Gründer des französischen ‚Bloc Identitaire‘ in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* 2013 unter dem Schlagwort „virale Kontagiosität“ folgendermaßen zusammen: „Der Aktivist filmt etwa eine Aktion, stellt das ins Netz. Virale Kontagiosität: Wenn 100 Leute an der Aktion teilgenommen haben, sind es vielleicht 100.000, die davon erfahren. [...] Die Straße und die Informationsnetzwerke müssen beide als unser Terrain erkannt werden, um unserem Volk nahe zu sein. [...] Die Füße in der Erde, aber die Hände an der Tastatur.“¹⁷

Die provokanten Auftritte der IBD, die praktisch immer den sogenannten „Erhalt der eigenen Identität und den Kampf gegen Masseneinwanderung und Islamisierung“ zum Thema haben, richten sich nicht nur an jene, die der „Neuen Rechten“ ohnehin nahestehen. Es soll quasi ein Erstkontakt hergestellt werden, um anschließend in jeder Rede, jedem Flugblatt oder der Internetpräsenz auf die angeblich „wahren, globalen Probleme und Ursachen der Massenmigration“¹⁸ aufmerksam zu machen. Tatsächlich stellte sich der große erhoffte Medieneffekt aber erstmalig mit der Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 ein. Das Foto des Transparents am Brandenburger Tor „Sichere Grenzen, Sichere Zukunft“ griffen alle großen Medienhäuser auf. Der IBD gelang es, ihre Hauptbotschaft, die Abschottung Europas vor Flüchtlingen, erfolgreich im ganzen Bundesgebiet zu vermitteln und dieser Botschaft einen eigenen Markenstempel aufzudrücken.¹⁹

16 Vgl. Ann-Kathrin Hipp/Katharina Weygold, Identitäre Bewegung. Die rechten Likes-Fänger, in: Spiegel Online vom 13. August 2016.

17 Interview der Jungen Freiheit mit Fabrice Robert vom 1. März 2013, unter: <http://www.jf-archiv.de/archiv/13/201310030110.htm> (23. August 2017).

18 Sellner (FN 15), S. 59.

19 Weiß (FN 13), S. 18.

3. Das Jahr 2017 – Eine (virtuelle) Soziale Bewegung?

Nachdem sich die IBD einen gewissen bundesweiten Bekanntheitsgrad erarbeitet hatte, weiteten die *Identitären* ihr Aktionsrepertoire weiter aus. Die Systematik ihrer Vorgehensweise war daher im Jahr 2017 deutlicher erkennbar als zuvor. Drei Dimensionen lassen sich herausstellen: (1) Institutionalisierung der Vernetzung mit Partnerorganisationen in der „Realwelt“; (2) polarisierendes Auftreten auf der Straße und im Netz; (3) virtueller Aktivismus im Zuge der Bundestagswahl.

3.1. Auftreten in der Realwelt

In der „Realwelt“ institutionalisierte die IBD ihre Vernetzungsarbeit mit anderen Akteuren der Neuen Rechten. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Gründung eines identitären Hausprojektes in Halle (Saale) am 6. Juni 2017. Neben den Räumen der IBD befinden sich Büros der Initiative *Ein Prozent*²⁰, eine Werbeagentur, ein Büro des *Institut für Staatspolitik* (dem Thinktank des Publizisten Götz Kubitschek), das Modelabel *Radical Esthétique* sowie ein Bürgerbüro des AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider.²¹ Mit dem Hausprojekt wird offenbar der Versuch unternommen, Kräfte im Land zu bündeln. Zugleich dient das Haus als Symbol für die Sichtbarkeit identitärer Positionen im öffentlichen Raum. Der Verfassungsschutz aus Sachsen-Anhalt sieht in dem Hausprojekt ein Zentrum der *Identitären* in Deutschland.²²

Des Weiteren intensivierte die IBD ihre Zusammenarbeit mit anderen europäischen Partnerorganisationen. Insbesondere bei größeren öffentlichkeitswirksamen Aktionen arbeitete man länderübergreifend zusammen. So beteiligten sich u.a. Aktivisten der IBD an einer europaweiten Kampagne der *Identitären Bewegung* unter dem Titel: „Defend Europe“. Dabei zielten sie auf Hilfsorganisationen, die Geflüchtete im Mittelmeer retteten. Diesen unterstellt die IBD, mit Schleppern gemeinsame Sache zu machen. Um diese Sichtweise zu verbreiten, stellten sich Aktivisten der IBD am 12. Mai im Hafen von Catania der *Aquarius*, einem Schiff der Hilfsorganisation „SOS Méditerranée“, entgegen und verhinderten damit zeitweise ihr Auslaufen. Anfang August charterten Mitglieder der *Identitären Bewegung* das Schiff „C-Star“, um vor der libyschen Küste die unterstellten Schlepperaktivitäten von NGOs auf dem Mittelmeer zu beobachten und zu verhindern. Die Aktion endete am

20 Ein Prozent ist eine Art rechte NGO, sie wirbt und finanziert Aktionen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

21 Vgl. Lea Frehse/Paul Middelhoff, *Identitäre Bewegung. Keinen! Meter! Weichen!*, in: *Zeit Online* vom 4. April 2018.

22 Vgl. Ministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2017*, Magdeburg 2018, S. 45-50.

17. August 2017.²³ Auch im Juni 2017 griff die IBD auf Unterstützung ihrer Partnerorganisationen zurück. So veranstaltete die IBD eine Demonstration unter dem Motto „Zukunft Europa – bewegen und verändern“ in Berlin. An der Demonstration nahmen etwa 700 Personen teil, darunter auch Aktivisten der *Identitären* aus anderen europäischen Ländern.²⁴

Neben diesen Kampagnen setzte die IBD weiterhin auf etablierte öffentlichkeitswirksame Aktionen in Deutschland. Im Fokus standen dabei Ziele, die eine gewisse mediale Aufmerksamkeit versprachen. Häufig wurden daher symbolisch aufgeladene Orte besetzt (u. a. das Bundesjustizministerium, der Alexanderplatz und der Breitscheidplatz in Berlin), beflaggt oder mit Transparenten und Botschaften versehen. Daneben sollen Graffiti- und Aufklebertouren die Präsenz im öffentlichen Raum hervorheben. Von alten Aktionsformaten wie etwa Tanz-Flashmobs nahm man mittlerweile Abstand.²⁵ Hinsichtlich ihrer Kommunikationsstrategie orientieren sich die *Identitären* am Zeitgeist der Popkultur. Entsprechende Elemente werden insbesondere in der Bildkommunikation im virtuellen Raum genutzt. So werden beispielsweise popkulturelle Elemente wie Memes²⁶, Zeichentrickfiguren, Filmfiguren und historische Persönlichkeiten verwendet und mit entsprechenden Botschaften versehen. Auch die führenden Köpfe der sogenannten „Konservativen Revolution“ werden im Stil der Pop-Art stilisiert. Beim eigenen Merchandising-Vertrieb „Phalanx Europa“ können Plakate, Sticker und T-Shirts erworben werden, die Ernst Jünger oder Arthur Moeller van den Bruck im Stile von Andy Warhols Porträt Marilyn Monroes zum Motiv haben.²⁷

3.2. Virtueller Aktionismus

Der virtuelle Aktivismus der IBD ist ein wesentlicher Teil ihrer metapolitischen Strategie. Man möchte in die „Köpfe der Menschen“ vordringen. Ziel ist die Erlangung einer kulturellen Hegemonie und Deutungshoheit, die sich gesamtgesellschaftlich festsetzt und dann wiederum die Realpolitik beeinflusst.²⁸

In der virtuellen Welt verfolgt die IBD eine öffentliche und eine verdeckte Strategie. In sozialen Netzwerken wie Facebook oder Instagram legte man – bis zur Löschung aller IBD-Accounts – großen Wert auf ein seriöses Auftreten. Als Erken-

23 Eine ausführliche Zusammenfassung zur Kampagne „Defend Europe“ befindet sich bei: Simon Murdoch, Das Scheitern der Mission ‚Defend Europe‘, unter: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2540/no-defend-europe/> (20. Oktober 2017).

24 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt 2017 (FN 22), S. 45-50.

25 Vgl. Bruns/Glösel/Strobl (FN 4), S. 68.

26 Ein Meme ist ein Internetphänomen, dass in Form eines Bild-, Ton- oder Videoformates in Sozialen Netzwerken verwendet wird. Der Begriff leitet sich von Richard Dawkins populärwissenschaftlichen Buch „Das egoistische Gen“ ab. Mit dem Begriff Meme beschreibt Dawkins die Verbreitung kultureller Informationen.

27 Vgl. Weiß (FN 13), S. 18 f.

28 Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015, S. 64.

nungssymbol auf der Straße und im Netz bedient man sich stets einer einheitlichen Corporate Identity. Auffallend ist die stete schwarz-gelbe Bildkommunikation und das Lambda-Symbol.²⁹ Dieses Vorgehen erlaubt es den *Identitären*, in Franchise-Manier europaweit zu expandieren und immer neue Ableger zum festen Bestandteil des Markenkerns zu machen.

Neben dem seriösen Auftritt verfolgen identitäre Netzaktivisten aber auch eine verdeckte subversive Kommunikationsstrategie im virtuellen Raum. So belegt eine Studie des Londoner Institute for Strategic Dialogue, dass Aktivisten der IBD im Vorfeld der Bundestagswahl den Versuch unternahmen, die öffentliche Meinung durch die geschickte Nutzbarmachung der Funktionsweise der Algorithmen sozialer Netzwerke zu beeinflussen.³⁰ Dafür engagierten sich Mitglieder der IBD intensiv bei *Reconquista Germanica*.³¹ Die Gruppe organisierte über einen Discord-Server gezielte gemeinschaftliche Online-Attacken auf bestimmte Multiplikatoren in Sozialen Netzwerken. Durch die Kombination eines hohen virtuellen Engagements mit gemeinschaftlichem und zielgerichtetem Vorgehen konnten die Beteiligten die Relevanz identitärer Positionen künstlich erhöhen. So gelang es, durch die schiere Masse an Interaktionen in Form von Likes, Kommentaren und Tweets eine fingierte Meinungshoheit in Sozialen Medien wie Twitter und Facebook zu suggerieren.³² Im Fokus der Attacken standen dabei einerseits Personen des öffentlichen Lebens, etwa aus Politik, Popkultur, Journalismus, Wissenschaft, Sport oder Kunst, andererseits die Kommentarspalten wichtiger Leitmedien.³³ Zur Manipulierung der Algorithmen setzten die Netzaktivisten der *Reconquista Germanica* laut Studie des Londoner Institute for Strategic Dialogue auf verschiedene Taktiken: In sogenannten „Sniper“-Missionen versuchen die Netzaktivisten, Personen des öffentlichen Lebens durch Provokationen zu Überreaktionen zu bewegen. In sogenannten „Clear and Hold“-Missionen werden gegnerische Hashtags (bspw. #refugeeswelcome) mit eigenen Inhalten infiltriert. Durch dieses Vorgehen sollen Nutzer sozialer Netzwerke den Eindruck gewinnen, dass einwanderungskritische Beiträge überproportional in der Bevölkerung vertreten sind. In sogenannten „Search and destroy“-Missionen werden

29 Auf ihren ehemaligen Facebook-Seiten wie auf der Homepage prangt einheitlich auf gelbem Grund der griechische Buchstabe Lambda. Auch hier wird der popkulturelle Bezug deutlich. Das Symbol ist eine Adaption des US-Splatterfilms „300“. Siehe dazu: Andreas Speit, *Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte*, Bonn 2017, S. 163.

30 In der Analyse stützten sich die Autoren des Instituts for Strategic Dialogue auf über 1,6 Millionen rechtsextreme Postings in Sozialen Medien (Twitter und öffentliche Facebook-Seiten) im Zeitraum Februar 2017 bis Februar 2018. Siehe dazu: Philip Kreißel u. a., *Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz*, in: Institute for Strategic Dialogue, London 2018, unter: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf (19. August 2018).

31 „Reconquista Germanica“ ist ein Netzwerk von Aktivisten, das im Bundestagswahlkampf 2017 in Erscheinung trat, um die Bundestagswahl zu Gunsten der AfD zu beeinflussen. Den Mitgliedern der Gruppe werden auf Basis von strikten Hierarchien aufgeteilte thematische und geographische Verantwortungsbereiche und Anweisungen erteilt.

32 Kreißel u. a. (FN 30), S. 13.

33 Vgl. Bruns/Glösel/Strobl (FN 4), S. 225.

gezielt Beiträge von Personen des öffentlichen Lebens mit zuvor vereinbarten herabsetzenden Beiträgen und Memes „angegriffen“. Weiterhin wurden ausgewählte Hashtags entwickelt, welche die Mitglieder der *Reconquista Germanica* zu bestimmten Uhrzeiten und Tagen nutzen sollten, um „Altparteien“, missliebige Politiker und gegnerische Akteure aus der Zivilgesellschaft in den Kommentarspalten herabzuwürdigen. Dabei wurden zugleich jene Narrative wiederholt und verbreitet, die aus Sicht der *Identitären* besonders wichtig sind: Die sogenannte Masseneinwanderung, eine angebliche Islamisierung Deutschlands, Identität und Tradition.³⁴ „Vertreter des übrigen Meinungsspektrums [...] und Minderheiten werden beleidigt, zermürbt und aus den Kommentarspalten vertrieben.“³⁵ Laut Studie waren die Operationen im Bundestagswahlkampf 2017 außergewöhnlich erfolgreich: „So schafften es die rechtsextremen Aktivisten beispielsweise, 15 Tage vor der Bundestagswahl sieben von ihren Hashtags in den Top-20-Hashtags bei Twitter zu platzieren.“³⁶ Weiterhin belegt die Studie, dass (nur!) fünf Prozent der bei „Hateful-Speech aktiven Accounts 50 Prozent der Likes für herabwürdigende Kommentare generieren.“³⁷

4. Eine Bewegung im klassischen Sinne?

Im Jahre 2008 dokumentierten Roland Roth und Dieter Rucht die Geschichte der „Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945“.³⁸ In diesem Standardwerk gilt Protest³⁹ „als prägende Bewegungspraxis. Aber nicht jeder Protest ist Ausdruck sozialer Bewegungen.“⁴⁰ Ohne sichtbaren Protest gibt es sie zwar nicht, aber um als solche gelten zu können, müssen vier weitere Kriterien erfüllt sein: „Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, gestützt auf eine kollektive Identität, eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens sichert, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels gestützt ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen.“⁴¹

Neben diesen vier Bestimmungsmerkmalen und der Form des Protests ist für eine Bewegung auch die Protestkommunikation von großer Bedeutung. War früher die Rezeption durch Massenmedien von großer Wichtigkeit, arbeiten moderne Soziale

34 Vgl. Kreißel u. a. (FN 30), S. 17.

35 Ebd., S. 25.

36 Ebd., S. 17.

37 Ebd., S. 25.

38 Roland Roth/Dieter Rucht, *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008.

39 Als Protest versteht Paul Nolte kollektives Handeln, bei dem auf dramatisierte, theatrale Weise Unzufriedenheit mit herrschenden Zuständen zum Ausdruck gebracht wird: Ders., *Formen des Protests, Muster der Moderne*. Vom 18. zum 21. Jahrhundert, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 64 (2013), S. 584-599, hier: S. 586.

40 Roth/Rucht (FN 38), S. 13.

41 Ebd.

Bewegungen mit digitalen Alternativen.⁴² Um dem regelmäßigen Mangel an medialer Aufmerksamkeit zu begegnen, verfolgen Bewegungen (und solche, die es sein wollen) immer wieder zeitgenössische Medienstrategien. Eigene Publikationen und medial interessante Aktivitäten dienen dazu, eine Gegenöffentlichkeit parallel zur massenmedialen Öffentlichkeit herzustellen.⁴³ Charakteristische Merkmale der Online-Kommunikation sind dabei die Aufhebung raumzeitlicher Grenzen, eine hohe Informationsgeschwindigkeit sowie das Fehlen von klassischen journalistischen Gatekeepern. Die dezentrale Struktur in sozialen Netzwerken kann die selbstständige Organisation von Nutzern fördern und Aufmerksamkeitsschübe durch virale Effekte erzeugen. Im Netz haben die Anhänger Sozialer Bewegungen vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen. Bei Facebook, dem momentan größten Sozialen Netzwerk weltweit, können beispielsweise Unterstützergruppen, -seiten oder -veranstaltungen erstellt werden. Dort erfährt der Protest Bestätigung durch Likes, eine „organische“ Weiterverbreitung durch das Teilen der Inhalte auf persönlichen Profilen und eine inhaltliche Ausdifferenzierung in den allgegenwärtigen Kommentarspalten.⁴⁴ Der Einsatz von Sozialen Medien bedeutet somit einen kostengünstigen Ressourcengewinn. Zugleich gilt es zu beachten, dass bei Protestbewegungen in Sozialen Netzwerken häufig vor allem ein kleiner „harter Kern“ mit den Beiträgen interagiert. Der überwiegende Teil der virtuellen Anhängerschaft beteiligt sich demgegenüber selten.⁴⁵ Aus diesem Grund schlagen Marianne Kneuer und Saskia Richter vor, zwei Typen der virtuellen Anhängerschaft zu unterscheiden: zum einen den „political net activism“, zum anderen den „feel-good online activism“.⁴⁶ Versucht man nun, die Identitären nach diesen Kriterien der Bewegungsforschung einzuordnen, entsteht ein differenziertes Bild.

4.1. Kontinuität des Protestgeschehens

Im Hinblick auf die Aktionsformate der *Identitären* lässt sich eine gewisse Kontinuität von Protest feststellen. Bereits seit 2012 fanden immer wieder vereinzelt Protestaktionen statt. Im Laufe des Jahres 2015 verstärkten und professionalisierten die

42 Zu Protestbewegungen, die sich maßgeblich mittels Sozialer Medien konstituieren und organisieren, gibt es bislang keinen ausgedehnten Forschungsstand. Einen aktuellen Stand der Forschung und Literatur zu sozialen Protest- sowie Empörungsbewegungen, die sich maßgeblich auf die Möglichkeiten Sozialer Medien stützen, findet sich bei: Marianne Kneuer/Saskia Richter, Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?, Frankfurt a. M. 2015.

43 Vgl. Laura Stein, Social movement web use in theory and practice. A content analysis of US movement websites, in: New Media & Society 11 (2009), S. 749-771, hier: S. 751.

44 Vgl. Nico Dietrich/Enrico Gersin/Alan Herweg, Analysemöglichkeiten der Online-Kommunikation auf Social Network Sites am Beispiel PEGIDA und Facebook, in: Wolfgang Frindte/Nico Dietrich (Hrsg.), Muslime, Flüchtlinge und Pegida. Sozialpsychologische und kommunikationswissenschaftliche Studien in Zeiten globaler Bedrohungen, Wiesbaden 2017, S. 235-266, hier: S. 237.

45 Vgl. Kneuer/Richter (FN 42), S. 195.

46 Ebd., S. 195 f.

Identitären ihr öffentlichkeitswirksames Auftreten. Flankiert wurden die jeweiligen Protestaktionen durch mediale Inszenierungen, die wiederum in Sozialen Netzwerken weite Verbreitung fanden. Das belegt etwa die Entwicklung der „Gefällt-mir!“-Angaben auf der (mittlerweile gelöschten) Facebookseite der IBD. So führte die Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 zu einem massiven Anwachsen der virtuellen Sympathisanten auf der eigenen Facebook-Seite. Dieser Effekt macht weiterhin deutlich, dass die Strategie der IBD durchaus von Erfolg gekrönt ist. Gleichzeitig wird ersichtlich, dass der Mobilisierungserfolg der IBD weniger auf die eigene Leistung zurückgeht als auf die Tatsache, dass während der „Flüchtlingskrise“ ein allgemeiner Aufschwung rechtsextremer Inhalte stattfand.⁴⁷

Die eigentliche Diskrepanz hinsichtlich des Aktionismus der IBD besteht aber darin, dass die jeweiligen Protestaktionen häufig von nicht mehr als ein paar Dutzend Aktivisten durchgeführt werden, im Netz jedoch aufgrund der stark anwachsenden Zahl der virtuellen Anhängerschaft virale Verbreitung finden. Die mitunter große Resonanz auf Aktionen, beispielsweise der Besetzung des Brandenburger Tors, fingiert somit Relevanz, die in Sozialen Medien überregionale oder gar transnationale Unterstützung findet.

4.2. Netzwerk von Gruppen und Organisationen

Ein weiteres wichtiges Bestimmungsmerkmal für eine Soziale Bewegung ist laut Roth und Rucht ein „Netzwerk von Gruppen und Organisationen“.⁴⁸ Auf der strukturellen Ebene haben sich in der „Realwelt“ in jedem Bundesland Regionalgruppen gebildet. Zugleich arbeitet die IBD mit ihren europäischen Partnerorganisationen zusammen. Darüber hinaus gelingt den *Identitären* eine zunehmend bessere Vernetzung mit Organisationen aus dem Spektrum der Neuen Rechten. Mit dem identitären Hausprojekt in Halle institutionalisierte die IBD diese Zusammenarbeit und erschuf zugleich einen symbolischen Ort neu-rechter Vernetzungsarbeit.

In der „virtuellen Welt“ haben sich die *Identitären* in Sozialen Netzwerken – bis zur Löschung ihrer Kanäle bei Facebook und Instagram – eine Struktur aufgebaut, die zur Vorstellung und Verbreitung ihrer politischen Aussagen genutzt wird. Die Mitarbeit bei *Reconquista Germanica* weist zugleich darauf hin, dass die IBD im virtuellen Raum bestens mit anderen ideologisch nahestehenden Netzaktivisten zusammenarbeitet, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Laut Thomas Grumke lassen sich bei Sozialen Bewegungen verschiedene Segmente unterscheiden: Bewegungseliten, Basisaktivisten, Unterstützer und Sympathisanten.⁴⁹ Überträgt man dieses Muster auf die IBD, zeigt sich, dass es Bewegungsrepräsentanten wie Martin Sellner gelingt, Bewegungsaktivisten stetig zu Protestaktio-

47 Vgl. ebd., S. 19.

48 Vgl. Roth/Rucht (FN 38), S. 13.

49 Vgl. Thomas Grumke, Die rechtsextremistische Bewegung, in: Roth/Rucht (FN 38), S. 475-491, hier: S. 482.

nen in der Realwelt zu motivieren. Ähnlich wie auf der Straße wird der Protest im Netz von nur wenigen treuen Bewegungsaktivisten getragen.⁵⁰ Denn gerade einmal drei Prozent der Abonnenten der Facebook-Seite der IBD interagierten mit deren Inhalten häufiger als zehn Mal. Diese wenigen, sehr aktiven identitären Netzaktivisten könnten als ebenjene „political net activists“ gelten, die Kneuer und Richter als Nutzertypen virtueller Protestbewegungen beschreiben.⁵¹ Aufgrund ihres hohen Engagements auf der Facebook-Seite können sie als „harter Kern“ der IBD verstanden werden. Der überwiegende Anteil (82 Prozent) interagierte dagegen nur einmal (56,3 Prozent), zweimal (17,9 Prozent) oder dreimal (7,8 Prozent) mit den Beiträgen der IBD auf Facebook. Sie entsprechen somit dem von Kneuer und Richter vorgeschlagenen Typus des „feel-good online-activists“, der sich womöglich nur ‚symbolisch‘ einbringt und die Plattform lediglich als Rezipient wahrnimmt, um den Informationen und emotionalen Botschaften zu folgen.⁵²

4.3. Kollektive Identität

In der Bewegungsforschung gilt die kollektive Identität einer Sozialen Bewegung als konstitutiv. Auch den *Identitären* gelang es, sich durch Formen der Vergemeinschaftung sowie durch den Einsatz von Symbolen mit hohem Wiedererkennungswert eine kollektive Identität zu geben. Bereits mit ihrer Namensgebung als „Bewegung“ erfüllen die *Identitären* eine identitätsstiftende Funktion. Weiterhin erzeugen auch die einheitlichen Auftritte in den Sozialen Medien einen hohen Wiedererkennungswert. Das Lambda als Symbol ist bei Aktionen auf der Straße sowie im Netz stets sichtbar und sorgt für eine Corporate Identity. Dieser Markenstempel setzt sich auch bei den kommunikativen Codes fort. Immer wieder benennen die Aktivisten ihre erklärten Feinde und stilisieren sich selbst zum Opfer einer fehlgeleiteten kulturellen Hegemonie, unter der sie leiden müssten. Sie inszenieren sich als „Opfer von willkürlichen Tötungen, Opfer des Multikulturalismus, Opfer des demografischen Wandels, Opfer einer fremdenfreundlichen Politik, Opfer der 68er-Studentenbewegung, Opfer der offiziellen Geschichtsschreibung, Opfer von Arbeitslosigkeit“.⁵³

Dieser Feindbildkonstruktion werden einfache niederschwellige Botschaften gegenübergestellt, die eine Wir-Affirmation herstellen – oder wie Martin Sellner sagt: „Aktionen müssen wenig Text für viele liefern.“⁵⁴ Ziel dieser Strategie ist es, Begriffe zu etablieren (wie etwa: „Großer Austausch“ oder „Remigration“) oder einen gegnerischen Begriff anzugreifen (etwa „Integration“, „Einwanderungsland“, „Toler-

50 Die Häufigkeit der Nutzerinteraktionen mit der Facebook-Seite der IBD wurden mit Hilfe des Social-Media-Monitoring-Tools „Fanpage Karma“ für den Zeitraum Januar 2014 bis November 2017 ermittelt.

51 Vgl. Kneuer/Richter (FN 42), S. 195.

52 Vgl. ebd., S. 195.

53 Hentges/Kökgiran/Nottbohm (FN 7), S. 15.

54 Sellner (FN 15), S. 57.

ranz“).⁵⁵ Als Lösungswege verstehen die *Identitären* die Hinwendung zu den „Wurzeln der Vorfahren, die Hinwendung zu Land, Blut, Identität oder auch die Besinnung auf historische Vorbilder“⁵⁶, die letztlich in das Konzept des Ethnopluralismus münden sollen, einer „heterogenen Welt homogener Völker, und nicht umgekehrt.“⁵⁷

4.4. Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels

Der Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels kann den *Identitären* nicht abgesprochen werden. Mit ihrem Aktionismus hat es sich die IBD zur Aufgabe gemacht, einer Politisierung des öffentlichen Raums Vorschub zu leisten.⁵⁸ Zunächst wollen sie mithilfe ihrer metapolitischen Ausrichtung eine „Kulturrevolution von rechts“ erreichen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Netzaktivisten der *Reconquista Germanica* zeigt zugleich, dass diese Strategie mindestens zeitweise und partiell von Erfolg gekrönt war. Hier zeigt sich auch die eigentliche Gefahr der IBD für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

5. Gesamtbewertung

Für die IBD bleibt das Internet das zentrale Schlachtfeld, wo extremistische Weltanschauungen in besonders niederschwelliger Weise vermittelt werden und sich dadurch an Rezipienten verbreiten, die sonst möglicherweise nicht mit der Neuen Rechten in Berührung gekommen wären.⁵⁹ Auch wenn die IBD aus ihrem bloßen „Online-Dasein“ herausgetreten ist, sind ihre Aktionen speziell für das Netz gemacht. Hinter diesem Schaufenster verbirgt sich eine kleine aktivistische, gut organisierte, kampagnen- und handlungsfähige Organisation. Die Aktionen an sich sind als Träger politischer Botschaften zu verstehen. Das Medienecho in etablierten Massenmedien ist Teil der Strategie, Aufmerksamkeit zu erlangen. Identitätsstiftend wirkt die Gegenüberstellung von Feindbildern (Linke, Liberale, Geflüchtete, Migranten, Politiker etc.) und einer stark emotional-aufgeladenen Wir-Affirmation. Es wird suggeriert, für das eigene „ethnokulturelle Überleben“ kämpfen zu müssen. Diese schroffe Gegenüberstellung von Freund und Feind kommt virtuell besonders gut bei

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 190.

⁵⁶ Hentges/Kökgiran/Nottbohm (FN 7), S. 16.

⁵⁷ Siehe dazu: Facebook-Seite der IBD vom 15. Januar 2014, unter: <https://www.facebook.com/identitaere/photos/a.583269085024488.1073741828.581482171869846/728169063867822> (22. November 2017).

⁵⁸ Vgl. Micha Brumlik, Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 61 (2016), H. 3, S. 81-92, hier: S. 82.

⁵⁹ Vgl. Salzborn (FN 28), S. 74.

der eigenen Zielgruppe an.⁶⁰ Die IBD kann daher in Anbetracht der Bestimmungsmerkmale für Soziale Bewegungen nur bedingt als solche gelten. Ihr Protest wird zwar getragen von einer kollektiven Identität, die in Symbolen (etwa dem Lambda-Symbol), Begriffen (Großer Austausch, Remigration etc.), Kleidung (Phalanx Europa), popkulturellen Elementen wie Memes und auch den Protestaktionen mit hohem Wiedererkennungswert zum Ausdruck kommen. Auch der Anspruch auf gesellschaftlichen Wandel bleibt unbestritten. Doch all diese Punkte sind vornehmlich im Netz sichtbar. Die IBD inszeniert sich als Bewegung. Sie ist es aber tatsächlich bloß im Netz. Mit (nur!) 500 Mitgliedern bleibt sie somit ein virtueller Scheinriese. In der realen Welt ist sie wiederum bloßer Teil einer neu-rechten Bewegung in Deutschland. In diesem Netzwerk von Organisationen scheint die IBD als aktionistischer Arm zu fungieren.

Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die IBD in ihrem verdeckten, virtuellen Aktionismus eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt. Insbesondere die Zusammenarbeit mit *Reconquista Germanica* weist auf das Gefahrenpotential der IBD hin. In der Online-Welt gelang es ihr, durch das Mitwirken bei *Reconquista Germanica* eine Mehrheitsmeinung zu suggerieren, die den Eindruck erweckte, die kommunizierten Einstellungen und politischen Vorstellungen entsprächen den Überzeugungen von durchschnittlichen Nutzern Sozialer Medien. In der Folge, heißt es in der Studie des Institute for Strategic Dialogue, wird „ein gesellschaftlicher Konsens dahingehend vorgetäuscht, dass Menschen anderer Herkunft, anderen Glaubens oder anderer Hautfarbe beleidigt und abgewertet werden können, ohne dass mit Sanktionen zu rechnen ist. Hierdurch wird die Meinungsbildung in der Bevölkerung manipuliert. [...] Die Beeinträchtigung oder gar das Verdrängen des pluralistischen Diskurses ist eine weitere Folge der koordinierten Aktionen. [...] Damit geraten – bislang weitgehend unbeachtet – elementare Prinzipien des Grundgesetzes, wie z. B. der Schutz von Minderheiten sowie die Religions- und Meinungsfreiheit, zunehmend unter Druck.“⁶¹

Helmuth Graf von Moltke wies die Truppen an, getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Die Neue Rechte verkehrt dieses Motto in einen gemeinsamen Gang zum Ziel, das sie mit getrennten Schlägen zu erreichen sucht: Die AfD arbeitet parlamentarisch. PEGIDA legitimiert sich über die Straße. Die IBD will junge Menschen durch Aktionen für sich gewinnen, während *Compact*, *Sezession* und *Junge Freiheit* die publizistische Flanke schließen. Ihr Ziel bleibt indes gleich. Alle streben sie nach der Etablierung einer neuen Homogenität von Nation, Kultur und Volk. Einer Identität des Eigenen in Abwehr einer sich immer schneller ändernden Welt. Wird sich die Neue Rechte in Deutschland – gleich den Achtundsechzigern – auf einen „Marsch durch die Institutionen“ begeben oder zu gewalttätigen Mitteln grei-

60 Roland Sieber, Von ‚Unsterblichen‘ und ‚Identitären‘. Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extremen Rechten, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2016, S. 365-375, hier: S. 365 f.

61 Kreißel (FN 30), S. 25.

fen? Die Ablehnung der bestehenden Ordnung ist offenbar, Hass und Gewaltfantasien sind häufige Begleiter in den Kommentarspalten Sozialer Medien. Die Neue Rechte, wie sie die Identitären repräsentieren, steht am Scheideweg zwischen „gäri-gem Haufen“ (Alexander Gauland) oder einem neuen Extremismus am rechten Rand der gesellschaftlichen Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft.

Zum Ausmaß der Gefährdung durch Rückkehrer

Von Michail Logvinov

1. Problemstellung

Der vom IS-Effekt befeuerte islamistische Terrorismus hat in Europa eine bislang nicht gekannte Intensität erreicht. Die Anschlagzahlen schnellten ab 2014 in die Höhe, so dass von der Ausrufung des Kalifats durch den *Islamischen Staat* (IS) bis Ende 2017 mehr Menschen in Europa durch Anschläge getötet wurden als in den vorangegangenen 20 Jahren (339 gegenüber 267 Opfern zuvor).¹ Etwa 142 verhinderte, fehlgeschlagene und ausgeführte islamistische Anschläge verschiedenen Schweregrades wurden zwischen 2014 und Mitte 2017 in 15 Staaten des europäischen Kontinents erfasst.² Die aktuelle Debatte über die Risiken und Gefahren durch Rückkehrer aus Syrien sowie dem Irak ist vor diesem Hintergrund nachvollziehbar – vor allem mit Blick auf einige spektakuläre Fälle.³ Es stellt sich allerdings die Frage, ob sich die Empirie mit den angenommenen Risikoszenarien in Einklang bringen lässt.

Die Verfassungsschutzbehörden warnen seit Jahren vor Gefahren durch Rückkehrer, auch wenn die antizipierten großen Rückkehr-Wellen aus dem Irak und Syrien ausgeblieben sind. Inzwischen hat sich der Fokus der Gefahrenperzeption verschoben: Es sind vor allem Frauen und Kinder, die der Verfassungsschutz als Gefahrenquellen ausmacht. „Maaßen sieht Gefahr: IS-Kämpfer schicken Frauen und Kinder zurück“, titelte die Deutsche Presse-Agentur im Dezember 2017.⁴ Zum damaligen Zeitpunkt konnte von einem „Zurückschicken“ freilich keine Rede sein. Denn Frauen und Kinder hielten sich auch ein halbes Jahr später noch größtenteils in den Krisenregionen auf, harrten in kurdischen und irakischen Lagern aus oder waren in der Türkei. Die Einschätzung der von dieser Personengruppe ausgehenden Gefahren wirft zugleich Licht auf die Qualität der Risikoeinschätzung im Gesamtkontext der Rückkehrerproblematik: „Frauen, die in den vergangenen Jahren in IS-Gebieten gelebt haben, sind oftmals derart radikalisiert und identifizieren sich so mit der IS-Ideologie, dass man sie mit Fug und Recht auch als Dschihadistinnen bezeichnen kann. Das bedeutet nicht immer, dass sie auch bereit wären, Terroranschläge durch-

1 Vgl. Petter Nesser, *Islamist Terrorism in Europe*, London 2018, S. 298.

2 Vgl. Robin Simcox, *European Islamist Plots and Attacks Since 2014 – and How the U.S. Can Help Prevent Them*, Washington 2017, S. 1.

3 Vgl. zu diesem Mechanismus: Mark S. Hamm, *The spectacular few*, New York 2013, S. 160.

4 Vgl. „Maaßen sieht Gefahr: IS-Kämpfer schicken Frauen und Kinder zurück“, unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/interviews/int-20171203-deutsche-presse-agentur-dpa> (3. Dezember 2017).

zuföhren. Aber wir müssen auch diese Frauen im Blick behalten“⁵, so der BfV-Präsident. Dass sich auch unter Frauen verschiedene Cluster – nicht nur Ideologisierte, sondern auch Traumatisierte und Enttäuschte sowie Desillusionierte – ausmachen lassen und die meisten Kinder im Baby- bzw. Kleinkindalter sind, erfährt der Leser des Interviews nicht. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, nach den logischen Prämissen jener Gefahrenszenarien zu fragen, die im Zusammenhang mit der Rückkehr aus dem Irak/Syrien entfaltet werden. Welche Evidenzen liegen der Lageeinschätzung zugrunde?

2. Definition und Kontextualisierung von Gefahren

Selbst wenn die Motivation der „Foreign Fighters“ teils altruistischer Natur und prädshihadistisch im Sinne Farhad Khosrokhavars⁶ gewesen sein sollte, ließe sich nicht ausschließen, dass einige Kämpfer bzw. Unterstützer der dschihadistischen Gruppierungen einen Radikalisierungsprozess durchliefen und womöglich die für Anschläge in Europa notwendigen Fertigkeiten vermittelt bekommen haben. Die Pariser und Brüsseler Anschläge im November 2015 und März 2016, an denen viele frühere Auslandskämpfer beteiligt waren, dienen in dieser Perspektive als Evidenzen. Auch für die Warnungen des Verfassungsschutzes vor radikalisierten Kindern und Frauen ließen sich plausibilisierende Argumente finden.⁷

Die absoluten Zahlen der Ausgereisten und Zurückgekehrten legen eine Gefährdung durchaus nahe. Auch wenn – je nach Datenlage und Auswertungsmethodik – etwa „nur“ zwischen 10 und 25 Prozent der „Rückkehrer“ in der Vergangenheit in ihren Heimatländern zugeschlagen hatten, wäre die Anzahl möglicher Gefährder bei geschätzten 1500 bis 3000 zurückgekommenen Dschihadisten immer noch zu hoch.⁸

Zugleich fällt auf, dass die Warnungen vor Risiken bzw. Gefahrenpotentialen teils so allgemein gehalten werden, dass eine weiterführende Auseinandersetzung mit deren Eintrittswahrscheinlichkeit über die evidenzschwachen Annahmen hinaus schwerfällt. Zum einen liegt dies daran, dass die intuitiv (miss-)verständlichen Begriffe wie „Gefahr“ und „Risiko“ im Zusammenhang mit der nicht weniger definiti-

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Farhad Khosrokhavar, *Radikalisierung*, Bonn 2016, S. 162.

⁷ Vgl. Simcox (FN 2), S. 2: An 17 Prozent der erwähnten 142 Terroranschläge (insgesamt 24 Ereignisse, mehrheitlich in Frankreich) waren Frauen entweder als Mitglieder in gemischten bzw. rein weiblichen Gruppen beteiligt oder sie handelten allein. Im Durchschnitt bei 25 Prozent (2014 – 4 Ereignisse bzw. 27 Prozent; 2015 – ein Ereignis bzw. 3 Prozent; 2016 – 22 Ereignisse bzw. 37 Prozent; bis Mitte 2017 – acht Ereignisse bzw. 27 Prozent) lag die Beteiligung der Teenager an den geplanten, fehlgeschlagenen und ausgeführten Anschlägen auf dem europäischen Kontinent.

⁸ Vgl. Thomas Hegghammer/Petter Nesser, *Assessing the Islamic State's Commitment to Attacking the West*, in: *Perspectives on Terrorism* 9 (2015), H. 4, S. 14-40, hier: S. 20. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Ausgewanderten und Anschlagssplanungen in Europa lag 2015 bei eins zu 360 bzw., nach pessimistischer Schätzung, eins zu 100.

onsbedürftigen Kategorie „Rückkehrer“ verwendet werden. Zum anderen bleiben die fördernden (Risiko-)Faktoren, die eine Gefahr wahrscheinlich machen, oft ausgeklammert. Auf diese Weise werden Aussagen möglich, deren Prämissen trotz angenommener Plausibilität allzu unspezifisch erscheinen. So ermöglicht der aktuelle Stand der Diskussion Prognosen wie die folgende: „While returning Foreign Fighters have not as yet added significantly to the threat of terrorism around the world, the number of attacks inspired or directed by the Islamic State continues to rise. All returnees, whatever their reason for going home, will continue to pose some degree of risk. [...] Whether or not encouraged or directed by returnees, the domestic terrorist threat from IS supporters who did not go to Syria, Iraq or another IS front, will remain real for many years to come“.⁹ Es stellt sich die Frage nach dem analytischen Wert solcher Aussagen im spezifischen Kontext der Rückkehrerproblematik.

An einigen Studien, welche abweichende Ergebnisse produzierten, lässt sich zugleich exemplifizieren, dass der angenommene Zusammenhang zwischen der Rückkehr der „Foreign Fighters“ und der Terrorismusintensität sowie -qualität alles andere als linear erscheint. Auch die quantitativen Entwicklungen legen dies nahe: Während zwischen 2001 und 2007 an 75 Prozent der gut dokumentierten Anschläge mindestens ein ehemaliger Auslandskämpfer beteiligt war, sank die Zahl der involvierten Rückkehrer in den Jahren 2014 bis 2016 auf 45 Prozent (50 Prozent im Zeitraum zwischen 2008-2013).¹⁰

3. Messung von Gefahren

Während Byman¹¹, Hegghammer¹² und Nilson¹³ eine Korrelation zwischen der Rückkehr von Auslandskämpfern und den Anschlagsintensitäten festgestellt bzw. nahegelegt haben, widerlegte Leduc¹⁴ in einer statistischen Reanalyse die Hypothese von Hegghammer, die Präsenz der Rückkehrer erhöhe die Anschlagswahrscheinlichkeit. Auch die zweite These, welche in einer Untersuchung von Hegghammer und

9 Vgl. Richard Barrett, *Beyond the Caliphate: Foreign Fighters and the Treat of Returnees*, New York 2017, S. 14.

10 Vgl. Petter Nesser/Anne Stenersen/Emilie Oftedal, *Jihadi Terrorism in Europe: The IS-Effect*, in: *Perspectives on Terrorism* 10 (2016), H. 6, S. 1-24, hier: S. 9.

11 Vgl. Daniel Byman, *The homecomings: What happens when Arab foreign fighters in Iraq and Syria return?*, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 38 (2015), S. 581-602.

12 Vgl. Thomas Hegghammer, *Should I stay or should I go? Explaining variation in Western Jihadists' choice between domestic and foreign fighting*, in: *American Political Science Review* 107 (2013), S. 1-15.

13 Vgl. Marco Nilson, *Foreign fighters and the radicalization of local Jihad: Interview evidence from Swedish Jihadists*, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 38 (2015), S. 343-358.

14 Vgl. Raphael Leduc, *Are returning foreign fighters dangerous? Re-investigating Hegghammer's assessment of the impact of veteran foreign fighters on the operational effectiveness of domestic terrorism in the West*, in: *Journal of Military and Strategic Studies* 17 (2016), H. 1, S. 83-103.

Nesser¹⁵ teils im Widerspruch zu den früheren Befunden aufgestellt wurde (zwar waren die Anschläge unter Beteiligung der Rückkehrer seltener, dafür aber umso gefährlicher), konnte ohne Berücksichtigung der statistischen Ausreißer nicht belegt werden. Für den Ausschluss der Ausreißer sprach vor allem die für das Sample untypische Tatausführung. Simcox widerspricht: „In 30 of the 142 plots (21 percent), there was at least one individual or member of the cell who was known to have received terrorist training *or* had combat experience abroad. [...] Five of these 30 plots (17 percent) led to casualties. This is a comparably low number when compared to the number of plots overall: There were casualties of some kind (either injuries or deaths) in 35 plots in which there was no training at all. However, the five plots that were successfully executed led to approximately 694 injuries (49 percent of the total of all injuries since January 2014) and 178 deaths (55 percent of the total of all injuries since January 2014). Therefore, while these types of plots may have low success rates, they are particularly devastating when they occur“.¹⁶

Die abweichenden Ergebnisse bzw. Dateninterpretationen lassen sich über die Methodik der Datenerhebung hinaus damit erklären, dass die Studie von Leduc zwischen den Auslandskämpfern und (angehenden) Terroristen, welche eine Ausbildung im Ausland durchliefen, unterscheidet, was in der zuletzt zitierten Auswertung nicht der Fall ist. Die Notwendigkeit, diese Tätercluster bei der Analyse der Gefahren durch Rückkehrer zu differenzieren, betonte auch de Roy van Zuijdewijn.¹⁷ Es ist in der Tat sinnvoll, zwei Fragen zu stellen: Wie viele Auslandskämpfer verübten terroristische Akte? Und wie viele angehende Terroristen reisten in die ausländischen Trainingscamps?¹⁸

Wenn in der aktuellen Diskussion pauschal die Gefahr durch Rückkehrer betont wird, bleibt dieser wichtige Unterschied im Verborgenen. (Übrigens stellen die an Ausreisen gehinderten Möchtegern-Dschihadisten eine unterschätzte Gefahr dar.)¹⁹ Die Londoner Bombenanschläge von 2005, welche des Öfteren zur Veranschaulichung der einschlägigen Risiken angeführt werden, waren von zwei solchen „Terror-Trainees“ stark beeinflusst. 22 von 33 westlichen Rückkehrern, die sich zwischen 1994 und 2007 an Anschlägen beteiligten, waren laut de Roy van Zuijdewijn eher angehende Terroristen, die in terroristische Ausbildungslager gingen, als klassische Auslandskämpfer: „Thus, according to the definition of foreign fighting used in this research project, only 11 out of 123 (8.9 %) individuals can be categorised as Wes-

15 Vgl. Hegghammer/Nesser (FN 8).

16 Simcox (FN 2), S. 6 (Hervorhebung im Original).

17 Vgl. Jeanine de Roy van Zuijdewijn: Foreign fighters' threat: What history can (not) tell us, in: Perspectives on Terrorism 8 (2014), H. 5, S. 59-73.

18 Vgl. zur Bedeutung der Al-Qaida-Camps für die Sozialisation zum globalen Dschihadismus: Thomas Hegghammer, Jihad in Saudi Arabia. Violence and Pan-Islamism since 1979, Cambridge 2010, S. 135.

19 Vgl. Rik Coolsaet/Thomas Renard (Hrsg.), Returnees: who are they, why are they (not) coming back and how should we deal with them? Assessing policies on returning foreign terrorist fighters in Belgium, Germany and the Netherlands, Brüssel 2018, S. 17: „There may be more danger to Europe from those who failed to become foreign fighters than those who returned successfully“.

tern foreign fighters. This would rather point to a rate of 1 out of 11. There are some other ways of looking at this data that could be useful. In 13 of the 26 plots (50 %), there was at least one individual who went abroad to either fight or train. In 5 of those 13 cases (38.5 %) of individuals who went abroad, the motivation was because at least one individual joined an insurgency while in the other 8 cases (61.5 %) it was because at least one individual went to a training camp. Therefore, 5 of the 26 plots (19.2 %) had at least one individual involved who can be defined as a Western foreign fighter. 8 of the 26 plots (30.8 %) had a link to a Western individual who went to a terrorist training camp“.²⁰

An den zehn Anschlägen mit Todesfolgen waren demnach „nur“ sieben Terroristen beteiligt, welche allesamt in ausländischen Trainingscamps ausgebildet wurden. Einer weiteren Studie zufolge waren die Anschläge der „IS-Infanteristen“ in Europa wenig ausgeklügelt und gefährlich.²¹

4. Einschätzung der Gefahren

Dies lässt sich von den Pariser und Brüsseler Terrorangriffen 2015/16 nicht behaupten. Doch im Blick auf diese Ereignisse ist zweierlei hervorzuheben: Einerseits handelte es sich um ein Netzwerk mit mindestens zwei IS-Gewaltunternehmern an der Spitze, deren Mitglieder über einschlägige Kenntnisse in taktischer Planung und Bombenbau verfügten (was eher darauf hindeutet, dass für die Anschläge trainiert wurde); andererseits hat sich eine Vielzahl der Rückkehrer als Flüchtlinge getarnt – eine Entwicklung, die die europäischen Sicherheitsbehörden anscheinend unterschätzt hatten.²² Damit soll vor allem zur Sprache kommen, dass die effiziente Terrorismusbekämpfung einen wesentlichen Anteil an der Eintrittswahrscheinlichkeit der jeweiligen Gefahren hat.²³ Wenn etwa die US-amerikanischen Studien zu dem Ergebnis kommen, dass die Beteiligung der Rückkehrer an einem Anschlagsplan in den USA dessen Erfolgchancen spürbar verringert, verdeutlichen sie über die quantitativen Unterschiede hinaus diesen Sachverhalt.²⁴ Es sei hier nur an die Aufde-

20 De Roy van Zuijdewijn (FN 17), S. 65.

21 Vgl. Coolsaet/Renard (FN 19), S. 15.

22 Auch Bundesregierung und Sicherheitsdienste haben stets behauptet, der IS würde seine Kader nicht als Flüchtlinge einschleusen, da Europa mit gefälschten oder gestohlenen Papieren und einem Ticket viel leichter zu erreichen sei (der IS konnte in Rakka etwa 3800 Blankopässe erbeuten). Die Visumpflicht scheint dabei nicht als relevanter Faktor in Betracht gezogen worden zu sein.

23 Vgl. Martha Crenshaw, *Explaining Terrorism*, New York 2011, S. 37: „The most salient political factor in the category of permissive causes is a government’s inability [...] to prevent terrorism. The absence of adequate prevention by police and intelligence services permits the spread of conspiracy“.

24 Vgl. Christopher J. Wright, *Sometimes they come back: responding to American foreign fighter returnees and other Elusive threats*, in: *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression* (2018), S. 1-16.

ckung der Sauerland- und Düsseldorfer Zelle durch den amerikanischen Auslandsnachrichtendienst erinnert.

In Europa gab es demgegenüber bisher noch nie so viele Anschläge unter dem Radar der Sicherheitsbehörden. Zum einen liegt dies an den „neuen“ terroristischen Taktiken und Ausführungsformen. Zum anderen – so eine naheliegende Hypothese – wurde das Problem anscheinend vom falschen Ende her gedacht: Die um ideologisierte Gewaltunternehmer organisierten Netzwerke fanden lange Zeit weniger Beachtung als die fundamentalistischen Szenen mit ihren Galionsfiguren, während die Gefahr durch Rückkehrer durch das Prisma der wenig differenzierenden Terrorismusstudien gedacht wurde. Während alle Augen und Kamera-Objektive auf die Fundamentalisten wie Pierre Vogel oder Ibrahim Abou-Nagie („Lies!“-Kampagne als angebliche Radikalisierungsursache) gerichtet waren, konnte das Netzwerk um einen vermutlichen IS-Repräsentanten in Deutschland, Ahmad Abdulaziz Abdullah Abdullah, und seine Stellvertreter Hasan Celenk und Boban Simeonovic zeitweilig sein Unwesen treiben. Neben der Terrorismusfinanzierung organisierten die Netzwerkmitglieder zahlreiche Ausreisen nach Syrien und sollen überdies die Anschläge auf den Sikh-Tempel im April 2016 und auf den Breitscheidplatz im Dezember 2016 unterstützt haben.²⁵

Eine aktuelle europäische Analyse interpretiert den Rückkehrer-Effekt folgendermaßen: Dieser Personenkreis erscheine insofern von Relevanz, als sich die ehemaligen Kämpfer als Gewaltunternehmer betätigen könnten, die Nachfolger rekrutierten und inspirierten. Der Ressourcenreichtum, der Ideologisierungsgrad und die Anbindung der Gewaltunternehmer an transnationale Netzwerke mache sie zu Schnittstellen zwischen hiesigen und ausländischen terroristischen Strukturen.²⁶ Daraus resultieren einige für die Eintrittswahrscheinlichkeit relevante notwendige Bedingungen: einschlägige Netzwerke zwischen Europa und Kampfgebieten sowie Gewaltunternehmer als Schnittstellen und/oder Agenten der auswärtigen Terrorgruppen. Für diese Funktion kämen vor allem die „Europabeauftragten“ des IS, die festgenommenen und deportierten Kämpfer mit unveränderten Orientierungen und/oder Kampfinitionen mit Blick auf Europa und die durch die internationale Offensive Herausgedrängten in Frage.

5. Eintrittswahrscheinlichkeit der Gefahren

Insofern ist es notwendig, nicht nur die Ausreisemotivation der Auslandskämpfer – *ad extra* (bspw. Altruismus und Kampf für eine bedrohte Gemeinschaft vs. antiwestlich inspirierter Dschihad in Syrien/Irak) oder *ad intra* (bspw. Ausbildung und Vorbereitung eines Anschlags in Europa) –, sondern auch deren Gruppen-Rollen und die

25 Vgl. Georg Heil, The Berlin Attack and the „Abu Walaa“ Islamic State Recruitment Network, in: CTC Sentinel 10 (2017), H. 2, S. 1-11.

26 Vgl. Nesser (FN 1), S. 300.

damit zusammenhängenden Kompetenzen zu berücksichtigen. Oft gerät etwa aus dem Blick, dass ein Teil der Auswanderer in die Gebiete des IS zivile Berufe ausübte. So wird ein „Nachrichtendienstmitarbeiter“ neben der allgemeinen Infanterieausbildung weitere, womöglich relevantere Qualifikationen mitbringen als ein im „Wachdienst“ tätiger Auslandskämpfer. Ein auf dem Gebiet der Sprengstoffkunde und -technik ausgebildeter „Fachmann“ dürfte seine Zeit in Syrien/Irak weniger mit Kämpfen als mit dem Bombenbau verbracht haben. Und ein ressourcenreicher „Ideologe“ kann wahrscheinlich besser mit gewalttheologischen Argumenten sowie Hadithen als mit einer Kalaschnikow umgehen. Treffen Ideologen und Macher aufeinander, ergibt sich eine Konstellation mit Sprengkraft.

In der deutschen Forschung werden die oben beschriebenen Differenzierungen kaum vorgenommen.²⁷ Die einschlägigen öffentlichen Auswertungen der Sicherheitsbehörden identifizieren nach wie vor „die“ Salafisten als radikalisiertes Ferment und ermöglichen keine „nähere Einschätzung des Gefährdungspotenzials“ der Rückkehrer. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, woher die Gewissheit kommt, mit der das eine oder andere Gefährdungsszenario kommuniziert wird. Lediglich „orientierungsstiftende Beobachtungen“ ließen sich aus den erhobenen Daten ableiten, „die eine Einschätzung erlauben, ob es sich hier um eine auffällig andere Gruppe handelt, der man gegebenenfalls – präventiv und repressiv – anders begegnen sollte“.²⁸

Im Kontext der Gefahren durch Frauen und Kinder erscheinen einige Befunde von Interesse. Zum einen war im Erhebungszeitraum bis zum 30. Juni 2015 der Anteil von Frauen in der Gruppe der Rückkehrer kleiner als in der Gruppe der sich in Syrien/Irak aufhaltenden Personen (13 gegenüber 26 Prozent).²⁹ Daraus lässt sich folgern, dass mit der Rückkehr von Frauen und Kindern verstärkt zu rechnen war und ist. Im Hinblick auf diese Gruppe sollten deren Motivationen, Ausreisemodalitäten sowie Gruppenrollen Berücksichtigung finden. Kämpfende Frauen, wie sie in den letzten Stunden des Kalifats sichtbar geworden sind, waren eine Ausnahme. Die Rolle der Frauen im IS bestand in der Unterstützung der Männer; Frauen mussten vor allem gute Mütter und Ehefrauen sein. Die Jungen ab zehn Jahre durchliefen in den IS-Camps demgegenüber eine Infanterieausbildung inklusive Selbstverteidigung, deren Intensität jedoch variierte. Ihre Gruppenrollen waren im Vergleich zu den Mädchen facettenreicher: „Spione“, die ihr soziales Umfeld ausspähten, „Prediger“, „Soldaten“, „Henker“ und teils auch Selbstmordattentäter. Hier lohnt daher ein genauer Blick auf die zurückkehrende Zielgruppe.³⁰

27 Vgl. Daniel H. Heinke/Jan Raudszus, Germany's Returning Foreign Fighters and What to Do About Them, in: Coolsaet/Renard (FN 19), S. 41-54, hier: S. 42.

28 Vgl. BKA/BfV (Hrsg.), Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind, Berlin 2016, S. 43.

29 Ebd.

30 Vgl. Noman Benotman/Nikita Malik, The Children of the Islamic State, London 2016, S. 43 f.

Wichtig seien überdies die „mutmaßlich relevanten Motive“ für Aus- und Rückreisen: „Bei der Gruppe der Rückkehrer wird [...] deutlich häufiger ein ‚humanitäres Motiv‘ für die letzte Ausreise angenommen (33 gegenüber 9 Prozent). Dies findet ebenso eine Entsprechung darin, dass zu der Gruppe der Rückkehrer deutlich häufiger konkrete Erkenntnisse zur Beteiligung an humanitären Maßnahmen (22 gegenüber 5 Prozent) und deutlich seltener Erkenntnisse zur Teilnahme an Kampfhandlungen vorliegen (14 gegenüber 40 Prozent). Ebenso liegen zur Gruppe der Rückkehrer in wesentlich weniger Fällen Erkenntnisse zum Anschluss an dschihadistische Gruppierungen in Syrien/Irak (30 gegenüber 64 Prozent) und zur etwaigen Beteiligung an entsprechenden Propagandaaktivitäten (4 gegenüber 10 Prozent) vor.“³¹

Weit weniger bekannt ist über die Gründe für die Rückkehr; Informationen liegen zu nur „etwas mehr als der Hälfte“ der Fälle vor. Zehn Prozent sollen demnach aufgrund von Desillusion und/oder Frustration, weitere zehn Prozent aufgrund des Drucks der Familie oder anderer Personen aus dem sozialen Nahraum zurückgekehrt sein. Bei sechs Prozent der Fälle gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass die Rückreise aufgrund von Krankheit oder gesundheitlichen Problemen erfolgte. Bei acht Prozent soll es sich um eine „taktisch motivierte Rückkehr“ gehandelt haben. Die Operationalisierung dieses Typus – „etwa um sich zu erholen oder um neue Ausrüstung oder Geld zu besorgen, mit dem der Kampf in Syrien oder dem Irak weitergeführt oder unterstützt werden soll“³² – deutet vor allem auf die Ad Extra-Motivation hin. Ob und inwiefern die erhobenen Daten den Schluss stützen – „that should make us nervous since it suggests that merely 10% return because they wished to abandon the Islamic State“³³ – bleibt noch zu klären.

6. Präzisierung der Gefährdung

Im Blick auf die Rückkehr der Auslandskämpfer aus dem Irak/Syrien sei hervorgehoben, dass die Risikopotentiale nicht unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeiten bestimmt werden sollten. Die aktuelle Situation erscheint im Zusammenhang mit der Terrorismusgefahr in der Tat risikoreich bzw. sie lässt sich nicht mehr risikofrei denken. Im Fall der falschen Negativen riskiert man einen terroristischen Anschlag. Einzeltäter bzw. kleine Gruppen wären hier wahrscheinlicher als terroristische Strukturen mit ausgeklügelten Strategien; es sei denn, ein Netzwerk um einen ideologisierten Gewaltunternehmer herum bleibt unentdeckt. Rückkehrer könnten selbst aktiv werden oder Sympathisanten beeinflussen bzw. inspirieren und/oder neue Auslandskämpfer rekrutieren. Bei falschen Positiven läuft man demgegenüber Gefahr, die betroffenen Personen an den Kreis einer sekundären Devianz heranzuführen, was durchaus radikalisierend wirken kann („self-fulfilling prophecy“). Die

31 Ebd.

32 Ebd., S. 31.

33 Heinke/Raudszus (FN 27), S. 44.

Gefahr eines Terroranschlags wird somit zum Risiko, wenn die Instanzen der (formellen) Sozialkontrolle inkonsistente Maßnahmen ergreifen oder nicht reagieren. Doch auch die undifferenzierten Gegenstrategien sind risikoreich – besonders mit Blick auf Minderjährige als Zielgruppe der Interventionen.

Diesen Teufelskreis der Risiken kann nur durchbrechen, wer differenziert-systematisch analysiert und mehr als nur lineare Zuschreibungen vor Augen hat. In Deutschland besteht diesbezüglich offensichtlich Nachholbedarf. Auch ein realistischer Blick auf die Eintrittswahrscheinlichkeiten angesichts des Konfliktverlaufs im Irak und in Syrien relativiert die übertriebenen Gefährdungsannahmen.³⁴ Der IS verstand sich im Gegensatz zu Al-Qaida als Staat und weniger als eine antiwestliche Terrororganisation. Dessen ideologisch begründeter globaler Anspruch hielt mit den operativen Aufwendungen nicht Schritt. Jedenfalls hätte eine dezidiert antiwestliche Terrorgruppe mit den organisatorischen, finanziellen, personellen und logistischen Ressourcen, welche dem IS zeitweilig zur Verfügung standen, viel mehr Schaden anrichten können. „Lediglich“ 12 von 42 gut dokumentierten Anschlägen zwischen 2014 und 2016 wiesen eine Verbindung zur „Abteilung für internationale Operationen“ des IS auf.³⁵

Für die meisten Anschläge in Europa waren die europäischen IS-Sympathisanten ohne sowie mit IS-Kontakt³⁶ (teils gesteuert durch IS-Funktionäre mittleren Ranges)³⁷, Flüchtlinge (54 Prozent der Anschläge durch Flüchtlinge und Asylsuchende wurden in Deutschland geplant oder verübt)³⁸ und die eingeschleusten Dschihadisten verantwortlich. Den Gewaltunternehmern im oben beschriebenen Sinn kam ebenfalls eine herausragende Bedeutung zu (vgl. etwa Anschläge in Paris/Brüssel,

34 Vgl. Daniel Byman, The Jihadist returnee threat: Just how dangerous?, in: Political Science Quarterly 131 (2016), S. 69-99.

35 Vgl. Nesser/Stenersen/Oftedal (FN 10), S. 12.

36 Simcox (FN 2), S. 6: „In 64 of the 142 plots (45 percent), one or more perpetrators were known to have been in contact with a foreign terrorist organization (FTO). In 27 of these 64 plots (42 percent), this contact was solely electronic. In 62 plots, the FTO in question was ISIS; on one occasion it was both ISIS and al-Qaeda's affiliate in Syria (then known as Jabhat al-Nusra); and on one occasion it was al-Qaeda in the Arabian Peninsula, al-Qaeda's affiliate in Yemen“.

37 Ebd., S. 8: „In 15 of the 22 German plots (68 percent), one of the cell's perpetrators was in direct contact with a foreign terrorist organization. This is disproportionately high: In total, only 64 of the 142 plots (45 percent) had one or more members known to have been in contact with a FTO“.

38 Ebd., S. 7: „Twenty-two of the 142 plots (15 percent) featured refugees and asylum seekers, either planning attacks alone or as part of a larger cell. 14 Refugees and asylum seekers linked to these plots came to Europe from a range of countries: Afghanistan, Eritrea, Iraq, Morocco, Somalia, Syria, Tunisia, Russia's Southern Caucasus, and Uzbekistan. There were also refugees from Algeria, although they entered Europe posing as Syrians. [...] Yet overall, the threat to Europe from refugees and asylum seekers plotting has been concentrated in Germany – 12 of the 22 plots (54 percent), with an additional case in which a suspected attack planned for Copenhagen was being organized from Baden-Württemberg in Germany. [...] Plots involving refugees or asylum seekers most commonly targeted civilians (59 percent) and, where known, explosives were the most popular weapon of choice (32 percent)“.

Essener Bombenanschlag, Selbstmordanschlag in Manchester und Terroranschläge in Katalonien).

Freilich haben sich die operativen Prioritäten teils gewandelt. Der IS wird sich sicherlich auch weiterhin zu den Anschlägen in Europa bekennen, diese gutheißen und inspirieren. Allerdings bildet das europäische „Terrorgeschäft“ keinen Schwerpunkt der IS-Strategie. Auch wenn sich die operativen Masterminds für eine konsequente Strategie des globalen Dschihad entscheiden, was nicht ausgeschlossen werden kann, werden sie nicht mehr so viele logistische und finanzielle Ressourcen mobilisieren können. Der IS-Vorläufer, der Islamische Staat im Irak, war seinerseits primär mit der „innenpolitischen“ Agenda beschäftigt. Überdies deuten die IS-Personalakten darauf hin, dass „nur“ knapp zehn Prozent der Auslandskämpfer über militärische Erfahrungen bzw. Fertigkeiten vor ihrer Ankunft in Syrien verfügten, weshalb die Differenzierung nach Gruppenrollen wichtig erscheint.³⁹

Personelle Ressourcen für Anschläge in Europa wird es jedoch auch in der Zukunft geben: Neben den indoktrinierten sowie überzeugten Auslandskämpfern bzw. Terror-Trainees als Gewaltunternehmern stellen die enttäuschten wie auch beruflich wenig erfolgreichen Flüchtlinge aus dem islamischen Raum eine Risikogruppe dar. Denn Armut gilt in Europa als ein nicht zu ignorierender Risikofaktor: „We know that most migrants from the Muslim world enter the lower end of the labour market, because they arrive with low education. Their children often stay in the same social class because their fortune, like everyone else’s, is shaped by their parents’ social capital. If we believe that economic deprivation contributes to radicalization, then we must also recognize that high levels of low-skill immigration from the Muslim world may cause security problems in the long term.“⁴⁰

Laut einer Analyse terroristischer Netzwerke von Sageman⁴¹ waren knapp 30 Prozent der untersuchten „salafistischen Mudschaheddin“ zu Beginn ihres Radikalisierungsprozesses Flüchtlinge, Gastarbeiter oder Angehörige der zweiten Einwanderergeneration. Eine Vielzahl der europäischen Dschihadisten sind Migranten. Daher machte Hegghammer⁴² in seiner pessimistischen Betrachtung des Dschihadismus in Europa vier Faktoren bzw. Trends aus, die für eine Verschärfung der Sicherheitslage ursächlich sein können: 1) einen größeren Rekrutierungspool wegen der steigenden Anzahl von ökonomisch benachteiligten muslimischen Jugendlichen; 2) eine durch Rückkehrer ansteigende Zahl von potentiellen Gefährdern und charismatischen Anwerbern; 3) die andauernden Konflikte in der arabischen Welt und 4) die operative Freiheit für dschihadistische Untergrundakteure im Internet.

39 Vgl. Brian Dodwell/Daniel Milton/Don Ressler, *The Caliphate’s Global Workforce: An Inside Look at the Islamic State’s Foreign Fighter Paper Trail*, West Point 2016..

40 Thomas Hegghammer, *Revisiting the Poverty-terrorism Link in European Jihadism* (2016), unter: http://hegghammer.com/_files/Hegghammer_-_poverty.pdf (20. Oktober 2018), S. 14.

41 Vgl. Marc Sageman, *Understanding Terror Networks*, Philadelphia 2004, S. 85.

42 Vgl. Thomas Hegghammer, *The Future of Jihadism in Europe: A Pessimistic View*, in: *Perspectives on Terrorism* 10 (2016), H. 6, S. 156-170, hier: S. 157.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, jene Rückkehrer auf dem Schirm zu haben, die sich als Gewaltunternehmer in Europa betätigen. Umso wichtiger sind differenzierende, über die Problemgruppe „der“ Salafisten hinausgehende, Analysen. Zugleich sind die besonders eifrigen wie auch radikalisierten europäischen Auswanderer höchstwahrscheinlich entweder als Kämpfer oder als Selbstmordattentäter gestorben. Kaum ein Akteur hat bisher so viele europäische Dschihadisten auf den Schlachtfeldern „verheizt“ wie der IS. Einige Dschihadisten hegen nach Informationen der Beratungsstelle „Hayat“ keinerlei Ambitionen zurückzukehren. Überzeugte Dschihadisten können sich anderen Schlachtfeldern zuwenden, von denen es inzwischen zur Genüge gibt. Des Öfteren wurde in der Berichterstattung außer Acht gelassen, dass die regionale Al-Qaida im Schatten des IS deren strategische Pläne verfolgte und den syrischen Widerstand zu bündeln versuchte.⁴³ Die interne Umschichtung der „Rebellion“ bietet weitere Möglichkeiten für den Kampf in Syrien und darüber hinaus. Die transnationale Al-Qaida stellt für Europa weiterhin eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.

Ein Teil der Rückkehrer ist bekanntlich desillusioniert, ein weiterer Teil wird sich als stolzer „Verteidiger der Umma“ und nicht als gemeiner Terrorist kategorisieren. Jene Rückkehrer, die einen ausgeklügelten Anschlag planen würden, haben nicht selten zu wenig Kompetenzen, um ihn auszuführen, oder sie befinden sich bereits auf dem Radar der – wahrscheinlich eher US-amerikanischen – Nachrichtendienste.⁴⁴ Kurz: Deutschland braucht eine Kriminalstrategie, die auf unterschiedliche Risiken, verstanden als Eintrittswahrscheinlichkeit einer Gefährdung, abhebt. Einschlägige aussagekräftige Auswertungen und Analysen, die evidenzbasierte Antworten auf dringende Fragen liefern, sind dafür ausschlaggebend. Davon gibt es hierzulande jedoch nicht genug. Daher werden undifferenzierte Warnungen, auch mit Blick auf zurückkehrende Frauen und Kinder, ausgesprochen, obwohl sie teils auf schwacher Grundlage stehen.⁴⁵

43 Vgl. Thomas Joscelyn: Zawahiri's deputy sought to 'unify' Syrian rebels, unter: <https://www.iongwarjournal.org/archives/2017/03/zawahiris-deputy-sought-to-unify-syrian-rebels.php> (3. März 2017).

44 Vgl. Daniel Byman/Jeremy Shapiro: Be Afraid. Be A Little Afraid: The Threat of Terrorism from Western Foreign Fighters in Syria and Iraq, Washington 2014.

45 Zu scheinbaren Evidenzen und vermeintlicher „Bauchempirie“: Stellungnahme Dr. Marwan Abou Taam zur Anhörung „Gewaltbereiter Islamismus und Radikalisierungsprozesse“, Ausschussdrucksache 19 (25) 237; 26. April 2018, S. 10.

Biographisches Porträt: Björn Höcke

Von Jürgen P. Lang

1. Lebenslauf

Politischer Aschermittwoch der ostdeutschen AfD-Landesverbände im Februar 2018: „Die Veranstaltung hat kaum begonnen, da ruft der Saal schon ‚Höcke! Höcke! Höcke!‘ Thüringens AfD-Vorsitzender genießt an einem Biertisch rechts der Bühne sichtlich die ungeteilte Aufmerksamkeit, die Menschen stehen Schlange, um ein Selfie mit ihm zu ergattern. Lächelnd nimmt er abwechselnd rechts und links Frauen und Männer in den Arm. Höcke ist der Star des Abends und darf deshalb erst am Ende, quasi als Höhepunkt, reden. Die Menge aber wird auch zwischendurch immer wieder seinen Namen skandieren, gerade so, als könnte er vergessen werden.“¹ Der große Auftritt mit Ovationsgarantie und ohne Widerrede – Björn Höcke ist in seinem Element. Gegen ihn sehen an diesem Aschermittwoch selbst André Poggenburg und Lutz Bachmann blass aus. In Erfurt stellen Höckes Kundgebungen die thüringische *Pegida* regelmäßig in den Schatten. „Wenn ich dann rede auf den Erfurter Demonstrationen, ich spüre den Willen des Volkes. Ich spüre auch die Wut der Menschen. Dann weiß ich, wenn wir den Willen haben und wenn wir diesen Willen artikulieren und auf die Straße tragen, dann werden wir 2016 Neuwahlen erzwingen.“²

Die Mischung aus Selbstdarstellung, Volktribun-Attitüde und politischer Agitation – dahinter steckt zu einem geringeren Teil ein jahrzehntelang verschüttetes Talent des in anderen Situationen weniger souverän agierenden Höcke. Es ist vielmehr harte Arbeit. Der ehemalige Gymnasiallehrer, der so viel auf preußische Tugenden hält, hat fleißig gelernt und sich, so darf man annehmen, gewissenhaft auf seine Rolle vorbereitet. Die AfD-Strategie der Diskursverschiebung durch gezielte Tabubrüche setzt er ebenso beflissen in die Tat um wie er die Ideologie des radikalen, außerparlamentarisch orientierten Teils der Neuen Rechten um Götz Kubitschek in sich aufsaugt, um sie, populistisch aufgeheizt, seinem Publikum zu vermitteln. Innerparteilich positionierte ihn das rechtsaußen und evozierte unter den gemäßigteren ehemaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke und später Frauke Petry – beide sorgten sich um die Reputation der Partei – scharfe Reaktionen. Am Ende scheiterte ein Ausschlussverfahren gegen ihn. Mehr noch, Höcke trug maßgeblich zum Sturz Luckes und Petrys bei, obwohl er die offene, direkte Auseinandersetzung scheute. Doch wer in der Partei die beiden Vorsitzenden loswerden wollte, musste sich mit ihm solidarisieren. Zuletzt tat es Petrys Nachfolger Alexander Gauland. Die Grundlagen für seine

1 Stefan Locke, Deutsche Glücksgefühle mit Björn und Lutz, in: FAZ.net vom 15. Februar 2018.

2 Björn Höcke, Rede am 22. Oktober 2015 in München, unter: <https://youtu.be/dKNJBWScB5>, 13:40 (18. Oktober 2018).

Machtposition hat Höcke allerdings selbst geschaffen, indem er die AfD bewusst in die Bipolarität trieb. Gleichwohl kultivierte er seine Hausmacht allein vom sicheren Hafen Thüringen aus und wagte sich bislang³ nicht in die Bundespolitik vor.

Die AfD hat sich weitaus extensiver mit Höcke auseinandergesetzt als Höcke mit der AfD. Dessen Rolle in der Partei ist der analytische Fluchtpunkt dieses Abschnitts, der Darstellung von Höckes politischem Lebenslauf. Die Vita stellt Biographen ob ihrer Geradlinigkeit und Stringenz auf den ersten Blick kaum vor Herausforderungen. Kein Zerwürfnis mit dem Elternhaus, keine ideologischen Volten, kein Damaskuserlebnis, aber durchaus die Ankunft eines Suchenden am Bestimmungsort. Der berufliche Bruch macht Höckes Karriere interessant. Nach 13 Jahren gibt er das sichere Dasein als Oberstudienrat für Geschichte und Sport auf, um politischer Aktivist zu werden – mit Rückkehroption freilich. Im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts steht die ideologische Verortung Höckes. Der Literaturteil befasst sich, lässt man die Veröffentlichungen von Gesinnungsgenossen beiseite, mit den alles in allem recht einmütigen politischen Einordnungen Höckes. In Publizistik und Wissenschaft gilt er beinahe unumstritten als rechtsextremistisch, wenngleich Versuche scheitern müssen, in ihm einen Nationalsozialisten zu sehen. Es sagt viel über die AfD aus, dass sich die Initiatoren des Ausschlussverfahrens ausgerechnet auf diese, hauptsächlich von linken Beobachtern ins Feld geführte Argumentation stützen mussten.

Björn Höcke kam am 1. April 1972 im westfälischen Lünen als Sohn eines Sonderschullehrers und einer Krankenschwester zur Welt. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er im Westerwald, größtenteils in der ländlichen Umgebung Neuwieds. Für ihn ein Idyll, das er, wie er einem Schweizer Journalisten offenbarte, als Kind mit Erzählungen der Großeltern aus der alten Heimat Ostpreußen zu einer Traumwelt zusammengebaut habe.⁴ Das Vertriebenenschicksal spielte eine große Rolle in der Familie Höcke; die *Junge Freiheit* gehörte angeblich zum Lesekanon.⁵ Man sei eine „hochpolitische Familie“⁶ gewesen, sagt Höcke an anderer Stelle, für den die „Herkunft“ eines Menschen eine wichtige, zunächst vor allem emotional besetzte Rolle spielt. In ihm selbst habe sich ein „ganz starkes und intaktes Heimatgefühl“⁷ entwickelt. Dass er sich ohne weitere Erläuterung als „renitenten Typ“ bezeichnet, der „immer anders sein [wollte] als die anderen“⁸, muss man wohl als selbstgefällige Rückprojektion abtun. Vielleicht spielte Höcke damit auf seinen, für einen 14-Jährigen eher untypischen, Beitritt zur *Jungen Union* an, vorgeblich inspiriert von Helmut Kohls Appell zu einer geistig-moralischen Wende. Die Episode hinterließ weder auf der einen noch auf der anderen Seite Spuren.

3 Dieser Beitrag berücksichtigt die Entwicklungen bis 20. Mai 2018.

4 Vgl. Benedikt Neff, Der wohl meistgehasste Politiker Deutschlands, in: Neue Zürcher Zeitung vom 3. November 2017.

5 Vgl. Christina Fuchs/Martin Machowecz, Der Mann an der Grenze, in: Die Zeit vom 18. Februar 2016.

6 Zitiert nach Karsten Polke-Majewski, Mein Mitschüler, der rechte Agitator, in: Zeit online vom 18. Februar 2016.

7 Zitiert nach ebd.

8 Zitiert nach Neff (FN 4).

Zwischen 2001 und 2005 war Höcke als Gymnasiallehrer einer Gesamtschule im hessischen Groß-Gerau tätig, anschließend in Bad Sooden-Allendorf an der Grenze zu Thüringen. Unweit davon erwarb er in Bornhagen im thüringischen Eichsfeld ein Anwesen, das durch eine fragwürdige Aktion des *Zentrums für Politische Schönheit* zu Bekanntheit gelangte. Die Aktivisten hatten Höcke eine Nachbildung des Berliner Holocaust-Mahnmals quasi vor die Haustür gesetzt – eine Reaktion auf dessen berüchtigte Dresdner Rede, in der er das Original ein „Denkmal der Schande“ schalt. Schüler und Kollegen beschreiben den Oberstudienrat als betont freundlich und überdurchschnittlich engagiert – von politischen Botschaften im Unterricht keine Spur.⁹ Die angeblich notorische Deutschlandkarte (sicherlich ohne die Grenzen von 1914 oder 1937) in Höckes Klassenzimmern interpretierte man offenbar nicht als solche. Höcke verstand es alles in allem gut, seine rechtskonservative Gesinnung von der Schule fernzuhalten. Im März 2006 fiel er allerdings in der Kollegenschaft negativ auf, nachdem er in einem Leserbrief an eine Regionalzeitung unter anderem behauptet hatte, bei der Bombardierung Dresdens hätten die Alliierten „bis zum Kriegsende eine möglichst große Zahl deutscher Menschen [...] töten“¹⁰ wollen. Anschließend ließ Höcke größere Vorsicht walten als ohnehin. Niemand bekam mit, dass er außerhalb des Dienstes nach Brüdern im Geiste suchte. Er knüpfte zahlreiche Kontakte zu Rechtsintellektuellen. Angeblich beteiligte er sich 2011 an der Gründung der *Deutschen Patriotischen Gesellschaft*. Eine Art väterlichen Freund fand Höcke in Heiner Hofsommer, einem ehemaligen, wegen rassistischer Äußerungen als Schullektor entlassenen CDU-Landtagsabgeordneten. „Beide schwärmen noch heute von Zusammenkünften, die Hofsommer mit Gleichgesinnten organisierte, auf denen ‚politisiert‘ wurde.“¹¹ Später brüstete sich Hofsommer damit, Höcke „erfunden“ zu haben.

Man kann davon ausgehen, dass Höcke lange Jahre hin- und hergerissen war zwischen Beruf und Berufung. 2007 traf er Dieter Stein, den Chefredakteur der *Jungen Freiheit*: „Als ich ihn [Höcke] fragte, ob er Lust hätte, gelegentlich als Autor für die Junge Freiheit zu arbeiten, sagte er, er wolle wegen seines Berufs als Lehrer nur unter Pseudonym schreiben.“¹² Sporadisch ließ sich Höcke beim neurechten *Institut für Staatspolitik* (IfS) blicken. Karlheinz Weißmann, vor seinem Bruch mit Götz Kubitschek einer der führenden Köpfe des IfS, erinnert sich an die Begegnung: Höcke „hatte mich als junger Lehrer einmal um Rat gefragt, und ich hatte ihm gesagt, dass er die Wahl habe zwischen Dienstlaufbahn und Bekenntnis zu seinen Überzeugungen. Wenn er sich für die zweite Möglichkeit entscheide, werde das seiner Karriere im Wege stehen“¹³ – ein Rat, der Höcke beschäftigen haben dürfte. Erst 2014, mit Be-

9 Vgl. Erik Peter, Hang zu Pathos und Lamento, in: Die Tageszeitung vom 23. November 2015.

10 Zitiert nach Wolfgang Büscher, AfD-Rechtsaußen ist von ganz alter Schule, in: Die Welt vom 2. November 2015.

11 Friederike Haupt, Ausbreiter und Platzhalter, in: FAZ.net vom 22. Dezember 2015.

12 Zitiert nach Hannes Vogel/Andreas Niesmann, (Un-)heimlicher Führer. Die braunen Verstrickungen von Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, in: Focus vom 9. Januar 2016.

13 „Sonst endet die AfD als ‚Lega Ost‘“. Interview mit Karlheinz Weißmann, in: Junge Freiheit vom 21. Dezember 2015.

ginn des Wahlkampfes in Thüringen, ließ sich der Vorsitzende der thüringischen AfD – die Co-Chefs blieben an seiner Seite stets unauffällig – vom Schuldienst freistellen. „Der Leidensdruck, der sich in Anbetracht einer grundsätzlich falsch angelegten Politik in diesem Land aufgebaut hat, wurde irgendwann unerträglich“¹⁴, machte Höcke unmittelbar nach der Landtagswahl als Grund geltend. Bei der Abstimmung erzielte die AfD aus dem Stand heraus 10,6 Prozent. Höcke fungiert seitdem auch als Fraktionsvorsitzender.

Eines habe er von Höcke „nicht erwartet [...]“: parteipolitisches Engagement.¹⁵ Die Überraschung aufseiten des langjährigen politischen Freundes Kubitschek war nicht gespielt, gehörte doch die „Metapolitik“, also die indirekte Einflussnahme auf Entscheidungsträger, seit jeher zum strategischen Konzept der Neuen Rechten. Nicht bei den vergleichsweise Gemäßigten Stein und Weißmann, sondern bei den Radikalen um den Verleger, Publizisten und Aktivisten Kubitschek fand Höcke schließlich ein ideologisches Zuhause. Das Tandem, der eine innerhalb, der andere außerhalb¹⁶ der Partei, avancierte zu einem Transmissionsriemen neurechten Gedankenguts und trug auf diese Weise maßgeblich zu der hauptsächlich von Thüringen ausgehenden Radikalisierung der AfD bei. Mit dem ihm eigenen Pathos wiederholt Höcke sein Mantra, die Partei sei für ihn „die letzte evolutionäre, [...] die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.“¹⁷ Das heißt: In der Partei sieht Höcke ein Mittel radikaler Veränderung von Staat und Gesellschaft, das im Versagensfall gegen das Mittel der gewaltsamen Revolution ausgetauscht wird. Bis es soweit ist, will er das „friedliche“ Instrument AfD schärfen.

Höcke und sein sachsen-anhaltinischer Kollege André Poggenburg riefen deshalb zum Kampf gegen alle aus ihrer Sicht moderaten und systemkonformen Tendenzen in der Partei auf. Ihre im März 2015 veröffentlichte *Erfurter Resolution* ist tatsächlich weniger ein politisches Manifest, lässt aber an den Intentionen ihrer Urheber keinen Zweifel. Parteichef Bernd Lucke sollte sich angesprochen fühlen. „Das Projekt ‚Alternative für Deutschland‘ ist in Gefahr“, schlägt die Resolution Alarm. Die Partei passe sich „ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politikbetrieb an: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes.“ Die AfD habe „sich von bürgerlichen Protestbewegungen [gemeint war *Pegida*] ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert, obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“. Diese verstünden „die AfD nämlich immer noch [...] als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“.¹⁸

14 Björn Höcke, Stefan Scheil und die AfD – ein Doppelinterview (1. Teil), in: Sezession im Netz vom 15. Oktober 2014.

15 Ebd.

16 Kurzzeitig drängte auch Kubitschek in die AfD, scheiterte aber im Februar 2015 mit seinem Aufnahmeantrag, also noch unter Lucke und Petry.

17 Björn Höcke, „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“, in: Der Tagesspiegel vom 19. Januar 2017.

18 Björn Höcke/André Poggenburg, Erfurter Resolution, Manuskript, März 2015.

Recht schnell etablierte Höcke ein zum Teil offen rechtsextremistisches Netzwerk in der Partei, genannt der *Flügel*. Er „ist kein Verein, hat keine Struktur, nur ein kleines Machtzentrum. Bei den Zusammenkünften werden Handynummern ausgetauscht, Mailadressen, man kann sich in WhatsApp-Gruppen eintragen lassen. Je nach Quelle wird die zur Anhängerschaft [...] auf zehn bis 30 Prozent der AfD-Mitglieder geschätzt.“¹⁹ Das ist durchaus eine Größe. Der *Flügel* verhielt sich keineswegs passiv, versuchte vielmehr in der Partei Schlüsselpositionen zu erobern und – nicht immer erfolgreich – Wahllisten zu besetzen. Innerhalb der AfD agierte das Netzwerk mit derselben taktischen Mischung aus Provokation und Opferrolle, wie es die Partei insgesamt nach außen hin tat. Alljährlich veranstaltete der *Flügel* ein Treffen Gleichgesinnter am Kyffhäuserdenkmal in Thüringen. Wer dort erschien und vor den Kameras zum „Familienfoto“ posierte, legte in der AfD ein Bekenntnis zu Höcke ab. Die nicht dem radikal-neurechten Lager angehörenden Jörg Meuthen und Alexander Gauland solidarisierten sich auf diese Weise mit ihm, besser gesagt gegen Lucke bzw. Petry.

Der Machtkampf war eröffnet, kaum waren die Landtagswahlen in Thüringen vorbei. Die wirtschaftsliberal und -national orientierte Parteispitze beobachtete das Erstarken eines radikal rechten Machtzentrums mit Sorge, zumal die Unterschrift Alexander Gaulands unter der *Erfurter Resolution* zeigte: Es ging um mehr als um einen Aufruhr in einem Bundesland. Der Konflikt eskalierte, als Höcke im Gespräch mit Lucke für seine Anhänger Posten im Bundesvorstand verlangte, ein Affront, den Lucke zwar abwehrte, der ihn aber zu unüberlegten Entscheidungen verleitete. *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann schildert das Versagen plastisch: „Luckes Lager reagiert noch kopfloser als erhofft: Ein Team um Hans-Olaf Henkel stampft eine ‚Deutschland-Resolution‘ aus dem Boden. Doch das Papier scheitert kläglich. [...] Lucke versammelt seine Anhänger im ‚Weckruf‘ [...]. Aber in seinem technokratischen Überschwang gibt Lucke seiner Bewegung schon feste Strukturen, eine Satzung und eine Reihe von Landesbeauftragten, sodass sie wie eine Partei in der Partei wirkt. So können seine Gegner ihn leicht als Spalter der AfD zeichnen.“²⁰

Auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 unterlag Lucke mit 38 Prozent seiner Herausforderin Frauke Petry, die auf 60 Prozent kam; er verließ kurz darauf mit vielen seiner Anhänger die Partei. Petrys Co-Vorsitzender Jörg Meuthen erhielt 62 Prozent. In diesem persönlichen Machtkampf war Höcke nicht mehr als eine Schachfigur. Dass Petry und Meuthen sich mit seinem Lager solidarisierten, hatte seinen Grund nicht in politischen Überzeugungen, sondern in dem festen Willen, Lucke zu stürzen. Höcke hielt sich im Hintergrund, war allerdings klug genug, seine Machtposition abzusichern, indem es sich seinerseits auf die Seite der Lucke-Gegner im Bundesvorstand schlug, auch wenn diese seine Ideologie keineswegs teilten. Nach dem Rückzug Luckes kam ein von ihm geplantes Verfahren zum Parteiausschluss Höckes

19 Maria Fiedler, Aus der Deckung, in: Der Tagesspiegel vom 29. November 2017.

20 Melanie Amann, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017, S. 150 f.

nicht mehr zustande. Dem Beschuldigten sollte aus folgender Äußerung der Strick gedreht werden: „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann.“²¹ Für Petry stellte dieser Satz in der Auseinandersetzung mit Lucke kein Problem dar. Ihr unbeholfener und befremdlicher Vorstoß, den Begriff „völkisch“ (wieder) positiv besetzen zu wollen, zeigte die Wichtigkeit, die sie dem Höcke-Lager für den Zusammenhalt der Partei zumaß. Doch sie sollte ihre Haltung schnell ändern.

Das Intrigenspiel wiederholte sich bald fast unverändert, nur dass Frauke Petry nun die Rolle des Bernd Lucke besetzte. Die Geister, die sie im Ringen mit ihrem Vorgänger gerufen hatte, wurde sie nicht los. Die Bundestagswahlen 2017 standen vor der Tür, und insbesondere Petry nahm – wie sich herausstellen sollte: unbegründete – Warnungen ernst, ein starker Höcke-Flügel schmälere die Erfolgsaussichten. Sie reagierte sensibel auf alles, was in ihren Augen die bürgerliche Reputation der Partei schädigen könnte. Höckes Dresdner „Schande“-Rede, seine Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ und einem Ende „diese[r] dämliche[n] Bewältigungspolitik“²² bot Petry wohlfeilen Anlass für einen Großangriff auf die Rechtsausleger. Nun sagte sie: „Björn Höcke war nie mein Verbündeter, im Gegenteil. Schon 2015 war absehbar, dass es durch seine Vorgehensweise Konflikte geben würde. Die Mehrheit im Bundesvorstand konnte sich leider erst Anfang des Jahres [2017] zu einer klaren Kante, dem Antrag auf Parteiausschluss, durchringen. Hoffentlich ist es jetzt nicht zu spät für das Ansehen der AfD.“ Höcke habe „genügend Anlässe für ein neues, Erfolg versprechendes Verfahren geliefert.“²³ Petry stand mit ihrem plötzlichen und angesichts ihrer Haltung beim Lucke-Sturz nicht ganz aufrichtigen Anti-Höcke-Kurs anfangs isoliert da. Zwölf Landesverbände sprachen sich zunächst für eine Ablehnung ihres Antrags aus. Auch Meuthen und Gauland plädierten gegen das Ausschlussverfahren. Am Ende stimmten sinkende Umfragewerte die Skeptiker im Bundesvorstand um.

Petry wollte, wohl die Aussichtslosigkeit des Verfahrens vor dem AfD-Landeschiedsgericht in Thüringen vor Augen, Höcke mit der vollen Wucht eines Gutachtens aus der Feder eines Gelsenkirchener Anwalts politisch erschlagen. Das Papier floss in wesentlichen Teilen in den Ausschlussantrag ein und fuhr schweres Geschütz auf: Höckes Dresdner Rede „zeigt, dass ein direkter Bezug zum Nationalsozialismus gesucht worden ist“. Die Belege für diese Behauptung wirkten allerdings konstruiert: Höcke habe von „Bewegung“ gesprochen, ein Begriff, „der auch für die NSDAP prägend war“. Als ob der Terminus „Bewegung“ ein exklusives Merkmal der Nationalsozialisten gewesen wäre. Hellhörig machte allerdings die Argumentation, Höcke verfalle „in egomanische Ausfälle, in eine ‚Ich-Orgie‘, die den Schluss zulässt, dass er [...] den Thüringer Weg als Führer vorgeben will und sich damit

21 Zitiert nach Andreas Speit, *Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte*, Zürich 2016, S. 51.

22 Höcke (FN 17).

23 „Wer soll es sonst machen?“ Interview mit Frauke Petry, in: *Der Spiegel* vom 18. August 2017, S. 38.

zum Führerprinzip bekennt.²⁴ Im Mai 2018 schmettete das Thüringer Parteigericht den Antrag ab: eine Wesensverwandtschaft der inkriminierten Äußerungen Höckes mit dem Nationalsozialismus sei nicht festzustellen. Höckes Kompagnon im Landesvorsitz, Stefan Möller, gab der Hoffnung Ausdruck, dass der Bundesvorstand nun nach Ende der Petry-Ära „den beschrittenen Weg eines kooperativen Miteinanders aller Strömungen in der Partei“²⁵ fortsetze.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Petry die Partei längst verlassen. Ihr Austritt nach der Bundestagswahl hatte sich abgezeichnet, war sie doch mit ihrem Vorhaben an die Wand gefahren, die AfD auf Biegen und Brechen zu einem pragmatischeren Kurs zu zwingen. Ihren „Zukunftsantrag“ strichen die Delegierten des Kölner Parteitags im April 2017 von der Tagesordnung. Die wenig durchdachte Frontalattacke auf Höcke erinnerte an das unglückliche Agieren Luckes in derselben Situation. In Köln wurde nicht Petry, sondern Parteivize Gauland und das Vorstandsmitglied Alice Weidel zu den Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl gekürt. Wie einst Petry beeilte sich nun Weidel – sie hatte zuvor für den Ausschluss ihres ideologischen Gegners Höcke votiert – mit allerdings verhaltenen Solidaritätsbekundungen gegenüber dem Rechtsaußen aus Thüringen, der auf dem Kongress gar nicht anwesend war. Man werde im Wahlkampf Seite an Seite arbeiten. Auch Gauland schlug sich ostentativ auf Höckes Seite. Diesem nutzte das Ausschlussverfahren am Ende mehr als es ihm schadete. Es fiel ihm leicht, sich reumütig zu zeigen, ohne in der Sache nachzugeben: In Dresden habe er „ein wichtiges Thema in einer Bierzeltrede vergeigt“.²⁶

Petrys Strategie war gescheitert, doch hatte Höcke gesiegt? Einerseits genießt er unverkennbar einen großen Rückhalt in der AfD, der sich weit über den Rand des fundamentalistischen Lagers erstreckt. Eine Spaltung der Partei befürchteten die unentschiedenen Teile der Basis offenkundig eher bei einem Ausschluss Höckes als bei einem Austritt Petrys. Andererseits: Die Kritiker Höckes geraten schnell in den Ruf, den verhassten „Mainstream“-Medien nach dem Mund zu reden. In der (medialen) Öffentlichkeit erfährt Höcke in der Tat eine weitaus größere Stigmatisierung und Ausgrenzung als intern. So durfte er nach seiner Dresdner Rede nicht an der Gedenkstätte im Thüringer Landtag zur Auschwitz-Befreiung teilnehmen, und die KZ-Gedenkstätte Buchenwald erteilte ihm ebenso Hausverbot wie das Tagungshotel des Kölner AfD-Kongresses. Dass Höckes Einfluss in der AfD groß, aber nicht unumschränkt ist, zeigte sich auf dem Hannoveraner Parteitag Anfang Dezember 2017. Der *Flügel* hatte mit einem geschickten Schachzug die Wahl des Realpolitikers Georg Pazderski zum Co-Vorsitzenden neben Jörg Meuthen verhindert. Entgegen allen Absprachen schickten die Fundamentalisten Doris von Sayn-Wittgenstein ins Rennen. Die entwürdigenden Stichwahlen beschädigten Pazderski nachhaltig und verhalfen Alexander Gauland auf den (nach dem Petry-Rückzug vakanten) Posten.

24 Ausschluss des Landesvorsitzenden der AfD Thüringen, Björn Höcke. Antrag an das Landesschiedsgericht der AfD Thüringen, Manuskript, März 2017.

25 Zitiert nach Björn Höcke darf in der Partei bleiben, in: FAZ.net vom 9. Mai 2018.

26 Zitiert nach Sabine am Orde/Michael Bartsch, Thüringer AfD hechelt hinter Höcke her, in: Die Tageszeitung vom 20. Februar 2017.

Der dankte es dem Höcke-Lager nur mit Worten: „Ich stehe zum ‚Flügel‘, der ist für mich ein integraler Bestandteil unserer Partei.“²⁷ Als Fraktionschef bekam Gauland dann Angst vor der eigenen Courage. „Kein Flügel-Vertreter schaffte es auf die oberen Ränge des Fraktionsvorstands. Björn Höcke in seinem Erfurter Exil hat das genau registriert. Es hat ihm nicht gefallen.“²⁸

Höcke selbst hat es stets weitgehend vermieden, sich direkt in die Streitereien auf Bundesebene einzumischen. Diese Vorsicht findet innerhalb seines Landesverbands keine Entsprechung. Höcke brachte die anfänglich zerrissene Thüringer AfD nach und nach auf Linie. Zimmerlich ging er dabei nicht vor, was Futter für den „Führer“-Vergleich im Ausschlussantrag lieferte. Gleich zu Anfang wurde der Abgeordnete Siegfried Gentele wegen öffentlicher Kritik an Höcke aus der Fraktion ausgeschlossen; zwei weitere verloren ihre Ausschuss-Posten. Höcke hatte seine Gegner persönlich dazu aufgefordert.²⁹ Bereits Mitte 2015 schrumpfte die AfD-Landtagsfraktion von elf auf acht. Am Rande einer AfD-Veranstaltung im Oktober 2017 machten einige Thüringer Parteigänger teils öffentlich ihrem Ärger über den selbstherrlichen Führungsstil Höckes Luft. Helmut Witter sagte in seiner Rede: „Es gibt keinerlei inhaltliche Diskussionen, sondern nur Beifallsbekundungen. Wer sich dem Jubel nicht anschließt, der kann was erleben.“ Ein weiteres AfD-Mitglied, das anonym bleiben wollte, äußerte sich ähnlich: Im Landesverband Thüringen herrsche ein „Klima des Schweigens [...] Die meisten Mitglieder trauen sich leider nicht, diesen Kult um die Person Höcke offen zu kritisieren“.³⁰

Zuvor schon hatte Steffi Brönner, Höckes Stellvertreterin im Landesvorsitz, frustriert das Handtuch geworfen. An den Vorstand schrieb die Petry-Anhängerin: „Die versuchte Einflussnahme seitens der Flügel-Mitarbeiter, die Partei nach Ihren [sic!] Vorstellungen zu lenken, ist mittlerweile unerträglich. [...] Ist es jetzt ein MUSS in Thüringen, alles gut zu finden, was Björn sagt und tut? Was ist das für ein Demokratieverständnis? [...] Der Flügel [...] als eine mittlerweile rechtsnationale Bewegung innerhalb der AfD hat es geschafft, sich dahingehend so zu organisieren, dass seine Positionen langsam aber sicher die Gründungsgedanken [der AfD] [...] verschieben hin zu einer rechtsnationalen Partei.“³¹ Höcke hat es offenkundig verstanden, den Landesverband gefügig zu machen. Er selbst agierte dabei meist im Hintergrund und schickte einen Getreuen vor: „Aber wie so oft hast du dich, Björn, bei Themen im La[ndes]Vo[rstand] hier in Schweigen gehüllt [...] und lässt wie so oft andere Leute in der Partei für dich sprechen oder deinen Landessprecher-Kollegen.“³² Einer direk-

27 Zitiert nach Maria Fiedler/Ingo Salmen, Alexander Gauland wird Parteichef neben Jörg Meuthen, in: Der Tagesspiegel vom 2. Dezember 2017.

28 Miriam Lau, Ist es Liebe?, in: Die Zeit vom 6. Dezember 2017.

29 Vgl. „Ich bin ein avantgardistischer Konservativer“. Interview mit Björn Höcke, in: Thüringische Landeszeitung vom 9. April 2015.

30 Frank Schauka, „Wer sich dem Jubel nicht anschließt, der kann etwas erleben“, in: Thüringer Allgemeine vom 5. Oktober 2017.

31 Steffi Brönner, Sehr geehrte Kollegen des Landesvorstandes Thüringen, Manuskript, 5. Juli 2017.

32 Ebd.

ten Konfrontation wich er, der sich öffentlich gerne in Szene setzt, am liebsten aus. „Höcke will Richter sein, aber kein Henker. Im persönlichen Gespräch wirkt der AfD-Mann scheu, fast gehemmt, Mitstreiter beschreiben ihn als empfindlich und nachtragend“³³, konstatiert Melanie Amann. Sicherlich kam Höcke die DDR-sozialisierte Gruppenmentalität der Unterordnung und Autoritätsgläubigkeit zupass. Auf einem Landesparteitag im Oktober 2016 wurde er mit 93 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt.

Landespolitik ist Höckes Sache nicht. Im Landtag in Erfurt spricht er „lieber über Deutschland und Europa [...] als über das jeweils angesagte Thema.“³⁴ Insbesondere in der Asylpolitik positionierte sich die Thüringer AfD stets radikaler als die Bundespartei oder andere Landesverbände. Die Fraktion kopiert die früher von der PDS angewandte Strategie, den Landtag mit einer Fülle Kleiner Anfragen zu bombardieren. Bei Provokationen und nachfolgenden Ordnungsrufen liegt sie im Ländervergleich an der Spitze, während sie laut einer Studie des *Wissenschaftszentrums Berlin* bei der Politikgestaltung und Kompetenz unter den AfD-Fraktionen am schwächsten abschneidet.³⁵ Im Herbst 2017 startete der Landesverband eine sozialpolitische Offensive. „Es ist kein Zufall, dass im Frühjahr dieses Jahres von Thüringen aus die Gründung des ‚Alternativen Arbeitnehmerverbandes Mitteldeutschland‘ (Alarm) befördert wurde [...]. ‚Alarm‘ ist für Höcke vor allem ein Werkzeug im parteiinternen Machtkampf“³⁶ gegen die von ihm gescholtenen „Liberalen“. Auf Initiative Höckes stellten die Landesvorstände Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen einen Antrag an den Hannoveraner Parteitag. Der Bundesvorstand wird darin aufgefordert, sich „nachdrücklich“ dafür einzusetzen, „dass die AfD eine klare sozialpolitische Programmatik erarbeitet.“³⁷ Den Affront gegen die wirtschaftsliberale, besitzbürgerliche AfD-Programmatik kann man als neuen Versuch werten, die Partei, Spaltungen in Kauf nehmend, auf Linie zu bringen. Höcke dürfte aber auch die ostdeutsche Wählerklientel im Blick gehabt haben. Würde sein Kurs erfolgreich sein, wäre das, mehr als es ohnehin schon ist, ein massives Problem für die in Thüringen regierende Partei *Die Linke* und deren Markenkern.

2. Würdigung

„Höcke hat verschiedene Tonspuren und Rollen, die er abrufft.“³⁸ Dieser Befund Benedikt Neffs trifft zu, sollte aber nicht zu dem Schluss verleiten, Höcke sei mit Spon-

33 Amann (FN 20), S. 141.

34 Haupt (FN 11).

35 Vgl. Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels/Christian Neusser/Alexander Berzel, *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, Berlin 2017.

36 Robert D. Meyer, *Gute Arbeiter, böse Arbeiter*, in: *Neues Deutschland* vom 2./3. Dezember 2017.

37 Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland, *Vorläufiges Antragsbuch zum 8. Bundesparteitag in Hannover*, Berlin 2017, S. 111.

38 Neff (FN 4).

taneität gesegnet. Vom Typ her kontrolliert, hat er seine Rollen akribisch einstudiert. Zudem ist die Varianzbreite innerhalb der jeweiligen Rolle, zum Beispiel eines öffentlichen Auftritts, nicht allzu groß. Wer sich seine Reden über die Jahre hinweg ansieht, erkennt schnell das immergleiche Muster. Höckes Sätze kommen wohlüberlegt; er spricht bedacht und unaufgeregt, egal ob im Hinterzimmer einer Münchner Gaststätte oder auf dem Erfurter Marktplatz vor vielen hundert Menschen. An Schlüsselstellen hebt er den Ton, bellt kurze Parolen, die das Publikum – meist erfolgreich – zum Applaus animieren sollen. Die Zuhörer rufen „Höcke! Höcke!“ oder „Wir sind das Volk!“. Diese Pausen kostet Höcke lange aus, ohne sich allerdings von der Euphorie anstecken zu lassen. Er wirkt dann nachdenklich, manchmal angestrengt, nutzt die Zeit, um im Manuskript zu blättern und sich auf den nächsten Themenblock vorzubereiten, der erneut in einer gewollten Klimax endet. Kurzum, ein begnadeter Redner ist Höcke nicht. Feiern lässt er sich vor und nach den Auftritten.

Höcke bezieht seine Popularität aus einem anderen Talent. Auf der Klaviatur der Provokation spielt er meisterlich. Aus dem Steinbruch neurechter Ideologie holt er mundgerechte Fragmente und verknüpft sie mit der aktuellen Politik zu populistischen, aber keineswegs originellen Parolen. Auf diese Weise kultiviert er die Feindbilder seiner Zuhörer trefflich. Die Parallelen zu Jürgen Elsässers Zeitschrift *Compact* sind deutlich, wenngleich Höcke völlig ohne Zynismus und Ironie auskommt. Grundsätzliche ideologische Überlegungen, wie wir sie bei Kubitschek antreffen, sind ihm ebenfalls fremd. Höcke ist kein Theoretiker wie dieser, kein Publizist wie Elsässer, er ist im Grunde nicht mehr (und nicht weniger) als sendungsbewusstes Sprachrohr neurechter Gedanken. Hinzu kommt der aus einer früheren ideologischen Sozialisation übriggebliebene historische Revisionismus, der bei der modernen, radikalen Neuen Rechten eher Befremden auslöst. Kubitschek meinte nach Höckes Dresdner Skandal-Auftritt süffisant, sein Freund habe „ein Oberseminarthema in einer Stimmungsrede vorgetragen.“³⁹

Folgende fünf Eckpfosten stecken das ideologische Terrain Höckes ab: (1) ein für die AfD typischer Populismus, (2) ein „völkischer“ Nationalismus, der sich jedoch nicht am Nationalsozialismus, sondern an Vorstellungen der radikalen Neuen Rechten, insbesondere der *Identitären Bewegung* (IB) orientiert, (3) ein an die Konservative Revolution der Weimarer Republik anknüpfendes Verständnis direkter Demokratie, (4) eine ebenfalls dieser Strömung zuzuordnende nicht-marxistische Kapitalismuskritik und (5) ein Geschichtsrelativismus, der geeignet ist, die NS-Vergangenheit schönzureden.

Populismus. Cas Mudde definiert Populismus überzeugend als „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogenous and antagonistic groups: ‚the pure people‘ and ‚the corrupt‘ elite“.⁴⁰ Höcke propagiert diese Zweiteilung, indem er sagt: „Es geht nicht um links und rechts. Sondern um unten und oben,

39 „Dissonantes Pathos“. Interview mit Götz Kubitschek, in: Der Spiegel vom 4. Februar 2017, S. 44.

40 Cas Mudde, The problem with populism, in: The Guardian vom 17. Februar 2015.

um Volk und Establishment.⁴¹ Der Antagonismus ist sowohl in seinem politischen Fundament, der AfD, als auch in seinem ideologischen Reservoir, der Neuen Rechten, fest verankert. Höckes Populismus greift neuerdings auf im AfD-Umfeld und *Compact* virulente Verschwörungstheorien zurück. Diese Phantasien verknüpft er – Jürgen Elsässer macht das schon länger – mit dem kardinalen Ideologem der IB, die Deutschen würden im eigenen Land verdrängt. Bei seinem ersten Auftritt vor der *Pegida* im Mai 2018 in Dresden übte Höcke Kritik an einer Welt, „in der dunkle Hintermänner und transatlantische Eliten die Macht ausüben und nun über die Migrationspolitik versuchen, das Volk auszutauschen.“⁴² Diese Drahtziehertheorie kann umgehend zur Agententheorie mutieren: Angela Merkel als leichtgläubige Marionette dunkler Mächte, die aus Profitgier oder imperialistischen Gelüsten den deutschen Nationalstaat destabilisieren. Die demokratisch gewählte Regierung wird auf diese Weise ins Lager der „Volksfeinde“ verwiesen, während man ihr gleichzeitig abspricht, eine wirkliche Elite zu sein. „Pseudo-Elite“ ist eine der Lieblingsbezeichnungen Höckes für die Bundesregierung.

Zu dieser Delegitimierungsstrategie gehören einerseits eine – im Sinne Carl Schmitts feindbildende – Hyperideologisierung des politischen Gegners, andererseits eine fundamentale Moralkritik. Höcke spricht von „Multikulti“ als „Totalitarismus“⁴³, von „ideologische[r] Begriffsdiktatur“⁴⁴ des politischen Establishments bzw. der Medien, und er schimpft die Bundesregierung „Regime“.⁴⁵ Armin Pfahl-Traugher folgert zu Recht: „Wenn es sich aber in Deutschland um eine Diktatur handelt, dann soll aus seiner [Höckes] Sicht damit wohl Umsturz und Widerstand legitim sein.“⁴⁶ Das Wunschbild der *Erfurter Resolution* von der AfD als „Widerstandsbewegung“ ist faktisch eine Kampfansage an die freiheitliche Demokratie. Individuelle Freiheit erachtet Höcke ohnehin nicht als Grundwert, sondern als Bedrohung für „eine soziale Gesellschaft“.⁴⁷

Ob er Arnold Gehlens Werk *Moral und Hypermoral* gelesen hat, ist nicht überliefert, doch die Wortwahl ist – höchstwahrscheinlich vermittelt durch neurechte Publikationen – identisch: Höcke geißelt einen „zur Selbstauflösung [der Nation] strebende[n] Humanitarismus und Hypermoralismus“ und „ein moralisch verbrämtes Aufzehren der deutschen Substanz.“⁴⁸ Gehlen hatte keine „deutsche Substanz“ vor Augen, aber auch er prangerte die „Übersteigerung des Ethischen“ im demokratischen Staat an. Diese „Moralhypertrophie“ betrieben „privilegierte Kreise“, „wortführende

41 „Nicht mit dem Establishment gemeinmachen“. Interview mit Björn Höcke, in: Die Welt vom 30. November 2017.

42 Höcke tritt erstmals bei Pegida auf, in: Sächsische Zeitung vom 14. Mai 2018.

43 Höcke (FN 2), 26:55.

44 Björn Höcke, Über Konservatismus – oder von der Sehnsucht nach dem Selbstverständlichen, in: Ostthüringer Zeitung vom 18. Oktober 2016.

45 Höcke (FN 17).

46 Armin Pfahl-Traugher, Revisionistischer Zündler, in: Blick nach rechts vom 31. Januar 2017.

47 Höcke (FN 44).

48 „Unabwendbare Staatskrise“ – der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke im Gespräch, in: Sezession im Netz vom 19. September 2015.

Teile“ der Gesellschaft, die „Intellektuellen“.⁴⁹ Dieser populistische Beiklang macht Gehlen für die Neue Rechte besonders attraktiv. Wer ihn mit Schmitt kombiniert, erhält die Summe einer propagandistisch leicht entflammaren Delegitimierung humanitärer und universeller Grundwerte als zersetzende Feind-„Ideologie“. Das erinnert an das aggressiv antiaufklärerische Bekenntnis Ernst Jüngers, der dem Nationalismus 1927 eine Sondernorm zumaß: „Wir glauben an keine allgemeine Moral. Wir glauben an keine Menschheit als an ein Kollektivwesen mit zentralem Gewissen und einheitlichem Recht. Wir glauben vielmehr an ein schärfstes Bedingtheitssein von Wahrheit, Recht und Moral durch Zeit Raum und Blut.“⁵⁰ Von diesem Credo zur praktischen Aberkennung der Grundrechte für alle, die als nicht zur Nation gehörig definiert werden, ist nur ein kleiner Schritt.

„*Völkischer*“ *Nationalismus*. Praktisch keine Höcke-Rede kommt ohne wiederholten Bezug auf das „Volk“ aus. Der Terminus stiftet ein das Publikum vereinnahmendes und vermeintliche Gegner ausgrenzendes Wir-Gefühl. „Wir haben als Volk ein Recht auf eine Zukunft“⁵¹, sagt Höcke etwa. Das mit der verhassten Demokratie verknüpfte Wort „Staatsbürger“ meidet er wie andere Rechtsextremisten völlig. Im Allgemeinen werden in diesem Spektrum allein dem Volk, nicht dem Individuum, kollektive Werte, Rechte und Pflichten zugewiesen – so tut es Höcke in obigem Zitat. Das Volk erscheint als Monade, deren Bestimmungsmerkmale allerdings sehr unterschiedlich ausfallen können – sei es im metaphysischen Sinne Herders als Volksgeist, sei es im biologistischen Sinne Hitlers als hochgezüchteter Quasi-Organismus, der vor „artfremdem“ Blut geschützt werden muss. Höcke neigt keiner dieser Sinngebungen zu, und sein Volksbegriff bleibt oft diffus: „Die Liebe zu unserem Volk gründet im Gefühl der Nähe, die im Gegenüber das Eigene erkennt.“⁵² Die Formulierung „das Eigene“ verrät allerdings, dass sich Höcke auch hier an der Neuen Rechten orientiert.⁵³ In einer Rede 2015 in München wurde er konkreter: „Wir, das deutsche Volk, sind eben nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer einer fremdstämmigen Migrantenmehrheit zu opfern.“⁵⁴ Höcke erkennt das bestimmende Merkmal also in der „materiellen und kulturellen Substanz“ sowie in einer gemeinsamen geschichtlichen Tradition – an anderer Stelle spricht er vom gemeinsamen „Herkommen aus der Zeit“.⁵⁵ Das ist ein deutlicher Unterschied zum nationalsozialistischen Volksbegriff.

Wenn Höcke die Ablösung einer „numerischen Überlegenheit“ der Deutschen durch eine angeblich drohende „Migrantenmehrheit“ perhorresziert, übernimmt er

49 Arnold Gehlen, *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Frankfurt a. M./Bonn 2016, S. 147, 151.

50 Ernst Jünger, *Das Sonderrecht des Nationalismus*, in: Arminius vom 23. Januar 1927, zitiert nach Heimo Schwilk, *Ernst Jünger. Ein Jahrhundertleben*, München 2007, S. 304.

51 „Unabwendbare Staatskrise“ (FN 48).

52 Höcke (FN 14).

53 Vgl. Martin Lichtmesz, *Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate*, Schnellroda 2011.

54 Höcke (FN 2), 59:40.

55 Höcke (FN 14).

indirekt die propagandistische Formel der IB, die das Zerrbild vom „großen Austausch“ der Deutschen im eigenen Land malt. Die allfällige Warnung der IB vor „Durchmischung“ und „Verdrängung“ ist nicht in erster Linie biologisch im Sinne von Vererbung und Auslese, sondern demographisch gemeint. Höcke schließt sich der Sichtweise an: „Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht.“⁵⁶ Diesen Gedanken formulierte der französische Schriftsteller Renaud Camus, auf den sich die IB und die radikale Neue Rechte hauptsächlich beziehen. „Ganze Völker“, schreibt Camus, „können sich [...] nicht ohne weiteres mit anderen Völkern, Zivilisationen und anderen Formen des Lebens und Denkens vermischen; sie können diese Vermischung nicht einmal wollen, es sei denn, sie wollen tatsächlich ihre Identität aufgeben.“⁵⁷

Dass Camus alle aus Afrika oder dem Nahen Osten stammenden Ausländer pauschal als kulturell unterentwickelt und kriminell abqualifiziert, weist ihn als Rassisten aus. Auch Höcke ist nicht frei davon, Nicht-Europäer abzuwerten. Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt hat eine ursprünglich nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmte Rede Höckes analysiert, in der unter anderem der Satz fiel: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“⁵⁸ Patzelt urteilt in einer von der AfD bestellten Studie: Die von Höcke (unter Bezugnahme auf die umstrittene Populationsökologie des Biologen Philippe Rushton) ins Feld geführte Strategie der Zeugung möglichst vieler Nachkommen existiere bei Primaten (mithin beim Menschen) nicht. Dass Höcke sie den Afrikanern dennoch unterstellt, sei Rassismus.⁵⁹

Direkte Demokratie. Die Forderung nach Plebisziten gehört zu den wichtigsten Programmpunkten der AfD. Einerseits verfolgt sie damit das strategische Ziel, den Parlamentarismus zu schwächen. Andererseits spricht daraus der Rousseau'sche Glaube an die Existenz eines fest umrissenen Volkswillens, der nicht Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist, sondern diesem bereits a priori zugrunde liegt. Ein solches identitäres, die Interessen von Regierenden und Regierten egalisiertes Demokratieverständnis hegt auch Höcke: „Und nachdem wir die finanziellen Futterträge der Parteien ausgetrocknet haben, nachdem wir unser Volk wieder mit der Demokratie versöhnt haben [und] auch zu nationalen Fragen zu den Wahlurnen bitten mittels Volksentscheiden, nachdem wir die Bestenauslese wieder sichergestellt haben, danach müssten wir wieder einen Politikertypus installieren, für den vor allem

56 Höcke (FN 17).

57 Renaud Camus, *Der Große Austausch oder: Die Auflösung der Völker*, in: Ders., *Revolte gegen den großen Austausch*, Schnellroda 2016, S. 46 f.

58 Zitiert nach Andreas Kemper, „...die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz zwischen Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission Björn Höckes (AfD)“, Jena 2016, S. 61.

59 Werner J. Patzelt, *Das „Höcke-Gutachten“ – oder: Wie erkennt man Rassismus bzw. Extremismus?*, Manuskript, 3. Januar 2016.

eins im Mittelpunkt steht: [...] der Dienst für Volk und Vaterland.“⁶⁰ Es geht Höcke also nicht allein um die Verwirklichung eines angeblichen Volkswillens. Das Motiv der „Bestenauslese“ verfolgte schon die Konservativen Revolution, eine die heutige Neue Rechte ideologisch befruchtende rechtsextremistische Denkströmung der Zwischenkriegszeit. Die damaligen Protagonisten sprachen der repräsentativen Demokratie ab, „Eliten hervorzubringen“, und träumten von einer „Verbindung aus charismatischer Herrschaft und plebiszitärer Legitimation“.⁶¹

Ersehnt Höcke einen solchen Führer? Folgende Aussage legt es nahe: „Vielleicht ist die Zeit für einen neuen Politikertypus gekommen. Für einen, der dadurch das so unerlässliche Charisma entfaltet, dass er auf der Basis der Vernunft und des Verstandes seiner Liebe zum Eigenen und zum Immergültigen gefühlsstark Ausdruck verleihen kann. Das Auftauchen einer solchen Persönlichkeit könnte viel bewegen.“⁶² Man kann davon ausgehen, dass Höcke hier nicht Hitler vor Augen hatte, dessen plebejischer Habitus in Kreisen der Konservativen Revolutionäre auf Missfallen stieß. Dass Hitler auf dem Weg zum Führer die demagogische Mobilisierung der Massen nötig hatte, disqualifizierte ihn ebenfalls und konterkarierte die Vorstellung einer quasi natürlich dem Volk entwachsenen Elite scharf. Es wäre interessant zu wissen, ob Höcke sich selbst als eine „solche Persönlichkeit“ sieht. In diesem Fall würde Dieter Steins ansonsten isolierte Charakterisierung Sinn bekommen: Höcke „kam mir damals [2007] schon wie ein Erleuchteter vor, der sich zu Höherem berufen fühlt.“⁶³

Kapitalismuskritik. Könnten nicht folgende Sätze von der Partei *Die Linke* stammen? „Liebe Freunde, [die SPD] ist nicht sozial, auch wenn sie die soziale Gerechtigkeit wie eine Monstranz vor sich herträgt. Sie ist genauso neoliberal wie die anderen Parteien in diesem Land auch.“⁶⁴ Oder: „Wir müssen eine Art von Wirtschaft entwickeln, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt, und das geht nur, wenn wir diese Art von Kapitalismus überwinden.“⁶⁵ Trotz der frappierenden Analogie: In marxistischem, klassenkämpferischem Sinne agitiert Höcke nicht. Dem von der Linken geteilten Feindbild des „Neoliberalismus“ setzt er nicht das Proletariat entgegen, sondern „sozialen Patriotismus“ und eine „intakte Solidargemeinschaft“, die allein imstande seien, den „Gesellschaftsfrieden“ zu garantieren.⁶⁶ Nicht das Proletariat ist also Träger dieses Sozialismus, sondern, berücksichtigt man Höckes sonstige ideologischen Dispositionen, die homogenisierte Nation. Höcke knüpft – dahingestellt, ob wissentlich oder unwissentlich – an Oswald Spengler an, einen der

60 Björn Höcke, Rede am 22. Dezember 2014 in Stuttgart, in: youtu.be/YhYCrQR-xBI, 25:08 (18. Oktober 2018).

61 Karlheinz Weißmann, Elite, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), Lexikon des Konservatismus, Graz/Stuttgart 1996, S. 154.

62 Höcke (FN 14).

63 Correctiv, Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe, Essen 2017, S. 81.

64 Björn Höcke, Rede am 1. Mai 2017 in Erfurt, in: <https://youtu.be/9ZHBbdrSDmU>, 02:32 (18. Oktober 2018).

65 Zitiert nach Kemper (FN 58), S. 71.

66 Vgl. „Nicht mit dem Establishment gemeinmachen“ (FN 41).

Köpfe der Konservativen Revolution. Diesem schwebte ein „deutscher Sozialismus“ vor, der nicht wie der Marxismus in der Arbeiterklasse, sondern im ganzen Volk das revolutionäre Subjekt sah. 1919 schrieb Spengler: „Der Sozialismus als Daseinsform steht an seinem Anfang, der Sozialismus als Sonderbewegung des deutschen Proletariats aber ist zu Ende.“⁶⁷

Aus Höckes Mund scheint manchmal Sahra Wagenknecht zu sprechen, während Jürgen Elsässer die Gedanken führt. Dessen Vorstellung einer das rechte und das linke Extrem unter nationalistischen Vorzeichen verbindenden Querfront, hat Höcke ungefiltert übernommen. Unverhohlen fordert er Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine auf, die Partei *Die Linke* – ein „sozialistischer Wurmfortsatz des globalen Finanzkapitals“⁶⁸ – zu spalten und sich einer Querfront (diesen Begriff verwendet Höcke nicht) anzuschließen: „Dann werden wir uns verstärkt der ‚kleinen Leute‘ annehmen und die sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen! Dazu muss man selber kein Linker sein, sondern als Patriot nur ein Verantwortungsbewusstsein für das ganze Volk [...] haben.“⁶⁹

Geschichtsrevisionismus. In seiner Dresdner Skandal-Rede bezeichnete Höcke die Bombardierung Dresdens als Kriegsverbrechen. Damit „wollte man nichts anderes als unsere kollektive Identität rauben [...]. Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden. Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das auch fast geschafft.“⁷⁰ Höcke schlägt damit die Brücke vom eher in der „alten“ Rechten beheimateten historischen Revisionismus zur „Identitäts“-Ideologie der Neuen Rechten. Das erinnert an aktuelle Versuche, einen Zusammenhang zwischen eingebildeten Plänen der USA zur Ausrottung der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und der angeblich von dunklen Mächten ferngesteuerten Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu phantasieren.⁷¹ Wenn Höcke eine „systematische Umerziehung“ – die in Wahrheit gar nicht stattgefunden hat – anprangert, rechtfertigt er indirekt die Erziehung durch den Nationalsozialismus. Dieselbe Intention hat seine bereits erwähnte Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ in derselben Rede. Armin Pfahl-Traughber merkt zu Recht an: „Wenn aber der [von Höcke verlangte] kritische Blick gerade auf den Nationalsozialismus eine derartige Änderung erfahren soll, dann bedeutet die Formulierung ‚180 Grad‘ [...] eben dessen Schönschreibung.“⁷² Dazu passt, dass Höcke gegenüber Rechtsextremisten aller Couleur keinerlei Distanz hält.

67 Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus* (1919), Berlin 2016, S. 100.

68 Björn Höcke, Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus, in: *Compact*, Nr. 1/2018, S. 47.

69 Ebd., S. 48.

70 Höcke (FN 17).

71 Vgl. Eduard Huber, *Von Morgenthau zu Merkel. Der gerade Weg in den Untergang*, Tübingen 2016.

72 Pfahl-Traughber (FN 46).

3. Literatur

Jeder, der sich ohne ideologische Scheuklappen mit Höcke auseinandersetzt, kommt zu dem Schluss: „Björn Höcke ist wohl kein Nazi, wie ihm eine alarmistische Entlarvungsrhetorik entgegenschreit.“⁷³ Melanie Amann teilt diese Einschätzung: „Björn Höcke ist kein ‚Nazi‘ im historischen Sinne, kein Antisemit oder Hitler-Fan. Aber er ist ein glühender ‚Anti-Islamist‘, ein nationaler, revanchistischer ‚Sozialist‘ und ein extremer Rechter.“⁷⁴ Die Islam-Feindschaft Höckes steht gleichwohl nicht im Mittelpunkt seines Ideologie-Pools und treibt nur hin und wieder im Zusammenhang mit der – angeblichen – kulturellen Verdrängung der Deutschen an die Oberfläche. Für Wolfgang Büscher ist Höcke „ein Nationaler ganz alter Schule. Nationalromantisches 19. Jahrhundert, Preußensehnsucht, Horror Vacui vor der Auflösung des Vaterlandes – das dürften Antriebe sein, die den Oberstudienrat in die Politik stießen. Hätte er 1925 gelebt, er wäre ein Mann der DNVP gewesen.“ Diese Charakterisierung hat Charme, lässt aber die Neue Rechte als ideologischen Fluchtpunkt Höckes außer Acht. Ja, Höcke gibt sich als Bismarck-Fan zu erkennen, ideologieprägend ist der Reichsgründer aber nicht. Das trifft auf das neurechte Spektrum allgemein zu, das Bismarcks machtpolitischen Opportunismus eher mit nietzscheanischer Ablehnung begegnet. Der Fürst taugt dort allenfalls, wie das Kyffhäuser-Denkmal, als Symbol nationaler Mythenpflege.

Die DNVP wäre Höcke vermutlich zu bürgerlich gewesen, zu sehr mit den alten Eliten verbunden, zu wenig revolutionär und außerparlamentarisch. Justus Bender, Journalist der *Frankfurter Allgemeinen*, kommt der Sache am nächsten, wenn er Höcke bei der Konservativen Revolution verortet – also ebenfalls nicht beim Nationalsozialismus.⁷⁵ Das macht Höcke keineswegs zu einem milderen Rechtsextremisten. Die Subordination fundamentaler Werte unter die Idee des homogenen Volkes, also unter Bedingungen eines in den Interessen gleichgeschalteten Gemeinwesens; sein Unterfangen, den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren; seine Relativierung der NS-Zeit: all das weist Höcke als Extremisten aus. Dennoch bleibt angesichts seines ideologischen Eklektizismus die Frage: Was ist aufrichtig, was ist opportunistisch? Für letzteres spricht: Höcke ist ein reiner Zweitverwerter, er spult ein Repertoire ab, das andere vorgedacht haben. Es wäre aber falsch, in ihm nur einen Anpasser zu sehen. Immerhin ist er nach langer Suche in der ideologischen Umgebung des Kubitschek-Zirkels angekommen, bevor er die Chance namens AfD am Schopfe packte. Seinen Grundsätzen blieb er auch danach treu.

Die Texte⁷⁶, die Höcke unter dem Pseudonym Landolf Ladig in unbedeutenden Blättern der Thüringer NPD geschrieben haben soll – der Ausschlussantrag behauptet

73 Büscher (FN 10).

74 Amann (FN 20), S. 139.

75 Vgl. Justus Bender, Abwehrkampf, in: *Frankfurter Allgemeine Woche*, Nr. 8/2017, S. 26.

76 Vgl. Landolf Ladig, Die Krise des Liberalismus, in: *Volk in Bewegung & Der Reichbote*, Nr. 1/2012, S. 12-15; ders., Krisen, Chancen und Auftrag, in: *Ebd.*, Nr. 5/2011, S. 6-9; ders., Was wird aus unserer Heimat?, in: *Eichsfeldstimme*, Nr. 8/2011, S. 1.

tet dies und bezieht sich dabei auf die detaillierten und umfassenden Recherchen des Journalisten Andreas Kemper⁷⁷ – passen nicht so recht zu einem Mann, dessen publizistische Tätigkeit praktisch nicht existiert.⁷⁸ Selbst wenn Höcke Ladig sein sollte: Warum hat er die Artikel nicht gleich publikumswirksamer in Kubitscheks Theorie-Organ *Sezession* veröffentlicht? Um seinem Nachbarn und Bekannten, Thüringens NPD-Vorsitzenden Thorsten Heise, einen Gefallen zu tun? Oder aus Angst, seine Existenz als Lehrer zu beschädigen? Kemper beruft sich vor allem auf Text-Analogien: Auffällige Formulierungen habe Höcke bereits in einem früheren Leserbrief benutzt. Es ist sehr gut möglich, dass eine dritte Person Höcke (und andere) unter dem Ladig-Pseudonym plagierte. Dass Mitte 2017 zwei weitere „Ladigs“ auftauchten – einen präsentierte Heise, der andere wurde der *Frankfurter Allgemeinen* lanciert – war wohl Versuchen geschuldet, Höcke aus der Schusslinie zu nehmen. Inhaltlich sind die sehr theoretischen Ladig-Texte freilich eher mit der Neuen Rechten als mit der kruden NPD-Programmatik kompatibel. Auch angesichts des antikapitalistischen Grundtons der Artikel ist Höckes (Mit-)Urheberschaft nicht ausgeschlossen.

⁷⁷ Vgl. Kemper (FN 58).

⁷⁸ Dies bestätigt folgender Interview-Band: Sebastian Hennig, Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Schnellroda 2018.

Länderporträt Österreich

Von Florian Hartleb

1. Darstellung

1.1. Einführung

Die Regierungsbeteiligung der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) seit Ende 2017 lenkt die Aufmerksamkeit – wie einst im Jahr 2000 – wieder auf die Alpenrepublik.¹ Verändert sich durch die Machtteilnahme der traditionellen Rechtsaußenpartei das politische Klima? Rückt das Land im Zuge etwa von Anti-Islam-Kampagnen „nach rechts“? Um diese Fragen zu beantworten, gilt es zunächst, die formellen Voraussetzungen zu klären, die eindeutig Lehren aus den „Schatten der Vergangenheit“ erkennen lassen.

Im Artikel 9 des 1955 unterzeichneten Staatsvertrags, welcher Bestandteil der Bundesverfassung ist, verpflichtete sich Österreich, alle nationalsozialistischen Organisationen aufzulösen und keine Wiederbetätigung zuzulassen. Als Grundlage dafür firmiert das Parteienverbotsgesetz. 1947 wurde die NSDAP verfassungsgesetzlich aufgelöst und die Entnazifizierung gesetzlich geregelt. Das Gesetz wurde am 8. Mai 1945 beschlossen, jedoch 1947 neu verlautbart. Die bis heute gültige Rechtsordnung verbietet u.a. unter Androhung von Strafe jede Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus. Darunter fällt die Leugnung des Holocaust. Auf Grundlage dieser Bestimmung wurde 2006 der international bekannte Rechtsextremist David Irving wegen eines früheren Haftbefehls verurteilt, als er in Österreich weilte.² Die Anklage lautete auf Wiederbetätigung im Sinne des Nationalsozialismus. Irving erhielt lebenslanges Einreiseverbot.³ Von 2012 an ermittelte die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung gegen das Online-Portal *Kreuz.net* wegen Verhetzung und Wiederbetätigung. Unter dem Deckmantel einer strikt-christlichen Weltanschauung erschienen dort homophobe und rechtsextremistische Artikel. Obwohl die Seite bereits offline ist, ziehen sich die Ermittlungen gegen insgesamt sieben Personen einschließlich des Betreibers hin, auch wegen eines „virtuellen Klon“. Die meist anonyme Autorenschaft machte sich unter anderem über den Holocaust lustig.

1 Der Beitrag ist die stark überarbeitete und aktualisierte Fassung von Florian Hartleb, *Extremismus in Österreich*, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 265-282.

2 Hintergrund dafür waren zwei Vorträge in Wien und Leoben im November 1989. Der gegen ihn erhobene Vorwurf lautete „Leugnung der Existenz von Gaskammern in Auschwitz“.

3 Vgl. dazu Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), *Staatsschutzbericht 2007*, Wien 2008, S. 52 f.

Indirekt existiert ein Parteiverbot, da ein Personenzusammenschluss beim Verstoß gegen den Staatsvertrag oder das Verbotsgesetz keinen Parteistatus erlangen kann. Allerdings richtet sich ein Verbot allein gegen die Tätigkeit „nazistischer Organisationen in Österreich“ (Art. 9 des Staatsvertrags). Die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) war selbst an der Gründung der Zweiten Österreichischen Republik beteiligt. Ihre teilweise stalinistische Ausrichtung wurde, anders als in Deutschland, von staatlicher Seite nicht kritisiert. Die antifaschistische (nicht antiextremistische) Stoßrichtung fand im Staatsvertrag und damit in der Verfassung ihren Niederschlag. Ähnlich wie in Deutschland existiert aber ein Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, das dem Innenministerium unterstellt ist.⁴ Hier wird auch der Linksextremismus als eigenständige Kategorie betrachtet.

Lange Zeit galt die politische Kultur der Alpenrepublik als Muster für Konsensorientierung und Konfliktlosigkeit („Hyperstabilität“⁵ und „Proporz durch Sozialpartnerschaft“). Wegbereiter einer Entwicklung weg vom Prototyp einer Konkordanzdemokratie⁶ war Jörg Haider, der von 1986 an die FPÖ maßgeblich prägte. Er galt als „rechtspopulistischer Störer des Burgfriedens der Etablierten“ und veränderte das politische Klima nachhaltig. Seit 2005 führt Heinz-Christian Strache die Partei. Wie sich die Regierungsbeteiligung seit 2018 als Juniorpartner auswirkt, bleibt abzuwarten. Einst erlitt die Partei damit Schiffbruch („Entzauberung“), als sie 2000 ebenfalls mit der christdemokratischen *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) koalierte.

1.2. Rechtsextremismus

1.2.1. Parteien

Verglichen mit anderen Rechtsaußenparteien Westeuropas wie etwa der *Alternative für Deutschland* (AfD) verfügt die FPÖ über eine hohe organisatorische Institutionalisierung. Sie hat eine feste Tradition innerhalb der eigenen nationalen politischen Kultur als so genanntes „Drittes Lager“. 1956 gegründet – zu spät, um auf den antifaschistischen Grundkonsens Einfluss zu nehmen, gehörte sie von Anfang an dem deutsch-nationalen Lager an. Das Jahr 1986 wurde zur Zäsur, für die FPÖ, aber auch für die Zweite Republik insgesamt. Jörg Haider übernahm „per Putsch“ die Partei, die zum Rollenmodell einer rechtspopulistischen Partei wurde. Der eloquente und

4 Angesichts der Ereignisse rund um die Terroranschläge vom 11. September 2001 kam es zur Neustrukturierung der österreichischen Terrorabwehr.

5 So urteilten Anfang der 1980er Jahre die bekannten österreichischen Politikwissenschaftler Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, Wien 1982.

6 So zuerst Gerhard Lehmbruch, Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich, Tübingen 1967. Vgl. auch David M. Wineroither, Windstille im Fahrtwind? Wandel und Zukunftsfähigkeit österreichischer Konkordanz, in: Stefan Köppl/Uwe Krahnepohl (Hrsg.), Konkordanzdemokratie, Baden-Baden 2012, S. 73-97.

charismatische Haider bestimmte über zwei Jahrzehnte den Kurs der Partei. Bereits in jungen Jahren praktizierte er die „chamäleonhafte Verwandlung“.⁷

In seinen Auffassungen, die sich durchaus wandelten, gibt es einige Konstanten. Die Grenzen zwischen Demokratie und Extremismus waren fließend:

- *Politik des Wir gegen „die-da-oben“*: In diesem Sinne schreibt Jörg Haider in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“: „Dafür haben wir [die FPÖ] uns den Vorwurf des Populismus eingehandelt, und das empfinden wir durchaus als ehrenwert. In einer Demokratie muss das Volk gehört und ernst genommen werden! Befehlsausgaben aus dem Elfenbeinturm der herrschenden politischen Klasse, deren Verachtung für das gemeine Volk somit sichtbar wird, haben mit einem System der Freiheit nichts gemein.“⁸
- *Selbsternannter Anwalt der „schweigenden Mehrheit“*: Jörg Haider illustrierte dieses Anliegen: „Die Ursache für den politischen Erfolg unserer Bewegung [liegt darin], dass wir entgegen der veröffentlichten Meinung des medialen und politischen Establishments die öffentliche Meinung breiter Bevölkerungsschichten artikulieren. Die schweigende Mehrheit, die die Last dieses Staates trägt, hat ein Recht, gehört zu werden.“⁹
- *Schüren von Vorurteilen gegen die „politische Klasse“*: „Die Modernisierung des Landes beginnt mit dem Macht- und Privilegienverzicht der herrschenden politischen Kaste [...]. In diesem Sinne haben wir uns als Tabu-Brecher in einer geschlossenen Gesellschaft bemerkbar gemacht.“¹⁰
- *Emotionale Besetzung des „Ausländerthemas“*: Immer wieder machte Haider das Thema Ausländer zum Mittelpunkt von Parteitaktik und Wahlkampfstrategie, zum Beispiel mit der Aufrechnung „Ausländerzahl versus Arbeitslosenanzahl“ oder mit pauschalisierenden Verweisen auf Ausländerkriminalität.
- *EU als Sündenbock*: In Anti-EU-Rhetorik bezeichnet Haider die europäische Integration als Symbol für ausufernde Bürokratie und als Angriff auf die Souveränität Österreichs: „Die heutige EU kann alles: tief in das tägliche Leben jedes einzelnen eingreifen [...], aber Sicherheiten bietet sie nicht. [...] Die EU beginnt sich massiv in Lebensbereiche einzumischen, wo sie nichts verloren hat. Das ist ein Zeichen für die Entwicklung zu einem Verwaltungsmonster, das von den Bürgern nicht mehr beherrschbar wird.“¹¹
- *Politik des Wohlfahrtschauvinismus*: Die FPÖ gab sich als Anwalt der Arbeiter aus, propagierte einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. So schrieb Haider: „Der Skandal in unserem System ist: Die Faulen, die Nichtsteuer, die Sozialschmarotzer und Tagträumer sind sich der fürsorglichen Hand des Sozialstaates sicher,

7 Vgl. Christa Zöchling, Haider. Eine Karriere, Wien 2000.

8 Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt a. M. 1994, S. 57.

9 Ebd., S. 53.

10 Jörg Haider, Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997, S. 11.

11 Ebd., S. 206 f.

während der bildungswillige Aufsteiger, für den persönliche Leistung im Vordergrund steht, das Nachsehen hat.“¹²

Unter seiner Regie schaffte es die FPÖ, zu den „großen“ Volksparteien SPÖ und ÖVP, die in einer immer unbeliebter werdenden Großen Koalition verharrten, aufzuschließen. Die Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2002 war die Folge. Die anderen EU-Mitgliedsstaaten erkannten Grundzüge einer extremistischen Partei, weshalb sie Sanktionen als Antwort auf die Koalitionseinbindung der FPÖ veranlassten.¹³ Dieser Schritt blieb bis heute einmalig. Hintergrund dafür waren semantische Entgleisungen Haiders, die ihm, zumal in der Phase des elektoralen Aufstiegs, den Vorwurf einbrachten, ein Rechtsextremist zu sein. Haider schwadronierte von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ und bezeichnete die nationalsozialistischen Konzentrationslager als „Straflager“. Dennoch stellte der Extremismusforscher Patrick Moreau – bei aller Emotionalität des Themas – fest: „Aus dem Museum der verbalen Schreckmittel das Wesentliche zu machen, hieße dennoch, den Kern des Haider’schen Denken zu verfehlen.“¹⁴

Der Menschenfänger Haider war persönlich unberechenbar, politisch äußerst wandelbar.¹⁵ Der langjährige Landeshauptmann von Kärnten sabotierte seine eigene Partei, als sie 2000 ohne ihn Teil der Regierung war. So besuchte er im Februar 2002 den irakischen Diktator Saddam Hussein (oder einen seiner Doppelgänger), ohne dies mit der Regierungsmannschaft abzusprechen.¹⁶ Schließlich putschte er gegen die Führung auf einem legendären Sonderparteitag in Knittelfeld¹⁷ und gründete im April 2005 eine eigene Partei, das *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) – gegen die FPÖ, die der Wiener Heinz-Christian Strache übernahm. Die immer noch bestehende Regierungsmannschaft und die meisten Abgeordneten wechselten zum BZÖ –

12 Ebd., S. 181.

13 Der hier veranlasste Weisen-Bericht beschrieb die FPÖ als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“. Vgl. dazu Margaretha Kopeinig/Christoph Kotanko, Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich, Wien 2000.

14 Vgl. Patrick Moreau: „Österreich ist kein Volk von Nazis!“ – Organisation, Programmatik und Wählerschaft der FPÖ, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden 2000, S. 73-92, hier: S. 92.

15 Vgl. Florian Hartleb, Nach Haider. Zur Bedeutung der charismatischen Person im (österreichischen) Rechtspopulismus, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 47 (2008), H. 6, S. 127-137.

16 In seinem Buch „Zu Gast bei Saddam“ griff der früher amerikafreundliche Haider die US-Außenpolitik scharf an. Haider beteuerte zwar, er „habe keineswegs die Absicht, ein Buch zur Förderung des Antiamerikanismus zu schreiben“, doch die Aussagen sprachen eindeutig dagegen: „Egal ob in Afghanistan oder im Irak: Amerika greift [...] in der Umsetzung reiner ökonomischer Gier brutal auf die vorhandenen Energievorräte und will dadurch die totale Kontrolle über den Rohstoff Erdöl und Erdgas erzwingen.“ Zitate aus Jörg Haider, Zu Gast bei Saddam. Im „Reich des Bösen“, Wien 2003, S. 7 und 171.

17 Immer wieder sprach er von „einer notwendigen Rückkehr seiner selbst, zog dann aber zurück“. Vgl. o. A., Haider nimmt Abschied und droht mit Rückkehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 2002, unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/oesterreich-haider-nimmt-abschied-und-droht-mit-rueckkehr-173189.html> (11. April 2018). Zwischenzeitlich schickte Haider seine Schwester Ursula Haubner vor, nachdem die FPÖ einen Vorsitzenden nach dem anderen verschlissen hatte.

dennoch behielt die FPÖ durch den von Haider unterschätzten Strache die Oberhand.

Das BZÖ blieb hinter der FPÖ zurück, kam aber bei den Nationalratswahlen 2008 ins Parlament (10,7 Prozent, während die FPÖ 17,4 Prozent erreichte). Haider und Strache bekämpften sich heftig, etwa in Fernsehduellen.¹⁸ Mitten in den Regierungsverhandlungen verunglückte Haider auf einer nächtlichen Autofahrt zum 11. Oktober 2008 – alkoholisiert und bei hohem Tempo. Der damalige sozialdemokratische Kanzler Alfred Gusenbauer bescheinigte ihm ein außergewöhnliches Talent. Rund 25.000 Menschen nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil – ein Staatsbegräbnis mit beinahe religiösen Zügen.¹⁹ Das BZÖ scheiterte nach Haiders Tod ebenso wie alle anderen Versuche, eine Konkurrenz zur FPÖ aufzubauen. Zugleich entzauberte sich der Mythos „Haider“.²⁰ Die FPÖ indes blieb unter Heinz-Christian Strache erfolgreich. Er brachte die Partei wieder auf Kurs und 2017 nahe an das Rekordergebnis von 1999, wie die Wahlergebnisse zeigen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der FPÖ

Jahr	1990	1994	1995	1999	2002	2006	2008	2013	2017
Stimmen in Prozent	16,6	22,5	21,9	26,9	10,0	11,0	17,5	20,5	26,0

Quelle: Bundesministerium für Inneres, eigene Zusammenstellung.

Dem gelernten Zahntechniker gelang das Kunststück, den intellektuelleren Haider (promovierter Jurist mit wissenschaftlichen Ambitionen) vergessen zu machen²¹ – auch durch neuen Verbalradikalismus und einen anders akzentuierten, identitätsstiftenden Unterbau. Die Partei unter Strache, „alter Herr“ einer schlagenden Schülerverbindung, ist so stark wie nie zuvor mit dem burschenschaftlichen Milieu verzahnt.²² Knapp 40 Prozent der Nationalratsabgeordneten, darunter die Parteiführung, gehören mittlerweile einer Verbindung an. Kritiker sehen hierfür den Beleg für einen Extremismus, der Hasskampagnen etwa für den Präsidentschaftswahlkampf 2016 des Burschenschaftlers Norbert Hofer ebenso einschließt wie das Grassieren von

18 Vgl. Michael Völker, „Altpolitiker“ gegen „Kopiermaschine“, in: Der Standard vom 22. August 2008.

19 Seine rechte Hand Stefan Petzner sprach von einem „Weltuntergang“ und bezeichnete Haider als seinen „Lebensmensch“. Später sagte sich Petzner von Haider los (vgl. seine kritische Abrechnung: Haiders Schatten. An der Seite von Europas erfolgreichsten Rechtspopulisten, Wien 2015) und wurde zum gefragten Rechtspopulismus-Experten. Er trat in deutschen Medien auf, etwa bei Maybrit Illner.

20 Zahlreiche Korruptionsskandale, Klientelismus wie Vetternwirtschaft enthüllten sich posthum in Kärnten, wo er lange regiert hatte.

21 Es wäre falsch, Strache als „Klon“ zu bezeichnen, auch wenn er manche Ideen Haiders adaptierte, etwa den Slogan „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist.“

22 Haider setzte hingegen auf gestylte und dynamische Mittdreißiger, die sogenannte „Buberlpartie“, zu denen etwa der spätere, mittlerweile vorbestrafte Finanzminister Karl-Heinz Grassler gehörte.

Verschwörungstheorien.²³ Die „schlagende Verbindung“ bedeutet jedenfalls, dass sich die Partei von Deutschtümelei kaum mehr in der Weise distanzieren kann, wie es Jörg Haider 1995 tat.²⁴ Die Partei fuhr lange einen radikal-aggressiven Oppositionskurs, mit Tiraden gegen die Regierung. Die Dauerkonstellation einer Großen Koalition kam ihr zupass. Das hat sich ab Dezember 2017 geändert: Heinz-Christian Strache gibt sich nun als Vizekanzler und Bundesminister für den öffentlichen Dienst und Sport staatstragend(er). Von seiner Vergangenheit will er nichts mehr wissen. Wie die Süddeutsche Zeitung recherchierte, war er als junger Mann in der neonationalsozialistischen Szene unterwegs, 1989 etwa mit der später verbotenen Wiking-Jugend in Fulda. Im gleichen Jahr trat er in die FPÖ ein. 1990 besuchte er eine Großveranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) zum Thema „Wiedervereinigung sofort“ in Passau und wurde von deutschen Polizisten kurzfristig festgenommen.²⁵

Der Kandidat für die Präsidentschaft, Norbert Hofer, scheiterte bei der Stichwahl im Mai 2016 äußerst knapp. Eigentlich eher Verlegenheitskandidat, unterlag er dem emeritierten Universitätsprofessor und früheren Parteivorsitzenden der *Grünen*, Alexander van der Bellen (49,7 gegenüber 50,3 Prozent). Keiner der Kandidaten der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP erreichte die Stichwahl. Hofers professionelles Auftreten – er ist ein versierter Kommunikationsprofi – überstrahlte seine Gesinnung: Er gilt als einer der Chefideologen der Partei. Hofer war 2013 Herausgeber eines Buches, in dem Migration als gewaltvoller Verdrängungsprozess beschrieben wird, „indem wir jene, die uns ans Fell wollen, auch noch einladen, dies aus dem Inneren zu tun, wie die Wespenlarve die Made langsam von innen zerfrisst.“²⁶ Ein Dorn im Auge ist ihm die „Verweiblichung der Gesellschaft“. Der Mann sehne sich nach einer Frau mit Brutpflgetrieb und ohne Selbstverwirklichungsambitionen.²⁷

Die FPÖ nährte Gerüchte um mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Stichwahl um das Präsidentenamt. Sie bekam vom Verfassungsgericht Recht, so dass der zweite Wahlgang in Gänze wiederholt und schließlich erneut verschoben werden musste. Die dahinter freiwerdenden Verschwörungstheorien lassen sich dennoch nicht mehr aus der Welt schaffen, ebenso wenig wie die Titulierung Österreichs als „Bananenrepublik“ in den Boulevardmedien. Bei der erneuten Wahl vom 4. Dezember 2016 unterlag Norbert Hofer deutlicher. 46,2 Prozent können dennoch als ein bemerkenswertes Ergebnis gelten. Es blieb nicht ohne Nachwirkungen: Besonders im ländlichen Raum erzielte die FPÖ die klare Mehrheit. Stadt und Land wählten konträr.²⁸

23 Vgl. aus journalistischer, akribisch recherchierter Perspektive Hans-Henning Scharsach, *Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften*, Wien 2017.

24 Vgl. Florian Gasser, Braune Störfeuer, in: *Die Zeit* vom 3. Februar 2018.

25 Vgl. Leila Al-Serori/Oliver Das Gupta, *Die Akte Strache*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 10. Oktober 2017.

26 Michael Howanietz, *Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell*, Wien 2013, S. 117.

27 Ebd., S. 32.

28 Vgl. Daniel Steinlechner, *Warum Österreich tief gespalten ist*, in: *News.at* vom 23. Mai 2016, unter: <http://www.news.at/a/bp-wahl-warum-oesterreich-tief-gespalten-ist> (20. April 2018).

Österreich ist polarisiert. Durch die Neuausrichtung der ÖVP unter Sebastian Kurz verbunden mit einer starken Personalisierungsstrategie²⁹ konnte die FPÖ ihre zwischenzeitliche Spitzenstellung in den Umfragen bei der Nationalratswahl im Oktober 2017 nicht behaupten. Sie kam auf 26 Prozent und ist nun Juniorpartner in der Regierung. Die Partei pflegt enge Kontakte zu Europas radikalen Rechtspopulisten, insbesondere zum französischen *Front National* und zur AfD.³⁰ Wie die Partner bestätigte sie den demokratischen Charakter des Krim-Referendums im März 2014. Sind sie trojanische Pferde oder „nützliche Idioten Moskaus“?³¹ Die FPÖ unterzeichnete im Dezember 2016 ein Kooperationsabkommen mit Putins Partei *Einiges Russland* auf höchster Ebene, unter Beisein von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und des kurz zuvor beinahe zum Präsidenten gewählten Norbert Hofer (seit Ende 2017 Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie). Ziel ist ganz im Sinne alter sowjetischer Doktrin „die Erziehung der jungen Generation im Sinne von Patriotismus und Arbeitsfreude“.³² Die darin zum Ausdruck kommende Kehre ist drastisch und zeigt die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit der FPÖ-Führung: Noch vor wenigen Jahren beschwor sie die „rote Gefahr“ aus Moskau. Und anders als unter Haider versucht sie, sich nicht mit verbalen Ausfällen angreifbar zu machen. Das gilt insbesondere für das Verhältnis zu Israel und zu den Vertretern jüdischer Gemeinden.³³

Die FPÖ kennzeichnet ein strikter Euroskeptizismus, in Wahlkämpfen mit dem Slogan „Europa – nein danke“. In der Agitation ist jedes Mittel recht. Heinz-Christian Strache etwa fiel auf einen Aprilscherz herein und postete einen Beitrag der traditionellen Tageszeitung „Die Presse“. Dort war scherzhaft von einem EU-Panierverbot (für Schnitzel etc.) die Rede. Erst später erkannte er den Hintergrund und fügte dem „jetzt drehen sie völlig durch“ „...oder ein schlechter Aprilscherz“ an.³⁴ Das Brexit wurde frenetisch bejubelt, obwohl die FPÖ in der Frage laviert, ob ein „Öxit“

29 Kurz veränderte die Parteifarben, entmachtete die Landesfürsten und ließ seine Partei als „offene Liste“ unter „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ antreten.

30 Marine Le Pen wird immer wieder von Heinz-Christian Strache eingeladen, etwa zum Akademikerball der Burschenschaften.

31 So bejahend Michel Reimon/Eva Zelechowski, Putins rechte Freunde. Wie Europas Populisten ihre Nationen verkaufen, Wien 2017.

32 Ebd., S. 14.

33 Haider äußerte einst über den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzikant: „Ich verstehe überhaupt nicht, wie wenn einer Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.“ Vgl. Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hrsg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung, Wien 2002. Mittlerweile rühmt sich die FPÖ für ihre guten Kontakte. Die Annäherungspolitik wirkt mitunter aufgesetzt, wenn beispielsweise Strache bei seinem Besuch in Yad Vashem 2010 das „Tönnchen“ seiner Burschenschaft als Kopfbedeckung trägt. Vgl. Christian Ultsch/Thomas Prior, Reise nach Jerusalem. Warum Strache um Israel buhlt, in: Die Presse vom 11. April 2016. Norbert Hofer erzählte im Präsidentschaftswahlkampf von einem offiziellen Besuch in der Knesset, den es offenbar nie gab. Vgl. Marie-Theres Egyed u. a., Lüge und Wahrheit bei Norbert Hofer, in: Der Standard vom 20. Mai 2016.

34 Vgl. o. A., Strache fällt auf Panierverbot herein, in: Der Standard vom 1. April 2015, unter: <http://derstandard.at/2000013698439/Aprilscherze-im-Netz-Strache-faellt-auf-Panier-Verbot-herin> (10. April 2018).

folgen soll.³⁵ Ein wie auch immer geartetes, wiewohl idealisiertes „Europa der Vaterländer“ wird oft genannt – in scharfer Abgrenzung zum Status quo der EU. Im Programm für die Nationalratswahl 2017 hieß es: „Die FPÖ steht für ein Europa als Verbund von selbstbestimmten Völkern und Vaterländern, die in der Tradition einer abendländisch geprägten Leitkultur stehen. [...] Nur ein souveränes Land kann seine Unabhängigkeit und damit die Freiheit bewahren. [...] Diese Souveränität sowie das Ideal eines Europas der Vaterländer sind jedoch von den aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Union zunehmend bedroht, zumal das Ziel der EU ein zentralistisch geführter Bürokratiemoloch ist.“³⁶ Es bleibt abzuwarten, wie die FPÖ damit umgeht, durch den Koalitionsvertrag mit der FPÖ auf einen strikt proeuropäischen Kurs verpflichtet zu sein.

Die „Flüchtlingskrise“ bot der FPÖ Steilvorlagen für ihre Agitation. Heinz-Christian Strache bezeichnete die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2016 als „gefährlichste Politikerin Europas“.³⁷ Strache führte weiter aus: „Sie öffnete mit ihrer Willkommenspolitik alle Schleusen für Islamisten, Armutsimmigranten und Glücksritter, deren Weltbild nicht zu unserem Europa passt. Durch diese Invasion wird unser gesellschaftliches Gefüge in seinen Grundfesten erschüttert.“ Die Katastrophe sei programmiert, sogar einen Bürgerkrieg hielt Strache deshalb für „nicht unwahrscheinlich“.

1.2.2. NichtpartEIFörmiger Rechtsextremismus

Vier Jahre, von 1993 bis 1997, hielt ein fremdenfeindlich motivierter Terrorismus die Republik mit zahlreichen Brief- und Rohrbomben in Atem. Entgegen vielen Spekulationen war ein Einzeltäter, Franz Fuchs, am Werk. Er, der als rechtsterroristischer „einsamer Wolf“³⁸ agierte, sorgte für einen der größten Kriminalfälle in der Geschichte der Alpenrepublik. Neben einer Siedlung mit einem hohen Romaanteil zündete er am 4. Februar 1995 eine Bombe, der vier Männer von dort zum Opfer fielen. Diese versteckte sich unter einem Metallschild mit der zynischen Aufschrift „Roma zurück nach Indien.“ Die Adressaten der Briefbomben waren außerdem Menschen, die sich für die Belange der Ausländer eingesetzt hatten, wie Wiens Altbürgermeister Helmut Zilk. Mehrere Bomben wurden aber auch an Personen ver-

35 Die Partei musste schnell erkennen, dass es wenig öffentliche Zustimmung dafür gibt. Vgl. Lothar Höbelt, Die FPÖ und die EU. Schlingerkurs oder optische Täuschung, in: ÖVP (Hrsg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik, Bd. 38, Wien 2016, S. 121-132.

36 Freiheitliche Partei Österreichs, Unsere Identität in Europa bewahren, Punkt 25 des Programms für die Nationalratswahl 2017, unter: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/images/Themen/wahlprogramm_2017/Wahlprogramm_8_9_low.pdf (16. April 2018).

37 Hier und im Folgenden Heinz-Christian Strache, zitiert nach: Die Krone vom 24. Oktober 2016, unter: <http://www.krone.at/oesterreich/merkel-ist-die-gefaehrlichste-politikerin-europas-strache-poltert-story-535873> (26. April 2018).

38 Vgl. ausführlich zu diesem Phänomen und ausführlich zum Fall „Fuchs“ Florian Hartleb, Einsame Wölfe. Der neue Terrorismus rechter Einzeltäter, Hamburg 2018.

schickt, die einen Migrationshintergrund hatten und – somit hassenswert – waren: ein aus Syrien stammender Landarzt, Flüchtlingshelfer oder die TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer. Der „einsame Wolf“ Fuchs führte ein Einsiedlerdasein. Lange konzentrierten sich Ermittlungen wie Öffentlichkeit auf militante Neonationalsozialisten. Personen wie Gottfried Küssel, Gerd Honsik und Walter Ochsenberger wurden verhaftet und teilweise zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In diesen Kreisen fanden organisierte Wehrsportübungen statt, insbesondere in Langenlois. Die Verhaftungen resultierten dann aus Fernsehaufnahmen. Es stellte sich aber heraus, dass dieser Kreis mit dem Terrorismus durch Fuchs nichts zu tun hatte. Polizei und Behörden stocherten lange im Nebel, was sich auch durch Beiträge wie „Aktenzeichen XZ ungelöst“ nicht änderte. Der Einzeltäter war eben nicht in Gruppen aktiv und polizeilich ein unbeschriebenes Blatt. Auch mit politischen Äußerungen trat Fuchs, dem Selbstverständnis gemäß ein „Patriot“, nicht in Erscheinung. Die mit breiten historischen Diskursen angereicherten Bekennerschreiben indizierten allerdings eine deutschnationale und minderheitenfeindliche, insbesondere antislawistische und antitürkische Gesinnung. Fuchs beklagte die Einwanderungspolitik seines Landes, sah die „deutsch-österreichische Nation“ diskriminiert und von „Überfremdung“ bedroht. Seine Briefe hatten jedoch keine antisemitische Stoßrichtung; der Name „Hitler“ kommt nur einmal vor, nicht unbedingt positiv.³⁹

Bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle am 1. Oktober 1997 zündete Fuchs eine Rohrbombe, weil er unter dem Eindruck einer breit-öffentlich geführten Diskussion um die Rasterfähdung und Mittel, den Täter zu finden, glaubte, man habe ihn entlarvt. Schon zuvor hatte er sich in einen Verfolgungswahn gesteigert. Bei dem Suizidversuch trennte er sich beide Hände ab und verletzte die Beamten. Er wurde festgenommen und im März 1999 schließlich zu lebenslanger Haft und Sicherheitsverwahrung verurteilt. Am 26. Februar 2000 beging Fuchs Selbstmord in der Zelle. Ein psychiatrisches Gutachten hatte ihn als „fanatisch“ und „seelisch gestört“, aber schuldfähig beschrieben.⁴⁰

Zum nicht-parteilichem organisierten Extremismus zählen auch weitgehend gewaltfreie Formen: Im Verfassungsschutzbericht von 2016 findet die *Identitäre Bewegung* (IB) besondere Beachtung. Darin heißt es: „Aktuell versucht die Identitäre Bewegung aus dem verworrenen Ideenreservoir der neurechten Vordenker eine europaweit aktive Massenbewegung zu entwickeln. Dies ist ihnen bis dato nicht gelungen. Jedoch handelt es sich bei den Identitären um einen erneuten Versuch, ein Netzwerk des modernisierten Rechtsextremismus in der Fortführung der zuvor beschriebenen Neuen Rechten zu schaffen und mit islam- und fremdenfeindlichen Aktionen öffentliche Räume zu erobern.“⁴¹ Die IB führte einige öffentlichkeitswirksame Aktionen

39 Vgl. Herbert Lackner, Franz Fuchs: Mythos und Realität, in: Magazin Profil Nr. 47/2013, auch unter: <https://www.profil.at/home/franz-fuchs-mythos-realitaet-369482> (2. April 2018).

40 Vgl. Karin Kneissl, Lebenslange Haft für Bombenbauer Franz Fuchs, in: Die Welt vom 11. März 1999.

41 Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Staatsschutzbericht 2016, Wien 2017, S. 44.

durch: Sie stürten im April 2016 etwa das Theaterstück „Die Schutzbefohlenen“ der Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, in dem Flüchtlinge mitspielten.

Als ihr Kopf gilt der 1989 geborene Student Martin Sellner. Er trat als Redner von Pegida in Dresden auf, steht im engen Kontakt mit Götz Kubitschek und schreibt für dessen Zeitschrift „Sezession“. Am 9. März 2018 wurde ihm – wie eine Woche später dem Pegida-Chef Lutz Bachmann – die Einreise nach London verweigert. Er beabsichtigte, am Speakers' Corner eine Rede über „Meinungsfreiheit in Europa“ zu halten.⁴² Das britische Innenministerium begründete die Entscheidung, dass Sellners Organisation „aktiv Rassenhass schüre und gegen den Zusammenhalt der Gesellschaft arbeite.“⁴³ Mittlerweile ermittelt die Grazer Staatsanwaltschaft wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und des Straftatbestands der „Verhetzung“ (ähnlich der deutschen „Volksverhetzung“) gegen die IB. Es kam Ende April 2018 zu Durchsuchungen in Wohnungen, Geschäftsräumen und Vereinslokalen, vornehmlich in Graz. Auch die Führung um Sellner war davon betroffen.⁴⁴ Trotz einzelner personeller Verflechtungen gibt es keine offizielle Zusammenarbeit zwischen IB und FPÖ, wenngleich manche FPÖ-Funktionäre aus ihren Sympathien keinen Hehl machen und sich etwa mit T-Shirts ablichten lassen. Mit den Burschenschaften lässt sich hingegen eine enge Verflechtung nachweisen. Martin Graf etwa, zu Oppositionszeiten langjähriger Dritter Präsident des Nationalrats, ist beispielsweise Alter Herr der Wiener Akademischen Burschenschaft Olympia, eine Verbindung, die zu den radikalsten zählt. Graf stellte auch Büromitarbeiter ein, die für einige Skandale sorgten, etwa durch die Bestellung von T-Shirts namens „White Power“ und Büchern wie „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“. Korporierte der Burschenschaft unterstützen offen den „Tiroler Freiheitskampf“, auf einem Festkommers waren auch ehemalige Südtirol-Terroristen.⁴⁵

Die in Deutschland wachsende Zahl an Reichsideologen, welche die Bundesrepublik nicht anerkennen, gibt es quasi als „Ableger“ auch in Österreich. Der Verfassungsschutz behandelt sie als „Staatsverweigerer“ und spricht ebenfalls von einer wachsenden Szene. Anders als in Deutschland ist es bisher nicht zur Gewalteskalation etwa gegenüber Polizeibeamten gekommen. Dem Verfassungsschutz waren Anfang 2018 rund 1.100 Personen bekannt. Eine Auswertung der sozialen Medien ergab indes, dass ca. 15.000 Personen als potenzielle Aktivisten oder zumindest als Sympathisanten angesehen werden können. Dazu kommen weitere rund 7.000 Personen, die in anderen einschlägigen system- und rechtskritischen Foren aktiv sind.⁴⁶

42 Am Londoner Hyde Park darf eigentlich jeder ohne Anmeldung einen Vortrag zu einem beliebigen Thema halten. Grundlage dafür ist ein Parlamentsbeschluss aus dem 19. Jahrhundert.

43 Vgl. Tobias Wolf, Großbritannien weist Lutz Bachmann an der Grenze ab, in: Sächsische Zeitung vom 18. März 2018, unter: <https://www.sz-online.de/nachrichten/grossbritannien-weist-lutz-bachmann-an-der-grenze-ab-3900220.html> (16. April 2018).

44 Colette M. Schmidt, Staatsanwaltschaft führt Hausdurchsuchungen bei Identitären durch, in: Der Standard vom 27. April 2018.

45 Vgl. Martin Langebach/Andreas Speit, Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten, Zürich 2013, hier: S. 224 f.

46 Bundesministerium für Inneres (FN 41), S. 52-55.

Besonders zu nennen ist der Staatenbund Österreich, der sich im November 2015 zusammenfand und mit Begriffen der US-stämmigen *One People's Public Trust* (OPPT) operiert. Demzufolge ist die Republik Österreich eine Firma – das Österreich, das sie zu repräsentieren vorgeben, hingegen ein „unantastbares, souveränes und absolutes Völkerrechtsobjekt“.⁴⁷

Geführt wird der Staatenbund von Monika Unger, eine Landwirtin aus der Steiermark, die sich als Präsidentin auf Lebenszeit bezeichnet. In ihren Vorträgen, die teilweise Hunderte Personen besuchen, bezichtigt sie die Eliten des Landes einer Verschwörung gegen die „kleinen Leute“: Es lägen Milliarden auf einem Treuhandkonto, die „der Vatikan, die City of London und Washington D.C. jedem einzelnen Menschen vorenthalten“⁴⁸. Ferner verlinkt Unger auf ihrer Seite Texte, die den Holocaust leugnen. In der österreichischen Staatsverweigerer-Szene tummeln sich bürgerliche Aussteiger und Idealisten, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten. Im April 2017 wurden 20 Staatsverweigerer, darunter Unger, wegen Beteiligung an einer staatsfeindlichen Vereinigung festgenommen.⁴⁹

1.3. Linksextremismus

1.3.1. Parteien

Die *Kommunistische Partei Österreichs* (KPÖ) ist eine historisch gewachsene Kleinpartei und eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt. Sie wurde im November 1918 in den revolutionären Wirren am Ende des Ersten Weltkriegs gegründet. Das Modell der Oktoberrevolution firmierte als Vorbild, die sozialistische Revolution nicht nur theoretisch zu fundieren, sondern auch praktisch zu implementieren. Ab 1924 waren dementsprechend die Prinzipien der KPdSU, insbesondere Parteikonzeption und die bolschewistische Ideologie, fest verankert. Im Mai 1933 wurde die Partei vom autoritären Regime unter Engelbert Dollfuß verboten. Nach dem Ende des Nationalsozialismus wirkte die KPÖ an der „Unabhängigkeitserklärung“ vom 27. April 1945 mit, dem Gründungsdokument der Zweiten Österreichischen Republik. Sieben Kommunisten waren an der provisorischen Regierung beteiligt.⁵⁰

2002 kam die KPÖ in arge finanzielle Bedrängnis. Nach einem Gerichtsurteil infolge eines ein Jahrzehnt andauernden Prozesses musste die KPÖ DDR-Gelder, die unrechtmäßig an sie geflossen waren, an die Bundesrepublik zahlen (etwa 100 Millionen Euro). Vor Gericht unterlag sie den deutschen Behörden, welche die DDR-

47 Zit. nach Hinnerk Berlekamp, Der Reichsbürger, ein internationales Phänomen, in: Andreas Speit (Hrsg.), Die unterschätzte Gefahr, Berlin 2017, S. 179-196, hier: S. 182.

48 Vgl. ebd., S. 181-183.

49 Vgl. Catharina Felke, Staatenbund der Staatsverweigerer, in: Die Zeit vom 25. April 2017, unter: <https://www.zeit.de/politik/2017-04/staatsverweigerer-oesterreich-staatsleugner-gesetz-verbot> (2. Mai 2018).

50 Vgl. dazu Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner, Wien 2006.

Außenhandelsfirma „Novum“ als Teil des SED-Auslandsvermögens betrachteten. Bis Ende der 1990er Jahre hatte die KPÖ einen Großteil ihres Parteiapparates aus den daraus entstandenen Gewinnen finanziert.

In den Wahlergebnissen ist die dogmatische Partei stets marginal geblieben, bewegte sie sich im Null-Komma-Bereich. Sie hat bis heute eine elektorale Hochburg: Graz. In der zweitgrößten Stadt ist sie seit 1945 durchgehend im Gemeinderat vertreten. 2005 gelang ihr, was für kommunistische Parteien in Westeuropa höchst ungewöhnlich ist: Sie zog mit 6,3 Prozent in den Landtag ein. Dieser regionale Erfolg wurde möglich, weil sich der Landesverband von der Bundespartei losgelöst und den Wahlkampf auf Sozial- und Wohnungsthemen („Keinen Menschen vergessen“) und eine Person konzentriert hatte: Ernst Kaltenegger. Unermüdlich im Einsatz ab den 1980er Jahren, beriet er als Stadtrat und „Gratis-Ombudsmann“ Mieter, wirkte als Kümmerer⁵¹ statt als Klassenkämpfer (obwohl Lenin-Bilder in seinem Büro hingen⁵²) und setzte sich für die Wohnungssanierung ein. Als er sich 2010 aus der Politik zurückzog, hinterließ er eine nicht zu füllende Lücke. Die Bundespartei ist in einem chronisch schlechten Zustand, zerfällt in unterschiedliche Kleinstgruppen. Bei der Nationalratswahl 2017 erreichte sie 0,7 Prozent. In den Verfassungsschutzberichten taucht die KPÖ nicht auf, obwohl der Linksextremismus eigens abgehandelt wird.

1.3.2. Nichtparteiförmiger Linksextremismus

Die linksextremistische Szene besteht aus einer sehr überschaubaren Zahl von Klein- und Kleinstgruppen. Strafbare Handlungen bewegen sich auf niedrigem Niveau. Lediglich das Thema „Rechtsextremismus“ mit den Erfolgen der FPÖ und dem Aufkommen der IB sorgt für Mobilisierung der *Antifa*-Gruppen, gerade unter Studenten in Wien. Das dürfte sich verstärken.⁵³ Der Staatsschutz spricht von einer Gewaltbereitschaft insbesondere des autonomen Spektrums. Als Beispiel nennt er die Proteste gegen eine Kundgebung der IB am 11. Juni 2016 in Wien. Gegen diese von rund 900 Personen besuchte Veranstaltung fand eine sowohl von zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch von linksextremen Kreisen getragene Gegendemonstration mit mehr als 2.000 Teilnehmern statt. Während und nach dem Ende dieser Gegenkundgebung kam es von Seiten Militanter, die mehrheitlich dem autonomen Spektrum zuzurechnen waren, zu zahlreichen Sachbeschädigungen und Körper-

51 Selbst spendete er einen Großteil seines Gehalts.

52 Siehe den Dokumentarfilm von 2006 „Der Kommunist“, unter: <http://www.bauderfilm.de/der-kommunist/> (16. April 2018).

53 Vgl. etwa Rosa Antifa Wien, 10 Thesen über die Gefahr einer Regierungsbeteiligung der FPÖ, 20. Oktober 2017, unter: <https://www.raw.at/texte/2017/10-thesen-ueber-die-gefahr-einer-fpoe-regierungsbeteiligung/> (18. April 2018).

verletzungen. Bei den Ausschreitungen wurden mehrere Personen, darunter fünf Polizeibeamte, verletzt.⁵⁴

Die *Rosa Antifa-Wien* wurde 1995 von jungen Aktivisten gegründet, um gegen Homophobie in der Gesellschaft zu demonstrieren. Immer wieder stehen internationale Ereignisse im Fokus. Eine Handvoll Unterstützer demonstrierte vor dem Burgtheater in Wien gegen die Verhaftung der kremlkritischen Band „Pussy Riots“. Vier verummumte Personen stürmten den Altar einer russisch-orthodoxen Kirche in Wien. Auf einem Banner stand „Gott liebt Pussy Riots, befreit Pussy Riots!“ Ferner beschuldigte IB-Chef Marti Sellner die Antifa, sein Auto angezündet zu haben. Eine Urhebererschaft konnte jedoch nicht nachgewiesen werden. Die Gruppierung kündigte eigene Aktionen am Tag der Urteilsverkündung im Prozess gegen Beate Zschäpe (NSU) an.⁵⁵ Nicht nur hier zeigt sich ein intensiver Kontakt nach Deutschland. Zu den Standardforderungen zählt die Abschaffung des Verfassungsschutzes.

1.4. Islamistischer Fundamentalismus

Österreich ist kein primäres Angriffsziel islamistischer Terroristen. Im Zuge der zahlreichen Anschläge in Westeuropa gilt die Gefährdung jedoch als hoch, zumal sich mit dem Lone-wolf-Terrorismus eine neue Dimension ergeben hat. Erstmalgiges Aufsehen erzeugte der Fall „Mohamed Mahmoud“. Mahmoud, 1985 in Wien geboren⁵⁶, besuchte nach eigener Aussage 2003 ein *Al Qaida*-Trainingslager im Irak. In Österreich gründete er 2005 eine Jugendorganisation *Islamische Jugend*, die de facto nur aus seiner Frau und ihm bestand und nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde. Bei Hausdurchsuchungen kam ans Tageslicht, dass sich Mahmoud in Internetforen informiert hatte, wie sich ein Anschlag während der Fußballweltmeisterschaft von 2008 in Österreich (und der Schweiz) durchführen lasse. Nach seiner Verhaftung wurden Mahmoud und seine Frau in einem Prozess im März 2009 wegen Bildung und Förderung einer terroristischen Vereinigung, nicht wegen Durchführung terroristischer Akte, zu vier Jahren Haft verurteilt. Mahmoud wurde auch dafür verantwortlich gemacht, an einem Drohvideo gegen die österreichische Regierung mitgearbeitet zu haben, das den Rückzug österreichischer Soldaten aus Afghanistan forderte.

Anfang 2017 wurde in Wien der damals 17-jährige, in Wien gebürtige Albaner Lorenz K. verhaftet. Er wird verdächtigt, sich dem *Islamischen Staat* (IS) angeschlossen und einen 12-jährigen Jungen zu einem Selbstmordanschlag auf einen

54 Vgl. dazu Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Staatsschutzbericht 2016, Wien 2017, S. 19.

55 Vgl. Rosa Antifa Wien, unter: <https://www.raw.at/texte/2018/kein-schlussstrich-nsu-komplex-aufklaeren-und-aufloesen/> (18. April 2018).

56 Sein Vater Mahmoud war in seinem Herkunftsland Ägypten Mitglied der verbotenen Muslimbruderschaft. Aus Angst vor einer Verhaftung flüchtete er nach Österreich, bekam Asyl und fünf Jahre später die österreichische Staatsbürgerschaft, die sich auf seine bereits in Österreich geborenen Kinder ausdehnte. Als Imam stand der Vater einem Gebetshaus in einem Wiener Gemeindebezirk vor.

Weihnachtsmarkt in Ludwigshafen angestiftet zu haben. Selbst verfolgte er mit einem inzwischen 22-jährigen Deutschen und einer jungen Frau, mit der er nach islamischem Recht verheiratet war, eigene Anschlagspläne. Die jungen Männer bauten Sprengsätze und testeten sie in einem Park in Neuss (Nordrhein-Westfalen). Der Staatsanwaltschaft zufolge zielte Lorenz K. mit seinen Anschlagsplänen auf eine Militäreinrichtung in Deutschland. Er wurde mittlerweile wegen versuchten Mordes in zwei Fällen, jeweils in Form einer terroristischen Straftat, zu neun Jahren Haft verurteilt.

Die geographische Nähe macht den Standort Österreich für bosnische Islamisten attraktiv. Ein spezifisches Problem bildet der südosteuropäische, auf einer fundamentalistischen Interpretation des Wahhabismus beruhende islamistische Extremismus, der vor allem in der bosniakischen *Aktiven Islamischen Jugend* zum Ausdruck kommt. Die offiziell aufgelöste Gruppierung, die sich für die Errichtung eines islamistischen Staates in Bosnien stark macht, hat ihre Zentren in Wien und Oberösterreich, begünstigt durch eine Radikalisierung unter der zweiten Generation von muslimischen Einwanderern.

2. Würdigung

Österreich ist ein Land, das ähnlich wie Deutschland eine stabile Demokratie ist, aber dennoch über Erfahrungswerte mit allen Formen von Extremismus verfügt. Der Flüchtlingszuzug und die Diskussion darüber hat für eine Dynamisierung gesorgt, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Bei verschiedenen neuen Phänomenen des nichtparteilichem Extremismus lassen sich Parallelen zu Deutschland feststellen. Das gilt für die von Frankreich ausgehende IB, die sich danach in Österreich entfaltete und schließlich nach Deutschland überschwappte, ebenso wie für Reichsideologen. In beiden Fällen gab es zuletzt Hausdurchsuchungen und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Hier existieren zahlreiche Verbindungen nach Deutschland. Das gilt auch für islamistische Terroristen, wie der Fall Lorenz K. zeigt, ebenso für die antifaschistische Szene. Die österreichischen Burschenschaften sind, ganz anders als in Deutschland, einerseits gesellschaftlich breit verankert und innerhalb der FPÖ eine wichtige Säule. Andererseits ist ihre extremistische Intensität deutlich stärker ausgeprägt als bei ihren deutschen Pendanten. Hier lässt sich immer wieder eine viel diskutierte Scharnierfunktion zum Extremismus nachweisen. Für die AfD ist die FPÖ Vorbild, in ihrem Radikalismus, aber auch in der Wählersprache, die sich mittlerweile längst in einer medialen Parallelwelt, angereichert mit Echokammern und Fake-news, vollzieht. Die FPÖ verwendet bei Wahlkämpfen eine Statt-Rhetorik mit (künstlichen) Gegensatzpaaren in einer simplifizierenden Schwarz-Weiß-Dichotomie. Das hat die Partei auf ihren Wahlplakaten auf Landes- wie Bundesebene immer wieder gezeigt:

- „Daham statt Islam!“;
- „Wohlstand statt Einwanderung“;
- „Heimat statt Brüssel“;
- „Volksvertreter statt EU-Verräter“;
- „Deutsch statt ‚Nix versteh‘n““;
- „Weihnacht und Liebe statt Einbruch und Diebe“;
- „Sichere Grenzen statt EU-Willkommenskultur“.

Gerade die FPÖ zeigt ihr ketzerisches Spiel mit Doppeldeutigkeiten, die allerlei Interpretationen zulassen, jedenfalls ausgrenzen. So warb ihr Spitzenkandidat und Parteivorsitzender Heinz-Christian Strache bei den Nationalratswahlen 2013 auf den großflächigen Wahlplakaten mit „Liebe Deinen Nächsten!“, lächelnd mit einer Pensionärin und einem Mädchen. Etwas kleiner der erläuternde Schriftzug „Für mich sind das die Österreicher“. Immer wieder wird der europäische Populismus als „Extremismus light“ oder als Vorbote, Indikator oder Synonym für Rechtsextremismus bzw. Faschismus aufgefasst.⁵⁷ Wer den Kategorien der normativen Extremismusforschung mit der Abstufung zwischen „hart“ und „weich“ folgt, kommt zum Ergebnis, dass die FPÖ einen weichen Rechtsextremismus vertritt.⁵⁸

Besonders professionell agiert die FPÖ in der Kommunikation. Über ihre Website und YouTube betreibt sie einen eigenen TV-Kanal. Besonders der Parteivorsitzende Heinz-Christian Strache verweist in seinen Facebook-Postings immer wieder auf das angeblich überparteiliche Nachrichtenportal www.unzensuriert.at, das sich aber fest in der Hand der FPÖ befindet – personell wie finanziell. Die Namen der Mitarbeiter bleiben bewusst anonym. In der Flüchtlingskrise konnte *unzensuriert.at* teilweise die traditionellen Medien in ihrer Reichweite überholen – wohl auch durch die Verbreitung durch Strache. Reportagen aus kriminellen Brennpunkten etwa nach einschlägigen Vorfällen sollen belegen, wie schlimm die Lage im Land ist. Der Wiener Bezirk Meidling erinnere bereits an einen Stadtteil von Bagdad. Wörtlich hieß es dann: „Ein sonntäglicher Abendspaziergang durch die Meidlinger Hauptstraße mag vielleicht für Arabisten oder Orientalisten ein Erlebnis sein, doch dass man sich weiterhin in Wien befindet, erkennt man gerade noch an manchen Geschäftsschildern. Bei den Spaziergängern freilich hört man wohl allerlei Idiome näherer und ferner Länder, aber wenig bis gar kein Deutsch ... und wenn, wird dieses sehr speziell verwendet. (Du haben Sigaretta? Du können geben mir Geld? etc.).“⁵⁹

Wie die Partei sieht sich der virtuelle Strache auf seinem Facebookprofil allein „der Wahrheit verpflichtet“. Verschwörungstheorien finden sich ebenso darunter wie die emotionale Ansprache mit Worten wie „wütend, fassungslos oder unfassbar“. Im Juni 2016 machte sich Strache auf seiner Profilseite per Akklamation zum „Bürger-

57 Vgl. Matthew Goodwin, *The Right Response: Understanding and Countering Populist Extremism in Europe*, Chatham House Report, London 2011.

58 Vgl. die Analyse von Tom Thieme in diesem Band.

59 *Unzensuriert.at* vom 3. Mai 2016, unter: <https://www.unzensuriert.at/content/0020659-Keine-Islamisierung-Wiener-Bezirk-Meidling-erinnert-bereits-Stadteil-Bagdad> (12. April 2018).

kanzler“. Die Facebookseite ist derart erfolgreich, dass der Chefredakteur der mächtigen Kronenzeitung – sie hat 2,3 Millionen Leser bei 8,7 Millionen Einwohnern – eingestand, manche Artikel inhaltlich daraufhin auszurichten, dass sie von Strache auf Facebook geteilt würden. Dadurch erhöhe sich das Interesse deutlich, und das Blatt könne der Konkurrenz durch *unzensuriert.at* Herr werden. Das Boulevardblatt ist dann auch beliebte Quelle für die Postings Straches. De facto hat sich die Partei eine eigene Parallelöffentlichkeit geschaffen. Mit der Boulevardpresse, die maßgeblich schon in den 1990er Jahren den Aufstieg der Partei begünstigte, ist eine Win-Win-Situation entstanden. Mittlerweile unterhält die FPÖ als erste Partei einen eigenen Whats-App-Kanal. Im Ergebnis hat die Partei zahlreiche Plattformen, die sie nur selbst bespielen kann. Strache macht sich wie einst Jörg Haider auch die Popkultur zu eigen, um „politikferne Schichten“ zu erreichen. So erschien er in der Pose des kubanischen Revolutionärs Ernesto „Che“ Guevara als „HaChe“ auf Plakaten und T-Shirts (dazu ein StracheRap).

Die Frage stellt sich: Wird die FPÖ in der Regierung entzaubert – wie einst im Jahr 2000? Damals gab es Sanktionen der anderen EU-Staaten gegenüber Österreich, diesmal blieb es bis auf einige Demonstrationen in Österreich selbst ruhig. Dafür sorgt auch Kanzler Sebastian Kurz, der als PR-Genie vieles überstrahlt und als Hoffnung für Europa gilt. Den faustischen Pakt mit Strache nahm er in Kauf – mit einigen Auflagen wie dem proeuropäischen Kurs. Die FPÖ versucht, außenpolitisch nicht als irrlichternd und Putin-freundlich dazustehen, und ernannte die durch ihre publizistische Tätigkeit bekannte parteilose Nahostexpertin Karin Kneissl zur Außenministerin. Sie beorderte einen Attaché der österreichischen Botschaft in Israel zurück, nachdem der FPÖ-Bezirksrat ein Foto mit einem T-Shirt der IB bei Facebook gepostet hatte.⁶⁰

Kurz hat das strategische Ziel, als Drachentöter zu agieren und den unaufhaltsamen Aufstieg der FPÖ zu stoppen. Dafür steht er auch inhaltlich – mit einer restriktiven Haltung in der Flüchtlingsfrage und gegenüber dem Islam. Er wirkte als Gegengewicht zur deutschen Kanzlerin Angela Merkel und forcierte die Schließung der Balkanroute. Herbert Kickl ist als Innenminister auch für den Verfassungsschutz zuständig. Kritiker werfen nicht ohne Grund ein, hier sei der Bock zum Gärtner gemacht worden.⁶¹ Als langjähriger Kampagnenchef (zwischen 2005 und Januar 2018) sorgte Kickl immer wieder für Provokationen, mit Slogans wie „Wien darf nicht Istanbul werden!“, „Wohlstand statt Einwanderung“ oder „Daham statt Islam!“.

Immer wieder gibt es Skandale um rechtsextremistische Entgleisungen. Udo Landbauer musste Anfang 2018 als Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in Niederösterreich zurücktreten. In seiner Burschenschaft Germania zu Wien wurde ein Liedertext gefunden, der die NS-Zeit verherrlicht und zum Judenmord aufruft. Sein

60 Vgl. o. A., Kneissl beruft Attaché von Israel zurück nach Wien, in: ORF vom 20. März 2018, unter: <http://orf.at/stories/2431039/> (27. April 2018).

61 Dafür gibt es einige Anzeichen. Vgl. o. A., Razzia in Österreich, in: Die Welt vom 20. März 2018, unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article174725707/Razzia-in-Oesterreich-Ein-Signal-dass-Polizisten-ingeschuechtert-werden.html> (14. April 2018).

Dementi, er habe davon keine Kenntnis gehabt, wirkte nicht glaubwürdig. Die FPÖ ließ verlautbaren, eine politische Rehabilitation sei möglich.⁶² Vor allem aus der zweiten und dritten Reihe der Partei kommt es immer wieder zu islamfeindlichen Ausfällen. Trotz dieser Fakten ist es kaum möglich, dass Österreich wie sein ungarischer Nachbar (einst verbunden in der Habsburgermonarchie) zu einem „illiberalen Staat“ mit Beschneidung von medialen und justiziellen Freiheiten mutiert. Gleichwohl ist es möglich, was schon zeitweise im Jahr 2016 spekuliert wurde: dass die FPÖ eines Tages den Kanzler stellt (der nicht unbedingt Strache heißen muss).⁶³ Ob dann eine Orbánisierung oder Putinisierung, bewunderte Modelle seitens der FPÖ, folgen würde, bleibt spekulativ. Zugleich und im großen Unterschied hat sich Österreich in den vergangenen 70 Jahren als eine gefestigte Demokratie bewährt.

3. Literatur

Publikationen zur FPÖ gibt es wie Sand am Meer, ohne dass ein Standardwerk auszumachen ist. Mit „20 + X“ Prozent auf Bundesebene ist sie zumindest zeitweise zur erfolgreichsten rechten Flügelpartei Westeuropas aufgestiegen, weshalb sie auch international große Beachtung gefunden hat. Die Partei gilt als Prototyp einer radikal-rechtspopulistischen Partei⁶⁴ und hat daher seit den 1990er Jahren in vergleichenden Darstellungen einen festen Platz.⁶⁵ Die Linguistin Ruth Wodak beschäftigt sich mit der Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Laut ihrer Kernthese gewinnen Parteien wie die FPÖ durch gezielte Tabubrüche und Provokationen zentralen Einfluss.⁶⁶ Ihr Buch wurde 2017 zum Wissenschaftsbuch des Jahres in der Kategorie „Geistes-/ Sozial- und Kulturwissenschaft“ gekürt. Immer wieder steht die Frage nach den Ursachen für den Aufstieg der FPÖ im Zusammenhang mit einem allgemein konstatierten Elitenversagen, das über allgemein systemische Fragen hinausgeht. In der Tat trugen zahlreiche Skandale zum Erstarken von zumindest systemkritischen Kräften bei, wie Göran Adamson in einer englischsprachigen Abhandlung aufzeigt.⁶⁷

62 Vgl. Julia Neuhäuser, Udo Landbauer legt alle politischen Funktionen zurück, in: Die Presse vom 1. Februar 2018, unter: <https://diepresse.com/home/innenpolitik/noewahl/5364180/Udo-Landbauer-legt-alle-politischen-Funktionen-zurueck> (14. April 2018). Die Partei hat nun eine Historikerkommission eingesetzt, um die Parteigeschichte aufzuarbeiten.

63 Über eine Rivalität etwa mit Norbert Hofer wird immer wieder gemutmaßt. Gegenüber dem smarten Sebastian Kurz wirkt Strache als Vizekanzler mitunter unbeholfen und etwas „verbraucht“.

64 Vgl. zu diesem Typus grundlegend Hans-Georg Betz, *Radical right-wing populism in Western Europe*, New York 1994; ders., *La droite populiste en Europe. Extrême droite et démocratie?*, Paris 2004.

65 Vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.

66 Vgl. Ruth Wodak, *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*, Wien/Hamburg 2016.

67 Vgl. Göran Adamson, *Populist Parties and the Failure of the Political Elites. The Rise of the Austrian Freedom Party (FPÖ)*, Frankfurt a. M. 2016.

Die wohl fundierteste Abhandlung ist auf Französisch erschienen – der FPÖ-Kenner Patrick Moreau beleuchtet darin den Wechsel von Haider zu Strache.⁶⁸ Die Fragen zur Zukunft Österreichs drehen sich um das Thema „Populismus an der Macht“ und inwiefern die FPÖ Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck setzt.⁶⁹ Den Wandel der FPÖ durch die Parteispitze analysiert auch Reinhard Heinisch.⁷⁰ Er sieht unter Strache ein Bekenntnis zur deutschen Nation deutlicher ausgeprägt als unter Haider, wie sich im Parteiprogramm manifestiert.⁷¹ Mitunter werden einzelne Policies der FPÖ behandelt, etwa ihr ausgeprägter Euroskeptizismus. Hier stellt sich die Frage, inwiefern solche Positionen ideologisch oder strategisch motiviert sind.⁷² Durch die erneute Regierungsbeteiligung muss die FPÖ proeuropäische Zugeständnisse machen, ohne dabei aber ihr Kernklientel zu verprellen. Die FPÖ gilt als ausgesprochene Männerpartei, ein Aspekt, der eigens untersucht wurde.⁷³ Gerade dieser Aspekt, der sich durch den stetig gewonnen Einfluss des Burschenschaftsmilieus verstärkt hat, darf bei Untersuchungen über den extremistischen Charakter der Partei nicht fehlen. Mit Blick auf die Wählerschaft zeigen Untersuchungen, dass die Modernisierungsverliererthese zu kurz greift, um die Erfolge der Partei zu erklären.⁷⁴ Auffälliger ist der Stadt-Land-Gegensatz, wie sich insbesondere bei den Präsidentschaftswahlen zwischen Norbert Hofer und Alexander van der Belen zeigte.

Im Kontext der erstmaligen Regierungsbeteiligung gab es Studien, die aber kaum die Extremismusdimension einschlossen.⁷⁵ Nach wie vor existieren Abgrenzungsschwierigkeiten.⁷⁶ Populismus und Extremismus werden mitunter synonym gebraucht, die Forschungszweige kaum zusammengeführt. Ob sich dieser Umstand ändern wird? Wichtig erscheint, die Ansprache der FPÖ in den sozialen Medien weiter

68 Vgl. Patrick Moreau, *De Jörg Haider à Heinz-Christian Strache*, Paris 2012.

69 Vgl. Matthias Belafí, *Der Erfolg der FPÖ: Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck*, in: *Zeitschrift für Politik* 64 (2017), S. 364-383.

70 Vgl. Reinhard Heinisch, *Austrian Right-wing Populism: A Surprising Comeback under a New Leader*, in: Karsten Grabow/Florian Hartleb (Hrsg.), *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*, Brüssel/Berlin 2013, S. 47-79.

71 Vgl. FPÖ-Bildungsinstitut (Hrsg.), *Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs*, 4. Aufl., Wien 2013, S. 3, 267.

72 Vgl. Franz Fallend, *Euroscepticism in Austrian Political Parties: Ideologically Rooted or Strategically Motivated?*, in: Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.), *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Bd. 2, Oxford 2008, S. 201-220.

73 Vgl. Oliver Geden, *Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs, Eine qualitativ-empirische Untersuchung*, Opladen 2004.

74 Vgl. Tim Spier, *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden 2010.

75 Vgl. Reinhard Heinisch, *Success in opposition – failure in government: explaining the performance of right-wing populist parties in public office*, in: *West European Politics* 26 (2003), H. 3, S. 91-130; Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005.

76 Vgl. hier zu einem neuen Versuch der terminologischen Abgrenzung Eckhard Jesse/Isabelle-Christine Panreck, *Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD*, in: *Zeitschrift für Politik* 64 (2017), S. 59-76.

zu beobachten, ein wesentliches Mobilisierungsmoment der Partei. Der Linksextremismus durch die KPÖ ist weniger ein Thema, wird mitunter ausgeklammert.⁷⁷ Die Partei wird als Teil vergleichender Studien zur Frage behandelt, wie sich kommunistische Parteien gerade in Westeuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus entwickelt haben. Ihre Bedeutung ist gering.⁷⁸ Im Vergleich gilt sie als marxistisch-leninistische Partei, die sich mittlerweile geöffnet hat, etwa für eine Mitwirkung an der globalisierungskritischen Bewegung.⁷⁹ Zur Islamophobie gibt es zahlreiche, mitunter tendenziöse Studien, auch in komparativer Perspektive, etwa den European Islamophobia Report, der in der Türkei veröffentlicht wird (sic!).⁸⁰ In der Fallstudie zu Österreich spielt die im Herbst 2015 einsetzende Flüchtlingsdebatte eine besondere Rolle, die rechtspopulistischen Stimmen massiven Auftrieb bescherte. Den Medien wird darin ein hohes Maß an Mitschuld gegeben – quasi als Erfüllungsgehilfe der FPÖ antimuslimische Narrative an die Öffentlichkeit zu bringen.⁸¹ Mitunter vermengen sich Politik und Wissenschaft auch in anderen Perspektiven: Die Politikwissenschaftlerin Dunja Larise kandidierte 2008 auf der Bundesliste der KPÖ auf Platz vier. Zusammen mit Thomas Schmidinger verantwortet sie einen Forschungsverbund, der sich nüchtern und detailliert mit der Frage „Gefährdung durch den politischen Islam in Österreich“ auseinandergesetzt hat.⁸² Die FPÖ selbst, nun am Schalthebel der Macht, will ihre eigene Parteigeschichte, insbesondere „dunkle und braune Flecken“ „aufarbeiten“ und hat im Februar 2018 kurz nach ihrer Regierungsbeteiligung eine eigene Historikerkommission eingesetzt.⁸³ Sie dürfte versuchen, stärker in den wissenschaftlichen Diskurs einzudringen, um der vielseitigen Kritik an ihrem Populismus und Extremismus entgegenzutreten. Herbert Kickl, langjähriger Wahlkampfchef, stellt nun als Innenminister die Verfassungsschutzberichte vor. Als eigener Fachbeitrag wird dabei das Verfassungsreferendum in der Türkei und seine mediale Bedeutung diskutiert. Insgesamt rückt die Behandlung des Rechtsextremismus etwas in den Hintergrund. So werden islamistischer Terrorismus und Linksextremismus vorrangig behandelt. Der Rechtsextremismusteil konzentriert sich stark auf die Identitäten.⁸⁴

77 Vgl. Barbara Liegl, Kleinparteien, in: Herbert Dachs u. a. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 402-421, hier: S. 403-405.

78 Vgl. Josef Ehmer, Die Kommunistische Partei Österreichs. Geschichte, soziales Profil, aktuelle Situation, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, München 1998, S. 209-238.

79 Vgl. Uwe Backes/Patrick Moreau: Conclusion, in: Dies. (Hrsg.), Communist and Post-Communist Parties in Europe, Göttingen 2008, S. 535-607, hier: S. 554 f. und 565.

80 Vgl. Enes Bayrakli/Farid Havez (Hrsg.), European Islamophobia Report 2016, Istanbul 2017.

81 Vgl. Farid Havez, Islamophobia in Austria, in: Ebd., S. 30-59.

82 Vgl. Thomas Schmidinger/Dunja Larise (Hrsg.), Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam, Wien 2008.

83 „Ex-Nationalrat Brauneder leitet blaue Historikerkommission“, in: Der Standard.at vom 13. Februar 2018, <https://derstandard.at/2000074161664/FPÖe-stellt-Historikerkommission-zu-r-Aufarbeitung-der-eigenen-Geschichte-vor> (25. Juni 2018).

84 Vgl. erstmals Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Staatsschutzbericht 2017, Wien 2018.

Zeitschriftenporträt: Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

Von Eckhard Jesse

1. Darstellung

Seit 1996 findet Jahr für Jahr, jeweils am zweiten Samstag im Januar, in Berlin eine Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) statt, die im Anschluss in einer Broschüre dokumentiert wird¹, ergänzt um weitere Materialien. Anfangs betrug der Umfang ca. 30, mittlerweile etwa 80 Seiten. Veranstalter ist die Tageszeitung *junge Welt*, zunächst – bis 2007 – gemeinsam mit *Cuba Sí*, einer Arbeitsgemeinschaft der Partei *Die Linke*. Zahlreiche deutsche Organisationen unterstützen sie, neben *Cuba Sí*: *RotFuchs*, *Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung*, *Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde*, *Melodie & Rhythmus*, *Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba*, *Marxistische Blätter*, *Netzwerk Cuba*, *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend*, *Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba*, *Roter Brandenburger*, *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde*, *Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals*, *Deutscher Freidenker-Verband*, *Berliner Anstoß*, *Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg*, *DIDF-jugend*, *Peperoni*, *Radikale Linke Berlin*, *Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung*, *Unsere Zeit*, *dielinke.SDS*.² Dazu gesellt sich eine Reihe ausländischer Zeitungen und Gruppierungen wie *Morning Star* und *Rhythm against Racism*. Die Vielzahl der Organisationen und die nahezu stetig gestiegene Zahl der Teilnehmer dürfen nicht über die mangelnde politische Relevanz hinwegtäuschen. Ein wesentlicher Grund: Die Texte stammen überwiegend aus dem Milieu orthodoxer Kommunisten des In- und Auslandes.

Die Konferenzen, die 24. ist für den 12. Januar 2019 anberaumt, meist im URANIA-Haus, aber auch an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Hochschule für Technik und Wirtschaft und im Tagungshotel Mercure MOA, finden einen Tag vor der traditionellen großen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zum Zentralfriedhof Friedrichsfelde statt, zu der *Gedenkstätte der Sozialisten*. Diese Demonstration gab es bereits in der Weimarer Republik, später, mit großem propagandistischem Aufwand, fand sie in der DDR statt.³ Viele Besucher der RLK nehmen heutzutage

1 Bis zum Jahre 2005 erschien die Dokumentation der Referate und Diskussionen lediglich in einer Beilage der *jungen Welt*, wie dies heute noch immer der Fall ist. Daher streift der Verfasser die ersten zehn Jahre nur.

2 Das sind die als Unterstützer genannten Organisationen in der Broschüre für die Konferenz im Jahr 2018.

3 Vgl. Barbara Könczöl, „Märtyrer“ des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt a. M. 2008; dies., „Dem Karl Liebknecht haben wir’s geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand“ – Der Wandel des 15. Januar als politi-

an ihr teil.⁴ Die professionell gemachten Broschüren im DIN A4-Format liegen dank guter technischer Organisation pünktlich meist noch im März des betreffenden Jahres vor.

Jede Konferenz steht unter einem bestimmten Motto. Dieses ist allerdings in aller Regel so weit gefasst, dass sich höchst unterschiedliche Themen abhandeln lassen. Neben einigen Referaten zu einem Komplex gibt es jedes Mal eine Podiumsdiskussion, unter extrem enger Auslegung des Pluralismusgebots, das die Veranstalter ohnehin nicht als Maxime begreifen. Zuweilen finden sich – an dieser Stelle zu vernachlässigende – Beiträge zum Werk und zur Person Rosa Luxemburgs. Nach Georg Fülberth hatte Luxemburgs 1913 publiziertes Werk „Die Akkumulation des Kapitals“ das Zeug dazu, „das Buch des Jahres 2013 zu werden.“⁵ Der Wunsch war dabei Vater des Gedankens.

Das Motto der ersten Konferenz 1996 lautete: „Frieden schaffen mit Blauhelm-Waffen? Der Abschied der Linken vom Anti-Militarismus 1914-1995“. Im Zentrum stand eine Podiumsdiskussion zwischen Wolfgang Gehrcke (DKP), Nina Hauer (SPD), Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen), Jürgen Elsässer (*junge Welt*). Der Veranstaltung von 1997 war ein Zitat von Rosa Luxemburg vorangestellt: „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“. In der Diskussion über „Rot-Grün – Sackgasse oder Chance für die Linke? Wie veraltet ist Rosa Luxemburgs Kritik an den Realos?“ trafen Jutta Dittfurth (*Ökolinx*) und Micha Brumlik (Bündnis 90/Die Grünen) mit drei Repräsentanten der PDS aufeinander: Roland Claus, Petra Pau und Wilfried Wolf. Das Motto der dritten Konferenz: „Kommunistisches Manifest oder neues historisches Projekt? Die Wiederentdeckung der sozialen Frage“. Zum Komplex „Abschied der Linken von der sozialen Frage“ diskutierte Sahra Wagenknecht mit Judith Dellheim, Karl-Heinz Roth, Heinz Dieterich Steffan, Maria Mies, Dorothea Piermont und Leo Mayer. Bei der vierten Konferenz („Stört die neoliberale Internationale!“) trat erstmal eine Reihe von ausländischen Referenten in Erscheinung: so Gladys Marin, die Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chiles, und Enriqueta Parreno von der Kommunistischen Partei Kubas. Die Podiumsdiskussion („Rot-Grün: Was kommt nach dem sozialdemokratischen Weg in die Globalisierungsfalle?“) wies mit Elmar Altvater, André Brie, Ellen Brombacher, Thomas Ebermann und Frieder Otto Wolf eine gewisse Breite an unterschiedlichen Positionen auf. Jedenfalls dominierte nicht DKP-Nähe, wie später oftmals.

„Kapitalismus im 21. Jahrhundert – Neoliberalismus, Sozialabbau und gewerkschaftliche Gegenwehr“. Dies war das Motto der fünften Veranstaltung, auf der Dieter Dehm, Thomas Ebermann, Thomas J. Richter, Anne Rieger und Miloslav Randorf zum Thema „Anpassen statt verändern?“ diskutierten. Die sechste Konferenz

scher Gedenktag von KPD und der SED (1920 bis 1989), in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005, Berlin 2005, S. 171-188.

4 Vgl. zu der Demonstration im vereinigten Deutschland: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – ein Traditionselement des deutschen Linksextremismus, Berlin 2008.

5 Georg Fülberth, Des Pudels Kern, in: RLK, XVIII, S. 66.

fand zu folgendem Thema statt: „Menschenrechtsimperialismus und Widerstand“ mit Vorträgen ausländischer Publizisten und Aktivisten, die Podiumsdiskussion verschrieb sich dem Thema: „Die Linke und der Krieg – Scharpings willige Helfer?“ (Dieter Frielinghaus, Rainer Rupp⁶, Hans-Christan Ströbele, Jutta Ditzfurth, Winfried Wolf). „Tot oder lebendig – Widerstand in der neuen Weltkriegsordnung“ – so lautete das Programm der siebten Konferenz. Tariq Ali, ein pakistanischer Schriftsteller, dessen Aufnahmege such die *Labour Party* abschlägig beschieden hatte, sprach über den Krieg in Afghanistan, der französische Trotzki st Alain Krivine über „neue Widerstandsformen gegen neoliberale Globalisierung“. An der Podiumsdiskussion zum Thema „Die Linke im Kampf gegen Neoliberalismus“ nahmen u. a. Ulla Jelpke und der seinerzeitige DKP-Vorsitzende Heinz Stehr teil. Die achte Konferenz widmete sich dem Komplex „Bush-Imperium, Eurereich oder sozialistische Weltrepublik“. Im Programm stand: „Was da maßgeblich unter deutscher Führung heranwächst, wird nicht heute oder morgen, aber in absehbarer Zeit ein neues Machtzentrum der imperialistisch beherrschten Welt sein.“⁷ Bis auf den Philosophen Hans Heinz Holz äußerten sich nur ausländische Referenten. In der Podiumsdiskussion („Der Krieg kommt – die Linke geht“) sprach Holz mit Eckart Spoo, Uwe Hirsch, Constanze Lindemann und Peter Strotmann über den Streit zwischen linken Kriegsbefürwortern und linken Kriegsgegnern. Der Tenor: keine Notwendigkeit für einen Krieg. Auf der neunten Konferenz erörterten ausländische Autoren vor allem die Perspektiven des Widerstandes gegen die USA („Die Revolution verteidigen – Strategien der Konterrevolution“). Die Podiumsdiskussion unter der Leitung von Jürgen Elsässer mit Dario Azzellini, Elmar Schmäling, Sahra Wagenknecht und Peter Wahl konzentrierte sich auf eine Region: „Linke Bewegungen und ihre Haltung zu Kuba und Venezuela“. Die zehnte Konferenz besaß kein Motto. Im Vordergrund stand die Stärke bzw. Schwäche der „Konterrevolution“, etwa am Beispiel des Kampfes gegen Kuba. Dem Krieg nach innen entspreche der Krieg nach außen. Die Podiumsdiskussion („Krieg global – Widerstand lokal?“), u. a. mit Christian Geissler und der US-amerikanischen Schriftstellerin Angela Davis, fügte sich in das Themenfeld ein.

Die elfte Internationale Konferenz („Mit dem Sozialismus“) legte den Schwerpunkt auf Alternativen zum Kapitalismus. Dessen Grenzen seien erkennbar, die Perspektiven des Sozialismus ebenso. Arnold Schölzel von der *jungen Welt*, spiritus rector nicht nur dieser Tagung: „Wir sind es leid, uns immer noch einmal über die Gebrechen und Verbrechen des heutigen Kapitalismus auszutauschen. Wir fragen nach der konkreten Alternative, dem Sozialismus.“⁸ Das Hauptreferat stammte von Oscar Lafontaine, der inzwischen der WASG beigetreten war, um ein Bündnis mit

6 Er wird folgendermaßen vorgestellt, ohne Anführungszeichen: „ehem. Kundschafter des Friedens“, unter: <http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/fruehere-konferenzen/Konferenz-2001> (20. Oktober 2018).

7 <http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/fruehere-konferenzen/konferenz-2003> (19. Oktober 2018).

8 Arnold Schölzel, Fragen nach der konkreten Alternative. Die Rosa-Luxemburg-Konferenz setzt Zeichen gegen Neoliberalismus und Krieg, in: RKL, XI, S. 3.

der Linkspartei anzustreben. Heftig attackierte er die „Verheerungen des Neoliberalismus“ durch die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik. „Der Neoliberalismus hat in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur Parteien infiziert, einschließlich der beiden, für die ich hier spreche – ich will das ausdrücklich sagen –, er hat auch die Gewerkschaftsbewegung infiziert, weil Deregulierungen von den Gewerkschaften akzeptiert worden sind, die notwendigerweise zu einem immer weiteren Abgleiten der Löhne führen müssen.“⁹ Lafontaine brachte ungeachtet seiner scharfen antikapitalistischen Kritik auch „Fehlentwicklungen der Linken in den vergangenen Jahrzehnten oder im letzten Jahrhundert“¹⁰ zur Sprache, ohne aber in Details zu gehen. Sozialismus und Demokratie gehörten eng zusammen. Im Vergleich zum Text von Lafontaine ist der von Hans Heinz Holz unkritisch auf die Dominanz der Ökonomie fixiert. Der „revolutionäre Übergang, der sich nach meiner Meinung nicht ohne Machtmittel vollziehen kann, besteht darin, dass neue sozialistische Eigentumsverhältnisse entstehen.“¹¹ In der Podiumsdiskussion zwischen den beiden sowie Angela Klein, Jürgen Elsässer, Heinz Dieterich über den Zusammenhang von Macht- und Eigentumsfrage klang diese Differenz nur indirekt an, wobei Lafontaine den „alten Sozialismus“ erneut kritisierte und auf die Notwendigkeit abstellte, in Wahlen die Mehrheit zu erhalten.

„Das geht anders“ lautete das Motto der zwölften Konferenz. Es zielte auf Fundamentalopposition. Die Leitfrage „Nicht radikal genug?“ bewog Gesine Löttsch, Leo Mayer, Andrea Schuhmann, Klaus Steiniger, Peter Grottian und Hermann Schaus zu Statements. Das Grußwort des Terroristen Christian Klar, das der Theologe und langjährige Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit Heinrich Fink vorgelesen hatte, sorgte außerhalb des Milieus für Aufregung, wie Otto Köhler in einem von Zynismus nicht freien Artikel zu belegen vermochte. Klar, von dem ein Gnadengesuch bei Bundespräsident Horst Köhler vorlag, hatte u. a. geäußert: „Die spezielle Sache dürfte sein, dass die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen Rettern entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.“¹² Rolf Beckers Resolution zur sofortigen Freilassung Christian Klars wurde einstimmig angenommen, ohne Enthaltung, ohne Gegenstimme. Dietmar Koschmieder von der *jungen Welt* störte sich in seinem Editorial nicht an dem ansonsten geringen Interesse der „bürgerlichen Medien“ an der Konferenz. „Denn so bleibt es unsere Konferenz. Karrieristen und Destruktoren aller Art finden genug Betätigungsfelder anderswo.“¹³

Der thematische Bogen der 13. Konferenz („Klasse für sich. Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien“) war weit gespannt. Autoren aus dem Ausland befassen sich u. a. mit der Rolle der Medien, wobei der Artikel der Romanautorin Manda-

9 Oscar Lafontaine, Grundlinien linker Politik, in: Ebd., S. 7.

10 Ebd., S. 8.

11 Hans Heinz Holz, Eigentumsfrage im Mittelpunkt, in: Ebd., S. 19.

12 Zitiert nach Heinrich Fink, Kraft zu kämpfen, in: RKL, XII, S. 10.

13 Dietmar Koschmieder, Es bleibt unsere Konferenz, in: Ebd., S. 1.

kranta Sen über die Literatur sich durch ihre vielfältigen Informationen positiv von den Texten anderer abhob.¹⁴ Die Vorsitzende der Kommunistischen Partei Griechenlands, Aleka Papariga, etwa rechnet mit dem „Prozess der kapitalistischen Restauration“ ab und zeigt sich optimistisch, „dass das Volk den Entwicklungen seinen eigenen Stempel aufdrücken kann, sobald es sich seiner Stärke und seiner Waffen bewusst wird.“¹⁵ Arnold Schölzels Editorial sah ebenfalls „die Vorherrschaft des Neoliberalismus“ bröckeln. „Die Beiträge dieser Konferenz sind Zeugnisse für das Nachdenken über einen ‚Linksruck‘, der gründlich über das hinausgeht, was sich deutsche Bürgerzeitungen darunter vorstellen können.“¹⁶ Die Podiumsdiskussion ging um die Frage, ob neben der Partei *Die Linke* eine marxistische Organisation nötig sei. Alle Debattenredner (Hans Heinz Holz, Helmut Laakmann, Markus Mohr, Sahra Wagenknecht) bejahten dies – mit unterschiedlichen Gründen. Das Spezifikum der „neuen Linken“ (gemeint war die Partei *Die Linke*) müsse daran bestehen, „dass sie gegenüber den bürgerlichen Parteien, auch gegenüber der SPD, die Partei ist, die die Systemfrage stellt.“¹⁷ Holz teilte diese Sichtweise mit Blick auf *Die Linke* nicht. Er sah in ihr eher eine Kraft „des Systems“.

Bei der 14. Konferenz über Internationalismus und Gegenmacht, die unter einem Motto von Rosa Luxemburg stand („Die Weltherrschaft des Imperialismus ist eine historische Notwendigkeit – aber auch ihr Sturz durch die proletarische Internationale“), geißelte der italienische Kommunist und Philosoph Domenico Losurdo den „Imperialismus der Menschenrechte“¹⁸ und mit ihm die USA. Wie dieser verteidigte die amerikanische Autorin Sara Flaunders, engagiert in der *Workers World Party*, die militante Haltung der Palästinenser gegen Israel: „Gaza ist das Warschauer Ghetto unserer Tage.“ Anders als dieser plädierte sie sogar „für einen Boykott israelischer Waren, für die Rücknahme von Investitionen und für Anklagen wegen Kriegsverbrechen gegen die israelische Führung und alle Regimes, die Israels Kriegsverbrechen unterstützten.“¹⁹ Die Podiumsdiskussion („Der Hauptfeind steht im eigenen Kontinent“) zwischen Lothar Bisky, Michael Konawitter, Stefano Loukas und Domenico Losurdo drehte sich um die Rolle der EU, wobei Bisky diese etwas positiver beurteilte als jeder andere Diskutant.

Die 15. RKL („Wer nicht alles ändert, ändert gar nichts!“) enthielt Referate von Teilnehmern aus Frankreich, Honduras, Kanada und Kuba vor allem zum Komplex Widerstand. Die deutsche Kommunistin Erika Baum propagierte, immer wieder Lenin, Luxemburg und Marx zitierend, den antifaschistischen Kampf. „Der erste Angriff auf die DDR bestand 1989/90 darin, dass man sagte, wir hätten den verordneten Antifaschismus gehabt. Nun erleben die Menschen diese von der Polizei beschützten Nazidemonstrationen, d.h. nicht verordneten Antifaschismus, sondern geschützte

14 Vgl. Mandakranta Sen, Zerrissene Schleier. Die indische Literatur heute, in: RLK, XIII, S. 3-9.

15 Aleka Papariga, Die Kanonen der „Autora“ werden wieder feuern, in: Ebd., S. 22.

16 Arnold Schölzel, Veränderungen auf der Spur, in: Ebd., S. 1.

17 Sahra Wagenknecht, Eine Partei für alle?, in: Ebd., S. 25.

18 Vgl. Domenico Losurdo, Imperialismus der Menschenrechte, in: RLK, XIV, S. 11-14.

19 Sara Flaunders, Bollwerk der Reaktion, in: Ebd., S. 17.

Nazidemonstrationen.“²⁰ Die Podiumsdiskussion („Wir müssen was machen!“) zwischen Achim Bigus, Christa Kaindl, Sabine Leidig und Pierre Levy setzte sich u. a. mit der Frage auseinander, wieso die politische Linke nicht oder kaum von der Krise des „Neoliberalismus“ profitiere. In der Diskussion fiel das Resümee nicht so negativ aus.

Im Vorfeld der 16. RKL kam es durch einen Artikel von Gesine Löttsch²¹, der damaligen Vorsitzenden der Partei *Die Linke*, über „Wege zum Kommunismus“ in der Zeitung *junge Welt* vom 3. Januar 2011 zu einer „vom Neonaziblatt *Junge Freiheit* und Spiegel online sozusagen Hand in Hand inszenierten Kampagne“.²² Dieser Artikel, zur Anregung für die angesetzte Podiumsdiskussion gedacht, schlug in der Tat hohe Wellen, zumal durch die Kritik von außen.²³ Löttsch schrieb u.a.: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“²⁴ Zuvor hatte sie das Selbstbewusstsein von Thomas Edison, dem Erfinder der Glühlampe, gerühmt. Dieser habe nach eigener Aussage 10.000 Wege gefunden, die nicht funktionierten. Löttsch verglich damit zynisch technische Experimente mit Experimenten an Menschen. Ihr Blick in die Geschichte war verengt, getrübt. Sie glorifizierte Rosa Luxemburg, nach der die parteinahe Stiftung benannt ist, und beschimpfte die Sozialdemokraten, die mit der kaiserlichen Armee die Novemberrevolution von 1918 „verraten“ hätten. Die Anhängerin der „Diktatur des Proletariats“ wurde mit dem folgenden Satz zustimmend zitiert: „So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpresse in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen.“²⁵ In den weiteren Ausführungen berief Löttsch sich zweimal auf Luxemburgs „hineinpresse“ – öffentliche Interessen in das „bürgerliche Eigentum“ und „Ansätze einer neuen Gesellschaft“ in die alte, „bis sich beweist, dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“²⁶ Dieser demokratische Sozialismus am Ende des Artikels stand in ihrer Perspektive in keinem Gegensatz zu dem anfangs erwähnten Kommunismus, denn sonst wäre eine Differenz markiert worden. Offenkundig wollte sie mit ihrem Plädoyer für den Kommunismus auch jene erreichen, die der Partei *Die Linke* „Verbürgerlichung“ vorwerfen. Sie, die sich gegen „Denkverbote“ wehrte, war von ihrem Text nach der Kritik prinzipiell nicht abgerückt.

Auf dieser Rosa-Luxemburg-Konferenz hatte Löttsch am 8. Januar 2011 mit der Betriebsratsvorsitzenden Katrin Dornheim, mit Bettina Jürgensen, der damaligen Vorsitzenden der *Deutschen Kommunistischen Partei*, Claudia Spatz (*Antifa Berlin*)

20 Erika Baum, Kein Sowohl-als-auch, in: RKL, XV, S. 9.

21 Vgl. Gesine Löttsch, Wege zum Kommunismus, wieder abgedruckt in: RLK, XVI, S. 3638.

22 Arnold Schölzel, Gelassene Antwort, in: Ebd., S. 1.

23 Vgl. die Rezeption bei Ekkehard Lieberam/Peter Rath-Sangkhaorn, Am Tiefpunkt politischer Kultur, in: Ebd., S. 50-22, ferner die ungezeichneten Presseschauen „Was ist denn da los?“ und: Bloß keine Inhalte, in: Ebd., S. 54 f., S. 56 f.

24 Löttsch (FN 21), S. 36.

25 Zitiert nach ebd., S. 37.

26 Ebd., S. 37, S. 38.

sowie Inge Viett²⁷ (*Radikale Linke*) über „Wege zum Kommunismus“ diskutieren sollen. Sie sagte angesichts der Turbulenzen ihre Beteiligung an der Diskussionsrunde zwar ab, hielt aber auf dieser Konferenz zuvor eine Rede, ihren Artikel interpretierend. Die Aussagen fielen lavierend aus: „Wir haben schon 1990 auf unserem Gründungsparteitag mit dem Stalinismus gebrochen und uns bei den Opfern entschuldigt. [...] Beim Schreiben meines Artikels für die *junge Welt* habe ich natürlich an die Opfer des Stalinismus gedacht, und zwar an alle. Aber gerade deshalb wäre es falsch, den Mantel des Schweigens über die Idee des Kommunismus auszubreiten.“²⁸ Sie griff damit Gregor Gysi an, der den Begriff des Kommunismus nicht mehr zur Selbstverortung verwenden möchte.²⁹ In der anschließenden Diskussion unter der Leitung von Ulla Jelpke („Wo bitte geht’s zum Kommunismus?“) erklärte Bettina Jürgensen den Verzicht auf die Teilnahme von Löttsch an der Diskussionsrunde mit der Stärke des hiesigen Antikommunismus. Inge Viett sprach sich für Sabotageakte aus, um die Lieferung von Rüstungsgütern nach Israel zu verhindern, und Claudia Spatz kritisierte heftig die „Extremismusklausel“ – sie sei ein „Einschüchterungsansatz, dadurch werden legitime Ideen außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stigmatisiert.“³⁰ Löttsch hätte es bei einer Diskussionsbeteiligung aus gegensätzlichen Gründen schwer gehabt, zum einen durch die Mitdiskutanten, zum anderen durch die demokratische Öffentlichkeit. Die Vorträge („Imperialismus im 21. Jahrhundert: Lernen, wie wir kämpfen müssen“) richteten sich zumeist gegen den „Neoliberalismus“ in Israel, Großbritannien, Griechenland, in der EU und in den USA. Der kommunistische Minister David Velasquez unter Hugo Chávez hingegen bot Rezepte für den Aufbau des Sozialismus feil, mit den Worten endend: „Es lebe Rosa Luxemburg, es lebe die internationale Solidarität. Vaterland oder Tod, wir werden siegen.“³¹

Die 17. RLK, deren Motto „Wir verändern die Welt“ lautete, präsentierte u. a. Beiträge über die „arabische Revolution“ (Sami Ben Ghazi), über Kuba (Pedro Noel Carillo Alfonso) und über den „Bruch mit der EU-Integration“ (Agostinho Lopes, einem führenden Kopf der kommunistischen Partei Portugals). Dieser Bruch sei nur möglich durch eine Partei. Die Podiumsdiskussion (angelehnt an Rosa Luxemburg: „Sozialismus oder Barbarei – Welche Rolle spielt Die Linke?“) zwischen Heinz Bierbaum, Dietmar Dath, Jutta Ditfurth und Georg Fülberth wurde auf recht hohem Niveau geführt. Bierbaum, seinerzeit stellvertretender Vorsitzender der Partei *Die*

27 Viett, als Terroristin eng mit der Staatssicherheit kooperierend, hatte einen Tag nach Löttsch in der *jungen Welt* geschrieben: „Das Gebot der Stunde ist der Aufbau einer revolutionären, kommunistischen Organisation.“ Sie forderte dabei „Klandestinität gegenüber dem Klassengegner“. Zitiert nach dies., Notwendiger Aufbauprozess, wieder abgedruckt in: RKL, XVI, S. 40, S. 41.

28 Gesine Löttsch, „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte“, in: Ebd., S. 27. Hervorhebung im Original.

29 Vgl. Gregor Gysi, Wir sind keine kommunistische Partei, in: Der Tagesspiegel vom 7. Januar 2011.

30 Claudia Spatz, Geradeaus und dann scharf links, in: RLK, VII, S. 34.

31 David Velasquez, „Unter Ziel ist Multipolarität“, in: Ebd., S. 20.

Linke, geriet in die Defensive. Jutta Ditfurth machte sich lustig über diejenigen, die den Kapitalismus zähmen zu können meinten. „Dieser ziemlich bekiffte Traum zieht sich auch durch das Linkspartei-Programm.“³² Und der FAZ-Autor Dath fragte, ob eine Partei, die bei ihren Reformen auf Grenzen stößt, auf den Fortgang vorbereitet ist. In dem Heft waren zuvor in der *jungen Welt* publizierte Texte von Bierbaum, Ditfurth und Fülberth abgedruckt.

Die nächste Konferenz, die 18. (unter dem Motto: „Es reicht“), umfasste drei Themen: die Entwicklung in Lateinamerika (Hernando Calvo Ospina schilderte die Repression in Kolumbien), politische Gefangene (Dan Berger kritisierte den „Gefängnisstaat USA“) und den „neofaschistischen Terror in der Bundesrepublik“.³³ Für die Anwältin Gabriele Heinecke war der NSU keine Panne, sondern „eine konsequente Folge dieser [rechten] Politik.“³⁴ Bernd Riexinger steuerte eine Kritik am Pragmatismus der Gewerkschaften bei. Bei der (diesmal vollständig abgedruckten) Podiumsdiskussion („Der Feind steht links!“) mit Sandra Bakutz, Gabriel Heinecke, Patrick Köbele, Bodo Ramelow und Susann Witt-Stahl vor allem zu den Ursachen und Folgen des *Nationalsozialistischen Untergrundes* waren sich alle einig in der Ablehnung der Extremismustheorie, die als „sogenannte“ firmierte. Moderator Arnold Schölzel: Diese werde „zur Grundlage staatlichen Handelns gemacht. Wobei selbstverständlich eingeschlossen ist, dass es Extremismus eigentlich nur auf der linken Seite gibt. Deswegen hat sie der Historiker Wolfgang Wippermann als eine Hexenwissenschaft bezeichnet, also als eine Wissenschaft, die sich mit etwas befasst, was es nicht gibt.“³⁵

„Manifestation gegen imperialistische Kriege“ – unter diesem Diktum stand die 19. Konferenz, deren Druckfassung dem kurz zuvor verstorbenen Werner Pirker gewidmet war, einem österreichischen Kommunisten, der zeitweilig für die *junge Welt* als Redakteur gearbeitet hatte. Jörg Kronauer analysierte die „Europapolitik des deutschen Kapitals von 1914 bis 2014“ und strich dabei ein hohes Maß an Kontinuität heraus; Zivadin Jovanovic beklagte die „NATO-Aggression“ 1999 im Balkan, Michel Chossudovsky die USA-Strategie mit ihrem „Krieg gegen den Terror“. Allen Ernstes hieß es in verschwörungstheoretischer Manier: „Die USA und ihre Verbündeten stehen hinter den Al-Qaida-Terroristen, die auf besondere Anweisung des westlichen Militärbündnisses unzählige Gräueltaten gegen Zivilisten begangen haben.“³⁶ Diesmal gab es zwei Podiumsgespräche: zuerst eines über die verfälschende Rolle der Medien (mit Andres Koustrop Kaergaard, Karin Leukefeld, Rainer Rupp und Freja Wedenborg), dann eines über „Widerstand gegen Faschismus, gegen Krieg und gegen Sozialkahltschlag“ (mit Maria do Socorro Gomes Coelho, Bernd Riexinger, Monty Schädel, Ulrich Schneider). Riexinger bekräftigte die Ablehnung aller

32 Jutta Ditfurth, Wider den terroristischen Normalzustand, in: RLK XVII, S. 29.

33 So Arnold Schölzel, Kapitalismus heißt Gewalt, in: RLK, XVIII, S. 3.

34 „Die Terrorgruppe NSU ist keine Panne“. Rechte aufbauen, Linke schlagen ist seit je die Maxime der BRD. Ein Interview mit Gabriele Heinecke, in: Ebd., S. 52.

35 Arnold Schölzel, Dir ordnende Hand des Staates, in: Ebd., S. 39.

36 Michel Chossudovsky, Nicht Eroberung, sondern Zerstörung als Ziel, in: RLK, XIX, S. 26.

Auslandseinsätze der Bundeswehr, Schneider, Bundessprecher der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes*, den „Kampf gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus“. Für Schädel, Geschäftsführer der *Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen*, bereitete die Bundesrepublik Krieg vor, für Coelho stellte die NATO eine „Kriegsmaschinerie mit tausenden Stützpunkten“³⁷ dar.

Nach Arnold Schölzel war die 20. Konferenz („Frieden statt NATO“) ein Kontrapunkt zur Sicherheitskonferenz der „Transatlantiker“ einen Monat später – zu dieser „Versammlung von Kriegstreibern, vor allem aber gegen die Politik, die sie repräsentieren.“³⁸ Otto Köhler wertete gewohnt polemisch gegen „Kriegspropagandisten“: „Und da ist noch ein besonderes Früchtchen. Der Professor Joachim Krause vom Kieler ‚Institut für Sicherheitspolitik‘ setzt sich fanatisch für eine Zusammenarbeit von Universität und Bundeswehr ein.“³⁹ Für Oskar Lafontaine, der sich leidenschaftlich gegen Kriege wandte, war die gesamte Außenpolitik des Westens durch Zynismus gekennzeichnet: „Es beginnt ja mit den Begriffen. Die werden, mit Ausnahme der *jungen Welt*, nirgendwo hinterfragt.“⁴⁰ In anderen Beiträgen klang an, die Kriegsführung der NATO sei wesentlich ökonomisch bedingt. Der ökonomistisch argumentierende Schauspieler Rolf Becker, Oskar Lafontaine und Willy Wimmer waren sich auf der Podiumsdiskussion („Abschied der Linken vom Antimilitarismus“) darin einig, die Teilnahme am Kosovo-Krieg 1999 sei ein Bruch des Völkerrechts gewesen. Wimmer, der als CDU-Abgeordneter das Bundesverfassungsgericht angerufen hatte (wegen des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan), pries diese Konferenz als „ein singuläres Ereignis.“⁴¹ Wohlweislich brachten die Diskutanten politische Unterschiede nicht zur Sprache.

Das über 90-jährige Mitglied der DKP⁴² Esther Bejarano, eine Überlebende des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, wartete auf der 21. RLK (Motto: „Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun: selber tun!“) mit einem so flammenden wie pathetischen Appell auf: Nötig sei ein unüberhörbar lauter Aufschrei, „der bis in den letzten Winkel unseres Landes und der ganzen Welt widerhallt. Es ist unvorstellbar, dass wir 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Faschismus wieder so viele Opfer beklagen müssen. Opfer der Barbarei, der menschenverachtenden Ideologie durch Terror, Faschismus, Antisemitismus, Ausländerhass.“⁴³ Sahra Wagenknecht, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten unterscheidend, sah bei den Interventionen des Westen angesichts handfester ökonomischer Interessen die Berufung auf die Menschenrechte als vorgeschoben an. *Die Linke* dürfe in keine Regierung eintreten, weil sie den Rechtstrend, den die SPD fördere, dann noch legitimiere.⁴⁴ Ein Schwerpunkt galt dem kommunistischen Kuba, das kritiklose Bewunde-

37 Maria do Cocco Gmoes Coelho, Mehr miteinander machen!, in: RLK, XIX, S. 55.

38 Arnold Schölzel, Auftakt und Kontrapunkt, in: RLK, XX, 3.

39 Otto Köhler, Mit uns könnt ihr nicht rechnen, in: Ebd., S. 8.

40 Oskar Lafontaine, Gegen jede Kriegsbeteiligung, in: Ebd., S. 16.

41 Willy Wimmer, „Wir brauchen keine fünfte Kriegspartei“, in: Ebd., S. 41.

42 Dieser Sachverhalt blieb unerwähnt.

43 Esther Bejarano, „Wir sind mittendrin“, in: RLK XXI, S. 5.

44 Vgl. Sahra Wagenknecht, Linke Politik statt „Rot-Rot-Grün“, in: Ebd., S. 6-8.

rung erfuhr, von Kubanern wie von Nicht-Kubanern. Die Podiumsdiskussion („Kröten schlucken oder Zähne zeigen: Ist die Linke noch zu retten?“) zwischen Esther Bejanaro, Ellen Brombacher, Mitglied im Bundessprecherrat der *Kommunistischen Plattform* in der Partei *Die Linke*, dem Theologen Dieter Frielinghaus und der Studentin Lena Kreymann war durch ein hohes Maß an Einförmigkeit gekennzeichnet. Die DKP-Mitgliedschaft dieser beiden wurde ebenfalls unterschlagen. Der Diskussionsleiter Arnold Schölzel, auch DKP-Aktivist, stellte keine einzige kritische Frage, nicht einmal der Form halber.

Die 22. RKL („Gegen rechts ist nicht genug: Sozialistische Alternativen erkämpfen“) behandelte die – als negativ geltenden – Verhältnisse in der Türkei, in Brasilien, in Kolumbien, in den USA, im Baskenland. Hingegen wurde Kuba von der Redakteurin einer dort erscheinenden Tageszeitung in hellen Farben geschildert, die Vielzahl an Problemen nur angedeutet: „Ich bin eine junge Kubanerin, die nach dem Sieg der Revolution geboren wurde, in einer Zeit, als der Traum von Fidels Revolution in Kuba Wirklichkeit wurde. Für diesen Traum arbeiten alle Kubanerinnen und Kubaner, die heute auf der Insel leben und die jeden Tag vor vielen Herausforderungen stehen, um unser Projekt voranzubringen. Dieses gesellschaftliche Projekt haben wir selbst gewählt und verteidigen es jeden Tag unseres Lebens aufs Neue. Dieser Traum begann mit der Revolution, der ich große Bedeutung beimesse. Auf dieser Grundlage leben wir Kubanerinnen und Kubaner.“⁴⁵ Die Podiumsdiskussion („Mitmachen und umfallen oder gestalten und verbessern?“) war vom Thema eng mit derjenigen ein Jahr zuvor verwandt, wobei der Dissens unter den Beteiligten (Aitak Barani, Ellen Brombacher, Patrick Köbele, Bernd Riexinger) allerdings größer ausfiel. Das lag vor allem an Barani von *Zusammen e. V.*, die Riexinger wegen seiner Haltung, die einer Koalition mit SPD und Grünen keine strikte Absage erteilte, nicht nur heftig attackierte, sondern diese auch als „Verbrecherparteien“ charakterisierte.⁴⁶ „Wir kritisieren die SPD-Führung, die Partei als solche, die immer noch in diesem Land Verbrechen begeht. Die Lebenserwartung ist gesunken, die Kinderarmut ist gestiegen. Ist das etwa kein Verbrechen? Es wurden Kriege geführt. Der deutsche Imperialismus konnte sich das ohne die SPD nicht erlauben. Und du sagst, das ist keine Verbrecherpartei!“⁴⁷ Drei Monate später bekannte sich das DKP-Mitglied Barani zu der Position, die „Eroberung der Staatsmacht [ist] ohne demokratische Übergänge“⁴⁸ anzustreben, und weitere drei Monate später verließ sie die Partei, weil diese keine revolutionäre Perspektive mehr entfalte.⁴⁹

45 Arlin Alberty Loforte, Die Revolution fortsetzen, in: RLK, XXII, S. 28 f.

46 Auch Patrick Köbele als Vorsitzender der DKP und Ellen Brombacher als Bundessprecherin der *Kommunistischen Plattform* in der Partei *Die Linke* setzte Bernd Riexinger zu, wenngleich in milderer Form.

47 Aitak Barani, „Mit denen nicht“, in: RKL, XXII, S. 47.

48 Dies., Die Debatte zuspitzen: Unsere Demokratie gegen ihre Diktatur!, unter: <http://new.dkp.su.hail.uberspace.de> (1. August 2018).

49 Vgl. die „Austrittserklärung fünf Frankfurter Genossen aus DKP und SDAJ, unter: <http://kom.mnet.de> (1. August 2018).

Die 23. RKL, die mit 2.900 Besuchern einen neuen Teilnehmerrekord verzeichnen konnte, widmete sich fast ausschließlich Afrika („Amandla! Awethu! Die Machtfrage stellen“). In einem Grundsatzbeitrag übte der bekannte südafrikanische Politikwissenschaftler Achille Mbembe⁵⁰, dessen Bücher Arnold Schölzel in der Tagungsbroschüre besprach, heftige Rassismus-, Kolonialismus- und Kapitalismuskritik. Die Zukunft des Planeten werde sich angesichts der demographischen Explosion in Afrika entscheiden. In dem mit ihm geführten Interview plädierte er für ein Modell jenseits der liberalen Demokratie (diesen Terminus verwendete er), ohne deswegen den Sozialismus/Kommunismus als Alternative zu präsentieren.⁵¹ Kuba gilt in der Broschüre als Musterbeispiel für die vielfältige Hilfe gegenüber Afrika.⁵² Stefan Huth, der Chefredakteur der *jungen Welt*, ließ bei der Podiumsdiskussion („Oben – unten, Nord – Süd. Wer wen? Soziale Frage und Flüchtlingselend. Verabschiedet sich die Linke von der internationalen Solidarität?“) folgende Personen zu Worte kommen: die beiden Bundestagsabgeordneten Canan Bayran (Bündnis 90/Die Grünen) und Lorenz Gösta Beutin (*Die Linke*), Günter Pohl (DKP) und Selma Schacht (*Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International*). Beutin bezog in der Flüchtlingsfrage indirekt klar gegen Sahra Wagenknecht Stellung, und Pohl machte den Kapitalismus für die Flüchtlingsproblematik verantwortlich. Beide sprachen sich für Systemüberwindung aus. Bayran, die wie ihr Vorgänger Hans-Christian Ströbele den Wahlkreis Kreuzberg gewonnen hatte, stellte sich ganz hinter diesen in der Flüchtlingspolitik.

Im Vordergrund standen an dieser Stelle die gedruckten Vorträge auf den jeweiligen Konferenzen. Daneben fanden in den Konferenzbroschüren auch vorab veröffentlichte Beiträge aus der *jungen Welt* Aufnahme, ergänzende Texte, ferner Interviews sowie Grußadressen. Der Tenor ist derselbe. Da die Texte reichhaltig bebildert sind, gewinnt der Leser einen anschaulichen Eindruck von den jeweiligen Konferenzen, bei denen auch Musik und/oder Kabarett zum Programm gehört. Die Atmosphäre der Konferenz blieb wegen der Orientierung an Texten hier unberücksichtigt. Ein Beispiel für das letzte Konferenzgeschehen: Es „zog sich über 2 Etagen hin. In der oberen Etage präsentierte sich ein Großteil der linken und ultralinken Szene: über 70 Vereine, Institutionen und Initiativen in Form von Infoständen. Anarchisten neben Anhängern der 4. und 5. Internationale waren hier ebenso anzutreffen wie die maoistischen Propagandisten der Theorien von Bob Avakian, die zumindest in Deutschland unter anderen Linken einen eher zweifelhaften Ruf genießen.“⁵³ Unter dem Namen „Dr. Seltsam“ führt der kommunistische Kabarettist Wolfgang Kröske als Conférencier mitunter durch die Veranstaltung. Anlässlich einer Buchvorstellung

50 Siehe Karlfriedrich Herb, Achille Mbembe, Postkolonie, in: Manfred Brocker (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2018, S. 912-927.

51 Vgl. Achille Mbembe, „Es geht um ein Modell jenseits der Ausbeutung“, in: RLK, XXIII, S. 12-14.

52 Vgl. Enrique Ubieta, Fidels Lektion. Zur Internationalen Solidarität des revolutionären Kuba mit Afrika, in: Ebd., S. 54-56.

53 Ramon Schack, „Wenn die Linie fehlt ...“, unter: <https://.heise.de/tp/features> (1. Juli 2018).

ließ er verlauten: „Mich beglückt besonders, dass ihr drei [Simone Borgstede, Karl-Heinz Dellwo, Andrej Holm] jeder eine Anklage wegen Mitgliedschaft in kriminellen oder terroristischen Vereinigungen hattet. Jetzt steht ihr hier und berichtet über tolle Sachen. Die besten Kräfte eines Landes sitzen im Gefängnis.“⁵⁴

2. Würdigung

Wie erwähnt ist die überregionale Tageszeitung *junge Welt*⁵⁵ verantwortlich für die Konferenzen. 1947 ins Leben gerufen, verfügte sie bis 1990 als Organ der *Freien Deutschen Jugend* über eine Auflage⁵⁶ von mehr als einer Million. Nach der friedlichen Revolution spielten zunächst unterschiedliche linke bis linksextreme Positionen eine Rolle, ohne dass eine spezifische Ideologie dominierte. Danach setzte sich klar eine orthodoxe marxistisch-leninistische Tendenz durch. Die PDS bzw. *Die Linke* wurde und wird in dem Organ mit revolutionärer Emphase kritisiert, wobei zuweilen auch Sympathie erkennbar ist. Am 13. August 2011 verursachte die *junge Welt* mit ihrer verherrlichenden Erinnerung an den Mauerbau („Wir sagen an dieser Stelle einfach mal Danke!“), die wie Satire aussah, aber keine war, einen Proteststurm.⁵⁷ Selbst größere Teile der Partei *Die Linke* gingen danach auf Distanz. Das parteiunabhängige Organ, wohl mehr der DKP als der Partei *Die Linke* nahestehend, attackiert den „Neoliberalismus“ und den „Rassismus“ im Westen so intensiv, wie es Kuba oder eine Reihe palästinensischer Gruppen idealisiert. Führender Kopf der *jungen Welt* war Arnold Schölzel, von 2000 bis 2016 ihr Chefredakteur.⁵⁸ Der langjährige Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit (von 1967 bis 1989), deswegen von der Humboldt-Universität zu Berlin 1994 entlassen, ist als DKP-Mitglied ein heftiger Kritiker des Reformismus innerhalb der Partei *Die Linke*. Die *junge Welt* wirbt, wie u. a. den Konferenzbroschüren zu entnehmen ist, mit den folgenden Worten für sich: „Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.“ Im Umfeld der *jungen Welt* ist ein Netzwerk von Organisationen aktiv, deren Mitglieder, vor allem ehemalige Funktionäre aus dem DDR-Staatsapparat und Angehörige der Staatssicherheit, bestrebt sind, das untergegangene System zu rechtfertigen und die Bundesrepublik Deutschland zu dämonisieren.⁵⁹ Hierzu gehören die *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.* und die *Gesellschaft zur rechtli-*

54 „Wir haben gewonnen!“, in: RLK, XVIII, S. 62.

55 Vgl. zusammenfassend Norman Bock, Zeitschriftenporträt: *junge Welt*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 235-250.

56 Sie lag damit höher als die des Neuen Deutschland.

57 Vgl. Norman Bock, *Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus*, Baden-Baden 2014, S. 96-98.

58 Vgl. ebd., S. 99-107.

59 Vgl. ders., *Postkommunistischer Geschichtsrevisionismus. Die Verklärung der SED-Diktatur*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 58 (2009), S. 377-386.

chen und humanitären Unterstützung e.V. Beide Vereinigungen treten als Unterstützer der RLK auf.

Die Verfassungsschutzberichte des Bundes erwähnen die *junge Welt* als linksextremistisch. Sie repräsentiert das „antiimperialistische“ Spektrum, das vor allem heftige Kritik am „Kapitalismus“, am Faschismus und am „Imperialismus“ übt. Dieser Imperialismus stellt nach Lenin das höchste Stadium des Kapitalismus dar. Als Hauptfeind gelten die USA mit ihren „Vasallen“, darunter Israel. Gegen diese Richtung begehrt(e) in Deutschland nach der Wiedervereinigung eine „antideutsche“, in verschiedene Strömungen aufgesplittete Position auf, welche im Antisemitismus den Kern des Nationalsozialismus wahrnahm. Sie sah Antisemitismus durch die Gefahr eines herausziehenden „Vierten Reiches“ auf dem Vormarsch. Und der Islamismus stelle eine große Bedrohung Israels dar. Gegen diese wende sich die USA, die nicht mehr als Feindbild dienen dürfe. Auch vor der *jungen Welt* machte diese Ideologie nicht halt: 1997 verließ eine Reihe von Redakteuren die *junge Welt* und rief die weithin antideutsche Wochenzeitung *Jungle World* ins Leben.

Die Rosa-Luxemburg-Konferenzen, mehr ignoriert⁶⁰ als getadelt oder gelobt, geraten selten in das Licht derjenigen Öffentlichkeit, die über das Milieu des Publikums hinausweist. Große Aufmerksamkeit entstand allerdings, wie erwähnt, zweimal: 2007 durch die Grußbotschaft des Terroristen Christian Klar⁶¹ und vor allem 2011 durch Gesine Löttsch, die damalige Vorsitzende der Partei *Die Linke*, mit ihrem Artikel über die „Wege zum Kommunismus“. Gesine Löttsch hatte mit diesem Text der eigenen Partei einen Bärendienst erwiesen. *Die Linke* war von der offensiv vorgetragenen Ablehnung der demokratischen Kräfte überrascht und geriet dadurch öffentlich in die Defensive. SPD und Grüne rückten von der Partei *Die Linke* als einem möglichen Koalitionspartner auf Bundesebene deutlich ab.

Auf die Ikone Rosa Luxemburg beziehen sich höchst unterschiedliche Positionen, undemokratische und demokratische, bedingt durch selektive Wahrnehmung. Selbst Teile der SPD und der Grünen greifen vereinzelt auf ihr Gedankengebäude zurück. *Die Linke* erhebt ebenso einen Anspruch auf Luxemburg wie die *junge Welt*, ungeachtet ihrer ideologischen Differenzen. Was Gesine Löttsch 2007 gesagt hatte, wird heute ein führendes Mitglied der Partei *Die Linke* wohl kaum mehr in dieser Deutlichkeit äußern: „Zunächst einmal ein großes Kompliment an die *junge Welt*, die seit zwölf Jahren eine derartige Konferenz organisiert. Das ist schon eine tolle Sache.“⁶² Allerdings gibt es noch immer Repräsentanten der Partei, die auf der Konferenz auftreten und Artikel für die *junge Welt* schreiben. Um die Frage zu entscheiden, wer sich zu Recht eher auf Rosa Luxemburg beruft – die *junge Welt* oder *Die Linke* –

60 Dies gilt selbst für die Verfassungsschutzberichte. Eine Ausnahme war die Veranstaltung 2011 im Zusammenhang mit den Äußerungen von Gesine Löttsch zum Kommunismus. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2011, Berlin 2012, S. 169 f.

61 Siehe Stephan Berghaus, Gnade vor Recht? Eine Lektüre der Begnadigungsdebatte um Christian Klar, in: Katharina Grabbe/Sigrid G. Köhler, Martina Wagner-Egelhaaf (Hrsg.), Das Imaginäre der Nation. Zur Persistenz einer politischen Kategorie, Bielefeld 2012, S. 293-325.

62 Gesine Löttsch, Nicht radikal genug, in: RLK, XII, S. 23.

erscheint eine kurze Charakterisierung ihrer Position sinnvoll, und zwar am Beispiel der mythenumwobenen Abhandlung zur Russischen Revolution.

Rosa Luxemburg, Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands Ende 1918 und im Januar 1919 von Freikorps ermordet, lobte in ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ entgegen manchen Mythen Lenin und seine Bewegung zum Teil euphorisch. „Dass die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Treue, des kühnen Wurfs ihrer Politik.“⁶³ Das Lob für den Bolschewismus ging einher mit einem wütenden Tadel für die deutschen Sozialdemokraten, deren Reihen sie entstammte. „Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit aus der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: Zuerst werben wir eine ‚Mehrheit‘. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärtszutreiben versucht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Lösung ausgegeben haben: Die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der Bauern!, hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, ‚illegalen‘ Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mussten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.“⁶⁴

Obwohl Luxemburg die Russische Revolution überschwänglich guthieß, übte sie in drei Punkten Kritik. Die ersten zwei fallen bei einer Würdigung der Schrift meistens unter den Tisch, während der dritte Aspekt mittlerweile legendäre Bedeutung gewonnen hat. Erstens erscheint Luxemburg die Aufteilung von Grund und Boden an die Bauern als kritikwürdig. „Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf.“⁶⁵ Die Autorin sieht in den Bauern, die nun Besitz zu verteidigen haben, gefährliche Feinde des Bolschewismus. Zweitens prangert Luxemburg Lenins Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen an. Diese trage zur Schwächung Russlands bei. Die Bolschewiki „haben durch diese Förderung des Nationalismus den Zerfall Russlands selbst herbeigeführt, vorbereitet und so den eigenen Feinden das Messer in die Hand gedrückt, das sie der russischen Revolution ins Herz stoßen sollten.“⁶⁶

Drittens schließlich kritisiert sie die Einschränkung der Freiheiten durch den Bolschewismus. „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution,

63 Rosa Luxemburg, *Zur russischen Revolution*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919, Berlin (Ost) 1974, S. 334.

64 Ebd., S. 341.

65 Ebd., S. 343.

66 Ebd., S. 351.

wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft.“⁶⁷ Im Zusammenhang gelesen bedeutet dies: Die Verfasserin, eine Anhängerin des Massenspontaneismus, verwirft die parlamentarische Demokratie – ein oft unterschlagener Sachverhalt.⁶⁸ Die von ihr gepriesene „sozialistische Demokratie“ fällt mit der „Diktatur des Proletariats“ zusammen.

Die Quintessenz: Die Verteidigung Lenins, weniger die Kritik an ihm, steht im Vordergrund: „Die Bolschewiki haben gezeigt, dass sie alles können, was eine echte revolutionäre Partei in den Grenzen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande ist. Sie sollen nicht Wunder wirken wollen. Denn eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder. Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus, geradezu die brennende Zeitfrage nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren die Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die *einzig*en, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!“⁶⁹ Ihre einstigen Bündnisgenossen (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann) beschimpfte sie auf dem Gründungsparteitag der KPD mit wüsten Worten –

67 Ebd., S. 362.

68 Vgl. zur Kritik an der Idealisierung Luxemburgs: Georg W. Strobel, Die Legende von der Rosa Luxemburg. Eine politisch-historische Betrachtung, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz der Arbeiterbewegung 28 (1992), S. 373-394; Manfred Scharer, „Freiheit ist immer ...“. Die Legende von Rosa & Karl, Berlin 2002; Eckhard Jesse, Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln u.a. 2002, S. 187-212; Werner Müller, Bolschewismuskritik und Revolutionseuphorie. Das Janusgesicht der Rosa Luxemburg, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 29-48; Armin Pfahl-Traugher, Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer Klassikerin, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, Frankfurt a. M. 2011, S. 181-195.

69 Luxemburg (FN 63), S. 365 (Hervorhebung im Original).

als „Zuchthäusler, die überhaupt nicht in eine anständige Gesellschaft hineingehören.“⁷⁰

Die Linke schmückt sich mit dem Namen Rosa Luxemburgs: Darin ist sich die Partei bei allen sonstigen Streitigkeiten einig. 1999 hatte „ihre“ Stiftung, die seit jenem Jahr Globalzuschüsse aus dem Bundeshaushalt bezieht, den bisherigen Namen „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ um den von Rosa Luxemburg erweitert. Die Partei knüpft an die jährlichen Ehrungen der SED an, wenngleich in weniger plumper Form. Berlin-Friedrichsfelde ist nach wie vor ihr Wallfahrtsort. Sahra Wagenknecht erklärte 2008 auf der RLK, sie hoffe, *Die Linke* werde die Partei Liebknechts und Luxemburgs. „Die Berliner Senatspolitik ist ganz sicher nicht die Politik Liebknechts und Luxemburgs.“⁷¹ Dem ist ungeachtet einer ganz anderen Bewertung nicht zu widersprechen.

Auch wenn *Die Linke* sich permanent auf Rosa Luxemburg beruft⁷², deckt sich deren revolutionärer Impetus nur zum Teil mit dem Pragmatismus der Partei, obwohl es schwierig sein dürfte, die Verhältnisse von heute auf die Zeit vor 100 Jahren zu übertragen und umgekehrt. *Die Linke* steht mehrheitlich Lenin deutlich kritischer gegenüber als in ihrer Zeit Luxemburg. Der Verfasser sieht sich also genötigt, *Die Linke* vor ihrer Gralshüterin in Schutz zu nehmen. Die Verteidigung Luxemburgs steht in einem gewissen Widerspruch zur Praxis der Partei.

Hingegen weiß sich die Mannschaft der *jungen Welt*, die die RLK vorbereitet und durchführt, der Ideologie Lenins weithin verpflichtet. Ihr steht weitaus eher das Recht zu, Rosa Luxemburg für sich in Beschlag zu nehmen. Wer die Texte in den Broschüren der RLK mit den zahlreichen Editorials von Arnold Schölzel und Stefan Huth, seinem Nachfolger, Revue passieren lässt, kann die Position Norman Bocks mit Blick auf den relativierenden „Geschichtsrevisionismus“⁷³ zum „realen Sozialismus“ gut nachvollziehen. Die Idealisierung Kubas ist sogar „Geschichtsrevisionismus“ im apologetischen Sinne. Allerdings nimmt die Kritik an der „Klassengesellschaft“ einen weitaus größeren Raum ein – nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung. Auf diese Weise kann die *junge Welt* ihr Unterstützerumfeld vergrößern. Gewiss, nicht alle Texte der eingeladenen Referenten sind umstandslos den Organisatoren der Konferenz zuzurechnen⁷⁴, aber der Tenor ist so eindeutig, dass kein Weg an dem Urteil vorbeiführt: Hier kommen vornehmlich Autoren zu Wort, die sich eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf ihr Panier geschrieben haben.

Erwähnenswert ist das unverdrossene Engagement für Mumia Abu-Jamal. Dieser, ein Anhänger der *Black-Panther*-Bewegung, wurde 1982 wegen eines Mordes an

70 Rosa Luxemburg, Unser Programm und die politische Situation, in: Ebd., S. 506.

71 Wagenknecht (FN 17), S. 26.

72 Vgl. Jürgen P. Lang, Heilige Rosa? Die Luxemburg-Rezeption in der Partei „Die Linke“, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 900-907.

73 Vgl. Bock (FN 57), insbes. S. 275-283.

74 Die Beteiligung von Repräsentanten der Grünen an den Diskussionen auf der RKL ist schwer nachvollziehbar.

einem Polizisten zunächst zum Tode verurteilt und 2011 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Die *junge Welt*, die ihm eine regelmäßige Kolumne gibt, hält ihn für unschuldig und unterstützt die vielfältigen Aktivitäten zu seiner Freilassung.⁷⁵ Fast in jeder Broschüre finden sich „Grußbotschaften“ Abu-Jamals, in denen die Politik der USA so heftig wie emotional kritisiert wird, ihr „Neoliberalismus“ ebenso wie ihr „Rassismus“. Beendete Mumia Abu-Jamal seine Texte früher mit den Worten „Aus der Todeszelle – hier spricht Mumia Abu-Jamal“⁷⁶, so heißt es heute: „Aus der Gefängnisnation USA Euer Bruder Mumia Abu-Jamal“.⁷⁷ In einem gewissen Gegensatz zur Fixierung auf die strukturell bedingten gesellschaftlichen Missstände im Kapitalismus steht die Idealisierung einer Person wie der Abu-Jamals. Erklärbar dürfte das damit sein, dass dessen Schicksal, das zur Mobilisierung beiträgt, als prototypisch für die Inhumanität der kapitalistischen Welt nach dieser Lesart gilt.

Insofern liegt kein Etikettenschwindel vor, wenn die *junge Welt* Rosa-Luxemburg-Konferenzen abhält. Allerdings muss von einem solchen in anderer Hinsicht die Rede sein. Was der Verfasser vor nunmehr 15 Jahren nach nur wenigen Konferenzen geschrieben hatte, ist eingetroffen: Kaum ein Text, der den heutigen Kapitalismus analysiert und kritisiert, bezieht sich auf Rosa Luxemburg.⁷⁸ Offenbar taugen ihre Maximen selbst für deren Anhänger wenig, wenn es darum geht, die Gegenwart analysierend zu erfassen.

3. Literatur

Über die *junge Welt*, die diese Konferenzen ausrichtet, gibt es von Norman Bock eine Monographie, die das Geschichtsverständnis des Periodikums kritisch beäugt – und zwar anhand der Russischen Revolution, des Spanischen Bürgerkrieges, des Stalinismus sowie der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit.⁷⁹ Der Autor bescheinigt dem Organ in Anlehnung an die Diskussion über den Rechtsextremismus „Geschichtsrevisionismus“. Bock unterteilt die untersuchten Artikel in die Kategorien „relativierender“ (verharmlosender), „negationistischer“ (leugnender) und „apologetischer“ (rechtfertigender) Geschichtsrevisionismus. Sein Urteil: Die große Mehrheit von ihnen ist „geschichtsrevisionistisch“ im „relativierenden“ Sinne. Ein „negationistischer“ Geschichtsrevisionismus liege nicht vor, da die Autoren keine Verbrechen leugneten. Immerhin heißt es, die Verbrechen würden in den meisten Artikeln gar nicht erwähnt. Die Grenze zwischen Leugnen und Nicht-Erwähnen ist jedoch fließend. Nach Bock dominiert der „relativierende“ Geschichtsrevisionismus deshalb, weil er sich eher als „anschlussfähig“ erweist. Der Autor geht nur sporadisch auf die Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz ein.

75 Vgl. etwa Gabriele Henning, Solidarität mit Mumia Abu-Jamal, in: RLK, XXIII, S. 53.

76 So Mumia Abu-Jamal, Imperiale Macht und Gegenmacht, in: RKL, XIV, S. 21.

77 So ders., Die Entstehung der „Angststaaten“, in: RKL, XXIII, S. 34.

78 Vgl. Jesse (FN 68), S. 201.

79 Vgl. Bock (FN 57).

Auch sonst wird über sie kaum berichtet, von der „Szene“ abgesehen – es sei denn, ein Beitrag erregt Aufsehen, sei es durch den Inhalt, sei es durch die Person, wie das 2011 auf beides zutraf: mit der Verteidigung des Kommunismus durch Gesine Löttsch, die damalige Vorsitzende der Partei *Die Linke*.

Literatur

Literaturbericht:

Russische Revolution im Rückblick

Von Gerhard Wettig

- Helmut Altrichter**, Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, 2. erw. Aufl., Paderborn 2017 (*Ferdinand Schöningh*), 622 S.
- Stephen A. Smith**, Revolution in Russland. Das Zarenreich in der Krise, Darmstadt 2017 (*Philipp von Zabern*), 496 S.
- Gerd Koenen**, Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017 (*C.H. Beck*), 1133 S.
- Eva Ingeborg Fleischhauer**, Die Russische Revolution. Lenin und Ludendorff (1905-1917), Borsdorf 2017 (*edition winterwork*), 888 S.
- Catherine Merridale**, Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution, Frankfurt a. M. 2017 (*S. Fischer*), 384 S.
- Victor Sebestyen**, Lenin. Ein Leben, Berlin 2017 (*Rowohlt*), 703 S.
- Martin Aust**, Die russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017 (*C.H. Beck*), 278 S.
- Tilman Mayer/Julia Reuschenbach** (Hrsg.), 1917. 100 Jahre Oktoberrevolution und ihre Fernwirkungen auf Deutschland, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 286 S.
- Verena Moritz**, 1917. Österreichische Stimmen zur Russischen Revolution, Salzburg 2017 (*Residenz*), 287 S.
- Wladislaw Hedeler** (Hrsg.), Die russische Linke zwischen März und November 1917, Berlin 2017 (*Karl Dietz*), 335 S.
- Jörn Schütrumpf** (Hrsg.), Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017 (*Karl Dietz*), 463 S.
- Jan Claas Behrends/Nikolaus Katzer/Thomas Lindenberger** (Hrsg.), 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution, Berlin 2017 (*Ch. Links*), 350 S.
- Philippe Kellermann** (Hrsg.), Anarchismus und Russische Revolution, Berlin 2017 (*Karl Dietz*), 415 S.
- Karl Schlögel**, Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer vergangenen Welt, München 2017 (*C.H. Beck*), 912 S.
- Ulrich Mähler** (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung JHK 2017, Berlin 2017 (*Metropol*), 282 S.

1. Einleitung

Zum 100. Jahrestag des epochemachenden kommunistischen Umsturzes in Russland 1917, der in der UdSSR als „Große Oktoberrevolution“ gefeiert wurde, sind im deutschen Sprachraum viele Werke erschienen, die das damalige Geschehen mit sei-

nen Folgewirkungen zu bilanzieren suchen und die heutige Sicht der politischen Erben beleuchten. Helmut Altrichter, der die revolutionären Entwicklungen vom Vorabend der Rebellion in Petrograd bis zum Jahreswechsel 1917/18 behandelt, erörtert sie einschließlich ihrer strukturellen Voraussetzungen und Determinanten genau und differenziert. Er erläutert die unterschiedlichen Problemstellungen und Politikorientierungen sowie die – als mögliche „Wege der Annäherung“ bezeichneten – Deutungsmuster: den Marxismus leninistischer Prägung, die westlichen Modernisierungstheorien und das eigene vorsichtig abwägende politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Herangehen. Das erlaubt Einsichten, die anderswo entweder überhaupt nicht oder zumindest nicht in dieser Klarheit zu finden sind, etwa bei den Unterschieden innerhalb der sozialen Großgruppen: der schmalen Oberschicht des Adels und des Bürgertums, denen die Arbeiter und die Bauernmassen gegenüberstanden. Dabei fällt neues Licht auf die Rolle der Unterschichten, die zwar die Parolen der Politiker übernahmen, aber eigenen Antrieben folgten. Das Scheitern der Liberalen und demokratischen Sozialisten, die zunächst alle Chancen hatten, war darauf zurückzuführen, dass sie dies nicht erkannten und berücksichtigten. Die anfänglich kleine Minderheit der Bolschewiki errang durch geschickte taktische Anpassung an die Bestrebungen der Massen die Macht, die sie dann dazu benutzten, ihnen ein vorgefasstes Programm aufzuzwingen. Der fundamentale Gegensatz zwischen den Zielen demokratischer Kräfte und den Motiven der Arbeiter und Bauern relativiert den Stellenwert der sonst oft ins Zentrum gerückten politischen Ideen. Ausführlich wird der „Zerfall des Reiches“, die Separation der nicht-russischen Völker vom Gesamtstaat behandelt: die vorangegangene Entwicklung des Nationalbewusstseins und 1917 die Loslösung Finnlands, der baltischen Provinzen, des besetzten Polens, der Ukraine, des Transkaukasus und des islamischen Ostens.

Stephen A. Smith beleuchtet den revolutionären Prozess in seiner sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Tiefendimension auf oft resümierende und generalisierende Weise. Er bezieht sich zuweilen auf Kontroversen und Ungewissheiten der Forschung. Der zeitliche Rahmen schließt die Vorgeschichte seit der Thronbesteigung Nikolaj II. ein, und setzt sich fort bis zum Beginn von Stalins schrankenloser Schreckensherrschaft. Gerd Koenen erzählt die Geschichte der kommunistischen Bewegung seit den Anfängen vor der Revolution von 1789 bis zum Ende der UdSSR mit nirgendwo sonst erreichter Genauigkeit und mit der Klarheit jenes Betrachters, der früher von den Verheißungen des Roten Oktobers fasziniert war, sich dann aber in einem Prozess der kritischen Auseinandersetzung davon gelöst hat. Neben der ideologisch-politischen Dimension betont er die Bedeutung der soziokulturellen Verhältnisse Russlands, die sich von denen im Westen grundlegend unterschieden, stellt den Werdegang namentlich Lenins dar, und zeigt, wie das unter Stalin zum Totalitarismus entfaltete Regime nur unter den spezifischen russischen Bedingungen entstehen konnte. Diese drei Werke werden dem nachstehenden Literaturbericht in erster Linie zugrunde gelegt, weil nur sie sich der Gesamtthematik zuwenden. Soweit auf Ergebnisse und Akzentsetzungen anderer Darstellungen Bezug ge-

nommen wird und sich wichtige zusätzliche Gesichtspunkte ergeben, wird in Klammern darauf hingewiesen.

Eva Ingeborg Fleischhauers weitgespannte Darlegungen und Schlussfolgerungen mögen das Zusammenwirken Lenins mit Berlin und vor allem die Rolle von General Ludendorff in diesem Kontext generell überbewerten, doch die minuziös ausgewerteten, zumeist erstmals herangezogenen Erinnerungsberichte, Studien und Dokumente namentlich auch russischer Provenienz belegen seine bisher kaum beachtete langjährige Interaktion mit den deutschen und österreichischen Geheimdiensten. Die Mittelmächte hielten Russland im erwarteten Zwei-Fronten-Krieg für den schwächeren Gegner, der aber wegen der räumlichen Weite nicht mit Waffengewalt zu besiegen sei und daher mit den Mitteln der militärischen Spionage und politischen Zersetzung niedergerungen werden müsse. Ihre Hoffnungen richteten sich auf Lenin, der im Exil über geeignete politische Verbindungen nach Hause verfügte und die Zerstörung des Zarenreichs durch eine Revolution anstrebte. Catherine Merridale zeichnet ein beeindruckendes, aber in einigen Details nicht voll zutreffendes Bild seiner Rückkehr aus der Schweiz und der gleichzeitigen britischen Geheimdienstaktivitäten. Das Buch von Victor Sebestyen gibt vor dem Hintergrund bekannter Tatbestände aus Lenins Leben, die an einigen Stellen durch neue Details ergänzt werden, ein genaues Profil seiner Persönlichkeit: Lenin war nicht nur ein kalt und rücksichtslos kalkulierender Machtpolitiker, der alle Privilegien eines Herren für sich in Anspruch nahm, sondern auch ein zutiefst emotionsgeleiteter Mensch. Martin Aust beschränkt sich auf einen knappen, zuweilen unvollständigen Abriss des politischen Oberflächengeschehens ab etwa 1900 bis zu den 1920er Jahren.

Die von Mayer und Reuschenbach publizierten Aufsätze widmen sich den Auswirkungen der Wende von 1917 generell, besonders aber in Deutschland. Leonid Luks skizziert die Gesamtentwicklung der Revolution 1905/06 bis zum Ende der UdSSR 1991. Verena Moritz ediert und kommentiert österreichische Berichte über Russland von 1917/18. Die Aufsätze bei Wladislaw Hedeler behandeln die Sozialisten in den Räten: die – auf den Rückhalt bei den Arbeitern sich stützenden – Sozialdemokraten (Menschewiki, sowie als rechten Flügel den jüdischen „Bund“ und die Trudowiki) und die – für die Bauern eintretenden – Sozialrevolutionäre, die zwar zunächst noch eine Einheit bildeten, aber darüber uneinig waren, ob das Land sofort oder erst durch künftigen Parlamentsbeschluss zu verteilen sei. Die Bolschewiki hatten anfangs nur geringen Einfluss und waren vor Lenins Rückkehr im April ohne klare Linie – belegt anhand von anderswo nicht verfügbaren Details. Jörn Schüttrumpfs Edition dokumentiert, wie die deutschen Linkssozialisten auf die kommunistische Parteidiktatur in Russland mit wachsender Ablehnung reagierten. Im Band von Jan Claas Behrends, Nikolaus Katzer und Thomas Lindenberger wird die Darstellung des kommunistischen Umsturzes in Russland bei den Gedenkfeiern seiner politischen Erben in zehnjährigem Abstand untersucht. Die Beiträge bei Philippe Kellermann nehmen die Anarchisten in den Blick, von deren unterschiedlichen Varianten nur eine, die Machno-Bewegung in der Ukraine, zeitweilig – während des

Bürgerkriegs – größere Bedeutung hatte. Karl Schlögel stellt typische Lebenssituationen und Bewusstseinsprägungen der Sowjetzeit dar.

2. Vorgeschichte und Anfänge der Revolution

Mit besonderem Nachdruck betont Jörg Baberowski im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* fundamentale soziopolitische Voraussetzungen der Revolution 1917 (JHK 2017, S. 1-16). Von zentraler Bedeutung war die Bewusstseinspaltung der Bevölkerung seit der petrinischen Wende Anfang des 18. Jahrhunderts in eine kleine Oberschicht und davon getrennte bäuerliche Massen.¹ Um das Reich am europäischen Vorbild auszurichten und dadurch effizient zu machen, oktroyierten die – nun „Kaiser“ genannten – Zaren die westliche Kultur und bekämpften das russische Erbe, gestatteten aber den sich beharrlich widersetzenden Bauern, an den alten Traditionen festzuhalten. Ihre Entfremdung gegenüber der neuen staatlichen Ordnung erschien hinnehmbar, weil sie in der Ständegesellschaft keine Rolle spielten. Deswegen mussten sich nur die adligen Grundherren, welche in den Dörfern die öffentliche Gewalt ausübten, die europäische Lebensart aneignen. Ihre Bedeutung als Kulturträger, die allein dem Regime genehm waren, stärkte die Leibeigenschaft. Als diese 1861 aufgehoben wurde, blieb das Abhängigkeitsverhältnis insofern bestehen, als dem Adel zwecks Entschädigung für die verlorenen Rechte der weitaus meiste Boden zugeteilt wurde. Die Bauern konnten vom Ertrag der ihnen belassenen kleinen Parzellen nicht leben, mussten Ablösesummen für die Befreiung aus der Hörigkeit zahlen und wurden steuerpflichtig, weswegen sie als Lohnarbeiter dienstbar blieben. Sie waren zwar nicht mehr Eigentum der Grundherren, unterstanden ihnen aber nach wie vor, weil der Staat in den Dörfern nicht mit eigenen Organen präsent war und wichtige Aufgaben – namentlich das Eintreiben der Steuern und die Durchsetzung der Wehrpflicht, die fast ausschließlich von der bäuerlichen Bevölkerung geleistet wurde – an jene delegierte. Andere Befugnisse, wie vor allem Polizei und Rechtsprechung, gingen an die zur Selbstverwaltungskörperschaft erklärte Dorfversammlung über, und diese richtete sich nicht nach gesetzlichen Vorschriften, sondern nach altrussischen Traditionen. Die Bauern bildeten weiter eine Parallelgesellschaft, deren Lebensordnung der amtlichen Norm widersprach. Sie standen dem europäisch ausgerichteten Staat, den sie nur als fordernde Gewalt kannten, latent feindlich gegenüber. Wer von ihnen als Arbeiter in die neuen industriellen Zentren strömte, schlug dort nur selten Wurzeln. Er hielt am Kontakt zum Dorf fest, sah in ihm auch dann, wenn er auswärts nicht nur saisonal tätig war, weiter seine Heimat und blieb dessen gewohnter Lebensart verhaftet. Das Proletariat war zudem wegen oft miserabler materieller Verhältnisse, vor allem in Bezug auf Unterbringung und Wohnung,

1 Vgl. den Beitrag von Leonid Luks bei Tilman Mayer/Julia Reuschenbach (Hrsg.), 1917. 100 Jahre Oktoberrevolution und ihre Fernwirkungen auf Deutschland, Baden-Baden 2017, S. 38-40.

ein meist unruhiges Element, das zu – offiziell verbotenen – Streiks und zu Aufruhr und Gewalt neigte.

Russland befand sich seit dem späten 19. Jahrhundert in rasantem Umbruch. Nach dem Willen des Regimes sollte es sich wirtschaftlich modernisieren, um sich als Großmacht behaupten zu können. Vielfach mit Hilfe von Investitionen aus dem Ausland wurden vor allem im Donbass, im polnischen Łódź, in der Hauptstadt und in Moskau Industrien aufgebaut, die nicht zuletzt auch der Ausrüstung der Armee dienten. Es entstanden neue Bevölkerungsgruppen, die nicht mehr in die Ständegesellschaft passten. Außer einer rasch wachsenden Arbeiterschaft und den sie beschäftigenden Fabrikanten formierten sich in den Städten bürgerliche Schichten mit teilweise großem Wohlstand, und verlangten Mitwirkung im Staate. Nikolaj II., der die autokratische Herrschaft als göttlichen Auftrag betrachtete, widersetzte sich mit aller Energie. Sein Bestreben, alle Macht in den Händen zu halten, widersprach den realen Verhältnissen auch deswegen, weil Verwaltung und Polizei außerhalb der Zentren des Reiches nur mit geringen Kräften präsent waren und seit Alexander II. mit autonomen Körperschaften koexistierten. Der Streit des Kaisers mit den Liberalen über konstitutionelle Rechte überlagerte das Bewusstsein einer kulturellen Übereinstimmung, das Monarchie, Adel und Bürgertum miteinander – gegenüber der als „dunklen [das Licht des Geistes entbehrenden] Massen“ empfundenen breiten Bevölkerung² – verband. Die Anfang des 20. Jahrhunderts vom „Arbeiterpriester“ Georgij Gapon erfolgreich begonnene gewerkschaftlich-sozialdemokratische Organisation der Arbeiterschaft scheiterte, als – wie Fleischhauer nachweist – radikale Staatsfeinde, namentlich die Bolschewiki, den „Blutsonntag“ vom 9. Januar 1905 herbeiführten. Daraufhin brach eine Revolution aus. Aufruhr erfasste nicht nur die Zentren des Reiches. In weiten Regionen, vor allem in den westlichen Provinzen, kam es neben heftigen Arbeiterprotesten und Streiks auch zu äußerst gewalttätigen Revolten auf dem Land, die sich gegen die Grundherrschaft richteten. Die Ordnung wurde von der – trotz der bäuerlichen Herkunft der Soldaten mit Mühe loyal gehaltenen – Armee wiederhergestellt. Wie vor allem Baberowski im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* betont, sah sich der Herrscher durch die wechselseitige Bedrohung widerstrebend zur Verständigung mit den Liberalen genötigt. Er dekretierte die Bildung der Duma als parlamentsähnlicher Körperschaft, die freilich von vornherein nur die kleine Minderheit der Besitzenden und Gebildeten repräsentierte. Die Arbeiter, die verschiedentlich während der Revolution spontan Räte gebildet hatten, gehörten ihr ebenso wenig an wie die Bauern. Auch wurde, als sich die Lage beruhigt hatte, die Duma nachträglich antiliberalen Restriktionen unterworfen. Dies verstärkte den Konflikt an der gesellschaftlichen Spitze erneut – mit fatalen Folgen am Beginn des Ersten Weltkrieges: Statt eines anfänglichen Gefühls der Gemeinsamkeit

2 Gerhard Wettig, Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 12, Berlin 1967, S. 46-389, hier: S. 67. Ich stütze mich in diesem Literaturbericht auch sonst zuweilen auf meine eigene Arbeit, weil ihr nicht selten anderswo nicht verwendete Quellen zugrunde liegen.

im Kampf gegen den auswärtigen Feind trat zunehmend der innenpolitische Streit in den Vordergrund.

Im österreichischen Galizien hielt Lenin, wie Fleischhauer darlegt, engen Kontakt mit den Geheimdiensten der Mittelmächte, mit deren Hilfe er Agenten über die nahe russische Grenze schleuste. Er besorgte ihnen etwa russische Aufmarschpläne, deren Kenntnis sich später bei den Kämpfen in Ostpreußen als nützlich erwies. Lenin erlangte aufgrund der ihm gewährten, vor allem auch finanziellen Unterstützung eine herausragende Position in den revolutionären Kreisen seines Landes, die das Gewicht seiner Anhänger weit übertraf. In Berlin und Wien nährten die von seinen Leuten 1914 initiierten mehrmonatigen, im Juli kulminierenden russischen Streiks und Unruhen die Erwartung, auf diese Weise Kriegsanstrengungen verhindern zu können. Es kam jedoch anders. Als das Zarenregime im August seine Truppen mobilisierte und auf Verlangen des französischen Bündnispartners eilig eine Offensive startete, stimmte die russische Öffentlichkeit begeistert zu, ohne dass es bei Arbeitern, Soldaten und Bauern zu Widerständen kam. Auch nach diesem Fehlschlag wurde Lenin von der Gegenseite weiter als Informationsquelle und Mann mit politischem Einfluss geschätzt. Als er nach Kriegsausbruch wegen einer in der Bevölkerung grassierenden Spionageangst verhaftet wurde, erwirkten die Behörden in Wien seine sofortige Freilassung. Seine Tätigkeit wurde in die neutrale Schweiz verlegt, wo sich zahllose Agenten aus aller Herren Länder tummelten. Nach anfänglich hoher Wertschätzung fanden Lenins Dienste jedoch bald weniger Interesse. Zu seiner Freude ergriff General Ludendorff im September 1916 die Zügel in der deutschen Obersten Heeresleitung und konzentrierte sich auf die Niederringung Russlands mit allen Mitteln. Lenin wurde wieder gebraucht.

Das Zarenreich wurde durch die Anforderungen eines langen Krieges einem Härtestest ausgesetzt, dem es immer weniger gewachsen war. Als durch militärische Misserfolge große Gebiete verloren gingen und strukturelle Mängel der Organisation ständig fatale Ausfälle bei der Versorgung von Truppe und Bevölkerung herbeiführten, wuchs der Enthusiasmus in der bürgerlichen Öffentlichkeit zunehmend heftiger Kritik am herrschenden Regime. Noch gravierender war, wie besonders Luks feststellt, dass sich die traditionellen Bindungen der breiten Massen an den Zaren unmerklich lockerten, ohne dass ein patriotisches Engagement an ihre Stelle getreten wäre, das die enormen Entbehrungen und Opfer gerechtfertigt hätte (wie in anderen Ländern). Zwar war die militärische Lage keineswegs katastrophal, denn die Front hatte sich nach vielen Niederlagen und Rückzügen stabilisiert, die dort stehenden Soldaten wahrten noch die Disziplin, und den gegnerischen Mächten fehlte die Kraft zur Ausnutzung ihrer Erfolge. Im Hinterland jedoch gährte es. Unmerklich verbreitete sich in den Unterschichten, denen jede vaterländische Gesinnung fremd war, und in der Etappe, deren Einheiten den Fronteinsatz fürchteten, die Ablehnung des Krieges. Das entzog diesem zunehmend die psychologische Grundlage. Spaltend wirkte sich zudem der schärfere Gegensatz zwischen dem Herrscher und den publizistisch maßgebenden bürgerlich-liberalen Kreisen aus. Deren Angebot, das Regime und seine militärischen Anstrengungen zu unterstützen, wenn eine konstitutionelle Monarchie

entwickelt würde, stieß beim Kaiser auf beharrliche Zurückweisung. Das verstärkte in der Öffentlichkeit die Neigung, dem Monarchen, der das Oberkommando über die Truppen persönlich übernommen hatte, und der „Hofkamarilla“ der Zarin, die sich mit zweifelhaften Personen – wie insbesondere dem von ihr als „Heiligen“ verehrten Rasputin – umgeben hatte, die Schuld an allen Schwierigkeiten zu geben. Damit verband sich die illusionäre Erwartung, wenn es in Russland so wie in Großbritannien und Frankreich parlamentarische Verhältnisse gebe, wäre nicht nur die unheilvolle Autokratie beseitigt, sondern auch Bevölkerung und Armee zu jedem Einsatz – und damit zur Lösung aller Probleme – bereit.

Unzufriedenheit und Versorgungsmängel bestimmten zunehmend das Leben in der Hauptstadt. Fleischhauer macht zudem geltend, aus dem Ausland instruierte Agenten hätten am Entstehen der revolutionären Lage und den folgenden Entscheidungen maßgeblich mitgewirkt. Ende Februar³ 1917 protestierten Frauen wegen der leeren Bäckereien; in großer Anzahl begannen Arbeiter zu streiken; Aufruhr breitete sich über die ganze Stadt aus. Im Verlauf von drei Tagen gingen die Einheiten der Garnison sukzessive aus ihren Kasernen auf die Straße, die Polizei wurde entwaffnet und aufgelöst, die an ihre Stelle tretenden Milizen der Aufständischen schufen kaum Ordnung, und die aus der Umgebung herbeibeordneten Einheiten verweigerten den Gehorsam. Im benachbarten Kronstadt und in Sveaborg vor Helsinki wurde offensichtlich mit genauer Planung die Führung der Baltischen Flotte umgebracht. In Kronstadt proklamierten radikal-revolutionäre Matrosen eine „erste Sowjetrepublik“ (vgl. Natalja Smolanskaja im Sammelband von Wladislaw Hedeler). Die Duma wurde von den Ereignissen völlig überrascht, ihre Führer handelten erst nach langem Zögern. Eher widerwillig übernahmen sie die Regierung, nachdem das alte Regime in der Hauptstadt zusammengebrochen war. Sie wollten alle Kräfte einbeziehen und auch die Sozialisten beteiligen, aber bis auf Kerenskij, der die Kleingruppe der Trudowiki repräsentierte, lehnten diese ab. Die Linksintellektuellen sahen sich als die politischen Anwälte der Unterschichten und wollten sich deswegen nicht mit denen „da oben“ gemein machen. Nach dem Vorbild der Revolution von 1905 bildeten sie in Petrograd einen Rat, der diesmal außer Deputierten der Arbeiter auch solche der Soldaten umfasste. Nachdem die breiten Massen bis dahin keine Stimme gehabt hatten, sollte jetzt der Rat unter Führung der Sozialisten die Regierungstätigkeit beaufsichtigen und bei Bedarf korrigieren. Dieser für das ganze Reich beispielgebenden Doppelherrschaft lag die Vorstellung zugrunde, die Unterdrückten und Ausgebeuteten müssten sich als das Volk gegen die – verächtlich Bourgeois genannten – Bürgerlichen zur Wehr setzen. Laut Fleischhauer war Jurij Steklow, ein eng mit Deutschland verbundener, offiziell parteiloser und später bolschewistischer Politiker, sowohl an dieser Weichenstellung als auch an den folgenden grundlegenden Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Die Räte in der Provinz kooperierten zwar fast durchweg mit den Verwaltungen bei der Regelung der Alltagsprobleme, aber die Regierung stand,

3 Die Angaben für 1917 beruhen auf dem alten, damals in Russland noch geltenden Julianischen Kalender.

nachdem die pauschal einer „reaktionären“ Gesinnung verdächtigten Gouverneure entlassen worden waren, in den Regionen ohne Exekutivorgane da, die ihrem Willen Geltung verschafften. Die Appelle des Petrograder Rates dagegen dienten vielfach den anderen Räten im Land als Orientierung.

Das Fehlen einer einheitlichen Staatsmacht förderte die Ausbreitung der Anarchie, obwohl zwischen Regierung und Rat in aktuellen Fragen weithin Übereinstimmung bestand. Gemeinsam mit leitenden Militärs betrieben sie die Abdankung des Kaisers und wollten, nachdem dessen Bruder der Monarchie mit seiner Ablehnung der Krone den Todesstoß versetzt hatte, zusammen eine demokratische Republik aufbauen. Längerfristig divergierten die Ziele freilich. Während die Liberalen in der Regierung die angestrebte Veränderung im Wesentlichen schon erreicht sahen, stand den Sozialisten die Lösung der sozialen Probleme als Zukunftsaufgabe vor Augen. Das war jedoch keine fundamentale Differenz, denn auch die Liberalen dachten an eine soziale Ausgestaltung der errungenen Demokratie, und die Sozialisten wollten zumeist die Entscheidungen darüber dem künftigen Parlament überlassen. Die Dekrete der Regierung, die auf totale Abschaffung der bisherigen Freiheitsbeschränkungen zielten und deshalb dem Individuum eine volle Selbstbestimmung zubilligten, entsprachen den Wünschen der Rätepolitiker. Besonders wichtig erschien ihnen eine Erklärung, die Soldaten alle staatsbürgerlichen Rechte ohne Einschränkung zusprach, soweit es nicht direkt die Dienststunden betraf. Damit wurde die öffentliche Ordnung zu einer Zeit in Frage gestellt, als die Auflösung der Polizei und die Befreiung aller, auch der kriminellen Gefangenen, die Raub- und Gewaltdelikte zunehmen ließ, ohne Bestrafung nach sich zu ziehen. Die Auflösung der Armee, die sich vorher auf die Truppen in der Etappe beschränkt und unter der Decke vollzogen hatte, setzte nunmehr vollständig ein und erfasste auch die Frontverbände, die bis dahin – gemäß der traditionellen, auch religiös motivierten Bindung an den Herrscher – die ihnen auferlegten Kampfpflichten erfüllt hatten. Nachdem es keinen Zaren mehr gab, wozu sollten sie, so meinten sie, weiter eine Zwangsarbeit wie Strafgefangene auf sich nehmen? Die Revolution müsse zur „Befreiung von der Gewalt der Vorgesetzten“ führen.⁴ Der Widerwille gegen die militärische Disziplin verstärkte sich, als massenhaft zu Reaktionären erklärte militärische Kommandeure entlassen wurden, an deren Stelle vielfach wenig erfahrene, oft von den Soldaten von vornherein abgelehnte Offiziere traten. Die Politiker in der Hauptstadt stimmten für die Fortsetzung des Krieges an der Seite der Westmächte, und glaubten, die Soldaten seien bereit, für das nunmehr befreite Vaterland zu kämpfen. Nur das Ziel war strittig. Die bürgerlichen Gruppen hielten an der Expansion fest, der die Verbündeten im Westen vertraglich zugestimmt hatten, während die Sozialisten nur den Status quo ante verteidigten und imperialistische Ambitionen ablehnten. Beide Seiten förderten die Ausbreitung der Revolution in der Armee, weil sie wähten, die Botschaft von der neu gewonnenen Freiheit werde die Truppen zu kämpferischem Einsatz veranlassen. Diese lebten in einer geistig völlig anderen Welt, äußerten aber keinen Widerspruch und stimmten

4 Zu näheren Ausführungen vgl. Wettig (FN 2), S. 186-199 (Zitate auf S. 197 und 192).

oft sogar zu, doch ließ ihr Verhalten das Gegenteil erkennen. Im Frühjahr gab es eine Welle von Verbrüderungen mit den Deutschen, die in ihren Schützengräben besucht wurden oder unter Führung ihrer Offiziere herüberkamen. Deren Plädoyer für Frieden und Verständigung, das auch Tenor in den verteilten – ursprünglich für die russischen Kriegsgefangenen bestimmten – Zeitungen war, stieß auf lebhafte Zustimmung. Die Begegnungen wurden zwar nach Ostern gestoppt, hatten aber den Widerwillen gegen das Weiterkämpfen gefestigt. Die Soldaten sahen die Räte als ihre Interessenvertretung an und neigten dazu, den Aufrufen der Sozialisten zur militärischen Verteidigung der Freiheit zu applaudieren, doch das besagte wenig. Dies zeigte sich im ausgehenden Frühjahr, als Kerenskij bei den Truppen an der Südwestfront mit seinen Appellen zum Angriff nur kurz Begeisterungstürme hervorrief. Soweit die Soldaten nicht von vornherein in ihren Stellungen verharrten, verweigerten sie den Kampf, als der zunächst überraschte Gegner ernsthaften Widerstand leistete. Kleine Anfangserfolge wurden so durch feindliche Gegenstöße wieder zunichte gemacht. Die Vorstellungswelt der fast ausnahmslos bäuerlich geprägten Soldaten unterschied sich, wie Dietrich Beyrau im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* erläutert, prinzipiell von den Ideen der Politiker. Der Gedanke einer gesetzlichen Ordnung und repräsentativen Demokratie waren ihnen fremd. Sie wollten keine Verfahren und Institutionen, die den Willen von unten nach oben vermittelten, keinen allen Interessen dienenden Staat, sondern eine ihren Wünschen entsprechende direkte Volksherrschaft nach Art der Dorfversammlung, die über jedes Mitglied persönlich ein Urteil fällte. Die Gutsherren und Großbauern, die Beamten, Unternehmer, Manager und Ingenieure und seit Beginn der Revolution zunehmend auch die Offiziere galten als Feinde. Bei Bildung der Räte in der Armee gingen die Sozialisten jedoch davon aus, dass sie eine Demokratie westlichen Zuschnitts wollten.

3. Fortgang der Revolution und Machtergreifung der Bolschewiki

Lenin hatte 1914 zu den wenigen Sozialisten gehört, die jede Kriegsbeteiligung ablehnten, doch war es ihm dabei – anders als etwa seinem früheren Freund Julij Marrow – nicht um den Frieden gegangen. Statt auf den Klassenkampf zu verzichten, wollte er den „imperialistischen Krieg“ in einen „Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ umwandeln. Das war die Richtschnur seines gesamten Denkens und Handelns. Dabei dürfe man keine Härte und Brutalität scheuen; Skrupel seien nicht nur Schwäche, sondern auch Verrat. Wie Michael Brie im Sammelband Wladislaw Hedelers darlegt, benutzte Lenin die Zeit des Wartens im Schweizer Exil zur Ausarbeitung eines Konzepts, das den radikalen Bruch mit den kriegsunterstützten Sozialdemokraten und den Kampf zur Vernichtung der internationalen Bourgeoisie vorsah. Nach Pjotr Saweljew wollte er die Macht in die „Hände des Proletariats und der armen Bauern“ legen, um in ihrem Namen die Herrschaft zu übernehmen (Hedeler, S. 53). Dabei dürfe es weder Industrie- noch Landeigentum geben, denn die kapitalistische Ausbeutung beruhe auf den Entscheidungen über den Ein-

satz und die Verwendung der Produktionsmittel, Arbeitskräfte und Produkte. Stets sollte die Partei als Organ des arbeitenden Volkes die Beschlüsse fassen. Damit verband sich der Wille, ohne Einschränkung äußerste Gewalt anzuwenden. Nach Ausbruch der Revolution in Russland wollte Lenin so rasch wie möglich an den Ort des Geschehens. Ungeachtet aller Bedenken stimmte man in Berlin, wo – anders als in Wien – die revolutionäre Entwicklung große Hoffnungen weckte, dem Verlangen Ludendorffs zu, Lenin als Umstürzler in sein Land zu bringen, um die Truppen im Osten rasch für den Einsatz an der Westfront freizubekommen und so das Kriegsglück noch zu wenden. Für den Bahntransport durch Deutschland wurden fast nur Mitarbeiter Lenins vorgesehen. Während eines längeren Stopps in Berlin schlossen sich seiner Gruppe zwei höhere deutsche Offiziere mit falscher russischer Identität an, die ihn sowohl unterstützen als auch kontrollieren sollten. Ein bevollmächtigter deutscher Beamter sagte ihm bei seinem Zwischenaufenthalt in der deutschen Hauptstadt fünf Millionen Mark zu. Das gleichzeitige Versprechen, dass man sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Russlands enthalten und beim bolschewistischen Coup in den Stellungen verharren werde, befreite Lenin von der Sorge störender Eingriffe. Falls sein Versuch der Machtergreifung scheitern sollte, wollte man nach Petrograd und zu weiteren Zielen vorstoßen, so Fleischhauer. Andere Details über die Reise durch Deutschland finden sich bei Catherine Merridale. Die seitdem reichlich fließenden deutschen Mittel ermöglichten nicht nur, wie Sebestyen betont, eine massive Verstärkung der Antikriegsagitation, sondern auch den Aufbau eines allen politischen Rivalen weit überlegenen Parteiapparats.

Den Dumapolitikern galt Lenin angesichts des deutschen Interesses an seiner Rückkehr als Verräter, doch eine nützliche Asymmetrie der Einstellungen bewahrte ihn – so wie danach noch mehrfach – vor drohendem Schaden: Er sagte den Menschewiki und Sozialrevolutionären einen rücksichtslosen Kampf an, aber diese nahmen ihn als vermeintlichen Gesinnungsgenossen in Schutz. Seine Verhaftung bei der Ankunft in Petrograd wurde von den Sozialisten verhindert, die ihm einen festlichen Empfang bereiteten. Er veranlasste die Bolschewiki rasch zur Abkehr von jeder Gemeinsamkeit mit den demokratischen Sozialisten und richtete sie kompromisslos darauf aus, die „Staatsgewalt des Kapitals“ mit allen Mitteln zu zerschlagen. Den Forderungen nach sofortigem Frieden und unbegrenzter Freiheit kam kein Eigengewicht zu. Sie waren nur Instrumente des Kampfes um die Alleinherrschaft, wobei er größten Wert auf das taktisch richtige Vorgehen legte.⁵ Er stellte die Forderung nach Ausstieg aus dem „imperialistischen Krieg“ in den Mittelpunkt, um Einfluss auf die kampfunwilligen Soldaten zu gewinnen und dadurch Voraussetzungen für den Umsturz zu schaffen, damit die Auflösung der Armee als Faktor der Ordnung im Innern vorangetrieben wurde. Die seitdem ständig von deutscher Seite geleistete finanzielle

5 Vgl. Lenin, *Sočinenija*, Bd. 24, 4. Aufl., Moskau 1952, S. 21 (Äußerung am 8. April 1917).

Unterstützung⁶ benutzte Lenin zum Aufbau eines Parteiapparats, der ihm eine organisatorische Überlegenheit gegenüber den anderen politischen Kräften verschaffte. Er nutzte sie ebenso zur Intensivierung einer Kampagne gegen die Fortführung des Krieges in den Streitkräften, mit der er seiner Partei wachsende Popularität verschaffte. Währenddessen hielt die Regierung, in der mittlerweile außer Kerenskij weitere demokratische Sozialisten vertreten waren, am Krieg kompromisslos fest. Vor diesem Hintergrund konnten die Bolschewiki ihre Position bei den Soldaten wie in den Räten ausbauen. Sie bekamen Auftrieb, als die Offensive an der Südwestfront und die dabei erlittenen hohen Verluste die Antikriegsstimmung an der Front und in der Etappe verstärkten.

Ihre permanenten revolutionären Appelle veranlassten Petrograder Soldaten und Arbeiter sowie aus Kronstadt herbeigeeilte Matrosen zu einem Aufstand, den Lenin nicht gewollt hatte, weil ihm die Zeit dafür noch nicht reif erschien. Die darauf nicht vorbereitete Parteiführung suchte die rebellierenden Massen vergeblich zu stoppen. Trotzdem stand sie, als die Erhebung an der Ablehnung im größten Teil der Garnison scheiterte, als Urheber da und wurde zur Zielscheibe allgemeiner Empörung, vor allem als das finanzielle Engagement der deutschen Seite ruchbar wurde. Lenin sah sich zur Flucht nach Finnland genötigt, doch seine Anhänger konnten ihre Aktivitäten fortsetzen, weil sich die Menschewiki und Sozialrevolutionäre auch diesmal wirksamen Gegenmaßnahmen widersetzen. Wenig später kippte die Stimmung in der Hauptstadt nochmals. Nachdem die Deutschen die revolutionäre Entwicklung zunächst abgewartet hatten, waren sie, als die Waffenruhe im Juni von den Russen beendet worden war, ihrerseits an der Nordfront vorgestoßen und hatten mühelos Riga erobert, weil die Verteidiger dem Kampfbefehl nicht folgten. In Petrograd verbreitete sich die Sorge, dass der Gegner bis dorthin vordringen könnte. Die – inzwischen rein sozialistische – Regierung ernannte den ebenso tüchtigen wie beliebten General Kornilow zum Oberbefehlshaber und beauftragte ihn mit der Wiederherstellung der Disziplin. Als dieser umfassende Vollmachten verlangte, zögerte Ministerpräsident Kerenskij, argwöhnte die Absicht einer Militärdiktatur und bewog mit der Erklärung, ein Putsch sei im Gange, die Truppen im Bereich der Hauptstadt zum Widerstand. Statt seiner ernteten jedoch die Bolschewiki die Früchte des Erfolgs. Ihnen wurde die „Rettung der Revolution“ zugute gehalten; ihre Tätigkeit konnte sich voll entfalten. Diese Chance nutzten sie. Während die Autorität der Regierung verfiel und das Land in Aufruhr, Gewalt und Chaos versank, schwammen sie auf einer Welle der gegen die „Konterrevolution der Militärs“ gerichteten Stimmung und formu-

6 Dazu u. a. George Katkov, German Foreign Office Documents on Financial Support to the Bolsheviks in 1917, in: International Affairs 32 (1956), S. 1-10; Z. A. B. Zeman, Germany and the Revolution in Russia 1915-1918. Documents from the Archive of the German Foreign Ministry, Oxford 1958, S. 68-94; Gerhard Schiesser, Russisch Roulette: das deutsche Geld und die Oktoberrevolution, Berlin 1998. Ohne einschlägige Werke zu beachten, bezweifelt Smith, dass Geld aus Berlin geflossen ist. Er lässt außer Acht, dass seitdem die bolschewistischen Aktivitäten außerordentlich zunahmen. Merridale äußert sich ebenfalls skeptisch, stellt aber generell fest, dass Deutschland mit finanziellen Mitteln die russische Haltung zu beeinflussen suchte. Es sei möglich, dass Lenin Geld aus deutschen Quellen erhalten habe.

lierten ihre Ziele so um, dass die Massen darin die Erfüllung ihrer Wünsche sahen. Alle Macht wurde für die Räte gefordert (die zum ausführenden Organ der Partei mutierten); statt von der Ersetzung des „imperialistischen Krieges“ durch einen internationalen Bürgerkrieg war vom Friedensschluss mit den Mittelmächten die Rede; die Industrie sollte nicht zentral gelenkt werden, sondern der Kontrolle der Arbeiter in den Betrieben unterliegen; gegenüber den Bauern verschwieg man die Kollektivierungsabsicht und sagte ihnen den Besitz des Bodens zu; den nicht-russischen Nationalitäten wurde das Recht auf Austritt aus dem Staatsverband versprochen (das freilich später, wo immer sie ihr Regime durchgesetzt hatten, dem Zentralismus der herrschenden Partei weichen musste). Lenins Partei trieb die Auflösung voran, wo sie konnte. Bauern, die sich – in Widerspruch zum eigenen Programm, das die Nationalisierung des Bodens vorsah – fremdes Land aneigneten, Soldaten, die von der Front desertierten oder in ihren Garnisonsstädten Willkür ausübten, Arbeiter, die protestierten und streikten oder Industriebetriebe unter ihre Kontrolle brachten und zum Naturaltausch übergingen – all das wurde wohlwollend aufgenommen. In den Räten wuchsen ihr Einfluss und ihre Macht. Trotzki, der sich den Bolschewiki erst kürzlich angeschlossen hatte, errang eine Mehrheit und den Vorsitz im Petrograder Rat und nutzte ihn als Folie eines Komitees, mit dem er den Aufstand vorbereitete.

Als die Bolschewiki, wie Sebestyen eindrucksvoll schildert, am 25. Oktober loszugeschlagen und mit wenigen schwachen Kräften der inzwischen völlig machtlosen Regierung ein Ende bereiteten, erklärten sie ihre Machtergreifung als Räteherrschaft, also als Übernahme der Macht durch die Arbeiter, Soldaten und Bauern. Ihr Regime firmierte fortan als Räte- bzw. Sowjetmacht. Um sich vorerst breite Unterstützung oder wenigstens Duldung zu sichern, erließ Lenin einen Friedensappell, räumte den nicht-russischen Nationalitäten das Recht zur Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung ein, und dekretierte, dass die Bauern die Ländereien des Adels, der Krone, der Kirche und der Klöster erhalten sollten. Allen Auflösungstendenzen wurde, um die bisherige Gesellschaft vollends zu vernichten, uneingeschränkt freier Lauf gelassen. Daher konnten die Bauern, oft mit der Waffe in der Hand zurückkehrende Soldaten, die begonnene Landnahme ungehindert nach eigenem Gutdünken zu Ende führen. Die so geschaffene Lage unterstützte in der kritischen Anfangszeit ein stabilisierendes Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären, die eine sofortige bäuerliche Eigentätigkeit förderten. Lenin erkannte zwar von vornherein nur eigene Mehrheiten an, ließ aber die im Sommer beschlossenen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zu, weil er überall mit starkem Rückhalt rechnete wie in Petrograd. Als jedoch die Sozialrevolutionäre, die laut Konstantin Morosow (im Sammelband Wladislaw Hedelers) in ihrer Kampagne landesweit für die Landzuteilung an die Bauern und für einen baldigen Friedensschluss eingetreten waren, einen überwältigenden Sieg davontrugen, wurde Mitte Januar 1918 den Abgeordneten die Arbeit unmöglich gemacht. Schon zuvor, im Dezember, war, wie Luks näher darlegt, mit der Geheimpolizei Tscheka ein Instrument rücksichtsloser Unterdrückung geschaffen worden. Die deutschen Truppen, die mühelos nach Petrograd hätten vordringen können,

mussten zur Enttäuschung einiger Kommandeure in ihren Stellungen bleiben, wie Lenin in Berlin versprochen worden war.

Der Machtergreifung der Bolschewiki folgte der Zerfall des Reiches. Dieses hatte nach Beyrau im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* seit langem ein ungelöstes Nationalitätenproblem, das durch die Repressions- und Russifizierungsmaßnahmen des Zarenregimes verschärft worden war. Die Februarrevolution hatte zwar allen Staatsbürgern persönliche Freiheit und politische Rechte eingeräumt und damit auch den Gebrauch der eigenen Sprache freigegeben,⁷ doch die führenden Kreise in der Hauptstadt waren nicht zur Anerkennung der Eigenständigkeit anderer Völker, zur Gewährung von Autonomie und zur föderalen Abkehr vom Zentralismus bereit. Von Anfang an war, wie vor allem Aust betont und Tanja Penter am ukrainischen Beispiel verdeutlicht (im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*), eine einvernehmliche Regelung dieser Streitfragen dringend geboten. Eine Basis gemeinsamer politischer Überzeugungen hätte in der Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst 1917 bestanden, denn in Helsinki und Kiew hatte man es mit bürgerlichen Gruppen zu tun, und in Tiflis, Baku wie Taschkent standen Sozialdemokraten an der Spitze. Die Regierenden in Petrograd hielten jedoch 1917 zäh an zentralistischen Vorstellungen fest. Das galt vor allem mit Blick auf die – traditionell zu „Kleinrussen“ erklärten – Ukrainer, deren Land wegen seiner geostrategischen Lage wie seiner Wirtschafts- und Bevölkerungspotenziale besonders wichtig war. Die Chance, die Einheit Russlands durch Umwandlung in einen Bundesstaat mit nationalen Regionen zu wahren, blieb ungenutzt. Als die Bolschewiki die Herrschaft übernahmen, lösten mehrere Völker die Verbindung, weil sie kein kommunistisches Regime wollten. Finnland, die Ukraine und die transkaukasischen Gebiete proklamierten sofort ihre Unabhängigkeit.

4. Der russische Bürgerkrieg 1918-1921

Der ersten Erklärung Lenins als Regierungschef zufolge sollte der Krieg gegen die Mittelmächte beendet werden. Der deutschen Forderung nach großen territorialen Verzicht – vor allem auf Polen, das Baltikum und die Ukraine – wollte sich der sowjetische Unterhändler Trotzki jedoch nicht beugen. Sein Plädoyer „weder Krieg noch Frieden“ beantwortete der Gegner mit der Drohung, in die Tiefe des wehrlosen Russlands vorzustoßen. Das hätte das Ende des bolschewistischen Regimes bedeutet. Deshalb setzte Lenin in der Parteiführung gegen erbitterten Widerstand die Annahme der Friedensbedingungen durch. Dieser Entschluss wurde ihm erleichtert durch die Überzeugung, dass seine Revolution zum weltweiten Umsturz führe, der bald auch die Mittelmächte erfassen und damit eine völlig neue Lage schaffen werde. Nach Ansicht aller anderen Politiker des Landes begingen die Kommunisten mit

7 Im Zarenreich war beispielsweise der öffentliche Gebrauch des Ukrainischen nicht zugelassen. Daher konnte die in die Landessprache übersetzte Bibel erst 1917 publiziert werden.

dem Friedensvertrag nationalen Verrat. Es war dieser Vorwurf, der zusammen mit dem Hinweis auf die Parteidiktatur zum bewaffneten Kampf gegen sie motivierte. Im Herbst 1918 begann ein Bürgerkrieg, in dem es – anders als Lenin gewollt hatte – nicht um den internationalen Sieg der Revolution, sondern um das Überleben des kommunistischen Regimes in Russland ging. Den sich formierenden „weißen“ Truppen trat die im Aufbau befindliche Rote Armee entgegen. Zugleich entbrannten, wie Aust hervorhebt, noch weitere bewaffnete Konflikte, die oft lokale Streitfragen betrafen. Die Kämpfe vergrößerten nicht nur die Not der Bevölkerung, sondern brachten auch volatile, oft heterogene Koalitionen hervor, die zeitweilig zu wirren Situationen führten. Manchmal wechselten Gruppen und Einheiten die Front. Geringe Bedeutung hatten die militärischen Interventionen der Westmächte und Japans. Sie richteten sich zwar gegen die Bolschewiki, erfolgten aber nur mit schwachen Kräften, und erlahmten, als ihr Zweck, die Rückkehr Russlands in den Krieg gegen die Mittelmächte, durch den Sieg der Westmächte im November gegenstandslos wurde.

Die Bolschewiki, welche die Hauptstadt nach Moskau verlegten, stützten sich auf ihre Machtposition in den zentralen Regionen, operierten von der Mitte aus gegen die von mehreren Außenseiten her vorstoßenden Feinde, und hatten so die Vorteile der inneren Linie: kürzere Entfernungen bei der Bewegung ihrer Truppen und deren ungeteilte Präsenz am Ort des Geschehens. Die Gegner hatten größere Distanzen zu überwinden und waren voneinander getrennt, was sich umso stärker auswirkte, als sie – im Unterschied zur Gegenseite – divergierende Gruppen ohne einheitliche Führung und gemeinsame Ziele bildeten. Politisch schadete ihnen sehr, dass die Kommandeure zumeist althergebrachten Vorstellungen folgten und für die Wiederherstellung nicht nur der Monarchie, sondern auch der Gutsheerrschaft und des Zentralstaates eintraten, und damit die Bauern und die Nationalitäten zu Ablehnung und Widerstand bewogen. Die Qualität des militärischen Managements war auf beiden Seiten zunächst etwa gleich, doch verschob sie sich anschließend zugunsten der „Roten“. Neben Trotzkijs fähiger Oberbefehlshaberschaft trug dazu wesentlich der Einsatz zahlreich in Dienst genommener Kader der kaiserlichen Armee unter der Aufsicht politischer Kommissare bei.

Baberowski bemerkt zudem, dass der – aufseiten der „Roten“ besonders rücksichtslose – Zwang bei der Rekrutierung von Soldaten sowie bei der Versorgung mit Waffen und Nahrungsmitteln ihrer Sache nützte. Er rief zwar Abwehr hervor, erwies sich aber als effizient und erfolgreich. Wer sich ihnen fügte und anschloss, genoss ihren Schutz. Allerdings entstand unter den Bauern, die unter dem – von ihnen als „Lebensmitteldiktat“ bezeichneten – übermäßigen Ablieferungssoll litten, das oft eine minimale Eigenversorgung in Frage stellte und mit Gewalt seitens der eintreibenden Tschekisten verbunden war, wachsende Empörung, die mehrfach zur Bildung aufständischer Bauernarmeen führte. Die „Weißen“ ließen die sich bietende Gelegenheit zum Aufbau einer landesweiten Bewegung gegen die Bolschewiki ungenutzt, weil auch sie, wiewohl weniger systematisch und rigoros, den Bauern unfreiwillige Leistungen abverlangten. Vor allem wollten sie die vorrevolutionären Besitzverhältnisse auf dem Land entweder wiederherstellen oder zumindest Entschädi-

gungszahlungen festlegen. Das stieß in den Dörfern auf so heftigen Widerstand, dass die „Roten“, die ihre Verstaatlichungsabsicht vorerst verschwiegen, vielfach als das kleinere Übel erschienen. Die Machno-Bewegung, die in der Ukraine, einer wichtigen Operationsbasis der gegen die Bolschewiki kämpfenden Kräfte, eine auf anarchistisch-freiheitlichen Ideen beruhende und von den Bauern getragene Räte-Ordnung errichtet hatte, sah sich, wie Alexander Schubin im Kellermann-Band darlegt, zum militärischen Zusammenwirken mit kommunistischen Verbänden gegen deren Feinde veranlasst. Sie fiel etwa Denikin bei dessen – dann gescheitertem – Vorstoß gegen Moskau in den Rücken. Als Trotzki den Sieg im Bürgerkrieg errungen hatte und Lenin keine Verbündeten mehr brauchte, machten sie mit ihren Truppen Machnos demokratischem Räteregime ein Ende.

Die „Weißen“ wollten überdies das „eine und unteilbare Russland“ der Zarenzeit wiederherstellen und ignorierten den Emanzipationswillen der nicht-russischen Völker. Damit riefen sie in den Randgebieten, von denen aus sie operierten, weithin Widerstand statt Unterstützung hervor. Soweit sich nationale Kräfte gegen die Rote Armee wandten, geschah das in latenter Spannung zu den Feinden der Kommunisten. Sie nützten deren Sache nur dadurch, dass Trozkijs Truppen auch gegen sie kämpfen mussten. Die Bolschewiki wandten sich trotz propagierter nationaler Selbstbestimmung gegen die Loslösung von Reichsgebieten, die sie zwar auf staatlich-administrativer Ebene zugestanden, aber durch den Zentralismus der Partei aufhoben. Finnland und die baltischen Länder setzten zwar ihre Unabhängigkeit in einem langen und heftigen Ringen durch, doch siegten die „Roten“ im innerrussischen Bürgerkrieg. Diese zwangen daraufhin nicht nur die im Friedensvertrag von Brest-Litowsk abgetretenen, zu selbständigen Republiken gewordenen früheren Reichsteile Belarus, Ukraine und Transkaukasien zur Rückkehr ins Regime (das nunmehr UdSSR hieß), sondern griffen auch Polen an, um es ebenfalls in eine Sowjetrepublik zu verwandeln. Alexander Vatlin stellt im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* dar, wie Budjonnyjs Reiterarmee in der als „Wunder an der Weichsel“ bezeichneten Schlacht den Rückzug antreten musste. Für Lenin war der Fehlschlag intern peinlich, nachdem er im Politbüro die Offensive gegen starke Bedenken durchgesetzt hatte. Ihm war es primär darum gegangen, den Weg nach Deutschland freizumachen, wo sich aufgrund der Erschütterungen durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg revolutionäre Chancen zu eröffnen schienen. Die annektierten Gebiete erhielten gemäß dem Prinzip „national in der Form und sozialistisch im Inhalt“ theoretisch volle Selbstständigkeit einschließlich des Rechts auf Austritt, wurden aber faktisch, wie Aust und Gerhard Simon im Band von Mayer/Reuschenbach darlegen, der zentralen Parteidiktatur unterworfen, so dass alle sie betreffenden Entscheidungen bis hin zu den letzten politischen und administrativen Details in Moskau getroffen wurden.

5. Politische Entwicklungen in den 1920er Jahren

Lenin war stets davon ausgegangen, im rückständigen Russland, das nach seiner Überzeugung das schwächste Kettenglied des Kapitalismus war, werde die proletarische Revolution zwar zuerst ausbrechen, aber dann würden die entwickelten Industriestaaten folgen und den Sieg weltweit gewährleisten. Er wandte sich, wie Detlef Lehnert im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* ausführt, gegen die europäischen, vor allem deutschen Sozialdemokraten, weil diese meist eine evolutionäre Entwicklung zum Sozialismus anstrebten, mithin revolutionäre Veränderungen ablehnten. Der Gegensatz trat offen zutage, als im November 1918 die Monarchie in Deutschland zusammenbrach. Die SPD wollte daraufhin keinen Umsturz, sondern eine Wiederherstellung der Ordnung auf demokratischer Basis. Ihre innerparteiliche Opposition empfand zwar vielfach Sympathie für die bolschewistischen Ziele, lehnte aber das repressive und diktatorische Sowjetregime ab, wie Jörn Schürpffs Edition zeigt, in der außer deutschen Links- und Mehrheitssozialisten auch einige Bolschewiki, namentlich Lenin und Trotzki, zu Wort kommen. Als Hauptfeind galten die Sozialdemokraten, während die Nationalisten in Deutschland, mit denen sich schon bei dem Vorstoß gegen Warschau ein Einvernehmen ergeben hatte, als zeitweilige Verbündete betrachtet wurden. Die Dokumente zeigen auch, wie Clara Zetkin und Paul Levi von der KPD zum zweiten Komintern-Kongress 1920 geschickt wurden, mit dem Auftrag, deutliche Kritik an Lenin zu üben, aber bei ihrer Rückkehr seinem Kurs folgten und die Satellisierung ihrer Partei einleiteten. Nach Aust zweifelten die Bolschewiki zunehmend daran, dass die Revolution im Ausland von selbst in Gang kommen würde, und bemühten sich, ihre Anhänger und Sympathisanten zum bewaffneten Losschlagen zu bewegen. Bis 1923 gelang ihnen das mehrfach, doch scheiterten die Umsturzversuche rasch. Sie hatten aber auf lange Sicht die Wirkung, in den westlichen Gesellschaften ein Gefühl der Bedrohung durch die UdSSR zu erzeugen, das rechten, vor allem faschistischen Bewegungen Zulauf bescherte. Nach Helke Rausch (im Hedeler-Band) verbreitete sich sogar in einem so demokratisch gefestigten und so weit von Schauplatz entfernten Land wie den USA Angst vor der „roten“ Gefahr. Sie leistete einer generell antikommunistischen Stimmung Vorschub, die später – nach 1945 – den Wechsel vom Kriegsbündnis mit Moskau zur Konfrontationspolitik erleichterte.

Das Ausbleiben der Weltrevolution veranlasste Lenin zur Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern), um durch sie Bruderparteien im Ausland zu lenken und revolutionäre Entwicklungen herbeizuführen. Neben auswärtigen Kommunisten wurden sympathisierende linke Sozialisten einbezogen. Die sowjetische Führung stützte sich, wie Vatlin im *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* ausführt, dabei nicht nur auf den Komintern-Apparat in Moskau, sondern auch auf die finanzielle Unterstützung der mit zu wenig Mitteln ausgestatteten auswärtigen Genossen. Diese sahen sich gerne von den Mühen und Sorgen entlastet, die bei der Koordination mit anderen Komintern-Parteien wie bei der situationsgerechten Ausrichtung des eigenen Vorgehens entstanden. Es war einfacher, sich auf die

klaren Beurteilungen und Instruktionen eines gemeinsamen Zentrums zu verlassen, als eine eigene Orientierung zu erarbeiten, und dabei sowohl die sich laufend verändernde politische Lage zu beurteilen als auch zwischen zahllosen marxistischen, anarchistischen und syndikalistischen Ausrichtungen zu wählen. Lenin ließ den ersten Komintern-Kongress Anfang März 1919 einberufen. Da es damals noch kaum Verkehrsverbindungen mit anderen Ländern gab und die Kommunisten dort sich erst formierten, handelte es sich bei ausländischen Teilnehmern meist um Sympathisanten der offiziell propagierten Ideen, die sich – wie etwa deutsche oder österreichische Kriegsgefangene – zufällig in der UdSSR befanden. Das Manifest, das die Versammelten beschlossen, bezeichnete die westliche Demokratie als Produkt fiktiver Regeln, an die sich ihre Verkünder selbst nicht hielten, und stellte dem ein Sowjetsystem gegenüber, das dem Wohl der Arbeiterklasse diene und durch revolutionäre Maßnahmen Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Menschheit schaffe.⁸

Als im Mai 1920 auf dem zweiten Komintern-Kongress 37 Parteien vertreten waren, setzte Lenin durch, dass sie fortan als Sektionen einer einheitlichen „Weltpartei des Proletariats“ agierten. Sie unterwarfen sich der Entscheidung des Exekutivkomitees des zwar international besetzten, aber sowjetisch gelenkten Moskauer Apparats. Neben dieser Außenpolitik der Partei wurde die Tätigkeit des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt. Damit erhielt die UdSSR die Möglichkeit unterschiedlicher Ausrichtungen auf zwei Ebenen: hier an dem kommunistischen Ziel revolutionärer Veränderung orientiert, dort als Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen. Während etwa gegenüber der deutschen Regierung das Interesse an politischer Zusammenarbeit gegen die Westmächte und an Erlangung wirtschaftlicher Hilfe für den Wiederaufbau des zerstörten Landes bestimmend war, unterstützte und steuerte die sowjetische Führung über die Komintern nicht nur die ihr feindliche KPD, sondern bemühte sich, soweit sie konnte, auch um einen Umsturz. Bis zum Streik der britischen Bergarbeiter 1926 ging es ihr immer wieder darum, in den kapitalistischen Ländern eine Revolution herbeizuführen. Diese Zweigleisigkeit hatte bereits unmittelbar nach der bolschewistischen Machtergreifung 1917 begonnen, wie Watlin am Beispiel der Botschaft in Berlin zeigt. In Ostasien suchte Lenin politische Positionen gegen die Demokratien des Westens zu errichten. In China unterstützte er die Nationalisten und dann auch die Kommunisten, nachdem sich diese 1921 formiert hatten. Beide Parteien wurden nach sowjetischem Vorbild zu Kaderorganisationen und 1923 auf Drängen Moskaus zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen. Durch die Präsenz zahlreicher politischer und militärischer Berater erlangte die UdSSR dominanten Einfluss. 1926 setzte Chiang Kai-shek, der Führer der Nationalisten, jedoch diesem und der kommunistischen Tätigkeit Grenzen. Im folgenden Jahr schickte er die Berater nach Hause und begann die Kommunisten offen zu ver-

8 Wie die Realitäten unter dem Regime der Bolschewiki selbst dann aussahen, wenn die Bevölkerung vom Wüten des Bürgerkriegs verschont blieb, zeigt die Untersuchung von Erik Kulavik über Vorgänge in Vjatka 1918/19 im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung.

folgen. Der Versuch des Kremls, die Macht auf China auszudehnen, wurde zum Fiasko. Als einziges Land wandte sich die (Äußere) Mongolei 1924 der UdSSR und ihrem System zu.

Währenddessen stand Russland innenpolitisch vor gewaltigen Schwierigkeiten. Zwar hatten die Bolschewiki nach langen und verlustreichen Kämpfen den Sieg im Bürgerkrieg davongetragen, aber es gab bei den Truppen und in der Zivilbevölkerung geschätzte zehn Millionen Tote, deren Zahl die Gefallenen bis 1917 weit überstieg. Im Land grassierten Entbehrungen und Krankheiten. Überdies kam es zu einer Hungersnot von bislang unvorstellbarem Ausmaß, der weitere Millionen zum Opfer fielen. Dass es nicht noch weit mehr wurden, war der 1921 einsetzenden Hoover-Hilfe aus den USA zu verdanken, die Lenin trotz seiner antikapitalistischen Haltung zuließ. Ein wesentlicher Grund der Notlage war die „Lebensmitteldiktatur“ der Kommunisten, die den Bauern weithin ihre Ernährung und das Korn für die nächste Aussaat entzogen hatte.⁹ Die Bevölkerung gab der Partei die Schuld an dem Desaster, so dass sich nach dem Sieg über die „Weißen“ die Stimmung in gefährlicher Weise entwickelte. Ein Alarmsignal war der Aufstand der Kronstädter Matrosen, die einst die Lieblinge der bolschewistischen Revolutionäre gewesen waren und jetzt die Übertragung der Macht an unabhängige Räte forderten. Zwar wurde die Erhebung von Trotzkijs Truppen brutal niedergeschlagen, aber das Regime konnte bei den zu erwartenden weiteren Rebellionen mit der Loyalität der meist bäuerlichen Truppen nicht rechnen. Das galt umso mehr, als die Widerstände in der Ukraine noch nicht gebrochen waren und die Bauern das ihnen 1917/18 zugebilligte Land nicht hergeben wollten. Lenin kam zu dem Schluss, dass ein Schritt zurück zu früheren Verhältnissen unerlässlich war, wenn sein Regime die Oberhand behalten sollte. Gegen heftige ideologische Bedenken setzte er eine „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) durch. Er gab wesentliche Teile der zentralen Entscheidungsgewalt über alle Ressourcen und der Planung von oben nach unten auf. Die Bauern durften über das bearbeitete Land selbst verfügen und ihren – bis dahin bekämpften – „kapitalistischen“ Erwerbstrieb dadurch befriedigen, dass sie ihre Produkte auf eigene Rechnung verkauften. Im gewerblichen Bereich wurden private Kleinbetriebe zugelassen. Marktmechanismen sollten die Effizienz der staatlichen Wirtschaftslenkung gewährleisten. Zur Ankurbelung der nach dem Bürgerkrieg geschwächten Produktion wurde auswärtiges Kapital ins Land geholt, das man freilich besonderen Regeln zur Verhinderung ökonomischer Fremdbestimmung unterwarf. Insgesamt wurden, gemessen an der bisherigen Theorie und Praxis, geradezu umstürzende Veränderungen durchgeführt, gegen die sich in der Partei viel Argwohn richtete, doch Lenin sah in ihnen kein bloß kurzfristiges Vorgehen, sondern ein gehegtes, vielleicht sogar in Teilen dauerhaft beizubehaltendes Konzept.

9 Vgl. die Fallstudien von Viktor Kondrašın, Igor' Narskij und Svetlana Bobyleva in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hrsg.), Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891-1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte, Essen 2017, S. 39-117.

Die Maßnahmen führten zur Beruhigung der Lage, zum Anwachsen der Produktion und nach einer gewissen Zeit zu einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln. Trotzdem gab es von Anfang an ein Problem: Das Regime setzte die Preise weiterhin zentral fest und bestimmte damit die finanziellen Erträge der Arbeit. Stadt und Land hatten unterschiedliche Interessen. Wie viel sollten die Industriearbeiter für ihre Tätigkeit erhalten, wie viel die Bauern? Die Unsicherheit in dieser Frage zeigte sich in wiederholten Änderungsbeschlüssen. Insgesamt hatten die proletarische Klientel und die Industrialisierung Vorrang. Die landwirtschaftlichen Produkte brachten nicht genug ein, um die Bauern zu hoher Leistungsbereitschaft zu veranlassen. Dies behinderte die Lebensmittelversorgung in den Städten. Vor allem zwischen Arbeitern und Bauern entstanden Spannungen, die mehr der Vorstellung des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft als dem propagierten Bild der Harmonie und Einheit im Sozialismus entsprachen. Ein Ärgernis war auch, dass die Verdienstmöglichkeiten im Gewerbe und Handel auf unterer bis mittlerer Ebene zwar manchen Leuten einen gewissen Wohlstand bescherten, aber auch die Ungleichheit in der Gesellschaft vergrößerten. Zudem verbreitete sich unter den Arbeitern Unzufriedenheit über die Wiederherstellung früherer Hierarchien in den Betrieben. Auf dem Land gewannen die Kräfte der Beharrung die Oberhand, weswegen sich die Bolschewiki auf den Dorfversammlungen kaum Geltung verschaffen konnten. Diese und ähnliche Entwicklungen schienen die Sorge in der Partei zu bestätigen, dass die wirtschaftlichen Neuerungen auf eine Abkehr vom Sozialismus und die Wiederherstellung des Kapitalismus hinausliefen. Ende der 1920er Jahre wurde die Frage formuliert, ob die Partei die Herrschaft über das Wirtschaftsgeschehen weithin aufgeben, oder dieses, wie ursprünglich vorgesehen, planend und dirigierend allein in ihre Hand nehmen solle. Im ersten Fall würde die UdSSR, gestützt auf eine dem Konsum dienende selbstbestimmte Landwirtschaft und Leichtindustrie, sich allmählich dem Lebensstandard höher entwickelter Länder nähern, während im zweiten Fall geknechtete Bauern die Zeche für die Steigerung der staatlichen Macht mittels Schwerindustrie und Rüstung zu zahlen hatten.

Die innenpolitischen Verhältnisse wurden, als Lenin zunächst durch Schlaganfälle gelähmt war und dann im März 1924 starb, vom Machtkampf in der Partei bestimmt. Stalin war wegen seinen großen organisatorischen Fähigkeiten als Generalsekretär der Partei eingesetzt worden. Er nutzte diese Position, um sich in den mittleren und unteren Rängen eine breite Basis von Gefolgsleuten zu schaffen, deren Karrierechancen von seinem Gutdünken abhingen. Mit diesem Rückhalt ging er langsam und vorsichtig, aber systematisch daran, die Führung an sich zu ziehen. Zwar war er vielen anderen Politbüromitgliedern, vor allem Trotzki, geistig weit unterlegen, aber an taktischer Geschicklichkeit kam ihm keiner gleich. Er nutzte das Image der Selbstherrlichkeit, das Trotzki anhaftete, zu gegen ihn gerichteten informellen Verabredungen. Lenin, der ungeachtet seiner Behinderung die höchste Autorität war, hatte zunehmend Zweifel an Stalins charakterlicher Eignung, konnte aber seine Sorgen und Bedenken nicht mehr zu Gehör bringen.

Nach seinem Tod manövrierte Stalin zunächst Troztkij und dann die anderen, schwächeren Rivalen aus und stand schließlich 1928 als Alleinherrscher da. Als Sprecher aller, die den Sozialismus durch die Übernahme kapitalistischer Prinzipien bedroht sahen, machte er der NÖP ein Ende und leitete die Kollektivierung der Landwirtschaft ein. Der Kurswechsel war auch außenpolitisch motiviert. Die Hoffnungen auf revolutionäre Umbrüche im Ausland, namentlich in den industriell entwickelten Ländern, waren enttäuscht worden. Zwar war der Prozess einer Bildung von Satelliten aus auswärtigen kommunistischen Parteien, vor allem in der besonders wichtigen KPD, erfolgreich abgeschlossen worden, so dass mit ihrem unbedingten Gehorsam gerechnet werden konnte¹⁰, doch sah sich die UdSSR nach wie vor allein den kapitalistischen Mächten gegenüber. Daraus waren schon Mitte der 1920er Jahre zwei Konsequenzen gezogen worden: Es galt, die anderen Staaten in Konflikte miteinander zu verwickeln, um sie mit sich selbst zu beschäftigen, und am gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion zu hindern. Zugleich wollte man die Verteidigungsfähigkeit durch die Aufstellung starker Streitkräfte erhöhen. Dies förderte den Ausbau der Schwerindustrie, die der Befriedigung der militärischen Bedürfnisse, aber auch der generellen Modernisierung dienen sollte. Die Finanzierung sollte durch die Landwirtschaft erfolgen. Praktische Schritte zur Durchführung dieses Konzepts ließ Stalin 1928 einleiten. Er sah, um die Bauern rücksichtslos ausbeuten zu können und ihnen jede Möglichkeit der Verweigerung zu nehmen, ein kollektivwirtschaftliches Zwangsregime vor, das sie einer totalen Kontrolle unterwarf. Ihr heftiger Widerstand wurde mit äußerster Brutalität gebrochen. Damit nahm das in den 1930er Jahren zur vollen Wirkung gebrachte Terrorregime seinen Anfang.

Die Maßnahmen, mit denen ein militärischer Angriff der kapitalistischen Mächte verhindert bzw. abgewehrt werden sollte, konnten nicht alle Gefahren ausschalten. Nach alter bolschewistischer Überzeugung hing der Fortbestand der Revolution in Russland politisch vom anschließenden Sieg in den entwickelten Industrieländern ab. Der war jedoch ausgeblieben. Was sollte das Regime in Moskau tun, um sich vor dem Untergang zu retten? Troztkij wollte durch eine Politik der „permanenten Revolution“ den Prozess des Umsturzes international vorantreiben. Demgegenüber bekannte sich Stalin auf der 14. Parteikonferenz im April 1925 zum „Sozialismus in einem Land“. Dem lag die Einschätzung zugrunde, das Ziel des Revolutionsexports fordere die kapitalistischen Mächte heraus und könne sie dadurch zum Krieg gegen die Sowjetunion veranlassen. Dieses Risiko dürfe man nicht eingehen, denn die anderen Staaten seien in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht überlegen. Man müsse, statt im Ausland den Eindruck einer Bedrohung zu erwecken, alle Energie auf die Konsolidierung der UdSSR richten und warten, bis geeignete Voraussetzungen für die Ausbreitung der Macht und des Systems bestünden.

Unter Berufung auf Lenin argumentierte Stalin, der Kapitalismus erzeuge im gegenwärtigen „imperialistischen“ Stadium zwangsläufig kriegsträchtigen Streit innerhalb des eigenen Lagers. Diese „zwischenimperialistischen Widersprüche“ hätten

10 Vgl. Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007.

den Ersten Weltkrieg und als dessen Folge auch die Russische Revolution verursacht. Das werde sich wiederholen: Die Gegensätze würden erneut heranreifen und die imperialistischen Mächte nochmals in einen Weltkrieg stürzen. Nachdem sie sich dann gegenseitig entscheidend geschwächt und durch die damit verbundenen Nöte die Arbeiter dem Elend überantwortet hätten, würden sich diese erheben und mit Unterstützung der sowjetischen Klassenbrüder den Grund ihrer Bedrängnis, den Kapitalismus, beseitigen. Die Rote Armee werde zum Schluss eingreifen und dem Sozialismus weltweit zum Sieg verhelfen.¹¹ Auf diesem Kalkül beruhte das Übereinkommen mit Adolf Hitler vom August 1939.

6. Der „Rote Oktober“ in der rückblickenden Sicht der politischen Erben

Der nach Lenins Konzept durchgeführte Umsturz wurde zum Mythos der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ – zum heroischen Befreiungskampf der russischen Arbeiter und Bauern gegen die „bürgerliche Ausbeutung“ und „imperialistische“ Unterdrückung. Er rechtfertigte alles seitherige Vorgehen – die Gewalt und den Terror, die Parteidiktatur und die Revolutionsversuche im Ausland – vollauf. Dem lag die Überzeugung zugrunde, die damit eingeleitete revolutionäre Entwicklung entspreche den Gesetzen der Geschichte. Das amtliche Gedenken stand 1918, als der beginnende Bürgerkrieg die Herrschaft bedrohte, wie Altrichter detailliert darlegt, im Zeichen gerühmter Erfolge. Jan Claas Behrends, Nikolaus Katzer und Thomas Lindenberger führen in der Einleitung zu ihrem Sammelband aus, dass die Akzente sich im Laufe der Zeit nach den jeweiligen politischen Interessen veränderten. Frederick C. Corney stellt in seinem Beitrag die triumphalistischen Feierlichkeiten des Jahres 1927 dar, die vor allem auch eine internationale Öffentlichkeit, nicht zuletzt die auswärtigen kommunistischen Parteien, beeindruckten. Ergänzend hebt Altrichter hervor, dass die Bolschewiki damals betonten, die „Neue Ökonomische Politik“ von 1921 bedeute nur eine Art Waffenstillstand, denn man habe die Kontrolle über die „Kommandohöhen“ der Wirtschaft nicht aufgegeben. Die Weichen für Stalins radikalen Sozialisierungskurswechsel wenige Monate später waren bereits gestellt. Wie den Ausführungen von José M. Faraldo im genannten Sammelband zu entnehmen ist, kam 1937, als der Terror in der UdSSR, die antifaschistische Frontbildung und das Bemühen um Einflusses auf die Westmächte dem Höhepunkt zustrebten, der Erinnerung an die Rote Revolution erheblich verringerte Bedeutung zu. Stalin wollte sich mit einer als demokratisch hingestellten neuen Verfassung den Anschein geben, er nehme Abschied von der revolutionären Vergangenheit und wende sich dem Westen zu.

Zehn Jahre später, 1947, rückten, wie Olga Nikonowa feststellt, Lenin und seine Machtergreifung vollends in den Hintergrund, denn der „große und weise Stalin“

11 Iosif Visarionovič Stalin, Sočinenija, Bd. 7, Moskau 1954, S. 11-14; Bd. 6, S. 72 f.; Bd. 10, S. 48-50, 249 f.

und der ihm zugeschriebene Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ nahmen alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Mit Verweis auf die Verteidigungsanstrengungen der Jahre 1941 bis 1945 wurden das Gewaltregime im Innern und seine Ausdehnung auf das eroberte Osteuropa zu unbedingten Sicherheitserfordernissen erklärt. Maciej Górny zeigt in seinem Aufsatz über die Situation von 1957, wie Chruschtschow mit seiner vorsichtigen, nur selektiven Distanzierung von Stalin, die alle heiklen Aspekte auszuklammern suchte und den Leninismus erneuern wollte, die Massen in Polen und Ungarn zum offenen Protest ermutigte – mit der Folge, dass er zu einem repressiven Vorgehen zurückkehrte. Altrichter betont den triumphalen Charakter der 50. Gedenkfeiern im Jahr 1967: Dem kommunistischen Sieg 1917 seien die großen Erfolge im Vaterländischen Krieg von 1941 bis 1945 und der anschließende Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht gefolgt. Demgegenüber meint Andreas Hilger, man habe damals der Revolution nur noch routinemäßig gedacht. Leonid Breshnew habe sich nach Chruschtschows Sturz vor allem um Entspannung nach innen und außen bemüht, und sei bestrebt gewesen, dessen übermäßig riskante, zuletzt gescheiterte Offensivpolitik auf dem europäischen Schauplatz zu beenden und stattdessen die „nationale Revolution“ in der Dritten Welt zu fördern, um von dort aus die Macht des Westens zu unterminieren.

Juliane Füst zeichnet im Zusammenhang mit dem Revolutionsgedenken von 1977 ein lebhaftes Bild des in jenen Jahren geschlossenen „kleinen Deals“ der sowjetischen Führung mit der Bevölkerung. Diese sollte ruhig gehalten werden durch eine gewisse Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse und ihrer Neigungen zur Imitation westlichen Lebensstils, die Erlaubnis zum Rückzug in private Räume sowie durch lediglich moderate Leistungsanforderungen. Demzufolge wurde „Stagnation“ zum Wesenskern der weiterhin deklarierten revolutionären Ausrichtung. Sie ließ das Bewusstsein des Gegensatzes zum Westen schwinden. Damit war der Boden bereitet für die Perestrojka, die den „real existierenden Sozialismus“ in Frage stellte. Wie Alexander Vatin in dem Sammelband auch aufgrund eigener Erinnerungen berichtet, tat Michail Gorbatschow den entscheidenden Schritt im Gedenkjahr 1987, als er auch Lenins Erbe in den Prozess einer historischen Prüfung einbezog, die Grenzen der Pluralität zunehmend weiter zog, den Zugang zu Archiven öffnen ließ und den Historikern ein eigenes Urteil über die Geschichte der UdSSR erlaubte.

Das besiegelte das Ende des Mythos von der sozialistischen Revolution. Die Brutalität und Skrupellosigkeit ihrer Führer, nicht zuletzt der nach der Machtergreifung gezielt entfesselte rote Terror, kamen aufgrund der freigegebenen Dokumente ans Licht, und es stellte sich die Frage, ob der Grund zur schon früher verurteilten Schreckensherrschaft Stalins nicht bereits von Lenin gelegt worden war. Wie Irina Scherbakowa ausführt, hatte der russische Präsident Boris Jelzin seit 1993 die Sorge, dass Proteste der Kommunisten sein Regime gefährdeten. Die nun eingeläutete Begrenzung des Archivzugangs ließ die Diskussionen leerlaufen. Die Enttäuschung weiter Teile der Bevölkerung über das Ausbleiben liberaler Reformen lenkte zudem die Aufmerksamkeit auf das Zarenregime vor der Revolution, das fortan vielfach geradezu kultische Verehrung als nationales Ideal fand. Nikolaj II. wurde als „Märtyr-

rer“ heiliggesprochen. Die Mängel, Versäumnisse und Entscheidungen, die zum Zusammenbruch des Zarenregimes führten, wurden zunehmend ignoriert. Demnach war das Russische Reich vor 1917 ein nicht nur großer, sondern auch wundervoller Staat, dessen Zerstörung als Werk finsterner Mächte im Ausland zu gelten hatte.

2017 hatte die Erinnerung an die Errichtung des kommunistischen Regimes keinen Platz mehr im amtlichen Festkalender. Jan Plamper stellt in seinem Beitrag fest, dass auf Wunsch einiger orthodoxer Kirchenführer, die eng mit Wladimir Putin und dem Geheimdienst verbunden sind, stattdessen – parallel zum Tag des Sieges über Hitler-Deutschland am 9. Mai Feiern am 4. November, also fast am früher gewohnten Tag – an die Vertreibung polnischer Invasoren aus Moskau im Jahre 1612 gedacht wurde. Damit erhält das Land ein weiteres Mal die Gloriole eines sich heroisch und erfolgreich gegen auswärtige Feinde verteidigendes Aggressionsoffers, während der einst gefeierte „Rote Oktober“ heftig verurteilt wird. Beyrau legt dar, dass Putin den „nationalen Verrat der bolschewistischen Führer“ geißelt und sie für die Niederlage Russlands im Ersten Weltkrieg verantwortlich macht. Ekaterina Makhotina konstatiert im Sammelband von Mayer/Reuschenbach, dass die revolutionären Ereignisse von 1917 in Russland heute als Zusammenbruch des Imperiums gelten, der nie wieder geschehen dürfe. Trotzdem wurde, wie Sebestyen hervorhebt, das Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau nicht entfernt, sondern bildet jetzt den „Heiligtumschrein des wiedererstarkten russischen Nationalismus“ (S. 12).

Statt der Führung im Kreml beansprucht das kommunistische Regime in Peking das sozialistische Erbe von 1917 für sich. Die „Lehren“ von damals gelten, wie Gerd Koenen in seinem Beitrag zum Band über das amtliche Gedenken ausführt, in China als sakrosankt. Mao habe sie mit seiner Revolution verwirklicht, und auf dieser Grundlage beginne das Land jetzt die Höhe des 21. Jahrhunderts zu erreichen. Mit Schweigen werden die Not- und Schreckensjahre übergangen, als Mao zunächst durch seinen „Großen Sprung“ millionenfachen Hungertod verursachte und danach in der Kulturrevolution die geistige Elite der Verfolgung aussetzte, und damit ein allgemeines Desaster hervorrief. Auch bleiben die Schattenseiten der Erfolge seiner Nachfolger unerwähnt. Von 1978 setzte der neue Kurs von Deng Xiaoping zwar eine kapitalistische Entwicklung mit enormen Wohlstandsgewinnen in Gang, hielt aber an der Parteidiktatur rücksichtslos fest bis hin zum Massenmassaker friedlicher Demonstranten auf dem Tiananmen-Platz 1989. Die Kombination ökonomischen Gewinnstrebens und unkontrollierter Funktionärsherrschaft hat seitdem Nepotismus und Korruption gedeihen und Umweltprobleme ungeheuerlichen Ausmaßes entstehen lassen. Dennoch erhebt das Regime mit breiter Zustimmung im Land den Anspruch, eine dem Gemeinwohl verpflichtete „Herrschaft der Gerechtigkeit“ im traditionell chinesischen Sinn verwirklicht zu haben.

Koenen moniert in seinem Beitrag, es berufe sich auf das Ethos von Marx, tue aber das genaue Gegenteil. Auf Kosten ausgebeuteter rechtloser Arbeiter würden großer Reichtum angehäuft und die Macht des Staates ausgebaut. Bei dieser berechtigten Kritik bleibt aber außer Betracht, dass die chinesische Gesellschaft insgesamt materiell weit besser dasteht als vor vier Jahrzehnten, dass eine breite Mittelschicht

entstanden ist, und dass es ungleich weniger Armut und Not gibt als früher. Xuewu Gu stellt die Frage (im Band von Mayer/Reuschenbach), wieso die Parteiherrschaft, die in der UdSSR und den Volksdemokratien 1989-1991 kollabierte, in China weiterhin fest etabliert ist. Er sieht den Grund dafür in einem unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, welcher der Bevölkerung als Gegenleistung für ihre Loyalität die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und die Respektierung privater Lebenssphären sichere. Dagegen macht Behrends ebenfalls im Band von Mayer/Reuschenbach geltend, dass in der Zeit nach Stalin auch die UdSSR und ihre Gefolgschaftsstaaten dieser Orientierung folgten, damit aber nur eine zeitweilige Stabilisierung erzielten. Ihre Erfolglosigkeit könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie an Lenins zentralstaatlicher sozialistischer Ökonomie festhielten, die den erwarteten Wohlstand nicht zu schaffen vermochte, während die kommunistischen Machthaber in Beijing ohne Verzicht auf strikte Parteikontrolle unerklärt den Kapitalismus wählten und damit Quellen des Reichtums erschlossen.

7. Schlussbetrachtung

Die Katastrophen, die der „Rote Oktober“ in Russland einleitete, beruhten, wie Heinrich August Winkler dargelegt hat,¹² auf der falschen Annahme von Marx und Engels, der bürgerlichen Revolution von 1789 müsse geschichtsnotwendig eine gleichartige proletarische Revolution folgen. Damit wurde völlig Unterschiedliches gleichgesetzt. Während es sich in Frankreich darum handelte, dass die Bourgeoisie als gesellschaftlich tragende Kraft sich gegen Adel und Geistlichkeit wandte, führte Lenins Partei ihren Kampf im Namen von Arbeitern und Bauern, die zur Übernahme der Macht unfähig waren und ihr diese daher von vornherein überlassen mussten, gegen die keineswegs funktionslos gewordenen, sondern gesellschaftlich tragenden Bevölkerungsschichten. Daher ging es nicht um die volle Entfaltung einer herangereiften Gesellschaft, sondern im Gegenteil um die Beseitigung der bürgerlichen Kräfte samt ihren Grundlagen Privateigentum und Kapitalismus, die das rückständige Land in eine moderne Zukunft führen konnten.

Diese wurden in der illusionären Erwartung, dadurch alles soziale Übel auszuschalten und eine heilsame Entwicklung in Gang zu setzen, der Vernichtung überantwortet. An ihre Stelle trat eine mit Zwang und Gewalt durchgesetzte Diktatur, die sich als Interessenvertretung der ausgebeuteten Unterschichten zu legitimieren suchte, faktisch jedoch diese, vor allem die bäuerlichen Massen, einer intensiveren Unterdrückung als früher aussetzte. Die Tatsache, dass es sich um ein nach vorgefasstem Konzept durchgesetztes Regime handelte, zeigte sich unter anderem darin, dass es auf keine wirkliche Revolution zurückging. Anders als das Ende der Zarenautokratie war die Machtergreifung der Bolschewiki kein Akt des Massenprotests, son-

12 Heinrich August Winkler, Zur Wiederholung nicht empfohlen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. November 2017, S. 13.

dern ein generalstabsmäßig geplanter und durchgeführter Umsturz. Die eher an der russischen Vergangenheit als Visionen einer sozialistischen Zukunft orientierte Partei herrschaft, die dem unterentwickelten, sozial gespaltenen und fragilen Land aufgezwungen wurde, war für die als „Klassenbrüder“ geltenden Arbeiter der entwickelten europäischen Länder von vornherein nicht attraktiv. Bei einer Übernahme sowjetischer Verhältnisse drohte ihnen der Verlust des schon Erreichten. Ihre politischen Repräsentanten, die Sozialdemokraten, waren für die Führung im Kreml der Hauptfeind, den sie am heftigsten bekämpfte.

Sammelrezension:

40 Jahre nach dem „deutschen Herbst“

Von Eckhard Jesse

- Stefan Aust**, Der Baader-Meinhof-Komplex, Neuausgabe, Hamburg 2017 (*Hoffmann und Campe*), 987 S.
- Butz Peters**, 1977. RAF gegen Bundesrepublik, München 2017 (*Droemer*), 576 S.
- Butz Peters**, Hundert Tage. Die RAF-Chronik 1977, München 2017 (*Knaur*), 288 S.
- Wolfgang Kraushaar**, Die blinden Flecken der RAF, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 423 S.
- Petra Terhoeven**, Die Rote Armee Fraktion. Eine Geschichte terroristischer Gewalt, München 2017 (*C.H. Beck*), 128 S.
- Stefan Schweizer**, RAF 1.0 – 3.0. Ideologie – Strategie – Attentate, Waiblingen 2017 (*SWB Media Publishing*), 148 S.
- Ingeborg Gleichauf**, Poesie und Gewalt. Das Leben der Gudrun Ensslin, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 320 S.
- Michael Buback**, Der zweite Tod meines Vaters, Neuausgabe, München 2017 (*Knaur*), 447 S.
- Anne Ameri-Siemens**, Ein Tag im Herbst. Die RAF, der Staat und der Fall Schleyer, Berlin 2017 (*Rowohlt*), 319 S.
- Lutz Tauber**, Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela, Hamburg 2017 (*Assoziation A*), 286 S.
- Christof Wackernagel**, RAF oder Hollywood. Tagebuch einer gescheiterten Utopie, Springe 2017 (*zu Kampen*), 356 S.

1. Einleitung

Auch 40 Jahre nach dem mythenumwobenen „deutschen Herbst“ ist er im kollektiven Gedächtnis Deutschlands fest verankert. Das Thema hat wenig von seiner Anziehungskraft auf Autoren verloren, wohl aber spielt heute die apologetische Dimension eine weitaus geringere Rolle als früher. Gleichwohl fasziniert der deutsche Linksterrorismus wie zuvor, und sei es ex negativo. Dass Leute in einer Wohlstandsgesellschaft in den Untergrund gehen und dem als repressiv geltenden Staat den Kampf ansagen, ist ein Phänomen. Immer, im Zehn-Jahresrhythmus, schwillt die einschlägige Literatur an.¹ Das ist vier Jahrzehnte nach 1977 nicht anders. Was ebenso nicht anders ist: Eine große Studie über die Revolutionären Zellen fehlt wei-

1 Vgl. Gerhard Hertel, Der linke Terrorismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 1, Bonn 1989, S. 207-231; Monika Prützel-Thomas, „Deutscher Herbst“ – Linksterrorismus 20 Jahre danach, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 10, Baden-Baden 1998, S. 276-287; Eckhard Jesse, Drei-Big Jahre nach dem sogenannten „deutschen Herbst“, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/

terhin², ebenso eine Beziehungsgeschichte zwischen den drei linksterroristischen Gruppen: Rote Armee Fraktion (RAF), Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen.

Die folgende Sichtung bezieht sich zunächst auf Gesamtdarstellungen, wobei mit Stefan Aust, Wolfgang Kraushaar und Butz Peters erneut Autoren vertreten sind, die diese Thematik seit Jahren bearbeiten. Danach wird eine Biographie zu Gudrun Ensslin, einer Terroristin der ersten Stunde, präsentiert. Es folgen zwei zum Teil persönlich gehaltene Rückblicke sowie zwei autobiographische Zeugnisse von Terroristen. Das Fazit fragt insbesondere danach, ob die Studien neue Erkenntnisse ans Licht brachten.

2. Gesamtdarstellungen

Stefan Aust hat erstmals 1985 seinen Bestseller zum *Baader-Meinhof-Komplex* vorgelegt, 1987 ebenso eine erweiterte Fassung wie 2008. Der neue Text von 2017 umfasst 1.000 Seiten und ist abermals aktualisiert. Im Vergleich zur ersten Fassung von 1985 wird kein Zweifel mehr am Selbstmord der Terroristen gelassen, ungeachtet von gewissen Ungereimtheiten bei einigen Untersuchungsergebnissen. Jetzt verfährt Aust die These, die Suizide seien in Stammheim abgehört worden. Er hält die Existenz von Abschriften der Verabredungen der Inhaftierten zum Selbstmord für wahrscheinlich.

Das Buch ist auf die erste Generation der RAF zugeschnitten. Sehr gut geschrieben, atmosphärisch dicht, und handwerklich akkurat, verzichtet die Studie auf Zitatebelege. Die Großreportage, mehr eine akribische Chronik der Ereignisse, weniger eine Analyse, fesselt beim erneuten Lesen wie zuvor. Wertungen sind des Verfassers Sache nicht. Aust, Jungredakteur bei *konkret*, kannte die dortige Chefredakteurin Ulrike Meinhof gut. Sie kommt bei ihm besser weg als Baader, Ensslin und Mahler, wiewohl er weit davon entfernt ist, sie zu heroisieren. Meinhof, gemobbt vor allem durch Gudrun Ensslin, beging in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 Selbstmord, ohne einen Abschiedsbrief zu hinterlassen. Wie der Verfasser schildert, war im Kreis der Terroristen der Glaube an die Mordversion nur vorgetäuscht. Das Neue an dem Buch besteht neben der Aktualisierung spezifischer Vorgänge darin, dass Aust seine Rolle als Akteur diesmal genauer beschreibt. So war er es, der in Sizilien dafür gesorgt hat, dass die Zwillinge Meinhofs in kein Palästinenserlager gerieten. Die vielen Interviews mit Zeitzeugen verleihen dem Buch ein hohes Maß an Authentizität.

Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 253-273.

2 Siehe immerhin: Wolfgang Kraushaar, *Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen*, in: Ders. (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, Hamburg 2005, S. 583-601; Johannes Wörle, *Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland*, in: Alexander Straßner (Hrsg.), *Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien*, Wiesbaden 2008, S. 257-274.

Butz Peters' erste Studie zur RAF kam 1991 auf den Markt, 13 Jahre später seine zweite.³ Nach abermals 13 Jahren legt der Journalist und Jurist Peters, einer der besten Kenner der Materie, eine gut recherchierte Darstellung des Terrorjahres 1977 vor, wobei es gleich im ersten Satz heißt, dies sei keine „Geschichte von vor vierzig Jahren, sondern eine Geschichte von vierzig Jahren“ (S. 11). Schließlich tauchten im Laufe der 40 Jahre oft weitere Erkenntnisse zu den Taten und Tätern auf. Wenn Peters sein Buch damit rechtfertigt, die Quellenlage werde niemals besser sein als jetzt, so ist diese Position recht kühn. Neue Ermittlungsverfahren mögen ausbleiben, aber woher weiß der Autor, dass nicht doch einer der Terroristen „auspackt“, um sein Gewissen zu erleichtern?

Die Studie, die einige Längen aufweist, beschreibt akribisch drei Morde mitsamt ihrer Hintergründe: am Generalbundesanwalt Siegfried Buback, am Vorstandssprecher der Dresdner Bank Jürgen Ponto sowie an Hanns Martin Schleyer, dem mächtigen Chef der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitnehmerverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, im „deutschen Herbst“ 1977, ferner die Verhältnisse in Stammheim, im angeblich sichersten Gefängnis der Welt, und den gescheiterten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft mit einer Raketenwerfer-Anlage („Stalinorgel“). Die Gliederung nach den vier Jahreszeiten wirkt etwas gekünstelt.

Wie in einer griechischen Tragödie verliefen die 44 Tage seit dem 5. September: Entführung Schleyers und Ermordung seiner Begleiter; Weigerung der Bundesregierung, die Inhaftierten gegen Schleyer auszutauschen; Kaperung einer Lufthansamaschine durch palästinensische Terroristen; Erstürmung des Flugzeuges und Befreiung der Geiseln; Suizid der inhaftierten Terroristen; schließlich die Ermordung Schleyers. Peters bietet so eine Geschichte der zweiten Terroristengeneration, ohne jede Revolutionsromantik. Die Hierarchie in der Gruppe wird gut verdeutlicht: Zwei Frauen, Brigitte Mohnhaupt, schon Mitglied der ersten RAF-Generation, und ihre „Stabschefin“ Sieglinde Hofmann, standen an der Spitze des Kommandos.

Peters hat zwar systematisch alle Quellen zur „Offensive 77“ ausgewertet (u. a. Anklageschriften, Gerichtsurteile, Unterlagen von Ermittlungsbehörden, Interviews mit Zeitzeugen, Erklärungen der RAF und ihre Zellenzirkulare), aber neue Ergebnisse bleiben im Kern aus. In diesem Zusammenhang ist am ehesten die Mammut-Anmerkung 137 (S. 531-534) hervorzuheben, die problematische Handlungen des Rechtsanwaltes Christian Ströbele benennt.⁴ „Die Rolle Ströbeles im ‚info‘-System der RAF-Häftlinge lässt sich wohl am treffendsten so charakterisieren: Er war eine Art ‚Postbote‘ der RAF-Häftlinge, sein Kollege Groenewold der ‚Postsortierer‘ in der ‚info‘-Zentrale in Hamburg“ (S. 534). Insgesamt wird darauf verzichtet, sensationellsten Spekulationen auszubreiten. Verschwörungstheorien sind Peters' Sache ohnehin nicht. Der Autor gewichtet den erst ab 1980 einsetzenden „teuflischen Pakt

3 Vgl. Butz Peters, *RAF – Terrorismus in Deutschland*, Stuttgart 1991; ders., *Tödlicher Irrtum – Die Geschichte der RAF*, Berlin 2004; ferner ders., *Der letzte Mythos der RAF. Das Desaster von Bad Kleinen. Wer erschoss Wolfgang Grams*, Berlin 2006.

4 Die Kritik Peters' an manchen Thesen des folgenden Buches ist berechtigt: Lutz Reinecke, Ströbele. Die Biografie, Berlin 2016.

aus RAF und Stasi“ (S. 486) nicht sonderlich schwer; hingegen erörtert er die (erst später erkannte) Massivität der palästinensischen Unterstützung durch den Chefstrategen Wadi Haddad ausführlich.

Peters, der sich mit den Ursachen des Terrorismus nicht aufhält, stellt nahezu jedes Detail haarklein dar. Damit ist eine ausgezeichnete Deskription entstanden, der es jedoch an Analysekraft mangelt. In einigen Punkten schafft er Klarheit. Um zwei zu nennen: Die nach der Entführung Schleyers in Stammheim lax gehandhabte Kontaktsperre funktionierte kaum. Als Jan-Carl Raspe auf seinem in die Zelle durch Anwälte hineingeschmuggelten Miniradio von der Befreiung der Geiseln in Mogadischu hörte, benachrichtigte er durch Zuruf die anderen drei Strafgefangenen (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Irmgard Möller), um den als Mord getarnten kollektiven Freitod auszuführen. Wenn die Behörden danach von der Installation einer Wechselsprechanlage durch die Terroristen sprechen, so wollten sie offenkundig das eigene, durch die unentdeckt gebliebenen Pistolen ohnehin schon große Versagen nicht noch größer machen. Hingegen findet Peters keine Belege für – von Kritikern behauptete – Abhörmaßnahmen in den Zellen. Hier unterscheidet er sich von Aust.

Das flott geschriebene und informative Buch, kein bloßer Aufguss der früheren Studien, bewertet zurückhaltend, aber treffend. Den Legenden der „Isolationsfolter“⁵ geht es nicht auf den Leim, ebenso nicht den kruden Unterstellungen, der Staat habe sich in Stammheim der Terroristen entledigt. Kritik an Maßnahmen der Behörden bleibt ebenso nicht aus, etwa an ihrem Informationsgebaren: Schleyer sei nicht genügend geschützt worden, obwohl mit seiner Entführung angesichts entdeckter „Papiere“ der Terroristen zu rechnen war. Und die folgenschweren Fahndungspannen im Fall Schleyer kommen eingehend zur Sprache.

Am Ende schlägt Peters kurz den Bogen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der keinerlei Selbstbezeichnungsschreiben verfasste, und zum gegenwärtigen islamistischen Terror mit der stärkeren Gefährdungslage. Denn dessen Taten, für die sich Fanatiker opfern, zielen nicht auf die politische oder wirtschaftliche Herrschaftselite, sondern gegen jedermann. Gleichwohl: Wie bei der RAF führte auch diese Variante des Terrorismus zu einem Wandel in der Sicherheitspolitik, mussten exponierte Leute aus den Sicherheitsbehörden zurücktreten. Der letzte Satz ist etwas kryptisch formuliert: „Die deutsche Seele hat die RAF noch nicht verwunden“ (S. 491). Aus dem, was Peters zuvor zu Papier bringt, ergibt sich eine derartige These nicht.

Butz Peters ließ es 2017 nicht mit „einer“ Studie bewenden. Seine *RAF-Chronik* vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1977 ist zwar exakt recherchiert, präsentiert aber keine neuen Erkenntnisse. Der Anhang bietet einen Kurzlebenslauf zu denjenigen 22 RAF-Akteuren, die 1977 die Bundesrepublik unsicher gemacht und erschüttert haben. Bis auf Elisabeth van Dyck, Willy Peter Stoll und Rolf Clemens Wagner leben alle, mit Ausnahme vielleicht von Friederike Krabbe, deren Spur sich in der

5 Vgl. dazu Christoph Riederer, *Die RAF und die Folterdebatte der 1970er Jahre*, Wiesbaden 2014.

zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Bagdad verliert. Keine Person war zu Auskünften an Peters bereit. Die Chronik, die auf Fußnoten verzichtet, steckt voller Details, liefert jedoch keine ergiebigen Erklärungen zu Ursachen. Um manche Zusammenhänge möglich zu machen, durchbricht der Autor zuweilen die Chronologie.

Wolfgang Kraushaar von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur ist wie Aust und Peters einer der besten Kenner der Geschichte der RAF, aber stärker analytisch ausgerichtet als diese.⁶ 40 Jahre nach dem „deutschen Herbst“ irritiert der Titel seiner Studie ein wenig. Wer die 14 Aufsätze gelesen hat, muss ihn nahezu als Etikettenschwindel ansehen.⁷ Denn um „blinde Flecken“ geht es nur am Rande. Zwar heißt es bei dem Autor zu Recht, weniger die Aufklärung ungelöster Fälle (wer erschoss wen?) stehe im Vordergrund (dies ist in der Tat nicht die Aufgabe von Politikwissenschaftlern), aber seine Absicht, „die Defizite in der Analyse, Deutung und Interpretation des RAF-Terrorismus“ (S. 28) zu erhellen, bleibt weithin bloßes Programm.

In fünf Kapiteln – Anfänge, Stationen, Faktoren, Vergangenheit, Beendigung – beleuchtet Kraushaar u. a. „Terrorismus und Avantgarde“, „Faszinosum Militanz“, „Sartre in Stammheim“, „Die RAF und die Frauen“ sowie die zeitgeschichtliche Bedeutung der Justizvollzugsanstalt Stammheim. Bereits eine solche Enumeration erhellt die Heterogenität der Texte. Dem Werk fehlt es an einem roten Faden. Das Wort vom Flickenteppich ist vielleicht zu hart, doch das Diktum Stefan Austs auf dem Schutzumschlag zu wohlwollend: „Kraushaars glasklare Analyse zeigt, wie sich in der RAF die deutsche Nachkriegsgeschichte spiegelt.“ Diesen Anspruch erhebt der Autor ohnehin nicht.

Gleichwohl: Das Urteil über die einzelnen Aufsätze mit ihrem umfangreichen Anmerkungsapparat fällt weit besser aus als das über den gesamten Band, der eben nicht aus einem Guss ist, zumal fünf der 14 Aufsätze bereits anderswo erschienen sind. So erfährt selbst die kundige Leserschaft Neues, während der interessierte Laie – Kraushaar springt von Thema zu Thema – kaum auf seine Kosten kommt. Er setzt aufgrund spezifischer Kenntnis die Akzente mitunter anders als ein Teil der einschlägigen Literatur. Der Autor verurteilt zwar entschieden die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 im Zuge des Schah-Besuches, aber er zitiert auch eine Aussage Rudi Dutschkes von 1968, die seinerzeit kaum Proteste hervorrufen hat: „Ihn [den Schah] hätten wir erschießen müssen, das wäre unsere menschliche und revolutionäre Pflicht als Vertreter der ‚Neuen Internationale‘ gewesen“ (S. 77). Kraushaar meint zu einer solchen Aussage in einem *Spiegel*-Interview: „Dieses Bekenntnis war so unumwunden, dass man sich nur darüber wundern kann, warum es seinerzeit so gut wie kein Echo ausgelöst hat“ (S. 77). In der Tat, doch unterbleibt der Versuch einer Erklärung.

6 Vgl. Wolfgang Kraushaar, *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005; ders. (FN 2), 2 Bde.; ders., Verena Becker und der Verfassungsschutz, Hamburg 2010; ders., „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek bei Hamburg 2013.

7 Kurz danach erschien von ihm folgender Titel: *Die blinden Flecken der 68er*, Stuttgart 2018.

Die Urteilskraft Kraushaars besticht. Das gilt etwa für die Entstehung der RAF, die ohne jene oft als „Spaßguerilla“ verharmlosten Kräfte um Dieter Kunzelmann und Fritz Teufel schwerlich erklärbar ist. Wie das Kapitel über „Die RAF und ihre Anwälte“ verdeutlicht, war die Geschichte der RAF auch eine Geschichte ihrer Anwälte. Die Weitergabe eines Kassibers durch den späteren Bundesinnenminister Otto Schily sei gut möglich gewesen. Für den Schweigekodex fast aller RAF-Terroristen bis auf den heutigen Tag macht Kraushaar vorrangig Brigitte Mohnhaupt verantwortlich. Und im Wandel von Horst Mahler, einst RAF-Gründer, heute ein harter Rechtsextremist, sieht Kraushaar zugleich Kontinuitätselemente: im Antizionismus bzw. Antisemitismus und Antiliberalismus.

Wer neben der Gesamtanlage etwas kritisieren will, mag manche Schelte an den Sicherheitsbehörden für übertrieben halten. Im Nachhinein nimmt sich die Gefahr durch die RAF weniger dramatisch aus als für den Zeitgenossen. Und zu kurz kommt die gerade von Kraushaar oft beim Namen genannte internationale Dimension des deutschen Terrorismus.

Diesen Aspekt vernachlässigt die bündige Schrift von Petra Terhoeven nicht. Die Göttinger Historikerin, die bereits eine Habilitationsschrift über den „deutschen Herbst in Europa“ verfasst hatte⁸ und auf dem neuesten Stand der Forschung ist, bietet einen so kompakten wie souveränen Überblick – von den Ab- und Irrwegen der 68er-Bewegung über die drei RAF-Generationen bis zum „Mythos RAF“, wobei sie die RAF kritisch „als Inspirationsquelle für Kulturschaffende aller Sparten und Genres“ (S. 114) wahrnimmt. Detailliert beleuchtet sie anhand von Beispielen aus Kunst, Literatur und Spielfilmen die Trivialisierung der Thematik. Der Hinweis auf die „Bagatellisierung der RAF-Verbrechen in der Popkultur“ (S. 116) ist berechtigt. Die gesamte Schrift dient der Entmythologisierung der RAF. Obwohl die Inhaftierten in Stammheim privilegierte Haftbedingungen besaßen, gelang es ihnen und ihren Verteidigern (Terhoeven nimmt Otto Schily nicht aus), einen ganz anderen Eindruck zu erwecken; zumal in Teilen des Auslandes verfiel die Propaganda der RAF. Die Terroristen hatten sich zu Märtyrern stilisiert. Ulrike Meinhof galt für viele als „Prototyp des gefallenen Engels“ (S. 39). Terhoeven misst dem Führungsquartett um Baader, Ensslin, Mahler und Meinhof eine herausragende Relevanz für die Entstehung der RAF bei, wobei sie Mahler als „einzigen wirklichen Ideologen der Gruppe“ (S. 40) ansieht.⁹

Vielfältig wird die Reaktion des demokratischen Staates kritisiert, etwa mit Blick auf die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Überwachung der Terroristen. Aber dies gilt auch in anderer Hinsicht: „Angesichts der gigantischen Mittel, die der Staat für die Ergreifung, Aburteilung und langfristige Unschädlichmachung der Täter auf-

8 Vgl. Petra Terhoeven, *Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus als transnationales Phänomen*, München 2014.

9 Wenn sie ihn unter Berufung auf die Biographen Klaus Stern und Jörg Herrmann „als einen in jeder Hinsicht extremen Charakter“ (S. 40) begreift, so liegt eine Verwechslung vor. Diese haben nicht Mahler porträtiert, sondern Andreas Baader. Vgl. dies., *Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeindes*, München 2007.

wandte, erscheint die Vernachlässigung der Opfer aus heutiger Perspektive besonders unverständlich“ (S. 113 f.) – nicht nur aus heutiger Perspektive. Insgesamt sieht Terhoeven niemals eine Gefahr für die Stabilität durch den Terrorismus. Aber war dies den Zeitgenossen klar? Und: Eine unmittelbare Gefahr für politische wie wirtschaftliche Eliten bestand. Eine Überinterpretation nimmt die Autorin vor, wenn sie eine beiläufige Aussage in den RAF-Texten auch als „späte Rache für die alliierten Bombardements deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg“ (S. 53) deutet. Insgesamt sind diese Kritikpunkte jedoch Petitessen. Terhoevens „Geschichte terroristischer Gewalt“ präsentiert eine rundum gelungene Synthese.

Deutlich schwächer fällt die Gesamtdarstellung von Stefan Schweizer aus, einem Lehrer und Publizisten, der schon mehrfach das RAF-Thema bearbeitet hat.¹⁰ Dem Verfasser ist daran gelegen, vor allem drei Fragen zu klären, jeweils mit Blick auf alle drei Generationen: Welche Ideologie verfocht die RAF? Welche Strategie wandte sie an? Wie wirkten sich Ideologie und Strategie auf die Attentate aus? Der Autor bleibt bei der Analyse dicht an den Texten der RAF, verzichtet jedoch auf Fußnoten. Was nicht überrascht: Im Vergleich zur ersten Generation war die zweite ebenso wie die dritte ausgesprochen theoriefeindlich. Marxistisch-leninistische Positionen wurden zugunsten der Lehren der Kritischen Theorie aufgegeben, später zugunsten internationalistischer Positionen. Die Praxis folgte der Theorie. Besonders dürftig fallen die Erklärungen der RAF in der Zeit zwischen 1989 und 1992 aus – dieser Befund ist nicht neu.

Der Autor, der sich vielfach wiederholt (auch wörtlich), deutet an, er werde die interne RAF-Debatte zwischen 1992 und 1994 in einer weiteren Studie nachzeichnen. Das muss nicht sein. Eine Schwäche der Studie besteht darin, dass sie einen Zusammenhang zwischen Ideologie, Strategie und Aktion sieht. Damit geht Schweizer der RAF auf den Leim. Hauptziel der zweiten Generation war schlicht, die Mitglieder der ersten freizupressen.

3. Biographie über eine führende Terroristin

Horst Mahler, Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin zählen zu den vier führenden Köpfen der ersten RAF-Generation. Zu drei von ihnen gibt es Biographien, die erfolgreich versuchten, Licht in das Dunkel zu bringen.¹¹ Nun wird auch das Leben der vierten Person erhellt, das von Gudrun Ensslin, allerdings in etwas eigenwilliger Weise.

10 Vgl. Stefan Schweizer/Pia-Johanna Schweizer, Responsivität und Massenmedien, am Beispiel der RAF, Hamburg 2008; ders., Rote Armee Fraktion. Ideologie und Strategie im Wandel. Eine Analyse der RAF von 1970 bis 1992, Bremen 2009.

11 Vgl. Michael Fischer, Horst Mahler. Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuchen deutscher Schuldadwehr, Karlsruhe 2015; Stern/Herrmann (FN 9); Kristin Wesemann, Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie, Baden-Baden 2007.

40 Jahre nach dem Selbstmord der Terroristen Andreas Baader und Gudrun Ensslin übt ihr Leben nach wie vor Faszinationskraft aus. Die Biographie mokiert sich eingangs über den einen oder anderen Autor, der Gudrun Ensslin besserwisserisch einordnet, ohne die Fakten angemessen zur Kenntnis zu nehmen. Ingeborg Gleichauf will jeglicher Spekulation entsagen. Wieso aber schreibt sie dann: „Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass eine Identifikation Baaders, Raspes und Ensslins mit den Taten der zweiten RAF-Generation besteht“ (S. 318)? Ensslins Leben musste nicht als Terroristin enden. Dies ist eine Kernthese des Buches. Eine andere: Ensslin sei eine hochbegabte Germanistin gewesen. Daher stützt sich die Autorin auf ihre schriftlichen Erzeugnisse. Die neun jeweils mit einem Zitat betitelten Kapitel sind chronologisch angelegt – von der fröhlichen Kindheit als Pastorentochter über die Studienjahre in Tübingen und Berlin mit zunehmender Radikalisierung und die terroristische Phase in der Freiheit bis zur terroristischen Phase in den Gefängnissen. Dabei spielt sie den Psychoterror zwischen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof, die unter ihm litt, stark herunter.

Die gut geschriebene und gut recherchierte Studie zeichnet sich durch ein hohes Maß an Empathie aus. Dabei überschätzt sie wohl die intellektuellen Fähigkeiten Ensslins, wenn es etwa heißt, sie habe als Schülerin die englische Sprache „perfekt beherrscht“ (S. 57 – trotz der Note „gut“ im Abiturzeugnis). Ensslin schaffte im dritten Anlauf die Aufnahme in die Studienstiftung des deutschen Volkes, wobei die Dissertation über den sie faszinierenden Schriftsteller Hans Henny Jahn ungeschrieben blieb. Dies gilt ebenso für die Dissertationen ihres Verlobten Bernward Vesper und Ulrike Meinhofs. Nur Horst Mahler, ebenfalls von der Studienstiftung gefördert wie Ensslin, Meinhof und Vesper, schaffte sein Examen.¹² Gleichauf zeichnet von Ensslin ein besseres Bild als von ihrem Verlobten Bernward Vesper, Sohn eines NS-Schriftstellers, und auch von Andreas Baader, der sie in den Terrorismus mitgerissen haben soll. Allerdings heißt es über diesen: „Er mausert sich ausgerechnet in der Haft zu einer Art Intellektuellen. Bücher und Zeitungen werden immer wichtiger für ihn, er liest sogar Ludwig Wittgenstein. Sein Bücherbestand wächst auf nahezu 400 Exemplare an“ (S. 276). Was besagt das?

Am Ende ihres Buches muss die Autorin, die mit psychologisierenden Vermutungen spart, offen einräumen, dass das Leben Gudrun Ensslins weiterhin Fragen aufwirft. Deren Geschwister lehnten es ab, der Biographin Rede und Antwort zu stehen. Umso wichtiger wäre es gewesen, die politischen Rahmenbedingungen Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre näher auszuleuchten. Ohne diese Phase ist Ensslins Leben nicht verstehbar. Dieser Aspekt kommt zu kurz, während die feministische Sichtweise der Autorin nicht trägt. So schreibt Gleichauf: „Was sie [Ensslin und

12 Vgl. für Einzelheiten Alexander Gallus (Hrsg.), Meinhof, Mahler, Ensslin. Die Akten der Studienstiftung des deutschen Volkes, Göttingen 2016; ders., Drei Lebenswege zwischen intellektueller Hochbegabung, politischer Radikalität und terroristischer Gewalt – Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und die Studienstiftung des deutschen Volkes, in: Sebastian Liebold u. a. (Hrsg.), Demokratie in unruhigen Zeiten. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2018, S. 45-53.

Meinhof] allerdings verbindet, ist die Bewusstlosigkeit gegenüber ihrer Rolle als Frau. Beide agieren immer in Beziehung auf einen Mann oder mehrere Männer. Sie reflektieren ihre Rolle als Frau nur sehr wenig. Der Motor für ihr Handeln ist der Mann. Diesen Motor brauchen sie“ (S. 275) Psychologisiert die Autorin hier nicht?

4. Persönlich gefärbte Rückblicke

Michael Buback, der Sohn des von der RAF im April 1977 ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, hat 2008 ein Buch mit der These verfasst, die deutschen Geheimdienste seien von der Ermordung seines Vaters nicht überrascht worden. Er stützt sich auf Aussagen des einstigen RAF-Mitglieds Peter-Jürgen Boock, die Verurteilten Christian Klar, Knut Folkerts und Günter Sonnenberg könnten nicht die Täter sein. Der Autor weist auf (tatsächliche und vermeintliche) Ungereimtheiten bei der Spurensicherung hin. Vielmehr komme Verena Becker in Frage, Boock nannte Buback gegenüber freilich Stefan Wisniewski als Todesschützen.

In einem Vorwort zur Taschenbuchausgabe von 2009 sprach der Sohn von einem Schutz für RAF-Täter. Dieses Taschenbuch präsentierte ein neues Abschlusskapitel „Wir gelangen zur Gewissheit“, das sich u. a. mit der Kritik an ihm auseinandersetzt und noch einmal (tatsächliche oder vermeintliche) Widersprüche in den Akten aufrollt. Seine Kernthese: Es gäbe eine schützende Hand über Verena Becker. In der Folge wurden die Ermittlungen gegen sie, die in der Tat Anfang der 1980er Jahre Informantin des Verfassungsschutzes war, aber eben keineswegs vorher, nicht zuletzt aufgrund der Thesen des Buches wieder aufgenommen. Sie erhielt 2012 eine Freiheitsstrafe von vier Jahren wegen Beihilfe zum Mord, als Mörderin komme sie jedoch nicht in Frage. Die von Buback genannten Zeugen verhedderten sich in grobe Widersprüche. Und als Nebenkkläger hinterließ er vor Gericht einen verzweiferten Eindruck.

Im kurzen „Vorwort zur Neuauflage des Taschenbuches“ hält Buback an seiner Position fest. Es geht nur ganz knapp auf den neuen Prozess gegen Verena Becker ein (2010-2012). Er, der offenkundig verschwörungstheoretische Annahmen vertritt, kündigt „die ausführliche Darstellung in einem zweiten Buch“ (S. XIII) an. Muss das sein? Dass ein Sohn durch den Mord an seinem Vater verstört ist, weil er wissen will, wer diesen getötet hat, lässt sich gut nachvollziehen. Die, die es wissen, die Täter, schweigen. Für Buback ist die geringe Strafe Verena Beckers „beklemmend“ (S. XIII). Ohne eine Parallele zwischen Becker und Buback zu konstruieren: Wer den Fall unvoreingenommen betrachtet, kommt seinerseits nicht umhin, Bubacks Verhalten als „beklemmend“ anzusehen.

Anne Siemens hatte 1977 ein Buch mit Aussagen der Angehörigen von Opfern veröffentlicht.¹³ Es erregte große Aufmerksamkeit, weil es diese in den Vordergrund

13 Vgl. Anne Siemens, Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus, München 2017.

zu rücken verstand. Auf eine schlüssige Analyse hatte die Autorin verzichtet. Das gilt auch für die Dokumentation *Ein Tag im Herbst*. Denn nirgendwo werden die Aussagen in den Interviews zusammengeführt, wenngleich Siemens zum Verständnis des Gesagten eigene Erklärungen einstreut. Und was sie in dem abschließenden Kapitel „Zur Geschichte der RAF“ schreibt, fällt recht dürftig aus. Die Autorin befragte folgende Zeitzeugen zum „deutschen Herbst“: Stefan Aust, Gerhart Baum, Patricia Clough, Friedrich Christian Delius, Klaus Eschen, Burkhard Hirsch, Monika Hohlmeier, Peter Jesse, Wolfgang Kraushaar, Clais Baron v. Mirbach, Heribert Prantl, Jan Philipp Reemtsma, Hanns-Eberhard Schleyer, Hans-Jochen Vogel und Ulrich Wegener, also vornehmlich Politiker, Publizisten und Angehörige der Opfer. Eine Begründung für die Auswahl der Befragten fehlt, ebenso ein Fragenkatalog.

Diese kommen bei verschiedenen Komplexen zu Wort: zu den Toten von Stammheim, zur Frage nach dem starken Staat, zur Entführung der „Landshut“, zur Klage der Familie Schleyer vor dem Bundesverfassungsgericht, zur Hinhaltetaktik der Bundesregierung gegenüber den Entführern Schleyers. Einige Personen deuten eine Alternative gegenüber dem Handeln des Staates an, etwa der Journalist Heribert Prantl, der ernsthafte Verhandlungen der Regierung mit den Terroristen gewünscht hätte: So „wäre der Gang der Dinge von ihr gesteuert worden und nicht von den Terroristen“ (S. 95). Wer verantwortungsethisch argumentiert, kann dies nicht als sonderlich sinnvoll ansehen. Bisher unbekannte Zeugen wie Jesse, der 1977 als 19-Jähriger einer Sicherungsgruppe in Stammheim angehört hatte, kommen zu wenig zu Wort. „Nachdem sie [Brigitte Mohnhaupt] 1972 in Berlin festgenommen worden war, hatte sie die letzten Monate ihrer Haftstrafe 1977 im siebten Stock der JVA Stuttgart verbracht. Mehrere Stunden am Tag war sie während des ‚Umschlusses‘ der gemeinsamen Zeit der Häftlinge mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin zusammen gewesen. Mohnhaupt verfügte demnach über ausreichend Zeit, um einen Befreiungsplan zu entwickeln, eine Entführung zu planen, Jürgen Ponto und Hanns Martin Schleyer als mögliche Opfer zu bestimmen“ (S. 51 f.). Unverständlich!

5. Autobiographische Zeugnisse von Ex-Terroristen

Die beträchtliche Zahl autobiographischer Bekenntnisse ehemaliger Terroristen überrascht.¹⁴ Was nicht überrascht: die wenig selbstkritische Haltung. Machen Lutz Tauber und Christof Wackernagel eine Ausnahme? Tauber gehörte zu den Stockholm-Attentätern 1975, Wackernagel zur zweiten RAF-Generation. Tauber verbrachte 20 Jahre in Haft, Wackernagel zehn.

14 Vgl. u. a. Dieter Kunzelmann, *Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben*, Berlin 1998; Till Meyer, *Staatsfeind. Erinnerungen*, Hamburg 1996; Margit Schiller, *Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung. Ein Lebensbericht aus der RAF*, Hamburg 1999; Inge Viett, *Nie war ich furchtloser. Autobiographie*, 4. Aufl., Hamburg 2007.

Lutz Tauber, Jahrgang 1944, schildert ausführlich sein Leben: von der Kindheit (aufgewachsen in einem nicht nationalsozialistisch eingestellten Elternhaus) über die Zeit als Student in Freiburg, Mannheim und Heidelberg, die ihn radikalisiert hat, bis zu seinen kriminellen Aktivitäten, der Zeit hinter Gittern und seiner Arbeit in Brasilien. Er engagierte sich im Heidelberger Sozialistischen Patientenkollektiv und in einem Komitee gegen Isolationsfolter, unterstützte die „Illegalen“ ab 1971. Der Hungertod von Holger Meins 1974 bewog das RAF-Mitglied und seine Genossen zum kriminellen Handeln in Schweden. Tauber klammert alle Einzelheiten zu den Vorgängen in Stockholm und zu den Vorbereitungen aus. „Ich habe manches weggelassen, sensationelle Enthüllungen, etwa über Stockholm oder die RAF, finden sich in diesem Buch nicht“ (S. 8). Mit der Besetzung der Botschaft durch ihn, Karl-Heinz Dellwo, Siegfried Hausner, Hanna Krabbe, Bernd Rössner und Ulrich Wessel, dem „Kommando Holger Meins“, sollten 26 inhaftierte RAF-Mitglieder befreit werden. Dieses misslang. Auf das Konto der Terroristen ging der Tod zweier Geiseln, der Botschaftsangehörigen Heinz Hillegaart und Andreas von Mirbach. Gewiss, Tauber rechtfertigt die Morde nicht mehr („Es dauerte lange, bis ich in meinem Fühlen und Denken zulassen konnte, dass die Tötung zweier Geiseln auf grausame Weise, für die ich mitverantwortlich bin, ein Verbrechen ist, das durch nichts zu rechtfertigen ist“, S. 101), aber zu ihrer Aufklärung trägt er nichts bei. Ausführlich kommt eine Reihe von Hungerstreiks, die der Hafterleichterung dienen sollten, zur Sprache, auch ein Suizidversuch. Tauber gehörte zu denen, die 1992 für ein Moratorium der Gewalt eintraten. All das wird nicht wichtigtuertisch geschildert.

Nach seiner Haftentlassung verließ er bald Deutschland, nicht zuletzt deshalb, weil ihm der „RAF-Gefangenen-Bonus“ (S. 103) gegen den Strich ging, Richtung Uruguay zu den Tupamaros – später zog es ihn nach Brasilien, um in den Favelas von Rio de Janeiro für den Weltfriedensdienst zu arbeiten. „Meine Jahre in Brasilien gehören zu den besten in meinem Leben“ (S. 271). 2012 folgte die Rückkehr nach Deutschland. Die Autobiographie ist nicht unsympathisch geschrieben, auch wenn sie über weite Strecken apologetisch bleibt.

Christof Wackernagels Text ist literarisch anspruchsvoller – allerdings beendet der Autor seine Notizen mit dem September 1977, so dass der Leser nichts mehr über die Zeit nach seiner Inhaftierung erfährt.¹⁵ Während Tauber ganz bewusst offen lässt, ob die Mordversion mit Blick auf Baader, Ensslin und Raspe stimmt, sieht Wackernagel, Jahrgang 1951, diese als eine „Propagandalüge“ (S. 11) an. Nach der Verbüßung seiner Haftstrafe ist Wackernagel wieder als Schauspieler tätig – und nun ebenso als Schriftsteller. In seinen fiktiven Tagebuchnotizen schildert er seine Erlebnisse und Erfahrungen aus damaliger Sicht, ohne dies allerdings strikt durchzuhalten, wobei sich in den Fußnoten Erklärungen zu Ereignissen und Personen finden (in der Regel mit Wikipedia als Quellenangabe). Werden die ersten Jahre nur gestreift, so kommt die Zeit ab Mitte der 1960er Jahre ausführlich zur Geltung. Wackernagel,

15 Vgl. hierzu Christof Wackernagel, Verlogen, dumm und unverschämt. Kulturindustrie von 1977 bis heute, Münster 2015.

aus einer Ulmer Künstlerfamilie stammend, liebt dabei das Name-Dropping. Bereits als 16-Jähriger bekam er eine Hauptrolle in dem Spielfilm *Tätowierungen*. Ob seine Behauptung stimmt, die RAF Hollywood vorgezogen zu haben?

Wackernagel schwärmte für Rudi Dutschke und geriet mit seinen Protesten gegen „Isolationsfolter“ allmählich in den Randbereich der RAF. Beschäftigt bei dem später verurteilten RAF-Anwalt Claus Croissant, übte er dort eine Art „Medienjob“ (S. 291) aus, machte (erlaubte) Tonaufnahmen von den Aussagen der Angeklagten im Stammheim-Prozess. Kurierdienste, etwa zwecks Beschaffung von Rauschgift für Peter-Jürgen Boock, folgten. Im Juli 1977 half er mit, dass sich Croissant nach Frankreich absetzen konnte. Der Transfer war nicht schwierig. „Und doch empfand ich bei diesem fast schon Routinejob wieder jenes prickelnde Hochgefühl, das entstand, wenn man dieser ganzen Scheiße, die lief, etwas entgegensetzte, diese Euphorie, in die man kam, wenn man mit unseren winzigen Kräften so genau in diese Eiterbeule von Gesellschaft reinstach, dass die ganze Republik ins Schleudern kam, im Grunde war es wie eine Droge, stellte ich fest, als ich die Tiefgarage gefunden, den Wagen geöffnet und mich ans Steuer gesetzt hatte“ (S. 296 f.). Solche Stellen, die Hass und Größenwahnsinn gleichermaßen erkennen lassen, gibt es zuhauf.

Im Spätsommer 1977 tauchte Wackernagel in die Illegalität ab – im November 1977 wurden er und Gerd Schneider nach einem Schusswechsel in Amsterdam festgenommen. Das wird im Prolog geschildert. Und der Epilog betrifft einen Dialog Wackernagels mit der Chefin eines Luxushotels. Er: „Das Problem ist leider nur, dass, wenn man Gewalt anwendet, man selbst so wird wie die, die man bekämpft.“ Sie: „Ohne die Rote Armee Fraktion würden wir heute noch unsere Nazi-Vergangenheit verdrängen“ (S. 318). Damit endet das Buch.

6. Schluss

Das Thema RAF-Terrorismus fasziniert nach wie vor, wovon die doppelte mediale Inszenierung zeugt – zum einen durch die Terroristen selber, die sich der verachteten Medien bedienten, zum anderen durch die Rezipienten, die so zum Teil das Geschäft der RAF besorgten.¹⁶ Das Paradoxe: Obwohl die RAF in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse Personalisierung vermeiden wollte, griff sie allzu gern auf inszenierte persönliche Schicksale zurück, etwa das Foto des aufgebahrten Leichnams von Holger Meins.

Es gehört nicht viel Prophetengabe zu der Vermutung, dass „50 Jahre später“ das Thema Autoren und Publikum weiter beschäftigt. Was weitaus weniger gewiss ist: ob einer der Terroristen sein Gewissen erleichtert. Die Wahrscheinlichkeit ist umso größer, je weniger leben. Inhabeschießlich wird die Angst dann geringer, dass andere

16 Vgl. Gemma Pörzgen, Die Erinnerungen an die RAF wirft Fragen zum heutigen Verhältnis von Medien und Terrorismus auf, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18. Oktober 2017.

„auspacken“. Und auch reportagenhafte Bücher wie die von Bettina Röhl¹⁷, der Tochter Ulrike Meinhofs, dürften dann kaum noch auf den Markt gelangen. Hingegen ist damit zu rechnen, dass die Zahl der historisierenden Studien wächst, die Vergleiche zu anderen Formen des Terrorismus anstellen. Das muss kein Nachteil sein.

Den besprochenen Arbeiten sind wenige neue Erkenntnisse zur Faktenlage zu entnehmen. Leider fallen auch die Interpretationen meistens nicht sonderlich ergiebig aus. Ausgerechnet die dünnste Schrift, die Petra Terhoevens, ist die stärkste. Sie hebt sich von der Mehrzahl der anderen Studien positiv ab. Gleiches gilt mit gewissen Abstrichen für Wolfgangs Kraushaars Aufsatzsammlung, die freilich keine Synthese ist.

17 Vgl. Bettina Röhl, *So macht Kommunismus Spaß. Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret*, Hamburg 2006; dies., *„Die RAF hat Euch lieb“*. Die Bundesrepublik im Rausch von 68. Eine Familie im Zentrum der Bewegung, München 2018.

»Kontrovers besprochen«:

Die Angstmacher

Thomas Wagner, *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin 2017 (*Aufbau*), 351 S.

Von Clemens Albrecht (1)

Im Jahre 1950 lief ein Mädchen an der Hand ihrer Großmutter durch eine süddeutsche Kleinstadt. Als sie fremden Leuten begegnen und diese freundlich grüßen, flüstert ihr die Großmutter zu: „Das sind die Katholischen ...“. Das Mädchen erschauert und drückt sich fest an ihre Seite. Solche Ausläufer des konfessionellen Zeitalters mögen heute amüsant wirken, sie hatten einst ihren Ernst, der umgezogen ist in den politischen Konfessionalismus des 20. Jahrhunderts. Wieviel Gedankenskalpelle wurden angesetzt, wieviel Begriffsarbeit ausgeschwitzt, wieviel Tastaturen beklopft über der Frage, was „Links“ und was „Rechts“ ist! Und genau wie nach den Konfessionskriegen ist es die Institution des modernen Staates, die diese Frage transformieren kann: Was ist extrem und gefährdet die Rechts- und Verfassungsordnung, von rechts oder links?

In Deutschland hat sich nach Nationalsozialismus und Holocaust der Konsens ausgebildet, diese Gefahren in erster Linie auf der Rechten zu sehen – intellektuell keine Herausforderung, solange diese durch einen antimodernistischen Konservatismus und Rehabilitierungsversuche des Nationalsozialismus geprägt war. Erst in den letzten Jahren haben sich Positionen herausgebildet, die satisfaktionsfähig erscheinen. Seitdem gibt es einen erbitterten Streit um die Frage, ob die Neue Rechte ignoriert und ausgegrenzt werden soll, oder ob die richtige Strategie nicht darin bestehe, sich inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzen. Auch eine solche Diskussion ist nicht neu im langen Zeitalter des Konfessionalismus.

*Mit Rechten reden*¹ – diesem Projekt hat sich auch Thomas Wagner angeschlossen, freilich mit einer Zuspitzung: Welche Linien verbinden die Neuen Rechten mit ihren Lieblingsgegnern, den „links-grün versifften 68ern“? Er verfolgt diese Frage auf vier Ebenen, die chronologisch ineinanderspielen: 1. historisch, indem er die Genese der Neuen Rechten bis in die 1950er Jahre zurückverfolgt, 2. personell durch Biographien, die eine Brücke bilden zwischen beiden Bewegungen, 3. politisch-programmatisch durch die Frage, welche 68er-Themen die Neue Rechte aufgriff, und 4. stilistisch, indem er die politischen Kampfformen vergleicht. Daraus ist ein Buch

1 Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, *Mit Rechten reden*. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

entstanden, das, so bekennet der Rezensent, in seinem flüssigen, teils erzählerischen Stil, der Dichte der Informationen, Ereignisse und Positionen und den teils überraschenden Einsichten zu den anregendsten politischen Büchern zählt, die er in den letzten Jahren gelesen hat.

Thomas Wagner setzt mit einem Interview des Dresdner Kulturosoziologen Karl-Siegbert Rehberg ein: Wie war es, als 1968 Frankfurter Studenten nach Aachen fuhren, um Arnold Gehlen zum gestrichenen Rasse-Kapitel seines Hauptwerkes *Der Mensch* zu befragen? Damit setzt Wagner einen doppelten Rahmen: Pegida einerseits, Arnold Gehlens Reaktion auf 1968 andererseits, die heute wie ein Kommentar zur Migrationskrise anmutet: Hypermoral, so Gehlen 1969, sei bereits im humanistischen Kosmopolitismus der Kyniker durch die alexandrinische Großreichbildung entstanden. Als Elemente einer durcheinandergewürfelten Bevölkerung hätten sich Intellektuelle individualisiert, von ihrer Polis abgekoppelt und waren dadurch in der Lage, alte partikuläre moralische Verbindlichkeiten durch ihren Universalismus abzulösen – im Legitimationsinteresse der Söldnermarschälle (Diadochen), welche die Reste von Reich und Charisma Alexanders zu sichern suchten.² Arnold Gehlen, so Wagner, repräsentiere den Typus des konservativen Intellektuellen, der nach dem Scheitern des Faschismus in Institutionen und technischen Sachzwängen einen Halt sah, ansonsten aber resignierte und sich in Kulturpessimismus zurückzog.

Die Neue Rechte ist von anderem Schlag. Sie formierte sich in dezidiert Abgrenzung vom NPD-Funktionärswesen als rechte Außerparlamentarische Opposition gegen die Deutschlandpolitik Willy Brandts. Ein Bündnis verschiedener nationalistischer Jugendgruppen hatte 1970 Willi Stoph bei seinem Besuch in Kassel stundenlang daran gehindert, einen Kranz am Ehrenmal der Opfer des Faschismus abzulegen. „Zum ersten Mal trat dabei eine politische Strömung ans Licht der Öffentlichkeit, deren Aktivisten sich als Neue Rechte, junge Nationalisten oder Nationalrevolutionäre bezeichneten und sich jenseits der Strukturen einer Partei in autonomen, aber miteinander vernetzten Gruppen organisierten“ (S. 42).

Thomas Wagner verfolgt die Aktivitäten, Organisationsformen und Publikationsorgane dieser Bewegung durch die folgenden Jahrzehnte, angefangen beim Situationistischen Manifest über die Gruppe GRECE von Alain de Benoist, die rechte Anti-AKW-Bewegung, die rechts-anarchistische Zeitschrift *Schwarzer Faden*, bis hin zur *Jungen Freiheit*, der Techno-Bewegung, den Neunundachtzigern, den „Türöffnern“ (S. 154) Thilo Sarrazin und Peter Sloterdijk, dem Aufstieg von Pegida und der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD).

In diese Bewegungsgeschichte eingebettet ist der Blick auf zentrale Akteure. Einige hat Thomas Wagner aufgesucht und interviewt, und so ist eine Reihe eindrucksvoller Porträts über die Irrungen und Wirrungen jugendbewegt-aktionistischer Intellektueller entstanden, die sich strukturell kaum von denen ihrer „linken“ Altersgenossen unterscheiden. In Kassel etwa hatte die Bochumer Basisgruppe „Neuer Na-

2 Arnold Gehlen, *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, Frankfurt a. M./Bonn 1969, S. 31.

tionalismus“ eine schwarze Fahne mitgebracht, um sich von dem üblichen Schwarz-Rot-Gold durch „einen Kick“ (S. 43) zu unterscheiden, erinnert sich Henning Eichberg, später Sozialist und Professor in Dänemark.

Wagner verfolgt Eichbergs Genese, seine Faszination für den Eurofaschismus, in französischen Jugendlagern vermittelt. Dadurch kommen weitere Akteure in den Blick, die zwischen beiden Lagern oszillieren: Alain de Benoist, der eine Synthese aus Frankfurter Schule und Action Française anstrebte, Frank Böckelmann und Bernd Rabehl, die beide das Lager wechselten, indem sie dem nonkonformistischen Protesthabitus treu blieben, während ihre ehemaligen Kampfgefährten sich im Marsch durch die Institutionen zum linksliberalen Establishment mauserten, und natürlich die zentralen Figuren der aktuellen Neuen Rechten: Götz Kubitschek, Ellen Kositzka und Martin Sellner, von denen ganze Interview-Passagen in die Kapitel eingestreut sind.

Verbunden waren Linke und Rechte durch das zentrale Medium ihrer politischen Sozialisation: die Lektüre. Die „wilden Jahre des Lesens“³ führte die Neue Rechte durch dieselben Büchermassen wie die Linke, und dabei übernahmen sie dieselben Themen in ihr Denken: Kapitalismus, Herrschaftskritik, Dritte Welt, Ökologie, Feminismus, aber alles eben mit einer spezifisch rechten Pointe. Alain de Benoist formuliert prägnant: „Mein Hauptgegner war immer der Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht, der Liberalismus in philosophischer und das Bürgertum in soziologischer“ (S. 65). Man lernte von Antonio Gramsci, was ein „hegemonialer Diskurs“ ist, und stellte alle Begriffe in Frage, auch „Volk“ und „Nation“ (S. 68). Als die „68er“ über ihre Viva-Maria-Phase die Befreiungshoffnungen in die Dritte Welt verlagerten, entwickelte die Rechte das Konzept des „Ethnopluralismus“, das den antirassistischen Kulturrelativismus ins Politische drehte mit der Forderung, jedes Volk solle seine eigenen Lebensformen auf dem angestammten Territorium pflegen. Es gab auf der Rechten ein großes Interesse an autonomen Lebensformen, was in einer nationalrevolutionären Zeitschrift 1980 zum Aufruf führte, nach Gorleben zu fahren und die *Grünen* zu wählen. Götz Kubitschek formuliert noch heute: „Echte Ökologie ist immer identitär. Fair gehandelte Kiwi-Paste aus Bolivien zu konsumieren, ist nicht ökologisch“ (S. 83). Seine Frau, Ellen Kositzka, bewundert Alice Schwarzer dafür, dass sie als größte Bedrohung der feministischen Errungenschaften die islamische Migration thematisiert, und hält dem selbstbezogenen akademischen „Mädchenfeminismus“ (S. 245) entgegen, nur die Ausformung einer Staatsdoktrin zu sein, des Gender Mainstreaming.

Die verblüffendste Affinität zwischen den Neuen Rechten und den „68ern“ zeigt sich aber im Stil der politischen Auseinandersetzung: Die Identitäre Bewegung adaptiert ästhetisch-symbolische Protestformen der Subversiven Aktion. Den Vortrag der Politologin Natascha Strobl störten Identitäre, indem sie ihr Rosen überreichten und sie aufforderten, nicht über, sondern mit der Neuen Rechten zu reden. Die erklärten Mittel der Identitären sind Humor und Gewaltfreiheit, ihr Ziel ist es, die

3 Ulrich Raulff, *Wiedersehen mit den Siebzigern. Die wilden Jahre des Lesens*, Stuttgart 2014.

Gegner zu übertriebenen Reaktionen zu provozieren, weshalb die Antifa besonders zuverlässig für die eigenen Ziele instrumentalisierbar ist. Mit einer eigenen rechten Popkultur, Modelabels und dem Hipster-Outfit der Aktivisten versteht sich die Neue Rechte wie die Spontis in den 1970er Jahren als nonkonformistische Jugendbewegung.

Thomas Wagner skizziert all diese Affinitäten mit jener Mischung aus Abscheu, Distanz und Faszination, die gute Feldforschung kennzeichnet. Er endet mit der Feststellung, dass die Rechte die uneingelösten Versprechen der „68er“, soziale Frage und Demokratisierung, übernommen habe. Wer die Gegenwart verstehen möchte und nicht strukturell im Antikommunismus der 1960er Jahre verharret, sollte dieses Buch lesen. Mit dem reißerischen Obertitel ist dem Verlag eine besonders subtile Ambivalenzfigur gelungen; denn wer letztlich die *Angstmacher* sind, die „68er“ mit ihrer Angst vor der Rückkehr des Faschismus, Konsumterror und Atomtod, oder die Neue Rechte mit ihrer Angst vor Überfremdung und Islam, bleibt offen.

Über Ängste reden war der Anfang jenes Prozesses, den man heute „Ökumene“ nennt. Aber das war vielleicht erst möglich, nachdem der Glaube an die Hölle versieckert war.

Von Gerd Koenen (2)

Thomas Wagners Buchtitel *Die Angstmacher* klingt ein bisschen nach Pfeifen im Walde. Er signalisiert: Man braucht sich nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, sie bellen nur, sie beißen nicht. Diese neuen Rechten ewig als „Nazis“ zu verteufeln und ihnen dann die eigene gute Gesinnung wie eine Knoblauchzehe entgegenzuhalten, hilft nicht, schlimmer noch: Die mögen inzwischen auch Knoblauch! Und nichts pumpt sie mehr auf als der „Kampf gegen Rechts“. Kurzum, man wird sich, wie die Dinge nun mal politisch liegen, die Mühe machen müssen, „sich ernsthaft mit ihren Argumenten zu befassen“ (S. 298) – so lautet das Fazit des Autors nach seinen Gesprächen mit einigen Protagonisten dieser gar nicht mehr so neuen Rechten.

Das Buch ist für seine Unvoreingenommenheit gelobt worden, und dem kann man sich insoweit anschließen. Wer nicht Zeit und Lust hat, das ausgedehnte Schrifttum aus dieser Ecke zu lesen, bekommt einen Eindruck, wie sie in etwa ticken und argumentieren – nämlich reichlich inkonsistent. Dass ein zur Chiffre gekommenes „1968“ ihnen derart als Fixpunkt dient, gerade indem sie ihm „den Krieg erklären“, und dass sie sich nun schon ein gutes Jahrzehnt lang, zuletzt in Gestalt der Identitären, als ein „1968 von rechts“ zu stilisieren suchen, hat auch ein wenig komische Seiten. So wirken ihre Versuche, die Provokationsstrategien der verblichenen „Subversiven Aktion“ von anno 1964 noch einmal neu zu beleben, eher museal, verglichen mit den ausgebufften Protestformen von heute, sagen wir eines „Women’s March“ in Washington mit seinen hunderttausend rosa Pussy-Caps. Und nirgends scheinen die Theorien eines Antonio Gramsci, der in seiner faschistischen Gefängniszelle vor bald hundert Jahren von einer künftigen „kulturellen Hegemonie“ der Linken träumte, mit solch heiligem Ernst studiert zu werden wie bei diesen Neu-

rechten – während sie sich gleichzeitig im „faschistischen Stil“ als Ausdruck einer großartig pessimistischen, ästhetisch-heroischen Haltung zur verkommenen Welt üben.

Man hört den Interviewten zu, von Götz Kubitschek (*Antaios*) bis Ellen Kositzka (*Sezession*), von Martin Sellner (*Identitäre Bewegung*) bis Frank Böckelmann (*Tumult*), und glaubt von Fall zu Fall etwas verstanden, sogar ganz einleuchtend gefunden zu haben – aber dann liest man weiter und alles ist irgendwie durchs Sieb gelaufen. Scheinbar klar klingt die Positionsbestimmung, die der französische Vordenker Alain de Benoist – der Gründer einer Nouvelle Droite nach 1968 – vorgegeben hat: „Mein Hauptgegner war immer der Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht, der Liberalismus in philosophischer und das Bürgertum in soziologischer Hinsicht“ (S. 65). Auf dieser Linie soll es gegen die neoliberale Globalisierung, den multikulturellen Hedonismus und den sozialdemokratischen Verrat an der Arbeiterschaft gehen. Aber dann rühmt Kubitschek sich als Vorahner des großen Durchbruchs, den 2010 Thilo Sarrazins Bestseller *Deutschland schafft sich ab* für die Rechte bedeutet habe, und gibt die Losung aus, „Sarrazin zu schärfen“ (S. 161 f.). Dass dieser Bundesbanker und Mitautor der Hartz-IV-Gesetze ein neoliberaler Technokrat und Sozialdarwinist reinsten Wassers ist, fällt offenbar nicht weiter ins Gewicht angesichts seiner Tiraden gegen orientalische Gemüsehändler oder Sozialhilfeempfänger, die „nur neue kleine Kopftuchmädchen“ produzieren und zur „Entleerung der unteren Schichten von intellektuellem Potential“ beitragen.⁴

Stilbildend für die Neue Rechte war und ist auch Sarrazins Lamento auf allen großen Medienbühnen der Republik, dass der linksliberale „Terror der political correctness“ ihn wie alle, die mit „Volkes“ wahrer Stimme sprechen, nicht zu Wort kommen lasse. So albern diese Klage ist, so ernst ist das Thema selbst: der Krückstock einer „korrekten“ Sprache, die unsprechbar wird, und einer „korrekten“ guten Gesinnung, die alle Ambivalenzen der menschlichen Gefühle und Gedanken ausradieren möchte. Wagner lässt am Ende seines Buches einige kluge Theaterleute und Publizisten wie Bernd Stegemann darüber sinnieren, wie harte soziale Eigentums- oder Gerechtigkeitsfragen sich immer mehr in weiche, identitätspolitische Fragen aufgelöst haben, die eher als Wege zur Selbstverwirklichung und zum Wohlfühlen im Kreis der Gleichgesinnten dienen als dazu, sich den gesellschaftlichen Realitäten und Konflikten zu stellen; wie im Namen der „offenen Gesellschaft“ sich eine Art Bunkermentalität breitmacht, die im Grunde von einer tiefen eigenen Verunsicherung zeugt; und wie gerade eine gutmeinende Kulturintelligenz sich in einen elitären Jargon flüchtet, der die „höfische Sprache unserer Zeit“ zu werden drohe (S. 295).

Das macht es den Protagonisten der Neuen Rechten umso leichter, sich als die zugleich Verfolgten und Diskussionswilligen zu präsentieren. „Redet mit uns, redet mit der AfD und lernt unsere Konzepte kennen. Das ist erstens der Weg zur Entzauberung und zweitens der Weg zum Kompromiss.“ So Kubitschek. Der nette Herr Sell-

4 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab*. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010, S. 91 ff., 227.

ner (immerhin ein ehemaliger Neonazi, wie er selbst lächelnd konzediert) beteuert, man kämpfe ja nicht gegen einen militärischen Gegner, sondern nur gegen „eine Ideologie, deren Träger [...] Landsleute seien“, die es zu überzeugen, nicht zu besiegen gelte (S. 211). Und dabei sei die „Enthemmung der Sprache [...] für uns nichts Schönes“, so wieder Kubitschek; womit er freilich nur meint, dass Schnellroda als ein Ort für Holocaustleugner hingestellt werde (was es nicht ist) und dass von ihm verwendete Begriffe wie die von einem „Vorbürgerkrieg“, die doch nur „eine Art Markenlogo“ seien (so Kositzka), immer gleich „bierernst“ genommen und vom bürgerlichen Publikum mit Panik beantwortet würden. In Wirklichkeit, so wieder Kubitschek, „reden [wir] ja nur, sind Metapolitiker“, für die Politik „auch eine Kunstform“ sei, ein Versuch, „Dinge so anzumalen, dass sie interessant werden“ (S. 263-265).

Na ja. Wagner versäumt es leider, hier die nötigen harten Fragen zu stellen. Wenn die Verschwörungstheorie der Identitären vom „großen Austausch“, der von wem auch immer – dem kosmopolitischen Finanzjuden George Soros, sagt Victor Orban – planvoll vorangetrieben und einem großen Plan der „Umvolkung“ (Muslime gegen Europäer) gehorche, auch nur ansatzweise wahr wäre: dann wäre man doch wohl in einem sehr realen Bürgerkrieg. Und wenn dieses, mittels massenkulturellem und religiösem Identitätsverlust der Abendländer, der Geburtenwaffe der orientalischen Immigranten, dem täglichen Terror muslimischer „Nafris“ gegen deutsche Mädchen („unsere Lisas“) sowie dem Drogenhandel des „afrikanischen Ausbreitungstypus“ (Björn Höcke auf Schnellroda) vorangetriebene apokalyptische Projekt eine Realität wäre: Welches Mittel einer Notwehr sollte den von kultureller und ethnischer Auslöschung Bedrohten dann verwehrt sein?

Das alles soll nur „Metapolitik“ sein, eine mythologische Erzählung zwecks Nachhilfe in „männlich-thymotischer“ Körperspannung, die den effeminierten deutschen Burschen im Unterschied zu den türkischen und arabischen Jungs leider großteils abgehe (S. 193), kurzum: ein rein defensives Projekt? „Klar ist, dass unsere Zeit einer Aufladung bedarf“, sagt Kubitschek immerhin, einer neuen Dynamik, wie 1933 und 1968 sie einstmals auf jeweilige, faszinierende Art geliefert haben (S. 238), und dass bei einer solchen geistig-moralischen Ertüchtigung, die die Parameter des Politischen von den Rändern her verschieben soll, „von vorn her geführt werden“ muss, wie er als Ex-Offizier weiß (S. 151). Seine Versicherung, er wisse schon, dass es „ein Gewaltakt“ à la Lenin oder Hitler wäre, wenn man seine Überzeugung eins zu eins in Politik umsetzen wollte, dass es um des Friedens und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes willen notwendig sei, „von den vielleicht zehn Millionen echten Ausländern, die wirklich fremd und nicht integriert sind, zwei Drittel nach Hause [zu] schicken“ (S. 265), ist dann doch ziemlich zweideutig.

Draußen auf dem Platz bei Pegida im Tröpfchennebel eines diffusen Welthasses klingt das schon sehr viel eindeutiger. Und man fragt sich, ob Wagner eigentlich die Richtigen interviewt hat – durchweg Leute, die sich statt in den Niederungen der eigentlichen Massenpolitik lieber im Nebel einer narzisstischen „Metapolitik“ bewegen, in dem sich alles um ihre irgendwie zu fassende und zu rettende „Identität“

dreht, fast wie in einem karikaturhaften Vexierbild genau der linken „identity politics“, die sie so lebhaft denunzieren. Darüber lässt sich endlos räsonnieren.

Aber was sagt man zur „Enthemmung der Sprache“, die niemand so fanatisch betreibt wie die, die den Verfall bürgerlicher Werte nach 1968 beklagen, etwa zur „Merkel-Nutze, die jeden reinlässt“, wie der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag einer johlenden Menge in Sachsen-Anhalt verkündet hat. Was über die klammheimlichen SS-Fantasien der sächsischen AfD-Jungtürken in ihren Chat-Groups? Und was, wenn „Es“ aus Frau Weidels schönem Munde wie Erbrochenes herausquillt, während sie doch eigentlich über den Staatshaushalt oder andere substantielle Dinge sprechen sollte? Da kommt die Sache immer von Neuem auf ihren Begriff, und nichts spricht dafür, dass es sich lediglich um „gezielte Provokationen“ handele, um zu produktiven Diskussionen anzuregen. Sondern hier endet jede Diskussion, bevor sie begonnen hat.

Eine rechte, soll heißen: konservative, fortschritts skeptische, illiberale Intellektualität und Geistigkeit hat es immer gegeben, und das ist gut so. Demokratie braucht Widerspruch, gern auch „Diskursstörung“ (um Böckelmanns *Tumult* zu zitieren), und Kunst und Literatur brauchen das ebenso. Aber ein Reden um des Redens willen gibt es schon genug, und im selben Infotainment der „Staatsmedien“, das die Rechte beklagt, setzt sie selbst längst schon in einem grotesken Missverhältnis die Themen, als da wären: Flüchtlinge, Flüchtlinge, Flüchtlinge. Was fehlt, wäre eine ernsthafte, den eigenen Gesinnungs narzissmus zügelnde, der Größe und Vielfalt der Problemlagen verpflichtete, in aller Polemik unbeirrt sachliche Auseinandersetzung, die am diskursiven Gegner die Güte ihrer Argumente schärft und erprobt. Das wäre eine genuine Aufgabe für die Theater mit „ihrer alten Expertise für Spannungsaufbau“, wie Simon Strauß richtig sagt (S. 268). Aber andere, profanere Bühnen bräuchte es wohl auch.

Von Jürgen P. Lang (3)

Das Buch schließt mit einem Appell: „Die Mühe, sich ernsthaft mit Argumenten [der Neuen Rechten] zu befassen, macht sich kaum jemand. Das muss sich ändern“ (S. 298). Extremismusforscher und das Gros der mit der Thematik befassten Journalisten werden sich davon kaum angesprochen fühlen, wohl aber die politische Linke, in der sich der Kultursoziologe Thomas Wagner selbst bewegt. In der Auseinandersetzung mit dem Gegner herrscht in diesem politischen Spektrum in der Tat Diskursverweigerung vor – ein Offenbarungseid für alle, die sich „Demokraten“ nennen. „Mit Rechten reden“, das kommt für viele Linke nicht in Frage, und wenn, dann allenfalls mit einem „Leitfaden“⁵ in der Tasche. Ideologisch dürfte Bunkermentalität wirken, subkutan die Angst, überzeugt zu werden. Wagner will solche Hemmschwellen überwinden. Er spricht unter anderem mit Götz Kubitschek, Leiter des

5 Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

neurechten Think Tanks Institut für Staatspolitik, mit dem Publizisten und Lektor der Zeitschrift *Sezession*, Benedikt Kaiser, mit Martin Sellner, Leitfigur der Identitären Bewegung (IB) in Österreich und Deutschland, und mit Alain de Benoist, eine der überragenden Referenzgrößen der europäischen Neuen Rechten.

Der Autor führt keine Streitgespräche. Er stellt Fragen und lässt sein Gegenüber reden. Wer es in eingefahrenen Ritualen ideologischer Konfrontation auf Entmenschlichung des Gegners anlegt, wird von Wagners Empathie, ja Sympathie abgestoßen. *Angstmacher* ist als Buchtitel fehl am Platz. Kaiser würdigt der Autor als „ein[en] so kluge[n] analytische[n] Kopf“ (S. 296). Ex-Neonationalsozialist – „Ja, ich denke, das kann man so sagen“ (S. 205) – Sellner überrascht am Ende eines aufschlussreichen Gesprächs über Ethnopluralismus, kulturelle Identität und die Ambivalenz des Nationalismus mit der Aussage: „[I]nnerhalb des Staates sollte es einen Freiheitsraum geben, in dem fruchtbare Debatten stattfinden können. Auch darüber, was Identität bedeutet, wer dazugehören soll und wer nicht“ (S. 220). „Auf einmal“, kommentiert Wagner, „klingt er in meinen Ohren fast ein bisschen wie ein klassischer Liberaler“ (ebd.). Und in Kubitschek, der in seinem Schlüsseltext *Provokation!* selbst die Diskursverweigerung zum strategischen Prinzip erhoben hat,⁶ kommt „ein konservativer Sponti“ (S. 132) zum Vorschein, dessen abgestandene Apologie der preußischen Staatsidee – inspiriert nicht zuletzt durch seine enge Freundschaft mit dem zum Rechtsaußen gewendeten, gelernten „68er“ Bernd Rabehl – rebellische Stimulanz erfährt: „Ich bin natürlich kein Anarchist oder so etwas [...]. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass es Erneuerungsimpulse braucht, wenn die große Ordnung gestört ist, die ein Volk wiederum braucht, wenn es als Nation gedeihen will“ (S. 149). Da weht mehr als nur ein Hauch von Konservativer Revolution.

Wagner fasziniert das Aufrührerische der Neuen Rechten, ihr Rückgriff auf Aktionsformen, „die man seit den Tagen der Achtundsechziger-Studentenrevolte vor allem mit der Linken in Verbindung bringt“ (S. 11). Das antibürgerliche Aufbegehren gegen bestehende Ordnungen und Werte, die Taktik, den angeblich repressiven Charakter des herrschenden „Systems“ durch gezielte Provokationen zu desavouieren. Generalthema des Buches: Die neue Neue Rechte hat von der alten Neuen Linken gelernt – obwohl insbesondere Sellner die „68er“ mit Verachtung straft. Doch dass seine IB dieselbe Strategie fährt wie einst die Subversive Aktion, kann Sellner nicht leugnen: „Es gab die Übernahme von Aktionsformen wie der symbolischen Konfrontation, der Gewaltfreiheit, der Provokation. Wir haben uns angesehen, wie die Repression durch Aktionen ins Gegenteil verwandelt, die politischen Gegner zum Mitspielen gebracht werden können“ (S. 209). Nicht nur die Strategien, sondern auch die gesellschaftlichen Projektionen fallen in einer gemeinsamen Anti-Haltung zusammen: gegen Parteien und Establishment, gegen Globalisierung und Konsum – gegen alles Konservative, was damals aufseiten der Linken eine Aversion gegenüber dem spießigen Staatskommunismus ebenso einschloss wie heute aufseiten des Pendants gegenüber Besitzstandsdünkel und Mief der Alten Rechten.

6 Vgl. Götz Kubitschek, *Provokation!*, in: *Sezession* 4 (2006), H. 12, S. 22-24.

Wer Thomas Wagner einen Antikapitalisten nennt, tritt ihm nicht zu nahe. Mit Bedauern nimmt Wagner das Scheitern der „68er“ ausgerechnet in der linken Paradedisziplin zur Kenntnis: „Im Hinblick auf den Kapitalismus, den sie ja überwinden wollten, erreichten sie [...] das genaue Gegenteil. Sie trugen zu seiner Modernisierung bei. Ein Unvermögen, die bestehenden Machtverhältnisse tatsächlich grundlegend verändern zu können, wurde der aufmüpfigen studentischen Jugend bereits 1968 von [dem neurechten Publizisten und Verleger] Caspar von Schrenck-Notzing attestiert. Ausstaffiert mit dem reichen symbolischen und ideologischen Fundus vergangener Klassenkämpfe, erschöpfe sich der Schulterschluss mit dem Proletariat im revolutionären Rollenspiel“ (S. 21). Unausgesprochen steht die Frage im Raum: Wird es die Neue Rechte besser machen? Akribisch durchforstet Wagner das Spektrum nach pro- bzw. antikapitalistischen Haltungen. Nicht immer liegt er richtig, zum Beispiel wenn er den Protagonisten der Konservativen Revolution pauschal unterstellt, „Anforderungen einer industriellen Massengesellschaft auf kapitalistischer Grundlage gerecht werden“ (S. 100) zu wollen. Da geht Wagner den Schriften des Kreises um Helmut Kellershohn auf den Leim, der die gesamte Neue Rechte auf Biegen und Brechen als „neoliberales“ Projekt darstellen und damit von der Linken abgrenzen möchte.⁷

Zwei Gesprächspartner Wagners stechen heraus: der eine jung und allenfalls in der „Szene“ bekannt, der andere ein fast in Vergessenheit geratener Grenzgänger, dem man in den 1970er Jahren nachsagte, er sei „der Dutschke von rechts“.⁸ Die Rede ist von dem bereits erwähnten Benedikt Kaiser und von dem kürzlich (als Anhänger der dänischen Sozialistischen Volkspartei) verstorbenen Henning Eichberg – dem einstigen Philosophen der Nationalrevolutionären, den man, wenn man nicht genau hinhörte, mit einem Linksradikalen verwechseln konnte. Kaiser gehört zu denjenigen in der Neuen Rechten, die die soziale Frage in den Mittelpunkt rücken und die Paneuropa-Idee neu entdecken, ein Kontrapunkt zu krudem Nationalismus. Kaiser „bewegt sich sicher in marxistischer Terminologie und scheint viele Autoren des gegnerischen Lagers sehr zu schätzen“ (S. 256). Unlängst empfahl er der AfD Rosa Luxemburgs „revolutionäre Realpolitik“,⁹ ein quasi-revolutionäres Konzept gesellschaftlichen Umbaus, das in der Strategie der Partei *Die Linke* eine wichtige Rolle spielt. Eichberg – er begleitet den Leser durch ein Drittel des Buches – würde Kaiser wohl uneingeschränkt beipflichten. Die Attitüde des Älteren war vor allem eines: revolutionär, und erst in zweiter Linie rechts oder links. In Eichbergs Melange aus Nationalismus und Antikapitalismus verblassten die politischen Orientierungspole zu beliebigen Faktoren. Nicht zwischen NPD und APO maß er die „tiefste Kluft“, sondern „zwischen den Bejahern und den Gegnern des Status quo“ (S. 47).

7 Vgl. Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrop (Hrsg.), *Kulturkampf von rechts*. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016.

8 Günter Bartsch, *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg im Brsg. 1975, S. 19.

9 Vgl. Benedikt Kaiser, *Revolutionäre Realpolitik von rechts?*, in: *Sezession* 15 (2017), H. 81, S. 10-14.

Die Klammer zwischen der kulturrebellischen extremen Linken und Rechten gründet weniger im Ideologischen, vielmehr im Habituellen und Mentalen. Wolfgang Kraushaar hat den Dezisionismus Dutschkes herausgestrichen¹⁰, eine Haltung aus Willkür, Entschlossenheit und Tatendrang, die Carl Schmitt, Ikone neurechter Hagiographie, als Rechtsprinzip zur Legitimierung einer Führerdiktatur fest-schrieb.¹¹ Eng damit verknüpft ist der „faschistische Stil“ (Armin Mohler), über den Wagner breit referiert: Die Futuristen um Filippo Marinetti erfanden ihn als ästhetischen Ausdruck, der japanische Schriftsteller Yukio Mishima (Sellners Vorbild) lebte ihn als Prinzip des Heros und Selbstopfers, die italienische Casa Pound-Bewegung erweckt ihn nun als Ritual. Einst warf ihn Jürgen Habermas der Außerparlamentarischen Opposition vor. Eine ähnliche Gleichung zieht Sellner heute: „Die Mittel, die die Identitären von der Linken adaptierten, würden im Grunde gar nicht zu dieser passen. Sie seien mit einem starken Ästhetizismus verbunden und hätten einen symbolischen Charakter, der fast schon an magische Rituale erinnere“ (S. 223). Das Schlusswort überlässt Wagner Eichberg – und damit die Hoffnung, die Linke möge nun von der Rechten lernen und die „faschistische“ Hülle mit ihren politischen Inhalten füllen. Es könne „passieren, dass der eine oder andere, der heute bei den Identitären aktiv ist, schließlich das Lager wechsle. „Der Linksfaschismus bietet Möglichkeiten des Überstiegs in beide Richtungen“, sagt [Eichberg]: ‚Ich habe das an mir selbst erfahren. Er kann die Möglichkeit des Überstiegs zu einer – allerdings radikalen – linken Position sein‘“ (S. 291).

Wagners Werk gelingt es, die Neue Rechte in vielen Facetten schillern zu lassen. Dass dies auf Kosten analytischen Tiefgangs geschieht, ist kein Nachteil. Man wird dem Buch am ehesten gerecht, es für sich selbst sprechen zu lassen. Eine Methode, die Wagner perfekt beherrscht.

Von Barbara Zehnpfennig (4)

Was will dieses Buch? Zweifellos geht es in ihm um den Beleg für die These, dass „1968 [...] nicht nur die Geburtsstunde einer neuen Linken, sondern auch die einer Neuen Rechten [war]“ (S. 28). Dieser Neuen Rechten dadurch auf die Schliche zu kommen, dass man ihre Techniken der Selbstbedienung aus dem Repertoire der Linken offenlegt, ist wohl die weitergehende Intention des Buches. Und letztlich möchte der Autor damit offenbar wiederum der Linken jene intellektuellen Mittel an die Hand geben, die es erlauben, die Rechte gezielt zu bekämpfen – womit sich der Kreis geschlossen hätte. Doch die Art, wie diese aufeinander aufbauenden Zielsetzungen verfolgt werden, ist verwirrend.

10 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur. Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf, in: ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 140-156.

11 Vgl. Christian Graf von Krockow, Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Frankfurt a. M./New York 1990, S. 54-67.

Das fängt mit der Struktur des Buches an. Zwar lässt sich in den mit z. T. reißerischen Titeln versehenen Kapiteln eine Art Chronologie ausmachen: Thomas Wagner will den Weg von den „68ern“ bis zu den rechten Bewegungen der Gegenwart nachzeichnen. Da der Autor aber sowohl zwischen den Zeitebenen als auch zwischen den zitierten Personen hin- und herspringt, fügt sich das Ganze nicht zu einem einheitlichen Bild zusammen. Auch methodologisch gibt es Fragezeichen. Die Vielzahl der Fußnoten und der verwendeten Texte suggeriert wissenschaftliches Vorgehen, die eindeutige Stellungnahme zugunsten einer linken Kapitalismuskritik und der Wechsel zwischen Inhaltsdarstellung, journalistisch gestalteten Erfahrungsberichten und eigener Kommentierung passen dazu jedoch nicht. Manchen Aversionen, z. B. gegen die katholische Kirche, lässt der Autor dabei freien Lauf, andere – gegen die gesamte Rechte – weiß er im Verlauf des Buches erstaunlicherweise zunehmend zu zügeln. Der Eindruck einer Uneinheitlichkeit des gesamten Vorhabens wird dadurch nicht geringer, wobei die letztgenannte Entwicklung dem Buch allerdings zugutekommt: Die Darstellung gewinnt an Sachlichkeit.

Denn zu Beginn überwiegt der Eindruck einer Empörung des Autors: Wie kommt die Rechte dazu, sich Inhalte und Ausdrucksformen der Linken anzueignen und sie damit gegen ihre Urheber zu kehren? Die Rechte erscheint dabei schlechthin als der Feind, ob sie nun in Gestalt einer konservativen Kulturkritik, eines katholischen Konservatismus, eines Neo-Nationalismus und Neo-Faschismus auftritt oder in den Varianten rechte Sozialdemokratie, Alternative für Deutschland (AfD), Pegida oder Identitäre Bewegung (IB). Das erscheint aus demokratischer Sicht höchst problematisch, denn warum sollten zumindest die rechten Positionen, die keine Systemopposition betreiben, nicht ebenso zum pluralistischen Spektrum gehören wie linke oder liberale? Allerdings sieht der Autor in den „harmloseren“ Varianten der Rechten die Wegbereiter für die ganz „üblen“; insofern verfallen sie alle dem Verdikt. Das wird jedoch nicht immer offen ausgesprochen, sondern oft durch die Platzierung in der Darstellung oder kommentarloses Zitieren nahegelegt.

Im Verlauf des Buches, bei tieferer Einlassung auf die entsprechenden Texte und Gesprächspartner, zu denen z. B. Alain de Benoist, Götz Kubitschek, Ellen Kositzka, Frank Böckelmann und Martin Sellner zählen, gewinnt man den Eindruck, dass die Aversion zunehmend dem Interesse weicht; und hier wird das Buch wirklich interessant. Denn Wagner lässt die genannten Protagonisten und einige andere mehr ausführlich zu Wort kommen, er gibt ihnen Raum, ihre Vorstellungen und Ideen zu entwickeln. Dabei sieht man das intellektuelle Potenzial in der neu-rechten Szene, die Anknüpfung an kulturphilosophische, existentialistische, sozialistische und liberalismuskritische Theorien, aber auch deren Weitentwicklung zu aktionistischen, utopischen oder revolutionären Konzepten.

Gerade hier hätte man sich einen analytischen Zugriff anstelle einer unsystematischen Abfolge der Wiedergabe verschiedenster Denkmodelle gewünscht. Wie genau verlaufen die Traditionslinien zwischen faschistischen, nationalsozialistischen und neu-rechten Positionen? Was sind zentrale Anknüpfungspunkte an linke Theorien, und welches Gewicht kommt ihnen in dem Theoriemix, der oft vertreten wird, zu?

Gibt es einen gemeinsamen Kernbestand neu-rechter Überzeugungen, und wie unterscheiden oder überschneiden sich Konservatismus und Neue Rechte? Wie definiert sich letztgenannte überhaupt, und was ist das genuin Neue an ihr? Solche Fragen zu stellen, hätte das interessante Material, das Wagner liefert, erst wirklich fruchtbar gemacht. So bleibt es bei einem Nebeneinander der Positionen, die sich für den Leser am Ende ununterscheidbar vermischen, weil man sich in der Vielzahl der Affiliationen und Variationen verirrt und den roten Faden, den man sich vom Autor erhofft, nicht geliefert bekommt.

Wie begründet Wagner nun seine These, die Neue Rechte verdanke ihre Entstehung nicht zuletzt der Achtundsechziger-Bewegung? Zum einen verweist der Autor auf historische Zusammenhänge, zum anderen auf strategische und inhaltliche Übernahmen. Was die historischen Zusammenhänge angeht, so war die Aufbruchsbewegung, die sich mit den „68ern“ verband, auch für einige Rechte ein wichtiger Impuls. Das Aufbegehren gegen den Status quo, gegen das „Establishment“, war für Nationalrevolutionäre nicht weniger wichtig als für linke Revolutionäre. Ein Vertreter dieser Richtung, die mit dem antiautoritären Impetus der „68er“ sympathisierte, ist etwa Henning Eichberg, damals Student, später zu den Sozialisten übergewechselter Historiker in Dänemark. Bekannt ist einer der führenden Theoretiker der Neuen Rechten, Alain de Benoist, dem damals, also zur Zeit der linken Revolte, „eine Art Synthese aus Frankfurter Schule, der nationalistischen Action française“ (S. 62) und einem nationalen Forschungszentrum vorschwebte, um seine nationalistischen Ziele zu verwirklichen. Und manche, die sich in der Studentenbewegung noch auf der extremen Linken befanden, haben ihre diesbezüglichen Erfahrungen mitgenommen, als sie – mit unterschiedlicher Intensität – zur extremen Rechten wechselten, so Bernd Rabehl, Günter Maschke und Horst Mahler.

Strategisch hat man von der Linken, wie Wagner überzeugend darlegt, nicht zuletzt im Hinblick auf Provokation als Entlarvungstechnik gelernt. Ging es den „68ern“ darum, durch provozierende Aktionen Reaktionen auf bürgerlicher Seite hervorzurufen, durch die diese ihre „faschistische“ Gesinnung offenbaren sollte, so wollen die Neuen Rechten nun durch Sitzblockaden, Eingriffe in Diskussionsveranstaltungen, das Entrollen von Transparenten im Theater etc. das linksliberale Establishment verunsichern und in seiner hilflosen Überreaktion als machtfixiert und diskussionsunfähig vorführen. Besonders die IB hat sich auf derartige Methoden spezialisiert.

Am interessantesten sind die Übernahmen inhaltlicher Art. Doch sind es überhaupt Übernahmen und nicht Zeugnisse geistiger Verwandtschaft? Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, wie Benoist sich geistig verortet, und zwar bereits vor 1968: „Mein Hauptgegner war immer der Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht, der Liberalismus in philosophischer und das Bürgertum in soziologischer Hinsicht“ (S. 65). Das könnten auch die meisten Linken unterschreiben; es erinnert an düstere politische Zeiten, als Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam gegen die bürgerliche Mitte kämpften. Der Anti-Kapitalismus hat heute die Form der Globalisierungskritik angenommen, die von links wie rechts ertönt. Auch die soziale Frage

kann von beiden Seiten bedient werden, von der Linken, weil es zu ihrem Stammrepertoire zählt, von der Rechten etwa, indem sie hinter der Migrationspolitik Ausbeutungsinteressen der Großunternehmen mutmaßt. Der linke Multi-Kulturalismus hat sein Pendant im rechten Ethnopluralismus, weil beide partikulare Identitäten gegen einen menschheitlichen Universalismus ausspielen. Und die Verachtung des Parlamentarismus zeigt sich bei beiden im Liebäugeln mit der direkten Demokratie.

Auf solche und andere, äußerst aufschlussreiche Gemeinsamkeiten weist Wagner den Leser hin, wobei er für das Erstarken der Neuen Rechten nicht zuletzt den Neo-Liberalismus der Linken und ihre Vernachlässigung des Kampfes gegen den Kapitalismus zugunsten eines Aktionismus auf Nebenkriegsschauplätzen verantwortlich macht: auf dem Feld der Minderheitenpolitik, des Gender Mainstreaming, der politisch korrekten Sprache etc. Damit wäre die Linke nicht nur Anstoß und Ideengeber für das Entstehen der Neuen Rechten, sondern auch wesentliche Ursache für deren zunehmendes Gewicht.

Ehe man die Linke aber zum Dreh- und Angelpunkt des gesamten politischen Geschehens erklärt, wie Wagner es nahelegt, sollte man die Ähnlichkeit der beiden politischen Kräfte, die der Autor so schön herausgearbeitet hat, vielleicht doch eher als Ausdruck einer tiefen Verwandtschaft denn als Ursache-Wirkungs-Verhältnis begreifen. Der Kampf gegen das liberale System ist der extremen Linken wie der extremen Rechten eingeschrieben; es gehört zu ihrer *raison d'être*. Als die bessere Alternative haben sich beide historisch nun allerdings wahrlich nicht erwiesen, und dass die eine oder die andere Variante an Attraktivität gewinnt, wenn das liberale System Schwächen zeigt, bezeugt nicht deren Überlegenheit ihm gegenüber und auch nicht die Überlegenheit des einen gegenüber dem anderen. Dazu sind sie sich, trotz z. T. differenter Inhalte, zu ähnlich: Ob man nun in Klassen- oder in Rassenkategorien denkt, der einzelne Mensch bleibt dabei regelmäßig auf der Strecke.

Rezensionsessay:

Die Außenseiter

Von Alfons Söllner

Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 437 S.

Der in Wien lehrende Osteuropahistoriker, der 2015 den Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse erhielt, bringt mit seinem neuen Buch das Kunststück fertig, zeitlich wie sachlich einen ungewöhnlich weiten Bogen zu schlagen und dennoch zielsicher in der unmittelbaren Gegenwart zu landen. Was 2015 über Europa hereinbrach und schnell als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde, war zwar keineswegs unvorhersehbar gewesen, aber doch von solcher Durchschlagskraft, dass in vielen Ländern die innenpolitischen Uhren neu gestellt und der ohnehin schwächelnde Konsens des Kontinents dramatisch erschüttert wurde. Wenn drei Jahre danach die Folgen immer noch deutlich spürbar sind und eine Krisenlösung lediglich beschworen wird, so kommt es einem intellektuellen Kraftakt gleich, die europäische Geschichte als ganze in den Blick zu nehmen und dennoch an politischer Aktualität nicht nachzulassen.

Der Titel des Buches verspricht die Darstellung von Vertreibung und Flucht in Europa, aber schon der Zusatz „modern“ weist darauf hin, dass die Gewichte nicht gleich verteilt sind und vom bloßen Umfang auch nicht sein können. Vor allem zwei Akzentsetzungen sind es, die einen wirklich neuen Blick auf eine in sich zerklüftete, ja zeitweilig katastrophengeschüttelte historische Landschaft werfen lassen: Der Autor bezieht erstens die östlichen und südöstlichen Randgebiete Europas gleichberechtigt mit ein, wodurch eine direkte und sehr erhellende Kontinuitätslinie zu den aktuellen Fluchtbewegungen übers Mittelmeer greifbar wird; und zweitens führt er – iterativ und an vielen historischen Beispielen – den vollständigen Zyklus vor Augen, in dem das menschliche und gesellschaftliche Drama der erzwungenen Wanderung regelmäßig abläuft: von den steilen „Gebirgen“ der Vertreibung über die gefährvolle Flucht bis zu den „Mühen der Ebene“ (Bertolt Brecht), die heute „Integration“ genannt wird.

Das Buch ist in vier große Teile gegliedert, die intern wie im Vergleich miteinander desto ausführlicher werden, je mehr der Leser an das 20. Jahrhundert, das eigentliche „Jahrhundert der Flüchtlinge“, herangeführt wird. Diese diachronische Gliederung wird mit einer sachlichen Differenzierung kombiniert, die auf die primären Ausgangskonstellationen – die Annahme von simplen „Fluchtursachen“ ist eine beschwichtigende Hilfskonstruktion – zurückgeht: Danach seien drei Vertreibungsgründe voneinander zu unterscheiden: die religiösen, die ethnisch-nationalistischen

und die politischen Gründe. Aber der Autor weiß genau und reflektiert immer wieder darauf zurück, dass es in den meisten Fällen unmöglich ist, diese Dreiertypologie in der Realität „sauber“ durchzuhalten. So setzten sich die Konfliktlagen aus dem Zeitalter der Glaubenskriege (erster Teil) in verschiedenen Varianten ins 19. Jahrhundert, in die Hochzeit der primär nationalistischen Verfolgungen fort (zweiter Teil), und, nimmt man die „Minderheitenfrage“ so ernst, wie es der Osteuropaspezialist bis ins 20. Jahrhundert hinein tun muss, dann kulminierte die Flüchtlingstragödie, die sich in Europa seit dem Ersten Weltkrieg ereignete, eben deswegen, weil die politische Vertreibung und Flucht (dritter Teil) viele der früheren Faktoren in sich aufgenommen hat: Es waren bekanntlich die totalitären, die rassistischen und kommunistischen Diktaturen, die sich zu den perversesten Syntheseleistungen der modernen Welt aufschwangen. Der vierte, kürzere Hauptteil, in dem sich der Historiker als ausgefuchster Soziologe erweist, verdient eigene Betrachtung.

Die Historiographie zu Flucht und Vertreibung beginnt heute, da Holocaust und Antisemitismus im allgemeinen Bewusstsein präsent sind, üblicherweise mit der Verfolgung der sephardischen Juden, die der Rückeroberung Andalusiens durch die christlichen Könige folgte. In der Tat ist die Flucht von ca. 300.000 Juden bis hinüber ins Osmanische Reich ein Paradebeispiel religiös motivierter Verfolgung. Aber nicht darauf legt der Autor den Nachdruck in der Frühen Neuzeit, sondern auf die zahlenmäßig kleinere Vertreibung der Hugenotten aus dem französischen Königreich; sicherlich auch deshalb, weil ihm dies gleich zu Anfang die Gelegenheit gibt, der Überflutung durch negative Erinnerungen ein ermutigendes Beispiel entgegenzusetzen: Die rasche rechtliche Gleichstellung der calvinistischen „Exulanten“ nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen Staaten, ist zu einem „europäischen Mythos“ geworden. Hier trafen die professionellen Kompetenzen einer Flüchtlingselite mit dem Modernisierungswillen der Landesherren zusammen, die deren wirtschaftlichen Nutzen sofort erkannten.

Sehr viel verwirrender und langwieriger, aber auch menschlich wie sozial destruktiver stellt sich im Vergleich dazu dar, was unter der Überschrift „Die Reconquista Südosteuropas“ eingeführt wird: Der Befreiung Wiens aus der osmanischen Belagerung gegen Ende des 17. Jahrhunderts folgte eine beinahe unüberschaubare Kette wechselseitiger Verfolgung zwischen Christen und Moslems, die von verschiedenen Balkankriegen über die griechisch-türkischen Territorialverschiebungen im 19. Jahrhundert und den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs bis zum Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre reichte – ein Kontinuum nicht gelingenden wollenden Zusammenlebens der Religionen, das auf der einen Seite mit der Konkurrenz der herrschenden Imperien zusammenhing, auf der anderen Seite bereits mit den gegen sie aufbegehrenden nationalen und demokratischen Bewegungen zu tun hatte. Die traumatische Langzeitwirkung war noch im Jugoslawienkrieg der 1990er Jahre unmittelbar präsent. Und hier wird auch einer der logischen Anknüpfungspunkte greifbar, mit dem die Erzählung von Flucht und Migration in die europäische Moderne im engeren Sinn hinüberwechseln kann.

„Logisch“? – Nein, einigermaßen vieldeutig, ja sogar widersprüchlich stellt sich dar, was im Kapitel über Verfolgung und Flucht im Zeitalter des Nationalismus zusammengestellt wird, auch weil dessen Dynamik mindestens ebenso sehr nach außen, in die kolonialistische und imperialistische Aggression, wie nach innen, in die Bekämpfung und Vertreibung der „nationalen Minderheiten“ wirkte; denn dies ist das ernüchternde Mantra, das der Historiker, der sich hier als getreuer Schüler Hannah Arendts erweist, formuliert: Der Nationalstaat war nie und wurde auch im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht, was er zu sein beanspruchte, nämlich das auf gleiche Staatsbürgerrechte gegründete Ordnungsmodell mit internationaler Friedensgarantie und, falls es doch zu Verfolgung und Ausgrenzung kam, dies durch ein großzügiges Asylrecht wieder gutmachen konnte. Das zeigte sich schon in der Französischen Revolution, die ihren Asylparagrafen bald wieder relativierte. Erst recht nicht wurden solche Erwartungen von den restaurierten europäischen Mächten nach 1815 eingelöst.

Man kann sich darüber wundern, warum die Darstellung an dieser Stelle direkt ins 20. Jahrhundert springt (um im nächsten, dem Hauptteil über die politische Flucht wieder zurückzuspringen). Einleuchtend ist trotzdem, dass die Aufzählung der ca. 13 Millionen Kriegsflüchtlinge, die der Erste Weltkrieg hervorbrachte und deren Unbehaustheit bis weit in die Zwischenkriegszeit hineinreichte, unter dem Gesichtspunkt nationalistischer Verfolgung differenziert werden muss; der Status der Minderheiten war durch die Versailler Nachfolgeverträge eben in keiner Weise geklärt, besonders nicht in den Brückenregionen zum Nahen Osten. Und auch die Anstrengungen des Völkerbundes, mithilfe des Nansen-Passes für die „Staatenlosen“ einen gewissen Rechtsschutz zu garantieren, waren nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, für den man später den Euphemismus „Weltflüchtlingsproblem“ erfunden hat.

So muss die Erzählung von Verfolgung und Flucht in den geradezu unheimlichen Sog des 20. Jahrhunderts geraten, werden die vom Hitler-Regime ausgelösten politischen Fluchtbewegungen, darunter die Verfolgung der Juden, im Überblick skizziert, ebenso wie die umgekehrten Fluchtwellen, die von den Fronten des Zweiten Weltkrieges ausgelöst wurden und die auf bis zu 40 Millionen Menschen geschätzt werden, im Einzelnen aufgelistet werden. Es war eben auch die umgekehrte, die gegen die Achsenmächte gerichtete Offensive der Alliierten, die hier zu Buche schlägt, gerade sofern sie erfolgreich war: So kam es zu Massenfluchten gewaltigen Ausmaßes, die in erster Linie durch den westwärts gerichteten Vormarsch der Roten Armee verursacht wurden. Was als nationalstaatliche Neuordnung des europäischen Ostens mittels mehr oder weniger gewaltsamer Bevölkerungsverschiebungen gemeint und von den Westmächten auch mit geplant war, wurde unter dem Diktat des Stalinismus rasch zur Einmauerung des kommunistischen Ostblocks.

Wie um sich selbst und den verstörten Leser zu beruhigen, wird jetzt ein schon vorher ausgelegter Faden wieder aufgenommen. Er verspricht aus dem Meer der Vernichtung, das Hitler-Deutschland über Europa gebracht hat, heraus- und in eine positiv interpretierbare Insel hineinzuführen: Wenn die frühe Bundesrepublik Deutschland in dieser europäischen Geschichtserzählung als Flüchtlingsstaat des 20.

Jahrhunderts herausgestellt wird, dann wird hier die positive Seite dieses hochambivalenten Begriffs plastisch greifbar – in keinem anderen Fall ist die Integration einer so großen Zahl von Flüchtlingen (ca. 12 Millionen betrug die Gesamtzahl der „Heimatvertriebenen“) in so kurzer Zeit gelungen. Aber wenn dann die zeitgleiche Entstehung Israels als des zweiten, beinahe noch „reineren“ Flüchtlingsstaates daneben gestellt wird (S. 126 ff.), dann zeigt sich nicht nur die Kehrseite dieser Ambivalenz, sondern auch die Grenze der vergleichenden Betrachtung; denn so sehr die Vertreibung der Palästinenser zur Staatsgründung Israels gehört, so wenig lässt sich mit der spezifischen Lage Nachkriegsdeutschlands vergleichen, was im britischen Mandatsgebiet geschah und was zu einem bis heute nicht beruhigten Konfliktherd mit internationaler Sprengkraft geführt hat, obwohl es eine der ersten Bewährungsproben für die Vereinten Nationen hätte sein können.

Das bedeutet nicht, den grundsätzlichen Neuanfang geringzuschätzen, der durch die UNO auf den Weg gebracht wurde. Tatsächlich hat die damit verbundene „menschrechtliche Wende“ (S. 142) zwar keine neue Friedensordnung, gar ihre internationale Durchsetzung auf den Plan gebracht, wohl aber die rechtliche Klärung und internationale Kodifizierung des Flüchtlingsstatus, niedergelegt in der Genfer Konvention von 1951. Das dazugehörige, in den folgenden Jahrzehnten aufgebaute Institutionengefüge des UN-Flüchtlingskommissars ist seither ein nicht wegzudenkender Faktor der Flüchtlingspolitik geworden, der mit den immer noch dominanten Maßnahmen der Einzelstaaten teils kooperiert, teils konfligiert, je nachdem wie die nationalen Interessenslagen und die internationalen Machtverhältnisse sich entwickeln. Mit der Einbeziehung der suprastaatlichen Faktoren wird vollends offensichtlich, dass eine Gesamtbewertung des Fluchtgeschehens in Europa zwischen zwei Buchdeckeln eigentlich unmöglich ist – nicht nur, weil jeder Fall anders gelagert ist, sondern auch, weil die Kräfte, die auf die Entstehung wie auf die Bewältigung des jeweiligen Falles einwirken, überkomplex sind.

Man kann daher den Autor nur dafür bewundern, dass er sich dieser Aufgabe dennoch stellt. Wie er es tut, nämlich mit großer Detailfreude und ebenso souveräner Umsicht bei der Durchführung begrenzter Vergleiche, kommt in der Tat einer historiographischen Meisterleistung gleich. Hier seien nur einige der immer gut lesbaren Einzelstudien aus dem „Zeitalter der Ideologien“ aufgezählt: Dieser dritte Hauptteil beginnt mit den französischen Revolutionsflüchtlingsen des späten 18. Jahrhunderts, wechselt hinüber zu den gar nicht so „kleinen Fluchten“ aus der Epoche der Restauration, die im engeren Sinne politisch motiviert waren, z. B. bei den polnischen und antizaristischen Flüchtlingen aus Russland und den legendären „Achtundvierzigern“ aus dem deutschen Vor- und Nachmärz, die nach Frankreich oder in die USA gingen. Die genuin politische Erzählung setzt sich fort in der Schilderung der Flucht altrussischer Eliten während und nach der bolschewistischen Machtergreifung, die sich vor allem in die Weimarer Republik ergoss und zu einem Unruhefaktor wurde, den die Völkischen und später die Nationalsozialisten für sich auszuschlachten wussten. Analog dazu und wenig später folgte die brutale Vertreibungswucht, die von den „rechten Weltanschauungsdiktaturen“ an den Tag gelegt wurde: Sie führte

zu den Fluchtwellen aus Nazideutschland, die vergleichsweise gut erforscht sind, während z. B. über die Wege der republikanischen Spanienkämpfer nach Frankreich und England weit weniger bekannt ist.

Ein Schwerpunkt dieses Kapitels liegt zwangsläufig auf der Zeitenwende, die das Jahr 1945 markiert, nicht zuletzt weil sich das Fluchtgeschehen dramatisiert und gleichzeitig ausgeweitet hat und sich jetzt in der Mitte Europas gleichsam aufstaut: Da ist das Riesenheer der „Displaced Persons“, das aus den Reibungsflächen zwischen den verfeindeten Diktaturen gleichsam herausgeschleudert und deren verzweifelte Lage lange keine Abhilfe findet. Da sind die politischen Fluchtwellen, die sich später aus den vergeblichen Versuchen speisten, die Fesseln der kommunistischen Regime zu sprengen: Ungarn 1956, wobei hier ein erhellendes Licht auf das „Asylland Österreich“ (S. 241) geworfen wird; „Prager Frühling“ 1968 und die Solidarnosc-Bewegung nach 1980 mit jeweils geringerer „Push“-Wirkung; als basso continuo dazu (und um den migrationssoziologischen Zwillingbegriff wenigstens einmal zu erwähnen) die kontinuierliche Migration von Ost- nach Westdeutschland, dessen „Pull“-Wirkung so groß war, dass man politische Flucht und innerdeutsche Arbeitsmigration zeitweilig nicht mehr unterscheiden konnte.

Damit ist die Darstellung beim Problemkreis der Integration angekommen, also dort, wo ihr eigentliches Anliegen wartet. Es liegt, wie der Autor von Anfang an betont, in der gegenwärtigen „Flüchtlingskrise“ oder genauer noch: in dem, was jetzt ansteht, damit sie so gelöst werden kann, dass auf der einen Seite die Flüchtlinge erhalten, was ihnen zusteht, nämlich eine menschenwürdige Behandlung, und auf der anderen Seite die Demokratien, die zu ihrer Aufnahme bereit waren (oder noch dazu überredet werden müssen), der rechtspopulistischen Bedrohung standhalten. Damit tritt in den Vordergrund und wird im abschließenden Kapitel mit Bravour ausgeführt, was ich für das eigentliche Verdienst dieses Buches und zugleich eine wichtige politische Botschaft halte. Sie lautet: Die Integration von Flüchtlingen ist schwierig, zumal wenn ihre Zahl groß ist, sie ist auch langwierig und hängt von einer Vielzahl von Bedingungen ab, von denen die „Willkommenskultur“ nur eine, eine günstige Wirtschaftslage eine ebenso wichtige andere ist. Aber sie ist machbar und sie ist, wenn sie denn gelingt, sogar von überprüfbarem Nutzen – für die Flüchtlinge ohnehin, aber eben auch für die aufnehmende Gesellschaft.

Erörtert wird diese These nicht etwa in der lauwarmen Form eines moralistischen Diskurses, gegen dessen „Humanitarismus“ und „Übernormativierung“ sich der Verfasser immer wieder explizit wendet (etwa S. 285 f.), sondern mit knallharten Statistiken, sozialpolitischen Beobachtungen und utilitaristischen Argumenten, die eine realistische Einschätzung der Kulturunterschiede zwischen der jeweiligen Einwanderer- und Aufnahmegesellschaft ebenso ermöglichen wie die Berechnung des wirtschaftlichen „do-ut-des“. In diesem Sinne ist es eine kluge Entscheidung, dass sich das abschließende Kapitel des Buches, vorbereitet durch einen „Exkurs über den syrischen Bürgerkrieg“ (S. 293 ff.), ganz auf die bundesrepublikanische Ausländer- und Flüchtlingspolitik konzentriert und (mit einem Seitenblick auf Österreich) einen gezielten Vergleich anstellt zwischen den aktuellen Entwicklungen seit 2015 und der

ganz anderen Behandlung der „Gastarbeiter“ vor der Wiedervereinigung. Die Botschaft ist klar: Was dort versäumt wurde, weil man ein „Nicht-Einwanderungsland“ sein wollte, darf sich gegenüber den Syrern nicht wiederholen.

So ist diese „grand narration of Europe“ von einem dreistrophigen Refrain durchzogen: Kulturgeschichtlich gesehen, sollte ein Land, das faktisch Einwanderungsland ist, sich dazu auch bekennen; methodologisch gesehen sind die Übergänge zwischen Migrations- und Flüchtlingspolitik fließend; und politisch gesehen kommt alles darauf an, den hohen Moralanspruch, der im Menschenrecht auf politisches Asyl formuliert ist, in praktische Sozialpolitik zu übersetzen.

»Wieder gelesen«:

Von der Zerstörung der Weimarer Republik

Von Hubertus Buchstein

Otto Kirchheimer, Weimar ... und was dann? Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung, Berlin 1930 (*Laubsche Verlagsbuchhandlung*), 86 S.

1930 erschien eine kleine verfassungspolitische Schrift von Otto Kirchheimer auf dem deutschen Buchmarkt, die in den einschlägigen Kreisen schnell Furore machte; bis heute gehört sie zu seinen am häufigsten zitierten Schriften:¹ die Abhandlung *Weimar ... und was dann?* Der Verfasser war erst 24 Jahre alt, als er dieses kleine Buch veröffentlichte. Kirchheimer, 1905 in Heilbronn geboren, hatte von 1924 bis 1928 Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften in Münster, Köln, Berlin und Bonn studiert.² In Bonn galt er als ‚linkes Wunderkind‘ seines Doktorvaters Carl Schmitt, bei dem er 1928 das Erste Juristische Staatsexamen und seine Promotion ablegte. Von 1928 bis 1931 arbeitete Kirchheimer als Rechtsreferendar, zunächst in Erfurt und danach in Berlin, er trat als Autor zu verschiedenen verfassungspolitischen Themen vor allem in linkssozialistischen und sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften hervor.

Das Erscheinen der Schrift fiel in eine entscheidende Phase der Weimarer Demokratie. Bereits ab Anfang 1930 hatte sich in Berlin herumgesprochen, dass der Sturz des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller von langer Hand von Hindenburgs Kamarilla vorbereitet wurde und der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning als Nachfolger auserkoren worden war. Am 30. März 1930 übernahm Brüning sein Regierungsamt, und die SPD sah sich auf Reichsebene auf die Oppositionsbänke verbannt. Nach Lage der parlamentarischen Dinge konnten Brüning und sein Kabinett sich auf keine Mehrheit im Reichstag stützen, sondern waren auf die Unterstützung des Reichspräsidenten angewiesen. Die findigen Berater aus dem Umfeld von Hindenburg waren zuvor aber bereits der Idee verfallen, die Gesetzesvorschläge der neuen Regierung bei einer Ablehnung durch das Parlament als unabdingbare Notfallmaßnahmen zu deklarieren, um sie mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Form von Notverordnungen in Kraft setzen zu können. Die Aussicht auf ein solches Vorgehen war politisch heftig umstritten. In mehreren Zeitungs- und

1 Zu den späteren Rezeptionen und Debatten über diese Schrift vgl. Frank Schale, Zwischen Engagement und Skepsis. Eine Studie zu den Schriften von Otto Kirchheimer, Baden-Baden 2006, S. 42-46.

2 Zu Kirchheimers Biographie vgl. Ulrich von Alemann, A hidden champion – Otto Kirchheimer, in: Christhard Schrenk (Hrsg.), Heilbronner Köpfe VIII, Heilbronn 2016, S. 131-144.

Zeitschriftenartikeln beteiligte sich Kirchheimer an dieser Debatte und gehörte – anders als sein Doktorvater – zu den schärfsten Kritikern der präsidentialen Auslegungspraxis des Artikels 48.

Parallel zu diesen tagespolitischen Interventionen arbeitete Kirchheimer unter Hochdruck an einer grundsätzlichen Einordnung der Weimarer Verfassungsordnung aus linkssozialistischer Sicht. Bereits Ende Mai 1930 konnte er sie unter dem Titel *Weimar ... und was dann? Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung* gedruckt vorlegen. Die Abhandlung in der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“ wurde von Max Adler in Zusammenarbeit mit Engelbert Graf und Anna Siemsen in der *Laubschen Verlagsbuchhandlung* in Berlin herausgegeben; weitere in der Schriftenreihe publizierte, prominente Autoren waren Ernst Toller und Leo Trotzki sowie auch Autoren der jüngeren Generation wie Ernst Fraenkel, Franz L. Neumann und Arkadij Gurland. Die Schriftenreihe hatte eine Erstauflage von 4.000 Exemplaren; im Falle Kirchheimers wurden bald weitere Exemplare nachgedruckt.

Die Schrift Kirchheimers ist eine Art Fortsetzung seines kritischen Dialogs mit Carl Schmitt. In der Einleitung zu seiner Schrift wählte Kirchheimer die auch von Schmitt gewohnte Tonlage kühler Nüchternheit. Er werde sich „in der Hauptsache auf die Darstellung dessen beschränken, was ist“ (S. 209).³ Programmatisch bezeichnet er sein Vorhaben im nächsten Satz dann als eine „sozialistische Verfassungsbetrachtung“, die er strikt von den Fehlern einer liberalen Verfassungsbetrachtung abgrenzte. Während diese häufig unter einem demokratischen Deckmantel aufträte und eine nicht vorhandene gesellschaftliche Einheit vortäusche, „muss eine sozialistische Verfassungsbetrachtung all jene Widersprüche aufdecken, die der heutigen Gesellschaftsorganisation und ihrer politischen Form anhaften“ (S. 209). Als ergänzendes Präludium zu seinen Überlegungen stellte er dem Text ein längeres Zitat von Rosa Luxemburg aus ihrer Kampfschrift *Sozialreform oder Revolution?* voran. Luxemburg hatte hier 1899 apodiktisch formuliert: „Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft“ (S. 209).

Im Folgenden unterteilte Kirchheimer seine Schrift in neun Abschnitte, in denen er nacheinander die Entstehung der Republik, das Verhältnis von Demokratie und Diktatur, das Wahlrecht, den Parlamentarismus, die Grundrechte, die Regierungsbildung und Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Beamtentum, die Stellung des Reichspräsidenten und schließlich seine generelle Charakterisierung der Weimarer Verfassung abhandelte. Seine Analyse gipfelte in der These, die Weimarer Verfassung sei eine „Verfassung ohne Entscheidung“ (S. 246).

In seiner Genealogie der Weimarer Republik zeichnet die Schrift zunächst die politischen Kompromisslinien nach, die schon vor dem Beginn der Verfassungsgebung

3 „Weimar ... und was dann?“ wird im Folgenden zitiert nach der Neuausgabe in Kirchheimers Gesammelten Schriften: Otto Kirchheimer, *Recht und Politik in der Weimarer Republik*. Gesammelte Schriften, Bd. 1, hrsg. von Hubertus Buchstein, Baden-Baden 2018, S. 209-250.

zwischen verschiedenen, miteinander ringenden sozialen Kräften vereinbart worden waren. Der Mehrheitssozialdemokratie wirft er vor, in den letzten Wochen vor Ende des Krieges die Lehre der französischen Revolutionszeit, insbesondere des Jahres 1793, „dass gerade Zeiten der äußersten Not Zeiten der politischen Erneuerung zu sein berufen sind“ (S. 210), vergessen zu haben. Kirchheimer orientierte sich bei seiner Version der neueren deutschen Geschichte am Narrativ des zwei Jahre zuvor erschienenen Buches *Die Entstehung der deutschen Republik* des linkssozialistischen Historikers Arthur Rosenberg.⁴ Danach war das Kaiserreich nicht durch revolutionäre Kräfte der Arbeiterbewegung, sondern durch die Selbstaufgabe der Militärdiktatur Ludendorffs abgeschafft worden. Die Ausgangslage der Weimarer Republik kennzeichnet Kirchheimer im Einklang mit Rosenberg durch die Zusammenarbeit zwischen der Führung der Arbeiterbewegung, die sich nach links gegen den Rätekommunismus abgrenzte, und dem Bürgertum, das sich nach rechts gegen Monarchie und Adel abgrenzte. Dem Militär und der Bürokratie kam in dieser Konstellation die Rolle von vermittelnden Ordnungsmächten zu, worin die Quelle zu ihrer späteren Verselbstständigung lag. Die in Weimar erarbeitete Verfassung ist für Kirchheimer bis ins Detail die rechtliche Widerspiegelung der Kräftekonstellation zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum.

Kirchheimer kritisierte in diesem Zusammenhang, dass der Begriff der Demokratie jede konkrete Bedeutung verloren habe. In normativer Hinsicht plädierte er für ein Begriffsverständnis im Sinne der sozialen Demokratie Max Adlers. Eine solche soziale Demokratie, so Kirchheimer, könne es in einer klassengespaltenen Gesellschaft allerdings nicht geben. Zudem trage die Demokratie im Kapitalismus ein „beträchtliches Stück bürgerlicher Diktatur“ (S. 217) in sich. Kirchheimer sah den Artikel 48 der Reichsverfassung als das Instrument, mit dem es in Deutschland den herrschenden Klassen gelingen könne, „mit Mitteln der Diktatur das auszuführen, was auf legalem Wege der Wille großer Teile des Volks verwehrt“ (S. 218) habe. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Unterscheidung zwischen kommissarischer und souveräner Diktatur von Schmitt⁵ hin und wendete dessen Terminologie auf zwei unterschiedliche Formen der Ausübung bürgerlicher Diktaturen an: auf die temporären Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linke Opposition in Sachsen und Thüringen 1923 sowie den dauerhaft etablierten Faschismus in Italien. Den Punkt, an dem die politische Demokratie des Bürgertums in eine der bürgerlichen Diktaturformen umschlage, hält er im Voraus jedoch für nicht präzise bestimmbar, denn ein solcher Regimewechsel werde vom Bürgertum als eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit und der dafür gegebenen Chancen betrachtet.

Vor dem Hintergrund seiner These einer von vornherein systematisch angelegten Zerstörung der in der Verfassung niedergelegten Legalitätsordnung präsentierte Kirchheimer im Folgenden eine Diagnose und Strukturanalyse der einzelnen politischen Institutionen der Republik. Dazu gehörte das mit der Republik eingeführte de-

4 Vgl. Arthur Rosenberg, *Die Entstehung der deutschen Republik*, Berlin 1928.

5 Vgl. Carl Schmitt, *Die Diktatur* (1921), Berlin 1978.

mokratische Wahlrecht, wobei Kirchheimer seine Leser daran erinnerte, dass auch das freieste Wahlrecht einen intensiven politischen Willen immer nur unterstützen, ihn aber nicht ersetzen könne. Dazu gehörte mit dem Reichstag ein Parlament, das sich von einer Versammlung der gemeinsamen Diskussion zu einer Stätte des Ausstragens von Klassenkämpfen gewandelt habe, und des Weiteren der umfangreiche Katalog des Weimarer Grundrechtessystems. Kirchheimer sprach sich an dieser Stelle dagegen aus, diesen Katalog als einen „Kompromiss“ zu bezeichnen; auch Schmitts Rede vom „dilatorischen Formelkompromiss“⁶ erklärte er mit Hinweis auf begriffliche und politische Klarheit für wenig hilfreich. Die Weimarer Grundrechte seien „in ihren entscheidenden Punkten kein Kompromiss, sondern eine in der Verfassungsgeschichte bisher unbekannte, einzigartige Nebeneinanderordnung und Anerkennung der verschiedensten Wertsysteme“ (S. 230).

Zu den von Kirchheimer analysierten Institutionen zählen auch die Regierung und der Prozess ihrer Bildung. Kirchheimer unterschied zwischen einer „Direktionssphäre“ und einer „Verteilungssphäre“ (S. 238) von Regierungstätigkeit in modernen kapitalistischen Gesellschaften.⁷ In der Direktionssphäre haben sich Regierungen der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer weiter anzupassen; als Aktivitätsbereich bleibt ihnen die Verteilungssphäre, in der sie zu einem Clearing-House der verschiedenen an sie herangetragenen Ansprüche werden. Selbst dieser Handlungsbereich werde aber zunehmend eingeeengt. Zu den von Kirchheimer in den Blick genommenen Institutionen gehört auch das Beamtentum. Erneut nutzte er für seine Diagnose seine Unterscheidung zwischen den beiden Sphären. Soweit das Beamtentum in Aufgaben der Direktionssphäre involviert ist, befinde es sich „ausschließlich im Einflussbereich des Bürgertums und seiner großen wirtschaftlichen Organisationen“ (S. 242). Soweit es Aufgaben in der Verteilungssphäre wahrnehme, fungiere es als ausgleichende Instanz zwischen den Ansprüchen der unterschiedlichen Sozialgruppen. Die politische Form, in der dieser Ausgleich vonstattengehe, sei der Rechtsstaat. Seit seinen ersten Tagen habe der Rechtsstaat einen „tiefgreifenden Funktionswechsel“ (S. 235) erfahren. Ursprünglich war er das Kampfmittel des Bürgertums gegen die monarchistische Exekutive. Heute sei der Rechtsstaat die Form, in der ein großer Teil der Verteilungssphäre „in einer scheinbar juristischen Form, umgeben von einem Haufen prozesstechnischer Vorschriften, getätigt werde[n]“ (S. 241).

Kirchheimer schloss seine Analyse der politischen Institutionen der Weimarer Republik mit dem Amt des Reichspräsidenten ab. Der gesamte Abschnitt dieser Schrift richtete sich gegen die – zu diesem Zeitpunkt auch bereits von Schmitt prominent

6 Vgl. ders., *Verfassungslehre* (1928), Berlin 1980, S. 32.

7 Diese Unterscheidung stieß in der linken Theorie der Bundesrepublik bei Autoren wie Claus Offe und Jürgen Habermas Anfang der 1970er Jahre auf reges Interesse. Vgl. als Überblick zu dieser Diskussion Wolfgang Luthardt, *Bemerkungen zu Otto Kirchheimers Arbeiten bis 1933*, in: Ders. (Hrsg.), *Otto Kirchheimer. Von der Weimarer Republik zum Faschismus*, Frankfurt a. M. 1976, S. 8-19.

vertretene⁸ – „irrigte Auffassung“ (S. 243), dass der Reichspräsident den Partei- und Sonderinteressen entrückt und somit der einzige wahre Repräsentant der Nation sei. Auch die Wahl des Reichspräsidenten werde von den politischen Parteien beherrscht. Die Vorstellung der Klassenjenseitigkeit seines Amtes sei eine „Fiktion“ (S. 246).

Auch wenn Kirchheimer seine Kritik am Kompromisscharakter der Reichsverfassung bereits zuvor in mehreren Zeitungsartikeln formuliert hatte, so bot sein Buch noch einmal eine Zuspitzung bisheriger Äußerungen. Denn nun erklärte er im Sinne des oben erwähnten Zitats von Rosa Luxemburg kategorisch, dass es der Sinn einer jeden Verfassung sein müsse, „ein bestimmtes Aktionsprogramm zu verkünden, in dessen Namen die Organisation einer neuen Gesellschaftsordnung stattfinden soll“ (S. 248). Mit diesem schöpferischen und gesellschaftsverändernden Anspruch an eine neue Verfassung ging Kirchheimer sogar noch über Carl Schmitts rigoroses Verfassungsverständnis hinaus, das von einer Verfassung verlangte, dass sie eine Gesamtentscheidung über die Art und Form der politischen Einheit treffen solle.⁹ Dass im Zuge der Revolution keine klare Entscheidung für eine sozialistische Gesellschaft getroffen worden ist, bezeichnete Kirchheimer als den „prinzipielle[n] und nie wiedergutzumachende[n] Fehler dieser Verfassung“ (S. 248). Für ihn war die Zerstörung der Weimarer Republik somit von Beginn an in ihrer Verfassung angelegt.

Kirchheimers Buch stieß nach seinem Erscheinen auf lebhaft Kritik seiner politischen Freunde und Zuspruch von der politischen Gegenseite. In Kirchheimers sozialdemokratischen und sozialistischen Umfeld fiel die Bewertung deutlich kritischer aus. Die umgehende Replik von Franz L. Neumann auf die im Buchtitel von Kirchheimer gestellte Frage war der Imperativ: „Erst einmal Weimar!“¹⁰ Neumann hielt Kirchheimer vor, die Bedeutung der Grundrechte zu bagatellisieren und dabei stehen zu bleiben, sie als Sammelsurium unvereinbarer Wertentscheidungen zu denunzieren, anstatt beherzt das Handwerk des Juristen zu ergreifen und sich um eine einheitlichende rechtswissenschaftliche Systematisierung zu bemühen. Neumanns damit verbundene generelle Gegenthese lautete, dass die Verfassung nicht als widersprüchlich, sondern als offen und damit für die Arbeiterbewegung in ihrem Sinne gestaltbar verstanden werden müsse. Auch Kirchheimers Berliner Mentor Hermann Heller reagierte ablehnend. Kirchheimers Schrift gehöre zur billigen Kritik „unser[er] ästhetisch-heroischen Revolutionsromantiker von links und rechts“¹¹, die „in merkwürdiger Übereinstimmung“ die Verfassung in Grund und Boden kritisierten, anstatt sie – „wenn es sein muss mit der Waffe in der Hand“¹² – gegen alle Gewaltideologien zu verteidigen. Noch ablehnender fielen die Worte von Arkadij Gurland

8 Vgl. Schmitt (FN 6), S. 350-352.

9 Vgl. ebd., S. 20-36.

10 Vgl. Franz L. Neumann, Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung, in: Die Arbeit 7 (1930), H. 9, S. 569-582, hier: S. 582.

11 Vgl. Hermann Heller, Freiheit und Form in der Reichsverfassung (1930), in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 2, Tübingen 1992, S. 371-378, hier: S. 376.

12 Vgl. ebd., S. 377.

aus. In seiner Rezension für die linkssozialistische *Bücherwarte* lobte er zwar Kirchheimers Hinweis darauf, dass es sich bei allen Verfassungsfragen letztlich um Machtfragen handle, bemängelte dann aber umso schärfer, dass Kirchheimer seine Überlegungen „leider mehr auf summarische Feststellungen“ beschränke, statt solche rechtssoziologischen Zusammenhänge konkret aufzuzeigen. Gurland identifizierte Schmitt als den schlechten Lehrmeister Kirchheimers für derartige Abstraktionen, die im Ergebnis dazu führten, den Weimarer Parlamentarismus für die Arbeiterbewegung zu sehr geringzuschätzen. In dieser politischen Konsequenz sah Gurland auch das „Bedenkliche dieser Schrift“, die seiner Meinung nach „nicht in eine Schulungsbibliothek hineingehört, wie es die Jungsozialistische Schriftenreihe sein soll“.¹³

Weitaus positiver fiel demgegenüber Carl Schmitts Urteil aus. Souverän ignorierte er die Kritik Kirchheimers an ihm. Stattdessen lobte er die Abhandlung als eine „hochinteressante Schrift“¹⁴ und bezog sich dabei vor allem auf Kirchheimers These einer Verfassung ohne Entscheidung. Dieses Schmitt'sche Lob blieb indes nicht unwidersprochen. Der ansonsten so zurückhaltende Rudolf Smend griff es bei einem Festvortrag am 18. Januar 1933 in Berlin in seiner öffentlichen Kritik an Schmitt und dessen für ihn absehbaren Kollaboration mit dem Nationalsozialismus auf. Er attestierte Kirchheimers Schrift eine „folgenrichtige Durchführung“¹⁵ des Schmitt'schen Dezisionismus. Gegen beide gerichtet fuhr er jedoch fort: „Es ist aber nicht Sinn einer Verfassung, ‚Entscheidung‘ im Sinne irgendeines sachlich folgerichtigen politischen Denksystems zu sein, sondern lebendige Menschen zu einem politischen Gemeinwesen zusammenzuordnen.“¹⁶

Angesichts dieser zeitgenössischen Rezeptionen verwundert es nicht, wenn an Kirchheimer auch heute noch vielfach das plakative Etikett des „Linksschmittianismus“ klebt. Allerdings betrifft eine solche Einordnung vielleicht den 24 Jahre jungen Autor, nicht aber die von ihm nach 1930 eingenommenen Positionen.¹⁷ Denn Kirchheimer wandte sich zwischen Herbst 1930 und Januar 1933 immer weiter von Schmitts Positionen und Begriffen ab. Er widersprach seinem Doktorvater nicht nur in den vielen persönlichen Gesprächen, sondern auch in mehreren Aufsätzen – seit 1932 mit immer heftigeren Formulierungen und Vorwürfen –, um die Weimarer Demokratie vor den politischen Angriffen von rechts zu schützen. Nach dem „Preußenschlag“ des 20. Juli 1932 beharrte Kirchheimer erst recht darauf, dass alle staatsrechtlichen Fragen ausschließlich auf Basis der Weimarer Verfassung entschieden

13 Vgl. Arkadij Gurland, Besprechung Otto Kirchheimer Weimar ... und was dann?, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), H. 9, S. 135-137, hier: S. 136.

14 Vgl. Carl Schmitt, Grundrechte und Grundpflichten (1932), in: Ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze, Berlin 1958, S. 181-231, hier: S. 195.

15 Rudolf Smend, Bürger und Bourgeois im deutschen Staatsrecht (1933), in: Ders., Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze, Darmstadt 1968, S. 309-325, hier: S. 319.

16 Ebd., S. 320.

17 Zum wissenschaftlichen und persönlichen Verhältnis zwischen Kirchheimer und Schmitt vgl. ausführlicher: Hubertus Buchstein: Einleitung zu diesem Band, in: Kirchheimer (FN 3), S. 15-125.

werden dürfen. Explizit revidierte er damit seine zwei Jahre zuvor in *Weimar ... und was dann?* formulierte Verfassungsdiagnose. Die Weimarer Reichsverfassung sei sehr wohl eine Verfassung mit einer Entscheidung – und zwar der Entscheidung für den Kompromiss. Schmitt reagierte auf seine Weise auf diesen Positionswechsel. Er wandte sich am Ende der Weimarer Republik wütend von seinem „linken Wunderkind“ aus Bonner Tagen ab. Nachdem es im Hause Schmitts im November 1932 einmal mehr zu einer heftigen Debatte zwischen den beiden gekommen war, bei der Kirchheimer ihn der unseriösen Argumentation und des bewussten Verfassungsbruchs bezichtigte, notierte Schmitt erbost in sein Tagebuch: „Scheußlich, dieser Jude.“¹⁸

Kirchheimers Karriere in Deutschland wurde nach der Machtübergabe an die von Hitler geführte Koalitionsregierung jäh unterbrochen. Als Gegner des neuen Regimes wurde er im Mai 1933 inhaftiert. Nach seiner Freilassung konnte er nach Paris flüchten. 1937 gelang ihm die Emigration in die USA, wo er an Max Horkheimers Institute of Social Research arbeitete. 1943 übernahm er eine Tätigkeit im Office for Strategic Services (OSS) und wechselte 1945 an das State Department. Er gehörte dort zu der kleinen Gruppe von Juristen und Politikwissenschaftlern, die die rechtstheoretische Begründung für die Strafverfolgung der NS-Verbrechen erarbeitete und die Nürnberger Prozesse vorbereitete. 1955 übernahm er eine Professur für Politikwissenschaft an der New School for Social Research in New York und ging 1961 schließlich an die Columbia University. Als der *Suhrkamp*-Verlag ihn 1963 um eine Zusammenstellung einiger seiner Arbeiten für einen Sammelband bat, wählte Kirchheimer als Auftaktaufsatz „Weimar ... und was dann?“ aus und sprach in einer neuen Vorbemerkung dazu rückblickend lakonisch vom „Betriebsrisiko des Herstellens politischer Analysen“.¹⁹ Der Band mit dem Titel *Politik und Verfassung* erschien Ende 1964 in der kurz zuvor ins Leben gerufenen Reihe „edition suhrkamp“ und läutete die Neuentdeckung Kirchheimers für eine Generation jüngerer Leser in der Bundesrepublik ein. Otto Kirchheimer starb im November 1965 in Washington D.C.

18 Carl Schmitt, Tagebucheintrag vom 6. November 1932, in: Ders., Tagebücher 1930 bis 1934, Berlin 2010, S. 231.

19 Otto Kirchheimer, Vorbemerkung, in: Ders., *Politik und Verfassung*, Frankfurt a. M. 1964, S. 7.

Literatur aus der „Szene“:

Jugendliche Begriffsguerilla

Von Wilfried von Bredow

Martin Sellner, Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, Schnellroda 2017 (*Antaios*), 279 S.

In seiner mit viel Selbstbewusstsein geschriebenen *Geschichte eines Aufbruchs*, nämlich den der Identitären Bewegung in Österreich (IBÖ), wobei Deutschland irgendwie auch dazugehört, verfolgt der Autor, einer ihrer führenden Köpfe, in scheinbar unsystematisch aufeinander folgenden 35 Kapiteln gleich mehrere Ziele. Er strebt nach der Deutungshoheit über das Bild der eigenen Organisation.¹ Dazu werden einzelne als besonders markant angesehene Episoden ihrer noch ziemlich jungen Geschichte in munter-kumpelhaftem und meist optimistischem Ton nacherzählt. Zweitens sollen das Weltbild und die grundlegenden Ideologie-Bausteine gruppenintern und für die Außendarstellung untermauert werden. Und drittens schließlich hat Martin Sellner in seine Darstellung zahlreiche Aussagen zur Methodik neurechter Aktionen eingeflochten, so dass sich die Schrift kapitelweise wie eine Art Lehrbuch mit Handlungsanweisungen für die Aktivisten der Bewegung liest, die ihren Namen, für Politikwissenschaftler etwas irritierend, mit IB abkürzt.² Diese drei Ziele werden in der Darstellung nicht etwa jedes für sich, sondern bunt durcheinander verfolgt. Das macht den Text sozusagen luftiger und kommt seiner Lesbarkeit zugute. Die Organisationsgeschichte wird in Form eines Erlebnisberichtes präsentiert, ein bisschen zu eifrig-schulaufsatzmäßig – ein Eindruck, der durch die eingestreuten Bleistiftzeichnungen von Renäte Miľüne verstärkt wird, deren Stil an Kinderbuch-Illustrationen erinnert.

„An diesem Tag ging ich schneller als gewöhnlich die Josefstädter Straße hinunter“ (S. 7). Mit diesem Satz beginnt das Buch; mit ihm und den dann folgenden Aussagen führt sich der Autor – mit einem Anflug von Selbstironie – als leicht entflammbarer und sein politisches Herz auf der Zunge tragender, durchaus elitärer Inspirator der kleinen Gruppe Wiener Identitärer ein. Seine eigene Inspiration kommt aus Frankreich. Im Oktober 2012 besetzte eine Gruppe von Aktivisten, die sich *génération identitaire* nennt, kurzfristig eine im Bau befindliche Moschee in Poitiers.

- 1 Dabei geht es dem Autor nicht nur um das inner-organisatorische Selbstbild, sondern auch um ein Gegengewicht zu meist eher links bis weit links ausgerichteten kritischen Schriften über die neurechte Bewegung. Vgl. etwa Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl, *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, 3. Aufl., Münster 2017.
- 2 In den Sozialwissenschaften steht das Kürzel IB für die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Internationalen Beziehungen.

Mit großem Transparent und Fahne sollte an die Schlacht von Tours und Poitiers im Jahr 732 erinnert werden, in der die Franken den Vormarsch der Araber (Mauren) nach Frankreich aufhielten. Diese Aktion gilt als Initialzündung für identitäre Bewegungen in verschiedenen Ländern Europas, auch in Österreich. Der Name ist Programm: Es geht der Bewegung um die Wiederherstellung einer ethnischen Homogenität der „indigenen Bevölkerungen“ in den europäischen Ländern. Was die IBÖ seither an eigenen Aktionen und Kampagnen zwecks Umsetzung dieses Programms geplant und durchgeführt hat, in Wien etwa oder Graz, ist nun nicht gerade weltbewegend gewesen. Sellner liebt es aber, gewaltig zu übertreiben. So bejubelt er das Echo auf die kurzzeitige Störung einer „linken“ Theateraufführung in Wien (Besetzung der Bühne, Hochhalten eines Banners mit der Aufschrift „Heuchler“ und Ausleeren eines Topfes mit roter Farbe) so: „tags drauf stand die Republik Kopf“ (S. 72). Schon bei einer anderen Gelegenheit, im Februar 2013, „kochte die österreichische Volksseele vor Zorn“ (S. 35), angeblich über Monate hinweg. Mit solchen Sätzen suggeriert der Autor sich selbst und seinen Mitstreitern, Österreich befinde sich kurz vor dem Ausbruch der Revolution gegen alles Fremde. So weit ist es ja nun nicht; aber immerhin zeigen die Ergebnisse der Wahlen 2017 (von Bundespräsident und Nationalrat), dass das politische Spektrum in Österreich sich in der Tat weiter nach rechts verschoben hat und dass das Misstrauen gegen Migranten stark angewachsen ist.

Zur Organisationsgeschichte gerade kleiner Gruppen gehört auch viel Persönliches. Deshalb hat Sellner in seinen Text etliche geradezu liebevolle Porträts der wichtigsten Mitstreiter in Österreich eingestreut. Alles aufgeweckte, nette Kerle, so lautet die damit verbundene Botschaft. Bei einem Besuch im französischen Orange folgen der Autor und seine Freunde dem verehrten und befehls-gewohnten Götz Kubitschek aus dem thüringischen Schnellroda, er ist unter anderem der Verleger dieses Buches, „aus der Gewohnheit des Gehorchens“ (S. 27) auf einen Hügel, um ein frugales Mahl einzunehmen. „Ich kann mich nicht mehr an die Einzelheiten des Austauschs erinnern, aber ich weiß noch, dass er uns nachhaltig beeindruckte“ (S. 27). Die „Klassenfahrt“ nach Orange, später nach Lyon und Halle dienen der internationalen Vernetzung. Die Berichte über diese Reisen verstärken den Eindruck vom Selbstverständnis der Identitären als kreativ-militante und aggressiv-elitäre Jugendbewegung der Neuen Rechten.

Für den Lebensstil des politischen Aktivismus, egal ob am linken oder rechten Rand der Gesellschaft, brauche es eine straffe Organisation, eine hohe Mobilisierungsbereitschaft und eiserne Disziplin. So könne „maximale Professionalität“ (S. 181) erreicht werden. Als Vorbilder nennt Sellner „moderne NGOs“, womit er Greenpeace, PETA, Robin Wood und ähnliche Gruppen meint, die mit ihren Aktionen viel Aufsehen erregen. Dass die IBÖ überhaupt viel von linken Bewegungen übernommen hat, wird gerne zugegeben. Die eigene Organisation ist streng hierarchisch aufgebaut, mit eigenen Informationskanälen, Vertraulichkeitskreisen sowie klar kommunizierten Rechten und Pflichten auf jeder Ebene. Es wird unterschieden zwischen „Interessenten“, „Sympathisanten“, dem engeren Kreis der „Aktivisten“

und eher im Hintergrund bleibenden „Förderern“. Wer sich in der Soziologie von Sekten auskennt, für den ist das kaum überraschend.

Recht instruktiv und originell sind die Ausführungen Sellners zu den Formen und Methoden des neurechten Aktivismus. Grundsätzlich müsse er gewaltfrei, unmaskiert und nicht plump oder menschenverachtend auftreten (S. 47). Die sich in diesen vier Adjektiven ausdrückende Distanz zu dem üblichen Bild des politischen Extremismus links wie rechts ist im aktivistischen Alltag auf Dauer zwar nicht wirklich durchhaltbar (Extremismus ohne Gewalt ist ein Widerspruch in sich selbst), jedoch mit viel Sinn für professionelles politisches Marketing konstruiert. Sellner hebt neben den klassischen Formen der Aktivität – wie Demonstrationen oder Flugblattaktionen und dem, was er „regelmäßigen Aktivismus“ nennt (S. 46) – zwei Formen der Betätigung hervor, die zwar nicht ganz neu, jedoch besonders wirksam sind, die „ästhetische Intervention“ und die „symbolische Okkupation“. Diese Typologie ist auch ein Reflex auf die durch das Aufkommen von Internet und sogenannten sozialen Medien veränderten Bedingungen politischer Wahrnehmung. „Ob es einem gefällt oder nicht: Inszenierung, Schein, Geste und Ritual sind heute [...] die eigentliche Währung des politischen Widerstands“ (S. 90).

Die ästhetische Intervention ist eine von den Linken übernommene Form der Provokation. Sie wendet sich an ein zum Beispiel in einem Theater oder Hörsaal zusammengekommenes bürgerliches oder auch linkes Publikum und soll mit theatralischen Mitteln wie drastischen, am besten auch witzigen Aktionen dessen Borniertheit entlarven. Bei der symbolischen Okkupation wird eine zwar nur für kurze Zeit andauernde, aber sozusagen als Trailer der künftigen Geschichte anzusehende Inbesitznahme und gegebenenfalls Umfunktionierung eines Raumes oder Ortes vor aller Augen – besser: vor möglichst vielen Smartphones und Kameras – durchgespielt. Für die Aktivisten kann das manchmal physisch nicht ganz ungefährlich sein, wenngleich das Beispiel, das Sellner anführt, nämlich die Anbringung eines riesigen Banners mit der Aufschrift „Sichere Grenzen – sichere Zukunft“ auf dem Brandenburger Tor, ein so großes Abenteuer nun auch wieder nicht war. Gerade bei dieser Aktionsform kommt es auf die Antizipation und erfolgreiche Nachbearbeitung des medialen Echos an. „Es ist wichtig, zu verstehen und zu spüren“, schreibt Sellner dazu, „welche Aktion in der ‚realen Welt‘ nötig ist, um ein wirksames Bild in der ‚medialen Welt‘ auszulösen. Die Aktion wird mehr und mehr zu einem ‚Symbol‘, das seine eigentliche Wirkung in der medialen Welt hat“ (S. 86).

Die ‚mediale Welt‘ erscheint in dieser Perspektive als mächtiger Feindblock. „Die Medien sind gegen uns. Sie lügen, was das Zeug hält“ (S. 123). Für Sellner konzentriert sich hier „die eigentliche Gewalt im Staat“ (S. 97), denn die Medien bestimmen in den europäischen Gesellschaften die öffentliche Meinung und sind viel mächtiger als Armee und Polizei. Diese Medien-Macht habe sich zu einem „sanften Totalitarismus“ entwickelt, der einem geistigen Gefängnis gleiche, das von den Linken errichtet worden sei. Bekanntlich geht diese Vorstellung auf Antonio Gramscis Konzept der „kulturellen Hegemonie“ zurück, was Sellner bereitwillig einräumt. Gramscis Konzept gehört, aber das ist ein anderes Thema, zu den am meisten über-

schätzten schiefen Einsichten des politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Nicht nur Kommunisten und Neue Rechte, sondern auch viele andere Kräfte haben ihre politische Propaganda daran ausgerichtet.

In westlichen Demokratien war, außer vielleicht während der Weltkriege, die ‚mediale Welt‘ aber niemals ein homogener Block, und das Aufkommen der sogenannten sozialen Medien hat diesen Sachverhalt nur noch deutlicher gemacht. Heute werden in manchen dieser Gesellschaften, freilich auch in anderen Teilen der Welt, den Medien Maulkörbe verpasst, Journalisten drangsaliert und die Berichterstattung regierungskonform getrimmt. Gegenüber diesem Rückbau von meinungs-pluralistischen Strukturen sind die Medien hierzulande noch vielfältig und vielstimmig. Sellners flankierender Versuch, die Totalitarismus-Theorie von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzeziński, sie entstand mitten im Kalten Krieg und bezieht sich auf den NS-Staat und die Sowjetunion unter Stalin, auf das heutige Deutschland anzuwenden, ist, vornehm ausgedrückt, ziemlich verpeilt. Gäbe es hier tatsächlich einen „sanften Totalitarismus“, dann hätten der Autor und seine Mitstreiter ja auch keinen Ansatzpunkt für ihre Aktionen, die, wie sie immer wieder betonen, nur über die herkömmlichen und vor allem die neuen Medien Wirkung zeigen können. Und diese Wirkungen bescheinigen sie sich gerne selbst, im Widerspruch zu dem Popanz-Gebilde von den Medien als homogenem Feindblock.

Bei Sellners Auflistung unterschiedlicher Aktionsformen hat übrigens ein bekannter Autor des pazifistischen und gewaltfreien Widerstands Pate gestanden, Gene Sharp (1928-2018). Frei nach dem von ihm propagierten Grundsatz „Aktionsideen übernehmen wir gern von linken Bewegungen“ (S. 179) betont Sellner, das Ziel der Identitären müsse es sein, sich nicht in Einzelaktionen aufzureiben, sondern kampagnenfähig zu werden. „Aktionen sind in der Regel eher spontane Re-Aktionen auf politische Ereignisse und aktuelle Themen. Das Ziel der Kampagne ist es hingegen, selbst ein Ereignis zu sein, das Themen zur Tagesordnung macht und die Fragestellung bestimmt“ (S. 189). Informationskampagnen sollen einen eigenen politischen Begriff im öffentlichen Diskurs etablieren. Politische Veränderungskampagnen verfolgen demgegenüber das Ziel, ein bestimmtes Ereignis durchzusetzen, etwa den Abbruch eines Moscheebaus oder den Rücktritt eines Bürgermeisters. Bei Kampagnen müsse alles wie bei einer militärischen Operation geplant sein. „Der Schlüssel zur Kampagnenfähigkeit ist, dass es eine Gruppe an fähigen Leuten gibt, die komplett von den laufenden Aufgaben, der Strukturarbeit, dem regelmäßigen Aktivismus und der Kontaktbetreuung entbunden sind“ (S. 197).

Sellner vergleicht das Selbstgefühl bei solchem Aktivismus mit dem von Piraten, Landsknechten, Freikorps-Soldaten, Partisanen und Rapper-Gangs. Alles nicht gerade dem Pazifismus geneigte Typen. Die neurechten Aktivisten reihen sich hier ein als Guerilleros im Kampf um Begriffe und kulturelle Hegemonie. Bei allen Anleihen vom linken Aktivismus und formalen Ähnlichkeiten zu unpolitischen verschworenen Gemeinschaften gibt es freilich ein entscheidendes Alleinstellungsmerkmal neurechter Bewegungen – ihre Weltanschauung und die daraus abgeleiteten ideologischen Orientierungskarten für die Politik. Hier ist nun, man kennt ähnliches von an-

deren extremistischen Gruppen, ein auf den ersten Blick dann doch überraschender intellektueller Einbruch zu konstatieren. Mit anderen Worten: Das vorgeführte Weltbild ist derart simplistisch, dass es einem die Schuhe auszieht. Wenige Sätze genügen, um es zu umreißen: Die herrschenden Eliten, angetrieben von „Ethnomasochismus“ (S. 132) bereiten einen „Bevölkerungsaustausch“ vor; Deutschlands (und Österreichs?) ethnische Identität (dieselbe?) und seine Geschichte werden durch den Multikulturalismus mehr und mehr aufgelöst; Islamisierung, Kriminalitätsanstieg, Überfremdung und Sozialmissbrauch potenzieren einander und führen zu einem „großen Austausch“, der durch die Globalisierung und die Öffnung der Staatsgrenzen weiter vorangetrieben wird. Hier klingt die These von Thilo Sarrazin an, wonach das deutsche Volk dabei sei auszusterben.³ Der Widerstand gegen diesen angenommenen Vorgang wird etwas präntiös „reconquista“ genannt und soll an die Kämpfe gegen die Mauren in Spanien erinnern. Diese Erinnerung spielte auch bei der französischen Initialaktion der *génération identitaire* 2012 in Poitiers eine wichtige Rolle.

Gewiss kann man eine Reihe von Fehlentwicklungen in vielen demokratischen Gesellschaften Europas und auch in Deutschland kritisieren, etwa das Fehlen einer nationalen und europäischen Migrations- und Integrationspolitik mit Augenmaß, die Ausbreitung einer links von der Mitte zu verortenden Political Correctness mit dogmatischen Tendenzen, die Unsicherheiten im Umgang mit gewaltsüchtigen Linksextremisten. Solche Kritik wird vom Rechtsextremismus alter und neuer Art ideologisch vergrößert und militarisiert. Damit wirkt sie insgesamt völlig verbohrt. Der Komplexität der gegenwärtigen Politik kommt man damit nicht ansatzweise auf die Spur.

Wie sieht Sellner die künftige Entwicklung? In seinem Text stößt man auf zwei unterschiedliche Zukunftsszenarios. Das Wunschscenario für Österreich im Jahr 2032 ist ein Erfolg der „reconquista“: konsequente De-Islamisierung, Massenauswanderung von Flüchtlingen, kompromisslose Durchsetzung der Leitkultur, die IB als Sprachrohr der „indigenen Europäer“ (S. 266), Befriedigung der „urbanen Sehnsucht“ nach „Volkstanzgruppen, Musikkapellen, Alpenvereinen, Klöstern“ (S. 268).⁴ Kanzler Heinz Christian Strache und Vizekanzler Sebastian Kurz (netter Witz!) unterstützen mit vollem Herzen die Politik in Viktor Orbáns Ungarn.

Das andere Szenario ist ins Jahr 2040 verlegt und sieht wesentlich düsterer aus. Die „indigenen Europäer“ leben, sofern sie es sich leisten können, inmitten einer vom Islam dominierten Gesellschaft in „gated communities“ und werden von privaten Sicherheitsfirmen geschützt. Unruhen und Terroranschläge islamistischer Gruppen gehören zum Alltag. Vor dieser Zukunft, wie sie etwa in Anlehnung an einen Roman von Michel Houellebecq⁵ skizziert wird, soll natürlich gewarnt werden, insofern ist die Konstruktion eines positiven Szenarios für das Jahr 2032 und eines negativen für 2040 ein kleiner Kompositionsfehler des Autors (aber andersherum gäbe es

3 Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010, inzwischen mehrere Auflagen.

4 Achtung: keine Ironie!

5 Michel Houellebecq, *Unterwerfung*, Roman, Köln 2015.

ihn auch – so ist das manchmal mit drohenden und lockenden Zukunftsentwürfen). Ein bisschen überraschend ist, dass Sellner in sein düsteres Zukunftsbild auch ein paar kulturkritische Klagen über die Gegenwart einfließen lässt. Die europäische Jugend, gemeint ist die „indigene“, sei so verwahrlost wie nie zuvor; Dynamik, Kraft und Eroberungswille fänden sich fast nur bei migrantischen Jugendlichen; um erfolgreich zu sein, fehle der IB das Personal.

Zum Schluss wird der Ton versuchsweise etwas milder und versöhnlich. Noch einmal werden konsequente Gewaltlosigkeit und die Offenheit zum Dialog proklamiert. Allerdings folgt darauf sofort der messerscharfe Satz: „Es war höchste Zeit für uns – eure Zeit aber ist abgelaufen“ (S. 279). Im Vergleich zu vielen anderen Schriften aus der rechten Szene demonstriert dieses Buch ein gewisses intellektuelles Niveau, vor allem in seinen aktions- und kampagnenmethodischen Teilen. Die zuweilen ganz pfiffigen Einsichten zum Kampf in den und um die Medien werden jedoch durch eine mittels Super-Scheuklappen beschränkte Weltanschauung wieder weitgehend verdorben.

Hauptbesprechungen:

Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen: Linksextremismus, Islamismus, Rechtsextremismus

Von Isabelle-Christine Panreck

Ralf Altenhof/Sarah Bunk/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), *Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung*, Münster 2017 (*Lit-Verlag*), 408 S.

Obwohl die Extremismusforschung lange nicht mehr in den Kinderschuhen steckt, ist die komparatistische Analyse von Links- und Rechtsextremismus noch immer umstritten: Wirkt ein Vergleich nicht relativierend? Der Band *Politischer Extremismus im Vergleich* der Konrad-Adenauer-Stiftung verneint die Frage, indem er einerseits in den Vergleich als Methode der Politikwissenschaft einführt und andererseits Fallstudien Raum gibt, die anstelle einer Aufrechnung links- und rechtsmotivierter Straftaten analytisch nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden fragen. Denn erst über den Vergleich – so die These der Herausgeber – könnten neue Erkenntnisse für die Prävention vor jeglichem Extremismus, auch dem Islamismus, gewonnen werden.

Insgesamt umfasst der Band 14 Beiträge. Neben zwei allgemeinen Einführungen in den Gegenstand (Holger Münch und Armin Pfahl-Traughber) bündeln die Herausgeber die Beiträge einerseits unter dem Schlagwort „Prävention“ (Rudolf van Hüllen, Lazaros Miliopoulos, Carl Deichmann, Josephine B. Schmitt u. a.) und andererseits unter dem Aspekt „Radikalisierung“ (Jan Buschbom, Eckhard Jesse, Klaus Schroeder, Tânia Puschnert u. a. und Rolf Tophoven), wobei die Grenze an dieser Stelle fließend ist. Im abschließenden Teil greifen drei Beiträge den kontemporären Antisemitismus auf und offenbaren dessen Scharnierfunktion zwischen den Extremismen und der Mehrheitsgesellschaft (Timo Stein, Samuel Salzborn und Helga Embacher). Worin besteht nun der spezifische Gewinn der vergleichenden Extremismusforschung? Pfahl-Traughber widmet sich dieser Frage grundlegend und öffnet die vergleichende Extremismusforschung für ein Publikum jenseits der Fachdebatte: Ein Vergleich sei nicht genuin relativierend, vielmehr strebe er an, trotz verschiedener Inhalte Gemeinsamkeiten in der Form zu entlarven.

Die Fallstudien des Abschnitts „Prävention“ tragen den aktuellen Entwicklungen Rechnung, indem sie neben Rechts- und Linksextremismus den radikalen Islamismus einbeziehen. Van Hüllen führt in das Feld der Prävention ein, indem er Programme gegen Rechts- und Linksextremismus reflektiert und ihr Potenzial für die Prävention vor Islamismus abklopft. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus und Islamismus mit Blick auf die Ungleichheit der Menschen

legten nahe, die Programme gegen Rechtsextremismus als Anknüpfungspunkt für die Islamismusprävention zu wählen. Der Beitrag von Schmitt u. a. bestätigt die von van Hüllen postulierte Schnittmenge zwischen Rechtsextremismus und Islamismus mit Blick auf die Propaganda beider Gruppen im Internet. Um der Internetpropaganda die Wirkkraft zu nehmen, reiche es aber nicht aus, Websites zu sperren, Gegenbotschaften zu senden oder die Medienkompetenz junger Menschen zu fördern. Vielmehr müsse die Prävention im realen Sozialisierungsprozess ansetzen. Wie die Prävention in der Praxis umgesetzt werden könnte, zeigt Deichmann auf. Zentral sei die Selbsterkenntnis: Statt zum Beispiel mit einem islamistischen Jugendlichen um Fakten zu streiten, sollte er mit Erfahrungsberichten von Jugendlichen konfrontiert werden, die aus der islamistischen Szene ausgestiegen sind und ihre eigene Situation retrospektiv spiegeln.

Orientieren sich Schmitt u. a., van Hüllen und Deichmann am Auftrag der politischen Bildung, reflektiert Miliopoulos den aktuellen Stand der empirischen Extremismusforschung mit dem Schwerpunkt Biographieverläufe. Die Empirie weise erhebliche Schwächen auf, da sie häufig nur eine Spielart des Extremismus untersuche, die Ergebnisse selten verknüpfe, die historisch-vergleichende Perspektive auspare und die einzelnen biographischen Verläufe kaum typologisiere. Die Ergebnisse der Studien fielen pauschalisierend aus und überschätzten Sozialisierungseffekte und Gruppendynamiken zulasten des Einflussfaktors Ideologie. Gerade die Ideologie aber mache den Unterschied, schließlich wende sich nicht jeder kriminelle Jugendliche dem Extremismus zu. Auch trete Ideologie heute „popkulturell eingerahmt“ (S. 122) auf, wodurch sie ohne eine grundlegende Auseinandersetzung verständlich und annehmbar werde. Auf diesen Umstand müsse die Präventionsarbeit reagieren, indem sie mögliche Strategien für die politischen Funktionsebenen und die Leitmedien entwickelt. Die blinden Flecken der empirischen – oft interviewbasierten – Forschung könne zudem ein historisch-vergleichender Ansatz füllen, indem bereits in der Anlage der empirischen Studien Typologisierungen vorgenommen werden, statt alle Extremisten auf einer Ebene zu adressieren. Wie Miliopoulos verknüpft Buschbom Präventions- und Radikalisierungsforschung: Radikalisierung vollziehe sich nicht auf einer kognitiven Ebene und sei demnach nicht rational adressierbar. Um die zirkulären Denkmuster aufzubrechen, müsse an die Stelle der inhaltlichen Gegenrede das grundlegende Hinterfragen der Sprach- und Kommunikationsstrukturen treten.

Die übrigen Beiträge zum Schlagwort „Radikalisierung“ nehmen eine historisch-vergleichende Perspektive ein, wobei sie ihre Analyse auf je eine Spielart des Extremismus konzentrieren, bei welcher Radikalisierungsprozesse im Feld des Rechtsextremismus unterbelichtet bleiben.

Der Beitrag Jesses sticht durch seine biographische Perspektive hervor. Am Beispiel von Horst Mahler und Ulrike M. Meinhof bearbeitet Jesse zwei Radikalisierungsprozesse aus dem linksextremistischen Spektrum. Blieb Meinhof bis zu ihrem Selbstmord 1976 dem „revolutionären Kampf“ verbunden, wechselte Mahler Ende der 1990er Jahre in die rechtsextremistische Szene. Jesses Erkenntnisse stützen die

These von Miliopoulos, wonach die Sozialisierung und Gruppendynamiken zur Erklärung von Radikalisierung nicht ausreichen: So seien Unmut und Unzufriedenheit nicht für den Weg Mahlers und Meinhofs ursächlich – schließlich hätte beiden als Stipendiaten der Studienstiftung des deutschen Volkes eine erfolgsversprechende Zukunft bevorgestanden. Die Ideologie hingegen habe auf beide Anziehungskraft ausgeübt, bei Mahler mehr als bei Meinhof. Diese sei dafür stärker in die Gruppendynamiken eingebunden gewesen.

Der islamistischen Radikalisierung widmen sich die Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz: Puschnerat, Michael Friedrich und Gilbert Siebertz. Ihr Beitrag gleicht weniger einer quellengestützten wissenschaftlichen Analyse denn einer Einschätzung. Die bei Wikipedia entnommene Definition von „Radikalisierung“ irritiert. Trotz der Schwächen in der theoretischen Fundierung trägt der Vergleich von Al-Qaida und Islamischem Staat (IS) Früchte. Zentrales Ergebnis der Autoren: Im Vergleich mit anderen Terroristen unterscheiden sich Strategien, Taktiken und Mittel der Jihadisten nicht, wohl aber in ihrem paradiesischen Heilsversprechen. Ausschlaggebend im Radikalisierungsprozess seien – wieder wird Miliopoulos bestätigt – eine Kombination aus Ideologie- und Gruppendynamiken. Dennoch grenzen sich die beiden Gruppen Al Qaida und Islamischer Staat in ihrem inneren Aufbau und in ihren Bedürfnissen grundsätzlich voneinander ab. Die Ausrufung des Kalifats durch den IS habe beide Bewegungen tief gespalten. Der Staat könnte dem IS zukünftig zum Verhängnis werden, da er nach innen mit Legitimierungsproblemen zu kämpfen hat, die er über Anschläge in Europa auszugleichen versucht.

Der Schwerpunkt der Fallstudien von Stein, Salzborn und Embacher liegt auf dem zeitgenössischen Antisemitismus in Europa. Offenbart Stein die Anschlussfähigkeit von Antisemitismus im heutigen linken, rechten und islamistischen Extremismus, beleuchtet Salzborn die Geschichte antisemitischen Gedankenguts in allen drei Richtungen. Embacher nimmt einen Ländervergleich zwischen Großbritannien und Deutschland vor. Im Kern kommen alle drei Studien zu dem Ergebnis, Antisemitismus sei nicht nur im extremistischen Spektrum verankert, sondern durchziehe auch die Mehrheitsgesellschaft. Er offenbare sich oft nicht mehr im traditionellen Antisemitismus, sondern in antisemitischer Israelkritik. Antisemitisches Gedankengut werde über die Kritik am Staat Israel vorgetragen, da die Gesellschaft und das Rechtssystem für diese Form des Antisemitismus noch nicht ausreichend sensibilisiert seien. Stattdessen neige die Mehrheitsgesellschaft dazu, Antisemitismus auf arabische Milieus abzuwälzen, warnt Embacher.

Die Herausgeber formulieren in ihren einleitenden Worten den Anspruch, einen Beitrag zur Etablierung der vergleichenden Extremismusforschung zu leisten. Gelingt ihr Vorhaben? Im Verhältnis von theorie- und praxisgeleiteten Beiträgen überwiegt die Praxis deutlich. Wird aber Extremismus dezidiert als Gegenpart zur Demokratie verstanden, erscheint ein von demokratietheoretischen Überlegungen geleiteter Beitrag vielversprechend. Dem Auftrag der politischen Bildung kommt die Konrad-Adenauer-Stiftung nach, überführen die Beiträge ihre Problemstellungen doch überwiegend in Anstöße für die Präventionsarbeit. Die Breite des Sammelbandes ist

Literatur

ein Alleinstellungsmerkmal: Mit den vielfältigen Vergleichen von Rechts- und Linksextremismus wie Islamismus beackert er Neuland. Die Analysen erfolgen differenziert, offenbaren strukturelle Gemeinsamkeiten wie Unterschiede der Extremismen. Sie bestätigen: Vergleichen heißt nicht Gleichsetzen.

Mögliche Wahlsystemreformen in der Diskussion

Von Eric Linhart

Joachim Behnke u. a. (Hrsg.), Reform des Bundestagswahlsystems. Bewertungskriterien und Reformoptionen, Gütersloh 2017 (*Bertelsmann Stiftung*), 206 S.

Das aktuelle Wahlsystem zum Deutschen Bundestag weist zahlreiche Mängel auf, worauf sowohl Politiker als auch Wissenschaftler verschiedener Disziplinen bereits nachdrücklich hingewiesen haben. Eine Diskussion um mögliche Reformoptionen des Wahlsystems ist daher dringend geboten, wie auch die einzelnen Autoren des Konzeptbands begründen. Einer Reform muss stets eine Abschätzung möglicher Folgen der unterschiedlichen Optionen vorausgehen. Genau dieser Aufgabe nehmen sich die Autoren an – sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur aktuellen Wahlrechtsdebatte, den man gar nicht hoch genug wertschätzen kann.

Florian Grotz und Robert Vehrkamp geben zunächst einen informativen Überblick über die Entstehungsgeschichte des aktuellen Wahlsystems, das seit 2013 in Kraft ist. Es gelingt den Autoren der Spagat, das aktuelle, sehr komplexe Wahlsystem verständlich zu erklären. Gleichzeitig zeigen sie sehr deutlich die Mängel des neuen Wahlsystems auf und weisen auf Punkte hin, wo erneuter Reformbedarf besteht. Als wesentliche Schwächen des aktuellen Systems werden identifiziert: 1) seine mangelnde Verständlichkeit, 2) seine Inkohärenz, zwar Proportionalität zwischen Parteien, nicht aber zwischen Landeslisten zu gewährleisten, und 3) seine Ineffizienz – der sehr komplexe Sitzzuteilungsmechanismus vergrößert das Parlament unnötig.

Damit scheinen die Maßstäbe zur Bewertung möglicher Reformoptionen zunächst benannt: Es muss um die Beseitigung der genannten Mängel gehen. Gleichzeitig wäre eine Reform nicht zielführend, wenn sie die genannten Missstände zwar beseitigte, aber neue produzierte. Aus diesem Grund widmet sich Florian Grotz konsequenterweise in einem separaten Kapitel den Bewertungsmaßstäben für Wahlsystemreformen im Allgemeinen. Er konkretisiert dort die fünf nach Dieter Nohlen¹ an Wahlsysteme gestellten Anforderungen (Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit, Legitimität) und erweitert diese um zwei kontextuelle Faktoren, die sich speziell auf Wahlsystemreformen beziehen: Diese ergeben sich zum einen aus den Vorgaben des Verfassungsgerichts (negatives Stimmgewicht ist zu vermeiden und mehr als 15 Überhangmandate sind zu verhindern oder zu neutralisieren), zum anderen ist die Umsetzbarkeit von Reformvorschlägen zu beachten. Konkret ist daher im Blick zu behalten, dass Parteien mutmaßlich keine Reformen umsetzen, die sie schlechter stellen würden. Zudem hat sich die personalisierte Verhältniswahl insgesamt in Deutschland bewährt, so dass die entscheidenden Akteure kleinstmögliche

1 Vgl. Dieter Nohlen, Wahlrecht und Parteiensystem, 7. Aufl., Opladen/Toronto 2014.

Reformen wünschen. Grotz liefert damit nicht nur einen einheitlichen Rahmen für die weiteren Beiträge des Buches, was diese im Zusammenspiel erfreulich konsistent macht. Er entwickelt darüber hinaus mit seinem Kapitel einen grundsätzlichen Bewertungsmaßstab für Wahlsystemreformen, wie es ihn meines Wissens nach bisher noch nicht gab. Dies macht den Beitrag zusätzlich wertvoll.

Die drei folgenden Kapitel befassen sich mit drei verschiedenen Punkten, an denen eine Wahlsystemreform ansetzen kann: der Stimmenverrechnung (Kapitel drei von Philipp Weinmann), der Stimmgebung (Kapitel vier von Frank Decker) sowie der Wahlkreiseinteilung (Kapitel fünf von Joachim Behnke). Gerade mit Blick auf den Kontext der Reform werden nur Vorschläge behandelt, die die personalisierte Verhältniswahl als Grundtyp erhalten. So befasst sich Weinmann mit unterschiedlichen Optionen des Ausgleichs von Überhangmandaten, wobei sich hier vor allem ein Gegensatz zeigt zwischen dem Ziel, die reguläre Parlamentsgröße möglichst einzuhalten, und dem Wunsch nach Proportionalität auch zwischen den Länderkontingenten der einzelnen Parteien. Beide Ziele lassen sich nur gleichzeitig erreichen, wenn Überhangmandate von vornherein vermieden werden.

Genau das ist möglich, wenn man beim Zuschnitt der Wahlkreise ansetzt, wie Behnke zeigt. Er diskutiert (ausführlicher) die Möglichkeit, je zwei Wahlkreise zusammenzulegen, dafür aber dann auch zwei Abgeordnete je Wahlkreis zu wählen, oder (weniger ausführlich) bei Einerwahlkreisen zu bleiben, aber deren Anzahl zu reduzieren. Im Ergebnis erweisen sich beide Optionen als geeignet, sowohl den Länderproporz als auch die Einhaltung der regulären Parlamentsgröße weitgehend zu garantieren, bei nur kleineren negativen Auswirkungen, nämlich der Verringerung der Wahlkreisdichte. Weniger geeignet hingegen scheinen laut Decker Reformen der Stimmgebung wie die Rückkehr zum Einstimmensystem oder die Einführung einer Nebenstimme, wenngleich der Autor auch diese Reformen insgesamt positiv bewertet. Entsprechend kommen Grotz und Vehrkamp im Fazit zu der Empfehlung, die Wahlkreiseinteilung zu reformieren.

Während sowohl die Struktur des Buches als auch die klaren Bewertungsmaßstäbe das Werk sehr lesenswert machen, folgen die drei Beiträge, die sich mit den einzelnen Reformoptionen befassen, leider in sehr unterschiedlicher Weise seinem roten Faden. Während Weinmann und Behnke sehr systematisch die von ihnen behandelten Optionen entlang des von Grotz aufgestellten Kriterienkatalogs diskutieren und somit auch zu sehr schlüssigen Bewertungen dieser Optionen kommen, ist Deckers Beitrag über weite Strecken wörtlich einem früheren Aufsatz² entnommen. Hierdurch wird er zum einen tautologisch, wenn er aus den ersten beiden Kapiteln Bekanntes erneut referiert, zum anderen erlaubt ihm die „Copy & Paste“-Methode natürlich nicht, dem Leitgedanken des Buches optimal zu folgen. So diskutiert er weder das Einstimmen- noch das Nebenstimmensystem entlang aller Kriterien. Am

2 Vgl. Frank Decker, Ist die Fünf-Prozent-Sperrklausel noch zeitgemäß? Verfassungsrechtliche und -politische Argumente für die Einführung einer Ersatzstimme bei Landtags- und Bundestagswahlen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 460-471.

Ende bleiben einige Einschätzungen somit unklar und können durchaus kritisch gesehen werden, etwa das Ergebnis, dass die Personalisierung durch ein Einstimmensystem verbessert werde.

Mit Blick auf die Gesamtergebnisse sind drei kritische Punkte zu benennen. Erstens bewerten die Autoren die jeweiligen Reformoptionen im Vergleich zum aktuell gültigen Wahlsystem. Aufgrund seiner offenkundigen Schwächen kann ein Reformvorschlag kaum negativ bezüglich mancher Punkte, z. B. der Verständlichkeit, abschneiden, obwohl es sich bei einigen der Vorschläge ebenfalls um recht komplexe Optionen handelt. Hier wäre ein härteres Bewertungskriterium möglicherweise hilfreicher.

Zweitens wird eine Reformoption, die in den deutschen Ländern weitgehend problemlos funktioniert, gar nicht diskutiert: die Umstellung auf Listen, die das gesamte Wahlgebiet abdecken, anstelle eines Systems mit Unterverteilung. Zweifelloos besitzt auch dieser Vorschlag Nachteile, aber unbestreitbar ebenso Vorzüge und wäre es deshalb zumindest wert, auf Augenhöhe mit den anderen Optionen diskutiert und beurteilt zu werden.

Drittens lautet eine der abschließenden Empfehlungen, Direktmandate künftig in Zweierwahlkreisen zu vergeben. Obwohl hier verschiedene Modi der Stimmverrechnung (d'Hondt sowie Single Non-Transferable Vote [SNTV] mit und ohne Begrenzung der Kandidatenzahl pro Partei) diskutiert werden, fehlt deren Unterscheidung in der Gesamtbewertung. Jedes dieser Verfahren beinhaltet aber gravierende Nachteile, die in der allgemeinen, zusammenfassenden Bewertung von „Zweipersonenwahlkreisen“ untergehen. SNTV ohne eine Begrenzung der Kandidaten pro Partei wurde in Japan abgeschafft, da es zu höchst problematischen Koordinierungsproblemen sowohl auf Partei- als auch auf Wählerebene führte.³ Durch die häufig vorkommende Selbstüberschätzung der Parteien und das Aufstellen zu vieler Kandidaten spiegeln die Ergebnisse solcher Verfahren häufig nicht die Wählerpräferenzen wider.⁴ Dieses Problem ist auch für Deutschland relevant: Bei der Wahl 2013 wäre es bei einem solchen System für die CDU in vielen sächsischen Wahlkreisen rational gewesen, mit zwei Kandidaten anzutreten. 2017 wäre eine solche Strategie hochriskant gewesen, da eine Aufsplittung der CDU-Stimmen beide Kandidaten den Sieg hätte kosten können, zugunsten der AfD und der *Linken*. Die Aufstellung nur je eines CDU-Kandidaten hätte allerdings im Wahlkampf womöglich als Schwäche gewirkt, so dass jenes aus Japan bekannte Problem vermutlich auch in Deutschland aufträte.

Einen Zwang zu nur einem Kandidaten hingegen würden die Parteien wahrscheinlich anderweitig umgehen, etwa durch die Aufstellung formal unabhängiger

3 Vgl. Nohlen (FN 1), S. 118; Arend Lijphart, *Electoral Systems and Party Systems*, Oxford 1994, S. 40–42.

4 Vgl. Arend Lijphart/Rafael Lopez-Pintor/Yasunori Sone, *The Limited Vote and the Single Non-transferable Vote: Lessons from the Japanese and Spanish Examples*, in: Bernard Grofman/Arend Lijphart (Hrsg.), *Electoral Laws and Their Political Consequences*, 3. Aufl., New York 2003, S. 154–169.

Kandidaten. Ein verändertes Wahlverhalten wäre die Folge, welches in der Simulationsstudie aber nicht berücksichtigt wird, so dass entsprechende Gefahren daraus nicht abgeschätzt werden können. Außerdem stellen Zweierwahlkreise eine Abkehr von der personalisierten Verhältniswahl dar, die „die Vergabe [...] von (Direkt-)Mandaten in Einerwahlkreisen und nach der Mehrheit“⁵ vorsieht. Eine Sitzzuweisung nach d'Hondt würde zu einer weiteren Abkehr führen. Ob eine solche Reform noch als systemerhaltend angesehen würde, ist fraglich.

5 Nohlen (FN 1), S. 211.

Das Große Haus – die Parteizentrale der SED

Von Mario Niemann

Rüdiger Bergien, Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946-1989), Berlin 2017 (*Ch. Links*), 583 S.

Die Forschungen zur Geschichte der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) haben in den letzten Jahren erheblich an Intensität zugenommen. Sowohl Gesamtdarstellungen als auch mehrere Studien zur regionalen Ebene der Kreis- und Bezirksleitungen sowie zur Parteiführung liegen vor. Ein größeres Desiderat stellte bislang der Apparat des Zentralkomitees und damit der „Generalstab der Partei“ dar. Rüdiger Bergien hat sich dieses Forschungsthemas angenommen und am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam eine Untersuchung verfasst, die an der Humboldt-Universität zu Berlin als Habilitationsschrift angenommen wurde. Worum geht es nun in diesem umfangreichen Buch?

Die Organisationsentwicklung und -kultur des ZK-Apparates als „sozialer Welt und faktischer Regierungszentrale“ (S. 37) sollen analysiert und seine Verschränkung in Staat und Gesellschaft der DDR untersucht werden. Zwischen 1945 und 1989 dürften zwischen 4.000 und 5.000 Mitarbeiter im ZK beschäftigt gewesen sein. Auf der Basis von 1.300 ermittelten Lebensläufen sollen durch kollektivbiographische Analysen die konkreten Formen der Machtausübung sichtbar werden. Dazu hat Bergien in großem Umfang schriftliche Quellen hauptsächlich aus den einzelnen Abteilungen des Zentralkomitees und aus Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gesichtet und Interviews mit 23 früheren Mitarbeitern des Partei- und Staatsapparates geführt.

Die Arbeit ist chronologisch-systematisch aufgebaut. Nach der Einleitung widmen sich fünf chronologische Abschnitte der Sowjetischen Besatzungszone, den 1950er und den 1960er Jahren, der Ära Honecker wie dem Zeitraum von 1985 bis 1989. Sie untersuchen die Organisations- und die Personalentwicklung sowie die Herrschaftsausübung. Sie werden von drei Längsschnittanalysen flankiert, die den ZK-Apparat als Kommunikationsraum, sein Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit und die Parteifinancen behandeln. Den Kapiteln folgt jeweils ein sehr nützliches Zwischenfazit, das die erzielten Ergebnisse bündelt. Das zweite Kapitel zur Gründungsphase zeigt den Apparat als „Apparat der Überlebenden“ und besticht durch eine einfühlsame Darstellung der psychischen Verfasstheit seiner Mitarbeiter. Das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten kommt ebenso zur Sprache wie die strukturelle Entwicklung der Parteizentrale und ihr Verhältnis zur Sowjetischen Militäradministration.

Die 1950er Jahre, Gegenstand des dritten Kapitels, waren durch ständige Neu- und Umstrukturierungen geprägt, bei denen das sowjetische Vorbild Pate stand. Durch die steigende Zahl der Mitarbeiter veränderte sich die Personalstruktur stark. Die Altkommunisten machten allmählich jüngeren Mitarbeitern Platz. Die hier erzielten Ergebnisse in Bezug auf die Personalentwicklung, etwa die starke Fluktuation unter den politischen Mitarbeitern, entsprechen denen, die bereits für die Kreis- und Bezirksleitungen vorliegen. Bergien spricht der Parteizentrale in dieser Zeit einen „prekären Charakter“ zu (S. 157) und zeigt, dass sich seine Machtdurchsetzung nur langsam vollzog und von einer Beherrschung des Staatsapparates keine Rede sein kann. Die Kommunikation wird im vierten Kapitel untersucht. Das ausgefeilte, aber ritualisierte System des Berichtswesens als Herrschaftsinstrument der SED-Führung hat letztlich seinen in ungefilterten Informationen bestehenden Zweck nicht erfüllt, eine zentrale Auswertung der Meldungen im ZK-Apparat fand nicht statt. Die quellenmäßig ungleich schwerer zu fassende mündliche Kommunikation wird unter anderem mit Hilfe von Abhörprotokollen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nachgezeichnet. In ihnen findet sich viel Klatsch und Tratsch. Weitere Kommunikationskanäle in die Regionen stellten die Bezirksbeauftragten, Instruktoren und Brigaden des ZK dar, die Anleitungsfunktionen ausübten, aber auch der Informationsgewinnung dienten.

Die im fünften Kapitel behandelten 1960er Jahre sind in der Forschung mit Walter Ulbrichts Reformversuchen eines Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS) verbunden. Das Personal der Parteizentrale war durch eine zunehmende „Verfachlichung“ gekennzeichnet, die Fluktuation nahm stark ab, der Altersdurchschnitt stieg an – Befunde, die auch für die Sekretariate der Bezirks- und Kreisleitungen ermittelt wurden. Die ZK-Abteilungen passten sich in den 1960er Jahren an die staatlichen Institutionen an und konnten dadurch ihre politische Stellung gegenüber den Ministerien ausweiten. In diesem Teil der Arbeit korrigiert der Verfasser überzeugend zwei bisherige Forschungsannahmen: Er grenzt sich erstens von früheren Auffassungen eines generell reformfeindlichen Apparates ab, der das NÖS abgeblockt hätte. Anhand mehrerer Laufbahnen zeigt er zweitens auf, dass die Sichtweise, es hätten sich im Staats- und Parteiapparat jeweils parallele, voneinander abgeschottete „Karrierekorridore“ (S. 257) herausgebildet, für die Parteizentrale nicht zutrifft.

Die Parteizentrale sollte für das Ministerium für Staatssicherheit eine Tabuzone sein. Deren Überwachung war jedoch deutlich intensiver als bislang bekannt, wie Bergien im sechsten Kapitel anhand mehrerer Beispiele zeigt. Sowohl technische als auch politische Mitarbeiter waren für das MfS als Inoffizielle Mitarbeiter tätig, immerhin drei Abteilungsleiter wurden sogar überwacht. Die Staatssicherheit hat, so das abgewogene Urteil des Verfassers, mithin auch Teile des Apparates überwacht, ohne indes Macht über ihn auszuüben.

Im folgenden Abschnitt geht es um die Ära Honecker in den Jahren bis 1985. Der Apparat zeichnete sich in diesem Zeitraum durch eine weitgehende strukturelle und personelle Stabilität aus. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sind Ansätze zu

einer Verjüngung der Kader zu erkennen. Frauen waren nach wie vor, ähnlich wie auf anderen Ebenen des Partei- und Staatsapparates, nur sehr unterdurchschnittlich vertreten. Das galt vor allem für die Wirtschaftsabteilungen. Der Arbeiterklasse entstammten zunehmend weniger Mitarbeiter. Die SED wurde damit „in ihrem Machtzentrum allmählich zu einer Partei höherer Staatsangestellter“ (S. 366). Einige Facetten des „Generalstabs“ der Partei sind quellenmäßig nur schwer zu fassen. So können sich die Ausführungen zum „Milieu der Parteielite“ (S. 368-373) auf nur wenige Aussagen aus Akten des Ministeriums für Staatssicherheit stützen und bleiben daher etwas blass. Für die Figuration der Macht waren Netzwerke und die persönliche Nähe zum Generalsekretär und den ZK-Sekretären sowie deren politische Durchsetzungskraft von ausschlaggebender Bedeutung. Deutlich werden in diesem Zusammenhang Unterschiede im Arbeitsstil zwischen Ulbricht und Honecker und zwischen verschiedenen ZK-Sekretären wie beispielsweise Kurt Hager und Günter Mittag. Als wichtigste Machtressourcen der ZK-Abteilungen arbeitet Bergien die Kaderpolitik, die sich auch auf den staatlichen Bereich erstreckte, den Zugriff auf und die Kontrolle von Informationen sowie den persönlichen Einfluss auf Politbüromitglieder heraus.

Über den Finanzapparat informiert das achte Kapitel. Eingaben und Ausgaben werden in ihrem Stellenwert analysiert, ebenso die Gehaltsentwicklung in der Parteizentrale. Bergien nennt eine Vielzahl kleiner Privilegien, in deren Genuss die Mitarbeiter kommen konnten, ohne dabei in eine billige „Bonzen“-Polemik zu verfallen. Die Patronage des Generalsekretärs, die sich in der Verleihung von Orden oder repräsentativen Funktionen zeigte, sollte Loyalität stiften. Der ZK-Apparat hatte, hier unterschied er sich nicht von anderen Teilen der DDR-Gesellschaft, auch Fälle von Schattenwirtschaft und Tauschgeschäften, von persönlichen Vorteilsnahmen und Amtsmissbrauch aufzuweisen. Der Verfasser schildert diese Fälle, lehnt aber ein „Niedergangsnarrativ“ (S. 453) für die Honecker-Zeit ab.

Das letzte chronologische Kapitel untersucht den Autoritätsverfall der Parteizentrale und ihre Auflösung. Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Krise, in der sich die DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre befand, setzte bei den Mitarbeitern des ZK häufig erst sehr spät ein. Im Herbst 1989 verfügten sie dann, wie der Verfasser konstatiert, „nicht mehr über einheitliche Wahrnehmungs- und Handlungsraster“ (S. 489). Die Parteibasis zerfiel, es gab massenhafte Austritte aus der SED, die Funktionäre sahen sich massiver Kritik ausgesetzt und standen zum Teil auch Bedrohungen gegenüber. Sie reagierten mit Resignation und Angst, aber auch mit Wut und Trotz. Zum Jahresende 1989 wurde der ZK-Apparat aufgelöst. Mit einem Blick auf unterschiedliche Wege der ausscheidenden Mitarbeiter in der Vereinigungsgesellschaft und einer pointierten Zusammenfassung in Gestalt des zehnten Kapitels endet die Studie.

Rüdiger Bergien hat eine beeindruckende, quellenkritisch und abgewogen argumentierende Untersuchung vorgelegt, die pauschale Urteile vermeidet und die Individualität der Mitarbeiter des ZK in den Blick nimmt. Die Parteizentrale erscheint nicht als gesichtsloser, grauer Monolith, sondern als Machtzentrum, das personellen,

ideologischen und politischen Veränderungen unterlag, die detailliert herausgearbeitet werden. An manchen Stellen ufern die Details jedoch etwas aus, die Relevanz etwa der innenarchitektonischen Raumgestaltungen oder der Verkehrsregelungen in der Tiefgarage des ZK erschließt sich nicht sofort. Hier hätten sich Kürzungen angeboten. Die Arbeit, sprachlich aus einem Guss, bietet tiefe Einblicke in den Herrschaftsallday der Parteizentrale und damit eine Vielzahl neuer Erkenntnisse nicht nur zur Geschichte der SED, sondern darüber hinaus auch zur sozialistischen Gesellschaft.

Bohrer im Jetzt

Von Stefan Gerber

Karl Heinz Bohrer, Jetzt. Geschichte meines Abenteuers mit der Phantasie, Berlin 2017 (Suhrkamp), 542 S.

Karl Heinz Bohrsers intellektuelle Autobiographie, die er als *Geschichte meines Abenteuers mit der Phantasie* unter sein ästhetiktheoretisches Programmwort *Jetzt* gestellt hat, ist ein überaus dichtes, ja fesselndes Stück Intellektuellen- und Geistesgeschichte der alten und neuen Bundesrepublik. Dies zu sagen, heißt eine Lektüre anzuzeigen, die den Intentionen des Autors höchstwahrscheinlich in einem wesentlichen Punkt zuwiderläuft: Die aus Bohrsers ästhetischen und essayistisch-polemischen Arbeiten bekannte Zurückweisung der geistesgeschichtlichen Traditionslinie der deutschen Literaturwissenschaft, vor allem aber einer „Sozialgeschichte der Literatur“, wie sie seit den 1960er Jahren die literaturwissenschaftlichen Seminare der Bundesrepublik zu erobern begann, durchzieht das Buch als ein vielfach variiertes Grundmotiv. Nichts, so ließe sich seine Perspektive zuspitzend zusammenfassen, kann eine noch so scharfsinnige und kenntnisreiche ideengeschichtliche Herleitung von Motiven und Ausdrucksformen sowie die daraus resultierenden „Sinndeutungen“ zum Verständnis des literarischen Textes, des Gemäldes oder der Skulptur als Kunstwerk beitragen. Nur die begrifflich oft kaum objektivierbare Berührung durch „den künstlerischen Ausdruck selbst“, nicht die „idealistische Tradition, die künstlerische Phänomene durch Ideen erklärte“ – „die alte Bekannte meines Widerwillens“ –, kann der künstlerischen Hervorbringung gerecht werden (S. 275). Die „Anschaulichkeit ohne Bedeutung“ ist zu entdecken (S. 341), die „Differenz zwischen geistesgeschichtlicher Forschung und ästhetischer Hermeneutik“ scharf herauszuarbeiten (S. 425 f.), die „Priorität des Sprachlichen“ (S. 441) gegenüber allen historisch-ideengeschichtlichen Kontextualisierungsversuchen zu behaupten. „Geisteswissenschaften“ – selbst eine Begriffsbildung der von Bohrer fortlaufend attackierten „(neo)idealistischen“ deutschen Wissenschaftstradition – seien in der „Anglosphere“ deshalb ganz zu Recht nicht als „Sciences“ etikettiert: Fragmente einer in der Autobiographie eher en passant formulierten „Wissenschaftstheorie“, die – wollte man sie in Zeiten einer zwischen kultur- und naturwissenschaftlichen Erkenntnisweisen keineswegs mehr schematisch unterscheidenden hermeneutischen Theoriebildung wirklich für bare Münze nehmen – ein Wissenschaftsbild offenbaren müssten, das seinerseits die Herkunft aus just jenem idealistisch-objektivistischen Wissenschaftsideal des 19. Jahrhunderts nicht verleugnen könnte, das Bohrer verabscheut.

Aber darauf kommt es in diesem Buch ebensowenig an, wie auf Bohrsers Aversion gegen das Historische als Erklärungsmodell: Dass jede Zeile in *Jetzt* beredtes Zeug-

nis von der unhintergehbaren Historizität des Autors und seiner Wahrnehmung ablegt, von einem geschichtlich bedingten Blick, dem entfliehen zu können eine ästhetische Utopie bleiben muss und dem sich das Subjekt auch durch eine ostentativ verweigerte Zeitgenossenschaft und eine Selbstwahrnehmung als „neben“ oder „über“ der eigenen Lebenszeit stehendes Individuum keineswegs entziehen kann (wie Bohrer es in der, natürlich retrospektiv-„historischen“, Reproduktion seines Lebensgefühls ausfantasiert) – dies alles zum Kern einer Kritik seiner intellektuellen Autobiographie machen zu wollen, würde weder dem Ästhetiker noch dem Publizisten Bohrer gerecht.

Denn es sind gerade diese Aversionen, die sowohl seine theoretische und interpretatorische Produktivität, als auch seine um keine Polemik verlegene kulturkritische Zeitgenossenschaft wesentlich bedingen – der in Deutschland eher negativ konnotierte Terminus der „Kulturkritik“ trifft die hier sympathetisch vermerkte Haltung im Kern. Das Misstrauen gegen alles Abgeleitete und Mittelbare, die Suche nach dem Originalen und Originellen, nach der Unmittelbarkeit, einem sich frei von allen „Kontexten“ und Palimpsesten eigener oder fremder Geschichten ereignenden „Jetzt“; ästhetisch gewendet nach dem (oftmals von Schrecken oder Erschrecken geprägten) „Augenblick“, der eine jenseits aller Begründungen und Relevanzermäßigungen unabweisbare Wirkung besitzt, eine „Erhabenheit“, die das Subjekt „ergreift“ und „überfällt“, ist bei Karl Heinz Bohrer nie auch nur andeutungsweise ein angestrebter oder gar tragikomischer Eskapismus, nie mühsamer und steriler geistiger Leerlauf, der das Selbst vor den Zumutungen des „Alltags“ und den Forderungen des zu lebenden Lebens in Sicherheit zu bringen versucht. Dieses Lebensmotiv setzt vielmehr Suchbewegungen in Gang und ermöglicht Perspektiven von immer neuer intellektueller Spannung. Es produziert die (in keiner Weise als intellektuelle Effekthascherei misszuverstehende) „Originalität“, nach der sie auf der Suche ist; es öffnet den Raum für die „Möglichkeit des Lebens als Abenteuer“ (S. 354), die ein immer neues „Jetzt“ hervorbringende „Fremdartigkeit“, um die es Bohrer zu tun ist. Diese stellte und stellt er auch durch das Leben in der (nie durch das vielen Deutschen so teure einseitig-„weltbürgerliche“ Pathos emphatisierten) „Fremde“ her, in Paris und London. Selbst in Passagen des Buches, die – wie etwa die detaillierte Teilhabe des Lesers an den sexuellen Erkundungen des jungen Bohrer – mit der Gefahr der Peinlichkeit behaftet oder dem Anfangsverdacht senilen sexuellen Renommismus ausgesetzt sind, bewährt sich dieses Muster – vor allem auch deshalb, weil Bohrer sein Tasten nach dem „Jetzt“ (wie z. B. eben durch die spätpubertäre Vorstellung der Erlangung von „Unmittelbarkeit“ über das, biblisch-passend gesprochen, „Erkennen“ immer neuer Körper) fortwährend ironisch bricht und mit skeptischer Lakonie kommentiert.

Plausibel wird Bohrers *Jetzt* besonders dort, wo Beziehungsleben und universitärer Alltag unter dem Signum des „Plötzlichen“, des je Unmittelbaren, tatsächlich als eine konkrete Lebenswirklichkeit beschrieben werden: In Bohrers Liebes- und Lebensbeziehung zu der Schriftstellerin Undine Gruenter, an deren Wahrnehmungswelt und literarischem Schaffen er in einer „Plötzlichkeit“ ermöglichenden „Fremdheit“

intimer Nähe intensiven Anteil nahm und die zugleich Mitdenkerin seiner Ästhetik war. Es sei, so Bohrer, mehr und mehr „um eine Erotisierung der Wissenschaft selbst“ (S. 265) gegangen. Auch seine Lehrveranstaltungen an der Universität Bielefeld, an die Bohrer 1982 (nach einem ironisch skizzierten Besetzungsverfahren) berufen wurde, später vor allem in Stanford, erscheinen als Anmutung intellektueller „Abenteuer“. In Thematik, Zielsetzung und Gestaltung denkbar weit von der heute grassierenden Vorstellung des „akademischen Unterrichts“ entfernt, betrieb Bohrer sie als Erkundungsprozesse seines ästhetischen Denkens, die konzeptionell auf den Einbruch des „Jetzt“ hofften – Erkundungsprozesse, an denen, das wird keineswegs beschwigen, freilich nur diejenigen teilnehmen konnten, die sich bereit und intellektuell in der Lage zeigten, seine literaturtheoretischen Wege zu erproben. Durchaus zustimmend berichtet Bohrer zudem von der Angewohnheit seines akademischen Freundes Hans Ulrich Gumbrecht, nach dem Aussehen von Studenten oder Doktoranden darüber zu entscheiden, ob es lohnenswert sei, ihnen zuzuhören: Eine Radikalisierung der ästhetischen Kategorie der „Erscheinung“ als valides Beurteilungskriterium von Denken und Handeln, die sich in Bohrers Buch auch an anderen Stellen findet. Margaret Thatcher etwa, deren radikalliberale Reformpolitik der seit 1975 als FAZ-Korrespondent in London lebende Bohrer „gar nicht so erschreckend“ fand, wie das linksliberale Umfeld, in dem er sich vornehmlich bewegte, war ihm unabhängig von ihren politischen Zielen in Erscheinung und Denkstil zuwider: Die „blonde Riesin“ mit „ihrer Handtasche“ und ihrer „nicht schrillen, aber doch penetranten patronisierenden Stimme“, hatte in seiner Perspektive viel zu viel „Überzeugung“, „Courage“ und „Entschlossenheit“ (S. 226 f.). Sie erschien Bohrer – das Negativurteil seines Denkkosmos schlechthin – ideologisch erwartbar. Diese Zurückweisung des Erwartbaren kann in ihrer Freiheit gegenüber Werturteilen, in ihrer Weigerung eine „Moral“ zu formulieren, nicht nur intellektuell anregen, produktiv irritieren, sondern auch abstoßen: Das Nachdenken über die Erhabenheit der Guillotine gegenüber Alexander Kluge oder die Formulierung, die Bundesrepublik sei durch die Verhaftung Andreas Baaders „um etwas ärmer“ geworden, „das man nur schwer definieren“ könne (S. 174), kalkulieren dies wohl durchaus ein.

Doch Verweigerung gegenüber dem „(Be-)Werten“ und dem Ziehen einer Moral heißt auch: Verweigerung gegenüber dem Moralisieren. Womit ein prominenter Aspekt der Orientierung auf das „Jetzt“ und der Aversion gegen das Abgeleitete, Kategorisierte, Teleologische und doktrinär Verfestigte benannt ist, der in Bohrers Buch desto stärker hervortritt, je mehr er sich in seinem – nicht durchweg, aber doch in der Grundstruktur chronologisch komponierten – Text der deutschen Gegenwart annähert: Von der Diagnose einer im Windschatten der NS-Last und des Kalten Krieges bei Abwesenheit aller Politik buchstäblich „verfetteten“ alten Bundesrepublik, über die Abrechnung mit der DDR-Romantik und den Visionen „dritter Wege“ in der bundesdeutschen Linken, mit der neuen „Erbötigkeit“ (S. 323) der in der deutschen Öffentlichkeit allgegenwärtigen „Feuerwehrleute im Einsatz für angemessenes Denken“ (S. 516) bis hin zu seiner fulminanten Kritik des spießbürgerlich moralisierenden Universalismus der „Flüchtlingskrise“ und der „sentimentale[n] Stilisierung

Literatur

der arabisch-muslimischen Religion und Zivilisation, die geradezu kitschige Ausmaße“ annehme (S. 445), spannt sich in Karl Heinz Bohrs Buch der Bogen einer schonungslosen Vivisektion der politischen Kultur im „Land der Empörung“, im „Land des Ressentiments“ (S. 447). Ein Land das ihm, dem wieder in London Lebenden, keine Überraschung, kein Abenteuer, kein „Jetzt“ mehr zu bieten hat.

Freiheit und Einheit

Von Jost Dülffer

Peter Brandt, „Freiheit und Einheit“, Bd. 1: Beiträge zu den deutschen Freiheits- und Einheitsbestrebungen während des langen 19. Jahrhunderts, Bd. 2: Beiträge zu Fortschritt und Reaktion in Deutschland während des 20. Jahrhunderts – das Nationale und das Universale, Neuruppin 2017 (*Edition Bodoni*), 400 und 402 S.

Kurz vor seinem 70. Geburtstag legt Peter Brandt zwei Bände gesammelter Aufsätze vor. Der bis zu seinem Ruhestand an der Fernuniversität Hagen lehrende Historiker war und blieb immer auch Publizist, der sich in die großen Streitfragen der Zeit einmischte, Vorträge zur politischen Bildung und gesellschaftlichen Orientierung hielt und nicht zuletzt als Mitglied der Historikerkommission beim Parteivorstand der SPD von einer gut geordneten Grundwertebasis ausging.

Man kann beide Bände auf unterschiedliche Weise lesen, zum einen als chronologische Abfolge von Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, zum anderen entwicklungsgeschichtlich als Beiträge zur politischen und wissenschaftlichen Biographie Brandts von 1981 bis zur Gegenwart. Beides ist lohnend. Zunächst sollte der durch die Gliederung angebotene Blick des Verfassers ernst genommen werden. Brandt hat zwei Qualifikationsarbeiten geschrieben. In der – ungedruckten – Habilitationsschrift *Studentische Lebensreform und Nationalismus* von 1988 ging es um die frühen Burschenschaften, die Dissertation *Antifaschismus und Arbeiterbewegung* von 1976 behandelte den Beginn des politischen Lebens in Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit sind thematische Eckpunkte in Brandts Publikationen benannt: Nation und Nationalismus einerseits, soziale Bewegungen andererseits. Dabei gelingt es ihm durchweg, die nationale Frage und die emanzipatorischen Bewegungen zusammenzubringen und gemeinsam zu denken.

So liefert der erste Band 19 Texte, in denen das genannte Spannungsverhältnis zum Ausdruck kommt. „Nation“, darauf macht Brandt mehrfach aufmerksam, war zunächst eine linke, emanzipatorische Kategorie. Daraus resultieren kluge Überlegungen zu den Begriffen „Nation“ und „Volk“, auch zu deren skandinavischen Ausdeutungen. Die Befreiungskriege, das Freikorps Lützow, eine damalige regionale Zeitschrift in der Grafschaft Mark (in der das heutige Hagen liegt) namens *Hermann*, die Entwicklung der Urburschenschaft bis zum „Progress“, einer Reformbewegung bis zur Mitte des Jahrhunderts. Es folgt das Hambacher Fest von 1832.

Dieses engere Spektrum führt zu breiteren Themen. Ein Beitrag ist dem Freiherrn vom Stein gewidmet, in dem er die antinapoleonischen preußischen Reformen insgesamt vorführt. Er ist da ambivalent und sieht sie als „uneinheitlich“. Es gab einerseits den Übergang vom Absolutismus zum Verfassungsstaat, andererseits aber auch den „Herrschaftskompromiss mit dem Adel“, der den nur langsam abnehmenden

„durchaus problematischen Einfluss der ostelbischen Großagrarier auf deutsche Geschichte“ perpetuierte. In einer solchen vorsichtigen Wortwahl, mit der Brandt nuanciert Paradoxien herausarbeitet, Widersprüche und Differenzierungen anbringt, zeigt sich das Temperament des Autors. Harte und polemische Urteile über die Kräfte der Beharrung sind nicht seine Sache. Das gilt auch für den Abriss über „Das Janusgesicht – Preußen in der deutschen Geschichte“, der sich ganz dem 20. Jahrhundert widmet und Weimar, die NS-Zeit und beide deutsche Staaten bis nach der Vereinigung umfasst. Brandt betont, auch in der Gegenwart komme man ohne Preußen „als kulturelle Orientierungsgröße und als Gegenstand kontroverser Debatte“ nicht aus (S. 116). „Politischer Liberalismus“, gemeint als eine politisch-ideologische Ausrichtung, die er aus dem 18. Jahrhundert herleitet und „zwischen nationaler Befreiung und Revolution“ entstehen sieht, markiert ein anderes Thema: Dieser war eine Verfassungsbewegung, vertrat unterschiedliche gesellschaftliche Positionen. Aber als „regierende Partei“ vermag er die Nationalliberalen im Kaiserreich nicht zu sehen; dafür gab es zu viele strukturelle Schwächen.

Ein Strukturaufriß sucht Deutschland um 1800 zu erfassen, ein anderer die gesamte deutsche Revolution von 1848/49 oder die Reichsgründung 1871. Beim Kaiserreich angelangt, entfaltet Brandt die Bebelsche Sozialdemokratie und weitet seinen Ansatz aus auf die Arbeiterbewegung. Waren die bislang vorgestellten Beiträge politik- und ideengeschichtlich ausgerichtet, so verfolgt Brandt bei der Entstehung des Sozialstaates einen anderen Ansatz. Schließlich stellt er die Frage nach der Reformierbarkeit des Kaiserreichs insgesamt. Diese, vor ein paar Jahrzehnten sehr virulente Frage, wird von Brandt ambivalent beantwortet, wenn er auf die für Reformen erforderliche „Schubkraft einer außerparlamentarischen Volksbewegung“ (S. 398) hinweist.

Im zweiten Band steht in 20 Aufsätzen die Arbeiterbewegung, verstanden als gespaltene Parteien und als Gewerkschaften im 20. Jahrhundert, im Vordergrund. Sowohl für die Zeit nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg sind mehrere Beiträge den damals neuen sozialen Bewegungen – den Räten bzw. den Antifa-Ausschüssen – gewidmet. Brandt beleuchtet Stationen der Arbeiterbewegung ebenso wie einzelne Schlüsselereignisse: 1918/19, 1945, 17. Juni 1953 und vor allem 1968. Dazu gibt es die unterschiedlichsten Reflexionen zur nationalen Frage, nicht zuletzt im Spiegel beider deutscher Staaten und der damit verbundenen „linken“ Konkurrenz, die für die Berliner Republik thematisiert wird. Brandt erläutert mehrfach, dass es sich 1989/90 um eine Neugründung handelte. Zwei Essays über deutsche Staatlichkeit bzw. 40 Jahre Teilung und 20 Jahre Vereinigung unterstreichen diesen nationalen Ansatz. Die Frage, ob die Nation noch immer ein Bezugspunkt für die Sozialdemokratie sein solle, wird mit einem eindeutigen Ja beantwortet: „Der Begriff der Nation bildet einen Teil der Realität ab, und zwar handelt es sich dabei um eine Gemeinschaft, die unter Weltmarktbedingungen zwischen Gesellschaft, Staat und Ethnie angesiedelt ist“ (S. 371).

Abgesehen von der Sozialistischen Internationale argumentiert Brandt in dieser Auswahl überraschend deutsch-zentrisch. Er spricht lediglich – wie gerade angedeu-

tet – Bedingungen der neueren Globalisierung an. Einzig ein Beitrag ist der Weimarer Außenpolitik der SPD gewidmet, in dem er sein Thema vergleichsweise defensiv behandelt. Allerdings schließt der Band mit einem Text über den „europäischen Einigungsprozess und die Zukunft der Nationen“ (beides ergänzt sich). Wie Brandt beobachtet, werde die EU von den Staaten als „Transmissionsriemen der Globalisierung“ betrachtet und fügt hinzu, genau dies werde vom größten Teil der „nationalen Führungseliten befürwortet, am deutlichsten in Großbritannien, am wenigsten wohl in Frankreich“ (S. 394). Man reibt sich die Augen, woher eine heute so grundverkehrte Aussage stammt und findet rasch die Antwort: Der Beitrag wurde 2006 verfasst und kannte weder Brexit noch Macron. Eine zweite Lesart der Bände bezieht sich auf den lebensgeschichtlichen Wandel Peter Brandts. Der erste Beitrag von 1981 „Deutschland und die deutsche Linke seit 1945“ (mit Herbert Ammon) war noch deutlicher von marxistischem Vokabular (nicht so sehr: marxistischen Einsichten) geprägt. Nur eine enge „gesamtdeutsche Kooperation der antifaschistisch-anti-imperialistischen Organisationen, in erster Linie der SPD, der KPD, der Gewerkschaften und des linken Flügels der CDU“ hätte ein Gegengewicht gegen „die Spaltungstendenzen der Großmächte“ schaffen können (II, S. 195), später löst sich das Vokabular stärker von solchen Deutungen der gesellschaftlichen Großformationen zugunsten einer differenzierten Sozialgeschichte. Ein guter Beitrag ist Brandts Reflexion über 1968. Entwaffnend sympathisch berichtet er (wie auch an anderen Stellen) von der eigenen trotzkistischen Herkunft, seiner Beziehung zu Rudi Dutschke und anderen in der Berliner Szene als Folie dafür, sich dann doch wissenschaftlich distanziert zu verhalten. Das führt zu genauen Beschreibungen von spezifischen Berliner Verhältnissen 1967/68, die dennoch die Erfahrungen des Autors gut erkennen lassen, sodann aber auch zu einer in acht Punkten vorgetragenen Kritik an damaligen Auffassungen, behutsam, mit Sympathien, insgesamt scharf. Gerade diese Passage über die „radikale Demokratiebewegung“ aus dem Jahr 2008 kann sich auch zehn Jahre später noch sehen lassen und könnte die 50-Jahres-„Feierlichkeiten“ des Jahres 2018 wesentlich bereichern.

Drei Persönlichkeiten nicht-sozialdemokratischer Provenienz werden biographisch gewürdigt. Vom Freiherrn vom und zum Stein war die Rede; Hugo Preuß, Gegenspieler der Räte von 1918/19, der u. a. die Weimarer Verfassung wesentlich ausarbeitete, wird von Brandt mit einiger Sympathie vorgestellt. Der dritte ist der DDR-Historiker Ernst Engelberg, dessen Bismarck-Biographie ungeachtet großer Konkurrenz für Brandt der beste Beitrag zum Thema ist. Gerade aus persönlichen Begegnungen mit dem um 39 Jahre älteren DDR-Historiker widmet Brandt ihm eine „Hommage“ (so schon in der Überschrift). „Ernst Engelberg war ein Aufklärer durch und durch und zugleich dem Erbe der klassischen deutschen Philosophie verpflichtet“ (I, S. 71). Der Rezensent kann diesen subjektiven Eindruck von Engelbergs Auftreten schon vor 1989 in der Bundesrepublik Deutschland als äußerst sympathisch bestätigen, doch bleibt bei Brandt die Rolle des später so weisen Gelehrten bei Durchsetzung der DDR-Linie von Geschichtswissenschaft in deren Gründungszeit ausgeblendet.

Die Besprechung wäre unvollständig ohne die Erwähnung des ersten Aufsatzes, eines offenbar für den Band geschriebenen 50-seitigen „einleitenden Essays“: „Veränderungsprozesse und Beharrungskräfte in der deutschen Geschichte – Historische Voraussetzungen der deutschen Freiheitskriege.“ Das wird aus der Perspektive von 1945/46 vorgeführt, eine Zeit, von der später u. a. als „Rekonsolidierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“ – in marxistischer Terminologie – die Rede ist. Der Text umreißt nicht weniger als 500 Jahre deutscher Geschichte vom späten Mittelalter bis zur Gegenwart. Er wechselt dauernd Perspektive und Methodik, formuliert eingängig, bisweilen geradezu dialektisch, lässt den Leser dennoch – ob dieser Essenz einer Deutung aus dem der Arbeiterbewegung verpflichteten Juste-Milieu – mit einer gewissen Ratlosigkeit zurück.

Was bleibt? Viele lesenswerte, bisweilen konsensfähige Zusammenfassungen bedeutender Ereignisse, auch gute, aus der Fachliteratur gearbeitete Detailstudien und eine Bewunderung für die so produktive Tätigkeit Peter Brandts. Einiges schmeckt nach der Entstehungszeit, das meiste stammt aus den letzten zehn Jahren und lässt vermuten, dass der Autor diese öffentlichen Wortmeldungen in gleicher Produktivität fortsetzen wird.

Die partizipative Spaltung

Von Florian Grotz

Russell J. Dalton, *The Participation Gap. Social Status and Political Inequality*, Oxford 2017 (*Oxford University Press*), 239 S.

Die Verwirklichung freier und gleicher Bürgerbeteiligung steht seit jeher im Zentrum der Debatte um Krise und Reform der Demokratie. In der aktuellen Diskussion sind zwei gegenläufige Entwicklungstendenzen besonders relevant. Zum einen geht es um den Auf- und Ausbau neuer Partizipationsformen, die von kommunalen Bürgerforen bis zu nationalen Volksabstimmungen reichen. Das übergeordnete Ziel dieser „demokratischen Innovationen“ besteht in einer Revitalisierung der repräsentativen Demokratie. Durch erweiterte Beteiligungsangebote sollen die Bürger ihre Interessen besser artikulieren können, was nicht nur zu einer stärkeren Identifikation mit dem politischen System führen soll, sondern auch zu einer höheren Responsivität von Regierung und Verwaltung.

Zum anderen hat das Problem der Partizipationsungleichheit an Brisanz gewonnen. Dass Höhergebildete und ökonomisch Bessergestellte ihre demokratischen Rechte eher wahrnehmen als andere gesellschaftliche Gruppen, ist schon länger bekannt.¹ Allerdings haben neuere Studien eine wachsende soziale Selektivität der Beteiligung bei Bundestags- und Landtagswahlen festgestellt und damit eine breitere Diskussion ausgelöst.² In diesem Zusammenhang bewerten einige Beobachter auch die neuen Partizipationsformen äußerst kritisch. Weil innovative Beteiligungsverfahren höhere kognitive Ressourcen erforderten als allgemeine Wahlen, verstärkten sie die soziale Spaltung und wirkten folglich nicht als Heilmittel gegen politische Ungleichheit, sondern vielmehr als „Krankheitsbeschleuniger“³. Allerdings wird aus den Beiträgen zu dieser Debatte nicht immer ersichtlich, inwieweit demokratische Innovationen tatsächlich sozial selektiver sind als allgemeine Wahlen. Anders gesagt: Der theoretisch plausiblen Skepsis gegenüber neuen Beteiligungsformaten fehlt es häufig an systematisch-empirischer Fundierung.

1 Sidney Verba/Norman Nye/Jae-on Kim, *Participation and Political Inequality*, Cambridge 1978.

2 Vgl. u. a. Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt a. M./New York 2015; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Prekäre Wahlen – Hamburg. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2015*, Gütersloh 2015; Tobias Mörschel (Hrsg.), *Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts*, Baden-Baden 2016.

3 Wolfgang Merkel, *Ungleichheit als Krankheit der Demokratie*, in: Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hrsg.), *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*, Frankfurt a. M. 2015, S. 185-194, hier: S. 193.

An dieser Stelle setzt *The Participation Gap* von Russell J. Dalton an, der zu den prominentesten und produktivsten Vertretern der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung zählt. Das Buch zielt darauf, die These von der wachsenden „Beteiligungskluft“ in westlichen Demokratien einer differenzierten Analyse zu unterziehen. Dazu nutzt der Autor Umfragedaten des International Social Survey Program (ISSP) aus den Jahren 2004 und 2014, die er an wenigen Stellen um Individual- und Aggregatdaten aus weiteren Quellen ergänzt. Gemessen an anderen vergleichenden Analysen zum Themenbereich ist Daltons Empiriebasis also relativ schmal, was die Verallgemeinerbarkeit der Aussagen von vornherein einschränkt. Der Vorteil besteht jedoch darin, dass grundlegende Entwicklungsmuster anhand des begrenzten Materials umso deutlicher hervortreten. Das ist auch insofern wichtig, als sich das Buch ausdrücklich an einen breiteren Leserkreis wendet. Dabei gelingt es Dalton, aus methodisch exakten Korrelations- und Regressionsanalysen ebenso problemrelevante wie nachvollziehbare Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf diese Weise liefert das Buch eine gut verständliche, inhaltlich breite und empirisch fundierte Einführung in die Problematik und trägt so zur Schließung der erwähnten Literaturlücke bei.

Das empirische Ergebnis der Studie deckt sich im Wesentlichen mit dem bisherigen Forschungsstand: Im Vergleich der westlichen Demokratien fällt die soziale Selektivität bei Wahlen durchgehend geringer aus als bei nicht-verfassten Beteiligungsformen (z. B. Direktkontakte zu Politikern oder Teilnahme an Demonstrationen); zugleich hat sich die „partizipative Spaltung“ im Zeitverlauf verstärkt. Neben diesem wenig überraschenden Gesamtbefund enthält der Band zahlreiche Einzelergebnisse, die im besten Sinn diskussionswürdig sind und zu weiteren Untersuchungen anregen. Fünf davon sind besonders erwähnenswert.

Erstens zeigt die Datenanalyse für alle 20 Untersuchungsländer positive Zusammenhänge zwischen dem formalen Bildungsniveau und der Bereitschaft, nicht-verfasste Partizipationsformen zu nutzen. Bei Wahlen dagegen sind diese Korrelationen erheblich schwächer und weniger einheitlich. In diesem Zusammenhang bilden die USA einen Sonderfall: Dort liegt der „education gap“ (S. 47) bei der Wahlbeteiligung fast dreimal höher als im internationalen Durchschnitt. Es wäre interessant zu sehen, ob dieser Befund durch soziostrukturelle Wahlanalysen erhärtet wird und welche (partei-)politischen Konsequenzen sich aus einem entsprechend selektiven Wählerverhalten ergeben.

Zweitens arbeitet die Studie die verfahrensspezifische Bedeutung von Gruppenmitgliedschaften für den „participation gap“ heraus. Wenn sich Personen mit geringem sozialem Status in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagieren, nimmt ihre Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, deutlich zu. Für die anderen, nicht-verfassten Partizipationsformen gilt das genaue Gegenteil: Dort sind es die sozial Bessergestellten, deren Beteiligungswahrscheinlichkeit durch eine Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden oder Vereinen massiv steigt. Auf diese Weise wird die sozioökonomisch bedingte Spaltung der politischen Partizipation noch vergrößert. Auch hier wären Folgeuntersuchungen aufschlussreich, die noch genauer nach zivilgesellschaftlichen Organisationen, Ländern und Zeiträumen unterscheiden.

Drittens zählt Daltons Buch zu den wenigen Studien, die sich sowohl mit klassischen Partizipationsformen als auch mit dem „special case of online activism“ (S. 127) befassen. Aufgrund mangelnder Vergleichsdaten beschränkt sich das betreffende Kapitel auf die USA. Zudem sind die Befunde weniger klar als in den meisten anderen Kapiteln, was wiederum empirisch erweiterte und analytisch präzierte Untersuchungen nahelegen würde. Gleichwohl wird die zentrale These des Buches erneut bestätigt: „the politically rich are getting richer through the expansions of online participation opportunities, and the politically poor are becoming relatively poorer in expressing their political voice“ (S. 139).

Ein vierter Befund ist für die Debatte über Reformen von besonderer Bedeutung. In seinem viel diskutierten Standardwerk hat Arend Lijphart die These vertreten, dass Konsensdemokratien aufgrund ihrer inklusiven Institutionenstruktur sowohl die Partizipationsbereitschaft als auch die Wahlbeteiligung besser fördern als Mehrheitsdemokratien.⁴ Daltons Analyse zeigt dagegen, dass in dieser Hinsicht keine systematischen Unterschiede zwischen den beiden Demokratietypen bestehen. Offenbar gibt es kein allgemeingültiges Patentrezept, durch „institutional engineering“ den Umfang und die Qualität der politischen Beteiligung zu erhöhen.

Fünftens wirft die Studie einen kurzen Blick auf die Konsequenzen, die unterschiedliche Beteiligungsprofile für die Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme haben. Dazu analysiert Dalton den Zusammenhang zwischen dem aggregierten Partizipationsniveau der 20 westlichen Demokratien und ihrer politischen Performanz. Letztgenannte wird mit den „Good governance“-Indices der Economist Intelligence Unit und der Weltbank gemessen. Anschließend prüft er den analogen Zusammenhang für das Ausmaß der sozioökonomischen Ungleichheit. Das Ergebnis ist ebenso plausibel wie folgenschwer: „The best governance occurs when citizens are more active and the participation gap is smaller“ (S. 217). Für eine leistungsfähige Demokratie braucht es also eine möglichst aktive Bürgergesellschaft, in der es gleichzeitig keine partizipative Spaltung zwischen sozioökonomisch Bessergestellten und weniger Privilegierten gibt.

Wie aber lässt sich eine solche Balance von Beteiligungsfreiheit und Beteiligungsgleichheit angesichts der alarmierenden Befunde von *The Participation Gap* herstellen? Eine schlüssige Antwort darauf bleibt Dalton schuldig. Seine abschließende Empfehlung, verstärkt deliberative Beteiligungsformen zu schaffen, ist keine wirklich überzeugende Lösung, zumal die quotierten Auswahlverfahren, nach denen solche Gremien meist besetzt werden, neue Gleichheitsprobleme hervorrufen können. Wie sozial selektiv sind die Beteiligungsprofile von Bürgerforen, direktdemokratischen Verfahren und anderen demokratischen Innovationen? Diese Frage müsste man ähnlich umfassend, systematisch und detailliert analysieren, wie es Dalton in dem Buch für nicht-verfasste Beteiligungsformen getan hat. Eine solche Studie steht noch aus.

4 Vgl. Arend Lijphart, *Patterns of Democracy*, New Haven 1999.

Skandal im Sperrbezirk ... Karlsruhe

Von Oliver W. Lembcke

Josef Foscith, Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg, Göttingen 2017 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 492 S.

Nicht jeder verfügt über starke Nerven wie Hans Kelsen, der mit klarem Blick auf den Untergang der Republik bis zum letzten Moment einen radikalen politischen Pluralismus verfocht. Um der politischen Freiheit willen, wie Kelsen selbst betonte, was für ihn eben auch die Freiheit umfasste, den freiheitlichen Staat selbst abzuschaufen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich bekanntlich anders entschieden. Die „wehrhafte Demokratie“ sollte nicht mit den Achseln zucken, sondern die Muskeln spielen lassen, um diese Gefahr der Selbstaufgabe zu verhindern. Gleichwohl waren die Erinnerungen an das Unrechtsvermögen des modernen Leviathan im Kontext der Beratungen, die zum Grundgesetz führten, noch zu gegenwärtig, als dass man diese Aufgabe der Abwehr ausschließlich in die Hände der Exekutive geben wollte. Gerade in dem für die Massendemokratie so neuralgischen Bereich des Parteienwettbewerbs sollte vielmehr ein Gericht damit betraut sein, rechtzeitig „den Anfängen zu wehren“, vorausgesetzt die Regierung bringt ein solches Verfahren nach Karlsruhe. War „Karlsruhe“ anfangs nur ein Ort, an dem sich Freund und Feind der Verfassung gegenüberstanden, wurde er doch zügig zum Inbegriff jener Gerichtsbarkeit, die es verstand, sich als „Hüter der Verfassung“ vor allen anderen Verfassungsorganen der jungen Bonner Republik zu präsentieren. Es sind solche narrativen Elemente, mit denen es gelingen kann, was im Wunderland der Politik immer wieder möglich zu sein scheint, nämlich dass politische Macht auf jene übergeht, die eigentlich keine haben. Das gilt nicht nur mit Blick auf Personen, denen plötzlich Fortuna zulächelt und ihnen Charisma herüberhaucht, sondern auch für Institutionen, die eine solche glückliche Fügung typischerweise etwas länger an sich zu binden verstehen. So geschehen, im Falle des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) – und es ließen sich weitere Beispiele nennen.

Dass es sich bei diesen Narrationen nicht allein um Fortuna handelt, sondern dass auch *Virtù* mit im Spiel ist, mit der die Institutionen ihr Verständnis als „alternativlos“ im öffentlichen Diskurs zu etablieren suchen, ist nicht allein der Politikwissenschaft aufgefallen. Auch die Jurisprudenz wusste stets um die Eigenart ihres hermeneutischen Geschäfts, das im Bereich der Rechtsauslegung zu eng mit der politischen Macht verbunden ist, um nicht immer auch Rechtserzeugung zu sein. Dass dies bereits auf die Gründung und Ausrichtung der Institutionen des Rechts selbst zutrifft, pfeifen die Spatzen seit Jahren von den Dächern. Es gehört zu der erwähnten Eigenart, dass das Recht, gerade weil es in seiner ganzen Normativität fragil ist –

schließlich kann jeder zu jeder Zeit grundsätzlich jede Norm verletzen –, um so selbstsicherer und selbstbestimmter auftreten muss bei der Interpretation dessen, was als Recht gelten soll. Die Ambivalenz des Rechts rührt aus der Differenz zwischen seiner Herstellung und Darstellung her, für die es sisyphusartig immer wieder aufs Neue eine Fassade bewerkstelligen muss, ohne diese Spannung dauerhaft befrieden zu können: Vor der Fassade herrscht Eindeutigkeit, hinter ihr Kampf. Bereits die Griechen hatten eine Ahnung davon, dass der Streit das Recht hervorbringt und dass die Kräfte in diesem Kampf ungleich verteilt sind. Die Interpretation des Rechts ist machtbestimmt, weshalb bereits die Methode, die zur Anwendung kommt, eine Machtfrage ist – wie Dieter Grimm notierte, Jahre bevor er zum Verfassungsrichter gewählt wurde und damit selbst an der institutionalisierten Interpretationsmacht des Bundesverfassungsgerichts teilhatte.

An diese Eigenarten des Rechts und des Rechtsbetriebs ist zu erinnern, wenn das Buch des Historikers Josef Foscchepoth gewürdigt wird. Foscchepoth kehrt in seiner Studie zum Beginn der Verfassungsgerichtsbarkeit zurück und setzt sich intensiv mit dem KPD-Urteil auseinander, mit dem sich der Erste Senat des Gerichts fünf Jahre lang befasste. Nicht alles, was in dem voluminösen Werk präsentiert wird, ist wirklich neu. So sind die ersten beiden Kapitel über die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) recht ausführlich geraten, ohne die Forschung wirklich zu bereichern. Jedoch dokumentieren die Kapitel, dass der Historiker weiß, worauf er sich einlässt: auf eine Partei, die sehr wohl das sein wollte, was ihr im Urteil vorgehalten wurde, nämlich eine aufgrund ihrer Abhängigkeit gegenüber dem SED-Regime sowie ihrer revolutionären Ambition gegenüber dem verachteten Klassenfeind verfassungsfeindliche Partei. Wohlgemerkt: „wollte“, sie konnte es aber aufgrund ihrer Randexistenz in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht sein, weil sie dafür zu unbedeutend war; so lautet das Urteil Foscchepoths, der mit seinen Ausführungen auch hinreichend deutlich macht, dass er nicht beabsichtigt, im Nachhinein zum Anwalt dieser politisch wie rechtlich verlorenen Sache werden zu wollen. Im Kapitel über die politische Justiz und in Teilen auch in jenem über die Gründung der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP), die sich ebenfalls auf eine Diskussion bestehender Literatur beschränken, wird der normativ-praktische Kern erkennbar, der den Historiker zur Studie motiviert haben dürfte. Ihm geht es um das menschliche Leid, das eine politische Justiz fast zwangsläufig produziert – und woran ein verfassungsrechtliches Gütesiegel nichts zu ändern vermag. Dieses Anliegen scheint noch einmal im ansonsten eher globalhistorisch gehaltenen Epilog durch. Jedoch hat die Schrift keineswegs nur eine humanistische Intention. Primär beabsichtigt der Autor, einen Mythos zu entlarven, der zu den Gründungsnarrativen des deutschen Rechtsstaates zählt und der nicht unwesentlich zur Erfolgsgeschichte des Bundesverfassungsgerichts beigetragen haben dürfte: „Das KPD-Verbot war politisch überflüssig, rechtsstaatlich korrekt“ (S. 272). In Foscchepoths Augen war das KPD-Verbot aber alles andere als formal korrekt; es war schlicht ein „Skandal“ (S. 10), dessen Offenlegung nicht nur das Verfahren in jedem Fall gekippt, sondern auch das Gericht als Institution nachhaltig diskreditiert hätte. Aufklärung tut mithin not; und sie ist jetzt möglich, weil nun jene

Geheim-Archive zugänglich sind, mit deren Hilfe das Bild nachträglich korrigiert werden könne.

Worin besteht der Skandal? Das Verfassungsgericht sei sich von Anfang an über die Probleme im Klaren gewesen, die ein solcher Prozess mit sich bringen würde, weshalb die Richter immer wieder versuchten, das Verfahren zu verschleppen, allen voran der Präsident des Gerichts, Hermann Höpker-Aschoff. Sie unternahmen dies allerdings weniger, um die junge Institution vor politischem Unbill zu schützen, vielmehr sei es Höpker-Aschoff vor allem darum gegangen, nicht in die Schusslinie zu geraten, war er doch durch seine Arbeit in der Haupttreuhandstelle Ost während des Dritten Reiches – deren Funktion die „Eindeutschung“, „Arisierung“ und „Entjudung“ (S. 182) der wiedergewonnenen Gebiete war – belastet. Nach Foscaphoth wäre er zur leichten Zielscheibe der Kommunisten und ihrer Anwälte geworden. Vielleicht – möchte man mit Blick auf Willi Geiger einhaken. Denn sein einflussreicher Kollege aus dem Zweiten Senat, dem Staatsorganisationssenat, der von Beginn an mit politisch bedeutsamen Verfahren befasst war, kam ebenfalls nicht unbefleckt durch die NS-Zeit (zu den Flecken zählen vor allem eine Dissertation in anbiedernder NS-Sprache und von ihm unterzeichnete Todesurteile während des Dritten Reichs). Er musste im Laufe seiner Amtszeit jedoch kaum mehr als vereinzelt Geräuße hinnehmen. Zweifellos ist mit diesem Vergleich Foscaphoths These zu den Motiven Höpker-Aschoffs nicht vom Tisch, zumal der Präsident von einer solchen Zurückhaltung zum damaligen Zeitpunkt nicht ausgehen konnte. Aber der Hinweis auf Geiger erinnert daran, dass wir uns im Grunde im spekulativen Bereich befinden, den Historiker normalerweise meiden. Der Einwurf verweist überdies auf die gesamte Richterschaft – und sei es auch nur im Ersten Senat –, die in der Studie keine besondere Rolle spielt. Es handelt sich über weite Strecken um ein Kammerspiel mit drei Darstellern: in der einen Hauptrolle der Präsident des Bundesverfassungsgerichts – nach dem Tod Höpker-Aschoffs im Jahr 1954 übernahm Josef Wintrich –, in der anderen der Berichterstatter des KPD-Verfahrens Erwin Stein. Herbert Scholtisek fiel eine Nebenrolle zu, war er doch das Pendant zu Stein im Verfahren gegen die *Sozialistische Reichspartei*. Eine solche Personalisierung ermöglicht eine Rekonstruktion und Interpretation der Handlungsabläufe – dies ist ohne Frage eine Stärke der Studie. Jedoch werden die übrigen Richter und ihre Beiträge weitgehend ausgeblendet, und es wird die Arena der internen Senatsberatungen überblendet. Sie kommt bei Foscaphoth eigentlich nur noch als Ausdruck der Schwäche zum Vorschein, wenn die Richter im Prozessgemenge wieder keine passende Antwort auf die dialektischen Kunstfertigkeiten des Anwalts Friedrich Karl Kaul parat haben und sich zur Beratung zurückziehen, um nicht vorgeführt zu werden.

Den eigentlichen Kern des Skandals erkennt Foscaphoth jedoch darin, dass das Gericht mit „Geheimabsprachen“ gemeinsame Sache mit der Regierung gemacht habe (S. 198 ff.) und nicht im Stande war, einen fairen Prozess zu gewährleisten. In jenen beiden Kapiteln, in denen der Autor dies anhand der Quellen postuliert, verändert sich auch sein Ton. War dieser eingangs gelegentlich schneidig angesichts der Archivfunde, die in den Augen des Autors ein völlig neues Bild vom Prozess und

auch vom Verfassungsgericht liefern (S. 12: „bahnbrechende neue Erkenntnisse“), so ist er hier anklagend. Foschepoth spricht bisweilen eher als Staatsanwalt denn als Historiker. Ähnlich wie Fritz Fischer im gleichnamigen Historikerstreit die Schuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges beweisen wollte, ist auch Foschepoth bestrebt, den Ablauf eines „Staatsprozess“ zu demonstrieren (S. 228), bei dem die Richter sich als willfährige Handlanger der Regierung anboten. Als Belege dienen ihm regelmäßig die Einschätzungen und Stellungnahmen der beiden Berichterstatter sowie die Prozessführung durch den Präsidenten. Durch diese Personalisierung lässt sich das Material verdichten; und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Akteure bisweilen eine überaus unglückliche Figur machten. Ein Beispiel liefert das „höchstrichterlich gefälschte Vernehmungsprotokoll“ (S. 254), bei dem Foschepoth dem Berichterstatter Stein ein Plagiat im Zuge der Verschriftlichung einer Zeugenbefragung nachweist, für die Stein ein vom Verfassungsschutz – vor der Zeugenbefragung – angefertigtes Schriftstück nutzt, um es „bausteinartig“ in seinen Text zu integrieren (S. 253). Aber eine solche konzentrierte Argumentation hat ungeachtet der Fülle des Materials ihren Preis: Foschepoth kann nicht schlüssig erklären, warum das Gericht, das sich in einem Dauerkonflikt mit der Regierung Konrad Adenauers befand und sich in wesentlichen Bereichen durchsetzte, ausgerechnet hier zu einem willfährigen Regierungsinstrument schrumpfen sollte. Politischer Druck, den Foschepoth immer wieder anführt, reicht zur Erklärung kaum aus; er steht im Übrigen im latenten Widerspruch zur langen Verfahrensdauer des Prozesses.

Darüber hinaus fehlt eine Kontextualisierung, die jedoch nur dann zu einem besseren Verständnis beitragen kann, wenn man das Verfahren nicht nur als Kammerpiel begreift, sondern als einen komplexen Prozess zwischen institutionellen Akteuren. Dann öffnet sich u. a. der Blick für maßgebliche Interessen des Gerichts, zu denen die Durchsetzung der eigenen Interpretationsmacht ganz wesentlich zählt(e). Vor diesem Hintergrund wären die Ausführungen zu Bedeutung und Auslegung von § 35 BVerfGG (Vollstreckungskompetenz) noch einmal genauer zu analysieren, liegt doch das institutionelle Eigeninteresse des Gerichts – gerade in Abgrenzung zur (und nicht allein in Zusammenarbeit mit der) Regierung – auf der Hand. Diese Perspektive klammert Foschepoth aus. Einer der Gründe dürfte darin liegen, dass die Studie die Auseinandersetzung mit der rechtswissenschaftlichen Literatur scheut. Eine solche Vertiefung, auch in kritischer Absicht, wäre hilfreich gewesen, um die Machtansprüche der verschiedenen Akteure in der Auslegung dieser und anderer Normen zu ermessen. Sie hätte überdies den Weg geebnet, um die besonderen Herausforderungen, vor die ein Gericht im Kontext eines Parteiverbotsverfahrens gestellt wird, prozessual besser abzubilden. Denn es dürfte klar sein, dass die Strafprozessordnung hier nicht den alleinigen Kompass parat hält, wie der Autor meint. Dass das Bundesverfassungsgericht im Ringen mit der Regierung wesentliche Prinzipien eines angemessenen Prozessrechts überhaupt erst schaffen musste und in dieser Hinsicht eine „Zusammenarbeit“ gleichsam unumgänglich war, dafür fehlt ihm der Sinn. Seine

Literatur

historische Studie ist dennoch lesenswert, denn sie wirft zentrale Fragen auf und hält reichlich Material für weitere Interpretationen bereit.

Haben die Volksparteien noch eine Zukunft?

Von Frank Decker

Manfred Güllner, Der vergessene Wähler. Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien, Baden-Baden 2017 (*Tectum*), 219 S.

Manfred Güllner, ebenso bekannter wie umstrittener Chef des Forsa-Instituts, gehört zu den deutschen Wahl- und Meinungsforschern, die nur selten ein Blatt vor den Mund nehmen. Auch in diesem Buch, das laut eigener Auskunft seiner langjährigen Tätigkeit als Dozent an der Freien Universität Berlin entsprungen ist, lässt er es an Deutlichkeit nicht fehlen. So nüchtern die Befunde der Umfrageforschung daherkommen und in dem Buch präsentiert werden, so entschieden und pointiert fallen die daraus abgeleiteten Interpretationen und Empfehlungen aus. Hauptzielscheiben von Güllners bisweilen ins Polemische abgleitender Kritik sind die SPD – die Partei, der er selbst angehört und die er bis zum Ende der Schröder-Ära mit seinem Institut demoskopisch begleitet und beraten hat –, dicht gefolgt von den *Grünen*. Deren Etablierung als vierte Kraft im Parteiensystem scheint Güllner für einen Irrtum der Geschichte zu halten, der vor allem dem Versagen der beiden Volksparteien geschuldet sei.

„Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien“, wie das Buch im Untertitel heißt, erzählt die Geschichte von Union und SPD chronologisch anhand der Regierungsperioden und Entwicklungsphasen des Parteiensystems. Die Zäsuren werden dabei richtig gesetzt. Das Material für die Darstellung liefert die Demoskopie. Für die Zeit nach 1984, als forsa gegründet wurde, konnte der Autor auf die Zahlen seines eigenen Instituts zurückgreifen, für den Zeitraum 1945 bis 1965 werden Zahlen des der *Union* nahestehenden Allensbacher Instituts, für den Zeitraum 1966 bis 1983 Zahlen von infas verwendet, das 1959 mit finanzieller Hilfe der SPD gegründet worden war und seither mit dieser zusammenarbeitete. Auf Informationen über die Methoden der Befragung, Grundgesamtheit, Zahl der Befragten usw. muss der Leser verzichten.

Politikwissenschaftliche Ambitionen hegt das Buch nicht. Das verrät bereits der Blick in die schmale Literaturliste, die neben den reichlich bedachten eigenen Werken des Autors überwiegend historische Darstellungen enthält. Mit dem Begriff und Konzept der Volksparteien, das in der Parteienforschung breit diskutiert worden ist, gibt sich Güllner deshalb gar nicht erst ab – noch nicht einmal eine Arbeitsdefinition wird bereitgestellt. Soll der Begriff „Volksparteien“ auf eine bestimmte Größenordnung der Wählerunterstützung abheben, wie der an seiner Stelle des Öfteren verwandte Begriff der „Großpartei“ nahelegt? Oder zielt er darauf, dass eine Partei Wähler aus möglichst allen Gruppen der Gesellschaft erreicht? Über die Veränderungen der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaften von Union und

SPD erfährt der Leser wenig. Zum Teil sind die Zuschreibungen verkürzt – so etwa die Charakterisierung der Vor-Godesberg-SPD als Arbeiterpartei (schon in der Weimarer Republik wurden die Sozialdemokraten von mehr Angestellten als Arbeitern gewählt) oder die Bezeichnung der katholischen Kirchgänger als „Kernwähler“ der *Union*. Letzteres verschweigt, dass diese Gruppe heute nur ein schmales Segment der Gesamtwählerschaft ausmacht.

Kundige Leser werden der Darstellung nicht viel Neues entnehmen. Immerhin ist es nützlich, dass manche in Vergessenheit geratene (oder zu geraten drohende) Episoden und Sachverhalte noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Dies gilt zum Beispiel für die geringe Popularität von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard in der Frühphase der Republik, die ausschlaggebende Bedeutung von Karl Schiller (anstelle Willy Brandts) für den SPD-Wahlsieg 1969, oder den merkwürdigen Umstand, dass maßgebliche SPD-Politiker wie Herbert Wehner in den 1960er Jahren eine Juniorrolle ihrer Partei in der Großen Koalition für erstrebenswerter hielten als eine kleine Koalition mit der FDP (in der sie selbst den Kanzler hätte stellen können).

Interessante Insiderkenntnisse liefert das Buch zur Rolle der demoskopischen Politikberatung. Hier erfahren wir zum Beispiel, dass die *Union* als Regierungspartei schon früh auf die Dienste des Allensbacher Instituts setzte, mit dessen Leiterin Elisabeth Noelle-Neumann auch Adenauers Nach-Nachfolger Helmut Kohl ein enges Vertrauensverhältnis pflegte. Die Zusammenarbeit der SPD mit ifas blieb dagegen nicht frei von Konflikten, weshalb die Sozialdemokraten bereits in den 1960er Jahren parallel auf die Leistungen anderer Institute (wie infratest) zurückgriffen. Wie sehr sich das Verhältnis von Demoskopie, Politik und Medien verändert hat, lässt sich am Wahlkampf 1965 ablesen, als es die Spitzen beider Parteien für angeraten hielten, die ihnen von den Instituten zur Verfügung gestellten Daten über die politische Stimmung, die einen klaren Wahlsieg der *Union* voraussagten, der Öffentlichkeit und ihrer Basis vorzuenthalten. In der SPD soll selbst Kanzlerkandidat Brandt von den Zahlen keine Kenntnis gehabt haben.

Der Rückblick auf die 18 Bundestagswahlen zeigt, dass manche Wahlgänge erst im Wahljahr, einige sogar erst in den letzten Tagen und Wochen vor dem Wahltermin entschieden worden sind. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2005, als Gerhard Schröder und die SPD den längst verloren geglaubten Sieg nur um Haaresbreite verpassten, hatten dabei stets die Amtsinhaber das bessere Ende für sich. Das galt für Adenauers Triumph 1957 ebenso wie für die drei aufeinanderfolgenden Wahlsiege Helmut Kohls 1987, 1990 und 1994, bei denen die SPD-Herausforderer Johannes Rau, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping in der Kanzlerpräferenz zunächst vor dem Amtsinhaber lagen. Fester im Gedächtnis verblieben ist der knappe Wahlsieg von Gerhard Schröder im Jahre 2002, den er trotz Kanzlerbonus letztlich zwei Zufallsereignissen – der Flutkatastrophe in Ostdeutschland und dem von den USA geplanten Irak-Krieg – zu verdanken hatte (die er politisch freilich äußerst gekonnt ausnutzte).

Für den Zeitraum ab 1983, in dem Güllner die politischen Akteure selbst als „handelnder“ Meinungsforscher begleitet, lässt das Buch den bis dahin eher analy-

tisch-beschreibenden Ton immer mehr hinter sich. Vor allem an der SPD arbeitet sich der Autor regelrecht ab. Die demoskopischen Befunde sollen beweisen, dass die Partei die Wahlsiege 1998 und 2002 primär ihrem Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder zu verdanken hatte. Die Serie der Wahlniederlagen seit 2002, die im Verlust ihres „Stammlandes“ Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 kulminierte und den Kanzler veranlasste, vorzeitige Neuwahlen herbeizuführen, wird nicht auf die von der Bevölkerung (einschließlich der SPD-Wähler) mehrheitlich begrüßten Inhalte der Agenda 2010 zurückgeführt, sondern auf „die mangelnde Unterstützung dieses Kurses durch die SPD“ (S. 176). Dies ist nicht ganz falsch, greift in der Analyse dennoch zu kurz. Betrachtet man die Zusammensetzung der seit 2005 deutlich angewachsenen Gruppe der Nichtwähler, so sticht vor allem der überdurchschnittliche Anteil der Geringverdiener und Leistungsempfänger ins Auge. Auch die Entstehung der gesamtdeutschen Partei *Die Linke*, der die Abspaltung der *Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit* (WASG) von der SPD in den alten Bundesländern vorausging, stellt eine unmittelbare Folge der Schröderschen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen dar, über die das Buch leider zu rasch hinweggeht.

Die Darstellung vermittelt den Eindruck, als ob der Abstieg der Volksparteien allein ihrem eigenen Unvermögen zuzuschreiben sei. Die strukturellen Ursachen der Krise kommen kaum zur Sprache – vom rückläufigen Wirtschaftswachstum (das den Umbau der Sozialsysteme erzwingt) über den abnehmenden Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik bis hin zur Erosion der einstmaligen parteienbildenden und -tragenden Milieus. Wenn Güllner *Union* und SPD am Ende auffordert, sich wieder darauf zu besinnen, dass „sie die durchaus unterschiedlichen Interessen aller Bürger bündeln und [in] ihrer Politik berücksichtigen“, ist das nicht mehr als ein wohlfeiler Leersatz. Es hat seine Gründe, dass ihnen diese Bündelung heute immer weniger gelingt. Gerade am Beispiel der SPD lassen sich die Schwierigkeiten studieren, den Spagat zwischen den Traditionswählern der an sozialer Sicherheit orientierten Arbeitnehmerschaft und den ungebundenen, kulturell liberaler eingestellten Wechselwählergruppen der neuen Mittelschichten weiter zu bewerkstelligen. Die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik, ein Katalysator für den Aufstieg der rechtspopulistischen *Alternative für Deutschland* (AfD), hat das Problem nochmals verschärft und zugleich massiv in das Unionslager hineingetragen.

Güllner wirft der „akademischen Politikwissenschaft“ vor, die Entstehungsursachen der AfD falsch einzuschätzen und die Partei als „rechtspopulistisch“ zu verharmlosen. Dabei bagatellisiert er die AfD selbst, wenn er sie als bloße Verlängerung vergangener rechtsextremer Wahlerfolge und Sammelbecken von fremdenfeindlich eingestellten Wählern betrachtet. Spätestens das (im Buch nicht mehr berücksichtigte) Ergebnis der Bundestagswahl 2017 hat gezeigt, dass der Rechtspopulismus in der Bundesrepublik zu einer festen Größe geworden ist. Der Abstieg der beiden Volksparteien dürfte sich mit ihm weiter beschleunigen.

Friedensbewegung in Westeuropa

Von Matthias Kluge

Sebastian Kalden, Über Kreuz in der Raketenfrage. Transnationalität in der christlichen Friedensbewegung in Westeuropa 1979-1985, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 373 S.

Über die westliche, speziell die westdeutsche Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre ist schon viel geschrieben worden. Längst wird distanziert-spöttisch bemerkt, wie uniform diese seinerzeitigen Individualisten tatsächlich waren; es wird gelächelt über „das Pastorale, Bärtige, Sandalige, Palästinensertuchartige, Selbstgestrickte“.¹ Es ist der bis heute kontrovers erörterte NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, der die Gemüter erregt (hat). Kaum eine politische Autobiographie über diesen Zeitraum kommt an dieser (damaligen) Bekenntnisfrage vorbei. Erst recht galt das für die vielen Interviews mit dem Altkanzler. Strittig sind heute nicht mehr nur Sinn oder Unsinn des Beschlusses, sondern nunmehr hauptsächlich auch seine Langzeitwirkungen: Hat er den Weg zu den Umbrüchen von 1989/90 eher geebnet (wie der späte Helmut Schmidt nicht müde wurde zu behaupten), oder wurde mit dieser Weichenstellung das sprichwörtliche Eis noch dünner, das fragile Gleichgewicht der Kräfte noch instabiler? Die Diskussion geht inzwischen sogar einen Schritt weiter, indem sie sich von der Prämisse des Entweder-oder abwendet und einer Denkfigur des Sowohl-als-auch zuwendet. Womöglich waren letztlich beide Seiten nötig – die Nachrüstungsgegner wie die -befürworter –, um die seinerzeitige Situation überwinden zu können.

Sebastian Kalden wurde in jenen bewegten Jahren geboren. Er hat in Marburg Neuere Geschichte, Kirchengeschichte sowie Friedens- und Konfliktforschung studiert und legt nun eine Darstellung des Zeitraumes vor, in den sein Geburtsjahrgang fällt. Er hat seinen Ansatzpunkt an folgender Stelle gefunden: „Eine konzise Analyse des christlichen Spektrums in seinen interdependenten Verflechtungen fehlt indes bisher“, sagt er. „Die vorliegende Untersuchung thematisiert deshalb zentral die Funktion einer transnationalen Öffnung christlicher Akteure anhand des Prozesses von ‚Transnationalisierung‘ und der Zuschreibung von ‚Transnationalität‘“ (S. 16). Er konzentriert sich auf Großbritannien, die Niederlande sowie die Bundesrepublik und begründet diese Auswahl: Nur hier sei die westeuropäische Friedensbewegung wirkungsmächtig geworden – und zwar genau in dieser Reihenfolge. Auf Italien etwa, so stöhnten damals Insider, sei nicht zu zählen. Auch Frankreich spielte keine Rolle.

Er stellt fest, dass es sich durchweg um Gesellschaften im Umbruch handelte. Es verläuft ein schleichender, aber beständiger Prozess der Entkirchlichung, die tradier-

1 So Georg Oswald, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Juni 2001.

te Arbeitswelt verliert ihre bisherige Beständigkeit, und es besteht – aus außen- wie innenpolitischen Gründen – ein gesellschaftliches Klima der Angst.

Nach dieser Begründung seines Betrachtungsgegenstandes folgt er dem chronologischen Ablauf bis ins Jahr 1985. Er schält die Interaktion der drei nationalen Friedensbewegungen ebenso heraus wie die beständigen Wechselwirkungen zwischen den innerkirchlichen Akteuren und dem gesamten zivilgesellschaftlichen Spektrum des jeweiligen Landes. Hier richtet er seine Aufmerksamkeit speziell auf die Frage nach der „Intensität einer gegenseitigen Verflechtung dieser Gruppen, die auf eine mögliche Dynamisierung transnationaler Friedensarbeit hinweisen“ (S. 17).

In Großbritannien entwickelte sich in den 1950er und 1960er Jahren die Ostermarschbewegung. Die Briten hatten nun nicht nur die neue Generation von Mittelstreckenraketen der Supermächte im Blick, sondern auch die Atomraketen der eigenen U-Boot-Flotte. Zur Spezifik der Situation in den Niederlanden glaubt der Verfasser, es sei dies das einzige Mal gewesen, „dass mit dem Interkirchlichen Friedensrat eine mehr oder weniger kirchliche Organisation dezidierten Einfluss auf die Geschichte des Landes ausübte“. Und die westdeutsche Gesellschaft schließlich sei bereits durch den eben erst überstandenen „Deutschen Herbst“ verängstigt gewesen. Demnach brauchte sie ihre mentale Verfassung lediglich beizubehalten. Der Prozess der Transnationalisierung, so befindet er, verdichtete sich nach dem Oktober 1981 und erlebte bis zum „heißen Herbst“ von 1983 seinen Höhepunkt. „Das Besondere an der christlichen Friedensbewegung war“ nach seiner Einschätzung „ihre Verortung in Kirche und Gesamtgesellschaft gleichermaßen“ (S. 345).

Je länger man an einer Dissertation arbeitet und je tiefer man in sein Thema eindringt, umso mehr muss man sich im Hinblick auf die Auswahl seines Betrachtungsgegenstandes einschränken. Andernfalls ertrinkt man im Detailwissen und versinkt in Bergen von Kopien. Das ist die landläufige Erfahrung. Möglicherweise wird aber auch die bislang vorgenommene Begrenzung des Betrachtungsgegenstandes immer fragwürdiger. Da heißt es bei Kalden beispielsweise, dass in der niederländischen Friedensbewegung von Anfang an, seit den späten 1960er Jahren, die Aktionsform der „Friedenswoche“ beliebt war. Seit 1972 gab es Experimente, diese Aktionsform auf die Bundesrepublik zu übertragen. Ab etwa 1979 waren diese Adaptionenversuche erfolgreich. Im Frühjahr 1980 besuchte eine IKV-Delegation das Westberliner ASF-Büro, woraus sich eine „enge Kooperation in der Friedenswochen-Arbeit“ ableitet.

Tatsächlich war die Entwicklung zu diesem Zeitpunkt an anderer Stelle längst einen Schritt weiter: Schon im Oktober 1979 wurden zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen evangelischen Jugendarbeit, zwischen Jungmännerwerk und CVJM, Absprachen über eine erste, gemeinsame Friedensdekade getroffen. Harald Bretschneider, ab Oktober 1979 (also seit genau dem Monat dieser Absprachen) sächsischer Landesjugendpfarrer, suchte für das Projekt zunächst die Unterstützung engster Freunde aus der Bausoldaten-Bewegung und stellte es sodann der Konferenz der ostdeutschen Landesjugendpfarrer auf der Tagung vom 3. bis 7. März 1980 vor. Ebenfalls im März 1980 wandte er sich an den Bischofskonvent mit der Bitte, den

Herbst-Bußtag als Abrüstungstag zu gestalten. Fritz Dorgerloh, 1979 bis 1988 Sekretär der Kommission Kirchliche Jugendarbeit (KKJ), hatte mit einer Arbeitsgruppe aus EKD- und BEK-Vertretern einen Bittgottesdienst zum Volkstrauertag erarbeitet. Die Zeitdauer wurde von Anbeginn von einer Woche auf eine Dekade verlängert.

Diese Parallelen sind so augenfällig, dass es erhebliche Mühe kosten muss, sie zu ignorieren. Der nun mögliche Einwand, auch die britische und die holländische Friedensbewegung hätten nicht nur mit den hier vorgestellten Akteuren kooperiert, sondern – beispielsweise – auch mit Italien, verfängt nicht wirklich. Denn die Zusammenarbeit friedensbewegter Akteure aus Deutschland-West und -Ost, die sich offenkundig parallel zu den von Kalden verhandelten Sachverhalten vollzog, führte zu greifbaren Ergebnissen, die bis heute fortbestehen. So wird es in diesem Jahr die mittlerweile 38. Friedensdekade geben. Wer so konsequent augenfällige Parallelen ausblendet, der muss sich die Frage gefallen lassen, ob er mit seiner Darstellung ein annähernd authentisches Gesamtbild liefern kann. Und sieht man von den strukturellen Verzweigungen der Amtskirchen ab, so kommt noch die Tatsache hinzu, dass es in der ganzen DDR wohl kaum eine Friedensgruppe ohne persönliche Beziehungen zum IKV gab.

Die Dissertation vermag bestenfalls einen Ausschnitt aus einem viel komplexeren Beziehungsgeflecht abzubilden. Liegt dann nicht eigentlich der Erkenntniszugewinn in der Sichtung und Erfassung der Archivbestände zu den drei nationalen Friedensbewegungen? Wenn dem so sein sollte, dann schlägt sich das nicht im Quellenverzeichnis nieder. Die ansonsten übliche Kategorie „ungedruckte Quellen“ entfällt. Es werden zehn Archive bzw. Bibliotheken und die dort eingesehenen Bestandsnummern genannt. Was dort genau liegt, bleibt das Geheimnis des Verfassers.

Wege eines Sozialdemokraten, Intellektuellen, Wissenschaftlers

Von Thomas Noetzel

Philipp Kufferath, Peter von Oertzen 1924-2008. Eine politische und intellektuelle Biographie, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 797 S.

Das Verfassen wissenschaftlich relevanter, analytisch orientierter und solide erarbeiteter Biografien ist eine Herkulesaufgabe, an der die meisten Autoren scheitern. Das liegt unter anderem daran, dass jede Biografie, auch jede Autobiografie, eine Konstruktion jeweiliger Gegenwärtigkeit ist und zugleich den Anspruch erhebt, historische Wirklichkeit aufklären zu können. Aber genau dies ist unmöglich, weil jede Handlung und damit jede biografische Spur im Augenblick ihres Vollzugs verschwindet. Es bleiben Konsequenzen von Handlungen und jeweilige Protokolle, jedoch erlauben diese eben nicht den unmittelbaren Zugriff auf das, was wirklich geschehen ist. Unreflektierte Biografien stehen in der Gefahr, den Anspruch der Produktion von Wahrheiten über den Biografierten zu verfassen. Philipp Kufferath ist sich dieser Probleme durchaus bewusst, wie die erkenntnistheoretischen Reflexionen zu Beginn seiner Dissertation zum Leben des linken Sozialdemokraten Peter von Oertzen belegen. Er geht nicht in die Falle naiver Wahrheitsanmutung, sondern arbeitet am Artefakt des Biografischen überzeugend in systematischer Form. Dabei gelingt es ihm, das – für sozial- und politikwissenschaftlich Interessierte – Relevante dieser Biografie deutlich herauszuarbeiten, indem er in den Geschehnissen einer Lebensgeschichte und damit einer unverwechselbaren Besonderheit das Allgemeine gesellschaftlicher Verhältnisse, politischer Entscheidungen und Auseinandersetzungen wie wissenschaftlicher Pfadbegehungen aufscheinen lässt. In diesem Zusammenhang ist die Biografie Peter von Oertzens, der politisch und wissenschaftlich (wie alle Individuen) seiner Zeit verhaftet war, weder langfristig wirkende Schulen gegründet noch ebensolche Schüler herangezüchtet hat, dessen Signatur nicht überdauert hat, ein wichtiger Untersuchungsgegenstand und aussagekräftig gerade in ihrer relativen Normalität.

Was ist normal an einem deutschen Lebenslauf, der in sich preußische Oberschicht, Landser-Erfahrung, Hinwendung zum Marxismus, Affinität zu sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen jenseits des sowjetischen Modells, universitäre Forschung und Lehre, politische Karriere bis hin zum niedersächsischen Ministeramt und Mitgliedschaft im Parteivorstand der SPD vereint? In all diesen Bereichen der Prägung, Irritation, Veränderung und Beharrung drückt sich im Leben Peter von Oertzens die Geschichte Deutschlands, die intellektuelle wie politische Geschichte der Bundesrepublik und der westdeutschen Sozialdemokratie nachdrücklich aus. Die Prägung durch preußische Sklerose, der Schock des sozial-moralischen

Zusammenbruchs von 1945, der hochenergetisch vorgetragene Wunsch, dass sich solches nie mehr wiederholen möge, gehört – wenn auch in unterschiedlicher Dichte –, zur Signatur jener Generation, der Peter von Oertzen angehörte. Selbst die prekäre Stellung eines gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Angehörigen alter und neuer Eliten in der sozialdemokratischen Partei ist kein idiosynkratisches Schicksal. Die „roten Barone“ haben in der Arbeiterbewegung immer eine gewisse Faszination ausgeübt (man denke nur an Manfred von Ardenne), und über die Stellung des „Genossen Herr Dr.“ hat schon 1985 Gustav Auernheimer eine wegweisende Dissertation verfasst. Die Hinwendung zu einem Sozialismus, der ein realer dann doch nicht sein konnte und sollte, erfasst ebenfalls einen großen Teil der Überlebenden von 1945 und trägt maßgeblich zum Aufstieg der SPD als spezifischer politischer Antwort auf die Katastrophe des deutschen Faschismus bei. Wichtiger Teil davon ist ein Befremden angesichts einer sich im Wirtschaftswunderland einrichtenden Gesellschaft, der Erinnerungslosigkeit und Beschweigen der nationalsozialistischen Vergangenheit immer wieder vorgeworfen wird. Hier entzündet sich dann auch der Widerstand gegen Westbindung, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, kapitalistische Rekonstruktionen ungeachtet aller historischen und moralischen Belastungen. Dazu gehören die sich schnell als Trugschlüsse offenbarenden Hoffnungen umfassender Gesellschaftsveränderung und Gesellschaftsverbesserung, die mit den Aufbrüchen nach 1968 verbunden waren und für die die SPD bis zur Kanzlerschaft Helmut Schmidts stand.

In der Partei hat Peter von Oertzen die Rolle einer Führungsgestalt loyaler innerparteilicher Opposition übernommen. So war er einer der wenigen Delegierten, die sich auf dem Bundesparteitag 1959 gegen das Godesberger Programm der SPD aussprachen. Bis zum Verlassen der Partei 2005 hat er diese Rolle ausgefüllt. Das hat ihn aber gerade nicht daran gehindert, in der Partei aufzusteigen. Ganz im Gegenteil erfüllte diese innerparteiliche Opposition eine überaus wichtige Funktion für den Zusammenhalt der Partei. Die loyale Parteioption gehört zur Konfiguration parteipolitischer Macht. All diese Knoten historischer Entwicklung, gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, politischer Siege und Niederlagen finden sich in der Biografie Peter von Oertzens – sie werden von Philipp Kufferath detailliert beschrieben und in eine Geschichte linker Intellektueller und gewerkschaftlicher Milieus eingearbeitet. Es entsteht damit eine wichtige, ideengeschichtlich angelegte Analyse eines Diskursraums zwischen Sozial- und Politikwissenschaft, die die Arbeiterbewegung zu ihrem Gegenstand macht. Sie versucht, unmittelbar praktisch-politisch zu wirken und gerät dabei mitunter in eine problematische Nähe zu jeweiligen politischen Herrschaftsansprüchen. Schon aus diesem Grund ist die vorgelegte Studie nicht nur dissertationswürdig, sondern politisch interessant. Sie zeigt Peter von Oertzen als Teil, manchmal als Knotenpunkt von Beziehungsnetzen dieses linken sozialdemokratischen Raumes. Es gehört zur Geschichte des linken Justemilieus, dass es nicht nur als Konstruktion einer Generation am Ende des 20. Jahrhunderts unter einen Veraltungsdruck gerät, sondern dass es auch den Versuch, sozialdemokratische Politik neu zu definieren (Tony Blair, Gerhard Schröder und der sogenannte Dritte Weg) nicht mehr mitträgt. Peter von Oertzen verlässt nach 59 Jahren die SPD und beteiligt

sich an der Gründung der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* (WASG) und damit schließlich an der Gründung einer Partei links von der SPD.

Im Kern verweist diese politische und intellektuelle Biografie auf tiefwirkende gesellschaftliche, politische wie wissenschaftliche Veränderungen, die eingeschliffene Rollenmuster und Ideologien als merkwürdig überkommen und unangemessen erscheinen ließen. Die Verbindung der Rolle eines öffentlich wirkenden Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung und speziell mit den Gewerkschaften passte nicht mehr in eine Zeit, in der diese Klassen, Schichten und Organisationen immer deutlicher ihre soziale Partikularität erfuhren und demonstrierten. Das konnte für einen sozialistischen Strategieentwurf der SPD nicht ohne Auswirkungen bleiben. Bis heute hat die Partei auf diese gesellschaftlichen Formveränderungen keine politisch-strategische Antwort gefunden. Die alten Antworten der Zwischenkriegszeit, die nicht zufällig ein zentraler Gegenstand der historischen und politikwissenschaftlichen „kritischen“ Forschung der produktiven Jahre (nicht nur Peter von Oertzens) waren, verloren ihre ohnehin ramponierte Überzeugungskraft. Auch das Rollenmuster des Hochschullehrers veränderte sich spätestens mit der Hochschulreform der 1960er und 1970er Jahre nachhaltig. Sein Habitus konnte eben nicht mehr jener sein, der noch von den Gründungsvätern der Politikwissenschaft und damit den Lehrern der von Oertzen-Generation offenbar so authentisch verkörpert wurde. Die in diesem Habitus angelegte Feier unverwechselbarer und prägender Individualität, die zur Voraussetzung der Bildungserfahrung der Studenten wurde, ist allein schon durch die Ausweitung des Berufszugangs hin zum Massenbetrieb bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen worden. Der Deutsche Hochschulverband organisiert heute 30.000 Mitglieder; für prägende Typen bleibt im Betrieb wenig Raum.

Die Verbindung von Sozial- und Politikwissenschaft, die unmittelbar politische Intervention findet keinen allgemeinen Echoraum mehr. Dementsprechend dürftig ist die damit einhergehende Erinnerungskultur an Personen, die auch in ihren biografischen Formen oft nur noch Simulationen der ehemaligen akademischen Pathosformeln sind. Solcher Simulation des Authentischen macht sich Philipp Kufferath nicht schuldig. Ganz im Gegenteil: In den eindrücklichen Passagen seiner Studie, die – um es noch einmal zu betonen – eine notwendige Quelle der Erforschung linker und linkssozialdemokratischer Netzwerke darstellt, wird dieser Abschied von den ideologischen Kämpfen und dem Beharren auf Bedeutung mit der nötigen Melancholie geschildert – wobei in diesem Ende auch Befreiung steckt. Ganz zu Beginn seines Buches zitiert er Peter von Oertzen, der in einer selbstironischen Abweisung seiner personalen, biografischen Bedeutung deutlich machte, dass er geradezu in klassischer Manier, zahlreiche schriftliche Zeugnisse seines Lebens und Wirkens gesammelt hat und zum Gegenstand einer solchen Beschreibung seines Lebens machen könnte. Aber, so schließt von Oertzen diesen Hinweis auf das fleißig zusammengetragene autobiografische Material ab, wen solle das schon kümmern, denn er sei „ja nicht Goethe, oder?“ Und in diesem nachgeschobenen „oder“ verbergen sich die heimlichen Selbst- und Fremdansprüche einer Generation, die dann doch das Schicksal erlitt, Opfer schneller wissenschaftlicher und politischer Verfallszeiten zu sein.

An manchen Stellen dieser fast 800 Seiten starken Detailstudie zur Frage, was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland „kritische“ Wissenschaft und Sozialdemokratie überhaupt bedeuten könne, zeigt sich die Empathie des Autors, die den Text durchgängig prägt. Die Nähe zum Untersuchungsgegenstand ist mitunter ein Problem; Herzblut ist nicht die beste aller Tinten, aber der Autor versteht es, diese Affinität heuristisch wirkmächtig zu machen.

Ausnahmezustand in der modernen Staatspraxis

Von Sebastian Liebold

Matthias Lemke, Demokratie im Ausnahmezustand. Wie Regierungen ihre Macht ausweiten, Frankfurt a. M. 2017 (*Campus*), 304 S.

Schreckensszenario: Weil in der Abwägung zwischen gefährdeten Staatsinteressen und Pressefreiheit ein Hamburger Journalist in Berlin einfach „eingesackt“ wurde, kommt es weitaus der Politik auf dem Bundesplatz zu einer Demonstration. Die Bereitschaftspolizei ist bald zur Stelle und verhaftet etwa 250 Menschen (eine genaue Zahl wird nicht bekanntgegeben). Eine für den nächsten Morgen angesetzte Plenardebatte im Bundestag wird ersatzlos gestrichen; dutzende höhere Beamte, mit denen der Journalist wohl Kontakt hatte, werden binnen Tagesfrist entlassen. Acht Regionalzeitungen werden, da sie zuvor Artikel des Mannes referiert hatten, für eine Woche eingestellt, Versammlungen in allen größeren Städten für einen Monat untersagt.

Wer ist der aktive Part hinter den vielen Passiva im Szenario? Die Messlatte ist wahrscheinlich nicht zu hoch gelegt: Im Ausnahmezustand sieht sich der Staat, besser gesagt die Regierung samt ihrer Verwaltung, in den Grundfesten bedroht. Er wehrt sich mit außergewöhnlich harten und tiefgreifenden Mitteln gegen – ja gegen was eigentlich: terroristische Akte¹, um nicht unterzugehen. Insofern ist die These des Politikwissenschaftlers Matthias Lemke, wonach die Exekutiven in Demokratien westlicher Verfassungstradition durch eine Verstetigung des Ausnahmezustands ihre Kompetenzen so erweitern, dass die Gewaltenteilung, vor allem die Parlamentsmacht, schwindet, angesichts vielfältiger Unsicherheiten relevant. Zugleich lässt sie Maß vermissen: Das skizzierte Geschehnis spielt nicht in Ankara oder Moskau. Es ist indes in Berlin – derzeit – ebenso undenkbar wie in den Hauptstädten der von Lemke betrachteten Staaten, also in Madrid, Paris, Washington D. C. und Majuro (Marshallinseln). Das hat sich übrigens nicht geändert, seit Spanien mit der erstrebten Sezession Kataloniens ernsthaft herausgefordert ist – dies liegt nach Lemkes Betrachtungszeitraum, der sich mit Reaktionen auf einen Fluglotsenstreik 2010 befasst (S. 167-176). Die Ereignisse seither zeigen die Begrenztheit seiner Aussagen. Zwar könnte man sagen: Wer schon Fluglotsen harsch behandelt (u. a. militärische Überwachung, S. 175), wird Demonstranten aus abtrünnigen Provinzen erst recht nicht schonen – doch all dies ist nicht der Fall. Der Umgang mit den Katalanen erhellt die

1 Zur Begriffsfrage etwa Uwe Backes, Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003, Frankfurt a. M. 2003, S. 153-165; Armin Pfahl-Traughber, Terrorismus – Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24-25/2016, S. 10-18.

Stärke des Rechtsstaats, der in Spanien eine wesentlich kürzere Erfahrungsgeschichte aufweist als jenseits der Pyrenäen oder gar des Atlantiks.

Wie Demokratien bzw. ihre Regierungen in Krisenzeiten Machtdispositive verschieben, ist lediglich die Spitze des Eisbergs: Bertrand de Jouvenel beschrieb in *Du pouvoir*² die fast unbegrenzt wachsende Staatsgewalt in der Neuzeit, insbesondere seit Gründung der Verfassungsstaaten. Lemke, der während der Arbeit an dieser Studie am Deutschen Historischen Institut in Paris tätig war, nennt Jouvenel nicht. Der französische Sozialphilosoph, unter dem Eindruck der deutschen Besatzung vom Befürworter eines autoritären Staats zum vehementen Unterstützer eines liberalen Nachtwächterstaats gewandelt, zeigte, wie der moderne Staat gerade wegen seines prinzipiell „guten“ demokratischen Ansatzes einer beispiellosen Machtkonzentration Tür und Tor öffnete. Und Jouvenel ging es ausdrücklich um praktische (also etwa Polizeihoheit) wie um geistige Macht. Dies ist eine Stärke bei Lemke: Demokratien müssen sich Herrschaftskritik gefallen lassen, ihre Mittel auf Verhältnismäßigkeit prüfen und ihr Vorgehen rechtfertigen („plausibilisieren“, S. 30). Dies ist im französischen Fall an „härteren“ Beispielen vorgeführt als in Spanien – an Reaktionen auf die Vorstadunruhen Ende 2005 und auf die Anschläge von Paris Ende 2015 bzw. Nizza im Juli 2016. Dabei offenbart sich eine Frage, die nicht empirisch zu klären ist: Was soll der Staat tun, wenn am Abend eines Anschlags das ganze Volk nach Bestrafung der – sicherlich in böser Absicht handelnden – Täter ruft? In die Diskursanalyse muss den Willen nach Aufrechterhaltung der Freiheitsrechte einbeziehen, wer fair sein will. Dort hat François Hollande nach breiter Einschätzung Vernunft und common sense bewiesen. Zwar konnte Lemke das Weitere nicht voraussehen, wie etwa die Fortdauer des Sentinelle-Einsatzes im Innern, doch die Einschätzung am Schluss des Frankreich-Teils, wonach „Mut und Präsenz“ die Expansion der Exekutivbefugnisse aufhalte (was die Bürger aber nicht zeigten, S. 258), verfehlt die Realität: In Frankreich ist die Wertedebatte um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit neu entflammt; angesichts der Gefährdungen entsinnen sich viele der Annehmlichkeit eines funktionierenden Rechtsstaats. Notabene: Das bedeutet nicht, dass nicht ungerechte Polizeigewalt passiert – aber öffentlicher Druck und juristische Aufarbeitung verschaffen hehren Prinzipien weiter Geltung. Frankreich befindet sich im Normalzustand, wenn man Demokratien als Orte beständiger Aushandlungsprozesse über die beste Art des Regierens begreift.

Insgesamt gliedert Matthias Lemke, der lange an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg tätig war, seine Studie in drei Teile. Der problemorientierte erste umreißt die Frage, stellt als These die mediale „Plausibilisierung“ der Machtausdehnung in den Mittelpunkt und geht auf ideengeschichtliche Erklärungen von Machiavelli bis Foucault und Agamben ein. Dieser Schlusspunkt verrät – zusammen mit der Dissertation über Vertreter eines „republikanischen Sozialismus“ – eine gewisse Schrägsicht des Autors. Die Auswahl der Länder im zweiten Teil ist – trotz guter Begrün-

2 Bertrand de Jouvenel, *Du Pouvoir. Histoire naturelle de sa croissance*, Genf 1945, dt.: *Über die Staatsgewalt. Die Naturgeschichte ihres Wachstums*, Freiburg i. Brsg. 1972.

dung – nicht leicht nachvollziehbar: Nach Deutschland, Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika und den Marshallinseln kommt Frankreich in den Blick. Vermutlich spiegelt die Reihenfolge die Entstehung der recht unterschiedlichen Teilstudien. Der bündige dritte Teil erfasst verschiedene Plausibilisierungsstrategien systematisch, bevor Lemke durch „blended reading“ die Frequenz, die Konkurrenz und mögliche Strategiewechsel und Diskursbrüche offenlegen will. Allerdings sind die genannten Verfahren nur Vorschläge, wie der Leser mit dem ausgebreiteten Material umgehen und die angekündigte Analyse selbst vornehmen kann. Denkbar knapp – auf weniger als drei Seiten – geht Lemke abschließend auf die Eigenschaft der Demokratie ein, eine „gefährliche Liminalität“ zu besitzen: Demokratische Staaten befänden sich in einem fragilen Schwellenzustand, in dem – bei sonstigen Unbestimmtheiten – nur die Autorität der „Ältesten“ (S. 281) unbestritten sei. Vielleicht ist diesem Faktum mehr Normalität inhärent als Lemke annimmt?³

In Deutschland kann nicht leichtfertig über den Ausnahmezustand gesprochen werden, der 1924 (nach einem chaotischen Herbst 1923) vollständig, in den Jahren 1930 bis 1933 (eigentlich bis 1945) hingegen nicht aufgehoben und das Hinabgleiten in einen autoritären, dann totalitären Staat ermöglicht hat. Wie erfolgreich Ausnahmezustände aufgehoben wurden, macht etwa Tim B. Müller für die Jahre 1923/24 in Deutschland deutlich: Einschneidende, aber zeitlich eng begrenzte Maßnahmen verhalfen der Republik Ende 1923 zur Stabilisierung, bewusst „weiche“ Maßnahmen nach 1930 führten zur Erosion. Müller lobt – mit ähnlichen Begriffen wie Lemkes „Plausibilisierung“ – dabei die demokratische Vision Eberts und beklagt das Fehlen einer solchen bei Brüning (im weltweiten Vergleich stellt er Ideen etwa Roosevelts daneben, der in den USA – wie Politiker in Großbritannien und Schweden – fragile Jahre auch durch beherzte Reden zugunsten der Demokratie gemeistert habe).⁴ Unterschiedliche Ansichten existieren zur Härte der Reaktionen auf den RAF-Terrorismus in den 1970er Jahren; Einigkeit besteht ex post in der geradezu biedermeierlichen Weltsicht der damaligen Kontrahenten. An allen diesen Fällen zeigt sich, dass eine freiheitliche stets eine riskante Ordnung ist, deren humane Gestaltung nur durch immer wieder vermittelte Achtung des Rechtsstaats möglich wird – unabhängig von der individuellen Bejahung desselben.⁵

Wie schaut man von Berliner Plätzen, auf denen eher die Polizei in der Defensive ist, in die Welt? Weltweite Vergleiche sollen originell sein – das ist bei dieser Staatenauswahl unbestreitbar der Fall. Dennoch kann die Frage der Relevanz nicht unberücksichtigt bleiben; hier scheint es dem Rezensenten ungerecht, manche Staaten, die sich wirklich anstrengen, ein System politischer Sondermaßnahmen im Ausnah-

3 Vgl. Sebastian Liebold, *Maturité et rigidité. L'Allemagne et la France exemples du vieillissement des démocraties*, in: *Outre-Terre. Revue européenne de géopolitique* 51 (2017), H. 2, S. 273-277.

4 Vgl. Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014, S. 55.

5 Vgl. Horst Dreier, *Der freiheitliche Verfassungsstaat als riskante Ordnung*, in: *Rechtswissenschaft* 1 (2010), H. 1, S. 11-38.

mezustand einzuführen, hinten zu stellen. Zuerst wäre in dieser Linie die Türkei ein lohnendes Forschungsobjekt. Auch wenn Lemke funktionierende Demokratien ausgewählt hat: Ohne Blick auf die Einfachheit, mit der eine Demokratie in autokratische und vor allem antirechtsstaatliche Verhältnisse geführt werden kann (ich schreibe bewusst nicht: „rutschen kann“, weil es um aktive Regierungsentscheidungen geht), muss eine Lagebeurteilung westlicher Staaten flach bleiben. Eine Theorie, die Regierungen – mehr als Terroristen – ohne Unterschied der Beweggründe eine Veränderung der Herrschaftsverhältnisse zuungunsten der Bürger unterstellt, muss sich fragen lassen, unter welcher Staatspraxis die Bürger ihren normalen Lebensgewohnheiten eigentlich am besten nachgehen können.

Aus dem Schatten

Von Helge F. Jani

Christian Lindner, Schattenjahre. Die Rückkehr des politischen Liberalismus, Stuttgart 2017 (Klett-Cotta), 338 S.

Die Niederlage war krachend und splitternd wie Baumfällarbeiten im Herbst: Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 erreichte die FDP 4,8 Prozent und schied aus dem Deutschen Bundestag aus. Am Wahltag gegen 15:00 Uhr bekam Christian Lindner die erste Prognose. Damit stand im Grunde bereits fest, dass die FDP den Einzug in den Bundestag verpasst hatte. Lindner verbrachte wenige Stunden in seinem Berliner Hotelzimmer. „Unter der Dusche traf ich die Entscheidung: Ich werde es machen“ (S. 12). Spät am Abend traf sich Christian Lindner mit Wolfgang Kubicki in einer Hotelbar, wo beide den Entschluss fassten, die FDP wieder aufzubauen. Sie versicherten sich „per Handschlag“ (S. 22), einander in den kommenden Jahren öffentlich nicht zu kritisieren. Dieser Wahlniederlage folgte ein umfassender organisatorischer, inhaltlicher und personeller Erneuerungsprozess, der schließlich – begleitet von Wahlerfolgen in mehreren Bundesländern – in das Bundestagswahlergebnis vom 24. September 2017 von 10,7 Prozent mündete. Der Parteivorsitzende Christian Lindner nimmt den Wiedereinzug der FDP in den Bundestag zum Anlass, die jüngste Parteigeschichte kritisch zu reflektieren. Die Schattenjahre umfassen die Jahre von 2013 bis 2017, mithin die vier Jahre, in denen die FDP nicht im Deutschen Bundestag vertreten war.

Die FDP gehört zu den eigentümlichen Parteien der Bundesrepublik: Von 64 Jahren, in denen sie im Deutschen Bundestag vertreten gewesen ist, war sie insgesamt 50 Jahre an der Regierung beteiligt. Oft trat sie als entscheidende Kraft auf, die über Chancen von Koalitionsbildung oder über die Zukunft von Regierungsbündnissen bestimmte. Diese mehrheitsbildende Funktion im Parteiensystem machte sie zu einer „Partei der zweiten Wahl“.¹ Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2013 verloren 93 Abgeordnete der FDP-Bundestagsfraktion ihr Mandat. Die Fraktion wurde abgewickelt. Bundestagsbüros mussten geräumt werden, Erinnerungsgegenstände wurden im Archiv deponiert, Akten und Inventar gingen in den Müll.

Bücher aus der Feder von Politikern wirken mitunter wie ein zu schweres Essen: Sie ermüden den Konsumenten bzw. den Leser. Anders verhält sich bei diesem Buch, das sich im Wesentlichen in drei verschiedene Stränge teilt: Zunächst handelt es sich um das Protokoll des Wiederaufstiegs einer geschlagenen politischen Partei,

1 Vgl. Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987.

daneben entwickelt der Autor die zentralen Merkmale des politischen Liberalismus. Abgerundet wird der Bericht von autobiographischen Passagen.

Der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag im Jahr 2017 war keineswegs gewiss. Kritische Prognosen gingen davon aus, es sei „unwahrscheinlich“, dass die Partei in den Bundestag zurückkehren und mithin „die Erinnerung an die FDP verblasen“ würde.² Lindner äußerte die Sorge, dass seine Partei „in der Öffentlichkeit einfach ‚verdunsten‘ würde“ (S. 33).

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 hatte Lindner von Anfang an ein klares Ziel fest vor Augen, sein persönliches „Gipfelkreuz“ (S. 184). Der Weg dorthin versprach steil, steinig und mühsam zu werden. Am Beginn stand eine schonungslose Analyse der letzten vier Regierungsjahre und des Wahlkampfes in Form eines „Schadensberichts“ (S. 129). Zusammen mit einer Unternehmensberatung wurde zunächst die Wahniederlage analysiert, danach sollte ein neues Leitbild entwickelt werden. An der inhaltlichen Erneuerung konnten alle Parteimitglieder mit Ideen und Vorschlägen teilnehmen. Das Leitbild „sollte der Kern der Marke FDP“ werden (S. 131). „Das Leitbild ist das Urmeter, an ihm müssen sich alle unsere Antworten in der Tagespolitik messen lassen, denn nicht noch einmal soll die FDP die Orientierung verlieren“ (S. 138). Später wurde aus dem Leitbild das Motto „German Mut“ für den Bundesparteitag im Jahr 2015.

Die Öffentlichkeit in Schwingungen zu bringen, das würde nicht über Auslandsreisen und Botschafterempfangen erfolgen. Auch nicht durch Reden auf Marktplätzen, in Messehallen oder auf Massenveranstaltungen. Im Gegenteil: „Ich fuhr in Kleinstädte“, so Lindner, „um an Grillfesten mit 20 Parteimitgliedern teilzunehmen, bei denen von Presse oder potenziellen Wählern weit und breit nichts zu sehen war“ (S. 149). Der zukünftige Entwicklungspfad der Partei war klar umrissen. „Wir waren immer ausgerichtet auf den nächsten Meilenstein, eine Wahl, einen Kongress oder einen Parteitag, damit die Konzentration erhalten blieb“ (S. 185). Lindner hat es geschafft, eine neue Zauberformel für seine Partei zu finden: Zum einen reüssierte er mit einer umfassenden Profilerneuerung entlang eines modernen Liberalismusbegriffs, der sich seiner historischen Wurzeln bewusst ist und politische Traditionen nicht als Bürde, sondern als Leitstern in eine offene Zukunft betrachtet. Der reine Spiegelstrich-Liberalismus alter Prägung hatte fortan ausgedient. Es ist nicht zuletzt eine leicht wiedererkennbare Sprache, die wie die Hefe im Teig eines visionären Aufbruchs wirkt. Anders gesagt: Politik braucht Sprache, sie lebt von konzisen Formeln und Begriffen. Lindner prägt das Wort vom „360-Grad-Liberalismus, der vom Einzelnen ausgehend in alle Richtungen schaut“ (S. 41). Zum anderen hat die Partei ein modernes optisches Erscheinungsbild bekommen. Gekleidet in ein neues farblches Gewand, dem zusätzlich ein grelles Magenta untergemischt worden ist, bekam die Partei einen hohen Wiedererkennungswert. Die Partei suchte nach einem „dis-

2 Ders., Die FDP. Von der Regierung in die außerparlamentarische Opposition. Und zurück?, Berlin 2014, S. 93.

ruptiven Momentum“ (S. 170) und votierte schließlich dafür, nicht länger als FDP ihr politisches Geschäft zu betreiben, sondern zukünftig als *Freie Demokraten*.

Ingredienzien für das neue Programm und Auftreten der FDP bestanden auch in einer selbstverordneten Bereitschaft zu Bescheidenheit und Demut. Denn ein Gutteil „der Häme, die auf die Freien Demokraten einprasselte, war ein Echo auf das, was [die Partei] zuvor an Überheblichkeit ausgesendet hatte“ (S. 311). Wo einst Guido Westerwelle den politischen Raum dröhnend mit seinen wiederkehrenden Rufen nach Steuersenkungen, „spätromischer Dekadenz“ und dem Anspruch auf den Status einer Volkspartei füllte, herrschten nun Selbstbeschränkung und kritische Selbstbefragung. Christian Lindner „hat angekündigt: neuen Stil, neue Sprache, neue Haltung. Opposition will er nicht als Maximalforderungsagentur betreiben.“³

Lindner hat die FDP auf seine Person zugeschnitten, „ganz wie in den Unternehmen der Digitalökonomie, Steve Jobs bei Apple beispielsweise oder Mark Zuckerberg bei Facebook.“⁴ Er ist zu einer modernen Galionsfigur geworden. Den Vorwurf, die FDP verkörpere einen amorphen samtpfötigen „Säuselliberalismus“ (S. 76), kann er glaubwürdig entkräften: Christian Lindner hat in einem strategisch angelegten Verfahren die Partei in inhaltlicher, programmatischer und personeller Hinsicht erneuert. Dabei legte er die tiefen Wurzeln seiner Partei frei, nahm die Freiburger Thesen vom Oktober 1971 wieder zur Hand und goss den Beton des intellektuellen Parteifundaments neu. Mit Bezügen zu Ralf Dahrendorf, Odo Marquard oder Ernst-Wolfgang Böckenförde lag der Weg der Erneuerung auf einer geistigen Landkarte, die die Partei lange schmerzlich vermisst hatte.

Lindner hat es immer gefallen, mit originellen Einfällen vorne zu sein; als Teil einer Avantgarde sollte man ihn auch politisch wahrnehmen. Ein frühes Schulzeugnis weist ihn als guten Schüler aus, doch „leider ist er sehr altklug“ (S. 51). Nach seinem Einzug in den Bundestag 2009 bezeichnete er sich als Teil einer „Prätorianergarde“ (S. 78). Und am 19. November 2017 war es der Parteivorsitzende Christian Lindner, der die Sondierungen zu einer möglichen Koalition aus CDU/CSU, *Grünen* und FDP beendete. Auch hierin lag eine der Lehren aus der Niederlage vier Jahre zuvor: Die FDP sollte nur in eine Regierung eintreten, „wenn die eigene Handschrift deutlich gemacht werden kann“ (S. 243). Die Rückbesinnung auf liberales Gedankengut, inhaltliche Prinzipienfestigkeit, ohne dabei ideologisch eingegraben zu erscheinen, und überzeugendes Personal, verhalfen der FDP zu einer satten Glaubwürdigkeitsdividende. Politische Niederlagen sind schmerzhaft. Folgt ihnen jedoch ein überzeugender Wiederaufstieg, lässt sich dieser Weg virtuos zu einer Aufstiegsgeschichte verdichten. Insofern ist mit *Schattenjahre* auch das notwendige Skript entstanden, das einen Weg von unten nach oben nachzeichnet. Damit wirkt das Buch wie Dünger für die politische Selbstmythisierung der *Freien Demokraten*.

3 Peter Carstens, Die FDP im Untergrund, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11. Mai 2014.

4 Ralph Bollmann, Die Marke Christian Lindner, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 26. November 2017.

Kurz nach der Wahlniederlage im Herbst 2013 war sich Christian Lindner bewusst, dass „vier beinharte Jahre“ (S. 29) vor ihm liegen würden. Er sollte Recht behalten. Unermüdlich bereiste er das Land, warb für die *Freien Demokraten* in 673 Interviews und mit 951 Reden. Der Umbauprozess, den er und die Parteiführung der FDP verordneten, wurde am Ende vom Wähler deutlich belohnt. Eine Reihe erfolgreich bestandener Landtagswahlen wirkten wie eine Stärkung auf einem langen und mühsamen Almauftrieb. Das von Lindner avisierte Gipfelkreuz rückte damit in Sichtweite.

Das Buch endet mit dem Tag der Bundestagswahl am 24. September 2017. Mit dem Ergebnis von 10,7 Prozent konnte die Partei nach vier inkrakaten Jahren in der außerparlamentarischen Opposition ein neues Kapitel aufschlagen. Christian Lindner resümiert die zurückgelegte Wegstrecke mit den Worten: „Der Schatten dieser Jahre wird bleiben – nicht als Last und auch nicht als Makel, sondern als Erinnerung. Für die Zukunft“ (S. 338). Daraus lässt sich schließen, dass er sich der Bedeutung des geglückten FDP-Wiederaufbaus bewusst ist. Einfach wiederholen lässt sich so etwas nicht.

Kein NPD-Verbot – eine unendliche Geschichte?

Von Eckhard Jesse

Horst Meier/Claus Leggewie/Johannes Lichdi, Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD. Analyse, Prozessreportage, Urteilskritik, Berlin 2017 (*Duncker & Humblot*), 107 S.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sollte die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) verboten werden, doch unterblieb schließlich ein Verbotsantrag. Im Jahr 2001, die Partei hatte sich inzwischen weiter radikalisiert, stellten ihn alle drei dafür berechtigten Organe (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung). Es kam allerdings bereits im Vorfeld – 2003 – zu einem Scheitern des Prozesses, da sich die Antragsteller auch auf das Material von V-Leuten gestützt hatten.¹ Das Bundesverfassungsgericht sah darin zu Recht ein unaufhebbares Verfahrenshindernis. In der Folge gab es an der „Verbotsfront“ keine Ruhe – nach (tatsächlichen oder vermeintlichen) rechtsextremistischen Ausschreitungen lebte die Diskussion wieder auf. Und nach dem Bekanntwerden der zehn NSU-Morde im November 2011 erscholl der Ruf nach einem Parteiverbot verstärkt, obwohl schnell die NPD als Nichtbeteiligte feststand. Die Eigendynamik nahm unaufhaltsam ihren Lauf. Im Dezember 2013 reichte der Bundesrat – Bundestag und Bundesregierung hielten sich zurück – einen solchen Antrag ein. Die Verhandlung vor Gericht folgte in den ersten Märztagen des Jahres 2016, das Urteil, das einstimmig erging, im Januar 2017. Obwohl das Gericht den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD Punkt für Punkt herausarbeitete, verbot es die Partei nicht, da sie keine Chance habe, ihre Ziele umzusetzen. Um einem Verbot zu entgehen, war ihre Schwäche damit ihre Stärke.

Bereits ein halbes Jahr nach dem Urteil lag dieser Band für die interessierte Öffentlichkeit vor. Die treibende Kraft dürfte der Jurist und Publizist Horst Meier gewesen sein – entgegen dem Alphabet steht sein Name an erster Stelle. Wie wohl kein Zweiter hat er sich mit der Materie intensiv vertraut gemacht.² Viele seiner Texte, veröffentlicht oft in der Zeitschrift *Merkur*, berühren die Problematik der streitbaren Demokratie im Allgemeinen und die des Parteienverbots im Besonderen.³ Er erweist sich dabei als scharfer und scharfsinniger Kritiker.

1 Vgl. Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“, Baden-Baden 2005.

2 Vgl. Horst Meier, Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001-2014, Berlin 2015; ders., Kritik der „Potentialität“, in: *Merkur* 71 (2017), H. 8, S. 83-92.

3 Vgl. ders., Parteiverbote und demokratische Republik. Zur Interpretation und Kritik von Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes, Baden-Baden 1983; ders., Republikenschutz. Maßstäbe für die Verteidigung der Demokratie (mit Claus Leggewie), Reinbek 1995; ders. (Hrsg.), Verbot der NPD oder: Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt a. M. 2002 (mit Claus Leggewie); Vom Betriebsrisiko der Demokratie. Versuch, die deutsche Extremismusdebatte vom Kopf auf die Füße zu stellen, in:

Gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler und dem Publizisten Claus Leggewie sowie dem Juristen und Politiker Johannes Lichdi (*Bündnis 90/Die Grünen*) zieht Meier Bilanz, ohne dabei ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Der sukzessive bereits in der Zeitschrift *Recht und Politik* veröffentlichte Text besteht aus drei Teilen.⁴ Der erste und kürzeste analysiert die Entwicklung vom Verbotsantrag bis zum Eröffnungsbeschluss, der zweite den Prozess, der dritte, bei weitem der längste, das Urteil. Im (vielleicht nicht nötigen) Anhang findet sich ein 2013 publizierter *Merkur*-Text Meiers sowie eine Rezension des in der Anmerkung 2 dieser Besprechung erwähnten Meier-Buches.

Der erste Teil lässt ein halbes Jahrhundert leidiger NPD-Verbotsdebatte Revue passieren. Er prüft kurz die Stimmigkeit der im Verbotsantrag aufgeführten Argumente und befindet sie für zu leicht. Die Begründungen leuchten ein. Allerdings ist die Perspektive fixiert auf das Verhalten der Partei, nicht auf ihre Ziele. Das Grundgesetz stellt aber zu Recht auf beides ab. Das Parteienverbot gilt als „Fehlkonstruktion“ (S. 10). Die Autoren fragen: „Was wäre, wenn eine linke Partei in Karlsruhe um ihre Existenz kämpfen müsste? Würde ich die Argumente und Maßstäbe, die ich heute gegen die NPD gelten lasse, morgen auch gegen eine linke antifaschistische Partei akzeptieren?“ (S. 10). Sie legen indirekt ein „Nein“ nahe. Bei der Einschätzung nach den Aussichten des Verbotsantrages heißt es vorsichtig: „Am Vorabend des Prozesses erscheint sein Ausgang völlig offen“ (S. 17).

Die Schilderung zu den drei Prozesstagen ist chronologisch aufgebaut und teilweise nicht ohne Witz geschrieben. Die NPD konnte keine durchschlagenden Verfahrenshindernisse in puncto abgeschaltete V-Männer anführen, so dass sich der Prozess weiterführen ließ. Was die Autoren gut herausarbeiten: Die Innenminister vermochten nicht den gesellschaftlichen Einfluss zu belegen, zumal die von ihnen verantworteten Verfassungsschutzberichte von einem Niedergang sprechen. Diese Diskrepanz fiel den Richtern auf und provozierte zum kritischen Nachfragen. Auf die Frage nach den vielbeschworenen „national befreiten Zonen“ erklärte Christian Waldhoff, neben Christoph Möllers einer der beiden Prozessvertreter des Bundesrates: „Also, der Kleinstort Jamel in Mecklenburg-Vorpommern ist so eine Zone.“ Darauf Peter Müller, Berichterstatter des Senats, leicht süffisant: „Ich habe mir sagen lassen, dort wohnen 30 Erwachsene und 17 Kinder. Dann hätten wir also eine ‚national befreite Zone‘“ (S. 32). Für die Autoren ist dem Gericht nach den drei Tagen die Isolation und Randständigkeit der Partei deutlich geworden. Gewiss, als einer von vier Sachverständigen mag ich zwar befangen sein, aber der Prozessverlauf ist gut erfasst worden, auch dessen Atmosphäre. Die Einschätzung nach den Erfolgsaussichten lautete bei Meier, Leggewie und Lichdi: „Wenn uns nicht alles täuscht, wird es kein Verbotsurteil geben. Wohl aber eines, das – weit über den armseligen Fall der NPD hinaus – die Parteienfreiheit stärkt und ihre Grenzen konturiert“ (S. 34).

Eckhard Jesse (Hrsg.), Wie gefährlich ist Extremismus? Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft, Baden-Baden 2015, S. 163-196.

4 Die für den Deutschlandfunk eingerichteten Teile 1 und 2 erhielten den Pressepreis des deutschen Anwaltvereins.

Bei der Kritik des Urteils kommt der juristische Sachverstand zum Tragen, ohne dass an dieser Stelle in extenso darauf einzugehen ist. Die zentralen Argumentationslinien des 300-seitigen Urteils werden nachgezeichnet und kritisch reflektiert. Es wäre wünschenswert gewesen, die Auslegung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (gebündelt im Dreiklang der unverbrüchlich geltenden Prinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat) durch das Gericht, die weit schlüssiger als früher ausfällt, angemessen zu würdigen. Meier, Leggewie und Lichdi halten das Ergebnis für richtig, teilen aber nicht die Begründung. Eine restriktive Auslegung des Artikels 21 Abs. 2 sähe anders aus. Diese läge nur dann vor, würde sich das Urteil ausschließlich auf das Verhalten der Partei beziehen, nicht auf ihre Ziele. Für die Autoren ist die vom Gericht eingeführte Wendung der „Potentialität“ so vage gehalten, dass auch die AfD – oder jedenfalls ein größerer Teil von ihr – in die Verbotzone geraten könne. Das Paradoxe: Entschiedene Anhänger der streitbaren Demokratie argumentieren gerade umgekehrt. So heißt es bei Jörn Ipsen, das Gericht habe „das Ende des Parteienverbots eingeläutet“ (S. 38). Weder die eine noch die andere Sichtweise verfängt. Die Hürden für ein Verbot sind höher gesetzt als früher, aber nicht abgeräumt. Dieser Mittelweg überzeugt. Das Gericht nimmt eigens Abschied von dem Satz aus dem KPD-Urteil, wonach die Frage, ob die Aussicht einer Partei, ihre Ziele umzusetzen, für die Entscheidung irrelevant sei. Doch zugleich heißt es im Urteil, das sich an den Prinzipien der streitbaren Demokratie orientiert: „Eine Partei kann auch dann verfassungswidrig sein, wenn sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele einschließlich mit legalen Mitteln und unter Ausschluss jeglicher Gewaltanwendung verfolgt“ (S. 55). Dieses Diktum reizt die Autoren, die für Prävention nichts übrig haben, zum massiven Widerspruch. Der Maßstab, den sie an das Urteil anlegen, ist kein immanenter. Für sie gilt ausschließlich die Gewaltgrenze als Verbotskriterium. Ihr „*Befreiungsschlag*: Streichung von Art. 21 II (und Art. 9 II) GG, Orientierung am Reichsvereinsgesetz von 1908: „Parteien, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen, können aufgelöst werden““ (S. 84, Hervorhebung im Original). Man mag ihnen bei ihrem Plädoyer für ein konfliktorientiertes Verfassungsverständnis zustimmen, aber das muss doch keineswegs bedeuten, die streitbare Demokratie in ihrer nicht-militanten Form über Bord zu werfen.

Im Vorwort findet sich zu Recht eine scharfe Kritik an der Vorgehensweise der *Union* und der SPD, die eine Randbemerkung im Urteil zum Anlass genommen haben, das Grundgesetz zu ändern: Parteien, welche die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen, sind von staatlicher Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Darüber entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Im Prinzip läuft diese gegen die Stimmen der *Grünen* verabschiedete Regelung, die Partei auf diese Weise finanziell auszutrocknen, auf ein „kaltes Parteienverbot“ hinaus. Faktisch handelt es sich hier um eine Lex NPD. Diese erreichte bei der Bundestagswahl 2017 0,4 Prozent, erreichte also nicht einmal das für die Parteienfinanzierung nötige Quorum von 0,5 Prozent. Weniger einleuchtend im Vorwort ist die harsche Kritik an der streitbaren Demokratie. Fast alle Hintertüren der Prävention stünden weit offen. „Ohne eine energische Selbstkritik der ‚streitbaren‘ Demokratie, denken

wir, ist da kein Fortkommen. Denn was die alte Doktrin, längst vom Zweifel angekränkt, als Fortschritt ausgibt, erweist sich zusehends als Schwundstufe des demokratischen Bewusstseins. Solange aber hierzulande eine diffuse Angst vor der Selbstpreisgabe der Demokratie das Denken lähmt, hat der Funke der Freiheit noch nicht gezündet“ (S. 5). Das ist starker Tobak. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Autoren nicht Kritiker der Praxis der streitbaren Demokratie sind, sondern auch der gesamten Konzeption, die eben auf dem Schutz vor nicht-gewalttätiger Unterwanderung basiert. Die Schelte ist also nicht grundgesetzmäÙiger Natur.

Ungeachtet dessen, dass ich mich der streitbaren Demokratie in einer liberalen Variante verpflichtet weiß: Die Schrift verdient großes Lob: wegen der überaus flotten Arbeitsweise, wegen des Ansatzes, der dem Äquidistanzgebot huldigt, der scharfsinnigen Argumentation und nicht zuletzt wegen einer „Schreibe“, die das Gegenteil von dröÙe ist. Immer wieder blitzen funkelnde Formulierungen auf. So ist nicht nur ein wissenschaftlicher, sondern auch ein vergnüglicher Text entstanden. Er fordert die Anhänger der streitbaren Demokratie heraus.

Ralf Dahrendorf als Wanderer zwischen den Welten

Von Jens Hacke

Franziska Meifort, Ralf Dahrendorf. Eine Biographie, München 2017 (C.H. Beck), 477 S.

Die Historikerin Franziska Meifort legt mit der Biographie Ralf Dahrendorfs eine aus archivalischen Quellen gearbeitete Pionierstudie vor und leistet damit einen in jeder Hinsicht beeindruckenden Beitrag zur politischen Ideengeschichte der Bundesrepublik. Sie vermag es, die außergewöhnliche Karriere des wichtigsten liberalen Intellektuellen in Deutschland in ihren wesentlichen Stationen, Brüchen und Kontinuitäten so darzustellen, dass die immense Bedeutung Dahrendorfs für die geistig-politische Entwicklung in den 1960er Jahren ebenso augenfällig wird wie seine Ausnahmestellung als hochbegabter Wissenschaftler und Publizist, dessen Fülle an Talenten und dessen hohe Ambitionen immer wieder zu abrupten Kursschwankungen und Neustarts führten.

Die familiären Prägungen eines bürgerlich-sozialdemokratischen Milieus immunisierten Dahrendorf frühzeitig gegen den Nationalsozialismus. Seine Zugehörigkeit zu jugendlichen Widerstandskreisen und seine mehrwöchige Haftzeit in einem Arbeitslager waren nachhaltige Erfahrungen, die sowohl ein antitotalitäres Selbstbewusstsein schufen als auch zum persönlichen Kapital wurden, das sich später politisch klug einsetzen ließ. Die Distanz zum NS-Regime ermöglichte Dahrendorf eine als unproblematisch empfundene Hinwendung zu gesellschaftlichen Gegenwartsproblemen.

Meifort zeichnet Dahrendorfs atemberaubenden akademischen Weg nach und destruiert dabei manche Mythen von spielerisch leicht genommenen Karrierehürden. Auffassungsgabe, Intelligenz, Zielstrebigkeit, Gespür für Themen und sprachliche Gewandtheit besaß Dahrendorf zwar in exzeptioneller Weise, aber sein Aufstieg wäre ohne die Hilfe eines klug geknüpften Netzwerks und ohne einflussreiche Förderer kaum in dieser Weise möglich gewesen. Vor allem Helmut Schelsky hielt seine schützende Hand über den jungen Shooting-Star der Soziologie. Sein Gutachten überwand ernsthafte Widerstände gegenüber Dahrendorfs hastig geschriebener und überambitionierter Habilitationsschrift *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Dahrendorf kamen von Anfang an die Kontakte seines Vaters Gustav Dahrendorf, eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und bedeutenden Hamburger Nachkriegspolitikers, zugute; Auslandserfahrungen an der London School of Economics und an der Stanford University in den 1950er Jahren eröffneten ihm Möglichkeiten, internationale Gelehrte von Rang kennenzulernen. Meifort macht klar, dass das von Dahrendorf in seiner Autobiographie gepflegte Wunderkind-Image nur eine Seite der Medaille war. Die intellektuelle Virtuosität,

der brillante Stil und die große Themenvielfalt des jungen Wissenschaftlers beruhten auf disziplinierter harter Arbeit, akribischer Karriereplanung und ehrgeizigem Erfolgsstreben. Dahrendorf überlegte sich seine publizistischen Interventionen frühzeitig, registrierte die Auflagen, Resonanzen und Rezensionen zu seinen Arbeiten sorgfältig, legte darüber gar Statistiken an und hatte Freude an der Provokation der Etablierten. Dabei empfand er den Stachel der Kritik als Antrieb – so gern er selbst austeilte, so sportlich nahm er die Kritik der Kollegen an. Seine Konfliktbereitschaft, sein Individualismus und sein Leistungsethos ebneten den Weg zu den liberalen Erweckungserlebnissen im angelsächsischen Ausland. Dahrendorf war ein eklektizistischer Freidenker, den die Dynamik und die Freiheitspotentiale der Industriegesellschaft faszinierten und der die marxistisch gefärbten Klassenantagonismen mit einer komplexer gedachten Konflikttheorie überwinden wollte. In Dahrendorfs Konfliktverständnis dominierte ein pluralistischer Wettkampf um gesellschaftliche und politische Macht unterschiedlicher Gruppen.

Der vor Ideenreichtum berstende junge Professor, der nach ersten kurzen Stationen in Saarbrücken, Hamburg und Tübingen schließlich in Konstanz lehrte und als Universitätsreformer diese neugegründete Hochschule mit konzipierte, fungierte als Berater für alle drei demokratischen Parteien. Dahrendorf suchte pragmatisch und unideologisch den Kontakt zur Politik – ob zum Beraterkreis von Willy Brandt, zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger oder schließlich zur sich erneuernden FDP Walter Scheels. Klug nutzte er das personelle Vakuum der kleinen Partei und positionierte sich offensiv für höhere Aufgaben, wobei er seine kommunikativen und rhetorischen Fähigkeiten auf dem Podium und als mitreisender Wahlkampfredner ausspielte. Die politische Praxisarbeit und das strategische Taktieren lagen ihm eher fern. Intuitiv handelte er nach der Maxime „Experiment durch Aktion“, ohne seine Interventionen einer Parteiräson unterzuordnen. Dahrendorfs Bedeutung als Politiker lag demnach nicht so sehr in den Ämtern (die er nur kurz bekleidete) oder in einer bestimmten politischen Agenda, sondern in seiner Begeisterungsfähigkeit, seinem Appeal für eine jüngere Generation und in seiner Werbewirkung für die Partei. Es gab das „Dahrendorf-Phänomen“, die intensive Phase einer enormen Medienpräsenz und Wirksamkeit in den Endsechzigern, als er das Versprechen von Reform, Modernität und Erneuerung persönlich zu verkörpern schien. Insofern leistete er einen wichtigen Beitrag zur sozialliberalen Wende 1969. Das heißt nicht, dass Dahrendorf ohne weiteres als Sozialliberaler einzugemeinden wäre: Weder hatte er etwas mit den Freiburger Thesen zu tun, noch kann man bei ihm von einer sozialpolitischen Agenda sprechen. Vielmehr applizierte er sein Vokabular von „Bildung als Bürgerrecht“, „Lebenschancen“ und „aktiver Bürgergesellschaft“ in allgemeiner Weise. Dahrendorfs Leistung in den Jahren der Studentenproteste beruhte auch darauf, dass er der Neuen Linken nicht mit Ressentiment, sondern mit Argumenten gegenübertrat. Seine Begegnung mit Rudi Dutschke während des FDP-Parteitags in Freiburg 1968, als er nach allgemeiner Einschätzung den SDS-Vorsitzenden in der Debatte entzauberte, untermauerte die Überlegenheit dieses diskursiven Vorgehens.

Mit Dahrendorfs Gang in die Politik wurde aber auch klar, dass seine Zeit als Soziologe im streng wissenschaftlichen Sinne eigentlich abgelaufen war. Es zog ihn nach kurzweiligen Stationen als Staatssekretär im Auswärtigen Amt und als EG-Kommissar in Brüssel eher in die publizistische Öffentlichkeit und auf das gesellschaftliche Parkett. Meifort zeigt überzeugend, wie Dahrendorf mit der Übernahme des Direktorats an der London School of Economics gewissermaßen zu sich selbst fand, weil ihm die kulturelle und politische Atmosphäre in England gefiel und er zehn erfolgreiche Jahre im Wissenschaftsmanagement absolvierte. Als hoch angesehenes Mitglied des Establishments vollzog er seine konservative Wende und gewann ein neues Verhältnis zu Traditionen, Institutionen und Konventionen. Auch hier bestätigt sich die ironische Einsicht der Verfasserin, dass der Soziologe Dahrendorf im Leben weitgehend ohne die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, insbesondere ohne Kontakt zu unteren Schichten ausgekommen sei.

Für den späten Dahrendorf war die gesamteuropäische Perspektive wichtig. Als einer der wenigen deutschen Intellektuellen nahm er begeistert Anteil am Umbruch in Ost- und Mitteleuropa 1989 – er besaß ein entspanntes Verhältnis zur Wiedervereinigung, die er im Kontext einer europäischen Revolution freudig begrüßte. Ganz überwiegend variierte der europäische Großintellektuelle in den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens die liberalen Themen, die er in den 1960er Jahren bereits lanciert hatte. Den Anspruch auf wissenschaftliche Innovation und Originalität hatte er aufgegeben. Aber mit praktiziertem Common Sense lag er – im Alter souveräner und abgeklärter – oft richtig. Sein Selbstbild als Wanderer zwischen den Welten der Wissenschaft, der Publizistik und der Politik einerseits und zwischen Deutschland und England andererseits war keineswegs nur stilisiert, sondern bescherte ihm Freiheiten und bewahrte ihn vor Identifikationszwängen. Bis zu seinem Lebensende beteiligte sich Dahrendorf an den Debatten um die Krise des Wohlfahrtsstaates und über mögliche „Dritte Wege“ (Giddens), übte Kritik am Neoliberalismus und an nai-
ver Europabegeisterung.

An Franziska Meiforts souverän geschriebener Studie sind drei Aspekte besonders herauszuheben: Erstens würdigt sie mit Ralf Dahrendorf den herausragenden liberalen Intellektuellen in Deutschland nach 1945 – sie ergänzt dabei die Ideengeschichte der alten Bundesrepublik, die bisher vor allem von Forschungen über die Linke und das konservative Lager dominiert worden ist. Zweitens regt Meifort zur rechten Zeit dazu an, sich vertieft mit Dahrendorf und dem deutschen Liberalismus zu beschäftigen, scheint Dahrendorf doch wenige Jahre nach seinem Tod allzu schnell in Vergessenheit zu geraten. Die Autorin legt eine Fülle von Fahrten, die Vertiefungen und weitere Forschungen nach sich ziehen sollten – sei es die Umorientierung der FDP unter Scheel, sei es das Verhältnis von Wissenschaft, Politikberatung und Politik oder sei es die gewandelte Rolle des öffentlichen Intellektuellen, um nur einige Aspekte zu nennen. Drittens schließlich haben wir mit Dahrendorf einen wichtigen und originellen Protagonisten eines zentristischen Liberalismus vor uns, der seine wesentlichen Prägungen im Kalten Krieg erhielt und so etwas wie eine liberale Internationale konstituierte, orientiert am Leitbild des Westens oder

einer „atlantischen Zivilisation“. Diese Vorstellungen vom liberalen Westen werden mittlerweile historisiert, aber es wäre womöglich ein Fehler, sie angesichts neuer ideologischer Konfliktlinien vorschnell für antiquiert zu halten. Es gehört zu einer nötigen liberalen Ideeninventur, die Bestände dieses demokratischen Liberalismus, der sich nach der Erfahrung des Totalitarismus auf beeindruckende Weise konsolidieren konnte, angesichts neuer antiliberaler Herausforderungen zu prüfen.

Zu Vielfalt ver(un)teint?

Von Johannes Schaefer und Susanne Thelen

Wolf J. Schünemann, In Vielfalt verneint. Referenden in und über Europa von Maastricht bis Brexit, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), XII + 222 S.

Als die Briten 2016 ihren Willen zum Austritt aus der Europäischen Union bekundeten, hatte nicht zum ersten Mal ein europäisches Volk sein Misstrauen gegenüber der europäischen Einigung zum Ausdruck gebracht. Aber bisher waren Abstimmungen über den Beitritt zur EU, Gesetze oder die gemeinsame Währung der Anlass für Referenden. Der Brexit ist etwas Neues: Austritt. Das Votum im Juni 2016 schlug hohe Wellen. Im Anschluss kündigten Geert Wilders und Marine Le Pen für den Fall eines Wahlsieges ebenfalls Volksabstimmungen über den Verbleib in der EU an. Ihre Opposition gegen die europäische Einigung eint populistische Parteien von Rechts und Links. Zwar vertraten der *Front National* und die *Lega Nord* bis in die 1990er Jahre pro-europäische Standpunkte. Sie gaben diese Positionen aber auf, um antieuropäische Ressentiments einbinden zu können. Vom Extremismus, mit dem er keinesfalls gleichgesetzt werden kann, unterscheidet sich der Populismus auch durch diese variable Art, die in der Forderung nach mehr direkter Demokratie und EU-Referenden ein geeignetes Argument entdeckt hat. Die Aktualität der Debatte vor Augen fragt Wolf J. Schünemann: Worin bestehen die besonderen Schwierigkeiten von Referenden im Kontext der europäischen Einigung? Muss sich Brüssel auf weitere Abstimmungen dieser Art vorbereiten? Wie unterscheiden sich europapolitische Volksabstimmungen? Sind Referenden ein sinnvolles Instrument, oder untergraben sie die repräsentative Demokratie?

Hatte der Autor in seiner Dissertation *Subversive Souveräne* (2014) die Debatten zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich, den Niederlanden und Irland verglichen, so ist das neue Werk ein „Verschnitt“ (S. V) von jenen Kapiteln seiner fast 600-seitigen Dissertation, die den Kürzungen zum Opfer fielen. Schünemann hat diese Beiträge, ergänzt um andere, nun „als kleines Kompendium von Perspektiven, Annäherungen, Beobachtungen und Überlegungen“ (ebd.) veröffentlicht. Er weiß die Aktualität auf seiner Seite. Sein Thema hat durch das Brexit-Referendum an Brisanz gewonnen, der Zeitpunkt für eine Veröffentlichung konnte günstiger kaum sein.

Zu Beginn fasst der Autor die Meilensteine Europas zusammen. Die Verträge von Maastricht, Nizza, Lissabon und Amsterdam und weitere relevante Entscheidungen, wie die Einführung des Euros, haben bislang zu Volksabstimmungen in den einzelnen Ländern geführt. Zwar hat die Zahl der Referenden seit Maastricht zugenommen, aber: Volksabstimmung ist nicht gleich Volksabstimmung. Diese lassen sich in rechtsverbindliche und konsultative Formen unterscheiden – auch nicht bindende Er-

gebnisse sind allerdings für das jeweilige Parlament entscheidend, da der Wille des Volkes respektiert werden müsse. Die Abgrenzung von Referenden zu Volksinitiativen sowie die Fragestellung, ob diese obligatorisch oder fakultativ sind, bilden den Einstieg in Schünemanns Kategorisierung. Diese bislang theoriebasierte Einteilung wird ergänzt durch eine eigene Klassifizierung von Referenden: Dabei ordnet er nach dem Wahlkampf, dem Einsatz einer Kommission, den finanziellen Mitteln der Beteiligten, und inwieweit die Umsetzung bzw. Organisation von Referenden schwach, mittel oder streng gehandhabt wird. Die europapolitische Historie ergibt mit einer Kategorisierung direkter Demokratie einen Analyserahmen, den Schünemann dazu nutzt, die Rahmenbedingungen und Abläufe von Referenden in verschiedenen Ländern gegenüberzustellen.

Schünemann vergleicht die konstitutionellen, institutionellen und politischen Kontexte von acht EU-Referenden in sieben Ländern: Dänemark, Spanien, Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Irland und Großbritannien. Er schließt Beitrittsreferenden aus, beschränkt sich auf Vertrags- und Reformreferenden und das Austrittsreferendum Großbritanniens. Die Fallauswahl berücksichtigt vier zustimmende (Dänemark, Spanien, Luxemburg, Irland) und vier ablehnende Voten (Frankreich, Niederlande, Irland, Großbritannien). Untersucht werden die Verfassungsbestimmungen und die Referendumstradition des jeweiligen Landes sowie das Referendumsdispositiv. Mit diesem – aus der Diskurstheorie stammenden – Begriff ist die Gesamtheit der materiellen und ideellen Infrastruktur gemeint, auf die sich ein Diskurs stützt. Jedes Referendum wird in seiner Entstehungsgeschichte, dem Verlauf der Debatte und dem Ergebnis nachgezeichnet. Schünemann ordnet die Erkenntnisse dann vor dem Hintergrund von sechs Spannungsfeldern der Referendumsforschung ein. So lässt sich das Abstimmungsverhalten bei einem Referendum nicht durch die Haltung der Bevölkerung gegenüber der EU erklären. Er legt dar, warum wahlsoziologische und kausalanalytische Untersuchungen in ihrer Aussagekraft bei europapolitischen Referenden problematisch sind. Quantitative Untersuchungen, so der Autor, lassen häufig den jeweiligen institutionellen Rahmen unberücksichtigt und reduzieren zwecks Vergleichbarkeit die Komplexität stark. Nur eine qualitative Diskursanalyse kann den national geführten Debatten gerecht werden. Deren Ergebnisse lassen sich allerdings nicht verallgemeinern. Durch einen Methoden-Mix sollen die Schwächen der jeweiligen Herangehensweise ausgeglichen werden. Damit will der Autor nicht nur neue Erkenntnisse über EU-Referenden gewinnen, sondern die Referendumsforschung auch methodisch voranbringen.

Beides gelingt ihm überzeugend. Doch die Struktur des Buches erschwert diese Erkenntnis. Offensichtlich sehr verschiedene Kapitel, teilweise zusammenhängend, teilweise für sich stehend, haben ihren Weg in dieses Buch gefunden. So werden anfangs bisherige Referenden historisch in Phasen eingeordnet, das britische Referendum gilt dabei als eine neue Form von „Misstrauensreferendum“ (S. 21). Im weiteren Verlauf greift Schünemann diesen Begriff leider kaum auf. Die darauffolgende Zusammenstellung möglicher Einwände gegen direktdemokratische Entscheidungen gelingt zwar gut, diese Diskussion wird aber „nicht weiter verfolgt“ (S. 49). Das

sechste Kapitel wiederum wird erst spät als Herzstück der Arbeit offenbar. Titel und Untertitel bereiten den Leser darauf nicht vor. Dabei handelt es sich um den überzeugendsten Abschnitt des Werks, der die Ergebnisse in die Forschungsdebatte einordnet und durch seinen multimethodischen Ansatz gewinnt.

Mehr als eine präzise Benennung der Kapitel fehlt der Arbeit allerdings eine Forschungsfrage und ein roter Faden. Schönemanns Leitfrage „Worin bestehen die besonderen Schwierigkeiten von Referenden im Kontext europäischer Einigung?“ ist kein angemessener Ersatz. Offenkundig nachträglich entstand die Vielfältigkeit der Themen in den unterschiedlichen Kapiteln. Deswegen bleibt vor allem der empirische Teil (Kapitel vier und fünf) lange ein Rätsel, weil sein Zweck sich weder aus der Leitfrage noch aus dem vorausgehenden oder dem nachfolgenden Teil ergibt. Erst wer akzeptiert, dass der empirische Befund in diesem Werk nebensächlich ist, kann einen Sinn erkennen. Überflüssig wird die Empirie dadurch nicht, doch eine nachvollziehbare Verknüpfung mit den anderen Kapiteln gelingt dem Autor kaum.

Dies lässt sich durch die Entstehungsgeschichte der Arbeit als „Verschnitt“ der Dissertation rechtfertigen, schmälert aber den Genuss des Lesens. Bedauerlich ist auch die inhaltliche Blässe einiger Passagen. Schönemann, stets um Neutralität bemüht, scheut Parteinahme. Der Autor bezieht selbst keinerlei Stellung zu Referenden und lässt damit seine Frage „Direkte Demokratie – warum nicht?“ unbeantwortet – und obwohl das Buch allem Anschein nach für ein deutsches Publikum bestimmt ist, kommt Deutschland lediglich auf wenigen Seiten am Ende vor. Nur einmal ergreift der Autor deutlich Partei, und zwar beim Dilemma europapolitischer Referenden: Die EU benötige zusätzliche Legitimation, wie sie ein Referendum bieten könnte. Aber zugleich berge jedes Referendum die Gefahr, die EU auszubremsen. Diese müsse die direktdemokratischen Bürgervoten aushalten können, „um als politische Gemeinschaft überlebensfähig zu sein“ (S. 202).

Ansonsten hat das Buch viel zu bieten: Der Vergleich von acht Referenden ist in dieser Form einzigartig. Die Typologie kann bei der Untersuchung zukünftiger Referenden hilfreich sein. Die – tatsächlichen oder vermeintlichen – Einwände gegen direktdemokratische Entscheidungen sind auf zwanzig Seiten gut und kompakt zusammengefasst. Ob die EU es in Zukunft verstärkt mit „Misstrauensreferenden“ zu tun bekommen wird, verdient eine Debatte. Die Argumentation überzeugt, weil sie differenziert und unaufgeregt auftritt, trotz des erwähnten Fehlens einer klaren Position des Autors. Viele Fachbegriffe sowie vertragliche und rechtliche Eigenheiten hemmen oftmals den Lesefluss. Die dadurch zuweilen technische Sprache erleichtert keineswegs den Zugang zur Arbeit, die sich an ein „breiteres Publikum“ (S. V) richtet. Das Werk weist „durchaus eine politikwissenschaftliche Systematik“ (ebd.) auf, für den Aufbau gilt dies nicht. Ist Schönemanns Beitrag insgesamt wohl eher für eine fachkundige Leserschaft geeignet, so ist das Kapitel über den Brexit als Lektüre für jedermann zu gebrauchen, denn dieses fasst die Hintergründe und Besonderheiten des britischen Referendums überzeugend zusammen.

Konservative Vielfalt

Von Claudia Kemper

Martina Steber, Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980, Berlin/Boston 2017 (*De Gruyter*), 522 S.

Wie jede Bewegung des politischen Denkens strebt auch der Konservatismus bzw. streben seine Vertreter danach, die Bedeutung seiner zentralen Begriffe festzuzurren. Dieses naheliegende und gleichermaßen entscheidende Merkmal des politischen Diskurses bildet einen der Ausgangspunkte für Martina Stebers begriffsgeschichtliche Arbeit über die politischen Sprachen des Konservativen. Stebers Begriffsgeschichte will ideen- und sozialhistorische Ebenen miteinander verknüpfen und geht von der Sprache als Schlüssel zum Politischen des Konservativen aus. Die Sprache und das Gesagte im britischen und deutschen Konservatismus vergleichend, sollen die jeweiligen Politikinhalt umso deutlicher hervortreten.

Steber tut gut daran, in diesem weiten Feld die methodischen Sichtachsen ihrer Untersuchung klar zu markieren. Ihre Sprachanalyse orientiert sich an Michael Freedens Morphologie-Konzept, mit dem der britische Ideologietheoretiker den Wandel im politischen Denken an Konzepten und Begriffen nachvollzieht. Um die Vielzahl politischer Begrifflichkeiten an ein konservatives Denken rückzubinden, gibt Steber präzise Koordinaten an. Das Quellenmaterial (u. a. Presse, Vorträge, Publizistik, Reden, Parteiüberlieferungen) wird auf vier Verhältnismäßigkeiten des britischen bzw. deutschen Konservatismus seit 1945 befragt: zu Vorstellungen von Zeit, zum Prinzip von Ausgleich und Mitte, zur Idee der Bewahrung und zu seinem inhärenten Denken in Gegensätzen. Aus der Kombination beider Koordinaten ergibt sich keine einseitig ideen- oder diskursgeschichtliche Analyse, sondern eine überzeugende Matrix, die Steber auf die sprachliche Gemengelage des Konservativen nach 1945 anwendet. Das ausgegebene Ziel, mehr über den Konservatismus als politische Strömung und parteiilich formierte Kraft zu erfahren, mag zunächst bescheiden klingen, wird aber umso mehr erreicht.

Der erste Hauptteil zum britischen Konservatismus zwischen 1945 und 1980 fällt durch seinen geringeren Umfang gegenüber seinem deutschen Vergleichsobjekt auf. Das liegt laut Steber jedoch weniger an einem nationalen Wahrnehmungsbias als vielmehr an der Tatsache, dass der britische Konservatismus nahezu vollständig in Parteiformat auftrat, ergänzt um intellektuelle Publizistik, während der deutsche Konservatismus – zumal nach 1945 – unterschieden werden muss nach Parteiform, nach publizistischen Projekten und nach einer Bewegung mit stark antidemokratischen Tendenzen. Ein Vergleich beider Länder ist umso lohnender, da der sich wandelnde Sprachgebrauch nicht nur als reaktives Phänomen (z. B. gegen Modernisie-

rungserscheinungen, gegen Anfeindungen etc.) sichtbar wird, sondern ebenso seine inner-konservativen Konflikte und Bezüge den Wandel erklären.

Nachdem der britische conservatism in den 1950er Jahren mit viel Zukunftsgewissheit aufgetreten war, ein freiheitliches, an eine moralische Ordnung gebundenes Gesellschaftsbild zu vertreten, war der Zusatz „modern“ bald veraltet – so überzeugte der progressive conservatism mit einem Plädoyer für Kontinuität, Pragmatismus und dem Verweis auf das menschliche Bedürfnis nach Bewahrung. Nach Depression und anderen Erschütterungen, die die britische Gesellschaft bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt hatte, machten solche Synthesen den Konservatismus bodenständig. Diese parteipolitische wie gesellschaftliche Selbstverständigungsphase ging in den 1960er Jahren zu Ende, als die reklamierte Progressivität nicht mehr mit den Modernisierungsproblemen übereinstimmte. Auf dem Höhepunkt des szientistisch unterfütterten steuerungspolitischen Glaubens wirkten die Torys vielmehr abgewirtschaftet und unzeitgemäß und sprach *Labour* die Sprache der besseren Lösungskompetenz. Unter Edward Heath taten sich die britischen Konservativen schwer mit einer programmatischen Erneuerung, zu der auch eine glaubwürdige Mixtur aus Effizienzbetonung und Managementbegriffen auf der einen Seite, ausgleichenden und ordnungspolitischen Begriffen auf der anderen gehörte. Die Führungsebene öffnete damit schon Mitte der 1960er Jahre einer innerparteilichen Opposition den Weg, ein begriffs- und ideenpolitisches Profil aus Marktliberalismus und ideologischer Festigkeit zu formen, mit dem Margret Thatcher 1975 schließlich zur Parteivorsitzenden gewählt wurde. Steber kann überzeugend aufzeigen, dass Thatchers Erfolg auch mit ihrer Fähigkeit zusammenhing, den Eindruck begrifflicher Eindeutigkeit zu wecken bis hin zu „Kurz-Definitionen des Konservatismus“ als „a sense of personal responsibility“ (S. 103).

Der Einstieg in den zweiten, deutlich umfangreicheren Hauptteil zum deutschen Konservatismus fällt zunächst durch Unsicherheiten auf, denn die bis dahin stringent verwendete morphologische Sprachkategorie bekommt hier eine wenig überzeugende Statik verpasst, geht ihr doch für einen Moment das Politische verloren. Denn nun heißt es, dass die Sprache, die dem deutschen Konservatismus nach 1945 „zur Verfügung steht“, von den Nazis „verseucht“ war, Begriffe „belastet“ waren (S. 107), und Konservative „machten sich auf die Suche“. Das evozierte Bild vom Sprachwarenhaus, in dem sich politischer Aktivismus bedienen kann, hält zum Glück nicht lange an und widerspricht der Grundanlage der Untersuchung, der es auch darum geht, die Herstellung von politischem Denken im Sprachlichen zu zeigen. Und nach 1945 waren es schließlich so einflussreiche Protagonisten wie Armin Mohler u. a., die als Sprachtransponenten agierten. Ein solches Transponieren war eben keine einfache Bereinigung oder eine Negation vergangener konservativer Politik im Nationalsozialistischen, sondern eine aktive Verhältnisbestimmung des Konservativen in seiner Zeit. Mindestens drei Zeitbögen machten sich alsbald im westdeutschen Konservatismus bemerkbar: die Anbindung an Originale, die als „unbelastet“ galten (Alexis de Tocqueville, Edmund Burke), der von nationalsozialistischen Spuren vermeintlich getilgte Rückgriff auf die „Neue Rechte“ der Weimarer

Republik und schließlich die Offenheit für Liberalismus-Ideen nach 1945. Im Vergleich mit Großbritannien blieb der Konservatismus-Begriff ein frei flottierender, dessen Parteibindung nicht nur lange Zeit prekär war, sondern der zugleich von unterschiedlichen politischen Gravitationszentren in Anspruch genommen wurde. In diesem Kräftefeld wurde um den Konservatismus-Begriff gerungen, womit sich zugleich eine „komplexe Aneignung demokratischen Denkens“ verband – der Konservatismus also demokratisiert wurde (S. 115).

Zu den von Steber genannten vier Gravitationszentren zählten erstens die nun in der Bundesrepublik agierenden intellektuellen der Neuen Rechten, zu denen so unterschiedliche Vertreter wie Carl Schmitt, Ernst Forsthoff, Ernst Jünger und Hans Zehrer gehörten oder auch die profilierten Soziologen Arnold Gehlen und Helmut Schelsky. Vor allem Letztgenannte gaben entscheidende Denkanstöße, um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zu diskutieren und die Frage, wie sich hieraus eine essentielle Verbindung aus Tradition und Fortschritt ergebe. Ein zweites, sehr frühes und nicht langlebiges Gravitationszentrum stellte die *Deutsche Partei* dar, die 1957 mit der *Freien Volkspartei* fusionierte und später in der CDU aufging. Größeren Einfluss auf den Nachkriegskonservatismus dürfte die Abendland-Bewegung gehabt haben, die mit dezidiert katholischer Prägung den preußisch-protestantischen Alleinvertretungsanspruch in Frage stellte. Spielten *Deutsche Partei* und Abendland-Bewegung bis Mitte der 1950er eine Rolle, trat die konservative Publizistik gegen Ende der 1950er Jahre in das von den eher traditionellen Formationen hinterlassene Vakuum. In Zeitschriften und Büchern setzte eine Suchbewegung ein, die 1962 in der Zeitschrift *Der Monat* ihren Höhepunkt fand. Schon 1957 hatte Siegfried Landschut klug beobachtet, dass das konservative Gegensatz- und Synthesedenken längst auch den Liberalismus eingeflochten habe. So sehr die (Sprach-)Zeichen auf Modernisierung standen, beharrte die Neue Rechte doch darauf, den Konservatismus in Kategorien von „Bewegung“ und „Erneuerung“ zu fassen. Als ab Ende der 1950er Jahre in der CDU/CSU eine Grundsatzdebatte über christliche und konservative Grundwerte einsetzte, begann zugleich ein grundsätzlicher Wandel der politischen Sprache. War der Konservatismus bis dahin eigentümlich selbstbezogen, fächerte sich sein Bezugs- und Abgrenzungsrahmen nun deutlich auf, und die SPD stellte alsbald den Antipoden schlechthin dar. Gleichwohl setzte sich die Grundsatzdebatte innerhalb der CDU fort, während die CSU in den 1960er Jahren unter Franz-Josef Strauß den Konservatismus-Begriff offensiv diskutierte. Der Parteivorsitzende konnte dem Mohler'schen Konservatismusverständnis einiges abgewinnen, war dann aber doch zu parteistrategisch orientiert, um sich auf eine unsichere Sammlungsbewegung einzulassen.

Es war somit nicht allein die Konfrontation mit der Neuen Linken, die ab Ende der 1960er Jahre Konservative zum Sprachkampf herausforderte, sondern auch eine Folge von Bewegungen im konservativen Feld. Hans Maier und Wilhelm Hennis profilierten schließlich ein Sprachformat, das dem britischen nicht unähnlich war. Sie warfen der Neuen Linken utopisches Übermaß vor, das letztlich zur Sinnentleerung politischer Begriffe führe. Sprache der Demokratie und einer pluralen Gesell-

schaft müsse aber auf konsensualen und deshalb stabilen Begriffsinhalten beruhen. Auch Hermann Lübbes Plädoyer für einen Fortschrittsbegriff, der nicht ins Utopische abgleite, sondern das „Unverzichtbare“ gelten lasse, stellte das konservative Verhältnis zu Zeit und Synthese klar. Dieses Bemühen war umso anschlussfähiger, als die Ernüchterung der 1970er Jahre eintrat. Dennoch – und darauf macht Steber immer wieder aufmerksam – war nicht selbstverständlich, dass der Konservatismus-Begriff „zum Nukleus der konservativen sprachpolitischen Auseinandersetzung wurde“ (S. 248).

Der Terminus des Konservatismus blieb den Konservativen verdächtig. Die Betonung des „Christlichen“, von „Mitte“, „Tradition“ oder „Demokratie“ war kein bloßes Aneignen neuer Begriffskomponenten, sondern eine Möglichkeit, konservative Ideen in veränderte politische Kontexte zu transponieren. Just als sich die Konflikte verschärften, die Neue Linke den Konservatismus in die Nähe des Faschismus rückte, die SPD in ihm die Gegenbewegung zum Progressiven identifizierte und die CSU unter Strauß offensiv auf ihn setzte, um sich von der CDU zu unterscheiden, ermöglichten es intellektuelle Interventionen, ihn mit liberalen Inhalten zu verbinden, um ihn als demokratisch-stabilisierten Begriff den neuen Herausforderungen entgegenzustellen.

Zu den eindrücklichsten britisch-deutschen Unterschieden zählte, dass der Konservatismus-Begriff in Großbritannien als eine Klammer für das konservative Sprechen fungieren konnte, während er in der Bundesrepublik für bündnispolitische Ambitionen nicht zur Verfügung stand, sondern vielmehr Konfliktpotenzial bot. Dennoch lassen sich auch ähnliche Strukturprinzipien erkennen, eben jene von Steber zu Beginn identifizierten Elemente: Zeitlichkeit, Ausgleich und Synthese, Gegensatzbildung und Wiederholung. Dennoch blieben Kooperationen und transnationaler Austausch begrenzt und sie konzentrierten sich etwa in den 1970er Jahren auf strategische Herausforderungen im Rahmen von Europäisierung und Internationalisierung. Stebers konsequentes Vorgehen, zwischen sprachlich-begrifflichen Instrumentarien und Diskursbedingungen zu unterscheiden, macht nicht nur den Sprachwandel des Konservativen deutlicher. Vielmehr liegt in ihrer konzeptionell stringenten Herangehensweise die Möglichkeit, die Wandelbarkeit des Konservatismus vom metaphysischen Raunen zu befreien und als einen politischen Faktor zu begreifen.

Über einen anderen Populismus

Von Thomas Schubert

David Van Reybrouck, Für einen anderen Populismus. Ein Plädoyer, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 96 S.

Über die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl vom September 2017 streiten sich noch immer die Geister. Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) ist eine national-liberale, wutbürgerlich-populistische Partei als drittgrößte Kraft in den Bundestag eingezogen. Ihr Aufstieg ist Symbol für einen Kulturkampf, der sich in Europa seit Jahren abzeichnete und jetzt in Deutschland sichtbar wird – so resümiert es David Van Reybroucks Essay. Der Autor, ein in Belgien geborener, jetzt in Berlin lebender Historiker und Schriftsteller, erblickt im Begriff des „Populismus“ ein „Schlüsselkonzept des modernen politischen Begriffsapparates“ (S. 18) und unterzieht ihn einer kritischen Analyse. Der weniger als einhundert Seiten lange Text ist bereits 2008 auf Niederländisch veröffentlicht worden, damals noch unter dem Titel *Für Populismus*. Den europäischen Populismus behandelnd, ist er dennoch ein aktueller Beitrag zum Verständnis der gewandelten politischen Situation in Deutschland, gerade weil er ein aktualisiertes Vorwort zur deutschen Ausgabe enthält.

Mit einem persönlichen Zugang und mit statistischem Material aus verschiedenen Quellen fragt Van Reybrouck nach den Ursachen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Er warnt vor einem naiven Umgang mit dem Rechtspopulismus. Ihm geht es um die Kennzeichnung der Gefahr eines Verlustes an kulturellem Zusammenhalt innerhalb der westlichen Industrieländer und einer damit im Zusammenhang stehenden Krise der repräsentativen Demokratie. Van Reybrouck lädt seine Leser zu einem Gespräch über die gemeinsame Zukunft ein. Diese Rezension reagiert auf sein Angebot, sie soll wiederum als persönliche Antwort verstanden werden.

Meine Replik entsteht in Oppach, einer Gemeinde in der Oberlausitz, die in den letzten 800 Jahren drei Mal in einer Fußnote zur deutschen Geschichte erschienen ist. 1524 trat sie als erste in der Oberlausitz zum reformierten Glauben über. 1938 fuhr Adolf Hitler hindurch und überquerte nicht zufällig am Ende der Fugauer Straße die Grenze in das kurz zuvor von der tschechoslowakischen Republik abgetrennte Sudetenland. Wer diesen Ereignissen beiwohnte, tat dies im Gefühl eines jeweiligen Sieges oder zumindest im Bewusstsein einer neuen Zeit. An der Fugauer Straße steht das Haus meiner Groß- und Urgroßeltern, deren Erzählungen auch mich prägten. Als drittes Datum in der Reihe hat die AfD bei den Bundestagswahlen 2017 genau hier ihr deutschlandweit bestes Ergebnis erreicht: 46 Prozent, in den umliegenden Landkreisen waren es kaum weniger – das ist ein Statement gegen die repräsentative Demokratie, wie wir sie kennen. Aber ist es auch ein Statement für etwas? Damals wie heute handelt es sich um historische Petitessen in einem weit größeren Zusammen-

hang. Ihnen gemeinsam ist jedoch die Ahnung davon, dass etwas Altes zu Ende geht, wie der Wille, an etwas Neuem teilzuhaben.

Ich mag die dortige Landschaft und den Menschenschlag. Wenn es in Deutschland eine Gegend mit der Anmutung eines Auenlandes gibt, dann ist es diese. Wie die kleinen Leute bei John R. R. Tolkien (*Der Herr der Ringe*) fürchtet man sich dort vor Veränderungen, meidet große Reisen und genießt, weit abgeschieden von den Unordnung stiftenden Weltläufen, sein bescheidenes, aber gutes Leben. Wen man dabei eher nicht sehen mag, so meine Erfahrung, sind: Ausländer, Städter und Westdeutsche. Bis auf die letzte Gruppe war dies auch früher so. Die Ostsachsen haben mit ihren berühmten literarischen Vettern noch eine andere Gemeinsamkeit, sie sind Seismographen kommender Erschütterungen, die sie früher wahrzunehmen scheinen als andere. So stellt sich die Frage, warum es dort und gerade jetzt zu diesem für die etablierten Parteien katastrophalen Ergebnis kam. Van Reybrouck formulierte eine Antwort, als sich in seiner Heimat etwas Ähnliches abzeichnete. Als den kleinsten gemeinsamen Nenner für den „zügellose[n] und wenig greifbaren Gebrauch des Wortes „Populismus“ (S. 19) gibt er an, dass sich niemand selbst als „Populist“ bezeichnen mag, obwohl alle politischen Gruppen ihre Form des Populismus pflegen.

Inzwischen hat ihn Alexander Gauland in diesem Punkt zwar eines Besseren belehrt, aber ohne die These zu widerlegen. Denn er tat dies auf eine Weise, die Van Reybrouck als charakteristisch beschrieb. Gauland wendet den Begriff ins Positive, im Sinne von: „dem Volk aufs Maul schauen“, dem „gesunden Menschenverstand“ folgen oder einfach die „Wahrheit“ sagen. Ausdrücklich nutzt er ihn nicht im Zusammenhang mit einer „antidemokratisch[en] und antiparlamentarisch[en]“ Haltung (S. 22), wie es in der politischen Kultur der Bundesrepublik oft angenommen wird. Gauland kündigt mit seinem Plädoyer für eine volkstümliche Politik zwar eine politische Konsensformel des politischen Systems auf, er fordert aber Teilhabe am politischen System. Van Reybrouck wiederum leugnet nicht die Gefahr eines antidemokratischen, „dunkle[n] Populismus“ (S. 22), der zu bekämpfen sei. Er bezweifelt jedoch, dass eine Partei wie die AfD ihn vertrete. Sollte ihr ein anti-demokratischer Grundzug nicht nachweisbar sein, dann dürfe sie sich in ihrem Gefühl, Opfer einer falschen Anschuldigung zu sein, sogar im Recht fühlen. Verantwortlich seien ihre Konkurrenten, da diese auf einen politischen Anstand pochen statt die notwendige Unterscheidung des Begriffs Populismus zu treffen. Der darin manifeste Populismus ist jedoch noch keine „helle“ Form. Die AfD mache sich unterdessen zum Wortführer der Ängstlichen, der Wütenden und Unzufriedenen – zumindest unter den Deutschen. Da diese Gruppe in Sachsen die einfache Mehrheit erreichte und weil die AfD das parlamentarische System nicht als solches ablehnt, ist es falsch, ihre Wählerschaft als Feinde der Demokratie abzustempeln. Van Reybrouck schlägt auch aus diesem Grunde vor, zu akzeptieren, dass es sich beim Populismus um ein allgemeines Phänomen handle. Dieser sei „nicht der Antipode der Demokratie, sondern ein wesentlicher Teil von ihr“ (S. 77). Dem demokratisch zumindest fragwürdigen „dunklen Populismus“ (S. 23) stellt er daher einen – die „blinden Flecken im herr-

schen politischen Diskurs“ aufzeigenden – „demokratischen Populismus“ (S. 76 f.) gegenüber.

Die Frage, was genau darunter zu verstehen sei, führt Van Reybrouck zu einer Grunddifferenz unserer Zeit: Die Vertreter einer sich selbstständigenden kulturellen Oberschicht, bestehend aus Studierenden, Städtern und Kosmopoliten, haben eine sich selbst gemäße Form der Demokratie wie des symbolischen Austauschs geschaffen und sich dabei des demokratischen Procederes bemächtigt. Große Teile der Bevölkerung finden sich darin weder wahrgenommen noch repräsentiert. Die Masse von „Geringqualifizierten“ und Subalternen stehe einer hegemonial verfassten „Toleranz der kulturellen Oberschicht“ (S. 27) weniger „Hochqualifizierter“ (S. 37) in einem wachsenden Maße fremd gegenüber. Die Gruppe von eher handwerklich Arbeitenden, den Empfängern von Transferleistungen oder anderweitig „Untergebenen“ (S. 26) nehme die erwerbsmäßige „Diplomdemokratie“ (S. 37) zunehmend als Bedrohung und nicht als Garant der eigenen Lebenswelt war. Eine frappierende „Unterrepräsentierung von Geringqualifizierten im Parlament“ (S. 36) verstärke diesen Eindruck.

Jene „Kulturkluft“ (S. 48) trenne folglich eine „diskriminierte Minderheit“ (S. 58), die in Wahrheit die Mehrheit sei, von einem „kulturellen Hegemon“ (S. 66), der sich als moralisch höherstehende intellektuelle Elite inszeniere. Die oftmals hysterische Warnung vor einem „neuen Faschismus“ wie das Überstrapazieren eines „Aufstands der Anständigen“ (S. 9) entpuppe sich als eine ebenfalls populistische Angst- und Abwehrreaktion des kulturell-politischen Establishments bzw. der sich um ihre soziale Vorrangstellung sorgenden Bürger.

Aus diesem Grund ist Van Reybroucks Text ein Dokument intellektueller Opposition gegenüber der Intellektuellen- und Expertenherrschaft. Er erinnert seine Adressaten an den eigenen Populismus; er deutet ihn als eine demokratisch nicht legitimierte Verallgemeinerung von Sonderinteressen gegenüber denen der Gesamtgesellschaft. Erst vor diesem Hintergrund entfaltet der neuerlich erklingende Ruf „Wir sind das Volk“ – ungeachtet aller darin liegenden Bosheit und Anmaßung – seinen warnenden Sinn. Wer hier „anarcho-sächsisch“, politisch unkorrekt und zuweilen irrational und nationalistisch das Wort ergreift, mag zwar eine aufgekettete Menge sein, aber es ist eben auch das Volk, so wie die Pegida-Bewegung der paradox anmutende Ausdruck einer immer gern beschworenen „Zivilgesellschaft“ ist.

Demnach werden wir Zeugen des Zerplatzens einer Idee – dem Gedanken vom mündigen Bürger, wie ihn die meinungsführende Elite nach ihrem Bilde schuf: Die Bürger werden dagegen mündig, aber nicht nach dem Ideal, das ihnen vorgehalten wird. Was daraus folgt weiß auch Van Reybrouck nicht zu sagen. Dieser Umstand nimmt den Problemen jedoch nichts von ihrer Dringlichkeit. Mit Vorschlägen zu einer konkreten Therapie hält sich der Autor zurück. Er impliziert, einander und den eigenen Lebenslügen offen zu begegnen. Doch erscheint dies nicht als das Gegenteil von populistischer Rede und somit von Politik überhaupt? Vielleicht erwächst aus diesem Paradox das Thema für Van Reybroucks nächstes Buch, dessen Titel lauten

Hauptbesprechungen

könnte: „Über die Notwendigkeit und die Unmöglichkeit der Wahrheit in der Politik“.

„Austerität ist zum Kotzen!“

Von Matthias Lemke

Yanis Varoufakis, Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment, München 2017 (*Antje Kunstmann*), 661 S.

„Austerität ist zum Kotzen!“ (S. 463) – sagte nicht der Autor dieses Buches, sondern niemand Geringeres als US-Präsident Barack Obama im Rahmen eines Gesprächs mit Yanis Varoufakis im Weißen Haus am 15. April 2015. Der Satz, den Varoufakis aus einem Gesprächsprotokoll zitiert, ist aus zweierlei Gründen paradigmatisch für den gesamten Band: Varoufakis gelingt es, komplexe Finanz- und Wirtschaftspolitik in anschaulicher, mitunter drastischer Sprache zu kommunizieren. Und er hat einen klaren Feind: die Vertreter einer neoliberalen Austeritätspolitik, das europäische Establishment, welches im Falle Griechenlands ein beständiges Weiterdrehen an der „Austeritätsschraube“ (S. 435) zum zentralen und alternativlosen Inhalt seiner Politik gemacht habe. Es fallen Namen wie Wolfgang Schäuble (inklusive seines damaligen Staatssekretärs Jens Spahn) und Mario Draghi, aber auch jene Christine Lagarde, Jeroen Dijsselbloems oder Angela Merckels und Alexis Tsipras'. Beide Merkmale zusammen verleihen dem Augenzeugenbericht, der zudem auch zahlreiche biographische Hintergrundinformationen zu seinem Autor enthält, mitunter den Charakter eines politischen Manifests.

Dieses Manifest gründet auf einer soliden empirischen Basis. Yanis Varoufakis war von Januar bis Juli 2015 nicht nur Europas bekanntester Finanzminister, wie der Klappentext es formuliert, sondern auch der kontroverseste Vertreter seiner Zunft. Die einen sahen in ihm den linken Vorkämpfer und unbeugsamen Helden im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und ihre Verfechter; andere hingegen sehen in dem promovierten Wirtschaftswissenschaftler eher einen linkspopulistischen Einheizer von *Syriza*, einen „Vaterlandsverräter“ (S. 42) gar, mit dem ein konstruktiver Dialog im Rahmen des bestehenden politischen wie ökonomischen Systems in Europa kaum zu führen sei.

Vor diesem Hintergrund geht es in diesem Band um eine fundamentale Problematik, die sich – so zumindest die Hoffnung des Autors – jenseits binärer Zuordnungen von Gut und Böse abspielt. Sie aufzudecken und anzuklagen, ist Varoufakis' Absicht: „Hinter den einzelnen Ereignissen, deren Zeuge ich wurde, erkannte ich eine universelle Geschichte – die Geschichte, was passiert, wenn Menschen sich grausamen Umständen ausgeliefert sehen, die ein inhumanes, überwiegend unsichtbares Netzwerk von Machtbeziehungen hervorgebracht hat“ (S. 8). Diese universelle Geschichte tritt auf in Form solcher mehr oder weniger kryptischer Begriffe wie Bailout und Bailoutistan, Haircut, Grexit, sowie Privatisierung und quantitative Lo-

ckerung. Aktuell sind die Ausführungen, die sich wesentlich als ein Erfahrungsbericht jener gut sechs Monate lesen, in denen Varoufakis als Finanzminister amtierte, aus zwei Gründen: zum einen, weil die Europäische Union (EU) auch heute keineswegs die damals virulente Krise um Griechenland nachhaltig überwunden hat; und zum anderen, weil sie es bisher nicht vermocht hat, jenseits der etablierten neoliberalen Wirtschaftsimperative alternative Wege zur politischen Gestaltung Europas zu formulieren. Gibt es solche Alternativen? Fragt man Varoufakis, dann ja.

Eine solche Alternative, noch dazu eine, die von breiten Kreisen der Bevölkerung unterstützt wird, wird in einer Episode ersichtlich, die Varoufakis über eine Besprechung mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Alexis Tsipras berichtet. Am 3. April 2015 hatte dieser einige Kabinettsmitglieder in sein Büro eingeladen. Zunächst habe Tsipras auf ihn kraft-, gar mutlos gewirkt, unentschlossen, wie er die nur schleppenden Verhandlungen mit der Troika angesichts der drängenden Probleme der Menschen in Griechenland fortführen solle. Doch dann sei Tsipras umgeschwenkt. Varoufakis zitiert ihn mit folgenden Sätzen, in denen er auf ein vorab mit seinem Finanzminister geführtes Gespräch Bezug nimmt: „Aber wisst ihr was, Genossen? Ich glaube, er [Varoufakis] hat recht. Genug ist genug. Wir haben uns an ihre Regeln gehalten. Wir haben alle möglichen Verrenkungen unternommen, um unsere Kompromissbereitschaft unter Beweis zu stellen. Aber sie spielen bloß auf Zeit und geben uns die Schuld dafür. Griechenland ist noch immer ein souveräner Staat, und wir, das Kabinett, haben die Pflicht zu sagen: ‚Es reicht jetzt!‘“ (S. 439). Die Entschlossenheit, die Tsipras zum Ausdruck bringt, ist jene unhintergehbare Alternative, die in einer Verhandlungssituation ungeachtet aller Konsequenzen immer bleibt: Nein zu sagen. Ein solcher politischer Ungehorsam, der noch dazu um seine zivile Legitimation weiß, eine solche Haltung des Nicht-Mittuns angesichts von Kompromisslosigkeit und Verzögerungstaktik und nicht zuletzt angesichts des Wissens um die eigene Souveränität ist die verbleibende Antwort auf die neoliberalen Imperative zeitgenössischer Austerität. Dabei ist fast schon unerheblich, ob diese Haltung eine symbolische Figur der Verweigerung bleibt, oder aber in konkrete Schritte mündet, die nach der Negation des Bestehenden einen alternativen demokratischen Entwurf politischer Gestaltung zu formulieren vermag. Die europäische Politik stehe vor einem „Endspiel“ (S. 495). Varoufakis wählt diese Beschreibung mit Bedacht. Denn das gleichnamige Theaterstück Samuel Becketts zeige in Sachen Autoritätshörigkeit und Sinnlosigkeit auffällige Parallelen zur Politik des europäischen Establishments unserer Zeit. Die vorstehend angedeutete Haltung der Verweigerung deutet zumindest die Möglichkeit an, diese Logik des Establishments zu durchbrechen.

Was also bleibt? Zunächst einmal der Eindruck eines überaus packenden Bandes, der jenseits der konkreten Thematik sowohl zum Politthriller als auch zum politischen Lehrbuch taugt. Denn die Einblicke, die Varoufakis in die Verhandlungsabläufe beim IWF, der EZB, der Eurogruppe, der Troika und bei anderen globalen politischen Spitzengremien und -institutionen ermöglicht, sind beeindruckend. Nicht minder bemerkenswert sind die Schilderungen von Gesprächen mit politischen Beglei-

tern, Weggefährten oder der globalen politischen Elite. Beides zusammengenommen vermittelt einen nachhaltigen, praktischen Eindruck davon, wie im 21. Jahrhundert kollektiv bindende Entscheidungen – zum Teil im Weltmaßstab – hergestellt werden.

Jenseits dieser funktionalen, mitunter entlarvenden Perspektive in die Hinterzimmer der globalen Politik bleibt zudem noch eine zarte Andeutung einer Handlungsalternative, einer Alternative zur politischen Gestaltung für all diejenigen, die sich sicher sind, dass die Griechenlandkrise am Ende eben nicht bloß ein griechisches Problem, das Problem eines in Finanzdingen notorisch sorglosen, gar unzuverlässigen Landes gewesen ist. Im Epilog findet sich ein bemerkenswerter Satz. Nach seinem Rücktritt als Finanzminister, so Varoufakis, sei er sich zunehmend sicherer geworden, dass eine Antwort jenseits nationaler Partikularismen die einzige echte Option sei: „Der einzig gangbare Weg, um zugleich der Machtelite und der nationalistischen Internationale, die sie hervorgebracht hatte, die Stirn zu bieten, war die Gründung einer paneuropäischen, demokratischen, humanistischen Bewegung, deren Ziel es ist, damit Erfolg zu haben, woran die Generation von 1929 scheiterte: über Grenzen und politische Gegensätze hinweg den Niedergang in postmoderne Dreißigerjahre aufzuhalten“ (S. 594). Denn – so die fundamentale Einsicht, die diesem Appell vorausgeht – der Konflikt zwischen Demokratie und globalem Finanzkapitalismus betrifft eben nicht bloß einzelne Staaten, wenngleich das im Falle Griechenlands so ausgesehen haben mag. Er be- und vor allem: er trifft Menschen.

Das Ende des Bandes lässt mit Blick auf den Ausgang des Konflikts wenig Hoffnung: Für Griechenland geht er verloren. Auch die Niederlage gehört zur universellen Geschichte, zur Geschichte unserer Zeit, deren feine Verästelungen Varoufakis souverän entfaltet.

Cum hoc ergo propter hoc – Zwischen Korrelation und (Schein-)Kausalität

Von Marschel Schöne und Martin Herrnkind

Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin 2017, (*Bezugsadresse*: www.verfassungsschutz.de), 336 S.

Thomas de Maizière, bis 2017 Bundesinnenminister, honorierte im Namen der Regierung den Verfassungsschutzbericht 2016: Er zeige „eindrücklich, welche umfassende Aufklärungsarbeit geleistet“ werde. „Erst diese Arbeit versetzt uns in die Lage, entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.“¹ Die Bundesregierung hob in Sachen Verfassungsschutz hervor, dass „sachgerechte Informationen die notwendige Voraussetzung für die gebotene politische Auseinandersetzung mit Extremismus“ seien.² Die logische Zuordnung von Ursache und Wirkung, mithin das Wesen der Kausalität, soll Ordnung schaffen und Willkür begrenzen. Scheinkausalitäten sind indes Fehlschlüsse, die willkürlichen Charakter tragen und damit nicht der Logik folgen, dass Zustand A die kausale Ursache für die Wirkung B ist, wenn B von A herbeigeführt wird.

In medias res: Der Verfassungsschutz soll als repressive Kontrollinstanz eine Art Frühwarnsystem vor Gefahren der Demokratie sein und die bürgerliche Freiheit vor den Intoleranten schützen.³ Der Verfassungsschutzbericht stellt die Arbeitsergebnisse des Verfassungsschutzes der Öffentlichkeit vor und soll die Akzeptanz der Behörde bei der Bevölkerung verbessern.⁴ Er ist damit ein elementarer Teil der Public Relations des Nachrichtendienstes.⁵ Heute wie 1968, wenn auch kompakter,⁶ beschreibt der Bericht verfassungsfeindliche Aktivitäten im jeweiligen Berichtsjahr, ermöglicht damit einen enormen Längsschnitt durch extremistische Gruppierungen

1 Bundespressekonferenz live dokumentiert durch den Fernsehsender Phoenix am 4. Juli 2017 um 09:15 Uhr.

2 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/4654, S. 31.

3 Vgl. Karl Raimund Popper, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bern 1957, S. 359; Thomas Grumke/Rudolf van Hüllen, *Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Perspektiven*, Opladen u. a. 2016, S. 13 ff.

4 Vgl. ebd., S. 169.

5 Vgl. H. Joachim Schwagerl/Rolf Walther, *Der Schutz der Verfassung. Ein Handbuch für Theorie und Praxis*, Köln u. a. 1968; Armin Pfahl-Traughber, *Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes. Notwendigkeiten für den Demokratieschutz und Voraussetzungen für ihre Umsetzbarkeit*, in: Thomas Grumke/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes*, Opladen/Farmington Hills 2010, S. 15-32.

6 Vgl. Grumke/van Hüllen (FN 3), S. 172.

und ist als Informationsquelle zum politischen Extremismus weitgehend etabliert,⁷ schon weil sie – analog zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) – numerischen Halt bietet, während der Erkenntnisgewinn vergleichsweise gering ausfällt.

Äußerlich folgt der aktuelle Bericht seinen Vorgängern. Er gliedert sich in die durch Sicherheitsbehörden definierten Phänomenbereiche Politisch motivierte Kriminalität (PMK): Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus/islamistischer Terrorismus, Ausländerextremismus (ohne Islamismus), Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten sowie die Scientology-Organisation. In den Kapiteln zeigen sich Variationen aktueller Entwicklungen. So sind erstmals die „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ und deren Gefährdungspotenzial aufgenommen (S. 89-97). Die differenzierte Betrachtungsweise suggeriert indes eine Klarheit, die es bei näherem Hinsehen so nicht gibt. Allein die notwendigen Definitionsprozesse sind alles andere als trivial, da sich beispielsweise der Begriff „Terrorismus“ auf über hundert verschiedene Weisen definieren lässt.⁸

Erkenntnistheoretisch leiten sich staatliche Definitionen stets von ihrem spezifischen Interesse ab – so auch im aktuellen Bericht. Unter dem Oberbegriff „Islamismus“ tauchen zwar die „üblichen Verdächtigen“ wie Milli Görus, Hamas, Hisb Allah, Islamischer Staat (IS) oder Al-Quaida auf (S. 154), nicht aber die kaum weniger religiös-dogmatischen wahhabitischen Strömungen des mit der deutschen Regierung befreundeten Saudi-Arabiens. Das staatliche Erkenntnisinteresse schränkt in der Praxis die Frage des Sichtbaren ein, weil es den Fakten erfassenden Behördenraum im Zuge einer rechtspositivistischen Verdachtskultur zum Raum des Möglichen und des Unmöglichen macht. Anders ausgedrückt: zum Raum des Denkbaren und deshalb für die Verfassungsschützer Sichtbaren und nicht zuletzt Stigmatisierbaren.⁹ Und zum Raum des Undenkbaren – und daher behördlich Unsichtbaren. Was von staatlichen Institutionen als „Terrorismus“ bezeichnet wird, klammert bisweilen hoch relevante Phänomene von vornherein aus. So verzeichne in Syrien „das Assad-Regime auch dank massiver russischer Unterstützung Erfolge im Kampf gegen Terroristen“ (sic!) „und andere Widerstandsgruppen“ (S. 161). Hier wird offenbar, worauf auch Sebastian Scheerer verweist: „Ob jemand als Terrorist bezeichnet wird, hängt nicht von den Handlungen ab, die er begeht, sondern von dem Standpunkt, auf dem der Beobachter steht: die Terroristen sind immer die anderen.“¹⁰ Solche Eigenschaften amtlicher Definitionen, die sie für amtliche Zwecke geeignet machen, dürften zugleich diejenigen sein, „die sie für wissenschaftlich-analytische Zwecke ungeeignet

7 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Rechtsstaat und Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen 2000, S. 314-332, hier: S. 332.

8 Vgl. Sebastian Scheerer, Die Zukunft des Terrorismus, Lüneburg 2002, S. 20.

9 Zu Stigmatisierungen durch die Verfassungsschutzberichte siehe auch Michael Kohlstruck, Bürgernähe und Bürgerkontrolle schließen sich aus – Der Verfassungsschutz überspannt den Bogen, in: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen/Kulturbüro Sachsen (Hrsg.), Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter, Dresden 2013, S. 117-128, hier: S. 117 ff.

10 Scheerer (FN 8), S. 19.

machen“.¹¹ In diesem Kontext relativiert der Verfassungsschutz regelmäßig selbst seine Analysekompetenz, indem er herausstellt, dass er ein Nachrichtendienst und keine Forschungseinrichtung ist, mithin für repressive und präventive Ziele lediglich Daten sammelt und auswertet.¹² Die angesprochenen Definitionsprozesse haben auch Folgen für die Auswahl und Interpretation der Daten. Hinsichtlich der Relevanz des Berichtes wurde bereits die Analogie zur PKS benannt. Dies gilt umso mehr, da im vorliegenden Bericht direkt auf statistisches Datenmaterial des Bundeskriminalamtes zurückgegriffen wird. Verfassungsschutzberichte belegen wie Kriminalstatistiken staatliche Aktivität und bilden nicht gleichermaßen gesellschaftliche Realität ab. Während die PKS zu etwa 90 Prozent von Anzeigedelikten dominiert wird, spiegelt sich im Verfassungsschutzbericht erheblich mehr Kontrollhandeln des Staates wider.¹³ Die Verarbeitung der so generierten Daten erfolgt oft monokausal und in behördlich konstruierten, linear angelegten Kausalketten, obschon sie an sich multikausaler Natur sind. Der Bericht ist in der Folge nicht auf komplexes Verstehen angelegt, sondern auf deskriptive Reduktion. Er wird auch aus diesem Grund der Komplexität extremistischer und terroristischer Phänomene und Herausforderungen ebenso wenig gerecht wie die gegenwärtige Struktur und Organisation des Verfassungsschutzes, die von der deutschen Verwaltungstradition des ausgehenden 19. Jahrhunderts geprägt ist.¹⁴ In neuerer Zeit steht die Causa des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) exemplarisch für behördlich generierte und determinierte tote Winkel der Erfassung und den wenig zeitgemäßen Aufbau des Verfassungsschutzes, wobei dessen Arbeit durch die offenbaren Defizite einiger Verfassungsschutzämter im Zusammenhang mit dem NSU einen enormen (Image-)Schaden erlitt¹⁵, dem eine intensive, bis heute anhaltende Diskussion zur Reform der Behörden des Verfassungsschutzes folgte.¹⁶

Hinsichtlich des komplexen Verstehens stellt das Bundesinnenministerium fest, dass im Phänomenbereich Politisch motivierter Kriminalität von rechts mehr als das Vierfache an extremistisch motivierten Straftaten verübt wurde als im Phänomenbereich links. Der Bericht verzichtet in diesem Kontext auf eine Differenzierung zwischen der Gesamtmenge politisch motivierter Kriminalität gegenüber ihrer Teilmenge „extremistisch motivierter Straftaten“. Bei letzteren bestünden Anhaltspunkte dafür, „dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prä-

11 Ebd., S. 22.

12 Pfahl-Traugher (FN 5), S. 15 ff.

13 Falco Werkentin, Die politische Moral der Bundesdeutschen und die Effektivität der Dienste, in: Bernd Florath/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Die Ohnmacht der Allmächtigen, Berlin 1992, S. 241-262, hier: S. 253 und 259.

14 Vgl. Grumke/van Hüllen (FN 3), S. 140 ff.

15 Der NSU-Skandal wird in diesem Kontext auch als „der 11. September des Rechtsextremismus in deutschen Ämtern“, so Grumke/van Hüllen (FN 3), S. 181, bezeichnet.

16 Siehe hierzu exemplarisch Grumke/van Hüllen (FN 3); Hans-Jürgen Lange/Jens Lanfer (Hrsg.), Verfassungsschutz. Reformperspektiven zwischen administrativer Effektivität und demokratischer Transparenz, Wiesbaden 2016.

gend sind“. Blicken wir an dieser Stelle auf die Zahlenwerte, so lässt sich eine veritable Definitionsmacht erkennen. Tatsächlich sehen die Behörden von 23.555 rechts motivierten Taten 22.471 als extremistisch an. Von den 9.389 links motivierten Straftaten definieren sie 5.230 als extremistisch. Bei diesen hohen Anteilen lässt sich fragen, welcher analytische Wert den „Verfassungsgrundsätzen“ (der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“) überhaupt noch zukommt.

Der Bericht listet im Weiteren die Verteilung rechtsextremistischer Gewaltdelikte in den Ländern auf. Bei den ostdeutschen Ländern zeigt sich bei den absoluten Zahlen¹⁷ eine klare Dominanz. Analytisch wesentlich ertragreicher wäre die Darstellung der Häufigkeitszahlen gewesen, denn die absoluten Zahlen bieten spärliche Vergleichsmöglichkeiten. Das Jonglieren mit den weitgehend unbrauchbaren absoluten Zahlen setzt sich dann fort. Daran vorbei, dass das Vokabular antiquiert erscheint, da immer noch von „Fremdenfeindlichkeit“ anstatt einfach von „Rassismus“ gesprochen wird (S. 80), konstatiert der Bericht in ähnlicher Weise weiter, dass „rechtsextremistische Parteien“ nicht vom Zuzug Asylsuchender und den damit einhergehenden Spannungen profitieren konnten. Gleichzeitig stiegen die Gewalttaten einschließlich versuchter Tötungsdelikte seit 2014 dramatisch an. An dieser Stelle zeigt sich, dass Hasskriminalität keiner Parteistrukturen bedarf und mithin andere staatliche Reaktionen erfordert als die Konzentration auf institutionalisierte Gruppen oder Parteien. Im Weiteren mag eine zutreffende Analyse sein, dass „Hasspostings“ im Internet ein Klima schaffen würden, „in dem Hemmschwellen zur Gewaltanwendung sinken“ (S. 61). Diese müsste aber kontrastiert werden mit der öffentlichen Wirkung massenmedialer asylkritischer Äußerungen von Seiten rechtspopulistischer Protagonisten oder sogar Angehörigen etablierter Parteien. Als mindestens originell erscheint es, dass bei den „Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten“ (S. 70) Widerstandsdelikte (gegen Polizeibeamte) auftauchen (S. 31). Hier hätte eine Erläuterung dem aufklärerischen Wert der Statistik gut getan.

Bemerkenswert erscheint der Rückgang des Personenpotenzials „bei nicht gewaltorientierten Gruppierungen“. Beispielhaft führt der Bericht die Milli-Görus-Bewegung an, wo ein „signifikanter Rückgang“ festzustellen sei. Dies könne unter anderem „auf den Reformprozess innerhalb der Islamischen Gemeinschaft Milli Görus e.V. (IGMG) zurückzuführen sein, der eine Mäßigung und infolgedessen einen schwächer werdenden Extremismusbezug der Vereinigung nach sich zieht“. An dieser Stelle wird also problematisches Personenpotenzial mit politischen Reformbewegungen einer Organisation gleichgesetzt. Insbesondere im religiösen Kontext erscheint es höchst fragwürdig, von Top-Down-Reformen auf Einstellungsmuster einer Basis rückzuschließen. Etwas mehr Differenzierung hätte es weiterhin bei der Verbindung mit Strategien des IS und der Flüchtlingsbewegungen bedurft. Der IS, so der Bericht, schrecke nicht davor zurück, die Zuwanderungsbewegung zu nutzen,

17 Zum fragwürdigen Gebrauch absoluter Zahlen im Verfassungsschutzbericht vgl. Clemens Kaupa, Stabile Nazis, in: *juridikum* 2 (2010), S. 113 f., hier: S. 113.

indem er unter den Flüchtlingen Attentäter nach Europa schleust oder Flüchtlinge in Deutschland für terroristische Anschläge rekrutiert. Dafür mag es in Einzelfällen Belege geben. Im Umkehrschluss wäre das Problem aber nicht gelöst, wenn wir uns die Zuwanderungsbewegung wegdenken würden. In der globalisierten Welt finden Terrororganisationen stets Wege des Einschleusens. Die undifferenzierte Position des Berichts befeuert den ohnehin aufgeladenen Diskurs um Flucht und Asyl. Die behördliche Wahrnehmung einschließlich ihrer eingeschränkten und einschränkenden Analyseraster kommt hier einmal mehr an ihre Grenzen und verzerrt das Bild, das sie klar zeichnen will.

Unter dem Strich ist der lediglich auflistende und monokausale Charakter des Verfassungsschutzberichtes mehr quantitatives Verwalten als qualitatives Verstehen. Dies erschwert einen inhaltlichen Erkenntnisgewinn über Extremismus. Über weite Strecken wirkt der Bericht wie das fade Abarbeiten der allgemeinen Informationspflicht gegenüber den Bürgern. Ein substanzieller Verfassungsschutzbericht muss die nachrichtendienstliche Perspektive um eine wissenschaftlich-analytische erweitern. Der Verfassungsschutz sollte sich nach dem ohne Zweifel sinnvollen und teilweise eine solide Datenbasis schaffenden Erfassen und Beschreiben auch der für die Öffentlichkeit nutzbaren Analyse und Verbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen stellen: dies nicht zuletzt, um als kritische Bestandsaufnahme im Bereich extremistischer Potenziale eine gesamtgesellschaftliche (General-)Prävention auch im Sinne des Konzeptes einer wehrhaften Demokratie zu ermöglichen.¹⁸ Schwierigkeiten ergeben sich selbstredend allein aus der unauflösbaren Ambivalenz des Verfassungsschutzes zwischen dem Geheimen und dem Transparenten¹⁹, in deren Folge er seine Quellen und Methoden der Datenerhebung nicht offenlegen muss und so eine Überprüfung durch eine kritische Öffentlichkeit und die Wissenschaft erheblich erschwert. Dieser Bericht und die ihm zugrundeliegenden behördlichen Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen generieren zu oft Scheinkausalitäten, mithin Fehlschlüsse, die nicht der Logik folgen, dass Zustand A die kausale Ursache für die Wirkung B ist, wenn B von A herbeigeführt wird. Oder anders: *cum hoc non est propter hoc* – mit diesem ist nicht deswegen.

18 Vgl. Grumke/van Hüllen (FN 3), S. 172; Grumke/Pfahl-Traugher (FN 5), S. 15 ff.

19 Vgl. Grumke/van Hüllen (FN 3), S. 190 ff.

Rückblicke auf das Kommende?

Von Oliver Decker

Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 304 S.

Die Fluchtbewegung der Jahre 2014 und 2015 war für die extreme Rechte in Deutschland ein paradoxer Glücksfall. Sie konnte sich konsolidieren und sowohl neue Wählerschichten erschließen als auch eine Parteistruktur mit parlamentarischen Repräsentanten aufbauen, die bis dahin eine öffentliche Nähe zum Rechtsextremismus tunlichst vermieden. Mit steigender Zahl an Menschen, die vor Krieg, Folgen der Erderwärmung, Hunger und Perspektivlosigkeit nach Europa flüchteten, stieg in Europa der Zulauf zu rechtsextremen Parteien. In Deutschland schien lange Zeit der Cordon sanitaire um extrem-rechte Parteien stabil: NPD, DVU oder *Republikaner* schafften zwar wiederholt den Einzug in einzelne Landtage oder in das Europaparlament, aber diesen Parteien gelang nie dauerhaft der Brückenschlag in die konservativen oder bürgerlichen Schichten. Daraus resultierten nicht nur mangelnde Wählerbindungen, besonders fehlt es an qualifiziertem Personal. Nicht unbedingt wegen ideologischer Distanz: Aber im Selbstverständnis der Bundesrepublik war und sind bis jetzt all jene Organisationen und Parteien nicht tolerierbar, die eine inhaltliche oder erklärte Nähe zum Nationalsozialismus erkennen lassen. Insofern waren die Ereignisse des Jahres 2015 für die *Alternative für Deutschland* (AfD) von entscheidender Bedeutung. Zunächst sah es nicht besonders gut aus für die Partei; bis zur Mitte des Jahres hatte sie nach internen Machtkämpfen bei Wählern vorerst deutlich an Attraktivität verloren. Unter Bernd Lucke war sie als Partei gestartet, die den Euro ablehnte und eine vornehmlich liberal-nationalistische Position vertrat. Trotzdem schien sie den Weg vieler kleinerer Parteien der vergangenen Jahre zu beschreiten: Sie zerlegte sich in internen Machtkämpfen selbst. Auch wenn öffentlich vor allem persönliche Gründe für die Machtkämpfe angeführt wurden, leitete der Rücktritt Luckes eine national-konservative Wende der Partei ein. Es kam und kommt seitdem zu offen antisemitischen, revanchistischen oder rassistischen Äußerungen wichtiger Repräsentanten. Interessanterweise wurde auch der nächste Machtkampf um die AfD-Spitze in der Öffentlichkeit vor allem als ein Kampf von Personen wahrgenommen, nicht um Ideologien. Trotzdem kann man nach diesem letzten Wechsel an der Parteispitze – von Frauke Petry zu Alexander Gauland – eine inhaltliche Neugewichtung sehen. Die völkisch-nationalen Positionen gewannen nicht zuletzt in den ostdeutschen Landesverbänden der Partei an Hegemonie, doch auch in westdeutschen Landesparlamenten sind die Brücken zur extremen Rechten, etwa durch ehemalige oder aktive NPD-Kader als Parlamentsmitarbeiter, verfestigt. Die konsequen-

te Rede vom „Rechtspopulismus“ (jenseits der wissenschaftlichen Begriffsbildung) legitimiert nun die extrem-rechten Inhalte als Rechtsextremismus „light“. Ein Cordon sanitaire sieht anders aus. Er ist wohl auch so schnell nicht wieder zu errichten, weil bürgerlich-konservative Milieus die autoritären Kräfte nicht nur stützen, sondern in ihnen auch einen Bündnispartner für eigene politische Ziele erkennen.

An dieser Stelle setzt Volker Weiß' Buch mit der These an: „Dieses Potential des Konservativen, sich im Zweifel bis zur eigenen Auflösung zu radikalisieren, lässt die Geisteswelt der Neuen Rechten historisch wie gegenwärtig weit in das faschistische Terrain hineinragen“ (S. 12). Wem dies allerdings als bloßes Ergebnis der Fluchtmigration nach Europa erscheint, der ginge fehl, so Weiß' historische Rekonstruktion. Zwar hat die große Zahl an Flüchtlingen das Thema geliefert, welches wie in einem Kristall rechtsextreme, konservativ-nationale und völkische Bewegungen zusammenbrachte. Wie sehr aber diese Bündelung das Ergebnis einer längeren Entwicklung ist, das zeigt Volker Weiß' Schrift. Man vergisst zu schnell nicht nur Thilo Sarrazins Untergangsszenario *Deutschland schafft sich ab*, sondern auch die damals schon sichtbare „Habachtstellung und ersehnte [...] Eskalation“ (S. 25), wie sie etwa im bürgerlichen Publikum des Münchener Literaturhauses bei der Diskussion von Sarrazin mit Armin Nassehi um jenes Buch sichtbar wurde. Volker Weiß legt deshalb eine Analyse von brennender Aktualität vor. Er zeichnet luzide die Entwicklung der autoritären Bewegungen nach, die unter dem Namen Neue Rechte firmieren. Er zeigt die ideologischen und organisatorischen Verbindungen von Publikationsorganen wie *Criticón*, *Blaue Narzisse*, von *Junge Freiheit*, dem Web-Auftritt „Political Incorrect“, der Identitären Bewegung, der Initiative „Ein Prozent“, der AfD oder dem Verlag *Antaios*. Damit liefert Weiß die notwendigen Informationen, um auch Einlassungen von Vertretern demokratischer Parteien in einen Kontext zu stellen. Nach der Lektüre von Weiß' Buch über die Wurzeln der „autoritären Revolte“ wird man eines verstehen: Die politische Polarisierung der deutschen Gegenwartsgesellschaft ist die Reaktion auf die seit Jahrzehnten nachlassende Hegemonie national-konservativer Politik. Diese Entwicklung mündet, so Weiß' berechnete weitere These, in eine Anti-Moderne-Bewegung. Leicht wäre es, die Geburtsstunde der Neuen Rechten mit dem Jahr 1968 zu benennen (S. 28). So leicht hat es sich Weiß allerdings nicht gemacht und man merkt schnell, dass diese Rechte so neu nicht ist. „Vieles, was die Neue Rechte propagierte, fand sich bereits in den Texten von Autoren der Weimarer Zeit wie Oswald Spengler, Ernst Jünger, Ernst von Salomon und Arthur Moeller van den Bruck“ (S. 37). Die Rede von „Identität“, „Raum“ oder „abendländischer Kultur“ hatte in den Rassentheorien bereits ihren Platz. Die inhaltlichen Kontinuitäten und personellen Verflechtungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nachzuzeichnen und bis heute zu verfolgen, ist Weiß' Verdienst. Dabei wird durchaus sichtbar, dass etwas neu ist an dieser Rechten, aber das gilt nicht für die Ideologie, sondern für ihre Propagandaformen.

In Teilen gestattet das Buch Rückblicke auf das Kommende. Denn Weiß hat in seinem Buch nicht nur den geschichtswissenschaftlichen Nachvollzug im Blick, er lässt ihn ebenso in eine Analyse der Moderne einmünden: Beispielhaft ist das Ver-

hältnis der Neuen Rechten zum Islam zu nennen und das ganz anders gelagerte Spannungsverhältnis zum Judentum. Beim ersten Blick auf die aktuelle politische Landschaft mag es so scheinen, dass der Islam der größte Feind der Konservativen und Neuen Rechten sei. Weiß kann aber belegen: „Ihr Hauptfeind ist nicht die Lehre Mohammeds, sondern die globale Moderne mit all ihren Konsequenzen“ (S. 22). Hier verbindet sich die Identitätspolitik der Neuen Rechten mit jener des Islamismus. Weiß zeigt entlang von Carl Schmitts Schrift *Der Partisan* den ideologischen Untergrund der Neuen Rechten, wenn diese zwischen „wirklichem Feind“ und „absolutem Feind“ unterscheidet. Erster macht sich durch – auch selbst gewählte – Identitätsmerkmale kenntlich und beschreibbar. Unabhängig von der Feindschaft, die aus der Konkurrenz resultiert, bestätigt er so die Existenz und Berechtigung von „Identität“ als (Volks-)Gruppe. Anders ist es beim „absoluten Feind“: Er ist die völlige Negation der Identität (S. 214 und S. 225). Diese Bedrohung wird personifiziert: „Ein Indiz dafür ist, dass der Kampf aller hier diskutierten autoritären Strömungen vor allem der Emanzipation jener Gruppen gilt, die durch die Aufklärung erstritten wurden: Juden, Frauen und Homosexuelle“ (S. 261). Dieser Befund ist nicht der einzige, aber ein wesentlicher Schlusspunkt der Analyse von Volker Weiß. Sie erhält derzeit alltägliche Plausibilität und ist wahrscheinlich auch deshalb durchaus als parteiischer Eingriff geschrieben. Der Qualität seiner Arbeit tut dies keinen Abbruch.

Was zerbricht hier eigentlich – der Westen oder der Zusammenhalt der liberalen Demokratien in Europa?

Von Philipp Gassert

Heinrich August Winkler, *Zerbricht der Westen? Über die gegenwärtige Krise in Europa und Amerika*, München 2017 (C.H. Beck), 493 S.

Der Band setzt Heinrich August Winklers monumentale *Geschichte des Westens* in ihren letzten ereignisgeschichtlichen Verästelungen bis in die jüngste Vergangenheit des Sommers 2017 fort, mit dem Hamburger G20-Gipfel als Endpunkt eines kurz vor Drucklegung nachgeschobenen „Postscriptums“. Winklers große Erzählung reichte in bisher vier Bänden „Von den Anfängen in der Antike“ (2009), über das „Zeitalter der Weltkriege“ (2011) und „Vom Kalten Krieg zum Mauerfall“ (2014) schon einmal bis in die „Zeit der Gegenwart“ (2015). Sie lief mit der russischen Invasion auf der Krim 2014 aus, die den Zusammenbruch der „Nach-Kalte-Kriegsordnung“ markiert habe. Wladimir Putins Offensive gegen die Ukraine beendete den unipolaren Moment der USA. Seit 2014 würden mit dem Brexit, Donald Trumps Wahl sowie dem Vormarsch rechter Populisten und Nationalisten die „Grundlagen der repräsentativen Demokratie“ massiv hinterfragt. Es sei daher „keine Übertreibung, von einer gemeinsamen Herausforderung des Westens insgesamt zu sprechen“ (S. 10).

Das ausgesprochen düstere Szenario eines potentiellen „Zerbrechens des transatlantischen Westens“ ist nur vor dem Hintergrund von Winklers bekannter Großthese verständlich. Er rekapituliert sie im einleitenden Kapitel („Europäische Werte oder westliche Werte?“): Der Westen sei ein normatives Projekt, dessen Grundlagen in der Trennung von geistlicher und weltlicher sowie ständischer und fürstlicher Gewalt seit dem europäischen Mittelalter gelegt worden seien. Diese Differenzierung habe sich nur im Einflussbereich der römischen Westkirche durchgesetzt – wenn auch zum Teil gegen den Widerstand religiöser Autoritäten. Das orthodoxe Ost- und Südosteuropa (sowie der außereuropäische „Rest“) hätten die Voraussetzungen korporativer und individueller Freiheit niemals geschaffen, wie sie als universale Menschenrechte in den atlantischen Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts erklärt worden seien. Dass „der Westen“ immer wieder gegen die eigenen Werte verstoßen habe (Kolonialismus, legalisierte Rassendiskriminierung, Angriffskriege), fließt Winkler flott aus der Feder. Er hat sich inzwischen fast schon eine moderat postkoloniale Perspektive zu eigen gemacht. Da sich der Westen seiner Defizite zunehmend bewusst geworden sei, sei aus dem normativen Projekt ein normativer Prozess geworden.

Hat dieser normative Prozess der Ausweitung der liberal-demokratischen Sphäre nun seinen Höhepunkt überschritten? Winkler legt es in seiner pessimistischen Gesamtschau nahe. Zwar hält er einen Kurswechsel (noch) für möglich, wenn er sich etwa an den Strohalm der französischen Wahlen 2017 klammert. Die Vorzeichen für eine engere deutsch-französische Zusammenarbeit seien wieder günstiger. Es hänge vom Westen selbst ab, ob dessen normatives Projekt „seine weltweite Ausstrahlung bewahren“ könne. Diese dünne Hoffnung straft seine sorgenvolle Tour d’horizon Lügen. Es beginnt mit dem verfahrenen Verhältnis zwischen der EU und der Türkei. Es folgen Kapitel zu den zentrifugalen Tendenzen der Währungsunion; zu den Defiziten europäischer Governance-Strukturen („Wer spricht für Europa“); zu Vergangenheit und Gegenwart transatlantischer Missverständnisse; zur problematischen halbhegemonialen Rolle Deutschlands in Europa (durch den Brexit verschärft). Er vermisst völlig zu Recht eine europäische Strategie zur Bewältigung von Flucht- und Einwanderungsprozessen; er zweifelt an einer europäischen Identität („In Vielfalt vereint?“). Mit dem Brexit und dem neuen ungarischen, polnischen, tschechischen usw. Nationalismus ist das europäische Projekt in seinem Kern bedroht. Es geht schnurstracks nach unten.

Winkler ist stets der brillante Erzähler, souveräne Chronist und scharfsinnige Beobachter des Zeitgeschehens, aber selten der systematische Analytiker. Die strukturellen Ursachen für die „Krise der liberalen Demokratie“ und die nachlassende Attraktivität des westlichen Narrativs stellt er recht allgemein und fast ohne Rückgriff auf politik- und sozialwissenschaftliches Anregungspotential dar. In beiden Schlusskapiteln („Zerbricht der Westen?“; „Zeit der Zerreißproben: Ein Fazit“) werden die Stränge unter analytisch weichen Begriffen wie „Krise“, „Zerbrechen“, „Zerreißen“ zusammengeführt. Als primäre Ursache für die populistische Revolte sieht Winkler soziale Ungleichheit, eine gegenwärtig konsensuale Behauptung, die angesichts des enormen gesellschaftlichen Wohlstands wenigstens hinterfragt werden müsste; an zweiter Stelle identifiziert er die (schon in den 1970er Jahren einsetzende) neue Globalisierung sowie drittens die „Internet-Revolution“ (S. 404). Letztgenannte hat heute fast 30 Jahre auf dem Buckel: Eher sind es die „sozialen Medien“ als das Internet, die dem Populismus ungeahnte Resonanzräume eröffneten. Winkler geht es nicht um systematische Ursachenforschung. Er schafft ein ereignisgeschichtliches Referenzwerk, will wie ein moderner Thukydides künftige Generationen mit Erzählungen von heutigen Kämpfen und Krisen ermahnen.

Winkler will aufrütteln, politische Reflexion provozieren. Er appelliert an die Verteidiger der liberalen Demokratie beiderseits des Atlantiks, gegen Trump & Co. zusammenzuhalten. Er sieht Europa in der Pflicht, „in wichtigen Fragen mit einer Stimme zu sprechen“ (S. 11), um den Platz der liberalen Demokratie in der Welt zu sichern. Es fehlt jedoch an konkreten Ideen, wie die überwiegend hausgemachte, Kultur- und Mentalitätskrise „des Westens“ überwunden werden könnte. Das pessimistische Bild einer ausweglosen Krise ohne sichtbaren Ausweg folgt direkt aus der normativen, nachgerade teleologischen Gleichsetzung der westlichen Geschichte mit dem langen Weg zur liberalen Demokratie. Zwar hatte die liberale Demokratie ihre

Ursprünge im westlichen Kulturraum. Doch sie war dort bis in die jüngste Zeit keineswegs dominant, wie Winkler natürlich weiß; auch Marxismus und Faschismus sind westliche, weil europäischem Boden entwachsene Ideologien, auch Benito Mussolini, Wladimir I. Lenin und Erich Honecker sind Produkte der westlichen Moderne. Der nachhaltige Durchbruch der liberalen Demokratie erfolgte spät. Ihre Anfänge in den geographisch isolierten USA waren prekär. In Frankreich, dem zweiten Mutterland der Demokratie, folgten bis ins späte 19. Jahrhundert hinein auf revolutionäre und demokratische „Durchbrüche“ regelmäßige drastische restaurative oder autoritäre „Rückschritte“.

In der langen Sicht eines kontinuierlichen „Auf und Ab“ der liberalen Demokratie in Europa wirkt die gegenwärtige Krise weniger existentiell. Hinzu kommt – als zweiter kritischer Einwand – eine Zurückweisung von Winklers These, dass die liberale Demokratie nur im Westen gedeihe. Wären nur „westliche“, d. h. historisch dem transatlantischen Kulturraum zurechenbare Gesellschaften, zur liberalen Demokratie fähig, dann sähe es um deren Zukunft in der Tat übel aus. Völlig zu Recht spricht Winkler einen wunden Punkt der supranationalen europäischen Integration an: Zentralen Institutionen wie EU-Kommission und Europaparlament mangelt es an demokratischer Legitimität. Dies ist ein Einfallstor für rechte Populisten. Sollten aber „westliche“ Werte interkulturell anschlussfähig sein, wofür es mehr als nur oberflächliche Anzeichen gibt, da die liberale Demokratie auch in Korea, Taiwan oder Indien gedeiht, dann läge es nahe, nach Anregungen zur Reform der dysfunktionalen Struktur der EU auch außerhalb des historischen Westens zu suchen. Da für Winkler „der Westen“ als normatives Projekt an einen bestimmten kulturellen Kontext gebunden zu sein scheint, vergibt er, wie viele der in Nabelschau gefangenen heutigen Europäer, die Chance, sich außereuropäisch inspirieren zu lassen. Das ist, wie Dipesh Chakrabarty das nannte, eine „provinzielle“ europäische Haltung.

Damit springt der Band nicht allein analytisch zu kurz, sondern er ist auch als präskriptiver Text wenig befriedigend. Sollte es darum gehen, was Winkler vehement fordert, dass Europa in wichtigen Fragen mit einer Stimme spricht, damit sein normatives Projekt seine „weltweite Ausstrahlung behalten kann“ (S. 422), dann sollte sich „der Westen“ schleunigst nach existierenden Lösungen außerhalb Europas umsehen. Die große Ratlosigkeit unserer Verteidiger der liberalen Demokratie ist auch Folge fehlender Phantasie und kultureller Arroganz. Es sei daran erinnert, dass die „Wiedergeburt Europas“ nach 1945 dem „überseeischen Impuls“ des „Geburtsheifers“ Amerika mit zu verdanken war, wenn auch viele Europäer darauf mit kulturellen Ressentiments und harschem Antiamerikanismus reagierten. Warum sollten sich Europa und der Westen nicht erneut von einem „fremden Anderen“ inspirieren lassen? Ich denke nicht an Russland oder China, sondern an den „globalen Süden“. Die Republik Indien beispielsweise, bald das bevölkerungsreichste Land der Erde, versteht sich als Demokratie und agiert wie ein Nationalstaat, ungeachtet tiefer sozialer Zerklüftungen und einer hohen kulturellen und sprachlichen Heterogenität (Indien hat in etwa so viele offizielle Sprachen wie die EU). Auch die Republik Südafrika folgt diesem Modell. Beide Länder sind wie die USA postkoloniale Ausgrün-

dungen des britischen Empire. Sie scheinen als multilinguale, ethnisch, rassisch und religiös heterogene Staaten halbwegs zu funktionieren und sprechen, bei allen ungelösten inneren Konflikten, in ihren Außenbeziehungen mit einer Stimme. So wie es sich Winkler für Europa erhofft.

Das „indische“ oder „südafrikanische Modell“ ist genauso wenig wie „das amerikanische Modell“ direkt auf das alte Europa übertragbar. Aber es zeigt, dass kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserer Zeit kein Hindernis dafür sein muss, ein übergeordnetes politisches Entscheidungszentrum zu schaffen, dieses demokratisch zu legitimieren und die historischen Gegensätze sprachlicher, kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Natur in der Balance zu halten. Winkler diskutiert derartige Fälle nicht einmal im Ansatz, um Alternativen zu dem unbefriedigenden „weiter so“ in der EU zu entwickeln. Auch aus diesem Grund ist dieser jüngste Band seiner *Geschichte des Westens* so enttäuschend, weil er nur Krisenszenarien aneinanderreihet. Wenn es uns darum geht, die Ausstrahlung der „westlichen“ Demokratie zu erhalten, um gegenüber „autoritären Demokraten“ wie Viktor Orbán und Recep Tayyip Erdoğan nicht ins Hintertreffen zu geraten, dann sollten sich liberale Demokraten in Europa geistige Partner und Vorbilder auch außerhalb ihres eigenen Kulturkreises suchen. Europäische Nabelschau, wie der gebetsmühlenhafte Verweis auf das von sprachlicher und ethnischer Konkurrenz geprägte, angeblich unhintergehbare nationale Organisationsprinzip Europas, wie es jetzt die rechten Populisten instrumentalisieren, dürfte kaum Auswege aus der Sackgasse bieten. Einer Weiterentwicklung des „normativen Projekts“ des Westens dient das wenig. Was hier zerbricht, ist nicht der Westen. Dieser hat den Zerfall der liberalen Demokratie in der Zwischenkriegszeit, den Faschismus und auch den Kommunismus überlebt. Vielmehr zerfällt mit dem Projekt einer immer engeren Europäischen Union der Zusammenhalt der liberalen Demokratien in Europa.

Kurzbesprechungen

Nancy Aris, Das lässt einen nicht mehr los. Opfer politischer Gewalt erinnern sich, Leipzig 2017 (*Evangelische Verlagsanstalt*), 462 S.

Das ist ein Buch, das über besondere Menschen berichtet und Beachtung verdient. Es ist allen zu empfehlen: jenen, die schon glauben, alles über die kommunistische Diktatur zu wissen, ebenso wie jenen, die noch immer glauben, die SED-Diktatur sei nicht so schlimm, nicht so unrechtsstaatlich, nicht so inhuman gewesen, wie es einige „Kalte Krieger“ wieder und wieder behaupten.

Nancy Aris, stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, versammelt 32 Lebensbeschreibungen von Männern und Frauen, die zwischen 1926 und 1963 geboren sind. Grundlage für diese Texte bilden Interviews, die Ralf Marten und Utz Rachowski im Auftrag des Landesbeauftragten im Jahr 2010 führten. Sämtliche biographische Texte enthalten ausführliche, durchweg interessante, fast immer tief berührende Originalzitate aus diesen Interviews. Im Zentrum der Erzählungen stehen Verfolgungserfahrungen.

Alle Porträtierten gerieten als Jugendliche oder sehr junge Erwachsene in Konflikt mit dem kommunistischen Staat. Knapp die Hälfte erlitt Verfolgung und Haft in der Sowjetischen Besatzungszone. In fast allen Erzählungen wird sichtbar, dass die Gründe für Verhaftungen, Verurteilungen und langjährige Haft so vielfältig wie banal sein konnten, zuweilen jeder rationale Grund schlichtweg fehlte. Von einer Möglichkeit zur juristischen Verteidigung konnte ebenso wenig die Rede sein wie es überhaupt rechtsstaatlicher Ansätze ermangelte. Doch nicht diese Umstände erschüttern noch heute, sind sie doch kontinuierlich in der Publizistik und Wissenschaft herausgearbeitet worden. Die lebendigen Schilderungen der Haftzeit hingegen, die zum Teil unglaublichen Haft- und Lagerumstände, machen auch noch Jahrzehnte später fassungslos, traurig und berühren zutiefst. Dabei schlägt besonders zu Buche, dass Nancy Aris einen wohltuend sachlichen Stil pflegt, der angesichts der zum Teil nur schwer aushaltbaren Schilderungen zu würdigen ist.

Kritisch sind zwei Punkte anzumerken: Erstens existiert in dem Buch ein gewisses Ungleichgewicht insofern, als die Honecker-Ära nur mit wenigen Porträts berücksichtigt worden ist. Zweitens kommt hinzu, dass der Opfer-Begriff nicht reflektiert eingesetzt wird. Denn eine Reihe der Porträtierten, wie zum Beispiel Stefan Welzk, Helmut Nitzsche, Harald Bretschneider, Bernd Albani oder Günter Buchenau, zählt im eigentlichen Sinne nicht zu den „Opfern“ des Systems, sondern zunächst zu den Widerstandsakteuren gegen die Diktatur. Das trifft auf eine Vielzahl weiterer Personen zu, hingegen wurden einige der Männer und Frauen Opfer, weil sie mehr oder weniger ohne aktives Zutun in die Repressionsmaschinerie gerieten. Diese Unterscheidung ist gerade im Hinblick auf die Charakterisierung des Systems

als Diktatur nicht unerheblich. Insofern erinnern sich hier nicht „Opfer politischer Gewalt“, wie der Untertitel suggeriert, sondern überwiegend Widerstandsakteure und Oppositionelle. Ungeachtet dieser Einwände ist dieses Buch dringend zur Lektüre zu empfehlen. Es eignet sich hervorragend für den Schulunterricht wie für die politische Bildung.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Michele Barricelli/Michael Jung/Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), *Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus*, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 303 S.

Dietmar Süß, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. *Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich*, München 2017 (*C.H. Beck*), 302 S.

Die Geschichte der Universitäten ab 1933 ist gut erforscht, die der Technischen Hochschulen (TH) blieb dagegen lang weitgehend unbeachtet. 18 Autoren schließen die Lücke und untersuchen nach einem einführenden Kapitel die „Personalpolitik an den Technischen Hochschulen nach 1933“ (Berlin, Wien, Hannover), „Die Rolle der Studierenden“ (Rostock, Hannover, Jena, Danzig), „Die Handlungsspielräume von Wissenschaft“ (Hannover, Darmstadt) und den (späten) „Umgang“ mit „Vergangenheit und Erinnerung nach 1945“ (Braunschweig, Göttingen, Darmstadt).

Die 13 Hochschulen und drei Bergakademien lehrten betont praxisorientiert, sie sprachen eine andere Studentenklientel an. Im politischen Anpassungseifer standen sie den Universitäten indes nicht nach. Vielmehr ergriffen sie die Initiative bei der „Gleichschaltung“ des Personals, beim Ausschluss jüdischer Studenten bis zur Umstellung der Forschungsprojekte auf Rüstungs- und Kriegsbelange. Michael Grüttner vermittelt einleitend Grundlagen, z. B. über die Zentralisierung, die polykratische Struktur des Wissenschaftsbetriebs, die präferierte Förderung technischer gegenüber den geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen und über die politische Einflussnahme durch den NS-Staat. Zwei Fallstudien gehen ins Detail: zu Werner Osenbergs Forschung für den „Endsieg“ in Hannover sowie zur Beteiligung der TH Darmstadt am „Vorhaben Peenemünde“ (S. 241).

Alle Beiträge sind faktenreich und sorgfältig recherchiert. Stellvertretend sei auf zwei weitere verwiesen: Der Aufsatz über die TH Berlin widmet sich – neben der Umsetzung der NS-Richtlinien und Gesetze zur „Arisierung“ – dem Wirken der Rektoren und dem ab 1944 auf dem Gelände errichteten „Ostarbeiterlager“. Womit sich Wissenschaftler zur Neuberufung auf einen der begehrten Lehrstühle qualifizierten, erfährt der Leser am Beispiel der TH Wien.

Die ebenso breit gefächerte Gesellschaftsanalyse von Dietmar Süß ist Teil der siebenbändigen Reihe „Die Deutschen und der Nationalsozialismus“. Sie veranschaulicht detailliert und in flüssiger Sprache, wie der Machtmechanismus des NS-Staates und die Deutschen bis 1945 funktionierten. Nicht jeder war der NS-Propaganda verfallen, doch der „Prozess der Veralltäglichen der NS-Diktatur hatte seine eigene Geschwindigkeit und seine spezifische Gewalt“ (S. 12 f.). Süß versteht es, neben

Fakten Passagen aus Briefen und Tagebüchern geschickt einzufügen. Einsteigern in das Thema sei diese unterhaltsam-lehrreiche Lektüre ausdrücklich empfohlen.

Süß untersucht den Mechanismus des polykratischen NS-Staates an vier Kernpunkten: „Terror und Begeisterung“, „Führer‘ und Gefolgschaft“, „Kriegerische Volksgemeinschaft“, „Glauben, sterben und überleben“. Seine Betrachtung gestattet immer wieder den Blick auf den Einzelnen. Die Unterteilung der Deutschen in zwei Klassen, wie „arisch“ und „nicht-arisch“ oder „nützlich“ und „unnütz“, durchzieht alle Kapitel. Am Beispiel des „deutschen Grußes“ offenbaren sich die „Anpassungszwänge“: Er „forderte den Einzelnen täglich neu heraus, in beinahe jeder Stunde“ (S. 51). Schleichend setzte die Manipulation der Menschen ein, sie drang bis in die Familie und formte die Deutschen zur gestaltlosen Masse.

Was wussten die Deutschen über die Verbrechen an den jüdischen Nachbarn oder in den Vernichtungslagern im Osten? Wieso prangerten die Kirchen das Unrecht gegenüber den Juden nicht ebenso an wie die „Euthanasie“? Süß erläutert den Niedergang der Moral und widerlegt überzeugend die 1945 oft verwendete Phrase „Davon haben wir nichts gewusst.“

Dorit Seichter

Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017 (*Pantheon*), 206 S.

Charlotte Theile, Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten, Zürich 2017 (*Rotpunktverlag*), 191 S.

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) bietet Anlass zu vielen Fragen. Zwei dieser Fragen sind: Was will die AfD und – für die Gegner der Partei von besonderer Bedeutung – wie kann deren Einfluss beschnitten werden? Die Leser der Bände werden bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen nur begrenzt informierter sein. Dies liegt nicht daran, dass beide Bände aus der Feder von Journalisten stammen, dem Mitarbeiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Justus Bender, und dem Redaktionsmitglied der *Süddeutschen Zeitung* mit deutscher und schweizerischer Staatsbürgerschaft, Charlotte Theile. Beide liefern gute Texte und Beschreibungen, bleiben in ihren Ausführungen aber zu Recht hinter den reißerischen Titeln ihrer Bücher zurück.

Justus Bender erarbeitet die These, dass gerade die Medien zum Erfolg der AfD beigetragen haben. Der einzelne AfD-Anhänger, so Bender, will keine Diktatur irgendwelcher Art, sondern „Freiheit und Basisdemokratie“ (S. 31). Der damit verbundene Absolutheitsanspruch, aber auch die einseitige Interpretation des Freiheitsbegriffes sei es, der den Rechtspopulismus demokratieunverträglich mache. Das „Recht des Lauteren“ (S. 74) obsiege und treibe die Partei immer mehr nach rechts. In den Führungsfiguren der Identitären Bewegung wie Götz Kubitschek und Marc Jongen sieht Bender die Vordenker der AfD. Es gibt den diffusen Anspruch Deutschland zu verändern; woran es der AfD mangle sei Konkretkeit. Bei Fragen nach dem „Wie“ ihrer Politik gerate die AfD regelmäßig in Erklärungsnot: „Die Behauptung der Par-

tei, unideologische Sachpolitik machen zu wollen, steht in einem Widerspruch zu der Qualität ihres Personals, dessen Kompetenz vor allem darin liegt, Positionen anzugreifen und nicht selbst realisierbare Forderungen zu ersinnen“ (S. 195).

Charlotte Theile hat für die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus einen anderen Vorschlag. Sie bewundert die Schweizer Aktion Libero, die sich offensiv mit den Thesen der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) auseinandersetzt. Ob eine solche Strategie auch für eine Auseinandersetzung mit der AfD fruchtet, bleibt offen. Trotz des Buchtitels spielt die AfD nur eine Nebenrolle. Das Thema des Buches ist, wie der Rechtsruck der SVP unter Christoph Blocher den schweizerischen politischen Konsens massiv nach rechts verschoben hat. Dies lässt sich im politischen Diskurs ablesen: Beispielsweise findet man heute kaum noch jemand, der öffentlich bekennen möchte, eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz sei sinnvoll. Die Schweizer Print-Medien sind in wichtigen Teilen wie der *Weltwoche* und der *Basler Zeitung* auf SVP-Kurs. Die *Neue Zürcher Zeitung* wird von Theile als rechts von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eingeordnet. „Wo also steht die Schweiz nach Jahrzehnten SVP?“, fragt die Autorin und antwortet: „Der Zustand ist der einer neuen Normalität, in der viele Begriffe und Inhalte der Partei Allgemeingut geworden sind. Alle Berührungspunkte und die meisten Tabus sind gefallen“ (S. 90).

Anders als in Deutschland begrenzen in der Schweiz Mechanismen der direkten Demokratie den Einfluss der SVP. Erfolge der Rechtspopulisten stehen eklatante Misserfolge gegenüber. Auch im Bundesrat, der Regierung der Schweiz, musste Blocher durch eine Gegenkandidatur aus der eigenen Partei weichen. Er gibt viel lieber den Schweizer Patrioten als den rechtspopulistischen Kämpfer gegen das Establishment. Manches ist beim Argumentieren für Rechtspopulisten in der Schweiz leichter als in Deutschland, weil von ihren Gegnern nicht der Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt wird. Die SVP hält Distanz zur AfD – von einer rechtspopulistischen Internationale bleiben wir weit entfernt.

Roland Sturm

Christine Bratu/Moritz Dittmeyer, Theorien des Liberalismus zur Einführung, Hamburg 2017 (*Junius*), 196 S.

Gerhard Stremlinger, Adam Smith. Wohlstand und Moral. Eine Biographie, München 2017 (*C.H. Beck*), 254 S.

Zu Beginn ihrer Einführung stellen Christine Bratu und Moritz Dittmeyer die berechtigte Frage, warum es eines weiteren Werks über die Theorien des Liberalismus bedarf (S. 9). Anders als die bisherige Literatur, in der die Theorien des Liberalismus in der Regel anhand einzelner Denker oder Schulen behandelt werden, entwickeln die Autoren „ein analytisches Raster, mit dessen Hilfe sich liberale Theorien kategorisieren lassen“ (S. 16). Seinen Ausgang nimmt dieses Raster in einer Darstellung der normativen Grundannahmen (Freiheitsbegriff, Rechtsverständnis) liberaler Theorien. Im Folgenden gehen die Autoren auf unterschiedliche Formen des Liberalismus (Rechte- und Rechtfertigungsliberalismus, politischer und perfektionistischer

Liberalismus) sowie auf Kennzeichen liberaler Theorien (Toleranz, Neutralität, Privatheit) ein. Im vorletzten Kapitel wird eine Auswahl an Kritiken dargelegt, die liberalen Theorien entgegengebracht werden. Das abschließende Kapitel thematisiert am Beispiel des Rechts auf internationale Bewegungsfreiheit die Frage, ob der Liberalismus auch zu transnationalen Fragen etwas zu sagen habe.

Die Einführung überzeugt durch ihren innovativen Ansatz, die klare und wohlüberlegte Gliederung, eine verständliche Sprache sowie anschauliche Beispiele. Aufgrund ihres abstrakt-deduktiven Ansatzes ist sie allerdings voraussetzungsreich. Zwar werden immer wieder Bezüge zu verschiedenen liberalen Denkern hergestellt, doch kommen die ideengeschichtlichen Grundlagen – und damit die Basis des analytischen Rasters – aufgrund des gewählten Verfahrens relativ kurz. Am meisten von der Einführung profitieren jene Leser, denen die Ideengeschichte des Liberalismus zumindest in Grundzügen bekannt ist und die auf dieser Grundlage mit dem Abstraktionsgrad der Einführung umzugehen wissen.

Während Bratu und Dittmeyer sich auf Spielarten des politischen Liberalismus (vgl. S. 16) konzentrieren, setzt Gerhard Stremlinger sich mit einem Denker auseinander, der gemeinhin als Begründer des Wirtschaftsliberalismus bekannt ist: Adam Smith. Stremlingers Smith-Biographie, die sich mit Leben und Werk des National-ökonomen befasst, ist eine überarbeitete und erweiterte Version des 1989 bei Rowohlt erschienenen und mittlerweile vergriffenen ersten Werkes Stremlingers über Adam Smith (S. 226). Der Aufbau der Überarbeitung folgt der Ausgangsversion und behandelt Smiths Leben und Werk gemeinsam und aus chronologischer Perspektive. Überarbeitet wurde die Biographie „vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs planwirtschaftlich organisierter Ökonomien“ und des damit gestiegenen Einflusses „neoliberale[n] Gedankengut[s]“ in der Wirtschaftswissenschaft (ebd.). Vordenker und Vertreter dieses Gedankenguts hätten Smith „zu ihrem Ahnherren und leuchtenden Vorbild erkoren“ – eine Deutung, die in „krassem Gegensatz“ zur etablierten Smith-Forschung stehe, gemäß der Smith gerade nicht als Apologet eines uneingeschränkten Marktes, sondern vielmehr als Fürsprecher einer „sozialen Marktwirtschaft“ gelten könne (ebd.). So „neu“ wie der Klappentext von Stremlingers Biographie suggeriert, ist das dargebotene Smith-Bild also nicht. De facto sind aber außerhalb des Kreises der Smith-Kenner immer wieder die genannten Fehldeutungen anzutreffen. Die sehr kenntnisreich und zugänglich geschriebene Biographie Stremlingers bringt beste Voraussetzungen mit, einen Beitrag zur Ausräumung dieser Missverständnisse zu leisten.

Tim Kraski

Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.), *Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität*, Stuttgart 2017 (*Franz Steiner*), 353 S.

Der Sammelband ging aus einem Workshop der Forschungsstelle Weimarer Republik im Sommer 2016 hervor, der ausdrücklich für Nachwuchswissenschaftler an der

Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Weimarer Republik e. V. organisiert wurde. Da er den Stand der Weimar-Forschung zu dokumentieren sucht und sehr unterschiedliche Beiträge vereint, wurde ein breiter Titel gewählt. Die Herausgeber rekurrieren auf Max Webers Begriff der „Veralltäglichung“. Mit einer übergreifenden Fragestellung nach den Bedingungen der Veralltäglichung republikanischer Herrschaft sollen die „Funktionslogiken der Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik im Kleinen – mit dem Alltag der Republik“ (S. XVII) untersucht werden.

Das Buch gliedert sich in vier Abschnitte, die eine politische Ideengeschichte von Revolution und Republik, biografische Ansätze, institutionelle Themenfelder sowie Fragen der Bildungspolitik umfassen. Der erste Block beschäftigt sich mit der Etablierung der Republik 1918/19 und der allmählichen Durchsetzung eines republikanischen Selbstverständnisses. Während Martin Platt über den Revolutionsbegriff, Albert Dikovich über den Philosophen Arnold Metzger und seine Schrift *Phänomenologie der Revolution* sowie Thomas Schubert über den geistigen Bürgerkrieg in der Weimarer Republik referieren, stellt Verena Wirtz den Flaggenstreit – die Deutungskämpfe um die Flagge und die Synthesversuche auf symbolischer Ebene – in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung.

Im zweiten Komplex werden individuelle Lern- und Akkomodationsprozesse thematisiert. Mehrere Biografien bezeugen die verschiedenen Einstellungen zur neuen Staatsform – zwischen obstinater Verweigerung und gelebtem Republikanismus. Dabei finden der Soziologe Ferdinand Tönnies (Alexander Wierzock), die Zentrumspolitikerin Helene Weber (Antonia Schilling), der deutsche Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch (Paul Köppen), der Sozialdemokrat Carl Severing (Volker Köhler), der Journalist Rudolf Olden (Sebastian Schäfer), der Schriftsteller und Pazifist Kurt Hiller (Daniel Münzner) sowie der Reichstagsabgeordnete Erich Ludendorff (Friederike Höhn) Berücksichtigung.

Die Beiträge über institutionelle Ansätze und Politikfelder offenbaren starke Kontinuitätslinien vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik, wie Reiner Fenske an den kolonialen Verbänden zeigen kann. Am Beispiel des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold illustrieren Marcel Böhles und Sebastian Elsbach demgegenüber die Bemühungen des republikanischen Lagers um Selbstbehauptung und Deutungshoheit. Der letzte Themenblock ist der schulischen, akademischen und politischen Bildung in der Weimarer Republik gewidmet. Darin werden unter anderem die politische Schulungsarbeit der Parteien (Ronny Noak) und die Neuausrichtung der Universität Jena Anfang der 1920er Jahre (Christian Faludi) behandelt.

Bei allen Unterschieden im Detail offenbaren die Beiträger neue Forschungsansätze, die fernab der großen Diskussionen die „Herausbildung einer republikanischen Alltagspraxis“ (S. XVII) herauszuarbeiten versuchen. Deutlich wird, wie sehr „Kampf, Konflikt und Streit [...] die dominanten Modi“ waren, „in denen sich die Etablierung republikanischer Herrschaft in der historischen Situation der Weimarer Republik vollzog und vollziehen musste, weil ihr diese Modi aufgezwungen wurden“ (S. XV).

Volker Stalmann

Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, München 2017 (*Siedler*), 909 S.

Brechtkens Speer-Biographie zeichnet ein besonders kritisches Bild des NS-Rüstungsministers. Der im Vergleich zu Joachim Fests Darstellung stärker auf Archivrecherchen basierende Band analysiert nicht nur Speers Aufstieg zu einem führenden NS-Architekten sowie Organisator der NS-Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge, sondern problematisiert auch dessen Karriere als gefragter Zeitzeuge nach dem Krieg. Damit verkleinert Brechtken eine Forschungslücke. Der Vize-Direktor des Instituts für Zeitgeschichte enttarnt zahlreiche Legenden Speers, die dieser zunächst den Alliierten auftischte, um in Nürnberg mit wohlinszenierten Auftritten seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Später, nach 20 Jahren Haft, präsentierte Speer seine Legenden einer breiteren Öffentlichkeit. Eng kooperierte er hierbei mit seinem Verleger Wolf Jobst Siedler und seinem Lektor Joachim Fest, der später eine einflussreiche Hitler-Biographie publizierte. Mit seinen Büchern und Auftritten gerierte sich Speer einerseits als Topzeitzeuge, der als langjähriger Vertrauter Adolf Hitlers aus nächster Nähe über den Diktator und sein Regime berichten konnte. Zugleich betonte der Architekt aus kirchenfernem Großbürgertum seine angebliche Distanz zum Nationalsozialismus samt seinen primitiven Parvenüs mit groben Visagen und Stiernacken. Vor allem am massenhaften Judenmord wollte der „Teflon-Nazi“ nicht beteiligt gewesen sein – er wollte davon nicht einmal gewusst haben. Typisch ist seine Bemerkung, ihm sei es „peinlich zu sagen, dass ich als Reichsminister von der sogenannten Endlösung der Judenfrage keine Kenntnis hatte“ (S. 459). Sogar als Widerständler versuchte er zu gelten.

Brechtken zerlegt und zertrümmert die Lügegebäude des NS-Architekten, der für Hitler gigantomatische Bauten zur Selbstdarstellung des Regimes entwarf. Mit einschlägigen Dokumenten belegt der Autor u. a. die Anwesenheit Speers bei Heinrich Himmlers zweiter Posener Geheimrede vom 6. Oktober 1943, in der es hieß: „Es trat an uns die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen. Es musste der schwere Entschluss gefasst werden, dieses Volk von der Erde verschwinden zu lassen. Für die Organisation, die den Auftrag durchführen musste, war es der schwerste, den wir bisher hatten. Er ist durchgeführt worden“ (S. 221). Notorisch bestritt Speer sein Zugewesenheit bei dieser Rede – bis ein Brief Speers auftauchte, in dem er es selbst bestätigte.

Speer wusste nicht nur von den NS-Massenmorden, sondern beteiligte sich auch am Ausbau des KZ-Systems. Ebenfalls engagierte er sich für die Verlängerung des Krieges und trug damit Mitverantwortung für Millionen Tote. Das heißt: Speer war mittendrin statt nur dabei. Letztlich entschleierte Brechtkens wissenschaftliche Hinrichtung Speers nicht nur, wie der Rüstungsminister nach dem Krieg seine Lügen und Halbwahrheiten verbreitete, sondern auch, wie er damit oft kaum auf Kritik stieß. Vielmehr errang er als willkommener Entlastungszeuge in den 1970er Jahren

bei ehemaligen Mitläufern viel Zustimmung. Bei Politikern wie Willy Brandt erntete er beachtliche Anerkennung. Eine aufschlussreiche Anekdote aus dieser Zeit liefert Marcel Reich-Ranicki. In seinen Erinnerungen berichtet er von einem Empfang zum Erscheinen von Fests' Hitler-Biographie. Als Reich-Ranicki und seine Ehefrau als Gäste am Veranstaltungsort eintrafen, sahen sie, wie sich eine Menschentraube um einen älteren Herrn scharte und mit ihm angeregt plauderte. Als sie näherkamen, bemerkten sie entsetzt, wer dieser Mann war: Albert Speer.

Harald Bergsdorf

Hubertus Buchstein (Hrsg.), Otto Kirchheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 1: Recht und Politik in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 572 S.

Der von Hubertus Buchstein editierte Band ist der erste einer sechsteiligen Reihe der *Gesammelten Schriften* Otto Kirchheimers (1905-1965). Kirchheimer hat sich in der Weimarer Republik schon früh im linkssozialistischen Lager der SPD vor allem publizistisch engagiert. Seine Auseinandersetzung mit der Transformation der Weimarer Reichsverfassung, dem Liberalismus, dem Parlamentarismus, der Diktatur des Proletariats, den Widersprüchen liberal-demokratischer Verfassungen und ihrer Grundrechte oder seine Staatskritik erfolgt dann auch auf der analytischen Folie des Historischen Materialismus. Aber der Zugriff auf diese Themen in seiner frühen Schaffensperiode basiert auf Mustern, die er nicht dem *Kapital* von Karl Marx, sondern seinen Frühschriften, seinen späteren historisch-politischen Kommentaren in den Briefen und seinen zeitgenössischen Analysen wie der *Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* und die *Klassenkämpfe in Frankreich* entlehnt.

So folgt er in seiner von Carl Schmitt betreuten Dissertation *Zur Staatslehre des Sozialismus und Bolschewismus* (1928) der Marx'schen Untersuchung des ambivalenten Verhältnisses zwischen Liberalismus und Arbeiterbewegung. In derselben Schrift zitiert er zustimmend das Marx'sche Axiom, nach dem „die politische Welt nie mehr als ein Reflex der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S. 139) sei. In Anlehnung an Marx sieht er in dessen Diktaturbegriff nicht eine politische Größe, sondern den Ausfluss der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zu einem Zeitpunkt, „wo die Machtergreifung durch die Arbeiter Zweck und Sinn hat“ (S. 143). In seinem Artikel „Bedeutungswandel des Parlamentarismus“ (1928) unterstützt er die Marx'sche Unterscheidung zwischen Demokratie und Parlamentarismus. Unter Demokratie verstehe er „die Herrschaft des gesamten, des arbeitenden Volkes, im Gegensatz zur Herrschaft eines durch ein Zensuswahlrecht zustande gekommenen Parlaments“ (S. 159), dessen Staatsgewalt nichts anderes sei als „ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ (S. 159).

In *Weimar und was dann?* (1930) sieht Kirchheimer den von Marx in der liberalen Verfassung Frankreichs dingfest gemachten Widerspruch des Bürgertums, gegen den Adel Emanzipation einzufordern, sie aber der aufsteigenden Arbeiterklasse zu verweigern, in den „heute geltenden Verfassungen ganz oder zum Teil“ (S. 216) wei-

ter fortwirken. Dieselbe Spannung konstatierte er unter Berufung auf Marx „zwischen einem einheitlichen demokratischen Staatsbewusstsein und den liberalen Grund- und Menschenrechten“ (S. 227) mit ihrem angeblichen Immediatverhältnis zu bürgerlichen Interessenlagen. Auch rezipierte Kirchheimer das von Marx entwickelte Konzept des „Klassengleichgewichts“ vor allem in der austromarxistischen Lesart Max Adlers, in dem er eine konstitutive Bedingung des Parlamentarismus sah und zugleich den Grund für seine Krisenanfälligkeit, wenn es zu einer Störung der machtpolitischen Balance zwischen Kapital und Arbeit kommt. Dann, so Kirchheimer, schlage die Stunde der intakt gebliebenen Bürokratie, die die bonapartistische Rolle einer „verselbständigten Exekutive“ spielt (S. 394).

Dass Kirchheimer trotz seines marxistisch inspirierten Analyse-Rasters sich offen für Anregungen aus dem „bürgerlichen Lager“ zeigte und dadurch jegliche Orthodoxie vermied, geht aus seiner Nähe zu Carl Schmitt hervor, an dessen Bonner Doktorandenseminar er aktiv teilnahm. Gleichsam den linken Flügel der Schmitt-Schule zur Geltung bringend, lädt die Edition aufgrund des Materialreichtums der Einleitung des Herausgebers dazu ein, sich Gedanken darüber zu machen, inwiefern das marxistische Konzept des Klassenkampfes (Kirchheimer) und der existentialistische *Begriff des Politischen* (Schmitt) kompatibel sind.

Richard Saage

Robert Claus, Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik, Göttingen 2017 (*Die Werkstatt*), 192 S.

Andreas Speit (Hrsg.), Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr, Berlin 2017 (*Ch. Links*), 215 S.

Es gibt besondere gesellschaftliche Bereiche oder Szenen, die für Rechtsextremismus aus unterschiedlichen Gründen anfällig sein können. Dazu zählen die Hooligans, also gewaltgeneigte Fußballfans. Der Publizist Robert Claus hat ihnen ein Buch gewidmet, in dem er diese im Kontext von Fußball, Gewalt und Politik untersucht. Dabei will der Autor die Entwicklung der Hooligans anhand von vier neuen Trends behandeln: 1) Sie sind durchschnittlich älter als noch vor Jahrzehnten; 2) sie haben ihre Auseinandersetzungen auf die Äcker und Feldwege und weg von den Innenstädten und Stadien verlegt; 3) es gibt eine immer stärkere Annäherung von Hooligans und „rechten Ultras“; und 4) die Erstgenannten professionalisieren ihre Gewalt. Darüber hinaus informiert Claus über die Geschichte der Hooligan-Bewegung in Deutschland und anderen Ländern. Er geht immer wieder auf den Kontext zum Rechtsextremismus ein und bereichert seine Ausführungen mit Experteninterviews zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Der gute Kenner spricht ganz offen die Problematik einer Verallgemeinerung von Einzelerkenntnissen an. Daher erwähnt der Autor viele Beispiele, um die Komplexität des Phänomens zu veranschaulichen. Bei all dem bleibt Claus jedoch rein deskriptiv und unsystematisch. Kein besonderer Aspekt wird näher erörtert und reflektiert, so dass ein eher fragmentarisches und oberflächliches Bild entsteht. Das Buch hat zwar ein ausführliches Quellenverzeichnis.

nis, einzelne Aussagen werden aber nicht belegt. Aus formalen wie inhaltlichen Gründen handelt es sich um kein wissenschaftliches Werk.

Für Rechtsextremismus ebenfalls anfällig sind die „Reichsbürger“, also die Anhänger der Auffassung, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer Staat sei und das „Deutsche Reich“ fortbestehe. Die Bewegung besteht nur in einer Minderheit aus Rechtsextremisten, was sie hinsichtlich ihrer Gewaltbereitschaft nicht weniger gefährlich macht. In dem von Andreas Speit herausgegebenen Band finden sich zehn Aufsätze zu unterschiedlichen Detailspekten. Es geht u. a. um die Reichsidee und Reichsideologie der extremen Rechten, um Erfahrungen und Argumentationen in der praktischen Auseinandersetzung, um konkrete Fallbeispiele und Waffen innerhalb der Szene, um Antisemitismus im Milieu sowie um ähnliche Phänomene in anderen Ländern. Weiterhin behandelt ein Aufsatz die Reichsbürger aus der Sicht der Verfassungsschutzbehörden. Dabei berücksichtigt der Autor mit seinem „kein Frühwarnsystem“-Vorwurf nicht genügend, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg ein Vorreiter in der Beobachtung derartiger Tendenzen war. In der Gesamtschau entstand so ein zwar fragmentarischer, aber informativer Sammelband. Auch hier gilt, dass bis auf eine Ausnahme die Belege für die einzelnen Informationen nicht genannt werden. Die Frage nach dem Gefahrenpotential wird – obwohl im Untertitel enthalten – nicht näher erörtert. Dabei lässt sich aus der Ideologie durchaus die interne Notwendigkeit zum Waffengebrauch ableiten. Aus Reichsbürger-Sicht gelten Polizeibeamte als Invasoren. Hierzu hätte man gern mehr gelesen.

Armin Pfahl-Traugher

Robert E. Denton (Hrsg.), *The 2016 US Presidential Campaign. Political Communication and Practice*, New York u. a. 2017 (*Palgrave Macmillan*), 331 S.

Zu den US-Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom 9. November 2016 sind bereits zahlreiche Publikationen erschienen. Ähnliches gilt für den Wahlkampf der Kandidaten, weil dieser bis dahin außergewöhnlich war. Die Kampagnen Hillary Clintons und Donald Trumps zeichneten sich offenkundig weit weniger durch ihre Inhalte als durch gegenseitiges Denunzieren, Affären und Skandale aus. Robert E. Denton konzipiert einen Sammelband, der aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive den Kampf um das Weiße Haus kritisch reflektiert. Die elf Beiträge bieten einen vertiefenden und aufschlussreichen Einblick in seine einzelnen Phasen. Sie gehen ausführlich auf wesentliche Bausteine – wie die Wahlwerbung und den Einfluss der Medien – ein: Neben dem Nominierungsprozess des republikanischen Bewerbers wie der demokratischen Kandidatin mit ihren anschließenden TV-Debatten, steht vor allem die Aufarbeitung der Wahlergebnisse im Mittelpunkt. Es geht um die Frage, weshalb es Trump gelingen konnte, als Sieger hervorzugehen. Nach Scott Dunn und John C. Tedesco war keiner der Kandidaten für das Amt geeignet, da es beiden nicht gelang, die unentschlossenen Wähler für sich und ihre Wahlprogramme

zu gewinnen: „[They] would have had a hard time discerning any compelling reason to vote for either candidate based on the campaign advertising (although they would have found plenty of reason to vote *against* both candidates)“ (S. 115). Denton berücksichtigt in seinem Beitrag den Aspekt des Geschlechts, da sich zwei unerwartete Besonderheiten ergaben: „The milestone of having a woman represent a major party running for president and the potential of the first woman serving in the role of the president was not motive enough to guaranteed support. [...] The second unexpected gender element in this election were simply the statements, attitudes and behaviour of Trump displayed towards woman throughout the campaign [...]“ (S. 197 f.). Henry C. Kenski und Kate M. Kenski machen mehrere Gründe für die Niederlage der Demokraten aus. Sie verloren sechs Bundesstaaten an die republikanischen Wahlmänner und Clinton gelang es als erfahrene Politikerin nicht, in den entscheidenden Wählergruppen ausreichend Stimmen zu bekommen. Vor allem bei den unentschlossenen, jungen und weiblichen Wählern fielen die Ergebnisse zu schwach für sie aus. Trump konnte für sich Vorteile daraus ziehen, den Schwerpunkt seiner Wahlkampagne auf die weiße Arbeiterschaft zu legen und im Vergleich zu 2012 eindeutig mehr Wahlkreise als Mitt Romney zu gewinnen. Außerdem erhielt Trump von denjenigen, die weder für Clinton noch für ihn stimmen wollten die Mehrheit. Die Analyse der Wahl und ihrer Folgen wird weiterhin eine wissenschaftliche Herausforderung bleiben: Weder die Vielzahl an Prognosen noch Einschätzungen von Experten sagten den Sieg Trumps voraus. Umso wichtiger ist es, den Zeitraum des Wahlkampfes mit seinen Strategien und taktischen Entscheidungen nachzuarbeiten, insbesondere weil nicht jene Kandidatin gewann, welche politisch erfahrener war und die meisten Wählerstimmen bekam, sondern der kontroverse Bewerber, der zuvor keinerlei politisches Amt bekleidete. Insgesamt liefert der Sammelband sowohl Wissenschaftlern als auch Studierenden einen umfassenden Einblick in die Präsidentschaftskampagnen, aus denen noch einige Lehren für die Wahlforschung zu ziehen sind.

Christiana Gransow

Jacques Derrida, Das Tier und der Souverän II. Seminar 2002-2003, hrsg. von Michel Lisse, Marie-Luise Mallet, Ginette Michaud, Wien 2017 (*Passagen*), 464 S.

Jacques Derrida, Leben ist Überleben, Wien 2017 (*Passagen*), 67 S.

Jacques Derridas Meisterschaft besteht in der Mobilisierung und Ausbeutung semantischer Reserven aller Sprachebenen (syntaktisch, semantisch, pragmatisch, phonisch). Indem er etwa Tiefen metaphorischer Verdichtungen – und es gibt keinen nicht-metaphorischen Begriff – metonymisch expliziert oder ambige Bedeutungsstrukturen über pragmatische Situationen produziert, gelingt es ihm, Texten überraschende Wendungen zu geben. Es ist ein reines Vergnügen, den semantischen Plünderungen des Meisters in seinem letzten Seminar „Das Tier und der Souverän II“ beizuwohnen, sprühender Kreativität zu begegnen und Inspirationen mitzunehmen. „Ich bin allein“ (auf der Welt) – mit diesem (französisch) polysemischen speech act

beginnt das Seminar. Die in der Formel kondensierten Bedeutungen strukturieren es thematisch und stiften eine intertextuelle Begegnungsstätte zwischen Literatur und Philosophie: eine Maschine des Sinns. Je nach (pragmatischem) Kontext steckt darin die insulare Einsamkeit, die ungeteilte Souveränität, die Frage der Welt und der Tiere, aber auch die Langeweile. Themen, die Daniel Defoe literarisch in *Robinson Crusoe* verarbeitet und deren Analyse Martin Heidegger sich in den *Grundbegriffen der Metaphysik* gewidmet hat. Scheinbar Heterogenes ist verbunden durch identische Themen: Defoes *Robinson Crusoe* und Heideggers *Grundbegriffe* – das sind die beiden zentralen Texte, deren parallele Lektüren Derrida miteinander verknüpft. Er liest Heidegger mit Defoe, um Defoe mit Heidegger auszulegen. Als Robinson sich z. B. auf seiner Insel orientieren will, führt ihn sein Weg auf die eigenen Fußstapfen zurück; es gibt keinen Ausweg. In der methodologischen Orientierung, die Philosophie (bzw. Metaphysik) über Umwege zu bestimmen, die zirkulär auf sie zurückführen, sind Heidegger gleichfalls alle Auswege versperrt. Der Philosoph befindet sich beim Philosophieren auf einer Insel – „Robinson Heidegger“ (S. 65). Alterierte Wiederholung desselben Vorgehens. Ähnlich einer *Mise en abyme* wiederholt sich diese Struktur der Iterabilität zwischen den Texten auch in ihnen. Inseln von Inseln: Robinsons insulare Je-weiligkeit (sein besorgendes In-der-Welt-sein) wiederholt z. B. die weltlich-politische Genese auf andere Weise. Die Erfindung des (Schleif-)Rades – so interpretiert Derrida – entscheidet über Leben und Tod. Ein Akt „wahrer Souveränität“ eines wahren „Staatsmannes“ (S. 125).

Die dekonstruktive Struktur der Iterabilität, in der das wiederholte Mal das genuin erste Mal ist, wiederholt sich im Interviewband *Leben ist Überleben*, wenn es um das Leben Europas geht. Das gegenwärtige Europa ist – das ist offenkundig – charakterisiert durch eine scheinbar zementierte und höchst lebendige Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die in ihrer Konsequenz alles Leben in sich verschlingt. Ein Leben ohne Leben. Aber der Sinn und die Identität Europas (die gleichermaßen eine Nicht-Identität ist) liegen – darauf verweist Derrida zu Recht – in der Struktur der Aufklärung, d. h. in der radikalen Selbstkritik seiner Fundamente. Daher – so die Schlussfolgerung – müsse sich das gegenwärtige Europa in seiner neoliberalen Existenz auflösen und quasi sterben, es muss sich mithin auf eine neue Weise wieder erfinden, um das Überleben zu sichern. Das Schicksal Europas, über die das Denken entscheiden wird, gleicht demzufolge der insularen Situation Robinsons: Vor die politische Frage über Leben und Tod gestellt, erfand er in einem großtätigen Denkkakt eines wahren Staatsmannes (wie er über sich sagte) das Rad wieder neu und entging somit seiner beängstigenden Fügung, „lebendig verschlungen“ zu werden. Europa muss sich – so Derridas Urteil – in einem kommenden Europa (re-)vitalisieren, das nur „ein globalisierungskritisches Europa beziehungsweise ein Europa einer ‚anderen Globalisierung‘“ (S. 51) sein kann. Europa gibt es also nur in seiner wiederholenden Selbstüberschreitung, als Überlebendes in einem gespenstisch wiedergängigen zweiten Mal – oder es gibt es gar nicht.

Patrick Keller

Oliver Eberl/David Salomon (Hrsg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 251 S.

Astrid Séville, „There is no Alternative“. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt a. M./New York 2017 (*Campus*), 471 S.

Die Debatte über die „Postdemokratie“ hat sich von einer Folie der Kritik an der zu befürchtenden Erosion bürgerlicher Partizipation, parlamentarischer Souveränität und politischer Gestaltungsmacht gegenüber den „Systemzwängen“ der Globalisierung bzw. den Interessen transnationaler Konzerne stillschweigend zur Gegenwartsdiagnose der westlichen Demokratien gemausert. Was zu Beginn der 2000er Jahre mit Sheldon S. Wolin, Colin Crouch, Jacques Rancière oder Chantal Mouffe noch als Gefahr für die Demokratie befürchtet wurde, scheint in der Gegenwart Realität geworden zu sein. Der von Oliver Eberl und David Salomon edierte Band dreht daher explizit die ursprüngliche Perspektive von Crouch um und fragt nicht mehr nach den Gründen des fortschreitenden Sozialabbaus im Zeitalter des Neoliberalismus, sondern nach den Chancen sozialer Demokratie in einem bereits postdemokratisch transformierten Referenzrahmen. Die einzelnen Beiträge verdichten sich zu einer schlüssigen Argumentationskette: Wenn Postdemokratisierung die Anpassung der Demokratie an die kapitalistische Produktionsweise bedeutet (Sonja Buckel) und parallel die internationalen Kapitalverhältnisse die politische Kraft sozialer Bewegungen ausgehöhlt haben (Frank Deppe), wenn also die soziale Erosion für die Simulation der Demokratie verantwortlich ist (Claudia Ritzi) und es das Merkmal der Postdemokratie darstellt, auf Basis der liberalen Trennung von politischer und sozialer Gleichheit die soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit zu übersetzen (David Salomon) oder gar symmetrische Rechtsverhältnisse zu beschädigen (Oliver Eberl und Kolja Möller), dann ergibt sich daraus das Herzstück für eine tragfähige Gegenbewegung. Mit der sozialen Gleichheit als Ankerpunkt und unverzichtbare Legitimationsbasis der Demokratie zeichnen sich die Konturen für ein gegenhegemoniales Projekt ab (Michael Hirsch), bei dem die Geschlechterfrage und die Demokratisierung der Wirtschaft (Dirk Jörke und Thomas Lenz) Priorität genießen. Zugleich werden Zweifel offenkundig, inwiefern die auf Ungleichheit fußende Postdemokratie ein dauerhaftes Regime zu bilden imstande ist.

Während der Band der Postdemokratiethese sowie den von ihr unterfütterten empirischen Befunden neue Facetten abgewinnt, vernachlässigen die Beiträge ihrerseits die Dialektik der Gleichheit, wie sie schon bei Alexis de Tocqueville transparent wird. Dass der politische Liberalismus der Demokratie nicht schaden muss, kommt infolgedessen zu wenig zur Sprache. In dieser Hinsicht ausgewogener präsentiert sich die Dokumentation, Auseinandersetzung und Aufarbeitung der „There is no alternative“-Rhetorik, die Astrid Séville in ihrer prämierten Dissertation vorgelegt hat. Anhand der Beispiele des Thatcherismus, New Labour sowie der Eurokrise konstatiert Séville die – angebliche – „Alternativlosigkeit“ als allgegenwärtiges Prinzip des aktuellen politischen Diskurses und belegt letztere als eine jenseits der Parteigrenzen angesiedelte „Regierungsstrategie“, die mit dem Verweis auf Sachzwänge eigene

Entscheidungen gegen Kritik immunisieren, abweichende Perspektiven unterbinden und so vor allem in Krisenzeiten die Opposition aushebeln will. Die resultierende politische Anamnese wird folgerichtig als destabilisierender Faktor für die Demokratie bewertet, wobei der technokratische Ansatz von Helmut Schelsky das adäquate Rüstzeug für die theoretische Verortung solcher Praxis bereitstellt. Sévilles Studie zeichnet sich durch eine beeindruckende Kombination aus anwendungsorientierter Politischer Theorie und gesellschaftspolitischer Relevanz aus und ist insofern als innovative Bestätigung der Postdemokratiethese zu lesen.

Oliver Hidalgo

Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), *Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure, Herausforderungen*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 377 S.

Anna Sroka/Fanny Castro-Rial Garrone/Rubén Darío Torres Kumbrián (Hrsg.), *Radicalism and Terrorism in the 21st Century. Implications for Security*, Frankfurt a. M. 2017 (*Peter Lang*), 321 S.

Krieg und Terrorismus gehören zu den Kernthemen politologischer Forschung und sind eng verknüpft. Den Anspruch, je eines dieser Phänomene für das 21. Jahrhundert zu erklären, erheben die beiden Sammelbände. Die inhaltlichen wie begrifflichen Wandlungen des Krieges stellt Hans-Georg Ehrhart in den Fokus. Die äußerst ausführliche Einleitung des Bandes konstatiert Veränderungen, die das Konzept des Krieges im 21. Jahrhundert erfährt: komplexer, volatiler, gesellschaftszentrierter, informationsintensiver sei es geworden. Neben Staaten erhielten inter- und intranationale Akteure Subjektqualität. Diese Rahmung erinnert stark an die „Neuen Kriege“ van Crefelds (1991), Kaldors (1999) und Münklers (2002), die sich auf Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges im 20. Jahrhundert beziehen. Viel genuin „Neues“ bleibt für die Kriege des 21. Säkulums nicht, lediglich das fortschreitende Verwischen von Grenzen zwischen Kriegs- und Friedenszeiten, symmetrischen und asymmetrischen Konflikten sowie die Diffusion von Kriegen in den virtuellen Raum. Doch ist dies bereits ein Qualitätswandel?

Der Band ist in die drei Kategorien des Untertitels gegliedert: Konzepte, Akteure, Herausforderungen. Sie sind allerdings irreführend: Zweifelsohne behandeln die Beiträge aller Buchteile veritable Herausforderungen. Auch die Veränderung von Kriegsakteuren und damit einhergehende Konzeptverschiebungen sind Gegenstand der meisten Beiträge. Die thematisch vielschichtige Anlage der 14 Beiträge stört dies nicht, wenngleich drei der Beiträge auf bereits veröffentlichten Aufsätzen beruhen. Die Verknüpfung konzeptioneller Ausführungen von praktischer Relevanz für Völkerrecht und internationale Beziehungen mit Fallstudien (in Reinform die Kapitel zum Ukrainekonflikt und zum Islamischen Staat) sowie Zukunftsszenarien in Robotik und Cyberspace macht Ehrharts Buch zur lohnenden Lektüre für Studierende der Politikwissenschaft und interessierte Laien.

Bereits bei Ehrhart als eine mögliche und bedeutende Facette der kontemporären Betrachtung kriegerischer Auseinandersetzungen behandelt, steht der Terrorismus

im Zentrum des von Anna Sroka und Kollegen editierten Sammelbandes *Radicalism and Terrorism in the 21st Century*. Radikalisierung scheint in den Beiträgen allerdings vor allem durch die Brille des Terrorismus, zumindest aber der Terrorabwehr betrachtet zu werden. Zwar liegt die Verbindung von Radikalisierung als ideologischem „Brutkasten“ terroristischer Akte nahe, die letztgenannten sind jedoch keine zwingende Folge. Eine insofern unabhängige Analyse von Radikalisierung als politischem, nicht aber zwangsläufig violentem oder gar terroristischem Phänomen, wie sie im Beitrag Szlachters und Poteijkos zu muslimischem Radikalismus in Polen anklängt, kommt zu kurz. Auch dieser Band stellt eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit einem aktuellen Thema dar – ohne die Ambition, ein neues Paradigma zu begründen: Die Herausgeber verzichten in ihrer knappen Einleitung (vier Seiten) auf den Versuch, die einzelnen Beiträge in einen forschungsleitenden Rahmen einzufügen. Die 15 Aufsätze umfassen einige konzeptionelle Beiträge zu Radikalisierungs- und Terrorismusursachen sowie Fallstudien zu ökonomischen Auswirkungen bzw. Rechtsrahmen und Politikgestaltung in Bezug auf Terrorismus. Insgesamt ist der Sammelband sehr europazentriert, Fallbeispiele zur EU-Politik sowie den Heimatländern der Editoren, Spanien und Polen, dominieren. Ergänzt werden sie durch Beiträge zum Islamischen Staat (Staatsqualität und Rolle der Frau). Einen globalen Geltungsanspruch verfehlt die Aufsatzsammlung, als Einführungslektüre zur europäischen Politik im Problemfeld ist sie aber empfehlenswert.

Erik Vollmann

Heidrun Friese, Flüchtlinge. Opfer – Bedrohung – Helden. Zur politischen Imagination des Fremden, Bielefeld 2017 (*transcript*), 142 S.

Grenzüberschreitende Mobilität ist ein Signum unserer Zeit. Fast täglich werden wir mit medialen Imaginationen von mobilisierten Menschen konfrontiert, die Landesgrenzen überschreiten: Während internationale Touristenströme die Vorstellung grenzenloser Mobilität und individueller Freiheit im „global village“ beschwören, erscheinen Geflüchtete als ihr Gegenteil: Sie stehen für unfreiwillige, häufig für „illegale“ Mobilität und Repression. Dabei ist es für Sozialforscher, die sich mit Mobilität beschäftigen, wichtig, zwischen konkreten Personen(gruppen) und Sozialfiguren zu unterscheiden. Als Personengruppe treten Geflüchtete mit ihren Lebens- und Erfahrungswelten, Fluchtmotiven und Mobilitätspraktiken in Erscheinung, als Sozialfiguren rücken Subjektivierungs- und Vergesellschaftungsformen sowie die sich an ihnen entzündenden Diskurse um die politischen, rechtlichen wie kulturellen Grenzen von Identität und Gemeinschaft in den Vordergrund. Sozialfiguren sind zeitgebundene Gestalten, (Ideal)Typen, die in ihrer Gesamtheit das Soziale ordnen.

Heidrun Friese hat sich der Sozialfigur des Flüchtlings und ihren aktuellen Ausprägungen in politischen wie medialen Diskursen der Einwanderungsländer gewidmet: der rassistischen Erschaffung des „bedrohlichen Feindes“ und seiner Spiegelung im biopolitischen Sicherheitsdispositiv, der humanitaristischen Konstruktion

des „bemitleidenswerten Opfers“ und seiner legitimierenden Funktion für eine „Migrationsindustrie“ und der revolutionären Identifikation des „Helden“ und die damit verbundene Mobilisierung von Solidarität und Gemeinschaft, aber auch von Bürgerrechten und Gerechtigkeit. Frieze interessiert die Dialektik der Sozialfigur des Flüchtlings. Denn Flüchtlinge sind nicht an sich Gefahr, Opfer, Retter (S. 72), sondern werden unter Rekurs auf eine bestimmte soziale Ordnung erst dazu gemacht.

Die Gemeinschaft benötigt politische Imaginationen des Fremden, denen Frieze in den Narrativen einer humanitären „Migrationsindustrie“, bestehend aus Hilfsangeboten, Solidarisierungsbekundungen von Nichtregierungsorganisationen und Aktivist:innen wie privater Seenotrettung nachspürt. Die Autorin argumentiert nicht gegen die Spendenwirtschaft und Seenotrettung als solche, sondern versucht anhand von Zitaten und Presseberichten herauszuarbeiten, wie diese selbst an der Produktion kolonialer Bilder vom Anderen als Opfer beteiligt sind, um sich selbst als Retter in Szene zu setzen. Lesenswert sind ihre Überlegungen zur Rolle des Körpers für die mediale Imagination und (Re)Sakralisierung des Flüchtlings als Opfer sowie die Veränderung von Mitleid und Solidarität durch die Alltäglichkeit digitaler Medien. Der Körper spielt eine tragende Rolle im „Grenzregime“, das Retter und Opfer, Arme und Reiche, Alltagsmenschen und Helden, Freunde und Feinde zusammenbindet: In der Endlosschleife der medialen Bilder von überfüllten Booten, Ertrinkenden, von zusammengedrängten Menschen in Zelten und Lagern, von Bewegungsprofilen auf Überwachungsmonitoren der Grenzschutzbehörden wird deutlich, dass der Körper zum Dreh- und Angelpunkt eines Grenzregimes geworden ist, das zugleich ein Medien- bzw. Blickregime ist. Am Körper werden Leid, Authentizität, Gefahr, Sicherheit, Nützlichkeit wie Hilflosigkeit von Flüchtlingen bewiesen wie bestritten. Frieses Essay unterstreicht die „Provinzialisierung“: Es gibt keine Kultur des Selbst ohne den Anderen; Ausschließungen sind Teil von Humanismus, Freiheit und Demokratie. Es ist eine Mischung aus sensibler Beobachtung, kritischer Analyse und aktueller Zeitdiagnose. Störend ist der unpräzise Umgang mit Definitionen und Konzepten. So fehlt eine Definition ihres Verständnisses von Posthumanitarismus, während die Konzepte Menschen schmuggeln und Menschenhandel nicht differenziert werden. Auch der zweite Teil des Büchleins, in dem sich Frieze mit der Transformation des Politischen durch die marktgerechte Gouvernance des Fluchthemas beschäftigt, ist durch seine voraussetzungsreichen Reflexionen für einen Essay, der sich an eine interessierte Öffentlichkeit richtet, keine leichte Lektüre. Dennoch ist Frieses kritische Intervention gängiger Einwanderungs- und Integrationsdiskurse lesenswert – man wünscht sich die Fortführung des Gedankens hin zur Entwicklung von Lösungsvorschlägen.

Julia Reuter

François Furet, Inventare des Kommunismus, Wien 2017 (*Passagen*), 94 S.

Frank Dikötter, Mao und seine verlorenen Kinder. Chinas Kulturrevolution, Darmstadt 2017 (*Theiss*), 414 S.

Auf den ersten Blick verbindet die beiden Bücher nur wenig, ausgenommen die Beschäftigung mit dem Thema „Kommunismus“. Der schmale Band *Inventare des Kommunismus* umfasst redigierte Notizen, die auf Gesprächen zwischen dem Historiker François Furet und dem Philosophen Paul Ricoeur in den Jahren 1996 und 1997 basieren. Furets Tod verhinderte eine Fertigstellung der Überarbeitung, so dass das Manuskript nun (ohne die Beiträge Paul Ricoeurs) von Christophe Prochasson aus dem Nachlass herausgegeben wurde. Der fragmentarische Charakter des Texts eignet sich weniger als „politisches und historiografisches Testament“ (S. 4) denn als Kommentar Furets anlässlich der Debatten um sein fulminantes Spätwerk *Le passé d'une illusion* (1995). Der Kenner der Französischen Revolution unternahm hierin den Versuch, die politischen Leidenschaften hinter dem Aufstieg der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts zu ergründen und deren maßgebliche Bestandteile zu inventarisieren.

In seinem Kommentar macht Furet deutlich, dass er die Sehnsucht nach einer postkapitalistischen, postbourgeoisen Gesellschaft keineswegs als abgeschlossen betrachtet – daher der, in der deutschen Übersetzung *Das Ende der Illusion* unterschlagene, unbestimmte Artikel. Seine Faszination gründet in dem Widerspruch, dass die Intensität und Emotionalität dieses modernen Glaubens, dem nichts Religiöses anhaftet und der einzig der Geschichte die Rolle eines Richters zubilligt, auch von seiner permanenten Widerlegung in der Praxis lange Zeit nicht zu beirren war. Wie lässt sich demnach eine Hoffnung erklären, „die auf einer Tragödie aufbaut, wenn sie doch keinen anderen Bezugspunkt hat als diese Tragödie?“ (S. 14). Wie konnte es dazu kommen, dass die Frustration hinsichtlich der Ungerechtigkeiten des Kapitalismus in solch monumentale Verbrechen mündete? Und wie sollen Demokratien mit der Tatsache umgehen, dass sie denkbar wenig geeignet scheinen, politische Leidenschaften zu stillen und damit stets vom Hass auf das „System“ begleitet werden? Diese Fragen haben bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Neue, über sein letztes Buch hinausgehende Antworten liefert das Gespräch jedoch nicht; es ist daher bedauerlich, dass Ricoeurs Einlassungen zu diesen Themen nicht überliefert sind.

In Frank Dikötters Geschichte der Kulturrevolution (statt *The Cultural Revolution. A People's History* im Deutschen unter dem unsäglichen Titel *Mao und seine verlorenen Kinder* publiziert) spielt die Frage des Glaubens an eine politische Illusion hingegen keine Rolle. Wo Furet zwischen Lüge und Illusion differenziert, geht es bei Dikötter primär um eine Beschreibung, wie die chinesische Bevölkerung dem maoistischen Unterdrückungsregime im Laufe der Kulturrevolution den Rücken kehrte und selbiges durch eine „stille Revolution“ mittels klandestiner Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Produktionsweisen de facto zur Reformpolitik der späten 1970er Jahre zwang.

Dikötters Stärke liegt im anekdotischen Erzählen. Mit Hilfe von Memoirliteratur und zahlreichen neuen Archivdokumenten liefert er eine lesenswerte Beschreibung der unterschiedlichen Phasen der Bewegung. Überzeugend unterscheidet er die rotgardistische Massenphase von der darauf folgenden Epoche der Herrschaftskonsolidierung durch Revolutionskomitees und schließlich von der Abschwächung totalitärer Gesellschaftsdurchdringung in den frühen 1970er Jahren. Hier wäre ein produktiver Dialog mit Furet möglich gewesen, für den das „Hilfskonzept“ des Totalitarismus Vergleiche zwischen den ideologisch hochgradig unterschiedlichen Diktaturen Stalins und Hitlers ermöglichte. So aber bleiben die Hintergründe der beschriebenen sozialen und politischen Vorgänge, die in vielen Bereichen durchaus den Stand der Forschung widerspiegeln, leider oft unterkomplex.

Daniel Leese

Jörg Ganzenmüller (Hrsg.), Recht und Gerechtigkeit. Die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturen in Europa, Köln u. a. 2017 (*Böhlau*), 311 S.

Martin Löhnig, Neue Zeiten – Altes Recht. Die Anwendung von NS-Gesetzen durch deutsche Gerichte nach 1945, Berlin u. a. 2017 (*de Gruyter*), 124 S.

Der von Jörg Ganzenmüller kenntnisreich eingeleitete Band versammelt die Beiträge eines Internationalen Symposions, das 2015 in Weimar stattfand. Den Auftakt bilden Beiträge zu den deutschen Erfahrungen bei der strafrechtlichen Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Neben wertvollen Übersichtsdarstellungen (zur NS-Diktatur von Clemens Vollnhals, zum DDR-Regime von Gerhard Werle/Moritz Vormbaum) stehen informative Detailstudien zu spezifischen Deliktsbereichen wie etwa den Medizinverbrechen (Tobias Freimüller und Martin Kiechle) und den Tötungen an der Mauer (Gerhard Sälter). So spannend wie ein Krimi liest sich der Beitrag von Katharina Lenski, die den Tod eines jungen Oppositionellen in der DDR untersucht, der sich angeblich in einer Untersuchungshaftanstalt der Stasi erhängte. Einen zweiten thematischen Schwerpunkt bildet die strafrechtliche Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in ausgewählten postdiktatorischen Gesellschaften Europas. Nachdem in Rumänien (Julie Trappe) erst spät der Prozess des Systemwechsels begonnen hatte, wählte die neue Führung nach dem Umsturz mit der Verurteilung und Hinrichtung des Diktators Ceaușescu einen schnellen und radikalen Weg, der aber Episode blieb und keine Tradition einer geordneten juristischen Aufarbeitung begründen konnte. Der Beitrag zu Bulgarien (Stefan Troebst) trägt autobiografische Züge, indem sich der Autor auf die mühsame Suche nach der eigenen Geheimdienstakte macht und am eigenen Beispiel Beharrungskräfte veranschaulicht, die einer Aufarbeitung entgegenstehen können. Nach Ulrike Capdepón wählte Spanien ebenfalls einen radikalen, aber entgegengesetzten Weg, indem es durch ein Amnestiegesetz explizit auf die strafjuristische Aufarbeitung des Franco-Regimes verzichtete. Erst durch das Engagement eines spanischen Richters, der die universelle Gerichtsbarkeit der spanischen Justiz auch auf das Franco-Regime anwandte, und durch die Ermittlungen argentinischer Gerichte wurde der „Schweigepakt“ der post-

franquistischen Gesellschaft in Frage gestellt. Fazit: Der Band bietet reichen Ertrag. Auch wenn die europäischen Erfahrungen eine große Bandbreite zeigen, die direkte Ableitungen schwierig machen, zeigen sie, dass sich der Aufarbeitungsdiskurs internationalisiert hat, und dass zudem vereinzelte Gesellschaften damit begonnen haben, die einstmals eingeschlagenen Wege kritisch aufzuarbeiten. Welche Rolle das Strafrecht in seiner rechtsstaatlichen Gestalt bei der „Aufräumarbeit“ in postdiktatorischen Gesellschaften haben kann, ist eine offene Frage. Dass man sich des Strafrechts, als schärfstem Schwert staatlicher Macht, nicht allzu schnell und hoffnungsfroh bedienen sollte, betonte Jutta Limbach, die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts.

Nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Zukunft hatten sich die Gerichte Nachkriegsdeutschlands in den Jahren 1945-49 zu befassen, deren Rechtsprechung die kleine Monografie Martin Löhnigs analysiert. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung, wie die Gerichte die Herausforderung bewältigten, das alte Recht an die neuen Bedingungen anzupassen. Die Studie zeigt anhand von Beispielen aus dem Kündigungsschutzrecht und dem Ehescheidungsrecht, dass sich die Gerichte dieser Übergangsjustiz durchweg von der geltungszeitlichen Interpretation der Normen lösten und sich einer (objektiv-teleologischen) Auslegungsmethode zuwandten, die in der Lage war, allgemeine Vernünftighkeitsmaßstäbe in das Gesetz hineinzulesen. Dass sich hierbei eine große Variabilität entwickelte, zwischen Osten und Westen, aber auch zwischen einzelnen Gerichtsbezirken, verwundert nicht. Es ist bemerkenswert, dass sich aus dem „vielstimmigen Diskurs“ gleichwohl bestimmte Lesarten des Rechts herausbilden konnten, die zum Teil wegweisend für die weitere Rechtsentwicklung nach 1949 wurden. Löhnig, der auf umfangreiche Aktenanalysen zurückgreifen konnte („mehrere Zehntausend“, S. 119), rekonstruiert diese Vorgänge mit großer Akribie, ohne die lebensweltliche Bedeutung der dargestellten Rechtsfragen aus dem Auge zu verlieren.

Sascha Ziemann

Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 356 S.

Sebastian Gräfe unternimmt in seiner Dissertationsschrift den Versuch, ausgewählte Gruppierungen des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland systematisch zu beschreiben und zu analysieren. Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands und des persönlichen Leids der Opfer terroristischer Anschläge wird der Untertitel der – tatsächlichen und gefühlten – Bedrohung nicht gerecht. Besser wäre ein Hinweis auf das Gefahrenpotenzial durch die militanten Gegner des Rechtsstaates. Die inhaltliche Bestimmung des Begriffs „Terrorismus“ ist Ausgangspunkt der Methodik der Arbeit. Die im Verfassungsschutzbericht des BMI von 2011 verwendete Definition wird als nicht mehr vollständig zutreffend bezeichnet (S. 39).

So verweist Gräfe auf die „kommunikative Komponente“ des Terrorismus und auf deren Fehlen bei der NSU-Mordserie (S. 37). Diese Tatsache führte nach Ansicht Gräfes dazu, dass Ermittlungen der Strafverfolger zu rechtsterroristischen Hintergründen dieser Anschläge keine Priorität besaßen (S. 44 f).

Die Begriffsbestimmungen zu Extremismus, Rechtsextremismus, Terrorismus und Rechtsterrorismus sowie die Konzepte rechtsterroristischen Handelns setzen den Bezugsrahmen der Untersuchung (Kapitel 2). Sechs terroristischen Gruppen aus der Bundesrepublik der Jahre 1969 bis 1990 stellt Sebastian Gräfe sechs Gruppen der Jahre 1990 bis 2015 gegenüber. Dazu werden deren Ideologie, Gruppenstruktur, Auswahl der Ziele bzw. Opfer, die Gewaltintensität und die Kommunikationsstrategie behandelt. Als Quellen werden Medienberichte, Gerichtsurteile, Strafverfahrensakten, Protokolle von Untersuchungsausschüssen und Verfassungsschutzberichte ausgewertet. Die Frage, warum nach 1990 fünf dieser sechs Gruppen in den neuen Bundesländern beheimatet waren, wird nicht gestellt. Auch Anschläge von Einzeltätern oder die Grauzone terroristischer Anschläge mit mutmaßlich rechtsterroristischem Hintergrund werden nicht näher untersucht (z. B. das Oktoberfestattentat von 1980).

Ein Überblick über Rechtsterrorismus im länderübergreifenden Vergleich (Großbritannien, Italien, Russland, Skandinavien, USA) wird im sechsten Kapitel gegeben. Hinweise auf internationale Netzwerke und Kooperationen der Rechtsterroristen klammert Gräfe aus. Ebenso fehlen Hinweise auf die Nutzung des Internets. Dagegen stellt der Vergleich des rechten und des linken Terrors am Beispiel der RAF und des NSU eine wichtige inhaltliche Erweiterung der Arbeit dar, deren analytische Klarheit hervorzuheben ist.

Unberücksichtigt bleiben ferner die Fragen nach den Ursachen des Rechtsterrorismus in Deutschland und anderswo: Erwächst Rechtsterrorismus aus unbewältigter Vergangenheit oder generiert er sich aus Angst vor und Ablehnung des Fremden? Haben rechtsterroristische Phänomene im internationalen Vergleich gemeinsame oder unterschiedliche Ursachen und Wurzeln? Und: Leider unterbleibt die Analyse des möglichen Einflusses von V-Leuten auf Radikalisierung und Militanz der rechtsterroristischen Gruppen. Unabhängig dieser Monita liefert Sebastian Gräfe mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur analytischen Aufarbeitung des terroristischen Rechtsextremismus, der vor allem durch die Vielzahl der erhobenen und ausgewerteten Quellen besticht, zugleich ein Personenregister eine wichtige und wünschenswerte Ergänzung gewesen wäre.

Eberhard Kühne

Romy Günthart/Erich Günthart, Spanische Eröffnung 1936. Rotes Zürich, deutsche Emigranten und der Kampf gegen Franco, Zürich 2017 (*Chronos*), 203 S.

Am 14. Februar 1939 anerkannte die Schweiz als zweites europäisches Land nach Irland und zwei Wochen vor England und Frankreich diplomatisch die Franco-Regierung als einzige legitime Regierung Spaniens. Das war auch eine Konsequenz der

seit 1936 gegenüber der rechtmäßig gewählten spanischen Volksfront-Regierung verweigerten Solidarität, die verschiedene Facetten trug. Das begann mit dem Verbot von Solidaritätsaktionen der Schweizer Antifaschisten über die versuchte Kriminalisierung und tatsächliche Observierung all derer, die sich für eben diese Solidarität einsetzten, und endete mit der Inhaftierung von Schweizern, die der bedrängten Republik zur Hilfe kommen wollten. Diejenigen, die es dann schafften, kamen nach ihrer Rückkehr in die Schweiz vor das Divisionsgericht und mussten mit empfindlichen Strafen rechnen. Vorsorglich hatten die Schweizer Behörden schon am 3. November 1936 Gesetze gegen die kommunistische Partei und ihre Frontorganisationen, vor allem die Internationale Rote Hilfe, erlassen. Mit geheimdienstlichen Mitteln wurde gegen Schweizer vorgegangen, die in Verdacht gerieten, nach Spanien zu wollen, oder die den ohnehin in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkten, deutschen Emigranten halfen, auf illegalen Wegen nach Spanien zu gelangen.

Vieles davon lässt sich nun in einem in Zürich erschienenen neuen Buch nachlesen, das vor allem auch in Deutschland auf besonderes Interesse stoßen sollte. Alles hatte, so betont es auch das Vorwort, eigentlich mit einer privaten Recherche begonnen. Erich Günthart, Sohn, und Romy Günthart, Enkelin des Schweizer Arbeiters Walter Günthart (1911-1971), hatten mit dessen spärlichem Nachlass auch eine Lithographie Heinrich Zilles geerbt, über die Walter nur erzählt hatte, er habe sie im Sommer 1936 von einem deutschen Emigranten als Dank dafür erhalten, dass sich dieser vor seiner Weiterreise nach Spanien bei ihm einquartieren durfte. Der geheimnisvolle Emigrant, über den Walter sonst nie mehr gesprochen hatte, war, so fanden seine Nachkommen heraus, der unter dem Namen „Klaus“ in der Schweiz lebende Ludwig Renn. Dieser sächsische Adlige und Weltkriegsoffizier war nach seinem Welterfolg *Krieg* in die KPD eingetreten und nach der Entlassung aus der Nazi-Haft im Februar 1936 in die Schweiz emigriert. Nach dem Putsch der Generäle in Spanien hatte er sich der rechtmäßigen Regierung zur Verfügung gestellt. Unter seinem Befehl kämpfte dann in Spanien mit Heinrich Bram auch ein Schweizer, der bei den Güntharts als Untermieter gewohnt hatte. Am Beispiel Ludwigs Renns, Hans Kahles und Hans Marchwitzas wird hier durch die Veröffentlichung ihrer Schweizer Geheimdienst-Dossiers ein weiteres Mal offenbar, wie repressiv die Behörden der Schweiz auch gegen die deutsche antifaschistische Emigration vorgehen. Diese hier im Buch enthaltenen Observierungs- und Verhörprotokolle waren bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die drei genannten Deutschen hatten, nachdem sie aus der Schweiz ausgewiesen und nach Spanien gelangt waren, hohe Kommandofunktionen in der republikanischen Armee inne. Hans Kahle kommandierte mit der 45. Division eine der größten Einheiten, die zu dieser Zeit auf republikanischer Seite unter der Führung eines Deutschen stand. Zuvor hatte er eine Brigade kommandiert, in der Ludwig Renn sein Stabschef war. Renn hatte mit Walter Günthart auf dessen selbstangefertigtem Brett Schach gespielt. Daran erinnerte er sich, als er am 31. Dezember 1936 mit Hans Kahle im Stabsquartier der XI. Internationalen Brigade am Schachbrett saß und sein Spiel mit der „Spanischen Eröffnung“ begann.

20 Jahre nach seiner Ausweisung aus der Schweiz durfte Ludwig Renn 1956 wieder einreisen, mit der für einen Schriftsteller befremdlichen Einschränkung, dass ihm „jede Vortragstätigkeit in der Schweiz ohne ausdrückliche fremdenpolizeiliche Bewilligung untersagt ist“ (S. 162).

Werner Abel

Ulrike Guérot, Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde, Berlin 2017 (*Ullstein*), 94 S.

Stéphanie Hennette u. a., Für ein anderes Europa. Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone, München 2017 (*C.H. Beck*), 89 S.

Claus Leggewie, Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung, Berlin 2017 (*Ullstein*), 318 S.

Ein Blick genügt und der gemeinsame Ansatz tritt hervor. Die Autoren der drei Schriften geben vor zu wissen, was dem Volk frommt und Europa nutzt. Mit dessen Zustand sind sie nicht nur unzufrieden. Sie benennen auch den Schuldigen für die rechtspopulistische Welle. Für Thomas Piketty und seine Kollegen ist es das Kapital, für Ulrike Guérot der Neoliberalismus, die deutsche Wirtschaft oder schlicht „die deutsche Hegemonie“, die Europa „zerrüttet“ habe (S. 30). Die historischen und ökonomischen Kenntnisse der Autorin halten keiner Überprüfung stand, sie werden für die eine Botschaft instrumentalisiert: Das Heil liege in der Überwindung der Nationalstaaten und der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Demokratie. Zu diesem höheren Zweck bedarf es der einheitlichen Arbeitslosenversicherung, der Fiskalunion und der europaweiten Grundsicherung. Die Frontlinien in dem „neuen Bürgerkrieg“, den schon der Titel verkündet, werden quer durch den Kontinent gezogen. Als nationale Staatsbürger würden wir „sozial und ökonomisch zueinander in Konkurrenz gesetzt“, hier habe der Populismus – rechts im Norden, links im Süden – seine Wurzeln. Sie auszureißen, brauchten wir nur „Wahlrechtsgleichheit, steuerliche Gleichheit und gleichen Zugang zu sozialen Rechten“ (S. 80). Wollen die Völker das? Ist ein Populist, wer die Demokratie – und dazu gehört das Budgetrecht des Parlaments – in nationalstaatlichem Rahmen verortet? Diese wesentliche Frage taucht auch in Pikettys kurzem Vertragsentwurf nicht auf. Er und seine Koautoren verschreiben sich der Demokratisierung der Eurozone, lassen aber offen, wer einen solchen Prozess tragen soll. Allein die hohe Abstraktionsebene spricht dem Volk Hohn. Es leide unter der undemokratischen Austeritätspolitik. Aber was stattdessen? Was wäre demokratisch? Die Umverteilungsunion? Alle Autoren drücken sich vor Antworten.

Die Hybris, gute Europäer und böse Nationalisten gegeneinander ausspielen zu können, erfüllt auch das Buch von Claus Leggewie. Für ihn verbietet sich jedes Aufbegehren gegen Zuwanderung politisch und moralisch. Leggewie schwingt den Holzhammer und macht die Lektüre streckenweise zur Qual. In seinem Schwarz-Weiß-Gemälde verlieren sich leider auch die vielen nützlichen Informationen, die zu einzelnen Ländern beigesteuert werden und die einen großen Teil des Buches aus-

machen, bisweilen durch den Fortgang der Geschichte überholt sind. Leggewie greift weit über die Grenzen des Kontinents hinaus und tummelt sich in Tunesien, Russland und der Türkei. Es fehlt nicht nur die Anschaulichkeit, sondern auch die Stringenz. In der zweiten Hälfte wendet sich der Autor dem einzig heilenden Gegenmittel zu, das dem Rechtspopulismus, „der völkisch-autoritäre Nationalismus“ genannt (S. 21), den Garaus machen kann. Es findet sich in einem transnationalen Europa und ähnelt der Rezeptur von Guérot, Piketty und all den anderen selbst ernannten Demokraten. Auch die Flucht in die Abstraktion ist die gleiche. Leggewie empfiehlt „Responsivität, Resilienz und Resistenz“ gegen „die rechtspopulistische-autoritäre Welle“ (S. 114) und „Europa als eine föderative und nachhaltige Bürger- und Sozialunion“ (S. 121). Drei Körbe werden aufgehängt, die es zu füllen gelte. Mit „Teilhabe“ will Leggewie „Chancen einer echten europäischen Staatsbürgerschaft“ ausloten, mit „Solidarität“ auf die gewachsene soziale Ungleichheit reagieren und mit „Nachhaltigkeit“ sich an den Interessen künftiger Generationen ausrichten (S. 128). Am Ende führt eine bunte Mischung von „Agenten des Wandels“, den „europäischen Aktivbürgern“ (S. 212 f.), aus dem gedanklichen Höhenflug hinab in die Niederungen des täglichen Kleinklein. Es ist, als habe Leggewie mit dieser abrupten Wende einen Tribut an die Realität entrichten wollen.

Brigitte Seebacher

Petra Hemmelmann, *Der Kompass der CDU. Analyse der Grundsatz- und Wahlprogramme von Adenauer bis Merkel*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 483 S.

Susanne Gaschke, SPD. Eine Partei zwischen Burnout und Euphorie, München 2017 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 176 S.

Die Bundestagswahl hat die Debatte angeheizt, inwieweit das Erstarken der AfD Symptom und Konsequenz einer Schwäche von CDU und SPD ist. Petra Hemmelmann und Susanne Gaschke schärfen unser Verständnis dafür, wo der Riss zwischen den Volksparteien und ihren Zielgruppen verläuft.

In *Der Kompass der CDU* untersucht Hemmelmann, ob die CDU unter Angela Merkels Vorsitz ideologisch ausgehöhlt wurde. Aus den Gründungsaufrufen, Grundsatz- und Wahlprogrammen leitet Hemmelmann die Grundwerte der CDU ab. Sie analysiert dann quantitativ, wie stark diese Werte programmatisch im Zeitverlauf betont werden. Abschließend erforscht sie den Zusammenhang zwischen Wahlversprechen und politischem Handeln mittels eines Vergleiches der CDU-Wahlprogramme und Regierungserklärungen Merkels und ihrer CDU-Vorgänger im Kanzleramt sowie dreier Fallstudien.

Hemmelmanns Studie ist die bisher systematischste und umfassendste Erforschung der CDU als Programmpartei. Ihre Resultate sind wichtig, da überraschend: Der Bezug zu traditionellen CDU-Werten hat zu- statt abgenommen. Während die steigende Bedeutung von Werten wie „Nachhaltigkeit“ und „Pluralismus“ Ausdruck einer Orientierung an der politischen Mitte sein mögen, finden sich auch die von Konservativen als identitätsstiftend empfundenen Bezüge auf Sicherheit, christliche

Werte und Heimat stärker in Merkels Programmen als je zuvor. Wenn die CDU in ihren Programmen jedoch stärker auf ihre traditionellen Werte Bezug nimmt, warum ist die Partei zunehmend der Kritik ideologischer Entwertung ausgesetzt? Hier hätte Hemmelmann mehr zwischen Position und Salienz unterscheiden können. Sie konzentriert sich auf das Vorkommen verschiedener Wertbezüge. Inwieweit die gleichen Werte umgedeutet wurden, um veränderte (z. B. politisch stärker links-orientierte) Positionen zu rechtfertigen, ist nicht Teil der Analyse. Stattdessen zeigt Hemmelmann, dass Wahlprogramme weniger als früher maßgebend für das politische Handeln seien. Das Spannungsverhältnis zwischen programmatischer Werteverbundenheit und öffentlicher Kritik des Verrats an eben diesen Werten unterstreicht, dass Parteien ihre Zielgruppen nicht allein durch Programme erreichen.

Hier setzt Gaschkes *SPD. Eine Partei zwischen Burnout und Euphorie* an. Kaleidoskopisch beleuchtet die frühere Zeit-Journalistin und SPD-Oberbürgermeisterin von Kiel die innerparteilichen, kommunikativen und inhaltlichen Herausforderungen der Partei. Dazu bedient sie sich Studien von Sozialwissenschaftlern und SPD-Politikern, eigener Beobachtungen sowie Gesprächen mit Parteimitgliedern und Wählern. Gaschkes Schlussfolgerungen hätten durch eine quantitative Analyse untermauert werden können. Ohne Beweis bleiben wichtige Hinweise, wie beispielsweise: die SPD könne Wähler vor allem in der Mitte gewinnen oder ihre Zielgruppe Sorge sich weniger um Bildungschancen und mehr um eine sich ausbreitende Unsicherheit.

Trotzdem ist Gaschkes Buch eine aufschlussreiche Analyse der Herausforderungen moderner Parteiarbeit. Entgegen des Irrglaubens an eine heilsame Wirkung von Programmanträgen und digitalen Formen politischer Beteiligung klingt Gaschkes Appell wie eine Rückbesinnung auf die klassischen Aufgaben politischer Parteien: die Bedürfnisse ihrer Wählergruppen verstehen, konkrete wie gegenüber dem politischen Gegner trennscharfe Antworten auf diese Bedürfnisse finden und diese Antworten weder verklausuliert noch herablassend kommunizieren. Hemmelmann und Gaschke zeigen: Demokratie lebt vom Dialog zwischen Parteien und Wählern. Wo dieser Dialog nachhaltig gestört ist, treffen Extremisten und Populisten auf fruchtbaren Boden.

Matthias Dilling

Bodo Hombach/Edmund Stoiber (Hrsg.), *Europa in der Krise. Vom Traum zum Feindbild?*, Marburg 2017 (*Tectum*), 217 S.

Hartmut Marhold (Hrsg.), *Europe under Stress. Internal and External Challenges for the EU and its Member States*, 2. erweiterte Aufl., Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 165 S.

Die Autoren in dem von Bodo Hombach und Edmund Stoiber herausgegebenen Sammelband sind sich weitgehend einig: die Europäische Union (EU) ist in der Krise, es stehen turbulente Entwicklungen bevor, und es muss sich Grundlegendes ändern, wenn sie ihre zentralen Aufgaben, Sicherheit und Wohlstand in einer friedlichen Welt zu garantieren, auch nur annähernd erfüllen will. Doch führt dieser Befund in den meisten Beiträgen in die übliche Rhetorik: Mit allerlei Pirouetten wird

durchdekliniert, die EU sei unerlässlich, stelle eine einmalige Chance dar und Deutschland profitiere davon. Leider geschieht dies vielfach, ohne an analytischer Schärfe zu gewinnen und klar herauszuarbeiten, was denn angesichts der krisenhaften Lage zu tun wäre. Mehr Solidarität, mehr Zusammenarbeit, mehr Verständnis füreinander, mehr Öffentlichkeit und so weiter, das ganze bekannte Repertoire.

Dabei legt Bodo Hombach schon im ersten Beitrag konkret die Finger ohne Scheu in zwei Wunden. Zwei Schwellen seien zu überwinden: „Die Bürokratie, die sich von der Politik und von den Völkern in ein Paralleluniversum aus Lobbyisten-nähe, Filz, Selbstüberschätzung und Selbstbeauftragung zurückgezogen hat, ist energisch zu vertikutieren.“ Dem stellt er den Gedanken an Subsidiarität an die Seite. Und zweitens: „Es braucht eine Politik, die das Heft in die Hand nimmt und nicht glaubt, sie verteidige Europa, wenn sie die Brüsseler Bürokratie und den gegenwärtigen Status verteidigt. Sie muss die Demokratie, die sie will, selbst beispielgebend praktizieren“ (S. 11).

Auf weitere Hürden weisen andere Beiträge hin, sodass genügend Herausforderungen beschrieben sind, die nach Lösungen suchen. Doch wird das ordnungspolitische Problem der EU nicht konsequent angefasst. Wie soll die EU aufgestellt sein, um ihre Interessen in einer internationalen Umwelt zu verfolgen, die zunehmend von widerstreitenden Werten und Interessen geprägt ist? Einer Welt, in der sich die EU nicht mehr wie zuvor auf die USA verlassen kann? Einer Welt, in der Russland eine dynamische und gegen die EU gerichtete geostrategische Einflussausweitung verfolgt? Einer Welt, in der China über das Projekt der Seidenstraße Einfluss projizieren will? Da hätte man sich tiefer schürfende Fragen und konkretere Antworten gewünscht.

Die meisten Beiträge aus dem Band, den Hartmut Marhold herausgegeben hat, stammen aus den Jahren 2014 und 2015 – also aus der Zeit vor der Flüchtlingskrise, dem Brexit, der Präsidentschaft von Donald Trump, vor den Initiativen von Präsident Emmanuel Macron und den populistischen Herausforderungen. Ihre Lektüre wird deshalb stets von zwei widersprüchlichen Gefühlen begleitet. Einerseits scheint angesichts der Entwicklungen der letzten zwei Jahre – von Großbritanniens Brexit über Frankreichs europapolitischen Aufbruch zu den Unwägbarkeiten über die Europapolitik der USA und Russlands Ausgriff in den Nahen und Mittleren Osten – die Zeit einmal mehr noch umstürzender zu sein als sonst schon. Was für eine Dynamik in den internationalen Beziehungen herrscht! Und andererseits stellt sich die Wahrnehmung ein, dass die EU von diesen Entwicklungen scheinbar unberührt auf den eigenen Nabel schaut und gleichsam auf einem von Akronymen gewebten Projekt- und Programmteppich durch die weltpolitischen Turbulenzen zu schwimmen scheint. Die Umstände haben sich aber dramatisch geändert, und es wäre nötig, diese Änderungen mit aller Konsequenz zu bedenken.

Thomas Jäger

Vittorio Hösle, Russland 1917-2017. Kultur, Selbstbild und Gefahr, Basel 2017 (*Schwabe*), 103 S.

Wie sich das von Lenins Zwangsregime geprägte Russland inzwischen politisch entwickelt hat, erörtert der Philosoph Vittorio Hösle in seiner Publikation. Er beginnt mit frohen Erinnerungen an seine Zeit in Gorbatschows Moskau, als eine Epoche demokratischer Freiheit anzubrechen schien. Dann aber habe die – als fehlgeschlagene Modernisierung interpretierte – schlimme Vergangenheit kein Ende gefunden. Vielmehr sei ein repressiver und kleptokratischer Machtstaat ohne die Tugenden eines „fairen Kapitalismus“ entstanden. Man müsse das ohne Wunschdenken zur Kenntnis nehmen und sich auf die damit verbundenen Gefahren einstellen. Der Zerfall der UdSSR gehe auf innere Vorgänge – also nicht auf äußere Einwirkungen – zurück, werde aber in den führenden Kreisen als gewaltsame Abtrennung von Reichsgebieten empfunden. Das rufe „Phantom Schmerzen“ und den Willen zur Restauration des Imperiums hervor, dessen anderen Völkern das Recht auf nationale Selbstständigkeit verweigert werde. Im Westen dürfe man sich nicht bequemer Selbsttäuschung hingeben, sondern müsse die Herausforderung annehmen, dass wie im Kalten Krieg „anstrengende und schmerzliche Veränderungen erforderlich“ seien, „wenn man einer viel größeren Katastrophe entgehen“ wolle.

Hösle macht für seine Ansicht, dass „Russland heute gefährlicher ist als die alte Sowjetunion“, verschiedene Gründe geltend: Während in der UdSSR eine universalistische Ideologie gegolten habe, die zwar einseitige Ansprüche formuliert, ihnen aber keine uneingeschränkte Legitimität zuerkannt habe, erscheine jetzt alles, was mit dem Interesse Russlands bemängelt wird, als vollaufberechtigt. Seit Stalin nach 1945 seinen im Bunde mit Hitler begonnenen Beutezug beendet habe, seien die staatlichen Grenzen respektiert worden. Dagegen erheben sich heute Stimmen, die nicht nur den Willen zur Rückkehr zum Territorialbestand der früheren UdSSR erkennen lassen, damit die Existenz der aus den damaligen Sowjetrepubliken hervorgegangenen Staaten in Frage stellen, sondern manchmal sogar Finnland und Polen für das zu restaurierende Reich reklamieren. Zwar räumt Hösle ein, dass sich Putins Regime mit so weitreichenden Forderungen nicht offen identifiziert, denn dies würde die Außenwelt zu einhelliger Empörung veranlassen. Insgeheim aber bereite Moskau die Annexion früherer Reichsgebiete vor.

Wie näher erläutert wird, beruht das Vorgehen gegen die Ukraine auf Planungen, die schon bereit lagen, ehe die Majdan-Revolution 2014 den Anlass bot. Es gehe den russischen Revisionisten nicht nur darum, Gebietsverluste rückgängig zu machen. Ebenso sehr wolle man am Westen, dem die Schuld an der „Demütigung“ von 1991 gegeben wird, Revanche üben. Wegen der großen wirtschaftlichen und technischen Unterlegenheit komme als Instrument – außer subversiven Machenschaften, in denen sich Putin als früherer KGB-Mann auskennt – nur militärische Überlegenheit in Betracht, die mit aller Kraft aufgebaut worden sei. Im Konfliktfall könne Russland damit das schwächliche „Gayropa“ (wie die EU intern zuweilen genannt wird) in die

Knie zwingen. Dieser Herausforderung, so lautet der Appell an die Europäer, müsse man sich stellen.

Gerhard Wettig

Christin Jänicke/Benjamin Paul Siewert, 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Münster 2017 (*Westfälisches Dampfboot*), 209 S.

Frank Brunner, Mit aller Härte. Wie Polizei und Staatsschutz Linksradike jagen, Köln 2017 (*Lübbe*), 252 S.

Die zwölf Autoren des Sammelbandes von Christin Jänicke und Benjamin Paul Siewert sind sozialwissenschaftlich qualifiziert und stammen meist aus Bildungsberufen. Politisch aufschlussreich ist, dass niemand von ihnen auf die Idee kommt, die Aktivitäten der Antifa auch an den Werten des Grundgesetzes zu messen. Wer diese Schlagseite ausblendet, wird den Band aber mit Gewinn lesen. Er zeichnet Ursprünge, Entwicklung und Arbeitsfelder linker Antifa-Gruppen in den ostdeutschen Bundesländern nach. Sehr detailliert wird erläutert, dass sich linke Jugendliche gegen die weitgehende rechtsextreme Dominanz schon zum Selbstschutz zusammenschließen mussten. Der Rechtsextremismus Anfang der 1990er Jahre war höchst real und musste nicht – wie bei der westdeutschen Antifa – neu (notfalls mit SED-Geldern) erfunden werden. Erst mit einer Stabilisierung der Sicherheitslage ab dem Jahr 2000 kommen für diese Gruppen die systemüberwindenden Fernziele dazu, auch die abseitigen Gender- und Identitätsdiskurse der westdeutschen „Soziologen-Linken“. Durch das ganze Buch zieht sich dieser bis heute spürbare Konflikt: „Die autonome Frauen- und Lesbenbewegung hatte gar nichts mit meiner politischen Praxis zu tun [...] Die ganze Diskussion und die damit verbundenen Forderungen gingen völlig an meiner Realität vorbei“, resümiert eine ostdeutsche Aktivistin (S. 170). Die stärkere Ausrichtung an realen Problemen denn an Ideologiekonstrukten (west)deutscher Linksextremisten gemahnt, die ostdeutsche Antifa auch entsprechend anders zu bewerten.

Frank Brunner wiederum liefert eine lebendig geschriebene Reportage über die Fahndung nach der „militanten gruppe“ (mg); ihr werden bis 2009 rund 40 gemeingefährliche Anschläge auf Ziele zugerechnet, die dem Feindbild von Linksextremisten entsprechen. Die Position des Autors ist klar: Linke Gewalt ist zwar anachronistisch, aber nicht wirklich gefährlich; die gesellschaftlichen Kosten und die elitäre Anmaßung der Täter scheint ihm eher nicht der Erwähnung wert. Wenn Polizei und Verfassungsschutz „Linksradike jagen“, dann ist ihr Handeln stets unverhältnismäßig, überzogen oder direkt rechtswidrig. Trotzdem fehlt Brunner nicht jede Fähigkeit zur Differenzierung, dies zeigt folgende Begebenheit: Mit dem in eine linke Gewaltszene eingewobenen, ehemaligen Stasi-Offiziersschüler und zeitweiligen Staatssekretär in Berlin, Andrej Holm, wurde 2007 zeitgleich der mg-Aktivist Oliver Rast festgenommen. Rast profitierte nach Brunner nicht von der öffentlichen Diskussion, als „Holms Unterstützer die Ermittler durch eine Empörungsmaschine aus Presseerklärungen und Interviews drehen“ (S. 48). Er wurde u. a. wegen der Mitgliedschaft

in einer kriminellen Vereinigung verurteilt, Holm später freigesprochen. Dabei ist Rast auch nach drei Jahren Gefängnis weder einsichtsfähig noch resozialisiert; das Urteil, so sagt er im abschließenden Interview, sei für ihn weder politischer Makel noch biografischer Schandfleck. Er erschien als ein Serienstraftäter oder – in der Sprache der Kriminologie – als „Gewohnheitsverbrecher“: Seit den 1990er Jahren war Rast „Dauergast bei Demonstrationen, die in Ausschreitungen endeten“ (S. 57). Wohl eher unbeabsichtigt wird beschrieben, wie schützende linksextremistische Milieus schwere Straftaten relativieren, die Täter unterstützen und zu Opfern stilisieren; dazu zählen ihre anwaltlichen Vertretungen, die Etats von Studentenvertretungen als „Topf voller Geld“ für Autonome oder die „stillen Hilfen“ durch „geistige Brandstifter“, von deren Lehrstühlen aus die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt begründet wird.

Das alles ist für sachkundige Leser ganz gut erkennbar, aber für weniger sachkundige Betrachter entsteht das irrierte Bild linker Opfer. Der Band gleicht einer cleveren Agitation – die früheren Schund- und Groschenhefte, für die der Verlag einst bekannt war, waren da deutlich einfacher gestrickt.

Rudolf van Hüllen

Dirk Jörke/Veith Selk, Theorien des Populismus. Zur Einführung, Hamburg 2017 (*Junius*), 192 S.

Bernd Stegemann, Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin 2017 (*Theater der Zeit*), 178 S.

Johannes Hillje, Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen, Bonn 2017 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 179 S.

Der inflationäre Gebrauch des Populismus-Vorwurfes im politischen Diskurs hat inzwischen zu einer Unschärfe des Begriffes geführt. Deshalb ist es zu begrüßen, wenn drei wissenschaftliche Werke aus unterschiedlichen Perspektiven das Thema gründlich wie leserfreundlich behandeln und jeweils in den spezifisch nationalen politischen, kulturgeschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext einbetten.

Die beiden Darmstädter Politologen Jörke und Selk definieren als Ziel ihrer „Einführung in die wichtigsten Theorien des Populismus“ die Beantwortung von drei zentralen, eng miteinander verknüpften Fragen: 1. Was ist Populismus? 2. Warum entsteht Populismus? 3. Wie ist Populismus zu bewerten? Vorgeschaltet ist ein Überblick über die vielgestaltigen „Facetten des Populismus“ in den USA, in Südamerika und Westeuropa. Abschließend plädieren die Autoren überzeugend dafür, „für gesellschaftliche Verhältnisse einzutreten, in denen die Lücke zwischen den Versprechen der Demokratie auf der einen Seite und der sozialen Wirklichkeit auf der anderen Seite weniger groß ist“ (S. 168), und durch demokratische Reformimpulse im Interesse des Volkes – wie die Bekämpfung der Altersarmut, die Herstellung gleicher Bildungschancen, den Schutz vor Kriminalität oder eine erfolgreichere Integration von Zuwanderern – populistischen Demagogen gleichsam den Boden zu entziehen.

Bernd Stegemann, Professor für Dramaturgie an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin und an zahlreichen Bühnen tätig, analysiert die Dramaturgie des öffentlichen Sprechens. Er verfolgt die Frage, ob der Populismus eine Gefahr für die Demokratie ist oder nicht als ein Symptom für ihre Fehler erscheint. Eingangs formuliert der Verfasser die These, „dass der Populismus gewinnt, weil das Projekt des Liberalismus in einer tiefen Krise steckt“ (S. 7). Angeblich entstehen „gerade in den liberalsten Gesellschaften die größten Krisensymptome“ (S. 8). Die einzige Lösung liege in der „Selbstkritik des Liberalismus“ (S. 10), d. h. in einer Rückbesinnung auf seine Werte – wie Freiheit des Individuums, Offenheit der Gesellschaft als Möglichkeit zur Selbstentfaltung oder die Gleichberechtigung aller Menschen. Auf welche Weise artikuliert sich der Populismus – so lautet die Leitfrage – in der öffentlichen Meinung und im öffentlichen Diskurs? Die vernichtende Antwort: Eine populistische Aussage beansprucht für sich eine Wahrheit, „die weder demokratisch noch wissenschaftlich begründet ist, sondern die sich aus einem vermeintlichen Volkswillen ableitet, der weder überprüft noch bewiesen werden kann“ (S. 64). Die übliche Verengung des Populismus auf den Rechtspopulismus verhindert der Autor dankenswerterweise durch seine eingehenden Ausführungen über den liberalen wie den linken Populismus.

Überzeugend und realitätsnah analysiert Johannes Hillje, Publizist und Politikberater in Berlin und Brüssel, die Kommunikationsstrategie und Propaganda der AfD „anhand von vier strategischen Elementen“ (S. 76). Er vergleicht sie mit anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Hillje möchte die Abwehrkräfte der offenen Gesellschaft gegen den Rechtspopulismus mit Gegenstrategien stärken. Die vier strategischen Propaganda-Schritte der AfD lauten: 1. Delegitimierung der etablierten Medien gegebenenfalls durch einen Rückgriff auf Joseph Goebbels und seine Propaganda-Begriffe wie „Lügenpresse“ oder „Volksverräter“; 2. die Schaffung digitaler Alternativmedien wie Twitter; 3. die Bildung eines „digitalen Volkes“ mit Hilfe dieser eigenen Kanäle; 4. die Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die negativen Seiten der demokratischen Ordnung mit Hilfe der Massenmedien und in der publizistischen Öffentlichkeit. Im dritten Teil plädiert der Verfasser für energische Gegenstrategien gegen den Populismus: entschiedene Abgrenzungen zu einer antidemokratischen Ideologie; die Markierung von offensichtlichen Missständen in unserer Gesellschaft, die nicht zum Geschäft der Populisten werden darf; dem Volk oder der schweigenden Mehrheit eine Stimme zu geben und dies nicht den Populisten zu überlassen; die Stärkung der europäischen Identität als Gegengift gegen die Absage der Populisten an Europa; eine Verweigerung jeder Appeasement-Strategie gegenüber der AfD sowie die Stärkung der demokratischen Kräfte.

Bernd Jürgen Wendt

Dirk Jörke/Oliver Nachtwey (Hrsg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie (= Leviathan Sonderband 32), Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 332 S.

Reinhard C. Heinisch/Christina Holtz-Bacha/Oscar Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism. A Handbook, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 438 S.

Kein Zweifel, der Populismus als politische Ausdrucksform hat Konjunktur, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und weit darüber hinaus. Auch die sozialwissenschaftliche Debatte hat an Intensität zugenommen. Es mag das Manko von Sammelbänden sein, dass sie aufgrund der Vielzahl von Beiträgen zu wenig in die Tiefe gehen. Es ist aber aufschlussreich, wo die Schwerpunkte gesetzt werden, was in den Diskurs aufgenommen und was weggelassen oder vernachlässigt wird, zumal, wenn es sich einerseits um den Sonderband einer etablierten Zeitschrift handelt sowie um ein internationales Werk mit dem Anspruch eines Handbuchs andererseits.

Der von Dirk Jörke und Oliver Nachtwey herausgegebene Band versammelt vierzehn Beiträge in vier Kapiteln. Behandelt werden ideengeschichtliche Aspekte, aktuelle Formen des Populismus am Beispiel der ungarischen Partei *Fidesz*, von Pegida in Deutschland und einem empirischen Vergleich von Anhängern rechts- und links-populistischer Parteien in Europa. Hier kommen Werner Krause, Marcus Spittler und Aiko Wagner zu dem Ergebnis, dass sich beide vor allem darin unterscheiden, dass Anhänger des Linkspopulismus für Umverteilung und höhere Steuern votieren, während Rechtspopulisten eine restriktive Immigrationspolitik fordern und die gleichgeschlechtliche Ehe ablehnen. Kapitel drei legt den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Kontexte und kultursoziologische Aspekte: So vertritt Cornelia Kopetsch die These, dass „rechtspopulistische Proteste Bewältigungsstrategien für soziale Geltungsverluste und Entwertungserfahrungen dar[stellen]“ (S. 209). Entscheidend für das Anwachsen des Rechtspopulismus seien weniger materielle Faktoren als die sozialmoralischen Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels – wie etwa Entfremdungsgefühle. Kapitel vier schließlich enthält Beiträge über das Verhältnis von Populismus und Demokratie.

Das Handbuch von Reinhard C. Heinisch, Christian Holtz-Bacha und Oscar Mazzoleni hat Schnittmengen mit dem Band von Jörke/Nachtwey, aber einige zentrale Unterschiede: In drei Kapiteln mit insgesamt 24 Beiträgen stehen aktuelle Formen des Populismus in Europa sowie in den USA und Lateinamerika im Zentrum. Der Blick auch auf Südamerika ist schon deshalb hilfreich, weil dort längere Erfahrungen mit dem Populismus in Regierungsverantwortung vorliegen: Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien kamen Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre an die Macht. Neben dem breiteren geopolitischen Blickwinkel beansprucht der Band, einerseits Populismus-Forschung zu konzeptualisieren, andererseits Forschungsperspektiven zu entwickeln. Der Band ist interdisziplinär angelegt, aber es ist ein grosses Interesse der Herausgeber, Politik- und Kommunikationswissenschaften als zentrale Schlüssel zum Verständnis des Populismus miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Kombination macht durchaus Sinn, denn Social Media mit ihren breiten und auch spontanen Möglichkeiten – bis hin

zum twitternden US-Präsidenten – spielen eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung und Indoktrinierung populistischer Bewegungen und Regime.

Beide Bände bieten Einblicke in den gegenwärtigen Stand der Forschungen über Populismus. Zusammengefasst liegt eine umfassende Erkundung vor: in theoretische Ansätze, empirische Befunde und Herausforderungen für künftige Forschungen. Die größte Herausforderung liegt wohl in der Erklärung eines Wandels des politischen Populismus von außerparlamentarischen Protestbewegungen hin zu Wahlerfolgen und zur Eroberung politischer Macht.

Hans-Gerd Jaschke

Madeline Kaupert, *Policy Payoffs in Koalitionsverhandlungen. Eine Analyse ideologischer Distanzen zwischen Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen*, Frankfurt a. M. 2017 (*Peter Lang*), 109 S.

Koalitionen sind Parteibündnisse auf Zeit und dienen einem machtpolitischen Zweck. Im Mittelpunkt von Koalitionsverhandlungen steht neben der Besetzung von Regierungsämtern insbesondere die Kondensation der „Wahlprogramme zu einem Regierungsprogramm“ (S. 7). Zwischen Wahlprogrammen und parteipolitischen Interessen werden drei wesentliche Fragen verhandelt: Wie beeinflusst die Vielzahl an politischen Inhalten das Zustandekommen einer Regierung? Wer kann sich mit seinem Programm durchsetzen und welche Rolle spielen die ideologischen Distanzen zwischen den beteiligten Parteien? Zwar konzentriert sich die Koalitionsforschung auf die Regierungsbildung, die Aufteilung der einzelnen Ministerien sowie die Dauer der Bündnisse, bisher zählen jedoch der Koalitionsvertrag und die Verteilung von Policy Payoffs zu den weniger beachteten Untersuchungsgegenständen. Madeline Kaupert leistet dazu einen explorativen Beitrag. Sie stellt folgende Grundthesen auf: Die Vergabe der verschiedenen Politikfelder erfolgt analog zu den Portfolios der Parteien. Kommt es zwischen den Parteien zu einem Kompromiss, liegen diese entsprechend nah an der jeweiligen Parteiposition.

Die Autorin ermittelt anhand eines quantitativen Textanalyseverfahrens via Wordscores in den klassischen Politikfeldern Wirtschaft und Gesellschaft die einzelnen Positionen der an der Regierung beteiligten Parteien. Sie bezieht zwei weitere wichtige Politikfelder – wie Umwelt und Immigration – in ihre Untersuchung ein, weil „die nur selten in dieser Form ausgewertet werden“ (S. 9). Für die Dokumentenanalyse berücksichtigt Kaupert sowohl die Wahlprogramme der Landesparteien als auch die Menge an Koalitionsverträgen. Letzteres Argument fungiert als „Werbestrategie“ (S. 14), um einerseits die Funktionsfähigkeit der Akteure zu demonstrieren und um andererseits möglichen Konflikten innerhalb der eigenen Partei aus dem Weg zu gehen. Als Fallbeispiele dienen ihr Landtags- und Bundestags- bzw. Nationalratswahlen in Deutschland und Österreich in den Jahren von 2002 bis 2014. Die zwei Länder sind deshalb für einen Paarvergleich geeignet, da sich ihre Parteiensysteme ähneln und sie einen symmetrischen Föderalismus aufweisen.

Leider liefert das Fallbeispiel Österreich keine aussagekräftigen Daten, da die Stichprobe aufgrund des eingeschränkten Dokumentenzugriffs für eine statistische Analyse zu gering ausfiel. Für das deutsche Beispiel hingegen erhält Kaupert konkrete Ergebnisse. Es gelingt ihr entgegen ihrer ursprünglichen These zu zeigen, dass die ausgewählten Policies mehrheitlich das Resultat eines Tausches zwischen den verhandelnden Parteien sind. So folge die Verteilung von Policies anderen Regeln als die Verteilung der Portfolios. Von Vorteil für die Untersuchung war, das Spektrum an Politikfeldern zu erweitern. Denn so wurde offenbar, dass zum Beispiel das Politikfeld „Umwelt“ – entgegen der Annahme – asynchron zwischen den Regierungsparteien verteilt wird. Eine mögliche Erklärung liege in der parteispezifischen Salienz. Ihr Stellenwert gewinnt an Bedeutung, sobald zwischen den koalierenden Parteien die ideologische Distanz geringer ausfällt. Obwohl offen bleibt, wie genau einzelne Policies an die Parteien weitergegeben werden, weist Kaupert nach, dass „die Tauschlogik von Koalitionsverhandlungen wesentlich öfter angewandt wird als die Kompromisslogik“ (S. 95).

Die Erhebungsmethode einer textbasierten Analyse für die Koalitionsforschung besitzt reichlich Potenzial, um für andere Vergleiche prädestiniert zu sein. Zugleich bedarf das Untersuchungsdesign weiterer Optimierung. So erscheint es ratsam, die gewählten Politikfelder entsprechend der Aufteilung der Ministerien anzupassen und bei der Analyse auf eventuelle Besonderheiten einzugehen. Nur auf diese Weise kann der methodische Ansatz über die beiden Fallbeispiele hinaus Anwendung finden und für die Koalitionsforschung im Allgemeinen nützlich sein.

Christiana Gransow

Sven Felix Kellerhoff, Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 441 S.

Der *Welt*-Journalist und Historiker Sven-Felix Kellerhoff hat eine neue Geschichte der NSDAP geschrieben, für die er „zum ersten Mal inhaltlich umfassend“ (S. 11) auf die von Theodore Abel 1934 initiierten zeitgenössischen Berichte von fast 550 Männern und 26 Frauen zur Parteigeschichte zurückgreift. Der an der New Yorker Columbia University lehrende Soziologe hatte ein Preisausschreiben gestartet, um Material über die Geschichte des Nationalsozialismus zu sammeln. Daraus entstand das Buch *Why Hitler came into Power* (New York 1938). Abgesehen von der durch Peter H. Merkl 1975 veröffentlichten Untersuchung *Violence Under the Swastika* sind diese Quellen selten benutzt worden.

Die Darstellung beginnt mit der Parteigeschichte „vor Hitler“ und geht ausführlich auf den Reiz der Radikalität und den Reiz der Macht ein. Die Beschreibung konzentriert sich exemplarisch auf sechs regionale Schwerpunkte: München als Geburtsort der NSDAP und Berlin als Reichshauptstadt. Ergänzend wird auf Gelsenkirchen-Buer im Ruhrgebiet als industriell geprägte Region sowie auf Stuttgart und sein württembergisches Umland als zugleich entwickeltes wie ländliches Gebiet ein-

gegangen. Ostpreußen dient als provinzielles Beispiel und schließlich Wien als eine „spezifische Form des Nationalsozialismus teilweise in Verbindung mit, teilweise in deutlicher Abgrenzung von der Person Hitler“ (S. 15).

Kellerhoff beschreibt zunächst mit vielen Einzelheiten die Vorgeschichte und die Entstehung der NSDAP. Für das „desorientierte Publikum“ erwies sich „Hitlers grenzenlose Aggressivität“ (S. 50) oft als reizvoll. Antisemitismus und völkische Ideen fanden immer mehr Zulauf und die „halbherzige Umsetzung von Sanktionen“ (S. 155) taten ein Übriges. Die NSDAP war eine junge Partei, deren Mitgliedschaft durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet war. Frauen spielten eine geringe Rolle: Erst 1931 wurde die NS-Frauensschaft gegründet.

In die Parlamente gewählt werden wollten die Parteigenossen hauptsächlich, um in den Genuss einer Freifahrkarte der Reichsbahn zu gelangen oder wegen der Diäten. Nicht vergessen sei die Immunität, die vor Strafverfolgung schützte, so Kellerhoff. In kurzer Zeit, „von Ende 1929 bis Mitte 1932, vollzog sich der rasante Aufstieg der NSDAP von einer Kleinpartei zur stärksten politischen Kraft Deutschlands“ (S. 249). Die Ernennung Hitlers zeigt Kellerhoff als „Vabanque“, bei der er kompromisslos agierte: „Ich warte, bis man mir das Kanzleramt anbietet“ (S. 260). Dies geschah bekanntlich am 30. Januar 1933 durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Es folgte eine „braune Inflation“ (S. 273 ff.) von Parteieintritten, die am 19. April 1933 durch einen zwischenzeitlichen Mitgliederstopp gebremst wurde. Die weiteren Fakten sind bekannt: Denunziationen, gewaltsame Übergriffe, organisierter „Volkszorn“, die antijüdischen Pogrome im November 1938, die Massendeportationen der jüdischen Bevölkerung in Konzentrationslager und Mordfabriken und der „totale Krieg“ (S. 345 ff.).

Die Nachkriegsentwicklung bestimmten Entnazifizierung und die Zauberformel „Antifaschismus“ (S. 370). Die NSDAP hatte aufgehört zu existieren, aber nicht ohne andauernde Nachwirkungen: „Das Potenzial des Rechtsextremismus jedoch kann mit rechtsstaatlichen Methoden allein nicht völlig beseitigt werden“ (S. 377). Mit diesem Satz endet die lesenswerte wie quellengesättigte Darstellung zur Geschichte der größten und einflussreichsten Partei, die es jemals in Deutschland gab. In der Buchmitte veranschaulichen 16 Abbildungen vom ersten Reichsparteitag 1923 bis zum Ende des „Dritten Reiches“ im Mai 1945 den Untersuchungsgegenstand.

Kurt Schilde

Ulrike Klötzing-Madest, Der Marxismus-Leninismus in der DDR – eine politische Religion? Eine Analyse anhand der Konzeptionen von Eric Voegelin, Raymond Aron und Emilio Gentile, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 413 S.

Die Aufarbeitung der DDR als zweite Diktatur in Deutschland wurde seit den 1990er Jahren engagiert vorangetrieben. Mit verschiedenen Enquete-Kommissionen, neu entstandenen Forschungsinstitutionen und nicht geringen öffentlichen Mitteln

wurde die Vergangenheitsbewältigung im Vergleich zur Aufarbeitung des NS-Regimes nach 1945 deutlich früher und intensiver initiiert. Angesichts dieser Bemühungen hört man heute gelegentlich, die DDR sei inzwischen „ausgeforscht“ bzw. „überforscht“. Erkenntnistheoretisch ließe sich mit guten Gründen bestreiten, ob ein sozialwissenschaftlicher Untersuchungsgegenstand dies jemals sein kann. Mit Blick auf die DDR trifft es ohnehin nicht zu. Es ist vielmehr so, dass zwar die herrschaftspraktische Seite schon recht ausführlich von der Forschung thematisiert wurde, demgegenüber aber Fragen der Herrschaftslegitimation nach wie vor eine eher mindere Rolle einnehmen. Dabei ist es gerade für die wissenschaftliche Einordnung und Bewertung einer ideologiegeleiteten diktatorischen Herrschaft von entscheidender Bedeutung, nicht nur deren Symptome, sondern vor allem auch deren tiefer liegende Ursachen zu verstehen.

In einem 2010 veröffentlichten Aufsatz habe ich auf diesen Umstand hingewiesen und seinerzeit angeregt, das Herrschaftsgefüge der DDR einmal umfassend unter dem Gesichtspunkt seiner religionsähnlichen Züge zu untersuchen. Es ist nicht überliefert, inwiefern sich Ulrike Klötzing-Madest aufgrund dieses Aufsatzes zu ihrem Dissertationsprojekt hat inspirieren lassen. So oder so ist es schön, zu sehen, dass das von mir diagnostizierte Forschungsdesiderat – um es gleich vorweg zu nehmen – mit der Studie eindrucksvoll erfüllt wurde.

Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist eine grundsätzliche Beschäftigung mit dem Religionsbegriff, an den sich eine Analyse der Bedeutung von Religion im marxistisch-leninistischen Ideologiesystem anschließt, um darauf aufbauend das Spezifische der „politischen Religion“ herauszuarbeiten. Als besondere Stärke der Dissertation ist hervorzuheben, dass die Analyse entlang einschlägiger theoretischer Konzepte aus der vergleichenden Diktaturforschung erfolgt. Eric Voegelin, Raymond Aron und Emilio Gentile haben aus unterschiedlichen Perspektiven und vor dem Horizont unterschiedlicher nationaler Wissenschaftstraditionen je eigene Konzeptionen zur politischen Religion vorgelegt. Im Zentrum der Untersuchung stehen elf Elemente, die auf zwei Ebenen angesiedelt sind: auf der Ideologie-Ebene sind dies die innerweltliche Heilslehre, das manichäische Weltbild, das Leitbild des „neuen Menschen“, die zehn Gebote der sozialistischen Moral sowie die Gläubigkeit. Auf der Ebene der politischen Praxis thematisiert Klötzing-Madest die Religions- und Kirchenpolitik, den Umgang mit den „objektiven Feinden“, kirchenähnliche Praktiken, Personen- und Parteienkult, Mythen, Symbole und Rituale sowie sozialistische Weihen.

Nach diesen profunden und quellengesättigten Analysen kommt Klötzing-Madest zu dem Ergebnis, dass religionsähnliche Züge im System der DDR ohne Zweifel vorhanden waren, diese aber mit der Zeit massiv an Intensität und Reichweite einbüßten. Dominierten zu Beginn des Herrschaftsregimes echte Überzeugung und der religionsähnliche Glaube an die Ideologie, so degenerierte dies im Laufe der Zeit immer weiter zu bloßen Leerformeln, die nur dem Machterhalt dienten. Die Studie schließt als originär politikwissenschaftlicher Beitrag zur DDR-Forschung nicht nur eine wichtige Forschungslücke, sondern bietet auch dem Experten und dem Neuling

interessante und profunde Einblicke in ein aus heutiger Sicht in vielerlei Hinsicht seltsames Regime, bei dem man sich im Nachhinein fragt, warum es überhaupt so lange existieren konnte. Der Einsatz religionsähnlicher Praktiken kann dies zumindest teilweise erklären.

Manuel Becker

Uwe Krähnke u. a., Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes, Frankfurt a. M./New York 2017 (*Campus*), 323 S.

Für die soziologische Studie haben die Autoren Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) interviewt. Von 63 „verwertbaren Interviews“ – an anderer Stelle ist von 72 die Rede – wählten sie zehn aus und stellten sie ausführlich dar. Bei der Auswahl der „prototypischen Lebensverläufe“ (S. 39) orientierte sich das Team an „Kontrastrfällen“, wobei „Generations- und Geschlechtszugehörigkeit, die Macht- und Tätigkeitsposition innerhalb der Organisation, mentale und habituelle Dispositionen sowie ‚Nachwende‘-Erfahrungen zentral waren“ (S. 41). Bei den Frauen mag der Geschlechteranteil innerhalb des MfS mit gut 18 Prozent noch aufgehen, doch dürfte die Observantin bzw. Instrukturin mit dem Jahrgang 1948 nicht zu den klassischen Jahrgängen bzw. Arbeitsfeldern von Frauen im MfS zählen. Es überwogen die „Facharbeiterinnen für Schreibtechnik“ (S. 260). Eine spielt in dem späteren analytischen Kapitel „Frauen unter Männern“ eine marginale Rolle, während eine andere gewichtiger wirkt – jedoch nicht als Prototyp aufgeführt wurde. Der eingangs vorgestellte Prototyp bildet sich in dem Kapitel gar nicht ab.

Im Fortgang der Untersuchung spielen von den zehn „prototypischen Lebensläufen“ zwei gar keine Rolle mehr und zwei weitere werden nur marginal behandelt. Mithin fehlen in der Analyse zu den MfS-Hauptamtlichen die wichtigen Mitarbeiterjahrgänge 1928 bis 1948, wenn von der Ausnahme des ausgiebig zitierten „Herrn Linde“ (Jahrgang 1938) abgesehen wird. Wesentlich stützt sich die Untersuchung auf eine Handvoll vorgestellter Interviews – wodurch eine Verallgemeinerung geschürfter Erkenntnisse schwerlich vorzunehmen ist. Auch die Reduktion von zuletzt 91.015 Hauptamtlichen auf 78.000, die das Autorenteam vornimmt, vermag den prozentualen Anteil nicht wesentlich bessern. Herausgerechnet wurden jene 13.000 Unteroffiziere auf Zeit des MfS, die im Wachregiment „Feliks Dzerzynski“ ihren dreijährigen Wehrdienst versehen haben. Deren Berücksichtigung habe für die Studie „keinen Sinn“ gemacht, „da für sie so ziemlich alle untersuchten Charakteristika nicht zutreffen“ (S. 18). Damit wurde analytisch eine wichtige Kontrollgruppe ausgeblendet, eben jene, die sich nach dem Wehrdienst nicht entschlossen hatten, den Dienst beim MfS aufzunehmen. Denn gerade das Wachregiment galt dem MfS, so die Autoren, „vor allem“ als Rekrutierungsfeld (S. 107).

Die weiteren Kapitel widmen sich den Dienstlaufbahnen, dem Dienstalltag und Privatleben, der Mitarbeiterkontrolle, um dann durchaus aufschlussreich den tsche-

kistischen Habitus und den „feinen“ Unterschied im MfS zu thematisieren. Demnach bestätigte sich – soziologisch betrachtet – mit der Einbindung der Gesamtperson in das MfS die Logik moderner Gesellschaften mit ihrer Rollenerwartung. Diese Übergriffigkeit wird mit materiellen Vorteilen erklärt, obgleich „intrinsisch motiviert“; mit anderen Worten: Sie fügten sich freiwillig, unterwarfen sich total, worauf im achten, dem Schlusskapitel insistiert wird. Dabei verstanden sie sich – und sollten sich so verstehen – als „Genossen erster Kategorie“ (S. 223). Die „Avantgarde der Avantgarde“ (S. 228) zeigte eine „autoritäre und konformistische Grundhaltung“ (S. 232), was bei militärischen Organisationen als durchaus verallgemeinerbar erscheint. Ferner war sie politisch konditioniert, heroisierte sich selbst und war sozial abgeschottet, führt das Autorenteam aus.

Die Studie glänzt wohltuend durch ihre Differenziertheit in der ansonsten oftmals hemdsärmigen Deutung von Phänomenen in der SED-Diktatur, ein Bild, das lediglich durch methodische Mängel und eine offenkundig unzureichende Literaturkenntnis eingetrübt wird.

Helmut Müller-Enbergs

André Krause, Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse. Pim Fortuyn und Geert Wilders als Herausforderung für Journalisten, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 446 S.

Klaus Poier/Sandra Saywald-Wedel/Hedwig Unger, Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 241 S.

Beide Studien – sowohl die Münsteraner Dissertation von André Krause als auch das von Klaus Poier geleitete Forschungsprojekt der Universität Graz – verfolgen die Absicht, den wissenschaftlichen Diskurs über den Populismus in Europa zu erden. Krause untersucht für seine vergleichende Presseanalyse zur medialen Präsenz und zur journalistischen Beurteilung von Pim Fortuyn und Geert Wilders in den Niederlanden systematisch die meinungsbildenden Artikel der auflagenstärksten Zeitungen im Zeitraum von 2001 bis 2012. Um das gesamte weltanschauliche Spektrum abzubilden, hat er die eher linksliberal ausgerichteten Titel *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant* und *Vrij Nederland* sowie die liberal-konservativen Blätter *De Telegraaf* und *Elsevier* herangezogen. Die beiden Politiker stellt er ausführlich vor und analysiert die Spezifika sowohl der Politik wie der Presselandschaft in den Niederlanden. Im Theorie-Teil rezipiert der Autor die einschlägige Literatur zum Populismus von Frank Decker bis Cas Mudde, ohne ihr neue Ideen hinzuzufügen. Weitere Gedanken – etwa von Étienne Balibar („Rassismus ohne Rassen“) oder Chantal Mouffe – werden nicht berücksichtigt. Das Ergebnis überrascht nicht: Pim Fortuyn wie Geert Wilders haben zu einer Polarisierung der publizistischen Landschaft beigetragen. Auch wenn man nicht von geschlossenen Blöcken sprechen könne und innerhalb einzelner Publikationen – vor allem in den Qualitätsblättern *NRC Handelsblad* und *de Volkskrant* – durchaus eine gewisse Bandbreite an Meinungen vertreten werde, erkennt der Autor einen deutlichen Links-Rechts-Gegensatz. Sein Resümee: Die Kolumnis-

ten der linksliberalen Blätter sorgen für „ausgesprochen negative Fortuyn- und Wilders-Bilder“ (S. 427). Sie sind es auch, die den Begriff „populistisch“ auf beide Männer anwenden. Alle Blätter beachten aber die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Beide Politiker werden nicht „dämonisiert“ (S. 425). Journalismus im „Elfenbeinturm“ gebe es zwar keinen, aber bisweilen fehle es an Substanz in der Auseinandersetzung insbesondere mit den Schriften Pim Fortuyns. Ihm gegenüber agierte das konservative Meinungsblatt *Elsevier* besonders zurückhaltend – vermutlich, weil der im Jahr 2002 ermordete Politiker hier Kolumnist war.

Dass Populisten medienfokussiert sind, weiß auch das viel breiter angelegte Forschungsprojekt an der Karl-Franzens-Universität Graz, das acht Parteien aus fünf europäischen Ländern vorstellt. Aufgeschlüsselt werden die Themen, mit denen populistische Parteien in der Öffentlichkeit verbunden werden. Dazu wird die Berichterstattung von jeweils zwei Zeitungen – eine Boulevard- und eine Qualitätszeitung – pro Land zwei Monate vor den Wahlen zwischen 2011 und 2013 durchgesehen und recht kleinteilig nach „Themenblöcken“ und „Unterthemen“ sortiert. Nicht erfasst werde, welche Positionen die Parteien – ob zustimmend oder ablehnend – zum identifizierten Thema einnehmen. Die Studie gibt also keine Auskunft über das Agenda-Setting oder Framing durch populistische Formationen. Bis zu 86 solcher Subthemen werden identifiziert, auch wenn – wie im Falle der Zeitung *Bild* – nur zwölf Sachartikel zur damaligen AfD vorliegen. Mit Rückgriff auf Florian Hartlebs Arbeiten werden links- und rechtspopulistische Parteien parallelisiert, wobei Populismus als Inhalt und Politikstil erscheint. Generell gilt: Die Qualitätspresse berichtet früher, sachlicher und ausführlicher als Boulevardmedien. Die Immigration ist in Österreich, Dänemark und in der Schweiz ein signifikantes Thema, wo sich die *Schweizerische Volkspartei* zusätzlich besonders der Institutionenreform widmet, während die Partei *Recht und Gerechtigkeit* in Polen einen Schwerpunkt auf Religion legt. Bei der AfD geht es 2013 fast ausschließlich um Europa. Hier ist die Differenz zwischen der damaligen Partei Bernd Luckes zur heutigen AfD Alexander Gaulands mit Händen greifbar.

Beide Studien versprühen nicht den Charme funkelnder Ideen und wollen sich auch nicht in der Originalität außergewöhnlicher Ergebnisse gefallen. Sie kommen daher als solide gezimmerte Regale, in die viel Material ordentlich einsortiert wurde. *Bernd Gäbler*

Frank-Lothar Kroll, Totalitäre Profile. Zur Ideologie des Nationalsozialismus und zum Widerstandspotential seiner Gegner, Berlin 2017 (*Be.Bra Wissenschaft*), 459 S.

Der Titel verspricht mehr, als das Buch halten kann. Während die „totalitären Profile“ Adolf Hitlers und weiterer Größen des Nationalsozialismus erhellend beschrieben werden, wirkt der Abriss zum Widerstandspotenzial seiner Gegner dürrig und lückenhaft. Das hat mit der Grundanlage des Bandes zu tun, welches nicht als Gesamtwerk konzipiert wurde, sondern viele Einzelbeiträge des Autors, die in den letz-

ten 20 Jahren zu verschiedensten Gelegenheiten entstanden, erstmals zusammenfügt. Dabei gelingt es Kroll nicht, seine durchaus interessanten Aufsätze auf eine Weise zusammenzufügen, die sie zum Strahlen bringen könnte.

Während im Buchtitel die nationalsozialistische Ideologie thematisiert wird, nimmt der Autor kursorisch auch die kommunistische Ideologie in den Blick. Immerhin benennt und belegt er die Wesensverwandtschaft beider Ideologien. Das ist für die deutsche Geisteswissenschaft nicht selbstverständlich, aber notwendig, um das Wesen totalitärer Versuchung zu erkennen, der sowohl die Anhänger des Nationalsozialismus und des kommunistischen Bolschewismus in die Netze gingen. Dafür macht Kroll deren Heils- oder Paradiesversprechungen verantwortlich. Damit ist bei beiden Ideologien die jeweils versprochene Erlösung von allen existentiellen Problemen gemeint, welche sich – für den Nationalsozialismus – aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg und den daraus folgenden nationalen Demütigungen ergaben, beim russischen Kommunismus aus einer Kette von Ausbeutergesellschaften herrührten, welche die Werktätigen um ihre Rechte betrogen und dauerhaft unterdrückten. Ihre Erlösungsversprechen sind so überzeugend, dass die Anhänger bereit sind, für deren Erfüllung Diktatur und Unrecht in Kauf zu nehmen. Es gelingt Kroll plausibel, die Zusammenhänge von ideologischem Denken und politischem Handeln zu belegen. Er widerspricht vehement der Auffassung, dass die nationalsozialistische Ideologie nur ein Instrument in Hitlers Strategie zur Machtergreifung gewesen sei. Nein, Hitler glaubte, was er sagte, und es ist zu vermuten, dass seine Anhänger ihm hierin massenhaft gefolgt sind.

Statt, wie bereits bemerkt, Merkmale und Elemente des widerständigen Potenzials innerhalb der nationalsozialistischen Diktatur aufzuzeigen, nimmt Kroll einige prominente Nationalsozialisten in den Blick, die sich den Aktionen vom 20. Juli 1944 anschlossen. Er beleuchtet den Berliner Polizeipräsidenten Wolf-Heinrich von Helldorf, der als überzeugter Nationalsozialist an der Judenvernichtung aktiv beteiligt war und dennoch Claus Schenk von Stauffenbergs Attentatspläne unterstützte. So interessant die Schilderung zu von Helldorf ist – seine Kriegserfahrung, seine daraus geborenen „sozialistischen“ Gemeinschaftsvorstellungen, die er beim Kanzler Hitler nicht mehr wiederfindet –, so sehr stößt die Einseitigkeit der Schilderungen Krolls auf. Er bleibt dem konservativen Milieu verhaftet, nennt einzig Persönlichkeiten in der Nachbarschaft der „konservativen Revolution“. Der sozialdemokratische und kommunistische Widerstand wird kaum erwähnt, christlich motivierter Widerstand (wie bei Dietrich Bonhoeffer) fehlt ebenso. Demgegenüber sticht mehrfach widerständiges Verhalten aus katholischer Überzeugung hervor. Es gelingt Kroll durchaus, Leute wie Werner Bergengruen als Beispiel für eine „innere Emigration“ anschaulich zu präsentieren. Doch gerade hier werden mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben. Bergengruen war ein Schriftsteller, der sich nie mit den Nationalsozialisten einließ, aber Deutschland nicht verlassen wollte. Er gehörte anfangs nicht zu den verfolgten Künstlern. Das änderte sich sukzessive bis hin zum Berufsverbot. Wird Bergengruen in seiner lyrischen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime immer deutlicher, so erscheinen seine politischen Einstellungen pessimisti-

scher. Das ist vielleicht nicht verwunderlich bei einem Menschen, der sich letztlich aus der Politik zurückzuhalten versuchte, für den also Politik immer nur von anderen gemacht wird.

Dieser Teil des Buches liest sich ein wenig wie ein Plädoyer für die „inneren Emigranten“. Da mag kulturwissenschaftlich etwas dran sein. Eine Antwort auf das Versagen der deutschen Elite gegenüber dem Nationalsozialismus ist es gewiss nicht. Und für so was braucht man eigentlich kein solches Buch.

Stephan Hilsberg

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bde. 7/1 und 7/2, hrsg. und bearbeitet von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller, mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka, Berlin 2017 (*Karl Dietz*), 1233 S.

Rosa Luxemburg ist für viele eine Lichtgestalt, eine nicht hinterfragbare Ikone. Der Mythos um sie hängt mit vielen Faktoren zusammen, nicht zuletzt ihrer Ermordung im Januar 1919. Jahr für Jahr ziehen am zweiten Januarwochenende Tausende zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ auf den Zentralfriedhof Berlin/Friedrichsfelde. Die herausragende Intellektuelle, langjährige Sozialdemokratin auf dem linken Flügel und Mitbegründerin der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) war eine Politikerin, die, jedenfalls in der Spätphase, um nahezu jeden Preis eine proletarische Revolution in Deutschland wünschte und dabei auch vor Gewalt nicht zurückschreckte.

Der erste Teilband nimmt Texte aus den Jahren 1907 bis 1909 auf, der zweite solche aus den Jahren 1910 bis 1918, darunter viele ungedruckte Fragmente. Nun liegt das deutschsprachige Werk Rosa Luxemburgs vollständig vor – die Herausgeber haben unermüdlich nach den letzten unveröffentlichten Texten gesucht. Als institutioneller Herausgeber firmiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die parteinahe Stiftung der *Linken*. Wer das zweibändige Werk würdigt, muss strikt zwischen den Texten Rosa Luxemburgs und der Art und Weise ihrer Präsentation in diesem Band unterscheiden. Das Urteil fällt höchst unterschiedlich aus.

Annelies Laschitzka, Luxemburg-Verehrerin, -Biographin und -Kennerin, hatte bereits zwischen 1970 bis 1975 fünf Bände der *Gesammelten Werke* herausgegeben. Band sechs aus dem Jahre 2014, ebenfalls von Laschitzka und Müller verantwortet, umfasste 270 Dokumente aus der Zeit zwischen 1893 und 1906, der jetzige 160. Knapp die Hälfte sind handschriftlich verfasste Texte, darunter viele zu ökonomischen Fragen. In ihrem 65-seitigen Vorwort, das Luxemburg erwartungsgemäß auf einen Sockel stellt, schildert Laschitzka die komplizierte Editionsgeschichte. Einigermaßen verschleiern heißt es: „Angesichts der gewaltigen Veränderungen in Deutschland, in Europa und in vielen Regionen der Welt schien es für das 21. Jahrhundert dringend geboten, über das historische wie aktuelle Luxemburgbild zwischen den Vertretern sehr unterschiedlicher Ansichten in Meinungsstreit zu treten“ (S. 18). Dafür liefert dieser Band eine Grundlage, obwohl abzusehen ist, dass sich

die Positionen durch ihn nicht verändern. Laschitzka betont zwar die Bedeutung der Texte, aber zugleich heißt es zutreffend: „Die sporadisch erhalten gebliebenen handschriftlichen Hinterlassenschaften Rosa Luxemburgs sollten jedoch nicht wichtiger als ihre Werke selbst genommen werden“ (S. 25). Jeder Text wird ausführlich eingeordnet, damit der Leser die Zusammenhänge nachzuvollziehen weiß. Kurzum: Die akribische Editionsarbeit ist vorbildlich. Die nur für Luxemburg-Exegeten aufschlussreichen Bände umfassen ein fast 100-seitiges Personenregister und Geographisches Register.

Was nun den Inhalt betrifft, so erlebt der Leser keine Überraschungen. Luxemburg, alles andere als eine Pazifistin, wettet gegen die Gewerkschaften und idealisiert die „Massen“. Ihre Rigorosität gegenüber anderen Positionen erschreckt, etwa gegen die Sozialdemokratie. „Sie wich einfach vor dem offenen K[lassenkampf] um den Soz[ialismus] zurück, sie nahm ihr Endziel nicht ernst u[nd] wollte nicht vom bürg[erlichen] Parlamentarismus ablassen, obwohl er schon geschichtl[ich] verjährt und bankrott war mit dem Ausbruch des Krieges“ (S. 1111). Aufnahme finden auch „Geologische u[nd] Botanische Notizen“ (S. 1117-1135). Obwohl diese mehr Stoffsammlungen sind, zeigen sie jedoch das weit über die Politik reichende Interesse Luxemburgs für Themen allgemeiner Art.

Eckhard Jesse

Sabrina Jasmin Mayer, Die Parteiidentifikation. Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 394 S.

Christian Wiencierz, Vertrauen in politische Parteien. Der Einfluss von Gesprächen über Wahlwerbung auf die Vertrauenswürdigkeit, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 298 S.

Die Parteien haben in den letzten Jahrzehnten erhebliche Mitgliederverluste erlitten; außerdem bleiben viele Wähler einer Partei nicht mehr zeitlebens treu. Angesichts solcher Entwicklungen wird in der (Medien-)Öffentlichkeit und der Wissenschaft häufig über das Verhältnis zwischen den Bürgern und den Parteien diskutiert. In der Forschung bestehen jedoch einige Desiderate. An diese knüpfen Sabrina Jasmin Mayer und Christian Wiencierz mit ihren theoretisch fundierten und methodisch interessanten Dissertationen an. Konzeptionell greifen beide Autoren (unter anderem) auf das „Ann Arbor“-Modell der „Michigan School“ zurück.

Die in Mainz promovierte Politikwissenschaftlerin Mayer kritisiert, dass „eine systematische, transparente Erarbeitung eines Messinstruments für die Parteiidentifikation [...] bisher“ (S. 26) nicht existiere. Vor diesem Hintergrund führt sie eine Konstruktvalidierung für „eine eigene dreiwellige Onlinebefragung“ (S. 181) zur Bundestagswahl 2013 sowie für „die beiden neuen Messinstrumente IDPP und SISI-PID im Rahmen des GESIS-Panels“ (ebd.) durch. Letztlich wird konstatiert, dass „insbesondere die IDPP-A-Skala die präzisere Erhebung von multiplen und einzelnen positiven wie negativen Parteiidentifikationen“ (S. 322) erlaube und somit „eine neue und valide Operationalisierung“ (ebd.) darstelle.

Im Rahmen ihrer umfangreichen Validierungsanalysen kommt Mayer zu interessanten empirischen Befunden: So bestünden positive Zusammenhänge sowohl „zwischen negativen Parteibindungen und dem politischen Interesse“ (S. 240) als auch „zwischen dem Lebensalter und dem Vorhandensein einer multiplen Parteibindung“ (S. 311). Und für *Die Linke* sind regionale Effekte erkennbar, denn die Partei werde „in den neuen Bundesländern über alle Parteien hinweg wesentlich positiver als im Westen“ (S. 265) eingeschätzt.

Auf „eine erhebliche Forschungslücke in Bezug auf die Wirkung von Wahlwerbung auf das Vertrauen in Parteien“ (S. 121) weist der Kommunikationswissenschaftler Christian Wiencierz aus dem DFG-Graduiertenkolleg „Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt“ hin. Deshalb untersucht er, „[w]ie [...] die durch Wahlwerbung stimulierte interpersonale Kommunikation unter Bürgern das Vertrauen in politische Parteien“ (S. 164) determiniert. Das sozialpsychologische Modell der „Michigan School“ erweiternd, wird der „Wahlentscheidungsprozess als Vertrauensprozess“ modelliert und vermutet, „dass Gespräche über politische Sachverhalte ebenso wie Wahlwerbung die kurzfristigen Faktoren Parteien- und Kandidatenorientierung direkt beeinflussen können“ (S. 161).

Seine zu fünf Hypothesen destillierten Erwartungen überprüft Wiencierz mittels einer standardisierten dreistufigen Panel-Befragung zur Bundestagswahl 2013 (S. 170), bei der lediglich CDU und SPD berücksichtigt werden. Mit diesem Untersuchungsdesign können jedoch nur Gespräche im engsten Umfeld der Probanden erhoben werden; dieser Umstand ist mit Blick auf die Befunde der Arbeit zu bedenken. Außerdem bleibt trotz eines „deutlichen Zusammenhang[s] zwischen der Art und Weise, wie über die Wahlwerbung respektive die Partei gesprochen wurde, und der wahrgenommenen Vertrauenswürdigkeit“ (S. 215) letztlich „unbeantwortet, ob die untersuchte Vertrauenswürdigkeit der Parteien tatsächlich durch die Gespräche über Wahlwerbung beeinflusst wurde, oder ob es nicht vielmehr so ist, dass die Konnotation der Gespräche von der bestehenden wahrgenommenen Vertrauenswürdigkeit der Probanden abhängt“ (S. 231). Insofern bleibt für die Forschung eine „black box“ bestehen.

Hendrik Träger

David Miller, *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 330 S.

David Miller setzt sich mit der Einwanderungsthematik auseinander. Er begrenzt die Beschäftigung mit Flucht auf ein einzelnes Kapitel, in dem er vor allem die politischen Interpretationen des juristischen Status „Flüchtling“ auffächert. Sein Buch ist als postkoloniale Kritik an hegemonialen Blickregimen auf Flucht und Migration „westlicher“ Einwanderungsgesellschaften angelegt. Miller argumentiert aus einer bestimmten Position der politischen Philosophie für das Recht des Nationalstaates auf Selbstbestimmung und Hoheit über seine Grenzen heraus: für das staatliche

Recht, die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten deutlich einzuschränken. Als Verfechter eines schwachen Kosmopolitismus formuliert er vier Kriterien für eine staatliche Einwanderungspolitik: Wenngleich der schwache Kosmopolitismus eingehalten werden muss, verpflichtete dieser die Staaten doch nur, die Mindestbedingungen der Menschenrechte von Nicht-Staatsbürgern zu respektieren. Jede Einreisebeschränkung erfordert eine Begründung. Zweitens ist die nationale Selbstbestimmung der Bürger von Bedeutung, weshalb die bereits auf dem Staatsterritorium Lebenden über Zuwanderung demokratisch selbst bestimmen müssen. Drittens muss das Gebot der formellen und informellen Fairness aufrechterhalten werden, was nachvollziehbar für die Abgelehnten sein muss. Viertens muss alles für die soziale, zivile und kulturelle Integration der Gesellschaft getan werden. Statt an dieser Stelle jedoch für eine umfassende strukturelle Änderung der diskriminierenden institutionellen Integrationshindernisse zu plädieren, überhöht er die Bedeutung von Einwanderungstests und diskutiert ihre positiven Auswirkungen auf die Anpassungsfähigkeit und Integration der Ankommenden.

Fremde in unserer Mitte verbleibt im kolonialen „Wir-Sie-Antagonismus“, denn Millers Beispiele verdeutlichen, dass mit „Wir“ die weißen Mehrheitsgesellschaften der europäischen Staaten und Nordamerikas und mit „Fremden“ vor allem Menschen aus Afrika und Südamerika gemeint sind. Miller beruft sich darauf, dass er als Philosoph lediglich den gegenwärtig geführten Diskurs aufgreift und ihn seiner Argumentation zugrunde legt. Allerdings schafft er es nicht, sich von dieser Wir-Gegen-Sie-Einteilung im Verlaufe seiner Argumentation zu lösen. Das Buch erkennt die historische Dimension der Flucht; und so finden bei Miller weder postkoloniale wirtschaftliche Abhängigkeiten noch globale Umweltverschmutzung durch Industriestaaten Erwähnung. Dass der europäische Kolonialismus selbst das Recht auf territoriale Integrität eingerissen und heutige Migrationswege etabliert hat, bleibt unbeachtet. So wird die weltweite Chancenungleichheit von Miller als gegeben hingenommen. Folglich fehlt in der Argumentation ebenfalls die Erwähnung der sehr wohl existierenden offenen Grenzen für all jene, die europäische oder nordamerikanische Pässe besitzen und somit nach eigenem Empfinden entscheiden können, wo sie sich als Touristen, Fachkräfte oder Auswanderer hinbegeben möchten. Dies müsste in der Argumentation erwähnt werden, wenn es wohl auch nicht seine Form des schwachen Kosmopolitismus als solchen umzudrehen vermag. „Es gibt also kein *Recht* auf Einwanderung“ (S. 121) macht Miller deutlich, und lässt doch unberücksichtigt, dass es ein Recht auf Asyl gibt, welches aber die Einreise in das Aufnahmeland voraussieht, so lange es keine Möglichkeit der externen Asylantragstellung gibt. Miller zufolge haben Staaten das Recht, die Aufnahme Fremder abzulehnen, wenn die Integrationskosten zu hoch erscheinen, die nationale Kultur geschützt werden soll oder die Treibhausgase nicht zu sehr steigen sollen, was durch die Übernahme westlicher Lebensstile passieren könnte. Es bleibt die Erkenntnis, dass Miller bei der Besprechung des Rechts auf Selbstbestimmung nur die Selbstbestimmung der westlichen Nationen meint, denn die Unterbringung von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten in angrenzenden Ländern wird ohne weitere Ausführung hinge-

nommen. Miller erwähnt im Nachtrag, dass sein Buch vor den Ereignissen 2015 geschrieben wurde und nun durch diese in Frage gestellt wird – seine undifferenzierte Verwendung des Begriffs der „europäischen Migrationskrise“ macht jedoch deutlich, dass er seine Perspektive wenig „befremden“ lassen möchte.

Hannah Pool

Richard Oehmig, „Besorgt mal Filme!“. Der internationale Programmhandel des DDR-Fernsehens, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 223 S.

Zwischen den 1960er und den 2000er Jahren war das Fernsehen nicht nur das Leitmedium schlechthin, es beherrschte auch die Freizeitaktivitäten der Menschen in Ost wie West unangefochten. Der unglaublich rasante Aufschwung war in den 1950er Jahren kaum zu erahnen – ebenso die heutige Verdrängung (zumindest des traditionellen TV-Programms nach festen Zeitplänen) durch Internet und „soziale Medien“ seit einigen Jahren, deren Ende wir alle noch nicht kennen.

Auch in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dominierte das Fernsehen – allerdings mit einer gewissen Einschränkung: Fernsehen bedeutete für sie oft nur West-Fernsehen, DDR-Fernsehen wird häufig von ihnen in der Erinnerung auf Sportübertragungen und einige Unterhaltungssendungen reduziert. Die Forschung sieht das seit einigen Jahren anders. Kaum eine Institution aus der DDR ist so umfangreich, intensiv und vielschichtig seit 1990 erforscht worden wie das DDR-Fernsehen. Das ist insofern wissenschaftlich lohnend, als sich vieles rekonstruieren und sogar behaupten lässt, ohne dass sich der wichtigste Resonanzkörper jeglichen Fernsehens wissenschaftlich seriös betrachten lässt: die Fernsehzuschauer. Sie gab es natürlich, sie meldeten sich auch regelmäßig und umfangreich zu Wort, nur die wichtigste Frage kann weder rekonstruiert noch seriös aus den Quellen beantwortet werden: Wer schaute DDR-Fernsehen? Und vor allem: Wer schaute was, wer schaute was warum nicht, und noch wichtiger: Wie viele schauten wann was? Diese weitgehend unbeantwortbaren Fragen – weil zeitgenössische luzide Erhebungen dazu fehlen – werfen zwar Schatten auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem DDR-Fernsehen, können aber nicht verhindern, hoch interessante Fragestellungen zu entwerfen. Einer hat sich Richard Oehmig in seiner Dissertation, die diesem Buch zugrunde liegt, gestellt: Was, warum, zu welchen Kosten und mit welchen Konsequenzen kaufte das DDR-Fernsehen für das eigene Programm auf dem internationalen Handelsmarkt ein? Denn dass das DDR-Fernsehen nicht gerade die höchste Attraktivität für weite Teile der DDR-Gesellschaft „ausstrahlte“, war auch den Ideologiewächtern im Partei- und Staatsapparat stets bewusst.

Schon in den 1960er Jahren betrug der Anteil ausländischer Produktionen im DDR-Fernsehprogramm etwa 35 Prozent, bis in die 1980er Jahre stieg er im Abendprogramm auf rund 60 Prozent (S. 48). Strahlte das DDR-Fernsehen in den 1950er Jahren einige westliche Filme noch illegal aus, so beteiligte sich die DDR ab den 1960er Jahren strikt am internationalen Programmhandel und ließ so ihr Fernsehpro-

gramm auf international vereinbarten rechtlichen Grundsätzen basieren. Das zeichnet Oehmig für die verschiedenen Entwicklungsphasen bis Ende 1989 präzise, aber nicht immer anschaulich nach. Nicht zuletzt kommt in der Ankaufspolitik das Ringen um innere Akzeptanz pars pro toto zum Vorschein. Zwar fehlte es auch hier an Devisen, jedoch wurden gerade in den 1980er Jahren die meisten Spielfilme aus den USA angekauft und ausgestrahlt, mehr als aus jedem sozialistischen Land.

Richard Oehmig hat eine Studie vorgelegt, die für die Fernseh- und Mediengeschichte ebenso relevant ist wie für die Frage nach inneren Legitimationsversuchen des Regimes. Da sie auf Vergleiche verzichtet, insbesondere mit den „kommunistischen Bruderstaaten“, aber auch der Bundesrepublik, Frankreich oder Italien, bleiben die Ergebnisse etwas blutarm, denn das Besondere oder Allgemeine kann so nicht herausgearbeitet und demzufolge nicht erkannt werden.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Isabelle-Christine Panreck, Diskurse als Nährboden demokratischer Außenpolitik? Kriegsentscheidungen in der massenmedialen Öffentlichkeit, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 372 S.

Isabelle-Christine Panreck widmet sich in ihrer Chemnitzer Dissertation der Frage der demokratischen Rückgebundenheit und damit der Legitimation von Außenpolitik. Potenzial für eine demokratisch verankerte Außenpolitik – traditionell Primat der Exekutive – weist sie Diskursen der massenmedialen Öffentlichkeit zu, wie den beiden „großen Debatten einer neuen deutschen Außenpolitik“ (S. 31) zum Irakkrieg 2003 und zum Libyenkrieg 2011. Im Zentrum des Forschungsinteresses steht der „hegemoniale Streit, über den sich die Grenzen der Möglichkeitsräume für die deutsche Außenpolitik konstituieren“ (S. 30). Die diskursanalytische Studie hat den Anspruch, poststrukturalistische und demokratietheoretische Perspektiven miteinander zu verbinden, weshalb Panreck auf den Frame-Ansatz zurückgreift und diesen mit dem Modell agonistischer Demokratie erweitert.

Die Untersuchung der beiden außenpolitischen Diskurse erfolgt anhand von Schlüsselereignissen, wovon für die Vorphase des Irakkrieges 2002/2003 fünf und vor dem Libyenkrieg 2011 drei identifiziert werden. Im „empirische[n] Herzstück der Arbeit“ (S. 42) werden die folgenden drei Analyseschritte schließlich für jeden anhand der Schlüsselereignisse festgelegten Teildiskurse durchgeführt: 1) Darstellung der medialen Bewertung und Ableitung der Argumentationslinien im Diskurs, die den Möglichkeitsraum der Politiker bilden; 2) Bewertung der Positionierung der beiden Volksparteien SPD und Union im Diskurs; 3) Prüfung der demokratischen Eigenschaften des Diskurses nach den Kriterien Gleichheit, Differenz und Konflikt. Die Auswertung des demokratischen Gehalts des Diskurses erfolgt gesamt sowie differenziert nach dem konservativen und linken Spektrum und wird mit Grafiken illustriert. Die Antworten sind jedoch nicht nach einer festen Reihenfolge der Akteursgruppen, Deutungen o. ä. strukturiert, sondern immer nach der Größe der Antworten gruppiert, was die Vergleichbarkeit für den Leser erschwert. Nach den zahl-

reichen Teildiskursen schließt jeder Fall mit einem dringend notwendigen Fazit, das die Entwicklungen in den drei Analysebereichen nochmal für den Gesamtzeitraum ausführlich zusammenfasst. Zur demokratischen Qualität der Diskurse stellt die Autorin fest, dass sich beim Irakkrieg ein Elitendiskurs zementiert, der weiten Teilen der Bevölkerung das Mitwirken erschwerte (S. 223). Für den Libyenkrieg bekräftigt sie dieses Bild: „Außenpolitik erscheint als unangefochtenes Projekt der politisch-administrativen Elite – lediglich die Journalisten wirken als Korrektiv“ (S. 292).

Insgesamt stellt Panreck „bei beiden Kontroversen Mängel in der demokratischen Qualität fest“ (S. 348). Im Fall des Irak konstatiert sie jedoch wenigstens durch die beiden Volksparteien „einen breiten Bogen an Alternativen für das Leitbild der deutschen Außenpolitik“, während der Libyendiskurs „nicht als Nährboden für eine demokratische Außenpolitik dienen“ kann (S. 348 f.). Als entscheidend bewertet sie die Analysekategorie Gleichheit, denn „[j]e mehr Akteure am Diskurs teilnehmen, desto höher fällt die Meinungsvielfalt aus“ (S. 350). Daraus leitet Panreck die Notwendigkeit ab, dass Verbände und Forschungseinrichtungen stärker am Diskurs beteiligt sein müssten. So könnten sie „Politik gestalten, indem sie die Grenzen des Möglichkeitsraumes [für die Politik] verschieben“ (S. 351).

Als nicht berücksichtigte, offene Fragen für weitere Forschungen weist Panreck zu Recht auf die verzerrende Rolle der Journalisten hin, die europäische Ebene der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die weiteren Öffentlichkeiten neben den untersuchten Printmedien, wie u. a. das Internet. Insbesondere der Einbezug des zuletzt genannten Aspekts in die Analyse könnte die bemängelte Teilnahme zu weniger Akteure am Diskurs wesentlich verändern.

Antje Nötzold

Heribert Prantl, Gebrauchsanweisung für Populisten. Wie man dem neuen Extremismus das Wasser abgräbt, Salzburg/München 2017 (*ecowin*), 79 S.

Renate Künast, Hass ist keine Meinung. Was die Wut in unserem Land anrichtet, München 2017 (*Heyne*), 192 S.

Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 183 S.

Sind die *Alternative für Deutschland* (AfD), Pegida und Identitäre Bewegung Probleme der Demokratie und insofern prinzipiell einer Lösung zuführbar? Oder handelt es sich um bleibende Aporien? Heribert Prantl und Renate Künast vertreten die Problem-These, das Trio Leo, Steinbeis und Zorn nicht. Keiner der Autoren ergießt sich bei seiner Auseinandersetzung mit dem „rechten Rand“ – präziser lassen sich die Gegenstände kaum fassen – in überbordender Moralisierung. Dass jemand nicht mit Schaum vor dem Mund argumentiert, heißt indes nicht, dass die propagierten Umgangs- bzw. Lösungsstrategien zünden.

Die konventionellste unter den drei Streitschriften schreibt Prantl. Der Titel *Gebrauchsanweisung für Populisten* ist irreführend, zumal, wenn im Untertitel davon die Rede ist, wie man „dem neuen Extremismus das Wasser abgräbt“. Was nun: Ex-

tremismus oder Populismus? Wie ist es zu verstehen, wenn der *Süddeutsche*-Redakteur sein Buch als „Aufruf zu einer populistischen demokratischen Politik“ (S. 13) ankündigt, welche die „Grundrechte und den Rechtsstaat gegen extremistische Verächter verteidigt“ (S. 14), es dann aber heißt, der Populismusbegriff sei „selbst populistisch [und taue] nur noch zur Verharmlosung der Demokratieverächter“ (S. 16)? Prantls Lösungsvorschläge für den Wunsch vieler Bürger nach Komplexitätsreduktion („Alexander-Politik“) könnten von Plattitüden nicht stärker durchdrungen sein, wenn er konstatiert: „Probleme moderner Gesellschaften löst man [...] nicht mit einem Streich“ (S. 23). Die auf vielen Seiten spürbare Hoffnung, der Rechtspopulismus löse sich in Wohlgefallen auf, wenn der Kapitalismus nur etwas behaglicher wird, ist – das zeigt die internationale Forschung, die eher von soziokulturellen als sozioökonomischen Krisen spricht – vergebens.

Renate Künast gelingt mit ihrem Band, der dem reißerischen Titel zum Glück nicht folgt, ein persönlicher Zugang. Doch auch sie hadert. Angestachelt von Hasskommentaren u. a. auf ihrem Facebook- und Twitter-Account, suchte sie einige jener auf, die gegen sie wetterten – in deren eigenen vier Wänden. Dies, nicht die ähnlich unsolide, auf wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Bankenkrise fokussierte Ursachenanalyse wie bei Prantl, macht den Band lesenswert, spricht Künast doch nicht über die „besorgten Bürger“, sondern mit ihnen. Aus Neugier. Ohne Kamera. Ihr Appell jedoch, „dass die Grundregeln des Anstands und Respekts für ein sichereres Internet ebenso wie ein sicheres analoges Leben wichtig sind“ (S. 163), dürfte – wie Prantls Appell „Es gibt eine Pflicht zur Zuversicht“ (S. 68) – ungehört verhallen. Die Ratlosigkeit ist mit Händen zu greifen.

Den größten Lärm gibt es wohl um die Streitschrift *Mit Rechten reden* der (nach eigenen Angaben) nicht-linken Autoren Per Leo, Maximilian Steinbeis und Daniel-Pascal Zorn. Sie (die Streitschrift?) provozierte den Band *Mit Linken leben* von Martin Lichtmesz und Caroline Sommerfeld. Das Buch ist anders als die beiden vorgenannten Bände. Es ist assoziativ. Es ist eklektisch. Aber es ist auch originell. Allein die „25 goldenen Regeln“ (S. 14 f.), die sie beim Reden mit „Rechten“ empfehlen, machen den Band lesenswert. Eine Kostprobe: „Unterscheide Person und Rede.“ – „Misstraue deinen moralischen Reflexen.“ – „Vermeide das Wort ‚Nazi‘“. Sie plädieren im Kern für eine offene Auseinandersetzung mit Anhängern und Sympathisanten der AfD, von Pegida und den Identitären – mit überzeugenden Begründungen, aber weniger überzeugenden Strukturierungen oder Hilfen.

Tom Mannewitz

Robert Radu, Auguren des Geldes. Eine Kulturgeschichte des Finanzjournalismus in Deutschland 1850-1914, Göttingen 2017 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 382 S.

Die Geschichte des deutschen Finanzjournalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert war bisher ein kaum bestelltes Feld. Das ist bedauerlich, weil die tiefgreifenden Veränderungen des Wirtschaftens in dieser Zeit medial intensiv aufgegriffen wurden

und deren Verarbeitung wiederum auf das Wirtschaftsleben zurückwirkte. In diese Forschungslücke ist Robert Radu mit seiner Dissertation gestoßen, die im September 2014 an der Universität Rostock vorgelegt wurde. Sie liegt in einer aktualisierten und gekürzten Fassung vor.

Die Quellenbasis ist ausgesprochen vielseitig, was Qualitätsmerkmal und Notwendigkeit zugleich ist, denn die redaktionelle Überlieferung vieler (Fach-)Zeitungen und Zeitschriften des 19. Jahrhunderts wie ihrer Mitarbeiterkorrespondenz ist – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – nur spärlich erhalten. Für die Produzenten-seite hat Radu viele wirtschaftsjournalistische Fachmedien und Tageszeitungen mit dichter Finanzberichterstattung, zeitgenössische Selbstzeugnisse, Ratgeber und Handbücher (sowohl der Börse als auch journalistische Zeugnisse) sowie ausgewählte redaktionelle Aufzeichnungen ausgewertet. Für die Rekonstruktion eines obrigkeitlichen Umgangs mit dem Finanzjournalismus stützt er sich auf staatliche Dokumente. Die Vielfalt der verwendeten Forschungsliteratur ist beeindruckend.

Radu gliedert den Untersuchungszeitraum in drei Phasen, die sich überlagern, aber jeweils ein bestimmendes Element haben: Auf die Formierung des Finanzjournalismus zwischen 1850 und 1879 folgte von 1880 bis 1896 seine Politisierung, von 1897 bis zum Ersten Weltkrieg dann die Professionalisierung. In der Formierungsphase beschreibt Radu die Arbeitspraxis der Finanzjournalisten, ihre Karrierewege, die Informationsakquise und Akteursnetzwerke sowie Börsen und Banken als Kommunikationsräume. Der Gründerkrach und seine Folgen sind eine Zäsur, weil besonders virulent wurde, wie eng die finanzjournalistische und die wirtschaftliche Sphäre auf vielen Ebenen miteinander verwoben und voneinander abhängig waren. Dies entwickelte sich zu einer Hypothek des Finanzjournalismus.

Gegenseitige „Abhängigkeiten“ der Akteure prägten den gesamten Untersuchungszeitraum: Die Verbindungen von Finanzjournalisten und Politikern in der Politisierungsphase sind besonders komplex. Eine Seite benötigte valide Informationen aus erster Hand, die andere Seite (ge-)brauchte die Presse als (in-)offizielles Sprachrohr zu einer breiten Öffentlichkeit. Anhand verschiedener Auslandsinvestitionsprojekte, des politischen Standpunkts und der finanzjournalistischen Berichterstattung zeigt Radu, dass es kein eindeutiges Machtgefälle oder einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen (Fach-)Presse und Politik gab. Die Journalisten suchten sich aber zunehmend von politischer Einflussnahme zu emanzipieren, besonders wenn politisches Interesse und Leserinteresse auseinanderzulaufen drohten.

Das zähe Ringen um Unabhängigkeit von Börse, Banken und Politik, um Selbstbewusstsein und sozialen Status sowie rechtlich und ethisch verbindliche Arbeitsstandards bestimmte ebenso die Professionalisierungsphase des Finanzjournalismus bis 1914. Obwohl die Gräben zwischen politisch gesinnungstreuen, primär von wirtschaftlichen Eigeninteressen geleiteten und unabhängig-kritischen Finanzjournalisten bis zum Ersten Weltkrieg noch nicht verschwunden waren, konstatiert der Autor doch für die Jahre vor 1914 einen Finanzjournalismus, dessen einflussreiche Vertreter sich einer unabhängigen und kritischen Berichterstattung verpflichtet sahen.

Robert Radu beleuchtet überaus erhellend ein Thema, das gerade für die Wirtschaftsgeschichte interessant ist, die dem Finanzjournalismus bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Dabei stellen die Produkte der Finanzjournalisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, ihre Artikel, reichhaltige und lohnende Quellen für die Wirtschaftsgeschichte dar.

Vernessa Wagner

Ralf Georg Reuth, Annäherung an Helmut Kohl, München 2017 (*Piper*), 240 S.

Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hrsg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017 (*Franz Steiner*), 354 S.

Ralf Georg Reuth nimmt im Essay *Annäherung an Helmut Kohl* sein Lebenswerk kritisch in den Blick. Er stützt sich auf Literatur über den Altkanzler, auf biografische Hinterlassenschaften und zahlreiche persönlich geführte Gespräche. Er präsentiert keine weitere ausführliche Biografie, sondern ordnet in sechs kurzen Kapiteln zu den Themen „Prägung“, „Macht“, „Triumph“, „Pyrrhussieg?“, „Ohnmacht“ und „Tribut“ Kohls wichtigste Stationen und Eigenschaften ein. Reuth möchte mit Vorurteilen über Kohl als gefeiertem Kanzler der Einheit und geächtetem „Herrn der schwarzen Kassen“ aufräumen und versucht, neue Facetten auf Kohls Persönlichkeit zwischen Popularität und Ambivalenz zu eröffnen: „Er galt als Modernisierer und war doch nicht modern. Er agierte, als sei er ein reiner Machtmensch, aber er war auch politischen Prinzipien verhaftet. Er hatte nichts mit Ideologie im Sinn und verfügte auch nicht über ein geschlossenes Weltbild, aber er hatte dafür ein eigenes Geschichtsbild“ (S. 8). Reuth endet mit einer Einordnung der Kanzlerschaft Kohls in die Geschichte, die sich trotz kritischer Betrachtung der Machtausübung durch große Sympathie auszeichnet: „Wer auf die großen Linien der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts schaut, für den wird der Name Helmut Kohl denjenigen Konrad Adenauers überstrahlen. Denn der Pfälzer wird in einer Reihe mit Bismarck genannt werden müssen“ (S. 221). Insofern zählt Reuth Kohl zu den bedeutendsten Deutschen der Nachkriegsgeschichte. Diese Bilanz lässt den Altkanzler noch einmal auf- und hochleben. Wer einen Überblick zu Helmut Kohl als Politiker und Mensch sucht, dem ist das Buch zu empfehlen. Der Leser stößt auf Bekanntes, aber auch auf unterhaltsame Kuriositäten.

In dem von Thomas Großbölting und Christoph Lorke herausgegebenen Band *Deutschland seit 1990* nehmen Autoren der Tagung „BRDDR – Arenen des Übergangs in der Vereinigungsgesellschaft“ vom November 2015 (S. 29) in 15 Beiträgen eine „multiperspektivische historische Vermessung des wiedervereinigten Deutschlands“ vor (S. 15). Im Gegensatz zur Vielzahl an Jubiläumspublikationen über Friedliche Revolution und Deutsche Einheit nutzen die Herausgeber den Begriff „Vereinigungsgesellschaft“, mit der die im Zusammenwachsen befindliche Gesellschaft trefflich beschrieben werden könne, „ohne dabei der Gefahr einer Verengung auf einen normativen ‚End‘- oder Idealzustand zu unterliegen“ (S. 15). Der Band legt

den Schwerpunkt auf die Unabgeschlossenheit der Entwicklungen und den Umgang mit der Revisionsanfälligkeit bisher vorgelegter Befunde. Die Beiträge, die den vier Abschnitten „Identitäten und kollektive Selbstbilder“, „Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“, „Hinterlassenschaften und Aufarbeitung“ sowie „soziale und individuelle Ordnungsentwürfe“ zugeordnet sind, vereinen „verschiedene und gezielt ausgesuchte, exemplarisch bedeutsame ‚Arenen des Übergangs‘“, um „der Vielfalt und der Überlappung verschiedentlichster Ereignis- und Debattenstränge jener Jahre Rechnung [zu] tragen“ (S. 25). Eine systematische Betrachtung der Nachwirkungen der DDR auf die Bundesrepublik als „Vereinigungsgesellschaft“ bleibt allerdings aus.

Lobenswert an beiden Werken ist die Botschaft: Nicht ein Einzelereignis oder eine Einzelperson verursachten den Zusammenbruch der DDR; vielmehr sind die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit Bestandteile eines Prozesses, den eine Vielzahl an Personen gestalteten. Umso mehr sollten die Ereignisse der Jahre 1989/90 und das Wirken Kohls auch künftig weniger als Ende oder Anfang einer Periode gesehen, sondern stärker in laufende Entwicklungen und Zusammenhänge eingeordnet werden.

Heike Tuchscheerer

Ulrich Roos (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik. Arenen, Diskurse und grundlegende Handlungsregeln*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 279 S.

Leon Mangasarian/Jan Techau, *Führungsmacht Deutschland. Strategie ohne Angst und Anmaßung*, München 2017 (*dtv*), 174 S.

Beide Bücher befassen sich mit deutscher Außenpolitik. Sie könnten nicht unterschiedlicher an dieses Politikfeld herangehen: Der von Ulrich Roos herausgegebene Band beinhaltet neben einem einleitenden Kapitel sieben Beiträge von Bachelor-Absolventen bzw. einer Master-Absolventin. Roos stellt das Konzept vor: Ausgehend von einer von ihm diagnostizierten „Krise der Außenpolitikanalyse“ (S. 1) fehle es „i) an überzeugenden formaltheoretischen Modellen und Semantiken, welche die gegenwärtige Staatenpraxis plausibel abbilden können und außerdem ii) an erprobten Analysemethoden, um die Geheimnisse der erklärungsbedürftigen Praxis in den Blick nehmen und dechiffrieren zu können“ (S. 1f.). Bisherige wissenschaftliche Erklärungen seien weder „formaltheoretisch fundiert, noch methodisch reflektiert“ (S. 2), würden jedoch als wissenschaftlich deklariert und beanspruchten, zur „Deutung der erklärungsbedürftigen Praxis und Situation beizutragen“ (ebd.), obwohl sie nicht von eigenem Vorwissen und impliziten Hypothesen abstrahierten. Allein aufgrund des akademischen Titels oder der Position ihrer Autoren gelten sie als wissenschaftlich. Nach diesem „Generalvorwurf“ stellt Roos die Methode seiner Beiträge vor, um zwischen ‚wissenschaftlichen‘ und ‚nicht-wissenschaftlichen‘ Einwürfen zu unterscheiden. Die Autoren untersuchen codierte Sprechakte, um Handlungsregeln deutscher Außenpolitik in außenpolitischen Arenen zu rekonstruieren.

Die Aufsätze gehen erkennbar aus Qualifikationsarbeiten hervor. Alle behandeln kleine Teilbereiche deutscher Außenpolitik – insofern verspricht der Titel des Bu-

ches zu viel. Rekonstruiert werden die Interessen bzw. Handlungsregeln an Facetten deutscher Außenpolitik: an der Eurokrisenpolitik, anhand des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP, an der Haltung gegenüber den BRIC(S)-Staaten, der deutschen Entwicklungs- sowie der Menschenrechtspolitik wie der militärischen Sicherheitspolitik nach dem ISAF-Einsatz. Alle Aufsätze sind nach dem gleichen Schema strukturiert: Nach einer Einbettung in den Kontext und Forschungsstand folgen längere Ausführungen über die vom Herausgeber als Quintessenz der Wissenschaftlichkeit postulierten theoretischen und methodologischen Vorgehensweisen, was den Leser bald ermüdet. Die Beiträger vergessen auch nicht, immer wieder Bezug auf ihren Mentor zu nehmen. Ärgerlich ist, dass die Nachwuchs-Politikwissenschaftler die ihnen gebotene Chance nicht sorgfältiger wahrnahmen: Nicht in allen Beiträgen ist die nach amerikanischem Belegsistem verwandte Literatur im Verzeichnis aufzufinden; manche Angaben erscheinen veraltet und unpräzise. Erstaunen muss, dass eine Analyse von z. T. weniger als zehn öffentlichen Sprechakten Handlungsregeln, Interessen und Motive deutscher Außenpolitik erfassen können. Leider fehlt mitunter jegliche Prüfung der Sprechakt-Aussagen – mit harten Fakten wie Handelsströmen, Haushaltsmitteln u. a. Das Buch eignet sich, um Studierenden den Erkenntnisgewinn einer Methode und deren (enge) Grenzen aufzeigen zu können.

Doch nun zu dem zweiten Band: François Heisbourg klagte einmal, Politikwissenschaft habe wegen ihrer Verliebtheit in theoretische Modelle eine aufklärende und meinungsbildende Funktion im politisch-gesellschaftlichen Diskurs verloren. Dem wollen Leon Mangasarian und Jan Techau mit einem Plädoyer für die „Führungsmacht Deutschland“ explizit entgegenwirken. Beide Politikwissenschaftler mit Erfahrung in Politik und Journalismus sehen Deutschland vor der größten politischen Herausforderung seit 1990. Sie plädieren in ihrem engagierten Essay nachdrücklich für eine außenpolitische Führungsposition Deutschlands – ausgestaltet als „servant leadership“ im Konsens mit den Partnern. Ausgehend von einer überzeugenden, umfassenden Analyse der Veränderung internationaler Strukturen, der Abwendung der USA, womöglich mit dem Ziel, die EU zu zerstören, und anhand der Gefährdungen von Freiheit und Wohlstand in Europa durch neue globale Herausforderungen fordern sie einen Mentalitätswandel Deutschlands wie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Sie sehen die Rolle Deutschlands in einer „dienenden Führung“.

Beate Neuss

Fabian Scheidler, Chaos. Das neue Zeitalter der Revolutionen, Wien 2017 (*Promedia*), 240 S.

Unsichtbares Komitee, Jetzt, Hamburg 2017 (*Nautilus Flugschrift*), 128 S.

Extremistische Gewalt geht zumeist mit dem Glauben einher, aus einer moralisch gerechtfertigten Position zu agieren. Extremisten fühlen sich zu einer opferträchtigen Gefahrenabwehr ermächtigt, wenn sie aus einer utilitaristischen Denktradition

und einer überschätzten Prognosefähigkeit heraus dazu übergehen, ein größeres Opfer zu verhindern. Zwei neue Veröffentlichungen aus der linksextremen Szene ergänzen sich hierbei vortrefflich. Während sich Fabian Scheidler in seinem zivilisationskritischen Werk *Chaos* mit dystopischen Prognosen nur so überschlägt, zeigt das französische Autorenkollektiv Unsichtbares Komitee in seinem neuesten Pamphlet *Jetzt*, wie eine solche Analyse in Gewalt umschlagen kann.

Dabei ist Kritik an den herrschenden Zuständen, wie sie Scheidler formuliert, keineswegs abwegig und im Rahmen eines demokratischen Willensbildungsprozesses sogar zwingend notwendig. Allerdings kommt es auf seine Tonalität an: Allein in der Einleitung spricht der Autor von „Mitternacht für die Menschheit“ (S. 9), sieht „unser aller Überleben“ (S. 10) in einem „Scheitern einer ganzen Zivilisation“ (ebd.) in Gefahr. Wo alles verloren scheint, könne nur der Umsturz des großen Ganzen die Rettung bringen. Klimakatastrophe, Wirtschaftskrise oder der „nukleare [...] Holocaust“ (S. 204) sind nur einige von vielen Schreckensvisionen, die Scheidler entwirft. Dabei fußt die Analyse durchaus auf einem greifbaren Fundament, wird aber im Laufe der Untersuchung ins Unhaltbare übersteigert. Dementsprechend fallen auch die Lösungsansätze extrem aus: Nicht weniger als einen Umbau der gesellschaftlichen Tiefenstrukturen in einem neuen Zeitalter der Revolutionen fordert er. Die Grundpfeiler des demokratischen Verfassungsstaates berührt er damit allemal.

Was sich bei Fabian Scheidler noch als konstruktive Kritik verbrämt, wird bei dem Autorenkollektiv Unsichtbares Komitee mit Ross und Reiter benannt: „Alle Gründe, eine Revolution zu machen, sind gegeben. Keiner fehlt“ (S. 7). Vollgepackt mit allerhand infantilem Revolutionskitsch und dem totalitären Anspruch, die Gesellschaft aus den Angeln zu heben, gleitet die Kampfschrift in einen gefährlichen Nihilismus ab. Recht, Politik und Humanismus seien Konstrukte der westlichen Zivilisation, um die Revolution von ihrer eigentlichen Unmittelbarkeit abzulenken. Lösungen für das allgemeine Unbehagen können und wollen die französischen Anarchisten nicht versprühen. Ihnen geht es einzig um den Aufbruch und die Unmittelbarkeit gegen die falsche Einheit in Kapitalismus und Staat. Wahrheitsanspruch und Gefährlichkeit der Schrift gehen hier Hand in Hand. Hinter der phänomenologischen Bildsprache und dem triefenden Pathos kommt eine Affirmation der Gewalt zum Tragen, die als notwendige Bedingung des Umsturzes verteidigt wird.

In Kombination zeigen sich beide Schriften als eine kognitive Grenzüberschreitung – sie rechtfertigen Handlungen, die moralisch nicht zu legitimieren sind. Gewalttätige Aktionen gegen das kapitalistische System und dessen Vertreter werden als moralische Rettungsanker gepriesen, obwohl sie in letzter Konsequenz genau das sind, was sie verhindern wollen: eine Vorform des Schlimmeren.

Rudi Bigalke

Wolfgang Schieder, Adolf Hitler. Politischer Zauberlehrling Mussolinis, Berlin 2017 (*Walter De Gruyter*), 231 S.

Unter der eigentümlichen Metapher eines „Zauberlehrlings“ versucht sich Wolfgang Schieder dem Verhältnis Adolf Hitlers zu Benito Mussolini zu nähern, ohne dass deren wechselvolle Beziehung jedoch darin aufginge. Habe der eine zunächst als politische Identifikationsfigur gedient, überflügelte Hitler die Machtambitionen des italienischen Diktators in der Deutung Schieders, indem er sich zunächst dessen Taktik verschrieb, jedoch die Fesseln, welche Mussolini einhegten, sukzessive abzustreifen vermochte. Anstatt ein weiteres biographisches Narrativ zu beiden Akteuren vorzulegen, beansprucht der Autor, durch den Blick auf deren Interaktionen die Funktionsweise des Nationalsozialismus auf eine neue Weise zu beschreiben.

Nach Schieders Hypothese, die Anlehnung und schließlich Bindung an Mussolini habe den Nationalsozialismus in Aufstieg, politischer Praxis sowie seiner Kriegsführung auf charakteristische Weise geprägt, gliedert sich die knappe Studie in drei Kapitel in chronologischer Abfolge. Im Kern durchziehen den Band vor allem zwei Narrative: Einerseits skizziert Schieder die Beziehungen der beiden Diktatoren als (inszenierte) politische Freundschaft von der Bewunderung des römischen Putschisten, über die Anerkennung der Gleichrangigkeit von Faschismus und Nationalsozialismus durch die Ausrufung der ‚Achse‘ 1936, bis hin zur völligen Abhängigkeit des „Duce“ nach der Gründung der Repubblica Sociale Italiana. Andererseits konzeptualisiert er die „Freundschaft“ als frei von „private[m] Charakter“, welche vielmehr „eine neue Politik repräsentieren [sollte], die zwischen den beiden Diktatoren direkte persönliche Begegnungen an die Stelle von institutionell vermittelten Beziehungen setzte“ (S. 9). Noch in der Landsberger Festungshaft nach dem gescheiterten Putsch habe Hitler in Mussolinis erfolgreichem „Marsch auf Rom“ eine „politische Doppelstrategie“ (S. 12) erkannt, deren Kern in einer Kombination aus parlamentarischem Konformismus und der gleichzeitigen Propagierung eines gewalttätigen Aktivismus nach innen bestand und sich hierdurch sowohl konservative Milieus erschloss als auch die eigenen Gewaltagenturen zu bändigen verstand. War Mussolini einem persönlichen Treffen noch bis zur Machtübernahme ausgewichen, lässt sich deren erste Begegnung in Venedig 1934 als Initiationsritus interpretieren, durch welchen Hitler als „Kamerad“ (S. 75) aufgenommen wurde, jedoch zugleich gegenüber Mussolini als Adept zurückblieb. Der zentrale Beitrag Mussolinis zur Machtstabilisierung des Nationalsozialismus nach innen und außen bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs habe, wie Schieder betont, in der diplomatischen Begleitung von Hitlers frühen Expansionen bestanden, bevor sich dieser durch den Austritt Italiens aus dem Völkerbund gleichsam fester an den Nationalsozialismus als Partner in der „Achse“ band. Den zentralen Fokus legt der Autor in dieser Phase immer wieder auf die groß angelegten Inszenierungen gegenseitiger Besuche, in deren Ausgestaltung er trotz des Dominanzgewinns des NS-Regimes eine symbolische Gleichrangigkeit beider „Diskursen“ dokumentiert findet. Kippte das Verhältnis im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges zunehmend zugunsten Hitlers, changiert Schieders Begründung der „Nibe-

lungentreue“ (S. 5) trotz der schwindenden militärischen Relevanz und des Sturzes Mussolinis zwischen einer vermeintlich authentischen Dankbarkeit und der Inszenierung eigener politischer „Glaubwürdigkeit“ (S. 166) sowie strategischen Erwägungen. In eben jener nicht aufzulösenden Spannung besteht letztlich eine zentrale Herausforderung der Lektüre, während derer beide Narrative zeitweise unvermittelt parallel laufen, wobei offen bleibt, inwieweit diese personalisierende Engführung dazu angetan sein kann, grundlegend neue Perspektiven auf derart komplexe politische Systeme zu werfen.

Aline Munkewitz

Utz Schliesky (Hrsg.), Gespräche über den Staat, München 2017 (*C.H. Beck*), 275 S.

Michel Dormal, Nation und Repräsentation. Theorie, Geschichte und Gegenwart eines umstrittenen Verhältnisses, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 298 S.

Die Zukunft der Demokratie scheint zunehmend ungewiss. Populismus und Autoritarismus, Migration sowie Digitalisierung und Internationalisierung lauten die bekanntesten Stichworte vielfältiger Entwicklungen, welche die Demokratie herausfordern. Da kommen zwei Publikationen gerade recht, die bei aller Unterschiedlichkeit in Thema und Zugriff eine gemeinsame Frage umtreibt, nämlich was eigentlich auf dem Spiel steht, wenn wir über Zukunft und Krise der Demokratie sprechen. Mithin: Was sind die Funktionsbedingungen der nationalstaatlichen Demokratie, und wie können diese bewahrt werden?

Utz Schliesky sucht Antworten auf diese Fragen beim Staat. Den Staat als Organisationsform politischer Herrschaft betrachtet er als alternativlos, eine gleich gute Herrschaftsorganisation sei nirgends sichtbar. Ausgehend von dieser Prämisse hat Schliesky einen Interviewband konzipiert, der fünf Gespräche mit Politikern, Staatsrechtslehrern und Verfassungsrichtern über das zeitgenössische Staatsdenken sammelt. Bemerkenswert ist, dass alle Interviewten einen ähnlichen Staatsbegriff teilen: Robert Habeck, Peter M. Huber, Norbert Lammert, Edzard Schmidt-Jortzig und Andreas Voßkuhle stimmen darin überein, dass der Staat heute nur als Selbstorganisationsform der Gesellschaft vorstellbar sei; sie weisen damit organische oder idealisierte Staatsverständnisse entschieden zurück.

Die politischen Dynamiken sowie die Inklusions- und Exklusionsbedingungen dieser Organisationsform finden indes zu wenig Eingang in Schlieskys Fragen. Sein einheitlicher Fragenkatalog bleibt weitgehend dem traditionellen Kanon der Allgemeinen Staatslehre verpflichtet. Dass im demokratischen Staat widerstreitende Kräfte vereint sind, wird zwar im besonders lebendig zu lesenden Interview mit Robert Habeck deutlich, kommt aber aufs Ganze betrachtet nicht nur im Fragekanon zu kurz, sondern auch bei der Wahl der Interviewpartner. Sie sind allesamt männlich und haben sich als Staatsdiener verdient gemacht. Dadurch entsteht ein über weite Strecken statisches Bild des Staates.

Dagegen ist die Studie Michel Dormals einer Dynamik demokratischer Ordnungsbildung verpflichtet. Anhand des Verhältnisses von Nation und Repräsentation untersucht er zwei politische Grundbegriffe, welche die Entstehung und Stabilität demokratischer Ordnungen entscheidend prägten. Dormals ideengeschichtliche Rekonstruktion löst den Nationsbegriff von seiner homogenisierenden und schicksalhaften Semantik und schreibt ihm stattdessen einen genuin modernen, politischen Sinn ein, der sich erst in Zusammenschau mit dem Repräsentationsgedanken erschließt.

Folgt man jenem „konfliktivem Republikanismus“ (S. 9), wie er selbst seinen Ansatz in der Tradition Claude Leforts, Ernesto Laclaus und Pierre Rosanvillons nennt, dann muss die Nation konflikttheoretisch als politische Bühne gedacht werden: „Sie wird zur Referenz und Arena einer Auseinandersetzung um die Aneignung und Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen“ (S. 198 f.). Auf dieser Bühne finden die politischen Kämpfe um Reichweite, Form und Inhalt der Repräsentation statt. Damit bleibt die Nation zwar ein abgegrenzter Raum, ist aber bedingt durch die agonale Dimension des Konflikts, die aller Homogenisierung entgegensteht, einer beständigen Infragestellung, Neubehauptung und Veränderung ausgesetzt. Insofern bestätigt Dormals Studie, dass Demokratie von Abgrenzungen lebt, und erteilt kosmopolitischen Hoffnungen auf Entgrenzung eine demokratietheoretische Absage. Zugleich aber macht sie deutlich, dass gerade das Wesen demokratischer Grenzen darin besteht, stets variabel und verhandelbar zu bleiben.

Verena Frick

Holger Schwarzlose, Allah im Abendland. Welcher Islam gehört zu Deutschland?, Borsdorf 2017 (*Edition winterwork*), 348 S.

Omid Nouripour, Was tun gegen Dschihadisten? Wie wir den Terror besiegen können, München 2017 (*div*), 304 S.

Holger Schwarzlose schlägt einen weiten Bogen von den Grundlagen des Christentums über die Frühzeit des Islam bis hin zu aktuellen Herausforderungen bei der Interpretation von Religionen. Dabei werden viele neue Ideen und Denkansätze in die Debatte eingebracht. Seine besondere Stärke hat das Buch in der Analyse der Entstehung des Islam und seiner Heiligen Schrift, des Korans. Viele religiöse Extremisten geben heute vor, wortgetreu nach dem Koran zu leben. Nach Schwarzlose sei dies kaum möglich, denn eine einfache Lektüre reiche oftmals nicht aus. So wurden Aussagen der Offenbarungen an den Propheten Mohammed, die sich im Koran finden, erst nach seinem Tod von früheren Wegbegleitern aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Zudem wurde der Koran in früharabischer Sprache verfasst, die durch ihren rudimentären Charakter vieldeutig ist. Der Autor zeigt viele Mehrdeutigkeiten und Ungenauigkeiten in den Originalschriften auf. Sehr lesenswert ist das Buch auch durch die Betrachtung des „modernen Islam“ und eines möglichen Spannungsverhältnisses zwischen den heiligen islamischen Schriften und der Moderne. Abschließend gibt der Autor Hinweise zur Ausgestaltung eines Islam, der mit dem europä-

ischen Demokratie- und Staatsverständnis kompatibel ist. Es wird erneut deutlich, dass das Verstehen von religiösen Zeugnissen selbst für gläubige Menschen nicht ohne Anleitung von theologisch Gebildeten möglich scheint. Eigeninterpretationen können auf Irrwege führen, die negative politische und gesellschaftliche Folgen haben. Insofern ist das Buch auch jenen zu empfehlen, die glauben, bereits alles zum Thema gelesen zu haben. Schwarzloses Analysen und Einsichten tragen zu einem erweiterten Verständnis einer komplexen zeitgenössischen Auseinandersetzung bei.

Omid Nouripours *Was tun gegen Dschihadisten?* gliedert sich in zwei Abschnitte: Im ersten Teil wird die Ideologie und Genese des Dschihadismus ausführlich dargestellt, während der zweite Teil einen detaillierten „Plan“ zur Auseinandersetzung mit ihm bietet. Die politischen Erfahrungen des Autors als Bundestagsabgeordneter (*Bündnis 90/Die Grünen*) sind hier hilfreich, wenn es um die Schnittstellen von wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischer Politik geht. Insbesondere im zweiten Teil ist das Buch lesenswert. Der erste Abschnitt bietet allein eine solide Darstellung der weltanschaulichen Grundlagen und Schriften des Dschihadismus sowie seiner Entwicklung, die aber inhaltlich nicht über zahlreiche andere Bücher hinausgeht. Versierte Leser sollten mit der Lektüre daher gleich beim zweiten Teil beginnen, denn dieser eröffnet Aspekte und Denkansätze einer Bekämpfung des Dschihadismus, die teilweise auch neue Einsichten bieten. Nouripour stellt ausführlich dar, warum Salafisten so erfolgreich junge Menschen rekrutieren und welche Gegenstrategien Erfolg versprechen. Dazu schlägt er kenntnisreich und detailliert einen „Vierklang“ aus Vorbeugung, direkter Bekämpfung, aus gesellschaftlichem und religiösem Zusammenhalt sowie aus vorausschauenden Handlungen vor, die insbesondere den lokalen Gegebenheiten anzupassen sind. Daraus entwickelt er am Ende des Buches jenen „Plan gegen Dschihadismus“, dessen genaue Umsetzung aber offen bleibt. Hier wäre Potenzial für eine wiederum lesenswerte Fortsetzung.

Kai Hirschmann

Mark Schweda/Ulrich von Bülow (Hrsg.), *Entzweite Moderne. Zur Aktualität Joachim Ritters und seiner Schüler*, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 385 S.

Seit einigen Jahren ist von der Ritter-Schule, einem Schülerkreis um den Philosophen Joachim Ritter, die Rede. Diese Schule, als deren bedeutendste Vertreter Hermann Lübbe, Odo Marquard, Ernst Wolfgang Böckenförde und Robert Spaemann gelten, habe, so lautet eine These Jens Hackes, mit ihrer bürgerlich-liberkonservativen Ausrichtung Bedeutendes zum Selbstverständnis der „alten“ Bundesrepublik beigetragen. Durch die wichtige Arbeit Mark Schwedas wird nun deutlicher, worin der genuine Schulzusammenhang besteht. Ihm gelingt es, die Philosophie des „Meisters“ Joachim Ritter – mit seinem im Umfang erstaunlich schmalen Werk – zusammenhängend als eine „Theorie der modernen Welt“ aufzuschlüsseln. Nicht inhaltliche Positionen sind das Entscheidende, sondern die Fragestellungen, welche an Ritters hegelianisch gefilterten Aristotelismus anschließen. Auch wenn Ritter nahe-

legte, in einem funktional-neohistoristischen Ansatz „Entfremdung“ als unhintergehbare Signatur der „entzweiten Moderne“ auszuhalten, konnte eine Schülerschaft auch darin bestehen, diese so bestimmte „Bürgerlichkeit“ überwinden zu wollen.

Wie aktuell Forschungsfragen und Erträge jener Ritter-Schule sind, war im Jahr 2013 Tenor einer vom Deutschen Literaturarchiv Marbach veranstalteten Tagung, deren Referate nun in dem Sammelband (bestehend aus 19 Aufsätzen) vorliegen. Thematisch ausgewogen werden sowohl Ritters Philosophie und Vita als auch die Schule behandelt. Ritter war noch in den 1920er Jahren Kommunist, der sich im Dritten Reich aber als „Mitläufer“ durchschlug. Christoph Henning untersucht Ritters Marx-Lektüren in ihrer Bedeutung für das spätere Werk, Jens Thiele fragt, wie ihn die Funktionäre des NS-Regimes einschätzten. In zwei Aufsätzen (u. a. von Wolfram Högbe) wird Ritter als Denker der Globalisierung hervorgehoben, dessen hegelianische Apologie der modernen Welt vor allem nach seinem Türkei-Aufenthalt Mitte der 1950er Jahre an Fahrt aufnahm. Er konnte dort erleben, was es bedeutete, wenn islamische Herkunft und kemalistische Zukunft ohne Vermittlung aufeinanderstoßen. Weitere Beiträge behandeln kritisch den Hegelianismus der Ritter-Schule (Henning Ottmann), den Liberalkonservatismus ihrer Hauptvertreter (Jens Hacke) oder auch Ritters „maßhaltende“ Ästhetik (Josef Früchtl). Spaemann und Böckenförde sind zwei weitere Aufsätze gewidmet. Darin plädiert Klaus Große Kracht dafür, den sattsam bekannten Einfluss Carl Schmitts auf Böckenförde zu Gunsten Ritters neu zu gewichten.

Mit Lübke, Ulrich Dierse und Reinhart Maurer sind drei „echte“ Ritter-Schüler beteiligt. Lübkes Beitrag ist eine willkommene Eigendeutung seiner Religionsphilosophie im Kontext der Schule. Ferner erläutert der als „Zeitzeuge“ geladene Otfried Höffe, warum aus ihm trotz Studium in Münster kein Ritter-Schüler wurde.

Der genannte Personenkreis ist vor allem bei religionspolitischen Fragen aktuell, haben Ritter und seine Schüler doch früh darauf verwiesen, dass Religion nicht abstirbt und sowohl ihre Pluralisierung auf engem Raum als auch ihre Politisierung Konsequenzen der Moderne sind. Die Ritter-Schule wird von ihren Enkeln und Interpreten nicht mehr fortgesetzt. So geht es in deren insgesamt wohlwollenden Einwüfen um die kritische Rekonstruktion einzelner Werkkomplexe. Eine ineinandergreifende Aktualisierung eines ganzen Systems ist nicht beabsichtigt. Der Band erweitert den Gedenkband zu Ehren Joachim Ritters. Für die Kontextualisierung einer bedeutenden „liberalkonservativen“ Linie in der Geschichte der Bundesrepublik, wie sie mit Ritter erkennbar wird, ist er unverzichtbar.

Dominik Ghonghadze

Gareth Stedman Jones, Karl Marx. Die Biographie, Frankfurt a. M. 2017 (S. Fischer), 890 S.

Die englische Ausgabe nennt mit „Greatness and Illusion“ einen etwas griffigeren Untertitel als die deutsche Übersetzung, die schlicht und dabei protzig mit „die Bio-

graphie“ vorliebnehmen muss. Eine Biographie ist das Buch allemal. Neben der privaten Geschichte, die nicht zuletzt eine Pleiten- und Krankengeschichte ist, besteht Gareth Stedman Jones' beachtliche Leistung in einer Erschließung weiter Kreise der Ideen- und Geistesgeschichte rund um Karl Marx sowie der ganz handfesten Geschichte rund um die soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Jones gelingt es, die allerorten kolportierte Charakterisierung Marx' als Querkopf und Sonderling zu relativieren, die oft noch garniert wird durch die kaum überzeugende Dreingabe, Marx' bürgerliches, kaum kostverachtendes Leben passe doch so gar nicht zu einer Ikone der proletarischen Bewegung. Jones unterstreicht, dass Marx entscheidende Impulse gibt – und zwar nicht aus einem idiosynkratischen Elfenbeinturm, den nur er und gerade noch Friedrich Engels bewohnten, sondern in einem lebendigen, breiten internationalen Netz, in dem sich vielfältige, konkurrierende Ideen mittels ihrer Organe und Organisationen durchsetzen mussten. Durch diese Gemengelage führt Jones mit Umsicht, ohne an Verve zu verlieren.

Unter die „Greatness“ fallen für ihn besonders die taktischen Erfolge, die Marx in propagandistischer, organisatorischer, also unmittelbar wirkmächtiger Hinsicht erzielte. Marx als Nestor einer selbstbewussten Arbeiterbewegung zu charakterisieren, ist eine durchaus gerechte Würdigung. Aber eine Neubewertung folgt daraus sicher nicht. Dieser traditionellen Auslegung weiter folgend, enttäuscht dann die stiefmütterliche Behandlung der Marx'schen Wertkritik samt ihrer Fetischkritik als intentionalen Nukleus – am dichtesten formuliert gerade im drei Jahrzehnte bearbeiteten Hauptwerk *Das Kapital*. Neben den verschätzten Revolutionsprognosen und Prophezeiungen beschwört Jones vor allem das Mantra der unfertigen und inkonsistenten ökonomischen Theorie bei Marx, welche dann die „Illusion“ der Biographie jenseits privater Rückschläge inhaltlich ausmalen soll. Während die Debatten um eine Genesis des idealistischen Erbes – besonders des linkshegelianischen, bei dem Marx mit zugestanden genialer und progressiver Stimme mitmischte – umfang- und kenntnisreich dargestellt werden, bleiben die ökonomischen Ausführungen bescheiden. Jones' Sticheleien gegen Marx' ökonomische Theorien zeugen eher von der Unfähigkeit, hier beim ganzen Marx und seinen Intentionen zu bleiben. Wenn er moniert, Preise mit dieser Theorie nicht genau bestimmen zu können, sitzt er wohl eher der lediglich semantischen Nähe von „Preis“ und „Wert“ auf; er verfehlt völlig, was eine Analyse – und damit untrennbar die Kritik – der Wertform eigentlich leisten und leisten soll.

Weiterhin muss man nicht eine bruchlose Kontinuität des Marx'schen Werkes behaupten, aber mit dem zunehmend der Ökonomie zugewandten Marx scheint auch bei Jones der idealistische, romantische und humanistische Aspekt seines Denkens weitgehend erledigt. Dabei zeigen die wertkritischen Debatten innerhalb der marxistischen Linken, dass gerade im Zentrum der politischen Ökonomie – d. h. in den Ausführungen zum Wert-, Geld- wie letztlich zum Kapitalfetisch – all die in den Frühschriften verhandelten Themen von Freiheit, Bewusstsein, Entfremdung und Selbstbestimmung verankert sind. Sie erlauben eine Analyse des neuralgischen Punkts gesellschaftlicher Konstitutionierung, der Ökonomie, und sind prima causa

der Theorie. Marx' teils kryptischer, quälend unvollendeter Umgang mit der ökonomischen Analyse, der Jones besonders in den *Kapital*-Bänden so oft aufstößt, ist aber diesem Gegenstand „voller theologischer Mucken“ (Marx) durchaus angemessen.

Selbst bei der angekündigten und gerechtfertigten, wenn auch nicht ganz so originellen „Entmessianisierung“ Marxens (man denke an Konrad Löw) wie bei der Intention, ihn als Kind seiner Zeit und seines „Zeitgeistes“ darzustellen, darf diese visionäre Perspektive des Werkes, fernab des Klassenkampfes, nicht so unwürdig abgetan werden. Wenn, wie Thomas Meyer richtig feststellt, jede Zeit ihre Art hat, Marx zu lesen, und es ein Zeichen von Größe und Qualität eines Werkes sei, es auf vielfache Weise zu verstehen, dann geht eine aktuell nötige und fruchtbare Weise an Jones und seinen unbedarfteren Lesern leider vorbei.

Jones schätzt den Zynismus und Sarkasmus bei Marx augenscheinlich gering. Doch eingedenk seiner immer wieder enttäuschten Affinität zur eigenen Spezies, in der alle Seiten etwaiger Klassenantagonismen zuerst einmal Opfer sind, die in ihrer Ohnmacht, aber eben auch ihrer Bequemlichkeit – getrieben von ökologisch-ökonomischen Entwicklungen und ihren unverstandenen Fetischen – von einer mal mehr, mal weniger blutigen Farce gesellschaftlicher und kultureller Konsolidierung zur nächsten stolpern, sind beide durchaus nachzuvollziehen. Schon der junge Leszek Kołakowski wusste, dass der Zyniker zumindest nicht der Verbrecher sein kann.

Kai Doberitzsch

Lars Tschirschwitz, Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2017 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 571 S.

Die Reaktion von Peter Glotz auf die sogenannte Mescalero-Affäre im Jahr 1977 war charakteristisch: In der Zeitung des Göttinger Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) hatte ein damals anonym Student (Mescalero) von seiner „klammheimlichen Freude“ nach dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gesprochen, zugleich aber die Strategie terroristischer Gewalt kritisiert. Nachdem sie die Debatten um jenen Nachruf als verzerrend und einseitig wahrnahmen, druckte eine Gruppe linker Professoren den vollständigen Text noch einmal nach. Da zu jenen auch Berliner Universitätsbedienstete gehörten, sah sich der Berliner Bildungssenator, Peter Glotz, dazu genötigt, selbst Position zu beziehen.

Angesichts einer emotional aufgeladenen Atmosphäre vermied er es, sich auf die Seite einer erregten Mehrheitsöffentlichkeit oder auf jene ihrer Kritiker zu schlagen. Zwar forderte er von den Professoren eine unmissverständliche Distanzierung von politischer Gewalt, zugleich verzichtete er auf disziplinarrechtliche Maßnahmen. Stattdessen suchte Glotz das persönliche Gespräch mit den Herausgebern des Nachdrucks, um sich im unmittelbaren Kontakt ein unverfälschtes Bild von ihren Motiven und Absichten zu verschaffen.

In solchen Episoden, die Lars Tschirschwitz sachkundig schildert, verdichtet sich sein Erkenntnisinteresse an Intellektuellen in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland, die er – unter Rückgriff auf klassische politologisch-soziologische Definitionen – als sozial freischwebend skizziert. Er konstatiert, die Kritik zu ihrem Beruf gemacht zu haben, um als Störungsfaktoren zu fungieren. Tschirschwitz reizt die polymorphe, einem Schubladen-Denken entzogene Identität der Intellektuellen – ihre Unkonventionalität, der Eigensinn und das Grenzgängertum. Zu ihnen gehören neben Glotz noch Erhard Eppler, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler. Er wählt sie aus, weil im Vergleich mit anderen Intellektuellentypen bei diesen „Parteiintellektuellen“ das Spannungsverhältnis zwischen den Zwängen der Macht und einer geistigen Unabhängigkeit noch einmal auf die Spitze getrieben sei.

Freilich will Tschirschwitz erkennbar zu viel: Er beabsichtigt „auf dem Wege des biografischen Vergleichs“ verallgemeinerbare Aussagen über das „Wesen ‚des‘ Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik am Ende des Nachkriegsbooms“ (S. 13) zu gewinnen. Neben der individuellen möchte er die parteipolitische Ebene erfassen, indem er den Wandel und die Anpassungsstrategien der Volksparteien zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende – zwischen den Jahren 1970 und 2000 – beschreibt. Der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gilt gleichermaßen sein Interesse, wenn er „die Strukturbruchthese mit dieser Studie vorrangig an der Figur des Parteiintellektuellen und dem Konstrukt Volkspartei“ (S. 23) überprüfen will. Am liebsten würde er darüber hinaus noch eine Generationengeschichte der „45er“ schreiben und am Beispiel seiner Protagonisten den Wandel der Figur des Intellektuellen vom klassischen Pamphlet- zum modernen Massenmedien-Intellektuellen nachzeichnen.

Ein weiteres Manko, welches mit dem überbreiten Wissensdrang des Autors zusammenhängt, ist seine unzureichende eigene Lokalisierung im Feld der Intellektuellen-Forschung. Zum Ende der Einleitung weiß der Leser nicht wirklich, was den Parteiintellektuellen vom „parteinahen“ Intellektuellen (S. 30) und beide vom „parteilichen Intellektuellen“ (S. 34) trennt. Und auch der „normative“, der „formale“ und der „Experten-Intellektuelle“, um nur drei von vielen weiteren Kategorien zu nennen, lassen sich nur schemenhaft erkennen.

So bleiben am Ende einer – passagenweise immer wieder mit großem Gewinn zu lesenden – Studie zu einem wichtigen Untersuchungsthema viele Allgemeinplätze. Gerade angesichts eines immer wieder konstatierten Mangels an originellen, querdenkenden Intellektuellen, der heute als eine Facette des Niedergangs der Volksparteien angesehen wird, vermögen sie den Leser allerdings wenig zu überraschen.

Matthias Micus

Christoph Weckenbrock, Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 934 S.
Christoph Weckenbrock, Schwarz-Grün für Deutschland? Wie aus politischen Erzfeinden Bündnispartner wurden, Bielefeld 2017 (*transcript*), 254 S.

Die *Grünen* und die Unionsparteien stellten im deutschen Parteiensystem lange Jahre Antipoden dar, die sich unversöhnlich gegenüberstanden. Im Laufe der Zeit hat sich ihr Verhältnis jedoch fundamental gewandelt. Nach einer längeren Phase der Öffnung und Annäherung formierten sich in den 2000er Jahren erste schwarz-grüne Bündnisse auf Landesebene. Und obgleich eine solche Zweierkoalition im Bund vorerst nicht mehrheitsfähig scheint, stellt die bereits vollzogene politische und kulturelle Tuchfühlung zwischen *Grünen* und *Union* ein interessantes Phänomen dar. Die Ursachen und Etappen dieses einst undenkbaren Wandlungsprozesses analysiert der Politikwissenschaftler Christoph Weckenbrock in einer aktuellen Doppelpublikation.

In der über 900 Seiten starken Dissertationsschrift untersucht Weckenbrock die koalitionspolitische Annäherung von *Grünen* und Christdemokraten im Rahmen einer qualitativ-vergleichenden Fallstudie. Materialgrundlage bilden neben umfangreicher Presse- und Literaturrecherche rund 50 Experteninterviews. Ausgehend von koalitionstheoretischen Ansätzen entwickelt der Autor mehrdimensionale Analyse-raster, mit deren Hilfe er Bildung und Regierungspraxis derartiger Bündnisse erfasst. Für die kommunale Ebene untersucht er sieben schwarz-grüne Koalitionen in west-deutschen Großstädten von 2001 bis 2011, für die Landesebene entsprechende Koalitionen in Hamburg (2008-2010) und im Saarland (2009-2012). Im Ergebnis arbeitet er positiv und negativ wirkende Faktoren für die Stabilität der Koalitionen anschaulich heraus. So betont er die Relevanz vorangehender Entfremdungsprozesse innerhalb der klassischen Koalitionsformate sowie die Notwendigkeit persönlicher Verbindungen und Vertrauensverhältnisse über die politischen Lagergrenzen hinweg. Anschließend sondiert er schließlich die Möglichkeit eines schwarz-grünen Bündnisses auf Bundesebene – diskutiert ausführlich dessen strategischen, innerparteilichen, elektoralen, programmatischen und personellen Potenziale und Schwierigkeiten.

In der rund 250 Seiten umfassenden *transcript*-Publikation bereitet Weckenbrock dieselbe Thematik für ein breiteres Publikum auf. Statt detaillierter Fallanalysen stehen hier die historischen Etappen des schwarz-grünen Annäherungsprozesses im Mittelpunkt. Konzise und eloquent arbeitet der Verfasser die politisch-kulturellen Entwicklungslinien beider Parteien sowie die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und politischen Zäsuren heraus. Seine Analyse erstreckt sich bis ins Bundestagswahljahr 2017 – und bezieht damit jüngere Debatten über den Bedarf nach einem schwarz-grünen Bündnis als Gegengewicht zu Euroskeptizismus und Rechtspopulismus mit ein.

Mit der unterschiedlichen Struktur und Schwerpunktsetzung beider Publikationen schlägt Weckenbrock eine Brücke zwischen fachwissenschaftlicher und öffentlicher

Debatte. Die Schriften sind inhaltlich und argumentativ dicht sowie eloquent verfasst. Sein Bemühen, den Gegenstand in aller Tiefe zu durchleuchten, verliert sich nur selten in mitunter sehr akribischen Detailanalysen. Trotz erkennbarer Sympathien für das schwarz-grüne Projekt bewahrt sich Weckenbrock eine kritisch-realistische Distanz auf dessen vielfältige Potenziale sowie Probleme. Daher ist seine Analyse nach dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen von hoher politischer Relevanz.

Alexander Hensel

Peter Wensierski, Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte, München 2017 (*Deutsche Verlags-Anstalt*), 464 S.

Der *Spiegel*-Redakteur Peter Wensierski legt eine fundierte, solide recherchierte und gut lesbare Darstellung zur Vorgeschichte des Umbruchs am Ende der 1980er Jahre in der nachmaligen „Heldenstadt der DDR“ vor. Dazu greift er auf eine Fülle von Gesprächen mit Beteiligten, persönliche Unterlagen und Dokumente (wie Protokolle und Flugblätter) zurück. Ein wissenschaftlicher Apparat fehlt leider; dieser wäre fraglos außerordentlich umfangreich geworden.

Behandelt wird der Zeitraum vom Frühjahr 1988 bis zum November 1989; die Untersuchung endet mit der Besetzung der Leipziger Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durch die Bürgerbewegungen. Erzählt wird vorwiegend aus der Perspektive der Akteure, also „von unten“. Dazu gehören präzise und pointierte Schilderungen der Milieus, in denen die Protagonisten lebten und wirkten, ihre Motive, ihre (selbstverständlich) anfangs vagen und sich wandelnden Ziele, die Ursachen, wegen denen sie nach einem freieren Leben suchten, oft beraubt um eine „bürgerliche“ Karriere oder ein Studium. Sie setzten sich bewusst mit Mut, Entschlossenheit und Zähigkeit, mit eigenen Ideen und Findigkeit gegen die allmächtig erscheinende Staatsmacht ein. So ist auch der Stil der Darstellung diesem Personenkreis angepasst: Das Erzählerische, auf Ereignisse zentriert, steht im Vordergrund. Damit wird eine Plastizität erreicht, die Handelnden wirken lebensnah, Orte und Handlungsfelder erscheinen sehr transparent.

In dieser Zeit sind rund 25 mehr oder weniger stabile Gruppen von Bürgerrechtlern aktiv gewesen, die meisten ihrer Mitglieder waren jünger als 25 Jahre. So waren es schätzungsweise knapp 200 Personen, die das DDR-System in Leipzig zum Einsturz brachten. Immerhin zählte das MfS im Frühjahr 1989 DDR-weit rund 2.500 Bürgerrechtler, darunter etwa 800 Aktivisten.

Rund 40 von ihnen bestimmen den Handlungsrahmen der Darstellung. Anlass für viele Akteure und Gruppen war die hohe Umweltbelastung in der DDR, die freilich in Leipzig besonders schlimm war. Sie suchten Kontakt zu Gleichgesinnten, zur westlichen Presse und zu Freunden im „sozialistischen Ausland“ – Vernetzung war angesichts des staatlichen Informationsmonopols ein dringendes Gebot. Aber

schnell verließ eine Reihe der Aktiven das enge Feld der Umwelt und wandte sich Themen aus dem weiteren Umkreis der Bürgerrechtsbewegung zu.

Die Liste der Aktivitäten wurde länger: Nach der ersten öffentlichen Demonstration an der Pleiße, einem besonders verschmutzten Fluss im Sommer 1988, folgte die immer gewichtigere Beteiligung an den Friedensgebeten, die Konflikte mit kirchlichen Amtsträgern nach sich zog. Mit Protesten gegen Fälschungen bei den Kommunalwahlen im Mai 1989, mit Friedens- und dann Montagsgebeten nach den Sommerferien, mit ihrem Heraustreten aus dem Schutzraum der Kirche in die Öffentlichkeit, wobei Kontakte und Konflikte zwischen Bürgerrechtlern und der wachsenden Zahl von Ausreisewilligen Streitpunkte waren, folgten die Leipziger Akteure der allgemeinen Entwicklung. Sehr eindringlich schildert Wensierski die großen Demonstrationen im September und Oktober 1989, gerade weil dies aus einer nahen „Innenperspektive“ geschieht. Das alles war selbstverständlich permanent überformt von den vielschichtigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht.

Mit dieser Art der Darstellung rücken die „großen“ Ereignisse mitunter an den Rand, sie werden eher en passant erwähnt. Auf der anderen Seite vermittelt der Band eine große Fülle an Details – von der Wohnungssuche und dem -ausbau in Abbruchhäusern, dem Kontakt zu Nachbarn, vom Druck und den Anwerbeversuchen der Stasi, von Problemen der Herstellung von Flugblättern einschließlich der Beschaffung von Papier, und nicht zuletzt von den Schwierigkeiten der Kontaktaufnahme untereinander.

Peter Wensierski hat eine sehr lesenswerte Darstellung zum oppositionellen Mikrokosmos in Leipzig vorgelegt, die freilich andere Lektüren zu Zusammenbruch und Untergang der DDR nicht ersetzen kann, diese aber in besonderer Weise ergänzt. Ob hingegen die „unheimliche Leichtigkeit“ Realität war, von welcher der Titel zeugt, mag offen bleiben. Tatsächlich war es ein schwieriger und qualvoller Weg.
Werner Müller

Elmar Wiesendahl (Hrsg.), Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 442 S.

Carsten Koschmieder (Hrsg.), Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen, Aktuelle Beiträge zur Parteienforschung, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 352 S.

Sebastian Bukow/Uwe Jun (Hrsg.), Parteien unter Wettbewerbsdruck, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 228 S.

Die Politikwissenschaft mit ihren Teildisziplinen ist eine gegenwartsbezogene Wissenschaft, welche Strukturen untersucht, die sich aus den freien Entscheidungen von Menschen in demokratischen Zusammenhängen ergeben. Gerade in Phasen großer Umbrüche steht eine solche Wissenschaft vor einem Grundproblem: Sie muss Thesen generieren, für deren Verifizierung sie in Anbetracht des Tempos des Wandels eigentlich zu wenig Zeit hat. Genau damit sieht sich momentan die deutsche Parteienforschung konfrontiert. Die Schrumpfung der beiden großen Volksparteiformationen, das Aufkommen einer rechtspopulistischen Partei, die Etablierung einer Partei

links von der Sozialdemokratie oder der parlamentarisch-gouvernementale Untergang des politischen Liberalismus und seine Wiederauferstehung haben in den letzten Jahren zahlreiche Gewissheiten zur Makulatur werden lassen, welche zuvor bedenkenlos über Jahrzehnte tradiert wurden.

Die damit verbundene Unsicherheit spürt man in den drei Sammelbänden. Sie zeugen gleichwohl von der Analysestärke der Parteienforschung, abgelaufene Prozesse nachzuvollziehen. Gerade die parteienbezogenen Beiträge in Elmar Wiesendahls Band sind lesenswerte, zeitgeschichtliche Interventionen einer an sich auch meinungsstarken Forschung. Beachtenswert ist die Wiederentdeckung des normativen Kerns der Politikwissenschaft als Demokratieforschung in der von Carsten Koschmieder verantworteten Festschrift anlässlich des 65. Geburtstags von Oskar Niedermayer. Gerade einige Grandseigneurs der Parteienforschung rechnen in diesem Band – auch selbstkritisch – mit der zuweilen selbst genährten Parteienkritik ab. „Immer braucht es Parteien“ (S. 7), konstatiert Elmar Wiesendahl. Zuweilen werden besonders prominent vertretene Thesen kritisiert – so Colin Crouchs Postdemokratie als „Begriffshülse ohne Substanz“ –, wie Ulrich von Alemann profund ausführt.

Zusätzlich empirisch abgesichert werden die Betrachtungen in einem produktiven Spannungsbogen aus qualitativer und quantitativer Forschung in dem vom Sebastian Bukow und Uwe Jun herausgegebenen Reader. Die Beiträge machen deutlich, dass sich Parteien deutlicher unterscheiden als die Feuilletons zuweilen meinen. Bemerkenswert ist die Wiederentdeckung eines Ansatzes von Giovanni Sartori, mittels dessen das Anwachsen politischer Ränder als Folge einer Koalition der Mitte erklärt wird und dadurch die neuerliche Große Koalition in einem überaus kritischen Licht steht.

Was an lesenswerten Beiträgen rund um das Parteiensystem publiziert worden ist, hat eine gravierende Schwäche. Keinem Beitrag gelingt es so recht, zu beschreiben, wohin sich die Parteienlandschaft entwickeln wird. Den Fokus auf soziale Ungleichheit zu legen, wie es Wiesendahls Band versucht, scheint noch am ehesten verheißungsvoll zu sein, schließlich ist der Wandel der sozialen Beziehungen und der Sozialstruktur tiefgreifend. Doch die Politikwissenschaft scheint ein wenig davor zurückzuschrecken, wirklich in die Debatten einzugreifen. Sicherlich, das Forschungsobjekt selbst könnte dadurch verändert werden, indes steht der demokratische Kern des Regierungssystems der Bundesrepublik gegenwärtig zur Debatte. Das vermag die Forschung zu erkennen, doch sie entwickelt so recht keine Idee, was daraus folgt.

Stephan Klecha

Michael Wildt, Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017 (*Hamburger Edition*), 157 S.

Im Herbst 2016 gab die damalige Parteivorsitzende der *Alternative für Deutschland* (AfD) ein Interview, das für Aufsehen sorgte. Frauke Petry forderte, den Begriff „völkisch“ wieder positiv zu besetzen. Sie habe ein Problem damit, dass er geächtet sei und dabei „der negative Beigeschmack auf das Wort ‚Volk‘ ausgedehnt wird“. „Völkisch“ sei letztlich „ein zugehöriges Attribut“ zum Wort „Volk“, so Petry, deren Demission kurz nach der Bundestagswahl 2017 in keiner Weise mit derartigen Einlassungen zusammenhing. Im Gegenteil, solche Wendungen werden in der Partei mehrheitlich befürwortet.

Dabei hatten sich einzelne AfD-Politiker, etwa André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt, bei ihren rhetorischen „Reinwaschungsanstrengungen“ zum Begriff des Volkes auch auf den Berliner Historiker Michael Wildt berufen. Wildt antwortet mit einer „historisch-politischen Intervention“ (S. 12), wie er seine 160-seitige Schrift nennt. Wer eine Abrechnung erwartet – Wildt wider die AfD –, wird allerdings enttäuscht. Mit der Souveränität des Wissenden, nicht mit Herablassung oder gar Häme, nimmt der Autor die aktuelle Begriffsdebatte auf und stellt sie unaufgeregt auf analytischen Boden. Daraus ist ein gut lesbares, ein schlaues Büchlein entstanden.

Wildt fragt, wer das Volk ist und wer dazugehört. Er setzt dabei im antiken Athen an, wo das Volk (demos) nur eine Minderheit war, und etwa Fremde, Frauen und Sklaven ausgeschlossen waren. Er zeichnet anschließend bis zur Gegenwart nach, dass wir es bei der Frage nach dem Volk stets mit Exklusions- und Inklusions-Dilemmata zu tun haben. Das politische Volk stimmte nie mit dem sozialen Volk, der Gesellschaft, überein. So war es lange Zeit eine demokratische Selbstverständlichkeit, dass nur eine Minderheit dem politischen Volk angehörte. Auf der einen Seite wird die Bedeutung des Volkes für eine Demokratisierung der Gesellschaft deutlich – dass es etwa Monarchien zu stürzen und emanzipatorische Kräfte zu entfalten vermag. Auf der anderen Seite zeigt Wildt, wie sich der Mythos vom einigen, homogenen Volk Rousseau'scher Prägung nach und nach ethnisierte und aus dem demos eine Abstammungsgemeinschaft entstand. Die biologistische Aufladung schuf den Raum für eine rassistische Exklusion, die „Volksgemeinschaft“, die Wildt als „soziale Praxis“ und nicht als „fest gefügte soziale Formation“ verstanden wissen will. Spätestens seither hat der Begriff seine Unschuld verloren; mehr noch als das, es handelt sich nach Wildt um einen kontaminierten Begriff. Wer ihn heute verwende, stehe „in der geistigen Nähe des Nationalsozialismus“ (S. 116). Die AfD habe ihn „konsequent und geschickt [...] in ihre politische Propaganda integriert“ (S. 97); freilich eine exklusive Abstammungs- und Kulturgemeinschaft meinend, die sie den „Altparteien“ und der „Politikerkaste“ entgegenstellt. Wildt plädiert für eine offene Auseinandersetzung bei der Frage, wer zum Volk gehöre und wer nicht. Er selbst spricht sich für eine „Gesellschaft der Singularitäten auf der Basis gleicher Rechte“ (S. 139) aus. Mit Hannah Arendt tritt er ein für das Recht, Rechte zu haben, was in der Tat eine Erweiterung des Zugehörigkeitsprinzips darstellt, schließlich würde dies beispielsweise die Gruppe der Staatenlosen einbeziehen. Eine abschließende Ant-

wort, die sich politisch umsetzen ließe, formuliert Wildt jedoch nicht. Wenngleich die nationalstaatliche Gebundenheit gelockert würde, blieben staatliche Organisationen weiterhin unverzichtbar. Der Autor fasst prägnant zusammen: „Das Volk ist nicht tot, aber es hat sich überlebt“ (S. 143).

Lars Geiges

Kommentierte Bibliographie

- Adamczak, Bini**, Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 314 S. – Die Reden vom Ende der Geschichte verhalten mehr und mehr. Die Zeiten scheinen unruhig, aus den Fugen geraten. Vor diesem zeitdiagnostischen Hintergrund blühen Betrachtungen zum Thema „Revolution“ wieder auf – ein Thema, das nach den Umbrüchen von 1989 ff. für lange Zeit aus der Mode gekommen zu sein schien. Das Buch zerfällt in drei Teile: „Russische Revolution“, „Das Geschlecht der Revolution“ und „Beziehungsweisen“. Ein roter Faden ist ebenso wenig zu erkennen wie eine fachwissenschaftliche Zuordnung. Bini Adamczak ist, wie es eingangs heißt, „Autorin und Künstlerin zu politischer Theorie, queerfeministischer Politik und der vergangenen Zukunft von Revolutionen“. Bei „vergängerer Zukunft“ schlägt das Historikerherz für einen Moment höher und beginnt die hoffnungsfrohe Suche nach Reinhart Koselleck, die jedoch ernüchternd endet. Also nochmals von vorn beginnen mit der Lektüreise in die „PRD“, durch eben dieses erste Kapitel hindurch, also hinein in die „Postrevolutionäre Depression“.
- Ahlheim, Klaus/Christoph Kopke** (Hrsg.), Handlexikon Rechter Radikalismus, Ulm 2017 (*Klemm+Oelschläger*), 175 S. – Einleitend heißt es: „In diesem Handlexikon werden in kurzen und längeren Stichwörtern zentrale Themen der extremen, radikalen und/oder populistischen Rechten, Diskurse über die Rechte und Fragen des gesellschaftlichen Umganges mit der radikalen Rechten aufgegriffen und abgehandelt.“ Nicht immer ist klar, worin die Unterschiede zwischen einer „radikalen“, „extremen“ oder „populistischen“ Rechten bestehen. Ungeachtet gelegentlich mangelnder Trennschärfe versammelt das Handlexikon viele lesenswerte Einträge, die von „Antifaschismus/Antifa“, „Freikorps“ und „Geschichtsrevisionismus“ über „Konservatismus“ und „Neonationalsozialismus“ bis hin zu „Querfront“, „Sarrazin und der Extremismus der Mitte“ sowie „Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit rechtem Radikalismus“ reichen. Neben den Literaturhinweisen am Ende eines jeden Stichwort-Eintrags findet sich im Anhang eine aktuelle Auswahlbibliographie.
- Albert, Gleb J.**, Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917-1927, Köln u. a. 2017 (*Böhlau*), 631 S. – Diese an der Universität Bielefeld vorgelegte Dissertation versteht sich als eine Gesellschaftsgeschichte des frühsowjetischen revolutionären Internationalismus. Sie ist Gleb Albert geglückt, verbindet er doch Ideen- und Praxisgeschichte, Akteurs- und Strukturgeschichte, Partei- und Diskursgeschichte, nationalstaatliche Ereignisse und transnationale Verflechtungsgeschichte gekonnt miteinander. Die Fülle ausgewerteter Archivquellen ist beeindruckend. Von alten Staubschichten des deutschen „Historikerstreits“ wirkt der Band komplett befreit: Im Literaturverzeichnis findet sich je eine Schrift Hans-Heinrich Noltes und Paul Noltes, nicht aber eine Ernst Noltes.
- Amann, Melanie**, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017 (*Droemer*), 317 S. – Die Spiegel-Journalistin Melanie Amann beschreibt und analysiert umfassend die (personelle wie ideologische) Genese der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD).
- Apelt, Andreas H./Alesch Mühlbauer** (Hrsg.), Geist und Macht. Künstler und Kunschtchaffende wider die SED-Diktatur, Halle (Saale) 2017 (*Mitteldeutscher Verlag*), 157 S. – Als Ergebnis der Kunstaussstellung „Gegenstimmen. Kunst in der DDR 1976-1989“, die 2016 von der Deutschen Gesellschaft e.V. veranstaltet wurde, versammelt der Band kürzere Beiträge sowie Wortprotokolle der Podiumsdiskussionen. Somit bietet er vorrangig Einblicke, Erfahrungen und Erinnerungen der Zeitzeugen.

- Arnim, Hans Herbert von**, Die Hebel der Macht und wer sie bedient. Parteienherrschaft statt Volkssouveränität, München 2017 (*Heyne*), 2. Aufl., 448 S. – Der emeritierte und allumfassend informierte Speyerer Verwaltungswissenschaftler begibt sich in dieser Monografie auf die Suche eines „wahrhaft demokratischen Systems“ jenseits des aktuellen Mainstreams der Politikwissenschaft und der Staatsrechtslehre. Der meinungsstarke Beitrag lässt in kurzen Absätzen nahezu keine Problematik der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik und ihrer potenziellen Defekte unbeachtet. Was dem Band an inhaltlicher Tiefe fehlt, wird durch die Bandbreite der behandelten Aspekte wettgemacht. Die Lösung vieler Mängel der parlamentarischen Demokratie sieht von Arnim in der Etablierung direktdemokratischer Elemente, der Ergänzung der Sperrklausel mittels einer Alternativstimme und der Gründung neuer Parteien.
- Badiou, Alain**, Für eine Politik des Gemeinwohls. Im Gespräch mit Peter Engelmann, Wien 2017 (*Passagen*), 119 S. – Nachdem sie sich zuletzt den philosophischen Grundlagen eines erneuerten Kommunismus näherten, der eine Alternative zum globalisierten Kapitalismus bieten sollte, widmen sich Alain Badiou und Peter Engelmann nun einer „linken Politik“ als möglicher Antwort auf Terror, Nationalismus, Populismus und die Krise der Demokratie in Europa. Der moderne Kapitalismus könne nur als globaler Imperialismus verstanden werden, er führe zu Terror und Migration. Die Streikpartner bleiben vage bei ihrer Umschreibung dessen, was jenen „neuen Kommunismus“ auszeichnet; Badiou sieht ihn in linken Gruppierungen aus Geflüchteten, Intellektuellen, Vertretern der Arbeiter und der Mittelschicht sowie der Jugendbewegung wachsen. Der Band schließt an Philosophie und Idee des Kommunismus an, bestätigt auch die instaurierte Marx-Lektüre, doch bleiben praktische Fragen einer gemeinwohlorientierten Politik offen.
- Bakker, Edwin/Peter Grol**, Niederlande jihadistien. Van naïeve idealisten tot geharde terroristen, Amsterdam 2017 (*Hollands Diep*), 269 S. – Die beiden Terrorismusforscher von der Universität Leiden untersuchen mit exklusiven Zugängen die Biographien von elf niederländischen Jihadisten, die allesamt als „Syrien-Ausreiser“ charakterisiert werden. Bakker und Grol unterscheiden ein externes, ein soziales und ein individuelles Niveau von Radikalisierungsursachen. Katalytisch wirkende Ereignisse können den Prozess der Radikalisierung beschleunigen, doch vermochten die gängigen Deutungstereotypen (soziale Armut, Bildungsmängel oder psychische Störungen) bei den im Fokus der Studie stehenden Personen nicht abgebildet zu werden. Hingegen spielten Freunde, Familie und jihadistische Netzwerke eine bestimmende Rolle für ihren Entschluss, sich auf den Jihadismus einzulassen. Ein wissenschaftliches Passepartout für den Weg in den Jihadismus sei derzeit aber nicht erkennbar. Die Botschaft der Autoren ist klar: Forschung tut not.
- Bartsch, Kurt/Wasja Götze**, In all dem herrlichen Chaos. Briefe von 1982 bis 1989, hrsg. von Irene Böhme, Halle (Saale) 2017 (*Mitteldeutscher Verlag*), 320 S. – Von Chaos kann man bei dem brieflichen Austausch zwischen Kurt Bartsch (1927-2010), der als freischaffender Schriftsteller und Dramatiker in der DDR lebte, 1980 aber nach West-Berlin übersiedeln musste, und dem Musiker, Künstler und Bühnen- bzw. Kostümbildner Wasja (Bernd) Götze (geboren 1941) wahrlich nicht sprechen. Das im Titel angedeutete Chaos lässt sich allenfalls in den Gesten und Erkundungen ihrer intellektuellen und künstlerischen Freundschaft erahnen, es umschreibt die Flüchtigkeit menschlichen Lebens. So werden zwischen freundschaftlichen Grüßen und alltäglichen Schilderungen (wie ausgedehnten Radfahrten) die politischen Veränderungen in den Zeilen spürbar, gewürzt mit Anekdoten aus der DDR-Künstler- und Theaterszene rund um Halle an der Saale in den 1980er Jahren.
- Bauer, Alain/François Feynet/Christophe Souleaz**, Comment vivre au temps du terrorisme, Paris 2017 (*Éditions First*), 216 S. – Wie sollten Sicherheitsbehörden, Politiker und Bevölkerung auf terroristische Akte reagieren? Auf diese Frage gibt der Band fundierte Antworten, die nicht nur aus dem Umgang mit den dschihadistischen Anschlägen der vergangenen Jahre gewonnen sind.
- Bauer, Susanne/Torsten Heinemann/Thomas Lemke** (Hrsg.), Science and Technology Studies. Klassische Positionen und aktuelle Perspektiven, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 646 S. – Science and Technology Studies (STS) sind neuere wissenschaftssoziologische Zugänge, als deren bekanntester Vertreter wohl Bruno Latour gilt. Gemein ist den STS ein starker positivismuskritischer

Externalismus wie er bereits in dem, im Band ebenfalls aufgeführten, „Gründungsdocument“ von David Bloor formuliert wurde. Von diesem Ausgangspunkt aus werden verschiedene Facetten der STS vorgestellt: die sozialkonstruktivistische Technikforschung, die Laborstudien, die Akteur-Netzwerk-Theorie, feministische und postkoloniale Ansätze, Praxeographie und Ansätze zu den „neuen“ Materialismen. Angesichts dieser Vielfältigkeit und der damit vielleicht etwas zu kurz abgehandelten internen Debatten um den Sozialkonstruktivismus kann die Auswahl zwar hinterfragt werden, insgesamt gelingt den Herausgebern jedoch ein guter Überblick, der jedem wissenschaftsgeschichtlich interessierten Leser zu empfehlen ist.

Bayrakli, Enes/Farid Hafez (Hrsg.), *European Islamophobia Report 2017*, Ankara u. a. 2017 (*SETA*), 727 S. – Der Bericht bietet Lageanalysen über muslimfeindliche Haltungen und Vorgänge in nahezu allen europäischen Ländern.

Bednarz, Dan, *East German Intellectuals and the Unification of Germany. An Ethnographic View*, Cham 2017 (*Palgrave*), S. 269 – Das Buch des amerikanischen Soziologen präsentiert zunächst vierzig Interviews mit ostdeutschen Intellektuellen von 1990/91, von denen im Jahre 2014 24 erneut befragt wurden. Die Interviews werden durch ein theoretisches Rahmenkapitel kontextualisiert. Ausgangspunkt ist die Frage nach der Einstellung von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie der Humboldt-Universität zu Berlin gegenüber den politischen Ereignissen 1989/90, nach ihrer Einstellung gegenüber den Forschungsbedingungen in der DDR sowie nach ihren Zukunftshoffnungen angesichts des vollzogenen Regimewechsels. Bednarz geht es um die Verlierer der Geschichte; er will den Außenseitern im neuen Deutschland eine Stimme geben. Ihr Selbstverständnis versucht er abschließend, leider nur sehr kurz, mit Rückgriff auf Albert Hirschman, Pierre Bourdieu und Erving Goffman zu erläutern. Sicher werden der narrative Schreibstil und noch mehr der verständnisvolle Ton des Autors gegenüber seinem Sujet nicht jedem Leser gefallen, als Zeitdokument ist das Buch jedoch sehr erkenntnisreich.

Bedock, Camille, *Reforming Democracy. Institutional Engineering in Western Europe*, Oxford 2017 (*Oxford University Press*), 331 S. – Die Florentiner Dissertation untersucht Institutionenreformen im westeuropäischen Vergleich. Eine quantitative Analyse zeigt zunächst, dass die zentralen Regelungen demokratischer Partizipation und Repräsentation meist „gebündelt“ verändert werden. Fallstudien zu Irland, Frankreich und Italien verdeutlichen dann, dass der Reformerfolg weniger von Vetospielern als von gesellschaftlicher Unterstützung abhängt. Eine eher empirisch als theoretisch ertragreiche Studie.

Bengtson-Krallert, Matthias, *Die DDR und der internationale Terrorismus*, Marburg 2017 (*Tectum*), 412 S. – Die DDR war in den internationalen Terrorismus verstrickt, doch in welchem Umfang genau, dieser Frage geht Bengtson-Krallert in seiner Untersuchung nach. Von der Entwicklung der Konflikte im Nahen Osten und der ostdeutschen Nahostpolitik der 1960er Jahre spannt der Autor einen Bogen bis in die letzten Jahre der DDR. Insgesamt steht vor allem die Verbindung zur palästinensischen PLO im Vordergrund, es werden aber auch andere arabische Staaten betrachtet.

Benneckenstein, Heidi, *Ein deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie*, Stuttgart 2017 (*J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger*), 249 S. – Die Autorin verknüpft ihren Ausstieg aus der rechtsextremen Szene mit biografischen Rückblicken. Ihre Erzählung beschönigt nicht, sondern listet detailliert Eindrücke und Motive – auch der Gewalt – auf. Heidrun Redeker, die Person hinter dem Autorennamen, schlitterte nicht in die rechte Szene hinein, sie wuchs darin auf. Die Ideologie prägte ihre Kindheit, die Jahre bei der (inzwischen verbotenen) Heimat-treuen Deutschen Jugend (HDJ) und der NPD. Ihren Ausstieg vollzog Redeker gemeinsam mit ihrem Ehemann. Der Band erscheint zunächst als private Aufzeichnung von Erfahrungen, ist jedoch zugleich ein öffentliches Dokument – zum Verständnis einer rechtsextremen Gesinnung und ihrer persönlichen Verwurzelungen.

Bernbeck, Reinhard, *Materielle Spuren des nationalsozialistischen Terrors. Zu einer Archäologie der Zeitgeschichte*, Bielefeld 2017 (*transcript*), 515 S. – Der Kunsthistoriker und Archäologe Reinhard Bernbeck votiert für eine Öffnung seiner Disziplinen gegenüber der Zeitgeschichte.

Überbleibsel von Lagerhaft und Kriegsgefangenschaft im nationalsozialistischen Deutschland könnten als archäologisch-materielle Befunde erschlossen und in die historischen Erzählungen zum 20. Jahrhundert eingebettet werden. Indem es sich auch vergessenen Orten und Spuren widmet, fügt sich Bernbecks materialreiches Plädoyer in Debatten um Verantwortung und Erinnerung ein. Seine „zeitgeschichtliche Archäologie“ sucht nach Verschüttetem wie nach einer Strategie seiner Darstellung.

Bernecker, Roland/Ronald Grätz (Hrsg.), *Global Citizenship. Perspektiven einer Weltgemeinschaft*, Göttingen 2017 (*Steidl*), 183 S. – In kurzen Essays melden sich in diesem Band Sozial- und Geisteswissenschaftler, Vertreter der Vereinten Nationen und zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Kunst- und Kulturschaffende zu Wort, um über die Idee einer Weltgesellschaft nachzudenken. Dabei unterstreichen alle Beiträge die große Bedeutung von Erziehung, Bildung und Kultur, wenn es darum geht, Weltbürger zu formen, die sich im Geiste mit anderen Menschen solidarisieren, um auf diese Weise Veränderungen hin zu einer solidarischen und egalitären Welt zu bewirken. Die Darstellungen der Autoren bleiben scherenschnittartig: Wer eine umfassende theoretische Auseinandersetzung erwartet, wird von diesem Band enttäuscht.

Bernhardt, Markus (Hrsg.), *Das Deutsche Kaiserreich. Geschichte – Erinnerung – Unterricht*, Schwalbach/Ts. 2017 (*Wochenschau*), 236 S. – Der Band bietet zum einen eine zuverlässige Einführung in die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, die sich auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes bewegt. Zum anderen wartet er in didaktischer Absicht mit verschiedenen Ideen und Konzepten zur Unterrichtspraxis auf. Beides ist dringend notwendig, um die Zeit des Kaiserreichs ab 1871 in ihrer Vielfalt und Vielschichtigkeit historisch angemessen zu verstehen und zu vermitteln. „Die Komplexität unseres Kaiserreichsbildes nimmt weiter zu“, schreibt Dieter Langewiesche in einem hier nachgedruckten Aufsatz über den „historischen Ort des deutschen Kaiserreichs“, „und die unterschiedlichen oder sogar gegensätzlichen Ortsbestimmungen dieses ersten deutschen Nationalstaates dauern fort“. Die „Starter Geschichte“-Reihe, in der das Buch erscheint, richtet sich an „Studenten und Referendare“. Sie dürfen getrost zu ihm greifen.

Beyrau, Dietrich, *Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen*, Paderborn 2017 (*Ferdinand Schöningh*), 311 S. – Der Osteuropahistoriker Dietrich Beyrau versammelt ältere und neue Aufsätze zu Gewalt, Aufständen und Kriegen in der russischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Er analysiert akribisch einzelne Gruppen oder Konflikte und bringt dabei erfahrungsgeschichtliche und diskurshistorische Anleihen zusammen. Beyrau ermittelt die Motive und die Folgen von Bürgerkrieg und Gewalt für einzelne Gruppen oder das Gefüge der europäischen Staatenwelt. Oft prägten sie den zivilen Alltag ebenso wie den militärischen. Dabei leitet Beyrau die Frage, ob die Russische Revolution von 1917 als Bruch innerhalb der Geschichte Russlands oder vielmehr als Ausdruck ihrer Kontinuität zu werten sei. Ohne diese Frage im Gedenkjahr an die Revolution eindeutig zu beantworten, bestätigt Beyrau eine politische Deutung des Revolutionsgeschehens: Die Gewalt und der Krieg des Jahres 1917 setzten eine politische Radikalisierung und Totalisierung der russischen Gesellschaft in Gang.

Blank, Christoph, *Online-Kommunikation von Bundestagsabgeordneten. Politiker im Neuland*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 343 S. – Dass mit dem Einzug Donald Trumps in das Präsidentenamt ein neues Kapitel der politischen Kommunikation aufgeschlagen wurde, dürfte nunmehr nur noch Allgemeinplatz sein. Trump nutzte seinen privaten Twitteraccount in der Hochphase des US-amerikanischen Wahlkampfes, um einfache, aber prägnante Botschaften an seine potentiellen Wähler zu senden und mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. In der Bundesrepublik ist diese Form der Kommunikation bisweilen nicht in angemessenem Maße erforscht worden. Die lesenswerte Dissertation des Düsseldorfer Politikwissenschaftlers Blank versucht, dieser Forschungslücke entgegenzuwirken. Über eine Befragung der von 2005 bis 2009 aktiven Bundestagsabgeordneten werden die Nutzungsmodalitäten und Einflussfaktoren von Online-Kommunikation erhoben. Zudem wird der Versuch unternommen, eine Typologie der verschiedenen Nutzervarianten unter den Politikern herauszubilden.

Blom, Philipp, *Was auf dem Spiel steht*, München 2017 (*Carl Hanser*), 223 S. – In Zeiten einer „rasanten Transformation“ in allen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Belangen plä-

diert der Historiker Philipp Blom für ein neues Zeitalter der Aufklärung. Es gelte, den Folgen des Klimawandels oder der digitalen Revolution sowie den Auswüchsen des liberalen Marktdenkens, des Populismus und des Nationalismus und auch der Furcht vor einem langsamen Tod der Demokratie engagiert entgegenzutreten. Der schmale Band gleicht einem Weckruf, sich wissenschaftlich fundierten Zeitdiagnosen nicht zu verweigern. Angesichts einer Vielzahl von Eindrücken und Stichworten, die schnell aneinandergereiht werden, geht er allerdings über jene eindrückliche Warnung nicht hinaus.

Boch, Rudolf, Arbeiter – Wirtschaftsbürger – Staat. Abhandlungen zur industriellen Welt, Berlin 2017 (*De Gruyter*), 291 S. – Der Band gesammelter Schriften ist – wie der Herausgeber Frank-Lothar Kroll treffend anmerkt – wahrlich nicht das Ende der wissenschaftlichen Tätigkeit des renommierten Chemnitzer Wirtschafts- und Sozialhistorikers. Er bietet jedoch einen überaus lesenswerten Einstieg in dessen bisherige Forschungsschwerpunkte. Neben der Behandlung unterschiedlicher Unternehmensgeschichten steht besonders der Mensch im Zentrum der einzelnen Beiträge – einerseits als Teil der Arbeiterbewegung, andererseits als bürgerlicher Unternehmer. Die Forschung führte Boch dabei wiederkehrend nach Sachsen und in das Rheinland.

Booß, Christian, Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess, Göttingen 2017 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), S. 813 – Seit langem ist bekannt, dass es in der DDR nur wenige Anwälte gab, deren Organisation in Kollegien bereits viel über das damalige Rechtswesen aussagt. Im Zentrum des Buches steht aber weniger die juristische Arbeit der in der DDR wirkenden Anwälte, denn ihr Agieren in den vom MfS eingeleiteten politischen Verfahren. Wie ließ sich auf diese Gruppe Einfluss nehmen? Nicht wenige waren politisch überzeugt, aber gesteuert wurden sie auch mit Geld (ihr Verdienst war deutlich höher als das eines manchen Richters), durch Kaderpolitik des Ministeriums, durch politische Schulung der SED sowie durch Infiltration durch das MfS (fast die Hälfte der Kollegienvorsitzenden waren IM). Es überrascht wenig, dass den Anwälten in den politischen Prozessen eine bescheidene Rolle zukam. Bereits bei den meist mit einem Geständnis endenden Befragungen der Beschuldigten durch das MfS blieben sie häufig außen vor, im Prozess selbst oft nur Statisten. Booß legt ein sehr materialreiches Buch vor, das schließlich auch den uneinheitlichen Umgang mit den DDR-Anwälten in der Bundesrepublik dokumentiert. Interessant ist nicht zuletzt das beschriebene Agieren einiger prominenter Anwälte, die in der Wende- und Nachwendezeit politisch aktiv waren und es bis heute sind.

Borchmeyer, Dieter, Was ist deutsch? Die Suche einer Nation nach sich selbst, Berlin 2017 (*Rowohlt*), 1056 S. – Der schwere Band will Spiegelbild und Wegweiser zugleich sein; ein Zitat von Richard Wagner an Friedrich Nietzsche im Vorsatz gibt die Richtung an: Viele Fragen wurden im 19. Jahrhundert am tiefsten und innerlichsten behandelt – Fluch und Segen. Weitere Stichworte sind: Identität, Deutsche und Juden, Thomas Manns öffentlicher Gesinnungswandel, Rolle der Musik. Obgleich Mann des Theaters, umgeht der Autor die Schieflage, alles nur als Bühnenspiel zu sehen. Am stärksten bleiben wohl seine Gedanken zur „Phänomenologie des Deutschen“ haften.

Borggräfe, Henning u. a. (Hrsg.), Freilegungen. Rebuilding Lives – Child Survivors and DP Children in the Aftermath of the Holocaust and Forced Labor, Göttingen 2017 (*Wallstein*), 288 S. – Der Internationale Suchdienst (ITS) bewahrt, dokumentiert und erforscht die Spuren des Holocaust und seiner Überlebenden. Das Archiv ist eng mit seiner wissenschaftlichen Erschließung verbunden: In einem Workshop im Frühjahr 2016 lag der Schwerpunkt auf der besonderen Situation der überlebenden Kinder und der Displaced Children. Die Beiträger sind im ITS-Jahrbuch versammelt. Sie diskutieren historische, psychologische und pädagogische Zugänge, um die Erfahrungen und Verwundungen der Betroffenen sichtbar zu machen. Es geht dabei sowohl um die Potenziale der Archivbestände als auch um Initiativen für eine historische Bildungsarbeit.

Botsch, Gideon, Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 126 S. – Die gesammelten Aufsätze untersuchen in einem historischen Längsschnitt Demokratievorstellungen und das

Konzept der Volksgemeinschaft in der NPD. Der Politikwissenschaftler Botsch ergänzt zwei Beiträge, welche das Material bis 2011 aufbereiten, um ausgewählte neuere Beobachtungen, auch zur AfD. Geschichte und Programmatik der NPD werden knapp umrissen, methodische Überlegungen zur Vermessung ideologischer Dispositionen sind ebenso enthalten. In der engen Verzahnung von Demokratiebegriff und Volksgemeinschaftsgedanken wird zugleich ihre funktionale Bedeutung offenbar: Die Volksgemeinschaft erscheint als politischer Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie und zur pluralistischen Gesellschaft, stärkt die Willensnation gegenüber Einwanderern und widersetzt sich der kapitalistischen Konsumgesellschaft.

Brandt, Peter/Detlef Lehnert (Hrsg.), Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918-1983, Bonn 2017 (*J.H.W. Dietz Nf.*), 301 S. – Im Grunde reicht der Band nah an die Gegenwart heran, endet er doch chronologisch mit Helmut Schmidts Tod im Jahr 1955. Zeitlich mithin weit ausgreifend, halten die Herausgeber Gerhard Schröder aus dem Kompendium heraus – ebenso übrigens wie eine Reihe von SPÖ-Bundeskanzlern in der Nachfolge Bruno Kreiskys. In der Wahrung zeitlicher Distanz erweisen sich Brandt und Lehnert ganz als Historiker. Herausgekommen sind durchweg lesenswerte Einzelstudien zu Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Hermann Müller, Otto Braun, Karl Renner, Willy Brandt, Bruno Kreisky und Helmut Schmidt. Die Rahmung der Einzeltexte gestaltet sich asymmetrisch: Auf eine knappe Einleitung zur Gesamthematik aus Lehnerts Feder folgt ein Überblick Bernd Brauns zum Amt des Reichskanzlers in der Weimarer Republik. Ein vergleichbares Kapitel zum Amt des deutschen respektive österreichischen Bundeskanzlers fehlt und auch jenes des preußischen Ministerpräsidenten (Stichwort: Otto Braun) wird nicht eigens gewürdigt. Wünschenswert wäre zudem ein vergleichendes Abschlusskapitel gewesen. Peter Brandt wäre als Autor prädestiniert dafür gewesen, beschränkt sich aber leider auf seine Tätigkeit als Editor dieses aus einer Tagung hervorgegangenen Bandes.

Brennan, Jason, Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen, Berlin 2017 (*Ullstein*), 464 S. – Schon der reißerische Titel verspricht eine Streitschrift: Urteilsstark und unverblümt entwirft der Politikwissenschaftler und Philosoph Brennan eine Alternative zum allgemeinen Wahlrecht. Es gelte, jene wählen zu lassen, die weniger voreingenommen sind; aus ihrem Votum folgten vernünftige Entscheidungen für alle. Unvoreingenommenheit zeichne dabei weder Anhänger einer Partei noch unpolitische Menschen aus. Brennan bindet das Wahlrecht an einen Wissenstest zu den Grundprinzipien der Verfassung, den Parteiprogrammen und den ökonomischen Zusammenhängen. Eine Herrschaft der Experten garantiere das allgemeine Wohl, wobei offenbleibt, wer genau über ihre Zugehörigkeit entscheidet. Abseits seiner (teils satirischen) Überzeichnungen vergisst Brennan allerdings, dass es mehr Fragen von allgemeinem Belang gibt als sie in Wahlentscheidungen beantwortet werden können. Votiert er gegen ein „Meer von Ahnungslosigkeit“, formulieren die in ihm Treibenden dennoch den Wunsch, gut regiert zu werden.

Bröckling, Ulrich, Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 425 S. – Ulrich Bröckling bedient sich im Instrumentenkasten, den uns Michel Foucault mit seinen Analysen der Macht zur Verfügung gestellt hat: Er verwendet in den Einzelanalysen seiner Aufsatzsammlung den Begriff „pastorale Macht“ und jenen der darauf aufbauenden „Gouvernementalität“, um Untersuchungen und Überlegungen zu den gegenwärtigen Machtdispositiven der Selbst- und Fremdführungen (etwa in den „partizipativen und konsensorientierten Integrationsregimen“) anzustellen. Es geht darum, deren machstrategische Formationen diskursiver und nicht-diskursiver Elemente als Reaktionen auf Problematiken aller Art aufzudecken. Bröcklings profunde und scharfsinnige Analysen offenbaren die unseren gesellschaftlichen Alltag strukturierenden subtilen wie perfiden Mechanismen des (Selbst-)Regierens von Menschen, um Ziele auf Wegen zu erreichen, ohne deren Erfindung wohl repressivste Maßnahmen nötig wären.

Brömmel, Winfried/Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven, Bielefeld 2017 (*transcript*), 188 S. – In dem Tagungsband kommen prominente Autoren aus unterschiedlichen

Disziplinen zu Wort – Politikwissenschaftler sowie Soziologen und Sozialpsychologen – und legen jeweils eigene Deutungsansätze zu den Ursachen, der Gestalt und den gesamtgesellschaftlichen Implikationen rechtspopulistischer Bewegungen in Europa und vor allem in Deutschland vor. Das Spektrum reicht von Eliten-, Kapitalismus- und Globalisierungskritik über menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen und einen falsch verstandenen Common Sense bis hin zu einer verdrehten Instrumentalisierung des Abendlandbegriffs durch Pegida. Der Wert des Bandes besteht vor allem darin, dass er Einblicke in den aktuellen Stand der Populismusforschung bietet. Er verleitet dazu, sich mit dem einen oder anderen Erklärungsansatz eingehender zu beschäftigen.

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, Wien 2017 (*Bezugsadresse*: <http://www.bmi.gv.at>), 87 S. – Der Bericht behandelt gewaltorientierte Vereinigungen und Bestrebungen in den Bereichen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“ für das Berichtsjahr 2015. Ergänzende Fachbeiträge sind u. a. dem Einfluss internationaler Krisenherde auf die innere Sicherheit Österreichs, dem Salafismus oder der Neuen Rechten gewidmet.

Can, Ali, Hotline für besorgte Bürger. Antworten vom Asylbewerber Ihres Vertrauens, Köln 2017 (*Bastei Lübbe*), 270 S. – Der Gießener Student Ali Can erkennt in den fortwährenden Debatten um (muslimische) Geflüchtete und ihre Integration in Deutschland einen Auftrag zur Versöhnung. Er nimmt eine zunehmende Spaltung der deutschen Gesellschaft wahr, die nur mit Offenheit, gegenseitigem Zuhören und mit Versöhnung überwunden werden könne. Can veröffentlichte seine Handynummer im Internet, um eine Telefonhotline einzurichten. Ihn riefen Menschen an, die Fragen zum Islam und zum muslimischen Leben hatten; sie berichteten von Ängsten vor Überfremdung und Gewalt, aber auch von alltäglichen Erlebnissen. Freimütig gibt Can diese Fragen und Antworten wieder. Der Band ist Rückblick und Handlungsauftrag: Neben seinem Plädoyer für das Aufeinander-zugehen entwickelte Can in den letzten Jahren weitere Initiativen für Frieden und für kulturellen Austausch in Deutschland.

Central Intelligence Agency/National Intelligence Council (Hrsg.), Die Welt im Jahre 2035. Geht von der CIA und dem National Intelligence Council. Das Paradox des Fortschritts, München 2017 (*C.H. Beck*), 318 S. – Der CIA und das National Intelligence Council, der Thinktank der amerikanischen Geheimdienste, entwerfen ein Szenario für die Welt im Jahre 2035. 250 Experten befragten innerhalb von zwei Jahren 2.500 Menschen (u. a. Diplomaten, Wissenschaftler sowie Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen) in mehr als 35 Staaten. Mit dem „Paradox des Fortschritts“ ist gemeint, dass die Errungenschaften des Informationszeitalters nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren bedeuten. Der Leser gewinnt den Eindruck, die gegenwärtige Entwicklung werde in die unmittelbare Zukunft projiziert. Insgesamt liefert der Band, für den vor allem Ökonomen verantwortlich zeichnen, keine sensationellen Erkenntnisse. Stehen Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis?

Christ, Julia, Kritik des Spiels – Spiel als Kritik. Adornos Sozialphilosophie heute, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 368 S. – Die Autorin zeichnet die Gesellschaftstheorie Adornos nach und fragt nach deren Aktualität und Potenzial für die heutige Gesellschaft.

Courtois, Stéphane (Hrsg.), Communisme 2017. 1917 La révolution bolchevique, Paris 2017 (*Vendémiaire*), 320 S. – Renommierter Kommunismusforscher zeichnen unter Berücksichtigung der neuesten Forschung ein komplexes Bild des bolschewistischen Oktoberumsturzes von 1917 und seiner unmittelbaren Folgen in Russland und Europa.

Courtois, Stéphane, Lénine, l'inventeur du totalitarisme, Paris 2017 (*Perrin*), 501 S. – Der Kommunismusforscher legt eine Summe seiner wissenschaftlichen Arbeit vor, die Lenin als den Begründer des ersten vollentwickelten totalitären Staates der Geschichte in den Mittelpunkt stellt.

Croissant, Aurel/Sascha Kneip/Alexander Petring (Hrsg.), Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit. Festschrift für Wolfgang Merkel, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 789 S. – Der voluminöse Band versammelt 36 Beiträge namhafter Autoren, strukturiert entlang der zentralen Forschungsfelder

des Jubilars: Konzepte und Theorien, Systemtransformation, Qualität der Demokratie, Krise der Demokratie, vergleichende Diktaturforschung sowie Gerechtigkeit und soziale Demokratie.

Daase, Christopher u. a. (Hrsg.), Politik und Verantwortung. Analysen zum Wandel politischer Entscheidungs- und Rechtfertigungspraktiken (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 52), Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 494 S. – Der Ruf nach einem neuen Ethos der Verantwortung in Politik und Wirtschaft prägt aktuelle Debatten. Für die Herausgeber verbirgt sich dahinter eine „Krise der Verantwortung“, die politikwissenschaftlich durchdrungen werden müsse. In 21 Beiträgen werden vornehmlich Regulierungspraktiken auf nationaler, internationaler und transnationaler Ebene verhandelt; sie kreisen um die Diagnose einer „Verantwortungsdiffusion“. Die konzeptorientierten Aufsätze umreißen Fragen der IT- und Unternehmenssicherheit und der Außen- und Klimapolitik. Das Sonderheft gleicht insofern einer dichten Bestandaufnahme zur aktuellen Forschung.

Deppisch, Sven, Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust, Baden-Baden 2017 (*Tectum*), 672 S. – Die 2016 an der LMU München vorgelegte Dissertation beleuchtet die Geschichte der Offiziersausbildung an der Polizeischule Fürstenfeldbruck während der Zeit des Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Polizeiausbildung in der NS-Diktatur, die Mitwirkung der Beamten am jüdischen Massenmord und an Kriegsverbrechen sowie Kontinuität und Wandel der Nachkriegszeit.

Dietze, Sascha, Das Weltbild der Autonomen im Spiegel der Zeitschrift *Interim*. Eine Inhaltsanalyse von Themen und Diskursen, Chemnitz 2017 (*Universitätsverlag Chemnitz*), 529 S. – Der Autor der 2016 an der TU Chemnitz vorgelegten Dissertation widmet sich hierin dem wissenschaftlich weitgehend vernachlässigten Themengebiet des subkulturellen Linksextremismus. Anhand von sieben Kriterien untersucht er die Ausrichtung und Bedeutung des autonomen Leitmediums *Interim*: Gesellschafts- und Staatskritik, Ziele und Utopie, Strategie und Mittel, revolutionäres Subjekt und Avantgarde, Theorie und Organisation, Menschenbild sowie ideologisch-inhaltliche Bezüge.

Ekardt, Felix, Kurzschluss. Wie einfache Wahrheiten die Demokratie untergraben, Berlin 2017 (*Chr. Links*), 188 S. – In öffentlichen Reden und Verlautbarungen hat es die Vernunft manchmal schwer. Rational und nachvollziehbar zu argumentieren, braucht Zeit, Raum, Grundwissen und vor allem Offenheit gegenüber konträren Positionen – das macht die Demokratie aus. Markant: Nicht nur plumpe Populisten, sondern auch intellektuelle Weltverbesserer graben sich in einfache Ideengebiete ein, weil dies Zuspruch zu sichern verspricht. Da Menschen zur Einfachheit neigen, verweist der Autor auf Schritte, die vielleicht helfen: Institutionen weiterentwickeln, transnationale Gruppen gründen, Populisten ignorieren, Medien verändern. Den unerschütterlichen Optimismus werden nicht alle Leser teilen.

Ekardt, Felix, Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution, München 2017 (*Oekom*), 156 S. – Der transdisziplinär Forschende, der seine Prämissen auch privat lebt (Einschränkung ressourcenfressender Taten), rät dazu, die Gegenwart als wirklich „anders“ zu begreifen als vorherige Transformationen. Ähnlich wie im Band „Kurzschluss“ geht er vom Verhalten des Menschen aus: In den Kernkapiteln (25 und 26) stellt er eine Nachhaltigkeitspolitik ohne (hohes) Wachstum vor, die mittels ‚Salomitaktik‘ umgesetzt werden sollte, weil die Menschen langsame Lernprozesse stets hartem Wandel gegenüber vorziehen.

Eltchaninoff, Michel, Dans la tête de Marine Le Pen, Paris 2017 (*Solin, Actes Sud*), 197 S. – Der Band zeigt, wie produktiv es ist, wenn ein Autor, der mit philosophisch geschultem Blick den Kopf Putins ausgeleuchtet hat, anschließend einen Blick auf das politische Denken Marine Le Pens wirft. Die Parallelen sind bedeutsam.

Europol (Hrsg.), TE-SAT 2017. EU Terrorism Situation and Trend Report, Den Haag 2017 (*Bezugsadresse*: <http://www.europol.europa.eu>), 61 S. – Auf der Grundlage nationaler Polizeidaten vermittelt der Europol-Bericht einen Überblick zur Bedrohungslage im Berichtsjahr. Gegenstand des Berichtes sind folgende Bereiche: religiös inspirierter Terrorismus, ethnisch-nationalisti-

scher und separatistischer Terrorismus, linksgerichteter und anarchistischer Terrorismus, rechtsgerichteter Terrorismus sowie „Single-Issue“- bzw. „Special-Interest“-Terrorismus.

- Faas, Thorsten/Dietmar Moltzahn/Tobias Mörschel** (Hrsg.), Demokratie und Demoskopie. Machen Zahlen Politik?, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 181 S. – Umfrageergebnisse sind in der heutigen Medien- und Internetdemokratie präsenter und leichter abfragbar denn je. Auch die Nachfrage nach ihnen wächst in Zeiten neuer Verunsicherung, schrumpfender Wählermilieus und der Krise der Volksparteien eher noch. Der Wunsch nach eindeutigen Zahlen ist entsprechend groß – auch, um die Möglichkeiten komplizierter Koalitionskonstellationen besser abschätzen zu können. Zugleich haftet der Demoskopie ein gewisses Unbehagen an: Bildet sie wirklich die Stimmung der Bevölkerung ab und, wenn ja, geht von der Veröffentlichung der Ergebnisse nicht ein unlauterer Effekt auf die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung aus? Solche und andere Fragen rund um das Beziehungsgeflecht aus Demokratie und Demoskopie leuchtet der Band aus. Es dominiert bei der Beantwortung ein empirisch-analytischer Zugriff gegenüber normativen Überlegungen.
- Finkelde, Dominik** (Hrsg.), Badiou and the State, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 231 S. – Unter der Leitung des Münchner Philosophen Dominik Finkelde debattierten internationale Beiträger auf einem gleichnamigen Workshop im Januar 2016 die besondere Bedeutung des Staates in der politischen Philosophie Alain Badious. Zwischen Politik, Repräsentation und Ereignis gewinnt der Staat strukturell und theoretisch an Gestalt. Er ist eine der zentralen Figuren in der radikalen Philosophie Badiours wie bei seinen Kritikern.
- Förster, Annette/Matthias Lemke** (Hrsg.), Die Grenzen der Demokratie. Gegenwartsdiagnosen zwischen Politik und Recht, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 209 S. – In globaler Perspektive befinden wir uns – so die Ausgangsthese des Bandes – in einer Krisenphase des demokratischen Regierens. Die einzelnen Aufsätze ziehen eine nüchterne Bilanz und fragen nach Handlungsoptionen zur Vermeidung von autoritären Umschwüngen. Es wäre zu wünschen, dass auf die Vorschläge zum Erhalt oder zur Verbesserung der Demokratiequalität, die Politikwissenschaftler zurzeit mit einer gewissen Hartnäckigkeit vortragen, auch einmal gehört würde.
- Franceschini, Christoph/Thomas Wegener Friis/Erich Schmidt-Eenboom**, Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017 (*Ch. Links*), 377 S. – Das Ausspähen verbündeter Geheimdienste mag heute für Skandale sorgen, ist nach Meinung der Autoren jedoch seit Jahrzehnten gängige Praxis. Sie zeichnen die Entwicklung geheimdienstlicher Partnerbeziehungen sowie gegeneinander gerichteter Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes und westlicher Geheimdienste seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach.
- Franke, Siegfried F.**, Die gefährdete Demokratie. Illiberale Demokratie – Populismus – Europaskepsis, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 244 S. – Das in dem unumstößlichen Sieg der liberalen Demokratie liegende Ende der Geschichte wurde entgegen der Prognose Francis Fukuyamas nicht erreicht. Seit einiger Zeit gehe in Europa das Gespenst der „illiberalen“ Demokratie um, schreibt Siegfried F. Franke. Der Autor fasst in diesem Band Aufsätze zusammen, die dem Zustand der Demokratien in Mittel- und Südosteuropa (insbesondere in Ungarn) besondere Aufmerksamkeit schenken. In seinem „kurzen, aber beunruhigenden Fazit“ beschwört Franke die Gefahr herauf, dass auch westeuropäische Demokratien „Geschmack an diesem Demokratieentwurf“ finden könnten.
- Frei, Norbert**, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, akt. und erw. Neuausgabe, München 2017 (*dtv*), 298 S. – Der Jenaer Zeithistoriker bietet einen ausgezeichneten Überblick über die Strömungen des internationalen Gesellschaftsprotests in den späten 1960er Jahren. Seine Studie zu den Phänomenen rund um die Chiffre „1968“ wird ihrem transnational-globalen Anspruch wirklich gerecht, auch wenn sie der Frage nach einem „deutschen Sonderweg“ ein eigenes Kapitel widmet und mit einer „bundesdeutschen Bilanz“ abschließt. In dem Postskriptum zu dieser Taschenbuchausgabe zeigt Norbert Frei auf, wie erhitzt die Deutungsgefechte rund um „68“ bis-

weilen noch heute geführt werden und plädiert abschließend für die weitere wissenschaftliche Historisierung der Ereignisse.

Frick, Verena/Oliver W. Lembcke/Roland Lhotta (Hrsg.), Politik und Recht. Umriss eines politikwissenschaftlichen Forschungsfeldes, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), S. 506 – Bei diesem Band handelt es sich um die verschriftlichten Vorträge einer der Auftakttagungen der Arbeitsgruppe Recht und Politik der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft. Gemeinsam ist den Beiträgern, dass sie das Recht und seine Institutionen in politischen, ökonomischen und sozialen Wechselbeziehungen betrachten. Damit folgen sie dem Ansatz, den vor über hundert Jahren schon Eugen Ehrlich und Hermann Kantorowicz anstrebten, dem in der Rechtswissenschaft aber bedauerlicherweise nie mehr als der Status einer Hilfswissenschaft zukam. Den versammelten Aufsätzen ist zudem eigen, dass sie politiktheoretische und sogar ideengeschichtliche Argumente anwendungsbezogen denken und sie keinem bloß akademischen Glasperlenspiel preisgeben.

Frischling, Lena u. a. (Hrsg.), in Kooperation mit der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) des Bundeskriminalamtes, Videos gegen Extremismus? Counter-Narrative auf dem Prüfstand, Wiesbaden 2017 (*Bundeskriminalamt*), 336 S. – Die Ergebnisse der an der Universität Köln durchgeführten Forschungen zur Wirkung von Gegen-Geschichten auf Videos zur Eindämmung und Verbreitung extremistischer Ideologeme legen die Grundlage zur Versachlichung einer teils heftig geführten Diskussion.

Fröhlich, Gregor, Soldat ohne Befehl. Ernst von Salomon und der Soldatische Nationalismus, Paderborn (*Ferdinand Schöningh*) 2017, 426 S. – Viel Raum nimmt in Gregor Fröhlichs Band der Moment ein, als Ernst Salomon 1918 vom Soldaten zum Freischärler wurde, da ringsum „Semi-bürgerkrieg“ herrschte. Sein Denken wurde fortan durch die verbissenen Kämpfe um Ordnung bestimmt. Viele Geschehnisse („entgrenzte“ Gewalt, die teils in Terror ausartete) werden mit viel Kontext überlagert. Die Zeit nach 1933 wird demgegenüber nur kurz behandelt, die Rolle von Salomon als stilisiertem Freidenker – auch des pazifistischen Nationalismus eines „Dritten Weges“ nach 1945 – bleibt wie in einem Fragebogen versteckt. Kritik an den Notstandsgesetzen verband ihn mit vielen 68'ern, linken Idealismus verdrängte bei ihm indes Fatalismus. Monitum: die monographielastige Literaturliste.

Fuhrer, Armin, 1968. Ein Jahr verändert Deutschland, Berlin 2017 (*Palm*), 128 S. – Der Journalist Armin Fuhrer präsentiert zum 50jährigen Jubiläum von „1968“ einen Bildband mit kurzen, aber prägnanten Einleitungspassagen zu den Hauptkapiteln: „Vom ‚Ohne mich‘ zur Weltrevolution“, „Wie alles begann: Der 2. Juni 1967“, „Der Traum von der Weltrevolution“, „Das Jahr 1968: Höhe- und Wendpunkt der Studentenrevolte“, „Sex, Drugs and Rock'n'Roll: ‚68‘ als kultureller Aufbruch“ und „Zwischen Terrorismus und Integration: Die Bewegung zersplittert“. Fuhrer weiß es freilich besser, als es der Titel suggeriert: Denn 1968 war nicht ein alles veränderndes Jahr, es war, wie er im Prolog schreibt, das „lange Jahr 1968“. Noch angemessener wäre es, von den dynamischen langen 1960er Jahren zu sprechen.

Funke, Hajo/Walid Nakschbandi, Deutschland. Die herausgeforderte Demokratie, Frankfurt a. M. 2017 (*S. Fischer*), 191 S. – Vorgelegt wurde ein sehr großzügig gedruckter langer Essay mit ebenfalls großzügig gedruckten 22 Anmerkungen auf drei Seiten. Um wissenschaftliche Belege geht es den Autoren an dieser Stelle nicht. Sie beabsichtigen mit der Streitschrift einen publizistischen Weckruf, weil sie das heutige Deutschland an einer Wegscheide sehen: zwischen einer rechtsstaatlich verfassten, weltoffenen gestimmten Demokratie und einem neuen, nach Ausgrenzung und Autoritarismus strebenden Nationalismus.

Gassert, Philipp/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), Koalitionen in der Bundesrepublik. Bildung, Management und Krisen von Adenauer bis Merkel, Paderborn 2017 (*Ferdinand Schöningh*), 337 S. – Die Herausgeber dieses Bandes der „Rhöndorfer Gespräche“ zeichnet ein beachtliches Gespür für relevante Themen aus. Schließlich hat nach den Bundestagswahlen vom September 2017 die Frage nach der Koalitionsbildung eine neue Aktualität und Virulenz erlangt. Umso wichtiger erscheint die gründliche historische Bestandsaufnahme über Koalitionen in der Bundesrepublik. Ebenso lesenswerte wie kundige Bilanzen zu den „bürgerlichen Koalitionen“ zwischen 1949

und 1963, zum nachfolgenden, nicht immer leichten „Koalitionsmanagement“ der beiden Übergangskanzler Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger sowie zu den sozial-liberalen Koalitionen liefern Holger Löttel, Tim Geiger, Stefan Marx und Meik Woyke. Erik Lommatzsch würdigt die Kanzlerschaft Helmut Kohls, Hans Jörg Hennecke jene Gerhard Schröders, bevor Manuela Glaab die Regierungen Merkel I bis III unter die Lupe nimmt. Philipp Gassert überblickt einleitend das gesamte Thema, Carsten Giersch eröffnet eine spieltheoretische Sicht auf Koalitionsverhandlungen. Bemerkenswert ist an diesem Band – nebenbei notiert – das gemeinsame Arbeiten von Politikwissenschaftlern und Zeithistorikern. Das sollte (wieder) Schule machen!

Geiselberger, Heinrich (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 318 S. – Sobald Krisenzeiten anstehen, blüht das Geschäft der Zeitdiagnostiker. Sie diagnostizieren, prognostizieren und wollen therapieren (zumindest in verbaler Hinsicht). Der Band versammelt reichlich Texte dieses Genres, handelt von Populismus und Demokratiemüdigkeit, vom Zustand Europas und des Kapitalismus, von Globalisierung und regressiven Politiktendenzen, aber auch vom „Mut zur Verwegenheit“. Die Autoren heißen: Arjun Appadurai, Zygmunt Bauman, Donatella della Porta, Nancy Fraser, Eva Illouz, Ivan Krastev, Bruno Latour, Paul Mason, Pankaj Mishra, Robert Misik, Oliver Nachtwey, César Rendueles, Wolfgang Streeck, David Van Reybrouck und Slavoj Žižek. Richtig hoffnungsfroh stimmt die Lektüre des Bandes nicht, wenn er selbst auch ein optimistisches Zeichen des Nachdenkens in die Öffentlichkeit schicken will: in eine transnationale zumal, denn die Sammlung ist zeitgleich in mehreren Ländern und Sprachen erschienen.

General Intelligence and Security Service (Hrsg.), *Annual Report 2016*, Den Haag 2017 (*Bezugsadresse*: <https://www.aivd.nl>), 13 S. – Der englischsprachige Jahresbericht des niederländischen Inlandsnachrichtendienstes informiert u. a. kursorisch über diverse Formen des gewaltgeneigten Extremismus. Einen Schwerpunkt bildet der Jihadismus.

Gerwarth, Robert, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017 (*Siedler*), 479 S. – Robert Gerwarth etabliert sich zunehmend als ein führender Historiker der jüngeren Generation zur Geschichte des langen 20. Jahrhunderts. Dazu trägt auch die umfangreiche, transnational ausgerichtete und parallel in mehreren Sprachen erschienene Studie *Die Besiegten* bei. Die drei Hauptkapitel heißen „Niederlage“, „Revolution und Konterrevolution“ und „Imperialer Zerfall“. Sie beschreiben zentrale Phänomene, um die aufkeimende Gewalt in den Verlierer-Staaten des Ersten Weltkriegs verständlich zu machen. Dabei lehnt der Dubliner Historiker die These einer „Brutalisierung“ im Krieg zur Erklärung der Nachkriegsgewalt ebenso ab wie die Formel der „Zwischenkriegszeit“, weil sie vom anhaltend umgeformten, aber nicht unterbrochenen Gewaltphänomen geprägt war. Gerwarth spricht einleitend von der „Illusion vom Frieden“ und hebt (Neu-)Formationen in der ersten Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts hervor, die zum Teil noch auf die Ursprünge heutiger Problemkonstellationen verweisen.

Glöckner Olaf/Roy Knoke (Hrsg.), *Das Zeitalter der Genozide. Ursprünge, Formen und Folgen politischer Gewalt im 20. Jahrhundert*, Berlin 2017 (*Duncker und Humblot*), 348 S. – Der transdisziplinär und vergleichend angelegte Band spannt einen weiten Bogen von Fallstudien zu Völkermorden in verschiedenen Weltregionen (Holocaust, Armenien, Kambodscha, Jugoslawien) über Fragen zur juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Verbrechen bis hin zu Aspekten ihrer literarischen und bildend künstlerischen Darstellung.

Goering, Timothy D. (Hrsg.), *Ideengeschichte heute. Traditionen und Perspektiven*, Bielefeld 2017 (*transcript*), 237 S. – Der in Titel und Untertitel formulierte Anspruch des Bandes ist nicht gerade bescheiden. Wirklich vollständig einlösen kann er ihn nicht. Im Grunde war dies auch nicht zu erwarten. Und doch leistet das von dem jungen amerikanischen Ideenhistoriker Timothy D. Goering organisierte Kompendium einiges. Eine gute Orientierung bietet sein ausführlicher Eingangstext als „Standortbestimmung“ zur Ideen- und Geistesgeschichte in Deutschland. Weit ausgreifende Texte wie jener von Quentin Skinner über „Wahrheit, Überzeugung und Interpretation“ oder von Marcus Llanque über die genealogische Methode in der Ideengeschichte finden sich darin ebenso versammelt wie lesenswerte Einzelstudien aus den Federn Sean Forners und Darius Harwardts. Sie widmen sich dem intellektuellen Zustand der frühen Bundesrepublik.

Peter Hoeres führt dem Leser die Herausforderungen einer Ideengeschichte des Digitalzeitalters vor Augen.

Gordon, Gregory, *Atrocity Speech Law*. Foundation, Fragmentation, Fruition, Oxford 2017 (*Oxford University Press*), S. 436 – Gregory S. Gordon, Direktor des Center for Human Rights & Genocide Studies an der University of North Dakota, umschreibt mit dem Titel „atrocity speech law“ den Zusammenhang von Hassverbrechen und internationalen Kriegsverbrechen: Die Genozide im 20. Jahrhundert mochten mitunter im Verborgenen geschehen sein, sie waren aber stets von Kommunikationskampagnen begleitet, welche die später vernichteten Opfer bereits vorab stigmatisierten. Mitunter wurde die Anstiftung zu solchen Taten verfolgt (Nürnberg), die Ankläger unterließen es jedoch auch oft, diesen Punkt konsequent zur Sprache zu bringen (Ruanda). Gordon plädiert daher für eine konkretere Fixierung dieses Verbrechenstypus und fordert eine Änderung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs: Die dort in Artikel 25 aufgeführten Delikte zur individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit sollten um den Straftatbestand der Anstiftung ergänzt werden.

Götz, Irene/Klaus Roth/Marketa Spiritova (Hrsg.), *Neuer Nationalismus im östlichen Europa*. Kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld 2017 (*transcript*), 295 S. – Der Sammelband vereint 15 Beiträge zu Facetten der nationalen Rückbesinnung im postsozialistischen Europa, kommentiert werden deren Ursachen und Besonderheiten sowie die Folgen für die europäische Gemeinschaftspolitik.

Grebing, Helga/Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.), *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus*. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist, Paderborn 2017 (*Ferdinand Schöningh*), 397 S. – Helga Grebing, die 2017 verstorbene Historikerin der Arbeiterbewegung, gilt als intime Kennerin von Person und Werk des Wirtschaftswissenschaftlers und historisch arbeitenden Journalisten Fritz Sternberg (1895-1963). Sie veröffentlichte zahlreiche biografisch und bibliografisch orientierte Studien. Der Sammelband verknüpft Beiträge ausgewählter Wissenschaftler zu Positionen und Rezeptionen Sternbergs im 20. Jahrhundert mit bisher weniger rezipierten Texten. Es steht jedoch nicht der jüdische Intellektuelle, der sozialistische Zionist oder der Kritiker von Faschismus und Stalinismus im Mittelpunkt; vielmehr soll Sternberg als Deuter der Krisenerscheinungen des modernen Kapitalismus neu gelesen werden – eine „Wiederannäherung“ (S. 7) an seine Tradition eines radikalen Reformismus mit Anleihen bei Karl Marx.

Grigat, Stephan (Hrsg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 205 S. – Der Sammelband bietet, wie der Titel verspricht, Beiträge mit vergleichender Perspektive auf antisemitische, völkische und geschlechterspezifische Aspekte in der AfD und der FPÖ. Zugleich wird gefragt, inwiefern die FPÖ als eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien Europas der AfD als Modell dient und wie sich die Zusammenarbeit der Parteien gestaltet.

Grothe, Ewald/Aubrey Pomerance/Andreas Schulz (Hrsg.), *Ludwig Haas. Ein deutscher Jude und Kämpfer für die Demokratie*, Düsseldorf 2017 (*Droste*), 320 S. – Ludwig Haas (1875-1930), Mitglied der Deutschen Liga für Völkerbund, der Deutschen Friedensgesellschaft, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Mitbegründer der DDP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gehört zu den wohl wichtigsten republiktreuen Liberalen der Weimarer Zeit. Die auf ein Symposium zurückgehenden Aufsätze präsentieren nicht nur Haas' politische Biographie, sondern können auch als Beiträge zur Erforschung des (Links)Liberalismus und des Antisemitismus in Weimar (Ewald Grothe) sowie zur Geschichte jüdischer politischer Ordnungsvorstellungen gelesen werden.

Grünberg, Kurt/Wolfgang Leuschner/Initiative 9. November (Hrsg.), *Populismus, Paranoia, Pogrom. Affekterbschaften des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2017 (*Brandes & Apsel*), 184 S. – Der Tagungsband versammelt Aufsätze aus der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Politikwissenschaft. Die Beiträger beleuchten aktuelle gesellschaftliche Phänomene im Bereich des Rechtspopulismus und der Fremdenfeindlichkeit aus einer sozialpsychologischen Perspektive. Dabei werden psychologische Ansätze herangezogen, um den Erfolg der nationalsozialisti-

schen Ideologie im Dritten Reich und das Fortwirken ihrer Affekterbschaften bis in die heutige Zeit hinein zu erklären. Der Band bietet eine aufschlussreiche Lektüre; sie hilft, die Attraktivität rechtspopulistischer und rechtsextremer Angebote vom individuellen Bedürfnis nach Orientierung, Zugehörigkeit, positivem Selbstwert und der Reduktion von Ambivalenz her zu verstehen.

Grunden, Timo/Maximilian Janetzki/Julian Salandi, Die SPD. Anamnese einer Partei, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 232 S. – Der sechste Teil der von Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Reihe über die deutschen Parteien widmet sich in fünf Kapiteln der Entwicklung der SPD von ihren Anfängen in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Geboten wird ein tiefer Einblick in innerparteiliche Organisationsstrukturen, Machtverhältnisse sowie programmatische Traditionslinien und Bruchstellen. Dabei begnügen sich die drei Autoren nicht mit einer historischen oder organisationsstrukturellen Analyse, sondern wagen Prognosen zu zukünftigen Herausforderungen und potenziellen Wählerschichten. Das Buch ist nicht nur Studierenden wärmstens zu empfehlen, sondern gleichermaßen all jenen, die sich mit der deutschen Sozialdemokratie auseinandersetzen möchten.

Grunow, Dieter, Die Gesellschaft der Zukunft – Beobachtungen aus der Gegenwart, Opladen 2017 (*Barbara Budrich*), 262 S. – Wer sich, geleitet vom eigenwilligen Titel des Bandes, eine reine Hochrechnung gegenwärtiger Trends oder utopischer Prognosen verspricht, wird enttäuscht. Der Ansatz des emeritierten Duisburger Professors für Politik- und Verwaltungswissenschaften ist ein gänzlich anderer: Mit der Systemtheorie Niklas Luhmanns als theoretischer Basis betrachtet Grunow die Kommunikation gegenwärtiger Massenmedien über die Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft. Der Fokus liegt dabei primär auf den Megatrends der Globalisierung, der Digitalisierung und des Klimawandels.

Hans, Barbara, Inszenierung von Politik. Zur Funktion von Privatheit, Authentizität, Personalisierung und Vertrauen, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 532 S. – Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder kann als Meister der öffentlichen Inszenierung gesehen werden – ließ er doch keinen Moment der Darstellung seines Privatlebens oder eines Bades in der Menge ungenutzt. Seine Nachfolgerin Angela Merkel beherrscht die Spielarten der Zurschaustellung der eigenen Person ebenso elegant wie der Altkanzler und öffnet dem Boulevard wohltdosierte Einblicke in ihr privates Leben. Es ist dieser Wettbewerb um die Stimmen der Wähler außerhalb politischer Inhalte, dessen sich die Dissertation der Hamburger Journalistin und Politikwissenschaftlerin Barbara Hans annimmt. Die multidisziplinäre Analyse beschränkt sich nicht auf einzelne Fallbeispiele und Begriffsdefinitionen, sondern versucht sich an einer systematischen Untersuchung. Das Buch richtet sich an Studierende und Praktiker im Bereich der politischen Kommunikation und Beratung.

Harich, Wolfgang, Georg Lukács. Dokumente einer Freundschaft. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs, Bd. 9, hrsg. von Andreas Heyer, Baden-Baden 2017 (*Tectum*), 515 S. – Die beiden Philosophen Wolfgang Harich und Georg Lukács verband eine enge Freundschaft, die nach den Umbrüchen von 1956 allerdings komplett abbrach. Ab diesem Zeitpunkt galt Lukács in der DDR weniger als geachtet denn geächtet. Harich war beim Aufbau-Verlag und als Chefredakteur der Deutschen Zeitschrift für Philosophie zuvor maßgeblich daran beteiligt, Lukács zu Popularität in der DDR zu verhelfen. Auch nach 1956 und insbesondere in den 1970er Jahren setzte sich Harich weiter für die Verbreitung der Lukács'schen Philosophie in der DDR ein. Neben einer fast 100 Seiten umfassenden, überaus kenntnisreichen Einleitung des Herausgebers umfasst die Edition den Abdruck von 111 Dokumenten, überwiegend aus dem Briefwerk Harichs stammend. Der Band ist ein wichtiger Beitrag zur Beziehung Harichs und Lukács, damit zur politisch-intellektuellen Kulturgeschichte Ostdeutschlands.

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Eugen Bolz 1881 bis 1945, Ubstadt-Weiher 2017 (*Verlag Regionalkultur*), 217 S. – Die Historiker Thomas Schnabel und Peter Steinbach würdigen mit der sorgsam kommentierten und eingeleiteten Edition der Schrift „Katholische Aktion und Politik“ des württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz den christlich-demokratischen Widerstand des im Januar 1945 hingerichteten Regimegegners. Dem Band ist weiteste Verbreitung zu wünschen.

- Hausner, Uli**, Karrieredestination Europäisches Parlament. Konservativ-christdemokratische und grüne Abgeordnete im Vergleich, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 520 S. – Der Autor der 2016 an der Universität Regensburg vorgelegten Dissertation untersucht die Karrierewege von 1388! Abgeordneten des EU-Parlaments und leitet daraus fünf, allerdings mangels Trennschärfe wenig überzeugende Typen von EU-Politikern ab: Politikveteranen, Sprungbrettpolitiker, Karrierepolitiker, European Backbencher und Europapolitiker.
- Heeß, Katja**, Einschränkung der Mehrheitsdemokratie? Institutioneller Wandel und Stabilität von Vetopunkten, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 487 S. – Die Autorin der 2016 an der Universität Potsdam vorgelegten Dissertation analysiert mittels QCA (Qualitative Comparative Analysis) das Reformpotenzial von Vetospielerkonstellationen in 38 parlamentarischen Demokratien. Darunter finden sich sowohl Idealtypen hoher Stabilität (Australien) als auch geringer Stabilität (Griechenland, Irland).
- Helms, Ludger/David M. Wineroither** (Hrsg.), Die österreichische Demokratie im Vergleich, 2. Aufl., Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 548 S. – Die überarbeitete und aktualisierte Neuauflage des Kompendiums bietet einerseits einen lesenswerten Überblick zum politischen System der Alpenrepublik, andererseits schafft die durchgängig komparative Perspektive ein hohes Analyse- und Erkenntnispotenzial – gerade mit Blick auf die Frage nach der Normalität oder der Besonderheit der „österreichischen Verhältnisse“ im europäischen Vergleich.
- Hepp, Adalbert/Susanne K. Schmidt** (Hrsg.), Auf der Suche nach der Problemlösungsfähigkeit der Politik. Fritz W. Scharpf im Gespräch, Frankfurt a. M./New York 2017 (*Campus*), 274 S. – Bei Fritz W. Scharpf zeigt sich: Fundierte wissenschaftliche Arbeit muss nicht im Widerspruch zu aktiver Einmischung in die praktische Politik durch Beratung stehen. Der frühere Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung hält – bei spürbarer Selbstkritik – immer noch viel von Steuerungsplänen und der Annahme, Verflechtungsprobleme rational lösen zu können. In der Krise des verfassten Europas plädiert er für mehr Ideenkonkurrenz. Mehrere Aufsätze rufen zu besserer Marktregulierung und transnationaler Solidarität auf.
- Herbert, Michael**, Radbruch'sche Formel und gesetzgeberisches Unterlassen. Eine philosophische und methodologische Untersuchung, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 223 S. – Die in Augsburg bei Jan-Hendrik Röver eingereichte rechtsphilosophische Dissertation geht der Frage nach, was der Richter tun kann, wenn nicht ein bestimmtes Gesetz zu extremem Unrecht führt (Gustav Radbruch), sondern dessen Unterlassen diese Folge zeitigt. In Anlehnung an Robert Alexy kommt Herbert zu dem Schluss, dass solche ethischen Gesetzeslücken durch richterliche Rechtsfortbildung zu schließen seien, wenn sie den Minimalzusammenhang von Recht und Gerechtigkeit betreffen.
- Hermann, Konstantin/Gerhard Lindemann** (Hrsg.), Zwischen Christuskreuz und Hakenkreuz. Biographien von Theologen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens im Nationalsozialismus (= Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Zeitgeschichte Bd. 75), Göttingen 2017 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 328 S. – Die Herausgeber haben einen Band konzipiert, der die hinlänglich bekannten Frontstellungen im reichsweiten Kirchenkampf für Sachsen konkretisiert und über den biographischen Zugang nachvollziehbar macht. Dazu haben Hermann und Lindemann Autoren versammelt, die zu konkreten Exponenten den aktuellen Forschungsstand präsentieren. Dies ist besonders deshalb so verdienstvoll, weil die Forschungsliteratur speziell zum sächsischen Kirchenkampf insgesamt noch immer beschämend defizitär ist.
- Hetzel, Andreas** (Hrsg.), Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 252 S. – Die Beiträge des Bandes bieten einen vielfältigen Zugang zur Hegemonie- und Diskurstheorie Chantal Mouffes und ihres mittlerweile verstorbenen Ehemanns Ernesto Laclau. Ihre als poststrukturalistisch und postmarxistisch titulierte Ideen werden zunächst von Debatten um die Einflüsse von Carl Schmitt, Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas taritiert. Daran anschließend stehen Implikationen des staatstheoretischen Denkens im Mittelpunkt, welches sodann auf vier aktuelle Thematiken übertragen

wird. Die verschiedenen Zugänge eröffnen den Lesern eine noch nicht abgeschlossene Diskussion über Problematiken radikaler Demokratie, Populismus und Macht.

- Hilz, Wolfram**, Deutsche Außenpolitik, Stuttgart 2017 (*Kohlhammer*), 171 S. – Die schmale Einführung des in Bonn lehrenden Politikwissenschaftlers zeichnet die bundesdeutsche Außenpolitik seit 1949 chronologisch nach. In knapper Form behandelt werden neben den Entwicklungslinien der „Bonner“ und der „Berliner“ Republik Strukturen, Akteure und Prozesse sowie die Perspektiven der deutschen Außenpolitik. Für Schüler und Studienanfänger als Überblick gut geeignet, bietet die Darstellung weder inhaltlich noch didaktisch innovative Impulse.
- Hindrichs, Gunnar**, Philosophie der Revolution, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 396 S. – Der Anspruch dieser grundlegenden philosophischen Betrachtung ist groß, wie auf den ersten Blick der fehlende, mithin nicht einschränkende Untertitel belegt. Der in Basel lehrende Philosoph handelt sein Thema in vier Kapiteln ab: „Das Recht der Revolution“, „Die Macht der Revolution“, „Die Schönheit der Revolution“ und „Der Gott der Revolution“. Mit dem Autor gemeinsam können wir den philosophiegeschichtlichen Höhenkamm beschreiten, der konkrete Kontexte der Zeitläufte von oben sieht, ohne sich in diese hineinzubegeben. Anders ließe sich wohl auch nicht der optimistische Schlusssatz formulieren: „Am Ende könnte die Vergangenheit der Revolution zum Moment ihres Entstehens werden.“
- Holzer, Anton** (Hrsg.), Krieg nach dem Krieg. Revolution und Umbruch 1918/19, Darmstadt 2017 (*Theiss*), 396 S. – Anton Holzer gelingt es mit diesem Quellen- und Bildband in überzeugender Weise, ein Zeitkolorit von Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs und während der anschließenden Revolution von 1918/19 zu zeichnen. Darüber hinaus informiert er in kurzen Einleitungstexten über einen Krieg, dem kein Frieden folgte, über die Ausrufung der Republik, über Hunger und Nöte, über Bürgerkrieg und über eine neue Krisensituation im Zeichen von internationaler Nachkriegsordnung und Inflation. Der Band endet indes mit einem – Harry Graf Kessler zitierend – „Tanz auf dem Vulkan“. Es zeigt den Wunsch nach Ausgelassenheit gerade in schwierigen Zeiten. In diesem Abschnitt deuten sich bereits die „Goldenen Zwanziger“ an.
- Hornig, Eike-Christian**, Mythos direkte Demokratie. Praxis und Potentiale in Zeiten des Populismus, Opladen/Berlin/Toronto 2017 (*Barbara Budrich*), 169 S. – In essayistischer Form versucht Eike-Christian Hornig der vor allem durch Populismus geprägten Diskussion über direkte Demokratie entgegenzutreten und diese zu versachlichen. Von der Auseinandersetzung mit dem Mythos direkte Demokratie ausgehend untersucht er empirisch Sachlagen und Voraussetzungen, zudem entwirft er ein Reform-Modell zur Implementation direktdemokratischer Mechanismen auf Bundesebene.
- Hug, Adam** (Hrsg.), The Information Battle. How Governments in the Former Soviet Union Promote their Agendas and Attack their Opponents Abroad, London 2017 (*Foreign Policy Centre*), 60 S. – Der Bericht zeigt, wie die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion durch (Soziale) Medien und Unterstützungsorganisationen Einfluss in Europa ausüben und ihre Opponenten bekämpfen.
- Human Rights Watch** (Hrsg.), World Report 2017, New York 2017 (*Bezugsadresse: <http://www.hrw.org>*), 687 S. – Der Bericht informiert über Menschenrechtsverletzungen weltweit (Berichtsjahr 2016).
- Ilkowski, Filip**, Capitalist Imperialism in Contemporary Theoretical Frameworks, Frankfurt a. M. u. a. 2017 (*Peter Lang Edition*), S. 198 S. – Der polnische Autor stellt neuere kapitalismuskritisch-imperialismustheoretische Ansätze seit der Jahrtausendwende vor: Michael Hardt und Antonio Negri (*Empire and Multitude*), Ellen Meiksins Wood (*Empire of Capital*), Sam Gidin und Leo Panitch (*The Making of Global Capitalism*), David Harvey (*The New Imperialism*) sowie Alex Callinicos (*Imperialism and Global Political Economy*). Dem Autor geht es hierbei weniger um einen Vergleich dieser Theoretiker als um die Grundlegung seines eigenen Imperialismusverständnisses, das er am Ende der Studie skizziert.

- Ipsos**, Global Views on Immigration and the Refugee Crisis, Paris 2017 (www.ipsos.com), 20 S. – Für eine vergleichende Einordnung von Einstellungen zu Fragen der Migration bilden die internationalen Umfrageergebnisse eine wichtige Urteilsgrundlage.
- Isenböck, Peter**, Sinn, Wert und Erfahrung. Internalismus und Externalismus bei Max Weber, Alfred Schütz und Niklas Luhmann, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), S. 202 – Die in Erlangen-Nürnberg eingereichte soziologische Dissertation rekonstruiert die neukantianische Begriffsbildung bei Max Weber, um auf die aktuelle Bedeutung der Wertphilosophie Heinrich Rickerts zu verweisen. Im Wertbegriff selbst liege in ersten Ansätzen die Überwindung des Dualismus von Subjektivismus und Objektivismus in den soziologischen Theorien. Diese These wendet der Autor zunächst am Beispiel einer Interpretation von Max Weber und dessen Deutung durch Alfred Schütz an, um schließlich auf entsprechende Defizite der Luhmann'schen Systemtheorie zu verweisen.
- Jacob, Daniel/Bernd Ladwig/Cord Schmelzle** (Hrsg.), Normative Fragen von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 343 S. – Der aus dem Workshop des gleichnamigen DFG-Sonderforschungsbereichs entstandene Band behandelt verschiedene Aspekte des Spannungsfelds der Erbringung von politischen Leistungen in Weltregionen ohne bzw. mit eingeschränkter Staatlichkeit.
- Jacob, Daniel/Thorsten Thiel**, Politische Theorie und Digitalisierung, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 317 S. – Der Band sucht die politischen Implikationen und Dimensionen der Digitalisierung in ihren vielfältigen Facetten sachkundig einzufangen. Er setzt sich kritisch mit der boomenden Populärliteratur zur Digitalisierung auseinander und lotet Möglichkeiten und Herausforderungen einer vertiefenden politiktheoretischen Herangehensweise an die Thematik aus.
- Jarausch, Konrad H./Christian F. Ostermann/Andreas Etges** (Hrsg.), The Cold War. Historiography, Memory, Representation, Berlin/Boston 2017 (*De Gruyter*), 309 S. – Der Kalte Krieg ist in seinem engeren Sinne, nämlich als Phase des Ost-West-Konflikts zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion, seit 1991 Geschichte. Es handelt sich bei ihr aber weder um eine weit entfernt liegende noch um eine unkontroverse Geschichte. Es ist – um mit den Worten einer berühmten amerikanischen Historikerin zu sprechen – eine Geschichte, die noch qualmt. Umso dringender erscheint es, sich der Frage zuzuwenden, wie der Kalte Krieg nach seinem Ende verarbeitet und geschichtskulturell aufbereitet wurde. Dazu informieren die in diesem Band versammelten Aufsätze in umfassender Weise. Die Historiographie und ihre Narrative geraten in den Blick, ebenso Schul- und Lehrbücher sowie Museen und Kinofilme.
- Jones, Mark**, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017 (*Propyläen*), 432 S. – Nach Jahrzehnten fast stillstehender Revolutionsforschung legt der irische Historiker Mark Jones erstmals wieder ein größeres, aus intensiven Quellenstudien hervorgegangenes Werk zu den deutschen Umbrüchen am Ende des Ersten Weltkriegs vor. Er konzentriert sich dabei auf die während der Revolution – zwischen November 1918 und Mai 1919 – geübte Gewalt. Jones konstatiert deren ständige Steigerung, verbunden mit regierungsseitiger Absegnung und öffentlich-medialer Billigung. Die Rekonstruktion der einzelnen Gewaltakte ist dem Autor gelungen, dessen Werk sich überhaupt gut liest. Weniger überzeugend sind seine weit ausgreifenden Kontinuitätsannahmen, die in der Revolution von 1918/19 nicht zuletzt eine Wurzel für das spätere Dritte Reich zu erkennen meinen. Immerhin fordert Jones auf diese Weise zu Widerspruch heraus und belebt angesichts des hundertjährigen Jubiläums eine – hoffentlich – neue Debatte zur Novemberrevolution.
- Jork, Rainer/Günter Knoblauch** (Hrsg.), Zwischen Humor und Repression – Studieren in der DDR. Zeitzeugen erzählen, Halle (Saale) 2017 (*Mitteldeutscher Verlag*), 548 S. – Ziel des Bandes ist weniger die wissenschaftliche Aufarbeitung der Studienbedingungen in der DDR denn der subjektive Blick auf das dortige studentische Leben. Dies gelingt durch zahlreiche, meist nur wenige Seiten umfassende Erlebnisberichte von Zeitzeugen. In der Gesamtschau ergibt sich ein facettenreiches Bild, das den Widerspruch zwischen Wissenschaft und Diktatur offenlegt.

- Judson, Pieter M.**, Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740-1918, München 2017 (*C.H. Beck*), 667 S. – 1918 endete nicht nur der Erste Weltkrieg, sondern begann auch die große ‚Imperiendämmerung‘. Das haben führende Vertreter der internationalen Historikerkunft schon vor Jahren erkannt und vielfach ebenso originelle wie substantielle Studien zu diesem Phänomen vorgelegt. Arbeiten deutscher Historiker zur Thematik wirken demgegenüber gelegentlich wie ein epigonaler Nachklapp. Aber vielleicht ist es nur eine kluge, weil zeitschonende Strategie, sich im Glanze großer Werke und Namen zu sonnen, statt selbst die Kärnerarbeit zu leisten. Glanzvoll und vollständig kommt nun das Opus Magnum des am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz lehrenden Historikers Pieter M. Judson daher. Dieses historische Meisterwerk ist sowohl von Nostalgie als auch von überzogener Kritik wohltuend entfernt. Es ist zugleich ein gegenwärtige Problemlagen tangierendes Lehrstück über das spannungsreiche Verhältnis von kulturellen Unterschieden und der Integration unterschiedlicher Bevölkerungsschichten auf der einen und Nationalismus auf der anderen Seite.
- Kalicha, Sebastian**, Gewaltfreier Anarchismus & anarchischer Pazifismus. Auf den Spuren einer revolutionären Theorie und Bewegung, Berlin 2017 (*Graswurzelrevolution*), 278 S. – Der im einschlägigen anarchistischen Verlag erschienene und umfassend illustrierte Band des linken Journalisten und Aktivisten Sebastian Kalicha behandelt Theorien, Persönlichkeiten und Gruppierungen des gewaltfreien anarchistischen Spektrums.
- Käppner, Joachim**, 1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017 (*Piper*), 524 S. – Der Titel täuscht, stehen im Mittelpunkt dieser gut geschriebenen und solide recherchierten Revolutionsgeschichte doch keineswegs der Siegeszug der Freiheit und eine entsprechende auf den Ersten Weltkrieg folgende Erfolgsstory. Joachim Käppner, geschichtskundiger Redakteur der Süddeutschen Zeitung, zeigt vor allem, wie wenig es nach den Umbrüchen vom Herbst 1918 gelang, dauerhaft mit dem deutschen Militarismus zu brechen. Hart geht der Autor insbesondere mit den tonangebenden Mehrheitssozialdemokraten ins Gericht, die sich lieber auf ein Bündnis mit den alten bürgerlichen und militärischen Eliten einließen, statt auf die eigenen Anhänger zu vertrauen. Durch das gesamte Buch schimmert die ab den späten 1960er Jahren zu großer Popularität gelangte Verratsthese hindurch. Haffner redivivus!
- Karner, Stefan/Gerhard Botz/Helmut Konrad** (Hrsg.), Epochenbrüche im 20. Jahrhundert. Beiträge, Wien u. a. 2017 (*Böhlau*), 277 S. – Der Untertitel ist nüchtern und unspezifisch. Er deutet frühzeitig darauf hin, dass der Band ohne roten Faden und zugespitzte Fragestellung auskommt. Er handelt freilich von „Epochenbrüchen“, ohne deren mögliche Charakterzüge eingangs in typologischer Absicht zu fixieren. Das Kompendium enthält ungeachtet der fehlenden Systematik lesenswerte Einzelstudien in deutscher und englischer Sprache zu den Übergangsjahren „1917-1919“, „1945“ und „1989-1991“. Sie vollziehen angesichts der thematischen wie regionalen Vielfalt nicht nur diverse Epochenbrüche nach, sondern fordern vom Leser auch die Fähigkeit zur raschen Verarbeitung von Gedankensprüngen.
- Kersten Jens**, Schwarmdemokratie. Der digitale Wandel des liberalen Verfassungsstaats, Tübingen 2017 (*Mohr Siebeck*), 317 S. – Das Buch des Münchner Juraprofessors Jens Kersten widmet sich den Herausforderungen des liberalen Verfassungsstaats im Zeitalter der Digitalisierung. Der Autor fragt, ob wir uns auf dem Weg zur „Schwarmdemokratie“ befinden und wie sich diese in die erprobten konstitutionellen Rahmenbedingungen einfügt respektive diese bedroht. Seine gelehrte Schrift greift ideengeschichtlich weit zurück und gliedert sich neben Einleitung und Fazit in drei große Abschnitte: „Schwarm“, „Demokratie“, „Schwarmdemokratie“. Kersten glaubt an eine „Weiterentwicklung unserer politischen Kultur“ – und zwar in der Weise, dass der „Staat seine Schwarmängste überwinden und die Netzgemeinde ihre antiinstitutionellen Reflexe ablegen“ wird.
- Kleffner, Heike/Matthias Meisner** (Hrsg.), Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen, Berlin 2017 (*Christoph Links*), 311 S. – Der vielbeachtete und als Lizenzausgabe im Publikationsprogramm der Bundeszentrale für politische Bildung erhältliche Band versammelt teils ausgewogene, teils polemische Beiträge zu der Frage, warum es ausgerechnet in Sachsen regelmäßig

zu rechtsextremistischen Aufwallungen kommt. Die Autoren fragen auch, welche Verantwortung Politik und Gesellschaft für diese Entwicklung tragen.

Klima, André u. a. (Hrsg.), Exit Polls und Hybrid-Modelle. Ein neuer Ansatz zur Modellierung von Wählerwanderungen, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 184 S. – Die aus Seminaren heraus motivierte interdisziplinäre empirische Studie widmet sich thematisch der quantifizierenden Bestimmung von Wählerwanderungen im politischen Parteienspektrum. Ermittelt wurden die zugrundeliegenden Daten anhand von Nachwahlbefragungen bei der Landtags- und Bundestagswahl in München 2013. Dabei kam mit dem „Hybridmodell“ („statistische Kombination aus Individualdaten und Aggregatdaten“) ein „neuer“ methodischer Rahmen zum Einsatz.

Kohlmann, Sebastian, Frank-Walter Steinmeier. Eine politische Biographie, Bielefeld 2017 (*transcript*), 648 S. – Sebastian Kohlmann porträtiert Frank-Walter Steinmeiers politischen Werdegang. Er untersucht die persönliche Wirkung dieses „Post-68-ers“ auf die politische Kultur, indem er etwa dessen Einfluss in Exekutivorganen wie auf die deutsche Sozialdemokratie thematisiert als auch die Rückwirkung des politischen und zeitgeschichtlichen Kontextes auf Steinmeiers persönliche politische Entwicklung. In diesem Wechselspiel zeichnet Kohlmann ein umfangreiches und detailliertes Bild Steinmeiers in drei Phasen: einer jugendlichen Politisierungsphase; einer zweiten Funktionärsphase und einer Phase des „Politikers im Vordergrund“.

Kopke, Christoph/Wolfgang Kühnel (Hrsg.), Demokratie, Freiheit, Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 354 S. – Der Band versammelt 18 Beiträge zu den Arbeitsschwerpunkten des Jubilars: öffentliche Sicherheit in modernen Gesellschaften, Rechtsextremismus und -terrorismus sowie Polizei in Staat und Gesellschaft in Deutschland und Europa.

Krause, Skadi Siiri, Eine neue Politische Wissenschaft für eine neue Welt. Alexis de Tocqueville im Spiegel seiner Zeit, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 595 S. – Für Alexis de Tocqueville setzt eine Untersuchung der modernen Demokratie, wie er sie 1831/32 in Amerika unternahm, eine neue Wissenschaft von der Politik voraus. Diese benötigt ein analytisches Instrumentarium, um historische, strukturelle, politische und soziale Wandlungsprozesse innerhalb demokratischer Gesellschaften beschreiben zu können. Skadi Krause bettet Tocquevilles Wissenschaft von der Politik in zeitgenössische Debatten ein – sie untersucht deren Anleihen im liberalen Denken, die Wurzeln in Frankreich sowie den konkreten Erfahrungs- und Handlungsbezug.

Krause, Ulf von, Bundeswehr und Außenpolitik. Zur Rolle des Militärs im Diskurs um mehr Verantwortung Deutschlands in der Welt, Wiesbaden 2016 (*Springer VS*), 42 S. – Das Essential bildet in knapper Form ab, welche Rolle die Bundeswehr seit ihrer Entstehung in der deutschen Außenpolitik eingenommen hat und welche sie nunmehr einnehmen sollte. Der ehemalige Generalleutnant Ulf von Krause kommt zu dem Schluss, dass die Bundeswehr eine größere Verantwortung in der Welt zu tragen habe.

Kremer, Carsten (Hrsg.), Die Verwaltungsrechtswissenschaft in der frühen Bundesrepublik (1949-1977), Tübingen 2017 (*Mohr Siebeck*), S. 422 – Der Sammelband ist aus mehreren Tagungen in den Jahren 2013 und 2014 hervorgegangen. Er stellt im ersten Teil prominente Verwaltungswissenschaftler vor, um im zweiten nach den Perspektiven des verwaltungswissenschaftlichen Denkens zu fragen. Da diese Frage, nicht zuletzt aufgrund eines stärker werdenden Interesses an dem Verhältnis von Recht und Politik, auch in der Politikwissenschaft immer wieder diskutiert wird, verdient der Band Aufmerksamkeit.

Kuhlemann, Frank-Michael/Michael Schäfer (Hrsg.), Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890-1960, Bielefeld 2017 (*transcript*), 276 S. – Kreise, Bünde und Intellektuellen-Netzwerke waren in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs und der (frühen) Bundesrepublik bisweilen einflussreiche „Akteure“, die bislang nicht intensiver erforscht worden sind. Hier will der Band, der auf eine Tagung in Dresden zurückgeht, Abhilfe schaffen. Das insgesamt lesenswerte Kompendium enthält zwei Aufsätze zur Forschungssituation sowie zu einer ersten Annäherung an Begriffe und Phänome-

ne, bevor verschiedene Einzelstudien folgen (etwa zum Eucken-Kreis/-Bund, zum Leuchtenburg-Kreis oder zum Deutschen Klub).

Kühne, Olaf, Zur Aktualität Ralf Dahrendorfs. Eine Einführung in sein Werk, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 134 S. – Der 2009 mit 80 Jahren verstorbene Ralf Dahrendorf gehörte zu den führenden „öffentlichen“ Intellektuellen nicht nur Deutschlands, sondern auch Großbritanniens. Er war dreierlei, wenn auch nicht immer zur gleichen Zeit: Wissenschaftler, Publizist und Politiker. Diese kompakte Studie arbeitet sich an den Studien des Gelehrten ab. Im Vordergrund steht die Beschreibung der Konzeptionen des liberalen Konflikttheoretikers, nicht deren Kritik.

Kühnel, Wolfgang/Helmut Willems (Hrsg.), Politisches Engagement im Jugendalter. Zwischen Beteiligung, Protest und Gewalt, Weinheim/Basel 2017 (*Beltz Juventa*) 2017, 300 S. – Der Band fragt empirisch gesättigt nach politischem Interesse und der Beteiligung von Jugendlichen, wobei vor allem die letzten vier Beiträge zu Protest, Radikalisierung und Gewalt relevant sind. Aufschlussreich sind diese, weil nicht nur nach sozialen Ursachen von Gewalt und Protest, sondern auch nach mangelnder Repräsentation politischer Akteure gefragt wird (insbesondere bei Sutterlüty: Riots und Bukow/Pressing: Protest in Köln-Kalk). Die Vielschichtigkeit von Einstellungen zu Gewalt und Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen veranschaulichen Kühnel, Willems und Kurt Möller, die auf die jeweils komplexen Erfahrungsräume und verfestigten Handlungsmuster verweisen.

Lau, Thomas/Volker Reinhardt/Rüdiger Voigt (Hrsg.), Der sterbliche Gott. Thomas Hobbes' Lehre von der Allmacht des Leviathan im Spiegel der Zeit, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 302 S. – Die Beiträger widmen sich den vielfältigen (internationalen) Rezeptionen der politischen Philosophie Thomas Hobbes' und der Figur des Leviathan bis in das 21. Jahrhundert hinein. Sie umfassen teils historische Spurensuchen nach liberalen, republikanischen oder autoritären Deutungen, nehmen auch Hobbes' Kontraktualismus in den Blick, verweilen jedoch bei den psychologischen und anthropologischen Grundlagen, um die moralische Einbettung der natürlichen Gesetze wie des rationalen Akteurs in seinem Denken zu ermitteln. Gerade an diesen interdisziplinären Zugängen, aus denen eine politische Lokalisierung erst hervorgeht, gewinnt eine rezeptionsorientierte Hobbes-Forschung.

Lehn, Marcel vom, Herrenberg im Nationalsozialismus. Stadt und Gesellschaft (1933-1945), Ubstadt-Weiher 2017 (*Verlag Regionalkultur*), 304 S. – Vom Lehns Studie bildet den dritten Band der Herrenberger Stadtgeschichte. Der Autor bietet ein aus den Quellen gearbeitetes, facettenreiches Bild, das sich in die inzwischen stattliche Zahl von Lokalstudien zur NS-Zeit einreihet.

Leinen, Jo/Andreas Bummel, Das demokratische Weltparlament. Eine kosmopolitische Vision, 2. Aufl., Bonn 2017 (*J.H.W. Dietz Nachf.*), 453 S. – Ein Weltparlament, das auf supranationaler Ebene globale Entscheidungen trifft, die Rechte der Menschen schützt und über den Interessen der Einzelstaaten steht, ist nicht erst seit dem Aufkommen des Schlagworts der Globalisierung eine romantische Vorstellung. Der sozialdemokratische Politiker Jo Leinen und der Aktivist Andreas Bummel widmen sich in ihrem populärwissenschaftlichen Buch neben einem ideenhistorischen Abriss und der Identifikation globaler Problemlagen möglichen Phänotypen eines solchen Weltparlaments. Das Fundament für die Errichtung einer überstaatlichen Legislative bilden in den Augen der Autoren die Vereinten Nationen, wobei das Europaparlament Vorbildcharakter besitzt.

Liebold, Sebastian/Frank Schale (Hrsg.), Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 256 S. – Der Band sammelt die Beiträge der Fachtagung „Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik“, die im Rahmen des von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften geförderten Projektes „Intellectual History der Bundesrepublik“ stattfand. Im Fokus stehen konservative Politiker und Akademiker sowie liberal- und nationalkonservative Strömungen nach 1968.

Lovink, Geert, Im Bann der Plattformen. Die nächste Runde der Netzkritik, Bielefeld 2017 (*transcript*), 268 S. – Im fünften Band seiner Reihe über kritische Internetkultur zieht der Medientheoretiker Geert Lovink eine Bilanz zu der Frage, was aus der ursprünglichen Idee des Internets

als Infrastruktur für eine offene und freie Weltgesellschaft geworden ist. Er kommt zu dem traurigen Ergebnis, dass der Nutzer durch die geschlossenen Plattformen, auf denen er sich im Internet bewegt, immer stärker eingeschränkt wird. Lovink analysiert die Entwicklungen der letzten Jahre und legt dabei den Fokus sowohl auf Schlüsselereignisse, wie die Enthüllungen Edward Snowdens oder den Dotcom-Crash, als auch auf die Einkommensmodelle der genannten Plattformen und die Implikationen der digitalen Welt für den politischen Aktivismus. Dabei lehnt der Autor die Flucht in eine radikale Offline-Romantik ab und zeigt Ansätze auf, wie sich das Blatt doch noch wenden lassen könnte.

Mader, Matthias, Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 274 S. – Laut Analyse des Autors stimmen die Deutschen Einsätzen ihrer Armee eher zu, wenn im Bündnis gehandelt (das geht gar nicht anders) und möglichst wenig geschossen wird. Die Medien haben eine hohe Verantwortung, breite Kreise durch Themenpräsenz zu „sensibilisieren“, damit Bürger sich ein Urteil bilden können. Als Fallbeispiele dienen Somalia, Kosovo, Irak und Afghanistan. Der „Atlantizismus“ der Deutschen dürfte inzwischen hart gelitten haben – folgt man der Logik der Autoren, sind neue Militäreinsätze weniger wahrscheinlich geworden.

Manow, Philip, Die zentralen Nebensächlichkeiten der Demokratie. Von Applausminuten, Föhnfrisuren und Zehnpunktplänen, Reinbek bei Hamburg 2017 (*Rowohlt*), 317 S. – Bereits 2013 bewies Roger Willemsens „Das Hohe Haus“, welche Kontroversen die vermeintlichen Nebensächlichkeiten der Politik auslösen können. Als aufmerksamer und zugleich kritischer Beobachter begleitete Willemsen für ein Jahr den Parlamentsbetrieb und all seine Eigenheiten – vom Applaus bis hin zu Zwischenrufen oder dem Sinn und Unsinn einer Rede. In eben diese Kerbe schlägt auch der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow. Manow belässt es in diesem A–Z der mehr oder weniger sichtbaren Eigentümlichkeiten des politischen Personals freilich nicht nur bei dem Parlament, sondern blickt in intelligenter und humorvoller Weise auch auf eine große Bandbreite öffentlicher politischer Phänomene und auf die entsprechende Berichterstattung.

Marchand-Lagier, Christèle, Le vote FN. Pour une sociologie localisée des électorats frontistes, Louvain-la-Neuve 2017 (*De Boeck Supérieur*), 221 S. – Die Politikwissenschaftlerin Marchand-Lagier schlägt einen in der Wahlforschung selten betretenen methodischen Pfad ein: Sie führt Experteninterviews mit Wählern des Front National und kann so nicht nur die Wahlneigung ermitteln, sondern auch ein komplexes Bild des Verhältnisses der Wähler zur Partei und deren Außenwelt zeichnen.

Mehring, Reinhart, Carl Schmitt: Denker im Widerstreit. Werk – Wirkung – Aktualität, Freiburg/München 2017 (*Alber*), 412 S. – Der wichtigste Schmitt-Forscher der Gegenwart präsentiert den Staatsrechtler in den hier versammelten, mehrheitlich bereits erschienenen Miniaturen, als Gesprächspartner in der Intellektuellengeschichte der alten Bundesrepublik. Viele Unterredungen sind bloße Selbstbespiegelungen Schmitts. Interessant ist, wie sich Mehrheit vom nicht enden wollenden Schmitt-Hype in der politischen Theorie und der aktuellen neurechten Rezeption abhebt. Jenseits jeder tollkühnen Begeisterung will er sein Sujet „historisch-philologisch rekonstruktiv, exakt und eng“ in den Blick nehmen. Richtig moniert er an der gegenwärtigen Schmitt-Rezeption, dass in den zahllosen (auch nicht neurechten) Beiträgen die Stimme eines bürgerlichen Liberalismus fehlt, der sich gegen die antiliberalen Zumutungen dieses Meisterdenkers wendet. Auch dies ist eine Zeitdiagnose.

Messmer, Arwed, RAF – No Evidence/Kein Beweis, Berlin 2017 (*Hatje Cantz*), 136 S. – Der Band des „Bildarchäologen“ Arwed Messmer präsentiert bisher nicht bekanntes Material aus staatlichen Bildarchiven – etwa das Bücherregal von Gudrun Ensslin in ihrer Stammheimer Zelle. So soll ein anderer Blick auf Gewalt und Terror entstehen – und damit ein Erkenntnisgewinn.

Milbradt, Björn u. a. (Hrsg.), Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien, Opladen u. a. 2017 (*Barbara Budrich*), 220 S. – Nationalsozialistischer Untergrund, Pegida oder AfD zeigen, dass sich rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen verschärfen und wieder salonfähig werden. Die Beiträge des Bandes gehen den sozi-

alpsychologischen Ursachen dieses Phänomens auf den Grund und erschließen rechtspopulistische Diskurse. Zur Umrahmung bietet der Band politische Gegenstrategien – so die Behauptung – gegen Extremismus in der Mitte.

Milder, Stephen, Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983, Cambridge/New York (*Cambridge University Press*), 280 S. – Im Mittelpunkt dieser Studie steht das demokratische Potenzial der Anti-Atom-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Werden in der historischen Forschung zunehmend die Leitlinien des politischen Wandels vermessen, konzentriert sich Milder auf die Anti-Atom-Proteste als Wegmarken für den Vertrauensverlust in die demokratischen Parteien und für eine Partizipation in lokalen Initiativen. Die politische Landschaft veränderte sich durch eine Graswurzelbewegung, welche die Umwelt- und Naturschutzbewegung neu begründete. Es ging bei den Protesten nicht nur um ein neues Verhältnis von Mensch und Natur, die Anti-Atom-Bewegung suchte nach einem neuen Stellenwert der Natur in der Politik. In der Verteidigung der gemeinsam geteilten Gründe und Lebensgrundlagen wurden nach Milder Fragen der politischen Beteiligung verhandelt.

Ministerstvo Unutra České Republiky (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2016, Prag 2017 (*Bezugsadresse*: <http://www.mvcr.cz>), 39 S. – Der Bericht vermittelt den Kenntnisstand der tschechischen Sicherheitsbehörden zum Rechts- und Linksextremismus in seinen regionalen Schwerpunkten, informiert über repressive Demokratieschutzmaßnahmen und über die Spezifik politisch motivierter Gewalt im Berichtsjahr 2016. Ein gesonderter Abschnitt ist anti-islamischen Aktivitäten militanter Gruppierungen gewidmet.

Möllers, Martin H. W./Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2016/2017, Frankfurt a. M. 2017 (*Verlag für Polizeiwissenschaft*), 724 S. – Dieses verdienstvolle Jahrbuch umfasst neben drei einleitenden Essays folgende Rubriken: „Flüchtlingskrise“, „Demokratieschutz“, „Extremismus/Radikalismus“, „Öffentliche Sicherheit in Deutschland“, „Europäische Sicherheitsstruktur“, „internationale Sicherheit“. Hervorhebenswert ist die Interdisziplinarität, kritikwürdig eine gewisse Beliebigkeit. Wer hätte gedacht, hier auf den Aufsatz „Nordkorea – das lange Leben eines gescheiterten Staates“ zu stoßen?

Mommsen, Margareta, Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler, München 2017 (*C.H. Beck*), 251 S. – Mommsen zeichnet das russische Herrschaftssystem des Putinismus nach. Präsident Putin teilt sich als dessen Zentrum die Macht mit seinen Vertrauten aus Geheimdiensten und Wirtschaft. Kenntnisreich, eher populärwissenschaftlich, erläutert Mommsen Genese, Struktur und Funktionsweise dieses Regimes und verweist auch auf dessen Nutznießer und Opfer.

Morina, Christina, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017 (*Siedler*), 585 S. – Christina Morina legt eine außergewöhnlich konzipierte Studie über die erste Generation der sogenannten Marxisten vor: In etwa gleichlangen Abschnitten werden neun Biographien (Plechanow, Struve, Adler, Luxemburg, Lenin, Kautsky, Bernstein, Guesde und Jaures) auf feinfühlige Weise vorgestellt. Morina interessiert besonders Lesegewohnheiten, Motivationsgrundlagen, künstlerische und literarische Selbstzeugnisse und Stimmungsbilder sowie die persönliche Aneignungs- und Interpretationsgeschichte der Marx'schen Gedanken. Ihre psychogrammartigen Bilder sind in einem Maße schlüssig, dass Morinas Scharmützel mit bisherigen Biographen zu ihren Gunsten ausfallen. Auch wenn nicht explizit als These formuliert, zeigt gerade die Darstellung der persönlichen Auseinandersetzung mit dem Pauperismus in Stadt und Land während der Industrialisierung, wieso es der unmittelbar politische oder „exoterische“ Marx des Klassenkampfes mit seinem daraus zu extrapolierenden Versprechen eines unaufhalt-samen Endes des erniedrigenden Elends war, der nicht nur die erste Generation der sich auf ihn berufenden Bewegungen zu entschlossenen Klassenkämpfern formte. Später musste ein Marxismus, der noch mit Marx zu tun haben wollte, keine Anleitung zur Repression gegen tatsächliche oder imaginierte Klassenfeinde formulieren, sondern zuallererst Freiheit und Befreiung für alle Menschen einklagen.

- Mudde, Cas** (Hrsg.), *The Populist Radical Right. A Reader*, London/New York 2017 (*Routledge*), 641 S. – Der stattliche Band des in den USA lehrenden Extremismus- und Populismusforschers enthält eine Fülle lesenswerter Analysen, die für das Verständnis der Erfolgsbedingungen rechts-populistischer Parteien in Europa unverzichtbar sind.
- Mudde, Cas**, *Syriza. The failure of the populist promise*, Basingstoke 2017 (*Palgrave Macmillan*), 98 S. – Der schmale Band umfasst drei Aufsätze sowie ein Interview zum Linkspopulismus im Allgemeinen und der Politik der Regierung Alexis Tsipras‘ im Besonderen. Muddes These lautet, dass der Aufstieg von Syriza eher ein Phänomen griechischer Politik denn einen europäischen oder globalen Trend darstellt, gehegte Erwartungen oder alarmistische Befürchtungen also kaum eintreten werden. Syriza beerbe die PASOK und werde daher letztlich auch ihren Weg gehen. Unabhängig von der Frage, was solche Prognosen leisten, sei angemerkt, dass außenpolitische Faktoren in Muddes Darstellung deutlich zurücktreten. Dies kann angesichts der internationalen Implikationen der griechischen Politik als durchaus heikel angesehen werden.
- Mullis, Daniel**, *Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment*, Münster 2017 (*Westfälisches Dampfboot*), 367 S. – Daniel Mullis will mit seiner sehr lesenswerten Dissertation eine mögliche „Geschichtsschreibung“ der Proteste in Athen und Frankfurt zwischen 2010 und 2015 leisten. Sie stellen singuläre politische Eruptionsstätten neuer Subjektivierungsformen dar, in denen sich die negativen Konsequenzen der facettenreichen neoliberalen Krisendynamiken (partiell) entluden. Diese Geschichte schreibt Mullis mit dem theoretischen Instrumentarium Jacques Rancières. Mullis geht es um die Beschreibung der urbanen Neuaufteilung („partage“ im doppelten Sinne) des Sinnlichen in Athen und Frankfurt. Der politische Charakter dieser Neuaufteilung habe sich in der funktionalen Transformation von Räumen ausgedrückt. So konnte bislang Unsichtbares in Erscheinung treten und gehört werden.
- Nancy, Jean-Luc**, *Die verleugnete Gemeinschaft*, Zürich/Berlin 2017 (*Diaphanes*), 184 S. – Jean-Luc Nancy präsentiert mit diesem Band einen weiteren Baustein seines Denkens der Gemeinschaft, das – die radikalen Konsequenzen aus Martin Heideggers Analyse des Existenzials „Mitsein“ im Rahmen seiner Daseinsanalyse bedenkend – als Exposition einer Ontologie des Mit(seins) bezeichnet werden könnte. In enger Auseinandersetzung mit Maurice Blanchots maßgeblichem Text „La communauté inavouable“ geht Nancy in gewohnt beeindruckender Manier der Frage als „Sorge unserer Zeit“ nach: Der Frage nach der Seinsbedingung unserer konstitutiv a-atomistischen Existenzialität. Die zeitgeschichtlich maßgebliche Frage nach der Gemeinschaft drängt sich nicht zuletzt auf in dem täglich erfahrenen Widerspruch zwischen einem neoliberal propagierten Hyperindividualismus, durch den wir „zu uns“ kommen sollen, und der gleichzeitig erfahrenen Existenzbedrohung.
- Nancy, Jean-Luc**, *Was tun?*, Zürich/Berlin 2017 (*Diaphanes*), 105 S. – Dem aus drei Essays und einem „Gelegenheitstext“ zusammengestellten, ganz vorzüglichem Bändchen ist eine „kleine[n] aktivistische[n] Präambel“ vorangestellt. Sie endet mit: „Tun Sie etwas“ Sprech- und Schreibakte sind Tun. Wenn Nancy daher die Lenin’sche (und bereits Kant’sche) Frage, „Was (soll ich) tun?“, stellt und dann von ihr, mit ihr und über sie schreibt und denkt, dann bedeutet dies bereits, „etwas zu tun“. Das denkende Handeln: „was wir am Dringlichsten brauchen.“ Was aber tut Nancy, wenn er vom „Was tun?“ schreibt? Er versucht zu verstehen. Denn die Frage nach dem Tun stellt sich nur dann, wenn es offene Fragen gibt. Nicht nur jene nach dem Sinn des „Tuns“ (wie in dem hervorragenden und sehr lesenswerten zweiten Essay), sondern auch jene nach dem Sinn und nach den Geboten von Politik. Beides zu befragende Orte der Ohnmacht und Ratlosigkeit. Und gerade diese sind: Bedingungen des Tuns.
- Niese, Kristof**, *„Vademekum“ der Protestbewegung? Transnationale Vermittlungen durch das Kursbuch von 1965 bis 1975*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 776 S. – Diese Bonner geschichtswissenschaftliche Dissertation arbeitet differenziert und chronologisch die oft unterschätzte Rolle des von Hans Magnus Enzensberger 1965 ins Leben gerufenen Kursbuches heraus. Hier fiel das erste Mal der Begriff von einer „68er-Generation“, und zwar durch Klaus Hartung, allerdings erst im Jahre 1978.

- Niess, Wolfgang**, Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin 2017 (*Europa Verlag*), 463 S. – Der Untertitel deutet es an: Wolfgang Niess will die lange Zeit ungeliebte, gerügte und dann fast vergessene Deutsche Revolution von 1918/18 rehabilitieren. Vor einigen Jahren hatte er bereits eine Dissertation zur Historiographiegeschichte der Novemberrevolution vorgelegt. Nun ergänzt Niess, im Hauptamt Fernsehredakteur beim SWR, das an ein kleines wissenschaftliches Publikum gerichtete Werk um diese im besten Sinne populärwissenschaftliche Darstellung. Sie verarbeitet die aktuelle Forschung souverän, obgleich sie im Einzelnen – leider – auf jegliche Nach- und Verweise verzichtet. In ihrer Bedeutung steht die Revolution von 1918/19 für Niess jenen von 1848/49 und 1989 in nichts nach. „Es ist an der Zeit“, lautet daher der Schlussappell des Autors, „sich mit Dankbarkeit, Stolz und Hochachtung an sie zu erinnern.“ Das ist eine nachvollziehbare Forderung; und doch wäre es noch wichtiger, dass über den historischen Ort der Novemberrevolution in der deutschen und europäischen Geschichte überhaupt wieder intensiv geforscht und kundig gestritten würde.
- Nonn, Christoph**, Das Deutsche Kaiserreich. Von der Gründung bis zum Untergang, München 2017 (*C.H. Beck*), 128 S. – In der gebotenen Kürze der „Wissen“-Reihe des Beck-Verlags zeichnet der Düsseldorfer Neuzeithistoriker Christoph Nonn in souveräner Weise wesentliche Züge der Geschichte des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreichs nach. Die Struktur des Bandes folgt der Chronologie. Dabei unterscheidet der Autor verschiedene Phasen voneinander: bis 1879 eine „liberale Ära“, gefolgt von einer „konservativen“ zwischen 1879 und 1890, bevor der „neue Kurs“ (1890-1894) und die „Verteidigung konservativer Vorherrschaft“ (1894-1912) im Mittelpunkt stehen. Den Ersten Weltkrieg überwölbend macht Nonn für die Jahre zwischen 1912 und 1918 eine langgestreckte Krisenperiode aus. Das letzte Kapitel sucht nach einer Standortbestimmung Deutschlands im Jahr 1918. Es dient zugleich dazu, zentrale Charakterzüge des Kaiserreichs nochmals gebündelt zu präsentieren und nach (Dis-)Kontinuitäten im Verlauf der deutschen Geschichte zu fragen. Da diese kompakte Darstellung insgesamt auf der Höhe der Forschung argumentiert, verzeiht man die Fehlinformation, Karl Liebknecht habe am 9. November 1918 die sozialistische Republik vom Charlottenburger Schloss aus proklamiert. Das wäre auch viel zu weit westlich gewesen!
- Ober, Josiah**, Demopolis – oder was ist Demokratie?, Darmstadt 2017 (*Philipp von Zabern*), 311 S. – Eignet sich die Konzeption einer Kerndemokratie zum Ersatz westlicher, liberaler Demokratieentwürfe und als Alternative für bisher autokratisch regierte Staaten? Mit Blick auf die Kernelemente der attischen, vorliberalen Demokratie sieht der in Stanford lehrende Philosoph, Historiker und Politikwissenschaftler eine Möglichkeit, die bisher sich widersprechenden Ansprüche an Regierungsformen unterschiedlicher Kulturen auszugleichen.
- Ogien, Albert/Sandra Laugier**, Das Prinzip Demokratie. Über die neuen Formen des Politischen, Konstanz 2017 (*Konstanz University Press*), 266 S. – Nachdem die Philosophin und der Soziologe bereits mit theoretischen Spurensuchen nach dem Konzept des zivilen Ungehorsams aufhorchen ließen, prüfen sie nun – im französischen Original erschien der Band 2014 – eine (vermeintliche) Krise der Demokratie anhand weltweiter Protestbewegungen. Bei ganz unterschiedlichen Protestbewegungen wie etwa Pegida, den Unruhen anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg oder den Versammlungen auf dem Tahrir-Platz diagnostizieren die Autoren neben Ermüchterung und Protest eine politische Euphorie sowie bisher ungehörte Stimmen der Bürger. Sie verweisen auf die philosophische Dimension der Demokratie, um ihre Ambivalenz herauszustellen und ergänzen so politikwissenschaftliche Analysen. Bei aller Faszination für neue Formen politischer Partizipation, die die Demokratie als Lebensform und die aus der Demokratie abgeleitete Ethik stärken, nehmen die Autoren sehr wohl auch die institutionellen Bedingungen funktionierender Demokratien wahr.
- Olschanski, Reinhard**, Der Wille zum Feind. Über populistische Rhetorik, Paderborn 2017 (*Wilhelm Fink*), S. 200 – Ausgehend von Aristoteles' Rhetorik umreißt der Philosoph Kriterien der (politischen) Rede und erinnert an ihren normativ-rationalen Kern, um dann die populistische Rede davon abzuheben. Diese intendiere keine sachliche Debatte, sondern die Herabsetzung des Gegenübers. Vorurteile und Verschwörungstheorien dienten dazu, den Anderen als Feind zu dif-

famieren. Eine solche Politik des Ressentiments mag sich zu den Werten westlicher Demokratie bekennen, ihre argumentative Stoßrichtung zielt jedoch auf deren Aushöhlung. Das Buch ist eher ein Essay denn eine empirisch dichte Beschreibung.

Oppelt, Martin, Gefährliche Freiheit. Rousseau, Lefort und die Ursprünge der radikalen Demokratie, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 504 S. – Martin Oppelt verfolgt zwei ineinander verschränkte Fragestellungen: Er macht durch eine ideenhistorische Untersuchung zunächst die Debatten um Jean-Jacques Rousseau als proto-totalitären politischen Denker für eine moderne Demokratie-theorie fruchtbar und verschränkt sodann die Suche nach den Wurzeln Rousseaus mit dem Konzept einer radikalen Demokratie bei Claude Lefort. Oppelt liest Rousseau mit Lefort – er verknüpft theoretische Fragen nach den Bedingungen und Grenzen der Demokratie und untersucht die Möglichkeiten des Erhalts der Freiheit und der Demokratisierung der Demokratie.

Orth, Stefan/Volker Resing (Hrsg.), AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br. 2017 (*Herder*), S. 203 S. – Die Beiträge des Bandes befassen sich aus christlicher Perspektive mit rechtspopulistischen Bewegungen. Im Mittelpunkt stehen das ambivalente Verhältnis von Kirchen auf der einen und Hütern des „christlichen Abendlandes“ auf der anderen Seite, aber auch die Folgen des erstarkenden Rechtspopulismus für die Religion und mögliche Strategien für den kirchlichen Umgang mit Rechtspopulisten.

Osterhammel, Jürgen, Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart, München 2017 (*C.H. Beck*), 300 S. – Spätestens mit seiner monumentalen Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts hat Jürgen Osterhammel den Historiker-Olymp erklommen. Der neue Band belegt, was viele bei Osterhammels Festvortrag zu Ehren Angela Merkels vor einigen Jahren bereits gahnt hatten: Der Konstanzer Historiker beherrscht nicht nur das Bohren ebenso harter wie dicker wissenschaftlicher Bretter, sondern auch den Essay als kleine Form, von der einst Theodor W. Adorno so schwärmte. Lesenswert sind die hier versammelten lehrreichen und doch thesenstarken Texte allesamt, ob sie nun von Öffentlichkeit im Zeitalter der Globalisierung, von Grenzen und Brücken, von Bürgerkrieg, Revolution und Krieg als „Trias kollektiver Gewalt“ oder von Zeithorizonten und historisch gesättigter Gegenwartsdiagnostik handeln. Darunter befindet sich im Übrigen auch der Abdruck der Rede „anlässlich des 60. Geburtstags von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel“. Gleich zu Beginn warnt der Autor vor einer Irreführung durch den Titel, denn um ein ornithologisches Buch handele es sich nicht. Die Formel sei vielmehr von Friedrich Hölderlin entlehnt und verweist auf die Frage danach, welcher „Höhenlagen der Beobachtung“ es bedürfe, um – in diesem Fall als Historiker – die Übersicht zu bewahren.

Özkan, Hülya, In Erdoğan's Visier. Warum er die Deutschen radikalisieren will und was das für uns bedeutet, München 2017 (*Knaur*), 185 S. – Die als Kind türkischer Einwanderer in den 1960er Jahren nach Deutschland gekommene Journalistin analysiert die Entwicklungen in der Türkei in Richtung Islamisierung und Autokratisierung und stellt die Auswirkungen der Politik Erdoğan's für Deutschland sowie die rund drei Millionen hier lebenden Türken dar.

Paasch-Colberg, Sünje, Die Bedeutung politischer Themen im Wahlkampf. Mediale Thematisierungswirkungen im Bundestagswahlkampf 2009, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 380 S. – Die an der Schnittstelle von Medien- und Politikwissenschaft angesiedelte und 2015 an der Freien Universität Berlin vorgelegte Dissertation fragt nach dem Einfluss medialer Themensetzung durch die Parteien auf die Wahlentscheidung der Bürger.

Partmann, Michael, Redistricting – Die Wahlkreiseinteilung für das Repräsentantenhaus in den Vereinigten Staaten, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 403 S. – Die an der TU Chemnitz vorgelegte Dissertation untersucht am Beispiel der ersten Parlamentskammer im Ursprungsland des Gerrymandering die Wirkung des Zuschnitts von Wahlkreisen auf die Wahlergebnisse.

Pausch, Markus, Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 184 S. – Markus Pausch will eine in die Krise geratene Demokratie mit dem Rückgriff auf den französischen Schriftsteller Albert Camus erneuern. Dahinter steht ein Politikverständnis, das sich stärker an der Lebens- als an der Staatsform der Demokratie, mehr am Einzelnen als an einem institutionell geregelten Gemeinschaftsgefüge ausrichtet. „Die De-

mokratie als Revolte ist eine tägliche Anstrengung“, schreibt Pausch im Resümee. Von allen, die sich daran beteiligen wollen, fordert ein solches Demokratieverständnis viel.

Plaßmann, Jan Hauke, Demokratie jenseits welchen Staates? Eine konzeptionelle Neuausrichtung der Debatte um demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 272 S. – Kernargument gegen vertiefte Verträge in Europa ist stets, dass Europa weniger demokratisch sei als die Nationalstaaten. Die (zu) feingliedrige Arbeit geht dem Konzept des Nationalstaats nach, etwa mit Blick auf Pluralität im Staat oder den Aufbau von Kolonialimperien. Der Autor greift auf ‚große Denker‘ wie Max Weber oder Jürgen Habermas zurück, um seinen Begriff „disaggregierter Staatlichkeit“ zu begründen. Wie inklusive und fragmentierte Staatlichkeit praktisch funktionieren, bleibt vage.

Praprotnik, Katrin, Parteien und ihre Wahlversprechen. Einblicke in die Politikgestaltung in Österreich, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 280 S. – Ein zentraler Vorwurf gegenüber der Parteiendemokratie lautet, dass Politiker ihre Wahlversprechen nicht einlösen würden, wenn sie Regierungsverantwortung erlangen. Die Autorin der 2015 in Wien vorgelegten Dissertation untersucht diese Frage anhand der österreichischen Parteien im Zeitraum von 1990 bis 2013 und kommt zu differenzierten Befunden, hängt doch die Umsetzbarkeit der versprochenen Vorhaben von verschiedenen Faktoren ab: Regierungsformat, Art der Versprechen oder auch zur Verfügung stehende Ressourcen.

Rackwitz, Martin, Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel/Hamburg 2017 (*Wachholtz*), 303 S. – Martin Rackwitz ist der bislang mit Abstand genaueste Chronist der turbulenten, ja revolutionären Vorgänge im Kieler Herbst 1918. Das Kernstück dieses akribisch recherchierten Buches besteht in einer bis auf den Tag genauen „Chronologie der Kieler Ereignisse“ vom 1. bis 10. November 1918. Doch der Autor leistet deutlich mehr als das, er rekonstruiert ebenso minutiös die Vor-, Wirkungs- und Nachgeschichte einer anfangs von rebellierenden Matrosen in Gang gesetzten Revolution, die die Monarchie in Deutschland hinwegspülen sollte. Rackwitz zeigt im Schlusskapitel auf, wie schwer sich die Ostseestadt über viele Jahrzehnte damit tat, sich selbstbewusst als Erinnerungsort der Novemberrevolution zu verstehen und zu inszenieren. Niemand, der sich künftig mit dem Kieler Ausgangspunkt des Umbruchs am Ende des Ersten Weltkriegs beschäftigt, wird an Rackwitz' Studie vorbeikommen.

Radicalisation Awareness Network (RAN), Responses to returnees: Foreign terrorist fighters and their families, Brüssel 2017 (*RAN*), 97 S. – Der von namhaften Terrorismusforschern verfasste und von der EU-Kommission unterstützte Bericht enthält eine Bestandsaufnahme der Rückkehr von Dschihadisten aus Kriegsgebieten und einen Katalog von Handlungsempfehlungen für die Verantwortlichen in den EU-Staaten.

Radkau, Joachim, Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017 (*Hanser*), 544 S. – Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Zukunft zu errahnen, vorherzusagen, zu entwerfen oder gar zu beherrschen, ist keine leichte Aufgabe. Dennoch haben sich die Menschen dieser Aufgabe immer wieder gestellt, zumal seit dem beschleunigten 20. Jahrhundert. Der emeritierte Bielefelder Neuzeit-Historiker, ein produktiver Bücherschreiber, legt nun eine Geschichte der Zukunft vor, die aber nicht zeitlos ungebunden und global ausgreifend ist, sondern sich auf „Prognosen, Visionen, Irrungen“ in Deutschland ab 1945 konzentriert. Radkau berichtet von der Systemkonkurrenz im Kampf um die Zukunft während des Kalten Kriegs, über Hoffnungen und Ängste im „Atomzeitalter“, über technokratische Steuerung, über menschliche Autonomie-Verluste im Zeichen der Digitalisierung und vieles mehr. Die Lektüre ist bisweilen schwindelerregend. Sie mündet in ein „vielstimmiges Finale“ aus zehn Thesen.

Reckwitz, Andreas, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), S. 480 – Das in der Öffentlichkeit breit aufgenommene Buch entfaltet eine kultursozilogische Theorie der radikalisierten Individualisierung, der Reckwitz den Namen Singularisierung gibt. Singularität meint die Herstellung und Verteidigung des Besonderen, sei es nun der eigene Lebensstil oder die Kreation „einzigerartiger“ Kollektive. Der Soziologe deutet

Kommentierte Bibliographie

diese widersprüchliche Signatur der Gegenwart als Krise des Allgemeinen, d. h. des Normalen in einer sich pluralisierenden postindustriellen Welt. Ihr Merkmal ist die Erosion von Solidarität aufgrund einer wachsenden sozialen Polarisierung.

Rennert, Klaus, Hannah Arendt, das Asylrecht und die Menschenwürde, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 31 S. – In einem Vortragsmanuskript umkreist der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Klaus Rennert, das Recht auf Asyl und seine juristische Einhegung. Hannah Arendts basales Menschenrecht, als Person Rechte zu haben, interpretiert er als Anspruch darauf, zu einer politischen, sozialen und rechtlich gefassten Gemeinschaft zu gehören. Ging es Arendt darum, auf die Schutzlosigkeit der vor dem Nationalsozialismus Fliehenden hinzuweisen, bedarf das Recht auf Zugehörigkeit einer (national)staatlichen Garantie. Rennert operiert mit Arendts Bild eines Zufluchtsstaates, um auf aktuelle Fluchtursachen zu sprechen zu kommen. Er wägt ab, ob bestimmte Fluchtgründe gegen ein Recht auf Asyl sprechen. Dies mündet in die – hier unbeantwortete – Frage, ob es nicht vorbehaltlos zur Würde des Menschen gehöre, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Richards, Julian, *Extremism, Radicalization and Security. An Identity Theory Approach*, London 2017 (*Palgrave Macmillan*), 228 S. – Der Band strebt eine weit ausgreifende Bilanz zu den Begriffen und Konzepten des Extremismus, der Radikalisierung und des Terrorismus an. Auf empirischer Grundlage sucht Julian Richards zu erklären, welche identitätsstiftende Kraft die unterschiedlichen Verwendungsweisen dieser und ihnen verwandter Begriffe ausüben. Die Fallstudien beziehen sich vor allem auf Großbritannien.

Richter, Hedwig/Hubertus Buchstein (Hrsg.), *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 358 S. – Freie, gleiche und geheime Wahlen bilden das Rückgrat des Modells westlicher, liberaler Demokratien. Dem gegenüber steht die Geschichte der Wahl – eine langwierige Entwicklung, die nicht selten durch Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Gewalt geprägt war. Der lesenswerte Sammelband präsentiert einen reichhaltigen Blick auf verschiedene Schwerpunkte historischer Wahlforschung. Die einzelnen Beiträge behandeln die Wahlpraktiken der Vormoderne, das Verhältnis zwischen Wahl und Gewalt sowie die Frage nach dem Sinn der Wahl in einer Postdemokratie. Ein zentraler Aspekt ist die Bedeutung von Wahlen jenseits reiner Funktionsträgerrekrutierung.

Robaszkiewicz, Maria, *Übungen im politischen Denken. Hannah Arendts Schriften als Einleitung der politischen Praxis*, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 258 S. – Mit ihrer Dissertation an der Universität Paderborn gelingt Maria Robaszkiewicz ein doppelter Spagat: zwischen Politik und Philosophie wie zwischen Theorie und Praxis bei Hannah Arendt. Ausgehend von ihrem Verständnis eines politischen Freiheitsraumes, der jeden Menschen zur Teilnahme auffordert, geht es der Autorin um die dahinter verborgene Einübung als Praxis des Denkens. In den Arendt'schen Schriften zur Politik selbst, deren philosophische Wurzeln einen weiteren Hauptteil bilden, wird der praktische Wert erkundet.

Rojek, Sebastian, *Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871-1930*, München 2017 (*De Gruyter*), 513 S. – Militärgeschichte meets Kulturgeschichte! Sebastian Rojek bringt in seiner Münchner Dissertation zwei große historische Wissensbereiche zusammen. Die Arbeit ist methodisch-begrifflich anspruchsvoll, nutzt grundlegende Überlegungen Reinhart Kosellecks oder Niklas Luhmanns und beruht zudem auf einem breiten Quellenschatz. Als Kulminationspunkt ist der an die Marinegeschichte gebundene Ausbruch der Novemberrevolution zu erkennen. An ihrem Beginn stand nach Rojek ein völlig missglücktes Erwartungs- und Enttäuschungsmanagement der Admiralität.

Rojzman, Charles, *Vers les Guerres Civiles. Prévenir la haine*, Paris 2017 (*Lemieux Éditeur*), 200 S. – Der Autor schöpft aus den Praxiserfahrungen mit der von ihm entwickelten „Sozialtherapie“. Diese Praxiserfahrungen erstrecken sich auf über drei Kontinente verteilte Orte (wie La Courneuve, Dresden, Philadelphia, Johannesburg). Immer stoßen Konfliktfronten scheinbar unversöhnlich aufeinander.

- Saint Victor, Jacques de**, Blasphemie. Geschichte eines „imaginären Verbrechens“, Hamburg 2017 (*Hamburger Edition*), 139 S. – Der französische Rechts- und Ideenhistoriker de Saint Victor nähert sich mit einer Geschichte der Gotteslästerung oder dem Verhöhnern bestimmter Glaubensgrundsätze aktuellen Debatten um Religion und Politik. Er blickt bis zur Französischen Revolution von 1789 zurück und verweilt dann insbesondere in Frankreich und den westlichen Staaten. De Saint-Victor arbeitet juristische, philosophische und politische Bruchlinien heraus, bei denen die freie Meinungsäußerung religiösen Ge- oder Verboten gegenüberstand. Zu seinen gewichtigen Beispielen zählen die Debatten rund um die Karikaturierung des Propheten Mohammed. Nach de Saint-Victor wirkt Blasphemie in einer säkularisierten, liberalen Gesellschaft als „identitärer Marker“, um sich über eigene Werte zu verständigen.
- Salzborn, Samuel**, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017 (*Beltz Juventa*), 216 S. – Salzborn betrachtet die Entwicklung der Neuen Rechten von deren Entstehung bis in die Gegenwart. Der besondere Schwerpunkt des Bandes liegt auf der diskursiven Strategie, die die Grenzen des Sagbaren verschiebt und demokratische Grundwerte ausnutzt, verzerrt und von innen zersetzt. Eine sowohl theoretisch als auch empirisch fundierte Analyse.
- Schäfer, Frank**, Henry David Thoreau. Waldgänger und Rebell. Eine Biographie, Berlin 2017 (*Suhrkamp*), 252 S. – Anlässlich seines 200. Geburtstages hat Frank Schäfer den „Waldgänger“ (Ernst Jünger) Henry David Thoreau biographisch porträtiert. Gezeichnet wird das Bild eines – um es mit Alain Badiou auszudrücken – Individuums mit dezidiertem Treue zu einer Idee, die Thoreau (für sich) als wahr erkannt hat: der Idee der Gerechtigkeit und eines Lebens, das seinem Begriff entspricht. Schäfer gelingt in einer spannenden Erzählung ein umfassender Überblick über Leben, Zeit und Denken dieses literalen Waldgängers.
- Scharsach, Hans-Henning**, Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017 (*Kremayr & Scheriau*), 208 S. – Das aus journalistischer Perspektive geschriebene, akribisch recherchierte, jedoch wenig analytische Buch geht der politischen Herkunft der Spitze der FPÖ und ihren Kooperationen in dem Milieu der deutschnationalen, schlagenden Verbindungen nach. Der Autor liefert eindeutige Belege dafür, wie weit rechtsextremes Gedankengut noch immer in der Parteiführung verbreitet ist.
- Schattenberg, Susanne**, Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie, Köln u. a. 2017 (*Böhlau*), 661 S. – Der voluminöse Band basiert auf zum großen Teil erstmals zugänglichen Archivquellen und zeichnet das Leben wie Wirken des KPdSU-Generalsekretärs (1964-1982) vom Gefolgsmann Stalins und Chruschtschows zum vorrübergehend mächtigsten und am Ende ohnmächtigen Führer der sozialistischen Hemisphäre nach.
- Schilling, Heinz**, 1517. Weltgeschichte eines Jahres, München 2017 (*C.H. Beck*), 364 S. – Nach mehreren biographischen Lutherbüchern nimmt Schilling den Kontext des Reformators in den Blick, vor allem die Lage der internationalen Mächte (Spanien, Osmanisches Reich, China). An den – unter anderem pekuniären – Streitfragen zwischen diesen Ländern lassen sich der instabile Frieden und die Angewiesenheit auf ein verlässliches Ordnungssystem in Zeiten geringer Vertragstreue nachzeichnen. Renaissance-Entdeckungen gehen mit Ängsten und irrationalen Politikentscheidungen einher – Luthers Staatsdenken antwortet auf diese Probleme.
- Schmidt, Roman Léandre**, Lettre internationale. Geschichte einer europäischen Zeitschrift, Paderborn 2017 (*Wilhelm Fink*), 405 S. – Schmidt widmet sich nicht allein der Geschichte der Zeitung Lettre internationale, sondern auch ihrem Gründer Antonin Jaroslav Liehm. Deshalb kann die an der Universität Bielefeld und an der Sciences Po Paris eingereichte Dissertation vor allem als ein Beitrag zur europäischen Intellektuellengeschichte verstanden werden. Ausführlich wird der Weg des nonkonformistischen Intellektuellen jenseits der Blockkonfrontation geschildert. Liehm plante immer wieder eine europäische Zeitung für einen demokratischen Sozialismus, sie kam jedoch erst 1984 zustande. Erst die Erfahrung des Scheiterns der 68er-Bewegung in West und Ost und der Bruch der französischen Intellektuellen mit dem Kommunismus nach dem Erscheinen der Schriften Alexander Solschenizyns ermöglichten die Entstehung der Zeitung, deren

Kommentierte Bibliographie

französisches Zentrum aber bereits Ende der 1980er Jahre aufgrund finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten niederging.

Schönberger, Rolf (Hrsg.), *Die Bestimmung des Menschen und die Bedeutung des Staates. Beiträge zum Staatsverständnis des Thomas von Aquin*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 248 S. – Die neun Beiträge des wertvollen Sammelbandes behandeln zentrale Aspekte des politischen Denkens Thomas von Aquins. Die Forschungsschwerpunkte reichen von der Rezeption zentraler Werke Thomas', über Fragen nach Recht und Macht, bis hin zur Wirtschaftsethik. Der Band bildet kein Einstiegswerk in das Denken des mittelalterlichen Theoretikers, sondern richtet sich an ein bereits vorgebildetes Publikum.

Schörken, Rolf, *Demokratie lernen. Beiträge zur Politik- und Geschichtsdidaktik*, Köln u. a. 2017 (*Böhlau*), 423 S. – Der von dem Berliner Historiker Thomas Sandkühler edierte Band versammelt eine Auswahl von wissenschaftlichen Arbeiten des 2014 verstorbenen Politik- und Geschichtsdidaktikers Schörken. Den (auto)biographischen Beiträgen, Texten zur Didaktik und zur Curriculumtheorie sowie den satirischen Ferdinand-Geschichten ist eine umfassende Einleitung des Herausgebers vorangestellt. Sie thematisiert historisches Lernen im Sinne einer demokratischen Geschichtskultur.

Schüssler, Susanne (Hrsg.), *Wetterbericht. '68 und die Krise der Demokratie*, Berlin 2017 (*Wagenbach*), 206 S. – Der Band ist auch eine Nabelschau des Wagenbach-Verlags, der seit jeher eng mit den geistig-politisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die die Chiffre „'68“ evoziert, verbunden ist. Am Ende des Buches findet sich daher eine Liste politischer Bücher, die in diesem Berliner Verlag zwischen 1964 und 2017 erschienen sind. Und doch zielt die Sammlung nicht in erster Linie auf (Selbst)Historisierung, sondern vielmehr auf Aktualisierung. Der Band behandelt die Frage nach den Zusammenhängen zwischen „1968“ und dem heutigen Zustand unserer wieder als krisenhaft empfundenen Demokratie. Es geht also nicht um Retrospektive und historische Bilanzierung, sondern um einen vorausschauenden „Wetterbericht“. Die Vielzahl der unterschiedlichen Texte von Autoren wie Christoph Möllers, Bahman Nirumand, Claus Leggewie, Albrecht von Lucke oder Barbara Sichtermann schützen vor Fehlprognosen, sodass man nach der Lektüre in jedem Fall nicht im Regen steht.

Schwarz, Martin/Karl-Heinz Breier/Peter Nitschke, *Grundbegriffe der Politik*. 33 zentrale Politikbegriffe zum Einstieg, 2., akt. und erw. Aufl., Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 246 S. – Die zweite Auflage nach nur kurzer Zeit ist Beleg für das Interesse, auf das dieser kompakte Band gestoßen ist. Das liegt womöglich auch daran, dass er nicht mit einem umfassenden enzyklopädischen Anspruch daherkommt, sondern sich auf ausgewählte Grundbegriffe konzentriert. Diese reichen von „Bürger“, „Demokratie“, „Freiheit“ und „Gemeinwohl“ über „Globalisierung“, „Herrschaft“ und „Menschenrechte“ bis zu „Politik“, „Revolution“, „Staat“ und „Terror“. Die durchweg gelungenen Artikel sind nach einem einheitlichen Schema gegliedert: Auf eine Definition folgt die Geschichte des jeweiligen Begriffes, bevor dessen aktuelle Dimension beleuchtet wird. Weiterführende Literaturhinweise beschließen jeden Eintrag. Das „Verzeichnis der Klassiker“ am Ende des Bandes zeigt, wie sehr sich dessen Autoren insbesondere der Ideengeschichte verbunden sehen.

Siegfried, Detlef, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, 3., um ein Nachwort erg. Aufl., Göttingen 2017 (*Wallstein*), 854 S. – Manche Rezensionen der ersten Auflage dieser Hamburger Habilitationsschrift schrieben ihr bereits das Zeug zum Standardwerk zu. Im Rückblick nach mehr als zehn Jahren, mit der dritten Auflage auf dem Tisch, lässt sich die Prognose als Tatsache benennen: Dem Kopenhagener Zeithistoriker ist das Standardwerk zur bundesdeutschen Jugendkultur ab den 1960er Jahren gelungen. Es verbindet auf einem großen Quellenfundament stehend, gesellschafts-, generationen-, kultur-, alltags- und politikgeschichtliche Fragestellungen. Das Nachwort zur Neuauflage würdigt u. a. aktuellere Forschungen, die nicht zuletzt durch dieses Werk erst angeregt worden sind.

Skinner, Quentin, *Thomas Hobbes und die Person des Staates*, Berlin 2017 (*Duncker & Humblot*), 67 S. – Quentin Skinner widmete sich in einer Carl Schmitt-Vorlesung von 2015 der Frage nach

dem Staat und seiner theoretischen Relevanz und Aktualität, um, gestützt auf Thomas Hobbes' Theorie der Repräsentation, die These einer Distinktion zwischen Staat und Regierung zu explizieren.

Snyder, Timothy, Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017 (C.H. Beck), 127 S. – Der amerikanische Historiker schreibt pointiert und thesenstark: Aus der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert lasse sich eine historische Lehre, eine Handlungsethik gegen die Bedrohung der Demokratie durch linke und rechte Populisten ableiten. Der Hilflosigkeit demokratischer Ordnungen, sich selbst zu verteidigen, stellt Snyder zwanzig kurze Haltungen entgegen. Er erinnert an Hannah Arendts Einwurf, Politik im Miteinander zu gestalten – gegen autoritäre Politiker und gegen populistische Parolen. Seine historischen Beispiele stärken die Verve seiner Thesen. Die engagierten Reflexionen fordern dazu auf, hinzusehen und zuzuhören, Widerstand zu üben und sich politisch und intellektuell zu engagieren.

Stallmann, Martin, Die Erfindung von „1968“. Der studentische Protest im bundesdeutschen Fernsehen 1977-1998, Göttingen 2017 (Wallstein), 412 S. – Diese Heidelberger Dissertation signalisiert, wie sehr die nüchterne historische Erforschung von „1968“ voranschreitet. Martin Stallmann widmet sich in seiner gründlichen mediengeschichtlichen Arbeit zugleich der Erfindung wie der Entzauberung von „1968“. Die Studie ist mit lobenswerter Klarheit gegliedert. Sie besteht neben einer kenntnisreichen Einleitung und einer einordnenden Schlussbetrachtung aus vier Hauptkapiteln, die „1968“ als fernsehmedial inszenierte Generationen-, Alteritäts-, Gewalt- und Personengeschichte untersuchen. Gerade im letzten Fall darf Rudi Dutschkes Pullover nicht fehlen – und er fehlt auch nicht!

Stangel, Matthias/Kristof Niese (Hrsg.), Zwischen allen Stühlen. Grenzgänger im 20. Jahrhundert, Augsburg 2017 (Wißner), 219 S. – Der Intellektuelle an sich gilt als Grenzgänger, manchmal auch als Außenseiter. Einige unter ihnen sitzen im Laufe ihrer Karriere zwischen allen Stühlen. Der Band nähert sich dem Phänomen des Grenzgängers aus verschiedenen Blickwinkeln. Besonders lesenswert sind die Einzelstudien zum „Faschismus“-Diskurs in der Zeitschrift *Kursbuch*, über Ernst Niekisch und Ernst Nolte, aber auch zur Haltung der *Grünen* zur nationalen Frage während der 1980er Jahre. Außerdem dokumentiert die Sammlung ein Gespräch mit dem streitbaren Berliner Historiker Ernst Nolte, das Gerrit Dworok 2015, also ein Jahr vor Noltens Tod, mit ihm geführt hat.

Steinbach, Armin, Rationale Gesetzgebung, Tübingen 2017 (Mohr Siebeck), 396 S. – Der fundierte Band widmet sich in einer interdisziplinären Herangehensweise einem Ziel, das wohl jedem Politiker bekannt sein sollte: rationale, subjektiv vernünftige Gesetze zu erstellen. Die Bandbreite der behandelten Rationalitätskonzepte reicht von ökonomischen Vorstellungen, über politische Handlungsrationale bis zu rechtswissenschaftlichen Theoremen. Auch wenn dieser Band zum Ziel hat, die sozialwissenschaftlichen Rationalitätsvorstellungen für die Rechtswissenschaften verwertbar zu machen und auf konkrete Gesetzgebung anzuwenden, soll er nach den Vorstellungen des Autors nicht als Leitfaden verstanden werden. Der Rationalitätsbegriff sei uneindeutig, interdisziplinär widersprüchlich und daher ungeeignet, um klare Aussagen zu treffen.

Stier, Sebastian, Internet und Regimotyp. Netzpolitik und politische Online-Kommunikation in Autokratien und Demokratien, Wiesbaden 2017 (Springer VS), 302 S. – Die 2015 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg vorgelegte Dissertation widerlegt auf Grundlage eines makro-quantitativen Vergleiches die im Zuge des Arabischen Frühlings vielfach geäußerte These vom Demokratisierungspotenzial des Internets („Facebook-Revolution“). Stattdessen machten sich autokratische Herrscher die Online-Kommunikation zur Stabilisierung der Regime zunutze.

Stockhammer, Robert, 1967. Pop, Grammatologie und Politik, Paderborn 2017 (Wilhelm Fink), 210 S. – Alle reden von 1968. Dabei war in der bundesdeutschen Geschichte 1967 jenes Jahr, das zunächst besondere Aufmerksamkeit fand – mit der Ermordung Benno Ohnesorgs am zweiten Juni als negativem Höhepunkt und Fanal. Robert Stockhammer, Germanist und Komparatist, führt uns zurück nach 1967, aber weder als Chronist noch als Zeit- oder Ideenhistoriker: In Mi-

Kommentierte Bibliographie

niaturen und collageartiger Form erinnert der Band „an teils bekannte, teils weniger bekannte Geschehnisse, Akteure und Artefakte aus dem Jahr 1967“.

Szentiványi, Réka/Béla Teleky (Hrsg.), *Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropa im 20. Jahrhundert*, Wien 2017 (*new academic press*), 294 S. – Unruhen, Kriege, immer wieder Zäsuren – der mitteleuropäische Raum ist im 20. Jahrhundert durch vielfältige Rupturen geprägt. Die Beiträge, Früchte einer Doktorandentagung, untersuchen neben den Wirkungen von Systemwechseln auch gesellschaftliche Kontinuitäten. Zwei wiederkehrende Stichworte sind Radikalisierung und politische Bilder in der Kunst.

Tailleux, Felix de, *Zwei Bürgerleben in der Öffentlichkeit. Die Brüder Fritz Thyssen und Heinrich Thyssen-Bornemisza*, Paderborn 2017 (*Ferdinand Schöningh*), 546 S. – Am Ende des 19. Jahrhunderts veränderten Massen- und Unterhaltungsblätter die deutsche Presselandschaft, das öffentliche Interesse und die journalistischen Beobachter. Die Dissertation verbindet diese Wandlungsprozesse anhand der Brüder Fritz (1873-1951) und Heinrich (1875-1947) Thyssen – den Haupterben des Konzerngründers August – mit familien- und unternehmensgeschichtlichen Fragen. Im Mittelpunkt der dichten, um genaue Rekonstruktion bemühten Studie steht die nationale und internationale Öffentlichkeitsarbeit und die mediale Strategie (auch in ihrem Scheitern) beider Personen. Während sich Fritz als Nationalheld und Konzernlenker inszenierte, interessierten bei Heinrich eher private Entwicklungen wie sein Engagement in der Kunst- und Pferdesportszene. Was beider „Bürgerleben“ aber genau auszeichnete, bleibt recht vage. Die Antwort kann nicht allein in der Verschränkung von rastlosem Unternehmertum, sozialem Engagement, seiner öffentlichen Darstellung und den journalistischen Praktiken liegen.

Tischer, Jakob, *Bürgerbeteiligung und demokratische Legitimation. Erscheinungsformen von Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene und ihr Aufwertungspotenzial aus legitimatorischer Sicht*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 312 S. – Stellen Angelika Vetter und Uwe Remer-Bollow überblicksartig die verschiedenen Beteiligungsformen auf Bundesebene vor, geht Jakob Tischer rechtswissenschaftlich auf die Möglichkeiten kommunaler Bürgerbeteiligung ein und zeigt deren Aufwertungspotenzial auf. Den rechtlichen Referenzrahmen bildet die schleswig-holsteinische Gemeindeordnung.

U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), *Country Reports on Terrorism 2016*, Washington D.C. 2017 (*Bezugsadresse*: <http://www.state.gov>), 447 S. – Der Bericht bilanziert die Aktivitäten terroristischer Gruppen auf allen Kontinenten und beleuchtet knapp deren Organisationen, Ideologien und Strategien.

Uterwedde, Henrik, *Frankreich – eine Länderkunde*, Opladen 2017 (*Barbara Budrich*), 196 S. – Schmalen Formats und reichen Inhalts präsentiert der frühere Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg die traditionsreiche, klassische Länderkunde. Das Teilkapitel zu Parteien gibt der Linken und dem Front National viel Raum. Das neue Bündnis um Emmanuel Macron kommt noch nicht vor. Anders als einige Franzosen sieht der Autor das Land als attraktiven Wirtschaftsstandort. Ausführlich und ausgeglichen beschreibt er die sozialen Spannungen. Grafiken und Tabellen machen den Band gut erschließbar und wertvoll.

Van de Beek, Johan/Claire van Dyck, *Sultan en de Lokroep van de Jihad*, Amsterdam 2017 (*Balans*), 256 S. – Sultan Berzel aus Maastricht, ein 19jähriger Niederländer mit marokkanischen Wurzeln, verübte 2014 einen Selbstmordanschlag in Bagdad. Dabei kamen 24 Menschen ums Leben. Das Buch analysiert seinen Radikalisierungsverlauf und den anderer aus Maastricht stammender Jihadisten. Das Resultat entspricht einer in den Niederlanden längst unbestrittenen Einsicht: Nicht „Rassismus“ oder Diskriminierung, sondern die Ideologie des Islamismus waren der Antrieb.

Van der Steen, Bart/Marc de Kesel (Hrsg.), *Party, State, Revolution. Critical Reflections on Žižek's Political Philosophy*, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 179 S. – Žižek hat mit mindestens zwei – miteinander verbundenen – Zeitdiagnosen recht: Während unsere Universitäten zu Produktionsstätten von Problemlösen für „praktische“ Fragen verkommen (und sich zunehmend selbst so verstehen), die wirtschaftlichen und politischen Eliten definieren und diktieren, werden

die wesentlichen politischen Fragen theoretisch nicht mehr thematisiert. Die Politikwissenschaft erstarrt vor den Positivitäten der Gegenwart. Symptomatisch für diesen Tod der Theorie, der ein Tod des Verstehens ist, ist das Betreiben einer fetischisierten historisch-kontextualisierenden Ahnenforschung des (politischen) Denkens. Dagegen wehrt sich Žižek. Vor dem Hintergrund der globalen Katastrophen, die es zu verstehen gilt, braucht es heute radikale Theorie mehr denn je: ein ‚Reloading‘ zentraler politisch-marxistischer Kategorien wie Staat, Partei oder Revolution, die mit neuem Inhalt zu füllen sind. Der Präzisierung dieser Neujustierung im Werk Slavoj Žižeks widmet sich der Sammelband mit sehr lesenswerten Beiträgen.

Vetter, Angelika/Uwe Remer-Bollow, Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung, Wiesbaden 2017 (*Springer VS*), 331 S. – Dieser Band gibt einen umfangreichen Überblick über die verschiedenen Beteiligungsformen der Bürger in Deutschland und versteht sich als Einführungswerk zum Thema. Werden im ersten Abschnitt demokratietheoretische Aspekte der Partizipation beleuchtet, zielt der zweite auf die Beteiligung vor der politischen Entscheidung. Im dritten Teil werden Wahlen und direktdemokratische Beteiligung beleuchtet.

Villaines, Astrid de/Marie Labat, Philippot Ier. Le nouveau visage du Front national, Paris 2017 (*Éditions Plon*), 151 S. – Das „neue Gesicht“ des Front National hat der Partei bereits wieder den Rücken gekehrt, dort aber bei der Erneuerung unter Marine Le Pen tiefe Spuren hinterlassen. Wie es dazu kam, erklären die beiden Journalistinnen detailgenau.

Voigt, Rüdiger, Die Arroganz der Macht. Hochmut kommt vor dem Fall, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 318 S. – Der emeritierte Münchner Verwaltungswissenschaftler widmet sich der Analyse westlicher Demokratien, ihrer potentiellen Defekte und dahinterliegender Machtstrukturen. Unter Rückgriff auf die politischen Philosophen Carl Schmitts, Niccolò Machiavellis und Pierre Bourdieus versucht Voigt eine Antwort auf zentrale Fragen moderner Demokratien zu finden: Kann eine Demokratie nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen funktionieren? Und: Muss die Demokratie – nach einer These des US-amerikanischen Philosophen Richard Rorty – zunächst zerstört werden, um letztlich gerettet zu werden?

Völkel, Bärbel/Tony Pacyna (Hrsg.), Neorassismus in der Einwanderungsgesellschaft. Eine Herausforderung für die Bildung, Bielefeld 2017 (*transcript*), 257 S. – Der heterogene Band versammelt Beiträge auf dem weiten Spannungsfeld von zunehmender kultureller Pluralität in Einwanderungsgesellschaften und dem daraus resultierenden Wiedererstarren nationalistischer und (rechts)extremistischer Phänomene.

Wagner, Hans (Hrsg.), Zeitungsbriefe und Briefzeitungen oder Die Anfänge der Zeitung. Richard Grasshoff (1877), Georg Steinhausen (1895), Karl Bücher (1893) und Adolf Koch, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 300 S. – Der Medienforscher und Kommunikationswissenschaftler Hans Wagner nähert sich dem Begriff der Zeitung – ursprünglich als Nachricht von einem zeitnahen Ereignis und deren Austausch verstanden – in historisierender Perspektive. Er votiert mit einer Neuedition von vier (teils vergessenen) Studien zur Geschichte der Zeitung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gegen ihr Verdrängen aus den Medienwissenschaften. Wagners Ideenreichtum und Begeisterung rücken die historischen Quellen der Zeitungswissenschaften in den Vordergrund. Der Autor schließt mit dem Blick auf die Form und Funktion von Zeitungen in der Gegenwart.

Walter, Franz, Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017 (*Vandenhoeck & Ruprecht*), 397 S. – Franz Walter versammelt in diesem Band ein buntes Potpourri bereits früher – vor allem in der von ihm begründeten Zeitschrift INDES – veröffentlichter Texte. Schon der Haupttitel deutet an, dass wir es bei der Lektüre mit unbequemen, meist höchst anregenden Akteuren zu tun bekommen, deren Denken und Wirken der Göttinger Politikwissenschaftler für das 20. und 21. Jahrhundert untersucht hat. Am Ende der Einleitung erklärt der seit einiger Zeit schwer erkrankte Autor, warum er sich für einen so vielgestaltigen Sammelband entschieden hat: „Dies, was hier vorliegt, ließ sich der Krankheit abtrotzen. Das noch zu können, war wichtig für mich, um der Resignation zu wi-

derstehen.“ Dafür Franz Walter einen herzlichen Dank, denn die Lektüre des Bandes ist erfrischend und stimmt frohgemut!

Weißmann, Karlheinz, Kulturbuch ‘68. Die linke Revolte und ihre Folgen, Berlin 2017 (*JF Edition*), 252 S. – Gleichsam im intellektuellen Beiboot sitzend, rechnet Karlheinz Weißmann mit dem ab, was Jörg Meuthen auf dem Stuttgarter Parteitag der AfD 2016 als das „moralisch verrottete links-rot-grün versuchte 68er-Deutschland“ geißelte. In seinem Vorwort nennt sich Weißmann einen „Neuen Konservativen“, der gern zur „Gegenrevolution“ bereit sei und sich freue, dabei nicht allein zu stehen. Am Ende bekennt er sich zu einem „Rückgriff auf ein Vorgehen, das auch die Achtundsechziger erfolgreich angewendet haben: Er muß das Gefühl der Entfremdung nähren, indem er jede Gelegenheit nutzt, um auf den inneren Widerspruch, die Absurdität, die Verlogenheit der geltenden Normen hinzuweisen, und darauf beharrt, daß eine andere und humanere Form der Existenz möglich ist.“ Das klingt eher nach kulturpessimistischer Frustration als nach revolutionärem Aufbruch.

Wenzel, Mario, Arbeitszwang und Judenmord. Die Arbeitslager für Juden im Distrikt Krakau des Generalgouvernements 1939-1944, Berlin 2017 (*Metropol*), 399 S. – Die 2014 an der Technischen Universität Berlin als Dissertation vorlegte und von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Rahmen des Projektes „Dokumentation der Zwangsarbeit als Erinnerungsaufgabe“ geförderte Studie zeigt den Wandel von Zwangsarbeit und das Leben der Insassen. Zeitlich erfasst die Studie sowohl die „Judenpolitik“ bis 1942 als auch die Konzentrations- und Vernichtungslager zum Ende der NS-Besatzungsherrschaft in Osteuropa.

Wiechmann, Jan Ole, Sicherheit neu denken. Die christliche Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte 1977-1984, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 464 S. – Der Autor fragt nach dem Sicherheitsverständnis der sich durch den Nato-Doppelbeschluss formierenden christlichen Friedensbewegung und nach den Auswirkungen der Bewegung auf die deutsche Gesellschaft.

Wiegand, Marc André, Demokratie und Republik. Historizität und Normativität zweier Grundbegriffe des Verfassungsstaates, Tübingen 2017 (*Mohr Siebeck*), 158 S. – Der Rechtswissenschaftler und Philosoph Marc André Wiegand liefert eine höchst aufschlussreiche Begriffsgeschichte zu den Termini „Republik“ und „Demokratie“. Er zeigt insbesondere für die Zeit ab dem 19. Jahrhundert eine Begriffsverschiebung von der Republik zur Demokratie auf, um schließlich – nach einem Konvergenzschub – Strukturelemente der demokratischen Republik zu bündeln: „Der Republikanismus erinnert daran“, heißt es ganz zum Schluss, „dass in der Moderne das Subjekt den unhintergehbaren Ausgangspunkt jeder Form von Staatlichkeit bildet und es daher kein Zurück zu einer rechtlich ungebundenen Volkssouveränität geben kann. Die Idee der Demokratie hingegen dient als Mahnung, die Gleichheit der rechtsunterworfenen Subjekte auch institutionell wirksam werden zu lassen.“

Yendell, Alexander/Gert Pickel/Karolin Dörner (Hrsg.), Innere Sicherheit in Sachsen. Beiträge zu einer kontroversen Debatte, Leipzig 2017 (*Edition Leipzig*), 160 S. – Der Band vereint 17 Beiträge zu verschiedenen Aspekten der inneren Sicherheit, untergliedert nach Texten zu Definitionen und Erklärungsansätzen, zur Diskrepanz von objektiver Sicherheit und subjektiven Bedrohungsgefühlen, zu Opfern, Tätern und Präventionsansätzen sowie zum Phänomen extremistischer Gewalt. Anders als der Untertitel vermuten lässt, handelt es sich um überwiegend nicht-kontroverse Befunde.

Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.), Politischer Widerstand. Allgemeine theoretische Grundlagen und praktische Erscheinungsformen in Nationalsozialismus und Kommunismus, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 364 S. – Dieser Sammelband geht der Frage nach, inwieweit politischer Widerstand gegen Unrechtsregime als legitim zu erachten ist. Allgemeine theoretische Betrachtungen dazu werden im ersten Teil des Buches von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen vorgenommen. Der zweite und der dritte Teil handeln von den konkreten Ausformungen des Widerstandes im Nationalsozialismus und im Kommunismus.

Ziekow, Jan u. a., Die Rechtsextremismus-Datei in der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Praxis. Ergebnisse der Evaluation nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Verbesserung der

Literatur

Bekämpfung des Rechtsextremismus, Baden-Baden 2017 (*Nomos*), 258 S. – Der Band bilanziert die Evaluationsergebnisse der infolge der Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) geschaffenen Rechtsextremismus-Datei als positiv: Sie ermögliche einen schnellen und zielgerichteten Informationsaustausch unter Wahrung verfassungsmäßiger Grundsätze, wenngleich technische Probleme sowie die mangelnde Anwenderfreundlichkeit kritisiert werden.

Zorn, Daniel-Pascal, Logik für Demokraten. Eine Anleitung, Stuttgart 2017 (*Klett-Cotta*), 314 S. – Der Essay des Philosophen Zorn befasst sich in gelassenem Duktus mit den Diskursstrategien populistischer Bewegungen und Parteien der letzten Jahre. Die Analyse der aufgeworfenen Argumente und bemühten Argumentationstaktiken sowie die Enthüllung zugrundeliegender Widersprüche bilden das Herzstück des Buches. Der Anspruch des Autors besteht in einer Begründung der Demokratie aus der Logik statt aus der Moral. So möchte er den geneigten Leser zum Überdenken bestehender Denkmuster und zum Widerspruch herausfordern.

Zeitschriftenauslese

Fritzsche, Erik/Sebastian Lange, Das politische System des Islamischen Staates, in: Totalitarismus und Demokratie 14 (2017), H. 2, S. 101-232. – Nach der Eroberung größerer Teile des nördlichen Iraks und Syriens konnte der Islamische Staat dort eine Zeitlang ein Gewaltmonopol ausüben und institutionelle Strukturen entwickeln. Der Beitrag geht der Frage nach, wie das politische System in den eroberten Territorien typologisch einzuordnen war. Handelte es sich um Staatlichkeit? Entwickelte der Islamische Staat Merkmale eines totalitären Regimes? Die Politikwissenschaftler betrachten Ideologie, Organisation und Institutionengefüge und erörtern dabei jene Merkmale, die in der Forschung als charakteristisch für „totalitäre“ oder „ideokratische“ politische Systeme gelten. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick zu den Entwicklungspotentialen des Islamischen Staates.

Das Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zum zweiten NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), H. 4, S. 619-661. – Versehen mit einer ausführlichen Einleitung (S. 619-630: über I. Vorgeschichte, II. IFZ-Gutachten, III. Verhandlung und Urteil, IV. Weiterungen) von Magnus Brechtken, Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), wird hier das Gutachten des IfZ dokumentiert, das 2013 für das Bundesverfassungsgericht anlässlich des zweiten Verbotsverfahrens gegen die NPD angefertigt wurde. Es untersucht insbesondere die Frage, ob eine Wesensverwandtschaft zwischen der NPD und dem historischen Nationalsozialismus bestehe. Das von Axel Drecol, Christian Hartmann, Johannes Hürter, Thomas Vordermayer, Andreas Wirsching und Jürgen Zarusky verfasste Gutachten gelangt zu dem Fazit – wie es im Schlusssatz heißt: „In der Summe bietet das vorliegende Material den vielfachen Nachweis einer historisch abgeleiteten Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP“ (S. 661).

Kopke, Christoph, Verschwörungsmythen und Feindbilder in der AfD und in der neuen Protestbewegung von rechts, in: Neue Kriminalpolitik 29 (2017), H. 1, S. 49-61. – Unter der Zuschreibung als „systemilloyale rechte Protestbewegung“ summiert der Autor „harte“ rechtsextreme Organisationen (NPD, „Der III. Weg“ und „Die Rechte“) ebenso wie Gruppierungen, deren Systemcharakter als rechtsextremistisch oder nicht zumindest fraglich erscheint (AfD, PEGIDA), ohne die Frage nach deren Systemcharakter zu stellen. Ungeachtet der Binnenunterschiede zwischen den verschiedenen Akteuren, werden vier verschwörungstheoretische Narrative herausgearbeitet, der sich die meisten „neurechten“ Vereinigungen bedienen: der Verschwörung „der Eliten“ gegen „das Volk“, der Annahme von einer „Islamisierung“ Deutschlands, der Abschaffung von natürlichen Geschlechtern durch „Gendermainstreaming/Frühsexualisierung“ und die planmäßige Zerstörung des deutschen Volkes („Umvolkung“).

Linhardt, Eric, Politische Positionen der AfD auf Landesebene: Eine Analyse auf Basis der Wahl-O-Mat-Daten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), H. 1, S. 102-123. – Die Programmanalyse der AfD fördert überwiegend erwartbare Ergebnisse zu Tage: Zum einen steht die Partei politisch rechts von der Union, zum anderen lassen sich zwischen verschiedenen Landesverbänden mitunter beträchtliche inhaltliche Unterschiede ausmachen. Inwieweit die verbreitete These zutreffend ist, die AfD habe sich nach dem Austritt des liberalen Flügels um Parteigründer Bernd Lucke radikalisiert, bleibt ebenso unbeantwortet wie die Frage, ob sich die Partei programmatisch dem demokratischen Spektrum zurechnen lässt. Auch die programmatischen Inkonsistenzen der in wirtschaftspolitischer Hinsicht liberalen Partei, die sich zugleich als Sprachrohr des „normalen Bürgers“ versteht, werden nur am Rande behandelt.

Morlok, Martin, Kein Geld für verfassungsfeindliche Parteien?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 50 (2017), H. 3, S. 66-69. – Die neben dem Instrument des Parteiverbotes diskutierte Möglichkeit,

Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen, beeinträchtigt die Chancengleichheit im politischen Wettbewerb und untergräbt die Legitimationsbasis der freiheitlichen Demokratie – auch dann, wenn zuvor eine Prüfung und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt. Das Absenken der Bedingungen für den Einsatz demokratieschützerischer Mittel könnte „zu einem leichthändigeren Einsatz dieser Schwerter führen – und vergrößert wegen ihrer Zweischneidigkeit zugleich die Gefahr der Selbstverletzung der Demokratie“ (S. 69).

Pfahl-Traugber, Armin, Autonome und Gewalt. Das Gefahrenpotenzial im Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32-33/2017, S. 28-33. – Die Gewalttaten am Rande des G20-Gipfels im Juli 2017 lenkten den Blick auf linke Autonome. Die gewalttätige linksextremistische Subkultur, die sich in den 1970er Jahren herauszubilden begann und am ehesten dem Anarchismus zuzuordnen ist, wird in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft weithin vernachlässigt. Gesicherte Erkenntnisse sind wegen des Abschottens dieser „Szene“, die Militanz propagiert und ebenso Gewalt anwendet, nach außen nur schwer möglich. Wie die Zahlen der linksextremistischen Gewalttaten verdeutlichen, bewegen sie sich auf einem relativ hohen Niveau. Die Gewalt der „Szene“ stellt nicht nur eine Gefahr für Leib und Leben der Ordnungshüter dar, sondern auch für die friedliche Protestkultur, die dadurch diskreditiert wird.

Reichardt, Sven, Radikalisierung. Zeithistorische Anmerkungen zu einem aktuellen Begriff, in: Geschichte und Gesellschaft 43 (2017), H. 1, S. 68-91. – Der Konstanzer Historiker gibt zunächst einen knappen begriffshistorischen Überblick über „Radikalismus“ und „Radikalisierung“ seit dem 16. Jahrhundert, bevor er den ganz überwiegend pejorativ genutzten Prozessbegriff der Radikalisierung insbesondere anhand der sozialwissenschaftlichen Literatur näher thematisiert. In einem nächsten Schritt nimmt er das Beziehungsgeflecht von Idee, Handlung und Praxis unter die Lupe. Denn es stellt eine virulente, gleichwohl nicht immer einfach zu beantwortende Frage dar, wann und warum extremistische Ideen in extremistische Handlungen münden. Reichardt argumentiert gegen einfache intentionalistische Erklärungsmuster und konfrontiert diese mit praxeologischen Überlegungen. In einem weiteren Teil wendet er das, in jüngster Zeit vor allem zur Analyse des Islamismus genutzte, Konzept der Radikalisierung auf den europäischen Faschismus an, bevor er einige grundsätzliche Schlussfolgerungen zieht. Er plädiert u. a. für ein Phasenmodell anstelle von im Zeitablauf gleichsam unabänderlichen pathologischen, sozialpsychologischen Erklärungsmodellen, außerdem will er die individuell-psychologische Ebene um institutionelle Arrangements und situative Faktoren ergänzt sehen. Auch will er starre intentionalistische ebenso wie funktionalistische Modelle aufgebrochen sehen. Fruchtbringend sei es stattdessen, „ihr potenzielles Wechselverhältnis“ (S. 89) zu eruieren. Schließlich regt er zu empirisch fundierten Vergleichsstudien zwischen militantem Islamismus und Faschismus an, um anhand von zeithistorischen Fallstudien das Konzept der Radikalisierung weiter zu schärfen.

Rüters, Peter, „Parlamentsfähig“? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (2017), H. 1, S. 3-24. – Der Autor vermisst das politische Erfahrungsprofil der AfD-Abgeordneten der Landesparlamente mit Stand Ende 2016. Er unterscheidet vier Gruppen: (1) Die Mehrzahl verfüge über „keine politischen Erfahrungen in Parteien und Parlamenten“ (S. 23) vor der AfD-Mitgliedschaft. (2) Eine weitere Gruppe besitze Erfahrungen in etablierten Parteien, habe aber zumeist kein politisches Wahlamt ausgeübt. (3) Eine kleine Gruppe entstamme Kleinstparteien oder Gruppierungen der „Neuen Rechten“. (4) Eine ebenfalls sehr kleine Gruppe verfüge über „Erfahrungen in leitenden Funktionen und Intellektualität“ (S. 23). Die große Mehrzahl der AfD-Abgeordneten sei „ohne solide politische Grunderfahrungen in die Landesparlamente“ eingezogen. Der „Anspruch, gewissermaßen aus dem Stand heraus in einem (Landes-)Parlament politisch mitentscheiden und mitgestalten zu wollen, kann mit diesen Voraussetzungen angemäht, aber kaum ernsthafte parlamentarische Praxis werden“ (S. 24).

Schumacher, Nils, „Küsst die Faschisten“. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42-43/2017, S. 35-41. – Wer die „Antifa“ lediglich als „gewalttätig“ und „extremistisch“ einstuft, differenziert nicht genug. Der Begriff Antifa ist ein un-

scharfer Sammelbegriff für eine Reihe höchst heterogener Strömungen. Der organisationsunabhängige Antifaschismus hat im Laufe der Jahre mehrere Phasen durchlaufen. Es greift zu kurz, die Antifa als eine bloße Gegenbewegung zum Faschismus anzusehen. „Eine kritische Haltung gegenüber Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und anderen -ismen gehört daher zum politisch-kulturellen Inventar dieses Handlungsraumes und seiner Akteure“ (S. 38). Die Praxis der Antifa ist breit gefächert – sie reicht von Aufklärung über Demonstrationen bis zu Gewalt einschließenden Aktionen. „Insgesamt lässt sich weniger von Gewaltzentriertheit als von einer diskursiven Zentrierung auf die Gewaltfrage sprechen“ (S. 39).

U.B./A.G./E.J./T.T.

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Adamczak, Bini, Beziehungsweise Revolution – 464
- Ahlheim, Klaus/Christoph Kopke (Hrsg.), Handlexikon Rechter Extremismus – 464
- Albert, Gleb J., Das Charisma der Weltrevolution – 464
- Altenhof, Ralf/Sarah Bunk/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Politischer Extremismus im Vergleich – 319
- Altrichter, Helmut, Rußland 1917 – 249
- Amann, Melanie, Angst für Deutschland – 464
- Apelt, Andreas H./Alesch Mühlbauer (Hrsg.), Geist und Macht – 464
- Ameri-Siemens, Anne, Ein Tag im Herbst – 274
- Aris, Nancy, Das lässt einen nicht mehr los – 399
- Arnim, Hans Herbert von, Die Hebel der Macht und wer sie bedient – 465
- Aust, Martin, Die Russische Revolution – 249
- Aust, Stefan, Der Baader-Meinhof-Komplex – 274
- Badiou, Alain, Für eine Politik des Gemeinwohls – 465
- Bakker, Edwin/Michael Peter Grol, Nederlandse jihadististen – 465
- Barricelli, Michele/Michael Jung/Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), Ideologie und Eigensinn – 400
- Bartsch, Kurt/Wasja Götze, In all dem herrlichen Chaos – 465
- Bauer, Alain/François Feynet/Christophe Soulez, Comment vivre au temps du terrorisme – 465
- Bauer, Susanne/Torsten Heimann/Thomas Lemke, Science and Technology Studies – 465
- Bayrakli, Enes/Farid Hafez (Hrsg.), European Islamophobia Report 2017 – 466
- Bednarz, Dan, East German Intellectuals and the Unification of Germany – 466
- Bedock, Camille, Reforming Democracy – 466
- Behnke, Joachim u. a. (Hrsg.), Reform des Bundestagswahlsystems – 323
- Behrends, Jan Claas/Nicolaus Katzer/Thomas Lindenberger (Hrsg.), 100 Jahre Oktoberrevolution – 249
- Bender, Justus, Was will die AfD? – 401
- Bengtson-Krallert, Matthias, Die DDR und der Internationale Terrorismus – 466
- Benneckenstein, Heidi, Ein Deutsches Mädchen – 466
- Bergien, Rüdiger, Im „Generalstab der Partei“ – 327
- Bernbeck, Reinhard, Materielle Spuren des nationalsozialistischen Terrors – 466
- Bernecker, Roland/Ronald Grätz (Hrsg.), Global Citizenship – 467
- Bernhardt, Markus (Hrsg.), Das Deutsche Kaiserreich – 467
- Beyrau, Dietrich, Krieg und Revolution – 467
- Blank, Christoph, Online-Kommunikation von Bundestagsabgeordneten – 467
- Blom, Philipp, Was auf dem Spiel steht – 467
- Boch, Rudolf, Arbeiter – Wirtschaftsbürger – Staat – 468

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Bohrer, Karl Heinz, Jetzt – 331
- Booß, Christian, Im goldenen Käfig – 468
- Borchmeyer, Dieter, Was ist Deutsch? – 468
- Borggräfe, Henning u. a. (Hrsg.), Freilegungen – 468
- Botsch, Gideon, Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft – 468
- Brandt, Peter/Detlef Lehnert (Hrsg.) Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich 1918 – 1983 – 469
- Brandt, Peter, Freiheit und Einheit – 335
- Bratu, Christine/Moritz Dittmeyer, Theorien des Liberalismus zur Einführung – 402
- Braune, Andreas/Michael Dreyer (Hrsg.), Republikanischer Alltag – 403
- Brechtken, Magnus, Albert Speer – 405
- Brennan, Jason, Gegen Demokratie – 469
- Bröckling, Ulrich, Gute Hirten führen sanft – 469
- Brömmel, Winfried/Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), Populismus und Extremismus in Europa – 469
- Brunner, Frank, Mit aller Härte – 425
- Buback, Michael, Der zweite Tod meines Vaters – 274
- Bukow, Sebastian/Uwe Jung (Hrsg.), Parteien unter Wettbewerbsdruck – 460
- Buchstein, Hubertus (Hrsg.), Otto Kirchheimer – Gesammelte Schriften – 406
- Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016 – 470
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016 – 387
- Can, Ali, Hotline für besorgte Bürger – 470
- Central Intelligence Agency/National Intelligence Council (Hrsg.), Die Welt im Jahr 2035 – 470
- Christ, Julia, Kritik des Spiels – Spiel als Kritik – 470
- Claus, Robert, Hooligans – 407
- Courtois, Stéphane (Hrsg.), Communisme 2017 – 470
- Courtois, Stéphane, Lénine – 470
- Croissant, Aurel/Sascha Kneip/Alexander Petrig (Hrsg.), Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit – 470
- Daase, Christopher u. a. (Hrsg.), Politik und Verantwortung – 471
- Dalton, Russell J., The Participation Gap – 339
- Denton, Robert E., Jr. (Hrsg.), The 2016 US Presidential Campaign – 408
- Deppisch, Sven, Täter auf der Schulbank – 471
- Derrida, Jacques, Das Tier und der Souverän – 409
- Derrida, Jacques, Leben ist Überleben – 409
- Dietze, Sascha, Das Weltbild der Autonomen im Spiegel der Zeitschrift Interim – 471
- Dikötter, Frank, Mao und seine verlorenen Kinder – 415
- Dormal, Michel, Nation und Repräsentation – 451
- Eberl, Oliver/David Salomon (Hrsg.), Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie – 411

Literatur

- Ehrhart, Hans-Georg (Hrsg.), Krieg im 21. Jahrhundert – 412
Ekardt, Felix, Kurzschluss – 471
Ekardt, Felix, Wir können uns ändern – 471
Eltschaninoff, Michel, Dans la tête de Marine Le Pen – 471
Europol (Hrsg.), TE-SAT 2017 – 471
- Faas, Thorsten/Dietmar Molthagen/Tobias Mörschel (Hrsg.), Demokratie und Demoskopie – 472
Finkelde, Dominik (Hrsg.), Badiou and the State – 472
Fleischhauer, Eva Ingeborg, Die Russische Revolution – 249
Förster, Annette/Matthias Lemke (Hrsg.) Die Grenzen der Demokratie – 472
Foschepoth, Josef, Verfassungswidrig – 342
Franceschini, Christoph/Thomas Wegern Friis/Erich Schmidt-Eenboom, Spionage unter Freunden – 472
Franke, Siegfried F., Die gefährdete Demokratie – 472
Frei, Norbert, 1968 – 472
Frick, Verena/Oliver W. Lembcke/Roland Lhotta (Hrsg.), Politik und Recht – 473
Frieze, Heidrun, Flüchtlinge – 413
Frischling, Lena u. a. (Hrsg.), Videos gegen Extremismus? – 473
Fröhlich, Gregor, Soldat ohne Befehl – 473
Fuhrer, Armin, 1968 – 473
Funke, Hajo/Walid Nakschbandi, Deutschland – 473
Furet, François, Inventare des Kommunismus – 415
- Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.), Recht und Gerechtigkeit – 416
Gaschke, Susanne, SPD – 421
Gassert, Philipp/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), Koalitionen in der Bundesrepublik – 473
Geiselberger, Heinrich, Die große Regression – 474
General Intelligence and Security Service (Hrsg.), Annual Report 2016 – 474
Gerwarth, Robert, Die Besiegten – 474
Gleichauf, Ingeborg, Poesie und Gewalt – 274
Glöckner, Olaf/Roy Knocke (Hrsg.), Das Zeitalter der Genozide – 474
Goering, Timothy D. (Hrsg.), Ideengeschichte heute – 474
Gordon, Gregory S., Atrocity Speech Law – 475
Götz, Irene/Klaus Roth/Marketa Spiritova (Hrsg.), Neuer Nationalismus im östlichen Europa – 475
Gräfe, Sebastian, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland – 417
Grebinger, Helga/Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.), Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus – 475
Grigat, Stephan (Hrsg.), AfD & FPÖ – 475
Großbölting, Thomas/Christoph Lorke (Hrsg.), Deutschland seit 1990 – 446
Grothe, Ewald/Aubrey Pomerance/Andreas Schulz, Ludwig Haas – 475
Grünberg, Kurt/Wolfgang Leuschner/Initiative 9. November (Hrsg.), Populismus, Paranoia, Pogrom – 475
Grunden, Timo/Maximilian Janetzki/Julian Salandi, Die SPD – 476

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Grunow, Dieter, Die Gesellschaft der Zukunft – 476
Guérot, Ulrike, Der neue Bürgerkrieg – 420
Güllner, Manfred, Der vergessene Wähler – 347
Günthart, Romy/Erich Günthart, Spanische Eröffnung 1936 – 418
- Hans, Barbara, Inszenierung von Politik – 476
Harich, Wolfgang, Georg Lukács – 476
Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ – 476
Hausner, Uli, Karrieredestination Europäisches Parlament – 477
Hedeler, Wladislaw (Hrsg.), Die Russische Linke zwischen März und November 1917 – 249
Heeß, Katja, Einschränkung der Mehrheitsdemokratie – 477
Heinisch, Reinhard C./Christina Holtz-Bacha/Oscar Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism – 428
Helms, Ludger/David M. Wineroither (Hrsg.), Die österreichische Demokratie im Vergleich – 477
Hemmelmann, Petra, Der Kompass der CDU – 421
Hennette, Stéphanie u. a., Für ein anderes Europa – 420
Hepp, Adalbert/Susanne K. Schmidt (Hrsg.), Auf der Suche nach Problemlösungsfähigkeit – 477
Herbert, Michael, Radbruch'sche Formel und gesetzgeberisches Unterlassen – 477
Hermann, Konstantin/Gerhard Lindemann (Hrsg.), Zwischen Christuskreuz und Hakenkreuz – 477
Hetzel, Andreas (Hrsg.), Radikale Demokratie – 477
Hillje, Johannes, Propaganda 4.0 – 426
Hilz, Wolfram, Deutsche Außenpolitik – 478
Hindrichs, Gunnar, Philosophie der Revolution – 478
Holzer, Anton (Hrsg.), Krieg nach dem Krieg – 478
Hombach, Bodo/Edmund Stoiber (Hrsg.), Europa in der Krise – 422
Hornig, Eike-Christian, Mythos direkte Demokratie – 478
Hösle, Vittorio, Russland 1917-2017 – 424
Hug, Adam (Hrsg.), The Information Battle – 478
Human Rights Watch (Hrsg.), World Report 2017 – 478
- Ilkowski, Filip, Capitalist Imperialism in Contemporary Theoretical Frameworks – 478
Ipsos, Global Views on Migration and the Refugee Crisis – 479
Isenböck, Peter, Sinn, Wert und Erfahrung – 479
- Jacob, Daniel/Bernd Ladwig/Cord Schmelzle (Hrsg.), Normative Fragen von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – 479
Jacob, Daniel/Thorsten Thiel (Hrsg.), Politische Theorie und Digitalisierung – 479
Jänicke, Christin/Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.), 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland – 425
Jarausch, Konrad H./Christian F. Ostermann/Andreas Etges (Hrsg.), The Cold War – 479
Jones, Gareth Stedman, Karl Marx – 454
Jones, Mark, Am Anfang war Gewalt – 479
Jork, Rainer/Günter Knoblauch (Hrsg.), Zwischen Humor und Repression – 479
Jörke, Dirk/Oliver Nachtwey (Hrsg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie – 428

Literatur

Jörke, Dirk/Veith Selk, Theorien des Populismus zur Einführung – 426

Judson, Pieter M., Habsburg – 480

Kalden, Sebastian, Über Kreuz in der Raketenfrage – 350

Kalicha, Sebastian, Gewaltfreier Anarchismus & anarchistischer Pazifismus – 480

Käppner, Joachim, 1918 – 480

Karner, Stefan/Gerhard Botz/Helmut Konrad (Hrsg.), Epochenbrüche im 20. Jahrhundert – 480

Kaupert, Madeline, Policy Payoffs in Koalitionsverhandlungen – 429

Kellerhoff, Sven Felix, Die NSDAP – 430

Kellermann, Philippe (Hrsg.), Anarchismus und Russische Revolution – 249

Kersten, Jens, Schwarmdemokratie – 480

Kirchheimer, Otto, Weimar... und was dann? – 306

Kleffner, Heike/Matthias Meisner (Hrsg.), Unter Sachsen – 480 f.

Klima, André u. a. (Hrsg.), Exit Polls und Hybrid-Modelle – 481

Klötzing-Madest, Ulrike, Der Marxismus-Leninismus in der DDR – eine politische Religion? – 431

Koenen, Gerd, Die Farbe Rot – 249

Kohlmann, Sebastian, Frank-Walter Steinmeier – 481

Kopke, Christoph/Wolfgang Kühnel (Hrsg.), Demokratie, Freiheit und Sicherheit – 481

Koschmieder, Carsten (Hrsg.), Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen – 460

Krähnke, Uwe u. a., Im Dienst der Staatssicherheit – 433

Krause, André, Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse – 434

Krause, Skadi Siiri, Eine neue Politische Wissenschaft für eine neue Welt – 481

Krause, Ulf von, Bundeswehr und Außenpolitik – 481

Kraushaar, Wolfgang, Die blinden Flecken der RAF – 274

Kremer, Carsten (Hrsg.), Die Verwaltungsrechtswissenschaft in der frühen Bundesrepublik – 481

Kroll, Frank-Lothar, Totalitäre Profile – 435

Kufferath, Philipp, Peter von Oertzen 1924-2008 – 353

Kuhlemann, Frank-Michael/Michael Schäfer (Hrsg.), Kreise, Bünde, Intellektuellen-Netzwerke – 481

Kühne, Olaf, Zur Aktualität von Ralf Dahrendorf – 482

Kühnel, Wolfgang/Helmut Willems (Hrsg.), Politisches Engagement im Jugendalter – 482

Künast, Renate, Hass ist keine Meinung – 443

Lau, Thomas/Volker Reinhardt/Rüdiger Voigt (Hrsg.), Der sterbliche Gott – 482

Leggewie, Claus, Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung – 420

Lehn, Marcel vom, Herrenberg im Nationalsozialismus – 482

Leinen, Jo/Andreas Bummel, Das demokratische Weltparlament – 482

Lemke, Matthias, Demokratie im Ausnahmezustand – 357

Leo, Per/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, Mit Rechten reden – 443

Liebold, Sebastian/Frank Schale (Hrsg.), Neugründung auf alten Werten? – 482

Lindner, Christian, Schattenjahre – 361

Löhnig, Martin, Neue Zeiten – Altes Recht – 416

Lovink, Geert, Im Bann der Plattformen – 482

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke – 437
- Mader, Matthias, Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr – 483
- Mählert, Ulrich u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2017 – 249
- Mangasarian, Leon/Jan Techau, Führungsmacht Deutschland – 447
- Manow, Philip, Die zentralen Nebensächlichkeiten der Demokratie – 483
- Marchand-Lagier, Christèle, Le vote FN – 483
- Marhold, Hartmut (Hrsg.), Europe under Stress – 422
- Mayer, Sabrina Jasmin, Die Parteidentifikation – 438
- Mayer, Tilman/Julia Reuschenbach (Hrsg.), 1917 – 249
- Meier, Horst/Claus Leggewie/Johannes Lichdi (Hrsg.), Das zweite Verbotsverfahren gegen die NPD – 365
- Meifort, Franziska, Ralf Dahrendorf – 369
- Mehring, Reinhard, Carl Schmitt: Denker im Widerstreit – 483
- Merridale, Catherine, Lenins Zug – 249
- Messmer, Arwed, RAF – No Evidence/Kein Beweis – 483
- Milbradt, Björn u. a. (Hrsg.), Ruck nach rechts? – 483
- Milder, Stephen, „Greening Democracy“ – 484
- Miller, David, Fremde in unserer Mitte – 439
- Ministerstvo Unutra České Republiky (Hrsg.), Report on Extremism on the Territory of the Czech Republic in 2016 – 484
- Möllers, Martin H. W./Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2016/2017 – 484
- Mommsen, Margareta, Das Putin-Syndikat – 484
- Morina, Christina, Die Erfindung des Marxismus – 484
- Moritz, Verena, 1917 – 249
- Mudde, Cas (Hrsg.), The Populist Radical Right – 485
- Mudde, Cas, Syriza – 485
- Mullis, Daniel, Krisenproteste in Athen und Frankfurt – 485
- Nancy, Jean-Luc, Die verleugnete Gemeinschaft – 485
- Nancy, Jean-Luc, Was tun? – 485
- Niese, Kristof, „Vademekum“ der Protestbewegung? – 485
- Niess, Wolfgang, Die Revolution von 1918/19 – 486
- Nonn, Christoph, Das deutsche Kaiserreich – 486
- Nouripour, Omid, Was tun gegen Dschihadisten? – 452
- Ober, Josiah, Demopolis – oder was ist Demokratie – 486
- Oehmig, Richard, „Besorgt mal Filme!“ – 441
- Ogien, Albert/Sandra Laugier, Das Prinzip Demokratie – 486
- Olschanski, Reinhard, Der Wille zum Feind – 486
- Oppelt, Martin, Gefährliche Freiheit – 487
- Orth, Stefan/Volker Resing (Hrsg.), AfD, Pegida und Co. – 487
- Osterhammel, Jürgen, Die Flughöhe der Adler – 487

Literatur

Özkan, Hülya, In Erdogans Visier – 487

Paasch-Colberg, Sünje, Die Bedeutung politischer Themen im Wahlkampf – 487

Panreck, Isabelle-Christine, Diskurse als Nährboden demokratischer Außenpolitik – 442

Partmann, Michael, Redistricting – 487

Pausch, Markus, „Demokratie als Revolte“ – 487

Peters, Butz, Hundert Tage – 274

Peters, Butz, 1977 – 274

Pläßmann, Jan Hauke, Demokratie jenseits welchen Staates? – 488

Poier, Klaus/Sandra Saywald-Wedl/Hedwig Unger, Die Themen der „Populisten“ – 434

Prantl, Heribert, Gebrauchsanweisung für Populisten – 443

Praprotnik, Katrin, Parteien und ihre Wahlversprechen – 488

Rackwitz, Martin, Kiel 1918 – 488

Radicalisation Awareness Network (RAN), Responses to returnees – 488

Radkau, Joachim, Geschichte der Zukunft – 488

Radu, Robert, Auguren des Geldes – 444

Reckwitz, Andreas, Die Gesellschaft der Singularitäten – 488

Rennert, Klaus, Hannah Arendt, das Asylrecht und die Menschenwürde – 489

Reuth, Ralf Georg, Annäherungen an Helmut Kohl – 446

Richards, Julian, Extremism, Radicalization and Security – 489

Richter, Hedwig/Hubertus Buchstein (Hrsg.), Kultur und Praxis der Wahlen – 489

Robaszkiewicz, Maria, Übungen im politischen Denken – 489

Rojek, Sebastian, Versunkene Hoffnungen – 489

Rojzman, Charles, Vers les Guerres Civiles – 489

Roos, Ulrich (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik – 447

Saint Victor, Jacques de, Blasphemie – 490

Salzborn, Samuel, Angriff der Antidemokraten – 490

Schäfer, Frank, Henry David Thoreau – 490

Scharsach, Hans-Henning, Stille Machtergreifung – 490

Schattenberg, Susanne, Leonid Breschnew – 490

Scheidler, Fabian, Chaos – 448

Schieder, Wolfgang, Adolf Hitler – 450

Schilling, Heinz, 1517 – 490

Schliesky, Utz (Hrsg.), Gespräche über den Staat – 451

Schlögel, Karl, Das sowjetische Jahrhundert – 249

Schmidt, Roman Léandre, Lettre Internationale – 490

Schönberger, Rolf (Hrsg.), Die Bestimmung des Menschen und die Bedeutung des Staates – 491

Schörken, Rolf, Demokratie lernen – 491

Schünemann, Wolf, In Vielfalt verneint – 373

Schüssler, Susanne (Hrsg.), Wetterbericht – 491

Schütrumpf, Jörn (Hrsg.), Diktatur statt Sozialismus – 249

Verzeichnis der besprochenen Bücher

- Schwarz, Martin/Karl-Heinz Breier/Peter Nitschke, Grundbegriffe der Politik – 491
Schwarzlose, Holger, Allah im Abendland – 452
Schweda, Mark/Ulrich von Bülow (Hrsg.), Entzweite Moderne – 453
Schweizer, Stefan, RAF 1.0 - 3.0. – 274
Sebestyen, Victor, Lenin – 249
Sellner, Martin, Identitär! – 313
Seville, Astrid, „There is no Alternative“ – 411
Siegfried, Detlef, Time is on my side – 491
Skinner, Quentin, Thomas Hobbes und die Person des Staates – 491
Smith, Stephen A., Revolution in Russland – 249
Snyder, Timothy, Über Tyrannei – 492
Speit, Andreas (Hrsg.), Reichsbürger – 407
Sroka, Anna/Fanny Castro-Rial Garrone/Ruben Darío Torres Kumbrián, Radicalism and Terrorism in the 21st Century – 412
Stallmann, Martin, Die Erfindung von „1968“ – 492
Stangel, Matthias/Kristof Niese (Hrsg.), Zwischen allen Stühlen – 492
Steber, Martina, Die Hüter der Begriffe – 376
Stegemann, Bernd, Das Gespenst des Populismus – 426
Steinbach, Armin, Rationale Gesetzgebung – 492
Stier, Sebastian, Internet und Regimotyp – 492
Stockhammer, Robert, 1967 – 492
Streminger, Gerhard, Adam Smith – 402
Süß, Dietmar, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ – 400
Szentiványi, Réka/Béla Teleky (Hrsg.), Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen – 493
- Taillez, Felix de, Zwei Bürgerleben in der Öffentlichkeit – 493
Tauer, Lutz, Über Grenzen – 274
Terhoeven, Petra, Die Rote Armee Fraktion – 274
Theile, Charlotte, Ist die AfD zu stoppen? – 401
Tischer, Jakob, Bürgerbeteiligung und demokratische Legitimation – 493
Tschirschwitz, Lars, Kampf um Konsens – 456
- Unsichtbares Komitee, Jetzt – 448
U.S. Department of State/Office of the Coordinator for Counterterrorism (Hrsg.), Country Reports on Terrorism 2016 – 493
Uterwedde, Henrik, Frankreich – eine Länderkunde – 493
- Van de Beek, Johan/Claire van Dyck, Sultan en de Lokroep van de Jihad – 493
Van der Steen, Bart/Marc de Kesel (Hrsg.), Party, State, Revolution – 493
Van Reybrouck, David, Für einen anderen Populismus – 380
Varoufakis, Yanis, Die ganze Geschichte – 384
Vetter, Angelika/Uwe Remer-Bollow, Bürger und Beteiligung in der Demokratie – 494
Villaines, Astrid de/Marie Labat, Philippot Ier – 494

Literatur

Voigt, Rüdiger, Die Arroganz der Macht – 494

Völkel, Bärbel/Tony Pacyna (Hrsg.), Neorassismus in der Einwanderungsgesellschaft – 494

Wackernagel, Christof, RAF oder Hollywood – 274

Wagner, Hans (Hrsg.), Zeitungsbriefe und Briefzeitungen oder Die Anfänge der Zeitung – 494

Wagner, Thomas, Die Angstmacher – 287

Walter, Franz, Rebellen, Propheten und Tabubrecher – 494

Weckenbrock, Christoph, Schwarz-Grün für Deutschland? – 458

Weckenbrock, Christoph, Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland – 458

Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte – 392

Weißmann, Karlheinz, Kulturbruch '68 – 495

Wensierski, Peter, Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution – 459

Wenzel, Mario, Arbeitszwang und Judenmord – 495

Wiechmann, Jan Ole, Sicherheit neu denken – 495

Wiegand, Marc André, Demokratie und Republik – 495

Wiencierz, Christian, Vertrauen in politische Parteien – 438

Wiesendahl, Elmar (Hrsg.), Parteien und soziale Ungleichheit – 460

Wildt, Michael, Volk, Volksgemeinschaft, AfD – 462

Winkler, Heinrich August, Zerbricht der Westen? – 395

Yendell, Alexander/Gert Pickel/Karolin Dörner (Hrsg.), Innere Sicherheit in Sachsen – 495

Zehnpfennig, Barbara (Hrsg.), Politischer Widerstand – 495

Ziekow, Jan u. a., Die Rechtsextremismus-Datei in der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Praxis – 495

Zorn, Daniel-Pascal, Logik für Demokraten – 496

Mitteilungen und Hinweise

Das neue Onlineportal der Bundesstiftung Aufarbeitung:
www.kommunismusgeschichte.de

Das neue Onlineportal *kommunismusgeschichte.de* der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur präsentiert seit Juni 2017 erstmals umfangreiche und thematisch gebündelte Informationen zur Geschichte des Kommunismus. Die Russische Revolution von 1917 und ihre Folgen prägten das 20. Jahrhundert wie kaum ein anderes Weltereignis. Aus Anlass des 100. Jahrestages richtete die Bundesstiftung den Arbeitsschwerpunkt „Aufarbeitung des Kommunismus“ ein, der die Geschichte der SBZ/DDR in die globale Kommunismusgeschichte einordnet und die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kommunismus, den kommunistischen Diktaturen und den stalinistischen Verbrechen im öffentlichen Diskurs befördert. Gerade in der historisch-politischen sowie der schulischen Bildungsarbeit muss die Beschäftigung mit der zweiten deutschen Diktatur sowie deren Kontextualisierung in der globalen Geschichte kommunistischer Diktaturen und in deren ideologischen Ursprüngen weiter vorangetrieben werden. Der inhaltliche Ansatz für die Website geht von der deutschen Forschungs- und Bildungslandschaft aus, hat aber das Ziel, künftig für alle Bereiche über den nationalen Tellerrand hinaus weltweit wichtige Institutionen und Publikationen einzubinden. Hier bietet die Website *kommunismusgeschichte.de* einen ersten Anlaufpunkt.

Das Angebot richtet sich an Studierende, Wissenschaftler, Mittler der historischen Bildung, Lehrer und Journalisten, die mit *kommunismusgeschichte.de* erstmals unter einer zentralen Adresse ein breites Informations- und Rechercheangebot zum Thema erhalten. In acht Kategorien ermöglicht die Website einen direkten Zugriff auf Bildungsmaterialien, Literatur, Biografien, Filme, Veranstaltungen, Presseberichte, Erinnerungs- und Gedenkort, Radio-Features, Museen, Ausstellungen, Forschungseinrichtungen sowie Quellen, Archive und vieles mehr zum Thema. In derzeit rund 70 Podcasts können Diskussionen und Vorträge zur Kommunismusgeschichte nachgehört werden. Namhafte Historiker geben in der Rubrik „Liesmich!“ Leseempfehlungen zur Geschichte des Kommunismus. Der Bereich „Aktuelles“ informiert über Veranstaltungen sowie Konferenzen und verlinkt auf aktuelle Medienberichterstattung zum Thema.

Das zentrale Suchfeld ermöglicht dem Nutzer auf der Startseite eine freie Suche, deren wichtigste Ergebnisse nach Relevanz sortiert und jeweils übersichtlich für alle Kategorien dargestellt werden. Ein Kernstück der Website ist die digitalisierte Version des *Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung* (JHK), das 1993 von Hermann Weber gegründet wurde und seit 2004 im Auftrag der Bundesstiftung Auf-

arbeitung herausgegeben wird. Die Jahrgänge 2002-2016 sind komplett recherchierbar und als E-Book auf der Website eingestellt. Mit rund 400 verschiedenen Artikeln steht damit ein wissenschaftlich fundiertes Angebot zur Verfügung, über das sich Nutzer zu unterschiedlichen Aspekten der kommunistischen Diktaturen im 20. Jahrhundert informieren können.

Über die Kategorie „BioLex“ sind über 5.800 Einzelbiografien aus drei biographischen Lexika online abrufbar. Das Angebot enthält die Biografien bekannter und unbekannter deutscher Kommunisten bis 1945, von Protagonisten aus der DDR sowie von Dissidenten und Oppositionellen verschiedener Länder des Ostblocks. Hinzu kommen bereits 1.600 Einträge in den Kategorien, die laufend erweitert werden. Zu jedem Einzeleintrag findet der Nutzer der Website einen Text, der alle wichtigen Informationen zum Inhalt, z. B. einem Buch oder einer Ausstellung, bereitstellt, sowie Zusatzinformationen, weiterführende Links, PDF-Dateien, Fotos und multimediale Inhalte.

Alle Einträge, die mit einem bestimmten Ort auf der Welt verknüpft sind, können über einen Kartenausschnitt direkt in der interaktiven Karte der Website recherchiert und ausgewählt werden. Die Kartenansicht bietet einen intuitiven Zugang zur Website für alle, die sich über Angebote und Ausstellungen in ihrem lokalen Umfeld informieren wollen. Der Kartenfilter macht es dem User aber auch möglich, sich gezielt relevante Inhalte, wie zum Beispiel Archive zur Kommunismusgeschichte weltweit anzeigen zu lassen. Eine Chronik mit einer Zeitleiste wirft zudem Schlaglichter auf die internationale Geschichte des Kommunismus und rundet das Portal ab. Die Karte und die Chronik bieten auch für den zeithistorisch interessierten Bürger einen guten Einstieg in die Website. Die Website ist ein Online-Lotse für alle, die sich mit der Geschichte des Kommunismus beschäftigen.

Eine Website der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; Kontakt: Katharina Hochmuth, Kronenstraße 5, 10117 Berlin, E-Mail: kontakt@kommunismusgeschichte.de, Internet: www.kommunismusgeschichte.de

Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus steht Menschen, die in ihrer privaten oder beruflichen Umgebung mit Rechtsextremismus konfrontiert sind, mit Informationen und Rat zur Seite. Denn wenn der eigene Sohn plötzlich neue „Freunde“ mit nach Hause bringt und Rechtsrock hört, wenn die Kollegin am Arbeitsplatz rassistische Parolen wiedergibt oder der türkische Sportkamerad im Verein gemobbt wird, reagiert das Umfeld häufig hilflos.

Besonders denjenigen, die Hilfe in Anspruch nehmen, aber anonym bleiben möchten, bietet die Online-Beratung seit 2008 schnelle und kompetente Unterstützung. Da das Angebot virtuell nutzbar und zeitlich flexibel ist, ist die Hemmschwelle gering, sich an das Projekt zu wenden. Deshalb ist es auch geeignet, präventiv wirksam zu werden. So werden vorwiegend Menschen erreicht, die eine herkömmli-

che Beratung aufgrund räumlicher Distanz, Scham oder Angst nicht aufsuchen würden. Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus hat damit eine Lücke in der Beratungslandschaft gefüllt. Sie stellt so eine niedrigschwellige Möglichkeit dar, sich mit einem konkreten Problem auseinanderzusetzen, ohne direkten, persönlichen Kontakt aufnehmen zu müssen – für nicht wenige Ratsuchende ein entlastender Umstand.

Die Beratung findet je nach Wunsch der Hilfesuchenden über E-Mail, als Einzel- oder Gruppenchat statt. Die Plattform der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus verfügt über eine sichere SSL-Verbindung, ist kostenlos, ortsunabhängig und streng vertraulich. Auf der Homepage www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de ist darüber hinaus eine Datenbank mit regionalen Anlaufstellen eingestellt, die Betroffenen über Postleitzahlensuche Beratungsstellen vor Ort anzeigt.

Die Mitarbeitenden der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus verfügen über einen sozialwissenschaftlichen Hochschulabschluss, eine Ausbildung in systemisch-lösungsorientierter Kurzzeitberatung und/oder eine Zusatzqualifikation in Online-Beratung. Seit 2008 konnten annähernd 3.000 Beratungen durchgeführt werden.

Die Ratsuchenden erhalten eine individuelle Beratung zu ihrer jeweiligen Fragestellung. Das Spektrum der Anfragen ist breit und reicht von der eher psychosozialen Beratung von Eltern rechtsextremer Jugendlicher mit hoher persönlicher Betroffenheit, über allgemeine Informationsanfragen zum Phänomen Rechtsextremismus bis hin zu Projektberatung für engagierte Personen oder Gruppierungen. Insofern gibt es größtmögliche thematische Offenheit und eine entsprechende Expertise im Beratungsteam. Zudem ist die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus breit vernetzt. Gegebenenfalls werden kompetente Projektpartner wie *jugendschutz.net*, die Demokratiezentren in den einzelnen Bundesländern oder anderweitige Beratungsstrukturen oder wissenschaftliche Einrichtungen, wie der Bereich Praxisorientierte Politikwissenschaft der Fachhochschule Dortmund oder das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin hinzugezogen bzw. um Unterstützung gebeten. Das Prinzip der strikten Anonymität der Ratsuchenden setzt allerdings für diese Fälle deren Einverständnis voraus, vor allem, wenn es darum geht, die Ratsuchenden an andere zu verweisen. Sind sie damit einverstanden, kann die weitere Beratung auch in Kooperation mit weiteren Experten erfolgen.

Die Online-Beratung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unter der Leitung von Martin Ziegenhagen, Fachbereichsleiter Extremismusprävention.

Kontakt: Martin Ziegenhagen, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin; E-Mail: ziegenhagen@gegen-vergessen.de; Telefon: 030 263 978 3; Internet: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de.

Personenverzeichnis

- Abdullah, Ahmad Abdulaziz Abdullah 184
Abel, Werner 420
Abou-Nagie, Ibrahim 184
Abu-Jamal, Mumia 244 f.
Adamczak, Bini 464
Adamson, Gören 225
Adenauer, Konrad 348, 421, 446, 473
Adler, Friedrich 484
Adler, Max 307 f.
Adorno, Theodor W. 470, 487
Ahlhaus, Christoph 61, 67, 73
Ahlheim, Klaus 464
Åkesson, Jimmy 17
Akkerman, Agnes 126
Al-Assad, Baschar 388
Al-Serori, Leila 214
Albani, Bernd 399
Albert, Gleb J. 464
Albig, Torsten 114
Albrecht, Clemens 9, 287
Albrecht, Holger 35 f.
Albright, Madeleine 143
Alemann, Ulrich von 306, 461
Alexander II. 253
Alexy, Robert 477
Alfonso, Carillo 235
Ali, Tariq 231
Altenhof, Ralf 82, 99, 319
Altrichter, Helmut 249 f.
Alvater, Elmar 230
Amann, Melanie 195, 199, 206, 464
Ameri-Siemens, Anne 274
Ammon, Herbert 337
Apelt, Andreas H. 464
Appadurai, Arjun 474
Ardenne, Manfred von 354
Arendt, Hannah 302, 462, 489, 492
Aris, Nancy 399
Aristoteles 486
Arnim, Hans Herbert von 465
Aron, Raymond 431 f.
Auernheimer, Gustav 354
Aust, Martin 249, 261
Aust, Stefan 274 f., 278, 283
Avkian, Bob 239
Azzelini, Dario 231
Baader, Andreas 83 f., 86, 94 f., 97, 274 f., 277, 279-281, 283 f.
Babrowski, Jörg 110, 252 f., 262
Bachmann, Lutz 191
Backes, Uwe 9, 13, 15 f., 21, 24, 31 f., 34, 37, 57, 62, 66, 79-81, 84-89, 92 f., 99, 103, 134, 149 f., 153, 157, 160-162, 165 f., 212, 227, 240, 243, 274, 357
Badiou, Alain 465, 472, 490
Baeyer-Katte, Wanda von 82, 86
Bajohr, Stefan 116
Bakker, Edwin 465
Bakutz, Sandra 236
Balibar, Étienne 434
Bandhauer-Schöffmann, Irene 91
Barani, Aitak 238
Baricelli, Michele 400
Barret, Richard 181
Bartsch, Dietmar 107
Bartsch, Günter 295
Bartsch, Kurt 465
Bartsch, Michael 197
Baudewin, Christian 57
Bauer, Alain 465
Bauer, Susanne 465
Bauer, Gustav 469
Baum, Erika 233 f.
Baum, Gerhart 283
Bauman, Zygmunt 474
Baumgärtner, Maik 81
Baur, Nina 28
Bax, Daniel 22
Bayrakli, Enes 227, 466
Bayran, Canan 239
Bebel, August 336
Bebnowski, David 15
Becker, Manuel 433
Becker, Rolf 232
Becker, Verena 278, 282

Personenverzeichnis

- Beckett, Samuel 385
 Beckstein, Günther 61, 64, 67, 69, 77
 Bednarz, Dan 466
 Bedock, Camille 466
 Beetham, David 42, 45
 Behnke, Joachim 28, 323 f.
 Behnke, Nathalie 28
 Behrends, Jan Claas 249, 251, 272
 Behrens, Fritz 61, 76
 Bejarano, Esther 237
 Bellen, Alexander van der 214, 226
 Ben Ghazi, Sami 235
 Bendel, Petra 22, 27, 35
 Bender, Justus 15, 133 f., 206, 401
 Bengtson-Krallert, Matthias 466
 Benneckenstein, Heidi 466
 Benoist, Alain de 288 f., 291, 297 f.
 Benotman, Noman 185
 Bergengruen, Werner 436
 Berger, Dan 236
 Berghaus, Stephan 241
 Bergien, Rüdiger 327, 329
 Bergsdorf, Harald 406
 Berlekamp, Hinnerk 219
 Bernbeck, Reinhard 466
 Bernecker, Roland 467
 Bernhardt, Markus 467
 Bernstein, Eduard 484
 Berzel, Alexander 199
 Berzel, Sultan 493
 Betz, Hans-Georg 225
 Beutin, Lorenz Gösta 239
 Beyrau, Dietrich 257, 261, 271, 467
 Biedenkopf, Kurt 457
 Bierbaum, Heinz 235 f.
 Bigalke, Rudi 449
 Bigus, Achim 234
 Bisky, Lothar 233
 Bismarck, Otto von 206, 446
 Bjørge, Tore 82
 Blair, Tony 354
 Blanchot, Maurice 485
 Blank, Christoph 467
 Blocher, Christoph 402
 Blom, Philipp 145, 467
 Bobbio, Norberto 32
 Bobyleva, Svetlana 266
 Boch, Rudolf 468
 Bock, Norman 240, 244 f.
 Böckelmann, Frank 289, 291, 293, 297, 363, 453 f.
 Bogaards, Matthijs 35
 Böhles, Marcel 404
 Böhme, Irene 465
 Böhnhardt, Uwe 83, 85
 Bohrer, Karl Heinz 331-334
 Bollmann, Ralph 363
 Bolz, Eugen 476
 Bonhoeffer, Dietrich 436
 Boock, Peter-Jürgen 282, 285
 Booß, Christian 468
 Borchmeyer, Dieter 468
 Borggräfe, Henning 468
 Borgstede, Simone 240
 Botsch, Gideon 468
 Botz, Gerhard 480
 Bourdieu, Pierre 466, 494
 Bourne, Angela 71
 Boventer, Paul Gregor 57
 Box-Steffensmeier, Janet M. 34
 Bracher, Karl Dietrich 28
 Brady, Henry 34
 Bram, Heinrich 419
 Brandt, Peter 335-338, 469
 Brandt, Willy 288, 348, 370, 406, 469
 Bratu, Christine 402 f.
 Braun, Otto 469
 Braun, Bernd 469
 Braun, Stephan 177
 Braune, Andreas 403
 Brauneder, Wilhelm 227
 Brecht, Bertolt 300
 Brechtken, Magnus 405, 497
 Bredow, Wilfried von 8, 313
 Breier, Karl-Heinz 491
 Brennan, Jason 469
 Breschnew, Leonid 270, 490
 Bretschneider, Harald 351, 399
 Brie, André 230
 Brie, Michael 257
 Brocker, Manfred 239
 Bröckling, Ulrich 469
 Brombacher, Ellen 230, 238
 Brömmel, Winfried 469
 Brönnner, Steffi 198
 Brumlik, Micha 176, 230
 Brüning, Heinrich 306
 Brunner, Frank 425

Personenverzeichnis

- Bruns, Julian 165, 167, 170 f., 313
 Brzeziński, Zbigniew 316
 Buback, Michael 274, 282
 Buback, Siegfried 81, 94, 276, 282, 456
 Buchenau, Günter 399
 Bücher, Karl 494
 Buchstein, Hubertus 8, 306 f., 311, 406, 489
 Bucklerl, Sonja 411
 Budjonnyj, Semjon Michailowitsch 263
 Bukow, Sebastian 460 f.
 Bulling-Schröter, Eva 161
 Bülow, Ulrich von 453
 Bummel, Andreas 482
 Bunk, Sarah 82, 99, 319
 Burke, Edmund 377
 Busch, Ernst 427
 Buschbom, Jan 319 f.
 Büscher, Wolfgang 193, 206
 Buß, Klaus 62
 Butterwegge, Christoph 31
 Buttolo, Albrecht 62, 64
 Butzlaff, Felix 161
 Byman, Daniel 181, 187, 189
- Callinicos, Alex 478
 Camus, Albert 487
 Camus, Renaud 203
 Can, Ali 470
 Capdepón, Ulrike 416
 Carls, Ottmar 156
 Carstens, Peter 363
 Castro-Rial Garrone, Fanny 412
 Castro, Fidel 238 f.
 Ceaşescu, Nicolae 416
 Celenk, Hasan 184
 Chakrabarty, Dipesh 397
 Chávez, Hugo 235, 428
 Chiang, Kai-shek 265
 Chossudowsky, Michel 236
 Christ, Julia 470
 Chruschtschow, Nikita S. 156, 270, 490
 Claus, Robert 407
 Claus, Roland 230
 Clinton, Hillary 408 f.
 Clough, Patricia 283
 Coelho, Maria do Socorro Gomes 236 f.
 Collier, David 34 f., 43
 Coolsaet, Rik 182 f., 185
 Corbyn, Jeremy 126
- Corney, Frederick C. 269
 Correa, Rafael 428
 Courtois, Stéphane 243, 470
 Crefeld, Martin van 412
 Crenshaw, Martha 183
 Croissant, Aurel 22, 27, 35, 39, 43, 470
 Croissant, Claus 285
 Crouch, Colin 411, 460 f.
 Cruzcampo, Oliver 135
- Das Gupta, Oliver 214
 D'Hondt, Victor 325 f.
 Daase, Christopher 471
 Dachs, Herbert 227
 Dahl, Robert A. 36, 41
 Dahrendorf, Gustav 369
 Dahrendorf, Ralf 363, 369-371, 481
 Dalos, György 144
 Dalton, Russell J. 339-341
 Dath, Dietmar 235 f.
 Davis, Angela 231
 Dawkins, Richard 170
 Decker, Frank 20, 22, 103 f., 151-153, 324, 347, 434
 Defoe, Daniel 410
 Dehm, Dieter 230
 Deichmann, Carl 319 f.
 Delius, Friedrich Christian 283
 Dellheim, Judith 230
 Dellwo, Karl Heinz 240, 284
 Deng Xiaoping 271
 Denikin, Anton Iwanowitsch 263
 Denton, Robert E. 408 f.
 Deppe, Frank 411
 Deppisch, Sven 471
 Deres, Michael 57
 Derrida, Jacques 409 f.
 Deutz-Schroeder, Monika 160 f.
 Diamond, Larry 35
 Dierse, Ulrich 454
 Dietrich, Nico 173
 Dietze, Sascha 471
 Dijsselbloem, Jeroen 384
 Dikötter, Frank 415 f.
 Dikovich, Albert 404
 Dilling, Matthias 422
 Dittfurth, Jutta 230 f., 235 f.
 Dittberner, Jürgen 361
 Dittmeyer, Moritz 402 f.

Personenverzeichnis

- Doberitzsch, Kai 456
Dodwell, Brian 188
Dollfuß, Engelbert 219
Dorgerloh, Fritz 352
Dormals, Michel 450 f.
Dörner, Karolin 495
Dornheim, Katrin 234
Draghi, Mario 384
Drecoll, Axel 497
Dreier, Horst 359
Dreyer, Michael 403
Dülffer, Jost 335
Dunn, Scott 408
Dürr, Josef 113
Dutschke, Rudi 84, 278, 285, 295 f., 337, 370, 492
Dworok, Gerrit 492
Dzierżyński, Felix 433

Eberl, Oliver 411
Ebermann, Thomas 230
Ebert, Friedrich 243, 469
Eder, Sebastian 129
Edison, Thomas 234
Egyed, Marie-Theres 215
Ehmer, Josef 227
Ehrhart, Hans Georg 412
Ehrlich, Eugen 473
Eichberg, Henning 289, 295 f., 298
Eicher, Claudia 35, 39, 43
Eisfeld, Alfred 266
Ekardt, Felix 471
Elsässer, Jürgen 200, 205, 230-232
Elsbach, Sebastian 404
Eltschaninoff, Michel 471
Embacher, Helga 319, 321
Engel, Stefan 157, 162
Engelberg, Ernst 337
Engelmann, Peter 465
Engels, Friedrich 91, 149, 272, 455
Ensslin, Gudrun 83 f., 94, 97, 274 f., 277, 280 f., 283 f.
Enzensberger, Hans Magnus 485
Enzmänn, Birgit 38, 42, 45, 47, 50
Eppler, Erhard 457
Erdoğan, Recep Tayyip 398, 487
Erhard, Ludwig 348, 474
Eschen, Klaus 84, 283
Etges, Andreas 479

Everts, Carmen 32
Evola, Julius 176

Faas, Thorsten 472
Fallend, Franz 226
Faludi, Christian 404
Faraldo, José M. 269
Fechtner, Gabi 157
Felke, Catharina 219
Fenske, Reiner 404
Fest, Joachim 405
Fetscher, Iring 89
Feynet, François 465
Fiedler, Maria 195, 198
Finer, Samuel E. 48
Fink, Heinrich 232
Finkelde, Dominik 472
Fischer, Fritz 345
Fischer, Joseph Martin („Joschka“) 111
Fischer, Michael 84, 280
Fleischhauer, Eva Ingeborg 249, 251, 253-255, 258
Flemming, Lars 365
Florath, Bernd 389
Flounders, Sara 233
Flümann, Gereon 17, 26, 57, 62
Folkerts, Knut 282
Förner, Sean 474
Förster, Annette 472
Forsthoff, Ernst 378
Fortuyn, Pim 434 f.
Foschepoth, Josef 342-345
Foucault, Michel 469
Fraenkel, Ernst 307
Franceschini, Christoph 472
Franco, Francisco 418
Franke, Siegfried F. 472
Frankenberger, Rolf 35 f.
Franz, Frank 134 f.
François, Etienne 144, 147
Fraser, Nancy 474
Frech, Siegfried 14
Freeden, Michael 19, 376
Frehse, Lea 169
Frei, Norbert 472
Freimüller, Tobias 416
Freitag, Jan 17
Frick, Verena 452, 473
Friedrich, Carl Joachim 316

Personenverzeichnis

- Friedrich, Michael 321
 Frielinghaus, Dieter 231, 238
 Frieze, Heidrun 413
 Frindte, Wolfgang 173
 Frischling, Lena 473
 Fritzsche, Erik 497
 Fröhlich, Gregor 473
 Frölich-Steffen, Susanne 226
 Früchtel, Joseph 454
 Fuchs, Christina 192
 Fuchs, Franz 216 f.
 Fuhrer, Armin 473
 Fukuyama, Francis 472
 Fülberth, Georg 230, 235 f.
 Fulbrook, Mary 144
 Funke, Hajo 473
 Furet, François 415 f.
 Füst, Juliane 270
- Gäbler, Bernd 435
 Gagné, Jérémie 104
 Gall, Reinhold 62
 Gallus, Alexander 8, 24, 31, 33, 37, 84 f., 103,
 144, 146, 274, 281
 Ganzenmüller, Jörg 416
 Gapon, Georgij 253
 Garton Ash, Timothy 144
 Gaschke, Susanne 421 f.
 Gasser, Florian 214
 Gassert, Philipp 473 f.
 Gauland, Alexander 106, 133 f., 178, 191,
 195-198, 381, 392, 435
 Geddes, Barbara 37
 Geden, Franz 226
 Gehlen, Arnold 201 f., 288, 378
 Gehrcke, Wolfgang 161, 230
 Geiger, Tim 474
 Geiger, Willi 344
 Geiges, Lars 463
 Geiselberger, Heinrich 474
 Geisler, Alexander 177
 Geissler, Christian 232
 Geißler, Heiner 457
 Gentele, Siegfried 198
 Gentile, Emilio 431 f.
 Gerber, Stefan 331
 Gerlach, Julia 56-59, 62, 64-67, 70, 76
 Gersin, Enrico 173
 Gerster, Martin 177
- Gerwarth, Robert 144, 474
 Ghonghadze, Dominik 454
 Giddens, Anthony 371
 Gidin, Sam 478
 Giersch, Carsten 474
 Glaab, Manuela 474
 Gleichauf, Ingeborg 274, 281
 Glöckner, Olaf 474
 Glösel, Kathrin 165, 167, 170 f., 313
 Glotz, Peter 456 f.
 Goebbels, Joseph 427
 Goering, Timothy D. 474
 Goertz, Gary 51
 Goethe, Johann Wolfgang von 355
 Goffman, Erving 466
 Goodwin, Matthew 223
 Gorbatschow, Michail S. 270, 424
 Gordon, Gregory 475
 Górny, Maciej 270
 Götz, Irene 475
 Götze, Wasja Bernd 465
 Grabbe, Katharina 241
 Grabow, Karsten 226
 Graf, Martin 218
 Gräfe, Sebastian 10, 86, 92, 417 f.
 Grams, Wolfgang 276
 Gramsci, Antonio 289 f., 315, 477
 Gransow, Christiana 409, 430
 Grasser, Karl-Heinz 213
 Grasshoff, Richard 494
 Grätz, Ronald 467
 Grebing, Helga 475
 Greiner, Bettina 147
 Grigat, Stephan 475
 Grimm, Dieter 343
 Groenewold, Kurt 276
 Grofman, Bernard 325
 Grol, Peter 465
 Großbölting, Thomas 446
 Große Kracht, Klaus 454
 Grothe, Ewald 475
 Grottian, Peter 232
 Grotz, Florian 19, 323 f., 339
 Gruenter, Undine 332
 Grumke, Thomas 174, 387, 389, 391
 Grünberg, Kurt 475
 Grunden, Timo 476
 Grundmann, Cornelia 57
 Grunow, Dieter 476

Personenverzeichnis

- Grüttner, Michael 400
 Gu, Xuewu 272
 Guérot, Ulrike 420 f.
 Guesde, Jules 484
 Guevara, Ernesto („Che“) 224
 Güllner, Manfred 347, 349
 Gumbrecht, Hans Ulrich 333
 Gündogan, Ilkay 144
 Günthart, Erich 418 f.
 Günthart, Romy 418 f.
 Günthart, Walter 419
 Günther, Daniel 114
 Gurland, Arkadij 307, 310 f.
 Gusenbauer, Alfred 213
 Guth, Dana 120
 Gysi, Gregor 108, 235

 Haas, Ludwig 475
 Haas, Melanie 23
 Haas, Melina 153, 158
 Habeck, Robert 450
 Habermas, Jürgen 296, 309, 488
 Hacke, Jens 369, 453 f.
 Hadenius, Axel 37 f.
 Hafez, Farid 466
 Hager, Kurt 329
 Haider, Jörg 210-215, 224, 226
 Hamm, Mark S. 179
 Hampel, Armin P. 120
 Hans, Barbara 476
 Hardraht, Klaus 62, 64
 Hardt, Michael 478
 Harich, Wolfgang 476
 Hartlapp, Miriam 46
 Hartleb, Florian 8, 12, 19, 216, 226, 435
 Hartmann, Christian 497
 Harvey, David 478
 Harwardt, Darius 474
 Hättich, Manfred G. 38
 Haubner, Ursula 212
 Hauer, Nina 230
 Haupt, Friederike 193, 199
 Hauser, Dorothea 89
 Häusler, Alexander 165
 Hausmann, Guido 266
 Hausner, Siegfried 284
 Hausner, Uli 477
 Havez, Farid 227
 Heath, Edward 377

 Hedeler, Wladislaw 249, 251, 255, 257, 260, 264
 Heeß, Katja 477
 Hegghammer, Thomas 180-182, 188
 Heidegger, Martin 176, 296, 410, 485
 Heil, Georg 184
 Heine, Heinrich 117
 Heinecke, Gabriele 236
 Heinemann, Torsten 465
 Heinisch, Reinhard C. 19, 226, 428
 Heinke, Daniel H. 185 f.
 Heisbourg, François 448
 Heise, Thorsten 135, 207
 Heitmeyer, Wilhelm 82
 Helldorf, Wolf-Heinrich von 436
 Heller, Hermann 310
 Helms, Ludger 477
 Hemmelmann, Petra 421
 Henkel, Hans-Olaf 195
 Hennecke, Hans-Jörg 473 f.
 Hennette, Stéphanie 420
 Henning, Christoph 454
 Henning, Gabriele 245
 Hennis, Wilhelm 378
 Hensel, Alexander 459
 Hentges, Gudrun 166, 175 f.
 Hepp, Adalbert 477
 Hepp, Odfried 86 f., 92, 98 f.
 Herb, Karlfriedrich 239
 Herbert, Michael 477
 Herder, Johann Gottfried 202
 Hermann, Konstantin 477
 Herreiner, Matthias 138
 Herrmann, Jörg 84, 279
 Hertel, Gerhard 274
 Herweg, Alan 173
 Hetzel, Andreas 477
 Heuer, Richard J. 35, 51
 Heyer, Andreas 476
 Hidalgo, Oliver 412
 Hikschi, Uwe 231
 Hilger, Andreas 270
 Hillegaart, Heinz 284
 Hiller, Kurt 404
 Hillje, Johannes 426 f.
 Hilmer, Richard 104
 Hilsberg, Stephan 437
 Hilz, Wolfram 478
 Himmler, Heinrich 405
 Hindenburg, Paul von 431

Personenverzeichnis

- Hindrichs, Gunnar 478
Hipp, Ann-Kathrin 168
Hirsch, Burkhard 283
Hirsch, Michael 411
Hirscher, Gerhard 33, 83, 97, 227
Hirschmann, Albert 466
Hirschmann, Kai 453
Hitler, Adolf 202, 204, 206, 217, 269, 292, 302, 312, 330 f., 380, 405, 424, 435 f., 450
Hobbes, Thomas 482, 491 f.
Hochmuth, Katharina 510
Höcke, Björn 9, 132 f., 191-207, 292
Hoeres, Peter 475
Hoesch, Leopold von 404
Hofer, Norbert 213-215, 225 f.
Höffe, Otfried 454
Hoffmann, Bruce 93
Hofmann, Hans 56
Hofmann, Sieglinde 276
Hofsommer, Heiner 193
Hohlmeier, Monika 283
Höhn, Friederike 404
Hollande, François 358
Holm, Andrej 240, 425 f.
Holtz-Bacha, Christina 428
Holz, Hans Heinz 231-233
Holzer, Anton 478
Hombach, Bodo 422 f.
Honecker, Erich 133, 327-329, 397, 399
Honsik, Gerd 217
Hopfauf, Axel 56
Höpker-Aschoff, Hermann 344
Hoppe, Bert 268
Horchem, Hans Josef 95
Horkheimer, Max 312
Hornig, Eike-Christian 478
Hösle, Vittorio 424
Houellebecq, Michel 317
Howanietz, Michael 214
Huber, Eduard 205
Huber, Peter M. 451
Hufer, Klaus-Peter 19
Hug, Adam 478
Hüllen, Rudolf van 15, 152, 319 f., 387, 389, 391, 426
Hürter, Johannes 497
Hussein, Saddam 212
Huth, Stefan 239, 244
Ilkowski, Filip 478
Illner, Maybritt 213
Illouz, Eva 474
Ipsen, Jörg 367
Irving, David 209
Isenböck, Peter 479
Ivaldi, Gilles 126
Jacob, Daniel 479
Jaeger, Mona 129
Jäger, Thomas 423
Jahn, Detlef 34
Jahnn, Hans Henny 281
Janetzki, Maximilian 476
Jänicke, Christin 425
Janz, Oliver 147
Jarausch, Konrad H. 479
Jaschke, Hans-Gerd 57, 388, 430
Jaurès, Jean 484
Jelinek, Elfriede 218
Jelpke, Ulla 231, 235
Jelzin, Boris 270
Jesse, Eckhard 9, 13, 16-19, 24, 31-33, 37, 57, 62, 66, 83-86, 92, 97 f., 103 f., 122, 125, 134, 149-153, 157, 160 f., 165 f., 209, 212, 226, 240, 243, 245, 274 f., 281, 319 f., 366, 438
Jesse, Peter 283
Jobs, Steve 363
Jones, Gareth Stedman 454-456
Jones, Mark 479
Jongen, Marc 401
Jork, Rainer 479
Jörke, Dirk 411, 426, 428
Joscelyn, Thomas 189
Jouvenel, Bertrand de 358
Jovanovic, Zivadin 236
Judson, Pieter M. 480
Judt, Tony 145 f.
Jun, Uwe 460 f.
Jung, Michael, 400
Jünger, Ernst 170, 202, 296, 378, 393
Jürgensen, Bettina 154 f., 234
Jürgensen, Patrik K. 154
Kaergaard, Koustrop 236
Kahles, Hans 419
Kailitz, Steffen 15, 22 f., 35, 37, 39, 57, 62, 87, 151
Kaindl, Christa 234

Personenverzeichnis

Kaiser, Benedikt 294 f.	Kluge, Alexander 333
Kalden, Sebastian 350, 352	Kluge, Matthias 350
Kaldor, Mary 412	Knake-Werner, Heidi 161
Kalicha, Sebastian 480	Kneip, Sascha 470
Kaltenegger, Ernst 219	Kneissl, Karin 217, 224
Kaltwasser, Cristóbal Rovira 19	Knelangen, Wilhelm 114-116
Kamann, Matthias 133 f.	Kneuer, Marianne 173, 175
Kannengießer, Christoph 56	Knoblauch, Günter 479
Kantorowicz, Hermann 473	Knocke, Roy 474
Karl, Terry Lynn 35	Köbele, Patrick 127, 155 f., 162, 238
Karner, Stefan 480	Koch, Adolf 494
Kastrup, Wolfgang 295	Köcher, Renate 144
Katkow, George 259	Kocka, Jürgen 144
Katzer, Nikolaus 249, 251, 269	Koenen, Gerd 9, 249 f., 271, 290
Kaul, Karl Friedrich 344	Kohl, Helmut 192, 348, 446 f., 474
Kaupa, Clemens 390	Kohler, Berthold 143 f.
Kaupert, Madeline 430	Köhler, Horst 232
Kautsky, Karl Johann 484	Köhler, Kevin 36
Keller, Patrick 410	Köhler, Otto 232, 237
Kellerhoff, Sven Felix 147, 430 f.	Köhler, Sigrid G. 241
Kellermann, Philippe 249, 251, 263	Köhler, Volker 404
Kellershohn, Helmut 295	Kohlmann, Sebastian 481
Kelsen, Hans 342	Kohlstruck, Michael 388
Kemper, Andreas 203, 207	Kökgiran, Gürcan 166, 175 f.
Kenski, Henry C. 409	Kołakowski, Leszek 456
Kenski, Kate M. 409	Köllner, Patrick 22, 35, 37
Kerenskij, Alexander F. 255-257, 259	Kolter, Marianne 114
Kershaw, Ian 145	Konawitter, Michael 233
Kersten, Jens 480	Könczöl, Barbara 229
Kesel, Marc de 493	Kondrašín, Viktor 266
Kessler, Harry Clemens Ulrich Graf von 478	König, Helmut 469
Kexel, Walter 86 f., 92, 98 f.	Konrad, Helmut 480
Khamenei, Ali 140	Kopeinig, Margaretha 212
Khosrokhavar, Farhad 180	Kopke, Christoph 464, 481
Kickl, Herbert 224, 227	Köppen, Paul 404
Kiechle, Martin 416	Koppetsch, Cornelia 428
Kiesinger, Kurt Georg 370, 474	Köppl, Stefan 210
Kipping, Katja 107	Kornilow, Lawr Georgijewitsch 259
Kirchheimer, Otto 8, 306-312, 406 f.	Korte, Karl-Rudolf 20
Klamt, Martin 55	Körting, Ehrhart 62, 63
Klar, Christian 232, 241, 282	Koschmieder, Carsten 460 f.
Klecha, Stephan 461	Koschmieder, Dieter 232
Kleffner, Heike 481	Koselleck, Reinhart 464, 489
Klein, Angela 232	Kositza, Ellen 289, 291 f., 297
Kielmansegg, Peter Graf 42, 50	Kowalczyk, Ilko-Sascha 400, 424
Klima, André 480	Krabbe, Hanna 284
Klose, Joachim 166	Kraft, Hannelore 116
Klötzing-Madest, Ulrike 431 f.	Krahnepohl, Uwe 210
Kluckhohn, Clyde 36	Krähnke, Uwe 433

Personenverzeichnis

- Kramp-Karrenbauer, Annegret 112
Kraski, Tim 403
Krastev, Ivan 474
Kratz, Agatha 119
Krause, André 434
Krause, Joachim 237
Krause, Skadi Siiri 481
Krause, Ulf von 481
Krause, Werner 428
Kraushaar, Wolfgang 31, 83, 89, 99, 274 f., 278 f.
283, 286, 296
Kreisky, Bruno 469
Kreißel, Philip 171 f., 177
Kremer, Carsten 481
Kriesbauer, Arabella 217
Krivine, Alain 231
Krockow, Christian Graf von 296
Kroll, Frank-Lothar 435 f., 468
Kronauer, Jörg 236
Kröske, Wolfgang 239
Krumeich, Gerd 144
Krzemiński, Adam 144
Kubitschek, Götz 169, 191, 193 f., 200, 206 f.,
218, 289, 291-294, 297, 314, 401
Kuchler, Barbara 19
Kufferath, Philipp 353-355
Kuhlemann, Frank-Michael 481
Kühne, Eberhard 418
Kühne, Olaf 482
Kühnel, Wolfgang 481 f.
Kühnen, Michael 83
Kulavik, Erik 265
Künast, Renate 443 f.
Kunzelmann, Dieter 283
Kurz, Sebastian 215, 224 f., 317
Küssel, Gottfried 217

Laak, Dirk van 91
Laakmann, Helmut 233
Labat, Marie 494
Lackner, Herbert 217
Laclau, Ernesto 452, 477
Ladig, Landolf 206 f.
Ladwig, Bernd 479
Lafontaine, Oskar 108, 112 f., 205, 231 f., 237,
348,
Lagarde, Christine 384
Lambeck, Fabian 126
Lammert, Norbert 451

Landbauer, Udo 224 f.
Landshut, Siegfried 378
Lanfer, Jens 389
Lang, Jürgen P. 9, 133, 161 f., 244, 293
Lange, Hans Jürgen 389
Lange, Sebastian 497
Langebach, Martin 21, 165, 218
Laporte, Jody 34
Larise, Dunja 227
Laschet, Armin 116
Laschitz, Annelies 437 f.
Latour, Bruno 465, 474
Lau, Miriam 198
Lau, Thomas 482
Laugier, Sandra 486
Lauth, Hans-Joachim 34-38, 46, 50
Lazar, Marc 227
Leduc, Raphael 181 f.
Leese, Daniel 416
Lefort, Claude 452, 487
Leggewie, Claus 16, 57, 365-367, 420 f., 491
Lehn, Jo 482
Lehnert, Detlef 264, 469
Lembcke, Oliver W. 342, 473
Lemke, Matthias 357-360, 465, 472
Lemler, Kai 86, 97
Lengemann, Martin 147
Lenin, Wladimir I. 110, 126, 149, 155 f., 162,
233, 241-244, 249-251, 254, 256-272, 292,
397, 424, 484
Lenski, Katharina 416
Lenz, Thomas 411
Leo, Per 287, 293, 443 f.
Leonhard, Jörn 144
Le Pen, Marine 215, 373, 471, 494
Lepper, Marcel 146
Leukefeld, Karin 236
Leuschner, Wolfgang 475
Levi, Paul 264
Levitsky, Steven 35, 38, 43-47, 143
Levy, Pierre 234
Lewandowsky, Marcel 16
Leye, Christian 117
Lhotta, Roland 473
Lichdi, Johannes 365-367
Lichtmesz, Martin 202, 444
Lieberam, Ekkehard 234
Liebknecht, Karl 110, 158, 229 f., 243 f., 437,
486

Personenverzeichnis

- Liebold, Sebastian 281, 359, 367, 482
 Liegl, Barbara 227
 Liehm, Antonín Jaroslav 490
 Lijphart, Arend 325, 341
 Limbach, Jutta 417
 Lindemann, Constanze 231
 Lindemann, Gerhard 477
 Lindenberger, Thomas 249, 251, 269
 Lindner, Christian 361-364
 Linhart, Eric 323, 497
 Linz, Juan J. 41, 44
 Lipp, Sebastian 137
 Lisse, Michel 409
 Llanque, Marcus 474
 Locke, Stefan 191
 Loewenstein, Karl 55
 Loforte, Arlin Alberty 238
 Logvinov, Michail 10, 139
 Löhnig, Martin 416 f.
 Lommatzsch, Erik 474
 Lopes, Agostinho 235
 Lopez-Pintor, Rafael 325
 Lorenz, Peter 96 f.
 Lorke, Christoph 446
 Losurdo, Domenico 233
 Lötsch, Gesine 234 f., 241, 246
 Löttel, Holger 474
 Loukas, Stefano 233
 Lovink, Geert 482
 Löw, Konrad 456
 Lübbe, Hermann 379, 453 f.
 Lucke, Albrecht von 491
 Lucke, Bernd 16, 191, 194-197, 392, 435, 497
 Ludendorff, Erich Friedrich Wilhelm 249, 251, 254, 308, 404
 Luhmann, Niklas 476, 479
 Lukács, Georg 476
 Luks, Leonid 252, 254, 260
 Luthardt, Wolfgang 309
 Luther, Martin 490
 Lützing, Saskia 82
 Luxemburg, Rosa 9, 110, 158, 229 f., 233-235, 241-245, 307, 310, 437 f., 484
 Maaßen, Hans-Georg 179
 Machiavelli, Niccolò 494
 Machowecz, Martin 192
 Machtow, Julij 257
 Macron, Emmanuel 337, 423, 493
 Mader, Matthias 483
 Mahler, Horst 75, 83 f., 94, 279-281, 298, 320 f.
 Mählert, Ulrich 249
 Mahmoud, Mohamed 221
 Maier, Hans 378
 Maizière, Thomas de 387
 Makhotina, Ekaterina 271
 Malik, Nikita 185
 Mallet, Marie-Luise 409
 Maltaner, Stefan 82
 Mangasarian, Leon 447
 Mann, Thomas 468
 Mannewitz, Tom 8, 14, 18, 33, 43, 444
 Manow, Philip 483
 Mao Tse-tung 149, 162, 271
 Marat, Jean Paul 242
 Marchand-Lagier, Christèle 483
 Marchwitza, Hans 419
 Marhold, Harmut 422 f.
 Marin, Gladys 230
 Marquard, Odo 363, 453
 Marten, Ralf 399
 Marx, Karl 91, 126, 149, 162, 233, 271 f., 406 f., 454-456, 484
 Marx, Stefan 474
 Maschke, Günter 298
 Mason, Paul 474
 Mau, Steffen 339
 Maurer, Reinhart 454
 Mayer, Leo 230
 Mayer, Sabrina Jasmin 438 f.
 Mayer, Tilman 249, 251 f., 263, 271 f.
 Mazower, Mark 15
 Mazzoleni, Oscar 428
 Mbembe, Achille 239
 Meckel, Markus 144, 147
 Mehring, Reinhart 483
 Meier, Horst 16, 18, 57, 365-367
 Meifort, Franziska 369, 371
 Meikins, Ellen 478
 Meinhof, Ulrike 83 f., 86, 94, 97, 274 f., 279-282, 286, 320 f.,
 Meins, Holger 91, 284 f.
 Meisner, Matthias 481
 Mélenchon, Jean-Luc 126
 Merkel, Angela 107, 111, 114, 126, 133, 201, 205, 216, 224, 384, 421, 473, 476, 487
 Merkel, Wolfgang 27, 34-36, 39, 40-43, 45 f., 48
 Merkl, Peter H. 430

Personenverzeichnis

- Merridale, Catherine 249, 251, 258 f.
 Messmer, Arwed 483
 Metzger, Arnold 404
 Meuthen, Jörg 106, 133 f., 195 f., 198
 Meyer, Thomas 456
 Meyer, Holger 120
 Meyer, Till 283
 Michaud, Ginette 409
 Michnik, Adam 144
 Micus, Matthias 31, 161, 457
 Middelhoff, Paul 169
 Mies, Maria 230
 Milbradt, Björn 483
 Milder, Stephan 484
 Miliopoulos, Lazaros 82, 319-321
 Miller, David 439-441
 Milton, Daniel 188
 Minkenberg, Michael 21, 57
 Mirbach, Andreas von 284
 Mirbach, Clais Baron von 283
 Mishra, Pankaj 474
 Misik, Robert 474
 Mittag, Günter 329
 Mitter, Armin 389
 Mletzko, Matthias 87
 Moeller van den Bruck, Arthur 170, 393
 Mohammed 394
 Mohler, Armin 296, 378
 Mohnhaupt, Brigitte 276, 283
 Mohr, Markus 233
 Möller, Irmgard 277
 Møller, Jørgen 49
 Möller, Kolja 411
 Möller, Kurt 482
 Möller, Stefan 197
 Möllers, Christoph 366, 491
 Möllers, Martin H. W. 243, 357, 484
 Molthagen, Dietmar 472
 Moltke, Helmuth Graf von 177
 Mommsen, Margareta 484
 Monroe, Marilyn 170
 Morales, Evo 428
 Moreau, Patrick 212, 226 f.
 Morgenthau, Hans 205
 Morina, Christina 484
 Moritz, Verena 249, 251
 Morlok, Martin 497
 Morosow, Konstantin 260
 Mörschel, Tobias 339, 472
 Mosler, Jürgen 83
 Mouffe, Chantal 411, 434, 477
 Mounk, Yascha 52
 Mudde, Cas 19, 200, 225, 434, 485
 Mugrauer, Manfred 219
 Mühlbauer, Alesch 464
 Müller-Enbergs, Helmut 120, 157, 434
 Müller-Rommel, Ferdinand 120
 Müller, Eckard 437
 Müller, Frank 75
 Müller, Hermann 306, 469
 Müller, Peter 366
 Müller, Rudolf 113
 Müller, Tim B. 359
 Müller, Werner 243, 460
 Mullis, Daniel 485
 Mundlos, Uwe 83, 85
 Munkewitz, Aline 450
 Münkler, Herfried 89, 412
 Münzner, Daniel 404
 Murdoch, Simon 170
 Mussolini, Benito 397, 450
 Muzikant, Ariel 215
 Nachtwey, Oliver 428, 474
 Naimark, Norman 144
 Nakschbandi, Walid 473
 Nancy, Jean-Luc 485
 Narskij, Igor 266
 Nassehi, Armin 393
 Naumann, Anneliese 134
 Neff, Benedikt 192, 199
 Negri, Antonio 478
 Neidhardt, Friedhelm 82, 86
 Nesser, Petter 179-182, 184, 187
 Neu, Viola 15, 22, 104, 151-153
 Neuhäuser, Julia 225
 Neumann, Franz L. 307, 310
 Neuss, Beate 448
 Neusser, Christian 199
 Neutatz, Dietmar 266
 Niedermayer, Oskar 23, 103, 126, 132, 160
 Niekisch, Ernst 492
 Niemann, Mario 327
 Niese, Kristof 485, 492
 Niesmann, Andreas 193
 Niess, Wolfgang 486
 Nietzsche, Friedrich 468
 Nikolaj II. 251, 253, 270

Personenverzeichnis

- Nikonowa, Olga 269
 Nilson, Marco 181
 Nirumand, Bahman 491
 Nitschke, Peter 491
 Nitzsche, Helmut 399
 Noak, Ronny 404
 Nobis, Jörg 115
 Noel, Pedro 235
 Noelle-Neumann, Elisabeth 348
 Noetzel, Thomas 353
 Nohlen, Dieter 19 f., 323, 325 f.
 Nolte, Ernst 464, 492
 Nolte, Paul 172, 464
 Nolte, Hans-Heinrich 464
 Nonn, Christoph 486
 Nottbohm, Kristina 166, 175 f.
 Nötzold, Antje 443
 Nouripour, Omid 453
 Nye, Norman 339
- O'Donnell, Guillermo 35
 Obama, Barack 384
 Ober, Josiah 486
 Ochensberger, Walter 217
 Oehmig, Richard 441 f.
 Oertzen, Peter von 353-355
 Offe, Claus 309
 Oftedal, Emilie 181, 187
 Ogien, Albert 486
 Ohnesorg, Benno 84, 278, 492
 Olden, Rudolf 404
 Olschanski, Reinhard 486
 Ooyen, Robert Chr. van 134, 243, 357, 484
 Oppelland, Torsten 16
 Oppelt, Martin 487
 Orban, Victor 292, 317, 398
 Orde, Sabine am 197
 Orth, Stefan 487
 Osenberg, Werner 400
 Ospina, Hernando Calvo 236
 Osterhammel, Jürgen 487
 Ostermann, Christian F. 479
 Oswald, Georg 350
 Ottmann, Henning 454
 Özdem, Demirel 117
 Özil, Mesut 144
 Özkan, Hülya 487
 Özoguz, Aydan 134
- Paasch-Colberg, Sünje 487
 Pacyna, Tony 494
 Panitch, Leo 478
 Panreck, Isabelle-Christine 9, 19, 110, 128, 226, 319, 424 f.
 Papariga, Aleka 233
 Parreno, Enriqueta 230
 Parsons, Talcott 36
 Patzelt, Werner J. 33 f., 166, 203
 Pau, Petra 230
 Pausch, Markus 487
 Pazderski, Georg 134, 197
 Pelinka, Anton 215
 Penter, Tanja 261
 Perlmutter, Amos 27
 Peter, Erik 193
 Peters, B. Guy 36
 Peters, Butz 88, 94, 274-278
 Peters, Ulrich 21
 Petring, Alexander 470
 Petry, Frauke 106 f., 133 f., 191, 194-198, 392, 462
 Petzner, Stefan 213
 Pfahl-Traughber, Armin 15, 17, 31 f., 37, 57, 81, 83, 85, 88 f., 92 f., 97, 99, 151 f., 161 f., 165 f., 201, 205, 243, 319, 357, 387, 389, 391, 408, 498
 Pherson, Randolph H. 35, 51
 Philippsberg, Robert 57
 Pickel, Gert 25, 34, 36, 495
 Pickel, Susanne 25, 34, 36
 Pieken, Gorch 147
 Piepenschnieder, Melanie 82, 99, 319
 Piermont, Dorothea 230
 Piketty, Thomas 420 f.
 Pirker, Werner 236
 Plamper, Jan 271
 Plasser, Fritz 210
 Plaßmann, Jan Hauke 488
 Platt, Martin 404
 Plechanow, Georgi 484
 Pleul, Clemens 8, 166
 Poggenburg, André 191, 194, 462
 Pohl, Günter 239
 Poier, Klaus 434
 Polke-Majewski, Karsten 192
 Pomerance, Aubrey 475
 Ponto, Jürgen 94, 276, 283
 Pool, Hannah 441

Personenverzeichnis

- Popper, Karl Raimund 387
 Porta, Donatella della 474
 Pörzgen, Gemma 285
 Potejko, Piotr 413
 Poulantzas, Nicos 477
 Prantl, Heribert 20, 283, 443 f.
 Praprotnik, Katrin 488
 Preißinger, Maria 119
 Pretzell, Marcus 117, 134
 Preuß, Hugo 337
 Priester, Karin 19
 Prior, Thomas 215
 Prochasson, Christophe 415
 Prützel-Thomas, Monika 274
 Puhle, Hans-Jürgen 35, 39, 43
 Puschnerat, Tânia 319, 321
 Putin, Wladimir 108, 146, 215, 271, 395, 424, 471, 484
 Quent, Matthias 86
 Rabehl, Bernd 294, 298
 Rabert, Bernhard 82, 85 f., 95, 99
 Rachowski, Utz 399
 Rackwitz, Martin 488
 Radbruch, Gustav 477
 Radkau, Joachim 488
 Radu, Robert 444-446
 Ramelow, Bodo 236
 Rancière, Jacques 411, 485
 Ransdorf, Miloslav 230
 Raspe, Jan-Carl 277, 281, 284
 Ressler, Don 188
 Rast, Oliver 425 f.
 Rath-Sangkhkorn, Peter 234
 Rau, Johannes 348
 Raudszus, Jan 185 f.
 Raulff, Ulrich 289
 Rausch, Elke 264
 Reckwitz, Andreas 488
 Redeker, Heidrun 466
 Reemtsma, Jan Philipp 283
 Reich-Ranicki, Marcel 406
 Reichardt, Sven 498
 Reimon, Michel 215
 Reinecke, Lutz 276
 Reinhardt, Volker 482
 Remer-Bollow, Uwe 493 f.
 Renard, Thomas 182 f., 185
 Rendueles, César 474
 Renn, Ludwig 419 f.
 Renner, Karl 219, 469
 Renner, Martin 117
 Rennert, Klaus 489
 Rensmann, Lars 226
 Resing, Volker 487
 Reuschenbach, Julia 249, 251 f., 263, 271 f.
 Reuter, Julia 414
 Reuth, Ralf Georg 446
 Richards, Julian 489
 Richter, Dagmar 14
 Richter, Hedwig 489
 Richter, Saskia 173, 175
 Richter, Thomas J. 230
 Rieckert, Heinrich 479
 Ricoeur, Paul 415
 Riederer, Christoph 277
 Riedl, Jonathan 31
 Rieger, Anne 230
 Riel, Aert van 126
 Riexinger, Bernd 107, 236, 238
 Rippert, Ulrich 158
 Ritter, Joachim 453 f.
 Ritzi, Claudia 411
 Robaszekiewicz, Maria 489
 Robert, Fabrice 168
 Röhl, Bettina 286
 Röhl, Klaus Rainer 286
 Rohrmoser, Günther 89
 Rojek, Sebastian 489
 Rojzman, Charles 489
 Romney, Willard Mitt 409
 Roos, Ulrich 447
 Rorty, Richard 494
 Rosanvallon, Pierre 452
 Rosenberg, Arthur 308
 Rössner, Bernd 284
 Roth, Karl-Heinz 230
 Roth, Klaus 475
 Roth, Roland 172, 174
 Rousseau, Jean-Jacques 89, 203, 462, 487
 Röver, Jan-Hendrik 477
 Rüb, Friedbert W. 22, 27, 35
 Ruch, Hermann 14
 Rucht, Dieter 172, 174
 Rudl, Jan 72 f.
 Rupp, Rainer 231, 236
 Rushton, Philippe 203

Personenverzeichnis

- Rütters, Peter 498
- Saage, Richard 407
- Sageman, Marc 188
- Saint Victor, Jacques de 490
- Salandi, Julian 476
- Salmen, Ingo 198
- Salomon, David 411
- Salomon, Ernst von 393, 473
- Sälter, Gerhard 416
- Salzborn, Samuel 170, 176, 319, 321, 490
- Sandkühler, Thomas 491
- Sarrazin, Thilo 288, 291, 317, 393
- Sarsfield, Rodolfo 43
- Sartori, Giovanni 34, 36, 461
- Saweljew, Pjotr 257
- Sayn-Wittgenstein, Doris von 197
- Saywald-Wedel, Sandra 434
- Schacht, Selma 239
- Schack, Ramon 239
- Schädel, Monty 236 f.
- Schäfer, Armin 339
- Schäfer, Frank 490
- Schäfer, Michael 481
- Schäfer, Sebastian 404
- Schale, Frank 306, 482
- Scharf, Stefan 166
- Scharpf, Fritz W. 477
- Scharping, Rudolf 348
- Scharrer, Manfred 243
- Scharsach, Hans-Henning 214, 490
- Schattenberg, Susanne 490
- Schäuble, Wolfgang 384
- Schauer, Hendrikje 146
- Schauka, Frank 198
- Schaus, Hermann 232
- Schedler, Andreas 38, 43
- Scheel, Walter 370 f.
- Scheerer, Sebastian 388
- Scheidemann, Philipp 243, 469
- Scheidler, Fabian 448 f.
- Scheil, Stefan 194
- Schelsky, Helmut 369, 378, 412
- Scherb, Armin 57
- Scherbakowa, Irina 270
- Scherer, Klaus-Jürgen 475
- Schieder, Wolfgang 450
- Schiesser, Gerhard 259
- Schilde, Kurt 431
- Schill, Ronald 19
- Schiller, Margit 283
- Schilling, Antonia 404
- Schilling, Heinz 490
- Schily, Otto 111, 279
- Schleyer, Hanns Martin 81, 94, 274, 276 f.
- Schleyer, Hanns-Eberhard 283
- Schlie, Klaus 62 f., 67, 75
- Schliesky, Utz 450
- Schlögel, Karl 249, 252
- Schmähling, Elmar 231
- Schmeitzner, Mike 243
- Schmelzle, Cord 479
- Schmidinger, Thomas 227
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno 56
- Schmidt-Eenboom, Erich 472
- Schmidt-Jortzig, Edzard 451
- Schmidt, Colette M. 218
- Schmidt, Helmut 350, 354, 469
- Schmidt, Roman Léandre 490
- Schmidt, Susanne K. 477
- Schmiechen-Ackermann, Detlef 400
- Schmitt, Carl 201 f., 296, 306-312, 378, 394, 406 f., 454, 477, 483, 491, 494
- Schmitt, Josephine B. 319 f.
- Schnabel, Thomas 476
- Schneider, Gerd 285
- Schneider, Ulrich 236 f.
- Schoen, Harald 119
- Scholtissek, Herbert 344
- Schölzel, Arnold 231-233, 236-240
- Schönberger, Rolf 491
- Schöneck, Nadine M. 339
- Schörken, Rolf 491
- Schrenck-Notzing, Caspar von 204, 295
- Schrenk, Christhard 306
- Schröder, Gerhard 20, 111, 347-349, 354, 469, 474, 476
- Schroeder, Klaus 160 f., 319
- Schroeder, Wolfgang 199
- Schubarth, Wilfried 388
- Schubert, Thomas 24, 33
- Schubert, Thomas 404
- Schubin, Alexander 263
- Schuhmann, Andrea 232
- Schulz, Andreas 475
- Schulz, Martin 112
- Schumacher, Nils 498
- Schünemann, Wolf J. 373-375

Personenverzeichnis

- Schüssler, Susanne 491
 Schütrumpf, Jörn 249, 251, 264
 Schütz, Alfred 479
 Schwagerl, H. Joachim 387
 Schwarz, Martin 491
 Schwarzer, Alice 289
 Schwarzlose, Holger 452
 Schweda, Mark 453
 Schweizer, Pia-Johanna 280
 Schweizer, Stefan 274, 280
 Schwilk, Heimo 202
 Seawright, Jason 34
 Sebestyen, Victor 249, 251, 258, 260, 271
 Seebacher, Brigitte 421
 Seichter, Dorit 401
 Seifert, Jürgen 83
 Selk, Veith 426
 Sellner, Martin 9, 167 f., 174 f., 218, 289, 291, 294, 296 f., 313-316
 Sen, Mandakranta 233
 Severing, Carl 404
 Séville, Astrid 411
 Shapiro, Jeremy 189
 Shils, Edward A. 36
 Sichtermann, Barbara 491
 Sicking, Manfred 469
 Sieber, Roland 177
 Siebertz, Gilbert 321
 Siedler, Wolf Jobst 405
 Siegfried, Detlef 491
 Siemens, Anne 282
 Siewert, Benjamin Paul 425
 Simcox, Robin 179 f., 181, 187
 Simeonovic, Boban 184
 Simon, Gerhard 263
 Skaaning, Svend-Erik 49
 Skinner, Quentin 474, 491
 Sloterdijk, Peter 288
 Smend, Rudolf 311
 Smith, Adam 402 f.
 Smith, Steven A. 249 f.
 Smolanskaja, Natalja 255
 Snowden, Edward 483
 Snyder, Timothy 492
 Söllner, Alfons 7, 300
 Solschenizyn, Alexander 490
 Sommerfeld, Carolin 444
 Sone, Yasunori 325
 Sonnenberg, Günter 282
 Soros, George 292
 Soulez, Christoph 465
 Spaemann, Robert 453 f.
 Spahn, Jens 384
 Spatz, Claudia 234 f.
 Speer, Albert 405
 Speit, Andreas 21, 171, 196, 218, 407 f.
 Spengler, Oswald 204 f., 393
 Spier, Tim 19, 161, 226
 Spiritova, Marketa 475
 Spitter, Marcus 428
 Spoo, Eckart 231
 Sroka, Anna 412 f.
 Stalin, Josef W. 156, 158, 250, 267 f., 269 f., 272, 424, 490
 Stallmann, Martin 492
 Stalman, Volker 404
 Stangel, Matthias 492
 Stauffenberg, Claus Schenk von 436
 Steber, Martina 376-379
 Steffan, Heinz Dieterich 230
 Steffani, Winfried 28
 Steffen, Sven T. 104
 Steffen, Tilmann 133
 Stegemann, Bernd 291, 426 f.
 Steglich, Henrik 87
 Stein, Dieter 193 f., 204
 Stein, Erwin 344
 Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr von und zum 337
 Stein, Laura 173
 Stein, Timo 319, 321
 Steinbach, Armin 492
 Steinbach, Peter 476
 Steinbeis, Maximilian 287, 293, 443 f.
 Steinhausen, Georg 494
 Steiniger, Klaus 232
 Steinlechner, Daniel 214
 Steinmeier, Frank-Walter 143 f., 481
 Stelkow, Jurij 255
 Stenersen, Anne 181, 187
 Stepan, Alfred 41, 45
 Stern, Klaus 84, 279
 Sternberg, Fritz 475
 Stier, Sebastian 492
 Stockhammer, Robert 492
 Stoeck, Anja 120
 Stoiber, Edmund 422
 Stoll, Willy Peter 277

Personenverzeichnis

- Stoph, Willi 288
 Stöss, Richard 22, 31, 33, 388
 Stoye, Jan 87
 Strache, Heinz-Christian 210, 212-216, 223-226, 317
 Straßner, Alexander 86, 89, 93, 275
 Strath, Bo 144
 Strauß, Franz Josef 378 f.
 Streeck, Wolfgang 474
 Streminger, Gerald 402 f.
 Strobel, Georg W. 243
 Ströbele, Hans-Christian 84, 230 f., 239, 276
 Strobl, Natascha 165, 167, 170 f., 289, 313
 Strotmann, Peter 231
 Struve, Gustav 484
 Stumberger, Rudolf 127
 Sturm, Roland 402
 Süß, Dietmar 400 f.
 Szentiváyi, Réka 493
 Szlachter, Damian 413
 Szymanski, Mike 75

 Taam, Marwan Abou 189
 Taillez, Felix de 493
 Taufer, Lutz 274, 283 f.
 Techau, Jan 447
 Tedesco, John C. 408
 Teleky, Béla 493
 Teorell, Jan 37 f.
 Terhoeven, Petra 274, 279 f., 286
 Thälmann, Ernst 229
 Thatcher, Margaret 377
 Theile, Charlotte 401 f.
 Ther, Philipp 7, 300
 Thiel, Markus 57
 Thiel, Thorsten 479
 Thiele, Jens 454
 Thieme, Tom 7, 14, 16-18, 24, 26, 32 f., 209, 223
 Thiery, Peter 27, 35, 39, 43
 Thomas von Aquin 491
 Thoreau, Henry David 490
 Thukydides 396
 Thyssen-Bornemisza, Heinrich 493
 Thyssen, August 493
 Thyssen, Fritz 493
 Tillschneider, Hans-Thomas 169
 Tischer, Jakob 493
 Tocqueville, Alexis de 377, 411, 481
 Tolkien, John R. R. 381

 Toller, Ernst 307
 Tönnies, Ferdinand 404
 Tophoven, Rolf 319
 Torres Kumbrián, Rubén Dario 412
 Träger, Hendrik 122, 439
 Trappe, Julie 416
 Troebst, Stefan 147, 416
 Trotzki, Leo 110, 153, 158, 163, 243, 260-264, 266-268, 307
 Trump, Donald 108, 395 f., 408 f., 423, 467
 Tschirschwitz, Lars 456 f.
 Tsipras, Alexis 384 f.
 Tuschsheerer, Heike 447
 Twesten, Elke 119

 Ubieta, Enrique 239
 Ulbricht, Walter 328 f.
 Ullrich, Sebastian 143
 Ulram, Peter A. 210
 Ultsch, Christian 215
 Unger, Hedwig 434
 Unger, Monika 219
 Uterwedde, Henrik 493

 Van de Beek, Johan 493
 Van der Steen, Bart 493
 Van Dyck, Claire 493
 Van Dyck, Elisabeth 277
 Van Reybrouck, David 380-382, 474
 Varoufakis, Yanis 384-386
 Vatlin, Alexander 263, 265, 270
 Vehrkamp, Robert 323 f.
 Velasquez, David 235
 Verba, Sidney 339
 Vesper, Bernward 281
 Vetter, Angelika 493 f.
 Vielt, Inge 235, 283
 Villaines, Astrid de 494
 Virchow, Fabian 165
 Voegelin, Eric 431 f.
 Vogel, Hannes 193
 Vogel, Hans-Jochen 283
 Vogel, Pierre 184
 Voigt, Rüdiger 482, 494
 Völkel, Bärbel 494
 Völker, Michael 213
 Vollmann, Erik 413
 Vollmer, Andreas M. 107
 Vollnhals, Clemens 416

Personenverzeichnis

- Vordermayer, Thomas 497
 Vormbaum, Moritz 416
 Voßkuhle, Andreas 451
- Wackernagel, Christof 274, 283-285
 Wagenknecht, Sahra 107-109, 126, 205, 230 f.,
 233, 237, 239
 Wagner-Egelhaaf, Martina 241
 Wagner, Aiko 428
 Wagner, Hans 494
 Wagner, Richard 468
 Wagner, Rolf Clemens 277
 Wagner, Thomas 9, 287-290, 292-299
 Wagschal, Uwe 114
 Wahl, Peter 231
 Waldmann, Peter 82, 85, 90, 93
 Waldhoff, Christian 366
 Walter, Franz 494 f.
 Walther, Rolf 387
 Warhol, Andy 170
 Warkotsch, Jana 36
 Way, Lucan A. 35, 38
 Weber, Helene 404
 Weber, Hermann 509
 Weber, Max 404, 479, 488
 Weckenbrock, Christoph 458 f.
 Wedenborg, Freja 236
 Wegener Friis, Thomas 472
 Wegener, Ulrich 283
 Wegner, Christel 161
 Weidel, Alice 106, 197, 293
 Weil, Stephan 119
 Weinmann, Philipp 324
 Weiß, Volker 167 f., 170, 392-394
 Weißmann, Karlheinz 193 f., 204, 495
 Welty, Ute 144
 Welzk, Stefan 399
 Wendt, Bernd Jürgen 427
 Wensierski, Peter 459 f.
 Wenzel, Mario 495
 Werkentin, Falco 389
 Werle, Gerhard 416
 Wesemann, Kristin 280
 Wessel, Ulrich 284
 Weßels, Bernhard 199
 Westerwelle, Guido 363
 Wettig, Gerhard 253, 256, 425
 Widmer, Paul 146
 Wiechmann, Jan Ole 495
- Wiegand, Marc André 495
 Wiencierz, Christian 438 f.
 Wierzock, Alexander 404
 Wiesendahl, Elmar 460 f.
 Wiesner, Claudia 46
 Wilders, Geert 373, 434 f.
 Wildt, Michael 462 f.
 Wilhelm, Frank 98
 Wilhelm, Ulrich 143
 Willems, Helmut 482
 Willemsen, Roger 483
 Wimmer, Willy 237
 Wineroither, David M. 210, 477
 Winkelman, Thorsten 14
 Winkler, Heinrich August 144 f., 272, 395-398
 Winkler, Jürgen R. 112
 Winter, Jay 144
 Wintrich, Josef 344
 Wippermann, Wolfgang 236
 Wirsching, Andreas 143, 497
 Wirtz, Verena 404
 Wisniewski, Stefan 282
 Witt-Stahl, Susann 236
 Witter, Helmut 198
 Wittgenstein, Ludwig 281
 Wodak, Ruth 215, 225
 Wolf, Frieder Otto 230
 Wolf, Tobias 218
 Wolf, Wilfried 230 f.
 Wolff, Karl Dietrich 94
 Wolin, Sheldon 411
 Wolle, Stefan 389
 Worch, Christian 135
 Wörle, Johannes 275
 Woyke, Meik 474
 Wright, Christopher J. 183
 Wuttke, Alexander 119
- Yendell, Alexander 495
- Zakaria, Fareed 35
 Zarusky, Jürgen 497
 Zaslove, Andrej 126
 Zawahiri, Aiman az- 189
 Zbyněk Anthony Bohuslav 259
 Zehnpfennig, Barbara 9, 495
 Zehrer, Hans 378
 Zelechowski, Eva 215
 Zetkin, Clara 264

Personenverzeichnis

Ziblatt, Daniel 44-47, 143
Ziegenhagen, Martin 511
Ziekow, Jan 495
Ziemann, Sascha 417
Zilk, Helmut 216
Zilles, Heinrich 419

Žižek, Slavoj 474, 493 f.
Zöchling, Christa 211
Zorn, Daniel-Pascal 287, 293, 443 f., 496
Zschäpe, Beate 82 f., 85, 221
Zuckerberg, Mark 363
Zuijdewijn, Jeanine de Roy van 182 f.

Autorenverzeichnis

- Dr. Werner Abel, ehemaliger Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Clemens Albrecht, Prof., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Dr. Uwe Backes, Prof., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden.
- Dr. Manuel Becker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Dr. Harald Bergsdorf, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker, Bonn.
- Rudi Bigalke, M.A., Doktorand im Fach Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Dr. hc. Wilfried von Bredow, Prof. em., Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg.
- Stefan Brieger, M.A., Politikwissenschaftler, Dresden.
- Dr. Frank Decker, Prof., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Dr. Oliver Decker, PD, Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung sowie Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftlicher und medizinischer Wandel, Universität Leipzig.
- Dr. Matthias Dilling, Stipendiary Lecturer in Politics, Pembroke College, University of Oxford.
- Kai Doberitzsch, M.A., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Jost Dülffer, Prof. em., Historisches Institut, Universität zu Köln.
- Dr. Verena Frick, Akademische Rätin, Institut für Politikwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen.
- Dr. Bernd Gäbler, Prof., Journalistik und Kommunikationswissenschaft, Fachhochschule des Mittelstands (FHM), Bielefeld.
- Dr. Alexander Gallus, Prof., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Philipp Gassert, Prof., Historisches Institut, Universität Mannheim.
- Dr. Lars Geiges, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Demokratieforschung, Universität Göttingen.
- Dr. Stefan Gerber, PD, Historisches Institut, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Dominik Ghonghadze, Soziologe in der Markt- und Meinungsforschung, Mannheim.
- Dr. Sebastian Gräfe, Sächsisches Staatsministerium des Innern, Dresden.
- Dr. Christiana Gransow, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Florian Grotz, Prof., Institut für Politikwissenschaft, Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.
- Dr. Jens Hacke, PD, Vertretungsprofessor Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.
- Dr. Florian Hartleb, Politikberater, Tallinn/Estland.

Autorenverzeichnis

- Alexander Hensel, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen.
- Martin Herrnkind, Regierungsrat, Kriminologe, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Schleswig-Holstein.
- Dr. Oliver Hidalgo, PD, Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg.
- Stephan Hilsberg, MdB a. D, Berlin.
- Dr. Kai Hirschmann, Lehrbeauftragter, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Dr. Rudolf van Hüllen, Lehrbeauftragter an der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte der Universität Passau und an der Fachhochschule für öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen.
- Dr. Helge F. Jani, freier Publizist, Hamburg.
- Dr. Hans-Gerd Jaschke, Prof. em., Hochschullehrer für Wirtschaft und Recht, Berlin.
- Dr. Thomas Jäger, Prof., Internationale Politik und Außenpolitik, Universität zu Köln.
- Dr. Eckhard Jesse, Prof. em., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Patrick Keller, B.A., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Claudia Kemper, PD, Vertretungsprofessorin, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Justus-Liebig-Universität Gießen.
- Dr. Stephan Klecha, PD, Institut für Politikwissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen.
- Dr. Matthias Kluge, freier Dozent, Crimmitschau.
- Dr. Gerd Koenen, freier Publizist, Frankfurt am Main.
- Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Projektleiter/Fachkoordinator beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Dr. Eberhard Kühne, Prof., Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Rothenburg/Oberlausitz.
- Tim Kraski, Dipl.-Kulturw., Lic., M.A., Lehrbeauftragter, Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Passau.
- Dr. Jürgen P. Lang, Redakteur, Bayerischer Rundfunk.
- Dr. Daniel Leese, Prof., Institut für Sinologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.
- Dr. Oliver W. Lembcke, Vertretungsprofessor, Staatswissenschaftliche Fakultät, Universität Erfurt.
- Dr. Matthias Lemke, PD, Studienbereich Staats- und Gesellschaftswissenschaften, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.
- Dr. Sebastian Liebold, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Eric Linhart, Prof., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Dr. Michail Logvinov, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Berlin.
- Dr. Tom Mannewitz, PD, Jun.-Prof., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Matthias Micus, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen.
- Aline Munkewitz, M.A., assoziierte Doktorandin, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam.
- Dr. Werner Müller, Prof. em., Historisches Institut, Universität Rostock.
- Dr. Helmut Müller-Enbergs, Adjungeret Professor, Department of History, Syddansk Universitet.
- Dr. Beate Neuss, Prof. em., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Mario Niemann, Prof., Historisches Institut, Universität Rostock.
- Dr. Thomas Noetzel, Prof., Institut für Politikwissenschaft, Philipps Universität Marburg.

Autorenverzeichnis

- Dr. Nötzold, Antje, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Isabelle-Christine Panreck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.
- Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof., Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl.
- Clemens Pleul, B.A., Politikwissenschaftler, Dresden.
- Hannah Pool, Doktorandin, IMPRS-SPCE, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Dr. Julia Reuter, Prof., Erziehungs- und Kulturosoziologie, Universität zu Köln.
- Dr. Richard Saage, Prof. em., Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Johannes Schaefer, Doktorand, Albert-Ludwig-Universität Freiburg.
- Dr. Kurt Schilde, Historiker, Berlin/Potsdam.
- Dr. Marschel Schöne, Prof., Kriminologe, Hochschule der Sächsischen Polizei, Rothenburg/Oberlausitz.
- Thomas Schubert, Freier Mitarbeiter am Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Berlin-Gatow.
- Dr. Brigitte Seebacher, Prof., Publizistin, Rothenbach.
- Dorit Seichter, Lehrerin, Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Zwickau.
- Dr. Alfons Söllner, Prof. em., Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Chemnitz.
- Dr. Volker Stalman, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., Berlin.
- Dr. Roland Sturm, Prof., Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.
- Susanne Thelen, M.A., Doktorandin an der Technischen Universität Chemnitz.
- Dr. Tom Thieme, Prof., Gesellschaftspolitische Bildung, Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), Rothenburg/Oberlausitz.
- Dr. Heike Tuchscheerer, Leiterin der Abteilung Politik und Geschichte, Deutsche Gesellschaft e. V., Berlin.
- Dr. Hendrik Träger, Akademischer Mitarbeiter/Lehrkraft für besondere Aufgaben, Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig.
- Erik Vollmann, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.
- Vernessa Wagner, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Historisches Seminar, Goethe-Universität Frankfurt a. M.
- Dr. Bernd Jürgen Wendt, Prof. em., Arbeitsbereich Deutsche Geschichte, Universität Hamburg.
- Dr. Gerhard Wettig, Wissenschaftlicher Direktor a. D., Bundesinstitut für für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Kommen.
- Dr. Barbara Zehnpfennig, Prof., Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Passau.
- Dr. Sascha Ziemann, PD, Entlastungsprofessur für Strafrecht, Rechtswissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt a. M.